Die schwierige Versöhnung

Italien, Österreich und Südtirol im 20. Jahrhundert

Andrea Di Michele, Andreas Gottsmann,
Luciano Monzali, Karlo Ruzicic-Kessler (Hrsg.)

bu,press
bozen
bolzano
university
press



Freie Universität Bozen
Libera Università di Bolzano
Università Liedia de Bulsan

Die schwierige Versöhnung

Italien, Österreich und Südtirol im 20. Jahrhundert

Andrea Di Michele, Andreas Gottsmann,
Luciano Monzali, Karlo Ruzicic-Kessler (Hrsg.)

bu,press
bozen
bolzano
university
press

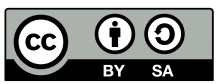


bu,press

Bozen-Bolzano University Press, 2020
Free University of Bozen-Bolzano
www.unibz.it/universitypress

Cover Design: DOC.bz / bu,press

ISBN 978-88-6046-172-8
E-ISBN 978-88-6046-173-5



This work–excluding the cover and the quotations–is licensed under the Creative Commons Attribuition-ShareAlike 4.0 International License.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort VII

Antagonismus, Versöhnung, Gleichgültigkeit? Eine Einleitung über den historiografischen Austausch zwischen Österreich und Italien von der Nachkriegszeit bis heute
Andrea Di Michele 1

I ITALIEN UND ÖSTERREICH IM 20. JAHRHUNDERT

Die italienische Führungsschicht zwischen der Auflösung des Habsburgerreichs und der Entstehung der österreichischen Republik
Francesco Caccamo 19

Alcide De Gasperi und die österreichische Politik vom Reich bis zum „Anschluss“ Maddalena Guiotto 41

Italien als Vorbild für Österreich? „Berufsständische Ordnung“ und „Corporativismo“ Lothar Höbelt 83

Ein faschistischer Senator in Wien. Francesco Salata und das Österreich der 1930er-Jahre Luca Riccardi 105

Die katholische Welt Italiens und der österreichische christliche Ständestaat Paolo Valvo 133

Franz Marek und der italienische Kommunismus
Karlo Ruzicic-Kessler 171

Bruno Kreisky und die italienische Linke – ein Forschungsdesiderat
Maximilian Graf 203

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und die kommunistische und postkommunistische Politik in Italien (1989–1994)
Gianvito Galasso 235

II SÜDTIROL 1918–2018: BARRIERE ODER BINDEGLIED ZWISCHEN ÖSTERREICH UND ITALIEN?

Von der Annexion bis zum Beginn der faschistischen Ära: die italienisch-österreichischen Beziehungen und Südtirol
Andrea Di Michele 253

Südtirol zwischen Österreich und Italien in den 1930er Jahren
Eva Pfanzelter 275

Zwischen Monarchie, Faschismus und Nationalsozialismus: Die katholische Kirche in Südtirol in den Jahren 1918–1940
Jörg Ernesti 301

Eine rasche und trotzdem verspätete Lösung: Die Revision der Staatsbürgerschaftsoptionen von 1939 Stefan Lechner 321

Der Sonderfall: Südtirol und die Grenzen der österreichischen Nachkriegsnation Peter Thaler 341

Italien und die Südtirolfrage von De Gasperi bis Moro
Federico Scarano 365

Die Südtirolfrage und die „Große Koalition" in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Rom und Wien (1966–1969) Giulia Caccamo 401

Der andere Patriotismus: Sozialistische Beiträge zur Nationalitätenfrage in Tirol und Südtirol 1890–1992 Joachim Gatterer 419

Was wusste Bruno Kreisky? Der österreichische Außenminister und der Konflikt in Südtirol Thomas Riegler 455

Giulio Andreotti, die Südtirolfrage und Österreich (1972–1992)
Luciano Monzali 499

Die Euregio Tirol-Südtirol-Trentino – Eine Skizze jüngerer Entwicklungspfade Hans Heiss 539

Quellenverzeichnis 563
Literaturverzeichnis 564
Personenverzeichnis 600

Vorwort

Der vorliegende Band ist das Ergebnis zweier internationaler Fachtagungen, die 2017 zur Bedeutung der Südtirolfrage für die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Italien sowie generell zu den über Südtirol hinausgehenden wechselseitigen Dynamiken im Verhältnis zwischen den beiden Staaten veranstaltet wurden. Die erste Tagung trug den Titel „Südtirol 1918–2018: Barriere oder Klammer zwischen Österreich und Italien?" und fand am 23. Februar 2017 in Rom statt. Veranstaltet wurde sie vom Österreichischen Historischen Institut in Rom in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für Regionalgeschichte der Freien Universität Bozen. Die zweite Tagung, unter dem Titel „Politische Ideologien in Italien und Österreich im 20. Jahrhundert", wurde von der politikwissenschaftlichen Fakultät der Aldo Moro-Universität Bari gemeinsam mit dem Österreichischen Historischen Institut Rom organisiert und fand vom 3. bis 4. Mai 2017 in Bari statt.

Das Buch lehnt sich weitgehend an die thematische Struktur der beiden Tagungen an und gliedert sich in zwei Teile. Der erste enthält die Beiträge des Symposions in Bari, die einzelne Aspekte der Beziehungen zwischen Italien und Österreich im 20. Jahrhundert zum Inhalt haben: Ausgehend vom Ende der Donaumonarchie und der Entstehung der Republik Österreich bis zum österreichischen EU-Beitritt und den jüngsten Beispielen von bilateraler Kooperation wird ein weiter thematischer Bogen gespannt. Im zweiten Teil liegt das Augenmerk auf der Südtirolfrage als Leitmotiv im Dialog zwischen den beiden Staaten, aber auch als Auslöser und Katalysator von politischen Spannungen. Dieser Problemkreis kann nur durch seine Einbettung in den Kontext der bilateralen Beziehungen historiographisch korrekt bewertet werden. Dadurch werden auch die Rückwirkungen auf das österreichisch-italienische Verhältnis im 20. Jahrhundert weit über den engeren politischen Bereich hinaus deutlich. Dieser nicht immer freiwilligen intensiven historischen und politischen Verschränkung zwischen den beiden Nachbarländern kommt gerade im Hinblick auf ihre trotz aller Krisen positive Entwicklung im heutigen Europa ein besonderer Stellenwert zu.

Anhand der Geschichte des Grenzgebiets zwischen Österreich und Italien erschließt sich die gemeinsame Geschichte beider Länder im 20. Jahrhundert: In den ersten Jahren nach dem Ende des Ersten Weltkriegs standen auf der einen Seite die schwachen liberalen Regierungen Italiens, welche die neue Provinz verwalteten, auf der anderen Seite das kleine Österreich, das aus den Trümmern des Krieges entstanden war, ohne dass seine Bürger an den neuen Staat glaubten. Hinzu kam die dann vom faschistischen Regime geförderte Italianisierungspolitik, das später ein privilegiertes Verhältnis mit dem Austrofaschismus aufbaute. Es folgten der Krieg und die Erfahrung des Nationalsozialismus, dann der schwierige Wiederaufbau nach dem Krieg, das Gruber-De Gasperi-Abkommen sowie die durch den Staatsvertrag 1955 wiedererlangte vollkommene Souveränität Österreichs, die auch einen Einschnitt in der Südtirolfrage markiert. Lange Verhandlungen und ein Wechselspiel aus verhärteten Fronten und Annährungsversuchen führten zum zweiten Autonomiestatut von 1972 und – im Zeichen der neuen Qualität der bilateralen Beziehungen – zum ersten Besuch eines österreichischen Staatsoberhaupts in der italienischen Hauptstadt. 1992 erfolgte die Streitbeilegungserklärung Österreichs vor den Vereinten Nationen und die Unterstützung Italiens für den EU-Beitritt Österreichs. Die Zusammenarbeit der letzten Jahrzehnte war durch eine neue Qualität der bilateralen und internationalen Kooperation sowie auf regionaler Ebene durch die Gründung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino gekennzeichnet.

Die Veröffentlichung der Beiträge der beiden geschichtswissenschaftlichen Tagungen in Rom und Bari ist eine Chance, den historiographischen Dialog zwischen Rom und Wien ausgehend vom aktuellen Forschungsstand wiederaufzunehmen und bietet einen Ansatz für neue Forschungsprojekte und Problemstellungen. Ein herzlicher Dank gilt allen Mitwirkenden, die zur Organisation der beiden Tagungen beigetragen haben, und allen voran den Autorinnen und Autoren der in diesem Buch präsentierten Beiträge sowie der Übersetzerin Annamaria Celeste, die, unterstützt von Melanie Panettieri und Jana Beck, die schwierige Aufgabe übernommen hat, die italienischen Beiträge ins Deutsche zu übertragen.

Andrea Di Michele, Andreas Gottsmann, Luciano Monzali, Karlo Ruzicic-Kessler

Antagonismus, Versöhnung, Gleichgültigkeit? Eine Einleitung über den historiografischen Austausch zwischen Österreich und Italien von der Nachkriegszeit bis heute

ANDREA DI MICHELE
Freie Universität Bozen

Obwohl Österreich und Italien Nachbarländer sind, weisen sie im historiografischen Diskurs nur geringe Berührungspunkte auf. Bisher widmeten sich vergleichsweise wenige österreichische und italienische Forscher dem Thema der Beziehungen zwischen Rom und Wien. Alte Zwänge und Gegensätze aus der Vergangenheit scheinen hier noch eine Rolle zu spielen, doch von der alten „Erbfeindschaft"[1] kann wohl nicht mehr die Rede sein; weder sind Spuren von Antagonismus zu finden noch scheint ein starkes wechselseitiges Interesse zu bestehen.

Eine gewisse Distanz lässt sich nicht nur beim Austausch über historiografische Themen feststellen, sondern auch in der öffentlichen Debatte. In beiden Ländern herrschen hier noch immer alte Klischees gegenüber dem Nachbarland vor, begründet durch die mangelnde Kenntnis des Anderen. Mit dem Nachbarland beschäftigt man sich nur selten und wenn, dann meistens aus den folgenden zwei Gründen: wenn es um eine Notsituation, ein bilaterales Problem, um Schwachpunkte geht oder wenn das einzige Thema, das punktuell die Aufmerksamkeit beider Länder gleichzeitig erregt, zur Sprache kommt – die Südtirolfrage.

Zwei Episoden aus der jüngsten Geschichte zeigen dies exemplarisch: Im Zuge der Migrationskrise zwischen 2016 und 2018 drohte Österreich damit, die Brennergrenze zu schließen und strenge Kontrollen einzuführen,

1 Claus Gatterer, Erbfeindschaft Italien-Österreich (Wien–München–Zürich 1972); Joe Berghold, Italien-Austria. Von der Erbfeindschaft zur europäischen Öffnung (Wien 1997).

um den Migranten den Zutritt zu verwehren. Nachdem Österreich 1995 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten war und es aufgrund des Schengener Abkommens drei Jahre später zum Abbau der Grenze gekommen war, schien klar, dass die im Herzen Europas gelegene Grenze zwangsläufig zunehmend an Bedeutung verlieren würde. Doch plötzlich schien das Rad der Geschichte zurückgedreht und die geschichtsträchtige Brennergrenze erneut an Wichtigkeit zu gewinnen. Nach Jahrzehnten ausgezeichneter bilateraler Beziehungen führte das plötzliche Wiederaufflammen der Brenner-Thematik vorübergehend zu heftigen Spannungen. Paradoxerweise wurde dadurch jedoch auch wieder ein gewisses Interesse am Nachbarland geweckt. So begann die italienische Presse sich endlich erneut mit Österreich zu beschäftigen, mit dessen internen Dynamiken, der Orientierung seiner politischen Kräfte und auch mit den Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Auch die Südtirolfrage wurde erneut zum Thema, als die österreichische Regierung überlegte, den deutsch- und ladinischsprachigen Südtirolern die österreichische Staatsbürgerschaft zu gewähren. Die daraus entstandenen Spannungen bewirkten, dass Italien seine Teilnahme am Außenministertreffen in Wien absagte und die von Österreich verkündete Initiative aufs Schärfste verurteilte[2]. Auch über diesen Fall berichteten die Medien. Und so zeigte sich wieder einmal in aller Deutlichkeit, dass das Interesse am anderen Land eher an Einzelfälle gebunden ist und erst dann geweckt wird, wenn sich eine bilaterale Krise verschärft und/oder wenn das eine Thema, welches beide Staaten am meisten trennt und zugleich vereint, wieder salonfähig wird: Südtirol.

Abgesehen von der öffentlichen Debatte stellt sich die Lage auch in historiografischer Sicht ähnlich dar: Auch in diesem Fall sind ein Austausch und ein beiderseitiges Interesse kaum vorhanden, während die Südtirolfrage ein Dauerbrenner ist und seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute übermäßig diskutiert wird. Im Bereich der Zeitgeschichte haben die italienischen Historiker bisher nur marginales Interesse an Österreich an den Tag gelegt, auch umgekehrt ist es nicht viel anders. Der Schwerpunkt liegt eher auf ein paar wiederkehrenden Themen, die punktuell angeschnitten werden.

2 Die diplomatische offizielle Mitteilung vom 17. September 2018 ist auf der Webseite des italienischen Außenministeriums verfügbar: https://www.esteri.it/mae/it/sala_stampa/archivionotizie/comunicati/2018/09/austria.html.

Völlig anders stellt sich die Situation zwischen Italien und Deutschland dar: Beide Staaten haben dank der Arbeit von verdienstvollen, tatkräftigen Kulturinstitutionen, die über die notwendigen finanziellen Ressourcen sowie über das erforderliche Personal verfügen, vertiefte historische Kenntnisse voneinander. Besonders nennenswert sind das Deutsche Historische Institut in Rom und das Institut für Zeitgeschichte in München.

Nun lässt jedoch die aktive Initiative des Österreichischen Historischen Instituts in Rom als Mitveranstalter der zwei im Vorwort erwähnten Tagungen, die dem vorliegenden Band zugrunde liegen, zu Recht hoffen, dass ein neuer Gedankenaustausch und neue Forschungsansätze zu den zeitgeschichtlichen Ereignissen in Österreich und Italien entstehen könnten.

Ein Streifzug durch die letzten Jahrzehnte soll uns an dieser Stelle helfen, herauszufinden, wie sich die Kontakte zwischen Italien und Österreich entwickelt haben und inwiefern sich die bilateralen Beziehungen gegenseitig beeinflusst haben, sei es in friedlichen, entspannten Zeiten, sei es in Zeiten heftiger Auseinandersetzungen.

Gleich nach 1945 beschäftigte sich die Geschichtswissenschaft in Italien nur sehr wenig mit dem damaligen österreichischen Staat. Der Fokus lag vielmehr auf dem Faschismus und auf den speziellen Gründen, die die italienische Gesellschaft dazu bewegten, sich von diesem „Virus" anstecken zu lassen. Über die italienischen Grenzen hinaus wurde überwiegend Deutschland Aufmerksamkeit geschenkt: Im Mittelpunkt standen nicht nur Themen wie die Legitimität einer Gegenüberstellung beider Regime, die Verhältnisse zwischen beiden Diktaturen und deren Führern, der gemeinsam geführte Krieg, sondern auch die deutsche Besatzung nach dem 8. September 1943, die Massaker der Wehrmacht und die italienische Widerstandsbewegung. In der Debatte über die dramatischen Jahre des Faschismus fand Österreich kaum Platz, zumal es nach dem „Anschluss" im März 1938 seine Individualität verloren hatte[3].

Viel Raum wurde allerdings der Südtirolfrage eingeräumt, die von Anfang an zu einer zentralen Angelegenheit der österreichisch-italienischen

3 Hans Heiss, Rücken an Rücken. Zum Stand der österreichischen zeitgeschichtlichen Italienforschung und der italienischen Österreichforschung, in: Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart, hrsg. von Michael Gehler, Maddalena Guiotto (Wien–Köln–Weimar 2012) 101–128.

Beziehungen wurde. Lässt man die historiografischen Publikationen, die in der Nachkriegszeit über die Beziehungen zwischen Italien und Österreich erschienen sind, Revue passieren, so entsteht der Eindruck, dass – abgesehen von Südtirol – gar keine Gemeinsamkeiten bestanden, die beide Länder vereinen oder, besser gesagt, „trennen". Die Südtirolfrage wurde zu einem äußerst heiklen Thema, das den Austausch unter Historikern beeinflusste und heftige Debatten auslöste, wobei sich die österreichischen und die italienischen Wissenschafter manchmal der Aufgabe verpflichtet fühlten, die eigene Nation zu verteidigen[4].

Dies erfolgte insbesondere ab der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre, als Österreich infolge des Staatsvertrags vom Mai 1955 die volle Souveränität und somit seine politische Handlungsfähigkeit auf internationaler Ebene wiedererlangte. Bereits im April 1954 hatte die Südtiroler Volkspartei Ministerpräsident Mario Scelba eine Verteidigungsschrift vorgelegt, in der der italienischen Regierung vorgeworfen wurde, die Vereinbarungen des Gruber-De Gasperi-Abkommens vom 5. September 1946 nicht eingehalten zu haben. Daraufhin folgte eine Verbalnote gleichen Inhalts, die der österreichische Außenminister seinem italienischen Amtskollegen im Oktober 1956 zukommen ließ. So begann der langwierige und schwierige Streitfall, in dem Österreich und die Südtiroler Sammelpartei SVP Italien gegenüberstanden[5].

Gleich nach dem Schreiben des österreichischen Außenministers veröffentlichte Carlo Battisti, ein bekannter Sprachwissenschaftler und während des Faschismus enger Mitarbeiter Ettore Tolomeis, das Buch „L'Italia e l'Alto Adige. Dall'Accordo italo-austriaco del 1946 alla nota austriaca del 1956"[6]. In diesem Band wurde auf die Ereignisse der letzten zehn Jahre in Südtirol eingegangen, mit dem klaren Ziel, sämtliche von Österreich erhobenen Vor-

4 Christoph Hartung von Hartungen, Le ricerche di storia locale in Alto Adige/Südtirol-Tirolo. Dalle origini ai giorni nostri, in: Ricerca e didattica della storia locale in Alto Adige, hrsg. von Giorgio Delle Donne (Trento 1996) 29 ff.; Hans Heiss, Identität und Wissenschaft an der Grenze: Landes- und Regionalgeschichte in Tirol und Südtirol, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 147 (2011) 31 ff.

5 Michael Gehler, Österreichs Weg in die Europäische Union (Innsbruck 2009); Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969 (Bozen 1999), Bd. 1, 1947–1959; La difesa dell'italianità. L'Ufficio per le zone di confine a Bolzano, Trento e Trieste 1945–1954, hrsg. von Diego D'Amelio, Andrea Di Michele, Giorgio Mezzalira (Bologna 2015).

6 Carlo Battisti, L'Italia e l'Alto Adige. Dall'Accordo italo-austriaco del 1946 alla nota austriaca del 1956, esperienze d'un decennio (Firenze 1956). Eine bearbeitete und erweiterte Ausgabe dieses Buchs wurde ein Jahr später von Le Monnier veröffentlicht.

würfe zu entkräften. Dabei vertrat der Autor die offizielle Position Italiens, das jegliche Schuldzuweisung von sich wies. Unter anderem warf Italien der SVP vor, den vom Großteil der Tiroler Führungsschicht nach dem Ersten Weltkrieg eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen und die Zugehörigkeit Südtirols zu Italien schlichtweg abzulehnen. Dies hätte laut Battisti „auf die dümmste und unverschämte Art die faschistische Antwort" mitverursacht[7]. Zwei Jahre später folgte die Publikation „Südtirol. Versprechen und Wirklichkeit", herausgegeben vom Tiroler Journalisten Wolfgang Pfaundler, der sich angeblich aktiv an den Terroranschlägen beteiligt hatte[8]. In ihren Beiträgen, die eindeutig der SVP gewidmet sind, erzählen einige Historiker sowie manche Vertreter der Sammelpartei die Geschichte Südtirols ab dem Zeitpunkt seiner Annexion an Italien. Der Schwerpunkt liegt auf der Verantwortung Roms, vom Faschismus bis hin zur Entstehung der Republik, und auf den Pflichten Österreichs, dessen Aufgabe es sei, die Südtiroler Minderheit zu schützen und dabei die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft zu erlangen.

In den Folgejahren ging dieses Hin und Her weiter. Es wurden zahlreiche Werke veröffentlicht: von Pamphleten bis hin zu extrem detaillierten Arbeiten der Geschichtsaufarbeitung. Im Mittelpunkt stand aber immer die Gegenüberstellung der beiden Nationen[9]. An dieser Stelle wird nicht auf die einzelnen Werke eingegangen, sondern lediglich auf einige Schriften hingewiesen, die generell viel über die Ausrichtung und die Zweckbestimmung aller Publikationen aussagen. In weniger als zehn Jahren veröffentlichte der erfolgreiche österreichische Journalist Karl Heinz Ritschel mehrere Bücher und Streitschriften über die Geschichte Südtirols, die – wie bereits ihre Titel verraten – auf die Notwendigkeit einer Reaktion Europas, auf die erlittene Ungerechtigkeit und auf das Versagen der Diplomatie[10] näher eingingen. In

7 Ebd. 57 f. (Übers. d. Verf.)

8 Südtirol. Versprechen und Wirklichkeit, hrsg. von Wolfgang Pfaundler (Wien 1958).

9 Hartungen, Le ricerche di storia locale 74 ff.

10 Karl Heinz Ritschel, Südtirol: Warten auf Europa (Innsbruck [ca. 1958]); Ders., Südtirol. Ein europäisches Unrecht (Graz 1959); Ders., Diplomatie um Südtirol: politische Hintergründe eines europäischen Versagens (Stuttgart 1966). Für das Buch von 1959 wurde ursprünglich der beschwörende Titel „Südtiroler Passion" ausgewählt, wie in der Ankündigung über eine spätere Veröffentlichung des Buchs, die auf der Rückseite des Pamphlets „Südtirol: Warten auf Europa" publiziert wurde, zu lesen ist.

diesen Jahren gab Franz Gschnitzer, Jurist an der Universität Innsbruck und von 1956 bis 1961 Staatssekretär für Südtirol-Angelegenheiten, ein Heft heraus, in dem er die italienische Politik in Südtirol heftig kritisierte. Italien hänge laut Gschnitzer immer noch der Entnationalisierungstheorie des Trentiner Nationalisten Ettore Tolomei an, dessen Geist weiter fortlebe[11].

Eine italienische Antwort lieferten vor allem einige Journalisten, die Rom vorhielten, gegenüber den Südtiroler Forderungen zu nachgiebig zu sein und somit die italienische Präsenz in den Grenzgebieten aufs Spiel zu setzen. Ihrer Meinung nach sei auch ein gewisser ideologischer Extremismus unter den deutschsprachigen Minderheiten in der Provinz Bozen zu verzeichnen, der sich wie ein beunruhigender „schwarzer Faden" durchziehe und vom Pangermanismus zum Terrorismus führe[12]. Es lagen auch ausgewogenere und weniger einseitige journalistische Analysen vor[13]. Das Gros bildeten jedoch nach wie vor die nationalistischen Stellungnahmen, die darauf ausgerichtet waren, Österreich auf seine Vorwürfe gegenüber Italien zu antworten.

Wie im journalistischen Feld, so bleibt die Situation auch im Bereich der Historiografie unverändert. Federführend ist hier wieder Carlo Battisti, der das Buch „L'Alto Adige nel passato e nel presente" veröffentlichte. In diesem wird in Anlehnung an viele andere Veröffentlichungen, die während des Faschismus erschienen, versucht, in unterschiedlichen Bereichen – sei es in der Geschichte, in der Kultur, sei es bei Ortsnamen oder sogar bei der Vegetation – auf die italienischen Wurzeln Südtirols hinzuweisen[14]. Die Reaktion aus Tirol ließ nicht lange auf sich warten. So wurde 1965 das Buch „Südtirol – eine Frage des europäischen Gewissens" von Franz Huter, Historiker an der Universität Innsbruck mit eindeutig nationalsozialistischer Vergangen-

11 Franz Gschnitzer, Der Geist Tolomeis. Vierzig Jahre italienische Politik in Südtirol (Innsbruck [1960]).

12 Renato Cajoli, Alto Adige addio! (Milano 1967); Vittorio Lojacono, Alto Adige Südtirol. Dal pangermanesimo al terrorismo (Milano 1968).

13 In erster Linie sei auf die Artikel von Umberto Segre in den Zeitungen „Il Giorno" und „Il Ponte" hingewiesen. Diese befinden sich alle in Umberto Segre, La questione dell'Alto Adige (Roma 2006). Zu der Reaktion in Italien auf den Südtiroler Terrorismus in den 1960er-Jahren siehe Carlo Romeo, Il confine sotto attacco. La „Notte dei Fuochi" nella storiografia e pubblicistica italiana, in: Storia e regione / Geschichte und Region 20:1 (2011) 122 ff.

14 L'Alto Adige nel passato e nel presente, hrsg. von Carlo Battisti (Firenze 1963).

heit[15], publiziert. Zwar vereinte dieser Band viele renommierte Historiker, das Resultat war jedoch eine einseitige Analyse. Die jüngste Geschichte Südtirols wurde als das Ergebnis einer Verkettung von italienischen Fehlern dargelegt: vom Nationalismus bis zur Annexion, vom Faschismus bis zur unbefriedigenden Nachkriegslösung, während die Südtiroler als Opfer dargestellt wurden[16].

Der Südtirol-Streit beschränkte sich aber nicht nur auf die politische und journalistische Debatte und auf die Geschichtswissenschaft. Davon betroffen waren auch die politischen und diplomatischen Beziehungen. Es ist interessant zu beobachten, wie eng diese beiden Bereiche miteinander verflochten waren. Sie beeinflussten und inspirierten sich gegenseitig. Ein Beispiel dafür liefert die Auseinandersetzung anhand zweier in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre veröffentlichten Werke. Am Anfang stand das bereits erwähnte Buch „Diplomatie um Südtirol. Politische Hintergründe eines europäischen Versagens" von Karl Heinz Ritschel, erschienen im Jahr 1966. Der österreichische Journalist warf den österreichischen Politikern nachdrücklich vor, sie seien zu nachgiebig und nicht imstande, den Schutz der Südtiroler Minderheit sicherzustellen. Er wünschte sich, wie viele andere auch, das Scheitern der laufenden Verhandlungen, denn die vorgeschlagene Lösung werde den Südtiroler Interessen nicht gerecht und stelle keine echte Garantie auf internationaler Ebene dar. In seiner Arbeit wird die Südtirolfrage aus einer historischen Perspektive analysiert. Ritschel spannt thematisch den Bogen vom Eintritt Italiens in den Ersten Weltkrieg bis hin zu den Verhandlungen von 1966. In diesem Zusammenhang kritisiert der Autor die politische Linie von Außenminister Lujo Tončić-Sorinj auf das Heftigste. Dieser Band wurde vom österreichischen Außenministerium als Angriff auf die Verhandlungen angesehen, da darin deren Scheitern in den Raum gestellt wurde. Ritschel verwendete in der Rekonstruktion des Ablaufs der Verhandlungen vertrauliche diplomatische Dokumente, aus denen er umfassend zi-

15 Michael Gehler, Zur Kulturkommission des SS-„Ahnenerbes" in Südtirol 1940–43 und Geschichte des „Tolomei-Archivs" 1943–45. Entgegnungen zu Franz Huters „Feststellungen", in: Geschichte und Gegenwart 11:3 (1992) 208 ff.; Michael Wedekind, Franz Huter (1899–1997); „Verfügen sie über mich, wann immer sie im Kampfe um die Heimat im Gedränge sind", in: Österreichische Historiker 1900–1945, Bd. 2, hrsg. von Karel Hruza (Wien 2012) 591 ff.

16 Südtirol. Eine Frage des europäischen Gewissens, hrsg. von Franz Huter (Wien 1965).

tierte. Offenbar hatte er sie von hohen Beamten erhalten, die die konziliante Politik des österreichischen Außenministers zu desavouieren versuchten.
Nicht nur Tončić-Sorinj war verärgert, sondern auch die italienische Diplomatie zeigte sich empört und sah in der Aktion einen Affront und eine schwerwiegende Verletzung der diplomatischen Regeln. Aufgrund der Veröffentlichung von vertraulichen Informationen war Ritschels Buch offenbar der Versuch, den laufenden Dialog zu boykottieren und das Vertrauen zwischen Italien und Österreich zu unterminieren. Er verfolgte damit ein ähnliches Ziel wie die in diesen Jahren verübten Terroranschläge. Der Zeitpunkt war alles andere als zufällig, sondern steht in enger Verbindung mit dem Fortschreiten der Verhandlungen[17].

Die offizielle Antwort Italiens kam sehr rasch. Knapp ein Jahr nach Ritschels Buch veröffentlichte Mario Toscano sein Werk „Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige"[18], das als „instant book, zwischen politischer Publizistik und Geschichtsforschung"[19] bezeichnet wurde. Dieses Werk verfasste der Autor in Rekordzeit als Entgegnung auf Ritschel, dem nicht nur die Herausgabe der Protokolle über die bilateralen Außenministertreffen im genauen Wortlaut vorgehalten wurde („ein ziemlich überraschender Zug entgegen jedem anständigen internationalen Verfahren"[20]). Ritschel wurde auch kritisiert, weil er angeblich das Tolomei-Archiv konsultiert hatte, das nach dem 8. September 1943 von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurde und dessen Schicksal damals wie heute unsicher bleibt, obwohl alle vorhandenen Spuren nach Innsbruck führen[21]. Dass dieses Buch, welches in aller Eile als Antwort auf die entstandene Kontroverse geschrieben wurde, weiterhin ein wichtiges Instrument zur Analyse der Südtirolfrage bleibt und noch heute als einzige umfassende Rekonstruktion der damit zusammenhängen-

17 Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969. Bd. 3, 1962–1969 (Bozen 1999) 710 ff.

18 Mario Toscano, Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige (Bari 1967).

19 Luciano Monzali, Mario Toscano e la politica estera italiana nell'era atomica (Firenze 2011) 213. (Übers. d. Verf.)

20 Toscano, Storia diplomatica, XXII. (Übers. d. Verf.)

21 Günther Pallaver, Tracce celate di una vita. Le vicende delle carte Tolomei sequestrate nel 1943, scomparse dal 1945 e non ancora ritrovate, in: Ettore Tolomei (1865–1952). Un nazionalista di confine, in: Archivio trentino 4/1 (1998) 67 ff.; Gehler, Zur Kulturkommission 208 ff.

den Ereignisse aus italienischer Sicht gilt, zeugt von der Unzulänglichkeit späterer Studien[22].

Die Auseinandersetzung zwischen Ritschel und Toscano betraf unter anderem die Zuweisung der Verantwortung für die sogenannte Option: Ritschel meinte, die italienische Regierung hätte die Massenumsiedlung der Südtiroler vorgeschlagen. Toscano behauptete dagegen, es sei ein Plan der Deutschen gewesen. Dieser vehemente Disput weckte das Interesse Alexander Langers, der den Band rezensierte und dabei feststellte, wie sehr beide Autoren vor allem die eigene Nation von jeder Verantwortung freisprechen wollten. Dass aber die jeweilige Nation vom Faschismus beziehungsweise vom Nationalsozialismus vertreten war, vergaßen sie in ihrer Analyse zu erwähnen[23]. Wieder einmal wurde das Verteidigen des eigenen Staates über die eigentliche Aufgabe des Historikers gestellt.

In diesem Geflecht zwischen Aufarbeitung der Geschichte, nationalen Interessen und diplomatischen Streitigkeiten kam es manchmal zu Engpässen und zu einer Überschneidung von Rollen und Funktionen, was wiederum keine Verbesserung hinsichtlich des „historiografischen" Austauschs zwischen beiden Ländern mit sich brachte. Ein gutes Beispiel ist Mario Toscano, der zu den Hauptakteuren der österreichisch-italienischen Verhandlungen zählte. Er war einer der berühmtesten Historiker Italiens, dessen Forschungsschwerpunkt auf den internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert lag und hatte eine der am meisten zitierten Studien über den Südtirol-Streit verfasst. Für das italienische Außenministerium bereitete Toscano einige Dossiers über die jüngste Geschichte Südtirols und über den diplomatischen Streitfall vor. Im Herbst 1960 reiste er als Mitglied der italienischen Delegation zu den Vereinten Nationen nach New York, wo auf Antrag Österreichs eine Debatte über die Südtirolfrage stattfand. In den Folgejahren nahm er direkt an den bilateralen Verhandlungen teil[24]. Er war aber nicht der Einzige. Viktoria Stadlmayer ist in dieser Hinsicht ebenfalls zu nennen. Lange Zeit war sie zuständig für das Südtirol-Referat („Referat S") der Tiroler Landesregierung und verfasste zahlreiche historische Arbeiten über die Ereignis-

22 Monzali, Mario Toscano 214.

23 Alexander Langer, Rezension zu Mario Toscanos Buch, in: Schlern 43/4 (1969) 181 ff., hier 182.

24 Monzali, Mario Toscano 152 ff.

se in Südtirol. Im Mittelpunkt der politisch-institutionellen Tätigkeit beider stand stets das Interesse der eigenen Nation, wie auch aus ihren historischen Analysen hervorgeht, in denen eine Interpretation der Geschichte vorgegeben wird, die die späteren wissenschaftlichen Studien und das verbreitete historische Wissen beeinflusste. Das Agieren der beiden wird vor allem dadurch verständlich, wenn man weiter zurückblickt und sich das Verhältnis Toscanos zum faschistischen Regime einerseits und jenes Stadlmayers zum Nationalsozialismus andererseits vor Augen führt: In beiden Fällen drang nämlich der nationalistische Ansatz durch und ließ sich offenbar problemlos sowohl in Italien als auch in Österreich von der Diktatur auf die Republik übertragen[25].

Ab der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre schien aber endlich eine Lösung der Südtirolfrage in Sicht zu sein, und für Österreich hatte die Annäherung an die EG oberste Priorität, wofür man die Unterstützung Italiens benötigte. Dies führte allmählich zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Nachbarländern, was sich auch positiv auf die Geschichtswissenschaft auswirkte. Im akademischen Bereich wurden zwei Tagungen veranstaltet: Die erste fand 1971 in Innsbruck und die zweite ein Jahr später in Venedig statt. In Rahmen dieser beiden Konferenzen tauschten sich Historiker beider Länder über gemeinsame Themen aus und arbeiteten daran, Vorurteile zu hinterfragen und aus dem Weg zu räumen. Zahlreiche Vorträge gab es auch zur Südtirolfrage. In Venedig ging die Diskussion sogar so weit, dass man endlich den Mut aufbrachte und sich mit den heikelsten Themen der letzten Jahre auseinandersetzte, die den Zeitraum von 1919 bis 1969, das heißt vom Vertrag von Saint Germain bis zum Südtirol-Paket[26], umfassten.

---

25 Zum engen Verhältnis Toscanos mit dem faschistischen Regime und zu dessen politischer Rolle bis zur Verabschiedung der Rassengesetze von 1938 siehe Monzali, Mario Toscano. Zu Viktoria Stadlmayers Vergangenheit in den Jahren des Nationalsozialismus siehe Rolf Steininger, Die Option. Zu Viktoria Stadlmayers „Auseinandersetzung mit neuerer Literatur über die Geschichte der Südtiroler Umsiedlung", in: Innsbrucker Historische Studien 14/15 (1994) 177 ff.; siehe auch Robert Gismann, Viktoria Stadlmayer – ein biographischer Versuch, in: Tirol im 20. Jahrhundert. Festschrift für Viktoria Stadlmayer zur Vollendung des 70. Lebensjahres in Würdigung ihres Wirkens für das ganze Tirol, hrsg. von Franz Hieronymus Riedl, Christoph Pan, Marian Cescutti, Robert Gismann (Bozen 1989) 11 ff.

26 Die Schriften beider Tagungen wurden zunächst auf Deutsch in Innsbruck – Venedig. Österreichisch-italienische Historikertreffen 1971 und 1972, hrsg. von Adam Wandruszka, Ludwig Jedlicka (Wien 1975) und danach auf Italienisch in: Storia e politica 12/3 (1973) 327 ff. und 13/1–2 (1974) 1 ff. veröffentlicht.

Obwohl bei diesen Treffen das Hauptaugenmerk auf geschichtspolitischen und diplomatischen Themen lag, die fernab von innovativen globalen Ansätzen angesiedelt waren, stellten sie sich letztendlich – inhaltlich, vor allem aber wegen der dort herrschenden Stimmung – als zwei wichtige Anlässe heraus. Zu ihren Hauptinitiatoren zählten die Historiker Franco Valsecchi, Adam Wandruszka, Leo Valiani, Ludwig Jedlicka, Umberto Corsini und Fritz Fellner, allesamt Vertreter einer historiografischen Tradition mit multinationalem Charakter, in der die Zweisprachigkeit – welche damals nur wenigen elitären Kreisen vorbehalten war – auch gelebt wurde. Man könnte fast behaupten, diese Historiker waren in das jeweils andere Land verliebt. Es gelang ihnen, diese Veranstaltungen ins Leben zu rufen, die aus wissenschaftlicher und symbolischer Sicht prägend waren. Es blieb allerdings eine punktuelle Angelegenheit, die mittel- und längerfristig keine Impulse setzte[27].

Immerhin wurde der einmal angefangene Dialog aber nicht unterbrochen. Auch in den darauffolgenden zwei Jahrzehnten trafen sich österreichische und italienische Historiker. Es gelang ihnen aber nicht, den Schwerpunkt der Debatte auf den ihnen – zeitlich gesehen – nächstgelegenen Zeitraum, nämlich die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, zu verlagern. Der Fokus ihrer Gespräche lag weiterhin auf dem 18. und 19. Jahrhundert[28]. Das gleiche Problem trat auch bei einer anderen kulturellen Initiative auf, die Silvio Furlani und Adam Wandruszka ins Leben riefen, als sie in den Siebzigerjahren an einer „gemeinsamen" Geschichte Österreichs und Italiens arbeiteten, in der aber zeitgeschichtliche Ereignisse fast vollständig ausgeklammert wurden: Von 270 Seiten waren nur etwa 30 Seiten dem Zeitraum zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Gegenwart gewidmet[29].

---

27 Maddalena Guiotto, Una generazione postbellica di storici tra Austria e Italia: il loro contributo al superamento dei pregiudizi reciproci, in: Felix Austria Italia infelix? Tre secoli di relazioni culturali italo-austriache, hrsg. von Nicoletta Dacrema (Roma 2004) 149 ff.; Heiss, Rücken an Rücken 118 f.

28 Ähnliches ist auch bei einer neuen „bilateralen" Publikation festzustellen, die fast 25 Jahre später nach der Veröffentlichung zu den Treffen in Innsbruck und Venedig erschienen ist. Diese Publikation basiert auf den Ergebnissen einer Tagung in Innsbruck von 1995: Österreichisches Italien – italienisches Österreich? Interkulturelle Gemeinsamkeiten und nationale Differenzen vom 18. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, hrsg. von Brigitte Mazohl-Wallnig, Marco Meriggi (Wien 1999).

29 Silvio Furlani, Adam Wandruszka, Österreich und Italien. Ein bilaterales Geschichtsbuch (Wien–München 1973); Silvio Furlani, Adam Wandruszka, Austria e Italia. Storia a due voci (Bologna 1974). Das Buch wurde 2002 sowohl auf Deutsch (öbv et hpt, Wien) als auch auf

Dass es weiterhin schwierig war, sich mit historischen Themen der jüngsten Jahre zu befassen, zeigt eine Publikation über die Geschichte Südtirols zwischen 1918 und 1946. Verfasst wurde der Band von Umberto Corsini, Historiker aus Trient und Professor an der Universität Venedig, gemeinsam mit Rudolf Lill, einem deutschen Historiker, der lange am Deutschen Historischen Institut in Rom aktiv war. 1975 forderte der Südtiroler Landtag die Landesregierung auf, anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Befreiung Italiens „eine wissenschaftliche Studie über die Geschichte und Auswirkungen des Faschismus und Nationalsozialismus in Südtirol auszuarbeiten und zu veröffentlichen“[30]. Ziel war es, den Bürgern und Bürgerinnen eine Aufarbeitung der Vergangenheit durch zwei „unbefangene“ Historiker zu bieten, die jeweils als Ausdruck der italienischen und der deutschen Welt endlich alte Vorurteile überwinden und damit zur Entwicklung der lokalen Gesellschaft beitragen würden. Es vergingen allerdings mehrere Jahre: Erst 1981 beauftragte man die zwei Wissenschafter mit der Publikation, die 1988 erschien[31]. Das Endergebnis entsprach jedoch nicht dem ursprünglichen Leitprinzip des Projekts. Das gemeinsame Werk der beiden Historiker, die als Vertreter der jeweiligen Historiografien und Sprachgemeinschaften fungierten, zeigten doch, wie weit die Meinungen noch auseinandergingen. In diesem Band präsentierten die beiden Autoren die eigenen Kapitel in zwei verschiedenen Einleitungen – und kritisierten sich gegenseitig. Laut Lill habe der Kollege die italienische Politik in Südtirol vor der Zeit des Faschismus zu mild bewertet. Er drückte außerdem seine Bedenken über die Art und Weise aus, wie der Autor das Thema der Operationszone Alpenvorland ausgearbeitet hatte[32]. Corsini hingegen war der Ansicht, Lills Arbeit sei nicht frei von „kursorischen Interpretationen“. Er behauptete zudem: „Der Dissens wird noch größer bei der Darstellung der Geschichte des Trentino, als ob dieses Land seit jeher mit Ti-

Italienisch (Cappelli, Bologna) neu veröffentlicht. Die Herausgeber sind Maddalena Guiotto und Stefan Malfèr, die das letzte Kapitel über die Jahre nach 1945 aktualisiert haben.

30 Vorwort zu Umberto Corsini, Rudolf Lill, Südtirol 1918–1946 (Bozen 1998) 4.

31 Dazu siehe Hartungen, Le ricerche di storia locale 87.

32 Dazu siehe Corsini, Lill, Südtirol 7. Man warf Corsini vor, er hätte in seiner Publikation den Faschismus als Modernisierungselement des wirtschaftlich rückständigen Südtirols untersucht. Dazu siehe Hans Heiss, Regionale Zeitgeschichten. Zur Differenzierung der zeithistorischen Forschung Tirols und Südtirols seit 1986, in: Geschichte und Region/Storia e regione 5:1–2 (1996) 267 ff.

rol eine Einheit gebildet habe“[33]. Darüber hinaus habe Lill Benedetto Croces Auslegung des Faschismus als „Parenthese“ auf Südtirol übertragen. So gesehen war das Gruber-De Gasperi-Abkommen vom 5. September 1946 nicht das Ergebnis der Sondersituation, die sich am Ende des Zweiten Weltkrieges nach 20 Jahren Faschismus herauskristallisierte, sondern vielmehr der unumgängliche Ausgang eines Kurses, der bereits 1919 eingeschlagen worden war und vom faschistischen Regime missbräuchlich unterbrochen wurde[34]. Zurückblickend auf diese Kontroverse ist die tiefe Spaltung zwischen diesen renommierten Historikern bemerkenswert. Diese hatten nämlich ihr Ziel verfehlt: Zum Schluss kooperierten sie nicht und die üblichen Kontraste im geschichtswissenschaftlichen Kontext blieben erhalten.

Abgesehen vom neuen internationalen politischen Klima trug auch eine Entwicklung innerhalb der Historiografie selbst dazu bei, die Diskussion zwischen österreichischen und italienischen Historikern zu fördern und alte Muster zu durchbrechen. Lange drehte sich die Analyse der Beziehungen zwischen Italien und Österreich um die nationale Frage beziehungsweise um den langsamen italienischen Vereinigungsprozess, der gegen die Präsenz Österreichs in Italien gerichtet war. Vor diesem Hintergrund wurde der Staat Österreich als „historischer Feind“ angesehen und darüber hinaus als Völkerkerker, wo grundlegende Freiheiten und nationale Bestrebungen unmöglich waren und die Repression überwog. Jahrelang dominierte eine Metternich'sche Perspektive, die die österreichische Politik überwiegend im überwachenden, repressiven und hinterlistigen Sinne interpretierte[35]. Diese Auffassung wurde über die Epoche Metternichs hinaus auf das 17. Jahrhundert und auf die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg ausgedehnt. Die Unterdrückung der Nationalitäten erschien somit als Hauptmerkmal des österreichi-

33 Corsini, Lill, Südtirol 10.

34 „Der Vertrag bestätigt nach dem Zweiten Weltkrieg bemerkenswerterweise jene Lösung der territorialen Frage, wie sie bereits am Ende des Ersten Weltkrieges angewandt worden ist: Geschichtliche Logik und historiographische Periodisierung bestimmen dabei den Vertrag als notwendigen Zielpunkt.“ Corsini, Lill, Südtirol 8. Zu Corsinis Interpretation des Gruber-De Gasperi-Abkommens und zur österreichisch-italienischen Gegenüberstellung im historiografischen Bereich rund um dieses Thema siehe Andrea Di Michele, Das Gruber-De Gasperi-Abkommen aus der Sicht der italienischen Politik, in: 70 Jahre Pariser Vertrag, hrsg. von Walter Obwexer, Eva Pfanzelter (Wien 2017) 97–103.

35 Marco Meriggi, Introduzione, in: Mazohl-Wallnig, Meriggi, Österreichisches Italien 13 ff.

schen Habsburgerreiches. So wurde die äußerst komplexe Geschichte der unter österreichischer Herrschaft stehenden italienischen Gebiete lediglich als ein ewiger Kampf im Zeichen der Nationalitäten gesehen.

Ab den Achtzigerjahren verbreiteten sich jedoch neue Geschichtsdeutungen, die den Fokus vom Thema der Nationalstaatsbildung auf weiterreichende Aspekte verlegten. Es galt nicht so sehr politische Themen, sondern hingegen strukturelle, administrative und legislative Gesichtspunkte auszuloten. Dank dieser neuen und vielfältigen Erklärungsversuche sah man das Habsburgerreich und dessen Geschichte endlich nicht mehr durch die Brille der nationalen Auseinandersetzungen: Im Mittelpunkt standen nun auch positive Aspekte, wie die Hinterlassenschaft, die Kontinuität und das Erbe des Habsburgerreichs. Die Metternich'sche wurde durch die maria-theresianische Betrachtungsweise ersetzt: Wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen, aufgeklärter Reformismus und gute Verwaltung kam nun ein größerer Stellenwert zu. Durch die Schwerpunktverlagerung von der Bildung des Nationalstaates auf das viel komplexere und zukunftsorientierte Thema des Wandels aus sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Sicht, ist die Historiografie der unter dem Habsburgerreich stehenden italienischsprachigen Gebiete mehr als nur eine des Risorgimento geworden. In dieser Hinsicht änderte sich auch die Wahrnehmung der österreichischen Politik, die nicht mehr nur als repressiv galt. Österreich habe nämlich auch die Grundlagen für ein ausgeklügeltes administratives und wirtschaftliches System gelegt. In dieser Hinsicht kann behauptet werden, die Geschichtswissenschaft sei der Literatur und der Literaturgeschichte gefolgt, da vor allem die bahnbrechende Arbeit von Claudio Magris über den Habsburgermythos ab den Sechzigerjahren neue Anknüpfungspunkte bot[36].

Die Habsburgergeschichte wird nicht nur in der historischen Wissenschaft neu bewertet, sondern auch in anderen Bereichen, vor allem in der Politik und der öffentlichen Kommunikation. Von Trient bis Triest sind der Mythos von Italia Felix unter österreichischer Herrschaft und die unkritische Nostalgie nach einer idealisierten und oft allzu wenig bekannten Vergangenheit in der Geschichte tief verwurzelt. Diese Geschichte, die gänzlich

36 Claudio Magris, Der habsburgische Mythos in der österreichischen Literatur (Salzburg 1966); Angelo Ara, Claudio Magris, Triest. Eine literarische Hauptstadt in Mitteleuropa (München 1987); Claudio Magris, Donau. Biographie eines Flusses (München 1988).

im antiitalienischen Sinn ausgelegt wird, flammt heute wieder auf. In einem krisengeplagten Italien häufen sich Verweise auf eine auf Regionalismus basierende vergangene Zeit, egal, ob es sich um „neuhabsburgische" oder „neubourbonische" Überlegungen handelt: Man versucht, echte oder angebliche historische und kulturelle Grundlagen aufzuspüren, die vornationalen oder antinationalen Charakter haben[37].

Abschließend kann festgestellt werden, dass es heute – anders als in der Vergangenheit – nicht mehr darum geht, im österreichisch-italienischen Beziehungsgeflecht alte Vorurteile und Auseinandersetzungen zu durchbrechen. Die Herausforderung liegt vielmehr darin, die beiderseitige Interessenslosigkeit zu überwinden und dabei neue Anlässe und Gelegenheiten zwischen den Institutionen beider Länder zu finden, um den Dialog weiter zu fördern. Die Forschungslandschaft ist immer noch relativ dünn gesät mit Historikern, die sich mit dem anderen Land befassen. Viel Interesse gilt leider nach wie vor einer recht beschränkten Zahl von historischen Themen und Zeitaltern. Wenn es auch einige wichtige Arbeiten über die Geschichte der Beziehungen zwischen dem Königreich Italien und dem Habsburgerreich gibt, so besteht in Bezug auf die Beziehungen zwischen Italien und der Republik Österreich viel Nachholbedarf. Dies gilt sowohl für die Zwischenkriegszeit als auch für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts[38]. Mit dem vorliegenden Band soll ein Beitrag geleistet werden, über diese Grenzen hinauszugehen.

37 Vittorio Carrara et al., A proposito di studi trentini e di "grandi narrazioni", in: Studi trentini. Storia 90/2 (2011) 325 ff.; Quinto Antonelli, Ricordare la Grande Guerra. Riflessioni all'alba del centenario, in: Studi trentini. Storia 93/1 (2014) 53 ff.; Wu Ming 1, Cent'anni a Nordest. (Milano 2015); Michele Marzana, La controstoria neoborbonica: il racconto di un altro Risorgimento, in: Novecento.org 6 (luglio 2016). DOI: 10.12977/nov134.

38 Siehe dazu Maddalena Guiotto, Italien und Österreich: ein Beziehungsgeflecht zweier unähnlicher Nachbarn, in: Italien und Österreich im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit, hrsg. von Maddalena Guiotto und Helmut Wohnout (Wien 2018) 13–37. Der Band ist das Ergebnis einer Tagung, die 2008 in Trient stattfand und ein Meilenstein für die Erforschung der Beziehungen zwischen beiden Ländern in den Zwanziger- und Dreißigerjahren.

I

ITALIEN UND ÖSTERREICH IM 20. JAHRHUNDERT

Die italienische Führungsschicht zwischen der Auflösung des Habsburgerreichs und der Entstehung der österreichischen Republik

FRANCESCO CACCAMO
Università degli Studi „G. d'Annunzio“ Chieti-Pescara

Betrachtet man die österreichisch-italienischen Beziehungen näher, so versteht man, wie der kurze und dennoch intensive Zeitraum vom Ersten Weltkrieg bis zur unmittelbaren Nachkriegszeit eine wichtige Rolle gespielt hat. Gerade während dieser Zeit gingen jene großen multinationalen und dynastischen Gebilde unter, die seit Jahrhunderten ihre Vormachtstellung in Mittel- und Osteuropa innehatten, allen voran das Habsburgerreich. An ihre Stelle traten neue oder gründlich umstrukturierte Staaten, die zwar ihre Legitimierung auf Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker und des Nationalitätsprinzips geltend machten, aber in Wirklichkeit aufgrund von geografischen, wirtschaftlichen, strategischen und schließlich politischen Überlegungen strukturiert wurden. Dies traf auch – wenn auch mit zahlreichen Unterschieden – auf die österreichische Republik beziehungsweise auf die Republik Deutschösterreich (so lautete die ursprüngliche Bezeichnung, die aber sehr bald aufgegeben werden musste) zu. In diesem Zusammenhang sah sich Italien zum ersten Mal mit der „österreichischen Angelegenheit“ konfrontiert und musste Stellung beziehen. Dies angesichts der Probleme, die mit der Festlegung der österreichischen Grenzen zusammenhingen, aber vor allem in Anbetracht der Ungewissheit aufgrund der schwachen Wirtschaftslage Österreichs und der Infragestellung seiner politischen Unabhängigkeit. Auf diesen letzten Punkt geht vorliegender Beitrag näher ein.

In der Historiografie werden diese Vorbedingungen sehr oft außer Acht gelassen. Meistens wird davon ausgegangen, dass die italienische Führungsschicht bereits in der frühen Nachkriegszeit dem Staat Österreich einen hohen politischen Stellenwert zuwies und dessen Unabhängigkeit als absolut prio-

ritär erachtete. Die vorhandenen Quellen zeigen jedoch ein komplett anderes Bild, das viel ungewisser und komplexer war. Obwohl es in den Jahrzenten davor vermehrt Anzeichen gab, die auf eine Auflösung der Habsburgermonarchie hindeuteten, zeigte sich die italienische nationalliberale Führungsschicht, die von großen taktischen und strategischen Unsicherheiten sowie von heftigen internen Debatten geplagt war, grundsätzlich unvorbereitet auf den Umgang mit dem Ende der Donaumonarchie. Mit der Pariser Konferenz machte sich auch noch das frustrierende Gefühl breit, dass den territorialen Forderungen nach den Gebieten an der östlichen Adria nicht gebührend Achtung geschenkt worden sei. Außerdem gibt es ein zusätzliches Detail, welches in den Dokumenten stellenweise zu finden ist. Dies mag vielleicht auf den ersten Blick wenig relevant erscheinen, darf aber meines Erachtens nicht unberücksichtigt bleiben: Die italienischen Politiker, die aufgrund ihres im Risorgimento und im Postrisorgimento verankerten kulturellen Hintergrunds dazu tendierten, das Nationalitätsprinzip ihren Bedürfnissen und Interessen unterzuordnen – dieses aber nie gänzlich ablehnten – blickten voller Verwunderung auf die Amtskollegen anderer Siegermächte, die Österreich mit einer gewissen Unverfrorenheit eine Unabhängigkeitslösung aufzwingen wollten, mit der Millionen Österreicher nicht einverstanden waren. In weiterer Folge wurde die bei der Friedenskonferenz etablierte Ordnung – wobei die österreichische Unabhängigkeit an das strengste Anschlussverbot gekoppelt war – von der italienischen Führungsschicht nur unter Vorbehalt akzeptiert. Die Anhänger der „Nationalitätenpolitik" betrachteten diese Ordnung eher als das kleinere Übel, das indirekt die befürchtete Entstehung einer Donauföderation, bestehend aus den meisten Teilen des kürzlich zerfallenen Reiches, verhindern konnte. Andere hingegen, unter ihnen Sidney Sonnino, sahen gewisse Vorteile darin und hielten diese neue Regelung für ein geeignetes Mittel, um die Bildung einer an Italien angrenzenden großen deutschen Nation zu vermeiden. Doch jeder betrachtete die Pariser Ordnung als Ausdruck des Willens anderer. Man fühlte sich deswegen nur zum Teil zu deren Erhaltung verpflichtet. Zudem herrschte die Meinung vor, dass es nicht Aufgabe der italienischen Politik sei, Österreich und Deutschland gezwungenermaßen getrennt zu halten, da dabei die Gefahr bestand, die Ziele Italiens aus den Augen zu verlieren.

Für eine möglichst tiefgreifende Analyse der Vorkommnisse sei darauf hingewiesen, dass sich Italien bereits an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert mit ersten Krisensignalen innerhalb der großen multinationalen und dynastischen Gebilde konfrontiert sah und die Emanzipationsforderungen wahrnahm, die von den verschiedenen Völkern immer vehementer erhoben wurden. Generell kann behauptet werden, dass sowohl die italienische Führungsschicht als auch die Öffentlichkeit aufgrund ihres im Risorgimento und Postrisorgimento verwurzelten kulturellen Hintergrunds an der langfristigen Überlebensfähigkeit der großen Monarchien zweifelten. Mit dieser allgemein verbreiteten Meinung gingen auch aus praktischer Sicht viele Unsicherheiten und Bedenken einher; Italien war sich seiner Schwäche bewusst und fürchtete, dass die durch die neuen Machtverhältnisse in Europa hervorgerufene Unordnung für jene Mächte besonders vorteilhaft sein würde, die wirtschaftlich, militärisch und politisch besser dastanden als Italien selbst. So begann ein ständiges Hinauszögern, es galt Zeit zu gewinnen. Mannigfaltige Vorsichtsmaßnahmen wurden ergriffen und komplexe Abkommen verhandelt, um unbedingt zu verhindern, dass sich Italien auf der Verliererseite befände, wodurch sich das Land Vorteile und Gegenleistungen sichern wollte[1].

Hauptvertreter dieser politischen Gratwanderung war Antonino di San Giuliano, der diese Politik in Zusammenhang mit der Krise, die das Osmanische Reich vor dem Krieg erschütterte, verfolgt hatte. Vor der Julikrise von 1914 strebte der sizilianische Politiker scheinbar ein Abkommen mit den ehemaligen Verbündeten des Dreibundes an, die Italien zumindest einige Gegenleistungen in den *terre irredente* sichern sollten. Da seine Vorschläge ungehört blieben, fasste Antonino di San Giuliano das Angebot der Entente

1 In diesem Zusammenhang finden sich Überlegungen, die Gegenstand einiger Beiträge über die italienische Politik des frühen 20. Jahrhunderts in Bezug auf das Osmanische Reich sind: Francesco Caccamo, The Balkan Wars in the Perspective of the European Powers. The Italian Case, in: War and Nationalism. The Balkan Wars, 1912–1913, and Their Sociopolitical Implications, hrsg. von Hakan Yavuz und Isa Blumi (Salt Lake City 2013) 230–248; Ders., The Ottoman Empire and the Eastern Question, in: The Libyan War (1911–1912), hrsg. von Luca Micheletta und Andrea Ungari (Newcastle upon Tyne 2013) 175–191; Ders., Italy, Libya and the Balkans, in: The Wars before the War, hrsg. von William Mulligan, Dominik Geppert und Andreas Rose (Cambridge 2015) 21–40. Für eine umfassende Analyse siehe Luciano Monzali, Italiani di Dalmazia. Dal Risorgimento alla Grande Guerra (Firenze 2004); Giampaolo Ferraioli, Politica e diplomazia in Italia tra XIX e XX secolo. Vita di Antonino di San Giuliano 1852–1914 (Soveria Mannelli 2007).

ins Auge und arbeitete daher innerhalb weniger Wochen ein beachtliches, noch erweiterbares Forderungspaket aus. In seinem letzten Vorhaben war nicht nur von Triest und Trient die Rede, sondern auch von Südtirol und von, *mindestens,* ganz Istrien und einigen Inseln in Dalmatien. Eigenartigerweise hielt es San Giuliano für möglich, den Kriegseintritt Italiens an der Seite der Entente auf einen späteren Zeitpunkt aufzuschieben, wenn der Konflikt bereits fortgeschritten sein würde oder sogar kurz bevor das Habsburgerreich nach der Landung der Entente-Flotte in der Adria oder nach dem Vormarsch der Armeen aus den kleinen und mittleren Balkanmächten entlang des Ostufers zusammenbrechen würde. Das war also die bereits damals von vielen Zeitgenossen definierte *testamentarische Hypothese*, wonach Italien in den Krieg ziehen würde, weniger um die Entente zu unterstützen als vielmehr um zu verhindern, dass andere von der Auflösung Österreich-Ungarns an seiner Stelle profitieren konnten[2].

In diesem Beitrag wird nicht auf die einzelnen Etappen bis zum Kriegseintritt Italiens eingegangen. Vielmehr soll besonderes Augenmerk auf die Tatsache gelegt werden, dass die italienische Führungsschicht seit der Julikrise mit der bevorstehenden Auflösung des Habsburgerreiches rechnen musste. San Giuliano, der als einer der einflussreichsten Vertreter dieser Führungsschicht galt, strebte das nicht an. Durch undurchsichtige, teilweise machiavellistische Argumentationen und vermutlich aufgrund seines sich verschlechternden Gesundheitszustands war der Außenminister eher bemüht, Italien auf den eventuellen Zerfall des Habsburgerreiches vorzubereiten und einen Weg zu finden, Italien danach eine angemessene Position zu sichern. So wurde diese Politik auch nach seinem Tod, Ende Oktober 1914, fortgesetzt. Ähnlich war die Einstellung des Generalsekretärs des Außenministeriums, Giacomo De Martino, wie aus seinen ausführlichen Berichten, die er zwischen 1914 und 1915 rund um das Dilemma „Neutralität oder Eingriff" verfasste, hervorgeht. Obwohl er für den Einsatz an der Seite der Entente plädierte, blieb der hohe Beamte der *Consulta* davon überzeugt, dass man in erster Linie vermeiden sollte, dass sich Italien am Ende des Krieges auf der Seite

2 Siehe dazu die Interpretationen von Ferraioli, Politica e diplomazia in Italia, und Francesco Caccamo, Il Montenegro negli anni della prima guerra mondiale (Roma 2008) sowie Ders., Italy, the Adriatic and the Balkans. From the Great War to the Peace Conference, in: Italy in the Era of the Great War, hrsg. von Vanda Wilcox (Leiden 2018) 122–144.

der Verlierer befände. So zeichneten sich für De Martino vollkommen unterschiedliche und teilweise sogar gegensätzliche Szenarien ab, die sich aber alle um die Zukunft Wiens drehten. Würde die Entente gewinnen, so sollte Italien von der *Niederlage* und vom *Zusammenbruch* des Habsburgerreiches profitieren, um die englisch-französisch-russische Allianz zu unterstützen und sich somit eine Vormachtstellung im Adriaraum zu sichern; hätten sich dagegen die Mittelmächte als Sieger durchgesetzt oder einen Kompromissfrieden abgeschlossen, sollte sich Italien auch mit wenigen Zugeständnissen zufriedengeben, wohl wissend, dass Österreich nur noch *ein sterbendes Land war und dessen Existenz nur provisorisch war,* und dass *die Erfüllung der italienischen Forderungen im Adriaraum nur ein abgekartetes Spiel gewesen wäre und zwar ein Spiel, das Italien nach der künftigen unvermeidlichen Auflösung der Donaumonarchie gewonnen hätte*[3].

Als Sidney Sonnino zum neuen Außenminister ernannt wurde, änderte sich die Perspektive. Der aus der Toskana stammende Politiker war fest davon überzeugt, dass eine Entscheidung nicht mehr lange aufgeschoben werden konnte. So beschloss er, mit den Mittelmächten das Thema der Kriegsablöse wieder aufzugreifen und bei Nichterreichen eines Abkommens eine Lösung mit der Entente zu verhandeln. Im April 1915 unterzeichnete man den Londoner Vertrag, aufgrund dessen Italien das Trentino, Südtirol, Julisch-Venetien mit ganz Istrien sowie den südlichen Teil Dalmatiens und einen Großteil der ostadriatischen Inseln von den neuen Alliierten der Entente zugesprochen bekam. Laut Sonnino war Italien angesichts dieser Entscheidung daher nicht mehr gezwungen, eine eindeutige Haltung hinsichtlich der

3 Siehe dazu beide Berichte, die De Martino für Sonnino jeweils am 30. November 1914 und am 9. Jänner 1915 verfasste und die in Sonninos Archiv in Montespertoli aufbewahrt werden (Mikrofilme beim Archivio Centrale dello Stato, Rom), Filmspule 47. Interessant ist die Argumentation De Martinos über die Möglichkeit, den Ausgang des Konflikts abzuwarten, bevor man sich auf die eine oder andere Seite stellt: *Ich bin mir dessen bewusst, dass diese Richtlinie als feiges Benehmen abgestempelt wird und dass es viel würdiger und lobenswerter wäre, sich mit den Mittelmächten in guten sowie in schlechten Zeiten zu verbinden bzw. unsere Kräfte für die Entente zu bündeln und dabei deren Schicksal und Risiken zu teilen. Allerdings kann die Regierung Italiens unter den bestehenden ökonomischen, sozialen, politischen und militärischen Umständen dieses Risiko und diese Verantwortung auf sich nehmen? Wir könnten aus Loyalitätsgründen dem Deutschen Kaiserreich das bestätigen, was der Markgraf von San Giuliano bereits in Aussicht gestellt hatte und zwar dass bei einer Niederlage und Auflösung des österreichisch-ungarischen Reichs Italien gezwungenermaßen in den Krieg einziehen müsste, um die unter der Monarchie stehenden italienischen Gebiete zu erobern und zu besetzen und diese vor der slawischen Besetzung zu retten, welche Italiens Interessen und Bestrebungen für immer ein Ende setzen würde.* (Übers. d. Verf.)

Habsburgermonarchie einzunehmen. Wie aus den Vorschlägen hervorgeht, die im Zuge der Verhandlungen über die östliche Adria und insbesondere über den zwischen Fiume und Zara liegenden Küstenstreifen (das sogenannte kroatische Küstenland) unterbreitet wurden, waren die italienischen Diplomaten bereit, auch unterschiedliche Szenarien zu berücksichtigen. So würde Italien sowohl das Überleben eines neu gestalteten österreichisch-ungarischen Staates als auch dessen Ersatz durch neue Nationalstaaten, und, in diesem spezifischen Fall, durch einen unabhängigen kroatischen Staat akzeptieren. In diesem Zusammenhang war es wichtig, die übrig gebliebenen Gebiete des Küstenlands unter mehreren für Italien harmlose Staaten aufzuteilen, damit die *adriatische Vormachtstellung*, welche man Italien durch die Zuteilung einiger an der Ostgrenze liegenden Gebiete zusichern wollte, aufrechterhalten bliebe. Man würde somit zwar das Überleben eines umgestalteten Habsburgerreiches mit eigenem Meerzugang in Fiume begrüßen, jedoch nicht die Ausdehnung Serbiens auf alle südslawischen Gebiete der Donaumonarchie[4].

Anhand dieser Ausführungen scheint das an die zukünftigen Generationen überlieferte Bild Sonninos eher unvollständig zu sein. So wird er entweder als starker Befürworter der Aufrechterhaltung des Habsburgerreiches oder als Konservativer, der sich eine europäische Ordnung ohne die Do-

4 Zur Persönlichkeit Sonninos siehe Geoffrey A. Haywood, Failure of a Dream. Sidney Sonnino and the Rise and Fall of Liberal Italy (1847–1922) (Firenze 1999); Sidney Sonnino e il suo tempo, hrsg. von Pier Luigi Ballini (Firenze 2000); Luciano Monzali, Sidney Sonnino e la politica estera italiana dal 1878 al 1914, in: Clio 35/3 (1999) 397–447; Ders., Sidney Sonnino e la politica estera italiana nell'età degli imperialismi europei, in: La politica estera dei Toscani. Ministri degli Esteri nel Novecento, hrsg. von Pier Luigi Ballini (Firenze 2012) 13–53. Zum Thema Kriegseintritt Italiens siehe (ohne Anspruch auf Vollständigkeit): Luigi Albertini, Le origini della guerra del 1914, 3 Bd. (Milano 1942–1943); Ders., Venti anni di vita politica, 5 Bde. (Bologna 1950–1953); Brunello Vigezzi, L'Italia di fronte alla prima guerra mondiale, Bd. I, L'Italia neutrale (Milano–Napoli 1966); Leo Valiani, La dissoluzione dell'Austria-Ungheria (Milano 1966); Alberto Monticone, L'Italia e la neutralità italiana, 1914–1915 (Bologna 1971); William A. Renzi, In the Shadow of the Sword. Italy's Neutrality and Entrance into the Great War 1914–1915 (New York 1987); Gian Enrico Rusconi, L'azzardo del 1915. Come l'Italia decide la sua guerra (Bologna 2009); Giorgio Petracchi, 1915. L'Italia entra in guerra (Pisa 2015); Antonio Varsori, Radioso maggio. Come l'Italia entrò in guerra (Bologna 2015); Giovanni Orsina, Andrea Ungari, L'Italia neutrale 1914–1915 (Roma 2016). Hilfreich sind nach wie vor folgende Quellen: Mario Toscano, Rivelazioni e nuovi documenti sul negoziato di Londra per l'ingresso dell'Italia nella prima guerra mondiale, in: Nuova Antologia 100/1976-1977-1978-1979 (1965); Pietro Pastorelli, Le relazioni dell'Italia con la Serbia dal luglio 1914 all'ottobre 1915, in: Dalla prima alla seconda guerra mondiale. Momenti e problemi della politica estera italiana 1914–1943, hrsg. von Ders. (Milano 1997) 13–41.

naumonarchie nicht vorstellen konnte, porträtiert. Wenn man die Probleme in Ostmitteleuropa berücksichtigt, die der Zusammenbruch Österreich-Ungarns mit sich brachte, könnte diese Darstellung heute sogar als Kompliment aufgefasst werden. Sie entspricht allerdings nicht der Realität. Generell wäre es korrekter zu behaupten, dass der Mann an der Spitze der *Consulta* die italienischen Forderungen in den Mittelpunkt stellte und sich enthielt, der Entente umfassende Vorschläge über zukünftige Nachkriegsordnungen zu unterbreiten und vor allem eine Agenda bezüglich der Aufteilung des Habsburgerreiches vorzulegen. Sonninos Haltung in dieser Hinsicht ließ und lässt viel Interpretationsspielraum: Sie wird – wie allzu oft – als Kurzsichtigkeit, als engstirniges Denken und Egoismus (auch bekannt als *Sacro Egoismo*) abgestempelt. Diese Zurückhaltung kann aber auch als Vorsichtsmaßnahme gesehen werden, da er sich bewusst war, dass Italien an seine Grenzen stieß und kaum hoffen konnte, seine Meinung über die für das europäische Gleichgewicht ausschlaggebende Debatte über die Donaumonarchie im europäischen Mächtekonzert durchzusetzen[5].

Seiner Linie blieb Sonnino während der gesamten Kriegszeit, wenigstens bis Mitte 1918, treu. Sie wurde im Laufe des Konflikts immer wieder an die jeweils geltenden politischen oder militärischen Umstände angepasst: Einmal plädierte man für die Auflösung Österreich-Ungarns, um am nächsten Tag dessen Erhalt zu unterstützen. Verwunderlich ist dies aber nicht: Genauso verhielten sich nämlich die anderen Entente-Mächte und seit ihrem Kriegseintritt auch die Vereinigten Staaten von Amerika, die allgemein als die Verteidiger des Nationalitätenprinzips und des Selbstbestimmungsrechts galten. Das Problem lag darin, dass sich Italien auf der einen Seite und die Entente-Mächte auf der anderen Seite immer zu unterschiedlichen Zeitpunkten für die eine oder andere Option entschieden, was grundlegende Interessens- und Wahrnehmungsunterschiede widerspiegelte[6]. Symptomatisch

5 Die oben erwähnten Beiträge zeigen, dass die erste Interpretation auf historiografischer Ebene wohl am verbreitetsten ist. Bemerkenswert ist aber auch die Tatsache, dass manche Persönlichkeiten, die der etwas abwartenden Haltung Sonninos gegenüber dem Habsburgerreich nach dem Krieg kritisch gegenüberstanden, diese während des Krieges teilten und unterstützen. Siehe dazu beispielsweise: Amendola a Albertini, 16 agosto 1917, in: Giovanni Amendola, Carteggio, 5 Bde., hrsg. von Elio D'Auria (Roma–Bari, dann Manduria, 1986–2006) III.

6 Zu den umstrittenen Beziehungen Italiens innerhalb der Entente siehe: Luca Riccardi, Alleati, non amici. Le relazioni politiche tra l'Italia e l'Intesa durante la prima guerra mon-

dafür waren die Ereignisse von 1916 bis 1917, als die Alliierten beschlossen, durch verschiedene Kontakte (wie über den belgischen Prinzen Sixtus von Bourbon-Parma) die Möglichkeit eines Separatfriedens mit dem Habsburgerreich in Erwägung zu ziehen. Damit waren sowohl die Auflösung der Monarchie als auch deren territoriale Umgestaltung für die Alliierten kaum akzeptabel. Da die Gefahr bestand, dass dadurch das mit dem Londoner Vertrag festgelegte Programm zunichtegemacht würde, setzte sich Sonnino für eine Auflösung des Habsburgerreiches ein: *l'Italie […] veut la décomposition de l'Autriche […]. Seulement après la defaite totale de l'Autriche et sa décomposition elle aurait pensée à examiner les limites de ses exigeances*[7]. So Sonnino anlässlich der in S. Jean de Maurienne stattfindenden Konferenz. Als man im Frühling/Sommer 1918 die Nichtumsetzbarkeit eines Separatfriedens feststellte, wechselten die Entente-Alliierten und die assoziierte Macht, die USA, ihren politischen Kurs weitgehend. Sie beschlossen eine Spaltung zu provozieren und dabei den Nährboden für nationalistische Bewegungen zu bereiten. In diesem Zusammenhang hielt es Sonnino für angebracht, vorsichtig zu agieren, da er zusehends besorgt war, dass ein Großteil der östlichen Adriaküste einem geeinten südslawischen Staat zugeschlagen werden könnte. Aus diesem Grund wehrte er sich gegen jene Initiativen, die die südslawische Unabhängigkeit als eines der Kriegsziele der Entente anstrebten[8].

Hinzu kam noch, dass die von Sonnino befolgte Leitlinie nicht die einzige war, entlang derer sich die italienische Politik in Bezug auf Österreich bewegte.

---

diale (Brescia 1992).

7 Memorandum o.u. und o.d. [Ende 1917–Anfang 1918 verfasst, nach der Isonzoschlacht], in: Archivio Sonnino di Montespertoli, Spule 47.

8 Über die Opposition Sonninos gegen die jugoslawische Bewegung (und auch gegen die tschechische) ist vor allem die in dieser Fußnote angeführte Literatur aufschlussreich. Sonnino vertrat seinen Standpunkt deutlich bei einer Sitzung des Ministerrats vom 7.–8. September 1918, in: Sidney Sonnino, Diario, Bd. 3, hrsg. von Benjamin F. Brown und Pietro Pastorelli (Bari 1972) 294–298. Bei dieser Sitzung behauptete der italienische Außenminister, er habe grundsätzlich nichts gegen die Vorschläge, die sein Amtskollege Leonida Bissolati zugunsten der Jugoslawen unterbreitet hatte.
Diese wären aber für ihn keine Garantie dafür, dass der Friedensschluß ohne die Vernichtung des österreichisch-ungarischen Staates als unabdingbare Voraussetzung erfolgen würde […]. Etwas den Vorzug zu geben ist anders als etwas zu garantieren. Um seine Argumentationen zu untermauern, verwies er außerdem auf seine Einstellung bezüglich der Zukunft des Habsburgerreiches: *Im Londoner Vertrag sind weder der Fortbestand noch der Zerfall Österreich-Ungarns festgeschrieben. Auch dort, wo gewisse Verzichtselemente erwähnt werden, werden Formulierung angewandt, die weder das Eine noch das Andere besagen.* (Übers. d. Verf.)

Seit 1914/15 hatten bereits manche Persönlichkeiten, die in den dem demokratischen Interventionismus nahen Kreisen tätig waren, ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass der Weltkrieg zu einer umfassenden Änderung der internationalen Ordnung, zu einem Zusammenbruch der autokratischen Regime und zu einem flächendeckenden Demokratisierungsprozess führen würde. Vor allem würde der Krieg die Völker der Habsburgermonarchie von der von Mazzini sogenannten „Gefangenschaft" befreien und die Emanzipation der „unterdrückten Nationalitäten" fördern. Blieben die Befürworter der *Delenda Austria* fast für die gesamte Dauer des Konflikts zunächst nur am Rande der italienischen politischen Landschaft ohne die Unterstützung von wichtigen Vertretern der Führungsklassen und der Öffentlichkeit, so änderte sich die Situation Ende 1917 nach der Niederlage von Caporetto drastisch. Als es notwendig wurde, die Gefahr einer Niederlage abzuwenden und das ursprüngliche Kriegsprogramm an die neuen international aufkeimenden Orientierungen und insbesondere an die Wilson´sche *New diplomacy* anzupassen, so erfreute sich die Nationalitätenpolitik plötzlich großer Beliebtheit. Es bildete sich ein breites und heterogenes politisches Lager, das radikale Intellektuelle, nationalistische Vertreter, Elemente aus dem Heer und aus der Diplomatie umfasste und dessen Triebkraft die bekannteste Zeitung jener Zeit war, und zwar der „Corriere della Sera" unter der Leitung von Luigi Albertini. Dieser Kreis konnte übrigens auch mit der Unterstützung des Regierungsministers ohne Portefeuille Leonida Bissolati rechnen und, wenn auch nur in geringerem Ausmaß, auf die Unschlüssigkeit und Ambiguitäten des neuen Ministerpräsidenten Vittorio Emanuele Orlando bauen[9].

9 Zur Nationalitätenpolitik ist im Laufe der Zeit eine umfassende Literatur erschienen: Angelo Tamborra, L'idea di nazionalità e la guerra 1914–1918, in: Atti del XLI Congresso di storia del Risorgimento italiano (Roma 1963); Leo Valiani, La dissoluzione dell'Austria Ungheria (Milano 1966); Roberto Vivarelli, Il dopoguerra in Italia e l'avvento del fascismo (Napoli 1967); Ottavio Barié, Luigi Albertini, Il „Corriere della Sera" e la „politica delle nazionalità", (1917–1919), in: Storia e Politica, 8/1 (1969) 43–87; Luciano Tosi, La propaganda all'estero nella prima guerra mondiale (Pordenone 1977); Luciano Monzali, Albertini, la guerra mondiale e la crisi del dopoguerra, in: Luigi Albertini, I giorni di un liberale. Diari 1907–1925, hrsg. von Luciano Monzali (Bologna 2000) 155–171; Mark Cornwall, The Undermining of Austria-Hungary. The Battle for Hearts and Minds (London–New York 2000) 112–173; Massimo Bucarelli, Mussolini, la questione adriatica e il fallimento dell'interventismo democratico, in: Nuova Rivista Storica 95/1 (2011) 137–205. Die wichtigste Quelle ist allerdings das persönliche Zeugnis, das etliche Hauptmitglieder dieser Bewegung ablegten: Luigi Albertini, Epistolario 1911–1926, 4 Bde., hrsg. von Ottavio Barié (Milano 1968); Gaetano Salvemini, Carteggio, 8 Bde., hrsg. von Sergio Bucchi, Enzo Tagliacozzo und Michele Affinto (Roma–Manduria 1984–2007); Amendola, Carteggio.

Kennzeichnend für die Nationalitätenpolitik war die Tatsache, dass von Anfang an der Kampf gegen Österreich und der Kampf gegen die als unentschlossen und konservativ stigmatisierte Politik Sonninos Hand in Hand gingen. Die „antiösterreichischen" und die „antisonninischen" Aspekte nährten sich gegenseitig, und sie waren schließlich so eng miteinander verflochten, dass sie austauschbar wurden. Dafür könnte man zahlreiche Beispiele nennen, aber es genügt, hier stellvertretend die Worte des damaligen Korrespondenten des „Corriere della Sera" aus London, Guglielmo Emanuel, in einem Schreiben an Albertini aus dem Sommer 1918 zu zitieren. In nur wenigen Zeilen kritisiert er vehement die *tragische Regungslosigkeit* seitens der *Consulta* gegenüber Österreich und überhäufte gleichzeitig Sonnino mit herabwürdigenden Bezeichnungen: Sonnino habe die *widerliche Mentalität eines Reaktionärs* und sei *der kurzsichtige Lenker unseres Schicksals, ein großer Eunuch für unsere Auslandspolitik*[10]. Diese Wutausbrüche beschränkten sich aber nicht nur auf die Privatsphäre Sonninos: Zur selben Zeit startete der „Corriere" eine Kampagne mit dem klaren Ziel, Sonnino zum Rücktritt zu zwingen und die Kriegsziele Italiens mehr oder weniger im antihabsburgischen Sinne neu zu deklinieren[11].

Gegen Kriegsende spitzten sich die Kontraste zwischen der Diplomatie Sonninos und den Verfechtern der Nationalitätenpolitik massiv zu. Sonnino fühlte sich von der nun absehbaren Auflösung des Habsburgerreichs überrumpelt und glaubte nicht daran, dass Österreich ohne seine alten Donauländer, jedoch mit einer großen deutsch-österreichischen Bevölkerung tatsächlich seine Unabhängigkeit aufrechterhalten und sich der Anziehungs-

10 Emanuel an Albertini, 17. August 1918, in: Albertini, Epistolario, II 960–970 (doc. 862). Salvemini machte sogar einige schwerwiegende Bemerkungen über Sonninos jüdische Abstammung. Diese wurden aber generell von der italienischen Historiografie vernachlässigt. So schrieb er zum Beispiel am 6. August 1918 an Ugo Ojetti, in Salvemini, Carteggio, VII, doc. 401: *Antisemit bin ich nicht; unter meinen besten Freunden sind sogar ein paar Juden dabei; aber wenn ich einem Juden wie Sonnino begegne, dessen Typ eben nur bei Juden zu finden ist, dann würde ich am liebsten mein Haus überall mit Kruzifixen ausstatten.*
Und noch am 24. September:, Ebd. doc. 407: *solange der Jude bleibt, wird sich nichts ändern.* (Übers. d. Verf.)

11 Es gab weitere Gründe, weshalb eine Kampagne gegen Sonnino gestartet wurde: Einerseits sollten die Verfechter der „Nationalitätenpolitik" damit gegen die offizielle Diplomatie unterstützt werden. Andererseits wollte man damit die Ernennung Albertinis zum Außenminister bezwecken. So der damalige Leiter des „Corriere" Ugo Ojetti, der vermutlich stärkste Verfechter dieser Kampagne: *Agli Esteri dovresti andare tu*: Albertini, Epistolario, II, doc. 851.

kraft Deutschlands entziehen würde. Aufgrund dieser Ungewissheit und der vielen lauernden Gefahren waren laut Sonnino die vollständige Erfüllung aller im Londoner Vertrag niedergeschriebenen Forderungen sowie die Festlegung der italienischen Nordgrenze bis zur Wasserscheide zwischen Mittelmeer und Schwarzem Meer und zum Brenner die einzige Garantie. Über seine Denkweise hat Sonnino, der eher zurückhaltend und misstrauisch gegenüber der Presse war (sein Misstrauen wurde eben durch die vom „Corriere della Sera" über Monate hinweg betriebene Verleumdungskampagne noch weiter verschärft), relativ wenig preisgegeben. Eindeutig waren allenfalls die Worte, die er an einen Mitarbeiter zwei Wochen vor Kriegsende an der italienischen Front richtete:

> *Nehmen wir an, der Krieg endet mit dem Zerfall Österreich-Ungarns, was sehr wahrscheinlich der Fall sein wird, so würden sich die deutschsprachigen Provinzen, die jetzt Teil des Reichs sind, fast schicksalhaft mit dem deutschen Reich zusammentun, welches somit zu einem Nachbarstaat des italienischen Königreichs werden würde. Diese Annahme birgt Gefahren für uns. Demzufolge spielen unsere zukünftige Sicherheit und Unabhängigkeit sowie die Festlegung einer Grenze zwischen zwei Staaten, wo der bestmögliche Militärschutz gegeben ist, eine ausschlaggebende Rolle. Diese Grenze kann nicht von jener geographischen Grenze abweichen, die im April 1915 im Londoner Vertrag bereits gezogen wurde und die bis zum Brenner läuft. Durch diese Grenze soll ein Streifen Landes dem italienischen Königreich einverleibt werden, der sich von Bozen aufwärts erstreckt und von einer deutschsprachigen Bevölkerung besiedelt ist.*[12]

12 Sonnino an Macchi di Cellere, 15. Oktober 1918, in: Sidney Sonnino, Carteggio, 3 Bde., hrsg. von Benjamin F. Brown und Pietro Pastorelli (Bari 1975) III 504–505 (doc. 358). So wie der Außenminister darüber besorgt war, dass der Verfall des Habsburgerreiches zu einem österreichisch-deutschen Anschluss führen würde, so machte sich der Leiter der „Tribuna", Olindo Malagodi, darüber bereits in den Monaten davor Gedanken. Der ehemalige Ministerpräsident Antonio Salandra meinte Folgendes: *Er fürchtet, dass Deutschland durch die Auflösung des österreichisch-ungarischen Reichs an unsere Grenze kommt und dass die österreichischen Deutschen ins deutsche Reich einverleibt werden*: Olindo Malagodi, Conversazioni della guerra 1914–1919, 2 Bde., hrsg. von Brunello Vigezzi (Milano–Napoli 1960) II 380 f. (am 28. August 1918). Es sei darauf hingewiesen, dass viele – angefangen von Malagodi selbst bis zu der Gruppe des „Corriere della Sera" – die Befürchtungen Sonninos als ein weiteres Zeichen dafür interpretierten, dass er gegen die Auflösung des Habsburgerreiches war. Dass eine solche Unterstellung nicht haltbar war, lag auf der Hand. Sogar Gaetano Salvemini, welcher als eingefleischter Kritiker gegenüber dem italienischen Außenminister galt, behauptete,

Diese Meinung teilten die Verfechter der Nationalitätenpolitik allerdings nicht. Anders als Sonnino zeigten sich Albertini und seine Mitarbeiter nämlich weniger besorgt über die Schwierigkeiten, die sich aus der Zersplitterung Mittel- und Osteuropas hätten ergeben hätten können beziehungsweise hielten sie fest, diese könne man durch eine Zusammenarbeit mit den neuen Nachfolgestaaten und in erster Linie mit Jugoslawien bewältigen. In den letzten Kriegsmonaten äußerten sie vielmehr Bedenken darüber, dass aus den Trümmern des österreichisch-ungarischen Reiches wieder ein mitteleuropäisches Gebilde entstehen könnte, die sogenannte „Donauföderation", die wichtige Teile des Habsburgerreiches eingliedern und die durch den Krieg von Italien erlangten Errungenschaften infrage stellen würde. Geschürt wurden diese Sorgen durch die Maßnahmen der französischen Diplomatie, die sogar bereit zu sein schien, eine Verbindung zwischen Österreich und seinen Herrschaftsgebieten im Donauraum beizubehalten, um die Gefahr abzuwenden, dass Deutschland infolge eines „Anschlusses" an Macht gewinne. Im Sinne dieser völlig gegensätzlichen Perspektive plädierte daher der „Corriere della Sera" für eine deutsch-österreichische Einigung. So schrieb Albertini kurz vor Kriegsende:

> *Hinsichtlich Gerechtigkeit und Nutzen ist die Abneigung der Franzosen gegen einen Anschluss des deutschen Österreichs an Deutschland absurd. Sollte die Republik Österreich eines Tages auf die eine oder andere Weise wiederhergestellt werden, wird die deutsche Einflussnahme sowieso immer zu Lasten Italiens stark sein.*[13] *Ich glaube, man kann das Recht der österreichischen*

Sonnino sei *zwar dumm aber kein Verräter; heute gilt eine austrophile Politik in Italien als ein Verrat gegenüber Italien; è cretino sì; ma non è traditore; e oggi una politica austrofila in Italia è un tradimento per l'Italia* (Übers. d. Verf.). Salvemini an Berenson, 26. Oktober 1918, in: Salvemini, Carteggio, VII 428–432 (doc. 418).

13 Albertini an Emanuel, 30. Oktober 1918, in: Albertini, Epistolario II 903 f. (doc. 903); siehe auch den Bericht von Borgese, um den 20. Dezember 1918, Ebd., III 1129–1132 (doc. 903). Um Missverständnisse zu vermeiden, sei gesagt, dass Albertini mit seiner Meinung über den Anschluss nicht alleine stand, andere hochkarätige Persönlichkeiten der italienischen Führungsschicht vertraten die gleichen Ideen. So behauptete Malagodi im Gespräch mit Salandra: *Die Erweiterung Deutschlands durch die Einverleibung der sich in Österreich befindlichen deutschen Provinzen scheint mir, eher Frankreich zu betreffen. Daher können wir diese Angelegeheit den Franzosen überlassen* (Übers. d. Verf.). Der ehemalige Ministerpräsident erklärte sich daher vollkommen damit einverstanden. Siehe dazu Malagodi, Conversazioni della guerra II 381.

Deutschen, sich Deutschland anschließen zu wollen, nicht beanstanden, auch wenn dies uns nicht zugutekommt.[14]

Nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches, der – bedingt durch die militärischen Niederlagen und durch den Druck der verschiedenen Nationalitäten – zwischen Oktober und November 1918 stattfand, war die Zukunft Mittel-und Osteuropas in Ungewissheit gehüllt. Die neuen und gründlich umgestalteten Staaten, die versuchten, sich in diesem Raum zu organisieren, waren aufgrund gravierender innerer Spannungen und gegenseitiger territorialer Ansprüche von Unruhe geprägt. So beriefen sich verschiedene Akteure mit den unterschiedlichsten Ansinnen auf das Nationalitätsprinzip und das Selbstbestimmungsrecht, die beide eigentlich als Grundpfeiler der Neuordnung in der Nachkriegszeit hätten gelten sollen. Damit ergaben sich viele Widersprüche, die weiteren Konflikten den Weg ebneten. Die Unsicherheiten waren – wenn man so will – umso stärker in Bezug auf Österreich beziehungsweise Deutschösterreich, wie die Mitte November 1918 übernommene Bezeichnung lautete. Da nun die Gefahr konkreter wurde, nicht nur die in den vergangenen Jahrhunderten von den Habsburgern in der Donautiefebene und am Balkan eroberten Länder, sondern auch geschlossene Gebiete mit überwiegend österreichisch-deutschen Bevölkerungsteilen zu verlieren, richtete sich der neu entstandene Staat eher auf einen „Anschluss" an Deutschland aus, wie sowohl die Aussagen der deutsch-österreichischen Abgeordneten im Reichsrat als die Volksabstimmungen, welche in verschiedenen Teilen des Landes mehr oder weniger spontan einberufen wurden, deutlich machten. Klare Einwände erhoben aber die Siegermächte gegen eine großdeutsche Lösung der österreichischen Frage: An vorderster Front stand selbstverständlich Frankreich, für welches es vordringlich war, zu verhindern, dass Deutschland durch den „Anschluss" gestärkt wurde, anstatt durch den Krieg geschwächt zu werden[15].

14 Albertini an Ojetti, 23. Oktober 1918, in: Albertini, Epistolario II 1015 f. (doc. 898).

15 Alfred D. Low, The Anschluss Movement 1918–1919 and the Paris Peace Conference (Philadelphia 1974); Giorgio Marsico, Il problema dell'Anschluss austro-tedesco 1918–1922 (Milano 1979); zu den bilateralen Beziehungen zwischen Rom und Wien siehe Federico Curato, Le relazioni italo-austriache alla conferenza della pace, in: Storia e Politica 12/3 (1973) 429–457; Irmtraut Lindeck-Pozza, I rapporti austro-italiani dal trattato di St. Germain all'avvento al potere del fascismo, in: Storia e Politica 13/1–2 (1974) 1–15; Rodolfo Mosca, L'Austria e la politica estera italiana dal trattato di St. Germain all'avvento del fascismo al potere

Die offenen Fragen, die am Ende des Krieges in Mittel-und Osteuropa auftauchten, wurden schlussendlich am 18. Januar 1919 im Rahmen der Pariser Friedenskonferenz behandelt. Auch in diesem Fall zeigte die italienische Führungsschicht ihre Unsicherheiten. Besonders hoch waren die Forderungen an der Ostgrenze, gegen die sich der neu gegründete jugoslawische Staat (Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, kurz Königreich SHS) offen wehrte und gegen die England, Frankreich und die USA auf verschiedene Art und Weise Einwände erhoben hatten. Die von Orlando und Sonnino geleitete Delegation, die sich vornehmlich mit der Adriafrage auseinandersetzte, hielt sich bei den Diskussionen hinsichtlich Deutschlands und Mitteleuropas eher zurück in der Hoffnung, dass die anderen ihren Forderungen später ebenfalls mit Interessenlosigkeit begegnen würden. Es ist allerdings anzumerken, dass Italien in dieser ersten Phase der Pariser Verhandlungen geringe Chancen hatte, zu Wort zu kommen. Engländer, Franzosen und Amerikaner waren sich offensichtlich darüber einig, Deutschland einen drakonischen Frieden aufzuzwingen. Sie umgingen daher lieber die heikle Frage der österreichischen Unabhängigkeit[16].

Mit welchen Gefühlen und Erwartungen sich die italienische Führungsschicht der österreichischen Angelegenheit zuwandte, lässt sich unter diesen Umständen nur schwer nachvollziehen. Die Archivdokumente liefern diesbezüglich keine Rückschlüsse. Etliche Hinweise sind im Briefwechsel zwischen dem „Corriere della Sera" und den in Paris anwesenden Spitzenpolitikern enthalten. Obwohl das Ende des Krieges, die Auflösung Österreich-Ungarns und die Unruhen mit Jugoslawien jene Widersprüche, die der facettenreichen Nationalitätenpolitik innewohnten, ans Licht gebracht und in der Folge die Krise der Nationalitätenpolitik entfesselt hatten, blieben die

(1919–1922), in: Storia e Politica 13/1–2 (1974) 16–32; Stefan Malfèr, Wien und Rom nach dem Ersten Weltkrieg. Österreichisch-italienische Beziehungen 1919–1923 (Wien 1978); Luciano Monzali, „Cancellare secolari fraintendimenti". Appunti e documenti sulle relazioni fra l'Italia liberale e la Prima Repubblica Austriaca, in: RHM 60 (2018).

16 Zur italienischen Politik bei der Friedenskonferenz siehe Francesco Caccamo, L'Italia e la „Nuova Europa". Il confronto sull'Europa orientale alla conferenza di pace di Parigi (1919–1920) (Milano 2000); und René Albrecht-Carrié, Italy at the Paris Peace Conference (New York 1938); Pietro Pastorelli, L'Albania nella politica estera italiana 1914–1920 (Bari 1970); Luciano Monzali, La politica estera italiana nel primo dopoguerra 1918–1922. Sfide e problemi; in: Italia contemporanea 256 f. (2009) 379–406; Marina Cattaruzza, L'Italia e la questione adriatica. Dibattiti parlamentari e panorama internazionale (1918–1926) (Bologna 2014).

Beziehungen Albertinis und seiner Mitarbeiter mit manchen Vertretern der Regierung Orlandos, auf die sie weiterhin ihren Einfluss ausübten, aufrecht. Mit aufschlussreichen Worten wandte sich der Leiter des „Corriere" Mitte Mai an den Ministerpräsidenten und bezog eine klare Stellung zum „Anschluss"; Er war von der Überzeugung geleitet, dass der „Anschluss" das einzige angemessene Instrument wäre, um die Entstehung der Donauföderation zu verhindern:

> *Ich bin fest davon überzeugt, dass die Trennung Deutschösterreichs von Deutschland für uns alle eine Katastrophe wäre. Daraus würde ein Donaustaat entstehen, der sich gegen Italien stellen und dessen Eroberungen im Adriaraum beanspruchen würde. Dadurch würde der jugoslawische Irredentismus an einer noch nie da gewesenen Stärke gewinnen. Darüber hinaus glaube ich, dass Frankreich stattdessen eine Trennung und in der Folge die Bildung eines Donaustaates anstrebt, um nicht nur Deutschland, sondern auch Italien zu beunruhigen.*[17]

Die von Albertini befürwortete politische Linie fand Anklang innerhalb der italienischen Delegation und wurde auch von Salvatore Barzilai, jenem Triester Irredentisten, der eines von fünf bevollmächtigten Mitgliedern war, unterstützt:

> *Ist der Anschluss Österreichs an Deutschland für Frankreich ungünstig, so stellt ein auf der Kippe stehendes Österreich eine viel schlimmere Gefahr für uns dar, denn es wäre doch nicht verwunderlich, wenn solche Umstände den Anstoß für die Entstehung einer Donauföderation geben würden, was für Italien wiederum eine neue Bedrohung seitens Österreichs bedeuten würde.*

Ähnliche bekräftigende Argumente führte Orlando an, um Albertini seine Unterstützung zuzusichern. Orlando zeigte sich zudem davon überzeugt, dass *der Anschluss [Österreichs] an Deutschland so sicher wie auch fatal ist und*

17 Albertini an Orlando, 13. März 1919, in: Albertini, Epistolario, III 1183 (doc. 997). Ein paar Tage später setzte der Leiter des „Corriere" noch eins darauf und vertraute seinem Mitarbeiter diese Worte an: *Wir glauben fest daran, dass die Politik des Wiederaufbaus der Donaumonarchie das Schlimmste wäre, was Italien widerfahren könnte* (Übers. d. Verf.). Albertini an Emanuel, 4. April 1919, Ebd. 1197 f. (doc. 1008).

dass es besser wäre, die Alliierten, die sich vergeblich alles andere erhoffen, nicht mit widersprechenden Argumenten zu irritieren[18].

Ganz offensichtlich war Sonnino nicht in diese Debatte eingebunden gewesen. In ihm sah der „Corriere" nach wie vor die Verkörperung aller Übel, unter denen die italienische Außenpolitik litt. Vieles deutet darauf hin, dass der Leiter der *Consulta* weiterhin an seiner Meinung, die er am Vorabend der Pariser Konferenz geäußert hatte, festhielt. Er zweifelte an der Überlebensfähigkeit des neuen Staates Österreich und bekräftigte, dass die Festlegung einer strategischen Grenze an der Wasserscheide in den Alpen die einzige Garantie gegen die nahezu fatale Bedrohung durch Deutschland sei. Abgesehen von allen Spekulationen stand doch eines fest: Die von Albertini und seinen Mitarbeitern in die Welt gesetzten Gerüchte, wonach die antijugoslawischen Maßnahmen von Sonnino der Förderung einer Donauföderation dienen sollten, entbehrten jeder Grundlage[19]. In Wirklichkeit waren die Ängste des Leiters des „Corriere" und seiner Mitarbeiter unbegründet. Wie bereits an anderer Stelle ausführlich beschrieben, beschloss Sonnino angesichts der starken Spannungen nach dem Krieg zwischen Italien und dem neu gegründeten Königreich SHS, davon zu profitieren, dass einige südslawischen Gruppen über die Handhabung des Vereinigungsprozesses nicht besonders glücklich waren, um seinen Handlungsspielraum zu erweitern. Seine Absicht war es allerdings nicht, durch die von ihm ergriffenen Maßnahmen zur Entstehung eines mitteleuropäischen Gebildes als Nachfolgestaat der Habsburgermonarchie beizutragen[20].

Dem kann nicht viel hinzugefügt werden, zumal die erste echte Debatte über das Schicksal Österreichs anlässlich der Friedenskonferenz zum gleichen Zeitpunkt stattfand, als die italienische Delegation aus Paris aufgrund der adriatischen Krise Ende April 1919 zurückbeordert wurde. Unter diesen Umständen ergriff der französische Ministerpräsident Anfang Mai die Initiative und forderte, dass der mit Deutschland abgeschlossene Friedensver-

18 Pirelli an Albertini, 12. April 1919, Ebd. 1216 f. (doc. 1021).

19 Wie Albertini ohne Scheu behauptete, *Sonnino unterstützt tatkräftig den Wiederaufbau der Donauföderation. Er ist also gegen all das, was richtig und vorteilhaft für uns ist* (Übers. d. Verf.). Albertini an Emanuel, 16. April 1919, Ebd. 1221 f. (doc. 1025). Siehe dazu auch Amendola an Albertini, 27. Jänner 1919, in: Amendola, Carteggio IV doc. 11.

20 Francesco Caccamo, Il sostegno italiano all'indipendentismo croato, in: Nuova Storia Contemporanea 7/6 (2004) 23–56.

trag die Verpflichtung enthalten solle, die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs als *unabdingbare Voraussetzungen* festzulegen. Dies hatte erhebliche Folgen, denn es bedeutete, dass sowohl ein erzwungener „Anschluss" Österreichs an Deutschland als auch eine von den Österreichern selbst gewollte Union verboten waren. Deswegen stieß dieser Vorschlag anfangs auf Wilsons Widerstand. Der amerikanische Präsident stellte nämlich fest, dass der Begriff *unabdingbar* in Wiederspruch zum *Völkerrecht* stehe. Nach einigen Überlegungen fand Wilson jedoch eine Formel, die sein Gewissen beruhigte. Daraufhin wurde beschlossen, dass es ausschließlich Aufgabe des Völkerbundrats war, in Zukunft über die Unabdingbarkeit der österreichischen Unabhängigkeit zu entscheiden (eine sehr abstrakte Idee, da Beschlüsse vom Völkerbundrat nur einstimmig gefasst werden konnten)[21]. Um jeden Zweifel auszuräumen, hielten die Vertreter der Siegermächte in den darauffolgenden Tagen fest, dass die österreichisch-deutsche Grenze so wie vor dem Krieg bestehen bleibe[22]; in diesem Sinne wurden auch die Wiener Behörden Ende Mai 1919 angewiesen, die offizielle Bezeichnung „Deutschösterreich" in „Österreich" zu ändern (Wilson schlug „Neuer Staat Österreich" vor)[23].

Da die italienische Delegation nach Paris zurückkehren musste, um die Abgabe der Friedensbedingungen an die deutsche Delegation nicht zu versäumen und nicht von der Entente ausgeschlossen zu werden, unterschrieb sie in aller Eile die in ihrer Abwesenheit getroffenen Beschlüsse. Die Mitglieder der italienischen Delegation sprachen darüber hinter verschlossenen Türen und drückten ihre Enttäuschung aus. Als Sonnino mit Bedauern feststellen musste, dass die Engländer und die Amerikaner zusammen mit den Franzosen einen Vertrag abgeschlossen hätten, der *de facto* die rheinische Grenze sicherte, ohne die Zustimmung Italiens einzuholen, behauptete er: *Wir müssen uns um unsere eigenen Angelegenheiten kümmern; wir wollen keine Verpflichtungen […] lieber allein als in schlechter Gesellschaft*. Als der italienische

21 Sitzungsprotokoll des Rates der Vier, 2. Mai 1919, in: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. The Paris Peace Conference, 13 Bde. (Washington 1942–1947) V 421; Les délibérations du Conseil des Quatre (24 mars–28 juin 1919). Notes de l'officier interprète Paul Mantoux, 2 Bde. (Paris 1955) I 461–464.

22 Protokoll der Sitzung zwischen Wilson, Lloyd George und Clemenceau, 6. Mai 1919, FRUS, PPC, V 476 f.; Les délibérations du Conseil des Quatre, I 494.

23 Sitzungsprotokoll des Rates der Vier, 26. Mai 1919, FRUS, PPC, VI 45 f.; Les délibérations du Conseil des Quatre, II 215 ff.

Außenminister die von den Siegermächten für Österreich vorgeschlagene oder – besser gesagt – aufgezwungene Lösung Revue passieren ließ, unterstrich er jedoch die aus dem Anschlussverbot resultierenden Vorteile für Italien: *Wir können uns doch kein allzu starkes Deutschland wünschen, das uns Triest wieder wegnehmen würde*[24]. War Sonninos Stellungnahme zu diesem Thema eindeutig, blieb jedoch die Frage bestehen, inwiefern und mit welchen Mitteln Italien bereit war, sich in Zukunft für die österreichische Unabhängigkeit einzusetzen. Die extrem angespannten Beziehungen zu Paris, London und Washington ließen diesbezüglich wenig Spielraum.

Bevor man diesen Punkt überhaupt klären konnte, geriet die Regierung Orlando Anfang Juni 1919 in eine Krise. So sehr auch der neue italienische Ministerpräsident Francesco Saverio Nitti und sein Außenminister Tommaso Tittoni darum bemüht waren, sich von ihren Vorgängern zu distanzieren, mussten beide jedoch bald eine „exzentrische" Stellung gegenüber den anderen Siegermächten einnehmen[25]. Zu den zahlreichen Themen, bei denen Interessensunterschiede und Meinungsverschiedenheiten weiterhin vorherrschten, zählte eben die Unabhängigkeit Österreichs, die im Sommer 1919 im Rahmen der Friedenskonferenz und der unmittelbaren Unterzeichnung des Vertrags von Saint-Germain erneut in den Mittelpunkt gestellt wurde. Im Friedensvertrag von Versailles war zwar das Anschlussverbot für Deutschland verankert worden; es durften aber Österreich keine rechtsbindenden Verpflichtungen auferlegt werden. Aus diesem Grund forderte die französische Delegation Ende August durch ihren Vertreter, den hochangesehenen André Tardieu, Wien auf, sich jeglicher Handlung entgegenzustellen, die seine Unabhängigkeit unterminieren würde, und die österreichische Gesetzgebung diesem Ziel anzupassen. Bei der Vorstellung, man könne sich weitgehend in die innerstaatlichen Angelegenheiten eines Landes einmi-

24 Silvio Crespi, Alla difesa d'Italia in guerra e a Versailles (Diario 1917–1919) (Milano 1938) 541–542, zum 28. Mai 1919. Auf die Aufforderung, in der Öffentlichkeit die aus der Unabhängigkeit Österreichs resultierenden Vorteile für Italien zu argumentieren, um die Kritik über die Entstehung einer Donauföderation, also die kritische Stimme des „Corriere" zum Schweigen zu bringen, antwortete Sonnino auf eine eigenartige Art und Weise und zwar, dass *ihm die Angriffe der Presse egal seien* (Übers. d. Verf.).

25 Zur Außenpolitik unter der Regierung Nitti und zu der Rolle von Nitti, Tittoni und seinem Nachfolger im Außenministerium, Vittorio Scialoia, bei der Friedenskonferenz siehe neben Caccamo, L'Italia e la „Nuova Europa", auch Paolo Altari, Nitti, D'Annunzio e la questione adriatica (1919–1920) (Milano 1959); Luca Micheletta, Italia e Gran Bretagna nel primo dopoguerra, 2 Bde. (Roma 1999).

schen, das zwar besiegt, aber immer noch ein souveräner Staat war, äußerten die anderen Mächte ihre Bedenken. An vorderster Front stand Tittoni, der als neuer Chef der italienischen Delegation in Paris mit einer gewissen Distanz feststellte: *Dieser war ein sehr erstzunehmender Vorschlag, wodurch die staatliche Verfassung Österreichs endgültig zu regeln war und zwar nicht nur in Bezug auf ein spezifisches Thema, sondern in ihrer Gesamtheit*[26].

Obwohl sich die Begeisterung der Amtskollegen in Grenzen hielt, war die französische Delegation entschlossen, weiter auf diesem Punkt zu beharren. An den Folgetagen ging Tardieu mit der Unterstützung des Außenministers René Pichon erneut in die Offensive: Der Vertrag von Saint-Germain solle eine Klausel enthalten, die die Notwendigkeit der österreichischen Unabhängigkeit bekräftige. Daraufhin konnte Tittoni nicht umhin, auch dieses Mal seine Zweifel zu äußern:

> *Der Fall Österreich und der Fall Deutschland waren nicht völlig identisch. Von Deutschland verlangte man die Erfüllung der im Vertrag festgeschriebenen Verpflichtungen. Ob es verlangt werden konnte, dass Österreich seine Zukunftslage gemäß den Vorschriften des Obersten Rates (bzw. des Hauptorgans der Friedenskonferenz] endgültig definiere, das blieb fragwürdig.*[27]

Niemand wollte aber, dass es wegen der österreichischen Frage zu einer Spaltung käme, am wenigsten Tittoni, der einen Kompromiss bezüglich der Situation in den ostadriatischen Küstenländern weiterhin für vorrangig hielt. In diesem Fall gelang es den Franzosen, ihre Forderungen durchzusetzen, wonach Österreich verpflichtet war, seine Unabhängigkeit zu schützen, was dann im Artikel 88 des Vertrages von Saint-Germain auch verankert wurde[28]. In der ganzen Debatte, die anschließend im Rahmen der Friedenskonferenz zu einem Abschluss der österreichischen Frage führte, kamen die gleichen Zweifel auf, die Italien bereits in den vorangegangenen Monaten zum Aus-

26 Sitzungsprotokoll des Rates der Delegationsleiter vom 25. August 1919, FRUS, PPC, VII 844 f.; Tittoni an Nitti, 25 August 1919, t. 4594 R/5614, Archivio Centrale di Stato, Carte Nitti, b. 30.

27 Sitzungsprotokoll des Rates der Delegationsleiter vom 26. August 1919, FRUS, PPC, VII 937 f.; Tittoni an Nitti, 27. August 1919, t. 4607 R/5642, Archivio Centrale dello Stato, Carte Nitti, b. 30.

28 Sitzungsprotokoll des Rates der Delegationsleiter vom 29. August 1919, FRUS, PPC, VIII 16 ff.

druck gebracht hatte. Dass Tittoni die „vorgeschriebene" Unabhängigkeitslösung für Österreich schlussendlich unterschrieb, ist eher dem Druck der französischen Delegation als seiner eigenen Überzeugung zuzuschreiben. Abgesehen von der Abtretung des Trentinos und Südtirols an Italien und von der entsprechenden Festlegung der Grenze an der Wasserscheide in den Alpen brachte die österreichische Unabhängigkeit nämlich auch gewisse Vorteile mit sich, die ebenfalls in dem bereits zitierten Artikel 88 festgeschrieben waren. Durch diese Klausel wurde das bereits in Versailles verhängte Anschlussverbot bekräftigt. In dieser Hinsicht schob man der Expansion Deutschlands bis hin zu den italienischen Grenzen einen Riegel vor: Das war genau jenes Szenario, das Sonnino damals so sehr in Angst versetzt hatte, während die politischen Vertreter anderer Länder gleichgültig blieben oder dies sogar bereitwillig unterstützten. Darüber hinaus schloss diese neue Ordnung zum ersten Mal eine Garantie mit ein, um die Gefahr einer Donauföderation, vor der die Pressegruppe des „Corriere della Sera" so oft gewarnt hatte, abzuwenden. Durch die österreichische Unabhängigkeit war nämlich die Möglichkeit einer Vereinigung der Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie ausgeschlossen.

Zum Verständnis der Reaktionen, die der Artikel 88 bei der italienischen Führungsschicht auslöste, scheint die umfassende Analyse von Giuseppe Antonio Borgese, Journalist des „Corriere della Sera" und einer der Hauptakteure der italienischen Nationalitätenpolitik, besonders geeignet zu sein. Er schrieb in einem langen Brief an Albertini:

> *Der Art. 88 des Friedensvertrags mit Österreich stellt sich als eine unerwartete und doch logische Folge der vom Corriere initiierten Kampagne heraus. Dadurch wird Österreich nicht nur der Anschluss an Deutschland, sondern auch jeglicher Beitritt zur Donauföderation untersagt […]. Frankreich wird immer dann eingreifen, wenn die „Gefahr" einer österreichisch-deutschen Vereinigung besteht. Dennoch verfügt Italien über die Mittel, um jederzeit einzugreifen, dort wo die Gefahr einer Donauföderation mit Österreich als Mitglied besteht. Während Frankreich Österreich die Liebesehe verbietet, so verbietet ihm Italien die Zwangsehe […].*[29]

29 Borgese an Albertini, 4. September 1918, in: Albertini, Epistolario III 1276 f. (doc. 1078). In der Fußnote stellt man fest, dass Borgese das Wort „Gefahr" in Bezug auf den Anschluss

Er führt weiter aus:

> *Dieses Österreich, das gezwungenermaßen als unverheiratete Frau dasteht und unfähig ist, auf sich allein gestellt zu sein, muss sich notgedrungen an jemanden anlehnen. Wenn Italien die Situation gut meistert und Südtirol sowie die Bahnverbindungen strategisch anwendet, so wird die „italophile" Politik Bauers zum Schluss die Oberhand gewinnen. Demzufolge wird Österreich, das zwei Jahrhunderte lang über Italien regierte, zu einem italienischen Einflussgebiet (aus politischer sowie auch aus ökonomischer Sicht). Dieses Ergebnis ist deswegen vorranging und gibt uns in gewisser Weise die notwendige Zeit, Südtirol einzuverleiben und dabei sonstige Probleme zu beseitigen. Aus diesem Grund ist diese Lösung einem sofortigen Anschluss Österreichs an Deutschland vorzuziehen. Österreich (dessen Selbstbestimmung von uns verteidigt wird) im Griff zu haben, bedeutet auch, eine unglaubliche Waffe zu besitzen, um auf die französische Politik Einfluss auszuüben und diese in die Richtung einer Versöhnung zu lenken. Selbstverständlich hätte dieses Ergebnis ohne unsere Kampagne für die österreichisch-deutsche Vereinigung nie erreicht werden können. Ohne sie hätten Sonnino und Tittoni die Entstehung der Donauföderation herbeigeführt.*[30]

Diese Analyse nahm die in den Folgejahren für Österreich geltende Lösung eines faktischen „doppelten" Verbots – des „Anschlusses" einerseits und der Donauföderation andererseits – vorweg, das an das Pariser System gebunden blieb. Gleichzeitig deuteten die Worte Borgeses darauf hin, dass diese Haltung keine absolute, sondern nur eine relative Bedeutung hatte. Dass man dem „Corriere" Verdienste zuschreiben wollte und dabei nur zum Teil Kritik an den Vertretern der offiziellen Diplomatie übte, zeigt, dass die während des Krieges und der Friedenskonferenz durch die österreichische Frage ausgelösten inneren Spaltungen nicht überwunden waren. Ganz im Gegenteil: Diese drohten jederzeit wieder aufzuflammen. Zudem lassen die Aussagen des Journalisten des „Corriere" darauf schließen, dass Italien seine „exzentrische" Stellungnahme gegenüber den anderen Großmächten beibehielt.

---

unter Anführungszeichen setzt. Dadurch wird einmal mehr bestätigt, dass er und die von ihm angesprochene Gruppe andere Befürchtungen hatte.

30 Ebd.

Grundsätzlich hegte Italien immer noch Zweifel an der Überlebensfähigkeit des neu gegründeten Staates Österreich, an dessen prinzipieller Unabhängigkeit sowie an seiner Fähigkeit, der Anziehungskraft Deutschlands zu widerstehen. Unter diesen Umständen war die italienische Mitwirkung an der Wahrung der neuen Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa keine Selbstverständlichkeit, zumal Italien bemängelte, bei der Entstehung dieser Verhältnisse nicht genügend miteinbezogen worden zu sein. Im konkreten Fall erklärte sich Rom bereit, die Unabhängigkeit Österreichs zu verteidigen, solange dies nicht anderen Zielen und Zwecken im Wege stand. Die Mitwirkung Italiens war daher an entsprechende Gegenleistungen gekoppelt – wie man den Worten Borgeses leicht entnehmen kann, wonach Italien seinen Einfluss in Wien durchsetzen sollte und diesen als *unglaubliche Waffe einsetzen musste, um Frankreich zu beeinflussen.* So gesehen waren jene Ziele auch die Grundlage für die Widersprüche und Ambivalenzen, die die italienische Österreichpolitik in den nächsten 20 Jahren charakterisierte.

Alcide De Gasperi und die österreichische Politik vom Reich bis zum „Anschluss“

MADDALENA GUIOTTO
Fondazione Museo storico del Trentino, Trient

Es ist unmöglich, Alcide De Gasperis Beziehung zu Österreich und den Einfluss, den die österreichische Politik auf ihn ausübte, zu verstehen, ohne in Betracht zu ziehen, dass er die Hälfte seines Lebens – von 1881 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges – österreichischer Staatsbürger war[1].

1. De Gasperi und das österreichische Trentino

De Gasperi wurde in dem kleinen Ort Pieve Tesino, im südlichen Teil des Kronlandes Tirol, der von den fast ausschließlich italienischen Einwohnern Trentino genannt wurde, geboren. Die Mittlerposition der Trentiner – die von Spannungen geprägt war, aber immer wieder auch bereichernd wirkte – in einer Region, wo der italienische und deutsche Kulturraum aufeinanderstießen, bedeutete eine wichtige und grundlegende Erfahrung für De Gasperis weiteren Lebensweg. Hier erwarb er die Grundlagen seines politischen Denkens. In einer seiner ersten Reden im Wiener Reichsrat im Jahr 1911 betonte er die zentrale Scharnierfunktion der Trientiner und ebenso der Triestiner zwischen den verschiedenen Kulturwelten:

> *Sie müssen aber zumindest nicht vergessen, daß der Übersetzer Goethes und Schillers ein Trientiner war* [Andrea Maffei – Anm. der Verf.] *und dass die*

1 Zum Leben De Gasperis in dieser Zeit siehe Alfredo Canavero, Paolo Pombeni, Giovanni Battista Re, Giorgio Vecchio, Alcide De Gasperi. Dal Trentino all'esilio in patria (1881–1943), Bd. I (Soveria Mannelli 2009) 39–176; Paolo Pombeni, Il primo De Gasperi. La formazione di un leader politico (Bologna 2007); Maddalena Guiotto, Un giovane leader politico fra Trento e Vienna, in: Alcide De Gasperi: un percorso europeo, hrsg. von Eckart Conze, Gustavo Corni, Paolo Pombeni (= Annalen des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 65, Bologna 2005) 93–140.

tridentinischen und triestinischen Literaten in der Zeit der Romantik zwischen der italienischen und der deutschen Literatur vermittelt haben; dass zu unserem Volkssplitter Borsieri, Prati, Rosmini, Dal Pozzo, Barbacovi, Martini und viele andere bekannte Namen gehören.[2]

Die journalistische und politische Tätigkeit des jungen De Gasperi war im Übrigen stark davon geprägt, dass er sich als Mittelsmann zwischen der italienischen und der deutschsprachigen Welt sah.

Als er im Herbst 1900 an der Universität Wien inskribierte, wusste er bereits von den Unruhen, die die katholische Bewegung des Trentino zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert erschütterten. Diese Bewegung war jahrelang von einer konservativen Leitlinie geprägt gewesen und im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in einen Konflikt mit den Modernisierungsprozessen der lokalen Wirtschaft geraten[3]. Im Unterschied zu den italienischen katholischen Bewegungen entstand jene im Trentino nicht in Opposition zum Staat. Und ohne die Problematik der Römischen Frage konnten sich die Katholiken des Trentino leichter auf der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Ebene bewegen[4].

Die spezifischen lokalen Veränderungen in der katholischen Welt des Trentino Ende des 19. Jahrhunderts standen im Zusammenhang mit einer weitreichenden europäischen Umbruchsituation bezüglich der politischen Präsenz der Katholiken in der Gesellschaft. Diese Veränderungen, in denen sich auch die Enzyklika „Rerum Novarum" von Leo XIII. aus dem Jahr 1891 einfügte, veranlassten die Katholiken nach geeigneteren Organisations- und Politikinstrumenten zu suchen, um sich in einer sich wandelnden Gesell-

2 Rede, die De Gasperi im Rahmen der Debatte zur italienischen Rechtsfakultät am 25. Oktober 1911 hielt, in: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates, Wien 1861–1918 (im Folgenden StPAH), XXI. Session, 20. Sitzung 1171–1173; nun auch in: Alcide De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/2: Alcide De Gasperi nel Trentino asburgico, hrsg. von Elena Tonezzer, Mariapia Bigaran, Maddalena Guiotto (Bologna 2006) 1888–1899, hier: 1891, 1897.

3 Zur katholischen Bewegung des Trentino siehe: Gianfranco Betta, Il movimento cattolico trentino fra '800 e '900. Organizzazione e ideologia, in: Materiali di lavoro 9–10 (1980) 1–143; Severino Vareschi, Il movimento cattolico trentino tra Ottocento e Novecento, in: L'età contemporanea 1803–1918 (= Storia del Trentino, Bd. V), hrsg. von Maria Garbari, Andrea Leonardi (Bologna 2003) 817–838.

4 Gabriele De Rosa, Prefazione, in: Alcide De Gasperi, I cattolici trentini sotto l'Austria. Antologia degli scritti dal 1902 al 1915 con i discorsi al Parlamento austriaco, Bd. I (Rom 1964) XIII–XV.

schaft einzugliedern und sie mit ihrer Präsenz zu prägen[5]. Es waren dies für die katholischen Organisationen im Trentino Jahre bedeutender wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und politischer Entwicklungen. Die Kooperation im Trentino wurde zu einer der effizientesten Antworten auf die sozioökonomische Krise des späten 19. Jahrhunderts, auch wenn sie in der Anfangsphase weniger ausgeprägt als im deutschen Tirol war[6].

In einem Artikel, der sich der *Christlich-sozialen Arbeit in Italienisch-Südtirol* widmete und in einer Sonderausgabe der „Reichspost“, die am 1. Jänner 1904 anlässlich des 10. Jubiläums der Gründung der Wiener christlich-sozialen Tageszeitung publiziert wurde, betont De Gasperi, dass es im Trentino *eine mächtige christlich-soziale Bewegung* gebe, die sich in den vorhergegangenen zehn Jahren entwickelt *und die ihren praktischen Ausdruck in einer imposanten, das ganze Land umfassenden Volksorganisation* gefunden habe. In den anderen Ländern der Habsburgermonarchie, so erklärte De Gasperi, hatte

> *die christlich-soziale Idee zunächst eine politische Partei befruchtet, welche sich vornahm, durch die Gesetzgebung die Sozialreform zu fördern; dieser Vorgang war bei uns unmöglich, nachdem das ganze politische Leben durch den nationalen Kampf vergiftet und die gesetzgebenden Körperschaften zum Stillstande gebracht worden waren.*

Man wollte auf sozialem Gebiet vor allem mit den Genossenschaften zusammenarbeiten, *und auf diesem Gebiete haben auch die Christlich-Sozialen des Trentino Großes geleistet*. De Gasperi berichtete von der Entwicklung der Genossen-

---

5 Zur Enzyklika siehe ebenfalls Alcide De Gasperi, I tempi e gli uomini che prepararono la „Rerum Novarum“ (Milano 1984) (die erste Auflage erschien 1928 unter dem Pseudonym M. Zanatta, 1931 dann bei dem Verlag Vita e Pensiero in Mailand), nun auch in: Alcide De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. II/2: Alcide De Gasperi dal Partito popolare italiano all'esilio interno 1919–1942, hrsg. von Mariapia Bigaran und Maurizio Cau (Bologna 2007) 1637–1728; außerdem: I tempi della Rerum Novarum, hrsg. von Gabriele De Rosa (Soveria Mannelli 2003); zum Wandel im germanischen Gebiet siehe Il cattolicesimo politico e sociale in Italia e Germania dal 1870 al 1914, hrsg. von Ettore Passerin d'Entrèves, Konrad Repgen (= Annalen des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 1, Bologna 1977).

6 Zur Entwicklung der Kooperation des Trentino siehe Andrea Leonardi, Prime esperienze associative dei lavoratori cattolici trentini tra Ottocento e Novecento, in: Studi trentini di scienze storiche I/58 (1979) 451–505; Ders, Wirtschaftskrise und genossenschaftliche Organisation im südlichen Tirol gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in: Geschichte und Region/Storia e regione 2 (1993) 81–126; Ders., La cooperazione: da un esordio difficile a uno sviluppo prorompente, in: L'età contemporanea 1803–1918, hrsg. von Garbari, Leonardi 779–815.

schaften und der „Casse rurali“, der Gründung der Agrarindustrie-Gewerkschaft und der Zunft im Nonstal sowie vom 1898 ins Leben gerufenen Diözesanausschuss der Katholischen Aktion, der all diese Initiativen koordinierte. De Gasperi schloss seinen Artikel in der „Reichspost“ folgendermaßen:

> *Jetzt ist eben eine ‚Unione politica democratica-cristiana‘ im Entstehen, eine Art politischer Volksverein auf demokratischer Basis. Es ist eine leichte Prophezeiung, wenn man behauptet, dass es das erste Mal sein wird, dass die Christlich-Sozialen mit der ganzen Kraft ihrer Organisation politisch eingreifen werden, und die für unsere Heimat verhängnisvolle liberale Ära ihre Rolle auch politisch ausgespielt haben wird – ja, auch trotz der ihr geleisteten verspäteten Hilfe des bei uns sehr zerklüfteten sozial-demokratischen Lagers.*[7]

2. Der Student De Gasperi im Wien des Fin de Siècle

De Gasperis erster direkter und dauerhafter Kontakt zum politischen Umfeld Österreichs begann 1900, als er nach Wien zog, weil er an der Philosophischen Fakultät der Universität inskribierte, um deutsche und romanische Philologie zu studieren. Die Studenten des Trentino studierten damals mehrheitlich in Innsbruck, Graz und Wien. Nur wenige studierten an Universitäten im Königreich Italien, da dies teuer war und weil die italienischen Universitätsabschlüsse aufgrund mangelnder Anerkennung keine Berufsausübung im Habsburgerreich zuließen[8].

Das Wien, in dem De Gasperi bis 1905 lebte, war das der Jahrhundertwende und war bereits von politischer Dekadenz gezeichnet. Es war aber auch eines der kreativsten Zentren und einer der innovativsten und fruchtbarsten Orte der europäischen Kultur. Die Hauptstadt spiegelte mehr als jede andere Stadt im Habsburgerreich die vielseitige und multinationale Seele der

7 Alcide Degasperi, Christlich-soziale Arbeit in Italienisch-Südtirol, in: Reichspost (1. Jänner 1904) 14; nun auch auf Italienisch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/2 1866–1870.

8 Sergio Benvenuti, De Gasperi e l’ambiente studentesco, in: De Gasperi e il Trentino tra la fine dell’800 e il primo dopoguerra, hrsg. von Alfredo Canavero, Angelo Moioli (Trento 1985) 237–262; Stefan Malfèr, Studenti italiani a Vienna, Graz e Innsbruck. 1848–1918, in: Il Politico 3 (1985) 493–508.

Monarchie, in deren Innerem sich kulturelle Impulse verschiedener Sprachen und Kulturen gegenseitig bereicherten. Damals war Karl Lueger, der charismatische Anführer der christlich-sozialen Bewegung, Wiener Bürgermeister. Diese hatte sich in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts über Wien hinaus in Österreich ausgebreitet und beraubte die konservativen Katholiken ihrer Vormachtstellung und wurde zur ersten Massenpartei, die sich erfolgreich in das österreichische parlamentarische Leben einfügte[9].

In diesen Jahren begann eine intensive und wichtige Zeit für die Bildung De Gasperis, in der sich seine Erfahrungen aus Wien mit denen aus dem Trentino verflochten. Seine Tätigkeit als Vermittler zwischen den katholischen Bewegungen in Österreich und Italien nahm mit der Veröffentlichung von Artikeln in Medien des Trentino und Wiens seinen Anfang. Insbesondere war er für die Zeitung „La voce cattolica“ – die 1906 unter seiner Leitung zu „Il Trentino“ wurde – und für die christlich-soziale „Reichspost“ tätig. Außerdem organisierte er Treffen und hielt Vorträge. Schon in seinen ersten Diskursen wurden jene Themen behandelt, die in Zukunft kontinuierlich in den Reden und in der Tätigkeit des jungen De Gasperi wiederkehren sollten[10]. Er sprach von der *gegenwärtigen Kultur*, betonte mit Nachdruck die Notwendigkeit einer *Wiedergeburt*, einer *christlichen Wiedereroberung* im Bereich Kultur und Gesellschaft, um dieses *Christentum, sozial verstanden, innerhalb und außerhalb des Menschen ausgeübt, im gesamten öffentlichen Leben zu etablieren*[11], wodurch der atheistische und irreligiöse Sozialismus sowie der Laizismus des liberalen Bürgertums bekämpft werden sollten. Das Christentum ver-

9 Zu Wien zwischen dem Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts siehe Carl E. Schorske, Fin-de-siècle Vienna. Politics and Culture (New York 1980) it. Übers. (Mailand 1981); außerdem: Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 26 (2000) 255–390, mit einem Teil zum Thema „Vienna intorno al 1900 / Wien 1900“. Zu Karl Lueger und die Christsozialen siehe: Richard S. Geehr, Karl Lueger: Mayor of Fin de Siècle Vienna (Detroit MI 1990); John W. Boyer, Political Radicalism in late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897 (Chicago IL 1981) besonders 184–521; Ders., Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power 1897-1918 (Chicago IL 1995) besonders 5–59 zur Kommunalpolitik Luegers; Ders., Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf. Eine Biografie (Wien–Köln–Weimar 2010) besonders 179–302.

10 Siehe dazu ausführlicher Guiotto, Un giovane leader politico 101–105.

11 Alcide De Gasperi, Il programma degli universitari cattolici trentini, Rede beim katholischen Studentenkongress in Trient, der vom 28. bis 31. August 1902 stattfand, veröffentlicht in: La voce cattolica 1 (1.–2. September 1902); nun auch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/1: Alcide De Gasperi nel Trentino asburgico, hrsg. von Tonezzer, Bigarann, Guiotto (Bologna 2006) 210–216. (Übers. d. Verf.)

stand sich demnach nicht allein als religiöser Glaube, sondern auch als Kultur, als Lebensstil und als eine Form des politischen Verständnisses, das sich radikal jenem der sozialistischen und liberalen Gruppierungen widersetzte. Die Auseinandersetzung und der Zusammenprall mit den Sozialisten und Liberalen waren offen und heftig, vor allem mit den ersteren, wie die Reden und Schriften De Gasperis bezeugen. Er bediente sich darin einer Sprache, welche die militanten Katholiken aus dem militärischen Bereich übernahmen[12]: *Es gehört durchrüttelt und gereizt, und das ist, was jetzt versucht wurde*[13] – darin wurde der Einfluss der Diktion und des Stils von Karl Lueger deutlich. Auch in den Vorträgen, die De Gasperi vor italienischen Arbeitern in Wien hielt, blieb er dieser Ausdrucksweise treu[14].

Aber neben De Gasperi, dem Arbeiterführer, gab es auch den Studenten De Gasperi, der „akademische Vorträge" bei den Abendveranstaltungen der italienischen akademischen Verbindung hielt, woran aber auch deutschsprachige Studenten, Dozenten und Politiker teilnahmen. Am Abend des 10. Februars 1903, den De Gasperi als *unser schönstes akademisches Fest* beschrieb, waren unter den Anwesenden die Universitätsprofessoren Ernst Commer und Josef Hirn sowie die christlich-sozialen Abgeordneten Robert Pattai und Josef von Baechlé[15]. Der katholische Historiker Josef Hirn, Dozent für österreichische Geschichte an der Universität Innsbruck, war 1899 an die Universität Wien berufen worden. De Gasperi zitierte ihn nochmals 1908[16] und erinnerte daran, dass seine Vorlesungen an der Universität Wien auf heftigen Widerstand bei den Studenten gestoßen seien, weil sein militantes katholisches Auftreten bekannt war[17]. In dem Artikel prangert er die Unterlegenheit der

12 De Rosa, Prefazione XIV.

13 Alcide De Gasperi, Dopo un giro di propaganda nel Vorarlberg, in: La voce cattolica (3. Oktober 1903); nun auch in De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/1 286 ff. (Übers. d. Verf.)

14 Giacomo Fortis [Alcide De Gasperi], La nostra storia, in: Rivista Tridentina (22. September 1907), monografische Ausgabe von der katholischen Studentenverbindung des Trentino: Dopo dieci anni. Moniti plausi ricordi 2–5, hier: 4; nun auch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/1 665–685.

15 Fortis [De Gasperi], La nostra storia 5.

16 Alcide De Gasperi, A lumi spenti II, in: Il Trentino (28. März 1908); nun auch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/1 749–755.

17 Diesbezüglich siehe Bernhard Moser, Die Katholisch Akademische Studentenverbindung Norica in Wien 1883–1938. Versuch einer Strukturanalyse, Dissertation Universität Wien (Wien 1983) 126.

Katholiken gegenüber den Liberalen an den österreichischen Universitäten an: *Unter der Flagge der Freiheit der Wissenschaft und der Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Forschung bewegt sich und lebt der* übermäßige *Liberalismus, der offenkundigste Antiklerikalismus.* Und auf die liberalen Verluste im Reichsrat anspielend fuhr De Gasperi fort: *[…] die Liberalen, die aufgrund der Volkswahl von den legislativen Schützengräben vertrieben wurden, sind bei den Universitäten hängen geblieben, die unter der Fahne der ‚wissenschaftlichen Freiheit' zu Festungen des intolerantesten und hartnäckigsten Liberalismus geworden sind.* Einem katholischen Professor bliebe der Zugang zu den konfessionslosen Fakultäten verwehrt, egal, welche wissenschaftlichen Verdienste er erbracht habe, so De Gasperi. Nur wenigen war dies gelungen, und wenn, dann nur unter Widerspruch der Fakultäten und aufgrund des energischen Beitrages des Bildungsministers, der sich einer solchen offensichtlichen Ungerechtigkeit nicht schuldig machen wollte. *Zu dieser Intoleranz seitens der Fakultäten kommt die Intoleranz der Studenten.* Gegen diese beiden Unduldsamkeiten hatte sich Karl Lueger beim letzten christlich-sozialen Parteitag aufgelehnt und verkündet, die Katholiken müssten den ihnen gebührenden Einfluss auch in den Universitäten gewinnen. *Es handelt sich also um einen Kampf für die Gleichberechtigung, für die Gleichheit, für die Freiheit.* Am Schluss seines Artikels kam De Gasperi auf die Anprangerung des Liberalismus zurück: *[…] der Liberalismus ist in Österreich noch beherrschend. Es stimmt, dass er im Parlament nicht mehr uneingeschränkt herrscht, aber er ist dennoch weiterhin in der Koalition der Antiklerikalen so stark, dass den Katholiken jene Gerechtigkeit genommen wird, die die freiheitlichen Grundgesetze ihnen zugestehen. […] Österreich ist seiner Verfassung und seinen Gesetzen zufolge kein katholischer Staat […].* Er erkannte jedoch, *in der Verwaltungspraxis erreichen die Katholiken in Österreich etwas, […] wenn […], sie politisch stark und organisiert sind, so, wie sie es jetzt in der deutschen christlich-sozialen Partei und in anderen katholisch-sozialen Gruppierungen in der Kammer sind*[18].

De Gasperi erinnerte an die Rede Pattais, Rechtsanwalt und Wiener Abgeordneter der Christsozialen, bei der Veranstaltung der italienischen akademischen Verbindung am Abend des 10. Februars 1903 wie folgt: *Wunderbar, wie immer, sprach auch der Abgeordnete Pattai, einer der einflussreichsten Köpfe der Wiener Christsozialen, der darauf hinwies, dass die Christsozialen die*

18 De Gasperi, A lumi spenti II. (Übers. d. Verf.)

Christdemokraten Österreichs seien[19]. Pattai war für seine elegante Ausdrucksweise bekannt. Die Komplexität der Wege, die zur Gründung der österreichischen christlich-sozialen Bewegung geführt hatten, spiegelt sich in seiner politischen Karriere. Nach seinem politischen Debüt im Jahr 1882 neben Georg von Schönerer als Präsident des Wiener Reformvereins, der die Kleinhandwerker und -kaufleute repräsentierte und eine ausgeprägte antiliberale und antisemitische Richtung vertrat, setzte Pattai seine Karriere an der Seite von Karl Lueger fort[20]. Er gehörte zu den eifrigsten Teilnehmern der sogenannten „Entenabende" (der Name geht auf den Ort des Treffens, dem Restaurant „Goldene Ente" in der Riemergasse, zurück). Im Mittelpunkt der 1888 von Franz Martin Schindler, Professor für Moraltheologie, und Karl von Vogelsang initiierten dienstags stattfindenden Diskussionsabende stand die soziale Frage, einhergehend mit einer grundlegenden Kritik am Kapitalismus. Im Rahmen dieser Zusammenkünfte wurde unter anderem ein erstes Programm der christlich-sozialen Partei ausgearbeitet, in deren Reihen Pattai bis 1911 im Reichstag saß[21].

Über die italienische akademisch-katholische Verbindung, die mit den akademisch-katholischen Verbindungen des Cartell Verbandes (CV) – insbesondere der „Norica" – Austausch pflegte, kam De Gasperi mit dem Kreis der Politiker und Intellektuellen in Kontakt, die Karl Lueger nahestanden. Friedrich Funder, Herausgeber der „Reichspost", erinnerte 1933 daran, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts die katholischen österreichisch-deutschen Verbindungen in freundschaftlicher Beziehung zu der italienischen katholischen gestanden und deren Treffen und Veranstaltungen beigewohnt hatten. Zudem betonte er, die wichtigste Persönlichkeit der italienischen Verbindung sei „der Germanist Degasperi [gewesen], ein Südtiroler, Journalist in Trient, der 1911 in die österreichische Abgeordnetenkammer gewählt wurde und nach dem ‚Umsturz' ein tragisches Schicksal als italienischer Abgeordneter

19 Fortis [De gasperi], La nostra storia, Bd. 5. (Übers. d. Verf.)

20 Reinhold Knoll, Zur Tradition der christlichsozialen Partei. Ihre Früh- und Entwicklungsgeschichte bis zu den Reichsratswahlen 1907 (Wien–Köln–Graz 1973) 174; Boyer, Culture and Political Crisis 10, 33, 62.

21 Zu den „Entenabenden" siehe Friedrich Funder, Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik (Wien 1952) 114–120; Knoll, Zur Tradition der christlichsozialen Partei 169–172, 191–193; Boyer, Political Radicalism 174.

und Parteivorsitzender der Partito Popolare im Konflikt mit dem Faschismus erlitt“[22].

Die akademisch-katholische Verbindung „Norica“, die 1883 gegründet wurde und noch heute besteht, strebte seit Anbeginn ihrer Tätigkeiten ein enges Verhältnis zu katholischen Studentenverbindungen anderer Nationen an – darunter auch zur italienischen katholischen Verbindung[23]. Zu den Aufgaben der „Norica“ zählte natürlich in erster Linie die politisch-kulturelle Ausbildung der katholischen Studenten, welche die neuen christlich-sozialen politischen Kräfte der Zukunft darstellten. Zu diesem Zweck wurden Treffen, Vorträge und akademisch-wissenschaftliche Abendveranstaltungen abgehalten: Die „Debattierabende“ im Restaurant „Milzko“ am Schottentor und die „Junge-Entenabende“, welche die 1894 unterbrochene Tradition der „Entenabende“ des Freiherrn von Vogelsang fortsetzten, sowie jene zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als auch De Gasperi teilnahm, fanden im Lokal „Tabakpfeife“ in der Goldschmiedgasse statt[24]. Sehr eng war auch die Verbindung zur „Leo-Gesellschaft“, eine Art akademische Parteischule, die 1892 von Franz Martin Schindler zur Verstärkung der wissenschaftlichen Tätigkeiten des katholischen Lagers gegründet worden war. Schindler war der wichtigste katholische Denker seiner Zeit und Nachfolger Vogelsangs, er wirkte an den vorbereitenden Arbeiten zur Enzyklika „Rerum Novarum“ mit und war Mitglied der „Norica“. Die bei den Treffen der „Leo-Gesellschaft“ behandelten Themen betrafen öffentliche und aktuelle Angelegenheiten, insbesondere die christliche Sozialreform. Es waren die gleichen Thematiken, die im Rahmen der Abendveranstaltungen der italienischen katholischen Verbindung behandelt wurden. Die Themen der von „Norica“ und „Leo-Gesellschaft“ organisierten Vorträge waren sehr häufig identisch mit jenen der Vorträge De

22 Friedrich Funder, Das weiß-blau-goldne Band. „Norica“: Fünfzig Jahre Wiener katholischen deutschen Farbstudententums (Innsbruck–Wien–München 1933) 72. Zu den Wiener Kontakten über Norica siehe außerdem Adam Wandruszka, De Gasperi e il movimento cristiano in Austria, in: De Gasperi e il Trentino, hrsg. von Canavero, Moioli 225–236. Zur Norica siehe Moser, Die Katholisch Akademische Studentenverbindung Norica 76–198.

23 Ebd. 144. An der Weihnachtscommers der Norica, Mitte Dezember 1901, beteiligten sich auch Vertreter der italienischen Union. Siehe Weihnachtscommers der Norica, in: Reichspost (13. Dezember 1901).

24 Funder, Das weiß-blau-goldne Band 63.

Gasperis: Gewerkschaften, Agrarreform, Arbeiterfrage, Volksbildung, Wahlrecht usw.[25].

Bei diesen Anlässen lernte De Gasperi Franz Hemala kennen, den zukünftigen Organisator, Berichterstatter und Historiker der katholischen Gewerkschaftsbewegung in Österreich, der damals für die Organisation der Vorträge und die Ausbildung der christlich-sozialen Arbeiter in Wien zuständig war[26]. Die Freundschaft mit Hemala hielt bis zu dessen Tod im Jahr 1943 und sogar darüber hinaus, denn die Tochter von Hemala heiratete Leopold Figl, den ersten Bundeskanzler der Zweiten Republik, mit dem De Gasperi in freundschaftlichem Kontakt stand[27].

3. Die österreichischen Christsozialen, Karl Lueger und der Antisemitismus

Im Mai 1902 – zeitgleich mit der Publikation von Artikeln De Gasperis über die Christdemokratie und Romolo Murri in der „Reichspost“ [28] – erschien anlässlich des Gedenktages der Veröffentlichung der „Rerum Novarum“ eine Sonderausgabe der Tageszeitung „Domani d'Italia“, in der sich auch ein Artikel von De Gasperi zur christlich-sozialen Bewegung in Österreich findet[29]. In dem Artikel wurden die Ereignisse, welche die Entwicklung der christlich-sozialen Bewegung in Österreich prägten, zusammenfassend rekonstruiert: von der Krise des Liberalismus in den Achtzigerjahren des 19. Jahrhunderts bis hin zur Entstehung der christlich-sozialen politischen Wählergruppe der „Vereinigten Christen“ im Jahr 1887, definiert in der katholisch-konservativen Tageszeitung „Das Vaterland“ von dem Theologieprofessor Josef

25 Moser, Die Katholisch Akademische Studentenverbindung Norica 176–180.

26 Ebd. 177; Knoll, Zur Tradition der christlichsozialen Partei 193.

27 Maddalena Guiotto, Alcide De Gasperi und seine Beziehungen zu Leopold Figl und Konrad Adenauer, in: Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart, hrsg. von Michael Gehler, Maddalena Guiotto (Wien–Köln–Weimar 2012) 131–150, hier: 138–142.

28 Ausführlicher in: Guiotto, Un giovane leader politico 110–111.

29 Alcide Degasperi, La democrazia cristiana all'estero. Il movimento cristiano-sociale in Austria, in: Il Domani d'Italia (15. Mai 1902), auch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/1 197–200.

Scheicher aus St. Pölten. Es handelte sich um eine extrem heterogene Gruppierung, die von antiliberalem und antisemitischem Gedankengut geprägt war (ein Antisemitismus, der in erster Linie antikapitalistisch war) und zu der neben Karl von Vogelsang, dem Herausgeber der Tageszeitung „Das Vaterland“, auch Karl Lueger gehörte. Zwischen 1887 und 1888 verbuchten die „Vereinigten Christen“ beachtliche politische Erfolge in Wien und Niederösterreich. De Gasperi schrieb:

> *Kurz nach 1900 schien der Liberalismus den höchsten Punkt auf der Parabel erreicht zu haben und dann begann der Abstieg. Er hatte in dem berühmten Freiherrn Vogelsang einen theoretischen, fürchterlichen Gegenspieler gefunden, der […] die Prinzipien einer christlich-sozialen Reform predigte […] Aus seiner Schule kamen dann all die Politiker und die Agitatoren hervor, die die christlich-soziale Bewegung in Gang setzten und anführten.*[30]

Sich auf die „Vereinigten Christen“ beziehend, fuhr De Gasperi in seinem Artikel mit einer enthusiastischen Beschreibung von Lueger fort:

> *Wer all diese ungleichartigen Elemente zu bündeln wusste und sie zum Sieg führte, war Dr. Karl Lueger, ein großer Kenner der Seele des Volkes, ein Agitator mit hervorragenden strategischen Qualitäten, einer der besten Volksredner, die es heute in Österreich gibt, der mit seiner schönen und eindrucksvollen Erscheinung, seiner Ironie und dem Scharfsinn der Kritik, die ihm von den Lippen floss, die Massen zum Aufstand hinriss.*

Der politische Sturz von Georg von Schönerer, Unterstützer des antihabsburgischen Pangermanismus und einer antisemitischen rassistischen Politik, hatte Lueger die Möglichkeit geboten, dessen politisches Erbe anzutreten, indem er die antisemitische Bewegung für seine Ziele gewinnen konnte und gleichzeitig begann, die Opposition gegen das herrschende Establishment in eine Richtung zu führen, die den Staat und die Habsburgerdynastie nicht miteinbezog. Aus diesem Jahr stammt auch die erste Definition von „christlich-sozial“ in Bezug auf die Wiener Opposition, wobei „christlich“ jedenfalls in erster Linie die Feindseligkeit gegenüber Juden meinte, ohne sich deswe-

30 Ebd. (Übers. d. Verf.)

gen in engerem Sinne für katholisch zu erklären[31]. Eine Verbindung zwischen den konservativen Elementen dieser Koalition – sprich dem böhmischen Feudaladel, der die Tageszeitung „Das Vaterland" finanzierte und den rechten Katholiken des Prinzen Alois von Liechtenstein – und den Christsozialen Luegers schufen jene „Entenabende", aus denen das erste christlich-soziale Programm hervorging und an denen Liechtenstein, Lueger und Ernst Schneider von der antisemitischen Arbeiterpartei teilnahmen. Lueger war also der politische Alchemist, dem es gelang, die Elemente der katholisch-sozialen Unzufriedenheit zusammenzuschmelzen und sie in eine große und wichtige Organisation zu verwandeln. Obgleich er sich nicht auf tief religiös begründete Ansichten stützte, wusste Lueger die neuen Theorien der katholischen Soziallehre als Katalysator für sein politisches Experiment zu nutzen und es gelang ihm, einen Großteil der Wiener Handwerkerschicht in das christlich-soziale Lager überzuführen. Mit seinem Kampf gegen die „Mächtigen" – das waren die Kapitalisten, Liberalen, Juden und Aristokraten – wurde Lueger zum Helden des Kleinbürgertums. 1895 gewann er die Wiener Gemeinderatswahlen, aber der Kaiser lehnte seine Ernennung zum Bürgermeister bis 1897 dreimal ab[32]. Als er das Amt schließlich antrat, widmete er sich mit viel Energie den Aufgaben des öffentlichen Lebens. An seinem Verwaltungsmodell orientierte man sich über Österreichs Grenzen hinaus.

Die Tätigkeit der Wiener Christsozialen war also eine wichtige Erfahrungsquelle für De Gasperi, der an den Ereignissen rund um deren Erfolg maßgeblich beteiligt war:

> *Während ich diese Zeilen verfasse, bereiten sich die Christsozialen auf einen großen – und was die politische Partei betrifft – entscheidenden Kampf vor. Im Herbst sind die Wahlen für den Landtag (Vertretung des Landes) [von Niederösterreich], der bislang in unseren Händen ist. Die Juden – die Vertreter des Kapitals – haben in den Sozialisten Verbündete gefunden, die hier*

31 Lothar Höbelt, Die Konservativen Alt-Österreichs 1848 bis 1918: Parteien und Politik, in: Konservativismus in Österreich. Strömungen – Ideen – Personen u. Vereinigungen von den Anfängen bis heute, hrsg. von Robert Rill und Ulrich E. Zillermann (Graz–Stuttgart 1999) 126–137.

32 Schorske, Fin-de-siècle Vienna 143–145; Helmut Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie, in: Österreichische Geschichte, Bd. VIII, hrsg. von Herwig Wolfram (Wien 1997) 491–494.

> *wirklich die internationale Partei im Dienst der ‚Alliance Israelite‘ sind […] Diese Koalition, die in der Lage ist, gegen eine Partei – welche die Geldmittel des Landes erhöhte, Niederösterreich vom Fremdkapitalismus befreite und an erster Stelle das demokratischste Wahlsystem Österreichs zulasste –, nichts anderes als die Bezichtigung des ‚Klerikalismus‘ zu werfen, wird die Reihen von Lueger auf eine harte Probe stellen.*[33]

De Gasperi nahm sich am Vortag und wenige Tage nach den Landtagswahlen in Niederösterreich und Wien im Herbst 1902 – welche für die Christsozialen positiv ausgingen – wieder dem Schicksal der Christsozialen und Luegers in zwei Artikeln unter dem Pseudonym Fortis in „La voce cattolica“ an. Diese Artikel polemisierten gegen die Kapitalisten – *die Semiten von Karthago* –, aber gleichzeitig auch gegen die Sozialisten, die zu einem *Heer Söldner* im Sold des jüdischen Kapitalismus wurden. Lueger und die Christsozialen stellten hingegen das Heer dar, das *unter einer Flagge marschiert, auf der steht: Für den Glauben und die Bräuche der Ahnen, für die Befreiung vom jüdischen Geist und Kapital*[34]. Dies war die typische Sprache der christlich-sozialen Polemik dieser Jahre.

Viele Spuren dieses Lueger’schen Antisemitismus, der beabsichtigte, *die Macht des Judentums zu stürzen, das sich verschwört, um den christlichen Völkern moralisch und wirtschaftlich zu schädigen*, lassen sich im Übrigen auch im Katholizismus an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert im Trentino finden (aber auch in Italien), bis hin zum Gedanken eines *wohlbedachten Antisemitismus, der die Gesetze des christlichen Rechtes achtet*, als *eine Pflicht eines jeden Katholiken* [35]. Noch im Jahr 1906 bekräftigte De Gasperi diese Themen bei einem Disput mit den Sozialisten, als er die deutschen und insbesondere die österreichischen sozialistisch geprägten Gewerkschaften beschuldigte, von den Juden und Freimaurern beherrscht zu werden. Er fügte hinzu: *Wir sind nicht*

---

33 De Gasperi, La democrazia cristiana all’estero. (Übers. d. Verf.)

34 Fortis [De Gasperi], Alla vigilia di una grande battaglia (Nostra Corr. particolare), in: La voce cattolica (22.–23. Oktober 1902), auch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/1 225–229; Fortis [De Gasperi], Dopo una splendida vittoria, in: La voce cattolica (10. November 1902) , auch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/1 233–237. (Übers. d. Verf.)

35 Alcide De Gasperi, Il sionismo in Austria, in: La voce cattolica (31. Mai–1. Juni 1902) (Übers. d. Verf.). Zu diesem Thema siehe Fabrizio Rasera, Lotta al socialismo e origini del movimento cattolico, in: De Gasperi e il Trentino, hrsg. von Canavero, Moioli 431–433; Processi contro gli ebrei di Trento (1475–1478), Bd. I: I processi del 1475, hrsg. von Anna Esposito, Diego Quaglioni (Padua 1990) 5 f.

gegen die Juden, weil sie eine andere Religion haben und einer anderen Rasse angehören, aber wir müssen uns dem widersetzen, dass sie sich die Christen mit ihrem Geld zu Sklaven machen[36]. Es war ein Antisemitismus, der in erster Linie sozial und wirtschaftlich, nicht aber rassistisch ausgerichtet war.

Die Führung der österreichischen Christsozialen, von Karl Lueger über Richard Weiskirchner und Albert Gessmann, vertrat also keinen antisemitischen Rassismus und hatte nichts mit der Theorie und Praxis von politischer Gewalt zu tun. Für Lueger und den Großteil der christlich-sozialen Führungsmitglieder waren die Kritik und die Angriffe gegenüber Juden hauptsächlich politisch motiviert. Die antisemitische Rhetorik, derer sich Lueger in der Öffentlichkeit bediente, war jedoch brutal, beleidigend und unbarmherzig und ihre emotionelle Wirkung konnte von anderen zu noch schändlicheren Zwecken genutzt werden, auch innerhalb der Partei[37]. Noch stärker und extremer verbreitet war der Hass gegenüber Juden bei dem kleinen „linken" Flügel der christlich-sozialen Partei unter der Führung von Leopold Kunschak[38], der De Gasperi aufgrund seiner Verdienste bei der Organisation der Arbeiterschaft hoch achtete.

De Gasperis Bewunderung galt nicht nur Lueger, sondern vor allem dem, was er als *den größten Stolz dieser Partei* bezeichnete, nämlich

> *die reine Arbeiterbewegung, die sich voriges Jahr beim letzten Wiener Kongress zu einer autonomen und von der Partei unabhängigen Organisation erklärt hatte, obgleich sie davon natürlich ein Teil bleibt. Der Organisator der Arbeiterschaft ist der einstige Sattlergeselle Leopold Kunschak, der dann inbrünstiger Propagandist für die gesamte Jugend wurde und nun Redakteur der ‚Christlich-sozialen Arbeiterzeitung' ist*[39].

36 Der Bericht zum Streitgespräch wurde auf der ersten Seite der Tageszeitung veröffentlicht, die De Gasperi bereits seit mehr als einem Jahr leitete: Il contraddittorio Dr. Degasperi – Todeschini, in: Il Trentino (18. Juni 1906), auch in De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/1 468–473. Mario Todeschini war Abgeordneter der italienischen sozialistischen Partei von 1900 bis 1919. (Übers. d. Verf.)

37 Siehe dazu ausführlicher Boyer, Karl Lueger. Christlichsoziale Politik 207–210.

38 Ebd. 208 f.

39 De Gasperi, La democrazia cristiana all'estero. (Übers. d. Verf.)

Der einundzwanzigjährige Sattler Kunschak, Stammgast bei den „Entenabenden“ und den Vorträgen der „Leo-Gesellschaft“, hatte im September 1892 den Arbeiterverein Niederösterreichs gegründet und somit der Bewegung des bis dahin hauptsächlich handwerklichen Kleinbürgertums eine gewerkschaftliche Arbeiterorganisation gegeben. Die Durchsetzung dieser Organisation stieß jedoch innerhalb der Partei auf immer größere Schwierigkeiten, besonders nach der im Jahr 1907 erfolgten Zusammenlegung der Christsozialen mit den Katholisch-Konservativen[40]. In Bezug auf die Organisation von Kunschak äußerte sich De Gasperi folgendermaßen:

> *Diese Arbeiter, mit einem wirklich christlichen Geist, sind die frische Reserve der Partei. Wer letztes Jahr die Vertreter der Hauptindustriezentren beim christlich-sozialen Arbeiterkongress in Wien gesehen hat, wie sie ein tief christliches und aufrichtig demokratisches Programm gelobten und überschwänglich Leo XIII. Beifall klatschten, der hatte das Österreich der Zukunft vor sich, wenn es denn eines geben wird. Ich erinnerte damals an das Dilemma von Lueger: ‚Entweder das christlich-soziale Österreich oder die Auflösung‘.*

Und er schloss, indem er erneut, wenn auch nicht explizit, die österreichische Situation mit der italienischen in Verbindung brachte:

> *In Österreich bemerkten die Katholisch-Konservativen zu spät die moralische Schlagkraft der Christlichen Demokratie […] und erst letztes Jahr […] erkannten sie Lueger die Rolle des ‚Retters Österreichs‘ zu. Wenn man es rechtzeitig in anderen Ländern verstehen würde, zumindest dort, wo ähnliche Bedingungen ähnliche Mittel erfordern!*[41]

Die persönlichen Kontakte und vor allem die Teilnahme De Gasperis an Fragen bezüglich Österreichs und Wiens endeten nicht mit seiner Studienzeit, sodass er nach seiner Wahl im Jahr 1911 wieder in den Reichsrat aufgenommen wurde. Kurz nach seiner Promotion nahm De Gasperi im November 1905 am fünften österreichischen Katholikentag in Wien teil. Dem jungen Politiker aus dem Trentino wurde eine bedeutende Rolle im Rahmen der Prä-

40 Wandruszka, Il cattolicesimo politico e sociale 172.

41 De Gasperi, La democrazia cristiana all’estero. (Übers. d. Verf.)

sidentschaft des Kongresses zuteil: Er vertrat die nichtdeutschen Nationalitäten bei den Verhandlungen zur Festlegung eines provisorischen Statutes der allgemeinen Organisation aller Katholiken innerhalb Österreichs[42]. Und 1907 nahm De Gasperi auch am sechsten österreichischen Katholikentag teil[43].

Die Fortdauer seiner Verbundenheit zu den Geschehnissen in Österreich und insbesondere in Wien zeigen die Artikel der von ihm geleiteten Tageszeitung „Il Trentino". Diese widmeten sich vor allem in den Jahren 1907 bis 1910 häufig den Christsozialen und Themen der Wiener Politik. Eine eingehende Analyse wurde im März 1907 anlässlich des Parteikongresses veröffentlicht. Darin wurde besonders der christlich-demokratische Charakter der Christsozialen hervorgehoben:

> *Innerhalb des kleinen Kerns der Wiener Antisemiten spross, wuchs die Blume der christlichen Sozialreform, dieser Komplex aus Ideen und praktischen Haltungen, die anderswo und allgemeiner in Italien unter dem Namen „democrazia cristiana" zusammengefasst wurden.*[44]

Sicher, so erkannte „Il Trentino", hatte die österreichische Christdemokratie eigenartige Kennzeichen, auch mangelte es nicht an Widersprüchen und einem Durcheinander in ihrem politischen Programm, besonders hinsichtlich des Nationalitätenproblems. Aber letztlich schien die christlich-soziale Partei für De Gasperi ein gewünschtes politisches Bild zu verkörpern:

> *Keine hohlen Versprechen, kein Doktrinarismus, der spaltet und ermüdet, sondern eine praktische Politik, die in einem Programmentwurf zusammenfließt, der unabdingbar für die Homogenität der Absichten ist und um nicht in den engstirnigen Empirismus zu fallen.*

42 Vecchio, De Gasperi e l'Unione Politica Popolare nel Trentino (1904–1914), in: De Gasperi e il Trentino, hrsg. von Canavero, Moioli 531.

43 Il sesto congresso dei cattolici austriaci, in: Il Trentino (20. und 22. November 1907).

44 Il congresso dei cristiano-sociali, in: Il Trentino (15. März 1907). (Übers. d. Verf.)

Vor allem wurde zwischen dem sozialen, politischen und religiösen Bereich unterschieden, wie es im Übrigen auch bei den deutschen Katholiken der Fall war[45].

Besonders traf De Gasperi und die Anhänger der Volkspartei in Trentino jedoch die andauernde Mobilisierung, die die soziale Basis der Wiener Partei prägte: *das magische Wort [war] mutige Agitation (Propaganda), unermüdlich, in einem fort* [46]. Lueger, *der bedeutendste Vertreter der aktiven christlichen Demokratie* [47], war ein äußerst fähiger Erfinder von Mitteln, die es ermöglichten, die großen Massen in Wien anzusprechen, was er dann geschickt politisch zu verwenden wusste. *Wir werden – sagte er – mit den Waffen des Geistes und mit all den Erfindungen der Modernität arbeiten und zeigen, dass wir Männer des Lichtes sind und nicht der Finsternis*. Und er hielt Wort[48]. De Gasperi erkannte die Wiener Eigentümlichkeit der Partei Luegers, ergriff die Signale und versuchte sie im Trentino anzuwenden.

Der Wahlkampf für die Nachwahlen des Trientiner Gemeinderates im Jahr 1910 wurde von De Gasperi, der bereits im Vorjahr in den Gemeinderat gewählt worden war, geführt. Er benutzte nun fortschrittliche Vortragstechniken wie die Diaprojektion, die Verwendung von Diagrammen, Tabellen und Karten – Techniken, deren geschickten Einsatz er bei Karl Lueger beobachtet hatte.

4. Das allgemeine, gleiche und unmittelbare Wahlrecht

Zwischen 1905 und 1906 wurde De Gasperi von dem großen politischen Kampf um die Einführung des allgemeinen, gleichen und unmittelbaren Wahlrechtes in Österreich gefordert, welches das alte Kuriensystem ersetzen sollte.

---

45 A[lcide] Deg[asperi], Il congresso di Würzburgo, in: Il Trentino (28. August 1907). (Übers. d. Verf.)

46 Alcide De Gasperi, Lueger nel movimento cristiano-sociale, in: Il Trentino (11. März 1910); auch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/2 1064–1072, hier: 1072. (Übers. d. Verf.)

47 Alcide De Gasperi, Carlo Lueger, in: Il Trentino (10. März 1910). (Übers. d. Verf.)

48 De Gasperi, Lueger nel movimento cristiano-sociale. (Übers. d. Verf.)

Nach der Einführung der auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts gewählten fünften Kurie im Jahr 1896 hatten die durch das Zensussystem benachteiligten nichtdeutschen Nationen und vor allem die beiden großen Massenparteien – Sozialdemokratie und Christsoziale – die Bewegung zugunsten des allgemeinen, unmittelbaren und gleichen Männerwahlrechtes verstärkt. Im Jahr 1905 schenkte auch Kaiser Franz Joseph dieser Reform seine Aufmerksamkeit. Er stimmte einer Verbesserung des Badeni-Gesetzes im demokratischen Sinne zu, in der Hoffnung, die nationalen, das österreichische Staatsgefüge zerreißenden Konflikte in einer auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts gewählten Kammer von einer Wählerschaft, die mehr die wirtschaftlichen als die nationalen Fragen im Blick hatte, abzumildern[49]. Die im Jahr 1905 von dem konservativen Ministerpräsidenten Paul von Gautsch eingeleitete Reform wurde 1906 von Max Vladimir von Beck, einer der fähigsten und dynamischsten Persönlichkeiten der Endphase der Habsburgermonarchie, abgeschlossen. Das neue Gesetz wurde im Jänner 1907 verabschiedet, mit einer neuen Wahlgeometrie: mit möglichst homogenen Wahlkreisen unter einem nationalen Gesichtspunkt und von unterschiedlicher Größe und Bevölkerungszusammensetzung. Dennoch berücksichtigte man den unterschiedlichen Steuerbeitrag der verschiedenen Regionen, und dieser Faktor begünstigte weiterhin das deutsche und das italienische Element. Die Reichsratswahlen, die wenige Monate nach der Einführung der Wahlreform stattfanden, führten zu einem völlig neu zusammengesetzten Abgeordnetenhaus – weniger im Hinblick auf die Nationalitätenverhältnisse als in Bezug auf die politische Zusammensetzung der einzelnen nationalen Anteile[50].

Der Kampagne um das allgemeine Wahlrecht widmete De Gasperi eine ununterbrochene Tätigkeit – in Form von Schriften, Kundgebungen und diversen Redebeiträgen –, und er zögerte nicht, eine „radikale Reform" zu fordern, welche „die Privilegien, denen bereits die historische Grundlagen

49 Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa 551 ff.; Angelo Ara, Crisi e declino della monarchia asburgica, in: Il luogo di cura nel tramonto della monarchia d'Asburgo. Arco alla fine dell'Ottocento, hrsg. von Paolo Prodi, Adam Wandruszka (= Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 43, Bologna 1996) 323–345.

50 Zum Gesetzgebungsverfahren, das zur Reform führte und dessen Ergebnisse hinsichtlich der Wahlen siehe Lothar Höbelt, Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. VII: Verfassung und Parlamentarismus, hrsg. von Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Wien 2000) 895–1006, besonders 970–979,

fehlten, abschaffte und für Gerechtigkeit bei den Volksschichten sorgte“[51]. Der Politiker aus dem Trentino schrieb im November 1905: *Der Felsblock bewegt sich, die Angelegenheit der Wahlreform ist auf dem Wege der Lösung. Wenn sie einmal das Parlament erreicht hat, stirbt sie nicht mehr. Es stimmt: Dies hätte augenblicklich ein unglückliches Ende.*[52] De Gasperi spielte auf die Abstimmung über die Dringlichkeit der Anträge zur Wahlreform an, die am 6. Oktober 1905 nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht hatten. Zu denen, die dagegen stimmten, gehörten aus Angst vor einer slawischen Überfremdung auch die küstenländischen Abgeordneten von Gradisca sowie der Istrianer Lodovico Rizzo. Für das allgemeine gleiche Wahlrecht stimmten die Sozialdemokraten, die Tschechen, die Südslawen, die polnische Volkspartei und die Ruthenen; bei den Deutschen gaben ihre Zustimmung die Freialldeutschen, die deutsche Volkspartei und die Christsozialen, wobei es bei den letzten beiden zu nicht unwesentlichen Stimmenthaltungen gekommen war[53]. De Gasperi schrieb dazu:

> *Aber die Ungerechtigkeit des aktuellen Systems, die im Parlament von Katholiken, von vielen Liberalen und von Sozialisten erklärt wurde, die in den Wahlkundgebungen von Personen unterschiedlicher und gegensätzlicher Grundsätze bloßgelegt wurde, hält dem Ansturm nicht stand und gibt nach. Die Regierung selbst kündigt an, es sei in Arbeit.*

In Österreich handle es sich nicht um die Anwendung einer einfachen Formel, erklärte de Gasperi, es müssten verschiedene Standpunkte berücksichtigt werden, wenn man wolle, dass der Übergang mit nicht allzu gewaltigen politischen Erschütterungen verlaufe. Es war eine *Arbeit, die ruhige und gründliche Überlegung bedurfte*. Mit der Anspielung auf diverse von den Sozialisten zugunsten des allgemeinen Wahlrechts organisierte Veranstaltungen forderte De Gasperi Ruhe im öffentlichen Leben. Das Parlament und nicht die Stra-

51 Zitiert aus Vecchio, De Gasperi e l’Unione Politica Popolare 550.

52 Alcide De Gasperi, Il governo e la riforma elettorale, in: La voce cattolica (6. November 1905); nun auch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/1 184 f; siehe auch Ders., Il suffragio universale in Austria, in: La voce cattolica (11. Oktober 1905); nun auch in Ders., Scritti e discorsi politici, Bd. I/1 376 ff. (Übers. d. Verf.)

53 Höbelt, Parteien und Fraktionen 971.

ße sei der Ort, wo über das neue Wahlrecht abgestimmt werden solle[54]. *Auf jeden Fall weht überall ein neuer Wind, eine neue politische Orientierung kündigt sich an, und sie wird weitreichende Konsequenzen auch in den Ländern und Kommunen mit sich bringen.*[55] Im Juli 1906 waren die Parlamentsdebatten um das allgemeine Wahlrecht von zunehmenden politischen und nationalen Spannungen begleitet. *Vor Monaten wäre die Obstruktion gegen die Wahlreform wie ein Angriff auf die Demokratie erschienen*, schrieb De Gasperi, *allein die Vorstellung war verboten. Den Weg zum Fortschritt zu versperren, wäre der politische Selbstmord einer Partei gewesen. […] Aber dann, habt ihr gesehen, wie auf dem Absatz kehrtgemacht wurde? […] Die Begeisterung über das allgemeine Wahlrecht hat sich in Rauch aufgelöst*[56]. Als dieses *Obstruktionsintermezzo* überwunden war, wurde das Gesetz verabschiedet und De Gasperi kämpfte darum, dass bei den Reichsratswahlen im Frühjahr 1907 – die ersten nach allgemeinem Wahlrecht – alle Bürger wählen gingen, selbst wenn es in Tirol wie in anderen Ländern Österreichs keine gesetzliche Verpflichtung gab[57].

5. Im Wiener Parlament

De Gasperis Einzug in den Reichsrat im Juli 1911 fiel in die Zeit einer schweren, bereits unumkehrbaren Krise des österreichischen politischen Systems. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes und die Wahl eines *Parlaments des Volkes*, welches das *Parlament des Privilegs* ersetzen sollte, hatten nicht die Beseitigung der alten Übel Österreichs ermöglicht, besonders nicht die des Nationalitätenproblems, das nicht einmal beschwichtigt werden konnte[58].

54 De Gasperi, Il governo e la riforma elettorale. (Übers. d. Verf.)

55 Alcide De Gasperi, La riforma elettorale, in: La voce cattolica (7. November 1905); auch in Ders., Scritti e discorsi politici, Bd. I/1 385–388, hier: 388. Siehe auch Ders., Il movimento politico e il partito popolare trentino, in: La voce cattolica (13. Februar 1906); nun auch in Ders., Scritti e discorsi politici, Bd. I/1 413–416. (Übers. d. Verf.)

56 Alcide De Gasperi, Intermezzo ostruzionistico, in: Il Trentino (11. Juli 1906); auch in Ders., Scritti e discorsi politici, Bd I/1 486 ff. (Übers. d. Verf.)

57 Fortis [De Gasperi], L'anno del suffragio universale, in: La Squilla (4. Jänner 1907); auch in Ders., Scritti e discorsi politici, Bd. I/1 546–547; siehe auch Ders., Il voto obbligatorio, in: Il Trentino (9. Oktober 1906); nun auch in Ders., Scritti e discorsi politici, Bd. I/1 516–517.

58 Für einen Überblick über die Tätigkeiten De Gasperis im Wiener Parlament siehe Ruggero Moscati, De Gasperi nel Parlamento austriaco, in: La nuova Antologia 111 (1976) 20–44; Richard Schober, Alcide De Gasperi al parlamento a Vienna, in: De Gasperi e il Trentino, hrsg. von Canavero, Moioli 759–795; Ilaria Ganz, La rappresentanza del Tirolo italiano alla

Während die Spannung zwischen den Tschechen und Deutschen in Böhmen unverändert ein Problem höchster Relevanz auf nationaler und parlamentarischer Ebene darstellte, verstärkte sich nun auch die südslawische Frage, mit fatalen Konsequenzen für die Existenz der Monarchie.

Die Wahlen im Juni 1911, die mit einem klaren Erfolg für die Regierungsparteien und die alte Mehrheit endeten, hatten erneut für ein zerrissenes und in Parteigruppen gespaltenes Parlament gesorgt. Dieses war von einem nationalen Pluralismus gekennzeichnet, unfähig, sich ideologisch zusammenzufinden; ein Parlament, dessen Zusammensetzung ein Ansporn für den Wunsch von dynastischen und bürokratischen Gruppen darstellte, außerparlamentarisch zu regieren. Geführt wurde die Regierung ein weiteres Mal von Paul von Gautsch, der – in der Hoffnung, dass sich die politische Situation klären würde, um den Weg für eine parlamentarische Regierungsmehrheit zu bereiten – ein provisorisches Ministerium mit einer starken Beteiligung von Verwaltungsbeamten aufstellte[59].

De Gasperi trat der aus zehn Mitgliedern bestehenden Parlamentsfraktion der italienischen katholischen Volkspartei bei. Neben dem Präsidenten Enrico Conci und anderen sechs Abgeordneten aus dem Trentino gehörten ihr auch zwei Abgeordnete aus Görz-Gradisca und ein Abgeordneter aus Istrien an[60].

In der ersten Sitzung einer neuen Session wurde im Parlament traditionsgemäß der jüngste Abgeordnete einer Fraktion zum provisorischen Schriftführer ernannt und musste die Angelobungsformel in der Sprache seiner Volksgruppe verlesen. Diese Aufgabe kam De Gasperi in der ersten Sitzung Mitte Juli 1911 zu[61]. Da er der jüngste Abgeordnete seiner Parlaments-

Camera dei deputati di Vienna 1861–1914 (Trient 2001) 228–238. Siehe außerdem: Angelo Ara, Governo e parlamento in Austria nel periodo del mandato parlamentare di Cesare Battisti 1911–1914, in: Fra Austria e Italia. Dalle Cinque Giornate alla questione alto-atesina, hrsg. von Angelo Ara (Udine 1987) 137–142; Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa 553–560.

59 Ara, Crisi e declino 334–338. De Gasperi triumphierte bei der Wahl mit 3.116 von 4.117 gültigen Stimmen. Die Wahlergebnisse in: Il Trentino (14. Juni 1911); für eine Bilanz der Ergebnisse der Stichwahlen einiger Kandidaten des Trentino im Wiener Parlament siehe: Alcide De Gasperi, Le elezioni di ieri, in: Il Trentino (21. Juni 1911); auch in: Ebd., Scritti e discorsi politici, Bd. I/2 1295 ff. Siehe außerdem Höbelt, Parteien und Fraktionen 987 für ein Diagramm zu den Parlamentsgruppen, die die Kammer nach den Wahlen 1911 bildeten.

60 Umberto Corsini, Il colloquio Degasperi–Sonnino. I cattolici trentini e la questione nazionale (Trento 1975) 168 f.

61 StPAH, XXI Session, 1. Sitzung 4.

fraktion war, hatte De Gasperi in der Folge allerdings nur selten die Möglichkeit, in den Plenardebatten zu sprechen. Im Verlauf der 204 Plenarsitzungen der XXI. Session konnte er nur zwei Reden halten. Das erste Mal am 13. Oktober 1911 im Zuge der Debatte über den beträchtlichen Preisanstieg bei den Lebensmitteln – in einem Parlament, das die Regierung zusammengerufen hatte, um die Genehmigung für das provisorische Budget zu erhalten[62]. Das zweite Mal ergriff er am 25. desselben Monats das Wort, als er in italienischer Sprache eine Rede zur Verteidigung der Errichtung einer rechtswissenschaftlichen Fakultät in Wien hielt:

> *Ich stelle fest, daß gerade vom österreichischen Standpunkte aus die Fakultät eine Notwendigkeit, ein kategorischer Imperativ geworden ist.[…] Man hat gesagt, die Fakultät wird der Heranbildung der irredentistischen Intelligenz dienen. Im Gegenteil, meine Herren, nicht die Fakultät, sondern die Fakultätsfrage schafft und verschärft die Erbitterung in unserer Jugend. […] Will man aber damit vielleicht sagen, daß die Fakultät nur die Kadettenschule unserer Bourgeoisie sein wird, so liegt auch dieser Behauptung eine krasse Unkenntnis unserer Verhältnisse zugrunde. […] Die Fakultät dagegen soll auch den Bauernsöhnen die Möglichkeit bieten, billig und bequem in der eigenen Heimat zu studieren. Wer also gegen die Fakultät ist, ist nicht gegen die sogenannte Irredenta, sondern sündigt an den Söhnen eines Volkes, welches nach dem bekannten Ausspruche unseres Kaisers selbst […] österreichischer gesinnt ist als man glauben konnte.*

Er unterschied klar zwischen einem Irredentismus als Korollarium des nationalistischen Prinzips, *welches nur einheitlich nationalgebildete Staaten annimmt*, und dem ganz anderen *Gefühl der geistigen Kulturgemeinschaft mit unserer italienischen Nation, die Begeisterung für unsere Geschichte und für unser Volkstum* erklärte. Dieses könnte auch im institutionellen Rahmen des Habsburgerreiches vertreten werden, das seine verschiedenen nationalen Komponenten anerkannte[63].

---

62 Die Rede zur Preissteigerung in: StPAH, XXI Session, 24. Sitzung 918 ff.; auch auf Italienisch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/2 1879–1888.

63 Die Rede in: StPHA, XXI Session, 20. Sitzung 1171–1173; auch auf Italienisch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/2 1888–1899, hier: 1889–1890 und 1895–1896.

Ein Jahr später, am 8. Oktober 1912, kam De Gasperi in einer Rede vor der Delegation des Reichsrats (am 14. Dezember 1911 war er zusammen mit Otto von Guggenberg als Vertreter Tirols gewählt worden) wieder auf die italienische Universitätsfrage zurück. Dieser Beitrag bezog sich auf die Interaktion zwischen österreichischer Innen- und Außenpolitik und betonte die negative Auswirkung der Verschlechterung der Beziehungen zwischen der italienischen Bevölkerung und den österreichischen Behörden im Trentino in Bezug auf die italienisch-österreichischen Beziehungen im Rahmen des Dreibunds. De Gasperi prangerte die zunehmenden und sich zuspitzenden Germanisierungsversuche im Trentino durch den Tiroler Volksbund an. Er hob hervor, dass in der letzten Zeit – seitdem die österreichischen Italiener begonnen hatten, sich gegen die Bestrebungen des Tiroler Volksbundes aufzulehnen – die österreichische Presse und Essayistik ein Bild Südtirols als einer vom Irredentismus verseuchten Region verbreiteten und dass sich die Kontrollen der österreichischen Behörden verschärft hatten. Aber nicht mit Polizeimaßnahmen könne man die irredentistische Bewegung bekämpfen, so De Gasperi in seiner Rede, sondern, indem man die österreichischen Italiener überzeuge, dass sie mit Österreich *ein wohnliches Heim* besäßen, wo sie ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen nachkommen und ihre Nationalität, Sprache und Kultur erfolgreich schützen und aufrechterhalten könnten. Zu diesem Zwecke sei es wünschenswert, dass die österreichische Regierung versuche, zumindest ein paar ihrer Forderungen zu erfüllen, darunter jene hinsichtlich einer italienischen Universität[64]. De Gasperi verteidigte somit die nationalen italienischen Rechte der Einwohner des Trentino, unterstützte jedoch nicht die irredentistische Forderung nach einer Annexion an das Königreich Italien, das er – wie man bereits zu anderen Gelegenheiten erkennen konnte[65] –

64 Rede von De Gasperi vor der Delegation des Reichsrates, in: Stenographische Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates (Wien 1868–1918), XLVI Session, 9. Sitzung 334–337; auch auf Italienisch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/2 1903–1914.

65 Siehe insbesondere ein Gespräch zwischen De Gasperi und Friedrich Funder, Chefredakteur der „Reichspost“, das vor dem Eintritt Italiens in den Ersten Weltkrieg stattfand, als Stimmen über eine mögliche Abtretung des Trentino an Italien im Tausch gegen die italienische Neutralität laut geworden waren. Siehe dazu ausführlicher: Guiotto, Un giovane leader politico 113 f.; Dies., Die italienischen politischen Parteien Österreich-Ungarns und ihre Stellung zum Ersten Weltkrieg, in: Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Österreich-Ungarn, hrsg. von Maria Mesner, Robert Kriechbaumer, Michaela Maier, Helmut Wohnout (Wien–Köln–Weimar 2014) 107–128, hier: 116 f.

mit Sicherheit nicht als besten Garanten für eine Autonomie mit verbesserten sozioökonomischen Bedingungen für die Trientiner ansehen konnte.

Die Unfähigkeit, eine Strategie gegen die Teuerung zu entwickeln, und die Opposition des Nationalverbandes führten zum Sturz der Regierung Gautsch und deren Ersetzung durch eine Beamtenregierung unter Graf Stürgkh. Obwohl die neue Regierung ständig am Rande der Krise stand, konnte sie sich lange halten und stellte den Höhepunkt der österreichischen Tradition dar, mithilfe von Notverordnungen gegen das Parlament zu regieren. In der gesamten Regierungszeit des Ministeriums Stürgkh, also von 1911 bis 1914, trat das Abgeordnetenhaus immer nur kurze Zeit zusammen, um auf Regierungsinitiative über konkrete Vorhaben zu debattieren – ständig mit der Drohung einer Vertagung, wenn man sich an den „von oben ausgesprochenen Willen" nicht anpasste[66].

Hier stagniert alles, ein einziger Sumpf. Der Saal ist halbleer, schrieb De Gasperi in einem Artikel über die Parlamentsarbeiten. Auf der Ministerbank vertrete ein Generalmajor zwischen dem einen oder anderen Gähnen die Landesverteidigung und in den Arbeitsbereichen scharten sich die Anhänger um einen Abgeordneten, der für die Stenografen einen jämmerlichen Monolog rezitierte. In einem anderen Arbeitsbereich habe ein Dalmatiner erklärt, wie seiner Meinung nach Österreich-Ungarn umgestaltet werden müsse. Daraufhin erhob sich ein Ruthene, um zu fragen, ob seine Landsleute nicht besser in Russland aufgehoben wären. Ein böhmischer Agrarier habe einigen die Postulate seines Wahlkreises ins Ohr geflüstert, aber niemand wusste, wo dieser sei, abgesehen von seinen engsten Hausfreunden. So ginge es den ganzen Tag weiter.

> *Das nennt sich „Parlamentsdiskussion" und die Abgeordneten sprechen von „hoher Kammer" und die Journalisten schreiben von „Parlamentsarbeiten", teilen telegrafisch oder telefonisch davon mit. Ah, wenn es Worte gäbe, um den Gedanken auszudrücken, müsste man diese langweilige Sinnlosigkeit nicht hohen Sumpf nennen, in dem Frösche quaken, jeder für sich, als würde die Welt außerhalb nicht existieren? Hin und wieder erscheint der Ministerpräsident wieder auf dem Podium. Es ist eine große und magere Gestalt, die par-*

66 Ara, Governo e parlamento 151 f.

tout nichts sagt. […] Nur manchmal, wenn aus dem Sumpf ein lauterer Ruf kommt, hebt er ganz langsam sein Antlitz, das einer Sphinx gleicht, und es scheint als wolle er sagen: Ah, und was, wenn Frösche Zähne hätten?!

De Gasperi fragte sich also, warum das Parlament *stagnierte*: In Wirklichkeit hätten die Diskussionen außerhalb der Kammer auf den Korridoren stattgefunden; hier hätten sich die Minister und die Abgeordneten in kleinen Gruppen zusammengefunden, diskutiert, Einigungen erzielt und über das Schicksal des Staates entschieden. Auch die Italiener hätten etwas zu sagen gehabt, sie hätten ihren Schrei der Verbitterung verlauten lassen wollen, aber die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen, sei in weiter Ferne. *Werft euren elenden Namen zu den anderen hundert deutschen kroatischen, polnischen, slowenischen, tschechischen, ruthenischen, serbischen, rumänischen Namen … Dann wird sich das Rad der Urne drehen und wer Glück hat, ist dran.* Wer als Zehnter oder Zwölfter an der Reihe gewesen wäre, hätte sehr wahrscheinlich nicht sprechen können, denn auf Wunsch der Mehrheit wurde die Diskussion geschlossen. *Dieses fatale Rad […] symbolisiert so gut das Schicksal unserer zwischen den Nationen hin und her geworfenen Vertreter, die das Beste an sich reißen und die anderen in den Halbschatten der Enterbten jagen.* Letzteren bliebe nichts anderes übrig, als sich in den eigenen Klub und die Ausschüsse zurückzuziehen und zu versuchen, allein jene Ergebnisse zu erzielen, die die parlamentarische Gemeinschaft ihnen verweigerte zu vetreten. Der Artikel endet mit der Anprangerung der Rückständigkeit und Langsamkeit der kaiserlichen Staatsverwaltung[67].

Der Reichsrat wurde auf Mitte März 1914 vertagt, dann aber von Ministerpräsident Stürgkh nicht mehr einberufen. Regiert wurde ausschließlich per Notverordnungen. Das war das Zeichen des kompletten Zusammenbruchs der parlamentarischen Institution. Die Vertagung des Reichsrats auf einen unbestimmten Zeitpunkt bedeutete das Ende der ersten Phase der parlamentarischen Tätigkeit De Gasperis in Wien.

Nach dem Tod Franz Josephs im November 1916 berief der neue Kaiser Karl I. das Parlament für den 30. Mai 1917 wieder ein, nachdem es mehr als drei Jahre geschlossen gewesen war. Wenn man dem Parlament noch eine Gelegenheit einräumen wollte, gab es Grund zur Eile: Die Abgeordnetenmanda-

67 Alcide De Gasperi, La palude (Elegia di un esiliato), in: Il Trentino (21. März 1912); auch in: Ders., Scritti e discorsi politici, Bd. I/2 1411 ff. (Übers. d. Verf.)

te liefen im Sommer 1917 aus und während des Krieges war die Abhaltung von Wahlen undenkbar. Einer der ersten Gesetzesentwürfe wurde am 27. Juni im Parlament verabschiedet. Es handelte sich dabei um die Verlängerung der Gesetzgebungsperiode bis Ende 1918. Doch der Reichsrat war nicht in der Lage, die Niederlage und den Zusammenbruch der Monarchie zu verhindern und aus den Debatten gingen nicht einmal wertvolle Anregungen für eine Reform hervor. Nichtsdestotrotz bot er das lebendige Bild eines wechselseitigen Spiels der Parteien zwischen Exekutive und Legislative, das diese positiv von vielen der vorangegangenen Sessionen unterschied. Im Schatten revolutionärer Ereignisse fand eine konventionelle Parlamentssession ohne jegliche Obstruktionsdrohung statt[68].

Da sich die Reihen im Parlament gelichtet hatten und beinahe zehn Prozent der Sitze leer blieben, nahm die Arbeit für De Gasperi in den verschiedenen Ausschüssen zu. Er arbeitete im Budgetausschuss und war stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Unterhaltsbeiträge, Kriegswirtschaft und Verträge. In den Presseausschuss wurde er wiedergewählt und er war vor allem ein aktives Mitglied des neu eingerichteten Zentralausschusses für Flüchtlinge[69]. Bereits im Sommer 1915 war De Gasperi nach Wien gezogen, wo er als Delegierter des Hilfskomitees für die Flüchtlinge aus dem Süden tätig war, das unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministerpräsidenten Baron von Beck stand. In dieser Funktion reiste De Gasperi u.a. nach Westböhmen, wohin ganze Dörfer des Trentino deportiert worden waren[70].

Durch Interpellationen und Reden im Abgeordnetenhaus kritisierte De Gasperi die Behandlung der Italiener durch den österreichischen Staat scharf. Man bezichtigte sie der Spionage und der Kollaboration, zu Tausenden wurden sie deportiert und mussten in Flüchtlingslagern leben. Am 12. Juli 1917 ergriff er das Wort als Generalredner bei einer Debatte der Kammer zu einem Gesetzesentwurf, mit dem die Flüchtlingshilfe institutionalisiert und die Rechte der Flüchtlinge gegenüber dem Staat geregelt werden sollten.

68 Höbelt, Parteien und Fraktionen 999.

69 Wien, Parlamentsarchiv, Abgeordnetenhaus des Reichsrates, Materie 34, Ausschussprotokolle.

70 Ausführlicher: Maddalena Guiotto, Alcide De Gasperi e la Grande guerra: i profughi austro-italiani, in: Quaderni degasperiani per la storia dell'Italia contemporanea 6 (2016) 17–59.

Während seiner zweijährigen Tätigkeit bei der staatlichen Unterstützung im Hilfskomitee für die Flüchtlinge aus dem Süden habe er *viel Gutes und viel Schlechtes* gesehen, erklärte De Gasperi. Er sei auf Bezirkshauptmänner getroffen, die sich den Flüchtlingen gegenüber wie Väter verhielten, aber andere behandelten sie, und besonders die italienischen Flüchtlinge, wie Schweine. Der erste grundlegende Fehler der staatlichen Flüchtlingshilfe war De Gasperi zufolge, dass man sich nicht gleich an Rechtsvorschriften orientierte. Die Flüchtlinge wurden wie zu verwaltende Objekte und nicht wie Bürger behandelt.

> *Sie wurden evakuiert, instradiert, perlustriert, approvisioniert, kaserniert, als ob sie keinen eigenen Willen, als ob sie kein Recht hätten. […] Der zweite Hauptfehler, der viel mehr als ein Fehler, der eigentlich ein Verbrechen war, ist aus demselben Geiste entsprungen, aus welchem die Evakuierung, hervorgegangen ist: das ist der Verfolgungsgeist. Man weiß ganz genau, zum Beispiel vom Trentino, daß mindestens 70 Prozent der evakuierten Bevölkerung nicht aus wirtschaftlichen Gründen und nicht aus rein militärischen Gründen, sondern […] aus politischen Gründen … aus polizeilichen Gründen evakuiert wurden und sie wurden eigentlich nicht evakuiert – das ist ein euphemistisches Wort –, sondern verbannt. Bei Verbannten konnte man natürlich keine besondere Rücksicht üben […] Aus diesem Verfolgungsgeist und Evakuierungsgeist ist es auch zu erklären, dass man zu den Konzentrationslagern gekommen ist.* [71]

Dann konzentrierte sich De Gasperi neben der Ernährungsnot auf Gesundheitsfragen und ungenügende Kohlelieferungen. De Gasperi schloss seine Rede mit dem Dank an all jene, die private Flüchtlingshilfe geleistet hatten und dem Wunsch, dass auf dem Verhandlungsweg Frieden erreicht werde, was die einzige Hoffnung auf die Lösung der Probleme der Flüchtlinge und der ganzen Bevölkerung sei.

Die Kritik De Gasperis an den autoritär-repressiven Methoden der Militärkommandos hatte nun einen Ort gefunden – das Parlament –, wo sie

71 Die Rede vom 12. Juli 1917 in: StPAH, XXII Session, 18. Sitzung 915–919; auch auf Italienisch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/2 1937–1949, hier: 1938–1939 und 1944–1945.

öffentlich gemacht werden konnte, und sie wandte sich auch gegen die Regierung, die diese Vorgehensweisen tolerierte. Wenn auch die Zeitungen und die private Korrespondenz einer strengen Kontrolle und Zensur unterworfen waren, konnten sich die Abgeordneten zumindest im Reichsrat frei äußern. So äußerte sich De Gasperi in seiner Rede am 28. September 1917 bei einer Debatte zu dem Finanzgesetzentwurf und dem vorläufigen Staatshaushalt für das Jahr 1917–1918:

> *Aber diese Tribüne ist die letzte freie Stätte, die uns nach der Unterdrückung jeder bürgerlichen Freiheit zu Hause geblieben ist, und andererseits wäre es schade, der Regierung den Vergleich zwischen den schönen Leitsätzen ihres Programms und der Praxis ihrer Lokal-, Militär- und Verwaltungsbehörden vorzuenthalten.*[72]

Am 4. Oktober 1918 ergriff De Gasperi im Abgeordnetenhaus bei der Debatte zur „Friedensfrage" das Wort. Er vermied zu deutliche Stellungnahmen und eine endgültige Wahl, konzentrierte sich auf die jüngste Vergangenheit und die Entwicklung im Trentino während des Krieges, wobei er sich daran erinnerte, dass jedes Mal, wenn er sich als Vertreter des Trentino im Reichsrat erhoben hatte, sich sein Gewissen geregt und ihm warnend zugerufen hatte:

> *Wie kannst du hier, indem du von der parlamentarischen Tribüne aus das Wort ergreifst, dir den Anschein geben, als ob du ein freier Vertreter eines freien Volkes wärest, während in der Tat dein Volk in politischer Knechtschaft lebt und du selbst kaum die elementaren Rechte des Bürgers genießt?*

In Österreich habe man über das Dilemma zwischen politischer Freiheit und Gewaltherrschaft diskutiert, aber es sei Letztere gewesen, die wütete. Es sei absolutistisch regiert worden, während man von Selbstbestimmung gesprochen habe.

> *Für die Herren der Regierungsbank ist das Selbstbestimmungsrecht höchstens eine sich der momentanen Lage anpassende relative Freiheit mit dem*

72 Die Rede vom 28. September 1917 in: StPAH, XXII Session, 25. Sitzung 1325–1329; auch auf Italienisch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/2 1949–1956, hier: 1949–1950 und 1957.

> *Vorbehalt des Absolutismus; für die wirklich regierende Macht aber außerhalb des Parlaments ist das Selbstbestimmungsrecht nur ein böses Schlagwort der Entente, gegen welches mit allen Waffen der spezifisch ‚alten österreichischen Tradition' gekämpft werden muß.*

Ein typisches Beispiel für diese Falschheit, für diese heuchlerische Methode, sei die Art und Weise, wie kurz vor und nach Ausbruch des Krieges mit der Trentino-Frage umgegangen worden sei. In den Verhandlungen mit Italien von 1914/15 sei die kaiserliche und königliche Regierung bereit gewesen, zumindest Teile des Trentino dem nahen Savoyer Königreich zu überlassen, ohne die betroffene Bevölkerung darüber zu informieren. Dann, nach dem Bruch mit Rom und der italienischen Kriegserklärung, sei es zu Unterdrückung, Willkür und der Militärdiktatur gekommen, deren Programm darin bestanden habe, das Italienische zu zerstören. De Gasperi reflektierte die Gründe für diesen Wandel gegenüber den österreichischen Italienern, denen in der Vergangenheit zahlreiche Versprechungen gemacht worden waren. Anlass für den *schroffen Wechsel* war die Tatsache, dass die österreichische Politik bis zum Krieg von der Notwendigkeit der Pflege guter Beziehungen zum Königreich Italien bestimmt gewesen war, doch nun habe man unbekümmert gegen einen kleinen *Volkssplitter* agieren können.

De Gasperis Analyse war an dieser Stelle zu summarisch, denn sie berücksichtigte nicht die jahrhundertelange übernationale habsburgische Tradition. Dennoch erfasste der Politiker zweifellos die Veränderungen in der österreichischen Politik und die Konsequenzen, die sich daraus für den Gemütszustand der Bevölkerung des Trentino ergaben. In Gefahr waren nicht die politischen Rechte, wohl aber die Existenz der nationalen Gruppe der Italiener selbst. Dieses Trentino, sagte De Gasperi, habe kein Volk mehr, sondern sei die Ruine eines Volkes, ein Gebilde im Todeskampf. Am Ende appellierte er an die Vernunft jener politischen Klasse, die er so hart angegriffen hatte, den Flüchtlingen die Rückkehr zu gestatten, bessere Ernährungsbedingungen zu schaffen und wieder ein normales Schulsystem herzustellen. Den Ministerpräsidenten, gleichzeitig Minister für Kultus und Unterricht, erinnerte er an die Internierung des Bischofs Celestino Endrici und forderte ihn in dieser Angelegenheit wie in der ganzen Kulturpolitik gegenüber den Italienern

zu einer Geste der Versöhnung auf. Die Regierung war also für De Gasperi am Ende seiner Rede wieder ein möglicher politischer Gesprächspartner[73].

Am 16. Oktober 1918 wurde das Manifest „An Meine getreuen österreichischen Völker" von Karl I. erlassen, in dem der Kaiser die Umstrukturierung Cisleithaniens in einen Bund freier Völker verkündete und zur Bildung von Nationalräten aufrief, die zur Föderalisierung Österreichs beitragen sollten[74]. Die italienischen Abgeordneten – geteilt wie es auch ihre Programme für die Nachkriegszeit waren – bildeten keinen italienischen Nationalrat, stattdessen formierte sich am 24. Oktober 1918 der italienische Nationalbund, bestehend aus den Liberalen des Trentino und der Adriaregion sowie den Katholiken Istriens und des Trentino. Das Amt des Präsidenten übernahm Enrico Conci, Sekretär wurde De Gasperi. Sie verfassten einen Antrag, der am darauffolgenden 25. Oktober, dem letzten Sitzungstag des Parlaments des habsburgischen Österreichs, verlesen wurde. Darin verkündete die italienische Gruppierung, dass sich die italienischen Gebiete auf Grundlage der von Wilson verkündeten Prinzipien von der Monarchie lösen würden, um sich mit ihrem Nationalstaat zu vereinigen. Die italienischen Abgeordneten lehnten daher die Aufnahme von Verhandlungen über die Zukunft sowohl mit der Regierung als auch mit den Vertretern der Nationalitäten ab[75]. Nach dieser letzten Erklärung begaben sich Conci, De Gasperi, Malfatti, der liberal-nationale Triester Abgeordnete Edoardo Gasser und der liberal-nationale Istrianer Lodovico Rizzi über die Schweiz auf die Reise nach Rom. Sie nahmen somit nicht an der letzten Sitzung der beiden Kammern des Reichsrats am 12. November 1918 teil, die nur wenige Minuten dauerte.

---

73 Die Rede vom 4. Oktober 1918 in: StPAH, XXII Session, 87. Sitzung 4427–4431; auch in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. I/2 1977–1990, hier: 1977 f. und 1985.

74 Das Manifest „An Meine getreuen österreichischen Völker" wurde veröffentlicht in: Helmut Rumpler, Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918 (Wien 1966) 88–91.

75 StPAH, XXII Session, 93. Sitzung, 25. Oktober 1918 4680 f. Siehe außerdem Umberto Corsini, La questione nazionale nel dibattito trentino, in: Problemi di un territorio di confine. Trentino e Alto Adige dalla sovranità austriaca all'accordo Degasperi – Gruber, hrsg. von Umberto Corsini (Trento 1994) 91–144, hier: 143 f. Zu Conci siehe Enrico Conci, Ricordi di un deputato trentino al tramonto dell'Impero (1896–1918), hrsg. von. Mirko Saltori (Trient 2013).

6. „La quindicina internazionale“

Als De Gasperi 1929 aus der Haft entlassen wurde, zu der er von den faschistischen Behörden wegen versuchten widerrechtlichen Grenzübertritts verurteilt worden war, fand er dank der Fürsprache von Bischof Endrici eine bescheidene Anstellung als Bibliotheksgehilfe im Vatikan[76]. Die Arbeit als Bibliothekar stellte ihn jedoch nicht zufrieden und ermöglichte ihm vor allem nicht, seine Familie zu erhalten. Deswegen machte er auch Übersetzungen, darunter auch die der Papstgeschichte Ludwig von Pastors, wodurch er sich sein Einkommen aufbesserte. 1933 übernahm er einen zusätzlichen Job und begann durch Fürsprache von Guido Gonella mit der Zeitschrift „L'illustrazione Vaticana“, einer vom Heiligen Stuhl herausgegebenen Halbmonatsschrift, zusammenzuarbeiten. De Gasperi wurde gebeten, für jede Ausgabe der Zeitschrift einen Beitrag zur internationalen Situation zu verfassen. Er willigte ein und so erschien ab dem 1. Jänner 1933 eine Rubrik mit dem Titel „La quindicina internazionale“ unter dem Pseudonym „Spectator“ [77]. Dank Gonella hatte De Gasperi auch Zugriff auf eine sehr große Sammlung ausländischer Presseprodukte, die er zum Verfassen seiner Rubrik mit langen Zitaten nutzte. Dadurch erweiterte er seinen politischen Horizont, der – verglichen mit den anderen in der Heimat gebliebenen Antifaschisten – ohnehin schon recht breit war. Die Zusammenarbeit von De Gasperi mit der Zeitschrift des Heiligen Stuhls setzte sich ununterbrochen bis zur Ausgabe vom 16. Oktober 1938 fort, als sie schließlich eingestellt werden musste.

Aufgrund des Ortes und der Zeit, in denen diese Texte veröffentlicht wurden, ist es schwierig zu beurteilen, inwieweit darin die wahren Gedanken des unter einem Pseudonym schreibenden Autors zum Ausdruck kamen. Es lässt sich nicht sagen, ob De Gasperi die Texte, so wie sie publiziert wurden, tatsächlich selbst schrieb oder ob sie überarbeitet und ausgebessert wurden. Ebenso wenig ist bekannt, ob er Vorsichtsmaßnahmen traf und Selbst-

76 Alberto Melloni, Alcide De Gasperi alla Biblioteca Vaticana (1929–1943), in: Alcide De Gasperi: un percorso europeo, hrsg. von Conze, Corni, Pombeni 141–168.

77 Guido Formigoni, L'Europa vista dal Vaticano: De Gasperi commentatore della politica internazionale, in: Alcide De Gasperi: un percorso europeo, hrsg. von Conze, Corni, Pombeni 169–193.; Giorgio Vecchio, Alcide De Gasperi, 1918–1942. Le sconfitte di un politico di professione, in: Alcide De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. II/1: Alcide De Gasperi dal Partito popolare italiano all'esilio interno 1919–1942, hrsg. von Mariapia Bigaran, Maurizio Cau (Bologna 2007) 11–186, hier: 152–173.

zensur übte. Der informative Charakter der „Quindicina internazionale" war nicht unbedeutend und neutral. So war es üblich, Artikel aus Fremdsprachen zu übersetzen, was als Denkanstoß gedacht war.
Österreich spielte in den Artikeln De Gasperis eine bedeutende Rolle, er schrieb über

> *Wien, einstige Schmiede politischer Apparate und Regime, historisches Laboratorium für Kombinationen, Methoden, Kompromisse, zwischen Reaktion und Liberalismus, zwischen Absolutismus und Demokratie, zwischen slawophilem Föderalismus und deutschem Zentralismus.*[78]

Er zitierte mehrfach Beiträge aus der österreichischen Tageszeitung „Reichspost", die er schon aus seiner Studentenzeit in Wien gut kannte. Aber es war nicht nur ein nachvollziehbares biografisches Interesse des ehemaligen Studenten und Parlamentsabgeordneten, das seine Aufmerksamkeit auf die Ereignisse in Österreich lenkte. Österreich war der Ort eines konstitutionellen Experiments, das De Gasperi für fähig erklärte, einige grundlegende Probleme der Epoche zu bewältigen. Der Staatsmann Monsignor Ignaz Seipel, der zweimal Bundeskanzler war, hatte dem „Spectator" zufolge als erster verstanden, dass es galt *die Reaktion gegen den parlamentarischen Verfall* zu lenken. Dies war möglich gewesen, *indem sich die Mächte auf die Exekutive konzentrieren und eine Reform der legislativen Methoden antragen*, nach dem Schema der Vertretung der organisierten Interessen. *Es ist noch immer der Geist des bedeutenden Staatsmannes, der in den Christsozialen weht: […]*[79]. Der finanzielle Wiederaufbau Österreichs nach dem Krieg war Seipels Verdienst; er war es aber auch, der dem österreichischen Staat Ende der Zwanzigerjahre die autoritäre Richtung gewiesen hatte. Ernüchtert von den lähmenden Parlamentsdebatten und der Obstruktion der Sozialdemokraten, entfernte er sich immer weiter von der parlamentarischen Demokratie und nach den Ereignissen im Juli 1927, mit dem Brand des Wiener Justizpalastes, hielt Seipel die Loslösung von der parlamentarischen Demokratie für eine *wahre Demokratie*. Am Ende stützte er

78 Spectator [Alcide De Gasperi], La quindicina internazionale, 1. Juli 1933, in: De Gasperi, Scritti e discorsi politici, Bd. II/3 2074 [im Folgenden: Spectator, QI]. (Übers. d. Verf.)

79 Ebd. 2075. (Übers. d. Verf.)

sich auf die zum Teil faschistische Heimwehr[80] und stärkte mit der Bundesverfassung von 1929 die Rolle des Bundespräsidenten. In den letzten Jahren seines Lebens ließ sich Seipel bei seiner Idee einer neuen Sozial- und Staatsstruktur auf ständischer Basis, die sich immer weiter von der Demokratie entfernte, von der Enzyklika „Quadragesimo anno“, inspierieren. Seine Interpretation der Enzyklika stieß auf weitgehende Akzeptanz, zumindest im politischen Katholizismus Österreichs[81]. Darauf berief sich auch der christsoziale Kanzler Engelbert Dollfuß, der ab Mai 1932 regierte.

Das Interesse De Gasperis für das, was in Österreich geschah, war auch ein sehr zentrales Thema der „Quindicine“, nämlich die Krise des Parlamentarismus, die sozusagen den Hintergrund für die Deutung der zeitgenössischen politischen Notlage darstellte. Nicht einmal versuchte er, seine Leser von dem unverzichtbaren Vorrang der repräsentativen und parlamentarischen Methode zu überzeugen. Mehr als auf die Verteidigung der liberalen Demokratie berief er sich auf die geschlossene und einheitliche Präsenz von Kräften, die sich als Element des Gleichgewichts, der Mäßigung und der Zivilisation am Katholizismus in der Gesellschaft und in der Politik orientierten[82].

Nach den Ereignissen vom 4. März 1933 mit dem Rücktritt der drei Präsidenten des Nationalrats erklärte Dollfuß die Selbstausschaltung des Parlaments. Der Staat befand sich jedoch in keinem Ausnahmezustand, weil die Regierung handlungsfähig war. Dollfuß regierte infolgedessen autoritär, ohne Parlament, auf Grundlage des „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ aus dem Jahr 1917. Das Gesetz hatte dem schnellen Erlass von Wirtschaftsverordnungen im Ersten Weltkrieg gedient. Dollfuß war entschlossen, keinen neuen Zusammentritt des Parlaments zuzulassen und nutzte die Polizeikräfte, um dies zu verhindern, wobei er mit der Verfassung von 1920

80 Zur Heimwehr siehe Lothar Höbelt, Die Heimwehren und die österreichische Politik 1927–1936: vom politischen „Kettenhund“ zum „Austro-Faschismus“? (Graz 2016).

81 Ignaz Seipel war Bundeskanzler von 1922 bis 1924 und von 1926 bis 1929. 1930 war er Außenminister. Zu seiner Person siehe: Klemens von Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit (Graz–Wien–Köln 1976); Franz Schausberger, Ignaz Seipel im Spannungsfeld zwischen Gott und Staat, in: Die umkämpfte Republik. Österreich 1918–1938, hrsg. von Stefan Karner (Innsbruck–Wien–Bozen 2017) 353–357; Walter Goldinger und Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918–1938 (Wien–München 1992) 134–159.

82 Formigoni, L’Europa vista dal Vaticano 189, 193.

brach. So verstärkten sich die autoritären Tendenzen und wurden zu einer diktatorischen Lawine[83]. Am 1. Mai 1933 schrieb De Gasperi:

> *Österreich befindet sich in einem konstitutionellen Übergangsstatus zwischen neu und alt. […] Wir sind in der Regimesituation eines ausgesetzten Parlaments und währenddessen verordnet die Regierung einige dringende Wirtschaftsreformen und führt sie aus und bereitet eine Verfassungsreform vor […].*[84]

De Gasperi bewertete die Regierung Dollfuß wie folgt: Wien *zeigt sich nach einigen Jahren der Dunkelheit wieder der Schätzung der Welt als interessantes Versuchsfeld von Regierungspraxis*. Er stellte Dollfuß dar als

> *tatkräftige[n] Mann, kluge[n] Politiker, unerschütterliche[n] Charakter. […] Seine Regierung der Mitte […] ist eine diktatorische Regierung, die ihre Macht von einem alten Gesetz abwendet, das in der damaligen Monarchie während des Krieges erlassen wurde. […] Die Reform orientiert sich am politischen Vermächtnis von Monsignore Seipel, der einen korporativen Senat beabsichtigte und weitere Schutzklauseln gegen etwaige parlamentarische Degenerationen vorsah*[85].

Die österreichische „Lösung der Mitte", gereift durch Dollfuß zwischen marxistischem Sozialismus und „nationalem Sozialismus" (Nationalsozialismus), stellte De Gasperi zufolge ein sehr wichtiges Experiment dar. Es sei allerdings *unmöglich vorauszusehen, ob es gelingen wird, weil sie von größten Schwierigkeiten belagert sind*[86]. Es war aber auch eine andere Erklärung für die positiven Urteile über den autoritären österreichischen Korporativismus. De Gasperi suchte einen Mittelweg zwischen den Totalitarismen, verkörpert durch den Nationalsozialismus, die sowjetische Erfahrung und den inter-

83 Zu den Ereignissen siehe: Goldinger, Binder, Geschichte der Republik Österreich 200–210; Alfred Ableitinger, Politik in Österreich 1918 bis 1933, in: Die umkämpfte Republik, hrsg. von Karner 17–37, hier: 32–36.

84 Spectator, QI, 1. Mai 1933 2059. (Übers. d. Verf.)

85 Spectator, QI, 1. Juli 1933 2074 f. (Übers. d. Verf.)

86 Spectator, QI, 1. Oktober 1933 2101 f. (Übers. d. Verf.)

nationalen Kommunismus sowie den liberalen Individualismus, die bereits vollkommen abgenutzt erschienen[87].

Als wir schrieben, das kleine Österreich wäre zu einem auf politischer Ebene interessanten Experimentierland bestimmt, waren wir schlichte Propheten. Bereits in der Vergangenheit, so De Gasperi weiter, hatte Österreich reichlich katholische Reformprojekte und -programme, begonnen bei Karl von Vogelsang – dem vielleicht ersten und profundesten Befürworter der korporativen Neugestaltung in Europa – bis hin zu Monsignore Seipel, der das Repräsentativsystem mittels der Korporationen wieder ins Gleichgewicht bringen wollte. Diesen Projekten und Programmen mangelte es jedoch an begünstigenden historischen Umständen oder es fehlte ihnen die Durchsetzungskraft der Vollzieher. *Dollfuß vereint das gute Schicksal mit Willenskraft*[88]. Tatsächlich schritt das Umbauprojekt des Staates auf korporativer, christlich inspirierter Basis voran[89]. In seiner Programmrede vom 11. September 1933 („Trabrennplatzrede“) hatte Dollfuß seinen Willen zur Schaffung des *christlichen, deutschen Sozialstaates Österreich, auf korporativer Basis unter einer starken autoritären Regierung*[90] erklärt. Arbeitsminister Schmitz hatte schon mit der Umsetzung seines Planes begonnen, schrieb De Gasperi im Jänner 1934, und verkündete den Übergang zur korporativen Gestaltung der 1918 errichteten Arbeiterkammern.

> *Die Reichspost vom 17. Dezember versicherte in einem Kommentar, dass es sich um eine neue, eigene Reform handelt, nach den Kriterien der Quadragesimo anno, obgleich nicht geleugnet werden darf, dass das eindrucksvolle Beispiel des neuen Italiens wertvolle Erfahrungen und Anlehnungspunkte geboten hat. […] Die korporative Reform muss […] sich vorsichtig zwischen den vielen Felsen bewegen!*[91]

87 Formigoni, L’Europa vista dal Vaticano 186. Der Ausdruck „totalitär“ wurde schon in der Quindicina vom 1. Juli 1933 in Bezug auf die nationalsozialistische Politik verwendet, siehe: Spectator, QI, 1. Juli 1933 2076.

88 Spectator, QI, 1. Oktober 1933 2101, 2105. (Übers. d. Verf.)

89 Spectator, QI, 1. Jänner 1934 2127.

90 Helmut Wohnout, Regierungsdiktatur oder Ständeparlament? Gesetzgebung im autoritären Österreich (= Studien zu Politik und Verwaltung 43, Wien-Köln-Graz 1993) 105.

91 Spectator, QI, 1. Jänner 1934 2127 f. (Übers. d. Verf.)

1934 kam es in Österreich zu einer neuen autoritären Wende, als im Februar der sozialistische Widerstand blutig niedergeschlagen und die Partei verboten wurde[92]. Im Mai desselben Jahres wurde die neue ständische Verfassung verabschiedet, die den gewollten Bruch mit der demokratischen Verfassung von 1920 und der dieser zugrunde liegenden Idee der Volkssouveränität darstellte[93]. Es kam zu einer starken Dominanz der Exekutive, nahezu die gesamte Staatsgewalt lag in den Händen des Kanzlers. Es handelte sich im Grunde genommen um eine Kanzlerdiktatur, die Dollfuß mit seiner Verfassung geschaffen hatte und die von seinem Nachfolger Kurt Schuschnigg vollendet werden sollte[94].

Auch nach dieser autoritären Wende von 1934 blieb De Gasperis Einstellung gegenüber dem österreichischen Experiment positiv und offen. Wenn echter Korporativismus funktionieren würde, würde man auch die Zustimmung des Volkes wiedergewinnen, das dem Sozialismus nachgegeben hatte, der

> *immer einen Fuß im Parlament und einen anderen auf der Barrikade hatte. Dollfuß' Sieg ist sicher nicht endgültig, außer er erobert die Seelen der Arbeiterklasse zurück. Der wahre Korporativismus beginnt jetzt. […] Die Anzeichen, dass es den Christsozialen glückt, einen Teil der ehemaligen Sozialisten zu gewinnen, sind zahlreich*[95].

De Gasperi ging dann die Ergebnisse des Prozesses der Verfassungsreform, der gerade mit der Erbauung Dollfuß' Ständestaates beendet war, durch. Der Ständestaat orientierte sich an der katholischen Lehre und war ein Kompromiss zwischen den Wünschen der Christlichsozialen und der Heimwehr.

> *Bisher ist es mehr zu einer Zusammensetzung als zu einer Verschmelzung mit dem Binom Dollfuß und Starhemberg gekommen. […] Nun ist vor allem*

92 Zu den Ereignissen siehe Goldinger, Binder, Geschichte der Republik Österreich 210–228; Kurt Bauer, Februar und Juli 1934 – neue Forschungsergebnisse, in: Österreich 1934 – das Spiel mit dem Feuer. Versuch einer differenzierten Betrachtung. Ergebnisse des 19. Wiener Kulturkongresses vom 4./5. November 2014, hrsg. von Michael Dippelreiter, Christian Prosl (Klagenfurt–Celovec 2015) 67–80.

93 Siehe: Goldinger, Binder, Geschichte der Republik Österreich 228–232.

94 Helmut Wohnout, Das autoritäre Österreich 1933/34–1938, in: Die umkämpfte Republik, hrsg. von Karner 49–56, hier: 53.

95 Spectator, QI, 1. März 1934 2151 f. (Übers. d. Verf.)

> *wichtig zu schauen, wie sich die österreichischen politischen Kräfte entwickeln: wie sich die Vaterländische Front festigt und welche Funktionen sie übernehmen wird, als mehr oder weniger totalitärer Vertreter der politischen Tätigkeit, ohne Parteien; und welche Rolle dabei die militarisierten Organisationen einnehmen werden. Und am interessantesten ist die Frage, ob es ihr gelingen wird, die sozialistische Masse zurückzugewinnen. Die Christsozialen bemühen sich außerodentlich, sich diesen anzunähern.*[96]

An dieser Stelle nannte De Gasperi die Namen von Bürgermeister Ernst Karl Winter, Leopold Kunschak und Franz Hemala, die an diesen Bemühungen beteiligt waren. Nicht einmal die Errichtung der Einheitsgewerkschaft der Vaterländischen Front hinderte De Gasperi zufolge etwas an der Fortsetzung der Mission der christlichen Gewerkschafter, trotz der Kritik der christlichen gewerkschaftlichen Internationale von Utrecht und des christlichen Gewerkschaftskongresses[97].

In der Ausgabe vom 16. August 1934 kam De Gasperi wieder auf den österreichischen Katholizismus zurück, der in diesen Wochen vom Mord an Dollfuß tief gezeichnet war. Er schrieb nichts von den internationalen Reaktionen auf das Geschehen und insbesondere nichts über die italienisch-deutschen Spannungen, die der Ermordung folgten. Er schilderte stattdessen das, was der neue Kanzler Schuschnigg verkündet hatte: Eine Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie sei ausgeschlossen, aber man hätte einen Weg gefunden, das Wahlprinzip durch die Korporationen wiederherzustellen. Das Volk würde bald aufgefordert werden, die Weisungen von Dollfuß und der aktuellen Regierung zu bestätigen.

> *Die Wiener Christsozialen – zur Diktatur gezwungen, um die Unabhängigkeit zu retten; genötigt, das parlamentarische System aufzugeben, um nicht der Demagogie zu erliegen; gedrängt, Parteientruppen zu organisieren, um sich der Gewalt Hitlers Organisationen entgegenstellen zu können – bemühen sich dennoch, ein System zu schaffen, das weder staatlich noch individualistisch ist, das auf der Kraft des Gesetzes gründet und nicht auf dem Gesetz der Kraft. Dieses Bemühen, diese Suche, war die Tragödie Dollfuß'.*

96 Spectator, QI, 16. Mai 1934 2172 f. (Übers. d. Verf.)

97 Spectator, QI, 16 . Juni 1934 2179 f.

De Gasperi schloss seine Überlegungen mit der Beobachtung: *Dollfuß starb wie ein Besiegter und dennoch ist er ein Sieger! Vor seinem edlen Idealismus sollen Machiavellisten, Realisten und Skeptiker allesamt lieber den Kopf senken.*[98]
Trotz der unterdrückenden und autoritären Eigenschaften seiner Regierung wurde Dollfuß, genauso wie andere katholisch orientierte Regierende, für De Gasperis zum Symbol für *diesen goldenen Mittelweg, der das Kennzeichen und der Verdienst der derzeitigen katholischen Politiker ist*[99]. Sie wurden Symbole für eine versöhnliche Bestrebung, die weit von den ausschreitenden Extremismen der Zeit entfernt war[100]. *Es lässt sich unbestreitbar behaupten, dass der christliche Gedanke, der ihre Vorstellungen und ihre Einstellungen beeinflusst, als mäßigendes Element und als Strömung hin zu Gerechtigkeit wirkt.*[101] Jene katholischen Politiker schienen die Bestätigung dieses katholischen „Mittelweges", der eine *richtige Mitte zwischen dem individualistisch und dem totalitär ausgerichteten Staat*[102] sein konnte. Es war ein „Mittelweg", der seinen Ursprung in der christlichen Religion und insbesondere in der thomistischen Philosophie fand.

Mit Anspielung auf eine Rede eines österreichischen Ministers berichtete De Gasperi im Jänner 1934 von der Wiedergeburt des Wiener Antisemitismus:

> *Die antisemitische Tradition, die auf Zeiten von Karl Lueger zurückgeht, wird hier durch die Wirkung der hitlerischen Propaganda wiederbelebt, aber sie nährt sich vor allem von der Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit der Klasse der Intellektuellen in einem lebendigen Kontrast zu der Mehrzahl der jüdischen Minderheit in einigen freien Berufen steht.*

De Gasperi schien die Einflüsse des Wien zu Beginn des Jahrhunderts und die Stärke der zeitgenössischen Propaganda zu spüren, als er an der übermäßigen jüdischen Präsenz in der Gesellschaft festhielt. So räumte er in der „Quindicina" Platz für die Meinungen jener ein, die eine Begrenzung dieser behaupteten Vorherrschaft im Bereich der Kultur und Freiberufe unterstützten und die jungen Österreicher den jungen Juden entgegenstellten, so, als wären Letztere

98 Spectator, QI, 16. August 1934 2204 ff. (Übers. d. Verf.)
99 Spectator, QI, 16. November 1935 2368. (Übers. d. Verf.)
100 Vecchio, Alcide De Gasperi. Le sconfitte di un politico di professione 157 f.
101 Spectator, QI, 16. November 1935 2366. (Übers. d. Verf.)
102 Spectator, QI, 1. Mai 1934 2164. (Übers. d. Verf.)

nicht auch Österreicher. *Die österreichische Jugend, auch die ohne Arbeitsplatz, sieht eine unverhältnismäßigen Ausübung von vielen Berufen durch Juden und schaut auf die radikalen Maßnahmen des Dritten Reiches.*[103] Daraus entstand auch die Entscheidung, kommentarlos und ohne jegliche Distanzierung einen Text des Wiener Korrespondenten der Freiburger „Liberté“ zu veröffentlichen. Dieser letzte Beitrag – nachdem er die Verfolgungen der Juden und Christlichsozialen kurz nach dem „Anschluss“ Österreichs erwähnt hatte – wies jedoch darauf hin, dass sich diese Opfer des neuen Regimes auf wenige Hunderttausend reduzieren könnten, während die *arischen Österreicher*, die täglich die Vorteile zur allgemeinen wirtschaftlichen Verbesserung genießen würden, mehr als sechs Millionen seien. Außerdem: *Die Auflösung der jüdischen Vermögen erweitert die geschäftlichen Perspektiven für die anderen und die freigesetzten Posten als Anwälte und Ärzte bieten Zugang zu Karrieren.*[104] Diesen Beurteilungen standen jedoch andere Texte gegenüber, in denen De Gasperi sowohl den Vorrang des Menschen und seiner Rechte als auch die Gültigkeit des Gleichheitsgrundsatzes der Bürger sowie den deutlichen Unterschied zwischen der christlichen Glaubenslehre und dem extremistischen Antisemitismus betonte.

Er vergaß auch nicht, die mäßige Entwicklung der Positionen Luegers hervorzuheben. Letzterer sowie seine Anhänger

> *mäßigten ihren Antisemitismus sehr bald mit der christlichen Glaubenslehre und Schritt für Schritt […] betrachteten sie den Antisemitismus nur noch als eine notwendige wirtschaftliche Verteidigungspolitik, die von den zeitgenössischen Rahmenbedingungen bedingt wurde, während das positive und dauerhaft zu rekonstruierende Werk die christliche Sozialreform sein sollte. Das Christentum bändigt diese grausamen Antisemiten*[105]

auf diese Weise, schrieb De Gasperi und bezog sich dabei auf andere zeitgenössische Wortführer in Wien.

Die interessantesten Artikel zur österreichischen Situation stammen aus der Zeit zwischen Mai 1933 und August 1934. Mit dem Tod von Dollfuß verblasste De Gasperis Interesse für Österreich. Zwischen 1936 und 1937 beschäftigte

103 Spectator, QI, 1. Jänner 1934 2129. (Übers. d. Verf.)

104 Spectator, QI, 1. Juli 1938 2731. (Übers. d. Verf.)

105 Spectator, QI, 1. März 1938 2684. (Übers. d. Verf.)

er sich wenig mit Österreich und wenn er dies tat, dann zur Erinnerung an dessen korporative Organisation, die als an den Vorschriften der kirchlichen Soziallehre orientierte *korporative Demokratie* bezeichnet wurde.

Ab März 1938 beschäftigte sich De Gasperi wieder recht ausgiebig mit Österreich, als das Land dabei war, Hitlers Anschlusspolitik nachzugeben. Dabei machte er auf die Ursprünge der verschiedenen Strömungen im Wien des Fin de Siècle aufmerksam und hielt sich bei den Christsozialen, den pangermanischen Kreisen und ihren Anregern sowie eben auch bei dem jungen Hitler auf. Auf die damals gegenwärtige Situation in Wien und auf den sich abzeichnenden „Anschluss" zurückkommend, fügte er hinzu, dass es sich nicht nur um politisch-rechtliche Grenzen handle, sondern *die Grenze, die in Wien verteidigt wird, ist eine Grenze der Meinungen, der Bestrebungen, der Weltanschauung*. Er hoffte aufrichtig, dass auch auf Grundlage des Berchtesgadener Abkommens zwischen Hitler und Schuschnigg *dies nur ein Meinungskampf sein könnte, geführt allein mit den Waffen des Geistes*. Und mit Bezug auf die Nationalsozialisten schrieb De Gasperi:

> *Ihr zieht aufs Feld für den Triumph der Rasse, habt Europa als Kampfplatz und könnt den Gegner in allen Teilen der Welt wählen. Lasst also das kleine Österreich sein Experiment fortführen, das die Geschichte seiner Kultur bestimmt hat.*[106]

Aber der österreichische unabhängige Staat wurde vom „Anschluss" überrollt, der sich am 12. und 13. März mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in Wien vollzog und am darauffolgenden 10. April mit einer Volksabstimmung bestätigt wurde. De Gasperi informierte über die Ereignisse und die schnelle Errichtung des Naziregimes. Seine Berichterstattung war ziemlich aseptisch, auch wenn er an mehreren Stellen nicht anders konnte, als mit Betrübnis auf das Ende des politisch-sozialen korporativen Experimentes zu blicken. Auch wenn es in Europa vielfach diskutiert und kritisiert worden war *verdiente es das weltweite Interesse der Katholiken*[107].

Harsch war hingegen die Reaktion von De Gasperi auf das, was er den österreichischen Umschwung nannte. Er drückte sich nicht direkt aus,

106 Spectator, QI, 1. März 1938 2683–2686. (Übers. d. Verf.)

107 Spectator, QI, 1. Mai 1938 2707. (Übers. d. Verf.)

sondern schrieb kommentarlos von den Eindrücken, die der Wiener Korrespondent der Freiburger „Liberté“ an seine Zeitung geschickt hatte. Es waren sechsundneunzig Stunden seit dem „Anschluss“ vergangen, so heißt es in dem Zitat, und diese Stunden

> *haben viele Niederträchtigkeiten offengelegt, viel Unterwürfigkeit, viel klägliche Abtrünnigkeit, dass wir uns angeekelt von einem solchen Schauspiel entfernen. […] man bäumt sich auf und ist fassungslos angesichts dieser Elenden, die sich fieberhaft und bisweilen fanatisch gegen den Nazismus gestellt haben und die heute lauter als die anderen ‚Sieg Heil‘ rufen, als wäre der Sieg des Führers ihnen zu verdanken. Etwas mehr Diskretion, meine Herren!*

Nun, wo der „Anschluss“ vollzogen war, so schloss das Zitat, gab es keine *Wege zurück* mehr; wer realistisch war, musste die neue Sachlage anerkennen und versuchen, sich dieser zu fügen. *Das heißt nicht, dass viele Personen hinsichtlich ihrer Vergangenheit besser daran tun würden, zu schweigen!* [108]

Als sich nun der Tag des österreichischen Plebiszits zur Anerkennung des Geschehenen näherte, veröffentlichte De Gasperi in der „Quindicina“ – ohne diesen zu kommentieren – den Text der österreichischen Bischöfe, in dem der Nationalsozialismus mit Wohlwollen begrüßt und die Bevölkerung dazu aufgefordert wurde, sich im deutschen Reich am Tag der Volksabstimmung zu vereinen. Er fügte jedoch eine Präzisierung des „Osservatore Romano“ hinzu, demzufolge dieses Dokument mit der Anfügung einer Art *Schutzklausel* gelesen wurde, das heißt *unter Vorbehalt der Rechte Gottes und der Kirche*. Außerdem sei die Erklärung des österreichischen Episkopats *ohne jegliche vorherige Vereinbarung oder nachträgliche Genehmigung des Heiligen Stuhles* verfasst und unterschrieben worden[109].

In der „Quindicina“ vom 1. Mai 1938 beobachtete De Gasperi alarmiert, dass der „Anschluss“ das politische und kulturelle Experiment der Wiener christlich-sozialen Schule schwerwiegend zu behindern drohte: *[…] rund um den Wiederaufbau des autoritären Ständestaates war eine wissenschaftliche Zusammenarbeit erblüht, Frucht aus Ideen und Hoffnungen.* Nun befand sich dieses Experi-

108 Spectator, QI, 1. April 1938 2699 f. (Übers. d. Verf.)

109 Ebd. 2702 f. (Übers. d. Verf.)

ment in ernster Gefahr[110]. Am 16. Juni berichtete De Gasperi von der Auflösung der katholischen Studentenverbindungen und der Akademikerverbände in Österreich, eine Information der „Reichspost", und er fügte eine persönliche Bemerkung hinzu: *Ein Schlag mit der Axt reißt nun den Baum nieder, der so viel Laub geworfen hatte.*[111] Ab dem 1. September distanzierte er sich von der *neuen Art* der „Reichspost", die nach der Verhaftung des Chefredakteurs Friedrich Funder im März 1938 an der Politik des Regimes ausgerichtet und Ende September eingestellt wurde[112]. In den folgenden „Quindicine" wurde auch von Angriffen auf Österreichs konfessionelle Schule berichtet, die immer gnadenloser und repressiver wurden[113]. Die letzte Ausgabe vom 16. Oktober endete mit einem langen Bericht De Gasperis über die immer dichteren Angriffe des Naziregimes auf die österreichische Kirche trotz des anfänglichen Nachgebens der österreichischen Bischöfe gegenüber dem Nationalsozialismus.

> *Die Gleichstellung der Privatschulen wurde widerrufen, geistliche Lehrende wurden von den öffentlichen Schulen entfernt, der Religionsunterricht ist nicht mehr obligatorisch, sondern fakultativ, die Gebete zu Beginn und am Ende der Unterrichtsstunden sind verboten, einige bischöfliche Gymnasien wurden geschlossen […] und die „Reichspost", die selbst aufgehört hat zu leben, scheint mit ihrem Tod das Ende von solch inbrünstigen Illusionen zu bestätigen.*

Zum Gegenstand der Attacken des Regimes wurden Kardinal Theodor Innitzer, die Theologische Fakultät Salzburg und jegliche auch noch so zaghafte Form des Widerspruchs der Kirche gegenüber der Politik des Regimes[114].
Die „Illustrazione Vaticana" stellte ihre Publikation mit dieser Ausgabe ein und somit schloss „La quindicina internazionale", was Österreich und Zentraleuropa allgemein betraf, besonders bitter: *Es ist ein weiterer Rückschlag, den die Katholiken der tristen Bilanz Zentraleuropas hinzurechnen müssen*[115].

110 Spectator, QI, 1. Mai 1938 2707. (Übers. d. Verf.)
111 Spectator, QI, 16. Juni 1938 2729. (Übers. d. Verf.)
112 Spectator, QI, 1. September 1938 2757 f.
113 Spectator, QI, 16. September 1938 2763; 1. Oktober 1938 2772 f.
114 Spectator, QI, 16. Oktober 1938 2773 ff. (Übers. d. Verf.)
115 Ebd. 2775. (Übers. d. Verf.)

Italien als Vorbild für Österreich? „Berufsständische Ordnung“ und „Corporativismo“

LOTHAR HÖBELT
Universität Wien

1. 1922: Zweierlei Gegenrevolution

Die Beziehungen zwischen Österreich und Italien in der Zwischenkriegszeit waren von einer kuriosen Hassliebe gekennzeichnet, einem Amalgam gegensätzlicher und doch vielfach wiederum paralleler Haltungen und Einstellungen. Die Gegensätze waren offenkundig. Die Motive des italienischen Kriegseintritts wurden in Österreich verständlicherweise selten richtig gewürdigt (bis heute!), im Vordergrund stand die Empörung, die Franz Joseph im Mai 1915 in die Worte fasste: „Ein Treubruch sondergleichen“[1]. Der Erste Weltkrieg war für das alte Österreich immer mehr zu einem Duell mit Italien geworden: Im letzten Kriegsjahr, nach dem Frieden von Brest-Litowsk, standen fast alle kampfbereiten Verbände Österreich-Ungarns an der Südwestfront, an der Piave, den Alpen – oder auch in Albanien, wo die Österreicher im August 1918 die letzte Offensive der Mittelmächte in Europa starteten, die Schlacht von Vieri-Berat. Die näheren Umstände des Waffenstillstands von Villa Giusti und der Gefangennahme von 400.000 Österreichern am 3./4. November 1918 sorgten noch lange Zeit für erbitterte Polemiken[2].

Diese Ausgangsbasis bot auf den ersten Blick alles andere als ideale Voraussetzungen für gute Beziehungen in der Nachkriegszeit, selbst wenn

1 Lothar Höbelt, „Stehen oder fallen?“ Österreichische Politik im Ersten Weltkrieg (Wien 2015) 27 f.

2 Dazu Bruno Wagner, Der Waffenstillstand von Villa Giusti (Diss. Wien 1970).

der deutschösterreichische Rumpfstaat sich ausdrücklich nicht als Nachfolger der k.u.k. Monarchie sehen wollte. Staatskanzler Karl Renner sprach in den Umsturztagen bezeichnenderweise davon: „Man möchte uns zwingen in einem Verband mit Österreich zu bleiben“[3]. Gemeint war damit natürlich das alte Österreich, der Vielvölkerstaat. Diese Gemeinsamkeit sei angesichts der feindseligen Haltung insbesondere der Tschechoslowakei leider nicht mehr aufrecht zu erhalten oder neu zu begründen, argumentierte Renner. Als Alternative bleibe nur der Anschluss an das Deutsche Reich[4]. Doch dieser Anschluss wurde nicht bloß untersagt, auch das Deutsche Reich selbst verhielt sich in dieser Beziehung äußerst zurückhaltend. Es wollte sich die Option auf einen Anschluss Österreichs zu einem späteren Zeitpunkt selbstverständlich offen halten, scheute zunächst aber vor allen Schritten in dieser Richtung zurück: Die Prioritäten der Berliner Politik lagen anderswo: Im Rheinland, beim polnischen Korridor, bei den Reparationen. Jegliche Debatte über den Anschluss konnte die deutsche Position in all diesen Fragen nur gefährden[5].

Wenn Österreich für seine Anliegen hic et nunc Unterstützung bei den Großmächten suchte, blieb ihm daher nur die Wahl zwischen den Mitgliedern der siegreichen Entente. Die angelsächsischen Mächte galten als freundlich, auch wenn sich die Österreicher in dieser Beziehung vielleicht manchen Illusionen hingaben[6]. Vor allem aber: Sie waren „zu weit vom Schuss“ und zeigten sich an mitteleuropäischen Fragen nur am Rande interessiert, oder zumindest nicht interessiert genug, um deshalb einen Konflikt mit ihren Bündnispartnern zu riskieren. De facto handelte es sich für die Wiener Politik in allen wesentlichen Fragen daher allein um eine Wahl zwischen Frankreich und Italien. Teile der Christlichsozialen Partei setzten auf Frankreich, insbesondere die Tiroler, die alles tun wollten, um den Verlust Südtirols vielleicht

3 Der Österreichische Staatsrat. Die Protokolle des Vollzugsausschusses, des Österreichischen Staatsrates und der geschäftsführenden Staatsratsdirektion 21. Okt. 1918 bis 14. März 1919, Bd. 1 hrsg. von Gertrude Enderle-Burcel, Hanns Haas, Peter Mähner (Wien 2008) 350 (11.11.1918).

4 Ebd. 282 f., 294 (8.11.1918).

5 Zur deutschen Außenpolitik vgl. Hans-Christof Kraus, Versailles und die Folgen. Außenpolitik zwischen Revisionismus und Verständigung 1919–1933 (Berlin 2013).

6 Dem christlichsozialen Klub schwärmte Renner z.B. im April 1919 vor: „England und Amerika über unsere Politik erfreut. England gibt [sich] besondere Mühe, uns zu verpflegen. Von England und Amerika und It[alien] niemals politische Bedingungen. England nicht das geringste einzuwenden gegen den Anschluss, da süddeutsches Interesse stärker wird, das kontin[ental] und nicht maritim orientiert.“ Christlichsoziale Partei, Klubprotokolle 3.4.1919.

doch noch aufzuhalten. Die Absprachen vom März 1919, als Frankreich die Brennergrenze garantierte und Italien dafür dem Anschlussverbot zustimmte, ließ diese Hoffnungen jedoch bald illusorisch erscheinen[7].

Als möglicher Rückhalt der Österreicher in ihren Konflikten mit den Nachbarn blieb letztendlich nur Italien übrig, das sich als aktiver Gegenpol zur französischen Politik und zur Kleinen Entente herauskristallisierte. Insbesondere der Gegensatz zu Jugoslawien wirkte hier verbindend. Italien half den Österreichern 1919/20 durch sein Eingreifen in Kärnten[8] und es vermittelte im Konflikt um Deutsch-Westungarn (Burgenland) 1921/22, sodass es Österreich erspart blieb, auf das Bündnisangebot Masaryks zurückzukommen und die Hilfe der Kleinen Entente in Anspruch zu nehmen[9]. Auch bei der Mobilisierung der westlichen Öffentlichkeit im Vorfeld der Genfer Anleihe im Sommer 1922 spielte Italien im österreichischen Sinne eine sehr konstruktive Rolle, als es auf das *Gambit* Bundeskanzler Seipels mit der Zoll- und Währungsunion zumindest soweit einging, als es den Plänen des Monsignore entsprach, um eine Drohkulisse aufzubauen und Frankreich zu seinem Engagement zu überreden[10].

Innenpolitisch war insofern eine gewisse Parallele gegeben, als Österreich und Italien in den ersten zwei Jahren nach dem Krieg beide ihre Version des *biennio rosso* durchmachten. Im Gegensatz zu den Siegermächten im Westen, wo sich die triumphale Stimmung 1918/19 in Wahlsiegen der Rechten niederschlug, der *Chambre horizon blue* bzw. den *Coupon Elections*, ging

7 Der Christlichsoziale Obmann Johann Nepomuk Hauser erhob sich hingegen olympisch über die Argumente seiner Kollegen, die entweder auf Frankreich oder auf Italien setzten, wenn er erklärte: „Größere Verbrecherorganisation als die Entente gibt es nicht." Wien, Karl von Vogelsang Institut (KvVI), Christlichsoziale Partei (CSP) 20, Klub 6.5.1919; vgl. auch Richard Schober, Die Tiroler Frage auf der Friedenskonferenz von Saint Germain (Innsbruck 1982).

8 Vgl. Claudia Fräss-Ehrfeld, Geschichte Kärntens 1918–1920. Abwehrkampf – Volksabstimmung – Identitätssuche (Klagenfurt 2000) 120 ff.

9 Außenpolitische Dokumente Österreich (ADÖ), Bd. 4 (Wien 1998) 136, 150; Rainer Hubert, Schober. „Arbeitermörder" und „Hort der Republik" (Wien 1990) 111 ff.; Michael Hemza, Von Deutsch-Westungarn zum Burgenland (Diplomarbeit Wien 2018).

10 Gottfried Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise vom Sommer 1922. Zur Geschichte der Entstehung der Genfer Protokolle (Wien 1964); Unterhändler des Vertrauens. Aus den nachgelassenen Schriften von Sektionschef Dr. Richard Schüller, hrsg. von Jürgen Nautz (Wien 1990); zu Seipel unlängst auch die wichtigen Beiträge von Jürgen Steinmair, Der Priesterpolitiker Ignaz Seipel und der Heilige Stuhl. Ein Konflikt der Loyalitäten? (Diss. Wien 2012); Walter Iber, Sotto il fascino del politico sacerdote. Il partito cristiano-sociale nella prima Repubblica austriaca, in: Römische Historische Mitteilungen 52 (2010) 303–322.

die Unzufriedenheit mit der *vittoria mutilata*[11] in Italien mit einer regionalen Machtergreifung der Linken einher, während sich in Österreich nach dem Zusammenbruch der alten Ordnungskräfte eine „Große Koalition" etablierte, unter Führung der Sozialdemokratie, die jegliche revolutionäre Perspektive zwar als unrealistisch verwarf, den Druck der Straße und der Räterepubliken in der Nachbarschaft aber weidlich dazu ausnützte, um der bürgerlichen Mehrheit in der Nationalversammlung weitreichende Zugeständnisse abzupressen. Ein Gewerkschaftsführer, Franz Domes, der Obmann der mächtigen Metallarbeiter, wischte Bedenken des christlichsozialen Koalitionspartners einfach mit der Bemerkung beiseite: *Geben Sie sich keine Mühe, wir machen, was wir wollen.*[12]

Im Oktober 1922 kam es dann sowohl in Österreich als auch in Italien zu einer „Gegenrevolution", in ganz unterschiedlicher Form allerdings: In Italien setzte Mussolini den *marcia su Roma* in Szene und wurde mit der Ernennung zum Ministerpräsidenten belohnt. In Österreich mobilisierte Bundeskanzler Ignaz Seipel die Geldgeber im Westen, um die Geländegewinne der Linken in den Umbruchsjahren rückgängig zu machen. Sein großer Gegenspieler Otto Bauer, der führende Kopf der österreichischen Sozialdemokraten, schrieb zähneknirschend: *Das Gleichgewicht der Klassenkräfte war in dem Moment aufgehoben, als sich die Staatsgewalt unter den Schutz des Auslands flüchtete.* Diese Anklage war freilich mit einem Kompliment an seinen Gegenspieler verbunden: *So waghalsig Seipels Spiel gewesen war, sein Ziel war erreicht.* [...] *Der 4. Oktober 1922* [als die Genfer Protokolle unterzeichnet wurden], w*ar Seipels Revanche für den 12. November 1918* [als in Wien der Beschluss über die Republik verkündet worden war].[13]

Freilich, es war diesseits und jenseits des Brenner eine ganz andere Dynamik am Werk. Um es in den Termini des Kalten Krieges auszudrücken: Die „Österreichische Gegenrevolution" lief auf ein *Containment* der Linken hinaus, die Machtergreifung der Faschisten auf ein *Rollback*. In Italien folgte 1924–1926 der Durchbruch zur Diktatur und zu einem Ein-Parteien-Re-

11 Auch in dieser Beziehung wird oft vergessen, dass Italien tatsächlich um Ansprüche aus dem Londoner Vertrag geprellt wurde – und den impliziten Anspruch auf Albanien.

12 KvVI, CSP 20, Klubsitzung 2.5.1919; vgl. dazu Lothar Höbelt, Die Erste Republik Österreich (1918–1938). Das Provisorium (Wien 2018) 130 ff.

13 Otto Bauer, Die Österreichische Revolution, in: Werkausgabe, Bd. 2 (Wien 1976) 831, 837.

gime, in Österreich rangen Seipel und seine „Sanierungspartnerschaft" mit den Mühen der Ebene. Sie hatten gegen den Widerstand der Länder und der Beamten die unpopulären Sparmaßnahmen umzusetzen, die mit dem Genfer Protokoll verbunden waren. Die Sozialdemokratie aber beanspruchte auch als nunmehrige Oppositionspartei weiterhin ein Vetorecht in allen ihr wesentlich erscheinenden Fragen, das sie ganz offen mit dem Instrumentarium der parlamentarischen Obstruktion durchsetzte[14].

Darüber hinaus verteidigte die österreichische Sozialdemokratie mit Zähnen und Klauen das Prinzip der „Einheit der Arbeiterklasse", nach links wie nach rechts. Der Erfolg dieser Strategie ließ sich daran ablesen, dass es gelang, die Kommunisten auf den Status einer einflusslosen Sekte zu reduzieren, die bei Wahlen nicht einmal 1 % der Stimmen erhielt. Sie war nach der anderen Richtung aber auch kaum bereit, den christlichen oder nationalen Richtungsgewerkschaften eine Existenzberechtigung zuzugestehen. Die außerparlamentarische Stellung der Sozialdemokratie, mit ihrem mächtigen Gewerkschaftsapparat, der weitgehend auf dem Prinzip des *closed shop* bestand und die Koalitionsfreiheit der Arbeiternehmer ad absurdum zu führen drohte, blieb auch in der Opposition weiterhin bestehen. Das in den Anfangsjahren der Republik sozialdemokratisch dominierte Berufsheer („Volkswehr") wurde ab Mitte der zwanziger Jahre unter der Regie des langjährigen christlichsozialen Heeresminister Vaugoin zunehmend „umpolitisiert", aber die Sozialdemokratie schuf sich mit dem „Republikanischen Schutzbund" ab 1923 eine Parteiarmee, die zumindest zahlenmäßig dem Bundesheer überlegen war – wenn es sich dabei auch um „Wochenend-Soldaten" handelte, ohne schwere Waffen[15].

Auch auf der Rechten hatten sich Wehrverbände gebildet, die in den ersten Jahren eine Mehrzweckfunktion innehatten, gegen auswärtige Feinde, plündernde Soldaten und Übergriffe der Arbeiterräte. Nach 1922 traten diese

14 Lothar Höbelt, Die Erste Republik Österreich 178 f., 188 f., vgl. auch Lothar Höbelt, Parliamentarism in Austria in the Interwar Period, in: Parliamentarism and Political Structures in East-Central and Southeastern Europe during the Interwar Period, hrsg. von Hans-Christian Maner, Sorin Radu (= Studia Universitatis Cibiniensis, Series Historica 9, Sibiu 2012) 13–29.

15 Zum Schutzbund vgl. die drei Dissertationen: Christine Vlcek, Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation (Wien 1971); Finbarr McLoughlin, Der Republikanische Schutzbund und gewalttätige Auseinandersetzungen in Österreich 1923 bis 1934 (Wien 1990); Otto Naderer, „Ausrückender Stand 16.728!" Der Republikanische Schutzbund und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg (Salzburg 2003).

„Heimwehren" zunächst in den Hintergrund und wurden von den bürgerlichen Parteien im lokalen Rahmen domestiziert. Doch ab Mitte der zwanziger Jahre versuchten sie sich von den Parteien zu emanzipieren und auf eigene Faust Politik zu machen[16]. Die starke Stellung der Sozialdemokratie und die Aktivitäten des Schutzbundes, der seine Aufmärsche mit Vorliebe in gegnerischen Hochburgen durchführte, ließ das Vorbild Mussolinis als antimarxistischer Leuchtturm für sie äußerst attraktiv erscheinen. Nach den Wahlen des April 1927, die keineswegs mit der erhofften „antimarxistischen" Zwei-Drittel-Mehrheit endeten, sondern mit einem Wachstum der Sozialdemokraten auf immerhin 42 % der Stimmen, waren hier Äußerungen zu vernehmen, die offen mit einem Staatsstreich kokettierten. Die Unruhen des Juli 1927 (Justizpalastbrand) ließen die Heimwehren dann auch für die bürgerlichen Parteien wieder zu einem attraktiven Partner werden. Bundeskanzler Seipel peilte eine Konstellation an, ähnlich wie in den Umsturztagen, bloß mit verkehrten Vorzeichen: Diesmal sollten die paramilitärischen Verbände der Rechten die parlamentarische Sperrminorität der Linken zum Rückzug zwingen[17].

Auf politischer Ebene fanden Mussolini und die Heimwehren im Laufe des folgenden Jahres nach anfänglicher Skepsis rasch zueinander. Zwar hatten italienische Diplomaten vor allem wegen der Südtirolfrage immer davor gewarnt, die österreichischen Wehrverbände zu unterstützen; doch der Führer der Heimwehren in den zwanziger Jahren, Richard Steidle, obwohl selbst in Meran geboren, schwor jeglichem Südtirol-Irredentismus ab. Bei Gelegenheit riet er seinen Leuten, über drei Dinge solle man in der Öffentlichkeit besser nicht reden: Über Südtirol, die Monarchie und die Juden[18]. Ungarn und sein Ministerpräsident Graf Istvan Bethlen fungierten als Geburtshelfer der Allianz mit den paramilitärischen Verbänden in Österreich. Den außenpolitischen Hintergrund bildeten die Spannungen zwischen Rom

16 Lothar Höbelt, Die Heimwehren 1927–1929: Die Steiermark und der Bund, in: Zeitschrift des historischen Vereins für Steiermark 104 (2013) 219–263.

17 Lothar Höbelt, Die Heimwehren und die österreichische Politik 1927–1936. Vom politischen „Kettenhund" zum „Austro-Fascismus" (Graz 2016) 22 ff., 39 ff.; Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung ? (Wien 1985).

18 Documenti Diplomatici Italiani (DDI) (Roma 1952–) VII/7, 90 (20.11.1928); Höbelt, Heimwehren 55 f.

und Belgrad, die ab 1926/27 an Brisanz gewonnen hatten[19]. Um ein Bündnis zwischen Italien und Ungarn zu komplettieren, war Österreich schon rein geographisch ganz offensichtlich das *missing link*.

Die Heimwehren kamen ab Sommer 1928 deshalb in den Genuss von Subsidien aus Italien. Ziel war, eine befreundete Rechtsregierung in Österreich an die Macht zu bringen. Denn Kanzler Seipel, dem mysteriösen *mastermind* der Ersten Republik, der sich nicht in die Karten schauen ließ, wollte man in Rom nicht so recht trauen. In Österreich schwärmten viele von einer Kopie des *marcia su Roma*, ohne freilich das Original genügend studiert zu haben. Denn der *marcia su Roma* war ja kein gewöhnlicher Staatsstreich, sondern eine Massendemonstration, gerichtet an die Adresse der monarchischen Exekutive. Für ein solches Vorgehen fehlten in Österreich der Ansprechpartner und die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen. Ein Putsch gegen die amtierende Regierung aber versprach kaum Aussichten auf Erfolg. Mussolini riet immer wieder dazu, die Sozialisten zu provozieren – um im Gegenschlag dann, zusammen mit den Kräften der Exekutive, auch die demokratische Ordnung aus dem Sattel heben zu können. Doch die Sozialdemokratie durchschaute diese Absichten – und verhielt sich bis zum Vorabend des 12. Februar 1934 dementsprechend.

Die Investitionen Mussolinis in die Heimwehren warfen deshalb lange keine entsprechende politische Rendite ab. Zwar kam 1929 eine Verfassungsnovelle zustande, doch immer noch in Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Die Heimwehr sah sich in ihren Erwartungen auf einen Bruch mit der Linken enttäuscht. 1930 wurde der neue Chef der Heimwehren, Fürst Ernst Rüdiger Starhemberg, für einige Wochen zum Vizekanzler einer Minderheitsregierung berufen, die jedoch prompt abgewählt wurde. Unausgegorene Putschpläne von Teilen der Heimwehr sorgten bei ihren Geldgebern für Irritation: Ein ungarischer Diplomat wurde nach Österreich entsandt, um die undisziplinierten Schützlinge zur Ordnung zu rufen[20]. 1931 spaltete sich die Heimwehrbewegung, erst im Frühjahr 1932 gelangte sie wiederum an

19 Luciano Monzali, Gli Italiani di Dalmazia e le relazioni italo-jugoslave nel Novecento (Venezia 2015) 278–280; Massimo Bucarelli, Mussolini e la Jugoslavia (1922–1939) (Bari 2006) 337 ff.; Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr (Wien 1966).

20 Höbelt, Heimwehren 156 ff.

die Regierung, als parlamentarischer Mehrheitsbeschaffer, weil ihre Handvoll Mandate gerade ausreichte, das Minderheitskabinett von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß vor einem Misstrauensvotum zu bewahren[21].

2. Die „berufsständische Ordnung“

Soweit der machtpolitische Hintergrund. Wie stand es um die inhaltliche Konvergenz, um die Ausstrahlungskraft des Faschismus? Die Diplomaten zeigten sich in dieser Beziehung in der Regel skeptisch: So war z.B. Außenminister Dino Grandi ein prinzipieller Gegner ideologischer Allianzen in außenpolitischen Fragen und machte sich über die *fantasmi e fantocci* lustig, die sich um Mussolini als *Papa dell'antidemocrazia* sammelten[22]. Giacinto Auriti, der langjährige Gesandte in Wien, hatte schon 1928 betont: *Was den Faschismus betrifft, so ist es allgemein bekannt, dass in diesem Land niemand den Kern begriffen hat; für die Gegner und die selbst ernannten Bewunderer ist es nicht mehr als ein „reaktionäres“ Regime; das Integral entgeht ihnen völlig.*[23] 1931 berichtete dann der Innsbrucker Konsul über eine Heimwehrkundgebung, die meisten Teilnehmer seien für den Faschismus, doch ohne zu wissen, was er ist – auch wenn im Zeichen der Wirtschaftskrise diesmal mehr die gesellschaftspolitische Komponente im Vordergrund stand: *Sie betrachteten es als eine Möglichkeit für einen Ausgleich zwischen Reichen und Armen.*[24]

---

21 Üblicherweise ist in der Literatur von der einen knappen Mehrheit von bloß einer Stimme die Rede; de facto handelte es sich beim Kabinett Dollfuß jedoch um eine Minderheitsregierung, die nur mit 80 bis 82 von 165 Abgeordneten rechnen konnte. Von den Mandataren des Heimatblocks stimmten sechs mit der Regierung, zwei mit der Opposition. Görings Schwager Hueber legte sein Mandat zurück – und ermöglichte dadurch der Regierung das Überleben; vgl. Höbelt, Provisorium 269 ff.

22 Vgl. Paolo Nello, Dino Grandi (Bologna 2003) 7, 92 f., 101. Das Tagebuch Grandis (Archivio Storico del Ministero degli Affari Esteri (ASMAE) Carte Grandi, busta 16) enthält für seinen Wien-Besuch nur Reflexionen über den Untergang des Habsburgerreiches, keine Details über seine Kontakte in Wien. Mussolini begann seine frühere Auffassung, der Faschismus sei kein Exportartikel, allerdings gerade in den Jahren 1930–32 im Sinne eines „universellen“ Auftrages zu modifizieren (Renzo De Felice, Mussolini il duce I, Gli anni del consenso, 1929–1936 (Torino 1974) 307 ff.).

23 DDI VII/6, 249 (26.4.1928). (Übers. d. Verf.)

24 ASMAE, Rappresentanze diplomatiche, Vienna 1862–1938, busta 306, F 2 (Heimwehren), Bericht vom 24.2.1931. (Übers. d. Verf.)

Natürlich: Die Heimwehren waren gegen den Marxismus und gegen den Klassenkampf, für eine Stärkung der staatlichen Exekutive. Doch der Heimwehrbewegung fehlten – zum Unterschied von Mussolinis Faschisten – die Wurzeln von links, der Rückhalt bei den Massen. Die Heimwehrbewegung vermochte eine Zeitlang die Fronten des Kulturkampfs zu transzendieren, Klerikale und Freisinnige im Kampf gegen die Linke zu sammeln, aber die Fronten des Klassenkampfes aufzubrechen blieb ihr verwehrt. Ihre Führer mochten noch so oft ihr soziales Gewissen betonen, aber sie galten doch in erster Linie als Sprachrohr der alten Eliten, die mit dem Umsturz von 1918 ihre führende Stellung eingebüßt hatten. Die Heimwehren waren eben keine wirkliche nationalrevolutionäre Volksbewegung, die in der Lage gewesen wäre, den Marxisten auch unter den Arbeitern mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten.

Es gab im Einzugsbereich der Heimwehren freilich eine Strömung, die zumindest auf den ersten Blick große Gemeinsamkeiten mit dem italienischen Faschismus aufwies, nämlich der Kreis um Othmar Spann und seine Lehre von der „berufsständischen Ordnung“[25]. Ja, Spann war Mussolini in dieser Beziehung sogar um einiges voraus: Er hatte mit seinen Vorlesungen über den „wahren Staat“ schon 1920 begonnen. Spann avancierte an der Universität Wien zur Kultfigur, seine Vorlesungen waren ein Publikumsmagnet. Seine Suche nach einem „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus traf einen Nerv, ein dringendes Bedürfnis von Antimarxisten ohne Kapital. Dabei sah Spann sich keineswegs als Synthese der bisherigen Weltanschauungen, sondern als deren konsequente Fortentwicklung: Der Marxismus war für ihn bloß „gewendeter Liberalismus“, erst der Korporativismus brachte seiner Meinung nach den Durchbruch zu einer neuen Sicht der Gesellschaft. Der Bolschewismus erschien ihm dabei übrigens bereits als ein gewisser Fortschritt im Sinne einer Überwindung der rein materialistischen Lehre Marx', denn darin „liegt ein Stück Tolstoi, ein öffentliches Bekenntnis

25 Vgl. Martin Schneller, Zwischen Romantik und Faschismus. Der Beitrag Othmar Spanns zum Konservativismus der Weimarer Republik (= Kieler Historische Studien 12, Stuttgart 1970); Sebastian Maass, Dritter Weg und wahrer Staat. Othmar Spann – Ideengeber der Konservativen Revolution (Kiel 2010).

zur Metaphysik", auch der „Rätegedanke enthält einen Keim zur ständischen Entwicklung"[26].

Spanns Lehre von der Solidarität der Berufsstände versprach ein Rezept zur Überwindung des Klassenkampfes. Der Staat als Motor gesellschaftlicher Umwälzungen sollte dabei jedoch weitgehend ausgeschaltet werden, sondern sich auf die Hoheitsverwaltung beschränken und seine Kompetenzen an die Selbstverwaltung der Stände delegieren. Altösterreichische Konservative, die gegen den „omnipotenten Staat" polemisierten, hatten schon im neunzehnten Jahrhundert mit Vorliebe auf entsprechende englische Vorbilder verwiesen[27]. Doch wer waren die Stände, die sich noch dazu „organisch" entwickeln sollten, in einer „spontanen Ordnung", möglichst ohne obrigkeitliche Vorgaben? Eine spätere Zeit mochte da an die „Nebenregierung" der Sozialpartner im Österreich der Jahre nach 1945 denken. Der tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš wiederum kommentierte das Bemühen, die Bevölkerung fein säuberlich in Stände zu gliedern, einmal ironisch, *man wolle den Klassenkampf abschaffen, indem man eine große Anzahl neuer Klassen schaffe*[28].

Wo waren die Grenzen der Selbstverwaltung, die von Spann ja nicht bloß als Gegenentwurf zum Staatssozialismus gedacht war, sondern auch zum liberal-kapitalistischen Individualismus? Odo Neustädter-Stürmer, einer der ganz wenigen Heimwehrleute, der sich schon seit langem intensiv mit dem Thema beschäftigte, hatte schon Mitte der zwanziger Jahre in diesem korporativen Modell den Übergang zu einer Wirtschaftsform erblickt, die – unter dem Motto „z'sammstreiten statt auseinanderstreiten" – über die Vertretung der Berufsstände zu einer „Verbands- und Planwirtschaft" führen würde, anders als es sich die Marxisten vorstellten, aber doch in einem gewissen Gleichklang mit ihren Ideen[29]. Walter Heinrich, der Schüler Spanns,

26 Othmar Spann, Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft (Jena ³1931) 146 f.

27 Christoph Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Konservativismus, in: Konservative Profile (Graz 2003) 103–168, hier: 153 ff.; Lothar Höbelt, Johannes Klawoda, Jiri Malir (Hrsg.), Die Tagebücher des Grafen Egbert Belcredi 1850–1894, hrsg. von Ulrich E. Zellenberg (Wien 2016).

28 ADÖ IX, 292 (17.1.1934).

29 Österreichischer Bund (18.12.1926). Am 4.12.1927 findet sich auch ein Beitrag über die "Ständeverfassung" unter Mussolini. Die Wochenzeitung war das Organ der Anhänger des

der sich am meisten um politische Verbindungen bemühte, sorgte 1930 für Aufregung, als er vom „Obereigentum der Gemeinschaft" sprach – und damit die Aufregung vorwegnahm, die Ugo Spirito zwei Jahre später in Italien mit seiner Forderung nach der *corporazione proprietaria* auslöste[30].

Die „Wirtschaft" reagierte auf derlei Floskeln allergisch. Die Alpine-Montan-Gesellschaft, der größte Industrie- und Bergbaukonzern Österreichs, förderte in seinem Bereich die Heimwehren massiv. Ihr Generaldirektor Anton Apold ließ seinen Schwiegersohn in spe, den Grazer Dozenten Hans Riehl, für das Management der Firma auch tatsächlich Seminare über korporatistische Ideen abhalten. Doch auch er konnte seine Bedenken über die Eingriffe der Gemeinschaft in die Freiheit des Unternehmers nicht unterdrücken. Die letzte Entscheidung in Lohnfragen wollte er keinesfalls einem Schiedsgericht überantworten. Der Hauptverband der Industrie aber ließ den Heimwehren 1930 ausrichten: *Wir raten ab, theoretische Ergüsse des Dr. Heinrich, die ja wissenschaftlich ganz interessant sein mögen, offiziell als Programm zu proklamieren.*[31]

Heinrich war es auch, der sich intensiv mit dem italienischen Modell auseinandersetzte, das er in einer mehrfach aufgelegten Studie der deutschen Leserschaft vorstellte. Heinrich begegnete dem Faschismus zweifellos mit Sympathie, aber auch mit einer gewissen unverkennbaren Herablassung. Insbesondere zwei Aspekte waren Gegenstand seiner Kritik: Heinrich vermisste zum einen die richtige philosophische Grundlage des faschistischen Experiments. Er postulierte: *Das Schicksal hängt von geistiger Grundlegung ab*, doch der Faschismus habe *noch keine zureichende Staatslehre* entwickelt. In dieser Beziehung urteilte er wegwerfend über Giovanni Gentile, der seiner Meinung nach bloß *einen nicht zu seinen Gunsten umgeformten Hegelianismus* vertrat. Giuseppe Bottai und Carlo Costamagna kamen bei Heinrich besser weg, aber auch hier war ihm das etatistische Moment zu stark ausgeprägt, waren für ihn gewisse

"Savonarola von Graz", des Priesters DDDr. Johannes Ude, der 1927 mit seiner „Antikorruptionsliste" gegen Seipels Einheitsliste (!) zu den Wahlen antrat.

30 Giordano Bruno Guerri, Giuseppe Bottai. Fascista (Milano 1996) 92–97; Guido Melis, La macchina imperfetta. Immagine e realtà dello Stato fascista (Bologna 2018) 434 ff.; Höbelt, Heimwehren 72.

31 Tagebuch Anton Apold (Privatbesitz Salzburg) 16.1. & 5.6.1930; Der Österreichische Bund (18.12.1926); Schneller, Zwischen Romantik und Faschismus 34.

Anklänge an den Staatssozialismus gegeben[32]. Der Mangel der faschistischen Lehre bestehe eben darin, *der Staat ist ihr die Organisation schlechthin*. Aus der philosophischen Sicht der „Ganzheitslehre" bedeutete das: Er habe noch nicht *alle Eierschalen des Individualismus abgestreift*. In der ersten Auflage seines Buches, die 1929 erschien, hieß es: Die Syndikate mit *ihrer klassenmäßigen Gegenüberstellung* sind doch noch *Liberalismus auf höherer Ebene*[33].

Heinrich hatte übrigens kein Problem damit, den Begriff „totalitär" bloß als eine Umschreibung des von Spann geprägten Begriffs „ganzheitlich" zu vereinnahmen. Doch die Formel, wie sie Mussolini schon in den Anfangsjahren prägte: Nichts gegen den Staat, nichts ohne den Staat, lief der „Ganzheitslehre" zuwider. Spann hatte – in einem gewissen Gleichklang mit dem „Absterben des Staates", wie es Marx für den Sozialismus vorhersagte – vielmehr gepredigt, die Stände müsse *etwas vom Staat in sich auffressen*. Der Staat sollte sich nicht mit den Sorgen des Alltags abgeben, sein *wahres Element* sei *das Heroische und das Geistige*. Die ständische Ordnung, wie sie ihm vorschwebte, war ganz eindeutig zur *Entpolitisierung der Massen* gedacht, nicht zur Mobilisierung für die Nation wie bei Mussolini[34]. Walter Heinrich trug diese Bedenken übrigens auch Mussolini selbst vor. Der Duce ließ sich freilich in keine philosophischen Debatten mit dem Besucher ein und antwortete als praktischer Politiker, in Italien könne man nicht anders verfahren, die Italiener seien für die Selbstverwaltung noch nicht reif. Heinrich trug dieser Aussage in den späteren Auflagen seines Buches mit der Passage Rechnung: Für Übergangszeiten am Wege zum Korporativismus würden natürlich noch zentralistische Formen gebraucht[35].

Ein gewisser Schuß an nationaler Überheblichkeit wurde dennoch deutlich, wenn Heinrich fortfuhr, dies sei vor allem bei einem zwar geistig vielseitigen, aber *organisatorisch weniger begabten* Volk verständlich. Seine Schlussfolge-

32 Walter Heinrich, Die Staats- und Wirtschaftsauffassung des Faschismus (Berlin 1929, [3]1932) 120, 133.

33 Heinrich, Faschismus 78, 170; 1. Auflage 72.

34 Spann, Der wahre Staat 215, 169; Schneller, Zwischen Romantik und Faschismus 45.

35 Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), E/1700:57, Heinrich fol. 17. Bottai teilte diese Kritik Heinrichs, zumindest im Rückblick, wenn er Mussolini vorwarf: *Von der politisch zentralisierten Gewalt und der maximalen Dezentralisation im sozial-ökonomischen Bereich, hat er, der „Capo" nur den ersten Aspekt realisiert.* (Über. d. Verf.) (Guerri, Bottai 221).

rung lautete: *Der Faschismus ist eine aus tiefem politischen Instinkt und geschichtlicher Notwendigkeit mehr als aus theoretischer Klarheit geborene Bewegung.* Das wahrhaft *erlösende Wort* sei eben noch nicht gesprochen worden. *Es scheint, dass dieses Wort, das eine neue Welt gestaltet, romanisch nicht gesprochen werden kann. Wir glauben, dass es deutsch gesprochen muß.*[36] Diese Kritik am Theoriedefizit des Faschismus war und ist freilich nicht auf Heinrich beschränkt[37]. Die Vorstellung, dass gerade der undogmatische Charakter des Faschismus, Mussolinis *empirismo presuntuoso*[38], für seine Erfolge verantwortlich war, und dass umgekehrt jenes organische Wachstum, auf das Spann und Heinrich setzten, ihre Vorstellungen als konkrete Handlungsanweisungen für die Politik inoperabel machten, kam waschechten „Ideologen" und philosophischen Gemütern nicht in den Sinn.

Denn: Wie immer auch die Wirtschaftsverfassung innerhalb der berufsständischen Ordnung aussehen würde, Spanns Oeuvre bot wenig Anhaltspunkte dafür, wie sein „wahrer Staat" tatsächlich beschaffen sein sollte. Den Staat als *obersten Stand* sollte ein *Gremium der erlesensten Männer* bilden, die – wiederum ganz organisch – aus den Selbstverwaltungsinstitutionen herauswachsen sollten. Die Idee mochte sich allenfalls mit Reminiszenzen an die Monarchie vertragen, als eine abgehobenen Bürokratie ein Reich verwaltet hatte, ohne sich viel um die Kümmernisse der Krämerseelen zu kümmern. Doch die Kombination von unbedingter Autorität und weiser Selbstbeschränkung war zu schön, um wahr zu sein. Schließlich war schon das ursprüngliche Ständewesen der frühen Neuzeit durch die Anforderungen der Außen- und Militärpolitik unterminiert worden. Fazit: Bei allen Meriten informeller Regelungen im kleinen Rahmen, die natürliche Autoritäten zur Geltung kommen ließen, als Muster für eine staatliche Verfassung waren derlei Theorien unbrauchbar.

Eben weil es noch keine organisierten „Stände" gab, hatte man in der revidierten österreichischen Verfassung von 1929 zwar den „Länder- und Ständerat" verankert, sich bis auf weiteres aber mit dem bisherigen Bundesrat als provisorischer Zweiter Kammer begnügt. Alt-Bundeskanzler Seipel war

36 Heinrich, Faschismus 137, 165, 182.

37 Janek Wasserman, Black Vienna. The Radical Right in the Red City 1918–1938 (Ithaca 2014) 101.

38 Guerri, Bottai 207.

dann wenige Monate später auf den Punkt zurückgekommen, um den Druck auf die Sozialdemokratie aufrecht zu erhalten, nicht aus Liebe zu den ständischen Theorien, wie er selbst offen eingestand. Seipel sah in ständischen Theorien einen Rammbock gegen das Korsett des Parteienstaates, von ihren Meriten war er keineswegs überzeugt. Tatsächlich hatte er sich schon im Vorjahr bei seiner berühmten Tübinger Rede im Sommer 1929 den Seitenhieb nicht verkneifen können:

> *Es müßte schon zu denken geben, dass gerade ganz individualistisch eingestellte, altliberale Parteien heute am eifrigsten mit dem Ständenamen werben gehen.*[39]

1931 erschien dann die päpstliche Enzyklika *Quadragesimo Anno*, unglückseligerweise gerade in der Woche, als die größte österreichische Bank zusammenbrach, die Creditanstalt. Spanns „Universalisten" und die Schule der katholischen „Solidaristen" gerieten sich prompt über die Exegese der Enzyklika in die Haare. Mitarbeiter von Pius XI. wie Oswald Nell-Breuning verwahrten sich später gerne gegen den Vorwurf, aus der Enzyklika lasse sich eine positive Bewertung des faschistischen Korporativismus herauslesen. Das war ganz offensichtlich richtig, nicht etwa, weil die Enzyklika hier besonders klare Worte gefunden hätte, sondern aus dem einfachen Grund, weil es faschistische „Korporationen" damals noch gar nicht gab – bloß ein Ministerium, das diesen Namen führte, aber *ohne seine tatsächliche Auswirkung, das heißt die Korporationen*[40]. Vorhanden waren bloß die *dreißig Aphorismen* der Carta del Lavoro mit ihrer „syndikalistischen" Einheitsgewerkschaft, dem Streikverbot und den obligatorischen Schiedsgerichten[41].

---

39 Reichspost (18.7.1929) 3; Friedrich Rennhofer, Ignaz Seipel, Mensch und Staatsmann. Eine biographische Dokumentation (Wien 1978) 655–660; Höbelt, Heimwehren 105.

40 Gianpasquale Santomassimo, La terza via fascista. Il mito del corporativismo (Roma 2006) 221.

41 Helmut Wohnout, Regierungsdiktatur oder Ständeparlament? Gesetzgebung im autoritären Österreich (Wien 1993) 48 ff.; Salvatore Lupo, Il fascismo. La politica in un regime totalitario (Roma 2000) 223; Loreto Di Nucci, Lo Stato-partito del fascismo. Genesi, evoluzione e crisi 1919–1943 (Bologna 2009) 330 ff.; Guerri, Bottai 79; Melis, macchina imperfetta 413 ff.

3. Der „Austrofaschismus“

Die Heimwehren distanzierten sich anfangs noch gerne vom Faschismus, weil alles, was seinen Ursprung beim alten Kriegsgegner hatte, in der österreichischen Öffentlichkeit auf eine sehr zwiespältige Aufnahme gefasst sein mußte, nicht bloß auf der Linken, wo sich der sozialdemokratische Abgeordnete Wilhelm Ellenbogen als Mussolini-Kritiker vom Dienst profilierte. Die Heimwehren sahen sich als gegenrevolutionäre Bewegung, die aufgerufen war, die Heimat vor dem Bolschewismus zu bewahren, ohne sich allzu viel Gedanken über die Ordnung zu machen, die sie an die Stelle der bestehenden, wenig widerstandsfähigen demokratischen Republik zu setzen gedachten. Ein wenig fühlt man sich an die Anekdote aus der Zeit des Kapp-Putsches 1920 erinnert: Als die Marine-Brigade Ehrhardt durchs Brandenburger Tor ins Berliner Regierungsviertel einrückte, soll ihr Anführer zu Kapp gesagt haben: „Nu, Kapp, regieren Se mal!“

Erst als Steidle dann 1929/30 begann, dem Beispiel Mussolinis von 1921 zu folgen, und seine alpine Variante der *squadristi* ebenfalls in eine Partei umzuwandeln, trat für die Heimwehren die Notwendigkeit in den Vordergrund, über den reinen „Antimarxismus“ hinaus mit gewissen programmatischen Grundsätzen an die Öffentlichkeit zu treten. Spann wurde deshalb eingeladen, Seminare für das Führerkorps der Heimwehr abzuhalten. Im September 1929 bewarb sich Spann vergeblich um den Posten des Handelsministers im Kabinett des Polizeipräsidenten Johannes Schober, der im Zuge der Verfassungsreform gekonnt zwischen Heimwehr und Sozialdemokraten finassierte – und von Spann deshalb bald als Verräter abqualifiziert wurde[42]. Heinrich führte eine Zeitlang sogar den Titel eines Generalsekretärs der Bundesführung (mit dem allerdings keinerlei exekutiven Kompetenzen verbunden waren).

Im Mai 1930 wurde ein im Wesentlichen von Heinrich entworfener Text dann im sogenannten „Korneuburger Eid“ als „Richtung und Gesetz der Heimatwehren“ präsentiert. Der programmatische Kern dieses Gelöbnisses lautete:

---

42 Landespolizeidirektion Wien, Schober-Archiv 22, Tagesnotizen 9.9.1929; ASMAE, Affari Politici, Austria 1919–1930, Pacco 894/I, Bericht des Presseattaches Morreale vom 24.1.1930.

> *Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat! Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus den führenden Personen der großen Stände und aus den fähigsten und bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird. Wir kämpfen gegen die Zersetzung unseres Volkes durch den marxistischen Klassenkampf und die liberal-kapitalistische Wirtschaftsgestaltung. Wir wollen auf berufsständischer Grundlage die Selbstverwaltung der Wirtschaft verwirklichen. Wir werden den Klassenkampf überwinden, die soziale Würde und Gerechtigkeit herstellen. Wir wollen durch eine bodenstarke und gemeinnützige Wirtschaft den Wohlstand unseres Volkes heben.*
>
> *Der Staat ist die Verkörperung des Volksganzen; seine Macht und Führung wacht darüber, dass die Stände den Notwendigkeiten der Volksgemeinschaft eingeordnet bleiben.*
>
> *Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen deutschen Staatsgesinnung; er sei bereit, Gut und Blut einzusetzen, er kenne die drei Gewalten: den Gottesglauben, seinen eigenen harten Willen, das Wort seiner Führer!*[43]

Die berufsständische Ordnung wurde zwar ausdrücklich als „neue deutsche Staatsgesinnung" ausgeschildert, dennoch nahm Steidle in seiner Einleitung explizit Bezug auf das italienische Modell, wenn er vor seinen Kameraden als rhetorische Frage die Alternative ausbreitete: *Wollen Sie sich wie bisher auf den Standpunkt stellen, dass die Heimwehrbewegung nichts ist als der Eintreiber der Parteien oder wollen Sie sich, um ein Schlagwort zu gebrauchen, für das faschistische System erklären? Das ist die klare und einfache Formel.*[44] Die Berufung auf den Faschismus als bloßes „Schlagwort" war typisch für die Koketterie, die vom Nimbus Mussolinis profitieren, einer allzu deutlichen Identifikation aber ausweichen wollte. Als Steidles Stabschef, der preußische Major Waldemar Pabst, kurz danach bei der italienischen Gesandtschaft nachfragte, ob das Korneuburger Gelöbnis auch tatsächlich als *Akt reiner faschistischer Treue* auf-

43 Walter Wiltschegg, Zum ‚Korneuburger Gelöbnis' der Heimwehren, in: Geschichte und Gegenwart 5 (1986) 139–158.

44 Zitiert nach Heimatschutz-Zeitung (24.5.1930).

gefaßt werde, antwortete Auriti dementsprechend ausweichend: Es sei leichter, konkrete Taten zu beurteilen als Programme[45].

Im internen Verkehr nahm sich der Gesandte kein Blatt vor den Mund, denn er hatte einen gewissen Einblick in die sehr banalen tagespolitischen Hintergründe, die Steidle zu seinem Gelöbnis bewogen hatten. Das Korneuburger Treffen war ursprünglich anberaumt worden, weil in Niederösterreich eine Bewegung in Gang war, die darauf abzielte, den Landesführer Julius Raab, den späteren Bundeskanzler der fünfziger Jahre, abzuwählen oder abzusetzen. Steidle überrumpelte die Versammlung mit seinem Gelöbnis und machte damit die Intrige gegen Raab zunichte, der als erster das Gelöbnis ableistete – was ihm später oft zum Vorwurf gemacht wurde. Hinter den Gegnern Raabs verbarg sich auch ein Rivale Steidles, der Landesführer des benachbarten Oberösterreich, der junge Fürst Ernst Rüdiger Starhemberg, der sich von dem Gelöbnis wenig begeistert zeigte. Auriti interpretierte den vermeintlichen *atto di fede* deshalb auch in erster Linie als *tiro mancino* gegen Starhemberg, der – über Vermittlung seiner Mutter, der Fürstin Fanny Starhemberg – kurz darauf das erste Mal bei Mussolini vorsprach. Im September übernahm Starhemberg dann tatsächlich die Bundesführung der Heimwehren[46].

Starhemberg verfolgte ein ganz anderes Konzept als sein Vorgänger Steidle. Er ließ sich nur widerwillig dazu überreden, im November 1930 mit einer eigenen Liste („Heimatblock") bei den vorgezogenen Parlamentswahlen zu kandidieren. Die Heimatblock erzielte bloß 6 % der Stimmen – weil ein Teil seiner Anhänger, mit Raab und dem Wiener Emil Fey an der Spitze, auf einer anderen Liste gemeinsam mit den Christlichsozialen antrat. Das Potenzial der Heimwehren mit vielleicht 10 % war damit von der Größenordnung her vergleichbar dem Einzugsbereich der PNF von 1921. Starhemberg war ein ausgesprochener Skeptiker aller Theorien von der berufsständischen Ordnung. In diesem Punkt wurde er sogar von einem seiner oberösterreichischen Gegenspieler zitiert:

45 DDI VII/9, 85 (25.5.), 100 (3.6.1930).

46 Höbelt, Heimwehren 117, 123, 136; ASMAE Vienna 295, F 2 enthält den Brief der Fürstin vom 26.6.1930 und Mussolinis zustimmende Antwort.

Wenn ich und Starhemberg zusammenkommen und jemand über ständische Verfassung sprechen hören, lachen wir uns verständnisvoll zu[47].

Eine seiner Bedingungen für die Übernahme der Bundesführung war es, dass Spann und Heinrich – der sich für Steidle und dessen Stabschef Pabst exponiert hatte[48] – in der Heimwehr-Bewegung keine Rolle mehr spielen sollten.

Die Heimwehr unterstützte seit Frühjahr 1932 die Regierung Dollfuß; der alte Berufsoffizier Fey wurde im Oktober als Polizeiminister angelobt. Die Regierung hatte im Parlament keine Mehrheit und mußte sich von Abstimmung zu Abstimmung über die Runden retten. Starhemberg war zusammen mit Mussolini und dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Gyula Gömbös in diverse Planungen verwickelt, wie man Dollfuß zu einem autoritären Kurswechsel und zu einem eindeutigen Bündnis mit Italien bewegen könnte: *Dollfuß müsste sich öffentlich mit uns kompromittieren*.[49] Doch all diese Überlegungen erwiesen sich als überflüssig. Die sogenannte „Selbstausschaltung" des Parlaments, die Geschäftsordnungspanne vom 4. März 1933, als der Reihe nach alle drei Präsidenten des Nationalrates zurücktraten, öffnete der Regierung den Weg zu einem „Staatsstreich auf Raten". Dollfuß, so schrieb Auritis Nachfolger Gabriele Preziosi beinahe bewundernd, verstehe es, immer auf einen *geeigneten Vorwand* zu warten[50]. Die Gelegenheit war so günstig, weil spätestens 1934 Neuwahlen fällig waren: Spätestens dann wären die Christlichsozialen in eine fatale Zwickmühle geraten zwischen den zwei kollektivistisch-antiklerikalen Blöcken der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten (die seit 1931 bei allen Regional- und Kommunalwahlen große Gewinne verzeichneten).

---

47 Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932–1934, hrsg. von Walter Goldinger (Wien 1980), 148 (9.3.1933); vgl. auch Schneller, Zwischen Romantik und Faschismus 109.

48 ASMAE, Affari Politici, Austria 1919–1930, Pacco 894/II (Heimwehren 1929/30) enthält einen Brief Heinrichs an Costamagna vom 5.9.1930, wo er sich über die Ausweisung von Steidles Stabschef Waldemar Pabst durch Schober beschwert, der just zu dem Zeitpunkt erfolgte, als Grandi seinen Wienbesuch absolvierte: *Die Verhaftung von M. Pabst vor den Augen des italienischen Außenministers hat in seinen objektiven Rückwirkungen zum Verschwinden der faschistischen Bewegung in Österreich beigetragen.* (Übers. d. Verf.). In einer beiliegenden Broschüre kritisierte Heinrich neben Schober außerdem auch Starhemberg.

49 DDI VII/12, 658 (15.12.1932).

50 DDI VII/14, 225 (24.9.1933).

Die Monarchie hatte in Krisensituationen einfach mit dem Notverordnungsparagraphen regiert. Die Regierung Dollfuß nahm eine Zeitlang ihre Zuflucht zu einem Relikt aus den letzten Jahren der Monarchie, dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz[51]. Um ihre Herrschaft auf eine dauerhafte Basis stellen, begann sie relativ bald Überlegungen hinsichtlich einer oktroyierten Verfassung anzustellen. Die Regierung bestand de facto aus einer Koalition von Christlichsozialen und Heimwehren. Als kleinster gemeinsamer Nenner für beide Partner gewann einmal mehr die berufsständische Ordnung an Bedeutung. Es ergab sich das Kuriosum: Weder Dollfuß noch Starhemberg waren je als besondere Anhänger dieser Idee hervorgetreten. Doch Dollfuß gab in seiner „Trabrennplatzrede" am 11. September 1933 die Losung aus vom „christlich-deutschen Ständestaat mit autoritärer Führung". Die Heimwehren gruben daraufhin das Korneuburger Gelöbnis wieder aus, um ihre älteren Rechte in punkto Ständestaat zu dokumentieren.

Um den Bruch mit der demokratischen Vergangenheit irreversibel zu machen, bemühte Starhemberg jetzt auch wieder häufiger das Vokabel Faschismus. *Der Begriff „Ständestaat" ist uns zu unklar.* Er könne auch als trojanisches Pferd verstanden werden, als alter Wein in neuen Schläuchen, um dem bisherigen politischen Personal ein unbeschwertes Weiterleben zu garantieren. Deshalb rang Starhemberg zwei Wochen nach der Trabrennplatzrede bei einer Kundgebung im Konzerthaus um den umfassenderen Begriff: *Wenn wir das, was uns vorschwebt, in irgendeine allgemein verständliche Formel fassen wollen, glaube ich, ist kein anderer Ausdruck geeigneter als der: Wir wollen ein faschistischer Staat sein.* Es wäre falsch, sich vor dem Wort drücken zu wollen. Tags darauf brachte die Heimwehrpresse wohl nicht zufällig ein Interview mit Costamagna: Ohne Faschismus sei selbstverständlich auch kein Ständestaat möglich[52]. Dabei machte sich Italien selbst erst jetzt, im dreizehnten Jahr der faschistischen Herrschaft, an die Errichtung der Korporationen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer als „disziplinierte Wirtschaft" unter staatlicher Aufsicht zusammenfassen sollten. Die christlichsoziale ‚Reichspost' interpretierte diese

51 Peter Huemer, Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich (Wien 1975); Hannes Leidinger, Verena Moritz, Das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz (KWEG) vor dem Hintergrund der österreichischen Verfassungsentwicklung, in: Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, hrsg. von Florian Wenninger, Lucile Dreidemy (Wien 2013) 449–470.

52 Österreichische Abend-Zeitung (28.9.1933) 2, (29.9.1933) 2, (13.11.1933) 3.

Entwicklung in ihrem Sinne: Nicht Österreich kopiere das italienische Vorbild, nein: Auch Italien beherzige inzwischen die Grundsätze von *Quadragesimo Anno*[53].

In einer zweiten Runde ging Starhemberg von der Berufung auf den faschistischen Staat ohne Wenn und Aber wiederum ein wenig ab: Die später berühmt-berüchtigt gewordene Formel, die er im Vorfeld der neuen Verfassung gebrauchte, lautete „Austro-Faschismus"[54], nämlich: die *Durchführung der faschistischen Ideenwelt in einer unserem Vaterland entsprechenden Weise*[55]. Diese Einschränkung war einerseits eine Selbstverständlichkeit, andererseits ein Gummiparagraph, der sich beliebig interpretieren ließ. Die Verfassung selbst entwarf das Bild einer berufsständischen Ordnung, das seine Anleihen bei Spann nicht verleugnen konnte, aber nicht den Beifall des Meisters fand, der in einer vielbeachteten Kritik abfällig konterte: *Man machte aus dem Ständetum einen unheimlichen Fastnachtscherz. Gegen die geistigen Anleihen an meiner Lehre, die in der österreichischen Verfassung gemacht wurden, erhebe ich feierlich Einspruch. Man gedachte nicht, dass man Gedanken verstehen müsse, um sie erfolgreich zu entlehnen.*[56]

Ob es sich bei den Bestimmungen der Mai-Verfassung 1934 jetzt um eine getreuliche Wiedergabe der Spann'schen Ideen handelte oder nicht, die Verfassung wurde nicht mit Leben erfüllt: Zwar waren die – zu einem Schattendasein verurteilten – gesetzgebenden Organe den Vertretern der Berufsstände (und der Länder) vorbehalten, wie es in Italien erst ab 1939 der Fall sein sollte, doch einschlägige Wahlen fanden keine statt, nicht einmal auf einer Einheitsliste. Die Abgeordneten wurden bis auf weiteres von der Regierung ernannt, im strikten Proporz zwischen Christlichsozialen und Heimwehr[57].

---

53 Reichspost (16.12.1933), „Auf dem Weg zur berufsständischen Reform"; Guerri, Bottai 102 f.; Andreas Fraydenegg-Monzello, Volksstaat und Ständeordnung. Die Wirtschaftspolitik der steirischen Heimwehr 1927–1933 (Wien 2015) 207.

54 Vgl. zuletzt die Debatte über den Begriff „Austrofaschismus" im historicum, Neue Folge III–IV (2017).

55 Wohnout, Regierungsdiktatur 133.

56 Wohnout, Regierungsdiktatur 182; Schneller, Zwischen Romantik und Faschismus 112. Spann versuchte 1933/34 gerade über Thyssen mit einem „Institut für Ständewesen" in Düsseldorf Fuß zu fassen, wurde aber von SS und Deutscher Arbeitsfront aus dem Dritten Reich hinausgeekelt und warnte 1938 dann vor der *undeutschen religionsfeindlichen Haltung* der *zwei Narren Hitler und Rosenberg*; ebd. 145, 171, 177; Höbelt, Heimwehren 397.

57 ASMAE, Rappresentanze diplomatiche, Vienna 1862–1938, busta 307, F 8 enthält unter dem 5.11.1934 (Bericht Nr. 4325/2284) eine präzise Aufstellung der Ernennungen in den

In Italien hatte der Staat den Korporativismus nicht aus seiner Kontrolle entlassen, solange bis Bottai schon davon sprach, für eine *geeignete Anwendung der Gewerkschafts- und Korporationsgesetze* bedürfe es einer Bewegung gegen den Staat, oder besser gesagt, gegen die *Bürokratenoligarchie*[58]. Die österreichischen Theoretiker des Korporativismus hatten gegen die etatistische Komponente des italienischen Modells immer wieder ihre Bedenken angemeldet, aber in der Praxis blieb der österreichische „Ständestaat" als „Kanzlerdiktatur" noch viel mehr der zentralen Lenkung durch die Bürokratie verhaftet.

In dieser Hinsicht verfügte Italien jetzt tatsächlich über einen Vorsprung in puncto Korporativismus. Die schönen Paragraphen der österreichischen Verfassung von 1934 wurden nie in Kraft gesetzt. Die korporativen Organe blieben der syndikalistischen Ebene verhaftet, die Heinrich so kritisiert hatte: Einheitsgewerkschaft und Arbeitgeberverbände, wie im Italien der zwanziger Jahre. Die Phase des eigentlichen Korporativismus wurde auf die lange Bank geschoben. Als schüchterne Ansätze waren zunächst einmal gemeinsame Ausschüsse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geplant; der erste davon kam erst Ende 1937 zustande, kurz vor dem Ende des „Ständestaates"[59]. Doch auch in Italien blieben die Kompetenzen der Korporationen, wie Bottai kritisierte, von dem *absurden Phänomen* charakterisiert: „norme cadute in disuso prima dell'uso"[60]. Waren es in Italien die Komplexe der verstaatlichten Industrie (wie z.B. die IRI), die sich im Zeichen von Wirtschaftskrise und Abessinienkrieg über das Ritual des *corporativismo* hinwegsetzten, so stießen die österreichischen Ansätze in der „Finanzdiktatur" des Nationalbankpräsidenten Viktor Kienböck auf einen übermächtigen Gegner[61]. Die

Staatsrat und den Bundestag nach Parteizugehörigkeit. So seien von 20 Mitgliedern des Bundestages acht Christlichsoziale, sechs Heimwehrleute, ein Legitimist und fünf Technokraten.

58 Giuseppe Bottai. Diario 1935–1944, hrsg. von Bruno Guerri (Milano 1982) 77 (6.1.1936). (Übers. d. Verf.)

59 Margarethe Grandner, Kollektivverträge und berufsständische Ordnung, in: Geschichte zwischen Freiheit und Ordnung. Gerald Stourzh zum 60. Geburtstag, hrsg. von Emil Brix, Thomas Fröschl, Josef Leidenfrost (Graz 1991) 177–201.

60 Santomassimo, Terza via 222.

61 Kienböck war ein Christlichsozialer und enger Mitarbeiter Seipels, verfolgte aber eine klassische „altliberale" Finanzpolitik; seine Mutter kam aus einer jüdischen Familie.

Diktatur vertraute in beiden Fällen im Zweifelsfall den – mehr oder weniger a-politischen – Technokraten, nicht den Ideologen[62].

Neustädter-Stürmer war der einzige Minister, dem das korporatistische System auch wirklich ein Anliegen war. Starhemberg als Führer der Heimwehren unterstützte ihn dabei kaum. Er gab einem Journalisten frohgemut zur Antwort, bis die geistigen Voraussetzungen für einen Ständestaat geschaffen würden, werde es wohl noch so seine zehn, fünfzehn Jahre dauern[63]. Neustädter-Stürmer als Überzeugungstäter – und Gegner der orthodoxen Finanzpolitik der Regierung[64] – stellte ein gewisses Pendant zu Bottai in Italien dar, zu der „Cassandra del regime", von dem man gesagt hat, *er sei derjenige, der die Theorien, aus denen der Faschismus seine Anfänge bezog, am besten kannte; wahrscheinlich war er der einzige, der ernsthaft daran glaubte.*[65] Bezeichnenderweise war Bottai von Mussolini nahezu ebenso desillusioniert wie Neustädter-Stürmer von Starhemberg, der ihn 1935 aus der Regierung entfernte[66].

Ein Jahr später schied freilich auch Starhemberg selbst aus der Regierung aus. Die Heimwehren zogen sich in eine semi-oppositionelle Stellung zurück. Schuschnigg steuerte in Richtung eines subkutanen Pluralismus. Der Auf- und Ausbau der berufsständische Ordnung in Österreich war rückläufig. Das Experiment blieb auf halbem Wege stecken. Zu einem „Ständestaat", einem *neocorporativismo democratico*, in einem „bi-koloren" Rahmen, entwickelte sich Österreich erst nach 1945. In einem gewissen Sinne traf auf die Alpenrepublik damit dasselbe zu wie auf Italien, vielleicht sogar in einem noch höheren Ausmaß: *Der „Korporativismus" wird realisiert, wenn niemand mehr darüber spricht*[67].

---

62 Siegfried Mattl, Die Finanzdiktatur, in: Austrofaschismus. Politik, Ökonomie, Kultur 1933–1938, hrsg. von Emmerich Talos, Wolfgang Neugebauer (Wien [5]2005) 202–221; zu Italien vgl. Melis, Macchina imperfetta 471 ff.; Lupo, Fascismo 382.

63 Heimatschützer (10.3.1934); Wohnout, Regierungsdiktatur 146.

64 Neustädter-Stürmer hatte sich – ebenso wie Bottai – positiv über den New Deal Roosevelts geäußert; zu den unorthodoxen Ansichten Neustädter-Stürmers vgl. Protokolle des Ministerrats der Ersten Republik, Abteilung IX: Kabinett Schuschnigg, hrsg. von Gertrude Enderle-Burcel (Wien 1988–2013), Bd. 2: 15 (30.10.1934) 367 f., (22.3.1935) 431, (3.4.1935); Bd. 3: 85 (22.6.1935); Guerri, Bottai 104.

65 Guerri, Bottai 239 f. (Übers. d. Verf.)

66 Als erste biographische Skizze vgl. jüngst Roman Gröger, Der Ständestaat: Odo Neustädter-Stürmer – Leben und Ideologie (Horn 2017).

67 Santomassimo, Terza via 250. (Übers. d. Verf.)

Ein faschistischer Senator in Wien. Francesco Salata und das Österreich der 1930er-Jahre

LUCA RICCARDI
Università degli Studi di Cassino e del Lazio meridionale

1. Ein nicht antiösterreichischer Irredentist

Francesco Salata (1876–1944) war ein einflussreicher Vertreter des istrianischen Irredentismus. Seine politische und journalistische Tätigkeit in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg war mit einem Lob der italienischen gegenüber der habsburgischen Verwaltung verbunden[1]. Im Mai 1915, als Italien Österreich den Krieg erklärte, befand er sich seit Monaten in Italien, eine von ihm initiierte interventionistische Pressekampagne fand viel Resonanz . Bestärkt von Teodoro Mayer, der bereits Direktor der Tageszeitung „Il Piccolo" in Triest war, arbeitete er an einer dokumentarischen Sammlung, welche die *Italianità* von Triest und Istrien belegen sollte. Das Ergebnis war die Publikation „Il diritto dell'Italia su Trieste e l'Istria"[2], die Italiens Gebietsansprüche vor der italienischen Leserschaft historisch „legitimieren" sollte. Aufgrund des politischen Erfolgs wurde sie zum „Grünbuch des adriatischen Irredentismus"[3].

1 Luca Riccardi, Francesco Salata tra storia, politica e diplomazia (Udine 2001) 58–128; Ester Capuzzo, Alla periferia dell'Impero: terre italiane degli Asburgo tra storia e storiografia (XVIII–XX secolo) (Napoli 2009) 115 f.; zu den Italienern in Österreich siehe Angelo Ara, Ricerche sugli austro-italiani e l'ultima Austria (Roma 1974); Ders., Gli italiani nella monarchia asburgica (1850–1918) in: Ders., Fra nazione e impero. Trieste, gli Asburgo, la Mitteleuropa (Milano 2009) 251–267.

2 Il diritto dell'Italia su Trieste e l'Istria, hrsg. von Fratelli Bocca Editori (Torino 1915).

3 Riccardi, Francesco Salata 127.

Damit wurde er endgültig zum Überläufer[4] und als Irredentist dem Sekretariat für zivile Angelegenheiten des Oberkommandos zugeteilt. Diese Einrichtung war für die zivile Verwaltung der von Italien militärisch besetzten feindlichen Gebiete zuständig und bestand während des Weltkrieges und im ersten Nachkriegsjahr[5]. Salata gelang dort der Aufstieg zum Vize-Generalsekretär. In dieser Funktion nahm er als Mitglied der italienischen Delegation und als Berater für Angelegenheiten im Adriaraum an der Pariser Friedenskonferenz teil, auch wenn seine Tätigkeit bei irredentistischen Kreisen nicht nur auf Zustimmung stieß[6].

Sein durch diese Positionen gewonnenes Prestige veranlasste die Regierung Nitti dazu, ihn im Juli 1919 zum Leiter der neu gebildeten Zentralbehörde für die neuen italienischen Provinzen zu ernennen, welche die Aufgaben der Administration übernahm. Hinzu kam aber die noch beschwerlichere Aufgabe, die verwaltungspolitische Vereinigung der annektierten habsburgischen Territorien vorzubereiten – in einem politischen Kontext, der noch keine definitive Fixierung der italienischen Ostgrenze zuließ[7]. Die Regierung erachtete die Funktion dieser Behörde für so maßgeblich für die italienische Politik, dass sie die Beteiligung deren Leiters an Ministerratssitzungen anordnete, die Maßnahmen betreffend der befreiten Gebiete zum Inhalt hatten[8].

Auch in der italienischen Außenpolitik kam Salata zu dieser Zeit eine wichtige Rolle zu. So gehörte er zu jenen, die zu Verhandlungen mit den Abgesandten von D'Annunzio geschickt wurden. Bei diesen Treffen ging es darum, eine Verstärkung der Krise infolge der Invasion in die Stadt Fiume zu

4 Allgemeineres zum Thema in Renato Monteleone, La politica dei fuoriusciti irredenti nella Guerra Mondiale (Udine 1972).

5 Siehe dazu Ester Capuzzo, Un commis d'Etat tra guerra e dopoguerra. Francesco Salata nelle carte di Agostino d'Adamo, in: Clio 2 (1995) 245–279; Dies., Salata tra guerra e dopoguerra, in: Francesco Salata e le Nuove Provincie nel 90° anniversario dell'istituzione dell'Ufficio Centrale per le Nuove Provincie, hrsg. von Unione degli Istriani (Trieste 2011).

6 Ein Beispiel für diese Kritik in Ettore Tolomei, Memorie di vita (Milano 1948) 405.

7 Siehe dazu die wichtige Arbeit von Ester Capuzzo, Dal nesso asburgico alla sovranità italiana. Legislazione e amministrazione a Trento e Trieste (1918–1928) (Milano 1992) 133 ff. sowie Riccardi, Francesco Salata 207–230.

8 Zu Salatas Mitwirken im Ministerrat während der Regierungszeit Factas siehe Sitzungsprotokolle, veröffentlicht in: Mussolini a pieni voti? Da Facta al duce. Inediti sulla crisi del 1922, hrsg. von Aldo Alessandro Mola (Torino 2012).

vermeiden[9]. Ferner wurde er Teil der Delegation, die den Vertrag von Rapallo aushandelte, der am 12. November 1920 – wenn auch nur provisorisch – dem italienisch-jugoslawischen Grenzstreit ein Ende setzte[10]. Aufgrund seiner in dieser schwierigen Phase geleisteten Arbeit entschied Ministerpräsident Giolitti, auf Veranlassung von Außenminister Sforza, ihn für die Berufung zum Senator des Königreichs vorzuschlagen[11]. Seine verwaltungspolitische Tätigkeit stützte sich darauf, die Verwaltungsautonomie, welche die habsburgische Regierung diesen Gebieten bis 1918 zugestanden hatte, auch in Italien durchzusetzen. Damit machte er sich aber bei der faschistischen Bewegung und bei Mussolini selbst unbeliebt[12]. Der *Duce* forderte „die Zerschlagung jeglicher Form, auch äußerlicher, die an die österreichisch-ungarische Monarchie erinnert". Diese Haltung stand ganz offensichtlich im Kontrast zu der bis dahin verfolgten Linie der Behörde unter der Leitung des istrianischen Senators. Salata hatte es sich zum Ziel gesetzt, die Treue der in das Königreich eingegliederten deutschen und slawischen Bevölkerung durch die Gewährleistung einer gewissen Eigenständigkeit zu gewinnen. Niemand sollte der alten Ordnung des Kaiserreichs nachtrauern.

Mussolini – wie auch viele andere lokale und nationale politische Vertreter Italiens – verwechselte „die grundsätzlich gemäßigte und verantwortungsvolle Haltung der Regierungsbehörden [in Rom] mit Schwäche"[13]. Die

9 Siehe dazu die Aufzeichnungen von Pietro Badoglio, Rivelazione su Fiume (Roma 1946) 130 und Giovanni Giuriati, Con D'Annunzio e Millo in difesa dell'Adriatico (Firenze 1934) 90 f. Die Rekonstruktion der Mission in Riccardi, Francesco Salata 231–246; für eine umfassendere Einführung in die Fiume-Frage in der italienischen Außenpolitik s. Luca Micheletta, Italia e Gran Bretagna nel primo dopoguerra (Roma 1999) 75–81.

10 Riccardi, Francesco Salata 246–271; mehr Details siehe Ders., Le trattative italo-jugoslave per il Trattato di Rapallo nel diario di Francesco Salata (20 settembre–5 novembre 1920), in: Storia Contemporanea 1 (1996) 129–149; Alessandro Brogi, Il Trattato di Rapallo del 1920 e la politica danubiano-balcanica di Carlo Sforza, in: Storia delle relazioni internazionali 1 (1989) 3–46.

11 Aspekte zur Zusammenarbeit von Salata mit Giolitti und Sforza in Sforza an Giolitti, 13. Juni 1921 in Giovanni Giolitti, Al governo, in Parlamento, nel carteggio, 3 Bde., Bd. III, Il carteggio, T. II (1906–1928), hrsg. von Aldo Alessandro Mola– Aldo Giovanni Ricci (Foggia 2010) 804 f.

12 Benito Mussolini, Scritti e discorsi, vol. II, La Rivoluzione Fascista (23 marzo 1919–28 ottobre 1922) (Palermo 1934) 167; Riccardi, Francesco Salata 207–302; siehe auch Ester Capuzzo, Dal nesso asburgico alla sovranità italiana. Legislazione e amministrazione a Trento e a Trieste (1918-1928) (Milano 1992). Eine Aufzeichnung von Salata selbst findet sich in der Dokumentensammlung: Francesco Salata, Per le Nuove Provincie e per l'Italia. Discorsi e scritti con note e documenti (Roma 1922).

13 Mario Toscano, Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige (Bari 1968) 97.

Gegenüberstellung der beiden politischen Positionen verdeutlichte sich in der expliziten Forderung Mussolinis, den Senator aus der Leitung der Zentralbehörde zu entfernen. So sprach der aufgehende Stern am italienischen Polithimmel offen über seine „Absetzung“[14]. Seine „moderate Tätigkeit“, die darauf ausgerichtet war, „verschiedene Realitäten auszugleichen“[15], wurde abgelehnt. Schließlich entschied sich Ministerpräsident Facta dazu, Salata zu entlassen, um dem Ansturm der extremen Rechten auf die liberalen Institutionen zuvorzukommen. Ein paar Tage davor war bereits die Abschaffung der Zentralbehörde für die neuen italienischen Provinzen angekündigt worden[16].

2. Die 1920-er Jahre

Mit der Etablierung des Faschismus widmete sich Salata hauptsächlich der Geschichtsforschung. Hinzu kam hin und wieder seine Teilnahme an Parlamentssitzungen und seine Tätigkeit als Präsident einer Sektion des Staatsrats. Zwischen 1922 und 1923 etablierte er sich als Wissenschaftler, was ihm eine gewisse Bekanntheit verschaffte. Innerhalb von nur wenigen Jahren wandelte er sich zu einem „Intellektuellen des Regimes“[17] und wurde Experte für die Geschichte der italienischen Außenpolitik mit Schwerpunkt auf dem Habsburgerreich und dem Irredentismus[18]. Seine Studien zeichneten sich durch genaue Archivforschungen aus. Das Wissen, das er vor allem durch öster-

14 Mussolini, Scritti vol. II 171.

15 Ester Capuzzo, Il problema delle annessioni, in: La conferenza di pace di Parigi fra ieri e domani (1919–1920), hrsg. von Antonio Scottà (Soveria Mannelli 2003) 141–154; Zitat auf Seite 150. Siehe auch Marina Cattaruzza, L'Italia e la questione adriatica. Dibattiti parlamentari e panorama internazionale (1918–1926) (Bologna 2014) 142.

16 Capuzzo, Dal nesso asburgico 126 ff. und Marina Cattaruzza, L'Italia e il confine orientale (Bologna 2007) 174

17 Riccardi, Francesco Salata 303–336.

18 Francesco Salata, La Questione Romana e la Triplice Alleanza secondo nuovi documenti austro-ungarici, in: Nuova Antologia (1.3.1923) 49–62; Ders., L'Italia e la Triplice secondo nuovi documenti austro-germanici, in: Le Nuove Provincie 1–3 (1923) 42–75; Ders., Il Manzoni e l'Austria, in: Nuova Antologia (1.12.1923) 3–14; Ders., Napoleone III e Francesco Giuseppe alla pace di Villafranca. Un carteggio inedito, in: Nuova Antologia (16.12.1923) 3–25. Ders., Guglielmo Oberdan. Secondo gli atti del processo. Carteggi diplomatici e altri documenti inediti (Bologna 1924). Letzterem Werk folgte 1932 anlässlich des 50. Jahrestags der Durchführung die Publikation einer Biografie des Irredentisten in der populären Reihe von Mondadori, Le Scie: Ders., Oberdan (Verona 1932).

reichische Quellen erwarb, erwies sich als sehr nützlich für die italienische Regierung. Im Juni 1924 wurde er zum königlichen Beauftragten für die österreichischen Archive ernannt. Seine Aufgabe bestand darin, das Archivabkommen zwischen der Republik Österreich und den Nachfolgestaaten umzusetzen, das am 6. April 1922 beschlossen wurde und im Mai 1924 in Kraft trat. Die Beziehung der beiden Länder wurde in diesem Bereich unter Federführung Salatas durch zwei Protokolle geregelt[19], zahlreiche Bestände zu den annektierten Provinzen mussten an Italien ausgeliefert werden. Salatas wissenschaftliches Interesse, seine Nähe zu Politik und Diplomatie sowie seine Mehrsprachigkeit und Weltoffenheit kamen ihm in seiner Arbeit zugute – in der Folge handelte er auch Archivabkommen mit Ungarn und Jugoslawien aus[20]. Dies wurde zu einem Wendepunkt in seinem Leben und führte zu einer Annäherung an Mussolini. Salata lenkte die Aufmerksamkeit des *Duces* auf die Besonderheit seiner Tätigkeit[21] und traf ihn am 13. Mai 1925. Salata befand sich nun im innersten Kreis der Macht, der Wandel vom Irredentisten zum Faschisten war vollzogen.

Mussolini zeigte ein gewisses Interesse an der Arbeit des Historikers, der die ihm gebotenen Chancen nutzte[22]. Der *Duce* forderte den Senator dazu auf, seiner Arbeit weiter nachzugehen und die Hintergründe der österreichischen Außenpolitik in Bezug auf Italien zu erforschen. Dieser Auftrag galt als *politisch geheim* und musste daher so diskret wie möglich behandelt werden[23]. Eine solche Definition – scheinbar übertrieben für eine Arbeit kultureller Art – zeigt die Bedeutung, die der *Duce* der geschichtlichen Rekonstruktion der italienischen Außenpolitik beimaß.

Dino Grandi, der 1929 Außenminister wurde[24], wollte dieser Tätigkeit mehr Struktur geben und entschied im Oktober desselben Jahres, Salatas

19 Für den Text siehe Protocollo tra il delegato del Regio Governo d'Italia e i delegati del Governo Federale Austriaco per l'esecuzione della Convenzione sugli archivi firmata a Roma il 6 aprile 1922, 31. Oktober 1924, Archivio Storico del Ministero degli Affari Esteri (ASMAE), Carte Salata (CS), b.122, f.763; siehe auch Protocollo Aggiunto, 17. Jänner 1925, ebd.

20 Riccardi, Francesco Salata 314.

21 Salata an Mussolini, März 1925, ASMAE, CS, b.122, f.762.

22 Ebd., Schema delle disposizioni, 21. Mai 1925, f.763.

23 Ebd., siehe auch Salata an Mussolini, 7. Juli 1925.

24 Zu Grandi siehe Paolo Nello, Un fedele disubbidiente. Dino Grandi da palazzo Chigi al 25 luglio (Bologna 1993); Dino Grandi, La politica estera dell'Italia dal 1929 al 1932 (Roma 1985). Allgemeiner in: Ders., Il mio paese: ricordi autobiografici, Il Mulino, Bologna 1985.

Arbeit eine offizielle Funktion zu verleihen und in die Regierungsstrukturen einzugliedern. Er wurde zum Leiter der Kulturabteilung des Palazzo Chigi ernannt sowie Präsident der Kommission für die Publikation diplomatischer Dokumente. Am 1. September 1930 erfolgte seiner Ernennung zum Leiter des Historischen Archivs und der Bibliothek der Farnesina. Abgesehen von den eigentlichen Ergebnissen seiner Arbeit – die Edition der diplomatischen Dokumente wurde aufgrund auftretender „politischer" Schwierigkeiten nicht umgesetzt – war es Salata dadurch – sowie aufgrund seiner Eingliederung in die Organisation des Palazzo Chigi – möglich, einen Neuordnungsprozess des Historischen Archivs des Außenministeriums in die Wege zu leiten. Ein Großteil der dortigen Bestände konnte so für offizielle Ausgaben in der Nachkriegszeit verwendbar gemacht werden[25].

3. Von der Kultur zur Politik

Im Jänner 1933 kam Hitler an die Macht. Zu seinen Prioritäten zählte eine engere Beziehung zur faschistischen Regierung Italiens, gleichzeitig stellte jedoch der „Anschluss" Österreichs sein oberstes Ziel dar. Dies stand im Gegensatz zu den bis dahin unternommenen Bemühungen der italienischen Regierung zur Bewahrung der österreichischen Unabhängigkeit[26]. In seiner antifranzösischen Haltung hatte Mussolini die auf der Genfer Abrüstungskonferenz vorgelegten Forderungen der Weimarer Republik unterstützt, welche die gleichen Rechte beim Waffenbesitz verlangte wie die anderen europäischen Mächte[27]. Die Unterstützung der deutschen Forderungen war der Grund für die Absetzung Grandis im Jahr 1932 gewesen. Seine Politik war – so Mussolini – zu sehr von „Sozietarismus" und „Pazifismus" durch-

25 Riccardi, Francesco Salata 316 ff.

26 Francesco Lefebvre d'Ovidio, L'Italia e il sistema internazionale. Dalla formazione del governo Mussolini alla grande depressione (1922–1929) (Roma 2016), besonders 526–531, 549–554, 768–788.

27 Siehe dazu Francesco Lefebvre d'Ovidio, L'intesa italo-francese del 1935 nella politica estera di Mussolini (Roma 1984) besonders 317; Federico Scarano, Mussolini e la repubblica di Weimar Le relazioni diplomatiche tra Italia e Germania dal 1927 al 1933 (Napoli 1996) 489–495. Zur Erlangung der gleichen Rechte für die Deutschen siehe Luca Micheletta, La dichiarazione dell'uguaglianza di diritti alla Germania dell'11 dicembre 1932, in: Storia Contemporanea 5 (1995) 695–730.

zogen[28]. Deswegen entschied der *Duce*, die italienische Außenpolitik unter Mitwirkung des neuen Unterstaatssekretärs Fulvio Suvich, einem Triester Ex-Irredentisten, erneut selbst in die Hand zu nehmen.

Bis zur Machtübernahme der nationalsozialistischen Partei wurde die Gefährlichkeit Deutschlands nur als potenziell eingestuft. Die politische und institutionelle Krise der Weimarer Republik, die mit einer ernsten wirtschaftlichen Situation zu Beginn der 1930er-Jahre zusammenfiel, verwehrte die Aussicht auf eine schnelle Wiederherstellung der militärischen Macht[29]. Eine ganz andere Frage war die Unterstützung der Forderungen eines aggressiven Machtapparates. Das Hitler-Regime war dies zweifellos, mit einem totalitären Gepräge und einem expansionistischen Programm[30]. Um Hitler im Zaum zu halten, ergriff der *Duce* im März 1933 die Initiative zu Verhandlungen, die zum Abschluss eines Viererpakts zwischen Italien, Deutschland, Frankreich und Großbritannien führen sollten[31]. Italien und nicht mehr der Völkerbund sollte im Mittelpunkt eines Systems zur Garantie der Grenzen stehen, denn im Palazzo Venezia hatten die multilaterale Diplomatie und die supranationale Ideologie des Völkerbunds nie Anklang gefunden.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht möglich, den vollständigen Verlauf der Verhandlungen wiederzugeben, die zur Unterzeichnung des Abkommens in Rom am 15. Juli 1933 führten. Das Dokument war von Anfang an inhaltsleer und sollte offenbar nie umgesetzt werden. Darauf weisen sowohl die Verhandlungsführung des *Quai d'Orsay* als auch die Politik Hitlers hin.

---

28 Renzo De Felice, Mussolini il duce. Gli anni del consenso 1929–1936 (Torino 1996) 403 ff.; ein anderer Ansatz siehe in: Nicola Tranfaglia, La prima guerra mondiale e il fascismo (Torino 1995) 454 ff.; siehe auch eine allgemeinere Interpretation in: Enzo Collotti (in Zusammenarbeit mit Nicola Labanca und Teodoro Sala), Fascismo e politica di potenza. Politica estera 1922–1939 (Firenze 2000) 37–80.

29 Zur Weimarer Republik Erich Eyck, Storia della repubblica di Weimar 1918–1933 (Torino 1966).

30 Siehe Ian Kershaw, Hitler 1889–1936 (Bompiani 1998) 576–649.

31 Zum Viererpakt siehe Francesco Salata, Il Patto Mussolini. Storia di un piano politico e di un negoziato diplomatico (Milano 1933); Giancarlo Giordano, Il Patto a Quattro nella politica estera di Mussolini (Roma 1976); Ders., Storia diplomatica del Patto a Quattro (Milano 2000); Renato Grispo, Il Patto a Quattro – la questione austriaca – il fronte di Stresa, in: La politica estera italiana dal 1914 al 1943 (Torino 1963) 118–158, besonders 131–136; Fulvio D'Amoja, Declino e prima crisi dell'Europa di Versailles. Studio sulla diplomazia italiana ed europea (1931–1933) (Milano 1967) besonders 25 ff. Pierre Milza, Mussolini (Roma 2000) 687–692; für die Memoiren siehe Fulvio Suvich, Memorie 1932–1936, hrsg. von Gianfranco Bianchi (Milano 1984); Baron Aloisi, Journal (25 Juillet 1932–14 Juin 1936) (Paris 1957).

Damals begann Salata, sich näher mit politisch-diplomatischen Angelegenheiten zu befassen. Nach Abschluss des Viererpakts schlug er dem Verlagshaus Mondadori eine Publikation darüber vor. Der Verleger, der an guten Kontakten zum Regime interessiert war, stimmte zu. Salata hatte sich als „enger Freund" des Unterstaatssekretärs Suvich vorgestellt und tatsächlich wurde die Veröffentlichung mit ihm als Autor vom Palazzo Chigi unterstützt[32]. Dem Triestiner Suvich kam eine Veröffentlichung, in der die antideutsche Ausrichtung der italienischen Außenpolitik dokumentiert wurde, gelegen[33]. Das Buch „Il Patto Mussolini" war historiografisch aufbereitet, verfolgte aber einen politischen Zweck. Salata standen für seine Forschungen alle Archive offen, was zeigt, dass er eine politisch-propagandistische Aufgabe erfüllte. Für Mondadori war es der erste Band einer Reihe ähnlicher Publikationen[34]. Salata unterstützte die kompromisslose Politik Mussolinis hinsichtlich des „Anschlusses", Konzessionen an Frankreich sollten aber vermieden werden. Nur aus Angst vor einer Aggression Deutschlands wollte der Palazzo Venezia seine Streitigkeiten mit Paris nicht einfach beilegen. Mussolini war darauf bedacht, seine Außenpolitik eigenständig zu gestalten und nicht auf die Unterstützung anderer Mächte angewiesen zu sein. Das Scheitern des Viererpakts demonstriert allerdings die Aussichtslosigkeit dieser Strategie[35].

Salatas kulturelle Aktivitäten und die Politik des Palazzo Chigi waren eng miteinander verflochten. Sowohl Salata als auch Suvich waren als ehemalige Untertanen des Habsburgerreiches in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg Irredentisten gewesen. Salata schilderte dem Unterstaatssekretär die politischen Aspekte in seinen Gesprächen mit Vertretern anderer europäischer Mächte, etwa im Rahmen einer Archivreise nach Berlin im Oktober 1933, als er mit seinen deutschen Gesprächspartnern über den Austritt

32 Enrico Decleva, Arnoldo Mondadori (Milano 1988) 211.

33 Derselbe Suvich bezeichnete das Buch von Salata als „ein fundamentales Werk […] eine wertvolle Analyse, die durch eine umfangreiche Dokumentendokumentation gestützt wird. Allerdings dürften die politischen Veränderungen während der Redaktion seiner Memoiren ihn „zu dem enthusiastischen Tonfall" veranlasst haben; Suvich, Memorie 140.

34 Decleva, Mondadori 211.

35 Riccardi, Francesco Salata 333 f.

Deutschlands aus dem Völkerbund sprach[36]. Er berichtete aber auch über den sich ebenfalls in Deutschland aufhaltenden piemontesischen Prinzen Umberto, der sich negativ über einige nationalsozialistische Politiker geäußert hatte[37]. Der neue Abschnitt im Leben Salatas stand damit ganz im Zeichen der Diplomatie und der Beziehungen zu Deutschland.

4. In Wien zwischen Kultur und Diplomatie

Im Zentrum der italienischen Außenpolitik stand nun die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit. Mussolini versuchte seit 1933 eine nationalsozialistische Einmischung in die Innenpolitik der Republik zu verhindern. Die Schlüsselfigur bei dieser Strategie war Kanzler Dollfuß, der am 20. Mai 1932 an die Macht gekommen war und seit 1933 unter dem Einfluss Mussolinis damit begonnen hatte, eine autoritäre Regierung und eine Einheitspartei zu errichten, die auf Patriotismus und Unabhängigkeit ausgerichtet waren. Durch eine neue Verfassung sollte der österreichische Staat grundlegend verändert werden[38]. Der *Duce* drängte auf die Ausschaltung der Sozialdemokratie, die bei den Wahlen 42 Prozent der Stimmen errungen hatten. Dollfuß sollte gemeinsam mit den von Rom finanziell unterstützten Heimwehren unter Führung von Ernst Rüdiger Starhemberg eine antinazistische Front bilden[39]. Da Mussolini auch die wirtschaftliche Wiederbelebung Österreichs wichtig war, wollte er *schleunigst etwas für Österreich tun*[40]. Am 17. März 1934 unter-

36 Salata an Suvich, 22. Oktober 1933, ASMAE, Gabinetto 195, pos. 11/8; Cerruti an Mussolini, 18. Oktober 1933, DDI, serie VII, Bd. XIV, d.298.

37 Ebd., Salata an Suvich, 22. Oktober 1933.

38 Die Vorstellungen des Duces in: Mussolini an Dollfuß, 9. September 1933, DDI, ebd., d.162. Zum Einfluss Mussolinis auf diese Entscheidungen siehe Lefebvre, L'intesa italo-francese 342 f.; zur inneren Lage in Österreich siehe Julius Braunthal, La tragedia dell'Austria (Firenze 1955) 100; Angelo Ara, Un'identità in trasformazione: l'Austria tra impero e seconda repubblica in: Fra nazione e impero: Trieste, gli Asburgo, la Mitteleuropa, hrsg. von Ders. (Milano 2009) 169–212, besonders 190–195; eine interessante Rekonstruktion der italienisch-österreichischen Beziehungen in den Jahren des Faschismus in: Ennio Di Nolfo, I rapporti austro-italiani dall'avvento del fascismo all'Anschluss, in: Storia e politica 1–2 (1974) 33–81; Ludwig Jedlicka, Austria e Italia dal 1922 al 1938, in: Storia e politica 1–2 (1974) 82–105.

39 Suvich, Memorie 88 f; siehe auch Ernst Rüdiger Starhemberg, Memorie (L'Austria dal 1918 al 1940) (Roma 1980); Pietro Pastorelli, L'Italia e l'accordo austro-tedesco dell'11 luglio 1936, in: Dalla prima alla seconda guerra mondiale, hrsg. von Ders. (Milano 1997) 112.

40 Suvich an Ciancarelli, 26. Jänner 1934, DDI, serie VII; Bd. XIV, d.619. (Übers. d. Verf.)

zeichneten Italien und Österreich die Römischen Protokolle, die darin enthaltenen wirtschaftlichen Vereinbarungen waren für Österreich besonders vorteilhaft[41]. Gleichzeitig sollte dadurch der politisch-ökonomische Einfluss Italiens im Donauraum gesichert, der deutsche Einfluss zurückgedrängt, die Wiederherstellung der Habsburgermonarchie verhindert[42] und der ungarische Revisionismus eingedämmt werden, denn Mussolini wollte Ungarn *keine genauen und konkreten Inhalte* liefern[43].

Auch kulturpolitisch wollte der *Duce* auf Österreich einwirken. Unter Vermittlung Suvichs beauftragte er im März 1934[44] Salata mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für die Einrichtung eines italienischen Kulturinstituts in Wien unter dessen Leitung. Die Funktion dieser neuen Einrichtung wurde wie folgt beschrieben:

> *Organ der italienisch-österreichischen Zusammenarbeit im intellektuellen Bereich als Kontakt- und Durchdringungszentrum zum sensiblen Ambiente der Hochkultur, im Dienste unserer [italienischen] Politik, [sollte] in jedem Bereich und mit allen geeigneten Mitteln stärker werden*[45].

Am 31. Juli 1934 genehmigte Mussolini die Pläne Salatas unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Putschversuchs und der Ermordung Dollfuß' am 25. Juli und wies ihn an, diese *ohne Verzögerungen* umzusetzen[46]. Für Suvich und für Salata war die Unabhängigkeit Wiens von Berlin ein wesentliches Element der italienischen Außenpolitik. In einem „Anschluss" sahen sie eine endgültige Durchsetzung jenes Deutschtums, gegen das sie seit ihrer Jugend kämpften, die Entstehung eines Großdeutschland sahen sie als *nationales Problem*[47]. Der „Schutz" der Wiener Regierung durch Italien ist im Rahmen des

41 Für den Text der Römischen Protokolle siehe ebd., d.811; Mussolini an mehrere Sitze im Ausland, 19. und 22. März 1934, ebd., Bd. XV, doc.2 und 15. Zu den Ursprüngen dieser Politik siehe Appunto di Suvich, September 1933, ebd., d.231 und Memorandum italiano per l'Europa danubiana, 29. September 1933, ebd., d.232.

42 Zu Letzterem v. Suvich an mehrere Sitze im Ausland, 5. März 1934, ebd., d.774.

43 Appunto di Cosmelli, 27. September 1933, ebd., d.224. (Übers. d. Verf.)

44 Pastorelli, L'Italia e l'accordo austro-tedesco 106.

45 Promemoria von Salata, 3. Juli 1934, ASMAE, CS, b.148, f.905. (Übers. d. Verf.)

46 Ebd., zu den italienisch-österreichischen Beziehungen siehe De Felice, Mussolini il duce 467–506.

47 Suvich, Memorie 81. (Übers. d. Verf.)

Plans der „Grandezza" zu sehen, einer Ausbreitung Italiens im Donau- und Balkanraum, wo Italien als Alternative zum Deutschtum auftrat.
Salata lehnte Österreich nicht ab, im Gegenteil. Das Land war der Nachfolger eines Staates und einer Gesellschaft, die trotz vieler Widersprüche an der Wiege der politischen und kulturellen Formierung seiner Heimat stand, es war ein Staatssystem, das „für seine gute Verwaltung und seine kulturelle Üppigkeit" bekannt war[48]. Die nationale Opposition hatte die österreichischen Italiener nicht davon abgehalten, die positiven Aspekte eines Staates wertzuschätzen, der ihnen eine weitreichende Organisations- und Verwaltungsautonomie eingeräumt hatte. Es waren daher ausgerechnet die ehemaligen Bürger des Habsburgerreiches, welche die politischen Forderungen und Probleme der neuen österreichischen Republik besser nachvollziehen konnten. So schrieb Suvich

> *[…] nach einem ersten Misstrauen gegenüber den Irredentisten hatten die Österreicher angefangen, eher in den Triestern und Juliern Menschen zu sehen, die ihrer Mentalität näher sind und sie besser verstehen können*[49].

Auch aus diesem Grund hatte der Palazzo Chigi diese Aufgabe Salata anvertraut. Suvich setzte ihn in allen Belangen ein, die sich auf Österreich bezogen. So war es Salata, der Suvich dazu riet, nicht nur auf die Enzyklika „Quadragesimo anno" in der neuen Verfassung zu verweisen, sondern auch einen klaren Bezug zum Faschismus herzustellen[50]. Salata war davon überzeugt, dass sich das neue österreichische Regime als direkte Ableitung des italienischen Faschismus verstehen sollte, und zwar sowohl hinsichtlich der politischen Strukturen als auch in Bezug auf die ideologischen Tendenzen. Nur auf diese Weise sei es möglich, die notwendige Kraft zu schaffen, um die Unabhängigkeit zu bewahren.

Zudem gelang es Salata, enge Beziehungen zu einigen wichtigen Politikern in Wien herzustellen. So hatten ihm seine Besuche kultureller Natur zum Beispiel erlaubt, „vertrauliche Beziehungen"[51] mit Kurt Schuschnigg, dem Justiz- und Bildungsminister der Regierung Dollfuß sowie aufgehen-

48 Luigi Valiani, La dissoluzione dell'Austria-Ungheria (Milano 1985) 10.

49 Suvich, Memorie 80. (Übers. d. Verf.)

50 Salata an Suvich, 3. März 1934, DDI, Serie VII, Bd. XV, d.104, nota 2.

51 Promemoria di Salata, 31. Juli 1934, cit.; siehe auch Starhemberg, Memorie 283.

den Stern der kommenden Regierungspartei und Nachfolger des ermordeten Kanzlers, aufzubauen. Salata hatte allerdings ein schlechtes Verhältnis zu manchen seiner italienischen Gesprächspartner, vor allem zu Piero Parini, dem Generaldirektor im Palazzo Chigi für die im Ausland ansässigen Italiener. Dieser hielt ihn für einen schlechten Faschisten[52]. Aber wahrscheinlich waren das nur Eifersüchteleien, bedingt durch die Kritik Salatas an der Funktionsweise der Behörde, die vom faschistischen Diplomaten geleitet wurde[53].

Der nationalsozialistische Putschversuch und die Ermordung Dollfuß'[54] erhöhten die Dringlichkeit von Salatas Auftrag. Am 21. August 1934 traf Mussolini in Florenz den neuen österreichischen Kanzler Schuschnigg. Bei den Gesprächen wurde die Notwendigkeit eines *intensiveren kulturellen Austauschs zwischen den beiden Ländern*[55] hervorgehoben. Salata übernahm die Leitung des Kulturinstituts in Wien und trat in Verhandlungen zur Unterzeichnung eines Kulturabkommens[56], er sollte aber vor Ort auch Informationen über die Entwicklung der politischen Situation Österreichs erheben, die er direkt an Suvich weiterleitete und die damit teilweise auch Mussolini bekannt waren. Bis zum 2. Februar 1935, dem Tag der Unterzeichnung des italienisch-österreichischen Kulturabkommens[57], schickte Salata laufend Berichte über die politische Situation in Österreich und dessen Beziehungen zu Deutschland nach Rom. Er hielt diesbezüglich eine „Normalisierung" für notwendig, um das Schuschnigg-Regime zu stabilisieren. Am 5. August 1934 schrieb er nach Rom:

---

52 Er nannte ihn in einem Gespräch mit Starhemberg „un porco" („ein Schwein"), Starhemberg, Memorie 283. Zur Beziehung zwischen Salata und Parini siehe Entwurf eines Briefes von Salata an Parini, 17. Mai 1934 und Parini an Salata, 13. Juni 1934, ASMAE, CS, b.148, f.906.

53 Riccardi, Francesco Salata 344.

54 Zu diesen Geschehnissen v. Kurt Von Schuschnigg, Autriche ma patrie (Paris 1938) 201–214.

55 Notiz von Suvich an Mussolini, 21. August 1934, DDI, serie VII, Bd. XV, d.723. (Übers. d. Verf.)

56 Schema per il comunicato, 19. Oktober 1934, ASMAE, CS, b.148, f.905; Wiener Botschaft an MAE [it. Außenministerium], 17. Dezember 1934, ebd., Schuschnigg blieb auch nach Übernahme des Kanzleramts Unterrichtsminister. Salatas Gesprächspartner bei den Verhandlungen war der Staatssekretär in Bundesministerium für Unterricht Pernter.

57 Der Text in: Accordo tra lo Stato federale Austriaco e il regno d'Italia concernente lo sviluppo dei rapporti culturali tra i due Stati, ASMAE, CS, b.149, f.908. Dieser wurde als „das erste Beispiel eines internationalen Übereinkommens, das konkret und einheitlich die Entwicklung kultureller Beziehungen zwischen zwei Staaten regelt[e]" erachtet, siehe Comunicato, ebd., f.914. Siehe zu diesem Abkommen auch Umberto Corsini, Rudolf Lill, Alto Adige 1918–1946 (Bolzano 1988) 220; der Bezug auf Salata, ebd., 224, Anmerkung 7.

> *Der Nazi-Kampagne […] muss schnellstmöglich die vollendete Tatsache einer effektiven und praktischen Umsetzung der – zumindest provisorischen – neuen Verfassung entgegengesetzt werden; besonders [die Umsetzung] jener von der Regierung ernannten gemeinschaftlichen Organe, die vom neuen Gesetz vorgesehen sind und – ohne eine Gefahr für die ‚autoritäre' Ausführung der exekutiven Gewalt darzustellen – dazu beitragen, neben der Bekämpfung der nationalsozialistischen Unruhe auch jene Strömungen der öffentlichen Meinung in Österreich zufriedenzustellen, die – meist nicht der aktuellen Regierungsrichtung oppositionell eingestellt – die gegenwärtige Situation schon lange Zeit schwer tolerieren.*[58]

In Wien befürchtete man, dass die Umsetzung der neuen Verfassung negative Reaktionen in Berlin zur Folge haben könnte[59]. Für Salata war die Verwirklichung der Pläne Dollfuß' aber der einzige Weg, die Durchsetzung der Anschlussdoktrin zu vermeiden. Der nazionalsozialistischen *Bewegung* und dem *spontanen* Wunsch der Bevölkerung nach einer Vereinigung mit Deutschland sollte die konstitutionelle Legalität entgegengestellt werden, die gemäßigte öffentliche Meinung sollte sich im patriotischen Kurs der Regierung wiederfinden. Die *Faschistisierung des österreichischen Staates* [60] durch die Gründung einer Einheitspartei bedeutete nicht nur die Reproduktion eines ideologischen Modells, sondern die Wiege eines neuen österreichischen Patriotismus, der die Grundlage eines unabhängigen österreichischen Staates schaffen sollte, ein demokratisches System wäre diesen Plänen hinderlich gewesen. Salata zufolge sind

> *innerhalb dieser [der Vaterländischen Front] der Konkurrenzgedanke und die Interessen, die auf die Herkunft der Gruppen aus ehemaligen Parteien zurückgehen, insbesondere zwischen Christsozialen und Heimwehren, alles andere als verschwunden und in einer aktiven, dem Führer folgsamen Vereinigung zusammengeschmolzen*[61].

---

58 Promemoria von Salata, 5. August 1934, ASMAE, CS, b.140, f.842. (Unterstreichung im Text, Übers. d. Verf.)

59 Preziosi an Mussolini, 3. August 1934, DDI, Serie VI; Bd. XV, d.643.

60 Mussolini an Dollfuß, 9. September 1933, ebd. (Übers. d. Verf.)

61 Promemoria von Salata, 12. September 1934, Salata an Suvich beigefügt, 13. September 1934, ASMAE, CS, b.140, f.842. (Übers. d. Verf.)

Das Vorhaben des neuen Bundeskanzlers war schwierig. Die Umgestaltung des österreichischen Staates vom Parlamentarismus zum autoritären Korporatismus sah auch die Berücksichtigung einer Reihe traditioneller Elemente vor – vor allem des Katholizismus. Diese Elemente sollten die ideologische Basis des neuen patriotischen Regimes werden[62], Dollfuß und Schuschnigg ersetzten somit „den Nazi-Faschismus durch den klerikalen Faschismus"[63]. Salatas politische Kontakte in Österreich waren für Rom wichtig und Suvich ließ ihm auf Anweisung Mussolinis 100.000 Lire zur Förderung der *relationalen* Tätigkeit des Senators überweisen[64]. Die Unterzeichnung des Kulturabkommens stärkte Salatas Stellung sowohl in Wien als auch in Rom. Er war überzeugt davon, dass dies ein wichtiger Beitrag dazu war, *die Aufmerksamkeit der österreichischen Intellektuellen allmählich von Berlin und München auf Wien zu lenken*[65]. Seine Besprechungen mit Schuschnigg wurden immer häufiger. Darüber informierte er jetzt nicht mehr Suvich, sondern direkt Mussolini. Auch der österreichische Kanzler wandte sich sehr bewusst an den persönlichen Berichterstatter des *Duces*, Salata, der die Gunst des österreichischen Regierungschefs genoss. Darin unterschied er sich von Preziosi, dem italienischen Gesandten in Wien, der Starhemberg mehr vertraute und der dessen direkte Verbindung nach Rom war. Zwischen Salata und Preziosi entstand eine Dichotomie, ein Wettstreit, der nicht selten zu konträren Auslegungen der politischen Situation Österreichs führte. Salata verließ sich beispielsweise mehr auf die Informationen der der ehemaligen christsozialen Partei nahestehenden Kreise, Preziosi hingegen hielt gerade diese *Kamarillen* für eine Schwachstelle im politischen Erneuerungsplan Schuschniggs[66].

Ein großer Erfolg Salatas waren partielle Verbesserungen in der Sprachenpolitik in Südtirol, was Mussolini anlässlich seines Treffens mit dem österreichischen Kanzler am 11. Mai 1935 offiziell verkündete[67]. Schuschnigg

62 Promemoria von Salata, 15. September 1934, Ebd; teilweise auch veröffentlicht in DDI, Serie VII, d.775, nota 2.

63 Braunthal, La tragedia 111.

64 Siehe dazu Suvich an Bocchini, 30. Oktober 1934 und Bocchini an Mussolini, 3. November 1934, ASMAE, Gab. 195, pos.11/8.

65 Salata an Mussolini, 17. Februar 1935, DDI, Serie VII, Bd. XVI, d.609. (Übers. d. Verf.)

66 Preziosi an Mussolini, 11. Februar 1935, ebd., p. 645, n.1.

67 Gespräch Mussolini-Schuschnigg, 11. Mai 1935, DDI, serie VIII, Bd. I, d. 180; siehe dazu auch Toscano, Storia diplomatica 134–135; es ist zu berücksichtigen, dass Schuschnigg

brachte die faschistische Politik in Italien manchmal in Verlegenheit, weil sie gerade im Hinblick auf Südtirol in der öffentlichen Meinung antiitalienische Haltungen schürte. Selbst nach der Unterzeichnung des Kulturabkommens erinnerte er Salata daran, dass *die Auseinandersetzung in Südtirol nicht zwischen Italien und Österreich [bestünde], sondern zwischen Italien und dem deutschen Nationalsozialismus*[68]. Im Gegenteil, so Salata zu Mussolini,

> *die Loyalität der Deutschen in Südtirol gegenüber Italien war nicht nur eine rechtliche Notwendigkeit, gebührend einem historischen Ereignis und unabänderlich, sondern ein Nutzen und eine Chance für Österreich selbst. Der Südtiroler Irredentismus, wenn er denn je existiert hat, nützte weder den Südtirolern noch Österreich und war lediglich eine Spekulation – vielmehr antiösterreichisch als antiitalienisch – Nazi-Deutschlands*[69].

Zur Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit musste der *Duce* also jene „liberalen und sinnvollen"[70] Vorschläge wieder aufgreifen, die Salata unter Widerspruch des damaligen Führers der *Fasci di Combattimento* zu Beginn der 1920er-Jahre verfasst hatte. Schuschnigg zeigte sich beeindruckt von dieser Initiative[71], von der er sich eine Milderung der antiitalienischen Stimmung in der österreichischen Öffentlichkeit erhoffte, gleichzeitig sollte damit den österreichischen Nationalsozialisten ein Trumpf aus der Hand genommen und die Politik der Freundschaft zwischen Wien und Rom gefördert werden. Salata schrieb nach Rom:

> *Alle hier sind überzeugt, dass die Einführung des privaten Deutschunterrichts in der Provinz Bozen nicht nur einen wirksamen Schlag gegen die nationalsozialistische Propaganda darstellt, sondern auch der Situation der österreichischen Bundesregierung einen wertvollen Dienst erweist. Davon wird mit Sicherheit auch unsere kulturelle Tätigkeit hier profitieren.*[72]

---

im März 1935 die Auflösung des Organs der Südtiroler Emigration veranlasst hatte, siehe Corsini – Lill, Alto Adige 220.

68 Salata an Mussolini, 17. Februar 1935, DDI, Serie VII, Bd. XVI, d.609. Der Vorschlag, dem der Kanzler zustimmte, kam von Salata im Laufe ihres Gespräches. (Übers. d. Verf.)

69 Ebd. (Übers. d. Verf.)

70 Pastorelli, L'Italia e l'accordo austro-tedesco 106.

71 Entwurf eines Briefs von Salata an Suvich, 23. Mai 1935, ASMAE, CS, b.148, f.901.

72 Ebd. (Übers. d. Verf.)

Nach Salatas Meinung war es im Hinblick auf das bilaterale Verhältnis unumgänglich, einige Forderungen der deutschsprachigen Bevölkerung der Provinz Bozen zu akzeptieren und zu einer „liberalen" Politik zurückzukehren. Der *Duce* betonte, dass dies nicht als Wende seiner Deutschlandpolitik zu interpretieren sei. Er erklärte sich

> *bereit, Privatunterricht und andere Lockerungen für die Südtiroler einzuräumen, sofern dies Österreich nützen könnte. Heute jedoch ist die Situation in Südtirol jene, dass jeder Nationalsozialist ist, besonders die jungen Leute, die von Österreich nichts hören wollen und sich vom nationalsozialistischen Deutschland alles erhoffen. Jegliches Zugeständnis würde heute in Südtirol als Schwäche gegenüber dem Nationalsozialismus ausgelegt werden*[73].

Die italienische Position in Wien schien sich im Jahr 1935 zu festigen und Schuschnigg unterstützte Rom auf internationaler Ebene. So lobte er etwa das Mussolini-Laval-Abkommen[74] und missbilligte die Politik des Völkerbunds in der Äthiopien-Frage[75]. Hinsichtlich der Beziehungen zu Deutschland setzte man in Wien auf Zeit und vertröstete den deutschen Botschafter von Papen hinsichtlich des Abschlusses eines österreichisch-deutschen Abkommens[76]. Der österreichische passive Widerstand führte zu einem politischen Rückzieher des Deutschen Reiches[77]. Auch die innenpolitische Balance schien durch den wachsenden Einfluss der Heimwehren für die italienische Orientierung zu sprechen[78].

Salata berichtete jedoch auch von negativen Aspekten. Ab Ende Oktober 1935 informierte er über Befürchtungen in der österreichischen Politik,

---

73 Gespräch von Mussolini mit Starhemberg, 19. April 1935, DDI, serie VIII, Bd. I, d. 56. (Übers. d. Verf.)

74 Salata an Mussolini, 17. Februar 1935, DDI, Serie VII, Bd. XVI, d.609.

75 Preziosi an Mussolini, 8. Oktober 1935, DDI, Serie VIII, Bd. II, d.286; zu Mussolinis Dank für die österreichischen Stellungnahmen Mussolini an Schuschnigg, 10. Oktober 1935, ebd., d.307.

76 Preziosi an Mussolini, 15. Juli 1935, ebd., Bd. I, d.307; Preziosi an Mussolini, 5. und 12. August 1935, ebd., d.666 und 716.

77 Memorandum by a Deputy Director of Department II, Renthe-Frink, 7. Oktober 1935, Documents of German Foreign Policy (DGFP), Serie C, Bd. IV, d.335.

78 Preziosi an Mussolini, 17. Oktober 1935, DI, Serie VIII, Bd. II, d.363; die deutsche Ratlosigkeit bezüglich dieser Entwicklung in: von Papen an Hitler, 18. Oktober 1935, DGFP, Serie C, Bd. IV, d.363.

die Abessinienpolitik könnte die österreichisch-italienischen Beziehungen schwächen[79]. Salata legte dar, dass in der Presse der anglofranzösische Einfluss steige und sozialistische und freimaurerische Ideen verbreitet würden[80]. Auch in der für die öffentliche Meinungsbildung wichtigen katholischen Kirche konstatierte er eine antiitalienische Haltung:

> *Die Ursache [war] komplex: Konfessionelle Motive des Pazifismus; der aufkommende Antifaschismus bei den älteren Parlamentariern der christsozialen Partei, was innenpolitisch von der Konkurrenz mit den Heimwehren verstärkt wurde; der Wunsch, dem Vorwurf der Einseitigkeit der italophilen Politik von Dollfuß und seinem Nachfolger konkrete Basis zu geben; letztlich die unverhohlene antiitalienische Haltung der erzbischöflichen Kurie in Wien […] der Wiener Erzbischof Kardinal Innitzer, der uns schon wohlgeneigt war, [konnte] in diesem Moment nicht zu den Freunden Italiens gerechnet werden.*[81]

Zur Feindseligkeit des Erzbischofs kam auch die des Apostolischen Nuntius Monsignore Sibilia, der erst später seine Haltung ansatzweise änderte und Schritte in Richtung Versöhnung setzte[82]. Salata hielt generell die österreichische Gesellschaft für weitgehend unempfänglich für den italienischen Einfluss. Trotz aller Bemühungen schien die positive Einstellung der Regierung Schuschnigg gegenüber Italien ab Herbst 1935 in der Öffentlichkeit immer mehr an Zuspruch zu verlieren – das war auch der Eindruck Preziosis[83]. Es waren jedoch grundsätzliche Dinge, die schließlich die italienisch-österreichischen Beziehungen veränderten. Am 6. Jänner 1936 berief Mussolini im Palazzo Venezia den deutschen Botschafter von Hassell ein, dem er seine Absicht mitteilte, *Österreich in Richtung Deutschland zu lenken*[84]. So verpflichtete sich der *Duce*, sich nicht gegen eine Politik zu wenden, die Österreich zu einem „Satelliten" Deutschlands mit einer zu Berlin „parallelen" Außen-

79 Evoluzioni dell'opinione pubblica austriaca, 24. Oktober 1935, ASMAE, CS, b.148, f.901.

80 Ebd.

81 Ebd. (Übers. d. Verf.)

82 Salata an Suvich, 22. November 1935, ebd. Salata argwöhnte, dass der Prälat seine Haltung aufgrund von Druck aus Rom geändert hatte.

83 Preziosi an Mussolini, 20. November 1935, DDI, Serie VIII, Bd. II, d.671.

84 Von Hassell an Neurath, 7. Jänner 1936, DGFP, Serie C, Bd. IV, d.485; siehe auch Renato Mori, Mussolini e la conquista dell'Etiopia (Firenze 1978) 248.

politik machen würde. Auf diese Weise wollte sich die italienische Regierung von der internationalen Isolierung infolge des Abessinienkrieges befreien. Die Wiederannäherung an Deutschland erschien dem Palazzo Venezia der nunmehr einzige Weg[85], und weil zur Erreichung des Ziels „etwas geopfert werden musste, opferte Mussolini Österreich“ [86].

Es gab aber auch Gegner dieser Politik. Dazu gehörte vor allem Unterstaatssekretär Suvich, der seit jeher Hauptförderer der Unabhängigkeitspolitik Österreichs gewesen war. Mussolini ließ seinen wichtigsten Mitarbeiter im Palazzo Chigi über seine Entscheidungen vollkommen im Dunkeln. Über den Inhalt seines Gesprächs mit von Hassell erfuhr Suvich erst am 24. Jänner und das noch dazu nicht von Mussolini, sondern vom deutschen Botschafter[87]. Er hielt dem *Duce* daraufhin die Gefahren vor Augen, die dieser Haltungswechsel für das europäische Gleichgewicht bedeuten würde. Am 29. Jänner 1936 schrieb er:

> *Genauso nachteilig […] wäre das Bild, das die germanophile Politik Italiens in Österreich machen würde; die Wirkung könnte zweifacher Art sein; der Eindruck, dass Italien Österreich aufgäbe und es entweder in die Hände der Nazis übergeben oder es in die Arme von Frankreichs System der Kleinen Entente werfen würde; wir wären in beiden Fällen abgeschnitten.*[88]

Suvich zufolge würde dadurch die Isolierung Italiens in Europa verschärft und nicht verringert.

> *Deutschland in Wien bedeutet Deutschland in Budapest. Die Tschechoslowakei wäre also liquidiert. Rumänien befände sich in dem Dilemma, entweder Gefolge Russlands oder Deutschlands zu werden, und wahrscheinlich würde es sich für Letzteres entscheiden. Jugoslawien würde sich einzig und allein mit Deutschland verbünden wollen. Die anderen Balkanländer würden aus Tradi-*

85 Siehe dazu Pastorelli, La politica estera italiana 1936–1939 in: Dalla prima alla seconda guerra mondiale, hrsg. von Ders. 119–134, besonders 121.

86 Di Nolfo, I rapporti 77. Zum Gespräch zwischen Mussolini und von Hassell siehe auch Angelo Ara, Il problema austriaco nella politica estera italiana, 1936–1938 in: Fra nazione, hrsg. von Ders. 57–75.

87 Pastorelli, L’Italia e l’accordo austro-tedesco 95; v. auch Aufzeichnung Suvich, 24. Jänner 1936, DDI, Serie VIII, Bd. III, d.110.

88 Suvich an Mussolini, 29. Jänner 1936, DDI, Serie VIII, Bd.III, d.131. (Übers. d. Verf.)

tion und aus Interesse dem Reiz und der Überheblichkeit dieses aufblühenden und sich aufdrängenden Deutschlands unterfallen.[89]

Diese weitsichtige Stellungnahme war nicht nur das Ergebnis der irredentistischen Vergangenheit des Untertaatssekretärs, was ihn zu einem „natürlichen" Gegner des Deutschtums machte. Die zunehmende Aggressivität der deutschen Politik gefährdete die nationalen Interessen Italiens. Das Heranrücken Mussolinis an Deutschland zerstörte das wenige, das man in den Jahren zuvor mit dem auf den Römischen Protokolle gestützten System hatte aufbauen können. Die wahre Achillesferse waren die Alternativszenarien. Es gelang Suvich nämlich nicht, Mussolini einen Vorschlag zu unterbreiten, der die vom Palazzo Venezia entwickelte Strategie wirkungsvoll ersetzen hätte können[90]. So kam es, dass der *Duce* ihm vorwarf, „die Partie Österreich" verloren zu haben[91]. Von diesem Zeitpunkt bis zum 11. Juni 1936, dem Tag des Amtsantritts von Galeazzo Ciano als Außenminister, wurden im Palazzo Chigi zwei Linien verfolgt: Mit der ersten, geleitet von Suvich, versuchte man die österreichische Unabhängigkeit am Leben zu erhalten; mit der anderen, unter Führung von Mussolini, pflegte man die neue Freundschaft mit Deutschland und gab die bis dahin gewahrten privilegierten Positionen auf, um sie Berlins Einfluss zu überlassen.

Salata wurde vom *Duce* – wahrscheinlich im Zuge der Audienz, die er ihm am 24. März 1936 gewährte – beauftragt, die neue Phase der italienisch-österreichischen Beziehungen zu leiten. Dies geschah ausgerechnet an dem Tag, als sich in Rom die drei Regierungschefs trafen, welche die Römischen Protokolle unterzeichnet hatten[92]. Der von Mussolini erzwungene Richtungswechsel in den österreichisch-deutschen Beziehungen war unverkennbar. Salata selbst musste den widerstrebenden österreichischen Bundeskanzler dazu überreden, seine Einstellung zu einer Zusammenarbeit mit

89 Suvich an Mussolini, 7. Februar 1936, ebd., d.194. (Übers. d. Verf.)

90 Pastorelli, L'Italia e l'accordo austro-tedesco 96.

91 Ara, Il problema austriaco 64.

92 Entwurf eines Briefes von Salata an Mussolini, 25. März 1936, ASMAE, CS, b.148, f.903; für die Inhalte des Treffens zwischen den drei Regierungschefs siehe Colloquio Mussolini–Schuschnigg–Gömbös, 21.–23. März 1936 und Colloquio Mussolini-Schuschnigg, 24. März 1936, DDI, Serie VIII, Bd. III, dd. 506, 511, 513, 523.

Deutschland zu ändern[93]. Preziosi, der in enger Verbindung mit den antideutsch eingestellten Kreisen der österreichischen Politik stand, schien angesichts des neuen Szenarios der italienisch-österreichischen Verbindungen nicht mehr geeignet[94]. Der Diplomat wurde zunächst suspendiert, am Tag nach der Unterzeichnung des österreichisch-deutschen Abkommens am 11. Juli 1936 wurde er abberufen.

Aber auch Salata kam politisch an seine Grenzen. Offenbar war er sich nicht bewusst darüber, dass dies das Ende des „Systems" der Römischen Protokolle darstellte, von deren Wichtigkeit er stets überzeugt gewesen war[95]. Von Beginn an unterstützte er einen österreichisch-deutschen Vertrag, in der Illusion, dass – sollte keine Spannung mehr zwischen den beiden Staaten bestehen –, Hitler keinen Vorwand zur Durchsetzung des „Anschlusses" hätte. „Er glaubte, das österreichisch-deutsche Abkommen würde die Unabhängigkeit Österreichs aufrechterhalten, vor allem, wenn es von der italienischen Garantie profitieren würde. Er handelte also gutgläubig und auch wenn ihn das moralisch ehrt, bleiben dennoch einige Zweifel an seinem politischen Scharfsinn, denn er hätte begreifen müssen, dass er ein Wagnis eingeht, das ein negatives Nachspiel haben würde"[96].

Salata spielte also „eine nicht unerhebliche Rolle"[97] in der Annäherung Österreichs an Deutschland. Im Gegensatz zu Salata hatte Suvich sofort durchschaut, dass Mussolini dabei war, die Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit aufzugeben. Alle Versuche der österreichischen Politik – in die Salata von Schuschnigg als „Kontaktstelle" [98] zum Palazzo Venezia direkt einbezogen war – Mussolini zu einer Haltungsänderung zu bewegen, waren hoffnungslos. Der mehrfach bekräftigte Wille des Kanzlers, der politischen Strategie Dollfuß' treu zu bleiben – „Treue zur Freundschaft Italiens und zum

93 DDI, Serie VIII, Bd. III, d. 506.

94 Siehe dazu die Rekonstruktion des französischen Vertreters in Wien, Gabriel Puaux, einige Monate später: Puaux an Delbos, 6. August 1936, in Documents Diplomatique Francais (im Folgenden DDF) 1932–1939 , Serie II, Bd. III, d. 98.

95 Salata an Suvich, 2. März 1936, DDI, serie VIII, Bd. III, d. 351.

96 Pastorelli, L'Italia e l'accordo austro-tedesco 106 f.

97 Ara, Il problema austriaco 64.

98 Salata an Suvich, 22. April 1936, DDI, serie VIII, Bd. III, d. 733.

autoritären Regime“ [99] – fiel anderen Prioritäten zum Opfer, die sich aus den „neuen“ Anforderungen der italienischen Außenpolitik ergaben.
Salata „war weit entfernt von der Realität der Tatsachen“[100] – wie weit, das zeigt das, was er in den Wochen vor dem österreichisch-deutschen Abkommen in Rom schrieb:

> *Wenn, man in unserem Interesse, meinem Freund [Schuschnigg] raten sollte, die Gespräche fortzuführen, sollte man diese geschickt verzögern bis wir uns unsererseits über die Nutzung der potentiellen Funktion des „deutschen Dokuments“ in den allgemeinen Verhandlungen mit London und Paris im Klaren sind […].*[101]

Eigentlich wollte sich Mussolini des österreichischen Problems nur schnell entledigen, weil es einen Störfaktor für seine neue europäische Strategie darstellte. Nicht zufällig empfing der *Duce* am 5. Juni 1936 auf der Burg Rocca delle Caminate den österreichischen Kanzler und bestärkte Wien darin, auf die deutschen Vorschläge eines Modus Vivendi einzugehen[102]. Schuschniggs Versuch, seinen Gesprächspartner zu einer direkten Beteiligung Italiens am Vertrag als Garantie für Österreichs Unabhängigkeit zu bewegen, scheiterte. Der dem Treffen beigezogene Suvich schlug vor, als letzten Verweis auf die frühere proösterreichische Politik Italiens zumindest einen Bezug auf die Römischen Protokolle einzufügen. Da dies im Grunde unerheblich war, willigte der *Duce* ein[103]. Unterstaatssekretär Suvich, der Ansprechpartner Salatas im Palazzo Chigi, hatte seinen Einfluss verloren, seine Österreichpolitik entsprach nicht mehr der Mussolinis. Es ging nur mehr um einen gesichtswahrenden Abgang. Der Triestiner Politiker wurde – wenn auch nur für kurze Zeit – als Botschafter nach Washington versetzt[104].

In den Wochen vor Abschluss des österreichisch-deutschen Juliabkommens begann sich eine widersprüchliche Situation abzuzeichnen: Mussolini

---

99 Ebd.

100 Riccardi, Francesco Salata 381.

101 Salata an Suvich, 1. Juni 1936, DDI, serie VIII, Bd. IV, d. 157. (Übers. d. Verf.)

102 Gespräch Mussolini-Schuschnigg, 5. Juni 1936, ebd., d. 192.

103 Riccardi, Francesco Salata 382.

104 Anmerkungen zu dieser Phase in G. Bianchi, Introduzione a Suvich, Memorie XIX–XX.

drängte Schuschnigg zu einem Abkommen mit Deutschland und dieser entfernte schrittweise die italophilen Minister aus seiner Regierung, um den Weg für ein Abkommen mit Berlin zu ebnen. Dieses sollte allerdings so wenig bindend wie möglich sein. Salata hielt an seinen antideutschen Standpunkten fest, doch dies entsprach nicht den Absichten des *Duces*. Es begann sich eine „Krise" abzuzeichnen, welche die gesamte italienische Außenpolitik belasten sollte[105].

Das Juliabkommen beraubte Salata nicht seiner Illusionen. So ließ er es sich nicht nehmen, anzumerken, wie sehr dieses Abkommen *die Position Österreichs sichert und sowohl innenpolitisch als auch bezüglich seiner internationalen Beziehungen, insbesondere zu Italien*[106] festigt. Die politische Verantwortung des Senators bei der Zustimmung zu diesem Abkommen lässt sich an der Tatsache ablesen, dass dieser – aus Sicht des Botschafters von Papen – die „einzige Person [war], die umfassend informiert war über das, was gerade passierte"[107]. Tatsächlich verfolgte Salata in seiner Rolle als Abgesandter des *Duces* die gesamte Verhandlung zwischen Österreich und Deutschland Schritt für Schritt und erstattete dem Regierungschef gewissenhaft Rapport über die gemachten Fortschritte[108]. Die Beziehungen zwischen Salata und Preziosi verschlechterten sich in diesen Tagen allerdings noch mehr. Als dieser von den vollendeten Tatsachen erfuhr, „schwor er" – laut dem Bericht von Filippo Anfuso, Kabinettschef des Außenministers Ciano –, den „Rivalen" zu „bestrafen"[109].

105 Eine Analyse in Francesco Lefebvre d'Ovidio, La questione austro-tedesca e la crisi della politica estera italiana (luglio 1934–luglio 1936), in: Storia delle relazioni internazionali 2 1999 (2003) 3–64; Riccardi, Francesco Salata 375–385.

106 Traccia generale per la stampa, im Anhang von Salata an Ciano, 11. Juli 1936, ASMAE, CS, b.260, f.1739; für die übersetzten und persönlich von Salata nach Rom gesendeten Texte des Vertrags v. ASMAE, CS, b.213, f.1251. (Übers. d. Verf.)

107 Zur Rolle Salatas v. Franz von Papen, Memorie (Bologna 1952) 439. Zur Person von Papen siehe auch Stefano Trinchese, Il Cavaliere tedesco. La Germania antimoderna di Franz von Papen (Roma 2000).

108 Pastorelli, L'Italia e l'accordo austro-tedesco 104 f.

109 Filippo Anfuso, Roma Berlino Salò (Milano 1950) 17.

5. Eine kurze Mission

Die Ernennung Salatas am 7. August 1936 zum Gesandten und Nachfolgers Preziosis war ein logischer Schritt. Schuschnigg reagierte darauf positiv, Salata wurde damit auch offiziell das direkte Bindeglied zum Kanzler und Rom konnte weiterhin Schuschniggs Arbeit kontrollieren. Die Entscheidung stieß aber in Wien nicht überall auf Sympathie[110]. Salatas Tätigkeit in der neuen Funktion war von Anfang an von Missverständnissen[111] geprägt. Zwischen Salatas persönlicher Position und der vom Palazzo Venezia angestrebten Politik, vertreten durch den neuen Außenminister Gian Galeazzo Ciano, bestanden erhebliche Differenzen. Salata sah seine Ernennung als eine Geste, die von *besonderem Wohlwollen und Achtung* [112] gegenüber seiner Person zeugte. Die Informationen des italienischen militärischen Nachrichtendienstes SIM lassen jedoch das Gegenteil vermuten. Demzufolge wurde die Ernennung Salatas *von der gesamten Staatskanzlei mit wahrer Empörung* aufgenommen, dessen gutes Verhältnis zu Schuschnigg wurde negiert, Salata zähle *auf Sympathien, die er sicher nicht genoss*:

> *Salata würde auf eine einzige Person setzen – den Kanzler – der dafür bekannt ist, häufig schon ironische Bemerkungen über ihn gemacht zu haben. Ihre guten Beziehungen, basierend auf dem kulturellen Element, wären folgende: unermüdliche Schmeichelei seitens Salata; Herablassung seitens Schuschnigg.*[113]

Salata wurde jedenfalls in direkte Verbindung zum Juliabkommen gebracht, seine Beförderung war daher keine Überraschung. Die Überreichung des Beglaubigungsschreibens am 4. September 1936 orientierte sich an der traditionellen Richtung der italienisch-österreichischen Beziehungen. In der Rede, die der neue italienische Gesandte bei dieser Gelegenheit hielt, betonte er die Bedeutung der Römischen Protokolle[114]. Auch auf informeller Ebene war der

110 Dies laut einiger Stimmen, die ein Informant des SIM gesammelt hat; cf., Appunto von Gabinetto, 21. August 1936, ASMAE, Generalsekretariat, 1936, f.29.

111 Pastorelli, L'Italia e l'accordo austro-tedesco 114

112 Salata an Ciano, 22.–23. Juli 1936, DDI, serie VIII, Bd. IV, d. 607. (Übers. d. Verf.)

113 Anonymes Informationsmaterial des SIM, 16. September 1936 in ASMAE, Generalsekretariat, 1936, f. 29, p. 6. (Übers. d. Verf.)

114 Salata an De Peppo, 27. August 1936, in ASMAE, Gab. 231, pos. 11/12 Austria.

Kanzler um Kontinuität bemüht. Noch am Tag vor der Überreichung des Beglaubigungsschreibens traf er Salata und sicherte ihm zu, dass er auch in der neuen Funktion seine wichtigste „Kontaktstelle" zu Rom bleibe. Schuschnigg wollte ihn als Kanal für *der eigentlichen Außenpolitik ferne Themen*[115] nutzen und auf diese Weise die Unterstützung des Palazzo Venezia gewinnen. Für Mussolini war Österreich aber nicht mehr von substanzieller Bedeutung, sondern Teil der komplexen Beziehungen zu Nazideutschland.

Es war nicht das erste Mal, dass Schuschnigg versuchte, mithilfe Salatas herauszufinden, in welche Richtung Mussolinis Absichten gingen. Auch kurz nach Unterzeichnung des Juliabkommens hatte er gegenüber Salata die Bedeutung einer italienischen Garantie betont. Dieser versuchte am 22. Juli, den österreichischen Kanzler zu beruhigen, gab aber seiner „persönlichen Meinung"[116] Ausdruck, wonach eine italienische Garantie unangebracht und der Verweis auf die Römischen Protokolle im Abkommen mehr als ausreichend sei. In den Augen Salatas lag die Zukunft Österreichs auf jeden Fall in den Händen Italiens und dessen Verhältnis zu Berlin:

> *Entweder dauern unsere Beziehungen zu Deutschland wie sie jetzt sind fort oder sie werden enger und dann versteht es sich eine italienische Garantie von selbst […] Oder die italienisch-deutschen Beziehungen verändern sich und in diesem Fall würde automatisch das Interesse und der Wille Italiens wieder entstehen, die Unabhängigkeit Österreichs gegen jede Bedrohung zu schützen, so wie es am 25. Juli 1934 der Fall war.*[117]

In den folgenden Wochen begann Salata die Veränderung des politischen Klimas zu begreifen. Der Gesandte sprach gegenüber Außenminister Galeazzo Ciano von einem „schweren Missverständnis" hinsichtlich Österreichs Zukunft und der Beziehungen zu Deutschland:

115 Salata an Ciano, 3. September 1936, ebd., CS, b. 275, f. 1909. (Übers. d. Verf.)

116 Riccardi, Francesco Salata 388.

117 Salata an Ciano, 22.–23. Juli 1936, DDI, serie VIII, Bd. IV, d. 607 (Übers. d. Verf.).

> *[…] als habe Österreich mit dem Abkommen vom 11. Juli gänzlich, wenn nicht die Disziplin des politischen Nationalsozialismus, die nationalsozialistische Kultur akzeptiert, die als einzige derzeitige Kultur Deutschlands erachtet wird. Die Texte vom 11. Juli sagen klar und deutlich das Gegenteil. Wer aber die nationalsozialistische Kultur nicht akzeptiert, gilt als außerhalb von der deutschen nationalen Gemeinschaft*[118].

Das politisch bedeutsamste Zeichen war die Stornierung der finanziellen Unterstützung der Heimwehren durch Mussolini[119]. Die italienisch-österreichischen Zusammenkünfte waren in diesen Monaten von einer zunehmenden Kälte seitens der Vertreter der Regierung in Rom charakterisiert. Es wurde offensichtlich, dass die Unabhängigkeit Österreichs nicht mehr auf der Prioritätenliste der italienischen Außenpolitik stand. Salata musste seinen Wiener Gesprächspartnern dennoch akzeptable Erklärungen für die Entscheidungen des Palazzo Chigi liefern. Auch das Treffen der Mitgliedsstaaten der Römischen Protokolle, das vom 9. bis zum 12. November in Wien stattfand, verlief ohne Ergebnisse[120]. Ciano ging nicht einmal auf Salatas Vorschlag ein, den Aufenthalt in der österreichischen Hauptstadt für ein Gespräch mit Schuschnigg über die „italienisch-deutsche politische Parallelität" zu nutzen[121]. Salata unterstützte dennoch die Bemühungen des Bundeskanzlers, sein Regime trotz des Juliabkommens zu stärken[122] – das stand allerdings nicht im Einklang mit Rom:

> *Unsere Aufgabe hier ist nicht mehr so einfach wie zu der Zeit des offenen Kriegs zwischen Österreich und Deutschland. Auf der einen Seite darf die Garantie der staatlichen Unabhängigkeit Österreichs nicht herabgesetzt werden, was unser fortwährendes politisches Interesse darstellt und, meiner Mei-*

118 Salata an Ciano, 30. September 1936, DDI, Serie VIII, Bd. V, d.140. (Unterstreichung im Text, Übers. d. Verf.)

119 Mussolini an Salata, 26. September 1936, ebd., d.118.

120 Riccardi, Francesco Salata 395. Die Protokolle befinden sich in Anmerkung von Ciano, 9.–16. November 1936, DDI, Serie VIII, Bd. V, d.429.

121 Salata an Ciano, 1. November 1936, DDI, Serie VIII, Bd. V, d. 328. Kursivschrift im Text.

122 Riccardi, Francesco Salata 395 ff.

> *nung nach, unseren mehr oder weniger stabilen Beziehungen zu Deutschland übergeordnet und von diesen unabhängig ist*.[123]

Das genaue Gegenteil war der Fall. Mussolini strebte eine Angleichung der kontinentalen Politik Roms an jene von Berlin an. Der Widerspruch erscheint noch offensichtlicher, wenn man den Inhalt jenes Gespräches berücksichtigt, das am 15. Jänner 1937 in Rom zwischen Mussolini und Göring stattfand, der am Ende der Unterredung eine Erklärung bezüglich Österreich abgab, deren Inhalt keine Zweifel zuließ:

> *Deutschland wird nie auf Österreich verzichten können, denn dann würde es auf seine eigenen Nationalitätsrechte verzichten. Es wird Österreich eines Tages um jeden Preis brauchen, auch wenn es dafür kämpfen muss*.[124]

Salata hatte nicht ganz Unrecht, als er am 1. März 1937 zum französischen Minister Puaux sagte, dass die Politik der Achse nur „eine notwendige Taktik" darstelle und das eigentliche Ziel Mussolinis eine Einigung mit Frankreich und Großbritannien über die Äthiopien-Frage sei[125]. Aber die Österreich-Frage war – unabhängig von dem Weg, den Italien in Europa einschlagen würde – in der „neuen" Politik des *Duces* zweitrangig geworden. Salata hatte offenbar die Richtung, die Mussolini der italienischen Außenpolitik seit Beginn des Jahres 1936 gegeben hatte, nicht begriffen. Blondel, der französische Geschäftsträger in Rom, dem Salatas Äußerung berichtet wurde, interpretierte diese daher als eine Art verlegene Reaktion auf eine *abenteuerliche* politische Situation[126].

Im Palazzo Chigi begann die hartnäckige Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit durch den Gesandten Missfallen zu erregen. Salata diente nicht mehr als „Paravent" der Politik Mussolinis, seine Haltung wurde als störend empfunden. Unter einem Vorwand ordnete Ciano daher im Sep-

123 Salata an Ciano, 7. Dezember 1936, DDI, Serie VIII, Bd. V, d.549. Unterstreichung im Text. (Übers. d. Verf.)

124 Erklärung des Ministers Goering im Gespräch mit Mussolini, 15. Jänner 1937, DDI, Serie VIII, Bd. VI, d. 60.

125 Puaux an Delbos, 1. März 1937, DDF, Serie II, Bd. V, d.45.

126 Blondel an Delbos, 20.März 1937, DDF, Serie II, Bd. V, d.141.

tember 1937 dessen Abberufung an. *Salata zuhause*[127] schrieb er knapp in sein Tagebuch. Der junge Außenminister, der zu diesem Zeitpunkt Deutschland zugewandt war, brauchte jemanden, der die neue italienische Politik gegenüber Österreich energischer umsetzte. So erklärte der Schwiegersohn Mussolinis dem aus Kairo kommenden neuen italienischen Gesandten in Wien, Pellegrino Chigi, mit aller Deutlichkeit das, was Salata nicht verstehen wollte: Er müsse sich verhalten wie *ein Arzt, der einem Sterbenden Sauerstoff geben muss, ohne dass der Erbe dies bemerkt. Im Zweifel ist der Erbe wichtiger als der Sterbende*[128].

127 Galeazzo Ciano, Diario 1937–1943, hrsg. von Renzo De Felice (Milano 1990) 40, Eintrag vom 23. November 1937

128 Ebd. 61, Anmerkung vom 24. November 1937. (Übers. d. Verf.)

Die katholische Welt Italiens und der österreichische christliche Ständestaat

PAOLO VALVO
Università Cattolica del Sacro Cuore

1. Die italienischen Katholiken und der Ständestaat. Wurzeln und Schnittpunkte eines gemeinsamen Interesses

Die Errichtung eines Ständestaats in Österreich unter der Schirmherrschaft des christlich-sozialen Kanzlers Engelbert Dollfuß nahm in der politischen und kulturellen Debatte der 1930er-Jahre in Italien und Europa einen zentralen Platz ein. Im katholischen Umfeld wurde das Thema häufig unter dem Aspekt der Bedrohung durch zeitgenössische antichristliche totalitäre Ideologien beleuchtet, welche nach dem Ersten Weltkrieg in der österreichischen Republik einen fruchtbaren Boden fanden. Laut Mario Bendiscioli, einem der Vertreter des italienischen katholischen Laienstands, der sich mehr für die Geschehnisse im deutschen Raum interessierte, schien *das unabhängige, ständische, christliche Österreich* vor diesem Hintergrund ein *religiös-sittliches Bollwerk vor den Doktrinen und den zerstörerischen Experimenten des Bolschewismus im Osten und des Rassismus im Norden*[1].

Die Wahrnehmung einer der kleinen Alpenrepublik drohenden Gefahr lässt sich auch klar den Beurteilungen von Enrico Rosa entnehmen. Am Folgetag der bewaffneten Kämpfe im Februar 1934, in denen sich das Heer und

1 Mario Bendiscioli, Prefazione, in: La vita interiore di Ignazio Seipel Cancelliere d'Austria, hrsg. von Ders. (Brescia 1935) 9 (Übers. d. Verf.). Zur kulturellen Laufbahn Bendisciolis, der bereits Mitglied der Federazione Universitaria Cattolica Italiana (FUCI) war sowie einer der Gründer des Verlags Morcelliana (1925), siehe Francesco Torchiani, Mario Bendiscioli e la cultura cattolica tra le due guerre (Brescia 2016).

die Militanten des sozialdemokratischen „Republikanischen Schutzbunds" gegenüberstanden, beschrieb der Jesuit Österreich als *von innen bedroht durch Sozialisten, Freimaurer und andere Subversive; von außen durch Tschechoslowaken und deutsche Hitler-Anhänger, die sie unterstützen oder auch aufwiegeln*. Mit diesen Worten verteidigte Rosa letztendlich gleichzeitig den Fortbestand Österreichs und den katholischen Glauben, wie die Tatsache zeigt, dass der Jesuit die Verantwortung für die tragischen Ereignisse im Februar 1934 den *Gegnern der Kirche und des christlichen Glaubens, Gegnern nicht weniger des Volks und jeder rechtschaffenden Zivilgesellschaftsordnung*[2] gab. Ähnlich kommentierte der kirchliche Zentralassistent der Gioventù femminile der Azione Cattolica, Monsignore Alfredo Cavagna, einige Monate später den brutalen Mord an Dollfuß, der am 25. Juli desselben Jahres von den Nationalsozialisten verübt wurde: Österreich hat gerade dem Leichnam seines ersten Staatsbürgers in Frieden bestattet, der auf verbrecherische und barbarische Weise niedergemetzelt wurde, und *uns die entsetzliche Gefahr gezeigt, der der Kommunismus und der Nationalsozialismus Europa und die gesamte Zivilisation aussetzen wollen*.[3]

Noch viel mehr als ein Bollwerk gegen den Nationalsozialismus und den Bolschewismus schien jedoch das „neue Österreich" aus Sicht des katholischen Mainstreams in Italien das Ideal eines modernen Staats zu verkörpern: Ein Staat, errichtet auf der Grundlage der katholischen Soziallehre, so wie es sich jene gewünscht hatten, die schon vor langer Zeit Überlegungen über die ideale, dem Wohl der Allgemeinheit am besten gerecht werdende Staatsform eingeleitet hatten. Dieser Eindruck schien durch die Tatsache bestätigt, dass die maßgebenden Vertreter des österreichischen Ständestaats – angefangen bei Dollfuß persönlich – kein Hehl daraus machten, sich an den Lehren der Kirche orientieren zu wollen, insbesondere an der Enzyklika „Quadragesimo anno" von Pius XI. (15. Mai 1931)[4]. Bereits einen Tag nach der „Selbstausschaltung" (4. März 1933), durch die das österreichische Parlament

2 Enrico Rosa, Vita Ecclesiae, in: Studium 2 (1934) 149. (Übers. d. Verf.)

3 Alfredo M. Cavagna, Il Vangelo dell'Assistente, in: L'Assistente Ecclesiastico 10 (1934) 676. (Übers. d. Verf.)

4 Für eine kritische Einordnung der Thematik siehe Rupert Klieber, Quadragesimo anno e lo «Ständestaat» d'Austria nuova (1934–1938), in: La sollecitudine ecclesiale di Pio XI. Alla luce delle nuove fonti archivistiche (= Atti del convegno internazionale di studio Città del Vaticano 26–28 febbraio 2009), hrsg. von Cosimo Semeraro (Città del Vaticano 2010) 347–362.

de facto entmachtet war, hatte Dollfuß bekundet, er wolle *eine Form finden, die fähig ist, in unserer Verfassung das korporative Gesellschaftsprinzip geltend zu machen, das jahrhundertelang das Fundament unseres Staatslebens gewesen ist und das der Heilige Vater in seiner Enzyklika „Quadragesimo anno" erneut hervorgehoben hat*[5]. Aus der Perspektive des Kanzlers war die Forderung des politischen und intellektuellen Erbes seines Vorgängers Prälat Ignaz Seipel ausdrücklich. Der wahre Dominus der österreichischen Politik der gesamten 1920er-Jahre hatte bereits in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts – vor allem infolge der blutigen Ereignisse vom 15. Juli 1927, bei denen wieder der „Schutzbund" eine tragende Rolle gespielt hatte – das Bild einer Staatsreform reifen lassen, die das traditionelle Paradigma der repräsentativen Demokratie hinter sich ließ. Dollfuß' wohl bedeutendster Auftritt war seine Rede vom 9. September 1933 beim Allgemeinen Deutschen Katholikentag in Wien. Zu diesem Anlass verkündete der österreichische Kanzler, dass *wer auch immer Verantwortung bei der politischen Erneuerung unseres Landes hat, sei er mehr oder weniger überzeugter Katholik, dem muss am Herzen liegen, dass die katholischen Prinzipien in allen Erscheinungen des nationalen Lebens eingeschlossen sind und Wertschätzung erfahren*[6]. Von dieser Vorbedingung ausgehend fuhr er fort: *Die jetzige Regierung ist einmütig entschlossen, im christlich-deutschen Geist die Erneuerung von Staat und Wirtschaft in die Wege zu leiten. Wir werden ständische Formen und ständische Grundlagen, wie sie die Enzyklika „Quadragesimo anno" uns so schön verkündet, zur Grundlage des Verfassungslebens nehmen. Wir haben den Ehrgeiz, das erste Land zu sein, das dem Ruf dieser herrlichen Enzyklika wirklich im Staatsleben Folge leistet*[7].

Die Wiener Zusammenkunft fiel mit dem 250. Jubiläum jener Schlacht zusammen, bei der die christlichen Truppen die Wien belagernde osmanische Armee besiegt hatten. Ein Jahrestag, an den Papst Pius XI. im „Breve" erinnerte, mit dem er bei der Festlichkeit Kardinal Pietro La Fontaine, Pat-

5 Siehe Sammlung von Redebeiträgen des Kanzlers. So sprach der Kanzler, hrsg. von Arnold Tauscher (Wien 1935), die italienische Herausgabe von Mario Bendiscioli beim Verlag Morcelliana. Siehe L'eredità politica di Dollfuss, hrsg. von Arnold Tauscher, Einleitung, Übersetzung und Anmerkungen von Mario Bendiscioli (Brescia 1935) 67. (Übers. d. Verf.)

6 Tauscher, Eredità 27. (Übers. d. Verf.)

7 Domenico Mondrone, Trionfi di fede nel congresso cattolico di Vienna, in: La Civiltà Cattolica IV (1933) 125 f. (Übers. d. Verf.). Zum Beitrag von Dollfuß beim Katholikentag in Wien siehe Emmerich Tálos, Das Austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938 (Wien 2013) 77 und Erika Kustatscher, „Berufstand" oder „Stand"? Ein politischer Schlüsselbegriff im Österreich der Zwischenkriegszeit (Wien 2016) 98.

riarch von Venedig, zu seinem Legat *a latere* ernannte. Darin betonte er, *bei den Mauern Wiens wurde weder für die Rettung einer einzigen Stadt noch für die einer einzigen Nation gekämpft, sondern für die katholische Religion und für die christliche Kultur ganz Westeuropas*[8]. Zweihundertfünfzig Jahre später schien Österreich ein weiteres Mal mit einer globalen Mission betraut zu sein, wie der Jesuit Domenico Mondrone in „La Civiltà Cattolica" bestätigte: *Während es der kleinen Republik Österreich gelungen ist, an diesen Tagen die Blicke und die Bewunderung der gesamten katholischen Welt auf sich zu ziehen, hat sie der Gedenkfeier in Wien auch eine besondere Bedeutung verliehen, die eines festlichen Akts zur Wiedergutmachung der Apostasie zahlreicher Völker und der Heucheleien vieler Nationen gegenüber Gott*[9]. Am darauffolgenden 27. September betonte Dollfuß bei der dritten Sitzung der 14. Vollversammlung des Völkerbunds, dass sich die neue österreichische Verfassung auf die von Papst Leo XIII. und Papst Pius XI. erklärten Prinzipien stütze. Seine Rede schaffte es auf die erste Seite des „L'Osservatore Romano"[10], wo sie ebenfalls ausführlich von Guido Gonella unter der Rubrik „Acta Diurna" kommentiert wurde. Der Journalist – bereits Direktor der Zeitschrift „Azione Fucina" des katholischen Studentenverbands Federazione Universitaria Cattolica Italiana (FUCI) und später Abgeordneter der Christdemokraten nach dem Zweiten Weltkrieg – führte diese Rubrik von 1933 bis 1940.

Schon diese kurzen Einblicke können dabei helfen, zu verstehen, warum das österreichische politische Experiment jenen Bereichen des italienischen Katholizismus als Quelle der Inspiration diente, die aktiv nach einem „dritten Weg" zwischen liberalem Kapitalismus und sozialkommunistischem Kollektivismus suchten. Bevor sich das Interesse der Katholiken auf Österreich richtete, hatte es sich im Übrigen auf das faschistische Regime konzentriert. Dessen korporativistische Ausrichtung, die im Gesetz vom 3. April 1926 betreffend die gesetzliche Regelung der kollektiven Arbeitsbeziehungen angekündigt und mit der Arbeitsverfassung vom 21. April 1927 explizit festgelegt wurde, hatte sich im darauffolgenden Jahrzehnt konkretisiert[11]. Wenn

8 Wiedergegeben in Mondrone, Trionfi 117. (Übers. d. Verf.)

9 Ebd. 127. (Übers. d. Verf.)

10 La discussione generale nella XIV Assemblea della Società delle Nazioni. Dollfuss riafferma la volontà dell'Austria di basare le riforme sugli insegnamenti pontifici, in: L'Osservatore Romano, 29. September 1933 1.

11 Eine der aktuellsten Studien zum Thema siehe Alessio Gagliardi, Il corporativismo fascista (Roma–Bari 2010).

in Anbetracht dessen „die Analyse (und die Kritik) des Individualismus und dessen Verbindungen zum Kapitalismus und zur liberalen Staatsform die größte Schnittstelle des faschistischen und katholischen Korporativismus darstellte“[12], muss auch betont werden, dass das Interesse der Katholiken am Korporativismus in einer Vergangenheit wurzelte, die weiter zurückliegt als das totalitäre faschistische Experiment oder der Regimewechsel durch Dollfuß; nämlich in einer spezifischen transnationalen katholischen sozialen Bewegung, die seit ihren Anfängen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in Österreich eines ihrer Hauptzentren hatte. Von großem Interesse waren in diesem Sinne die Überlegungen des Trientiner Politikers Alcide De Gasperi, der sich nach dem erzwungenen Ende seiner politischen Tätigkeit – er war Abgeordneter in den Reihen der italienischen Volkspartei Partito Popolare Italiano unter Don Luigi Sturzo (und früher Abgeordneter im Wiener Reichsrat) – während seiner Haft (1927/28) der Vertiefung einiger Aspekte der Geschichte der christlichen Linken widmete. Das Ergebnis waren zwei Artikel, die zwischen 1928 und 1929[13] unter dem Pseudonym Jaspar in der „Rivista Internazionale di Scienze Sociali“ publiziert wurden sowie der berühmte Essay „I tempi e gli uomini che preparono la ‚Rerum Novarum‘“, 1931 veröffentlicht für „Vita e Pensiero“ unter dem Pseudonym Mario Zanatta[14]. Wie aus dem Folgenden hervorgeht, beschäftigte sich De Gasperi in den darauffolgenden Jahren in den Kolumnen der 14-tägig erscheinenden „L’Illustrazione Vaticana“ weiterhin mit dem Korporativismus. In seiner dort von 1933 bis 1938 unter dem Pseudonym „Spectator“ veröffentlichten Kolumne „Quindicina internazionale“ räumte er den politischen Entwicklungen des „ständischen und christlichen“ Österreichs viel Platz ein[15].

12 So Lorenzo Ornaghi, Stato e corporazione. Storia di una dottrina nella crisi del sistema politico contemporaneo, (Milano 1984) 114.

13 Gotthard Jaspar, Un maestro del corporativismo cristiano: René de la Tour du Pin, in: Rivista Internazionale di Scienze Sociali e Discipline Ausiliarie 1 (1928) 3–28 und Ders., Le direttive politico-religiose del „Centro“ germanico (1871–1928), in Ebd. 8 (1928) 181–196, Ebd. 11–12 (1928) 97–132 und Ebd. 2 f. (1929) 146–158.

14 Alcide De Gasperi, I tempi e gli uomini che prepararono la „Rerum Novarum“, Vorwort von Giulio Andreotti, (Milano 1984).

15 Eine Untersuchung der Überlegungen De Gasperis zum Korporativismus, Autoritarismus und zur Demokratie in den 1930er-Jahren siehe Francesco Malgeri, Chiesa, cattolici e democrazia. Da Sturzo a De Gasperi (Brescia 1990) 93–99. Siehe auch den Beitrag von Guiotto in diesem Band.

Università Cattolica del Sacro Cuore

Aus wissenschaftlicher Perspektive wurde der Korporativismus von der katholischen Welt in Mailand, genauer gesagt an der Università Cattolica del Sacro Cuore, mit der größten Geschlossenheit und Systematik betrachtet. Hauptsächlich waren es die Ökonomen und Historiker des wirtschaftlichen Fachbereichs der Hochschule, die sich mit dem Thema seit Ende der 1920er-Jahre befassten, insbesondere Francesco Vito und Amintore Fanfani – unter der wachsamen Beteiligung des Rektors und Gründers, des Franziskanerpaters Agostino Gemelli[16]. Letzterer hatte einen Tag nach den Lateranverträgen eine Studiengruppe beauftragt, das Thema des Korporativismus zu vertiefen, um *unsere Ideen ein[zu]bringen, sodass sie Gut dessen werden, der heute die Korporationsbewegung leitet*. So erklärte er es in einem Brief vom 9. März 1929 an den Jesuiten Angelo Brucculeri[17], der einer der diesbezüglich bekanntesten und einflussreichsten Experten im katholischen Umfeld war.

Auf der einen Seite begrüßte der Rektor den in Italien aufkommenden Korporativismus. Andererseits bestand ein wesentliches Ziel darin, *die christliche Auslegung dieses korporativen Ideals weiter[zu]geben, die in den katholischen Überlegungen so viel Platz eingenommen hatte*, ohne dass dies sich in eine *flache Unterwerfung gegenüber dem faschistischen Korporativismus* oder das *mechanische Zusammenfließen mit einer Ordnung, die, wie sie war, identisch mit der vorhergesagten schien* übertragen würde[18]. In diesem Sinne wurden Gemellis Aussagen interpretiert, der in der „Rivista Internazionale di Scienze Sociali" postuliert hatte, dass der Faschismus mit der korporativen Grundordnung *auf dem wirtschaftlichen Gebiet Gestalt angenommen und eine wichtige Originalität an den Tag*

16 Siehe dazu Maria Bocci, Oltre lo Stato liberale. Ipotesi su politica e società nel dibattito cattolico tra fascismo e democrazia (Roma 1999) 197–230 und Lorenzo Ornaghi, La concezione corporativa di Amintore Fanfani e il corporativismo dell'età fascista, in: Amintore Fanfani. Formazione culturale, identità e responsabilità politica, hrsg. von Alberto Cova, Claudio Besana (Milano 2014) 177–194.

17 Für den Inhalt des Briefes siehe Bocci, Oltre lo Stato liberale 197. (Übers. d. Verf.)

18 So auch Bocci, Oltre lo Stato liberale 197 f. Damit stimmt auch Lorenzo Ornaghi überein: „Die recht deutliche Debatte zum Korporativismus, die in diesen Jahren an der Universität Cattolica del Sacro Cuore und besonders bei ihren Ökonomen und Wirtschaftshistorikern Gestalt annimmt, ist – weit davon entfernt, in ihrer reinsten Form, die eigennützige ideologisch-doktrinäre Annäherung der Universität der italienischen Katholiken an das Regime oder sogar eine Art Anpassung an die Vorgaben des Faschismus darzustellen – […] tatsächlich als Versuch auszulegen, wesentlich auf den Kulturkampf […] im Inneren des Regimes einzuwirken". Ornaghi, La concezione corporativa di Amintore Fanfani 178. (Übers. d. Verf.)

gelegt hatte, die nicht dadurch geschmälert wird, wenngleich dies festgestellt werden muss, dass etwas Ähnliches auf diesem Gebiet von anderen und vor allem von den Päpsten vorhergesagt wurde[19]. Die gleiche Richtung wurde von Brucculeri eingeschlagen, der zwischen Januar und Februar 1934 in einem bedeutsamen, in zwei Teilen in „La Civiltà Cattolica" veröffentlichten Essay *die Ähnlichkeiten oder die Unstimmigkeiten zwischen dem heutigen italienischen korporativen Konzept und jenem, das die Bewegung der Christlich-sozialen in der Vorkriegszeit anregte*, versuchte deutlich zu machen[20].

An der Università Cattolica hielt man Italien jedenfalls für die „Meister-"[21]Nation, auf die die anderen Länder blickten, um die soziale Ordnung durch die Vervielfältigung der Befugnisse des Staates neu zu gestalten, der Protagonist im Wirtschaftsprozess und Hüter der sozialen Harmonie wurde[22]. Die Beziehung zwischen Rom und Wien war daher von einer reziproken Mimesis geprägt, da Österreich unter Dollfuß – der „das von Pius XI. empfohlene Rezept mit Sorgfalt zu verfolgen schien, um die sozialen Probleme zu lösen" – „das Symbol jener Zusammenlegung von Christentum, sozialem Recht und Vaterlandsliebe" verkörperte, „das der Rettungsanker für dasselbe faschistische Italien schien"[23]. Davon zeigte sich beispielsweise Francesco Vito überzeugt, der im Juli 1934 bekräftigte, *in Österreich ist die Reform der politischen Institutionen und der wirtschaftlichen und sozialen Struktur, an der bis jetzt aktiv gearbeitet wurde, bereits unauflösbar an den katholisch orientierten Korporati-*

19 Agostino Gemelli, Capitalismo e corporativismo. A proposito della istituzione delle corporazioni di categoria, in: Rivista Internazionale di Scienze Sociali e Discipline Ausiliarie 6 (1933) 732. (Übers. d. Verf.)

20 Angelo Brucculeri, Dal corporativismo dei cristiano-sociali al corporativismo integrale fascista, in: La Civiltà Cattolica I (1934) 226. (Übers. d. Verf.)

21 Der Ausdruck stammt aus einem Artikel von Francesco Vito, veröffentlicht im Juli 1934, in dem der Ökonom schrieb: „Niemandem kann entgangen sein, dass das korporative Konzept schnelle Fortschritte außerhalb von Italien macht, wo diese Idee – das italienische Experiment als Wegbereiter betrachtet – zur Realität wird." Francesco Vito, Le premesse dell'economia corporativa internazionale, in: Rivista Internazionale di Scienze Sociali 4 (1934) 557. Auch Gemelli bestätigte in dem bereits zitierten Artikel vom Dezember 1933, dass „zu sagen, dass die Welt diesen Weg geht" nicht die Originalität des Faschismus angreife, „denn es verstärkt sogar die Verdienste des Faschismus zu sagen, dass [der Faschismus] der Welt, die einen Weg geht, die Einrichtung vorgibt, die zum Ziel führt." Gemelli, Capitalismo e corporativismo 732.

22 Bocci, Oltre lo Stato liberale 220.

23 Ebd.

vismus gebunden[24]. Die bestehende Verbindung zwischen den beiden Ländern wurde in der Zeitschrift „Vita e Pensiero" auch von Gino Barbieri deutlich gemacht, für den die christliche Vorstellung eines *starken, aber nicht die unzerstörbare menschliche Persönlichkeit leugnenden Staats* Dollfuß und das Modell Hitlerdeutschlands unterschied und die *korporative faschistische Idee, die Italien der Welt lehrt*[25] näherbrachte.

Die den Entwicklungen in der österreichischen Politik entgegengebrachte Aufmerksamkeit an der italienischen katholischen Universität wurde durch persönliche Kontakte gefördert, die Gemelli mit einigen der bedeutendsten kulturellen und politischen Vertretern des Landes pflegte. In einem Brief an Dollfuß Anfang Oktober 1933 erklärte Gemelli, *er habe in den Zeitungen Ihre mutigen Aussagen bezüglich einer christlichen Neugründung Österreichs gelesen*, bat um *den Segen Gottes für Ihr Werk* und sprach am Ende den Wunsch aus, der Kanzler möge die laufenden Reformen in Österreichin der „Rivista Internazionale di Scienze Sociali"[26] erläutern, deren Chefredakteur zu jener Zeit der fünfundzwanzigjährige Amintore Fanfani war[27]. Ein Wunsch, dem Dollfuß jedoch nicht nachkommen konnte. Mehr Glück hatte Gemelli zuvor mit Seipel gehabt, der mit „Vita e Pensiero" von 1927 bis 1930 zusammenarbeitete[28]. Maßgebend war der im November 1929 veröffentlichte Artikel, in dem der Ex-Kanzler – sich auf die Reformperspektiven des österreichischen politischen Systems stützend – die Parteien einerseits als *ein notwendiges Instrument der Demokratie, weil ohne sie nicht von einer frei gewählten Volksvertretung gesprochen werden kann*, bezeichnete; andererseits könne man jedoch *anderer*

24 Vito, Le premesse dell'economia corporativa internazionale 559. (Übers. d. Verf.)

25 Gino Barbieri, Crisi economica, in: Vita e Pensiero 4 (1934) 231. (Übers. d. Verf.)

26 Generalarchiv für Geschichte der Università Cattolica del Sacro Cuore, Korrespondenzbestand, Karton 49, Akte 70, Unterakte 666, Gemelli an Dollfuß, 2. Oktober 1933. Die deutsche Originalversion des Briefes mit einer italienischen Übersetzung wurde von Giovanni Gobber veröffentlicht, Agostino Gemelli e il contesto mitteleuropeo. Note dalle carte dell'Archivio, in Storia dell'Università Cattolica del Sacro Cuore, Bd. VI, Agostino Gemelli e il suo tempo, hrsg. von Maria Bocci (Milano 2009) 387 f.

27 Siehe dazu Daniela Parisi, L'esperienza della direzione della „Rivista Internazionale di Scienze Sociali", in: Cova, Besana, Fanfani, 129–144.

28 An die Zusammenarbeit mit der Mailänder Zeitschrift erinnerte auch der Herausgeber des Tagebuchs von Seipel, welches 1933 postum veröffentlicht wurde: Ignaz Seipel, Mensch, Christ, Priester in seinem Tagebuch, Bearbeitung und Einführung von Rudolf Blüml (Wien 1933) 16 f. Zusammen mit „Vita e Pensiero" erinnerte Mario Bendiscioli auch an die Zusammenarbeit von Seipel mit „Studium". Bendiscioli, La vita interiore di Ignazio Seipel 83.

Meinung sein, auch hinsichtlich der Formen, die das Parteienleben einnehmen kann und hinsichtlich der besten Weise, auf die dieses sich ausdrücken kann[29]. Ebenfalls im November 1929 bat Gemelli den Ex-Kanzler, einige Beiträge aus seiner gerade abgehaltenen Universitätsvorlesungsreihe an „Vita e Pensiero" zu schicken – eine Anfrage, die Seipel positiv beantwortete[30].

In den 1930er-Jahren führte Gemelli einen recht intensiven Schriftverkehr mit anderen intellektuellen katholischen Österreichern, wie den Chefredakteuren der Zeitung „Schönere Zukunft" und „Der Christliche Ständestaat" Joseph Eberle und Dietrich von Hildebrand. Letzterer, von dem „Vita e Pensiero" 1931 einen zentralen Essay über „Die Stellung des Menschen zu Beruf und Arbeit im Sinne der Enzyklika ‚Rerum Novarum'"[31] veröffentlicht hatte, wurde von der Universität eingeladen, einen Vortrag über die Programme Österreichs und Hitlers zur Bewältigung der Wirtschaftskrise zu halten[32].

---

29 Ignaz Seipel, Critica della democrazia, in: Vita e Pensiero 11 (1929) 691, 694 (Übers. d. Verf.). In den Folgemonaten nahm der junge friaulische Jurist Giuseppe Bettiol – späterer Abgeordneter der verfassungsgebenden Versammlung und der Abgeordnetenkammer für die Democrazia Cristina nach dem Zweiten Weltkrieg – Seipels Position zur Notwendigkeit einer Reform der österreichischen Verfassung wieder auf – ebenfalls in „Vita e Pensiero" –, „um die Haltung des Bundespräsidenten und der Regierung gegenüber dem unfügsamen Parlament, zwischen dem Schwanken der Parteien und im Hinblick auf die bewaffneten Bündnisse, zu stärken." Giuseppe Bettiol, La riforma della costituzione austriaca in un recente studio di Ignazio Seipel, in: Vita e Pensiero 4 (1930) 207–212. Der Artikel stellte eine Art Rezension des Bandes von Ignaz Seipel, Der Kampf um die österreichische Verfassung (Wien 1930) dar.

30 Generalarchiv für Geschichte der Università Cattolica del Sacro Cuore, Korrespondenzbestand, Karton Nr. 35, Akte 42, Unterakte 399, Gemelli an Seipel, 19. November 1929 und ibidem, Unterakte 400, Seipel an Gemelli, 21. November 1929. Das enge Verhältnis von Seipel und Gemelli bestätigt ebenfalls die Tatsache, dass Mario Bendiscioli in der Widmung an den Rektor der Cattolica in einem Exemplar von La vita interiore di Ignazio Seipel anmerkte, dass der Name von Gemelli wiederholt in dem Tagebuch des österreichischen Prälaten auftauchte, von dem Bendiscioli in seinem Band längere Auszüge veröffentlicht hatte („A P. Gemelli, dessen Name öfters im Tagebuch von Seipel wiederkehrt, ergebenst Mario Bendiscioli. Mailand, 11. Nov. 1935"). Das Exemplar des Buchbandes mit der Widmung Bendisciolis befindet sich in der Bibliothek der „Universität Cattolica del Sacro Cuore".

31 Dietrich von Hildebrand, Die Stellung des Menschen zu Beruf und Arbeit im Sinne der Enzyklika „Rerum Novarum", in: Il XL anniversario della enciclica ‚Rerum novarum'. Scritti commemorativi pubblicati a cura della Università Cattolica del Sacro Cuore, con il contributo della Unione Cattolica per le scienze sociali (Milano 1931) 199–209. Dieser Aufsatz wurde von der Zeitschrift „Studium" nachfolgend in gekürzter Version auf Italienisch veröffentlicht. Dietrich von Hildebrand, La professione primaria, in: Studium 6–7 (1934) 372–377.

32 Die Konferenz fand am 13. März 1934 im Rahmen einer vom katholischen Verband für Sozialwissenschaften organisierten Lehrveranstaltung statt. Siehe dazu Bocci, Oltre lo Stato liberale 220. Für eine Zusammenfassung der Inhalte der Konferenz siehe Barbieri, Crisi 231.

Nur sporadisch war jedoch der Kontakt zu Johannes Messner, einem anderen Hauptvertreter des österreichischen katholischen Korporativismus[33].

Die Azione Cattolica, die FUCI und das Movimento Laureati

Die an der Università Cattolica del Sacro Cuore gereiften Überlegungen zur korporativen Staatsordnung – und folglich zum korporativen Versuch in Österreich – fanden bei der Azione Cattolica ein signifikantes Echo. Insbesondere in der ersten Hälfte der 1930er-Jahre hat man sich mit diesem Thema in den Publikationen häufig befasst. In „L'Assistente Ecclesiastico" wurde beispielsweise im März 1934 eine Zusammenfassung des bereits erwähnten Essays publiziert, den Pater Brucculeri in „La Civiltà Cattolica" veröffentlicht hatte[34]. Auch die Zeitschrift „Gioventù" der Azione Cattolica publizierte einige Artikel von Brucculeri, in denen der Jesuit die bereits an anderen Stellen dargelegten Inhalte wieder aufnahm und gleichzeitig detailliert die Tatsache ausführte, dass der faschistische Korporativismus nur teilweise die von Pius XI. in der „Quadragesimo anno" angeordneten Richtlinien umsetzte[35]. Weniger verschwommen war die Position, die „Bollettino Ufficiale dell'Azione Cattolica Italiana" einnahm. Die Zeitschrift hatte im Dezember 1933 einen Artikel über die bevorstehende Umsetzung des korporativen Systems in Italien veröffentlicht, in dem bekräftigt wurde, die Katholiken *sind für eine vollständige und einheitliche Lösung der schwerwiegenden Probleme betreffend die Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen und sehen in der Korporation – auf der Grundlage der Prinzipien der katholischen Soziologie – das aufgrund ihrer Tradition und funktionalen Fähigkeit geeignetste Mittel zur Lösung dieser Probleme*[36].

---

33 Gemelli schickte Messner auf Anweisung von Francesco Vito im Juni 1935 ein Exemplar von Band I der „Problemi fondamentali dello Stato corporativo" (Milano 1935), das eine von der „Universität Cattolica" und dem katholischen Verband für Sozialwissenschaften in die Wege geleitete Vorlesungsreihe zusammentrug, die vom 25. bis 31. März 1935 stattfand. Ebenfalls hatte Vito im März 1935 Messners bedeutenden Buchband „Die soziale Frage der Gegenwart" in der „Rivista Internazionale di Scienze Sociali" rezensiert (Johannes Messner, Die soziale Frage der Gegenwart, Zweite und Dritte unveränderte Auflage (Wien 1934), in: Rivista Internazionale di Scienze Sociali 2 (1935) 272–273).

34 Angelo Brucculeri, La corporazione, in: L'Assistente Ecclesiastico 3 (1934) 160–163.

35 Ders., Corporativismo fascista, in: Gioventù Italica 1 (1934) 11–13 und Ders., Pio XI e l'ordinamento corporativo, in: Ebd. 7 (1934) 195–196.

36 La Corporazione, in: Bollettino Ufficiale dell'Azione Cattolica Italiana 12 (1933) 411. (Übers. d. Verf.) Dem Artikel folgte eine weitere historische Vertiefung, aus der die Bedeutung des korporativen Prinzips für die katholische Soziallehre hervorging (I Cattolici e la

Das Bedürfnis, die Ursprünglichkeit des christlichen Menschenbilds des Korporativismus zu unterstreichen, sich gleichzeitig aber gegenüber dem faschistischen Wirken im korporativen Bereich nicht feindlich zu zeigen, wurde in einem Artikel von Don Jacopo Banchi zum Ausdruck gebracht. In den Kolumnen der „Gioventù Italica" merkte er an, dass für die Katholiken die Korporation *frei, autonom, repräsentativ für die Klasse und den Beruf, sogar fern von jedem politischen Zweck* sein müsse; die Tatsache, dass diese ein *Staatsorgan zur Führung und Kontrolle des gesamten nationalen Wirtschaftslebens* werde, sei *eine originelle Idee Mussolinis, die einen ganzen sozialwirtschaftlichen Prozess revolutioniert*. Andererseits hob Banchi die *geschickte Vorsicht* hervor, mit der der Faschismus *nach 12 Jahren die Umsetzung des Ständestaats* vollenden wollte. Seine Überlegungen beendete er auf eine Art und Weise, die kaum wie eine Distanzierung von der Regierungspolitik klang: *Jede Art des gesellschaftlichen Lebens hat ein Vertretungssystem gehabt, das es zum Ausdruck brachte, und die demokratischen Parlamente sind die Vertretung einer atomistischen und individualistischen Gesellschaft, die in Italien bereits untergangen ist*[37]. Die einige Monate später in der gleichen Zeitschrift publizierten Ausführungen von Francesco Vito lauteten ähnlich. Anlässlich der 19. „Sozialen Woche" der italienischen Katholiken hob er die Notwendigkeit einer *vollständigen Regelung der Beschäftigungsverhältnisse* hervor, die nicht *außerhalb des Staats umgesetzt* werden konnte und die vor allem *einheitlich, nach klar definierten Kriterien* sein musste *im Hinblick auf die Verteidigung der menschlichen Persönlichkeit, welche durch die Arbeit offenbart wird*. Angesichts dieser Forderungen, so schlussfolgerte Vito, *zeigt uns die korporative Ordnung der Gesellschaft das passende System zur Verwirklichung dieser Regelung*[38].

Auch die FUCI und das Movimento Laureati di Azione Cattolica, das Ende 1932 von Igino Righetti und Monsignore Giovanni Battista Montini gegründet wurde und sich aus der FUCI entwickelte, beschäftigten sich mit dem Thema des Korporativismus. Dabei nahmen sie sich Beiträgen und Betrachtungen von der FUCI und der Azione Cattolica nahestehenden Intellek-

Corporazione, Ebd. 412 f.). Im April 1935 brachte die Zeitschrift eine Einführung des bereits erwähnten Band I problemi fondamentali dello Stato corporativo heraus, in: Bollettino Ufficiale dell'Azione Cattolica Italiana 4 (1935) 118 f.

37 Jacopo Banchi, Dal socialismo al corporativismo di Stato, in: Gioventù Italica 4 (1934) 121 f. (Übers. d. Verf.)

38 Francesco Vito, I problemi morali dellavoro, in: Gioventù Italica 2 (1935) 39. (Übers. d. Verf.)

tuellen an, aber auch von Experten von außerhalb[39]. Was speziell den österreichischen Ständestaat anbelangte, war die Publizistik im Kreis der FUCI nicht sparsam mit Wertschätzungsbekundungen zu dem von Seipel konzeptualisierten und von Dollfuß umgesetzten christlich-korporativen Versuch[40]. Ein wesentlicher Bezugspunkt war dabei – zusammen mit der Verlagstätigkeit von Mario Bendiscioli[41] – Pater Enrico Rosa. Dieser war bereits Chefredakteur von „La Civiltà Cattolica" und anschließend, von 1934 bis Anfang 1938, Herausgeber der Rubrik „Vita Ecclesiae", mit der die Zeitschrift „Studium" ihren Lesern monatlich Informationen über die wichtigsten internationalen Entwicklungen im Bereich von Kirche und Politik lieferte. Hier tat der Pressedienst des Movimento Laureati für gewöhnlich seine Meinung zu dem kund, was in Österreich passierte. Die Urteile von Rosa wichen insgesamt

39 In der ersten Ausgabe des Jahres 1933 brachte die Zeitschrift „Studium" – die seit Beginn des Jahres nicht mehr Organ der FUCI war, um zur Gänze Ausdruck des Movimento Laureati zu werden – einen Essay von Silvio Golzio heraus, in dem der Wissenschaftler infolge einer Darstellung der Grenzen des Individualismus und Sozialismus einige notwendige Vorbedingungen darlegen wollte, um „die Lösung des großen modernen Problems [zu] erhoffen, die Notwendigkeiten in Einklang zu bringen, die sich aus der enormen Entwicklung der Bevölkerung, der Industrie, des Handels, des Komplexes der neuen Wirtschaftsorganisation ergeben; mit der Würdigung und dem Schutz jener ethischen Gefühle, von denen im Grunde genommen das gesamte Wohl und die Ordnung der Gesellschaft abhängt", siehe Silvio Golzio, Il concetto di ordine morale nella vita economica contemporanea, in: Studium 1 (1933) 24. Es folgte im Februar und im April ein detaillierter Bericht zu den Ergebnissen des zweiten Kongresses zur Erforschung gewerkschaftlicher und korporativer Probleme in Ferrara, siehe Callisto Giavazzi, Il Convegno di Studi sindacali e corporativi di Ferrara, in: Studium 2 (1933) 65–81 und Ders., Alcuni problemi di economia e diritto corporativo, in: Studium 4 (1933) 224–236. 1936 veröffentlichte die Zeitschrift außerdem einen Beitrag von Francesco Vito zu Il lavoro fatto economico, in dem der Dozent der Cattolica hervorhob: „In der korporativen Wirtschaft wird die Arbeitseinheit neu gebildet", das bedeutet die harmonische Komposition von Produktivität und Entlohnung. Siehe Francesco Vito, Il lavoro fatto economico, in: Studium 10 (1936) 550).

40 „It was probably the young state of Austria that most ignited the imagination of the fucini with regard to the possibility of a new European order based on a rejuvenated and reinvigorated sense of Catholicism, especially in the martyr-like figure of Engelbert Dollfuss, ‚tenacious and heroic realiser of this programme'. The new authoritarian constitution of 1934 was seen as nothing less than the embarking on the ‚path of the new authoritarian State'". Jorge Dagnino, Faith and Fascism. Catholic Intellectuals in Italy 1925–1943 (London 2017) 147.

41 „As Mario Bendiscioli approvingly pointed out, under Seipel – and later Dollfuss – Austria had moved from a parliamentary democracy towards a ‚corporativist organisation of society and an authoritarian state based on the 'democracy of responsibility'". Bendiscioli and others in the association admired in the Austrian case what they perceived to be a deeper relationship between leaders and followers, as well as a more profound and meaningful participation on the part of the citizens in the life of the nation, all within the framework of a modern authoritarian state". Ebd., 147.

nicht von jener generellen Wertschätzung gegenüber dem österreichischen korporativen Experiment ab, die auch seitens anderer Bereiche der italienischen Katholikengemeinde geäußert wurde. Dennoch befasste sich der Jesuit nur selten mit dem Thema des Korporativismus als solches und beschränkte sich darauf, das katholische Österreich als Zeichen der Hoffnung auf die Erneuerung des bürgerlichen Lebens darzustellen – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Im Jänner 1934 betonte Rosa zum Beispiel, dass in Österreich die

> *tröstlichen Bekundungen von Glauben und Katholizismus, die von denselben Führungskräften auch im öffentlichen und sozialen Leben zum Ausdruck gebracht werden, Grund zur Hoffnung sind, auch für die religiöse sowie zivile und wirtschaftliche Zukunft dieser jungen und bisher so geschundenen Republik. Da diese [Republik] unter christlicher Schutzherrschaft neugeboren und gewachsen ist, sind die italienischen Katholiken erfreut zu sehen, dass ihre Regierung ihr immer nähersteht, bereit und zugegen, ihre Lebendigkeit, ihre Würde und ihr Recht zu schützen, unter gerechtfertigtem Beifall aller Rechtschaffenden und vor allem der Katholiken*[42].

Im April desselben Jahres betonte Rosa,

> *die Notwendigkeit, dass das Deutschland des Duces Hitler Österreich nicht übermannt, als zweiter deutscher Staat, und sein Hakenkreuz darf nicht das katholische Kreuz vertreiben, durch und durch lateinisch und römisch, oder vielmehr das einzig wahre Kreuz Christi, in dem allein die Rettung der Gesellschaft liegt*[43].

In diesem Zusammenhang sei hervorgehoben, wie „Studium" dem Thema des Nationalsozialismus – dessen ideologische antichristliche Fundamente in der Zeitschrift einer knappen Kritik unterzogen wurden – besondere Aufmerksamkeit widmete. Besonders Dietrich von Hildebrand rief die Leser der Zeitschrift in einem bedeutenden Artikel Ende des Jahres 1935 dazu auf, *sich nicht von einzelnen Maßnahmen [des Nationalsozialismus] blenden [zu] lassen*, die

42 Enrico Rosa, Vita Ecclesiae, in: Studium 1 (1934) 72. (Übers. d. Verf.)

43 Ders., Vita Ecclesiae, in: Studium 4 (1934) 297. (Übers. d. Verf.)

den Anschein haben können, *gut* zu sein, aber *sich immer den Geist, der ihnen zugrunde liegt, vor Augen zu führen. Und dieser Geist ist der Geist des Antichrist*[44].

Der Vatikan und Österreich unter Dollfuß

Auch der Heilige Stuhl beteiligte sich an den die Alpenrepublik betreffenden Fragen, jedoch waren seine Standpunkte in vieler Hinsicht ernüchternd. Seinen Einschätzungen zufolge bestand vor allem die Notwendigkeit, das Fortbestehen Österreichs als unabhängiger Staat vor der nationalsozialistischen Bedrohung zu verteidigen. Österreich stellt somit eine Fallstudie dar, die Aufschluss über die Stellung von Pius XI. und seines Kardinalstaatssekretärs Eugenio Pacelli in Bezug auf den nationalsozialistischen Totalitarismus gibt, von den Vorboten der hitlerischen Ausdehnungsbestrebungen bis hin zum tragischen Ende der österreichischen Unabhängigkeit[45]. Auf der Grundlage der vatikanischen Dokumentation, die bereits seit mehr als zehn Jahren in den Archiven des Heiligen Stuhls zugänglich ist, lässt sich bestätigen, dass die Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit einen der wesentlichen Pfeiler der päpstlichen Diplomatie auf dem europäischen Schachbrett zwischen den beiden Weltkriegen darstellte. Aus diesem Grund sah der Vatikan das österreichische autoritär-korporative Experiment von Dollfuß insgesamt recht positiv; ein notwendiger Weg für ein Land, dessen Überleben bedroht schien – von außen durch den nationalsozialistischen Pangermanismus und von innen durch die bewaffneten Oppositionsanhänger der sozialistischen Partei und den österreichischen Nationalsozialismus[46]. Der Heilige Stuhl bekundete daher seine offene Unterstützung der Regierung Dollfuß und drückte, was die autoritären Aspekte anbelangte, ein Auge zu.

Diese Unterstützung war vor allem symbolisch, konnte aber bei Bedarf spezifische politische Weisungen implizieren. Neben den zu mehreren An-

44 Dietrich von Hildebrand, Lo spirito del nazionalsocialismo, in: Studium 11 (1935) 664 (Übers. d. Verf.). Der Artikel wird ebenfalls von Torchiani, Mario Bendiscioli 138, zitiert. Zur Bezeugung eines gemeinsamen Interesses in den universitären katholischen Kreisen hatte die Zeitschrift der FUCI im Januar 1934 einige Auszüge aus der Neujahrsansprache des Kardinal Erzbischof von München Michael von Faulhaber publiziert, die eine schwere Anklage „gegen die neue nordisch-germanische Religion, ohne Christus" darstellte. Siehe Cristianesimo e germanesimo, in: Azione Fucina, 28. Jänner1934 1.

45 Paolo Valvo, Dio salvi l'Austria! 1938: il Vaticano e l'Anschluss (Milano 2010).

46 Fritz Sandmann, «L'Osservatore Romano» e il nazionalsocialismo (1929–1939) (Roma 1976) 150 f.

lässen übermittelten Worten und Gesten des Wohlwollens gegenüber dem österreichischen Volk seitens Pius XI. – man betrachte beispielsweise die Reden vor österreichischen Pilgern, die zwischen 1933 und 1934[47] zu unterschiedlichen Gelegenheiten nach Rom gekommen waren, Dollfuß' Privataudienz am Gründonnerstag 1933[48] und die Verleihung des Christusordens an den Bundespräsidenten Wilhelm Miklas am 21. Oktober 1933[49] – übte der Papst direkten Einfluss auf den heiklen institutionellen Übergang von der Demokratie zum autoritären ständischen Regime aus. So geschah es im Dezember 1933, als den Vatikan ein Brief von Wiens Erzbischof Kardinal Theodor Innitzer erreichte, in dem Kardinal Pacelli der Gewissenskonflikt des Bundespräsidenten Miklas bezüglich der neuen staatlichen Ordnung des Landes dargelegt wurde. Miklas könne der Verfassungsreform nicht zustimmen, weil diese in ihren Inhalten und Durchführungsbestimmungen gegen jenen Verfassungstext verstieß, auf den er zuvor seinen Eid geschworen hatte und dessen erster Garant er sein musste. Laut den Aufzeichnungen von Pacelli bei einer päpstlichen Audienz bestätigte Pius XI., als er von dem Brief erfuhr, Miklas Eid auf die Verfassung, erwiderte jedoch „die Verfassung ist für das Land, nicht das Land für die Verfassung" und die Verfassungsänderungen seien für das „bessere Wohlergehen des Landes". Daher handle Miklas „wenn nicht im Wortlaut, dann im Sinne seines Eids, um sie zu unterstützen und zu fördern" [50].

Einen letzten Beweis hinsichtlich seines Rückhalts für die autoritäre Hinwendung Österreichs lieferte Pius XI. infolge der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen dem „sozialistischen Schutzbund" und dem Bundesheer im Februar 1934, bei denen es Hunderte Opfer zu beklagen gab. Der Papst ermöglichte der Regierung das endgültige Verbot der sozialdemokratischen Partei. Der französische Botschafter beim Heiligen Stuhl hatte Kardinal Pacelli gebeten, beim österreichischen Kanzler zu intervenieren, um ihn vom Ergreifen allzu drastischer Maßnahmen gegenüber der Sozialdemokra-

47 Siehe dazu Anthony Rhodes, Il Vaticano e le dittature 1922–1945 (Milano 1975) 156 f.

48 Bortolo Galletto, Vita di Dollfuss (Roma 1935) 91.

49 Cronaca contemporanea, in: La Civiltà Cattolica IV (1933) 89.

50 Siehe dazu Klieber, Quadragesimo anno 356–358; Valvo, Dio 94–95 und Rupert Klieber, Die moralische und politische Schützenhilfe des Hl. Stuhles für den ‚Staatsumbau' Österreich 1933/34 im Lichte vatikanischer Quellenbestände, in: Römische Historische Mitteilungen 54 (2012) 549–559.

tie abzuhalten. Daraufhin holte Pacelli diesbezüglich die Meinung des Nuntius in Wien ein, der antwortete, dass ein Intervenieren bei Dollfuß überflüssig und kontraproduktiv wäre, weil eine Nachgiebigkeit von Seiten des Kanzlers nicht erwünscht sei. Das Urteil des Papstes war noch ausdrücklicher, wie aus den Aufzeichnungen Pacellis weiter hervorgeht:

> *Der Heilige Vater wünscht, dass der Kanzler alles tut, was er tun muss, um die Ordnung endgültig wiederherzustellen. Es war der Fehler von Seipel, der Wien den Sozialisten zu einem gegebenen Zeitpunkt hätte wegnehmen können; aber er besaß nicht den Mut, dies zu tun. Da ist eine Härte, die sich in Barmherzigkeit wandelt. Der Heilige Vater wird sich davor hüten, Dollfuß einen Rat zu geben.*[51]

2. Zwischen Mythos und Realität: Österreich als „katholischer Staat" in der italienischen Debatte

Der Februaraufstand 1934, der bei der katholischen Presse beinahe überall auf Missbilligung stieß[52], gab gleichzeitig den Anstoß für umfassendere Bewertungen des von Dollfuß propagierten, hochgesteckten Reformprogramms für den Staat. Eher vage, im Vergleich zur Deutlichkeit der Urteile von Pius XI., war zum Beispiel Alcide De Gasperis Stellungnahme in „L'Illustrazione Vaticana". De Gasperi erinnerte daran, dass die Sozialisten *sich bereit erklärt hatten, bei einer Verfassungsreform mitzuwirken, sofern dabei legale Wege eingeschlagen würden, das allgemeine Wahlrecht aufrechterhalten und die Gewerkschaftsfreiheit geschützt würde*. Darüber hinaus sagte er: *Die Vorschläge waren im Grunde genommen fragwürdig: Wie soll man diesen gemeinsamen Weg mit einem Partner einschlagen, der ein Pulverfass besitzt, um dich in die Luft zu sprengen, wenn es ihm gerade gelegen ist?* De Gasperi fügte weiter hinzu, dass *auch die vorübergehende Zusammenarbeit erfordert, dass hinter der Front kein unerbittlicher Krieg geführt wird. Die Wiener Sozialisten hingegen entchristianisierten und fanatisierten die Jugend und bedienten sich der politischen Macht, um die Bedeutung der Familie zu*

51 Valvo, Dio 93 und Klieber, Die moralische und politische Schützenhilfe 561–564. (Übers. d. Verf.)

52 Zum Beispiel Cronaca contemporanea, in: La Civiltà Cattolica I (1934) 556.

zerstören und den Glauben zu ersticken. De Gasperi verschloss jedenfalls nicht die Augen vor den Gefahren, die ein vollständiger Bruch der Regierung mit dem Arbeiterstand mit sich brächte: *Dollfuß' Sieg ist sicher nicht endgültig, außer er erobert die Seelen der Arbeiterklasse zurück. Der wahre Korporativismus beginnt jetzt. Cavour sagte, dass im Belagerungszustand alle in der Lage seien zu regieren; aber das Schwierige kommt danach*[53]. Guido Gonella, der einen Artikel der Wiener Tageszeitung „Neue Freie Presse" in der Zeitschrift „L'Osservatore Romano" wiederveröffentlichte, behauptete: *Die Unterdrückung der* österreichischen Sozialdemokratie bedeutet nicht, wie auch *Dollfuß* kürzlich erklärt hat, den Beginn einer antidemokratischen Politik der Regierung, die nämlich die Rechte des Volks gegen die parteilichen Interessen der sozialistischen Organisationen verteidigen möchte[54]. Ebenso bedeutsam war das Urteil eines anderen ehemaligen FUCI-Mitglieds, Mario Bendiscioli, der – sich auf die Unterdrückung der sozialistischen Revolte und des nationalsozialistischen Terrorismus unter Dollfuß beziehend – von einem Kampf sprach, der von einem *religiösen Ansatz* geleitet und mit *christlichem Geist* geführt werde[55].

Eine völlig gegensätzliche Haltung nahm hingegen Don Luigi Sturzo ein, der Gründer des aufgelösten Partito Popolare Italiano. Aus seinem Exil in London übte er von der Aussetzung der parlamentarischen Tätigkeiten (März 1933) bis zum damalig gegenwärtigen Moment scharfe Kritik am Verhalten der österreichischen Regierung:

> *Es ist traurig, dass die österreichische Christlich-Soziale Partei – anstatt dass sie alles versucht, um die Freiheit und Demokratie des eigenen Landes zu retten […] und mit der tatsächlichen und gleichzeitigen Entwaffnung aller Parteien fortfährt – sich dem Faschismus anvertraut, bewaffnete Truppen autorisiert und sogar selbst kleine Truppen hat […]. Die Folge ist, dass die Christlich-Soziale Partei heute gezwungen ist, sich mit der Regierung und den Faschisten zu solidarisieren und somit die blutige Unterdrückung einer Arbeiterrevolte zu unterstützen. Wir verteidigen die Sozialisten und ihre*

53 Spectator, Quindicina internazionale, in: L'Illustrazione Vaticana, 1. März 1934, nun in: Alcide De Gasperi, Scritti di politica internazionale 1933–1938, Bd. I (Città del Vaticano 1981) 126. (Übers. d. Verf.)

54 Guido Gonella, Acta Diurna, in: L'Osservatore Romano, 21. Februar 1934 2.

55 Bendiscioli, La vita interiore di Ignazio Seipel 252.

> *langjährige Rüstungsvorbereitung zur Widerstandsleistung nicht, aber wir geben ihnen nicht die alleinige Schuld an den schmerzlichen Ereignissen, die eine traurige Mahnung für all diejenigen sind, die die neuen diktatorischen Regime mit der Hilfe von bewaffneten Parteien gründen wollen.*[56]

Ein paar Tage später stimmte Sturzo einem Brief zu, den eine Gruppe französischer katholischer Schriftsteller (unter ihnen auch Jacques Maritain) an den Präsidenten Miklas richtete, um zu bewirken, dass die aufgrund der Februarereignisse gefangen genommenen österreichischen Sozialisten *ehrenvoll von den Siegern behandelt [werden] und einen größtmöglichen Straferlass erhalten*[57]*. Wir verneinen jegliche Verbindung zwischen den Ereignissen in Wien und den christlichen Prinzipien*, gab Sturzo zu diesem Anlass an. In Zukunft jedoch, so mahnte der Priester, *wenn die Arbeiterklasse die Erschütterungen überwunden hat und ins politische Leben tiefer integriert ist, werden die Ereignisse in Wien sicherlich nicht zugunsten der Katholiken in Erinnerung bleiben. Es sei denn, die Katholiken sind von nun an in der Lage, zwischen den Verantwortlichkeiten zu unterscheiden und eine kritisch-objektive Haltung einzunehmen*. Für Sturzo stellte die Revolte demnach die Gelegenheit dar, zu betonen, dass die Kirche die Handlungen einer autoritären Regierung nicht unterstützen könnte – selbst wenn diese christlich inspiriert seien – , ohne dabei endgültig die Sympathien der Arbeiterklasse zu verspielen[58]. In „The Catholic Herald" bekräftigte der sizilianische Geistliche am 24. März 1934:

> *Die Arbeiterklasse der ganzen Welt verfolgt als eigenes Blutopfer jenes Österreichs; und die Beschuldigungen der ganzen Welt richten sich an eine Regierung, die sich katholisch nennt. Deshalb müssen die Katholiken die Verantwortlichkeiten klarstellen und können sich nicht mit der Regierung von Dollfuß solidarisieren.*[59]

---

56 Luigi Sturzo, L'Austria vista dall'Inghilterra, in: L'Aube, 23. Februar 1934, nun in: Luigi Sturzo, Miscellanea londinese, Bd. III (Bologna 1970) 23 f. (Übers. d. Verf.)

57 Ders., Un appello, in: El Matí, 11. März 1934, nun in: Ebd. 34. (Übers. d. Verf.)

58 Diesbezüglich ein Verweis auf Malgeri, Chiesa 83–92.

59 Luigi Sturzo, La responsabilità degli avvenimenti d'Austria, in: The Catholic Herald, 24. März 1934, nun in: Ders., Miscellanea londinese, Bd. III 41. (Übers. d. Verf.)

Die tatsächliche, mehr oder weniger herrschende Übereinstimmung des ständischen österreichischen Regimes mit den Vorgaben der päpstlichen Lehre war eines der Hauptthemen der Debatte, in der eine Bandbreite an Meinungen aufeinandertrafen. In den Kolumnen von „Studium" begrüßte Pater Rosa die Ratifizierung des Konkordats am 5. Juni 1933, dessen Inkrafttreten mit dem der neuen korporativen Verfassung am 1. Mai 1934 zusammenfiel, und bezeichnete sie als einen *schönen Sieg für die Kirche, wie auch für einen Großteil der Nation, die kürzlich dem letzten Attentat der kommunistische Revolution zum Opfer fiel*[60]. Auch „La Civilità Cattolica" zeigte offen ihr Wohlgefallen, indem sie die Worte wiederholte, die Präsident Miklas anlässlich der Konkordatsunterzeichnung ausgesprochen hatte. Dieser hatte zufrieden festgestellt, *die erste Handlung des neuen Österreichs ist die Ratifizierung des Abkommens zwischen dem Heiligen Stuhl und Österreich* und dankte Gott, *ihm als Staatschef, die Aufgabe erteilt zu haben, dieses Konkordat für Österreich … verbindlich zu machen, womit das katholische Österreich gewissermaßen seine Zukunft in der starken Festung der römisch-katholischen Kirche zusichert*[61]. De Gasperis Urteil war vorsichtig: *Es stimmt*, schrieb er am 16. Mai 1934, dass die Kompilatoren der österreichischen Verfassung sich sehr löblich bemüht haben, einige der Richtlinien der *Quadragesimo anno* zu befolgen; aber die Enzyklika selbst befasst sich mit dem politischen Regime überhaupt nicht. Alles, was Leo XIII. und Pius XI. in Bezug auf die Korporationen verlangen, ist sowohl mit einer parlamentarischen *– das ist, wie wir gesehen haben, was in Belgien versucht wird – als auch mit einer autoritären und totalitären Regierung vereinbar. Die politische Machtorganisation, so wie sie in der neuen Verfassung festgelegt ist, ist also das Werk derjenigen, die Österreich regieren und die Frucht der Zeit mit ihren unmittelbaren Notwendigkeiten und Möglichkeiten*[62]. Dies bestätigte auch Pater Brucculeri in „Gioventù Italica", mit den Worten: *Auf solche Fragen ausschließlich politischer Natur gibt die Quadragesimo anno keinerlei Antwort*, denn sie beschäftige sich nicht mit *politischem Handwerk, sondern [mit] Sozialethik*[63]. Anderer Auffassung schien hingegen

60 Enrico Rosa, Vita Ecclesiae, in: Studium 5 (1934) 355–367. (Übers. d. Verf.)

61 Cronaca contemporanea, in: La Civiltà Cattolica II (1934) 444. (Übers. d. Verf.)

62 Spectator, Quindicina internazionale, in: L'Illustrazione Vaticana, 16. Mai 1934, nun in: De Gasperi, Scritti di politica internazionale 145. (Übers. d. Verf.)

63 Angelo Brucculeri, Pio XI e l'ordinamento corporativo, in: Gioventù Italica 7 (1934) 196. (Übers. d. Verf.)

Bendiscioli zu sein: *Die einflussreiche Verkündung der päpstlichen Enzyklika bestätigte die Gültigkeit und Angemessenheit*,die jene Prinzipien aufwiesen, die sich Seipel zu eigen gemacht hatte. Dieser hatte sich ab 1927 *in Richtung eines antidemokratischen und antiparlamentarischen Staatskonzepts orientiert, in dem er das Prinzip des Korporativismus nutzte, das sich in Italien bereits als Basis für die wirtschaftlich-politische Neuorganisation nach dem Scheitern des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus durchgesetzt hatte*[64].

Der Unterschied der Pläne von De Gasperi hinderte den Trieninter Politiker jedenfalls nicht daran, *die Ehrlichkeit des Bürgersinns und die Heiligkeit der Absichten* zu betonen, mit denen die österreichischen Regierenden die neue Verfassung verabschiedet hatten, in die *die aufrichtigste und engste Zusammenarbeit mit der Kirche bei der Lehre und Verteidigung der Moral*[65] eingeschrieben wurde. In Bezug auf die autoritäre Regierungsweise des Regimes sei angemerkt, dass De Gasperi die österreichische Diktatur als eine vorübergehende Erscheinung verstand, welche die personalistische Vision, die bis zu diesem Moment die Christlich-Soziale Partei beseelt hatte, nicht beeinträchtigen sollte. Am 16. August 1934 schrieb er:

> *Die Wiener Christlich-Sozialen – zur Diktatur gezwungen, um die Unabhängigkeit zur retten; genötigt, das parlamentarische System aufzugeben, um nicht der Demagogie zu erliegen; gedrängt, parteiische Truppen zu organisieren, um sich der politischen Gewalt Hitlers entgegenstellen zu können – bemühen sich dennoch ein System zu schaffen, das auf der Kraft des Gesetzes gründet und nicht auf dem Gesetz der Kraft. Dieses Bemühen, diese Suche, war das Unglück Dollfuß'. […] Welch Katastrophe – das Ideal vor Augen haben und, aus Notwehr, dazu gezwungen sein, den Galgen aufzurichten und als Tyrannen bezeichnet zu werden!*[66]

64 „Also korporativer Staat gegen atomistischen Staat; autoritärer Staat gegen demokratischen Staat; Dominanz des Willens einer sozialen Gliederung gegenüber dem Individualismus." Siehe Bendiscioli, La vita interiore di Ignazio Seipel 250. (Übers. d. Verf.)

65 Spectator, Quindicina internazionale, in: L'Illustrazione Vaticana, 16. Mai 1934 147. (Übers. d. Verf.)

66 Spectator, Quindicina internazionale, in: L'Illustrazione Vaticana, 16. August 1934, nun in: De Gasperi, Scritti di politica internazionale 173 f. (Übers. d. Verf.)

Den Zusammenhang zwischen dem österreichischen Regime und der päpstlichen Lehre untersuchte im Folgenden auch der aus Ischia stammende Prälat Monsignore Giuseppe Di Meglio in einem von der vatikanischen Druckerei Tipografia Poliglotta Vaticana unter dem Titel „De novissimo Austriae regimine“[67] veröffentlichten Einzelband. Trotz der geringen Auflage[68] erfuhr das Werk aufgrund der Tatsache, dass der Autor im vatikanischen Staatssekretariat tätig war, eine gewisse Aufmerksamkeit[69]. Obwohl der Prälat in der Einleitung des Bandes klargestellt hatte, er wolle sich mit dem österreichischen Regime und seinem ständischen System lediglich im rechtlichen Sinne beschäftigen, ohne auf die konkrete Umsetzung der Regierung unter Dollfuß und seinem Nachfolger Schuschnigg einzugehen, ist aus dem Text deutlich die tiefe Sympathie abzulesen, die Monsignore Di Meglio dem österreichischen Ständestaat gegenüber hegte[70]. Wenn es auch noch früh sei, um über die volle Übereinstimmung des österreichischen Regimes mit der kirchlichen Soziallehre zu urteilen, so verdiene dennoch schon allein die Tatsache, die Regierungspolitik daran zu orientieren, Aufmerksamkeit und Respekt. Diese Ansicht wurde im Vorwort des österreichischen Monsignore Alois Hudal[71], Titularbischof von Aela und Rektor der deutschen Nationalkirche Santa Maria dell'Anima, bekräftigt und in „Studium“ auch von Monsignore Pietro Coffano aufgegriffen[72].

In Anbetracht der hier dargelegten Reaktionen lässt sich berechtigterweise schlussfolgern, dass die italienische katholische Welt in ihren verschiedenen Ausdrucksformen – von der Azione Cattolica über die Universität Cattolica del Sacro Cuore bis hin zu den Kreisen der Römischen Kurie – der „Richtung eines katholischen Autoritarismus, der in der Lage ist, die not-

67 Iosephus Di Meglio, De novissimo Austriae regimine, (Città del Vaticano 1936).

68 In Italien wurde der Text nur von „Studium“ rezensiert und im Ausland von der Zeitschrift von Chatham House „International Affairs“.

69 Im Folgenden wurde Monsignore Di Meglio als Sekretär der Nuntiatur nach Wien geschickt, von wo aus er nach dem Anschluss zur Berliner Nuntiatur gesandt wurde. Hier blieb er als Auditor von 1938 bis 1942.

70 So auch die Rezension von „International Affairs“, in der es hieß, der Autor des Buches „has little difficulty in showing that the written Austrian constitution and the intentions of its authors are very much in accordance with the Papal teaching, but does not pretend deal with the system as it is actually being worked out.“ Siehe International Affairs 6 (1937) 969.

71 Alois Hudal, Praefatio, in: Di Meglio, Novissimo 7 ff.

72 Pietro Coffano, Recensioni, in: Studium 12 (1936) 697 f.

wendige antikommunistische Funktion zu erfüllen, ohne dabei dem Exzess des Nationalsozialismus zu erliegen", wie es in Österreich mit Seipel und Dollfuß sowie in anderen Ländern wie Ungarn, Portugal und Brasilien der Fall war, generell positiv gegenüberstand[73]. Ganz anders waren hingegen die Einschätzungen von Sturzo und anderen ehemaligen populären Volksführern im Exil. Bereits vor den blutigen Ereignissen im Februar 1934 hatte der Priester seine Besorgnis hinsichtlich Österreichs politischer Hinwendung zum Autoritarismus ausgedrückt: *Wir haben mit Sympathie und Bangen Dollfuß Bemühen verfolgt, die österreichische Unabhängigkeit zu verteidigen und ein Gefühl der nationalen Einheit zu schaffen*, schrieb er am 1. Oktober 1933 in „El Matí" von Barcelona aus, *aber wir haben immer gefürchtet, dass ein übermäßiger Parlamentarismus negative Auswirkungen auf den internen Reformplan und die Auffassung von Regierungsautorität hat. Dollfuß'Aussage, eine autoritäre Demokratie zu wollen, die dann zu einem autoritären Staat wird, hat sofort gezeigt, wie fragwürdig und gefährlich der Kampf ist*. Der Schluss, zu dem Sturzo kam, kehrte das Bild von Österreich als antinationalsozialistisches Bollwerk – das ein Großteil der italienischen Katholiken hatte – vollständig um. Sturzo war der Meinung, wenn *sich politische Parteien auflösen, Konzentrationslager oder präventive Gefangenschaft aus politischen Gründen geplant werden, Parlamente per Dekret außer Kraft gesetzt werden, durch hoheitliche Akte Institute umgewandelt werden, bewaffnete Truppen in der Hand einer einzelnen Partei autorisiert werden, dann ist es offensichtlich, dass sich eine – wenn auch verdeckt – faschistische oder nationalsozialistische Diktatur errichtet*[74].

73 Renato Moro, La formazione della classe dirigente cattolica (1929–1937) (Bologna 1979) 503 f. Siehe dazu auch aktuelle Überlegungen von Jorge Dagnino, der sich besonders auf das Umfeld der FUCI beruft und hervorhebt, dass die Gutheißung von Regimen wie denen von Dollfuß, Salazar und Horthy seitens der meisten katholischen Hochschulangehörigen nicht auf den Wunsch zurückging, zur mittelalterlichen Christenheit zurückzufinden, sondern auf eine besondere Deutung der Moderne, welche sie ihn diesen Formen von Autoritarismus den Keim einer neuen Welt erkennen ließ. Dagnino, Faith 145.

74 Luigi Sturzo, Democrazia autoritaria o monarchia costituzionale?, in: El Matí, 1. Oktober 1933, nun in: Ders., Miscellanea londinese, Bd. II (Bologna 1967) 267 f. (Übers. d. Verf.)

3. Von Seipel bis Dollfuß: der Mythos des katholischen Staatsmanns

So wie das ständische Österreich das Modell eines vollendeten christlichen Staates repräsentieren wollte, schien auch Dollfuß selbst alle Voraussetzungen zu erfüllen, um für viele Katholiken das Modell eines „christlichen Staatsmanns" zu verkörpern[75]. Der „Mythos Dollfuß"[76], von dem sich hier reden lässt, war bald länderübergreifend verbreitet. Das Ereignis, welches die Person des Kanzlers endgültig in die Welt des italienischen Katholizismus einschrieb, war seine Ermordung beim nationalsozialistischen Putschversuch am 25. Juli 1934. Die katholische Publizistik nahm nun eine entschiedenere apologetische Haltung ein; ab 1933 begleitet von einer Darlegung der Geschehnisse, in der es nicht an der Hervorhebung der Tugenden des „tapferen Kanzlers" mangelte[77]. Am Tag nach der Ermordung schrieb „La Civiltà Cattolica" zum Beispiel, dass Dollfuß *in der Blüte der Jahre für die Unabhängigkeit seines Vaterlands gefallen war* und zitierte Ausschnitte eines Telegramms zur Trauerbekundung, das Pius XI. dem Bundespräsidenten Miklas sendete, *um dem inbrünstigen Katholiken zu gedenken, dem treuen Sohn der Kirche, dem tapferen Verteidiger des Vaterlands*[78]. Gemäßigter, aber nicht weniger teilnahmsvoll, war der Kommentar von Guido Gonella, der im „L'Osservatore Romano" beklagte, dass *das Werk des österreichischen Kanzlers vom Terrorismus niedergeschlagen [wurde], zum Zeitpunkt seiner vollen Wirksamkeit zur Umsetzung einer mutigen Politik, die nicht nur Österreich interessierte, sondern ganz Europa*[79].

In „Studium" betonte Rosa die Tatsache, dass mit Dollfuß *vielmehr als eine politische Vorstellung oder Meinung, eine moralische und religiöse Richtung der Verwaltungs- und Regierungsform* bestraft wurde und brachte seinen Tod mit

75 Mit dieser Betitelung („der christliche Staatsmann") beginnt beispielsweise einer der Abschnitte in der bereits erwähnten Sammlung von Redebeiträgen Dollfuß', herausgegeben von Arnold Tauscher und in Italien vom Verlag Morcelliana publiziert.

76 Siehe dazu Lucile Dreidemy, Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen (Wien 2014).

77 So zum Beispiel Cronaca contemporanea, in: La Civiltà Cattolica IV (1933) 102 f.

78 Cronaca contemporanea, in: La Civiltà Cattolica III (1934) 333 ff. (Übers. d. Verf.)

79 Acta diurna, in: L'Osservatore Romano 6.–7. August 1934, nun in: Guido Gonella, Verso la 2° Guerra mondiale. Cronache politiche. „Acta diurna" 1933–1940, hrsg. von Francesco Malgeri (Roma–Bari 1979) 68. (Übers. d. Verf.)

dem der in Deutschland in der „Nacht der langen Messer" ermordeten deutschen Katholiken in Verbindung[80]. Die Parallelität der tragischen Ereignisse in Österreich und der Mordwelle, die vom Hitlerregime am vorangegangenen 30. Juni losgetreten worden war, stand auch im Zentrum der Analyse von Giuseppe De Mori, der sich in „Gioventù Italica" auf die unterschiedliche Haltung von Hitler und Dollfuß gegenüber Gewalt konzentrierte. Während Ersterer mit der „Nacht der langen Messer" einen *moralischen Bruch* geschaffen hatte, mit dem *das nationalsozialistische Deutschland von der gesamten aufständischen Zivilwelt im Namen der Menschlichkeit, wenn nicht im Namen der Christlichkeit* abgeschnitten werden sollte, hatte Dollfuß, der *sich mit blutendem Herzen einer Gewaltsituation stellen musste*, der „rohen Gewalt" *die Gewalt des Gesetzes, sei sie auch erbarmungslos wie die Stimme des Geschützes* entgegengesetzt und die Verfassung geändert, *um mit dem Gesetz den nationalsozialistischen Terrorismus zerschlagen zu können, der seinen „Haken-Kreuzzug" gegen das christliche Österreich proklamiert hat. In dieser Dollfuß-Hitler-Antinomie, in dieser tragischen Gegenüberstellung zweier Männer des gleichen Alters und der gleichen Welt*, schlussfolgerte De Mori, *liest sich der Kontrast zweier Kulturen, der christlichen Kultur und der sich erhebenden und wütenden heidnischen Kultur*[81].

In der gleichen Ausgabe der „Gioventù" der Azione Cattolica verabschiedete er Dollfuß mit einer kurzen redaktionellen Anmerkung als *Held des Vaterlands, Held des Glaubens, der den neuen politischen Ordnungen seines Lands die eigenen sozialen Forderungen zugrunde gelegt hatte, die den Hass der Bösen hervorriefen, der in den wiederholten terroristischen Attentaten sich entlud* und letztendlich als *Bote Christus, der auch in den Bereich der öffentlichen Tätigkeiten das Gute bringen wollte, das der christliche Gedanke für die schönsten und heiligsten Errungenschaften gibt*[82]. Auch das Bild des „Märtyrer-Kanzlers" wurde häufig von den katholischen Kommentatoren aufgegriffen. Zu diesen gehörten beispielsweise Mario Bendiscioli[83] und der franziskanische Ordensbruder Benedetto Apuzzo, der sich der Übersetzung des Werks „Kanzler Dollfuß" des

80 Enrico Rosa, Vita Ecclesiae, in: Studium 8–9 (1934) 528. Zum Thema siehe auch Torchiani, Mario Bendiscioli 131.

81 Giuseppe De Mori, Tempo di dittature (da Hitler a Dollfuss), in: Gioventù Italica 8 (1934) 240 ff. (Übers. d. Verf.)

82 Ebd. 244. (Übers. d. Verf.)

83 Bendiscioli, La vita interiore di Ignazio Seipel 252 und Ders., Dollfuss e la nuova Austria, in: Tauscher, Eredità 18.

österreichischen Journalisten Hans Maurer ins Italienische annahm, die 1935 in Mailand mit dem *nihil obstat* der ambrosianischen erzbischöflichen Kurie veröffentlicht wurde[84].

In der Gesamtheit der Reaktionen, die Dollfuß' Tod diesseits der Alpen auslöste, war jener Raum von Bedeutung, den die italienische Debatte den Stimmen aus Österreich bot. Neben der italienischen Übersetzung von Bänden[85] wie jener von Maurer und Arnold Tauscher, herausgegeben von Mario Bendiscioli[86], war auch der Beitrag von Dietrich von Hildebrand in „Vita e Pensiero" maßgebend. Der im September 1934 veröffentlichte Artikel des Philosophen stellt, begonnen beim Titel – „Dollfuss Miles Christi" – die gesamte Amtszeit des Kanzlers basierend auf einer religiösen, beinahe metahistorischen Interpretation dar, die in der Gleichsetzung des Opfers von Dollfuß mit dem von Jesus Christus gipfelt. Hildebrand schrieb:

> *Dollfuß war nicht nur ein Staatsmann, selbst treuer Sohn der Kirche, sondern wirklich ein katholischer Staatsmann. Er hat nicht nur versucht, das Kirchenrecht in einem Staat einzuführen, der auf katholischen Prinzipien gründet, so wie es andere katholische Staatsmänner gemacht haben, sondern hat ebenso alles auf den ewigen Grundlagen der christlichen Glaubenslehre und der katholischen Philosophie erschaffen wollen.* [87]

---

84 Hans Maurer, Il Cancelliere Dollfuss, Übersetzung aus dem Deutschen herausgegeben von Fra' Benedetto Apuzzo (Milano 1935) (= Ders., Kanzler Dollfuß [Wien 1934]). In der einleitenden Widmung an die Witwe und die Kinder des Kanzlers spricht Apuzzo vom „Märtyrer-Kanzler Dollfuß", den er als „mehr als je zuvor lebendiges Sinnbild des österreichischen Patriotismus, traditionell mit dem zivilisatorischen Christentum vereint" bezeichnet. Ebd. 1.

85 Es sei betont, dass im Unterschied zu den hier genannten Büchern von Maurer und Tauscher das bedeutsame Werk von Johannes Messner (Johannes Messner, Dollfuss (Innsbruck–Wien–München 1935)) nicht in Italien übersetzt wurde, sondern nur in Großbritannien. Das Werk von Maurer fand weite Verbreitung in Frankreich, wo es 1935 für den Verlag Flammarion übersetzt wurde.

86 „Die Ermordung von Dollfuß im Juli 1934 und die harte, von Mussolini angeregte Pressekampagne, geprägt von der Empörung über das Geschehene und der Anprangerung der deutschen Verantwortlichkeit für den gescheiterten Putsch, überzeugten den Wissenschaftler davon, die Veröffentlichung eines Buches über den ermordeten Kanzler anzuraten, das anhand von ausgewählten Aufsätzen und Reden dessen politische und religiöse Vorstellungen würdigt." Torchiani, Mario Bendiscioli 129.

87 Dietrich von Hildebrand, Dollfuss „miles Christi", in: Vita e Pensiero 9 (1934) 49–53. (Übers. d. Verf.)

Nicht anders waren die Worte von Bendiscioli, der jedoch im Vergleich zu Hildebrand die Kontinuität der Tätigkeit Dollfuß' und dem Werk seines Vorgängers Seipel hervorhob. Beide schienen dem ehemaligen FUCI-Mitglied trotz ihrer unterschiedlichen Schicksale – wenn auch auf Seipel 1924 ein schlimmes Attentat verübt wurde – vereint in der Opferung ihres eigenen Lebens für die Errichtung eines neuen und christlichen Österreich[88].

Vor Dollfuß war auch Seipel, der seinerseits eine beträchtliche Popularität in den Kreisen italienischer Katholiken genoss[89], auf hagiografische Weise gelobpreist worden. Am Tag nach dem Attentat auf den österreichischen Prälaten hatte ihn zum Beispiel die „Gioventù Italica" mit dem Präsidenten von Ecuador Gabriel García Moreno verglichen – das historische Vorbild eines katholischen Staatsmanns „par excellence". Dieser war am 6. August 1875 vermutlich auf Befehl der Freimaurer ermordet worden, weil diese ihm das enge Bündnis des Staates mit der katholischen Kirche und die Weihe Ecuadors dem Heiligen Herzen Jesu im Jahr 1871 nicht verziehen hatten[90]. Genau wie García Moreno war der Zeitschrift zufolge auch Seipel „Opfer seines christlichen Reformprogramms" geworden[91].

Dass der Mythos um García Moreno in der kollektiven Vorstellung weiter existierte, zeigt die Tatsache, dass auch zwischen Dollfuß und dem ecuadorianischen Präsidenten Parallelen gezogen wurden. So auch in den Worten des Gedenkens an Kanzler Dollfuß in „Gioventù Italica" im September 1934[92] und im von Monsignore Hudal im Juni 1935 verfassten Vorwort zu Bortolo Gallettos Buchband „Vita di Dollfuß"[93], eine der ersten Veröffentlichungen des römischen Verlagshauses „Ave" (Ausdruck der „Gioventù" der Azione Cattolica). In Bezug auf das Werk von Galletto ist ebenfalls die

88 Bendiscioli, La vita interiore di Ignazio Seipel 252 f.

89 Zur Bekräftigung der von der Person Seipel ausgehenden Faszination eine kleine Anekdote zum jungen Giorgio La Pira, der in einem Brief vom 8. März 1928 davon berichtete, in Wien einen Vortrag des Kanzlers vor der katholischen Hochschuljugend angehört zu haben, den er „wundervoll" fand. Siehe Luigi Rogasi (Hg.), Giorgio La Pira: lettere agli zii. Corrispondenza inedita (Firenze 2008) 88.

90 Zur Person García Moreno und seiner Popularität im Katholizismus weltweit siehe die weitgreifenden Beobachtungen von Jean Meyer, Historia de los cristianos en América Latina. Siglos XIX y XX (Barcelona 1999) 127–139.

91 Moro Rhemabi, Monsignor Dott. Ignazio Seipel, in: Gioventù Italica 7 (1932) 100.

92 D. Kip, In memoria di Egilberto Dollfuss, in: Gioventù Italica 9 (1935) 264 f.

93 Alois Hudal, Prefazione in: Galletto, Vita VII.

Eindringlichkeit erwähnenswert, mit welcher der Autor die nicht nur diplomatische, sondern auch kulturelle Nähe zwischen Österreich und Italien hervorhob. Diese Nähe war – trotz der Konflikte in der Vergangenheit – dank Dollfuß[94] und seiner Freundschaft mit Mussolini größer geworden. Das wurde auch von Bendiscioli anerkannt, der Italiens Anstrengungen zur Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit würdigte:

> *[…] römisch-katholische Nation, die die Rückkehr Österreichs zu seinen besten historischen Traditionen, katholisch und lateinisch, wohlwollend verfolgt; gegenüber eines wahnwitzigen deutschen Raums hinter nebelhaften rassistischen und antirömischen Mythen; als autoritär-korporatives Regime, das in der analogen Ordnung des kleinen Landes an der Donau eine faktische Bestätigung des Erfolgs der eigenen erkennt; ja gar ein indirekter Widerschein der eigenen sozialpolitischen Leitlinien*[95].

Der Tod von Dollfuß gab somit Anlass dazu, ein weiteres Mal die von gegenseitiger Inspiration geprägte Beziehung zwischen Italien und Österreich hervorzuheben, die auch in den nachfolgenden Jahren – wenn auch unterschiedlich intensiv – ein weites Querschnittsthema der verschiedenen Akteure des italienischen Katholizismus darstellte.

---

94 *Ein Mann, der den religiösen Glauben so aus tiefster Seele empfand und lebte, konnte sich der Faszination, die vom katholischen und italienischen Rom nach Wien übertrat, nicht entziehen*. Ebd. 91. (Übers. d. Verf.)

95 Francesco Torchiani kommentierte diese Passage der Einleitung von Bendiscioli und bestätigte, dass dies nicht unbedingt als Beweis für „eine grundlegendere Übereinstimmung von Bendiscioli mit dem korporativen christlichen Staat, wie er in der Verfassung von 1934 festgelegt ist" bewertet werden müsse, denn „dieser Aspekt von Dollfuß' Wirken [war] für ihn zweitrangig, allerhöchstens auf den Nachhall der Debatte über die Krise des Kapitalismus und den Korporativismus zurückzuführen, die bei den Universitätsabsolventen beispielsweise gerade zu diesem Zeitpunkt durch die dem Thema Arbeit gewidmete Soziale Woche den Höhepunkt erreichte. Die Bedeutung des österreichischen Modells lag Bendiscioli zufolge hauptsächlich in der Antwort kultureller und geistiger Art, die dieses bei der Eindämmung der nationalsozialistischen Gefahr bieten könnte." Siehe Torchiani, Mario Bendiscioli 129 f. Diesbezüglich scheint es jedoch schwer zu glauben (auch angesichts anderer Aussagen von Bendiscioli, die in diesem Beitrag zitiert werden, dass der christlich-korporative Aspekt des österreichischen Regimes nach Ansicht von Bendiscioli und vieler italienischer Katholiken keinen Bestandteil dieser „Antwort kultureller und geistiger Art" darstellt, die Österreich dem Nationalsozialismus entgegensetzen wollte. Dies ging auch klar aus den Reden von Dollfuß hervor, auf denen das übersetzte Buch von Bendiscioli basiert. Außerdem wird dargelegt, dass Torchiani in Bezug auf denselben hier zitierten Auszug der Einleitung den Ausdruck „als autoritär-korporatives Regime" auslässt. (Übers. d. Verf.)

4. Der österreichische Ständestaat in der katholischen Publizistik vom Mord an Dollfuß bis zum „Anschluss“

Am Tag nach der Ermordung des österreichischen Kanzlers wich die Bestürzung der katholischen Welt Italiens recht bald der Überzeugung, dass sein Nachfolger Kurt von Schuschnigg der Lehre Dollfuß' zum Wohle Österreichs und ganz Europas treu bleiben werde. Es steht nicht fest, ob dieser Glaube jeweils auf einer sachlichen Bewertung der internen und internationalen politischen Entwicklungen basierte oder vielmehr auf dem Willen, den „Albtraum“, den das Fallen Österreichs in die Hände der Nationalsozialisten für den Großteil der italienischen Katholiken darstellte, zu verbannen. Sicher ist jedoch, dass die Betonung der Kontinuität zwischen Schuschnigg und Dollfuß zu einer Art „Themenschwerpunkt“ wurde, von dem die katholische Publizistik nicht abwich, bis praktisch der „Anschluss“ vollzogen war. In dem bereits zitierten Beitrag für „Vita e Pensiero“ schrieb Dietrich von Hildebrand beispielsweise, dass Dollfuß' Nachfolger und seine Mitarbeiter mit dem Auffangen seines *mit Blut bespritzten Vermächtnisses entschieden, mit unerschütterlichem Willen sein großes Werk in seinem Sinne weiterzuführen und aus dem christlichen und unabhängigen Österreich eine Mauer der Verteidigung zu machen, gegen Feinde des Christentums und der ganzen westlichen Zivilisation, gegen den Bolschewismus und den Nationalsozialismus*[96]. In die gleiche Richtung ging der Autor der in „Gioventù Italica“ publizierten Gedenkworte, welcher von der Parallele zwischen Dollfuß und Garcìa Moreno ausgehend betonte, Letzterer sei *eine einsame Blume im Urwald am Äquator; er hatte keine Vorgänger und leider, in seinem unglücklichen Land, keine Nachfolger. Österreich befindet sich erfreulicherweise in einer glücklicheren Lage*[97].

Zwei Wochen nach dem Juliputsch bestätigte auch Gonella: *Dollfuß hat auf festem Boden gebaut. Das Blut des Opfers hat endgültig eine Politik geweiht, die nicht mehr gewendet werden darf und kann. Das, was in den trüben Tagen in Wien Hoffnung und Zuversicht war, ist heute Sicherheit. Österreich hat wieder eine Ordnung gefunden und ein Oberhaupt, das Dollfuß Treue geschworen und damit gewusst*

96 Hildebrand, Dollfuss „miles Christi“ 553. (Übers. d. Verf.)

97 Kip, Memoria 265. (Übers. d. Verf.)

hat, sein schweres Erbe voll und ganz zu übernehmen[98]. Dieses von dem Journalisten der Zeitschrift „L'Osservatore Romano" dargestellte Bild schien in der internationalen Mobilisierung der Diplomatie zur Unterstützung Österreichs bestätigt zu werden[99]. Ebenfalls war es Gonella, der am 16. Februar 1935 von der *Solidität der neuen Gesellschaftsordnung, die die österreichische Regierung geschafft hat, zu festigen und zu gewährleisten*, schrieb. Dabei sprach er Dollfuß den Verdienst zu, *diese hohe innere Spannung lebendig erhalten* zu haben, *die absolut unerlässlich war, um dem österreichischen Problem einen europäischen Charakter zu verleihen und um die Extremismen der Innenpolitik zu überwinden*, welche *die zwei wesentlichen Aspekte der ‚historischen Mission Österreichs […] verleugneten: die österreichische Kultur, die katholische Religiosität*[100]. Mit der oben genannten Aussage bezog sich Gonella explizit auf den bedeutsamen Artikel von Benito Mussolini, der am 13. Februar 1935 in „Popolo d'Italia" veröffentlicht worden war und von der katholischen Publizistik in den Folgemonaten des Öfteren wieder aufgegriffen wurde[101].

Die internationalen politischen Entwicklungen, die seit Ende 1935 ein eher schlechtes Licht auf das Schicksal des Landes warfen, konnten – zu-

98 Acta Diurna, in: L'Osservatore Romano, 6.–7. August 1934, nun in: Gonella, Verso 68. (Übers. d. Verf.)

99 Auch Bendiscioli stimmte diesem Bild zu, als er in der Einleitung der italienischen Ausgabe des Buchbandes von Tauscher erklärte: *Das Blut von Dollfuß hat die Anzahl der Anhänger der österreichischen Idee vervielfacht, den Willen zur Unabhängigkeit bei der Regierung gefestigt, die Bemühungen der befürwortenden Großmächte entschiedener und aktiver gemacht; und Italiens Aktionen am Brenner im Juli 1934 und in Stresa im Februar 1935 sind allen bekannt. Die Donaukonferenz von Rom – die die diplomatische Welt durch Stresa-Abkommen vorbereitet – wird den Triumph und den moralischen Sieg des Märtyrer-Kanzlers bezeichnen.* Siehe Bendiscioli, Dollfuss e la nuova Austria 18. (Übers. d. Verf.)

100 Acta Diurna, in: L'Osservatore Romano, 16. Februar 1935, nun in Gonella, Verso 104 f. (Übers. d. Verf.)

101 „Vita e Pensiero" schreibt beispielsweise im Rahmen einer Zusammenfassung von Mussolinis Gedankenkonzept: *Der Respekt vor der österreichischen Autonomie und Unabhängigkeit ist eine logische Konsequenz der historischen, dem kleinen Land von der Vorsehung zugetragenen Aufgaben, als besonderer deutscher Staat, der die deutsche Kultur filtriert und neu gewichtet – damit sie im Donau- und Balkanraum toleriert und akzeptiert wird – und als entschieden katholische Nation.* Nordicus, Note di politica internazionale, in: Vita e Pensiero 3 (1935) 190 f. (Übers. d. Verf.). In die gleiche Richtung gingen Bendiscioli und der Verlag Morcelliana; in der einleitenden „Anmerkung des Herausgebers" in der italienischen Ausgabe von Tauscher nennt der Verlag als einen der Gründe für die Veröffentlichung des Bandes „die politische Bedeutung, die Italien Österreich zugesprochen hat – dem korporativen, unabhängigen, christlichen Österreich um genau zu sein, wie es Dollfuß wollte und formte – […] die Freundschaft, die den österreichischen Kanzler mit dem italienischen Regierungschef verband; […] das lebendige römisch-katholische Bewusstsein, das die Worte Dollfuß' zeigen." Siehe Tauscher, Eredità 7.

mindest dem Anschein nach – der Überzeugung, Österreich könne eine gottgewollte Aufgabe im Konzert der Nationen zukommen, nichts anhaben[102]. Auffällig ist in diesem Zusammenhang der eigenartige Kontrast zwischen den noch im Jahr 1937 tendenziell eher positiven Beurteilungen der Entwicklung der österreichischen Situation in den „Acta Diurna" von Gonella[103] und dem zunehmenden Pessimismus von Pius XI. sowie Kardinal Pacelli bezüglich der Zukunft der Alpenrepublik[104]. Im Übrigen hatte die Tageszeitung des Heiligen Stuhls die Beeinflussung durch die Diplomatie zu berücksichtigen, da sich einerseits die italienische Regierung Deutschland immer mehr annäherte und andererseits die österreichische Regierung – auch gegenüber dem Heiligen Stuhl selbst – ein festes Vertrauen in die Zukunft zur Schau trug und daher jegliche in Bezug auf das Schicksal des Landes alarmierende Nachrichten dementierte.

Das Thema der historischen Mission Österreichs[105] stieß auch in den Betrachtungen De Gasperis auf eine gewisse Resonanz, der bis zuletzt den Ständestaat als Versuch darstellte, einen *Mittelweg* zwischen Autorität und Freiheit zu finden. Am 1. Dezember 1936 wiederholte De Gasperi beispielsweise in „L'Illustrazione Vaticana" die Inhalte eines Artikels der Wiener „Reichspost" und merkte an, dass Österreich, trotz der Regierung durch *eine*

102 Einen Tag nach dem österreichisch-deutschen Abkommen vom 11. Juli 1936 brachte Monsignore Di Meglio beispielsweise sein „De novissimo Austriae regimine" zum Abschluss und sagte sich davon überzeugt, dass Schuschnigg den von Dollfuß eingeschlagenen Weg fortführen würde. Siehe Di Meglio, Novissimo 101, 105.

103 In seinem Kommentar zum Besuch des deutschen Außenministers Konstantin von Neurath in Wien am 23. Februar 1937, beobachtete Gonella: „Die Wiener Feierlichkeiten und der Konservatismus zeigten sich von jener Korrektheit und Freundlichkeit in den Beziehungen geprägt, die die Politik der beiden Regierungen bestimmen sollten, nachdem das Reich feierlich mit dem Juliabkommen die schwer erkämpfte österreichische Autonomie und Unabhängigkeit anerkannt hat". Weiter schlussfolgert er: „Das treue Resultat des Wiener Treffens ist ein Beweis dafür, dass dieser Weg für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern der richtige ist." Siehe Acta Diurna, in: L'Osservatore Romano, 26. Februar 1937, nun in: Gonella, Verso 232 f. Ein Jahr später, einen Tag nach dem Treffen in Berchtesgaden am 15. Februar 1938, schrieb Gonella: „Es ist der Kaltblütigkeit einiger Staatsmänner zu verdanken – und in besonderer Weise dem Verantwortungsbewusstsein des österreichischen Kanzlers Schuschnigg – dass die europäische Situation heute mit einer gewissen Gelassenheit betrachtet werden kann und auch mit einem begründetem Vertrauen auf ein neues Gleichgewicht, vielleicht noch provisorisch, aber nicht völlig illusorisch." Siehe Acta Diurna, in: L'Osservatore Romano, 23. Februar 1938, ebd. 281.

104 Siehe diesbezüglich Valvo, Dio 144–147.

105 An dieser Stelle ist der Hinweis nicht unangebracht, dass sich diesem Thema eines der Kapitel des von Arnold Tauscher herausgegebenen Buchbandes widmet.

einzige totalitäre Partei, nicht *den Prinzipien der päpstlichen Enzykliken nicht nachkommt und an dem Dualismus von Gesellschaft und Staat festhält, welcher allein dem christlichen Konzept des Menschen entspricht*[106]. Noch am 1. März 1938, am Vortag des „Anschlusses", bekräftigte De Gasperi seine Sichtweise mit folgenden Worten:

> *Die Christlich-Soziale Partei ist wegen der auf die Umstände zurückzuführenden Forderungen nach einem autoritären Regime verschwunden, aber das Konzept lebt und nimmt Gestalt an. Dollfuß' Testament zufolge soll es auf Quadragesimo anno aufbauen. Diese bezieht sich natürlich nicht auf das Regime, denn die Enzykliken liefern kein Konzept für ein politisches Statut; aber auf gesellschaftliche Richtlinien und Reformen: eine durch Freiheit gemäßigte Autorität, ein durch den katholischen Universalismus ausgewogener Nationalismus, eine zu einer historischen Mission erzogene Jugend*.[107]

Abgesehen von der Aufmerksamkeit, mit der Persönlichkeiten wie Gonella und De Gasperi die Geschehnisse in Österreich weiterhin mehr oder weniger stetig verfolgten, lässt sich jedoch nicht leugnen, dass ab der zweiten Hälfte des Jahres 1935 in den katholischen Kreisen Italiens das Thema des „korporativen und christlichen" Regimes teilweise an Interesse zu verlieren schien, obgleich es in den zwei Jahren zuvor noch für so viel Begeisterung gesorgt hatte. Die Aufmerksamkeit konzentrierte sich schrittweise auf andere Angelegenheiten, wie den Krieg zwischen Italien und Abessinien (dessen Rückwirkungen bald auch im mitteleuropäischen Kontext zu spüren waren) und den darauffolgenden Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien[108]. Während die

106 Spectator, Quindicina internazionale, in: L'Illustrazione Vaticana, 1. Dezember 1936, nun in: Alcide De Gasperi, Scritti di politica internazionale 1933–1938, Bd. II (Città del Vaticano 1981) 475. (Übers. d. Verf.)

107 Spectator, Quindicina internazionale, in: L'Illustrazione Vaticana, 1. März 1938, ebd. 642. Auch Gonella hatte am 26. Februar 1938 erklärt: „Von Dollfuß' Programm gibt es kein Zurück. Das unabhängige, autonome, deutsche und christliche Österreich." Siehe Acta Diurna, in: L'Osservatore Romano, 26. Februar 1938, nun in: Gonella, Verso 284). (Übers. d. Verf.)

108 Diesbezüglich aufschlussreich sind die Unterschiede in den Ansätzen von De Gasperi, der das ganze Jahr 1936 über den Geschehnissen in Österreich sehr wenig Platz in seinen „Quindicine" eingeräumt hatte, und Gonella, der in den „Acta Diurna" die Entwicklung der internen und internationalen österreichischen Politik entschieden beharrlicher betrachtet hatte. Die verlegerischen Entscheidungen der beiden Christdemokraten mit späterer Führungsrolle gingen auf unterschiedliche Perspektiven, auf Basis derer man sich der internationalen Politik näherte, zurück. Die von Gonella war zwangsläufig mehr auf die Aktualität

Persönlichkeiten Seipel und Dollfuß auf der einen Seite weiterhin eine beachtenswerte Faszination bei den Katholiken[109] hervorriefen – deutlich mehr als Schuschnigg, demgegenüber immerhin die katholische Presse stets ihre Wertschätzung äußerte –, wich die breite Anteilnahme an den Geschehnissen im Land immer mehr einer konzentrierteren Aufmerksamkeit auf Einzelbereiche des österreichischen korporativen Experiments und weniger auf das Regime in seiner Gesamtheit[110]. Besonders bedeutsam war beispielsweise das Thema der katholischen Jugendverbände, die dem Vorhaben des Regimes von Schuschnigg zufolge in einer einzigen Staatsjugendorganisation zusammenfließen sollten und in enger Verbindung zur „Vaterländischen Front" stehen sollten. Dieser Punkt war – insgesamt zugunsten der Autonomie der katholischen Organisationen – bereits im Zusatzprotokoll des Konkordats vom 5. Juni 1933 geregelt[111]; das österreichische Episkopat war sich jedoch

bezogen, die von De Gasperi war mehr historisch-kulturell geprägt. Die Tatsache, dass Letzterer sich beinahe ein Jahr lang nicht auf ein Thema konzentriert hatte, dass ihm so wichtig war wie Österreich – vielmehr aus biografischen als aus intellektuellen Gründen – ist wahrscheinlich ein Zeichen dafür, dass es im Allgemeinen in den katholischen Kreisen Italiens teilweise seinen „ideologischen Appeal" verloren hatte.

109 Ein sinnbildliches Beispiel dafür ist der Bericht von Luigi Prosdocimi über eine Reise nach Österreich im Oktober 1935, der in der Zeitschrift der FUCI veröffentlicht wurde. Darin berichtet das junge FUCI-Mitglied von seinen Eindrücken nach einem Besuch der Christkönigskirche, wo die beiden Kanzler Seipel und Dollfuß beigesetzt waren, und beschreibt die beiden Staatsmänner wie folgt: *Der gelehrte und bescheidene Priester, der arm starb, weil er alles Bedürftigen gab, die praktische und vielsagende Bestätigung der von ihm befürworteten sozialen und wirtschaftlichen Reformen; und der Laie, der sein privates und öffentliches Leben zu einer Mission des Wohls und Friedens machte – wie es der Gedenkstein an seinem Grab sagt – „opferte sein Leben für das Vaterland", für ein deutsches und christliches Österreich*. Siehe Luigi Prosdocimi, Viaggio in Austria. Dal mausoleo degli Asburgo alla tomba di Dollfuss, in: Azione Fucina, 24. November 1935 1 (Übers. d. Verf.). Speziell Seipel betreffend war es sehr bedeutsam, dass die Zeitschrift „L'Assistente Ecclesiastico" den Assistenten der Katholischen Aktion seine Person noch im Dezember 1937 als Bezugsmodell antrug. Siehe Faustino Gianani, Monsignor Ignazio Seipel, in: L'Assistente Ecclesiastico 12 (1937) 696–700.

110 Das soll jedoch nicht heißen, dass die Aufmerksamkeit der Katholiken in Bezug auf das Thema Korporativismus als solches abnahm. Aus dem allgemeinen Interesse des italienischen Katholizismus schien vielmehr das österreichische Modell als korporativer „Mythos" zu verschwinden.

111 In dem oben genannten Protokoll (Art. XIV.) räumt die österreichische Regierung den Organisationen, die Teil der Katholischen Aktion sind, die „volle Freiheit hinsichtlich ihrer Organisation und Tätigkeit" ein und verpflichtet sich zudem dafür zu sorgen, dass „die Erhaltung und Entfaltungsmöglichkeit der seitens der zuständigen kirchlichen Oberen anerkannten katholischen Jugendorganisationen geschützt" wird und dass „in vom Staat eingerichteten Jugendorganisationen der katholischen Jugend die Erfüllung ihrer religiösen Pflichten in würdiger Weise und ihre Erziehung in religiös-sittlichem Sinne nach den Grundsätzen der Kirche gewährleistet" wird. Siehe Enchiridion dei Concordati. Due secoli di storia dei rapporti Chiesa-Stato, hrsg. von Erminio Lora (Bologna 2003) 863 (Übers.

uneinig. Auf der einen Seite gab es die Befürworter der Unabhängigkeit der katholischen Jugendverbände von jeglicher politischer Einmischung, wie der Bischof von Linz Johannes Maria Gföllner. Auf der anderen standen diejenigen, die eine Form von Zusammenlegung der Katholischen Aktion und der Vaterländischen Front für möglich hielten und zu denen der Erzbischof von Salzburg, Sigismund Waitz, sowie der von St. Pölten, Michael Memelauer, gehörten[112].

Ein weiteres Thema, welches das Episkopat – noch immer mit der Frage der katholischen Jugend beschäftigt – spaltete, war die Aktion der katholischen Jugendbewegung Neuland, die 1921 von den Priestern Karl Rudolf und Michael Pflieger aufgrund des Interesses an der liturgischen Erneuerung und der Arbeiterfrage gegründet worden war[113]. Der Wunsch einiger Mitglieder der Bewegung nach einer exzessiven Unabhängigkeit in Bezug auf die kirchliche Hierarchie und die widersprüchliche Haltung mancher gegenüber dem Nationalsozialismus (welche auf die Befürwortung des Pangermanismus vieler „Neuländer" zurückging) hatten zur harschen Kritik von Monsignore Gföllner und zum Argwohn der Apostolischen Nuntiatur gegenüber Neuland geführt. Innitzer, der Erzbischof von Wien, verteidigte die Bewegung hingegen, auch beim Heiligen Stuhl[114]. Angesichts dieser Situation ist es ziemlich bezeichnend, dass genau dann, als im Vatikan die verschiedenen Haltungen gegenüber Neuland aufeinandertrafen, ein gewichtiger Beitrag von einem bedeutenden Mitglied der Bewegung in „Studium" veröffentlicht

d. Verf.). „L'Assistente Ecclesiastico" merkt diesbezüglich an, dass die Verpflichtungen des Staats „einen Fortschritt verglichen mit all den vorangegangenen Konkordaten" darstelle und schlussfolgert, dass „die Vertreter des österreichischen Staats mit der Unterzeichnung dieser feierlichen Konvention gezeigt haben, dass sie daran glauben, dass die Katholische Aktion nicht nur unschädlich für die Interessen des Staats ist, sondern diese sogar fördert". Siehe L'Azione Cattolica nel concordato tra la Santa Sede e l'Austria, in: L'Assistente Ecclesiastico 6 (1934) 402. (Übers. d. Verf.)

112 Zu diesem Thema sei auf den demnächst erscheinenden Beitrag zu den Jugendorganisationen im Ständestaat verwiesen: Andreas Gottsmann, Die Gleichschaltung der Jugendorganisationen im autoritären Regime der Jahre 1934–1938, in: Römische Historische Mitteilungen 62 (2020).

113 Zu den Ereignissen betreffend Neuland in den Jahren des Ständestaats siehe beispielsweise Jaroslav Šebek, Die Beteiligung der österreichischen katholischen Kreise an der Entstehung und dem Erhalt des Ständestaates 1933/34–38, in: Krise, Krieg und Neuanfang. Österreich und die Tschechoslowakei in den Jahren 1933–1948, hrsg. von Miroslav Kunštát, Jaroslav šebek, Hildegard Schmoller (Berlin 2017) 61–65.

114 Siehe diesbezüglich außerdem Valvo, Dio 128–130 und Gottsmann, Gleichschaltung.

wurde, nämlich dem späteren Erzbischof von Wien Kardinal Franz König (damals einunddreißig Jahre alt). In seinem Aufsatz – ein richtiges „Manifest" der Organisation – betonte König die Distanz zwischen Neuland, dem Bund der neuen katholischen Studentenbewegung und der bereits älteren Organisation der katholischen Studenten (Cartellverband), *der, mit seinem Konservatismus und alten studentischen Formen des vorigen Jahrhunderts, einen recht begrenzten Anteil an der Erneuerungsbewegung des intellektuellen Lebens Österreichs hat*. In Bezug auf die von König bei der österreichischen Jugend wahrgenommene Spaltung zwischen den Befürwortern der (auch kulturellen) Vereinigung Österreichs mit Deutschland und den Unterstützern der österreichischen Unabhängigkeit als *Land, das die germanische Kultur nach alter Bedeutung verteidigt*, fiel seine Hervorhebung des Pangermanismus auf, in dessen Richtung die neue katholische Jugendbewegung ihre ersten Schritte unternommen hatte und sich weiterhin bewegte. Der erklärtermaßen gesamtdeutsche Ursprung der Bewegung hinderte ihren Vertreter jedoch nicht daran, sich für die Notwendigkeit auszusprechen, auch den Horizont der katholischen Jugend anderer Länder zu erweitern – im Hinblick auf die *großen geistigen Kämpfe*, die in Europa in den Folgejahren ausgetragen werden müssten, und auf die unvermeidbaren Entscheidungen, deren *größte Verantwortung* die Katholiken tragen müssten. Für König erschien in der Tat nichts *wünschenswerter als eine stärkere Annäherung der jungen Katholiken der verschiedenen Nationen, besonders Italiens und Österreichs, zwischen denen bisher nur eine geringe Bindung besteht, um mit gemeinsamen Mitteln eine gemeinsame Aufgabe zu lösen*. Daher die Einladung *an jegliche Vertreter der italienischen Universitäten, sich zu uns zu begeben, um unser Leben persönlich kennenlernen zu können*[115].

Möglicherweise waren die Redakteure von „Studium", als sie den Beitrag des österreichischen Priesters in die Rubrik „Lettere dall'estero" aufnahmen, nicht vollständig über die Kontroversen bezüglich Neuland informiert, in die in diesem Augenblick sowohl der österreichische Episkopat als auch der Heilige Stuhl verwickelt waren. Jedenfalls fällt die Aufwertung einer Erfahrung auf, deren ideologische Koordinaten in mancher Hinsicht gegensätzlich zur bekräftigten kulturellen und religiösen Eigenheit Österreichs erscheinen konnten, in der die katholische Welt Italiens in ihrer Gesamtheit

115 Franz König, La situazione spirituale della gioventù in Austria, in: Studium 6 (1936) 391. (Übers. d. Verf.)

(die FUCI eingeschlossen) anscheinend zusammenlief[116]. Des Weiteren ist zu erwähnen, dass der Beitritt von Neuland zur österreichischen Katholischen Aktion Ende Mai 1936 damit zusammenfiel, dass sich die autonomiebestrebten Instanzen des katholischen Jugendverbands stärker gegen den Druck des Regimes zur Eingliederung in die Regierungsorganisationen wehrten. Es stellt sich somit zurecht die Frage, ob die Zeitschrift des Movimento Laureati, indem sie Neuland Gehör verschaffte, indirekt auf dieses Thema eingehen wollte, was jedoch tiefer gehende Kenntnisse seitens der Redakteure in Bezug auf die Debatte um die Autonomie der katholischen Jugend in Österreich voraussetzen würde.

Grund für die redaktionelle Entscheidung von „Studium" konnte allerdings schlicht der Wunsch gewesen sein, die Leserschaft auf das hinzuweisen, was wie ein beträchtlicher Gärstoff in der europäischen Landschaft der Jugendverbände schien. Die österreichische Streitigkeiten über die Unabhängigkeit der katholischen Jugend sollte in den folgenden Monaten in einem immer angespannteren Klima fortdauern: Einerseits orientierte sich die österreichische Regierung in Bezug auf die patriotische Eingliederung der Jugendorganisationen zunehmend „totalitär"; andererseits war der Episkopat gespalten, wobei die Mehrheit jedenfalls weiterhin auf die guten Absichten Schuschniggs vertraute und sich darauf berief, dass die christlichen Grundlagen des österreichischen Staates das sicherste Bollwerk gegen die antichristlichen Ideologien darstellte[117]. Der „Anschluss" Österreichs an das Dritte Reich, der sich in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 vollzog, beendete diese Debatte und traf das Gefüge des österreichischen Katholizismus – begonnen beim Episkopat – grundsätzlich unvorbereitet, um der Welle des Nationalsozialismus entschieden entgegenzutreten.

---

116 Als Beispiel lässt sich hier noch einmal Guido Gonella heranziehen, der noch am 26. Februar 1938 die Notwendigkeit der Treue Österreichs zum Programm von Dollfuß betonte, das sich in der Devise *unabhängiges, autonomes, deutsches und christliches Österreich* zusammenfassen ließ, dort wo *christliches Österreich bedeutet, dass das österreichische Volk, einer tausendjährigen religiösen Tradition treu, das Christentum weiterhin als Leitprinzip seiner Politik möchte. Es möchte, dass die Nationalität im Christentum nicht den Feind sieht, den es zu verfolgen gilt, sondern die spirituelle Plattform des öffentlichen und privaten Lebens; keine Werteordnung, die dem Wert von Rassen nachgestellt werden muss, sondern eine unersetzbare Spiritualität, der die Rassenanthropologie kategorisch unterstellt werden muss.* Siehe Acta Diurna, in „L'Osservatore Romano", 26. Februar 1938, nun in: Gonella, Verso 284 f. (Übers. d. Verf.)

117 Dazu Gottsmann, Gleichschaltung.

Angesichts des tragischen Endes der österreichischen Unabhängigkeit wurden die von Dollfuß angeregten Bestrebungen und Illusionen in der italienischen katholischen Welt nun zu einer Art von kollektivem Nekrolog, was Don Angelo Novelli in einem in der theologischen Zeitschrift des erzbischöflichen Seminars von Mailand veröffentlichten Beitrag zusammenfasst. So schreibt der Geistliche:

> *Das Ideal, für das er [Dollfuß] kämpfte und dem er zum Opfer fiel, ist in der Geschichte festgeschrieben, durch die von ihm ausgearbeitete Verfassung des österreichischen Bundesstaats und das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl, die beide am 1. Mai 1934 in Kraft traten. Der durch die Verfassung errichtete Staat fügte in die religiösen und politischen Traditionen des österreichischen Volks mit einer geistreichen Originalität die besten Praktiken der zeitgenössischen Soziologie ein.*[118]

Von dem in den katholischen Kreisen Italiens vorherrschenden Meinungsbild unterschied sich die Beurteilung Sturzos ein weiteres Mal. Ein Jahr nach den Geschehnissen führte er seine Überlegungen zu den Grenzen des österreichischen Modells in dem Buch „Church and State" aus, wobei er der Idee des Bestehens eines katholischen Staates in der zeitgenössischen Welt einen tödlichen Schlag versetzte:

> *In der Vorstellung des katholischen (oder christlichen) Staats liegt im Grunde eine nicht korrekte Betrachtung der Geschichte: Diese ist nicht umkehrbar; der historische Prozess schreitet trotz seiner Rückschritte immer voran. Einer Erfahrung folgt die nächste und jede hat ihren eigenen Charakter. Der christliche Staat des 20. Jahrhunderts kann weder der korporative des Mittelalters sein noch der konfessionelle der Reformation und auch nicht der Zusammenschluss von Thron und Altar der Restauration. Wir haben heute die totalitären Diktaturen oder liberalen Demokratien oder unklare Zwischenformen, die letztendlich eher instabile und tyrannische Regierungen darstellen oder vorübergehende und anarchische Demagogie. Die Kirche hat nicht zu entscheiden, denn die Wahl der Politik des Staats ist nicht ihre Aufgabe, aber dies darf nicht mit dem totalitären Staat verwechselt werden, nur weil es ka-*

118 Angelo Novelli, Anschluss, in: La Scuola Cattolica, 15. Juni 1938 253. (Übers. d. Verf.)

tholische Regierende gibt (wie Franco und Salazar und zuvor Dollfuß und Schuschnigg), welche die Unterdrückung der andersgläubigen Bevölkerung nicht im Namen eines totalitären Regimes verantworten, sondern im Namen der Religion, die das totalitäre Regime sich zu eigen macht.[119]

5. Schlussfolgerung

Am Tag nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte die neue Zeitschrift „Humanitas" des Verlags Morcelliana einen Essay zur Enzyklika „Quadragesimo anno", der von dem deutschen protestantischen Ökonomen und Soziologen Wilhelm Röpke verfasst worden war. Dieser zählte zu den Gründern der sozialen Marktwirtschaft und den scharfsinnigsten Vertretern der kirchlichen Soziallehre[120]. In seinem Beitrag hob der Wissenschafter die Dringlichkeit einer neuen Auslegung der Enzyklika hervor – welche er als *ein reichlich wirksames, tiefgreifendes und erhabenes Manifest, in dem mit Exaktheit, Würdigkeit und Weitsicht viele Dinge dargelegt werden, die uns am Herzen liegen* bezeichnete – und beklagte die Instrumentalisierung der „Quadragesimo anno" von *jenen, die in einer gefährlichen geistigen Verwandtschaft mit dem Faschismus stehen und den Eindruck vermittelten, die Enzyklika empfehle den Korporativismus im Sinne des ‚korporativen Staats und der korporativen Wirtschaft aufgrund dieser Interpretation […] musste dieses mehr als würdige Dokument – unter dem Einfluss von jenen, die mit Sicherheit nicht die Berechtigung hatten, im Namen der Katholiken zu sprechen* – für das elende Experiment des sogenannten korporativen Staats in Österreich erzwungene Dienste leisten. Nicht wenige wurden daraufhin dazu verleitet, Verbindungen zwischen der Enzyklika und dem italienischen Faschismus mit seinem korporativen System zu sehen[121].

---

119 Luigi Sturzo, Chiesa e Stato. Studio sociologico-storico Bd. I (Bologna 1959) 233 f. (= Ders., Church and State [New York 1939]). (Übers. d. Verf.)

120 Siehe dazu die kürzlich durchgeführte Studie von Giuseppe Franco, Economia senza etica? Il contributo di Wilhelm Röpke all'etica dell'economia e al pensiero sociale cristiano (Soveria Mannelli 2016).

121 Wilhelm Röpke, L'enciclica „Quadragesimo anno" nella odierna discussione, in: Humanitas 11 (1946) 1121 f. (Übers. d. Verf.). Siehe diesbezüglich Ferdinando Citterio, La „grande crisi" come crisi del sistema? Gli echi nella „Quadragesimo anno", in: Cova, Besana, Fanfani, 112 f.

Diesen Aussagen von Röpke wollte der Redakteur der Zeitschrift, der niemand anderes als Mario Bendiscioli war, präzisierend die folgende Randnotiz hinzufügen: Röpke spielt auf die Tatsache an, dass in gewissen katholischen Kreisen innerhalb und außerhalb Österreichs der Ständestaat von Dollfuß als die naturreine Verwirklichung der ‚Quadragesimo anno' dargestellt wird. Hinsichtlich der Bewertung des Autors betreffend die Absichten der österreichischen Katholiken erlauben wir uns einige Vorbehalte anzubringen und verweisen auf unseren Band ‚L'eredità politica di Dollfuss', Brescia, Morcelliana, 1934.

Die Tatsache, dass zwölf Jahre nach der Ermordung von Dollfuß – und nach dem endgültigen Scheitern der korporativen österreichischen und italienischen Modelle – Bendiscioli es für notwendig hielt, die Relevanz der kritischen Beurteilungen Röpkes einzuschränken, indem er auf ein Buch verwies, das einen wichtigen Teil des „italienischen Kanons" der Mythen um Dollfuß und den Ständestaat dargestellt hatte, ist ein vielsagender Beweis dafür, wie tief die Geschehnisse in Österreich in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen das kulturelle Blickfeld jener Katholiken geprägt haben, welche die Debatte in Italien in den zwanzig Jahren des Faschismus geführt hatten. Unter Betrachtung des bis hierher aufgezeigten Weges lässt sich mit Sicherheit behaupten, dass der österreichische Ständestaat – abgesehen von den konkret erreichten Resultaten – in den 1930er-Jahren einen Bezugspunkt für die ideologische und politische Formung der italienischen Katholiken darstellte. Dazu zählen auch jene, die nach Kriegsende eine Hauptrolle einnahmen in der demokratischen Rekonstruktion Italiens, im Zeichen „einer Vision des Staats als unersetzbares Instrument für die Verbindung und Balance des ökonomischen Handelns, der ethischen Forderungen, der Erfüllung (sprich die konkrete Ausführung, so wie es die Gegebenheiten und die Geschichte mit ihren sich ändernden Notwendigkeiten erfordern) des ‚Sinnes' der Politik"[122].

122 Ornaghi, La concezione corporativa di Amintore Fanfani 194.

Franz Marek und der italienische Kommunismus[1]

KARLO RUZICIC-KESSLER
Freie Universität Bozen

1. Einleitung

Franz Marek ist eine jener Figuren des vergangenen Jahrhunderts, deren Name im öffentlichen oder wissenschaftlichen Diskurs kaum noch eine Rolle spielt. Erst in jüngster Zeit hat sich eine neue Forschergeneration aufgemacht, seine Person „[d]em Vergessen [zu] entreißen"[2]. Marek gehörte zu jenen kommunistischen Intellektuellen, die nach 1956 zunehmend von den Dogmen der internationalen Bewegung Abstand nahmen, eine neue Ausrichtung des Kommunismus herbeisehnten und in den 1960er Jahren schließlich zu einer „eurokommunistischen" Interpretation gelangten. Dieser folgte der Ausschluss aus der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) und der Rückzug auf die intellektuelle Arbeit bis zu seinem Tod 1979. Gerade weil Marek ein Mann war, der die progressiven Strömungen und die Veränderung in der Weltbewegung befürwortete, wurde er für die Italienische Kommunistische Partei (Partito Comunista Italiano, PCI) interessant. Dieser Artikel spürt den Einflüssen des italienischen Kommunismus auf Mareks Denken und auf dessen

1 Dieser Artikel entstand im Zuge der Recherche zum Projekt „Franz Marek: Vom Widerstandskämpfer über den Apparatschik zum europäischen Reformkommunisten", Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank, Projekt-Nr. 17492.

2 Es sei auf die jüngst veröffentlichte Biografie hingewiesen, die aufzeigt, welche Bedeutung Marek für die transnationale und internationale Geschichte des 20. Jahrhunderts einnimmt: Franz Marek – Ein europäischer Marxist. Die Biografie, hrsg. von Maximilian Graf, Sarah Knoll, Ina Markova, Karlo Ruzicic-Kessler (Wien 2019). Ebenso sei auf die Lebenserinnerungen von Marek hingewiesen. Siehe: Franz Marek, Erinnerungen, in: Franz Marek. Beruf und Berufung Kommunist. Lebenserinnerungen und Schlüsseltexte, hrsg. von Maximilian Graf, Sarah Knoll (Wien 2017) 109–123. Die Lebenserinnerungen Mareks befinden sich in Wien im Archiv des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes.

Wahrnehmung durch die italienische KP nach und verortet Marek im kommunistischen, transnationalen Intellektuellen- und Reformdiskurs.
Bevor die Verbindung zwischen PCI und Marek in den Mittelpunkt gelangt, sei aber zunächst noch ein kurzer Blick auf Franz Mareks Leben geworfen, um seine Biographie und deren Bedeutung im Kontext der europäischen Geschichte besser einordnen zu können. Er wurde am 18. April 1913 in Przemyśl im damals habsburgischen Galizien als Kind einer ostjüdischen Familie unter dem Namen Efraim Feuerlicht geboren. Bald übersiedelte die Familie nach Wien in das Milieu des ostjüdischen Elends der Leopoldstadt. Dieser Teil Wiens war beeinflusst von der jüdischen Einwanderung des 19. und 20. Jahrhunderts und politisch von unterschiedlichen Kulturen geprägt[3]. Marek erfuhr somit bald den Einfluss von Judentum und Zionismus. Er war an der Schaffung des Verbandes zionistischer Mittelschüler beteiligt, wurde aber auch von der in Wien in der Zwischenkriegszeit tonangebenden Sozialdemokratie geformt. Dies führte zu seinem Eintritt in den „Hashomer Hazair", einer sozialistisch und zionistisch ausgerichteten Jugendbewegung[4]. Die Zuspitzung der politischen Situation in Österreich in der ersten Hälfte der 1930er Jahre brachte ihn näher zum kommunistischen Gedankengut. Bundeskanzler Engelbert Dollfuß schaffte die Demokratie unter dem Vorwand der „Selbstausschaltung" des Parlamentes im März 1933 ab und verbot die KPÖ. Nach den Kämpfen im Februar 1934 und der endgültigen Etablierung eines autoritären Regimes sowie der Zerschlagung der Sozialdemokratie, entschloss sich Marek zum Beitritt zur Kommunistischen Partei und zum Widerstand gegen die Diktatur. Nun wurde aus Efraim Feuerlicht „Franz Marek". Zwischen 1934 und 1938 engagierte er sich im Untergrund gegen das Dollfuß-Schuschnigg-Regime[5]. Ab Juli 1936 leitete er die Abteilung Agitation und Propaganda. Nach dem „Anschluss" Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 emigrierte Marek über die Schweiz ins Exil nach Frankreich. Dort hatte sich in den vorangegangenen Jahren ein Emigrationszentrum gebildet, wo Regimegegner nicht nur aus Deutschland sondern auch aus Italien

3 Die Mazzesinsel. Juden in der Wiener Leopoldstadt 1918–1938, hrsg. von Ruth Beckermann (Wien [4]1992) 19 f., sowie: Graf, Knoll, Franz Marek 19.

4 Graf, Knoll, Franz Marek 22 ff.

5 Ebd. 25 ff.

und Spanien Zuflucht fanden[6]. Infolge des „Anschlusses" wanderten verschiedenste Gruppierungen aus Österreich ein. Eine Zusammenarbeit war aber nach dem Abschluss des „Molotov-Ribbentrop-Paktes" im August 1939 und dessen kommunistischer Rechtfertigung nicht möglich[7]. Marek war zu dieser Zeit Mitherausgeber der Nouvelles d'Autriche – Österreichische Nachrichten". Nach dem Zusammenbruch der französischen Armee im Mai/Juni 1940 ging er zurück in den Untergrund, was er mit folgenden Zeilen in seinen Erinnerungen kommentierte:

> *Diese Rückkehr zur illegalen Arbeit – noch dazu unter Bedingungen, denen gegenüber die Illegalität in Österreich als ein Kinderspiel erscheinen mußte – verschaffte mir wieder, ja im gesteigerten Maß, jenes Glücksgefühl, das mich schon in Österreich erfaßt hatte: Jeder Tag schien mir ein gewonnener Tag […]*[8].

Marek wurde in der französischen Résistance aktiv und engagierte sich – nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 – gegen die Besatzung. Unter anderem umfasste sein Arbeitsbereich den Druck von Flugblättern und die Herausgabe der Zeitung „Soldat im Westen". Er entging lange Zeit dem Gefängnis, wurde aber im August 1944 bei einer Razzia der SS verhaftet und in den Todestrakt gesteckt. Nur durch Glück – die Befreiung von Paris – konnte er dem sicheren Tod entkommen. Im August 1945 folgte er dem Ruf der KPÖ nach Wien. Zurück in Österreich leitete er wieder die Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der KPÖ, wurde 1946 Chefredakteur des theoretischen Organs „Weg und Ziel" und gehörte ab 1948 dem Politischen Büro (Polbüro) an. Zu diesem Zeitpunkt war er noch glühender Stalinist und nichts deutete auf einen Reformweg hin[9].

---

6 Michel Margairaz, Danielle Tartakowsky, Le Front populaire (Paris 2009); Ralph Schor, L'opinion française et les étrangers en France 1919–1939 (Paris 1985).

7 Stéphane Courtois, Marc Lazar, Histoire du Parti Comuniste Français (Paris 1995) 135–161; Paul Buton, Le Parti, la guerre et la revolution 1939–1940, in: Communisme 32 ff. (1993) 41–68, Gaetano Quagliariello, Il PCI, il PCF e le conseguenze del patto Molotov-Ribbentrop, in: La nazione in rosso. Socialismo, Comunismo e „Questione nazionale" 1889–1953, hrsg. von Marina Cattaruzza (Soveria Mannelli 2005) 241–296.

8 Marek, Erinnerungen 151.

9 Graf, Knoll, Franz Marek 39 ff.

2. Die Geschichte zweier Parteien

Gerade im Zusammenhang mit der Geschichte des PCI und der Weltbewegung erscheint die Erinnerung an Marek umso bedeutender. Für die Erklärung dieser Verbindung bedarf es auch eines kurzen Vergleiches der KPÖ mit dem PCI. Nach 1945 etablierte sich der PCI nicht nur als eine der tragenden Kräfte der Italienischen Republik, sondern auch als bedeutendste westeuropäische KP. Der PCI war es, der am ehesten und am stärksten gegen die Figur des „monolithischen" Kommunismus antrat. Während der Begriff „Eurokommunismus"[10] weithin mit dem PCI und insbesondere mit Enrico Berlinguer in Verbindung gebracht wird, war Palmiro Togliatti als langjähriger Generalsekretär bereits jemand, der die Möglichkeiten einer eigenständigen Linie im kommunistischen Block auslotete. Die 1956 formulierte These des „Polyzentrismus", die eines der grundlegenden Elemente seines Erbes darstellt, ist im Grunde genommen als logische Konsequenz der politischen Vorstellungen im PCI ab der *svolta di Salerno*[11] – Beitritt zur Übergangsregierung – vom April 1944 zu verstehen. Damit war die Partei zwischen einer nationalen und einer internationalistischen Politik hin- und hergerissen. Über diese „doppelte Zugehörigkeit" während des Kalten Krieges sind bereits Jahrzehnte der Debatte in der italienischen Historiographie vergangen[12]. Ab wann Palmiro Togliatti tatsächlich einen eigenständigen Weg zum Sozialismus für seine Partei wollte, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen[13]. Jedenfalls verfolgte Togliatti in den 1950er Jahren und insbesondere nach dem Tod Stalins 1953 die Idee einer Autonomie des PCI innerhalb der sowjetisch dominierten Welt des Kommunismus.

---

10 Der Begriff „Eurokommunismus" ist eine Fremdzuschreibung des Journalisten Frane Barbieri, der diesen in der Tageszeitung „Giornale Nuovo" im Juni 1975 erstmals verwendete. Im Allgemeinen bezeichnet dieser die Reformbewegungen kommunistischer Parteien Westeuropas in den 1970er und 1980er Jahren. Die Heterogenität dieser Bewegungen zeigt allerdings die Probleme in der Verwendung eines einzigen Begriffes auf.

11 Siehe Elisabetta Brighi, Foreign Policy, Domestic Politics and International Relations. The Case of Italy (New York 2013) 110 ff.

12 Il PCI nell'Italia repubblicana, hrsg. von Roberto Gualtieri (Roma 2001).

13 Siehe hierzu folgende Darstellungen zu den Interpretationen des Kurses im PCI: Karlo Ruzicic-Kessler, Der Kommunismus und die Frage von Triest im frühen Kalten Krieg, in: Römische Historische Mitteilungen 58 (2016) 355–388, 361 f.; Silvio Pons, L'impossibile egemonia. L'Urss, il Pci e le origini della guerra fredda 1943–1948 (Roma 1999).

In Österreich präsentierte sich die Lage gänzlich anders: Bei der KPÖ handelte es sich nicht um eine Partei, mit der sich die breite Arbeiterschaft identifizierte. Die Rolle der „Arbeiterpartei" hatte die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) inne. Diese nahm jedoch zunehmend sozialdemokratischere Züge an. Die Teilung Österreichs in vier Besatzungszonen bis Mai 1955 erschwerte die Arbeit der KPÖ zusätzlich[14]. Diese konnte zu keinem Zeitpunkt mehr als sechs Prozent der Wählergunst erreichen, was nicht zuletzt auf das Verhalten der sowjetischen Besatzungsmacht – mit der viele die KPÖ identifizierten – und das abschreckende Beispiel der Vorgänge in den neuen „Volksdemokratien" Osteuropas zurückzuführen war[15]. Ähnlich wie der PCI war auch die österreichische KP bis 1947 in der Regierung vertreten. Bereits bei den Wahlen vom November 1945 hatte allerdings das schwache Wahlresultat der KPÖ zu ihrer Marginalisierung geführt. Den KPÖ-Plan, im von der Sowjetunion besetzten Osten des Landes eine „Volksdemokratie" zu errichten, lehnte Moskau kategorisch ab[16]. Nach dem Ende der Besatzung Österreichs verlor die KPÖ durch den Abzug der Sowjetunion jegliche Einflussmöglichkeit auf die Politik des Landes.

Franz Mareks Auseinandersetzung mit dem italienischen Kommunismus beginnt in dieser wichtigen historischen Periode. Hiernach begleitete er jeden Schritt der italienischen Genossen und schloss Freundschaften mit vielen Intellektuellen und Kadern der Partei, mit denen er Zeit seines Lebens korrespondierte. Als Chefredakteur von „Weg und Ziel" kommentierte er die Entwicklungen, theoretischen Debatten und Ambitionen im PCI. Antonio Gramsci war sein Leitstern. Schließlich nahm Marek gemeinsam mit einer kleinen Gruppe in den 1960er Jahren bereits „eurokommunistische" Tendenzen ein[17].

---

14 Zur KPÖ zwischen 1945 und 1955 siehe: Manfred Mugrauer, Die Politik der KPÖ in den Jahren 1945 bis 1955/56, in: 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei, hrsg. von Ders. (Wien 2009) 37–52.

15 Josef Meisel, Die Mauer im Kopf. Erinnerungen eines ausgeschlossenen Kommunisten 1945–1970 (Wien 1986): Franz Muhri, Kein Ende der Geschichte (Wien 1995) 136 f.

16 Wolfgang Mueller, The USSR and the Fate of Austrian Communism 1944–1956, in Qualestoria 1 (2017) 63–88; Ders., Die Teilung Österreichs als politische Option für KPÖ und UdSSR 1948, in: Zeitgeschichte 1 (2005) 47–54.

17 Siehe: Maximilian Graf, The Rise and Fall of "Austro-Eurocommunism". On the "Crisis" within the KPÖ and the Significance of East German Influence in the 1960s, in: Journal of European Integration History 20 (2014) 203–218.

3. Eine neue Verbindung

Am 22. Januar 1951 verunfallte Franz Marek auf einer Autofahrt in der Nähe von Florenz, gemeinsam mit Parteimitgliedern des PCI. Die italienischen Genossen Ilio Barontini, Leonardo Leonardi und Otello Frangioni kamen ums Leben[18]. Die schweren Verletzungen zwangen Marek zu einem mehrmonatigen Spitalsaufenthalt in Italien. Retrospektiv meinte er zu seinen Eindrücken:

> *Wieder das große Erlebnis – die große Partei, die tiefe Verankerung in den Massen, […] – ganz arme Teufel kamen ins Spital, um mir eine Orange zu bringen –, […] [dies] rührte mich mehr als die Besuche Longos[19], Pajettas[20] usw., so sehr sie mich ehrten. Und knapp, nachdem ich den Schock und die Operation überwunden hatte – die Entdeckung Gramsci, nicht nur der Briefe aus dem Kerker – sie alle lagen in deutscher Übersetzung vor, sondern auch die anderen Werke. Obwohl damals nur zensuriert gedruckt, machten sie auf mich einen gewaltigen Eindruck, schwante mir die Enge unseres „Marxismus-Leninismus" – sofort nach 1956 griff ich auf Gramsci zurück.*[21]

Diese Entdeckung prägte Mareks Vorstellungen in den folgenden Dekaden[22]. 1956 war in der Tat eine entscheidende Zäsur für die kommunistische Welt. Drei Ereignisse waren hierfür entscheidend[23]. Das erste war die Geheimrede Nikita Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU. Chruschtschow

18 Il mortale scontro a 9 Km. da Firenze, in: l'Unità (23.1.1951).

19 Luigi Longo (1900–1980). Longo war nach dem Zweiten Weltkrieg hinter Palmiro Togliatti der zweite Mann des PCI und nach Togliattis Tod Generalsekretär des PCI (1964–1972).

20 Giancarlo Pajetta (1911–1990). Pajetta war Repräsentant des PCI bei der Komintern und im Widerstand in Frankreich und Italien engagiert. Ab 1946 war er Abgeordneter im italienischen Nationalrat und ab 1948 Mitglied des ZK-Sekretariats des PCI. Er war maßgeblich verantwortlich für die internationalen Beziehungen des PCI und wiederholt Chefredakteur des Parteiorgans l'Unità.

21 Marek, Erinnerungen 177.

22 Zuletzt auch von seinem Wegbegleiter und Mitarbeiter im Wiener Tagebuch Peter Weinberger beschrieben: Interview des Autors mit Peter Weinberger (8.1.2018). Zu den Abhandlungen Mareks über Gramsci sei beispielhaft auf folgende Texte verwiesen: Franz Marek, Antonio Gramsci, in: Weg und Ziel 24/2 (1966) 99–109; Ders., Antonio Gramsci. Zu seinem 30. Todestag, in: Weg und Ziel 24/4 (1967) 183–195.

23 Siehe: Karlo Ruzicic-Kessler, Die Kommunistische Partei Italiens und das Jahr 1956, in: Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien (2015/2016) 121–137; Maria Luisa Righi, Quel terribile 1956. I verbali della Direzione comunista tra il XX Congresso del Pcus e l'VIII Congresso del Pci (Roma 1996).

stellte eine neue Politik in den Raum und eröffnete die Theorie der „friedlichen Koexistenz", womit er das bis dahin geltende Dogma des unvermeidlichen Krieges zwischen Kapitalismus und Sozialismus aufbrach[24]. Nun waren für die UdSSR auch unterschiedliche Wege zum Sozialismus nicht ausgeschlossen und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft über den Weg des Parlamentarismus war denkbar[25]. Der italienische Generalsekretär Palmiro Togliatti ergriff bereits in Moskau nach der Rede des sowjetischen Sekretärs die Gelegenheit und unterstrich, dass es nun an seiner Partei lag, *den italienischen Weg zum Sozialismus* zu ebnen[26].

Diese neue Politik erweist sich als logische Konsequenz der Weltlage im Jahre 1956. Immerhin hatte die sowjetische Führung 1955 die seit dem Bruch zwischen Stalin und Tito[27] schwierigen Beziehungen zu Jugoslawien, mit einem Eingeständnis der falschen Politik gegenüber Belgrad, verbessern können[28]. Zudem erfolgte nach dem XX. Parteitag die Auflösung des Kominform[29]. Togliatti machte in „l'Unità" klar, dass es nunmehr *nicht bedeutet, dass wenn eine Partei einen Fehler macht, alle einen Fehler begangen haben*[30]. Er meinte, dass die Umbrüche in der kommunistischen Bewegung nicht zufälligerweise zu dieser Zeit stattfanden, als sich die Welt vom Kolonialismus trennte, eine Détente zwischen Ost und West anstand und der Sozialismus neue Formen

24 Silvio Pons, The Global Revolution. A History of International Communism 1917–1991 (Oxford 2014) 206–208; Robert Hornsby, Protest, Reform and Repression in in Khrushchev's Soviet Union (Cambridge 2013) 54–56.

25 Il PCI e il 1956. Scritti e documenti dal XX Congresso del Pcus ai fatti d'Ungheria, hrsg. von Alexander Höbel (Napoli 2006) 22.

26 Carlo Spagnolo, Togliatti e il movimento comunista internazionale (1956–64), in: Togliatti nel suo tempo, hrsg. von Roberto Gualtieri, Carlo Spagnolo und Ermanno Taviani (Roma 2007) 239–263, hier: 253.

27 The Cominform. Minutes of the Three Conferences 1947/1948/1949, hrsg. von Giuliano Procacci et al. (Milano 1994); Silvio Pons, Stalin, Togliatti, and the Origins of the Cold War in Europe, in: Journal of Cold War Studies 3:2 (2001) 3–27, hier: 16–21, Elena Aga-Rossi, Viktor Zaslavsky, Togliatti e Stalin. Il PCI e la politica estera staliniana negli archivi di Mosca (Bologna 22007) 221 f.; Maurizio Zuccari, Il dito sulla piaga. Togliatti e il Pci nella rottura fra Stalin e Tito 1944–1957 (Milano 2008).

28 Svetozar Rajak, Yugoslavia and the Soviet Union in the Early Cold War. Reconciliation, comradeship, confrontation 1953–1957 (London–New York 2011) 126 ff.

29 Riunione della Direzione, 16.3.1956, Rom, Fondazione Istituto Gramsci (FIG), Archivio del Partito Comunista Italiano (APCI), Fondo Mosca, mf. 198.

30 Palmiro Togliatti, Lo scioglimento dell'Ufficio di informazione e i nuovi compiti dei partiti comunisti, in: l'Unità (18.4.1956). (Übers. d. Verf.)

annahm[31]. Für ihn war die Geheimrede ein Ereignis, das alle Ereignisse der letzten Jahre in den Schatten stellte[32].

Die am 4. Juni erfolgte Veröffentlichung der Geheimrede durch die „New York Times" konsternierte so manchen Genossen in den westeuropäischen KPs[33]. Togliatti machte in der Ausgabe vom Juni 1956 von „Nuovi Argomenti" die Unfähigkeit der sowjetischen Führung und Stalins für die Probleme in der Weltbewegung verantwortlich:

> *[Es entstand] die progressive Überlappung persönlicher mit demokratischer und kollektiver Macht, und damit die Ausbreitung von Phänomenen der Bürokratisierung, der Verstöße gegen die Legalität, die Stagnation, und zum Teil die Degeneration […] diese Überlappung war partiell und vor allem in den höchsten Kreisen der Macht und der Partei manifest. […] [M]an kann aber daraus nicht ableitet, dass die Fundamente der sowjetischen Gesellschaft zerstört wurden.*[34]

Für Togliatti war das kommunistische System nunmehr *polyzentrisch* geworden und es gab somit nicht *eine einzige Führung*, sondern einen Prozess, der *unterschiedliche Wege* beschritt. Trotz allem sei das sowjetische System das Beste, da es – von den stalinistischen Verbrechen abgesehen – eine völlig freie, demokratische Gesellschaft ermöglichte und *die Gründung der Sowjetunion das wichtigste Ereignis der Zeitgeschichte darstellt[e]*[35]. Franz Marek verfolgte diese Ereignisse und ließ in einer Sondernummer von „Weg und Ziel" die Thesen

---

31 Da Gramsci a Berlinguer. La via italiana al socialismo attraverso i congressi del Partito comunista italiano, Vol. III, 1956–1964, hrsg. von Francesco Benvenuti (Roma 1985) 18 f.

32 Indro Montanelli, Mario Cervi, Storia d'Italia. Vol. XVIII, L'Italia dei due Governi 1955–1965 (Milano 2011) 34–36; Palmiro Togliatti, Il XX congresso del partito comunista dell'Unione sovietica, in: l'Unità (14.4.1956); siehe auch: Marco Clementi, L'alleato Stalin. L'ombra sovietica sull'Italia di Togliatti e De Gasperi (Milano 2011); Marco Galeazzi, Togliatti e Tito. Tra identità nazionale e internazionalismo (Roma 2005); Roberto Gualtieri, Togliatti e la politica estera italiana. Dalla Resistenza al trattato di pace 1943–1947 (Roma 1995).

33 Felice Froio, Il PCI nell'anno dell'Ungheria (Roma 1980) 96; Alessandro Frigerio, Budapest 1956. La macchina del fango. La stampa del PCI e la rivoluzione ungherese. Un caso esemplare di disinformazione (Torino 2016) 30; Spagnolo, Togliatti e il movimento comunista 254.

34 Intervista a Togliatti, in: Nuovi Argomenti 20 (1956); Togliatti. Opere, IV, hrsg. von Luciano Gruppi (Roma 1986) 125–147; Höbel, Il PCI e il 1956 71–92. (Übers. d. Verf.)

35 Ebd.

von Togliatti in Übersetzung abdrucken[36]. Seine eigene Argumentation zu den Geschehnissen war jener Togliattis nicht unähnlich:

> *Die Ereignisse hätten gezeigt, daß man nicht einfach blind der Sowjetunion vertrauen kann. Beweis: Jugoslawien […] Kein Kommunist und keine Kommunistische Partei ist der Notwendigkeit des selbstkritischen Denkens enthoben. […] Auch die Führung eines sozialistischen Staates kann Fehler machen […].*[37]

Für Marek war es der KPÖ nicht möglich gewesen, sich in Gegensatz zu allen anderen kommunistischen Parteien zu bringen, da dies die Spaltung der Partei hätte bewirken können. Auch Marek pries weiterhin die Erfolge der Sowjetunion in der Außenpolitik und wollte trotz seiner Zweifel die einfachen Parteimitglieder nicht desillusionieren. Schließlich bedeutete Chruschtschow die Hoffnung auf eine positive Veränderung[38]. Damit zeigt sich, dass Marek und Togliatti durchaus ähnliche Gedanken zum XX. Parteitag formulierten. Beide glaubten weiterhin an die Sowjetunion, beide sahen durchaus die Fehler der Vergangenheit ein und wollten einen neuen Weg einschlagen. Jedenfalls gelang Togliatti mit seiner Idee des „Polyzentrismus" der theoretische Übergang von einer strikten Einhaltung der Dogmen aus Moskau zu einer These, die größere Autonomie der einzelnen KPs vorsah und damit von der Idee eines einzigen Leitsterns der Weltbewegung zur Vorstellung mehrerer, paralleler aber unterschiedlicher Wege zum Sozialismus überging[39].

Auf diese bewegten Momente folgten zwei entscheidende Krisen im internationalen kommunistischen Kontext. Als Ende Juni die Arbeiterschaft in Posen auf die Straße ging, um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu fordern, sah sich die polnische Führung mit einer Situation konfrontiert, die sich bereits in den Monaten davor deutlich abgezeichnet hatte. Die In-

36 Palmiro Togliatti, Probleme der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, in: Weg und Ziel 14, Sondernummer Juli (1956) 577–606.

37 Franz Marek, Gedanken zum 20. Parteitag. Weg und Ziel 14 Nr. 7/8 (1956) 479–484, hier: 482. Siehe zudem Ders., Aus der internationalen Diskussion zum 20. Parteitag, in: Weg und Ziel 14 Nr. 9 (1956) 587–597.

38 Marek, Erinnerungen 184 ff.

39 Aldo Agosti, Palmiro Togliatti. A Biography (New York 2003) 238 ff. dazu auch: Nikolas Dörr, Die rote Gefahr. Der italienische Eurokommunismus als sicherheitspolitische Herausforderung für die USA und Westdeutschland 1969–1979 (Köln 2017) 79 ff.

dustriearbeiter der Stadt bemängelten die schwierigen Arbeitsbedingungen und skizzierten die Unmöglichkeit, die von der politischen Elite geforderten Leistungen zu erfüllen. Der Protest eskalierte in kürzester Zeit zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten. Zwischen dem 28. und 29. Juni starben 57 Menschen und Hunderte weitere wurden verletzt[40]. Die Niederschlagung des Protestes war für die italienischen Kommunisten der notwendige Schritt, um die Ordnung wiederherzustellen[41]. Nur wenige stellten sich gegen die offizielle Parteilinie[42]. Noch schwerer wog allerdings die Niederschlagung des Aufstands in Ungarn im Oktober/November 1956. Die Ereignisse von Budapest führten zu einer Zuspitzung im Kampf zwischen Togliatti und Gewerkschaftsführer Giuseppe Di Vittorio, während die Parteimedien und die Leitung des PCI darauf bedacht waren, das Einschreiten der Sowjetunion zu rechtfertigen und diese als unausweichlich darzustellen[43]. Anzumerken sei auch, dass das zunächst aus Moskau noch geäußerte Verständnis für die Kritik Togliattis anlässlich des XX. Parteitages mit den Krisen von Posen und Budapest nicht mehr gegeben war. Nun hatten „polyzentrische" Ideen keinen Platz mehr[44]. Jedenfalls engagierte sich die Spitze des PCI im kurz nach den Ereignissen von Ungarn gehaltenen VIII. Parteikongress für ein Verstummen der Stimmen, die die sowjetische Politik in Zweifel gezogen hatten. Viele mussten die Partei verlassen, gleichzeitig machte aber auch die alte stalinistische Garde Platz für neue Gesichter, die den Kurs Togliattis unterstützen sollten[45]. Ähnliches geschah auch in der KPÖ, wo die Diskussion zugunsten der Einheit der Partei ab-

40 Zu den Ereignissen in Posen, siehe: Mark Kramer, Soviet-Polish Relations and the Crisis of 1956. Brinkmanship and Intra-Bloc Politics, in: Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen, hrsg. von Roger Engelmann et al. (Göttingen 2008) 61–126, hier: 81 ff.

41 Il lavoro è ripreso nella città polacca di Poznán. Isolati i provocatori die sanguinosi incidenti di giovedì, in: l'Unità (30.6.1956).

42 Giuseppe Di Vittorio, Il dolore della Cgil per i fatti di Poznán, in: l'Unità (1.7.1956); Le dichiarazioni di Di Vittorio, in: l'Unità (2.7.1956).

43 Gian Carlo Pajetta, La tragedia dell'Ungheria, in: l'Unità (28.10.1956); Argentieri, Ungheria 1956 103 f.; Frigerio, Budapest 1956 160.

44 Spagnolo, Togliatti e il movimento comunista 257.

45 Siehe: Palmiro Togliatti, Per una via italiana al socialismo. Per un governo democratico delle classi lavoratrici. Rapporto all'VIII. congresso del PCI, 8.12.1956, in: Höbel, Il PCI e il 1956 169 ff.; L'intervento di Antonio Giolitti al congresso del Pci nel 1956, in: Micromega 9 (2006); Frigerio, Budapest 1956 197; Riunione della Direzione, 8.1.1957, FIG, APCI, Fondo Mosca, mf. 197.

gebrochen wurde[46]. Auch Marek war in der Frage der Ereignisse von Ungarn nicht bereit, Kritik an der Sowjetunion zu üben. Für ihn war man in Budapest nicht konsequent bei der Umsetzung der Entscheidungen vom XX. Parteitag gewesen[47]. Jedenfalls setzte er zu diesem Zeitpunkt seine Hoffnung in die Erneuerung in der Sowjetunion und in Togliatti:

> *Meine Entscheidung war: Togliatti hat recht, man muß die wirklichen Ursachen einer Entwicklung untersuchen, die man trotz der entsetzlichen Verbrechen nicht als einen Kriminalroman des ‚Personenkults' servieren kann. […] Mit der Sowjetunion, die sich erneuert, muß sich auch die ganze Bewegung erneuern.*[48]

Nun orientierte sich die KPÖ am „Weg Österreichs zum Sozialismus", als Spiegel der italienischen Entwicklungen. Sichtbar wurde dies im Parteiprogramm von 1958[49]. Marek verlangte folgerichtig nach dem Misserfolg der KPÖ bei den Wahlen von 1959[50] den Rücktritt der gesamten Parteileitung, was zumindest einen Bruch mit dem Apparat in Österreich vermuten lässt[51].

4. Franz Marek, die internationale Bewegung und der PCI

In den 1960er Jahren setzte in Marek immer stärker der Prozess der Desillusionierung ein. Obschon er weiterhin an die Sowjetunion glaubte, machten Ereignisse wie der Konflikt zwischen Moskau und Peking einen deut-

46 Manfred Mugrauer, Zwischen Erschütterung, neuer Offenheit und „Normalisierung." Die KPÖ, der 20. Parteitag der KPdSU und die Ungarn-Krise 1956, in: Osteuropa vom Weltkrieg zur Wende, hrsg. von Wolfgang Mueller, Michael Portmann (Wien 2007) 257–297.

47 Franz Marek, Zu den Ereignissen in Ungarn, in: Weg und Ziel 14 Nr. 12 (1956) 866–876.

48 Marek, Erinnerungen 186.

49 Der Weg Österreichs zum Sozialismus. Programmatische Leitsätze, beschlossen von einer Konferenz der Kommunistischen Partei Österreichs am 19. und 20. Februar 1958, hrsg. von KPÖ (Wien 1958); Leopold Spira, Ein gescheiterter Versuch. Der Austro-Eurokommunismus (Wien–München 1979) 35 f.

50 Bei den Wahlen von 1959 verlor die KPÖ bekanntlich ihren letzten Sitz im österreichischen Parlament.

51 Ernst Fischer, Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955 (Wien–München–Zürich 1973) 163–167.

lichen Eindruck auf ihn. Er kommentierte diesen im Sinne der Sowjetunion in „Weg und Ziel“[52]. Die Diskussionen in den westeuropäischen KPs wurden allerdings in diesen Jahren immer bedeutender für Marek und er meinte, dass ihn (seit jeher) Details der Diskussion in der französischen und italienischen Partei oft mehr beschäftigten als die Politik der KPÖ[53]. Schließlich war in den 1960er Jahren die repressive Kunstpolitik in der Sowjetunion unter Chruschtschow ein weiterer Stein des Anstoßes, der Marek langsam aber sicher von Moskau entfernte. Er äußerte deutliche Kritik an dieser Politik und ermahnte *Geduld und Respekt* für die *Suche und Versuche* der Künstler[54]. In der sino-sowjetischen Debatte versuchte der PCI jegliche Entwicklung, die zu einer offenen Verurteilung Chinas und dem endgültigen Bruch in der Weltbewegung geführt hätte, entgegenzuwirken. Auf dem X. Parteitag des PCI im Dezember 1962 artikulierte Togliatti seine Ansichten und zollte den chinesischen Genossen Respekt[55]. Gleichzeitig rügte er diese für deren Haltung in der Kubakrise. Togliatti nützte die Gelegenheit aber auch, um die *friedliche Koexistenz* abermals zu beschwören und diese nicht als Beibehaltung des Status quo zu verstehen, sondern als Weg, um die Freiheit aller Völker zu gewährleisten[56]. Nicht lange ließ hierauf die Kritik an Togliatti warten. Er wurde in der chinesischen Presse Ende Dezember 1962 beschuldigt, die unterdrückten Völker dazu aufzufordern, nicht zu kämpfen und damit dem Imperialismus den Weg frei zu machen[57]. Die Antwort Togliattis sah eine Beibehaltung des eigenen Standpunktes vor und abermals hielt er fest, dass nicht die Zeit sei, eine große Konferenz abzuhalten – die nun auch Peking für die Klärung in der Weltbewegung einforderte –, da diese nur der Denunzierung und Exkommunikation dienen könne[58]. Mareks Kommentar beim ZK-Plenum der KPÖ im Januar 1963

52 Franz Marek, Zu den Differenzen in der kommunistischen Weltbewegung, in: Weg und Ziel 21 Nr. 9 (1963) 553–564; Ders., „Hart“ und „weich“ in der Weltpolitik, in: Weg und Ziel 21 Nr. 10 (1963) 634–643.

53 Marek, Erinnerungen 167.

54 Maximilian Graf, Frühstart des „Eurokommunismus“? Das Experiment der KPÖ und die Konferenzen westeuropäischer KPs im Kontext der europäischen Reformkommunismen der Sechzigerjahre, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2017) 217–232; Franz Marek, Kunstdiskussion, in: Weg und Ziel 21 Nr. 6 (1963) 413 ff.

55 Togliatti al X Congresso, in: l’Unità (3.12.1962).

56 Ebd.

57 Infondate le polemiche dei comunisti cinesi, in: l’Unità (31.12.62).

58 Agosti, Togliatti 280.

unter dem Titel „Probleme der kommunistischen Weltbewegung", der in der „Volksstimme" erschien[59], hatte eine besondere Bedeutung für die italienische Partei, die diesen in ihrem Parteiorgan abdruckte[60]. Marek habe in seiner Rede klargemacht, dass die Kubakrise die Divergenzen in der kommunistischen Bewegung klar zum Vorschein gebracht hätte. Die chinesische KP habe in der Krise und ihrer Lösung einen Sieg der imperialistischen Kräfte gesehen:

> *Die Meinungsverschiedenheiten mit den chinesischen Genossen sind offenkundig darauf zurückzuführen, dass sie die Grundgedanken des XX. Parteitages [der KPdSU] – über die Politik der Koexistenz, über die Wege zum Sozialismus, über die Verurteilung des Personenkults – ablehnen.*[61]

Marek meinte, dass es eine tiefe Spaltung in der Frage des Krieges und des Friedens gebe und sich die chinesischen Genossen nicht der Linie der friedlichen Koexistenz anschlossen, was falsch sei. Die italienischen Kommunisten sahen in dieser Interpretation den richtigen Weg mit der Krise umzugehen und bekräftigten in „l'Unità" die Worte des österreichischen Kommunisten. Unter diesen Voraussetzungen verwundert es auch nicht, dass Marek anlässlich der Diskussion zur „Friedlichen Koexistenz" im November 1963 nach Florenz eingeladen wurde: Die Debatte fand unter Führung von namhaften Persönlichkeiten kommunistischer Medien statt, darunter Mario Alicata (Direktor „l'Unità"), Lucio Libertini (Direktor „Mondo Nuovo"), Jean Duret („Conseil économique" der CGT), Serge Mallet („France Observateur") und Marek von „Weg und Ziel" [62].

Am 21. August 1964 verstarb Palmiro Togliatti auf der Krim. Die Koinzidenz von Togliattis Ableben mit der Formulierung seines als „Memorandum von Yalta" in die Geschichte eingegangenen Statements für die sowjetische Führung bedeutete einen Meilenstein in der Entwicklung des „Polyzentrismus" und machte den Weg zum „Eurokommunismus" frei. Das Memorandum war als persönliche Mitteilung an Chruschtschow und die sowjetische Führung gedacht. Togliatti besprach darin Fragen der internationalen Bewe-

59 Probleme der kommunistischen Weltbewegung, in: Volksstimme (9.1.1963).

60 Critiche americane e austriache al P. C. cinese, in: l'Unità (12.1.63).

61 Ebd.

62 Dibattito sulla coesistenza pacifica, in: l'Unità (3.11.1963).

gung[63]. Er wollte den Einfluss der italienischen Partei geltend machen, um die Positionen innerhalb des internationalen Kommunismus im Sinne des PCI zu lenken[64]. Der PCI war in den Jahren zuvor unter Druck geraten und etliche Parteien standen dem Kurs der italienischen Kommunisten zumindest skeptisch, wenn nicht feindselig gegenüber. Die Differenzierung verschiedener Parteien stand aber für Togliatti nicht im Gegensatz zur Rolle der Sowjetunion für die Weltbewegung. Somit war die Idee des Memorandums eine Lenkung der Weltbewegung, das Ziel, die Formel der „Einheit in der Vielfalt" zu etablieren, den Polyzentrismus wiederzubeleben und den endgültigen Bruch zwischen Moskau und Peking zu verhindern. Der PCI publizierte Togliattis „Memorandum von Yalta" am 5. September 1964 in „Rinascita", ohne Moskau zu konsultieren[65]. Marek war auch der Meinung, dass es innerhalb der kommunistischen Bewegung möglich sein müsse, kritische Positionen zu beziehen[66]. Nur wenige Monate nach dem Tod Togliattis erfolgte die Demontage Nikita Chruschtschows mit einem Putsch innerhalb der KPdSU und der Inthronisierung Leonid Breschnews. Die Delegation des PCI, die kurz nach der Entmachtung Chruschtschows nach Moskau reiste, zeigte sich von den Erklärungen der sowjetischen Genossen nicht überzeugt und verdeutlichte dies, indem die Partei nicht in den Chor der Kritiker des ehemaligen Parteisekretärs mit einstimmte[67]. Auch Marek ging auf dieses Ereignis ein und kommentierte, dass die Art, wie mit Chruschtschow umgegangen wurde, die Gedanken Togliattis bestätigt hätte. Wie etliche andere Kommunisten sah Marek das Fehlen einer angemessenen Information und einer Diskussion als größte Probleme an[68]. Die österreichische Kritik fand jedenfalls auch Eingang in den Kommentaren von „l'Unità" in diesen Tagen[69].

63 Spagnolo, Togliatti e il movimento comunista 243.

64 Carlo Spagnolo, Sul Memoriale di Yalta. Togliatti e la crisi del movimento comunista internazionale 1956–1964 (Roma 2007).

65 Ebd.

66 Franz Marek, Arbeiterbewegung und sozialistisches Staatensystem, in: Weg und Ziel 22 Nr. 6 (1964), 357–362.

67 Siehe: Emanuele Macaluso, Comunisti e riformisti. Togliatti e la via italiana al socialismo (Roma 2013).

68 Franz Marek, Nachlese zum Memorandum Togliattis, in: Weg und Ziel 22 Nr. 12 (1964), 720–724, Zitat: 724.

69 I giudizi dei partiti comunisti sugli avvenimenti nell'URSS, in: l'Unità (23.10.1964) 3, siehe auch: Volksstimme (17.10.1964).

Obschon Marek weiterhin an seiner Treue zur Sowjetunion festhielt, war er vom Reformgedanken angesteckt worden. Diesen artikulierte er gemeinsam mit einigen reformorientierten Genossen an der Spitze der KPÖ durch das während des XIX. Parteitages von 1965 beschlossene Programm – das von der Politik des PCI inspiriert war – und gerade im Hinblick auf Autonomie und Demokratie weiter als andere KPs ging. Damit begann ein Kapitel der Reform und eine Art früher „Eurokommunismus" in der österreichischen KP. Marek leitete diese Entwicklungen federführend und etablierte sich auch auf internationaler Ebene als Reformer[70]. Damit entwickelte sich auch das theoretische Organ der Partei „Weg und Ziel" zu einer wichtigen Diskussionsplattform für die Abläufe in der Weltbewegung[71]. Zwar rezipierte man diese Positionen im PCI, für die österreichische Partei hatte man aber kaum Hoffnung. Man erkannte den Mut vieler Genossen in der Kritik an den Entwicklungen in der KPÖ und die von etlichen Seiten zitierten Gedanken Togliattis über die Isolation der Partei und die Kritik am sowjetischen Modell waren für den PCI erstaunliche Entwicklungen. Dennoch glaubte man in Rom nicht an eine Veränderung und sah den Parteisekretär Friedl Fürnberg fest im Sattel. Seine Ablöse durch Franz Muhri beim Parteitag und die Übernahme der Parteileitung durch eine reformorientierte Mehrheit dürften überraschende Wendungen gewesen sein[72].

5. Reformkurs und Diskussion in der Weltbewegung

Ein weiteres Kapitel stellt die Rolle Mareks im Zusammenhang mit dem italienischen Kommunismus und den Reformen der 1960er Jahre noch klarer zur Schau. Es handelt sich dabei um die Treffen zwischen Vertretern westeuropäischer kommunistischer Parteien. In diesen sollte die Aktion der Parteien im kapitalistischen Westen koordiniert und ihre Eigenständigkeit unterstrichen

70 Für Details und eine ausgezeichnete Analyse der Frage wie der Begriff „Eurokommunismus" zu deuten ist: Maximilian Graf, Frühstart.

71 Ebd.

72 Nota sul congresso del Partito Comunista Austriaco (Direzione del P.C.I. Sezione Esteri), FIG, APCI, 1965, Esteri, mf. 527, 1787–1791.

werden. Eine erste Konferenz der westeuropäischen KPs fand 1959 in Rom statt. Hierauf folgten Treffen in unterschiedlichen Konstellationen und 1963 die Vorbereitungstreffen in Paris und Stockholm für eine erneute westeuropäische Konferenz[73]. Im April 1965 trafen sich in Brüssel die Delegierten der KPs Westeuropas erneut, um über die Vorbereitung der Konferenz, inhaltliche Fragen und Ziele zu diskutieren. Zentrale Themenfelder waren der Krieg in Vietnam, die deutsche Wiederbewaffnung, die europäische Sicherheit und die Arbeiterbewegung. Marek war auf österreichischer Seite anwesend. Ihm wurde von italienischer Seite attestiert, dass er sich öffentlich wenig zu Wort gemeldet habe, aber die italienische Linie weitestgehend vertrete: *Er hat sich in den privaten Gesprächen immer als guter Freund erwiesen, der sehr gut über unsere Angelegenheiten und anderes informiert ist* – meinte Giuliano Pajetta[74]. Anfang Juni fand in Brüssel die zweite Konferenz der westeuropäischen KPs statt. Für die KPÖ waren Franz Muhri und Franz Marek anwesend. Die italienische Einschätzung der Ergebnisse dieser Konferenz waren ernüchternd:

> *Die Konferenz war bloß ein Anfang, sie hatte nicht den Charakter einer Debatte, sondern einer Aneinanderreihung von Positionen. […] Sie hatte nicht den Charakter einer Studie, einer kritischen Auseinandersetzung, einer effektiven Suche nach einer gemeinsamen Anstrengung für gemeinsame Initiativen und Ziele.*[75]

Daraus erklärt sich auch der Wille für die Abhaltung einer weiteren Konferenz. Da der PCI die Haltung Mareks besonders positiv aufgenommen hatte, verwundert es nicht, dass dieser für die Organisation der neuen Konferenz und Wien als Tagungsort ausgewählt wurde. Anfang August sandte die KPÖ eine Einladung an alle westeuropäischen Parteien. Besonders hervorzuheben ist der österreichische Vorschlag, eine öffentliche Konferenz zu veranstalten und der Presse die Anwesenheit zu gestatten. Die italienische Partei zeigte sich in der internen Diskussion zunächst mit dieser Linie einverstanden[76].

73 FIG, APCI, 1963, Esteri, mf. 493, 876, 879.

74 Note informative sulla riunione di Bruxelles, 20 Aprile 1965, FIG, APCI, 1965, Esteri, mf. 528, 1001–1008.

75 Nota sulla Conferenza dei Partiti Comunisti dei paesi capitalistici d'Europa, Bruxelles 1-2-3 giugno 1965, FIG, APCI, 1965, Esteri, mf. 528, 1097–1118. (Übers. d. Verf.)

76 Lettera del PCA alla direzione del PCI, 5.8.1965, FIG, APCI, 1965, Esteri, mf. 527, 1972.

Im Oktober besprach die Auslandssektion des PCI Fragen zur Wiener Konferenz. Nun stellten sich die Italiener auf die Seite des PCF – mit dem sie sich im September über das Thema ausgetauscht hatten – und waren gegen das Abhalten einer öffentlichen Konferenz. Die österreichischen Genossen baten hierauf um ein Treffen mit Vertretern des PCF und des PCI in Wien, um das weitere Vorgehen und den Charakter der Konferenz zu besprechen[77].

Über die Besprechung zwischen den drei Parteien ist aus der Überlieferung nichts bekannt. Sie dürften sich allerdings auf einen Modus geeinigt haben, der während des Vorbereitungstreffens vom Dezember 1965 in Wien zur Sprache kam. Dort fanden sich die Vertreter der KPs Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Schwedens, Dänemarks, Spaniens, Finnlands, West-Berlins und Italiens ein. Der PCI entsandte Dino Pelliccia und Carlo Galluzzi. Franz Marek war die treibende Kraft hinter der öffentlichen Konferenz gewesen. Da diese nicht mehr möglich war, beschlossenen die anwesenden Parteien, eine tägliche Information für die Presse zu verfassen und am Ende der Konferenz eine Pressenkonferenz unter österreichischer Führung abzuhalten[78]. Marek hatte bei seinem Auftritt während der Vorbereitungskonferenz viel Beifall von italienischer Seite erhalten. Insbesondere die Tatsache, dass er dafür plädierte, nicht eine Schau der einzelnen Parteien zu präsentieren und kein *theoretisches Seminar* abzuhalten, gefiel dem PCI[79]. Die Wiener Konferenz fand schließlich Anfang Mai 1966 statt. 15 westeuropäische KPs nahmen teil. Franz Marek eröffnete die Diskussion mit der erneuten Aufforderung über konkrete Probleme der Arbeiterbewegung in Westeuropa zu sprechen. In seinem eigenen Beitrag ging er auf diese Fragen ein. Die italienischen Delegierten Pelliccia, Ugo Pecchioli, Leo Canullo und Umberto Scalia attestierten Marek, als einziger *ausführlich* über die Probleme der Arbeiterbewegung reflektiert und nicht nur *die nationale Situation* wiedergegeben zu haben. Darüber hinaus zeigte sich die Nähe der neuen Führung der KPÖ zur italienischen Linie in

77 Direzione del P.C.I. – Sezione Esteri, Nota per la Segreteria, Situazione relativa alla proposta del P.C. Austriaco per una conferenza sulla unità d'azione e la lotta contro i monopoli, 7.10.1965, FIG, APCI, 1965, Esteri, mf. 527, 1793–1794, siehe auch: Posizione dei Partiti interessati sulla proposta dei compagni austriaci, ebd., 1795.

78 Sulla Conferenza dei Partiti Comunisti dell'Europa occidentale proposta dal P.C. Austriaco. Nota sulla riunione, 17.12.1965, FIG, APCI, 1965, Esteri, mf. 527, 1801–1802.

79 Verbale sommario sullo svolgimento della riunione di Vienna, FIG, APCI, 1965, Esteri, mf. 527, 1803–1806.

der Kritik Mareks an den Fehlern und der Verspätung in der Entwicklung der Demokratie in Osteuropa. Diese Aussagen wurden vom Vertreter des PCF Raymond Guyot angegriffen. Darüber hinaus nahm Marek mehrfach Bezug auf die italienische Partei. Pecchioli unterstrich auch die *ausgezeichneten Beziehungen* zu Marek, der sich in einem persönlichen Gespräch sehr nahe an den italienischen Ideen erwies. Das Schlusskommuniqué bestand aus *verschiedenen Überarbeitungen von Mareks Entwurf*[80]. Der „Wiener Appell" der 15 kommunistischen Parteien aus kapitalistischen Staaten wurde in den darauffolgenden Tagen publiziert. In diesem bekräftigten die anwesenden KPs den Kampf gegen die Monopole, für die Vereinigung der *arbeitenden und demokratischen Kräfte* und den *sozialen Fortschritt*. Jenseits der üblichen Kritik am kapitalistischen System, an der NATO und der EWG sowie der amerikanischen Intervention in Vietnam war für den PCI die österreichische Haltung gegenüber chinesischer Atomwaffen von Interesse. Mareks Aussage, die in dieser Hinsicht der internationalistischen moskautreuen Linie entsprach, wonach die kommunistischen Parteien sich gegen die nukleare Bewaffnung Pekings stellen müssten, stimmte mit den Vorstellungen im PCI überein[81]. Diesen Entwicklungen folgend stellte sich die Politik der KPÖ unter starkem Einfluss von Marek weitestgehend auf die Linie des PCI. Immerhin zeigten sich beide Parteien während des Kongresses der KP Ungarns Ende 1966 darin einig, dass es keine Weltkonferenz und Exkommunizierung Chinas geben sollte. Der Gedanke der Einheit war im Gegensatz zu den osteuropäischen Parteien deutlich vorhanden[82]. Dies zeigte sich auch anlässlich eines weiteren Treffens der KPs im tschechischen Karlovy Vary 1967, als die italienischen und österreichischen Kommunisten die Entwicklungen in der BRD und die „neue Ostpolitik" positiv bewerteten, während sich der PCF deutlich negativ ausdrückte[83].

80 Informazione sull'incontro die partiti comunisti dell'Europa occidentale (Vienna, 9–11 maggio 1966), FIG, APCI, Esteri, 1966 mf. 537, 1044–1048.

81 Appello da Vienna ad una più ampia unità nella lotta contro i monopoli, in: l'Unità (13.5.1966).

82 Informazione sulle prese di posizione circa le proposte di una „Conferenza" internazionale in occasione del IX Congresso del P.O.S. Ungherese, Budapest 28.11.–3.12.1966, FIG, APCI, Esteri, 1966 mf. 537, 1083–1087, Ufficio di Segreteria, protocollo n. 2932 (Riservato), 20.12.1966, ebd., 1088–1094.

83 Siehe: Graf, Frühstart.

In dieser Phase der Beziehungen zwischen den europäischen kommunistischen Parteien hatte die KPÖ, im Vergleich zu ihrer nationalen Bedeutung, eine überproportional große Rolle in der transnationalen Politik einnehmen können. Dies ging zu einem großen Teil auf Marek zurück. Er war nicht nur in der österreichischen Partei, sondern auch international ein wichtiger Reformer und Mann des Dialogs geworden. Der PCI setzte auf ihn als „Späher" nach Osteuropa, wie die Frage um die Vorgänge in Polen von 1968 aufzeigt. PCI und Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) waren in den 1960er Jahren immer wieder in Konflikt geraten, was nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Ost und West zurückging[84]. Als im Frühling 1968 in Polen eine Kampagne gegen den Zionismus stattfand, die offen antisemitische Züge annahm[85], wollte der PCI über die Lage informiert werden. Im Juni erreichte eine italienische Delegation Warschau. Doch die Erklärungen der polnischen Genossen halfen nicht, die Unsicherheit über ihr Handeln zu überwinden[86]. Sekretär Luigi Longo wandte sich in der Sache direkt an Marek, in dessen Erinnerungen sich der italienische Parteiführer konsterniert über die *konkreten Details* zeigte, die auch Personen betrafen, die er persönlich kannte[87]. Mareks Bedeutung wird auch durch seinen Briefwechsel mit seinem guten Freund, dem ZK-Mitglied Ernesto Ragionieri ersichtlich. Ihm gegenüber äußerte er: *Sei froh, dass du auf der Reise von Moskau nach Prag nicht in Warschau wechselst – das ist wohl das Schlimmste, was in unserem Namen in den letzten 10 Jahren passierte.*[88] Marek ließ auch die Kollegen von „Il Contemporaneo", einer monatlichen Beilage von „Rinascita", über die Vorkommnisse informieren. Er hatte ein Dokument polnischer Provenienz nach Italien versandt, welches die Politik der kommunistischen Partei heftig kritisierte

84 Riunione della direzione, 12.2.1965, FIG, APCI, 1965, Direzione, 29, 569–580, Riunione della direzione, 2.3.1965, ebd., 581–607, Riunione della direzione, 8.3.1965, ebd., 608–623, Relazione della delegazione italiana alla commissione preparatoria della Conferenza mondiale dei partiti comunisti e operai, 24.–28. Marzo 1968, 2.5.1968, FIG, APCI, 1968, Esteri, mf. 553, 672–678.

85 "In Zehntausenden Parteiversammlungen forderten […] die 'Aktivisten' die Entfernung der 'Unruhestifter' aus ihren Stellen und die 'Auswanderung' der 'Zionisten'", zit. nach: Włodzimierz Borodziej, Geschichte Polens im 20. Jahrhundert (München 2010) 315.

86 Nota informativa sulle conversazioni politiche avute a Varsavia da A. Pecorari fra il 4 ed il 10 giugno [1968], FIG, APCI, Esteri, mf. 552, 2185–2187.

87 Marek, Erinnerungen 229.

88 Franz Marek an Ernesto Ragionieri, 6.5.[1968], Sesto Fiorentino, Biblioteca E. Ragionieri, Fondo Ernesto Ragionieri, Corrispondenza, No 1287.

und die Zustände während der „antizionistischen Kampagne" aufdeckte. Die Idee war eine Veröffentlichung in Italien, um die Chance einer Rückverfolgung der Quelle zu minimieren. Die italienischen Genossen trauten sich allerdings nicht, einen solchen Schritt zu setzen, da es sich um ein Dokument der *Opposition und sogar der Agitation* handelte.[89]

6. Das Ende der Reformen

Insgesamt war das Jahr 1968 aber von den Ereignissen in der Tschechoslowakei geprägt. Die Reformbewegung in der ČSSR hatte eine Öffnung der KP verursacht und das Land von der Moskauer Linie wegbewegt. Im August beendeten die Staaten des Warschauer Paktes das Experiment durch eine militärische Intervention[90]. Sowohl PCI als auch KPÖ verurteilten den Einmarsch und die Niederschlagung des „Prager Frühlings". Der bekannte Intellektuelle der KPÖ und Freund Mareks, Ernst Fischer, wollte den offenen Bruch mit der Sowjetunion, wenn diese nicht ihre Truppen abzog[91]. Nach dem Einmarsch waren sich PCI und KPÖ darüber einig, dass eine weitere Debatte über eine Weltkonferenz zu diesem Zeitpunkt weder zielführend noch opportun sei. Hingegen plädierte Marek während eines Ende August erfolgten Besuches in Rom für die Abhaltung einer weiteren Konferenz der westeuropäischen KPs, wohl im Sinne einer Koordinierung in Bezug auf die Ereignisse von Prag. Die italienische Partei zeigte sich interessiert, wollte aber nicht ohne den PCF handeln[92]. Vonseiten des PCI bemerkte Carlo Galluzzi, nach einem weiteren Treffen mit Marek (und Muhri) im September, dass die österreichische Partei interne Probleme zu bewältigen hatte und die Verurteilung der Ereignisse in der Tschechoslowakei auf Widerstand in den Reihen der KPÖ

89 Bruno Schacherl del Contemporaneo all'Ufficio Politico del PCI, 10.5.1968, FIG, APCI, Esteri, mf. 552, 2167–2182.

90 Zum „Prager Frühling": Jan Pauer, Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planungen – Durchführung (Bremen 1995).

91 Manfred Mugrauer, Der „Prager Frühling" und die Parteikrise in der KPÖ, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, hrsg. von Stefan Karner et al. (Köln et al. 2008) 1043–1062, hier: 1051 f.

92 Graf, Knoll, Franz Marek 73 f.

stieß[93]. Dies war während der ZK-Sitzung der KPÖ vom 12.–13. September offenkundig geworden. Die „extreme" Position von Fischer und anderen wurde durch Muhris Einfluss geglättet, aber die Partei sah die Wiederherstellung der vollen Souveränität der Tschechoslowakei als Notwendigkeit an. Doch die „Gruppenbildung" und Anschuldigungen innerhalb der KPÖ waren nunmehr offenkundig geworden[94]. Marek verteidigte Fischer, obschon auch er die Vorgangsweise nicht befürwortete. Er war weiterhin davon überzeugt, dass Kritik im kommunistischen Lager möglich sein musste und nicht per se als „antisowjetisch" interpretiert werden sollte und zeigte sich überzeugt, dass die mediale Aufmerksamkeit, die der KPÖ zuteil geworden war, für das Abbauen von Vorurteilen ihr gegenüber nützlich sei[95]. Diese Entwicklungen in der österreichischen Bruderpartei waren auch Thema beim PCI. Eine Information von Pelliccia vom Oktober 1968 über die Septembersitzung wurde von den wichtigsten Vertretern der italienischen Partei gesichtet, darunter Giorgio Amendola, Enrico Berlinguer, Armando Cossutta, Pietro Ingrao und Alessandro Natta. Darin beschrieb Pelliccia, dass das ZK Ernst Fischer für seine Aussagen um die Ereignisse in der Tschechoslowakei kritisiert hatte. Für Pelliccia waren die Vorgänge in Wien jedenfalls eine *Diskussion auf sehr fragwürdigem Niveau*, was nichts Gutes für den Kurs der Partei verheißen ließ[96]. Die Initiative der beiden Parteien in Bezug auf die Abhaltung einer Konferenz der westeuropäischen KPs wäre wohl eine wichtige Möglichkeit gewesen, einen unabhängigen Kurs fortzuführen und auszubauen, scheiterte aber an der Ablehnung des PCF. Der Plan war auch Moskau bewusst und ein Dorn im Auge. Die Sowjetunion hatte gegen solche Vorstellungen angeschrieben, während der PCI schwieg. Während seiner Reise in die Sowjetunion im September 1968 holte sich Armando Cossutta eine Schelte von Michail Suslov ab. Dieser bezeichnete die österreichische Partei als *sozialdemokratisch* und fragte bei Cossutta in Bezug auf die KPÖ-PCI Initiative nach: *Was wollt ihr? Wohin wollt ihr damit gelangen?*[97]

93 Incontro del compagno Galluzzi con il presidente del Partito comunista austriaco e con il compagno Marek, membro dell'Ufficio Politico, 16.9.1968, FIG, APCI, Esteri, mf. 552, 94.

94 Mugrauer, „Prager Frühling" 1052.

95 Graf, Knoll, Franz Marek 74.

96 Informazione sul P.C. austriaco di Dino Pelliccia, 31.10.1968, FIG, APCI, Esteri, mf. 552, 96.

97 Riunione della Direzione, 18.9.1968, FIG, APCI, Direzione, b. 20, 939–1037.

Dieses starke Engagement der KPÖ auf internationaler Ebene und der Reformkurs im Inneren standen allerdings auf keinem soliden Fundament. Innerhalb der Partei und bei den Bruderparteien in der Sowjetunion und der DDR regte sich immer mehr Widerstand gegen den österreichischen Kurs. Angriffe auf die österreichischen Genossen richteten sich gegen Fischer und Marek[98]. In der Vorbereitung zum XX. Parteitag der KPÖ von Januar 1969 gelang es den Reformgegnern, die Überhand zu gewinnen und sich bei der Wahl der Delegierten durchzusetzen. Zwar konnte Ernst Muhri beim Parteitag noch eine Abwahl Mareks und anderer Reformer aus dem ZK verhindern – dies, vor allem, weil es die Partei hätte spalten können. Dennoch schied Marek aus dem Polbüro aus und legte seine Funktion als Chefredakteur von „Weg und Ziel" zurück[99]. Von diesem Zeitpunkt an formulierte Marek seine Gedanken (ab 1970 als Chefredakteur) in der Zeitschrift „Wiener Tagebuch", die sich schon während der Reformjahre weitestgehend von der Partei emanzipiert hatte. Die Vorgänge während des Parteitages bezeichnete Marek in einer Korrespondenz an ZK-Mitglied und wichtigen Intellektuellen des PCI, Lucio Lombardo Radice, als *eine Revanche der Stalinisten mit beachtlicher Unterstützung sowjetischer und SED-Genossen*[100]. Die Situation spitzte sich 1969 intern weiter zu. Ernst Fischer übte scharfe öffentliche Kritik an der Sowjetunion und die Situation im gemeinsamen Lager. Daraufhin wurde er im Mai von der Schiedskommission der KPÖ von der Partei ausgeschlossen. Der Versuch – durch die Reformbefürworter –, diese Entscheidung im Oktober zu kippen, scheiterte an einem knappen Votum in der gespaltenen Partei[101]. Dies alles blieb in Italien nicht unbemerkt. Fast über Nacht sah man sich mit einer neuen Situation konfrontiert, auch wenn die Anzeichen eines Machtkampfes schon vorher deutlich erkannt worden waren. Die italienische Parteispitze und vor allem die ZK-Mitglieder, die über die Jahre freundschaftliche Beziehungen zu Marek, Fischer und anderen aufgebaut hatten, zeigten sich schockiert. Lucio Lombardo Radice, der regelmäßigen Austausch zu Marek und Fischer pflegte, meinte: *Und ein[en] solchen Genosse[n] wird die KPÖ ausschlies-*

98 Graf, The Rise and Fall of "Austro-Eurocommunism".

99 Mugrauer, „Prager Frühling" 1053 ff.

100 Brief von Franz Marek an Lucio Lombardo Radice, 16.1.1969, FIG, APCI, Fondo Lucio Lombardo Radice, Corrispondenza Mal–Mar, fasc. Marek, Franz.

101 Mugrauer, „Prager Frühling" 1054.

sen? Das heisst Selbstmord.[102] Dino Pelliccia fasste die *erneute Krise* in der KPÖ für die Leitung des PCI zusammen und bemerkte, welche Dramatik sich in der Bruderpartei *um den Fall Fischer* entwickelt hatte[103]. Die Gruppe um Marek prangerte diese Entwicklungen an und es entstand eine Erklärung von 27 Mitgliedern des ZKs, die die Partei und ihr Vorgehen kritisierten[104]. Damit gewann der Konflikt innerhalb der KPÖ nur an weiterer Dramatik.

In der Tat wurde das Reformexperiment spätestens mit dem außerordentlichen XXI. Parteitag der KPÖ vom Mai 1970 zu Grabe getragen. Damit war die Linie der KPÖ wieder auf die Sowjetunion abgestimmt und die Reformer aus der Partei gedrängt. Die Publikationen Franz Mareks im „Wiener Tagebuch" waren schließlich der Anlassfall, um im November 1970 auch ihn aus der Partei auszuschließen[105].

7. Eine neue Bedeutung

Die Ereignisse um 1968 und deren Folgen innerhalb der KPÖ hatten zu einer völligen „Normalisierung" der Partei im sowjetischen Sinne beigetragen. Führende Intellektuelle und reformorientierte Kader verließen die KPÖ oder wurden ausgeschlossen. Der Reformprozess, der sich in vielen westeuropäischen Parteien manifestierte, endete im PCI allerdings nicht. Zwar brodelte es innerhalb der italienischen Partei zwischen „linkem" und „rechtem" Flügel ebenso und das Beispiel der Gruppe um „ Il Manifesto"[106], die das Schicksal des Ausschlusses ereilte, zeigt, dass auch der PCI vor heftigen Diskussionen nicht verschont blieb. Dennoch wanderte die Partei weiterhin auf dem Pfad der Reform, dies umso eindeutiger ab März 1972 mit Enrico Berlinguer als Generalsekretär. Die aus der KPÖ Ausgeschlossenen bildeten in den 1970er

102 Brief von Lucio Lombardo Radice an Ernst Fischer, 8.10.1969 [Hervorhebungen im Original], FIG, APCI, Fondo Lucio Lombardo Radice, Corrispondenza FI–FO/FR–FU, fasc. Fischer, Ernst.

103 Nota informativa di Dino Pelliccia, 31.10.1969, FIG, APCI, 1969, CL 176.

104 Mugrauer, „Prager Frühling" 1054 f.

105 Graf, Knoll, Franz Marek 81 f.

106 Il Manifesto wurde 1969 von am linken Rand des PCI stehenden Funktionären wie Rossana Rossanda und Luigi Pintor gegründet. Rossana Rossanda und ihre Kollegen wurden 1969 wegen „Linksabweichlertum" aus dem PCI ausgeschlossen. Siehe Rossana Rossanda, La ragazza del secolo scorso (Torino 2007).

Jahren eine wichtige intellektuelle Bastion. Die Gedanken, die Franz Marek und Ernst Fischer formulierten, erhielten Aufmerksamkeit südlich der Alpen. Franz Mareks „Zur Struktur des Stalin-Mythos“[107], das infolge der Vorfälle von Sommer 1968 entstand, wurde bereits im März 1969 in italienischer Fassung in „Rinascita“ abgedruckt[108]. Darin erklärte Marek die „Deformationen“ unter Stalin und wieso sein „Mythos“ drei Jahrzehnte der Geschichte der Arbeiterbewegung bestimmte. Zu diesem Zeitpunkt war Marek noch nicht ausgeschlossen und die Kritik an seiner Schrift ließ intern nicht auf sich warten. Er beklagte gegenüber Ernesto Ragionieri, dass in der Woche, in der *Rinascita meinen Stalin-Mythos abgedruckt hat […], hier mit DDR Mitteln ein ‚Anti-Marek‘ erschienen [ist], 40 Seiten nur über diesen Artikel. In dieser Broschüre bin ich kein Genosse mehr, sondern nur noch Revisionist […] Andere Sorgen haben sie nicht* [109]. Ragionieri und Marek verband ohnehin seit langem die gemeinsame Passion für die Gedanken Antonio Gramscis. Als Ragionieri im März 1966 zu Besuch in Wien war, unterhielt er sich lange mit Marek über die Situation in Österreich und das Risiko der rechten Dominanz in der Politik. Darüber hinaus fiel die Rede auf Mareks Interesse für das Werk von Antonio Gramsci. Er wollte ein Buch über Leben und Werk auf Deutsch herausgeben. Ragionieri meinte hierzu gegenüber der Parteileitung in Rom: *Wir sollten alles tun, damit das Buch nächstes Jahr, anlässlich des 30. Todestages Gramscis erscheint […], um seine Bedeutung für die sozialistische Aktion in Europa zu propagieren […]. Marek hat alle Voraussetzungen, um diese Arbeit durchzuführen.*[110] Vermutlich kannte Ragionieri auch Mareks Artikel aus „Weg und Ziel“ vom Februar 1966, in welchem der Österreicher bereits eine detaillierte Analyse zur Vita und vor allem zum Werk Gramscis niedergeschrieben hatte[111]. Seine Bedeutung bestätigte sich auch anlässlich der verschiedenen Veranstaltungen, die zu Ehren Gramscis 1967 abgehalten wurden. Im April fand in Cagliari ein internationaler Kongress zu Gramsci-Studien statt. Unter den „bedeutenden Philosophen“, die bei dieser Gelegenheit Italien besuchten, befanden sich auch Ernst Fischer und

107 Franz Marek, Zur Struktur des Stalin-Mythos, in: Weg und Ziel 25 Nr. 11 (1968) 548–577.

108 Franz Marek, Sulla struttura del mito di Stalin, in: Rinascita 13 (28.3.1969) 14 ff.

109 Franz Marek an Ernesto Ragionieri, 3.4.[1969], Biblioteca E. Ragionieri – Sesto Fiorentino, Fondo Ernesto Ragionieri, Corrispondenza, No. 1286.

110 Informazione sul viaggio a Vienna di Ernesto Ragionieri (17–20 Marzo 1966), 22.3.1966, FIG, APCI, Esteri, mf. 536, 1004–1016.

111 Franz Marek, Antonio Gramsci, in: Weg und Ziel 24 Nr. 2 (1966) 99–109.

Franz Marek[112]. „L'Unità" lobte Mareks Beitrag zur Erforschung der Person Gramscis in höchsten Tönen. „Critica Marxista" wies ihm anlässlich des 30. Todestages einen prominenten Platz zu. Marek bezeichnete den italienischen Parteigründer als *größten marxistischen Philosophen der Zwischenkriegszeit*[113]. „L'Unità" sah hierauf seine Kommentare als Bestätigung der Aktualität Gramscis Gedanken und seiner Bedeutung für die gesamte internationale Arbeiterbewegung[114]. Damit begeisterte Marek durch seine Betrachtung und wurde in den Reihen der bedeutendsten marxistischen Denker auf internationalem Niveau genannt. Daneben entdeckte „Rinascita" Marek als Kommentator zu Marx und druckte seine Gedanken für das italienische Publikum ab[115].

Im Jahr 1968 publizierte Marek nicht weniger als vier Artikel in „Rinascita", was seine Bedeutung als Intellektuellen unterstrich. Hierfür sei folgende Einschätzung seiner beim Verlag des PCI „Editori Riuniti" erschienenen Schrift *La filosofia della Rivoluzione* als Beispiel wiedergegeben:

> *Von Marx bis Lenin, von Gramsci bis Stalin, von Kautsky bis Mao Zhe Dong, wird die Strategie und die Taktik der Arbeiterbewegung heute und seine komplexe Problematik in einer kompletten Synthese der Debatte im Inneren der marxistischen Bewegung [aufbereitet].*[116]

Darüber hinaus bewarb „l'Unità" am 14. November diese Schrift auf einer halben Seite. Die KPÖ bezeichnete man als kleine Partei, die aber eine bedeutende Stellung in der theoretischen Auseinandersetzung einnahm. Marek, der *eine profunde Kenntnis der Schriften Gramscis und Togliattis aufweist*, nahm mit seinem Überblick laut Lucio Lombardo-Radice einen besonderen Platz unter den kommunistischen Theoretikern ein[117]. Im Osten wurde die theoretische Arbeit der KPÖ hingegen als schwach bezeichnet. Hier zeigt sich, wie die verschiedenen Strömungen innerhalb der kommunistischen Bewegung

112 Si prepara il convegno di studi gramsciani, in: l'Unità (21.2.1967).

113 Franz Marek, Gramsci e il movimento operaio dell'Europa Occidentale, in: Critica Marxista 3 (1967).

114 Il filo rosso da Gramsci a oggi, in: l'Unità (7.5.1967).

115 Franz Marek, Marx Vivo, in: Rinascita 19 (10.5.1968) 32.

116 Filosofia della rivoluzione, in: l'Unità (19.10.1968). (Übers. d. Verf.)

117 Il socialismo per cui combattiamo. Un libro del marxista austriaco Franz Marek come contributo a un'antologia delle teorie rivoluzionarie, in: l'Unità (14.11.1968). (Übers. d. Verf.)

einander wahrnahmen. In den 1970er Jahren beteiligte sich Marek schließlich auch gemeinsam mit Georges Haupt, Ernesto Ragionieri, Eric Hobsbawm, Vittorio Strada und Corrado Vivantian an den Bänden der „Storia del Marxismo", die im Einaudi Verlag erschien[118].

Tatsächlich bricht die Bedeutung von Marek und Ernst Fischer für die italienischen Kommunisten nicht ab. Anlässlich des Todes Fischers im Sommer 1972 gedachte man dem Philosophen und Theoretiker nicht nur als „Liebe[n] Genosse[n] und Freund", sondern bezeichnete dessen und Mareks Wirken nach dem Parteiausschluss als „weiterhin revolutionär und brillant"[119]. Die Worte der beiden Österreicher wurden den italienischen Genossen in diesem Sommer ans Herz gelegt, um die Gedanken nicht zuletzt Gramscis und Togliattis besser zu verstehen, wobei auch die Geschehnisse um 1968 Eingang fanden. Die Parteiführung der KPÖ kritisierte diesen Artikel in einem Brief nach Rom scharf und in der Novemberausgabe von „Weg und Ziel" erschien eine Replik. Franz Muhri und Erwin Scharf meinten, dies könne *als Einmischung der IKP in die Angelegenheiten der KPÖ angesehen werden*[120]. Die Antwort des erst seit März an der Parteispitze stehenden Enrico Berlinguer auf die Anschuldigungen aus Wien war sehr deutlich. Er zeigte sich in seinem Brief an Muhri und Scharf *negativ überrascht* und verteidigte die Linie des PCI und die Artikel der Parteizeitung[121]. Ein ähnlicher Vorfall von 1973 zeigt, dass die italienischen Kommunisten den Gedanken Mareks und Fischers deutlich näherstanden als jenen der KP-Führung. Als die *Editori Riuniti* die *Erinnerungen und Reflexionen* von Ernst Fischer publizierten, erging ein weiterer scharfer Brief an die Führung des PCI:

> *Wir haben aus der antisowjetischen und gegen unsere Partei gerichteten Zeitschrift „Wiener Tagebuch" entnommen, dass im Verlag der KPI […] das Buch von Ernst Fischer „Erinnerungen und Reflexionen" mit einem Vorwort von einem Mitglied des Zentralkommitees der KPI – Ernesto Ragionieri – erschienen ist. Diese Tatsache ruft bei uns Erstaunen und Befremden hervor, da es*

118 Storia del Marxismo, 5 Bde. (Torino 1978–1982) hrsg. von Eric Hobsbawm et al.

119 La controversia per Pegaso, in: l'Unità (8.9.1972).

120 ZK der KPÖ an das ZK des PCI, Generalsekretär Enrico Berlinguer, gez. Franz Muhri, Erwin Scharf, 29.9.1972, FIG, APCI, 1972, Esteri, mf. 53, 1101.

121 Enrico Berlinguer an Franz Muhri und Erwin Scharf, 18.10.1972, FIG, APCI, 1972, Esteri, mf. 53, 1106.

> *bisher nicht üblich war, dass eine Kommunistische Partei durch ihre Publikationen gegen eine andere Kommunistische Partei auftritt.*[122]

Im von Muhri und Scharf gezeichneten Schreiben machten die beiden deutlich, dass sie nicht der Meinung waren, dass eine derartige Publikation opportun sei. Immerhin war es

> *uns unerfindlich, wozu die KPI die Herausgabe dieses Buches nötig hatte, wobei doch von vornherein offenkundig war, dass dies eine Brüskierung einer – wenn auch kleinen – Bruderpartei bedeutet. Verschärft wird das noch durch das Vorwort, das sich nicht nur von den antisowjetischen und gegen die KPÖ gerichteten Angriffen nicht distanziert, sondern im Gegenteil eine im wesentlichen positive Einschätzung des Buches gibt*[123].

Die italienische Parteileitung beriet Anfang Januar 1974 über die Angelegenheit. Armando Cossutta war hierauf mit der Antwort im Namen der Partei beauftragt. Dieser erwiderte mit klaren Worten auf die Anschuldigungen aus Wien:

> *Wir möchten festhalten, dass die Publikation im Rahmen der autonomen Entscheidung unseres Verlagshauses geschah. Darüber hinaus möchten wir präzisieren, dass diese Publikation in keiner Weise eine Verfehlung unseres Verlagshauses gegenüber eurer Partei bedeutet, noch handelt es sich um eine Übertretung der Prinzipien die die Verhältnisse zwischen den kommunistischen Parteien regeln.*[124]

Tatsächlich bekräftigte auch Lombardo Radice die Bedeutung der österreichischen Genossen im intellektuellen Diskurs in einem Schreiben an Sergio Segre, indem er unterstrich, dass

> *es nicht sein kann, dass wir keine „normalen" Beziehungen mit der einzigen deutschsprachigen Gruppierung pflegen sollten, die sich explizit auf Gramsci*

122 Lettera di Franz Muhri e Franz Scharf della KPÖ a Enrico Berlinguer, 5.12.1973, FIG, APCI, 1973, CL 245.

123 Ebd.

124 Armando Cossutta an das ZK der KPÖ, Wien, 17.1.1974, FIG, APCI, CL 27. (Übers. d. Verf.)

> *beruft, während das „Tagebuch" Artikel aus Rinascita in fast jeder Ausgabe in Übersetzung abdruckt. Behalten wir ruhig anständige Beziehungen mit der […] Gespenstpartei*[125]*, aber diese können nicht exklusiv sein [und] mit einem „Verbot" der Beziehungen zum „Tagebuch" einhergehen*[126]*.*

Als in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre mit Enrico Berlinguer an der Parteispitze ein „historischer Kompromiss" mit der christdemokratischen DC gesucht wurde, die italienischen Kommunisten die NATO anerkannten und sich immer offener gegen Moskau stellten[127], waren die Gedanken des ausgeschlossenen Marek von nicht geringer Bedeutung. Im Sammelwerk zur *Storia del marxismo contemporaneo* erschien ein Beitrag Mareks, der das Interesse der italienischen Kommunisten an seinen Gedanken unterstrich[128]. Die Einleitung des posthum erschienenen Werkes von Ernesto Ragionieri über die 3. Internationale schrieb Marek[129]. Als im Februar 1979 in Andenken an den 1975 verstorbenen Ragionieri ein Forschungsinstitut in Florenz gegründet wurde, war unter den Rednern auch Marek präsent. Er unterstrich die Bedeutung Ragionieris bei der Propagierung Gramscis Gedanken in Österreich und Deutschland. Die Persönlichkeit und Werke des italienischen Parteigründers hatten die beiden Männer über viele Jahre verbunden. Marek wurde auch ins Direktionskomitee des Instituts gewählt[130].

Auch im Zusammenhang mit dem „Eurokommunismus" war das Schaffen Mareks nach dem Parteiausschluss zentral. Im „Wiener Tagebuch" entstand eine Chronik der Debatten und Ereignisse in Europa. Marek ließ viele Dissidenten aus Osteuropa und Vertreter der westeuropäischen KPs zu Wort kommen. Er engagierte sich stets in der Debatte um den „Eurokommunismus" und kritisierte die italienische, französische und spanische KP in

125 Deutsch im Original.

126 Lucio Lombardo Radice an Sergio Segre, 7.11.1975 [Hervorhebungen im Original], FIG APCI, Fondo Lucio Lombardo Radice, Corrispondenza Mal–Mar, fasc. Marek, Franz. (Übers. d. Verf.)

127 Siehe: Dörr, Die rote Gefahr, Ders., Emanzipation und Transformation. Rückblick auf den Eurokommunismus, in: Osteuropa 63 nr. 5/6 (2013) 255–720

128 Franz Marek, Socialismo sovietico e rivoluzione mondiale in Stalin, in: Annali, Istituto Giangiacomo Feltrinelli, Storia del marxismo contemporaneo (Milano 1973) 964–979.

129 Ernesto Ragionieri, La terza internazionale e il partito comunista italiano (Roma 1978).

130 L'istituto Ragionieri nuovo strumento di ricerca storica, in: l'Unità (11.2.1979): Franz Marek ricorda Ernesto Ragionieri, in: l'Unità (15.2.1979).

der ersten Hälfte der 1970er Jahre, weil sie nicht genug taten, um die Fehler in Osteuropa anzuprangern. Als 1976 die Konferenz der kommunistischen Parteien Europas in Moskau stattfand, konnte er allerdings zufrieden feststellen, dass die drei westlichen KPs darauf verzichteten, *auf die demokratischen Errungenschaften der osteuropäischen Länder* hinzuweisen und sich im Westen

> *zu allen Freiheiten, die es in den osteuropäischen Ländern nicht gibt, bekannten. Zudem meinte er: Es ist gewiß kein gleichseitiges Dreieck, das in Lateineuropa entstanden ist, aber doch ein gewisser Konsensus in entscheidenden Fragen der Autonomie, der Demokratie und des Sozialismus – ein Faktum, das politisch ungleich wichtiger ist als die Frage einer Konferenz der Kommunistischen Parteien Europas*[131].

Bis zu seinem Lebensende hörte Marek nicht auf, darauf hinzuweisen, dass auch die Hoffnungsträger der Erneuerung des Kommunismus nicht immer deutlich genug auf die Fehler in Osteuropa hinwiesen. Dennoch verteidigte er diese Parteien bei jedem Angriff aus Moskau oder seiner Verbündeten. Die Öffnung, der Dialog und die Diskussion waren für ihn die einzigen Wege zur Erneuerung der kommunistischen Welt[132].

Als Franz Marek im Juni 1979 verstarb, war die Anteilnahme in kommunistischen Kreisen Italiens groß. Der lange Artikel von Franco Andreucci in „l'Unità" vom 1. Juli zeugt davon. Marek war

> *ein Protagonist ersten Ranges der Wiedergeburt des Marxismus in den fünfziger und sechziger Jahren […]. Im Bewusstsein, dass das Gravitationszentrum der kommunistischen Bewegung Westeuropas sich außerhalb der deutschen Sphäre bewegte, war er auch immer Beteiligter des kommunistischen Lebens Italiens. In seiner Zeitschrift verfolgte er mit der ihm innewohnenden klaren Intelligenz die Entwicklungen und die Probleme des Eurokommunismus. Er studierte Labriola, Gramsci, Togliatti und hat wie kein anderer […] für deren Rezeption in der deutschen Kultursphäre gearbeitet. […] Marek schaffte es in seiner intensiven Beziehung mit der Geschichte des Marxismus, mit den Begebenheiten des Kommunismus, jenes Gleichgewicht zwi-*

131 Franz Marek, Gleichseitiges Dreieck?, in: Wiener Tagebuch I (1976) 11 f.

132 Graf, Knoll, Franz Marek 98 ff.

> *schen leidenschaftlicher Erfahrung des Militanten und der Kritik, zu der nur die großen intellektuellen Persönlichkeiten im Stande sind, zu wahren […] Der Arbeiterbewegung, dem Marxismus und dem idealistischen Kampf für die Durchsetzung der ursprünglichen Formen der sozialistischen Revolution im kapitalistischen Westen, hat Franz Marek sein ganzes Leben, alle seine intellektuellen Energien, seine Weisheit, sein sanftes Wesen und seine leidenschaftliche Persönlichkeit gewidmet*[133].

Der PCI entsandte zum Begräbnis von Marek drei Genossen und die Anteilnahme seiner Wegbegleiter und Freunde war enorm. Die an seine Frau gerichteten Kondolenzschreiben reichten von Pietro Ingrao, Franco Andreucci, über Lucio Lombardo Radice (alle PCI) und Rossana Rossanda („Il Manifesto") bis hin zu Eric Hobsbawm. In ganz Europa erinnerten Zeitungen und Zeitschriften an diesen Protagonisten des europäischen Marxismus.

8. Conclusio

Franz Marek wurde am Ende des Bestehens der Habsburgermonarchie geboren und wuchs im jüdischen Milieu des „Roten Wien" auf. Er erlebte den Aufstieg der Diktaturen in Österreich und Deutschland, war seit seiner Jugendzeit politisch tätig und entdeckte im Klima des rechten Autoritarismus in Europa den Kommunismus. Im Untergrund, zunächst in Österreich und später in Frankreich, fand er seinen Lebensinhalt: für die Ideale einer kommunistischen Ordnung zu kämpfen. Nach dem Ende des Krieges arbeitete er in Österreich als Funktionär, Intellektueller und Politiker in der KPÖ, stellte aber über die Jahre mehr und mehr fest, dass der aus dem „Heimatland" des Sozialismus vorgegebene Weg für ihn nicht der richtige sein konnte. Seine Beschäftigung mit Intellektuellen und Marxisten wie Antonio Gramsci half ihm, eine kritische Auseinandersetzung mit seinen eigenen Vorstellungen zu vollziehen. Er näherte sich auch politisch immer mehr dem italienischen PCI an, in den er die Hoffnung auf einen Reformkurs im internationalen Kommunismus setzte. Sein eigener Reformpfad führte die KPÖ über einige Jahre an

133 Un protagonista del marxismo europeo, in: l'Unità (1.7.1979); È morto in Austria il compagno Marek, in: l'Unità (30.6.1979). (Übers. d. Verf.)

die Spitze der reformorientierten Parteien und auch dem PCI ging die Politik der österreichischen Reformer in manchen Fällen zu weit. Insgesamt stellte sich aber in internationalen Diskussionsforen, in Fragen der politischen Ausrichtung und des Weges zum Sozialismus eine große Einheit zwischen Wien und Rom ein. Motor dieser Entwicklungen war der Kreis der Reformer um Franz Marek, auch wenn dies heute weitestgehend in Vergessenheit geraten ist. Bezeichnend für die Nähe, die sich zwischen dem Reformflügel der KPÖ und dem PCI entwickelt hatte, war der Umgang mit den österreichischen Ausgeschlossenen in den 1970er Jahren. Ob als politischer Gesprächspartner oder marxistischer Philosoph und Theoretiker, in beiden Fällen war der PCI an den Worten Franz Mareks interessiert und von seinen intellektuellen Fähigkeiten fasziniert. Seine Studien zu Gramsci waren hierbei die sprichwörtliche Kirsche auf der Torte. Nicht nur, dass er nicht zu einem Geächteten wurde, der Austausch intensivierte sich weiter und er war bis zu einem gewissen Grad an allen theoretischen Diskussionen des PCI beteiligt, auch wenn dies für so manche Bruderpartei ein Problem darstellte.

Als abschließende Bemerkung kann man festhalten, dass das heutige Fehlen einer internationalen Rezeption Franz Mareks durchaus zu bemängeln ist. Studien zu den Verbindungen zwischen Intellektuellen und der Austausch von Gedanken außerhalb des klassischen „eurokommunistischen" Lagers werden in Zukunft aufzeigen, welche komplexen und faszinierenden Dynamiken sich hinter solchen Schlagworten und Entwicklungen verstecken.

Bruno Kreisky und die italienische Linke – ein Forschungsdesiderat

MAXIMILIAN GRAF
Europäisches Hochschulinstitut, Florenz

1. Einführung

Bruno Kreisky war Südtirol seit seiner Jugend eng verbunden. Als Staatssekretär (1953–1959) und vor allem als Außenminister (1959–1966) musste er sich mit der Südtirolfrage intensiv befassen und er war, aufgrund der Stagnation auf bilateraler Ebene, bereit, neue Wege zur Lösung des Problems zu beschreiten. Gegen massive internationale Widerstände (und trotz eigenem Widerstreben) brachte er die Südtirolfrage erfolgreich vor die Vereinten Nationen, wodurch die italienische Autonomie- und Minderheitenpolitik vor der Weltöffentlichkeit thematisiert wurde. Auch wenn die internationale Gemeinschaft in ihren Resolutionen 1960/61 die Streitparteien dazu aufforderte, das Problem bilateral zu lösen, so hatte sich Kreisky den Zorn des offiziellen Italien zugezogen. Als mit der *centro-sinistra*-Regierung in Rom unter Aldo Moro 1963/64 eine bilaterale Lösung möglich schien, handelte er mit seinem italienischen Gegenüber Giuseppe Saragat einen Kompromiss aus, der schließlich Anfang 1965 an der Ablehnung der Südtiroler scheiterte. Danach ging sein persönliches Engagement in der Südtirolfrage erheblich zurück[1].

Kreiskys immense Bedeutung für Österreichs Außenpolitik[2], gilt für die österreichisch-italienischen Beziehungen in ihrer Gesamtheit „nur in ein-

1 Siehe dazu zuletzt: Bruno Kreisky und die Südtirolfrage. Akten des Internationalen Kolloquiums aus Anlass seines 25-jährigen Todestages. Bozen, 12. Juni 2015, hrsg. von Gustav Pfeifer, Maria Steiner (Bozen 2016).

2 Zur Biografie Kreiskys siehe: Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. Die Biografie (Sankt Pölten–Salzburg 2010). Zu Kreiskys Außenpolitik siehe: Elisabeth Röhrlich, Kreiskys Au-

geschränktem Maße", wie Michael Gehler dargelegt hat. Sein Fazit zum Thema Kreisky und Italien lautet: „Abgesehen von seinem großen Engagement in der Südtirolfrage Ende der 1950er bis Mitte der 1960er-Jahre pflegte Kreisky nach dem für ihn bitteren und unverständlichen Scheitern des Verhandlungspakets mit Saragat ab 1965 ein wachsendes Desinteresse und eine bewusste Gleichgültigkeit bis hin zur innenpolitischen Obstruktion in der Opposition (1966–1970) gegenüber der Südtirolpolitik der Bundesregierung mit der Konsequenz, dass auch seine Haltung gegenüber Italien von konsequenter Distanzwahrung begleitet war. Kreisky assoziierte mit Italien vor allem die Südtirolproblematik. Eine davon losgelöste, unabhängige oder eigenständige österreichische Italien-Politik-Konzeption war er weder bereit noch interessiert zu entwickeln, solange die Südtirolfrage offen und schwebend war"[3]. Zwar besuchte Kreisky nach der „Paketlösung" Anfang 1972 im Rahmen seiner der Förderung des später im Jahr geschlossenen österreichischen Freihandelsabkommens mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dienenden Rundreise in die Hauptstädte der Mitgliedsstaaten am 7./8. April Rom[4]. Danach schlief die Besuchsdiplomatie aber ein und – wie zu zeigen sein wird – spätere Versuche, diese wieder zu beleben, scheiterten. Somit blieb Kreiskys Verhältnis zu Italien weiterhin vom Südtirolproblem überschattet: „Kreiskys Interesse an Italien war im Vergleich zu anderen Ländern und Fragen der Außenpolitik Österreichs klar untergeordnet. […] Die Südtirolfrage war in den 1960er und auch noch in den 1970er-Jahren die emotionale Barriere der zwischenstaatlichen Beziehungen. Sie blieb das entscheidende psychologische Hemmnis für eine aktivere Italien-Politik Kreiskys, die bescheiden, um nicht zu sagen minimalistisch blieb. Das ist sehr bemerkenswert, handelte es sich doch bei Italien um den zweitgrößten Nachbarstaat Österreichs und nach Deutschland um den zweitwichtigsten Handelspartner. Auf der politischen

ßenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm (Göttingen 2009). Zur österreichischen Außenpolitik siehe: Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, 2 Bde. (Innsbruck 2005).

3 Michael Gehler, Bruno Kreisky, Italien und die Deutsche Frage, in: Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart, hrsg. von Ders., Maddalena Guiotto (Wien–Köln–Weimar 2012) 173–208, für die wörtlichen Zitate 173 u. 208.

4 Luciano Monzali, Giulio Andreotti e le relazioni italo-austriache 1972–1992 (Meran 2015) 33–37.

Ebene wog das offene Südtirolthema schwer – mehr jedoch Kreiskys Misserfolg aus dem Jahre 1965, den er nur schwer verwinden konnte“[5].
Dennoch scheint eine vertiefte Auseinandersetzung mit Teilaspekten seines Verhältnisses zu Italien wünschenswert und möglicherweise ist Gehlers Einschätzung im Lichte neuer Quellen zumindest für die letzte Legislaturperiode Kreiskys ein wenig zu relativieren. Unbestritten ist, dass Kreiskys Verhältnis zur italienischen Linken ein Forschungsdesiderat darstellt. Der vorliegende Beitrag liefert einen ersten Aufriss der Thematik auf Basis der Akten des Kreisky-Archivs und veröffentlichter Aussagen Kreiskys in Reden und Medien. Die Quellenbasis ist also akteurszentriert, es werden jene Dokumente herangezogen, die Kreisky selbst zur Thematik Italien aufbewahrt hat sowie das, was er über die italienische Linke zu sagen hatte und was über seine Interaktionen mit dieser medial berichtet wurde. Für die künftige Forschung bleibt demnach auch in diesem Bereich viel zu tun.

Im Folgenden wird in drei Etappen auf Kreiskys Haltung zur italienischen Linken eingegangen. Erstens wird die Grundproblematik des Themas anhand der Zusammensetzung der italienischen Linken illustriert. Zweitens wird Kreiskys Haltung zum „Eurokommunismus“ am Beispiel des Partito Comunista Italiano (PCI) unter der Führung von Enrico Berlinguer in den Blick genommen. Drittens geht es um den auch durch Kreisky reflektierten Wandel der italienischen Linken und sein Verhältnis zu Bettino Craxi. Der Fokus liegt aufgrund der Überlieferungsdichte im Kreisky-Archiv auf den 1970er- und 1980er-Jahren und somit auf seiner Zeit als Vorsitzender der SPÖ (1967–1983, danach Ehrenvorsitzender bis 1987). Dies trägt auch dem Faktum Rechnung, dass es sich um eine transnationale Themenstellung und nicht um eine klassisch bilaterale handelt. Freilich können bilaterale österreichisch-italienische Aspekte und insbesondere die Südtirolfrage nicht gänzlich ausgeblendet werden.

5 Gehler, Kreisky 206.

2. Im Schatten der Gegebenheiten: Kreisky, Saragat und Nenni

Das scheinbare Fehlen von Interaktionen in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten mag auch mit der Beschaffenheit des linken politischen Spektrums Italiens zusammenhängen, wo mit dem PCI die längste Zeit eine starke, ja die stärkste westeuropäische kommunistische Partei dominierte, die für den Antikommunisten Kreisky keinen Dialogpartner darstellte – ganz im Gegenteil. Sein Verhältnis zu den anderen italienischen Linksparteien war auch durch deren Haltung zum PCI determiniert. Kreisky kannte die beiden prominentesten sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteiführer Pietro Nenni und Giuseppe Saragat bereits aus der Zwischenkriegszeit. Saragat hatte in der Emigration in Wien gelebt. Nenni nahm 1931 als italienischer Emigrant an einem Treffen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Wien teil, auf dem der junge Kreisky als *eine Art besserer Laufbursche* fungierte. In seinen Memoiren berichtet er mit großer Bewunderung vom „Erlebnis Pietro Nenni". Dieser hatte *damals eine Brandrede gegen die deutschen Kommunisten, die wenige Tage später den Volksentscheid gegen die demokratische preußische Regierung unterstützten*, gehalten. Nicht zuletzt auf Druck der Kommunistischen Internationale hatte die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) am 22. Juli 1931 in ihrem gegen die Sozialdemokratie gerichteten Kampf gegen den „Sozialfaschismus" ihre Unterstützung des Volksbegehrens zur vorzeitigen Auflösung des preußischen Landtags angekündigt, das am 9. August aber scheiterte, da es nicht von mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten unterstützt worden war. Diese Entscheidung der KPD prägte auch Kreiskys Einstellung zum Kommunismus:

> *Wer in seinem Leben alle die vielen Wandlungen des Kommunismus erlebt hat, von einer Bürgerkriegspartei in Deutschland zu einer pronazistischen Partei durch die Unterstützung des Volksentscheides, vergißt das nicht und wird meine Haltung zum Kommunismus verstehen. Sie ist historisch und nicht nur politisch untermauert".*[6]

6 Bruno Kreisky, Die Zeit in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik, hrsg. von Manuel Lucbert (Wien–München–Zürich–Innsbruck 1978) 53 f. Siehe auch Bruno Kreisky, Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten (Berlin 1986) 182. Nenni

Zu Nenni und dessen Haltung nach 1945, als er als Chef des Partito Socialista Italiano (PSI) bis 1956 mit dem PCI zusammenarbeitete, schweigt sich Kreisky in seinen Erinnerungen aus. Auch sein Nachlass liefert keine Antwort auf diese Frage. Im Rahmen der Sozialistischen Internationale (SI) trafen sie sich ab 1966 jedenfalls wieder[7].

Saragat war für Kreisky zumindest geschätzter bilateraler Gesprächspartner und damals wohl der ihm parteipolitisch am nächsten stehende italienische Spitzenfunktionär. Die Südtirol-Verhandlungen der beiden Außenminister sind aber nicht Gegenstand dieses Beitrags[8]. Saragats Partei, der Partito Socialista Democratico Italiano (PSDI), blieb gemessen an den Wahlergebnissen jedoch schwach. In Kreiskys Unterlagen zu Italien findet sich eine Aufstellung der italienischen Wahlergebnisse von 1946 bis 1972, anhand derer die Stimmanteile von Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten ablesbar sind. Zugleich macht sie die Komplexität des linken Parteienspektrums in Italien deutlich[9]. Michael Gehler hat festgehalten: „Wenn Kreisky mit Italien konfrontiert war, hatte er die innen- und parteipolitische Konstellation beim südlichen Nachbarn vor Augen. Er bedauerte die Trennung der Sozialisten in eine Partei um Pietro Nenni und eine Partei um Giuseppe Saragat, für Kreisky ‚ein abschreckendes Beispiel', das er für Österreich in jedem Fall vermieden sehen wollte. Hier gab es zwar auch Abspaltungen bei den Sozialisten zunächst um Erwin Scharf und dann um Franz Olah. Diese nahmen aber keine vergleichbaren Dimensionen an wie in Italien"[10]. In der kurzen Phase der erneuten Einheit der nichtkommunistischen Linken, der Zusammenschluss von PSI und PSDI zum PSI-PSDI-Unificato (Partito Socialista Unificato PSU) hielt nur von 1966 bis 1969, nutze der zum Chef der SPÖ avancierte Oppositionsführer Kreisky jedenfalls seine Parteikontakte[11], um

gehörte auch zu den Unterzeichnern einer Solidaritätsadresse an Kreisky zum Jahreswechsel 1935/36 als dieser in Haft war. Vgl. ebd., 252.

7 So zum Beispiel Anfang 1967 bei einem Treffen der SI in Rom. Siehe: Pietro Nenni, I conti con la storia. Diari 1967–1971 (Milano 1983) 10 f.

8 Dazu: Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969, Bd. III. 1962–1969 (Bozen 1999).

9 Wahlen u. Volksabstimmung in Italien, Wien, Kreisky Archiv, VII.1 Länderboxen, Italien

10 Gehler, Kreisky 175.

11 Zu den im Lichte italienischer Quellen unverfänglichen Kontakten Kreiskys siehe Federico Scarano, La diplomazia italiano e il difficile rapporto con Bruno Kreisky sul problema sudtirolese, in: Bruno Kreisky und die Südtirolfrage. Akten des Internationalen Kol-

die Südtirolpolitik der ÖVP-Alleinregierung (1960–1970) bloßzustellen. Anfang Jänner zeigte er dem US-Botschafter in Wien Douglas MacArthur vertraulich einen Brief Nennis aus dem Jahr 1967, in dem dieser seine Bereitschaft zu einer von Kreisky geforderten internationalen Verankerung der Südtirollösung zusagte[12].

Nach dem erneuten Zerbrechen der sozialistischen Einheit, verfolgte er zunächst zumindest den Zustand des PSDI und dessen Haltung zur Einheit aufmerksam weiter. Daher ließ er sich auch den Bericht der österreichischen Botschaft in Rom über den XVI. PSDI-Parteitag in Genua vom 2. bis 5. April 1974 vorlegen. Darin wurde zur komplizierten Vorgeschichte festgehalten:

> *Tradition und politisches Bewußtsein des PSDI sind, wie sich auf dem Genueser Parteitag neuerlich erwies, von der Oszillation zwischen „sozialistischer Einheit" (realisiert 1943 bis 1947 sowie 1966 bis 1969) und entschiedener Ablehnung maximalistischer, antidemokratischer Tendenzen wie des Kommunismus geprägt, einer Grundhaltung, die 1947 und 1969 zu Spaltungen und zur sozialdemokratischen Eigenständigkeit führte. … Diese Oszillation bestimmte letztlich auch die Vorgänge vor und auf dem Kongreß. Dieser war infolge persönlicher wie ideologischer Spannungen zeitweise sehr turbulent, mit Schreiszenen und sogar Handgreiflichkeiten verlaufen. Das Ende des „Mythos Saragat" schien gekommen. Der Botschaftsbericht sprach von einer fühlbaren Verschärfung der internen Gegensätze in der italienischen Sozialdemokratie und der Ausbildung von Fraktionen. Als Fazit blieb: Die tiefen Zerwürfnisse im PSDI dürften also anhalten, ihr Ausgang läßt sich noch nicht absehen.*[13]

Im März 1975 stand in Florenz bereits der XVII. Parteitag an, und der PSDI hoffte im Vorfeld auf die Entsendung eines SPÖ-Vertreters, zumindest aber

loquiums aus Anlass seines 25-jährigen Todestages. Bozen, 12. Juni 2015, hrsg. von Gustav Pfeifer, Maria Steiner (Bozen 2016) 55–86, hier: 81–86.

12 MacArthur an Department of State, Wien, 21. Jänner 1969, College Park, Washington D.C., National Archives and Record Administration, Record Group 59, Central Foreign Policy Files 1967–69, Box 1857.

13 Italien; XVI. Parteitag des PSDI in Genua (2.–5. 4. 1974), Walser an das Kabinett des Bundeskanzlers, Wien, 6. Mai 1974, Zl. 89.03.01/24-5/74, Kreisky Archiv, VII.1 Länderboxen, Italien.

auf eine Solidaritätsadresse[14]. Während die Sozialdemokratie (in der Saragat als Parteichef 1976 noch einmal ein Kurzzeitcomeback feierte) in der Krise war, war auch die Sozialistische Partei weit davon entfernt, an der Dominanz der Kommunisten im linken Parteienspektrum zu rütteln, deren Attraktivität im Kontext der wirtschaftlichen und politischen Krisen der ersten Hälfte der 1970er-Jahre und aufgrund der „eurokommunistischen" Ausrichtung der Partei beständig gewachsen war. Der PSI tendierte durchaus zu einer Aktionseinheit à la *union de la gauche* wie sie François Mitterrand in Frankreich praktizierte, während der PCI in Italien jedoch im weiteren Verlauf der 1970er-Jahre zunehmend einen *compromesso storico* mit der Democrazia Cristiana (DC) anstrebte.

3. Nuanciertes Misstrauen: Kreisky und der italienische Eurokommunismus

Der als prononcierter Antikommunist bekannte Kreisky hatte diese Entwicklung seit jeher skeptisch, ja misstrauisch verfolgt. Als andere sozialdemokratische und sozialistische Parteien Westeuropas wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) unter Willy Brandt sich daran machten einen Dialog mit reformorientierten kommunistischen Parteien zu wagen[15], hielt er die in Opposition befindliche SPÖ als 1967 frischgewählter Parteivorsitzender auf entgegengesetztem Kurs. Er trat zwar auch nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings" 1968 für eine Entspannungspolitik gegenüber den kommunistischen Regimen auf staatlicher Ebene ein, die SPÖ legte sich 1969 jedoch mit der „Eisenstädter Erklärung" auf eine Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien ob im In- oder im Ausland fest[16]. Daran änderte auch die Ablehnung der Intervention in der Tschechoslowakei

14 Direzione PSDI an Kreisky, Rom, 18. Februar 1975, Kreisky Archiv, VII.1 Länderboxen, Italien.

15 Die SPD pflegte seit Ende der 1960er-Jahre einen Dialog mit dem PCI. In diesem Rahmen hatte Berlinguer die SPD um diplomatische Unterstützung der italienischen Regierung in der Südtirolfrage mit Österreich ersucht. Vgl. Nikolas Dörr, Die Rote Gefahr. Der italienische Eurokommunismus als sicherheitspolitische Herausforderung für die USA und Westdeutschland 1969–1976 (Köln–Weimar–Wien 2017) 207.

16 Robert Kriechbaumer, Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983 (Wien–Köln–Weimar 2006) 41 f.

durch den PCI und dessen sich entwickelnde Kritik an der Sowjetunion zunächst nichts. Dies bedeutet aber nicht, dass Kreisky die offene und öffentliche Auseinandersetzung mit den westeuropäischen kommunistischen Parteien sowie mit dem Kommunismus an sich scheute.

In einem publizierten Gespräch mit Leo Bauer[17] machte er kein Hehl daraus, dass er von den kommunistischen Reformdiskussionen und der sich daraus ergebenden Dialogbereitschaft im Westen wenig hielt: *Ich sehe dies alles, ich bin aber nicht bereit, irgendwelche Konzessionen zu machen*. Distanzierende Stellungnahmen zu Moskau hielt er *noch für Opportunismus*. Dem PCI attestierte er, jene Partei zu sein, die *am erfolgreichsten den Eindruck zu erwecken versteht, daß sie sich geistig von Moskau unabhängig gemacht habe*. Er sah aber *bisher noch keine überzeugenden und schlüssigen Beweise dafür, daß es sich um eine echte Politik handelt und nicht um eine opportunistische Taktik* aus innenpolitischen Erwägungen. Von Bauer auf das Bestreben des PCI Regierungspartei zu werden angesprochen, gab Kreisky zu bedenken:

> *Woher weiß ich, daß man in Moskau nicht sagt, hier können wir es uns ersparen, die italienische Partei zu kritisieren, denn der Zweck heiligt hier wirklich die Mittel. Das wäre natürlich ein ungeheurer Erfolg, wenn es den Kommunisten gelänge, in einem so wichtigen Land wie Italien einen Teil der politischen Macht zu ergreifen, weil man ja genau weiß, daß es ja dann nicht mehr lange dauerte, bis sie die ganze Macht hätten.*

Bei Kreisky überwog also ganz eindeutig das Misstrauen. Immerhin sah er die Entwicklung als Prozess und hielt eine künftige Revision seiner Einschätzung im Lichte der weiteren Entwicklung für möglich[18].

Der Weg zum „Eurokommunismus" (ein im Jahr 1975 entstandener Begriff[19]) war tatsächlich noch ein weiter. Der PCI sah sich durch Kreiskys

17 Der frühere Kommunist Leo Bauer war im Zuge einer politischen Säuberung in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der ostdeutschen Staatspartei, von einem sowjetischen Militärgericht abgeurteilt worden und in Lagerhaft in Sibirien gekommen. 1955 wurde er entlassen und in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben, wo er der SPD beitrat, journalistisch tätig war und zu einem Berater Willy Brandts wurde.

18 Sozialdemokratie und Kommunismus (I). Ein Gespräch mit Leo Bauer (1969), in: Bruno Kreisky, Aspekte des demokratischen Sozialismus (München 1974) 68–86.

19 Für die besten Zusammenfassungen zum „Eurokommunismus" siehe: Silvio Pons, The rise and fall of Eurocommunism, in: The Cambridge History of The Cold War, Bd. III.

Aussagen herausgefordert. Der in der Partei für internationale Fragen zuständige Carlo Galluzzi verfasste eine Antwort, in der er dem SPÖ-Chef widersprach und die Ansicht vertrat, dass seine Partei vor und nach 1968 genügend Beweise für eine autonome, demokratische Haltung im Sinne einer *via italiana al socialismo* erbracht hätte. Abschließend kündigte er an, dass der PCI für eine Konfrontation und Debatte über die Zukunft der italienischen und europäischen Linken bereitstehe[20]. Kreisky sprach dennoch von einer *Scheindiskussion* und wollte *beim besten Willen […] keine Ansätze für eine „autonome Politik"* des PCI erkennen. Er schloss seine Replik mit folgender Einschätzung und Ankündigung ab:

> *Vorläufig also haben sich die italienischen Kommunisten nur theoretisch und nur unter Kautelen von der Idee des Leitstaates und von der Leitpartei entfernt. Es bleibt also noch die weitere Entwicklung abzuwarten, und dennoch bin ich der Meinung, daß wir Sozialdemokraten dort, wo sich die Möglichkeit zu einer harten Auseinandersetzung mit kommunistischen Parteien bietet, die Gelegenheit zu ergreifen haben, um so mehr als wir Sozialdemokraten uns nie im exklusiven Besitz der alleinseligmachenden Wahrheit betrachten. Genau das war es, was übrigens jede bisherige Diskussion so sinnlos gemacht hat, nämlich der Anspruch auf die alleinseligmachende Wahrheit – auch wenn sie häufigen Veränderungen unterworfen war –, der von den Kommunisten erhoben wurde. Wenn also Carlo Galluzzi zur Konfrontation bereit ist, wir sind es auch. Aber ich sehe nicht die Entwicklungen, die jene Probleme beseitigen, die die Anhänger der kommunistischen Diktatur und jene der sozialen Demokratie seit fünfzig Jahren entzweien.*[21]

Interessanterweise scheute Kreisky auch nicht davor zurück, mit führenden Repräsentanten des PCI in Kontakt zu treten, wenn er der Ansicht war, dass dies seinen Anliegen in Bezug auf Italien dienlich sein könnte. Kreisky be-

Endings, hrsg. von Melvyn P. Leffler, Odd Arne Westad (Cambridge 2010) 45–65; Nikolas Dörr, Emanzipation und Transformation. Rückblick auf den Eurokommunismus, in: Osteuropa 63/Heft 5/6 (2013) 255–270.

20 Sozialdemokratie und Kommunismus (II). Eine Diskussion zwischen Bruno Kreisky und Carlo Galluzzi. Der kommunistische Standpunkt: Carlo Galluzzi, in: Kreisky, Aspekte 87–93.

21 Sozialdemokratie und Kommunismus (II). Eine Diskussion zwischen Bruno Kreisky und Carlo Galluzzi. Der sozialdemokratische Standpunkt: Bruno Kreisky, in: ebd. 94–100.

mühte sich seit den 1960er-Jahren aus humanitären Gründen um die Freilassung des in Italien inhaftierten, erkrankten österreichischen Kriegsverbrechers Walter Reder, ohne dabei die Schwere seiner Verbrechen zu relativieren. Darüber hatte er im Verlauf der Jahre mit vielen Politikern gesprochen, in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft *sogar mit dem Führer der italienischen Kommunisten Enrico Berlinguer*, den er davor nicht persönlich gekannt hatte[22]. Seinen Ausgang nahm das Treffen mit einem Schreiben Kreiskys an den Chef des PCI vom 13. April 1973, in dem er aus humanitären Gründen um ein Eintreten für die Begnadigung Reders ersuchte[23]. Laut einer von den französischen Sozialisten eruierten ersten Antwort, hatte Berlinguer *größtes Verständnis* für das Ersuchen gezeigt und eine Prüfung zugesichert. Aufgrund der Brisanz des Falles wollte Berlinguer das Dossier Reders vor einer Stellungnahme eingehend prüfen. Kreisky hatte auch ein Treffen mit Berlinguer angeregt. Dieser soll sich gegenüber einer Begegnung in Triest *abgeneigt gezeigt* haben, da ein solches Treffen *sofort publik werden würde*, war aber grundsätzlich zu einer *Aussprache* mit Kreisky *in einer unauffälligeren Weise bereit*. Schließlich trafen die beiden einander *zum Frühstück* in Kreiskys Villa in der Armbrustergasse 15 in Wien. Kreisky berichtet über das Gespräch in seinen Memoiren. Berlinguer

> *hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß so eine Freilassung zwar einige Tage lang einen Wirbel auslösen, dann aber abklingen würde. Ich habe daraufhin zu ihm gesagt, daß ich mit ihm gar nicht über die ethischen Motive sprechen wollte, weil dieser Mann krank war. Und wenn dieser Mann wirklich so krank war, wie es mir sein Advokat gesagt hatte, dann würde er auf Gaeta sterben. Und das bedeutete, daß sich sämtliche Illustrierten darauf stürzen würden – mit Schlagzeilen wie „Der einsame Tote von Gaeta" oder so ähnlich. Es entstünde dann ein neuer Mythos, so wie es seinerzeit mit Horst Wessel geschehen ist, nur daß es diesmal ein Österreicher war. Man mußte also dafür*

22 Bruno Kreisky, Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil, hrsg. von Oliver Rathkolb, Johannes Kunz, Margit Schmidt (Wien 1996) 234 ff.

23 Kreisky an Berlinguer, Wien, 13. April 1973, Rom, Fondazione Istituto Gramsci (FIG), Archivio del Partito Comunista Italiano, 1973, CL 245.

sorgen, daß er nach Österreich zurückkehren dürfe, um hier irgendwo seinen Lebensabend in Ruhe zu verbringen[24].

Leider gibt Kreisky kein Datum seiner Unterredung mit Berlinguer an. Vor demselben Problem steht man beim Antwortschreiben Berlinguers, das undatiert ist, jedoch nach Oktober 1973 erfolgt sein muss. Ob es vor oder nach dem Treffen mit Kreisky verfasst wurde, geht nicht daraus hervor. Jedenfalls zeigte er sich in seinem Brief nicht mit Kreiskys Lesart des Falles Reder einverstanden. Seiner Ansicht nach war Reder nicht bloß ein alter Mann, sondern ein Symbol dessen, wogegen alle italienischen Parteien gekämpft hatten – das, worin sich alle antifaschistischen Organisationen trafen[25]. Zu den Interaktionen zwischen Kreisky und Berlinguer bleibt für künftige Forschungen viel Raum. Natürlich auch, ob die beiden sich über den italienischen Reformkommunismus ausgetauscht haben. Dies gibt Kreisky in seinen Memoiren ebenfalls nicht preis. Hier könnten weitere Forschungen in der Überlieferung des PCI neue Erkenntnisse zu Tage fördern.

In der europäischen Sozialdemokratie herrschte Uneinigkeit über den Umgang mit den „Eurokommunisten". Während Mitterrand in Frankreich sein Heil in der *union de la gauche* suchte, standen andere Parteiführer wie der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt derartigen Konzepten ablehnend gegenüber. Auch Kreisky hatte nachdem Mitterrand sein *Modell der Einbindung von Kommunisten* auf einer Konferenz sozialdemokratischer Parteiführer im Juni 1974 in Chequers auf dem Landsitz des britischen Premierministers präsentiert hatte, darauf hingewiesen, *daß der Kommunismus auch in der Phase der Entspannung Kommunismus bliebe*. Anfang 1976 als ein Wahlsieg des PCI bei den Parlamentswahlen ein halbes Jahr später möglich schien, traf sich die gesamte sozialdemokratische Elite Europas im dänischen Helsingør, wo die Auseinandersetzungen über die Frage der Zusammenarbeit mit den „Eurokommunisten" ihren Höhepunkt erreichte. Mitterrand warb dafür, Schmidt warnte davor. Auch der britische Labour-Premier Harold Wilson war dagegen. Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme gab sich moderater und meinte, dies solle je nach Land entschieden werden. Willy Brandt sprach sich

24 Kreisky, Mensch 234 ff.

25 Berlinguer an Kreisky, nach Oktober 1973, FIG, Archivio del Partito Comunista Italiano, 1973, CL 245.

für eine kontinuierliche Beobachtung aus, wobei im Falle des PCI durchaus von einer gewissen Sympathie gesprochen werden kann. Der beste Kenner dieser Materie Nikolas Dörr hat festgehalten: *Im Gegensatz hierzu musste man bei dem österreichischen Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzenden Kreisky eine Beobachtung mit deutlicher Skepsis – auch gegenüber den italienischen Kommunisten – verzeichnen.* Dennoch wurde ihm in der „Hochphase des Eurokommunismus" ab Mitte der 1970er-Jahre eine *personal fascination* für diesen nachgesagt[26].
Kreisky setzte sich mit der Materie trotz seiner grundsätzlichen Einstellung jedenfalls kontinuierlich weiter auseinander. Dies belegt die Mappe Berlinguer in seinem Nachlass, wo sich nicht die übliche Sammlung von Korrespondenz findet, aber dafür einige Artikel und Berichte, die er zur Vorbereitung seiner Rede am SPÖ-Parteitag im März 1976 benötigte[27]. Angesichts der im Westen von konservativer Seite offen artikulierten Sorge über den „Eurokommunismus" führte Kreisky zunächst aus: *Die Versuchung ist für manche groß, die „Rote Katze" wieder aufleben zu lassen und abermals uns Sozialdemokraten zu verdächtigen, Wegbereiter des Kommunismus zu sein.* Dem hielt er die Rolle der europäischen Sozialdemokratie im Demokratisierungsprozess in Griechenland und vor allem in Portugal entgegen. Im weiteren Verlauf der Ansprache kommentierte er die *Entwicklung im kommunistischen Lager* ausführlich und hegte weiterhin Zweifel *ob der Ehrlichkeit dieser Wandlung*. Für ihn blieb offen, ob es sich um einen *gigantische[n] Täuschungsversuch* oder einen *sehr bemerkenswerte[n] Prozeß* im Sinne des Polyzentrismus handelte. Er stellte nun aber die rhetorische Frage: *Warum sollte sich in der Freiheit des demokratischen Staates nicht das vollziehen, was sich in Jugoslawien im Untergrund entwickelt hat?* Die Beweislast sah Kreisky jedenfalls auf Seiten der kommunistischen Parteien und im Bereich der konkreten Politik:

---

26 Dörr, Rote Gefahr 237–250, insbesondere 237–242; Michele Di Donato, I comunisti italiani e la sinistra europea. Il PCI e i rapporti con le socialdemocrazie (1964–1984) (Rom 2015), 127. Siehe auch: Giovanni Bernardini, The SPD and the Rising Star of Bettino Craxi, in: Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart, hrsg. von Michael Gehler, Maddalena Guiotto (Wien–Köln–Weimar 2012) 209–223, hier: 214 u. zum PCI 216.

27 Dienstzettel an das Kabinett des Herrn Bundeskanzlers z. Hd. Herrn Johannes Kunz, gezeichnet Woschnagg, Wien, 22. Jänner 1976, Zl. 89.53.01/2-I/3/76, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 7.

> *Für kommunistische Parteien ist es sehr viel leichter, alte leninistische Formeln, wie die von der Diktatur des Proletariats preiszugeben, als die Idee der europäischen Integration zu akzeptieren. Wobei ich die Frage der NATO-Zugehörigkeit der betreffenden Staaten gar nicht als die entscheidendste betrachte.*

Anschließend ging er auf die Position der Sozialdemokratie im Kontext dieses Prozesses ein:

> *„Wie immer man die Haltung der kommunistischen Parteien Südeuropas schließlich betrachten will: Wenn die Kommunisten ihre Grundsätze preisgeben, wenn die das, wofür sie jahrzehntelang eingetreten sind, heute verdammen, ist das ein Sieg des Kommunismus, wie die Konservativen immer wieder ankündigen? Haben wir Sozialdemokraten Anlaß zum Pessimismus in einer Zeit, in der – wir wiederholen es – die Zahl der Demokratien in Europa gewachsen ist, in einer Zeit, in der die kommunistischen Parteien leninistisches Gedankengut über Bord werfen und sich als Partner in demokratischer Auseinandersetzung anbieten? Es hat für sozialdemokratische Parteien nie eine Generallinie gegeben, und es darf auch in Zukunft keine geben. Wie eine demokratisch-sozialistische Partei glaubt ihre Politik gestalten zu müssen, kann nur von ihr selbst entschieden werden".*[28]

In der SI-Debatte über den „Eurokommunismus" verhielt Kreisky sich also neutral, dem Prinzip gehorchend, dass diese ihren Mitgliedern keine Vorschriften in dieser Frage zu machen hatte. Gleichzeitig kommunizierte er parteiintern, dass die SPÖ bei ihrer Linie bleiben würde und hielt auch in seinen öffentlichen Stellungnahmen mit seinen Ansichten nicht hinter dem Berg. Zumindest Teile der SPD zeigten großes Interesse an seinen Positionen[29] und er kommunizierte diese auch in Interviews mit deutschen Medien.

Am 29. und 30. Juni 1976 fand in Ost-Berlin letztmals eine „Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas" statt. Das sowjetorientierte Lager wollte mit der Konferenz eine Spaltung der kommunistischen Bewegung Europas verhindern. Die „eurokommunistisch" orientierten Ver-

28 „Kurs auf die achtziger Jahre". 23. Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien, 12. März 1976, in: Kreisky Reden, Bd. II. (Wien 1981) 550–573.

29 Horst Ehmke an Kreisky, Bonn, 9. April 1976, Persönlich!, handschriftlicher Vermerk Kreiskys: „Vertraulich!", Kreisky Archiv, Korrespondenz.

treter, von denen der PCI erst mühselig zu einer Teilnahme überredet werden musste, ließen ihren Ansichten dort freien Lauf. Im Schlussdokument des Treffens wurde auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten prominent thematisiert. Wenige Tage später kommentierte Kreisky die Ereignisse in einem Zeit-Interview. Er hielt die Entwicklung im westeuropäischen Kommunismus noch für umkehrbar, betonte aber, dass man zwischen den Italienern und den Franzosen einen Unterschied machen müsse. Er sah den *Weltkommunismus […] in einem Prozeß des Zerfalls, des Abfalls vom Zentrum der Bewegung*, dennoch mahnte er zur Vorsicht:

> *Aber das heißt nicht, daß man aufhören kann, wachsam zu sein. Je wachsamer man ist, desto mehr zwingt man die Reformkommunisten, ihren Weg weiterzugehen. Je weniger wachsam man ist, desto mehr erleichtert man denen, die das alles als Täuschungsmanöver betreiben, ihr Spiel.*

Zum PCI meinte er: *Wenn das ehrlich ist, was Berlinguer vertritt, dann hört er auf, ein Kommunist zu sein. Wenn er es bleiben will, dann wird er sich einer großen Täuschung schuldig machen, und jeder wird es erkennen.* Diese Ansicht wurde zu seinem Stehsatz bei der Bewertung des „Eurokommunismus". Kreisky anerkannte Mitterrands Erfolge auf dem Weg zur Erlangung der Hegemonie in der französischen Linken, hielt den Ausgang des Ringens aber ebenfalls noch für offen und zweifelte an der Übertragbarkeit des Modells der *union de la gauche* auf Italien[30].

Anfang 1977 vertiefte er in einem „Spiegel"-Interview diesen für ihn so problematischen Aspekt der kommunistischen Hegemonie im linken Lager Italiens:

> *Dort gibt es eine große Kommunistische Partei und eine leider zuwenig bedeutsame sozialistische Gruppierung. Alles hängt von der Entwicklung der Kommunisten ab. Sie werden die führende politische Kraft auf der Linken bleiben. […] Italien ist ein Land, in dem die Arbeiterschaft, die links votiert, in ihrer Mehrheit von den Kommunisten vertreten wird. Und mir stellt sich die*

30 Wachsam im Umgang mit Kommunisten. Eduard Neumaier und Rolf Zundel im Gespräch mit dem österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky, in: Die Zeit (6. Juli 1976),

> *Frage, inwieweit man Italien aus seinen ungeheuren Schwierigkeiten herausführen kann, ohne die politische Vertretung der Arbeiterklasse in der Regierung mitverantwortlich zu machen. […] Ich kann mir sehr schwer vorstellen, wie die Opfer, die zur Rettung Italiens nötig sein werden, ohne die Mitarbeit der Mehrheit der Arbeiter zu bringen sind. Also stellt sich dieses Problem zuerst. Parallel dazu aber erhebt sich die Frage, wieviel demokratisches Vertrauen man Kommunisten nach all den vielen Wandlungen in ihrer 60jährigen Geschichte schenken kann.*

Kreisky konkretisierte sein fortbestehendes Misstrauen: *Ich räume den italienischen Kommunisten, ich sage ausdrücklich, den italienischen Kommunisten den Faveur ein, daß sie nun eine Zeit vor sich haben, in der sich ihre demokratische Verläßlichkeit bewähren kann und muß.* Jedoch mussten sie seiner Meinung nach *ihre Bewährungsprobe erst ablegen*. Dem setzte er nun aber hinzu:

> *Ich würde mich übrigens keineswegs freuen, wenn die Bewährungsprobe für die italienischen Kommunisten, die ich erwarte, schlecht ausginge. Ich wäre vielmehr froh, wenn sie gut ausginge. Dabei plädiere ich aber nicht etwa für eine Regierungsbeteiligung der KPI, sondern ich sage: Erst muß sie ihre Bewährungsprobe ablegen.*

Die Abkehr von der *Diktatur des Proletariats* war ihm nicht genug: *Nein, das reicht deshalb nicht, weil man am Abend danach in Ost-Berlin beim Kaffee sitzen und sagen kann: „Aber Freunde versteht ihr denn nicht, daß das unser Weg zur Machtergreifung ist?"* Nach dem Beweis für ihre Glaubwürdigkeit gefragt, vertrat Kreisky mit Blick auf den PCI die Ansicht:

> *Wenn eine Regierung unter Beteiligung der Kommunisten zustande käme, müßten die Kommunisten bereit sein, auf die Ministerien zu verzichten, die besondere Macht verleihen: Verteidigung, Inneres, Justiz, damit sie ihre Gegner nicht, wie sie es früher getan haben, unter fadenscheinigen Gründen ins Gefängnis bringen können.*[31]

31 „Ich traue den Kommunisten nicht". Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky über Sozialdemokraten, Eurokommunismus und Entspannung (Spiegel Gespräch), in: Der Spiegel (11/1977).

Eine weitere Bewährungsprobe sah Kreisky in der Haltung des PCI zur europäischen Integration und zur Außenpolitik Italiens im Falle *einer Verschärfung der Ost-West-Spannungen*[32].

Kreisky rechtfertigte seine weiterhin von großer Skepsis getragene Haltung angesichts eines sonst in jenen Jahren recht dialogfreundlichen Umfelds: *Ich bin nicht aus Prinzip gegen den Dialog mit Kommunisten, sondern nur aus pädagogischen Gründen, um andere davor zu bewahren, Opfer des Kommunismus zu werden.* Ja er sah sich gelegentlich sogar zu nachdrücklichen Warnungen veranlasst:

> *Jedoch hört eine kommunistische Partei nicht deshalb grundsätzlich auf, kommunistisch zu sein, weil sie kein deutlich sichtbares Nahverhältnis zur Sowjetunion hat. Der Kommunismus tritt überall dort, wo es ihm möglich war, an die Macht zu kommen, in der Erscheinungsform der Diktatur auf. Es gibt keine andere Spielart des Kommunismus als diese. Es gibt bisher nirgends einen demokratischen Kommunismus. Eine kommunistische Partei, die echt diesen Versuch zur Demokratisierung unternehmen würde, müßte aufhören, eine kommunistische Partei zu sein.*[33]

Obwohl Kreisky gegenüber dem „Eurokommunismus" sehr kritisch geblieben war, erstreckte sich das europaweite Kontaktnetzwerk des PCI auch auf die SPÖ. Vermutlich nicht zuletzt deshalb setzte sich Kreisky auch am 24. Parteitag der SPÖ im Mai 1978 ausführlich mit dem Kommunismus auseinander und warnte die Parteimitglieder vor zu geringer Wachsamkeit. Angesichts der italienischen Gemeindewahlen vom 14./15. Mai 1978, bei denen sich er PCI nur geringfügig verbessern konnte, fragte er sich, ob nun nicht die „Eurokommunisten" für das Abschneiden verantwortlich gemacht und es *zu einem Prozeß der Reversion der Revision* kommen würde. In jenen Tagen bereiteten ihm aber die Folgen des Linksterrorismus in Italien mehr Sorgen[34]. Am 9. Mai war der am 16. März (dem Tag der geplanten erstmaligen Einbeziehung des PCI in eine Regierung des DC) entführte italienische Ministerpräsident Aldo

32 Kreisky, Zeit 158 f.

33 Ebd.

34 24. Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien, 19. Mai 1978, in: Kreisky Reden II. (Wien 1981) 730–746; Di Donato, I comunisti 205.

Moro ermordet worden. Das Auto mit seinem Leichnam im Kofferraum wurde in exakt gleicher Distanz zu den Parteizentralen von DC und PCI abgestellt. Kreisky, der von der Ermordung Moros *zutiefst betroffen* war[35], bewahrte einen seiner Briefe aus dem *Volksgefängnis* sowie Botschaften der *Brigate rosse* in Übersetzung bei seinen Unterlagen zu Italien auf[36]. Nicht nur angesichts des Terrorismus stand das Land vor schwerwiegenderen Probleme als der Frage einer kommunistischen Regierungsbeteiligung.

Trotz im Prinzip gleichbleibender Grundhaltung, hatten sich gewisse Zweifel oder zumindest Nuancierungen in Kreiskys Haltung zum PCI eingeschlichen. Er anerkannte die Hegemonie der Kommunisten im linken Spektrum Italiens. Eine Bewältigung der Probleme des Landes hielt er ohne Mitwirkung der Kommunisten nicht für lösbar, auch wenn er deren Einbindung in die Regierung keineswegs befürwortete. In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre schien es aber trotz des Allzeithochs des PCI Hoffnung für den PSI zu geben. Diese Hoffnung war mit einem Mann verbunden: Bettino Craxi.

4. Kreisky und Craxi – eine neue Hoffnung?

Der zwischen PCI und DC aufgeriebene und somit ein europäisches Paradoxon darstellende PSI hatte im Rahmen der SI durch Parteichef Francesco De Martino Anfang 1976 betont: *Die PSI strebe auf lange Sicht nun eine „linke Alternative" in Rom an*.[37] Denkbar wäre dies freilich nur gewesen, wenn der PSI gegenüber dem PCI an Stärke gewonnen hätte. Kreisky hatte die Übertragbarkeit des französischen Modells der *union de la gauche* auf Italien bezweifelt und selbst die SPD war mit der Haltung des PSI zum Frontismus Mitterrands nicht glücklich. Bei den Parlamentswahlen am 20. Juni 1976 erreichte der PCI mit einem Zugewinn von mehr als 7 Prozent einen historischen Anteil von 34,37 Prozent der Stimmen, während der PSI bei 9,64 Prozent stagnierte. Auf der nächsten Sitzung des Zentralkomitees des PSI am 15./16. Juli im Hotel Midas in Rom gelang es Craxi, die Parteiführung zu übernehmen. Mit seiner Wahl zum Generalsekretär begann sich die Partei verstärkt nach dem Vorbild

35 Beileidstelegramm Kreiskys an Frau Moro, in: Arbeiter-Zeitung (9. Mai 1978) 1.

36 Siehe: Kreisky Archiv, VII.1 Länderboxen, Italien, Mappe „Rote Brigaden".

37 Italien. Zwei Elefanten, in: Der Spiegel (5/1976) 80.

der SPD und ihrem Godesberger Programm auszurichten[38]. Auch das Beispiel der SPÖ dürfte eine anziehende Wirkung auf Craxi gehabt haben. Während die internationale Debatte zu Italien in jenen Tagen um Helmut Schmidts Ansage, dass im Falle von KP-Ministern keine EG-Gelder mehr nach Rom fließen würden[39], kreiste, übermittelte Kreisky dem neuen PSI-Chef ein *herzliches Glückwunschtelegramm*[40].

> *Später im Jahr 1976 traf Verkehrsminister Erwin Lanc mit seinem italienischen Counterpart Attilio Ruffini zusammen und berichtete an Kreisky: Bei einem von mir gegebenen Abendessen zeigte sich Ruffini als Angehöriger des linken DC-Flügels und ließ – sicher nicht zufällig – das Interesse an einem Kontakt zwischen dem neuen PSI-Generalsekretär Craxi und Dir erkennen. Offen sagte er, Craxi sei in den Augen der DC der Mann, der die PSI auf einen KP-bündnisfreien Weg bringen könnte. Ein guter Kontakt zu einem europaweit geschätzten Sozialdemokraten, der Regierungschef eines neutralen Landes ist, müßte Craxis Position stärken.*[41]

Rasch zeigte sich, dass auch der neue PSI-Vorsitzende an einem Kontakt mit Kreisky interessiert war. Im Rahmen der internationalen Tagung „Die Christen in den europäischen sozialistischen Parteien", die am 23. und 24. Oktober 1976 in Mailand staatfand, ersuchte Craxi den Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus, Alfred Strobl, Kreisky *besonders herzliche, freundschaftliche Grüße auszurichten*[42].

Am 13. Kongress der SI in Genf (26. bis 28. November 1976) trafen sie dann persönlich zusammen[43]. Brandt wurde zum Präsidenten gewählt, Kreisky und Craxi waren zwei von insgesamt 14 Vizepräsidenten. Auf das bisher nicht aufgearbeitete Zusammenspiel zwischen Kreisky und der italienischen

38 Bernardini, SPD 217 ff.

39 Duccio Basosi, Giovanni Bernardini, The Puerto Rico Summit of 1976 and the End of Eurocommunism, in: The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985, hrsg. von Leopoldo Nuti (London 2009) 256–267.

40 Kreisky gratuliert Craxi, in: Arbeiter-Zeitung (18. Juli 1976) 2.

41 Lanc an Kreisky, [o. D., 1976], M.Z.: 9211/23-1976 Persönlich!, Vertraulich!, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

42 Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus Alfred Strobl an Kreisky, 29. Oktober 1976, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

43 Kreisky, Mensch 344.

Linken im Kontext der SI kann in diesem Beitrag nicht weiter eingegangen werden. Bilateral belastete nach wie vor die Umsetzung des Südtirol-Pakets die Beziehungen zwischen Österreich und Italien und dieses Thema dominierte auch die sich entwickelnden Kontakt der Parteispitzen. Laut Michael Gehler versuchte die SPÖ gegenüber den italienischen Sozialisten tendenziell Abstand zu wahren und Kreisky hielt sich trotz seiner Rolle in der SI dem Feld der bilateralen transnationalen Parteienkooperation eher fern[44]. Mit dem PSI unter Craxi schien aber eine gewisse Veränderung einzutreten.

Jedenfalls zeigte Kreisky Interesse, die Standpunkte Craxis näher kennenzulernen. Im Februar 1977 hatte ihn die SPÖ zu einem Besuch nach Wien eingeladen, der PSI-Chef wollte daraufhin möglichst bald einen Termin vorschlagen, was aber dann noch einmal aufgeschoben werden musste[45]. Im Dezember 1977 meldete sich Craxi dann brieflich bei Kreisky und regte eine Besprechung über *Südtirol-Probleme* an. In seinem Schreiben informierte er über die *Provinz-Organisation* des PSI und deren *Schwierigkeiten* in den *Beziehungen zu den übrigen politischen Kräften sozialistischer Gesinnung, jedoch deutscher Zunge* in Südtirol. Damit waren die Sozialdemokratische Partei Südtirols (SPS) unter Führung von Hans Dietl und die Soziale Fortschrittspartei Südtirol (SFP) unter Kreiskys Protegé Egmont Jenny gemeint. Craxi vertrat die Ansicht, dass es notwendig sei, *ein Verhältnis der Zusammenarbeit zwischen den Linkskräften im Südtirol – und hier im Besonderen der PSI – und den örtlichen Organisationen der SPÖ und der SPD, welche in der Gegend aktiv sind, herzustellen*[46].

Die Südtiroler Sozialdemokratie war klein und die deutschsprachigen Parteien waren bei den Wahlen stärker als der PSI[47]. Nachdem eine zumindest teilweise Sozialdemokratisierung der Südtiroler Volkspartei aussichtslos schien, unterstützte Kreiskys SPÖ die beiden Kleinparteien SFP und dann auch die später gegründete SPS und setzte sich – wenn auch aufgrund der Gegensätzlichkeit ihrer Spitzenfunktionäre erfolglos – für deren Zusammen-

44 Gehler, Kreisky 205.

45 Interne Mitteilung. SPÖ-Zentralsekretariat, Hacker an Kreisky, 22. Februar 1978, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

46 Craxi an Kreisky, 15. Dezember 1977, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

47 Zu den Linksparteien in Südtirol siehe: Joachim Gatterer, „rote milben im gefieder". Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol (Innsbruck–Wien–Bozen 2009).

schluss ein[48]. Im bilateralen Rahmen besaßen Bozen und Innsbruck angeblich *ein De-facto-Vetorecht in allen Belangen der österreichisch-italienischen Beziehungen*[49] und auch in Rahmen der Parteibeziehungen verließ sich Kreisky auf den Rat der Tiroler SPÖ. Er leitete das Schreiben Craxis an den dortigen Parteivorsitzenden Herbert Salcher weiter und ersuchte um Rücksprache. Dieser berichtete, dass der PSI *im letzten Jahr seine Bemühungen um Südtiroler Mitglieder wesentlich verstärkt und zu diesem Zweck einen deutschsprachigen hauptamtlichen Parteisekretär eingestellt* habe. Infolge der verstärkten Aktivität des PSI war es auch zu intensiveren Kontakten mit SPD und SPÖ gekommen bei denen man übereinkam sich *in Hinkunft zur Beratung gemeinsamer, insbesondere die Alpenregion betreffender Fragen, öfter als bisher zu treffen*. Der PSI hatte die Kontakte zur SPD dann aber medial *hochgespielt* weshalb Salcher die Ansicht vertrat, dieser wolle sich *bei den nächsten Landtagswahlen in Südtirol auch für die Südtiroler Arbeiterschaft als sozialistische Alternative profilieren*. Unvermeidlich hatte dies zu *Spannungen* mit SPS und SFP geführt. Insbesondere die SPS befürchtete *durch allzu große Publizität solcher Kontakte mit einer italienischen Partei Nachteile*, zum einen da der Eindruck entstehen könnte, *eine eigenständige deutschsprachige sozialistische Partei in Südtirol sei überflüssig; zum anderen weil dadurch das Argument der SVP, sie sei die einzig legitime Vertretung der Südtiroler und habe auch für demokratische Sozialisten in ihren Reihen Platz, einen Stimmenverlust nach rechts zur Folge haben könnte*[50].

Vor diesem Hintergrund bejahte Salcher zwar die *Notwendigkeit von Kontakten mit dem PSI* wollte diese aber im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Parteien in der Alpenregion realisiert sehen, der auch PSI und PSDI angehörten. Seiner Ansicht nach waren einer Besprechung mit dem PSI daher *sowohl der PSDI, als auch die Südtiroler Parteien SPS und SFP* beizuziehen. Im Fall einer Teilnahme der SPD war ein SI-Rahmen für das

48 Dazu ausführlich: Günther Pallaver, Soziale Konflikte als parteipolitische Innovation. Bruno Kreisky und die Südtiroler Sozialdemokratie, in: Bruno Kreisky und die Südtirolfrage. Akten des Internationalen Kolloquiums aus Anlass seines 25-jährigen Todestages. Bozen, 12. Juni 2015, hrsg. von Gustav Pfeifer, Maria Steiner (Bozen 2016) 95–122, hier: 106–121.

49 Gehler, Kreisky 192.

50 Salcher an Kreisky, 19. Jänner 1978, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

Treffen zu finden, *um jene „pangermanische" Verdächtigung von vornherein auszuschließen*[51].

Kreisky war mit Salchers Sicht *vollkommen einverstanden*[52] und antwortete Craxi in diesem Sinne. In seinem Schreiben bezeichnete er *engere Kontakte* auch in Bezug auf Südtirol als *sehr wünschenswert* und verwies auf die bestehende Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Parteien in der Alpenregion. Zu gemeinsamen Gesprächen mit der SPD merkte er an, *aus optischen Gründen ein Treffen im Rahmen der Sozialistischen Internationale vorzuziehen*[53]. Hiermit war der Rahmen für die Parteikontakte von SPÖ und PSI in Bezug auf Südtirol klar abgesteckt. Jedoch war Kreisky an einem engeren Austausch mit Craxi durchaus interessiert.

Nachdem der erste Versuch, Craxi nach Wien einzuladen, im Sande verlaufen war, unternahm Kreisky Anfang 1979 einen neuen Anlauf. Diesmal lud er ihn in seiner Funktion als Präsident des Wiener Renner-Instituts ein, um einen *Vortrag über die gegenwärtige politische Lage in Italien* zu halten und hoffte auf eine positive Antwort[54]. Das Timing war denkbar schlecht, denn die vom PCI gestützte Minderheitsregierung der DC unter Ministerpräsident Giulio Andreotti befand sich in der Krise. Am 19. März wurde das vierte Kabinett Andreotti angelobt und am 27. Juni standen Parlamentswahlen an. Erst Ende März antwortete Craxi und merkte an, dass *unsere innenpolitische Lage kaum Zeit für aussenpolitische Angelegenheiten übrig lässt*. Er hoffte auf ruhigere Zeiten und eine Realisierung des Vortrags im Herbst[55]. Ob es dazu gekommen ist, geht aus den Akten nicht hervor.

Als Kreisky im Herbst 1979 von angeblichen Plänen zur Schließung des Wiener Büros der staatlichen italienischen Rundfunkanstalt RAI erfahren hatte, wandte er sich erneut an Craxi und bat ihn einem solchen Schritt im *Rahmen seiner Möglichkeiten* entgegenzuwirken. Nicht nur die *Berichterstattung über in Wien stattfindende internationale Ereignisse* schien gefährdet, sondern auch *die kontinuierliche Berichterstattung über Österreich*. Dazu merkte Kreisky

51 Salcher an Kreisky, 19. Jänner 1978, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

52 Kreisky an Salcher, 20. Februar 1978, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

53 Kreisky an Craxi, 20. Februar 1978, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

54 Kreisky an Craxi, Wien, 15. Februar 1979, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

55 Craxi an Kreisky, 30. März 1979, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

an: *Ich frage mich, wen Berichte aus Österreich wohl stören können, doch nur die Democristiani und die Kommunisten, die beide kein Interesse haben, zu viel über ein Land mit einer gut funktionierenden sozialdemokratischen Alleinregierung zu sehen und zu hören.*[56]

Die italienische Innenpolitik blieb jedenfalls abwechslungsreich. Bereits 1978 war nach einer Unzahl von Wahlgängen mit Alessandro Pertini der erste sozialistische Präsident der Italienischen Republik gewählt worden. Bei den Parlamentswahlen 1979 waren DC und PSI konstant geblieben, der PCI hatte fast vier Prozent verloren. Daraufhin lebten die als Pentapartito bekannten Mitte-Links-Regierungen unter Beteiligung des PSI zunächst in Form zweier Kabinette unter der Führung von Francesco Cossigas (DC) wieder auf. Die Regierung seines Nachfolgers Arnaldo Forlani (DC) stürzte über den „P2-Skandal". Das vierte und das fünfte Kabinett dieser Legislaturperiode wurden ab Juni 1981 vom ersten nicht-christdemokratischen Regierungschef der Italienischen Republik Giovanni Spadolini (Partito Repubblicano Italiano) geführt. Ihm folgte bis zu den nächsten Wahlen Amintore Fanfani (DC). Soweit die Kurzfassung von innenpolitischer Kurzlebigkeit und politischem Wandel in Italien, die den Hintergrund von Kreiskys letzter Legislaturperiode in Österreich darstellte und die Weiterentwicklung des Verhältnisses zu Italien zumindest aus österreichischer Sicht alles andere als einfach machte. Angesichts der fragilen innenpolitischen Lage Italiens, verfolgte Kreisky die Frage einer möglichen Kooperation von PSI und PCI weiter aufmerksam. Er ließ sich die Berichte der Botschaft Rom über das Treffen zwischen Craxi und Berlinguer am 20. September 1979 vorlegen. Daraus ging hervor, dass es die Grundlinie der Begegnung war, die *Linksparteien nicht „gegeneinander ausspielen zu lassen", sondern vielmehr mit gemeinsamen Initiativen die DC in die Zange zu nehmen und dazu zu bringen, ihre „Vorurteile" sowohl gegen eine kommunistische Regierungsbeteiligung wie gegen einen sozialistischen Ministerpräsidenten aufzugeben*. Zudem hatte man sich auf einen publizistischen *Waffenstillstand* verständigt. Das Fazit der Botschaft lautete dennoch:

> *Die Aussprache Berlinguer-Craxi zeitigte also für das Verhältnis PCI-PSI politisch relevante, aber sachlich wie zeitlich doch auf vorwiegend taktische*

56 Kreisky an Craxi, Wien, 11. Oktober 1979, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

> *Erwägungen limitierte Ergebnisse, deren Dauerhaftigkeit von den Vorteilen abhängen wird, welche die eine wie die andere Seite aus den Absprachen zu ziehen vermag.*[57]

Kreiskys Skepsis gegenüber dem PCI bestand fort, nun dachte er aber erstmals offen über eventuelle Rückwirkungen auf den PSI nach. Vor dem Hintergrund der Nachrüstungsdebatte[58] vertrat er in einem Interview mit der Zeitschrift „L'Europeo" Anfang 1980 die Ansicht, dass die Haltung des PCI in dieser Debatte *auch das Schicksal von Berlinguers Eurokommunismus* entscheiden werde. Kreisky zeigte sich *davon überzeugt, daß es unter den Kommunisten solche gibt, die ehrlich vom Wert der eurokommunistischen Linie überzeugt sind*, während andere nur *schweren Herzens und widerwillig mitgetan* hätten. Seine Prognose lautete: *Wenn die Kommunisten, wie ich es glaube, zur alten intransigenten Politik zurückkehren und sich wieder an Moskau annähern werden, dann wird das zu einer Spaltung der beiden Seelen der KPI führen und eine Spaltung dieser Art wird für die Sozialisten von Vorteil sein. Es ist ein langsamer Prozeß.* In diesem Interview hatte Kreisky eine Begegnung mit dem italienischen Ministerpräsidenten Cossiga angeregt, was dieser positiv aufnahm. Aufgrund der sich *abzeichnende[n] Krise des Minderheitenkabinetts Cossiga*, dem der PSI die Unterstützung entzog, hatte Kreisky dann *jedoch die Weisung erteilt, die von ihm angeregte Begegnung nicht initiativ weiter zu verfolgen*. Das im April 1980 gebildete Kabinett Cossiga II aus DC, PSI und Republikanern konnte sich aus Sicht des österreichischen Außenministeriums *jedoch auf eine klare Mehrheit im Parlament stützen*, weshalb man *eine für italienische Verhältnisse größere Dauerhaftigkeit* erwartete. Darum schlug der Ballhausplatz dem Bundeskanzler vor, *im Wege der Botschaft Rom der italienischen Seite das österreichische Interesse an einer Realisierung der angeregten Begegnung zum Ausdruck zu bringen.* Eine Entscheidung Kreiskys ist am Akt nicht dokumentiert[59]; Cossiga hielt nur bis Oktober durch.

---

57 Maximilian Pammer an BM Pahr, Rom, 24. September 1979, Zl. 11-Pol/79, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

58 Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, hrsg. von Philipp Gassert, Tim Geiger, Hermann Wentker (München 2011).

59 Frage einer Begegnung des Herrn Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Cossiga. Information für den Herrn Bundesminister, gezeichnet Staffelmayr, Wien, 23. April 1980 (lag Kreisky vor), Kreisky Archiv, VII.1 Länderboxen, Italien.

Kreisky scheint aber durchaus bestrebt gewesen zu sein, die Besuchsdiplomatie auf höchster Ebene wieder aufleben zulassen. Im Oktober 1981 plante Kreisky zunächst einen privaten Besuch in Trient, um die dortige Ausstellung „Das Rote Wien" zu besuchen. In diesem Rahmen waren Treffen mit Pietro Longo vom PSDI und eine Begegnung mit Vertretern des PSI vorgesehen, wobei die *Teilnahme Craxis noch unsicher* war. Für den 9. Oktober war in Verona ein Treffen mit Ministerpräsident Spadolini vorgesehen[60]. Kreisky erkrankte jedoch und musste die Reise kurzfristig absagen. Spadolini bedauerte es[61].
Die nächste offizielle österreichische Initiative erfolgte Ende 1981, als der sozialistische Staatspräsident Pertini nach Österreich eingeladen wurde. Dieser lehnte jedoch ab. Der österreichische Botschafter in Rom, Heinz Laube, berichtete konsterniert über den Verlauf seiner Vorsprache:

> *Das italienische Staatsoberhaupt wies auf seine große Sympathie für Südtirol hin, bedauerte aber, die Einladung nicht annehmen zu können, solange das Problem der Paketdurchführung nicht gelöst ist. Die für Österreich unerwartete negative Reaktion kam umso überraschender als im Vorfeld keinerlei diesbezügliche Andeutung gemacht worden war.*[62]

Italien war zum offiziellen Besuchsaustausch nicht bereit, gleichzeitig hoffte Spadolini weiterhin auf einen inoffiziellen Besuch[63]. Kreisky wollte zu diesem Zeitpunkt aber noch *nicht entscheiden*, ob er eine solche Reise unternehmen sollte[64].

Die innenpolitische Entwicklung Italiens blieb turbulent. Im August 1982 zog Craxi vorübergehend alle Minister aus dem Kabinett Spadolini zurück, dieser konnte zunächst mit einem erneuerten Kabinett weiterregieren bis die Regierung im November 1982 nach wirtschaftspolitischen Meinungsverschiedenheiten endgültig scheiterte. Am 1. Dezember übernahm die Re-

60 Für die Vorbereitungsunterlagen der Reise siehe Kreisky Archiv, VII.1 Länderboxen, Italien.

61 Spadolini an Kreisky, Rom, 6. Oktober 1981, Kreisky Archiv, Korrespondenz.

62 Botschafter Laube an BMAA, Rom, 15. Dezember 1981, Kreisky Archiv, VII.1 Länderboxen, Italien

63 Botschafter Laube an BMAA, Rom, 29. Jänner 1982, Kreisky Archiv, VII.1 Länderboxen, Italien

64 Notiz, [o.D.], Kreisky Archiv, VII.1 Länderboxen, Italien

gierung Fanfani bis zu den Wahlen im Juni 1983 das Ruder. Der neue österreichische Botschafter in Rom, Friedrich Frölichsthal, bekam im bei seinem Antrittsbesuch in der Farnesina im November 1982 zu hören, *dass die offiziellen politischen Beziehungen zwischen den befreundeten Nachbarländern Österreich und Italien, die beide der europäischen pluralistischen Staatenfamilie angehörten, derzeit nicht annähernd dem Stand der beiderseitigen wirtschaftlichen und politischen Interessen entsprechen*. Dort wurde betont, dass Italien *die vom Herrn Bundeskanzler … gesetzten Signale hinsichtlich einer weiteren Vertiefung und Ausbaues der bilateralen Beziehungen* gerne aufgreife. *Es müsse gelingen, dass die Südtirol-Frage, deren baldige endgültige Lösung ital[ienischer]seits gewünscht würde, nicht der bestimmende Faktor der bilateralen Beziehungen bleibt.* Nun zeigte das italienische Außenministerium wieder Interesse an einer Einladung des Ministerpräsidenten, die Kreisky umgehend veranlasste[65]. Jedoch wurde auch der nun geplante Fanfani-Besuch in Österreich Anfang 1983 bereits Ende 1982 wegen einer für diesen Zeitraum anberaumten Parlamentsdebatte in Italien abgesagt. In einem Schreiben an Kreisky bekräftigte der italienische Ministerpräsident dennoch sein Interesse, *die politischen Kontakte zwischen Österreich und Italien fortzusetzen* und die Umsetzung des Südtirol-Pakets *einer raschen Lösung zuzuführen*[66].

Angesichts dieser Entwicklungen, war das Nichtzustandekommen eines Besuchsaustausches auf Ebene der Regierungschefs weniger Kreisky, der trotz der nicht vollständigen Umsetzung des Pakets initiativ vorgegangen war, und seinem angeblichen Desinteresse, sondern der italienischen innenpolitischen Situation zuzuschreiben. Zumindest muss die Entwicklung als unglücklich und nicht ausschließlich dem Südtirol-Problem geschuldet bezeichnet werden. Bei der Nationalratswahl in Österreich am 24. April 1983 verlor die SPÖ ihre absolute Mehrheit und Kreisky trat als Bundeskanzler zurück. Zur selben Zeit brach Craxi kurzzeitig die Koalition mit der DC und forderte erfolgreich Neuwahlen. Altbundeskanzler Kreisky schrieb am 21. Juni 1983 verständnisvoll an den PSI-Chef:

65 Botschafter Frölichsthal an BMAA, Rom, 22. November 1982 (lag Kreisky vor, der die Einladung Fanfanis mit einem handschriftlichen ja absegnete), Kreisky Archiv, VII.1 Länderboxen, Italien

66 Fanfani an Kreisky, Rom, 1. Februar 1983, Kreisky Archiv, VII.1 Länderboxen, Italien

> *Die italienische Sozialistische Partei hat in den vergangenen Jahren unter großen Schwierigkeiten für ihre politischen Ziele innerhalb von Koalitionsregierungen gewirkt und dabei wesentliches erreichen können. Die österreichischen Sozialisten verfolgen die Aktivität der italienischen Sozialisten im Nachbarland mit großem Interesse und wünschen ihnen in den kommenden Wahlen einen eindrucksvollen Erfolg.*[67]

Gemessen an italienischen Verhältnissen gelang dieser bei den Parlamentswahlen am 27. Juni auch. Der PSI gewann 1,63 Prozent hinzu, während die DC mehr als fünf Prozent verlor. Nun gelang es Craxi, das Amt des Ministerpräsidenten für sich zu beanspruchen. Er wurde am 22. Juli 1983 mit der Regierungsbildung beauftragt. Als Ministerpräsident durchbrach er auch den Knoten in der bilateralen Besuchsdiplomatie. Im April 1984 kam er als erster italienischer Regierungschef seit 1881 auf Staatsbesuch nach Österreich und wurde auch von Altkanzler Kreisky herzlich begrüßt. Die Tatsache, dass mit Fred Sinowatz und ihm zwei Sozialisten an der Spitze der Regierungen Österreichs und Italien stünden, bezeichnete Craxi als *einen Randumstand, der die gegenseitige Verständigung natürlich erleichtert*. Der den Ministerpräsidenten begleitende Außenminister Andreotti war vom Begräbnis Juri Andropows aus Moskau angereist. Im selben Flieger saßen auch Staatspräsident Pertini und PCI-Chef Berlinguer, die in Wien Zwischenstation machten. Die „Arbeiter-Zeitung" sprach von einem *merkwürdige[n] Zufall […] nachdem es 103 Jahre hindurch keinen Besuch gegeben hatte* und freute sich, dass dieser Zustand durch die Sozialisten überwunden wurde[68].

1985 wurde schließlich auch ein anderes Anliegen Kreiskys einer Lösung zugeführt. Wie am Beispiel Berlinguer aufgezeigt, hatte er sich stets für eine Freilassung des Kriegsverbrechers Walter Reder aus humanitären Gründen eingesetzt. Kreisky hatte Craxi in seine Bemühungen um Reder seit Ende der 1970er-Jahre in mehreren Schreiben eingebunden und den mangelnden politischen Willen der italienischen Regierungen zur Lösung des Problems beklagt. Er verwies auch darauf, dass eine Lösung des Falls Reder einen Erfolg der SPÖ darstellen würde. Als Craxi Ministerpräsident wurde,

67 Fernschreiben Kreisky an Craxi, Wien, 21. Juni 1983, Kreisky Archiv, VII.1 Länderboxen, Italien.

68 Gestern „Italiengipfel" in Wien, in: Arbeiter-Zeitung (16. Februar 1984) 1 u. 3.

sah Kreisky eine Chance auf Reders Freilassung, sprach persönlich mit Craxi darüber und dieser setzte sie schließlich auch durch. Am 24. Jänner 1985 war es schließlich so weit, doch die Heimkehr Reders wurde zum Skandal, da ihn Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager (FPÖ) am Flugplatz per Handschlag begrüßte und die nötige Sensibilität im Umgang mit der Causa vermissen ließ. Vor diesem Hintergrund, der enormen medialen Widerhall fand, klagte Craxi über *Druck aus Wien*. Kreisky hingegen bestätigte öffentlich sein Engagement für Reder, strich den positiven Einfluss der SI heraus und betonte, dass Craxi der erste italienische Regierungschef war, der *sich nicht auf eine andere Partei ausgeredet, sondern den Mut gehabt [habe], diese Entscheidung zu treffen*[69]. Trotzdem der „Handschlag" das humanitäre Anliegen der Aktion in den Hintergrund treten ließ, blieben die beiden einander gewogen.

Als Ministerpräsident gelangen Craxi einige innenpolitische Reformen, wie die angesichts der hohen Inflationsraten unvermeidliche Abschaffung der *scala mobile*, die eine automatische Anpassung der Löhne an die Inflationsrate vorsah. Es kam zu zahlreichen und lange andauernden Streiks. Dennoch hatte das vom PCI angestrebte Referendum über die Beibehaltung der *scala mobile* im Juni 1985 keinen Erfolg. Dies stellte für Craxi einen innenpolitischen Sieg über die Kommunisten dar, was Kreisky nur begrüßen konnte. Aber auch in Krisensituationen fand die politische Linie des ersten sozialistischen Ministerpräsidenten Italiens die Zustimmung des österreichischen Altkanzlers.

Im Oktober 1985 kaperten palästinensische Terroristen das italienische Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro". Sie erschossen einen im Rollstuhl sitzenden amerikanischen Passagier mit jüdischen Wurzeln und warfen ihn über Bord. Die italienische Regierung handelte das Ausfliegen der Terroristen in ein arabisches Land im Gegenzug für die Freilassung der Passagiere und der Besatzung aus. Nach Bekanntwerden des Mordes wollte US-Präsident Ronald Reagan die Entführer zur Verantwortung ziehen und ordnete eine Operation an, die das Flugzeug, mit dem vermeintlichen Vermittler und eigentlichem Initiator des Terrorakts, Abu Abbas, an Bord zur Landung auf dem sizilianischen NATO-Stützpunkt Sigonella zwang. Dort wurde es von

69 Barbara Tóth, Der Handschlag. Die Affäre Frischenschlager-Reder (Dissertation Wien 2010) 81, 105–111, 117 f., 138. Die Arbeit ist unlängst auch als Buch erschienen: Dies., Der Handschlag. Die Affäre Frischenschlager-Reder (Innsbruck–Wien–Bozen 2017).

einer amerikanischen Spezialeinheit umstellt. Die über das amerikanische Vorgehen nicht informierte italienische Regierung unter Craxi pochte auf die Achtung der italienischen Souveränität und ließ die Szenerie von den Carabinieri umstellen. Nach einigen heißen Stunden wurden die Entführer von den italienischen Behörden verhaftet, Abbas durfte jedoch nach Jugoslawien ausreisen. Dies erzürnte Washington, die aus der „Sigonella-Affäre" resultierenden Spannungen im amerikanisch-italienischen Verhältnis waren im Endeffekt aber nur von kurzer Dauer[70].

Craxis Reaktion auf den Nahost-Terror Mitte der 1980er-Jahre entsprach jener Kreiskys seit den 1970er-Jahren. Anders als viele andere europäische Regierungschefs hatte er als Bundeskanzler stets auf Verhandlungen zum Zweck der Minimierung des Blutvergießens und mit dem Ziel der Freilassung von Geiseln gesetzt. Dass ein derartiges Vorgehen auch freies Geleit für die Terroristen mit sich brachte, sorgte sowohl im In- als auch im Ausland für Kritik[71]. Kreisky war von der Richtigkeit seiner Haltung überzeugt, daher ist es nicht überraschend, dass er 1985 Craxi gratulierte:

> *Bezugnehmend auf die Diskussion der letzten Wochen möchte ich Sie zu Ihrer mutigen und konsequenten Haltung beglückwünschen. Wann immer ich gefragt wurde, habe ich zum Ausdruck gebracht, daß Sie in dieser Situation nicht anders handeln konnten, und ich es an ihrer Stelle ebenso getan hätte.*[72]

Kreisky nutzte dieses Schreiben, um bei Craxi nachzufragen, ob er die Einladung der Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL) annehmen sollte, auf deren 11. Kongress vom 28. Februar bis 4. März 1986 in Rom zu den Themen *europäische Einheit, den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau sowie die Sicherheits- und Abrüstungspolitik auf unserem Kontinent* zu sprechen. Er wollte sich auch als Politpensionist des Einverständnisses seines SI-Kollegen versichern, bevor er an einer Veranstaltung einer kommunistisch dominier-

70 Für kurze Interpretationen siehe: Federico Romero, Sigonella e la sovranità dell'Italia, in: Storia mondiale dell'Italia, hrsg. von Andrea Giardina (Bari 2017) 772–775; Antonio Varsori, Italy's Foreign Policy in the 1980s: From Enthusiasm to Disillusion, in: Italy in the International System from Détente to the End of the Cold War. The Underrated Ally, hrsg. von Antonio Varsori, Benedetto Zaccaria (London 2018) 95–124, hier: 111 ff.

71 Dazu: Thomas Riegler, Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973 bis 1985 (Göttingen 2011).

72 Kreisky an Craxi, 14. November 1985, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

ten Organisation teilnahm[73]. In seiner Antwort dankte Craxi für Kreiskys *Solidaritätsbekundungen* in der „Sigonella-Affäre" und ließ ihn wissen, dass seine Teilnahme am Kongress der CGIL eine gute Sache wäre und Gelegenheit zu einem Treffen bieten würde[74].

Kreisky kombinierte die Reise nach Rom mit einem Aufenthalt am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, wo er Vorträge zum „Nahen Osten" und zum „Ost-West"-Verhältnis hielt. Am Tag der Eröffnung des CGIL-Kongresses traf er am späten Nachmittag im Palazzo Chigi mit Ministerpräsident Craxi zusammen. Seine Rede am Kongress eröffnete er mit einer improvisierten Würdigung des am 28. Februar 1986 ermordeten Olof Palme, dessen Tod ihm *sehr zu Herzen gegangen*[75] war. Seine Ausführungen drehten sich um die Entspannungspolitik und seine langjährige Idee eines Marshall-Plans für die sogenannte „Dritte Welt" sowie den sich seiner Meinung nach daraus ergebenden Chancen für den Arbeitsmarkt in Europa[76]. Die italienische Presse berichtete ausführlich über Kreiskys Rede. In einem Interview mit dem „Corriere della Sera" sprach er über die Lage der Sozialdemokratie in Europa und prophezeite ein baldiges Ende *des Neokonservatismus*. Zur Frage einer Regierungsbeteiligung der italienischen Kommunisten wollte sich Kreisky unter dem Eindruck eines *Einvernehmen[s] zwischen Gewerkschaft und Staat* am CGIL-Kongress diesmal *nicht äußern*. „Der Corriere della Sera" schrieb,

> *der Herr Altbundeskanzler glaube weder an den „dritten Weg" noch an den „Eurokommunismus". Wenn die Kommunisten Regierungspartei werden wollen, müßten sie den Sozialdemokraten immer ähnlicher werden. Dies sei durchaus möglich, da ja alle politischen Parteien Europas immer ähnlicher würden … . Auf die Frage ob die KPI an der Sozialistischen Internationale wenigstens als Beobachter teilnehmen könnte, meinte der Altbundeskanzler freilich, das könnte er sich zur Zeit noch nicht vorstellen*[77].

73 Kreisky an Craxi, 14. November 1985, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

74 Craxi an Kreisky, 30. November 1985, Kreisky Archiv, Prominentenkorrespondenz, Box 13.

75 Petritsch, Kreisky 394.

76 Unterlagen zur Reise und die Redetexte in: Kreisky Archiv, VII.12. Reisen nach 1983, Box 6: Italien.

77 Botschafter Frölichsthal an BMAA, Rom, 3. März 1986, Zl. 964-A/86, Kreisky Archiv, VII.12. Reisen nach 1983, Box 6: Italien.

Zurück in Wien berichtete Kreisky in seiner Kolumne im „Kurier" über seine *italienische Winterreise*. Das Europäische Hochschulinstitut bezeichnete er als eine *großartige* Einrichtung und freute sich, dass seine Vorträge dort offenbar gut angekommen waren. Fazit: *Drei anregende und lehrreiche Tage habe ich dort mit gescheiten Menschen verbracht*. Den italienischen Ministerpräsidenten bezeichnete er als seinen *alten Freund*, über das Gespräch mit ihm merkte er an:

> *Ich verließ ihn mit dem Eindruck, daß die Probleme des Mittelmeerraums bei ihm in guter Hand sind. Was umso bedeutungsvoller ist, da er ja tatsächlich zu den verläßlichsten Bündnispartnern Amerikas gehört. Craxis Ziel ist die Beruhigung der aufgeregten Gemüter – wo immer er dazu Gelegenheit hat. Für italienische Verhältnisse ist er nun schon lange im Amt und hat, wie ich bei einem Kongreß der größten italienischen Gewerkschaft selbst erleben konnte, eine unglaubliche Popularität gewonnen – merkwürdigerweise bei der sogenannten Basis, die mit ihm politisch gar nicht so sehr übereinstimmt.*[78]

Jedoch auch unter Craxi blieben Regierungskrisen nicht aus. Im Sommer 1986 musst er der DC zugestehen, das Amt des Ministerpräsidenten im März 1987 an Ciriaco De Mita zu übergeben. Craxi wollte diese Vereinbarung nicht einhalten, daraufhin zog die DC ihre Minister aus der Regierung ab und er konnte das endgültige Ende seiner Ministerpräsidentschaft im April 1987 nicht abwenden. Im 1988 erschienenen zweiten Band seiner Memoiren hielt Kreisky fest:

> *Den weltweiten Kampf gegen den Kommunismus gewinnt man nicht mit noch so wohlziselierten Reden gegen die „rote Gefahr", sondern der Kampf gegen den Kommunismus muß in jedem Staat in den Reihen derer gewonnen werden, die durch ihn am meisten gefährdet sind. Das scheint mir vor allem jener Teil der Arbeiterschaft zu sein, der entweder arbeitslos ist oder unter besonders schlechten ökonomischen Bedingungen lebt. Darum haben sich Willy Brandt und Helmut Schmidt, Mitterrand und Gonzáles, Papandreou und Craxi größere Verdienste in der weltweiten Auseinandersetzung*

78 Bruno Kreisky, Zurück von einer italienischen Winterreise, in: Kurier (6. März 1985) 5.

mit dem Kommunismus erworben als die Konservativen vom Schlage Reagan, Thatcher und Kohl.[79]

Mit dieser – natürlich Kreiskys zeitgenössischem Weltbild geschuldeten – Einordnung Craxis zeigt sich deutlich, welche Bedeutung er ihm innerhalb der italienischen Linken zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialisten sowie im ideologischen Kalten Krieg in und um Italien beimaß. Dass auch er Teil des italienischen politischen Sumpfes war, der im Zuge von *mani pulite* an das Tageslicht kam, musste Kreisky nicht mehr miterleben.

5. Fazit und Perspektiven der Forschung

Kreiskys Italienreisen, ob privat oder zu Vorträgen, waren in den 1980er-Jahren häufiger geworden[80]. Den letzten Urlaub seines Lebens im Juni 1990 verbrachte er in Südtirol[81]. Damit schließt sich der Kreis. Zeit seines Lebens war Kreisky Südtirol eng verbunden. Seine Südtirol-Politik wurde und wird intensiv beforscht und diskutiert. Kreiskys Verhältnis zu Italien war stets mit dem Südtirol-Problem belastet, ja geradezu davon überschattet. Sein Verhältnis zur italienischen Linken stand in Relation zum italienischen politischen Spektrum. Der natürliche Partner – eine starke Sozialdemokratie – fehlte. Die Kommunisten lehnte er ab, daran änderte auch die eurokommunistische Entwicklung des PCI lange und im Endeffekt auch grundsätzlich kaum etwas. Während wir über Kreisky und Saragat insbesondere im Zusammenhang mit Südtirol einiges wissen, so steht die Forschung zum Verhältnis zwischen Kreisky und Craxi erst am Anfang. Es scheint als ob er in ihm das erste Mal eine Chance auf eine nachhaltige Stärkung der Sozialisten im linken Lager Italiens sah. Insbesondere im Kontext der Sozialistischen Internationale und auf Basis italienischer Quellen würde dieses Thema eine vertiefte Erforschung verdienen.

79 Bruno Kreisky, Im Strom der Politik. Erfahrungen eines Europäers (Berlin 1988) 406 f.

80 Unterlagen in Kreisky Archiv, VII.12. Reisen nach 1983, Box 6: Italien.

81 Kreisky, Mensch 365; Petritsch, Bruno Kreisky 397; Pallaver, Konflikte 121 f.

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und die kommunistische und postkommunistische Politik in Italien (1989–1994)

GIANVITO GALASSO
Università degli Studi di Bari Aldo Moro

1. Vorwort

Mit dem Antrag der Großen Koalition unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Franz Vranitzky auf Aufnahme in die drei Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG und EURATOM) suchte die Republik Österreich am 17. Juli 1989 formell um Beteiligung am europäischen Integrationsprozess an. Da Österreich bereits Gründungsmitglied der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) und der Europäischen Zahlungsunion sowie Mitglied des Europarats und der Europäischen Freihandelsassoziation war, erachteten die Befürworter die Aufnahme Österreichs in das gemeinschaftliche Europa als folgerichtigen Abschluss der Wiedereingliederung des mitteleuropäischen Landes in den Kreis der westlichen Demokratien, die lange Zeit vom Kalten Krieg bedroht waren. Auch wenn viele die Beteiligung Österreichs an dem gemeinschaftlichen Projekt aus historischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen in der Tat als legitime Bestrebung betrachteten, wurde sie als unvereinbar mit der international gültigen immerwährenden Neutralität Österreichs erachtet. Diese war durch das am 26. Oktober 1955 in Kraft getretene Bundesverfassungsgesetz festgelegt und auch in einer Änderung des von den USA, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich unterzeichneten Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 hervorgehoben worden. Aufgrund der Gleichgewichte des Kalten Krieges war es der ös-

terreichischen Republik zunächst nicht möglich gewesen, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beizutreten. Die Mitgliedschaft bei dieser internationalen und regionalen Organisation wurde als Ausdruck einer politischen und wirtschaftlichen Positionierung betrachtet, was von der Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Blockstaaten nicht gutgeheißen wurde[1].

In Anbetracht der terroristischen Entwicklungen in der Südtirolfrage lehnte Italien Österreichs ersten Versuch, Mitglied der EWG zu werden, ab. So legte die Regierung in Rom 1967 – dem Unmut der anderen Mitgliedstaaten und der Hauptakteure der internationalen Gemeinschaft zum Trotz – ein Veto gegen die Bemühungen Wiens um Verhandlungen mit Brüssel ein[2]. Ein neuer Ansatz begann sich erst in den Jahren der Entspannung durchzusetzen. So auch innerhalb der Partito comunista italiano (PCI), der italienischen kommunistischen Partei, die über die gesamte erste Phase des Kalten Krieges hinweg eine prosowjetische Außenpolitik geführt hatte und somit von vornherein die internationalen westeuropäischen Organisationen, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden waren, ablehnte. Ein Richtungswechsel zeichnete sich am 15. September 1970 ab, als der nationale Parteivorstand und Delegationsleiter der Europaabgeordneten der PCI Giorgio Amendola

1 Für weiterführende Literatur zu Österreichs Weg zur europäischen Integration siehe Nicole Pietri, L'Austria e l'integrazione europea, in: Idee d'Europa e integrazione europea, hrsg. von Arianne Landuyt (Bologna 2004) 415–430; Hans-Henning Scharsach, Europa ohne Sachertorte? Österreich und die EG (Graz 1989); Waldemar Hummer, Österreichs Integration in Europa 1948-1989. Von der OEEC zur EG (Wien 1990); Österreich und die europäische Integration 1945–1993, hrsg. von Michael Gehler, Rolf Steininger (Wien–Köln–Weimar 1993); Josef Feldner, Österreich in die EU. Der falsche Weg nach Europa (Graz 1994); EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich, hrsg. von Anton Pelinka (Wien 1994); Günter Bischof, Anton Pelinka, Michael Gehler, Austria in the European Union (New Brunswick 2002). Für weiterführende Literatur zu Österreichs internationaler Rolle vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Abzug der Alliierten siehe Luca Lecis, Dal „total control" all'indipendenza. L'Austria nel contesto della guerra fredda (Perugia 2016).

2 Pietri, L'Austria e l'integrazione europea, 417–418. Für weiterführende Literatur zur Außenpolitik der italienischen Republik gegenüber Österreich bei der Südtirolfrage siehe Mario Toscano, Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige (Bari ²1968); Federico Niglia, Aldo Moro, la diplomazia italiana e la questione dell'Alto Adige (1963–1969), in: Aldo Moro nell'Italia contemporanea, hrsg. von Francesco Perfetti, Andrea Ungari, Daniele Caviglia, Daniele De Luca (Firenze 2011) 469–484; Luciano Monzali, Giulio Andreotti e le relazioni italo-austriache 1972-1992 (Merano 2016). Zur Südtirolfrage siehe auch Dialogo vince violenza. La questione del Trentino Alto Adige/Südtirol nel contesto internazionale, hrsg. von Giovanni Bernardini und Günther Pallaver (Bologna 2015); Bruno Kreisky und die Südtirolfrage, hrsg von Gustav Pfeifer, Maria Steiner (Bozen 2016); Alexander von Egen, Die Südtirolfrage vor den Vereinten Nationen (Bruxelles 1997); Renato Cajoli, The Alto Adige question (Bologna 1960); Antony Evelyn Alcock, The history of the South Tyrol question (London 1970).

im Europäischen Parlament seine Unterstützung einer möglichen EWG-Erweiterung um Österreich, Schweden und die Schweiz bekundete. Die drei neutralen Länder hatten nach Großbritannien im Jahr 1961 Beitrittsabsichten geäußert. Der italienische kommunistische Politiker argumentierte, eine Mitgliedschaft von neutralen Ländern bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft könne als Faktor der Entspannung sowie zur Überwindung der Gegenüberstellung der Blöcke dienen und die Rolle der Organisation stärken[3]. Die Erklärung Amendolas basierte auf einer in den 1960er-Jahren parteiintern begonnenen Neubewertung des gemeinschaftlichen Europas, die im darauffolgenden Jahrzehnt von den Führungskräften der italienischen kommunistischen Partei unter ihrem neuen Generalsekretär Enrico Berlinguer aufgegriffen wurde[4]. In diesem Zusammenhang gelang dem sozialistischen österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky am 22. Juli 1972 der Abschluss eines Freihandelsvertrags mit der EWG, woraufhin dem Land Zugeständnisse im Bereich Handel und Zoll gemacht wurden. Maßgeblich war diese Entwicklung von der Ostpolitik gekennzeichnet, die Kreiskys deutscher Amtskollege Willy Brandt eingeleitet hatte[5].

3 Historical Archives of the European Parliament (im Folgenden HAEP), Parliamentary Assembly and the European Parliament before the First Parliamentary term 1958–1979 (im Folgenden PE0), Parliamentary activities (im Folgenden AP), Debates (im Folgenden DE)/1970, DE19700915-03 9900, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (im Folgenden ABl.) – Anlage, Europäisches Parlament – Sitzung von Dienstag, 15 September 1970, 56. Siehe außerdem Pietri, L'Austria e l'integrazione europea 417.

4 Zur Haltung der PCI in Bezug auf den europäischen Integrationsprozess siehe Severino Galante, Il Partito comunista italiano e l'integrazione europea. Il decennio del rifiuto 1947–1957 (Padova 1988); Mauro Maggiorani, L'Europa degli altri. Comunisti italiani e integrazione europea (1957–1969) (Roma 1998); Paolo Ferrari, In cammino verso Occidente. Berlinguer, il PCI e la comunità europea negli anni '70 (Bologna 2007); Valentine Lomellini, The PCI and the European Integration from Eurocommunism to Berlinguer's death, in: European Parties and the European Integration Process, 1945–1992, hrsg. von Lucia Bonfreschi, Giovanni Orsina, Antonio Varsori (Bruxelles 2015), 159–173; Valentine Lomellini, Dall'europposizione all'euroforia. La traiettoria del comunismo italiano nel processo di integrazione europea, in: Contro l'Europa? I diversi scetticismi verso l'integrazione europea, hrsg. von Daniele Pasquinucci, Luca Verzichelli (Bologna 2016), 71–92. Siehe auch José Gotovitch, Pascal Delwit, Jean-Michel De Waele, L'Europe des communistes (Bruxelles 1992). Zur Rolle Giorgio Amendolas bei der Festlegung einer proeuropäischen Politik der PCI siehe Giorgio Napolitano, La scelta europea, in: La famiglia Amendola. Una scelta di vita per l'Italia, hrsg. von Giovanni Cerchia (Torino 2011), 181–188; Gianvito Galasso, Giorgio Amendola and the European Economic Cooperation as Alternative to the European Communities (1954–1962), in: Euroscepticisms. Resistance and Opposition to the European Community/European Union, hrsg. von Guido Levi, Daniela Preda (Bologna 2017).

5 Pietri, L'Austria e l'integrazione europea 418.

2. Die Neutralität Österreichs – vom Hindernis zur Chance

In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre wurde in Wien und Europa die Diskussion über eine österreichische EWG-Beteiligung wieder zum zentralen politischen Thema. Der zur gleichen Zeit begonnene Prozess zur Vollendung des Europäischen Binnenmarkts hatte die politischen und sozialen Kräfte Österreichs dazu angeregt, über mögliche Vorteile einer Eingliederung in die Europäische Gemeinschaften nachzudenken. Einer österreichischen Mitgliedschaft im gemeinschaftlichen Europa standen neben der Industriellenvereinigung auch die großen politischen Kräfte des Lands positiv gegenüber: die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – bis sie sich 1993 unter Jörg Haider dem Nationalismus zuwendete – und, wenn auch eher zurückhaltend, die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), deren anfänglicher Widerstand schnell überwunden war[6]. Hingegen lehnten die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) und vor allem Die Grünen einen Beitritt ab. In ihrer Rolle als Verteidiger einer auf der international gültigen Neutralität basierenden österreichischen Identität beziehungsweise als Sprecher für Umweltbelange sahen die beiden Parteien Gefährdungen durch eine wirtschaftliche Integration des mitteleuropäischen Landes in den Kreis der zwölf Mitgliedstaaten. Die PCI ließ in den Zeitungen „Rinascita" und" „l'Unità" eine erste Analyse des Antrags der österreichischen Regierung auf Aufnahme in die EWG veröffentlichen. In der Kulturzeitschrift der italienischen kommunistischen Partei betonte Paolo Brera die Bedenken des Kommissionspräsidenten der Europäischen Gemeinschaften, Jacques Delors, der mehr an der Vollendung des Binnenmarkts bis zum 31. Dezember 1992 interessiert war als an neuen Erweiterungen. Gleichzeitig hob Brera die Schwierigkeiten einer Vereinigung der österreichischen Neutralität mit dem Gemeinschaftsrecht hervor, die sich trotz der Zusicherungen und angeführten Begründungen der Regierung in Wien ergeben würden:

> *Die UdSSR würde einen Beitritt zur Gemeinschaft, zu der auch Deutschland bereits gehört, nicht willkommen heißen. Österreich ist sich dessen bewusst,*

6 Ebd. 418–422.

> *aber findet sich damit nicht ab. Das Motiv ist einfach: Aus österreichischer Sicht gibt es viele gute Gründe an die Türen Europas zu klopfen. Am bedeutungsvollsten ist wohl die bereits vorherrschende Integration in die Gemeinschaft, aus der sich 68 Prozent der Importe des Lands und 63,4 Prozent der Exporte ergeben. Wirtschaftlich gibt es somit so gut wie keine Unterschiede zwischen Österreich und dem deutschen Bundesland Bayern.*

Angesichts der Entspannung in Europa und der in den östlichen Ländern eingeleiteten Reformen schien es unwahrscheinlich, dass die Sowjetunion einem österreichischen Beitritt eine so entschiedene Ablehnung entgegenbringen würde, wie es früher der Fall gewesen war. Dennoch galt es, im Rahmen der Prüfung des Beitrittsantrags, der rechtlichen Frage nach der Vereinbarkeit von Österreichs internationalem Status und einer Mitgliedschaft bei den Europäischen Gemeinschaften nachzugehen[7]. Der gleichen Auffassung wie Paolo Brera war Paolo Soldini, Korrespondent der kommunistischen italienischen Tageszeitung „l'Unità" in Wien. Aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht brachte eine Aufnahme Österreichs in die Gemeinschaft sicherlich nicht die gleichen Probleme mit sich, die bei Spanien und Portugal zu bewältigen gewesen waren. Ebenso wenig taten sich solche Schwierigkeiten auf, wie bei der Türkei, die auch einen Beitrittsantrag gestellt hatte. Auch historisch und kulturell gesehen stellte der Antrag Wiens keine Herausforderung dar – im Gegenteil, eine Aufnahme hätte einen ersten Schritt in Richtung Überwindung der traditionellen westeuropäischen Ausrichtung der gemeinschaftlichen Integrationsprozesse dargestellt, welche die PCI seit jeher anprangerte. Die international verankerte Neutralität war das einzige Hindernis, das es zu überwinden galt. Dies bezog sich weniger auf die rechtlichen Aspekte – die österreichische Regierung und eine ganze Reihe angesehener Juristen glaubten an eine Lösung –, sondern vielmehr auf die politischen Aspekte. Ein etwaiger EWG-Beitritt eines Landes wie Österreich, dessen neutraler Status nicht nur durch die Verfassung, sondern auch im Rahmen des internationalen Rechts garantiert und festgelegt war, hätte unweigerlich Auswirkungen auf die Entwicklungen des europäischen Integrationsprozesses gehabt:

7 Paolo Brera, E l'Austria bussa alla porta, in: Rinascita 25 (1. Juli 1989) 27. (Übers. d. Verf.)

> *Die österreichische Neutralität „eingliedern" würde in der Tat bedeuten, einen gewissen Umschwung im aktuellen politischen Integrationsprozess der Gemeinschaft herbeizuführen; den schwierigen und hindernisreichen, aber jedenfalls existierenden Versuch, eine gemeinsame Außenpolitik zu schaffen, in eine bestimmte Richtung zu lenken; jede Aussicht auf Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik zu nehmen – zumindest angesichts der derzeitigen historisch bedingten Ost-West-Gegenüberstellung in Europa. Mit anderen Worten, es würde eine zukünftige Gemeinschaft bedeuten, die mehr „europäisch", aber weniger „westlich" wäre.*[8]

Am 17. Juli 1989 überreichte der österreichische Außenminister Alois Mock dem amtierenden Präsidenten der aus damals zwölf Mitgliedstaaten bestehenden Europäischen Gemeinschaften, Roland Dumas, das offizielle Schreiben mit dem Antrag auf einen österreichischen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Regierung in Wien nimmt darin auf die auf der immerwährenden Neutralität der österreichischen Republik beruhenden Verpflichtungen Bezug und sichert zu, dass sie diese auch als Mitglied der EWG erfüllen könne, und damit auch einen spezifischen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa leiste. Die österreichische Regierung ging von der Vereinbarkeit der Wahrung der Neutralität mit einem Beitritt zur Gemeinschaft aus, die, den Bestimmungen der Europäischen Akte zufolge, eine Integration anstrebte, die auch Aspekte der Außen- und Sicherheitspolitik betraf. Bedenken und Zweifel an der Genehmigung des Beitrittsantrags äußerten die Kommission Delors und insbesondere Belgien, die jedoch dank des einvernehmlichen Votums der anderen EWG-Mitgliedstaaten im Rat überstimmt wurden. Die Erweiterungsverhandlungen mit Österreich und den vier Ländern, die ebenfalls einen Beitrittsantrag gestellt hatten – Schweden am 1. Juli 1991, Finnland am 18. März 1992, die Schweiz am 26. Mai 1992 und Norwegen am 25. November 1992 – konnten somit aufgenommen werden. Die Verhandlungen sollten jedoch erst nach der Vollendung des Europäischen Binnenmarkts beginnen[9].

---

8 Paolo Soldini, Al via a Bruxelles la lunga marcia dell'Austria verso la Comunità europea, in: l'Unità (17. Juli 1989) 3. (Übers. d. Verf.)

9 Ders., L'Austria ha chiesto di entrare nella Cee, in: l'Unità (18. Juli 1989) 10.

3. Die Südtirolfrage und die Auswirkungen der Ereignisse von 1989–1991

Der Beitrittsantrag Österreichs zur EWG wurde den politischen Institutionen Italiens am 27. Juli 1989 vorgelegt, als der Senat auf Initiative von Hans Rubner, Vertreter der Südtiroler Volkspartei (SVP), über die Vertrauensfrage der Regierung Andreotti VI abstimmte. Der Südtiroler Senator ersuchte die italienische Exekutive um Unterstützung des österreichischen Beitrittsgesuchs, weil sich damit die Situation der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol verbessern würde und der Schwerverkehr im österreichischen Straßennetz durch Vereinbarungen zwischen Brüssel und Wien reglementiert würde, wobei Letzteres insbesondere ein Anliegen der österreichischen Öffentlichkeit und von Umweltschutzbewegungen darstellte[10]. Einige Tage später legte der SVP-Abgeordnete Michl Ebner in der italienischen Abgeordnetenkammer der italienischen Regierung die österreichische Beitrittsfrage vor[11]. Den Beschluss der Exekutive verkündete Außenminister Gianni De Michelis beim Zusammentreffen der Abgeordneten des dritten Ausschusses. Anders als in der Vergangenheit habe die italienische Regierung den Beitritt des mitteleuropäischen Landes zur EWG befürwortet[12]. Er wies jedoch auf das Bestreben hin, die Beitrittsfrage Österreichs differenziert von der Südtirolfrage zu betrachten, die mit der Genehmigung der im Südtirol-„Paket" vorgesehenen Maßnahmen seitens des italienischen Parlaments endgültig gelöst werden sollte[13]. Im Sommer 1990 zeigte auch Regierungschef Andreotti Bereitschaft zur „Konkretisierung" der Verhandlungen zu einem österreichischen Bei-

10 Atti Parlamentari, Senato della Repubblica, X. Legislaturperiode, 279. Sitzung (nachmittägig), Versammlung, stenografischer Bericht, 27. Juli 1989, 25. Im Rahmen der bilateralen italienisch-österreichischen Regelung zum Straßengüterverkehr auf österreichischem Staatsgebiet wurde damals ein jährlich erlaubtes Kontingent von 200.000 Transitfahrten festgelegt. 1991 schlossen Österreich und die EWG ein Abkommen, das auf dem Stickoxidausstoß der eingesetzten Kraftfahrzeuge beruhte, welcher mit „Öko-Punkten" bewertet wurde. Ziel war eine Verringerung der Umweltauswirkungen um 60 % bis 2003. Pietri, L'Austria e l'integrazione europea 423.

11 Atti Parlamentari, Camera dei deputati, X. Legislaturperiode, Debatten, Sitzung vom 30. Juli 1989, 36400.

12 Atti Parlamentari, Camera dei deputati, X. Legislaturperiode, Dritter Ausschuss, Sitzung vom 20. September 1989, 48.

13 Atti Parlamentari, Camera dei deputati, X. Legislaturperiode, Dritter Ausschuss, Sitzung vom 2. September 1991, 13.

tritt. Grund dafür war sowohl die geografische Nähe zu Italien als auch die Tatsache, dass Österreich bereits Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation war, die neben der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an den Verhandlungen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beteiligt war. Ziel war die Schaffung einer großen Freihandelszone, die auf freiem Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten basiert[14]. In den Erklärungen des französischen Präsidenten Mitterand und des Vizepräsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Filippo Maria Pandolfi, wurde die Stellungnahme der italienischen Regierung positiv bestätigt. Österreich und Schweden wurden darin als die zwei einzigen Bewerberländer genannt, deren Beitritte zur EWG zügig vorangebracht werden sollten, da ihre Mitgliedschaft dem gemeinschaftlichen Europa helfen würde, die kontinentale Verantwortung besser wahrzunehmen. Bei einer Anhörung des Sonderausschusses der italienischen Abgeordnetenkammer für europäische Gemeinschaftspolitik zu den Ergebnissen der Tagung des Europäischen Rats in Maastricht vom 9. und 10. Dezember 1991 brachte insbesondere der Europäische Kommissar den beiden neutralen EWG-Beitrittskandidatenländern wertschätzende Worte entgegen. So stelle Österreich einen „Dreh- und Angelpunkt" für jenen Teil des Kontinents dar, der die Tschechoslowakei, Ungarn, Slowenien und Kroatien umfasse; gleiches gelte für Schweden in Bezug auf das Baltikum[15].

Nicole Pietri zufolge ließen die Ereignisse in Europa nach dem Fall der Berliner Mauer sowie die laufenden Verhandlungen zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums die Unsicherheiten bezüglich der Vereinbarkeit von Österreichs international gültiger Neutralität mit einer EWG-Mitgliedschaft in den Hintergrund rücken[16]. Aus den Reihen des Europäischen

14 Atti Parlamentari, Senato della Repubblica, X. Legislaturperiode, 407. Sitzung, Versammlung, stenografischer Bericht, 3. Juli 1990, 8. Das Gründungsabkommen des Europäischen Wirtschaftsraums wurde am 2. Mai 1992 in Porto von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und der Schweiz unterzeichnet. Abgesehen von der Schweiz, wo in einem Volksreferendum die Ratifizierung des Abkommens abgelehnt wurde, trat es am 1. Januar 1994 in Kraft. Für weiterführende Informationen zum EWR siehe Bino Olivi, L'Europa difficile. Storia politica dell'integrazione europea 1948–2000 (Bologna 2000) 400–404.

15 Atti Parlamentari, Camera dei deputati, X. Legislaturperiode, Sonderausschuss für europäische Gemeinschaftspolitik, Sitzung vom 16. Dezember 1991, 8.

16 Pietri, L'Austria e l'integrazione europea 421. Zu den Auswirkungen der Ereignisse von 1989 auf den europäischen Integrationsprozess siehe Olivi, L'Europa difficile 333–341.

Parlaments signalisierten dies auch jene Abgeordneten, die einst der nun aufgelösten Partito comunista italiano angehört und sich in der neugegründeten, linksdemokratischen Partito democratico della sinistra (PDS) zusammengeschlossen hatten. Giacomo Porrazzini, Präsident der Delegation für die Beziehungen zur Schweiz, unterstützte den schweizerischen und österreichischen Beitritt zur Gemeinschaft in der Debatte zu den Transitverträgen mit der EWG. Die Anwendung dieser Abkommen sollte sich seinem Dafürhalten nach jedoch nicht auf die Transitreglementierung beschränken:

> *Der Inhalt der Verträge und die für die Verträge selbst unerlässlichen infrastrukturellen Grundlagen dienen nicht nur und gar nicht so sehr zur Lösung des langjährigen Problems der Transitfahrten über Drittstaaten. Sie werden auch als hervorragendes und einfaches Mittel der Ergänzung der Gemeinschaft durch die beiden Länder Schweiz und Österreich betrachtet, die geographisch bislang sozusagen das fehlende Herz waren.*[17]

Die Beitrittsverhandlungen mit Österreich wurden am 1. Februar 1993 gemeinsam mit Finnland und Schweden begonnen; die mit Norwegen wurden am 5. April aufgenommen. Entgegen der Erwartungen von Porrazzini wurde der Verhandlungsprozess mit der Schweiz jedoch infolge eines gescheiterten Referendums über die Ratifizierung des Abkommens zum Europäischen Wirtschaftsraum abgebrochen. Dadurch wurde auch jede schweizerische Beitrittsabsicht hinfällig. Bei der Sitzung am 15. Juli im Europäischen Parlament wurden die Verhandlungen mit den vier Kandidatenländern auch vonseiten des italienischen Europaabgeordneten Giorgio Rossetti ausdrücklich unterstützt. Der Linksdemokrat befürwortete eine institutionelle Reform der EWG, um die sich aus der Erweiterung ergebenen Herausforderungen meistern zu können. Darüber hinaus sprach er sich dafür aus, die Differenzen zwischen den europäischen Gemeinschaftsvorschriften und den innerstaatlichen Vorschriften der neuen Beitrittsländer in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Sozialschutz zu mindern, deren höhere Standards einhellig an-

17 HAEP, European Parliament – Third Parliamentary term 1989–1994 (im Folgenden PE3), AP, DE/1992, DE19921030-07 9900, Debatten des Europäischen Parlaments, n. 3-423, 30. Oktober 1992, 426. (Übers. d. Verf.)

erkannt wurden[18]. Der hohe Entwicklungsstand von Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen fand in der Tat Beachtung im Beschluss zur Erweiterung der Gemeinschaft, der vom Straßburger Plenum genehmigt wurde. Darin wurde hervorgehoben, dass die Kandidatenländer dank des „Acquis communautaire" hohe Umwelt- und Sozialstandards – insbesondere in der Arbeitsmarktpolitik – pflegen könnten und dass die Gemeinschaftsvorschriften des neuen, aus sechzehn Mitgliedstaaten bestehenden Europa in diesen Bereichen perfektioniert werden könnten. Die Europäische Parlamentarische Versammlung erkannte außerdem den großen Beitrag an, den die neuen Länder im Hinblick auf Transparenz, demokratische Verantwortlichkeit sowie Maßnahmen zur Chancengleichheit und Geschlechtergleichstellung in der EWG leisteten[19].

4. Die Ratifizierung des Beitrittsvertrags von Korfu im italienischen Parlament

Drei Monate nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen fand in Österreich am 12. Juni 1994 das Referendum über den Beitritt zur Europäischen Union (EU) statt, die am 1. November 1993 mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht gegründet worden war[20]. Abgesehen von der FPÖ, die nach der von Jörg Haider eingeleiteten Hinwendung zum Nationalismus eine euroskeptische Haltung eingenommen hatte, kristallisierten sich in Österreich die gleichen dafür- und dagegenhaltenden politischen Gruppierungen heraus wie 1989: Für die EU sprachen sich die ÖVP und SPÖ sowie das „Liberale Forum" aus. Von den Sozialpartnern plädierten die großen Wirtschaftsgruppierungen für ein „Ja" und wurden dabei von den Gewerkschaften und zum Großteil von Persönlichkeiten aus dem kulturellen Bereich und der katholi-

18 HAEP, PE3, AP, DE/1993, DE19930715-06 9900, Debatten des Europäischen Parlaments, n. 3-433, 15. Juli 1993, 349.

19 Entschließung zur Erweiterung (15. Juli 1993), in ABl. C 255 vom 20. September 1993, 207 f. Siehe auch Legislative Entschließung zu dem Antrag der Republik Österreich, Mitglied der Europäischen Union zu werden (4. Mai 1994), in ABl. 205 vom 25. Juli 1994, 152 f. sowie Entschließung zum Antrag Österreichs auf Beitritt zur Europäischen Union (5. Mai 1994), in ABl. C 205 vom 25. Juli 1994, 403 ff.

20 Zum Ablauf der Verhandlungen des Vertrags von Maastricht siehe Olivi, L'Europa difficile 351–398.

schen Kirche unterstützt. Die Volksabstimmung verzeichnete eine Wahlbeteiligung von 82,3 Prozent und ging mit 66,6 Prozent der Stimmen zugunsten der Befürworter aus, sodass die Regierung in Wien am 24. Juni beim Europäischen Rat von Korfu den Beitrittsvertrag unterzeichnen konnte[21].

Trotz des positiven Ergebnisses des Referendums wies in Italien der PDS-Abgeordnete Piero Fassino darauf hin, dass sich bei den darauffolgenden österreichischen Parlamentswahlen am 9. Oktober die euroskeptische Partei unter Haider als drittstärkste politische Kraft des Lands profiliert hatte – eine Tatsache, die seiner Meinung nach die kurz zuvor erfolgte Legitimierung des österreichischen EU-Beitritts durch das Volk infrage zu stellen schien. In der von dem italienischen Parlamentarier am 12. Oktober 1994 vorgelegten Interpellation war von einer aufkeimenden antieuropäischen Haltung die Rede, die durch die seit den frühen 1990er-Jahren in weiten Teilen Europas entstehende soziale Krise bestärkt werde. Letztere manifestiere sich in Form von steigender Arbeitslosigkeit und zunehmendem Migrationsdruck, einer Finanzkrise und fortschreitenden Unterschieden in der Einkommensverteilung. All dies waren laut Fassino Faktoren, aufgrund derer der europäische Integrationsprozess alles andere als vollendet war und die im Hinblick auf die für 1996 geplante Regierungskonferenz zur Revision der Verträge neue Antworten von den europäischen Regierungen verlangten[22]. Entschieden kritischer wurde der Vertrag von Maastricht von Mario Brunetti betrachtet. Das Mitglied der aus einer Spaltung der PCI entstandenen Partito della Rifondazione comunista (PRC) – Partei der kommunistischen Wiedergründung – forderte eine grundlegende Überarbeitung des Vertrags und des institutionellen Aufbaus der Europäischen Union. Die höhere Dringlichkeit dessen sah er in der Erweiterung der Gemeinschaft begründet[23]. In den darauffolgenden Wochen wurde die Debatte der politischen Kräfte im italienischen Parlament über die Zukunft Europas im Senat fortgeführt, wo am 3. November 1994 der Gesetzesentwurf zur Ratifizierung des österreichischen, finnischen, schwe-

21 Nicole Pietri, L'Austria e l'integrazione europea 424 f. Siehe auch Sergio Sergi, Nave Europa a sedici stelle. Ma dietro le quinte è battaglia per il timoniere, in: l'Unità (25. Juni 1994) 13.

22 Atti Parlamentari, Camera dei deputati, XII. Legislaturperiode, Debatten, Nachmittagssitzung vom 12. Oktober 1994, 3665 3668. Zitat auf S. 3665.

23 Atti Parlamentari, Camera dei deputati, XII. Legislaturperiode, Debatten, Nachmittagssitzung vom 12. Oktober 1994, 3674.

dischen und norwegischen EU-Beitrittsvertrags diskutiert und gebilligt wurde. Referent des Gesetzentwurfs war der Senator Claudio Petruccioli von der PDS, der zunächst wie seine Kollegen das große Maß an Wohlstand und sozialer Sicherheit der vier Kandidatenländer betonte und anschließend den Beitrag hervorhob, den diese Länder als Mitglieder der EG-Institutionen zum Weltfrieden leisten könnten:

> *Es sind traditionsreiche und tiefverwurzelte Demokratien mit einem großen kulturellen Erbe. Es handelt sich um Länder, die zwar in den vorangegangenen Jahrzehnten auf weltweiter Ebene anders positioniert waren, aber allesamt ihre Initiativen und Präsenz auf der internationalen Bühne an den Werten von Frieden und Zusammenarbeit orientiert haben. Ihr Beitritt bedeutet für die Union also nicht nur einen quantitativen Zuwachs, sondern auch eine außergewöhnliche qualitative Bereicherung in allen Bereichen.*[24]

Die Senatoren der SVP begrüßten den österreichischen Beitritt zur Europäischen Union mit großer Zufriedenheit. Angesichts der historischen, kulturellen und sprachlichen Verbundenheit der Bevölkerung Südtirols und Österreichs unterstützten sie die Überwindung der durch die Grenzziehung zwischen Italien und Österreich erfolgten Trennung. Rino Serri, Senator der PRC, machte die Zustimmung seiner Fraktion von mit zwei Forderungen abhängig – eine Überarbeitung des Vertrags von Maastricht, um dem Europäischen Parlament und der Kommission mehr Kompetenzen einzuräumen, und die Bemühung der italienischen Regierung um eine Beschleunigung des Beitrittsprozesses mit Slowenien[25]. Letzteres forderte auch Diodato Bratina von der PDS, mit dem Ziel, auch an der östlichen Grenze Schwierigkeiten und Konflikte wie in der Vergangenheit zu vermeiden. Der österreichische EU-Beitritt stellte in der Tat *eine Art kulturelle und zivile Restaurierung eines wichtigen Teils Europas* dar. Er bot neue Perspektiven und stellte zugleich jene Reisefreiheit zwischen den Staaten ohne Passkontrollen wieder her, die bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges Normalität war.

---

24 Atti Parlamentari, Senato della Repubblica, XII. Legislaturperiode, 75. Sitzung, Versammlung, stenografischer Bericht, 3. November 1994, 75. (Übers. d. Verf.)

25 Atti Parlamentari, Senato della Repubblica, XII. Legislaturperiode, 75. Sitzung, Versammlung, stenografischer Bericht, 3. November 1994, 77 f.

> *Zum Glück – fuhr Bratina fort – verfolgt die Geschichte eine eigene Logik, die auch eine positive Wende mit sich bringt; wahrscheinlich hätte vor achtzig Jahre niemand gedacht, dass wir heute in diesem Parlament den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ratifizieren würden, denn die historischen Entwicklungen und Veränderungen konnte man sich damals nicht vorstellen. Genau aus diesem Grund jedoch sollten wir intelligent genug sein, zu verstehen, dass es wichtig ist, offen zu sein und etwas Positives aufzubauen und daher diesen europäischen Rahmen so betrachten, wie er sich darstellt, mit allen Chancen, Ressourcen, Möglichkeiten, Identitäten und Reichtümern.*[26]

In der italienischen Abgeordnetenkammer wurde die im Senat beschlossene Maßnahme von Mirko Tremaglia, dem Präsidenten des Ausschusses für auswärtige und gemeinschaftliche Angelegenheiten, vorgetragen und am 7. Dezember zur Abstimmung gestellt. Aus den Reihen der PDS sprach als Erster Fabio Evangelisti, der einen politischen Rückschritt der Union anprangerte. Dieser war seiner Meinung nach auf eine fehlende gemeinsame Außenpolitik beim Zerfall Jugoslawiens zurückzuführen sowie auf das „Nein" beim norwegischen Referendum und auf die zunehmenden euroskeptischen Bewegungen. Letztere würden manchmal von fremdenfeindlichen Haltungen begleitet, die eine Folge der sich aus der Auflösung des sozialistischen Blocks ergebenden Migrationsbewegungen seien[27]. Valdo Spini begrüßte den österreichischen EU-Beitritt im Namen der Parlamentsfraktion „Progressisti-federativo" – zu der die PDS zählte – mit besonderem Enthusiasmus, da dieser die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Wien und Rom stärke:

> *Weiters möchte ich in Bezug auf Österreich betonen, dass es sich um eine für unser Land wichtige Angelegenheit handelt, und zwar die Verlängerung der Grenzlinie zwischen Italien und der Europäischen Union. Bisher hat sich diese Grenze nur auf jene mit Frankreich beschränkt, jetzt wächst sie sowohl quantitativ (in Kilometern) als auch qualitativ durch die Beziehungen, die wir*

26 Atti Parlamentari, Senato della Repubblica, XII. Legislaturperiode, 75. Sitzung, Versammlung, stenografischer Bericht, 3. November 1994, 82. (Übers. d. Verf.)

27 Atti Parlamentari, Camera dei deputati, XII. Legislaturperiode, Debatten, Sitzung vom 7. Dezember 1994, 6835–6838.

> *mit Österreich gepflegt haben und die wir pflegen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Erfüllung der im Südtirol-„Paket" vorgesehenen Maßnahmen, welches von größter Bedeutung ist. Der Beitritt eines uns benachbarten Lands wie Österreich ist daher aufgrund der derart intensiven wechselseitigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen äußerst gewichtig.*[28]

Mit Abschluss des Verfahrens zur Ratifizierung des Beitrittsvertrags von Korfu im Parlament der zwölf Mitgliedstaaten wurde Österreich gemeinsam mit Schweden und Finnland am 1. Januar 1995 offiziell Mitglied der Europäischen Union. Norwegen brach hingegen infolge des negativen Ausgangs der Volksabstimmung am 28. November 1994 die Verhandlungen ab. Die norwegische Bevölkerung hatte wie schon im Jahr 1972 erneut die Beteiligung am europäischen Integrationsprozess abgelehnt.

5. Zusammenfassung

Die Haltung der italienischen Kommunisten, also den PCI-Mitgliedern und nach deren Auflösung im Jahr 1991 den Angehörigen der PDS und PRC, gegenüber dem österreichischen Antrag auf Beitritt zum gemeinschaftlichen Europa war zunächst von Feindseligkeit geprägt. Diese beruhte grundsätzlich auf der „eisernen Bindung" mit der Sowjetunion und dem sozialistischen Block in der ersten Phase des Kalten Krieges. Durch die sich entwickelnde internationale Entspannung, die Ostpolitik des alten Kontinents sowie die schrittweise Akzeptanz der gemeinschaftlichen Institutionen seitens der Partei unter Luigi Longo und Enrico Berlinguer wandelte sich diese Haltung hin zur Offenheit gegenüber einer österreichischen Mitgliedschaft. Aus Sicht der italienischen Kommunisten wurde die Beteiligung eines neutralen Staates wie Österreich am europäischen Integrationsprozess – die zuvor von der internationalen Gemeinschaft mit dem Verweis auf die immerwährende Neutralität, welche die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges garantierten, abgewehrt wurde – ab den 1970er-Jahren zur Voraussetzung für eine neue,

28 Atti Parlamentari, Camera dei deputati, XII. Legislaturperiode, Debatten, Sitzung vom 7. Dezember 1994, 6844. (Übers. d. Verf.)

erweiterte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die in der internationalen Politik eine Protagonistenrolle einnehmen sollte.

Aus der Untersuchung der gegenwärtig verfügbaren Quellen geht nicht hervor, dass die Parteiführung der Partito comunista italiano, der Partito democratico della sinistra und der Partito della Rifondazione comunista der Prüfung des österreichischen Beitrittsantrags von 1989 besondere Aufmerksamkeit gewidmet hätten. Diese Aufgabe übernahmen die jeweiligen Vertreter im italienischen und Europäischen Parlament sowie die Korrespondenten in der österreichischen Hauptstadt oder jene, die ohnehin mit europäischen Themen beschäftigt waren. Der Fall der Berliner Mauer, der Zusammenbruch der Sowjetunion und der sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas sowie die Aufnahme der Verhandlungen zur Gründung des Europäischen Wirtschaftsraums trugen dazu bei, den Verlauf der Ereignisse zu beschleunigen und die Argumente derer zu entkräften, die bis zu diesem Zeitpunkt im In- und Ausland die Neutralität Österreichs als Hindernis für eine Teilnahme an der europäischen Integration gesehen hatten. Das österreichische Beitrittsverfahren ging nach der Vollendung des Europäischen Binnenmarkts und der Gründung der Europäischen Union zügig voran. Dazu trug auch die einstimmige Anerkennung der hohen wirtschaftlichen und sozialen Standards der drei Länder bei, durch welche die Gemeinschaft 1995 erweitert wurde, sowie die besondere historische Bedeutung der österreichischen EU-Integration für Italien.

II

SÜDTIROL 1918–2018: BARRIERE ODER BINDEGLIED ZWISCHEN ÖSTERREICH UND ITALIEN?

Von der Annexion bis zum Beginn der faschistischen Ära: die italienisch-österreichischen Beziehungen und Südtirol

ANDREA DI MICHELE
Freie Universität Bozen

1915 trat Italien in den Ersten Weltkrieg ein. Das Land hatte sich ehrgeizige Ziele gesetzt und strebte danach, sich von einer mittleren Macht am Rande der internationalen Bühne zu einer für das Gleichgewicht Europas maßgeblichen Großmacht zu entwickeln. Im Londoner Vertrag vom April 1915 waren alle Eroberungsziele Italiens im Detail erläutert. Ganz oben auf der Liste standen die italienischsprachigen Gebiete der Habsburgermonarchie. Die Abtretung dieser Gebiete an Italien sollte das Ende des langen italienischen Einigungsprozesses besiegeln. Unter den territorialen Forderungen Italiens befand sich aber auch die Wasserscheide am Brenner und in Julisch-Venetien. Dadurch hätte Italien nicht nur die italienischsprachigen Gebiete der Habsburgermonarchie annektiert, sondern – militärisch gesehen – auch sichere Grenzen erhalten, was aber die Einverleibung anderer Volksgruppen, wie der deutschsprachigen, slowenischen und kroatischen, bedeutete. Durch seine ambitionierten Eroberungsziele in Dalmatien, Albanien, dem Dodekanes, Anatolien und Afrika wollte sich Italien außerdem im adriatischen Raum als Hegemonialmacht etablieren, um eine Hauptrolle auf der internationalen Bühne zu spielen.[1]

Bei der Unterzeichnung des Geheimvertrags mit der Entente ging Italien davon aus, dass die Mittelmächte auch nach einer Niederlage eine wich-

1 Leo Valiani, La dissoluzione dell'Austria Ungheria (Milano 1966); Maria Grazia Melchionni, La vittoria mutilata. Problemi ed incertezze della politica estera italiana sul finire della Grande Guerra (ottobre 1918–gennaio 1919) (Roma 1981); Marina Cattaruzza, L'Italia e il confine orientale (Bologna 2007); Luciano Monzali, La politica estera italiana nel primo dopoguerra 1918–1922. Sfide e problemi, in: Italia contemporanea 60 (2009) 379–406.

tige Rolle spielen würden – dass die Habsburgermonarchie von der europäischen Landkarte verschwinden könnte, damit rechnete man nicht. Man ging vielmehr davon aus, dass Österreich-Ungarn im Donauraum und am Balkan weiterhin einflussreich bleiben würde. Das vom Krieg erschütterte Europa war dann völlig anders als man sich vorgestellt hatte. Italien wurde ganz unverhofft zur Siegermacht, die plötzlich nach der Auflösung der Habsburgermonarchie keinen „Erbfeind" mehr hatte.[2] In dieser Situation eröffneten sich einerseits neue und überraschende Perspektiven, da es darum ging, das politische Vakuum nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches zu füllen. Andererseits ergaben sich aber auch neue und unerwartete Herausforderungen, die Italien rasch zu bewältigen hatte. In erster Linie war das neu gegründete Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, welches an der italienischen Ostgrenze lag und die von Italien angestrebten Gebiete angliedern wollte, die größte Herausforderung, die es durch neue Allianzen und Machtverhältnisse zu meistern galt.

Vor diesem Hintergrund entwickelten sich die Beziehungen zwischen Italien und dem kleinen Staat Österreich, der nach dem Krieg entstand. Dieser Beitrag behandelt die Beziehungen zwischen Rom und Wien ab Ende 1918 bis zu den ersten Jahren des Faschismus. Dabei werden neue Aspekte sowie Annährungs- bzw. Spaltungselemente zwischen Italien und Österreich herausgearbeitet, wobei besonderes Augenmerk auf die Südtirolfrage gelegt wird. Im Mittelpunkt steht die Rolle der Italianisierung Südtirols und deren Einfluss auf die bilateralen Beziehungen im Laufe der ersten Nachkriegsjahre.

1. Vertauschte Rollen

Um das Wesen der Beziehungen zwischen Italien und Österreich während der Nachkriegszeit besser verstehen zu können, ist ein Vergleich zwischen den neuen Machtverhältnissen, die sich nach dem Krieg herauskristallisierten, und den alten Machtbeziehungen der Vorkriegszeit erforderlich.

2 Stefan Malfèr, Wien und Rom nach dem Ersten Weltkrieg. Österreichisch-italienische Beziehungen 1919–1923 (Wien–Köln–Graz 1978) 11 f.

Vor dem Ersten Weltkrieg zählte die Habsburgermonarchie zu den europäischen Großmächten. Nach dem Krieg entstand an ihrer Stelle ein kleines Alpenland mit relativ geringem politischem Gewicht. Deutschösterreich stellte somit nur ein „Überbleibsel" der alten Monarchie dar, nachdem die Völker des damaligen Habsburgerreiches die Gebiete der Doppelmonarchie unter sich aufgeteilt hatten, um eigene Nationalstaaten zu gründen.[3] Gleichzeitig fand auch die Annexion jener Regionen statt, die von deutschsprachigen Volksgruppen besiedelt waren. Bei den Friedensverhandlungen musste Österreich viele Abstriche machen und vor allem auf Südtirol verzichten. Hier lebte eine fast ausschließlich deutschsprachige Bevölkerung, die sich gegen die Abtretung Südtirols an Italien sträubte. Wien, die einstige Hauptstadt des Habsburgerreichs, zählte nun 1.800.000 Einwohner und wurde zur Hauptstadt des neuen Staates Österreich, wo die Einwohnerzahl von 52.000.000 zur Zeit der Habsburgermonarchie auf knapp 6.110.000 zurückging[4]. Diese ungleiche Verteilung war nicht nur zahlenmäßig relevant, sondern es herrschte auch eine destabilisierende politische und soziale Distanz zwischen Stadt und Land vor. Die Hauptstadt Wien mit ihrem internationalen, bürgerlichen, modernen und sozialistischen Charakter stand der konservativen und katholischen Peripherie gegenüber. Auf politischer Ebene wurde die Distanz zwischen beiden Welten größer. Wien wurde zur Hochburg der Sozialdemokraten, während in den übrigen Ländern die Christlichsozialen bei den Landtagswahlen meist die Mehrheit errangen. Indes war Österreich von gefährlichen Spannungen geprägt, die den Keim der Revolution säten, und musste auch die Unterbrechung der Lebensmittelversorgung aus den ehemaligen Ländern der Monarchie hinnehmen. Der große Binnenmarkt des Reiches war in viele nationale Binnenmärkte der Nachfolgestaaten aufgesplittert. Österreich konnte somit etliche Produkte – vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse – nicht mehr aus den ehemaligen Kronländern beziehen[5]. Aufgrund der Lebensmittelknappheit kam es zu Aufständen, zu Überfällen auf Läden

3 Helmut Konrad, Wolfgang Maderthaner (Hg.), … der Rest ist Österreich. Das Werden der I. Republik (2 Bde) (Wien 2008).

4 Carlo di Nola, Italia e Austria dall'armistizio di Villa Giusti (Novembre 1918) all'Anschluss (Marzo 1938) (Milano–Roma–Napoli–Città di Castello 1960) 6; Edgard Haider, Wien 1918. Agonie der Kaiserstadt (Wien–Köln–Weimar 2017).

5 Siehe dazu Pasquale Cuomo, Il miraggio danubiano. Austria e Italia politica ed economia 1918–1936 (Milano 2012) 79.

und zu Gewalttaten, die oft von den zuständigen Behörden als subversive politische Aktivitäten eingestuft wurden. Angesichts der extrem schwachen Wirtschaftslage Österreichs, das nicht mehr in der Lage war, die eigene Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen, waren die meisten Parteien und die Öffentlichkeit fest davon überzeugt, dass das Land über keine ausreichenden Ressourcen verfügte, um als selbstständiger Staat bestehen zu können. Demnach wurde die politische Union mit Deutschland als die einzige Lösung zur Gewährleistung einer gewissen Stabilität angesehen. Die Siegermächte sträubten sich allerdings gegen jeglichen Vorschlag eines „Anschlusses", der im Friedensvertrag von Saint Germain schließlich offiziell verboten wurde: Österreich durfte sich ab sofort nicht mehr Deutschösterreich nennen, denn diese Bezeichnung enthielt einen klaren Hinweis auf die deutsche Bevölkerungsgruppe und sie hätte einen starken Einfluss auf die in den anderen Nachfolgestaaten lebenden deutschen Minderheiten ausüben können[6].

Österreich war also ein schwaches, von Hungersnot bedrohtes Land, dessen Entwicklung von tiefen politischen und territorialen Spannungen geprägt war. Hinzu kamen noch gefährliche Fliehkräfte, die sich von den Grenzgebieten aus verbreiteten und zu einer Implosion des Staats Österreich hätten führen können. Im Westen (Vorarlberg) gewannen die Verfechter der Annexion an die Schweiz immer mehr Anhänger. In Tirol wurden hingegen verschiedene Szenarien vorgeschlagen: Die Befürworter der Einheit Tirols, die bald am Brenner entlang gespalten werden sollte, waren sogar bereit, die alpine Region als autonomen Staat unter italienischer Herrschaft zu akzeptieren. Andere liebäugelten hingegen mit dem Gedanken, gemeinsam mit Vorarlberg und Salzburg einen unabhängigen Staat zu gründen oder sich an die

6 Zu den Schwierigkeiten in Österreich nach dem Krieg siehe Manfried Rauchensteiner, Unter Beobachtung. Österreich seit 1918 (Wien–Köln–Weimar 2017); Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938, hrsg. von Stefan Karner (Innsbruck 2017); Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Wien 1994) 263–336; Ludwig Jedlicka, Ende und Anfang Österreich 1918/19. Wien und die Bundesländer (Salzburg 1969); Walter Goldinger, Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918–1938 (Wien–München 1992); Angelo Ara, Un'identità in trasformazione: l'Austria fra impero e seconda repubblica, in: Fra nazione e impero. Trieste, gli Asburgo, la Mitteleuropea, hrsg. von Ders. (Milano 2009) 169 ff.; Zum „Anschluss" siehe Giorgio Marsico, Il problema dell'Anschluss austro-tedesco 1918–1922 (Milano 1983).

Schweiz oder an Deutschland anzuschließen[7]. Von allen Ländern Österreichs zweifelte das konservative und antisozialistische Land Tirol am meisten an Österreich. Erst nach dem Vertrag von Saint Germain, also mit der Fixierung der Brennergrenze, erklärte der Tiroler Landtag offiziell den Beitritt Tirols zur österreichischen Republik, eine Entscheidung, die lange aufgeschoben worden war[8]. Der neue Staat verfügte aber über keinen politischen Zusammenhalt und vor allem über keine eindeutige Identität. In dieser Hinsicht wiesen die einzelnen Bundesländer viel stärkere Identitäten auf, die umso deutlicher wieder auftauchten als die Monarchie unterging, und die dynastische Bindung, auf deren Grundlage die Länder miteinander verbunden waren, verschwand. In der chaotischen Nachkriegszeit ging es sogar soweit, dass die Landesregierungen eigenständige Initiativen ergriffen, um ihre Beziehungen zu den Nachbarländern zu stabilisieren. Sie gründeten lokale Armeen mit stark nationalistischer und antisozialistischer Ausrichtung, die in manchen Fällen eine wichtige Rolle beim Schutz der umstrittenen Grenzen spielten[9].

Dem fragilen und zukunftsunsicheren Österreich stand nun Italien gegenüber, das infolge der kriegsbedingten Auflösung der vier großen Reiche Europas (das Deutsche, das Russische und das Osmanische Reich sowie Österreich-Ungarn) von einer mittleren Macht mit einer untergeordneten Rolle zur drittgrößten europäischen Macht nach England und Frankreich aufstieg. Das Kippen der alten Machtverhältnisse hätte radikaler nicht sein können. Im Gegensatz zu den anderen Siegermächten erlebte Italien nicht nur die Niederlage seines „Erbfeindes", sondern auch dessen Untergang: Jahrzehntelang

7 Paolo Petta, Il sistema federale austriaco (Milano 1980) 64–73; Richard Schober, Tiroler Anschlußfrage und Südtirolproblem im Lichte der deutschen Diplomatie, in: Innsbrucker historische Studien 1 (1978) 129–171, hier 154; Zu den Bestrebungen einer Vereinigung an Deutschland durch den „Anschluss" in der ersten Nachkriegszeit siehe Hermann Kuprian, Tirol und die Anschlußfrage 1918–1921, in: Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938, hrsg. von Thomas Albrich, Klaus Eisterer, Rolf Steininger (Innsbruck 1988) 43 ff.

8 Richard Schober, Il Tirolo: da territorio della Corona a Land federale. Problemi politici e amministrativi del primo dopoguerra, in: Tirolo – Alto Adige – Trentino 1918–1920, hrsg. von Casimira Grandi (Trento 1996) 298–314, hier: 301–303; Federico Curato, Le relazioni italo-austriache alla conferenza della pace, in: Storia e Politica 12/3 (1973) 429–457. Zu den Autonomiebestrebungen und den seperatistischen Tendenzen sowie zur generellen schwierigen Lage nach dem Krieg in Tirol siehe Michael Gehler, Tirol im 20. Jahrhundert. Vom Kronland zur Europaregion (Innsbruck-Wien 2008) 68 ff.

9 Die gewichtige Rolle, die diese regionale Angelegenheit im neu entstandenen Österreich spielte, ist sehr gut in Goldinger, Binder, Geschichte der Republik Österreich 41 ff. veranschaulicht.

hatte Italien gegen Österreich gekämpft, um die nationale Einigung vollziehen zu können[10]. Nach drei Unabhängigkeitskriegen wurde zum Schluss das Ziel erreicht, die noch fehlenden unerlösten Gebiete (*terre irredente*), also das Trentino und Friaul-Julisch Venetien, Italien anzuschließen. Somit wurde Italien – zumindest dem Anschein nach – zu einer bedeutenderen und stärkeren Nation.

Die veränderten Machtverhältnisse zwischen den beiden Ländern schlugen sich in den neuen Mächtehierarchien nieder, die sich in einem völlig umgestalteten Europa herausbildeten, wobei das Verliererland Österreich der Siegermacht Italien weit untergeordnet war. Beide Länder schienen grundlegende Veränderungen durchgemacht zu haben. Sie tauschten die Rollen in Europa: Von einem mehrsprachigen Reich wurde Österreich zu einem (fast) mononationalen deutschsprachigen Staat, während Italien sich durch das Einverleiben zahlreicher anderssprachiger Volksgruppen zu einem Vielvölkerstaat wandelte, der in mancher Hinsicht als Nachfolgestaat der Doppelmonarchie betrachtet werden könnte[11]. Eine Neuigkeit stellte zudem auch die militärische Präsenz Italiens in Österreich dar. Es wurden nicht nur jene Gebiete besetzt, die Italien durch den Waffenstillstand provisorisch und bei den Friedensverhandlungen endgültig zugeteilt wurden (darunter auch das deutschsprachige Südtirol), sondern auch Gebiete nördlich des Brenners, und zwar Innsbruck und andere Teile Tirols. In Wien wurde außerdem eine eigene italienische Waffenstillstandskommission eingerichtet.

Die italienischen Militärbehörden kamen nicht umhin, ihrer Freude darüber Ausdruck zu verleihen, dass die Machtverhältnisse zwischen den alten Feinden gekippt waren: In Innsbruck, *dort, wo unsere Landsleute durch die hasserfüllten Österreicher misshandelt und beleidigt wurden, werden unsere heute dort stationierten Truppen den einst arroganten Österreichern eine harte und doch wohlverdiente Lektion erteilen*[12]. Diese Worte waren eine klare Anspielung auf die Vorfälle von 1904, als pangermanistische Studenten gegen die neu ge-

10 Federico Curato, La conferenza della pace 1919–1920, Bd. II (Milano 1942) 496.

11 Silvio Furlani, Adam Wandruszka, Austria e Italia. Storia a due voci (Bologna 1974) 193–194; Dennison I. Rusinov, L'Italia e l'eredità austriaca 1919–1946 (Venezia 2010).

12 Vertrauliches Schreiben des Kommandos der 6. Infanterie-Division an die untergeordneten Kommandos vom 18. November 1918, in: Ufficio storico dello Stato maggiore dell'esercito, Roma (USSME), B1, Comando Brigata Chieti, allegati al Diario dal 1° agosto 1918 al 30 novembre 1918. (Übers. d. Verf.)

gründete italienische Rechtsfakultät randalierten. So wurde der Versuch, eine italienischsprachige Universität in Österreich zu gründen, im Keim erstickt[13]. Ähnliche Worte sprach in Wien General Roberto Segre, der die italienische Militärmission leitete. Er beklagte die in der österreichischen Bevölkerung tief verankerten antiitalienischen Gefühle. Demnach wurden Italiener als „Erbfeinde" angesehen, die *nach einer dreißigjährigen Allianz, welche sie ohnehin ausgenützt hatten, gegen die getroffenen Vereinbarungen verstoßen hatten, um sich mit den Feinden zu verbünden*. Italiener waren für die Österreicher also Verräter, die ihren Sieg nicht durch ihre Leistungen erreicht hätten, sondern nur deshalb, weil das Habsburgerreich sich aufgelöst hatte. Bedenklich war allerdings die Meinung, das italienische Volk bestehe aus *einem Haufen […] übler, armseliger Handwerker und elender Händler, die sich gerne unanständig benehmen, teilweise billige Sänger [sind]…: immer geizig, oft knausrig*[14]. Italien musste sich daher als Siegermacht neu erfinden. Um dieses Ziel zu erreichen, legte Segre besonderen Wert auf das Ansehen der Mission. Die Offiziere sollten in den drei besten Wiener Hotels untergebracht werden. In der Öffentlichkeit hatten sie sich immer anständig zu benehmen und in Uniform zu präsentieren. Auch bei den Befehlen, die den Truppen in Innsbruck erteilt wurden, legte man besonderes Augenmerk darauf, starke Disziplin und ein würdevolles anständiges Verhalten an den Tag zu legen, *wie es sich einem starken und selbstbewussten Volk sowie einem disziplinierten Heer ziemt*[15]. Nur durch ein tadelloses Verhalten könne Italien sein neues Image als Siegermacht konsolidieren, um Gefühle wie Hass und Abneigung, die beim einstigen Feind gegenüber den Italienern teilweise noch verbreitet waren, zu beseitigen.

13 Angelo Ara, La questione dell'università italiana in Austria, in: Ders., Ricerche sugli austro-italiani e l'ultima Austria (Roma 1974) 9–140; Università e nazionalismi. Innsbruck 1904 e l'assalto alla Facoltà di giurisprudenza italiana, hrsg. von Günther Pallaver, Michael Gehler (Trento 2010).

14 Roberto Segre, La missione militare italiana per l'armistizio (dicembre 1918 gennaio 1920) (Bologna 1928) 8; Roberto Segre, Relazione sull'attività della missione (dicembre 1918–ottobre 1919), Vienna, 4. November 1919 8, in: USSME, E11, b. 1, fasc. 1. (Übers. d. Verf.)

15 Vertrauliches Schreiben des Kommandos der 6. Infanterie-Division an die untergeordneten Kommandos vom 18. November 1918, in: USSME, B1, Comando Brigata Chieti, allegati al Diario dal 1° agosto 1918 al 30 novembre 1918. (Übers. d. Verf.)

2. „Der Aufbau einer dauerhaften Freundschaft“

Die neu entstandene Republik Österreich wurde in Italien nicht als Feind gesehen, zwischen den beiden Ländern sollten völlig neue Beziehungen entstehen. Am 10. September 1919 schrieb der „Corriere della Sera“, dass der Untergang der Monarchie – der in dem Artikel überwiegend Italien zugeschrieben wurde – als Befreiung zu sehen war, nicht nur für die Nationalitäten, sondern auch für die österreichische Republik[16]. Dem negativen Bild des habsburgischen Österreich wurde eine positive Sicht (Deutsch-)Österreichs gegenübergestellt. Die Annäherung zwischen Österreich und Italien beruhte auf gegenseitigen Interessen. Für Rom war Wien das Tor nach Mitteleuropa, die Brücke zwischen Italien und dem Donauraum, wo sich für Italien viele Möglichkeiten für die Erschließung neuer Märkte boten. Mit der Auflösung der Doppelmonarchie war hier ein Machtvakuum entstanden, das Italien als Siegermacht und Nachbarland ausnützen wollte[17]. Die Erlangung einer zentralen Rolle in diesem Raum setzte gute und dauerhafte Beziehungen zu Österreich voraus. Für das kleine und hungernde Österreich war Italien die wichtigste Siegermacht, mit der man eng zusammenarbeiten wollte. Aus den Schriften und politischen Reden der Nachkriegszeit geht hervor, dass beide Länder die alten Denkmuster und Vorurteile überwinden wollten, um ein neues Kapitel gemeinsamer Geschichte aufzuschlagen. In seinem Schreiben an den österreichischen Botschafter in Bern behauptete der Staatssekretär für Äußeres, Otto Bauer, dass mit der Auflösung der Monarchie alle Gründe der alten Feindschaft beseitigt worden seien und nun *die Möglichkeit und auch der volle Wille unsererseits bestehen, eine dauerhafte Freundschaft aufzubauen*. Dass Rom großzügige Hilfe bei der Lebensmittelversorgung leistete, wurde von vielen als deutliches Zeichen dafür gesehen, dass Italien *den alten Hass ausrotten* wollte. Das einzige Element, das einen Keil zwischen Österreich und Italien trieb, schien die Südtirolfrage[18].

16 Stefan Malfèr, Un programma escluso oppure prolungato? Pregiudizi tra Austria e Italia negli anni Venti, in: Felix Austria Italia infelix? Tre secoli di relazioni culturali italo-austriache, hrsg. von Nicoletta Dacrem (Roma 2004) 125 ff., hier: 131.

17 Hans Haas, Le relazioni italo-austriache dall’armistizio di Villa Giusti al trattato di Saint Germain, in: Storia e Politica 12/3 (1973) 411 ff.

18 Schreiben von Otto Bauer an Stephan Haupt, 9. Jänner 1919, zitiert nach Malfèr, Un programma escluso oppure prolungato? 135. Zur Erbfeindschaft zwischen Österreich und

Italien setzte sich sofort für eine Zusammenarbeit mit den besiegten Mächten Österreich, Deutschland und Ungarn ein. Durch das jahrzehntelange Bündnis zwischen diesen Ländern waren enge Beziehungen entstanden, man arbeitete in unterschiedlichsten Bereichen zusammen, von der Politik und Kultur über die Verwaltung bis hin zum Militär. Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Karl Renner beim italienischen Ministerpräsidenten Francesco Saverio Nitti im April 1920 in Rom war nach den Pariser Friedenskonferenzen das erste offizielle Staatstreffen zwischen Sieger und Verlierer. Wie beide Staatsmänner berichteten, fand dieses Treffen im Zeichen der Zusammenarbeit statt, ohne Feindseligkeit oder Forderungen. Eine ähnliche Haltung, die auf Versöhnung und Annährung ausgerichtet war, entwickelte sich auch zwischen Italien und Deutschland. Der vom Krieg verursachte Bruch war also nicht unüberwindbar[19]. Schwieriger waren hingegen die Beziehungen Italiens zur Entente. Bereits während des Krieges waren sie von tiefem Misstrauen geprägt, denn Italien hatte die Seiten gewechselt, außerdem hatten die Alliierten sehr unterschiedliche Interessen[20]. Zu Kriegsende spitzte sich die Lage weiter zu, weil sich Rom zu sehr auf die Punkte, die ihm im Londoner Vertrag (damals in einem völlig anderen Zusammenhang) zugesichert worden waren, versteifte. Überdies beharrte Italien auf seiner antijugoslawischen Haltung, während sich bereits der italienisch-französische Antagonismus im Donauraum und am Balkan anbahnte. Die Entscheidung der italienischen Delegation, die Friedenskonferenz frühzeitig zu verlassen, verstärkte die antiitalienischen Gefühle der alliierten Delegationen[21]. Die Beziehungen zwischen Italien und der Entente wurden auch belastet, weil sich England, Frankreich und die Vereinigten Staaten weigerten, Italien

Italien siehe Joe Berghold, Italien – Austria. Von der Erbfeindschaft zur europäischen Öffnung (Wien 1997). (Übers. d. Verf.)

19 Stefan Malfèr, Wien und Rom nach dem ersten Weltkrieg. Österreichisch-italienische Beziehungen 1919–1923 (Wien 1978) 42 ff.; Karl Renner, Österreich von der ersten zur zweiten Republik (Wien 1953) 38; Francesco Saverio Nitti, L'Europa senza pace (Firenze 1921) 231 f.; Luciano Monzali, „Cancellare secolari fraintendimenti". Appunti sulle relazioni fra l'Italia liberale e la Prima Repubblica Austriaca, in: Römische Historische Mitteilungen 60 (2018) 329–366.

20 Luca Riccardi, Alleati non amici. Le relazioni politiche tra l'Italia e l'Intesa durante la prima guerra mondiale (Brescia 1992).

21 Rodolfo Mosca, L'Austria e la politica estera italiana dal trattato di St. Germain all'avvento del fascismo al potere (1919–1922), in: Storia e Politica 13/1–2 (1974) 17–32; Monzali, La politica estera italiana.

einen Großmachtstatus und eine gleichwertige Rolle bei der Gestaltung der neuen internationalen Ordnung zuzuerkennen. Die tiefe Enttäuschung über das Scheitern des italienischen Ministerpräsidenten Vittorio Emanuele Orlando und des italienischen Außenministers Sidney Sonnino bei den Pariser Friedensverhandlungen führte in der Bevölkerung zu einer „antiwestlichen" Wende, welche sich später im politischen Vorgehen des Ministerpräsidenten Francesco Saverio Nitti sowie der Außenminister Tommaso Tittoni und Vittorio Scialoja niederschlug, die sich zusehends den alten Verbündeten annäherten[22].

In Innsbruck wurde diese Entwicklung besonders deutlich: Gleich nach dem Krieg waren Innsbruck, Landeck und andere Orte Tirols von italienischen Truppen besetzt worden, da der Konflikt mit Deutschland noch nicht beendet war[23]. Ein Jahr lang blieben mehr als 20.000 italienische Soldaten in Nordtirol stationiert. Das Kontingent wurde allmählich reduziert, im Oktober 1920 wurden die Truppen komplett abgezogen. Die Besetzung hatte vor allem einen politischen Zweck: Durch die Kontrolle über Innsbruck meinte man eine besser im Blick zu haben, was südlich des Brenners geschah. Jegliche italienfeindliche Initiative der Südtiroler Führungsklasse sollte auf diese Weise verhindert werden, schrieb der italienische Gouverneur Pecori Giraldi in seinem Schlussbericht. Er definierte Innsbruck als *das Herz und der Kopf aller Deutschen in Tirol einschließlich jener, die bald unsere Untertanen sein werden*. Aus diesem Grund war Innsbruck ein *ausgezeichneter Beobachtungspunkt, der Einblicke in die Mentalität der deutschen Südtiroler bietet. Innsbruck fungiert sozusagen als unverhüllter Spiegel und als Verstärker dieser Mentalität*[24].

Die Italiener blieben allerdings nicht nur wegen möglicher Vorteile hinsichtlich Südtirols so lange in Innsbruck, sondern weil die Tiroler Landes-

22 Monzali, „Cancellare secolari fraintendimenti".

23 Andrea Di Michele, Al di qua e al di là delle Alpi. Piani italiani di espansionismo in Tirolo (1918–1920), in: Italia contemporanea 60 (2009) 441–459; Johann Rainer, Italiens Mitteleuropa-Politik nach dem Ersten Weltkrieg, in: Forschungen zur Reichs-, Papst- und Landesgeschichte, Teil II, hrsg. von Karl Borchardt, Enno Bünz (Stuttgart 1998); Johann Rainer, Die italienische Besatzung in Österreich 1918–1920, in: Innsbrucker historische Studien 2 (1979) 77–90; Hans Kramer, Die italienische Besatzung in Innsbruck und Umgebung 1918–1920, in: Der Schlern 7–8 (1971) 293 ff.

24 La Venezia Tridentina nel periodo armistiziale. Relazione del primo Governatore (1919) ampliata di note ed allegati, hrsg. von Bice Rizzi (Trento 1963) 155. Hier ist der Wortlaut des 4. und letzten Berichts von Guglielmo Pecori Giraldi enthalten.

hauptstadt ein Ausgangspunkt für weiterreichende Initiativen in Tirol und ganz Österreich war. In Innsbruck herrschte aufgrund der anhaltenden Hungersnot Chaos, Lebensmittelgeschäfte wurden geplündert, daher schätzen die lokalen Institutionen die Anwesenheit der italienischen Soldaten, weil sie die Ordnung wiederherstellten. Auch stellte Italien die Lebensmittelversorgung der Innsbrucker Bevölkerung sicher. In der italienischen zivilen und militärischen Führung setzte sich bald die Überzeugung durch, dass man die Schwäche Österreichs ausnützen sollte, indem man die öffentliche Ordnung und die Lebensmittelversorgung garantierte. Italien erhielt dadurch eine politische und wirtschaftliche Schutzmachtfunktion. Vor allem im Bereich von Finanzwesen, Wasser, Strom, Eisenbahn und Immobilien boten sich Italien in Nordtirol interessante und aussichtsreiche Investitionsmöglichkeiten. Luigi Credaro, Zivilkommissar des Tridentischen Venetiens, fasste die Situation folgendermaßen zusammen:

> *Dass wir uns mit Banken und Finanzinstituten dauerhaft im Inntal niederlassen, liegt schließlich auch im Interesse unserer Nation. Unsere militärische Verstärkung in den tridentinischen Alpen wird in Zukunft weniger Erfolg haben, wenn wir uns nicht in das ökonomische Leben Tirols jenseits der Alpen einfügen, denn hier werden Italiener und Germanen zusammentreffen. Sehr bald könnte der Tag kommen, an dem die Italiener es bereuen werden, nicht von dieser außergewöhnlich günstigen Lage, die sich aus der schlimmen Lebensmittelversorgung der Inn-Region ergab, profitiert zu haben, um nachhaltige soziale und wirtschaftliche Beziehungen mit der Tiroler Bevölkerung aufzubauen. Der Zeitpunkt könnte günstigster nicht sein. Mit relativ wenig Aufwand können wir die engen Beziehungen, die unsere Soldaten mit Tirol, dem Wachposten des Deutschtums schlechthin, aufgebaut haben, vertiefen und befestigen. Großzügigkeit, Weitblick und Einsatzbereitschaft sind dafür gefragt.*[25]

Man wollte die Gelegenheit nützen, um sich in Tirol und in ganz Österreich wirtschaftlich und politisch zu etablieren. In Wien war seit 28. Dezember

25 Rundschreiben Credaros an Außenminister und Ministerpräsident, 4. Mai 1920, in: Archivio storico diplomatico del ministero degli Affari esteri, Roma (ASMAE), Affari politici 1919–1930, Austria, b. 813, fasc. 1007. (Übers. d. Verf.)

1918 eine „Mission zur Einhaltung der Waffenstillstandsklauseln" unter der Leitung von General Roberto Segre tätig. Ursprünglich zählte sie 30 Offiziere und 100 bewaffnete Soldaten, davon 50 Carabinieri, doch schon im August 1919 waren 125 Offiziere und Beamte sowie 400 Soldaten in Wien beschäftigt[26].

Die Hauptaufgabe der Mission war die Aufsicht über die Einhaltung der Waffenstillstandsbedingungen. Überwacht wurden die Demobilisierung der österreichisch-ungarischen Armee und die Vereinbarungen über Waffen und Flotte, denn Italien war der Großteil der von Österreich abgelieferten Militärgüter zugesprochen worden. Weiters wurde der Betrieb des Eisenbahnnetzes kontrolliert, um die Rückführung der italienischen Kriegsgefangenen und Flüchtlinge zu organisieren und Daten zu sammeln, die für die Arbeit der Friedenskonferenz wichtig waren[27]. Tatsächlich weitete sich der Tätigkeitsbereich der von General Segre geleiteten Mission aber anderthalb Jahre nach seiner Gründung derartig aus, dass diese zu einer privilegierten Beobachtungsstelle im Donauraum wurde. Die Mission sammelte vor allem Informationen über die bolschewistische und monarchische Bewegung. Man inspizierte die österreichischen Maßnahmen zur Lösung der politischen und sozialen Notsituation. Es wurden auch militärische Daten über die Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie gesammelt; regelmäßig wurden politische, wirtschaftliche und militärische Berichte über Pressemitteilungen veröffentlicht, und es wurde sogar versucht, die lokale Presse zu beeinflussen. Bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrags stellte Segres Mission die einzige offizielle Vertretung der Feindmächte in Wien dar. Dies ermöglichte Italien, seine Präsenz in Österreich gegenüber den anderen Siegermächten zu stärken[28]. Die Sicherung der Lebensmittelversorgung Wiens wurde von Italien genutzt, um den Österreichern die italienische Großzügig-

26 Ministero degli Affari esteri. Commissione per la pubblicazione dei documenti diplomatici, I documenti diplomatici italiani (DDI) Sesta serie: 1918–1922, vol. I (Roma 1956) 647; Segre, La missione 24; Antonino Zarcone, Il generale Roberto Segre. „Come una granata spezzata nel tempo" (Roma 2014); Andrea Ungari, Introduzione, in: L'importanza dell'azione militare italiana. Le cause militari di Caporetto, hrsg. von Adriano Alberti (Roma 2004) 1–63, insbesondere 16–31.

27 DDI, Sesta serie: 1918–1922, vol. I 439; Johann Rainer, Die italienische Militärmission in Wien 1918–1920, in: Festschrift Hermann Wiesflecker zum sechzigsten Geburtstag, hrsg. von Alexander Novotny, Othmar Pickl (Graz 1973) 267–280.

28 Daniel Pommier-Vincelli, La missione Segre (1918–1920). L'Austria e la nuova Europa centro-orientale (Roma 2010) 35–37; Haas, Le relazioni italo-austriache 413.

keit deutlich zu machen[29]. Im September 1919 wurden allein in Wien täglich rund 12.000 Menschen von den italienischen Behörden mit Nahrungsmitteln versorgt, weitere 170.000 wurden gelegentlich versorgt. Im folgenden Winter unterstützte die Regierung auch die Initiative einiger sozialistischer Kommunalpolitiker, dank der etwa 2.000 unterernährte Kinder aus Wien bei italienischen Familien untergebracht wurden[30].

Italien wollte auf diese Weise seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss in Österreich und darüber hinaus erweitern. Italienische Delegationen wurden auch in den Nachfolgestaaten, in Prag, Laibach, Marburg, Graz, Budapest, Lemberg, Krakau und Stanislau eröffnet. In den meisten Fällen handelte es sich um Büros, in denen eine Handvoll Soldaten unter äußerst schwierigen Bedingungen arbeiteten. Oft standen sie in Konkurrenz zu ähnlichen Missionen der Alliierten, die auch darauf abzielten, eine enge Beziehung zu den lokalen Behörden aufzubauen und die wirtschaftlichen und finanziellen Chancen zu nutzen.

Die Einsetzung der Delegationen gründete auf dem Wunsch, *das Recht und die Bemühungen Italiens als Siegermacht, in all diesen Gebieten präsent zu sein, greifbar zu machen*, aber auch auf der Absicht, *den ersten Schritt in Richtung einer Organisation zu machen, die dann unsere diplomatischen Behörden übernehmen werden und die sich auf jenen Teil Zentraleuropas erstreckt, in dem es offensichtlich war, dass Italien von nun an politisch präsent sein musste, aber wo es auch sein Hauptinteresse war, wirtschaftlich auf den vielen aufstrebenden Märkten, mit ihren neuen Bedürfnissen und neuer Orientierung, präsent zu sein*[31]. Ein Beispiel dafür ist die Tätigkeit der Delegation im Hoheitsgebiet Polens. Sie organisierte die Überführung von österreichischem Kriegsmaterial nach Polen im Tausch gegen Kohle und nützte die Möglichkeiten, die sich italienischen Unternehmen, welche industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse exportierten, eröffneten. Die Kommission berichtete, dass Italien aus Polen Holz, Kohle, Erdöl

29 Andrea Di Michele, L'Italia in Austria: da Vienna a Trento, in: La vittoria senza pace. Le occupazioni militari italiane alla fine della Grande Guerra, hrsg. von Raoul Pupo (Rom–Bari 2014) 3–72, hier: 9–17; Francesco Bonini, La politica d'influenza dell'Italia nell'area danubiana e la questione delle „terre liberate e redente", in: Camera dei deputati, Commissione parlamentare d'inchiesta sulle terre liberate e redente (Juli 1920–Juni 1922). Vol. I, Saggi e strumenti di analisi (Roma 1991) 41–76, hier 51 f; Haas, Le relazioni italo-austriache 415 f.

30 Segre, La missione 70, 251 f.

31 Ebd. 161 f.

und Weizen importieren könne, der jungen polnischen Armee wurden im Gegenzug Ausrüstung und Ausbildner zur Verfügung gestellt[32]. In der ersten Nachkriegszeit waren diese militärischen Delegationen die einzige italienische Vertretung in den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie, sie übernahmen daher auch politisch-diplomatische Aufgaben.

Ein äußerst wichtiges Element bei der schnellen Annäherung Roms und Wiens war das gemeinsame Ziel, die Bestrebungen des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (Königreich SHS) aufzuhalten – dies war in der unmittelbaren Nachkriegszeit einer der wichtigsten Grundsätze der italienischen Außenpolitik. Da die südöstliche Grenze Österreichs nicht klar definiert war, lag eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten nahe. Indem Rom die Gebietsansprüche Österreichs unterstützte, positionierte man sich klar gegen die expansionistischen Bestrebungen Jugoslawiens.

Rom zögerte lange, den neuen südslawischen Staat anzuerkennen. Insbesondere sollte ein direkter Kontakt zwischen dem Königreich SHS und der Tschechoslowakei vermieden werden. Italien drängte auf eine Barriere aus nichtslawischen Staaten zwischen den beiden Ländern – bestehend aus Österreich, Ungarn und Rumänien –, die gute Beziehungen zueinander und zu Italien pflegen sollten[33]. Wichtig war Italien auch die Sicherung der Bahnverbindung zwischen Triest und Wien. Die politische und militärische Führung befürchtete nämlich, dass die Verbindung zwischen dieser wichtigen Hafenstadt und Mittel- und Osteuropa durch Jugoslawien unterbrochen werden könnte. Auch deshalb unterstützte Italien die österreichischen territorialen Ansprüche in Kärnten und in der Steiermark gegen diejenigen des Königreichs SHS. Italien trat vor allem in Kärnten für die Interessen Österreichs ein und nutzte dafür auch die eigene militärische Präsenz, weiters vermittelte man auch im Konflikt zwischen Österreich und Ungarn hinsichtlich des Burgenlands[34].

---

32 Alessandro Gionfrida, Missioni e addetti militari italiani in Polonia (1919–1923). Le fonti archivistiche dell'Ufficio Storico (Roma 1996) 81 ff.

33 Francesco Caccamo, L'Italia e la „Nuova Europa". Il confronto sull'Europa orientale alla conferenza di pace di Parigi (1919–1920) (Milano 2000).

34 Wolfgang Altgeld, Jugoslawien und Österreich als Faktoren der italienischen Außenpolitik 1918–1920, in: Kärntens Volksabstimmung 1920. Wissenschaftliche Kontroversen und historisch-politische Diskussionen anläßlich des internationalen Symposiums Klagenfurt 1980, hrsg. von Helmut Rumpler (Klagenfurt 1981) 125–149; Arnold Suppan, Jugoslawien und Österreich 1918–1939. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld (Wien–München

3. Ursachen der Distanzierung

Trotz aller Bemühungen um eine Annäherung zwischen Wien und Rom, Spannungen und Gegensätze blieben dennoch bestehen. Zunächst bestand ein grundlegender Widerspruch darin, dass Rom in Bezug auf Wien einerseits eine „freundschaftliche Strategie" in Form materieller Hilfe und politischer Unterstützung verfolgte. Andererseits war Italien aber nicht bereit, auf seine Rechte als Sieger zu verzichten. Wie Sonnino in einem Telegramm nach Wien vom 27. Februar 1919 betonte, sollte der Wunsch, Österreich für sich zu gewinnen und so den Weg für eine freundschaftliche Beziehung und Zusammenarbeit zu ebnen, *uns jetzt nicht von unserem Standpunkt abweichen lassen, der uns durch unseren Sieg zuteil wurde. Ebenso wenig sollten wir auf angemessene Reparationsleistungen künstlerischer und wirtschaftlicher Art verzichten*[35]. Italien gewährte also zum einen Nahrungsmittelhilfe, zum anderen war man aber nicht bereit, auf Kriegsentschädigungen zu verzichten. Als Italien im Jänner 1921 finanzielle Auflagen für die Unterstützung der Projekte für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Österreichs erhielt, kam der Finanzminister nicht umhin, enttäuscht darauf hinzuweisen, dass man ein Land ernähre, *von dem wir, laut den Verträgen, Reparationszahlungen fordern sollten anstatt dem Land unbegrenzte Beihilfen zu geben*[36].

Die Politik Italiens schwankte also zwischen dem Wunsch, durch großzügige Hilfsleistungen eine ausgezeichnete Beziehung zu Österreich aufzubauen und dem Willen, nicht auf die Rechte zu verzichten, die ihm aufgrund seines Sieges zustanden. Jegliche Aufforderung zu einer Garantie für die Rechte der Südtiroler Minderheit wurde als unzulässig eingestuft, auch auf die Übergabe von Waffen und Kunstwerken an Italien wollte man nicht verzichten. Somit wurde Österreich aus Sicht Italiens dann doch nicht zum Partner, sondern zum besiegten Land, das für die Niederlage bezahlen musste, die italienische Politik war also voller Widersprüche. Wie Segre, dem die Unmöglichkeit der Forderungen Italiens klar war, darlegte, *war es notwendig, dass das neue Österreich jedoch – neben unserem unterdrückten Willen, das zu er-*

1996); Giulia Caccamo, L'occupazione italiana della Carinzia, in: Italia contemporanea 60 (2009) 461–469.

35 DDI, Sesta serie: 1918–1922, vol. II (Roma 1980) 540. (Übers. d. Verf.)

36 Zitiert nach Bonini, La politica d'influenza 63. (Übers. d. Verf.)

halten, was uns zweifelsohne und fairerweise zusteht – sofort auch die wohlwollende römische Maßhaltigkeit unserer Handlungen und Gesten spüre[37].

Die Militärmission kontrollierte, wie im Waffenstillstandsvertrag vorgesehen, die Reduzierung des österreichischen Militärkontingents. Widerstand gab es bei der Beschlagnahme von Kriegs- und Eisenbahnmaterial. Ende November 1919, ein Jahr nach dem Waffenstillstand, sollten rund hundert Züge mit Kriegsmaterial aus dem ehemaligen Österreich-Ungarn nach Italien geschickt werden[38]. Vor allem aber war es die Requisition von Kunstwerken und Manuskripten aus österreichischen Museen, Archiven und Bibliotheken, die bei den österreichischen Institutionen sowie in der Bevölkerung auf Ablehnung stieß[39]. Die Mission hatte die Aufgabe, *Kriegsgüter, Kunstwerke etc., die von den Österreichern in diesem und in den vorangegangen Kriegen vereinnahmt wurden* ausfindig zu machen, um dann bei der Friedenskonferenz deren Übergabe zu fordern[40]. Diesbezüglich zeigte sich Segre äußerst eifrig. Eine eigens eingesetzte Kommission erstellte lange Listen über historische und künstlerische Werke, die aus Italien stammten und deren Rückführung gefordert wurde. Darunter befanden sich archäologische Fundstücke, Manuskripte, Archivfonds, Bibliotheken, Bilder und Skulpturen. Segre wollte vollendete Tatsachen schaffen und verfügte eine „einstweilige Beschlagnahme" der beanspruchten Güter[41]. Damit sollte verhindert werden, dass die österreichische Regierung mit den Vertretern der Entente diesbezüglich andere Abmachungen traf. Vor allem hinsichtlich der vielen Bilder, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von Venedig nach Wien gebracht worden waren, gab es erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Wien und Rom, die erst im Mai 1920 mit der Unterzeichnung eines Vertrages, in dem die italienischen Forderungen akzeptiert wurden, ihr Ende fanden.

Dass Italien die Übergabe von Kulturgütern durchsetzen wollte, bevor noch in Paris eine Entscheidung darüber getroffen oder ein bilaterales Abkommen geschlossen wurde, war demütigend für Österreich. Italiens Politik

37 Segre, La missione 26. (Übers. d. Verf.)

38 Ebd. 100 f.

39 Siehe dazu Johann Rainer, Die Rückführung italienischer Kulturgüter aus Österreich nach dem ersten Weltkrieg, in: Alpenregion und Österreich. Geschichtliche Spezialitäten, hrsg. von Eduard Widmoser, Helmut Reinalter (Innsbruck 1976) 105–116.

40 Segre, La missione 118. (Übers. d. Verf.)

41 Ebd. 152.

einer politischen Annäherung an Österreich stand auf dem Spiel. Einerseits wollte man die Republik Österreich als neuen Staat anerkennen, andererseits behandelte man es aber dann doch wieder als Nachfolgestaat der Habsburgermonarchie und als ehemaligen Feind, der für den von ihm verschuldeten Krieg zu bezahlen hatte.

Noch viel mehr als die Reparationsleistungen und die Rückführung der Kulturgüter trennte aber die Südtirolfrage die beiden Länder. Die Aneignung der deutschsprachigen Gebiete südlich des Brenners durch Italien musste unweigerlich zu Spannungen mit dem neuen Österreich führen, für das der Verlust Südtirols der wohl schmerzhafteste war. Wie Francesco Saverio Nitti in einem Brief, den er im Juli 1919 als Interims-Außenminister nach Wien schickte, erläuterte, war es für Italien undenkbar, eine Diskussion mit Österreich zu führen, welche *die vollständige Souveränität Italiens über Südtirol in Frage stellte*[42]. Dies bedeutete explizit, dass jegliche internationale Garantie zum Schutze der nationalen Interessen der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe Südtirols abgelehnt wurde. Die Hoffnungen Bauers, sich mit Italien über eine *gemeinschaftliche* Verwaltung Südtirols zu einigen, schwanden sehr schnell und somit auch jene eines Verbleibs Südtirols im österreichischen Zollgebiet oder die Zugehörigkeit zu Österreich durch eine Neutralisierung ganz Tirols[43]. Auch das österreichische Memorandum, das am 16. Juni 1919 in Paris vorgelegt wurde, enthielt diese Vorschläge. Italien war als Sieger aber nicht zu Zugeständnissen hinsichtlich der Brennergrenze bereit – und dies umso weniger als man über die Pariser Entscheidungen hinsichtlich der italienischen Ostgrenze schwer enttäuscht war und diese zumindest teilweise durch das Beharren auf der Brennergrenze kompensieren wollte.

Südtirol wurde also zu einem unangenehmen Thema, das die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern bedeutete. Der Besuch des österreichischen Staatskanzlers Karl Renner beim italienischen Ministerpräsidenten Francesco Saverio Nitti am 12. April 1920 in Rom erhielt somit eine besondere Bedeutung. Renner stellte schon in der Vorbereitungsphase klar, dass er

42 Zit. nach Haas, Le relazioni italo-austriache 419. (Übers. d. Verf.)

43 Mario Toscano, Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige (Bari 1967) 33 ff.; Haas, Le relazioni italo-austriache 419 f.; Curato, Le relazioni italo-austriache 452; Rudolf Neck, Il trattato di Saint-Germain, in: Storia e Politica 12/3 (1973) 458–466; Lajos Kerekes, Von St. Germain bis Genf: Österreich und seine Nachbarn 1918–1922 (Wien–Köln–Graz 1979).

nicht über Südtirol sprechen wolle, weil dieses Thema das positive Klima der Zusammenarbeit gefährde. Italien reagierte erfreut und versprach eine „liberale" Politik in Südtirol. Damit sollte der in Österreich vorherrschenden Skepsis hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit Italien entgegengewirkt werden[44]. Österreichs Schwäche kam durch den Inhalt des in Rom unterzeichneten Vertrages deutlich zum Ausdruck. Italien garantierte Österreich Schutz im Falle von Angriffen, die seine Grenzen infrage stellten und unterstützte die Bestrebungen Österreichs, dem Völkerbund beizutreten. Der Preis, der dafür zu zahlen war, war jedoch hoch und führte de facto dazu, dass sich die österreichische Außenpolitik Rom unterordnete. Österreich verpflichtete sich, die italienische Regierung über politische und wirtschaftliche Verhandlungen mit anderen Staaten zu informieren und keinem Bündnis auf Grundlage der Nachfolgestaaten der Donaumonarchie beizutreten. Die Minderheitenfrage – und allen voran die Südtirol-Problematik – wurde in dem Vertrag nicht berührt, sie wurde zur inneren Angelegenheit Italiens[45]. Die Ausklammerung der Südtirol-Problematik aus dem Nitti-Renner-Abkommen macht die Schwäche Österreichs deutlich, das nicht in der Lage war, sich für seine Minderheit südlich des Brenners einzusetzen. Das Abkommen veranschaulicht, dass trotz aller Gegensätze die bilaterale Zusammenarbeit oberste Priorität hatte und die Südtirolfrage keinen Keil zwischen beide Länder treiben sollte.

4. Der Faschismus

Der Faschismus führte die Pläne des liberalen Italien fort, die darauf abzielten, sich im Donauraum und am Balkan wirtschaftlich und finanziell zu positionieren. Wie auch die liberalen Vorgängerregierungen sah der Faschismus in Österreich ein wichtiges Element seiner Politik. Noch bevor Mussolini an die Macht kam, verkündete er, dass Italien *Österreich ernsthaft und unverzüglich helfen hätte müssen*; [...] Italien hätte *sein Möglichstes tun müssen, um eine Katastrophe in Österreich abzuwenden* und dies selbstverständlich nicht aus emotionalen Gründen, sondern aus rein politischen: *Wir sagen, dass Italien sei-*

44 Irmtraut Lindeck-Pozza, I rapporti austro-italiani dal trattato di St. Germain all'avvento al potere del fascismo, in: Storia e Politica 13/1–2 (1974) 1–16, hier: 7.

45 Malfèr, Wien und Rom nach dem Ersten Weltkrieg; Monzali, „Cancellare secolari fraintendimenti".

ne Interessen schützt und damit Österreich hilft. Wir behaupten, dass Österreich eine gute Schachfigur in unserem Spiel sein wird.[46]

Nach dem Marsch auf Rom wurden unter den Trentiner Faschisten Stimmen laut, die der Auffassung waren, dass die Italianisierung Südtirols sofort umgesetzt werden müsse, um von der Schwäche Österreichs und Deutschlands zu profitieren. Man war sich darüber im Klaren, dass dieser Zustand nicht von ewiger Dauer sein werde, vor allem im Hinblick auf Deutschland[47] – was sich 1925 bei der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten zeigte.

Das aggressive politische Vorgehen der Faschisten in Südtirol führte zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Österreich. Innerhalb weniger Jahre wurde der deutschsprachige Unterricht abgeschafft und der Gebrauch der deutschen Sprache bei öffentlichen Ämtern und Behörden untersagt. Die Ortsnamen wurden italianisiert, die deutschsprachige Elite wurde aus ihren Positionen verdrängt. Nördlich des Brenners, in Österreich und auch in Deutschland, führte das zu heftiger Kritik an Italien. Der Faschismus verstärkte die Widersprüche, die bereits im liberalen Italien existierten. Man strebte gute Beziehungen zum österreichischen Nachbarn an, ohne aber die Siegerrechte infrage zu stellen. Dazu zählt die vollständige Kontrolle über Südtirol, die durch die Anpassung der ethnischen Herkunft der Bevölkerung Südtirols erreicht werden sollte. Wie der italienische Botschafter in Wien in einem Schreiben an Mussolini 1928 klar fast schon brutal zum Ausdruck brachte: *Italien möchte mit allen gut auskommen, aber es möchte diese Absicht nicht seinen wichtigsten moralischen und materiellen Interessen unterordnen. Zu diesen zählt, Südtirol seinen italienischen Charakter zurückzugeben. Italien kann keinem Staat, und schon gar nicht Österreich, das Recht zuerkennen, sich wenn auch nur verbal in seine inneren Angelegenheiten einzumischen und zu versuchen, seiner Souveränität zu schaden*[48].

---

46 „Il Popolo d'Italia", 24. August 1922 zit. in Malfèr, Un programma escluso oppure prolungato? 133. (Übers. d. Verf.)

47 Angelo Ara, L'Alto Adige come problema della politica interna ed estera fascista, in: Clio 3 (1973) 343 f. und in: Ders., Fra Austria e Italia. Dalle Cinque Giornate alla questione alto-atesina (Udine 1987) 329–338.

48 Zitiert nach Ennio Di Nolfo, I rapporti austro-italiani dall'avvento del fascismo all'Anschluss (1922–1938), in: Storia e politica 13/1–2 (1974) 33–81, hier: 36. (Übers. d. Verf.)

Die Südtirol-Problematik trug dazu bei, dass die Ablehnung eines „Anschlusses" in Italien zur außenpolitischen Linie wurde[49]. Österreich sollte die Rolle eines Pufferstaates zwischen Italien und Deutschland einnehmen sowie die Slawen im Norden und im Süden trennen[50]. Man befürchtete, dass ein „Anschluss" Österreichs an Deutschland den Südtiroler Irredentismus wiederbeleben würde, der sich auf den Schutz eines erstarkten Deutschland berufen hätte können. Bei den Anschlussgegnern in der österreichischen Regierung, die gewillt waren, die österreichische Unabhängigkeit zu verteidigen, wurde Italien damit zum unverzichtbaren Partner, und zwar unabhängig von seiner Entnationalisierungspolitik in Südtirol.

Im dem Jahr, in dem der Marsch auf Rom stattfand, kam es auch in Österreich zu einer politischen Wende, welche die Annäherung zwischen den beiden Ländern weiter förderte. 1922 stand Ignaz Seipel einer konservativen Regierung vor, die sich auf eine Koalition zwischen den Christlichsozialen und Großdeutschen stützte. Die politische Nähe der beiden Regierungen und die gegenseitigen Interessen ermöglichten die Zusammenarbeit, die Seipel im Jahr 1923 im Rahmen eines offiziellen Staatsbesuches nach Rom führte, wo es zur Unterzeichnung eines wichtigen Handelsabkommens zwischen den beiden Ländern kam[51]. In dieser brisanten Phase war es für Seipel wichtig, auf internationaler Ebene auf die Unterstützung Italiens zählen zu können, um Österreich, das sich in einer schwierigen finanziellen Lage befand, ein Darlehen vom Völkerbund zu sichern. Die Zusammenarbeit wurde jedoch weiterhin durch die Südtirol-Problematik überschattet. Die national-konservative Zusammensetzung der Regierung Seipel machte eine vollständige Ignorierung des Themas der Verteidigung der Minderheiten jenseits der Grenzen schwierig. Es war damit auch Gegenstand der Gespräche zwischen Seipel und Mussolini, der mehrmals mit Drohungen auf die diesbezüglichen Klagen Österreichs antwortete[52]. Im Dezember 1923 übermittelte die öster-

49 Enzo Collotti, Il fascismo e la questione austriaca, in: Il movimento di liberazione in Italia 81 (1965) 3–25; Giampiero Carocci, La politica estera dell'Italia fascista (1925–1928) (Bari 1969) 41–56.

50 Ludwig Jedlicka, Austria e Italia dal 1922 al 1938, in: Storia e politica 13/1–2 (1974) 82–105, hier 90.

51 Malfèr, Wien und Rom nach dem Ersten Weltkrieg 137–140.

52 Furlani, Wandruszka, Austria e Italia 199 ff.; Klaus Weiss, Das Südtirol-Problem in der Ersten Republik. Dargestellt an Österreichs Innen- und Außenpolitk im Jahre 1928 (Wien–München 1989) 54 ff.

reichische Regierung Italien ein Schreiben zu Südtirol, indem es auf dem deutschsprachigen Schulunterricht beharrte[53]. 1925 kam es in Österreich zu massiven parlamentarischen Interventionen gegen Mussolini und seine Italianisierungspolitik. Vor allem in Innsbruck verfolgte man die Ereignisse südlich des Brenners und verurteilte die faschistische Politik.

Nach dem Marsch auf Rom kam es zu regelrechten Anti-Italien-Demonstrationen. Ab August 1925 begannen die Tiroler Zeitungen über mögliche Übergriffe durch faschistische Freiwilligenkorps in Nordtirol zu schreiben. Gegensätze zwischen der Tiroler Regierung und Wien wurden deutlich. Die Innsbrucker Stellungnahmen gegen die Italianisierung brachten Wien in Verlegenheit. Man war auf der einen Seite gezwungen, die guten Beziehungen zu Rom aufrecht zu erhalten, konnte aber auf der anderen die Südtirolfrage und die diesbezüglich gegen Italien eingestellte Stimmung der österreichischen Bevölkerung nicht völlig ignorieren. Ein anschauliches Beispiel für diese Dynamik sind die heftigen Reaktionen auf das Gesetzesdekret von 1923 zur Italianisierung der Ortsnamen[54]. Wien antwortete der Tiroler Landesregierung, die in einem Schreiben die Maßnahmen verurteilte und eine offizielle Intervention der Bundesregierung forderte, vermittelnd und beruhigend. Es bestünden keinerlei Verpflichtungen Italiens zum Minderheitenschutz. Im Sinne der freundschaftlichen Beziehung sei es daher besser, Italien um eine Lockerung seiner Politik zu bitten. Nur wenige Monate später wiederholte sich dieses Szenario, diesmal hinsichtlich der Italianisierung der Schulen. Seipel reagierte auf die Proteste und Kritiken der Tiroler Regierung mit einer parlamentarischen Debatte, die das schwierige Gleichgewicht auf die Probe stellte und damit endete, dass sowohl Innsbruck als auch Rom unzufrieden waren[55]. In dieser Situation entschied der Innsbrucker Gemeinderat, einige Namen von Straßen und Plätzen nach Südtiroler Orten zu benennen, um darauf hinzuweisen, dass man seine Verwandten südlich des Brenners nicht vergessen hatte.

Im Februar 1928 spitzten sich die Spannungen weiter zu, als Seipel im Rahmen von zwei Parlamentssitzungen die Südtirolfrage thematisierte. Die Folge war eine schwere bilaterale Krise und die Abberufung des italie-

53 Jedlicka, Austria e Italia 86 ff.

54 Malfèr, Wien und Rom nach dem Ersten Weltkrieg 148 ff.

55 Ebd., 156 ff.

nischen Botschafters aus Wien. Einige Monate später sprach der österreichische Kanzler vor dem Plenum des Völkerbunds und forderte die Einführung von Minderheitenrechten im Statut dieser internationalen Organisation[56]. Damit lenkte er die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Tatsache, dass der Friedensvertrag Italien als Siegermacht in keinerlei Weise dazu verpflichtete, den Schutz seiner Minderheiten, die zu Kriegsende annektiert wurden, zu garantieren. Damit erreichten die Spannungen zwischen Wien und Rom ihren Höhepunkt. Gleichzeitig war es jedoch auch ein Wendepunkt, denn nun kam es zu einer raschen Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Die wirtschaftlichen Beziehungen, allen voran der Einsatz von italienischem Kapital in der österreichischen Wasserkraft, fungierte hierbei als Motor, die Politik ordnete sich den wirtschaftlichen Interessen unter. 1929 konnte Mussolini durch die Unterzeichnung der Lateranverträge einen großen Imageerfolg erzielen, der sich auch positiv auf das Verhältnis zum katholischen Österreichs und zu den Christlichsozialen auswirkte. Hinzu kam die immer enger werdende Beziehung zwischen den Heimwehren und dem italienischen Faschismus, die ideologischer, aber auch organisatorischer, militärischer und finanzieller Natur war. All dies ist in einen Kontext eingebettet, in dem die paramilitärischen Milizen in der österreichischen Innenpolitik immer mehr an Bedeutung gewannen. Mussolini unterstützte die Heimwehren wirtschaftlich und forderte dafür, dass sie sich nicht in Südtirol einmischen sollten.

Die Südtirol-Problematik führte in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg immer wieder zu schwerwiegenden Spannungen, beeinflusste das bilaterale Verhältnis jedoch nicht grundlegend. Die gemeinsamen Interessen Roms und Wiens sowie die Machtverhältnisse zwischen den beiden Staaten, die unausgeglichen und für Italien von Vorteil waren, verhinderten, dass dieses Thema die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nachhaltig gefährdete.

56 Furlani, Wandruszka, Austria e Italia 200 f.

Südtirol zwischen Österreich und Italien in den 1930er Jahren

EVA PFANZELTER
Universität Innsbruck

1. Einleitung

Zu Beginn des hier behandelten Zeitraumes, in den frühen 1930er-Jahren, wurde das von der k.u.k-Monarchie am Ende des Ersten Weltkrieges abgeschnittene Südtirol trotz der jahrelang forcierten Italianisierung durch den italienischen Faschismus als österreichisches Erbe wahrgenommen. Am Ende des Jahrzehnts, also 1939, finden wir als dramatischen Höhepunkt einer polarisierenden Umorientierung die sogenannte Option, die forcierte Auswanderungsentscheidung der deutschsprachigen Minderheit aus Südtirol in das nationalsozialistische Deutsche Reich, zu dem dann auch Österreich gehörte. Das Thema kann daher also auch nicht ohne die Mit-Einbeziehung der Beziehungen zwischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland gesehen werden, eine Feststellung, die sich auch im rezenten Band „Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart“ 2012 (herausgegeben von Michael Gehler und Maddalena Guiotto) wiederspiegelt. Gehler und Guiotto halten dabei für die Untersuchung der Geschichte der drei Länder nach 1945 fest: Es „sticht vor allem ins Auge, dass in der Regel die deutsch-italienischen Beziehungen in den Fokus genommen werden, jenes „Dazwischen“, der Faktor Österreich also, weitgehend bis völlig unberücksichtigt geblieben ist. Dieser deutsch-italie-

nische Bilateralismus ist so stark, dass dabei Österreich völlig aus dem Blick geraten ist, was als eklatant zu bezeichnen ist“[1].

Diese Feststellung gilt in gewissem Maße auch für die Beziehungen zwischen Österreich und Italien in den 1930er-Jahren: Die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland und die zunehmende Annäherung Italiens ans Deutsche Reich (Achse Berlin-Rom) einerseits sowie der sich anbahnende „Anschluss“ Österreichs an eben dieses Deutsche Reich andererseits verdrängten nachhaltig bis heute ein anhaltendes Interesse der zeithistorischen Forschung an den Beziehungen zwischen dem austrofaschistischen Österreich und dem faschistischen Italien. Bis heute gibt es tatsächlich keine umfassende Analyse der italienisch-österreichischen Beziehungen in den 1930ern-Jahren, aus welcher beispielsweise auch die Südtirolfrage zufriedenstellend herausgearbeitet werden könnte. Dabei gab es in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre eine erste Phase der Aufarbeitung: Aufgrund eines regen wissenschaftlichen Austausches unter Historikern beider Länder kam es zu einer intensiven Beschäftigung mit den österreichisch-italienischen Beziehungen für die Zeit zwischen Beginn des Ersten und Ende des Zweiten Weltkrieges[2]. Zahlreiche Autoren, die sich schon damals mit den dafür relevanten Themen beschäftigten, widmen dann auch in der Folgezeit ihr Augenmerk auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Österreich, Italien und Deutschland. Genannt werden können hier z.B. Adam Wandruszka, Angelo Ara, Ludwig Jedlicka, Hanns Haas, Hans Kramer, Ennio Di Nolfo, Leopold Steurer, Karl Stuhlpfarrer, Renzo De Felice, Herbert Miehlser, Silvio Furlani, Claus Gatterer und nicht zuletzt Pietro Pastorelli, Jens Petersen, Emmerich Tálos und Wolfgang Neugebauer.

Neuerlich – wenn auch nur als ein Phänomen unter vielen – thematisiert wurden die Beziehungen der beiden Staaten im Zuge der (Neu-)Aufar-

1 Michael Gehler, Maddalena Guiotto, Maddalena, Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa von 1945/49 bis zur Gegenwart. Einleitung zum Buch und in die Thematik, in: Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart/Italy, Austria and the Federal Republic of Germany in Europe. A Triangle of Mutual Relations and Perceptions from the Period 1945–49 to the Present, hrsg. von Michael Gehler, Maddalena Guiotto (= Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 8, Wien–Köln–Weimar 2012) 11–44, hier: 14.

2 Siehe z.B. die Aufsatzsammlung Innsbruck-Venedig. Östereichisch-Italienische Historikertreffen 1971 und 1972, hrsg. von Adam Wandruszka, Ludwig Jedlicka (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte Österreichs 6, Wien 1975).

beitung des Austrofaschismus in den letzten Jahren in Österreich, auch wenn in den dazu einschlägigen Publikationen die Rolle Südtirols mit freundlichem Desinteresse weitgehend unberücksichtigt bleibt. Dabei machen vor allem diese Untersuchungen zunehmend klar, dass die Beziehungen Österreichs zum faschistischen Italien zu den „zentralen Determinanten für die politische Entwicklung Österreichs in den 1930er-Jahren" zählt[3]. Diesen Befund bestätigt auch die vorliegende Untersuchung, deren These somit wie folgt lauten kann: Waren sich die beiden Staaten zwar seit 1915 in „offener Feindschaft" gegenübergestanden, wandelte sich danach, in den 1930ern, das Verhältnis schnell. Die verbesserten Verbindungen zu Italien waren sogar mitentscheidend für die Entstehung des autoritären Staates in Österreich und bestimmten nachhaltig das außenpolitische Verhältnis des Landes v.a. zu Deutschland, aber auch zur Kleinen Entente (Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien) sowie zu Ungarn. Gleichzeitig war eine freundschaftliche Nachbarschaft zu Österreich auch für Italien bedeutend: Denn, vor allem der Abessinienkrieg 1935 und die damit zusammenhängenden Sanktionen des Völkerbundes sowie die internationale Ächtung isolierten das Mittelmeerland zusehends. War Österreich bis dahin als Schutzzone und Puffer gegen vermutete Expansionsbestrebungen des nationalsozialistischen Deutschlands gesehen worden, so wurde der Austausch mit Wien nun zur wichtigen politischen und wirtschaftlichen Lebensader, auch wenn die freundschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reich zunehmend zum bestimmenden Faktor der italienischen Außenpolitik wurden.

Mitten in diesem Beziehungsdreieck – im politischen, wie im geographischen Sinne – befand sich Südtirol: Es stand vor allem wegen der in Österreich (und generell unter Nationalsozialisten) nicht ruhen wollenden Ressentiments aufgrund der Abtrennung des Gebietes an Italien und wegen der Behandlung der deutsch/ladinischen Minderheit durch Mussolinis Faschisten gleichsam als emotionaler und politischer (zugleich aber auch als kalmierbarer – so glaubte zumindest die Dollfuß-Regierung) Störenfried zwischen dem deutschsprachigen und dem italienischsprachigen Raum. Jenseits der damit weiterhin heiklen und aktuell bleibenden Frage der Brennergrenze

3 Helmut Wohnout, Bundeskanzler Dollfuß und die österreichischitalienischen Beziehungen 1932–1934, in: Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, hrsg. von Florian Wenninger, Lucile Dreidemy (Wien 2013) 601–631, hier: 601.

gab es zwischen den beiden Staaten – zumindest auf diplomatischer Ebene – immer weniger unüberbrückbare Gegensätze. Diese Interpretation lässt sich besonders aufrechterhalten, wenn die innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Beziehungen der beiden Länder unabhängig der Südtirolfrage in den 1930er-Jahren untersucht werden.

Einige der zentral erscheinenden Punkte zur Stützung dieser These sollen im Folgenden näher erläutert werden.

2. Italienisch-österreichische Beziehungen

Grundsätzlich kann bei der Untersuchung der Beziehungen zwischen Italien und Österreich in den 1930er-Jahren eine grobe Unterscheidung in drei Themenbereiche erfolgen: Eine ideologische, eine politische und eine wirtschaftliche Dimension bestimmten das Verhältnis der beiden Länder, wobei alle drei natürlich eng miteinander verzahnt waren.

Politische Dimension

Beide Staaten gemeinsam war in den 1930er-Jahren das Interesse an der Abwehr nationalsozialistischer Aspirationen: Für Italien blieb mit dem Erhalt Österreichs ein „Pufferstaat" zwischen Deutschland und Italien erhalten – zumindest solange die Interessen der beiden Diktaturen, des nationalsozialistischen Deutschen Reiches und des faschistischen Italien, nicht aufeinander abgestimmt waren. Denn trotz sich ähnelnder nationalistischer Ideologien, trennten die beiden Diktaturen die außenpolitischen Ziele: Während Hitler bereits kurz nach der Machtübernahme über den „Anschluss" Österreichs nachdachte, verhindere ein eigenständiges Österreich, so glaubte Mussolini, die Expansionsbestrebungen des aufstrebenden Deutschen Reiches Richtung Süden und Südosten, denn hier war nach dem Ende der Habsburgermonarchie ein Machtvakuum entstanden. Hatten also die Beziehungen zwischen Österreich und Italien Ende der 1920er Jahre nicht zuletzt wegen der Südtirolfrage einen absoluten Tiefpunkt erreicht, so schwenkte die italienische Regie-

rung ab 1928 um und unterstützte fortan einen rechten Umsturz im „Roten Wien“[4].

Unter diesen Vorzeichen kam es unter der Regierung Johannes Schober zu einer Normalisierung der Beziehungen, setzte Schober doch auf eine italienisch-ungarisch orientierte Politik. Die Annäherung kulminierte in einem Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Rom, sodass dieser am 6. Februar 1930 verkünden konnte, dass es gelungen sei, *die Wiederherstellung guter nachbarlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu Italien durch einen Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag zu besiegeln*[5]. Schobers Kabinett gelang es jedoch in der Folge nicht, die von Italien auch finanziell unterstützten Heimwehren einzubinden oder politisch zu befrieden, was schließlich zum Sturz seiner Regierung im September 1930 führte.

Die unter seinem Nachfolger, Bundeskanzler Otto Ender (1930/31) erreichte österreichisch-deutsche Zollunion beeinträchtigte dann allerdings die auf fruchtbarem Weg scheinende italienisch-österreichische Annäherung neuerlich. Enders Nachfolger, Engelbert Dollfuß, blieb zumindest in der ersten Phase seiner Amtszeit gegenüber Italien skeptisch und zurückhaltend, ebenso wie sich Mussolinis Diplomaten bis in den September 1934 nicht einig darüber waren, ob nun Dollfuß eher eine „linksgerichtete“ oder eher eine „rechtsgerichtete“ Regierung anstrebe. Erst die Vermittlung Ungarns sowie Dollfuß’ unmissverständliche Einbindung des rechten Lagers in Form der Aufnahme von Heimwehr-Mitgliedern in seine Regierung führten zu einer neuerlichen Annäherung zwischen Rom und Wien sowie zu einer offensiven Unterstützung Mussolinis[6].

Die Machtübernahme Hitlers im Jänner 1933 veränderte allerdings den Handlungsspielraum von Kanzler Dollfuß. Neben Rücktrittsforderungen verlangten die österreichischen Nationalsozialisten Neuwahlen und organisierten Massendemonstrationen in Wien. Diese Ereignisse werden in der historischen Forschung häufig auch als Grund für die Zerschlagung des Parlamentarismus in Österreich gewertet. Auf Basis des kriegswirtschaftli-

4 Jens Petersen, Die Außenpolitik des faschistischen Italien als historiographisches Problem, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 22/4 (1974), 417–457, hier: 422–425.

5 Bundeskanzler Johann Schober, Radioansprache in Berlin [Auschnitt], Februar 1930. Österreichische Mediathek, Sammlung Frühe historische Tonaufnahmen, http://www.mediathek.at/atom/135E86AA-177-002C8-000004A4-135DCBB9 (letzter Zugriff 18.01.2018).

6 Wohnout, Bundeskanzler Dollfuß 607–610.

chen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahr 1917 nahm Dollfuß die Krise im Nationalrat zum Anlass für dessen Auflösung. Ab März 1933 regierte Dollfuß ohne Parlament, es folgten Pressezensur, Versammlungsverbot und die sukzessive Ausschaltung der Legislative. Per Verordnung wurden 1933 der Republikanische Schutzbund aufgelöst und die Kommunistische Partei Österreichs verboten[7]. Der Bundeskanzler setzte nun sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch zunehmend auf die Unterstützung Mussolinis bei der Abwehr der Nationalsozialisten und für die Beseitigung der Sozialdemokratie. Im April 1933 kam es zu einem ersten Zusammentreffen Dollfuß' mit Mussolini in Rom. Die Stimmung dabei war offensichtlich exzellent. Der österreichische Bundeskanzler konnte sich bei dieser Gelegenheit die Unterstützung des *Duce* sichern, Mussolini jedenfalls schrieb in einer Aktennotiz nach dem Besuch:

> *Österreich besitzt eine eigene definierte historische Persönlichkeit und eine spezifische Aufgabe im Donauraum. Österreich möchte unabhängig bleiben, obwohl es Sonderbeziehungen mit Deutschland pflegt, die auf ethnischen und kulturellen Gemeinsamkeiten beruhen. Dem Staat Österreich möchte ich sagen, dass ich Dollfuß' Stellungnahme vollkommen unterstütze und füge hinzu, dass er in dieser Beziehung auf meine Freundschaft und auf Italiens Hilfe zählen kann. Die Beziehungen zu Ungarn sind ausgezeichnet. Die Wirtschaftslage hat sich nicht verschlimmert. Dollfuß unterhält sich mit mir auch über seine Pläne bezüglich der Verfassungsreform, denen ich insgesamt zustimme. Es herrscht eine sehr positive Stimmung ihm gegenüber. Je energischer und konsequenter er handeln wird, desto besser wird diese Stimmung sein – das halte ich ihm gegenüber fest.*[8]

Zu Südtirol sagte Dollfuß bei diesem Treffen nicht viel, er bat allerdings darum – ohne sich in irgendeiner Weise in inneritalienische Angelegenheiten einmischen zu wollen –, Mussolini möge doch in Sachen Privatunterricht den

7 Ebd. 610–620.

8 Colloquio fra il Capo del Governo e Ministro degli Esteri, Mussolini, e il Cancelliere Federale e Ministro degli Esteri Austriaco, Dollfuss, Appunto, Rom, 12.04.1933, in: I Documenti Diplomatici Italiani (DDI), Settima Serie: 1922–1935, Volume XII: 1 gennaio–15 luglio 1933, hrsg. von Ministero degli affari esteri/Commissione per la pubblicazione dei documenti diplomatici (Roma 1989) 440 f. (Übers. d. Verf.)

Forderungen der Minderheit entgegenkommen. Mussolini hielt dazu fest: *Ich antwortete ihm lediglich, dass ich mich an seine Worte erinnern werde. Wenn ich eine Politik verfolge, die auf Freundschaft gegenüber einem Staat basiert, dann bin ich bereit, diese unter Beweis zu stellen*.[9]

Spätestens nach dem Februarputsch 1934 und der Zerschlagung der Sozialdemokratie gab es für das Dollfuß-Regime außenpolitisch tatsächlich kaum noch Alternativen zu Italien als Bündnispartner. Das faschistische Regime in Rom schirmte somit, zumindest ein Stück weit, vor nationalsozialistischen Übergriffen ab – innen- wie außenpolitisch. Erster wichtiger Schritt, die Integrität des Landes zu erhalten, war die Unterzeichnung der Römischen Protokolle am 7. März 1934 durch Mussolini, Dollfuß und den ungarischen Ministerpräsident Gyla Gömbös sowie deren Ergänzung durch wirtschaftliche Vereinbarungen im Mai desselben Jahres. Sowohl für Österreich als auch für Ungarn waren die Protokolle ein Versuch, ihre Eigenständigkeit zu bewahren, hieß es doch im ersten der Protokolle, es ginge um die Förderung der *Grundlage der Achtung der Selbständigkeit und der Rechte jedes einzelnen Staates*[10]. Italien wiederum wollte durch die Verträge seinen Einfluss im Donauraum ausbauen und den Expansionsbestrebungen des Deutschen Reiches in diese Richtung Einhalt gebieten[11].

Die Wirkung der Römischen Protokolle sollte schon kurz nach der Unterzeichnung auf die Probe gestellt werden, denn unmittelbar nach dem Juli-Putsch des Jahres 1934, bei dem Kanzler Engelbert Dollfuß ermordet wurde, ließ Mussolini, quasi als Drohgebärde gegenüber Deutschland und als Schutz für Österreich, italienische Truppen am Brenner aufmarschieren. Beäugte der neue Bundeskanzler des diktatorischen Ständestaats, Kurt Schuschnigg, zunächst diese Form der freundschaftlichen Unterstützung Italiens kritisch, so bemühte sich die österreichische Regierung in Folge der Juli-Ereignisse dennoch um den Abschluss eines Paktes mit Rom, London

9 Ebd. (Übers. d. Verf.)

10 NO 3554 – Protokoll I, Zwischen Österreich, Ungarn und Italien. Gezeichnet in Rom, am 17. März 1934 (deutsche Fassung), in: League of Nations Treaty Series 1934, hrsg. von The World Legal Information Institute o.D., [http://www.worldlii.org/int/other/LNTSer/1934/241.html], letzter Zugriff 12.01.2018.

11 Alexander Lassner, The Foreign Policy of the Schuschnigg Government 1934–1938. The Quest for Security, in: The Dollfuss/Schuschnigg Era in Austria. A Reassessment, hrsg. von Anton Pelinka, Günter Bischof, Alexander Lassner (= Contemporary Austrian Studies 11, Somerset 2003) 163–186, hier 163 ff.

und Paris. Dieses Abkommen sollte die Unabhängigkeit Österreichs und die Nicht-Einmischung in Österreichs interne Angelegenheiten zusätzlich garantieren. Einen Vorschlag Mussolinis zum Abschluss eines bilateralen Vertrages zur militärischen Beistandspflicht zwischen den beiden Ländern lehnte Schuschnigg allerdings ab[12].

Die Verhandlungen zwischen Frankreich, Großbritannien, Italien und Österreich führten zu diesem Zeitpunkt allerdings letztlich ins Nichts, weil die Interessen der drei involvierten Mächte zu unterschiedlich waren. Italien und Österreich konnten sich beispielsweise in Bezug auf die Berücksichtigung der Interessen der Kleinen Entente nicht einig werden, da Italien den Balkan als sein natürliches Einflussgebiet ansah. Am Ende der Konsultationen stand am 27. September 1934 lediglich eine leicht veränderte Version der bereits im Februar abgegebenen Erklärung, die die Notwendigkeit unterstrich, Österreich als eigenständigen Staat (soweit es die vorhandenen Verträge ermöglichten) zu erhalten. In den darauffolgenden Monaten wuchs jedoch sowohl in Rom als auch in Paris die Überzeugung, dass Österreich tatsächlich mehr als diese Erklärung zum Erhalt seiner Eigenständigkeit benötigte. Die beiden Länder verhandelten also mit Wien weiter[13]. Tatsächlich war die europäische Konstellation 1935 ein letztes Mal günstig. In Vorbereitung auf Abessinien verbündete sich Mussolini bei der Konferenz von Stresa im April noch einmal mit England und Frankreich gegen das Deutsche Reich. Es war ein letzter Solidaritätsakt gegen die Expansionspolitik Hitlers. So einigten sich die drei Mächte im Rahmen der Konferenz, in der es um die Zukunft Afrikas und die politische Ordnung in Europa ging, auf diplomatischen Austausch, sollte Österreichs Selbständigkeit bedroht werden. Noch einmal wurden die Abkommen der Mächte aus dem Jahr 1934 herangezogen und die *Notwendigkeit* unterstrichen, *die Unabhängigkeit und die Unversehrtheit Österreichs aufrechtzuerhalten*[14].

Die Beziehungen der beiden Länder gestalteten sich also zumindest in der ersten Hälfte der 1930er-Jahre freundschaftlich, auch wenn vor allem immer wieder auftretende Problemfälle, wie es eben Südtirol war, eine Miteinbeziehung der Haltung des Deutschen Reiches in die Überlegungen sowohl

12 Ebd. 163–166.

13 Ebd. 166–170.

14 Zit. n. Anton Hopfgartner, Kurt Schuschnigg. Ein Mann gegen Hitler (Graz 1989) 154.

des faschistischen Italien, als auch des austrofaschistischen Österreich mit sich brachten[15]. Besonders aus italienischer Sicht ging es dabei in diesen Jahren beständig auch um eine Aufwertung Österreichs. Den Höhepunkt dieser Verbrüderung bildete mithin wohl das italienisch-österreichische Kulturabkommen vom Februar 1935. Es sah die Einrichtung von Kulturinstitutionen in Rom und Wien und einen Austausch von Universitätslehrern zwischen den beiden Ländern vor[16].

1935 stellt politisch allerdings eine bedeutende Zäsur dar: Mit der militärischen Invasion in Abessinien im Oktober isolierte sich Italien international und war in der Folgezeit vermehrt auf außenpolitische Allianzen – auch mit Österreich und Ungarn, zunehmend aber mit Deutschland – angewiesen. Für Österreich geboten es die bis dahin guten Beziehungen, sich nicht an den Sanktionen des Völkerbundes gegen Italien zu beteiligen. Damit geriet aber auch Österreich international ins Abseits – mit schwerwiegenden politischen Konsequenzen. Wie sich zeigen sollte, war die internationale Staatengemeinschaft – zusehends schwanden vor allem die Sympathien Großbritanniens und Frankreichs – von da an immer weniger bereit, für Österreichs Eigenständigkeit einzutreten. Die Isolation wiederum drängte das Land zunehmend in die Abhängigkeit von seinem südlichen Nachbarn. Können also die Jahre zwischen 1934 und 1936 als Jahre der Konsolidierung des austrofaschistischen Systems gesehen werden, so war die österreichische Regierung danach permanent in der Defensive: Der Austrofaschismus ging seinem Niedergang entgegen[17].

Nicht von ungefähr kam es daher 1936 zu einer Erweiterung der Römischen Protokolle durch Zusatzprotokolle, die vor allem politischer Natur waren. Mit ihrer Unterzeichnung sollte noch einmal die Einigkeit zwischen Österreich, Italien und Ungarn signalisiert werden. Schuschnigg kommentierte die weitere Annäherung an Italien mit den Worten, es stünde kein anderer Weg offen, außer sich der Rückendeckung Italiens zu sichern und gleichzei-

15 Ludwig Jedlicka, Österreich und Italien 1922–1938, in: Wandruszka, Jedlicka, Innsbruck-Venedig 197 ff.

16 Jens Petersen, Vorspiel zu „Stahlpakt" und Kriegsallianz. Das deutsch-italienische Kulturabkommen vom 23. November 1938, in: Vierteljahrshefte *für Zeitgeschichte* 36:1 (1988), 41–78, hier: 43 ff.

17 Emmerich Tálos, Das austrofaschistische Österreich. 1933–1938 (= Politik und Zeitgeschichte 10, Wien 2017) 30–36.

tig einen *Ausgleich mit Deutschland* zu erreichen[18]. Es wurde ein Organ für *ständige gegenseitige Konsultationen*, zusammengesetzt aus den Ministern für auswärtige Angelegenheiten, geschaffen. Auch wurde festgehalten, dass keiner der Staaten im Alleingang die Frage der Donaustaaten aufnehmen solle[19]. Die Protokolle behielten bis März 1938 ihre Gültigkeit, doch der sich nun rapide wandelnde außenpolitische Handlungsspielraum Italiens verringerte die Bedeutung der Abkommen erheblich. Ausschlaggebender Faktor dafür war das sich ändernde Verhältnis zwischen Italien und Deutschland. Während Schuschnigg trotz internationaler Isolation weder bereit war, eine grundsätzliche Oppositionshaltung zu Deutschland einzunehmen, noch eine offensive Annäherung an Hitler zu betreiben, entfernte sich Italien nun aus strategischen Überlegungen zusehends von seiner protektionistischen Haltung gegenüber Österreich. Die Frage nach der Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs rückte im Zuge der – zunächst hauptsächlich durch das Deutsch Reich vorangetriebenen – deutsch-italienischen Annäherung merklich in den Hintergrund bzw. nahm eine neue Richtung ein: Bereits zu Beginn 1936 deutete sich diese gewandelte Position Mussolinis an: In einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter, von Hassell, meinte er nun, nichts dagegen einzuwenden zu haben, sollte Österreich als „formell unbedingt selbständiger Staat" ein Satellit Deutschlands werden[20]. Die Annäherung zwischen Italien und Deutschland wurde in der Folgezeit zunehmend sichtbar und kulminierte schließlich im Stahlpakt 1939.

Die Annäherung Deutschland-Italien wirkte sich auch folgenschwer auf die Beziehungen des Mittelmeerlandes zu Österreich aus: Italien drängte Österreich nun konsequent auf eine Normalisierung der Beziehungen zum deutschen Nachbarn. Bei einem Treffen Schuschniggs mit Mussolini im Juni 1936 erklärte der italienische Diktator dann auch unumwunden, dass es Italien leichter fiele, Österreich zu helfen, wenn beide Staaten gute Beziehungen zum Deutschen Reich unterhielten[21]. Für Österreich waren damit und aufgrund des zunehmenden Drucks aus Deutschland auch innenpolitische Entscheidungen verbunden: Trotz Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen

18 Zit. n. Hopfgartner, Kurt Schuschnigg 165.

19 Ebd.

20 Zit. n. Ebd. 159.

21 Ebd. 166–168.

Betätigungsverbotes boten Zugeständnisse auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zunehmend Spielräume für die Ausbreitung des Nationalsozialismus in Österreich[22].

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich, die von Seiten Österreichs angestrebt worden waren, um die Tausend-Mark-Sperre zu beseitigen und den innenpolitischen Druck der Nationalsozialisten einzudämmen und das daraus resultierende Juliabkommen von 1936 sind also auch im Lichte dieser Entwicklungen zu sehen. Letzteres bekräftigte somit, dass die Beziehungen der beiden Staaten sich fortan wieder „normal und freundschaftlich" gestalten sollten. Grundsatz des Abkommens bildete jedoch der erste Absatz, in dem festgehalten wurde: *Im Sinne der Feststellungen des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die Deutsche Reichsregierung die volle Souveränität des Bundesstaates Österreich*.[23] Was folgte waren allerdings geheime Vereinbarungen, die den Handlungsspielraum der Schuschnigg-Regierung deutlich einschränkten. Nicht nur wollte Berlin über jeden außenpolitischen Schritt Wiens informiert werden, es wurde auch die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten eingeleitet. Innenpolitisch versprach Schuschnigg eine politische Amnestie für die „nationale Opposition", also die pro-nationalsozialistischen Kräfte im Land und deren Einbindung in die Regierung[24].

Das Entgegenkommen an das Deutsche Reich befriedete in Folge jedoch weder die Nationalsozialisten in Österreich noch verringerte es den Druck des Deutschen Reiches auf den Alpenstaat. Das Berchtesgadener Abkommen vom Februar 1938 kam daher auch einer Aufgabe Schuschniggs und einem völligen Scheitern seiner Außenpolitik gleich. Der Weg für den „Anschluss" am 12. März 1938 war damit vorgezeichnet[25].

Am 27. Februar hielt Mussolini in einer Aktennotiz fest: *Es ist in erster Linie Österreichs Aufgabe, durch Taten zu beweisen, dass es selbständig sein und bleiben will*. Zwar sei Österreichs Selbständigkeit immer noch vordergründiges Interesse Italiens, doch reiche die Verteidigung dieser Unabhängigkeit nicht aus, einen Krieg zu riskieren. Sie genüge nicht einmal, um die stra-

22 Tálos, Das austrofaschistische Österreich 34–39.

23 Zit. n. Hopfgartner, Kurt Schuschnigg 167.

24 Ebd.169 ff.

25 Tálos, Das austrofaschistische Österreich 35–28.

tegisch günstige italienische Position gegenüber Deutschland aufs Spiel zu setzen. Da sich also Italien einem absehbaren „Anschluss" nicht mit Gewalt entgegensetzen werde, sei es wichtiger, zu garantieren, dass sich dieser nicht „gegen Italien" richte. Denn bereits jetzt sei die Stimmung gegenüber Italien in breiten Bevölkerungsschichten beider deutscher Staaten wegen der Brennergrenze äußerst negativ. Dies würde sich im Fall eines militärischen Eingreifens Italiens gegen den „Anschluss" noch verstärken[26].

Als Schuschnigg am 11. März 1938 bei Mussolini rückfragte, ob er in Sachen Durchführung einer Volksbefragung in Österreich zwischen Deutschland und Österreich als Vermittler auftreten könne, blieb dies ohne Antwort. In der Nacht vom 11. auf den 12. März erfolgte der militärische „Anschluss" – bekanntlich ohne Protest Italiens, das diesen Schritt schon antizipiert und vor allem akzeptiert hatte. Die Politik der Verteidigung von Österreichs Souveränität als Symbol konservativer Ansprüche Mussolinis hatte damit aufgehört zu existieren. Die Idealpolitik war der Realpolitik gewichen[27].

Ideologische Dimension

Ein entscheidendes Merkmal, das in den 1930ern eine weitere Annäherung der beiden Staaten garantierte, war die durch die Regierung Dollfuß anvisierte Umgestaltung des österreichischen parlamentarischen Systems: Der Rücktritt des amtierenden Nationalratspräsidenten in Wien im März 1933 war der konkrete Startpunkt der Ausschaltung der parlamentarischen Demokratie und markierte somit den Beginn eines autoritären, klerikalen Ständestaates. Die im Amt befindliche Regierung bewegte sich mit Unterstützung durch Bürokratie, Polizei und Heer, aber auch der katholischen Kirche sowie der loyalen Wehrverbände (Heimwehren), in Richtung einer faschistischen Bewegung – auch nach italienischem Vorbild. Die Unterbindung von Wahlen standen ebenso auf dem Programm wie die Ausschaltung der Arbeiterbewegung und der nationalsozialistischen Konkurrenz im Land[28].

---

26 Appunto del Capo del Governo, Mussolini, 27.02.1938, in: DDI, Ottava Serie: 1935–1939, Volume VIII: 1 gennaio–23 aprile 1938 (Roma 1999) 281 ff. (Übers. d. Verf.)

27 Ennio Di Nolfo, Die österreichisch-italienischen Beziehungen von der faschistischen Machtergreifung bis zum Anschluss (1922–1938), in: Wandruszka, Jedlicka, Innsbruck-Venedig 221–271, hier: 224 f., 268–271.

28 Zur Rolle Dolluß siehe besonders: Lucile Dreidemy, Der Dollfuß-Mythos (Wien 2014).

Das autoritäre Programm in Österreich war somit nicht anders orientiert, als beispielsweise jene in Italien oder in Deutschland. Einflussreiche Persönlichkeiten aus Politik, Militär, Kirche und Verwaltung waren in der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg in allen drei Staaten – wie im Übrigen auch anderswo in Europa – offensichtlich nicht davon überzeugt, dass die Demokratie die beste Regierungsform für die Bewältigung der herrschenden Zustände sei, sondern dass vielmehr das parlamentarische System nicht zur notwendigen innenpolitischen und wirtschaftlichen Erholung beitrug. Dies stimmte besonders auch für Tirol, wo bereits unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg Verbrüderungen zwischen antidemokratischen Kräften im Land und solchen in Bayern stattfanden. Die Gruppierungen forderten die Abschaffung der falschen, von den Franzosen installierten, Demokratie, drängten auf die Einsetzung einer *objektiv richtige Politik*, einer *Germanischen Demokratie*, die *durch und durch durchdrungen von einem aristokratischen Bewusstsein von Rang* sei und strebten jedenfalls die Revision der Versailler Friedensverträge an[29].

Ein entscheidendes Element der Annäherung zwischen Österreich und Italien ab Ende der 1920er-Jahre war daher auch diese ideologische Nähe, die sich zwischen den ständestaatlich orientierten Kräften in Österreich und dem faschistischen Italien anbahnte. Mussolini unterstützte ab 1928 mehr oder weniger offen die Etablierung eines rechtsgerichteten, am Vorbild des italienischen Faschismus orientierten politischen Systems. Dazu gehörte außerdem die Unterstützung von Revisionsbestrebungen in Ungarn sowie die Annäherung Bulgariens oder Rumäniens. Von besonderer Bedeutung jedoch war, Österreich in die ideologische Nähe zum Faschismus zu bringen. Seit 1928 flossen daher regelmäßig Gelder an die österreichischen Heimwehren, die sich damit konsolidieren und einer allfälligen Schwächung durch die Sozialdemokratie entziehen können sollten. Die Südtirolfrage blieb dabei ein schwieriges Thema – so sehr, dass zeitweise italienische Vorschläge lieber mittels der ungarischen Regierung, zu der Rom ein immer besser werdendes Verhältnis unterhielt, nach Wien überbracht wurden. Sollte es gelingen, Österreich der „freimaurerischen Demokratie" zu entziehen, dann bliebe den in Österreich verbliebenen politischen Parteien gar nichts anderes übrig, als

29 I.O.: "[…] permeated through and through by an aristocratic consciousness of rank", Tim Kirk, Fascism and Austrofascism, in: Pelinka, Bischof, Lassner, The Dollfuss/Schuschnigg Era 10–31, hier: 16 f.

das Land am italienischen Faschismus zu orientieren, war die italienische Diplomatie überzeugt[30].

Einen entscheidenden Schritt in Richtung eines autoritären politischen Systems vollzog die österreichische Regierung, als Engelbert Dollfuß 1932 an die Macht kam. Wie bereits frühe Politik-Analysen zeigten, führte Dollfuß diese Neuausrichtung zur Machterhaltung und nicht etwa aus politischer Notwendigkeit aus[31]. Der Sozialdemokrat und spätere Bundespräsident, Adolf Schärf, fand 1949 scharfe Worte für die Vorgehensweise der Regierung Dollfuß:

> *Da die Christlichsozialen nach den Regeln der Demokratie unterlegen waren, verloren sie auf einmal die Lust an der Demokratie; der Gedanke, die Spielregeln der Demokratie einmal gegen sich gelten zu lassen, kam keinem ihrer Männer. Natürlich konnte eine Regierung, die gegen die stärkste Partei des Landes, die Sozialdemokraten gerichtet war, nicht stark sein – wenn, ja wenn man bei der Demokratie blieb.*[32]

Zwar ist hinter den Aktionen Dollfuß' keine systematische, ideologisch durchdachte und geplante Politik der Faschisierung Österreichs zu erkennen, doch getrieben von innen- und außenpolitischem Druck wählte der Bundeskanzler die Beseitigung der Demokratie als jenen Weg, der seine Macht sicherte und konsolidierte[33]. Der Weg, den er schließlich einschlug, sollte zu einem eigenen, ganz spezifisch österreichischen Faschismus führen. Im Zuge der Machtkonsolidierung 1933 geschah so eine politische Neuausrichtung: weg von einer parlamentarischen Demokratie hin zu einem autoritären Staat mit anti-kommunistischer und anti-nationalsozialistischer Ausrichtung. Italien unterstützte diesen Umbruch des politischen Systems in Österreich nicht nur finanziell, sondern besonders auch ideologisch. Zwischen 1933 und 1936

30 Il Ministro degli esteri, Grandi, al ministro a Budapest, Arlotta, Rom, 5.1.1931, in: DDI, Settima Serie: 1922-1935, Volume X: 1 gennaio–4 settembre 1931 (Roma 1978) 6 ff.

31 Siehe dazu etwa auch der Nachdruck des bereits 1949 publizierten Bandes „Geheimer Briefwechsel Mussolini-Dollfuß", der mit einem Vorwort von Adolf Schärf und erläuternden Texten von Karl Hanis Sailer erschienen war und bereits kurz nach Kriegsende zu diesen Ergebnissen kam: „Der Führer bin ich selbst". Engelbert Dollfuß-Benito Mussolini Briefwechsel hrsg. von Wolfgang Maderthaner, Michaela Maier (Wien 2004) 7–10.

32 Adolf Schärf, Vorwort, in: Maderthaner, Maier, „Der Führer bin ich selbst" 15–20, hier 19.

33 Tim Kirk, Fascism and Austrofascism 20–23.

wurde Italien damit zum wichtigsten Protektor und Förderer des austrofaschistischen Österreich und dessen wichtigsten außenpolitischen Ziels, der Eigenständigkeit. Letztere sollte unter anderem durch den Aufbau eines faschistischen Staates nach italienischem Vorbild garantiert werden[34].

Mussolini wiederum drängte nach einer ersten Annäherung an die Dollfuß-Regierung unverblümt auf die Faschisierung Österreichs und daher spätestens ab 1933 auf die Beseitigung der politischen Opposition. Besonders war ihm die Ausschaltung der Sozialdemokratie – später sollte es die Abwehr der Bolschewisierung Österreichs sein – ein Anliegen. Ebenso ermutigte er den Bundeskanzler wiederholt zur Einrichtung totalitärer Organisationen, wie etwa von Jugend- und Frauenorganisationen. In einem Schreiben vom 1. Juli 1933 lobte Mussolini daher nicht nur die Fortschritte, die Dollfuß innenpolitisch erzielt habe:

> *Ich halte die Bildung einer Vaterländischen Front für eine ausgezeichnete Idee und bin der Ansicht, dass diese umso erfolgreicher sein wird, solange sich die verschiedenen Parteien, die das österreichische Nationalinteresse befürworten, darauf stützen werden. Mit Freude nahm ich die Nachricht entgegen, dass die Heimwehren – auf die meiner Meinung nach Eure Exzellenz überwiegend zählen sollte, ihren Aufgaben bestens nachkommen und sich perfekt in die von Eurer Exzellenz geführten Politik eingefügt haben.*[35]

Er übermittelte ihm darüber hinaus auch einige „Ideen", die er für künftigen Entwicklung in Österreich habe. Demnach begrüßte er nicht nur alle notwendigen Polizeiaktionen gegen die „nationalsozialistische Opposition", es erschien ihm auch notwendig,

> *mehr denn je in dieser Zeit innenpolitisch ein effektives und grundlegendes Reformprogramm ganz im faschistischen Sinne durchzusetzen. Dies scheint mir angebracht, wenn man einerseits vermeiden will, dass über Österreich behauptet wird, es würde nur eine repressive Politik gegenüber einer Bewegung ausüben, die mehr oder weniger unter dem Deckmäntelchen der Nationalflagge*

34 Maderthaner, Maier, „Der Führer bin ich selbst" 7–10.

35 Il Capo del Governo e Ministro degli Esteri, Mussolini, al Cancelliere Federale e Ministro degli Esteri Austriaco, Dollfuss, 01.07.1933, in: DDI, Settima Serie: 1922–1935, Volume XII: 1 gennaio – 15 luglio 1933 (Roma 1989) 959 ff. (Übers. d. Verf.)

> *handelt, und andererseits, um Jugendliche anzuziehen, auf die die Vaterländische Front unbedingt zählen muss, in der Hoffnung, dass sie die Zukunft Österreichs sicherstellen können*[36].

Das wichtigste, so riet Mussolini, sei die Ausschaltung der Sozialdemokratie ungeachtet der Konsequenzen für Parlamentarismus und Verfassung. Alles andere spiele zweifelsohne dem nationalsozialistischen Feind in die Hände[37]. In seiner Antwort vom 20. Juli 1933 bedankte sich Dollfuß nicht nur ausführlich für das signalisierte Wohlwollen, er versicherte darüber hinaus, dass die internen Reformen in Österreich die Umgestaltung des Staates im Sinne eines autoritativen Ständestaates zum Ziel haben und diese nun zügig und ohne Zögern erfolgen müssten. Wichtig erschien Dollfuß in diesem Zusammenhang auch, den italienischen Regierungschef über die „Vaterländische Front" zu informieren:

> *Die Vaterländische Front wird auf dem Führerprinzip aufgebaut, Führer der Front bin ich selbst. Die „Vaterländische Front" bezweckt den überparteilichen Zusammenschluss aller heimattreuen Österreicher zur friedlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung eines freien selbständigen österreichischen Staates.*[38]

Wie wichtig diese gemeinsame Abwehr des Nationalsozialismus auch im ideologischen Sinne war, zeigte sich neuerlich beim Aufmarsch italienischer Truppen am Brenner nach der Ermordung Dollfuß' im Juli 1934. Das militärische Aufgebot war nicht alleine als Signal für die Verteidigung der Grenze zu werten, es unterstrich auch die Bedeutung der Eigenständigkeit Österreichs. Österreich galt somit als Garant der Brennergrenze. Der Austorfaschismus war gleichzeitig aber auch ideologisch als (beeinflussbares) Ziehkind zu sehen.

Diese ideologisch-strategischen Überlegungen spielten besonders zu Beginn der Regierung Dollfuß 1933/34 eine zentrale Rolle. Mit der Ermordung

36 Ebd. (Übers. d. Verf.)

37 Ebd.

38 Dollfuß an Mussolini, 22.07.1933 [sic! Datum muss 20.7.1933 lauten], in: Maderthaner, Maier, „Der Führer bin ich selbst" 30–36; sinngemäß auch die Übersetzung ins Italienische, allerdings mit richtigem Datum: Il Cancelliere Federale Austriaco, Dollfuss, al Capo del Governo e Ministro degli Esteri, Mussolini, 20.07.1933, in: DDI, Settima Serie: 1922–1935, Volume XIII: 16 luglio 1933 – 17 marzo 1934 (Roma 1989) 18–22.

Dollfuß' durch Nationalsozialisten im Juli 1934 verlor der Austrofaschismus seine charismatische Führerfigur. Personell war Ernst Rüdiger Starhemberg, der „Heimwehrführer" und Abgeordnete zum Nationalrat, danach die zentrale Kontaktperson zum Regime Mussolini. Er hatte als Leiter der Heimwehren eine zentrale Rolle bei der Niederschlagung des Putsches und der Verfolgung der nationalsozialistischen Schlägertrupps gespielt. Kurt Schuschnigg, der Dollfuß als Bundeskanzler nachfolgte, trug weniger rigoros, wenn auch konsequent die Neuausrichtung des Staates mit. Er beließ Starhemberg im Amt und ernannte ihn zum Vizekanzler und Minister für das gesamte Sicherheitswesen. In dieser Funktion betrieb er zwei Jahre lang eine konsequente Politik der Anlehnung an das faschistische Italien. Das Mittelmeerland blieb daher als außenpolitischer Partner alternativlos ebenso wie der italienische Faschismus als einzig mögliche ideologische Orientierung bestimmend für die Jahre 1934 bis 1936 war[39].

Andererseits bemängelt Mussolini zunehmend den fehlenden Durchsetzungswillen der autoritären Ideen durch die Schuschnigg-Regierung. Er prangerte überhaupt die Monarchie-Nostalgie des neuen Regierungsoberhauptes an, ebenso wie er die Pläne der Restauration der Habsburger sowohl von Seiten Starhembergs als auch Schuschniggs als fatale Politik einstufte.

Dies spiegelt auch jenen Wandel wider, den der Austrofaschismus in den kommenden Monaten vollzog, verloren doch die Heimwehren spätestens ab Sommer 1936 entschieden an Bedeutung. Waren sie noch 1934 Garant für die Stabilisierung des austrofaschistischen Systems gewesen, so wurden sie jetzt zu einem unkontrollierbaren Unsicherheitsfaktor. Als Schuschnigg schließlich eine Annäherung an Hitler-Deutschland begann, waren sie offensichtlich störend. Es folgte zunächst ihre Unterstellung unter das Verteidigungsministerium und schließlich ihre sukzessive Ausschaltung. Mit ihrem Verbot im Oktober 1936 legte auch Starhemberg alle Ämter nieder, wodurch schließlich die Politik der vergangenen Jahre, allein durch politische und ideologische Anlehnung an das faschistische Italien die Unabhängigkeit Österreichs zu garantieren, als gescheitert angesehen werden konnte. Durch eine Regierungsumbildung im November 1936 entfernte Schuschnigg die letzten Mitglieder der Heimwehren aus der Regierung und nahm stattdessen

39 Tálos, Das austrofaschistische Österreich 32 f.

Mitglieder des „nationalen Lagers“ in den Ministerrat auf. Fortan versuchte er durch Verhandlungen einen Ausgleich mit dem Deutschen Reich zu finden, ebenso wie Hitler und Mussolini die Achse Berlin-Rom zu stärken begannen. Die Festigung der Achse ermöglichte es Hitler nun auch, gegenüber Österreich einen härteren Kurs einzuschlagen[40].

Für Mussolini erwies sich zudem Spanien, wo General Francisco Franko 1936 einen Aufstand gegen die republikanische Regierung begonnen hatte, ideologisch als spannenderes und v.a. empfängliches Spielfeld. Überzeugt von der Nähe des spanischen faschistischen Systems zum italienischen zielte Mussolini nun darauf ab, die rechtsextreme Ideologie zumindest in einem zweiten Mittelmeerstaat aufblühen zu lassen. Österreich, so war der Diktator in Rom mit dem Festigen der Achse zunehmend geneigt zu glauben, könne sich letztlich dem Einfluss Deutschlands schwer entziehen, v.a. da sich seine Dialogbereitschaft mit Frankreich und der Tschechoslowakei offensichtlich in Grenzen hielt. Gleichzeitig fiel für Mussolini die nur halbherzige pro-italienische Politik der Schuschnigg-Regierung zunehmend ins Gewicht. Diese sei vielleicht auf einer diplomatischen Ebene vorhanden, doch Schuschnigg trage wenig dazu bei, dass Italien auch in der Öffentlichkeit als freundschaftlicher Nachbar wahrgenommen werde. Das entsprach vielleicht tatsächlich der Haltung Schuschniggs, der einer „gesamtdeutschen Ideologie“ nicht grundsätzlich abgeneigt gegenüber stand und damit die Verteidigung der „österreichischen Nation“ nur halbherzig betrieb[41]. Daher hatte Schuschnigg dem Vorwurf, die italienische Idee zu wenig zu fördern, wenig entgegen zu halten und er merkte daher nicht, dass sich Italien zunehmend von der Unterstützung der Selbständigkeit Österreichs entfernte. Viel mehr noch änderte sich die Politik Mussolinis weg von einer totalen Ablehnung des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsch Reich hin zu einer unaufgeregten Duldung desselben[42].

Als am Vorabend des „Anschlusses“, dem 11. März 1938, Mussolini von Hitler einen Brief erhielt, in dem dieser die fatalen Folgen der Schuschnigg-Regierung für das österreichische Volk und die Entwicklung des öster-

40 Hopfgartner, Kurt Schuschnigg 173–194.

41 Dieter A. Binder, Heinrich Schuschnigg, „Sofort vernichten“. Die vertraulichen Briefe Kurt und Vera von Schuschniggs 1938 – 1945 (Wien 1997) 11–14.

42 Di Nolfo, Die österreichisch-italienischen Beziehungen 221–225.

reichischen Staates als Grund für das Eingreifen des Deutschen Reichs nannte, war für den italienischen Diktator nur noch die Passage in dem Brief von zentraler Bedeutung, in der Hitler die Brennergrenze garantierte:

> *Möge das österreichische Volk seines eigenen Schicksals Schmied sein! Unabhängig davon, wie diese Abstimmung zu erfolgen hat, eines möchte ich nun Ihnen, Eurer Exzellenz, dem Duce des faschistischen Italiens, hoch und heilig versichern, […]. Was immer die bevorstehenden Ereignisse für Folgen haben werden, habe ich eine eindeutige Grenzlinie zwischen Deutschland und Frankreich gezogen und eine genauso eindeutige Grenze ziehe ich jetzt zu Italien: Den Brenner. Diese Entscheidung darf nie in Frage gestellt oder angefochten werden. Diese Entscheidung traf ich nicht im Jahr 1938, sondern gleich nach dem Großen Krieg und nie habe ich ein Hehl daraus gemacht.*[43]

Mit Argusaugen wurde danach vor allem das Verhalten der Nationalsozialisten in Innsbruck beobachtet, da verschiedene Personen berichteten, die Tiroler hätten die deutschen Truppen aufgefordert, einfach Richtung Süden weiterzumarschieren auch noch und Südtirol ins Deutsche Reich aufzunehmen. Bekanntlich entsprach dies jedoch nicht Hitlers politischen Absichten.

Wirtschaftliche Dimension

Eng verbunden mit den oben beschriebenen politischen und ideologischen Gründen für eine Annäherung Italiens und Österreichs trotz des Südtirol-Problems waren ökonomische Entwicklungen, oder besser gesagt, Österreichs massive wirtschaftliche Schwierigkeiten in der Zwischenkriegszeit. Gleichzeitig war auch für Italien in den 1930er-Jahren eine Zusammenarbeit sowohl mit Österreich als auch mit Ungarn von ökonomisch nachhaltigem Interesse. Nicht umsonst drängte bereits Ende der 1920er-Jahre Italien auf eine Zollunion der drei Länder und intensivierte ab 1932 diese Bemühungen. Gleichzeitig scheiterte die revisionistische Absicht der Zollunionsbestrebungen mit Österreich von Seiten Deutschlands nicht nur am Widerstand des Völkerbundes, sondern auch an der österreichischen Industrie. In der Welt-

43 Il Cancelliere del Reich, Hitler, al Capo del Governo, Mussolini. Lettera segreta 11.03.1938, in: DDI, Ottava Serie: 1935–1939, Volumen VIII: 1 gennaio – 23 aprile 1938 (Roma 1999) 344 ff. (Übers. d. Verf.)

wirtschaftskrise ging der österreichische Außenhandel um zwei Drittel zurück. Der folgenschwere Zusammenbruch der größten Bank Mitteleuropas, der Creditanstalt, destabilisierte 1931 die wirtschaftliche Grundlage aller gesellschaftlichen Gruppierungen zusätzlich[44]. Insbesondere die Sozialdemokratie bekam massiv die negativen Folgen der Krise für die Organisation in Gewerkschaften und Partei zu spüren, was sich auch in den folgenden politischen Entwicklungen zeigte. Äußerst negativ wirkte sich die Krise auf den Arbeitsmarkt aus, die Arbeitslosenrate stieg von 8,8 Prozent 1929 auf beinahe 26 Prozent 1933[45].

Trotz protektionistischer Wirtschaftspolitik des Austrofaschismus, der eine Besserung besonders im landwirtschaftlichen Sektor mit sich brachte, erholte sich die österreichische Wirtschaft nur zögerlich. Kennzeichen des wirtschaftspolitischen Handelns waren dabei Protektionismus, Dirigismus und Liberalismus, wobei von einer zielgerichteten, konsequenten Wirtschaftspolitik in der Zeit zwischen 1934 und 1938 nicht die Rede sein kann[46]. Die Außenhandelsbeziehungen blieben auf einem niedrigen Niveau und die Arbeitslosenrate besserte sich nach 1933 nur wenig und blieb hoch. 1937 lag sie immer noch bei 22 Prozent. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Regierungen Dollfuß und Schuschnigg waren demnach auch auf Arbeitsplatzbeschaffung fokussiert. Allerdings gelang es, die Schilling-Währung stabil zu halten[47].

Dass daher wirtschaftliche Verhandlungen mit Italien florierten, war unter diesen Umständen besonders willkommen. Bekanntlich mündeten sie in den Römischen Protokollen von 1934 und deren Erweiterungen 1936. Sie bestanden aus drei Einzelprotokollen und einem geheimen Zusatzdokument: Im ersten Protokoll, dem politischen, verpflichten sich die Partner zur gegenseitigen Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Italien als

44 Jens-Wilhelm Wessels, Economic Performance and Micro-Economic Development in Austria, 1929–1938, in: Pelinka, Bischof, Lassner, The Dollfuss/Schuschnigg Era 93–121, hier: 93 f.

45 Binder, „Austrofaschismus" 579–581; Emmerich Tálos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933 – 1938 (= Politik und Zeitgeschichte 8, Wien–Berlin 2013) 313–317.

46 Gerhard Senft, Neues vom „Ständestaat"? Anmerkungen zur Wirtschaftspolitik im Austrofaschismus, in: Wenninger, Dreidemy, Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 243–256, hier: 246–249.

47 Gerhard Senft, Economic Development and Economic Policies in the „Ständestaat" Era, in: Pelinka, Bischof, Lassner, The Dollfuss/Schuschnigg Era 32–55, hier: 44 f.

Führungsmacht in den Dreierabkommen sicherte sich hier einen Raum zur Einmischung in die österreichische und ungarische Außenpolitik. In wirtschaftlicher Hinsicht wiederum enthielten die Papiere eine gegenseitige Begünstigung zwischen Österreich und Italien (hinsichtlich Zölle und Kredite). Im geheimen Zusatzprotokoll verpflichteten sich sowohl Österreich als auch Ungarn einen Teil des heimischen Marktes für italienische Produkte frei zu halten[48].

Für Österreich lagen die Vorteile der Abkommen ganz klar in der Förderung des Außenhandels mit den beiden Partnern, was sich in konkreten Zahlen der Handelsbilanzen niederschlug: Zirka zwei Drittel der österreichischen Ausfuhr zwischen 1935 und 1937 gingen in die beiden besagten Länder[49]. Für Italien wiederum versprachen die Zusammenarbeit mit Österreich, aber auch jene mit der Kleinen Entente, *zu einem erspriesslichen [sic!] Verhältnis auch in wirtschaftlicher Beziehung zu gelangen*[50]. Die Veränderungen wiederum, die sich die faschistische Führung durch die materielle Unterstützung zunächst der Heimwehren und danach der österreichischen sowie ungarischen Wirtschaft versprach, waren daher sowohl ökonomischer als auch ideologischer Natur.

Zudem wirtschaftlich profitieren konnte Österreich von den Sanktionen, die der Völkerbund gegen Italien verhängte: Österreich sprang als Lieferant italienischer Güter in den Donauraum und in osteuropäische Länder ein. Langfristig hatte die Entscheidung der Schuschnigg-Regierung, sich an die Seite Italiens und gegen den Völkerbund zu stellen – denn genau so und nicht als neutrale Haltung wurde die Reaktion Österreichs interpretiert – auch wirtschaftlich negative Folgen. Die Isolation, in die sich das Alpenland dadurch brachte, drängte es nun auch ökonomisch in zunehmende Abhängigkeit zu Italien und schlussendlich auch zum Deutschen Reich[51].

Im letzten Jahr vor dem „Anschluss" spielte dann noch einmal die wirtschaftliche Situation Österreichs – aber auch Deutschlands – eine Rolle

48 Tálos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem 491–501.

49 Yannik Mück, Österreich zwischen Mussolini und Hitler – der Weg zum Juliabkommen 1936 (Bonn 2015) 40–45; Tálos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem 491–500.

50 Amtserinnerung hinsichtlich der Gespräche in Riccione 19. und 20. August 1933, in: Maderthaner, Maier, „Der Führer bin ich selbst" 41–44, hier: 44.

51 Tálos, Das austrofaschistische Österreich 140–145.

in der Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Rom und Wien. In Österreich nährten die exorbitanten Arbeitslosenzahlen die Hoffnungen der Bevölkerung auf eine ökonomische Erlösung durch das wirtschaftlich ungleich erfolgreich dastehende Deutsche Reich. Für Deutschland, dessen Rohstoffsituation angesichts der Aufrüstung langsam desolat wurde, war Österreich damit auch auf dem Gebiet der Ressourcen interessant geworden. Italien hatte sich zu diesem Zeitpunkt dem Deutschen Reich angenähert und suchte nun vielmehr auch dort seine wirtschaftliche Zukunft[52]. Nicht umsonst wird in der fehlenden bzw. verfehlten Wirtschaftspolitik des austrofaschistischen Regimes, die als nichts anderes als ein ökonomisches Desaster beschrieben werden kann, auch jenes Zünglein an der Waage gesehen, das letztlich 1938 zum offenen Empfang der Nationalsozialisten in Österreich führte[53].

3. Die Neuorientierung der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol am Nationalsozialismus

Diese rasch florierenden Beziehungen zwischen Österreich und Italien ab Ende der 1920er-Jahre wurden in Südtirol mit Skepsis und einem Gefühl des Verrates wahrgenommen. Während in den Nachkriegsjahren der konservativ-christlich orientierte Deutsche Verband die Orientierung der deutschsprachigen Minderheit am österreichischen Mutterland einheitlich vorgegeben hatte, kam es schon Mitte der 1920er-Jahre zu einer Art Loslösung von radikaleren und politisierten Jugendschichten besonders in den Städten und aus den Reihen der ehemaligen Alpenvereine und Turnerbünde von der als konservativ und konziliant geltenden bürgerlichen Partei, was sich im Laufe dieses Jahrzehnts verstärkte. Dies bedeutet gleichzeitig eine Umorientierung vieler Südtiroler vom habsburgisch-monarchischen Österreich zu Deutschland. Aus dem ehemaligen k.u.k.-Monarchismus wurde innerhalb weniger Jahre ein radikalisiertes Tirolertum, das sich in den 1930er-Jahren dann auch schnell am „Großdeutschen Reich" ausrichtete[54].

52 Vgl Jedlicka, Österreich und Italien 1922–1938 26–219.

53 Wessels, Economic Performance 93 f.

54 Eva Pfanzelter, Die Option 1939, in: Ein Leben für Südtirol. Kanonikus Michael Gamper und seine Zeit, hrsg. von Rolf Steininger (Bozen 2017) 89–112.

Ohne faschistische Assimilierungs- und Majorisierungspolitik ist dieser Umschwung nicht wirklich erklärbar. Der Verlust von Heimat und die sukzessive Auflösung kultureller, politischer und ökonomischer Zusammenhänge der (Süd)Tiroler Gesellschaft hatte dramatische Auswirkungen und breite Suchbewegungen zur Folge. Daneben kamen aber auch andere Gründe zum Tragen: Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war ein Tiroler Irredentismus, der nur zum Teil als Reaktion auf den italienischen, Trentiner Irredentismus verstanden werden kann, vorhanden. Die zunehmenden irredentistischen Forderungen territorialer Art im Trentino hatten als Gegenpart eine breite deutschtümelnde Anhängerschaft für eine „großdeutschen Gesamtlösung" und einen großdeutschen Nationalismus, v.a. propagiert in Schützen-, Gesangs-, Studenten-, Turn- und Alpenvereinen, zur Folge. Assimilierungsreden österreichischer bzw. deutscher Art mit Vorschlägen für Eindeutschungsmaßnahmen des Trentino waren in diesen Vereinigungen keine Seltenheit. Im Einflussbereich des Nationalsozialismus äußerte sich diese Haltung zunehmen als „Abgrenzungsidentität" zum Italienischsein[55].

Weiters spielte die Schwäche der Außenpolitik des Rumpfstaates Österreich, die beinahe ausschließlich das Primat der wirtschaftlichen Notwendigkeit bedienen konnte, eine entscheidende Rolle. Eben weil Österreich in Folge des Anschlussverbotes des Friedensvertrages von Saint Germain und der vermeintlichen Lebensunfähigkeit als kleine Alpenrepublik begann, die Beziehungen zu Italien zu verbessern, in den 1930er-Jahren sogar zu priorisieren, steigerte dies das Gefühl des Vertrauensbruches in Südtirol, aber auch in Nord- und Osttirol. Dem gegenüber standen die Hoffnungen, die in den unvergleichbaren Aufstieg Deutschlands durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten gesetzt wurden[56].

Neben (impliziten) politischen Versprechen eines „Anschlusses" entwickelte das Dritte Reich auch einen ungeheuren wirtschaftlichen Sog auf

55 Siehe näheres dazu: Eva Pfanzelter, Option und Gedächtnis. Erinnerungsorte der Südtiroler Umsiedlung 1939 (Bozen 2014) 15–41. Daneben auch beispielsweise einige Beiträge in: Deutsche! Hitler verkauft euch! Das Erbe von Option und Weltkrieg in Südtirol, hrsg. von Günther Pallaver, Leopold Steurer (Bozen 2011).

56 Eva Pfanzelter, The South Tyrol Question and the Option Agreement. Fascism and National Socialism in the Nineteen-Twenties and Nineteen-Thirties, in: Dialogue against violence. The question of Trentino-South Tyrol in the international context, hrsg. von Giovanni Bernardini, Günther Pallaver (= Annali dell'Istituto Storico Italo-Germanico in Trento Contributi 32, Bologna, Berlin 2017) 33–56.

jene, die in Südtirol aufgrund beruflicher Chancenlosigkeit permanent am Existenzlimit kratzten. Die Verheißung eines beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieges und der technischen Moderne sowie einer mitreißenden Jugendkultur zeigten schon bald ihre propagandistische Wirkung. Unter dem italienischen Faschismus waren diese nur unter Aufgabe des eigenen Volkstums zu haben, im Nationalsozialismus konnte das alles unter Beibehaltung des „Deutschtums" erreicht werden. In diesem Kontext zeichnete sich ein Generationenbruch ab. Die wirtschaftlichen Versprechen, gepaart mit massiven finanziellen Förderungen aus Deutschland, spielten in den 1930er-Jahren v.a. für den Erfolg des Völkischen Kampfrings Südtirol (VKS), der illegalen NS-Bewegung, eine große Rolle[57].

Ein sozialer Bruch hingegen ergab sich in den 1930ern daraus, dass die faschistische Repressionspolitik wohlhabende Bauern, die städtische Bevölkerung und das reiche Bürgertum weniger betraf bzw. diese sich besonders auch wegen des Arrangements Italiens mit Österreich schneller in das neue Machtsystem einfügten. Es ging eher um Autonomie, Kooperation und Einigung. Anders erging es allerdings Menschen aus der unteren Bauer-, Handwerker-, Arbeiter- und Angestelltenschicht. Sie hatten die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit oft nicht. Für sie wurde die politische und wirtschaftliche Neuordnung im Faschismus zur lebensbedrohlichen Notlage, was sie empfänglicher für extreme Ideologien und Verheißungspropaganda machte: Die nationalsozialistische Volkstumsideologie, die eine staatliche Einheit aller Deutschen versprach, stellte damit auch die Lösung aller hauseigenen sozialen und wirtschaftlichen Probleme inklusive eines revanchistischen Programms in Aussicht. Vor diesem Hintergrund kann die Wirkkraft der in den 1930er-Jahren massiv einsetzenden nationalsozialistischen Propaganda nicht hoch genug eingeschätzt werden, die ideologische Loslösung vom verräterischen Österreich war nur noch ein kleiner Schritt[58].

Im Juni 1933 schlossen sich die seit 1928 ideologisch stark divergierenden Jugendgruppen zur Südtiroler Heimatfront zusammen. Anfang 1934 benannte sich diese in „Völkischer Kampfring Südtirols" um und setzt ein sechs Punkte umfassendes politisches Programm mit Anlehnung an den Na-

57 Ebd.

58 Rolf Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert: von Leben und Überleben einer Minderheit (Innsbruck–Wien 1997) 95–113, 137–144.

tionalsozialismus ein. Die Propagandatätigkeit des und der Zulauf zu den Illegalen nahm von da an jährlich sprunghaft zu, sodass ab 1937/38 politisch von einer Ablösung des (österreichischen) Deutschen Verbandes durch den (nationalsozialistischen) VKS in der ideologischen Führung der Volksgruppe gesprochen werden kann[59].

Für Südtirol bedeutet der Nationalsozialismus in den 1930er-Jahren eine Homogenisierung und Uniformierung der Gesellschaft. Provoziert wurde die Haltung durch den italienischen Faschismus, mitgetragen wurde sie durch die Deutschtümelei im Sinne eines „bäuerlichen Deutschseins". Zeitgleich zu diesem Homogenisierungs- und Integrationsprozess war ein Identitätswechsel zu konstatieren, der vom „österreichisch-deutschsprachigen Südtirolersein" weg- und zum „volksdeutschen Angehörigen einer großen Gemeinschaft" hinführt. In den Italienern fand sich das notwendige Feindbild (im Sinne eines Gegenvolkes), in Italien selbst der Erbfeind. Daraus erklärt sich auch in letzter Konsequenz die „Dienstbotenrolle" bzw. die „Treuehaltung" der Südtiroler gegenüber dem Deutschen Reich in der Option von 1939[60].

4. Fazit

Deutschland löste als Bezugspunkt für die politischen Zukunftswünsche der Südtiroler Österreich spätestens 1933 ab. Für die Südtiroler spielte Österreich danach nur noch eine untergeordnete Rolle. Für Österreich und Italien indes war Südtirol in den 1930er-Jahren zumindest auf dem diplomatischen Parkett nicht mehr ein entscheidendes Kriterium in der Ausformung ihrer Beziehungen. Vielmehr standen jetzt politische, ideologische und wirtschaftliche Interessen und damit zusammenhängende gegenseitige Abhängigkeiten im Vordergrund.

Unter diesen Vorzeichen ist Südtirol in das Beziehungsdreieck Deutschland–Österreich–Italien einzuordnen: Südtirol spielte letztlich in den politischen Kalkulationen der Mächte nur insofern eine Rolle, als es als permanenter Konfliktherd die friedlichen Beziehungen der Nationen zueinander störte. Die Lösung dieses Problems kennen wir: Sie hieß Option und Ab-

59 Ebd.

60 Siehe Näheres bei Pallaver, Steurer, Deutsche!

siedlung des „deutschsprachigen Elementes aus dem Alto Adige". Österreich gab es zu diesem Zeitpunkt nicht mehr und das faschistische Italien, das mit dem Stahlpakt eng an das Deutsche Reich gebunden war, ging in den ersten Kriegsjahren ebenfalls seinem Ende entgegen.

In der Zeitgeschichtsforschung sind die hier genannten Themen bis heute nicht zufriedenstellend erforscht worden. Wie Hans Heiss in einem Beitrag 2012 ausführte, „verengte sich die Zeitgeschichte zu Italien-Österreich […] auf das Kernthema der wechselseitigen Beziehungen – auf Südtirol." Dieses „Südtirol-Bias" oder anders ausgedrückt, die „Südtirol-Nabelschau" verhinderte somit eine differenzierte und kritische Untersuchung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen italienischem Faschismus und österreichischem Austrofaschismus und die Rolle, die Südtirol in diesen Beziehungen einnahm bzw. nicht einnahm[61]. Vor allem eine gründliche Analyse der außenpolitischen Akten der beiden Staaten unter Einbeziehung der Hinterlassenschaften der Regierenden dieses Jahrzehnts könnte hier Abhilfe schaffen und bleibt somit ein Desiderat künftiger Forschung.

61 Hans Heiss, Rücken an Rücken. Zum Stand der österreichischen zeitgeschichtlichen Italienforschung und der italienischen Österreichforschung, in: Gehler, Guiotto, Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 101–129, hier 123.

Zwischen Monarchie, Faschismus und Nationalsozialismus: Die katholische Kirche in Südtirol in den Jahren 1918–1940

JÖRG ERNESTI
Universität Augsburg

Südtirol ist ein katholisch geprägtes Land. Bis ins 19. Jahrhundert war die Bevölkerung fast geschlossen katholisch. Bedingt durch den Zuzug von Ausländern kam es zur Etablierung nicht-katholischer Gemeinden. Die kirchliche Prägung des Landes zwischen Brenner und Salurner Klause spielte auch in den Wechselfällen der Jahre zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg eine große Rolle. Wie hat sich das kirchliche Leben vor dem Hintergrund unterschiedlicher Systeme entwickelt – in der katholisch geprägten Donaumonarchie, im nominell katholischen Italien und im kirchenfeindlichen Nationalsozialismus? Welche Auswirkungen hat die kirchliche Prägung auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung jener Jahre gehabt, die man als Schlüsseljahre für die Geschichte Südtirols ansehen kann?

Das Thema ist zu breit, um es an dieser Stelle erschöpfend zu behandeln. Vieles kann hier nur nach Art eines Überblicks angerissen werden. Was die Forschungssituation angeht, kann festgestellt werden, dass die kirchliche Entwicklung Südtirols außerhalb des kirchlichen Raums (und hier sind besonders die Arbeiten des Kirchenhistorikers Josef Gelmi hervorzuheben) kaum thematisiert wird[1].

1 Besonders Josef Gelmi, Geschichte der Kirche in Tirol. Nord-, Ost- und Südtirol (Innsbruck et al. 2001) 306–425; Hans Heiss, Schutzmacht und Ohnmacht. Südtirols Kirche in der Zwischenkriegszeit, in: Das 20. Jahrhundert in Südtirol, Bd. 2: Faschistenbeil und Hakenkreuz, hrsg. von Gottfried Solderer (Bozen 1999) 92–109; Ders., Kirche und Minderheitenproblematik in Südtirol 1919–1933, in: Kirche und Gruppenbildungsprozesse deutscher Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa, hrsg. von Reiner Bendel et al. (Berlin 2015) 81–104.

1. Die Ausgangssituation

Die Situation Südtirols in der Zwischenkriegszeit versteht man nicht, wenn man nicht mit dem Ersten Weltkrieg ansetzt[2]. Das Gebiet zwischen Ala und Brenner, also das Trentino („Welschtirol“) und Südtirol, war bereits im Frühjahr 1915 Gegenstand der vatikanischen Diplomatie. Offenkundig erwartete die italienische Regierung, der Heilige Stuhl werde in Wien darauf hinwirken, dass Österreich freiwillig auf dieses Gebiet zu verzichten. Das Trentino galt wie Triest als „irredento“ („unerlöst“), da es zwar überwiegend italienischsprachig, aber 1870 nicht zum Königreich Italien gekommen war. Papst Benedikt XV. und sein Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri scheinen dazu bereit gewesen zu sein, in der Hoffnung, auf diese Weise eine Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn zu vermeiden[3]. Am 15. Januar 1915 trug Nuntius Raffaele Scapinelli di Leguigno Kaiser Franz Joseph I. den Wunsch des Papstes vor, Österreich-Ungarn möge sich zum Verzicht auf das Gebiet südlich von Bozen verstehen[4]. Aus historischer Sicht erschien es freilich in Wien kaum akzeptabel, auf die beiden alten Fürstbistümer Brixen und Trient zu verzichten, zumal Bozen und das Unterland damals fast geschlossen deutschsprachig waren und eine derartige Konzession einem Eingeständnis der eignen Schwäche gleichgekommen wäre[5]. Licht auf diese Vorgänge wie auf die Nachkriegspolitik des Heiligen Stuhls fällt von einer bislang kaum beachteten Quelle, den Tagebüchern des Papstvertrauten Carlo Monti, der als Mittelsmann zwischen italienischer Regierung und Vatikan fungierte[6].

Parallel dazu verhandelte Italien bereits mit der Entente und bekam sehr viel mehr versprochen, als man von dem nördlichen Nachbarn erwarten konnte: die Herrschaft bis zum Brenner, Triest, Dalmatien, den Dodekanes. Die „Römische Frage“, der seit 1870 zwischen Vatikan und Quirinal schwelende Konflikt um die päpstliche Souveränität, wurde im Londoner Vertrag

2 Grundlegend: Richard Schober, Tirol zwischen den beiden Weltkriegen. Politik, Parteien und Gesellschaft (= Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 18, Innsbruck 2009).

3 Jörg Ernesti, Benedikt XV. Papst zwischen den Fronten (Freiburg i. Br. et al. 2016) 75–84.

4 Friedrich Engel-Janosi, Österreich und der Vatikan 1846–1918, Bd. 2, Die Pontifikate Pius‘ X und Benedikts XV. (1903–1918) (Graz et al. 1960) 211–226, 240 ff.

5 Engel-Janosi, Österreich und der Vatikan 197 ff.

6 La conciliazione ufficiosa. Diario del Barone Carlo Monti «Incaricato d'affari» del governo italiano presso la Santa Sede (1914–1922), hrsg. von Antonio Scottà, 2 Bände (Roma 1997).

vom April 1914 gleich miterledigt, indem man Italien zusichern ließ, der Heilige Stuhl werde nicht als Friedensvermittler akzeptiert werden und auch nicht an einer zukünftigen Friedenskonferenz teilnehmen dürfen[7]. Obgleich die Bestimmungen des Vertrags nach Kriegsende nicht Eins zu Eins umgesetzt wurden (besonders in Washington schien man nach der vernichtenden Niederlage der Italiener in der Schlacht von Karfreit wenig geneigt, ihnen entgegenzukommen), hielt man bei der Friedenskonferenz doch zumindest an dieser Bestimmung fest. Obgleich dies einerseits für den Vatikan von Vorteil war, insofern man nicht durch die unglücklichen Friedensverträge desavouiert wurde, blieb die eigene Position damit doch geschwächt. Das sollte sich nach 1918 auch in der Südtirolfrage erweisen. Von der Neuregelung der gesellschaftlichen Verhältnisse in dem Land blieb man nach 1918 faktisch ausgeschlossen und konnte allenfalls auf das reagieren, was von anderer Seite vorgegeben war.

2. Schaffung eines kirchenrechtlichen Provisoriums

Durch die Annexion Südtirols war auch die Kirche vor eine schwierige Herausforderung gestellt. Der Hauptanteil des Brixner Bistumsgebietes mit Innsbruck, dem Inntal, dem halben Zillertal, Vorarlberg sowie Osttirol lag nun in Österreich und damit im Ausland. Nur gut ein Drittel der knapp 260.000 Katholiken des alten Bistums lebte südlich des Brenners. An eine effektive Leitung des Nordtiroler Anteils war nicht zu denken. Die Brixner Gebiete südlich des Brenners, die im Wesentlichen das Pustertal, das Wipptal und das obere Eisacktal einschließlich Brixen umfassten, waren als solche kaum lebensfähig. Verwaltung und Priesterseminar schienen nun überdimensioniert, während in Innsbruck eine Bistumsverwaltung und ein Priesterseminar aus dem Boden gestampft werden mussten. Immerhin bestand dort schon an der Universität eine Theologische Fakultät. Vorarlberg hatte bereits eine

7 „France, Great Britain and Russia shall support such opposition as Italy may make to any proposal in the direction of introducing a representative of the Holy See in any peace negotiations or negotiations for the settlement of questions raised by the present war." The Major International Treaties of the Twentieth Century. A History and Guide with Texts, hrsg. von John Ashley et al. (London 2001) 64 ff., Zitat: 66.

eigene Kurie gehabt und war als Sitz eines Weihbischofs relativ unabhängig gewesen. Die Situation wurde dadurch noch komplizierter, dass die Mehrheit der Deutsch-Südtiroler in den zehn Dekanaten lebte, die auch bisher schon zum Bistum Trient gehört hatten, darunter die Bevölkerung des Etschtals mit Bozen und Meran und des Vintschgaus. Hier war bislang eine gewisse Eigenständigkeit durch einen deutschen Kapitelsvikar und eine deutschsprachige Priesterausbildung gewährleistet gewesen. Wie würde es nun unter italienischer Herrschaft weitergehen?

Den alten Fürstbistümern Trient und Brixen war es nach der Säkularisation von 1803 im Vergleich zu den anderen Fürstbistümern im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation verhältnismäßig gut ergangen. Die Bischöfe hatten ihren Titel behalten können. Der Brixner musste seine Residenzen, die Hofburg und Schloss Bruneck, nicht aufgeben. Das Brixner Domkapitel und der Bischöfliche Stuhl hatten ihren umfangreichen Besitz (v.a. Wälder) behalten können. Bedeutende Stiftungen gewährleisteten die Seelsorge in den Dörfern und Städten. Würde Italien die kirchlichen Rechtsverhältnisse unberührt lassen? Immerhin wurde seit 1919 von der Regierung die *congrua*, der Beitrag zum Unterhalt des Klerus, der allen italienischen Diözesen zustand, nach Brixen überwiesen.

Der spätere Salzburger Erzbischof Sigismund Waitz, seit 1913 Weihbischof und Generalvikar von Brixen mit Sitz in Feldkirch, nahm unmittelbar nach Kriegsende Fühlung zu den Siegermächten auf. Er gehörte zeitweise zu den Hauptbefürwortern der Schaffung eines neutralen Freistaates bzw. Fürstentums Tirol mit einem Habsburger an der Spitze[8]. Als junger Priester war er von Aemilian Schöpfer, dem Pionier des Tiroler Pressewesens, zum Chefredakteur der „Brixner Chronik" ernannt worden. Beide einte ihr Engagement in der christlich-sozialen Bewegung. Waitz konnte erreichen, dass der Nuntius bei der italienischen Regierung vorstellig wurde, um den Plan eines Freistaats vorzutragen. Erreichen ließ sich freilich nichts.

Waitz wandte sich auch an den abgedankten Kaiser Karl im Schweizer Exil. Dieser appellierte im Sommer 1919 an den Münchner Nuntius Eugenio

8 Helmut Alexander, Sigismund Waitz. Vom Brixner Weihbischof und Generalvikar von Vorarlberg zum Apostolischen Administrator von Innsbruck-Feldkirch, in: Sigismund Waitz. Seelsorger, Theologe und Kirchenfürst, hrsg. von Ders. (Innsbruck et al. 2010) 173–224; Hans Jablonka, Waitz – Bischof unter Kaiser und Hitler (Wien 1971); Richard Schober, Die Tiroler Frage auf der Friedenskonferenz von St. Germain (Innsbruck 1982) 202–317.

Pacelli (der ihm seit dem Sommer 1917 persönlich bekannt war), der Papst möge sich für die Wahrung der Einheit Tirols aussprechen[9]. Der Kaiser, der sich während der Friedenskonferenz auch bei den Siegermächten für die Einheit Tirols einsetzte, musste sich wohl nicht lange bitten lassen, hatte er doch ein sehr vertrautes Verhältnis zu Benedikt XV. Der Papst hatte sich am Ende des Krieges für den Erhalt der Donaumonarchie ausgesprochen. Später sollte er ihn zweimal ermutigen, in Ungarn eine Restauration ins Werk zu setzen. Nach dem zweiten gescheiterten Versuch unterstützte er ihn im Exil, auch materiell[10].

Wenn die staatliche Einheit Tirols gewahrt blieb, galt das natürlich auch für die kirchliche. Eine Tiroler Delegation wandte sich daher an den Papst, unterstützt durch Waitz, um ihn für die Unterstützung einer Volksabstimmung über die Einheit Tirols zu gewinnen. Wie positionierte sich nun der Papst? Gegenüber Carlo Monti erklärte Benedikt XV., er werde sich in dieser Frage Zurückhaltung auferlegen, da er bei der römischen Regierung nichts erreichen, lediglich die vatikanische Position schwächen könne. Man darf nicht vergessen, dass er in patriotischer Hinsicht keine Blößen zeigen wollte, waren doch nach der Niederlage von Karfreit Vorwürfe laut geworden, der Pontifex trage durch seine Verurteilung des Krieges als „unnützes Blutvergießen" eine Mitschuld[11]. Tausende Soldaten hatten unter Berufung darauf die Front verlassen. Gleichwohl schwenkte man im Vatikan auch nicht auf die Regierungslinie ein. Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri ließ den Ministerpräsidenten Vittorio Emanuele Orlando, der soeben aus Protest über die aus italienischer Sicht nicht eingehaltenen Zusagen des Londoner Vertrages die Pariser Friedensverhandlungen verlassen hatte, im Frühjahr 1919 wissen, er halte *die Vereinigung mit Südtirol, wo es jenseits von Bozen keinen einzigen Italiener gibt, für einen Irrtum*[12].

Benedikt XV. und Gasparri waren erfahrene Diplomaten aus der Schule Leos XIII. Pragmatisch und geschickt wurde nun die Neuordnung

9 Elisabeth Kovács, Papst Benedikt XV. und die Restaurationsbemühungen des Kaisers und Königs Karl von Österreich, in: Archivum Historiae Pontificiae 27 (1989) 357–399.

10 Ernesti, Benedikt XV 149–160.

11 Scottà, Diario del Barone Carlo Monti (2) 407 f. (14.12.1918) und 439 f. (23.2.1919).

12 Scottà, Diario del Barone Carlo Monti (2) 466 (24.4.1919); Ebd. 473 (13.5.1919); Ebd. 504 (18.11.1919). (Übers. d. Verf.)

der kirchlichen Verhältnisse angegangen, indem man einerseits die eigene Unparteilichkeit demonstrierte, andererseits einer weiteren politischen Entwicklung nicht vorgriff[13]. Als Entgegenkommen in Richtung der italienischen Regierung wird man zu deuten haben, dass die seit der ottonischen Zeit bestehende Verbindung Brixens mit dem Erzbistum Salzburg, dem Sitz des *Primas Germaniae,* gekappt wurde (1920 für Brixen, 1921 für Trient). Die Ausübung kirchlicher Jurisdiktion durch Ausländer wäre im politischen Rom nicht vermittelbar gewesen. Freilich wurde vorerst keine neue Kirchenprovinz geschaffen, sondern es wurden Brixen und Trient direkt dem Heiligen Stuhl unterstellt – aus kirchenrechtlicher Sicht ein Provisorium, das in der gegenwärtigen Situation gut geeignet schien[14]. Den Österreichern kam der Heilige Stuhl dadurch entgegen, dass die Gebiete nördlich des Brenners vorerst nicht in den Rang einer eigenen Diözese erhoben wurden, sondern in Innsbruck lediglich ein Apostolischer Administrator eingesetzt wurde, der direkt dem Heiligen Stuhl unterstellt blieb und quasi die Kompetenzen eines Ortsordinarius hatte. Am 21. März 1921 erhielt der österreichische Teil der Diözese Brixen den Titel *Apostolische Administratur Innsbruck-Feldkirch*. Die Priester konnten selbst entscheiden, ob sie nördlich oder südlich des Brenners tätig sein wollten.

Damit war die Bistumseinheit formell gewahrt. Der Vatikan blieb konsequent auf dem einmal eingeschlagenen Weg, mit einer dann nicht mehr provisorischen Neuordnung der Bistumsgrenzen zuzuwarten, bis der politische Konflikt um Südtirol endgültig beigelegt war. Erst 1964 sollte es zur Neugründung des Bistums Brixen in den Grenzen der Provinz Südtirol, der Gründung einer Diözese Innsbruck und der Einrichtung einer Kirchenprovinz Trient mit dem einzigen Suffraganbistum Brixen kommen. Der Vatikan greift grundsätzlich territorialen Regelungen zwischen Staaten nicht durch eigene Grenzziehungen vor, wie man sehr anschaulich im Hinblick auf den Parallelfall DDR zeigen kann. Auch dort blieben die ostdeutschen Territorien mit den westdeutschen Mutterdiözesen nominell verbunden, gleichzeitig

13 Gianni Faustini, Die katholische Kirche als Institution. Das langwierige Problem der Diözesangrenzen, in: Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert, Bd. 1 (= Pubblicazioni del Museo Storico in Trento: Grenzen 5), hrsg. von Giuseppe Ferrandi (Trient 2007) 657–667.

14 Scottà, Diario del Barone Carlo Monti (2) 518 (18.12.1919); Acta Apostolicae Sedis 13 (1921) 226 (25.4.1921).

wurden Apostolische Administraturen als „Quasi-Bistümer" geschaffen, um die Kirchenleitung vor Ort pragmatisch zu gewährleisten.

Nicht nur durch die Etablierung provisorischer Strukturen, sondern auch personalpolitisch kam man den Tirolern entgegen. Nicht anders wird man die Ernennung des umsichtigen und sozialpolitisch ambitionierten Sigismund Waitz zunächst zum *Delegatus Sanctae Sedis*, ab dem 9. April 1921 zum Apostolischen Delegaten für die alten Brixner Gebiete in Österreich zu deuten haben. An sich wäre er der geborene Kandidat für den seit dem 18. Mai 1918 vakanten Brixner Stuhl gewesen, doch hätte die italienische Regierung aufgrund seiner politischen Positionen sicher nicht ihr Placet, das erforderliche *Exequatur*, gegeben. Einen Brixner Weihbischof zum Quasi-Bischof von Innsbruck zu bestellen, schien ein idealer Schachzug. Ludwig von Pastor kolportiert die Begründung Benedikts XV. für seine Wahl: *Entscheidend war ihre [= die österreichische] Vorstellung, dass die Abtrennung Nordtirols von den Feinden der Kirche als Sanktion des Friedens von St. Germain ausgebeutet werden dürfte*.[15] Der Papst hatte bei dieser Entscheidung nicht nur die internationale Politik, sondern auch die Menschen vor Ort im Blick: *Wir wollen nicht durch eine Abtrennung Nordtirols auf den Friedensvertrag von St. Germain das Siegel drücken und der bereits schwer getroffenen Bevölkerung einen neuen Schmerz beifügen*.[16]

3. Die zwanziger Jahre: Ungelöste Fragen und neue Konflikte

Mit diesen rechtlichen und personellen Regelungen war freilich nur der Rahmen abgesteckt. Nun musste sich erweisen, wie die einzelnen Beteiligten ihn mit Leben füllen würden.

Heikel blieb die Situation für die deutschen Gebiete des Bistums Trient. Das lag sicher nicht an Fürstbischof Celestino Endrici[17]. Dieser hatte im Germanikum in Rom studiert, war 1904 durch den Kaiser zum Bischof nominiert worden. Inwieweit er von irredentistischen Vorstellungen bestimmt war, ist schwer zu sagen. Jedenfalls war er 1916 unter Hausarrest gestellt

15 Ludwig von Pastor, Tagebücher, Briefe, Erinnerungen (Heidelberg 1950) 704.

16 Ebd. 708.

17 Celestino Endrici (1866-1940)–Vescovo di Trento (= Tagung Trient, 23.5.1991) (Trient 1992).

worden. Wien hatte seine Abberufung betrieben, ihn zeitweise in Heiligenkreuz interniert. Nach dem Krieg kehrte er im Triumph in seine Bischofsstadt zurück, von seinen italienischen Diözesanen wie eine Bekenner verehrt, von seinen deutschsprachigen Gläubigen immerhin geachtet. Der Annexion Südtirols stand er skeptisch gegenüber[18]. Bereits vor dem Weltkrieg scheint er zwar eine Abtrennung seiner deutschsprachigen Bistumsgebiete befürwortet zu haben, als aber am 5. August 1922 der Brixner Fürstbischof Raffl zum Administrator für diese ernannt wurde, intervenierte er im kirchlichen und politischen Rom, so dass die Maßnahme bereits zwei Wochen später revoziert wurde[19]. Faktisch beließ er den 10 deutschen Dekanaten, für die er einen Provikar ernannte, eine gewisse Eigenständigkeit[20]. Das zeigte sich auch, als der Religionsunterricht in italienischer Sprache erteilt werden sollte und die deutschsprachigen Kleriker ihre Mitwirkung verweigerten. In der Folge wurde in den deutschen Dekanaten Trients mit Duldung Endricis ähnlich vorgegangen wie in der Diözese Brixen und pfarrlicher Unterricht erteilt[21]. Parallel zum *Vinzentinum* in Brixen bildete das Kleine Seminar *Johanneum* in Dorf Tirol geistlichen Nachwuchs aus, wegen der Schließung des Benediktinergymnasiums in Meran nun auch mit eigener Schule. Gegenüber den Faschisten wurde er immer wieder zum Anwalt der Katholiken in Meran und Bozen, was einem Italiener leichter fallen musste als einem deutschsprachigen Südtiroler.

Den jungen Trentiner Politiker Alcide De Gasperi förderte Endrici schon vor dem Großen Krieg, übertrug ihm die Leitung seiner Kirchenzeitung und unterstützte ihn nach 1918 ideell bei der Gründung des christdemokratischen Partito Popolare im Trentino. Dieser errang hier 1921 einen großen Wahlsieg. Kirchenzeitung und Partei wurden 1926 verboten. Senator Ettore Tolomei, Motor und Ideengeber der Italianisierung des „Alto Adige", schlug dem italienischen Innenminister vor, beim Vatikan darauf zu dringen, den Bischof in eine römische Kongregation abzuberufen. Der Vatikan

18 Schober, Die Tiroler Frage 203 ff.

19 Heiss, Schutzmacht und Ohnmacht 96; Gelmi, Geschichte der Kirche 375 ff.; Faustini, Die katholische Kirche 657 ff.

20 1917–1928 war dies Balthasar Rimbl, auf ihn folgte Joseph Kögl.

21 Rolf Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente (Innsbruck et al. 1999) Dok. 13, 41 f. vom September 1926: Eingabe der Geistlichkeit des deutschen Anteils der Diözese Trient an Endrici, Dok. 14, 43 f. an den Provikar in derselben Sache.

dagegen erhob Trient zum Erzbistum, und Endrici wurde 1929 erster Erzbischof. Schwierig einzuschätzen ist freilich seine Rolle bei der Einweihung des faschistischen Siegesdenkmals in Bozen, das er in Gegenwart Viktor Emanuels III. segnete.

In Innsbruck baute Sigismund Waitz bis zu seiner Abberufung im Jahr 1938 quasi-diözesane Strukturen auf. Hier traf er auf seinen alten Mentor Aemilian Schöpfer, der nach dem Krieg interimistisch Landeshauptmann von Tirol gewesen war und nun von Innsbruck aus das Presseunternehmen „Tyrolia" leitete, in dessen Organen der Gedanke der Tiroler Einheit hochgehalten wurde. Das gilt auch für die Südtiroler Zeitungen, die freilich ab 1921 auf Weisung des Bozner Provinzpräfekten in die Eigenständigkeit entlassen werden mussten.

In der Rumpfdiözese Brixen wurde die Situation nach der faschistischen Machtübernahme im Oktober 1922 zunehmend schwieriger[22]. Aus Sicht des Systems war dieses Gebiet problematischer als die deutschen Dekanate von Trient. Jene standen unter einem italienischen Bischof und waren eingebunden in ein mehrheitlich italienisches Bistum. Das Bistum Brixen dagegen war fast ausschließlich deutsch-ladinisch geprägt. Von daher stellte sich die Frage der Nationalität des Oberhirten hier mit einiger Dringlichkeit. Erst am 29. April 1921 konnte nach dreijähriger Vakanz der Bischofsstuhl durch die Ernennung Johannes Raffls wieder besetzt werden[23]. Es war die erste freie päpstliche Ernennung nach dem Wegfall des kaiserlichen Nominationsrechtes. Seit dem Frühjahr 1918 hatte Franz Schmid als Kapitelsvikar das Bistum geleitet, mehr Verwalter als Gestalter und von Waitz offenkundig *in politicis* in den Schatten gestellt. Bis zum faschistischen „Marsch auf Rom" gab es keine größeren Konflikte mit der italienischen Politik. Als Zeichen dafür mag gedeutet werden, dass der König das *Exequatur* für Raffl problemlos aussprach. Seit 1922 begannen dann die Schikanen gegen die Brixner Kirche. Sie betrafen zunächst das Kleine Seminar *Vinzentinum* in Brixen. Österreichischen Konviktualen wurde ab 1926 die Einreise verweigert und dem

22 Alfons Gruber, Südtirol unter dem Faschismus (= Schriftenreihe des Südtiroler Kulturinstituts 1, Bozen ^{3}1978); Sergio Benvenuti, Sergio: La diocesi di Bressanone e la „questione nazionale" dell'Alto Adige nella politica del governo fascista, in: Studi trentini di scienze storiche 56 (1977) 397–451.

23 Gelmi, Geschichte der Kirche 232–249.

Haus damit das Wasser abgegraben. Eine Schließung des Gymnasiums der Augustiner-Chorherren und des Lyzeums der Englischen Fräulein in Brixen ließen sich nicht vermeiden. Weitreichender noch war die 1923 eingeführte Vorschrift („Lex Gentile"), den gesamten Unterricht, also auch den Religionsunterricht, in deutscher Sprache abzuhalten[24]. Das Leben in der Pfarrei (Predigt, Katechese, Vereine) war damit ein letztes Refugium, das dem Italianisierungsdruck entzogen war. Allerdings intervenierte auch hier der Staat: Selbst die Taufnamen und die Namen auf den Grabsteinen mussten italianisiert werden. Da der Religionsunterricht damals noch fast ausschließlich von Priestern erteilt wurde, war die Mitwirkung des Bischofs bei der Umstellung der Sprache vonnöten. Raffl machte hier nicht die geringste Konzession und konnte mithilfe des Heiligen Stuhls erreichen, dass die Maßnahme zurückgenommen wurde. Er wusste sich dabei getragen von der einmütigen Unterstützung seiner deutschsprachigen Gläubigen. 1926 bestand die Regierung allerdings wieder auf dem Italienischen, so dass man sich mit pfarrlichem Unterricht behelfen musste, der bis 1928 flächendeckend angeboten wurde. Im Vorfeld und im Gefolge des Konkordats kehrte der deutschsprachige Religionsunterricht dann wieder in die Schulen zurück.

In Südtirol war das Pressewesen traditionell kirchlich geprägt[25]. Der Priester Aemilian Schöpfer hatte 1907 den Bozner und den Brixner „Pressverein" zur „Tyrolia GmbH" vereinigt. Auch die Umsiedlung des Verlages nach Innsbruck acht Jahre später entsprach seinem Wunsch. Er selbst leitete das Unternehmen bis zu seinem Tod, zuletzt in der Funktion des Vorsitzenden des Verwaltungsrates, seit 1921 allerdings nicht mehr als Präsident für den Südtiroler Unternehmenszweig. 1921 wurde die Verbindung nach Innsbruck gekappt, und es musste in Südtirol auf den Namen „Tyrolia" verzichtet werden. Unter Kanonikus Michael Gamper, Schöpfers Zögling und Statthalter im Süden, nannte sich der Südtiroler Unternehmenszweig erst „Vogelweider", ab 1936 „Athesia". Für die weitere Entwicklung war es nun von Bedeutung, dass das Unternehmen bestehen bleiben konnte. Offenbar wurde Mussolini das Anliegen von Pietro Tacchi Venturi SJ vorgetragen, der als inoffizieller

24 Gruber, Südtirol unter dem Faschismus 197 ff.

25 Erwin Brunner, Die deutschsprachige Presse in Südtirol von 1918–1945 (Dissertation, Wien 1979) 68 ff.; Leopold Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin. 1919–1939 (Wien et al. 1980) 132–143.

Mittelsmann zwischen Vatikan und dem Duce fungierte. Tatsächlich gab die Bozner Präfektur 1926 ihre Zustimmung zum Erscheinen des Wochenblattes „Volksbote" und der „Dolomiten", die an drei Werktagen der Woche erschienen.[26] Beide Zeitungen waren im Vorjahr verboten worden. Im „Katholischen Sonntagsblatt", das von der Kurie herausgegeben wurde, ebenfalls als Produkt des „Vogelweider", hatten die in der Katholischen Aktion organisierten Verbände seit 1927 ein Sprachrohr. Daneben konnte eine Vielzahl weiterer kirchlicher Zeitschriften und Kalender, die durch den Konkordatsartikel über die Katholische Aktion geschützt waren, gedruckt werden. Obgleich sich diese Organe unpolitisch geben mussten und die herrschende Ideologie nicht offen (allenfalls *implicite*) in Zweifel ziehen durften, boten sie doch einen in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzenden kulturellen Freiraum. Man konnte sich als Deutscher geben, wenn man die Produkte aus Bozen las. Dass nun in einem katholisch geprägten Verlagshaus, unter der Ägide des Priesters Michael Gamper, Zeitungen gedruckt werden konnten, trug zur Erhaltung der deutschen Identität bei. Das war nicht wenig, wenn man die seit 1922 massiv betriebene Italianisierung aller Bereiche des öffentlichen Lebens als Kontext berücksichtigt. Von einem „klerikal-konservativen Tyrolia-Vogelweider-Monopol" zu sprechen, ist daher unterkomplex[27]. Gamper wurde durch seine Präsenz in der hauseigenen Presse auch zur inoffiziellen Führungsfigur der deutschen Katholiken im (Erz-)Bistum Trient, zumal sich Endrici mit gesellschaftspolitischen Stellungnahmen nördlich von Salurn erkennbar zurückhielt.

Wesentlich schwieriger als das Überleben der deutschsprachigen Presse gestaltete sich die Neubesetzung des Brixner Bischofsstuhl nach dem Tod Raffls im Juli 1927. Der Ordinariatskanzler Josef Mutschlechner wurde dem Kirchenrecht entsprechend zum Kapitelsvikar gewählt[28]. Der Prälat kannte auch die Innsbrucker Seite der alten Diözese gut, hatte er doch bis zur Gründung der dortigen Administratur die dortige Filiale des Brixner Or-

26 Zu den Vorgängen äußerte sich Gamper selbst in den Dolomiten vom 6.12.1952, S.1; Rolf Steiniger, Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit (Innsbruck 2004) 152 ff.

27 Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin 132.

28 Josef Innerhofer, „Bestverdienter Mann der Diözese". Prälat Josef Mutschlechner, Apostolischer Administrator und Dompropst von Brixen (1876–1939), in: Kunst und Kirche in Tirol, hrsg. von Josef Nössing, Helmut Stampfer (= FS Karl Wolfsgruber, Bozen 1987) 187–211.

dinariates als Kanzler geleitet und quasi die Amtsgeschäfte dieses Gebietes geführt[29]. Seine förmliche Ernennung zum Brixner Bischof scheiterte am Veto der faschistischen Regierung, die keinen deutschsprachigen Kandidaten als Bischof dulden wollte. Allerdings wich der Vatikan auch nicht der Gewalt, indem ein den Faschisten genehmer Bischof ernannt wurde, sondern man hielt an Mutschlechner fest. Am 13. Oktober 1928 wurde er von Pius XI. zum Apostolischen Administrator ernannt und konnte damit die Diözese verwalten, ohne die Vollmachten eines geweihten Bischofs zu besitzen.

Harte Kämpfe hatte Mutschlechner in der Folge um das Überleben des *Vinzentinums* zu bestehen. Als der Unterricht in allen Schulen völlig auf Italienisch umgestellt werden sollte, einschließlich des Religionsunterrichtes, unterstützte er nachhaltig die Gründung von Pfarrschulen und verbot seinen Priestern die Erteilung von Religionsunterreicht an öffentlichen Schulen (1928). Auch den Unterricht in den anderen Fächern, der in den geheimen, seit 1925 verbotenen „Katakombenschulen" organisiert wurde (nicht zuletzt mithilfe der Unterstützung des „Vereins für das Deutschtum im Ausland"), betrachtete er mit Wohlwollen und hinderte Kleriker nicht, sich an dem Werk zu beteiligen[30]. Der „Presseapostel" Michael Gamper zählte auch zu den führenden Köpfen des geheimen deutschen Schulwesens.

Mutschlechners Bemühungen, die deutschsprachigen Dekanate des Bistums Trient an Brixen anzugliedern, scheiterten am Widerspruch Endricis und der Provinzregierung. Den Faschisten war er wegen seiner unbeugsamen Haltung sicher nicht genehm. 1929 wurde etwa kurioserweise sein Schreibtisch konfisziert, da er sich geweigert hatte, an Wahlen teilzunehmen. 1929 wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt, weil im Amtsblatt die verbotenen deutschen Ortsnamen verwendet worden waren. Der volkstümliche, aber in der Nationalitätenfrage wenig konziliante Mann kam also auch nach dem Konkordat von 1929 nicht als Bischof in Frage.

29 Innerhofer, Bestverdienter Mann 187–211.

30 Maria Villgrater, Katakombenschule. Faschismus und Schule in Südtirol (Bozen 1984).

4. Nach den Lateranverträgen von 1929

Anders als die anderen nicht-faschistischen Organisationen, die 1928 durch Mussolini verboten worden waren, genoss die Katholische Aktion den Rechtsschutz des Konkordats von 1929. Besonders die katholische Jugend in Südtirol wurde zum Ort der Pflege deutscher Kultur. Hier taten sich besonders der Bozner Priester Josef Ferrari, Diözesanassistent der Katholischen Aktion, und der Bozner Jugendführer Josef Mayr-Nusser hervor, die die jungen Leute zu mobilisieren wussten. Letzterer wurde 1944 zur SS eingezogen und starb als Märtyrer, da er den Eid verweigerte[31].

War nach dem Konkordat zeitweise wieder deutscher Religionsunterricht an den Schulen erteilt worden, wurden schon ab 1932 verstärkt italienische Priester angestellt, um den Unterricht zu erteilen[32]. Mit der massenhaften Ansiedlung von italienischen Arbeitern und ihren Familien, v.a. in Bozen, stellte sich allmählich auch das Problem der seelsorglichen Betreuung der Katholiken italienischer Sprache, besonders in der Provinzhauptstadt Bozen. Es fehlte nicht an italienischen Priestern, die mit den neuen Bürger aus dem Süden gekommen waren. In der Anfangszeit konnten in den bestehenden Kirchen problemlos auch Messen in italienischer Sprache gefeiert werden[33].

Nach dem Konkordat konnte die Regierung nun nicht mehr auf einen Bischof mit italienischer Muttersprache bestehen, sondern allenfalls die Kenntnis des Italienischen verlangen. Am 2. April 1930 wurde Dr. Johannes Geisler, Professor am Priesterseminar Brixen, zum Bischof ernannt[34]. Während seines Studiums im Germanikum in Rom hatte der gebürtige Zillertaler das Italienische erlernt. Gegenüber dem Regime zeigte er sich zunächst verständigungsbereit. Bezugnehmend auf sein Wappen, das zwei verschränkte Hände zeigt, formulierte er in seinem ersten Hirtenbrief: *Die Liebe darf nicht eingeschränkt sein auf Rassen oder Klassen oder Parteien oder Blutsverwandte oder Freunde – sie muss allgemein sein, sie muss sich auf alle erstrecken, die*

31 Piersandro Vanzan, Josef Mayr-Nusser. Obiettore di coscienza e martire, in: La Civiltà Cattolica 159 (2008) 39–48.

32 Gruber, Südtirol unter dem Faschismus 159–163.

33 Die Anfänge der Seelsorge in italienischer Sprache und der Aufbau pfarrlicher Strukturen stellen ein Desiderat der Forschung dar.

34 Josef Gelmi, Fürstbischof Johannes Geisler (1882–1952). Eines der dramatischsten Kapitel der Südtiroler Geschichte (Brixen 2003).

ein Menschenantlitz tragen.[35] Das war ein Angebot, zur Versöhnung zwischen den Sprachgruppen beizutragen und sich als Bischof aller Südtiroler zu verstehen. Seit 1933 stand ihm Alois Pompanin als Generalvikar zur Seite, der als Ladiner von einer antiitalienischen Haltung geprägt war (Mussolini erkannte die Ladiner nicht als eigene Volksgruppe an, sondern betrachtete das Ladinische als italienischen Dialekt).

Doch bald schon wurde die Konzilianz des Bischofs durch das faschistische Regime auf die Probe gestellt. Geistliche wurden ausgewiesen, italienische Geistliche spendeten ohne die nötige Ermächtigung durch den Ortsordinarius Sakramente, die kirchlichen Vereine wurden behindert. Orden wurden von ihren österreichischen Provinzhäusern getrennt, Ordenshäuser Italienern übergeben (etwa der Wallfahrtsort Maria Weißenstein der Serviten). Proteste beim Provinzpräfekten blieben wirkungslos. Dass Geisler sehr ernüchtert über die staatlichen Maßnahmen gegen die Kirche war, zeigt der Statusbericht, den er am 9. Januar 1936 an Giuseppe Pizzardo, den Sekretär der Kongregation für die außerordentlichen Angelegenheiten der Kirche, übersandte[36]. Er beklagt die Unterdrückung der deutschen Taufnamen, die sogar auf den Grabsteinen nicht verwendet werden durften. Es komme zu politisch motivierten Inhaftierungen und Deutsche verlören ihre Arbeit. Auf den Ämtern werde nur noch Italienisch gesprochen, und der Unterricht in deutscher Sprache sei ausgerottet. *Man darf sich schließlich nicht wundern, dass die deutsche Bevölkerung Abneigung hegt gegen das neue Vaterland Italien oder gegen alles, was italienisch ist*.[37] Die Regierenden hätten nichts getan, um die Bevölkerung zu gewinnen, im Gegenteil.

Neben diesen Beobachtungen allgemeiner Art äußert sich der Bischof auch zum gegenwärtigen Abessinienkrieg und damit zu einem in politischer Hinsicht heiklen Thema. Die deutsche Bevölkerung sei geschlossen gegen den Krieg und sehe ihn als einen ungerechtfertigten Angriff auf einen wehrlosen Gegner an. Um den Krieg zu unterstützen, waren die Eheleute in ganz Italien aufgerufen, ihre Eheringe abzuliefern und gegen eiserne Eheringe mit eingraviertem Parteisymbol einzutauschen. Auch Königin Elena hatte publikumswirksam ihren Ring abgeliefert. Überall im Land segneten Priester die

35 Hirtenbrief vom 28.7.30: Gelmi, Fürstbischof Johannes Geisler, Dok. 29 158–162, Zitat: 157.

36 Gelmi Fürstbischof Johannes Geisler, Dok. 32 171–191.

37 Ebd. 175. (Übers. d. Verf.)

neuen Ringe und brachten so die Billigung der Kirche zu der Aktion, indirekt auch zum „vaterländischen Krieg" zum Ausdruck. Er selbst habe den Klerus in der Angelegenheit zur Neutralität angehalten, so Geisler. In den Bistümern Trient und Brixen verweigere sich jedoch die deutschsprachige Bevölkerung fast geschlossen dem Aufruf des Duce[38]. Um ihn, den Bischof, zu provozieren, hätten Militärkapläne gegen seinen ausdrücklichen Willen auf dem Brixner Domplatz eine Heilige Messe gefeiert und Ersatzringe gesegnet. Der Bischof warnt, dass das willfährige Auftreten von Priestern der Glaubwürdigkeit der Kirche schade und den Hass der Bevölkerung gegen die „Unterdrücker"[39] weiter nähre. Das mochte als Hilferuf zu verstehen sein, den allzu vaterländisch gesinnten italienischen Klerus in Südtirol im Zaum zu halten.

Ferner berichtet der Bischof nach Rom, dass er gehalten sei, es der Präfektur zu melden, wenn er seine Residenz verlasse. Er bekomme dann Geleitschutz gestellt. Es werde also seine Freiheit eingeschränkt, er solle eingeschüchtert werden, und er werde ständig überwacht[40].

Interessant scheint, dass Geisler, dem man nach außen hin keinen Hang zum Politisieren vorwerfen konnte, sich hier zum Sprachrohr nicht nur des Kirchenvolkes, sondern der gesamten Südtiroler Bevölkerung machte. Wohl kaum konnte er allerdings erwarten, dass der Vatikan in der Sache der Südtiroler interveniere. War es die Attitüde des *Fiat iustitia pereat mundus*, die ihn solches vortragen ließ – eine Haltung, die ihn schließlich auch an einer Zukunft in Italien verzweifeln und für Deutschland optieren lassen sollte?

Als der italienische Kronprinz Umberto und seine Frau Maria Josè 1938 eine Reise in die Provinz „Alto Adige" planten, wurde ihm vom Provinzpräfekten Giuseppe Mastromattei dringend nahegelegt, die hohen Gäste auf Burg Bruneck zu empfangen[41]. Als Geisler als Bedingung vorbrachte, dass zuvor alle politischen Gefangenen freigelassen und die Entlassenen wiedereingestellt würden, um so zur Befriedung der Situation beizutragen und ihn selbst nicht in den Augen der deutschen Bevölkerung zu desavouieren, ging

38 Ebd. 175 ff. 188 ff. Petra Terhoeven, Eheringe für den Krieg. Die Geschichte eines faschistischen Gedächtnisorts, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 54 (2006) 61–85, 76 f.

39 „Oppressori": Gelmi, Fürstbischof Johannes Geisler, Dok. 32 190.

40 Ebd. 184–187.

41 Gelmi, Fürstbischof Johannes Geisler, Dok. 33 192: Brief Geislers an Präfekt Giuseppe Mastromattei vom 5. Mai 1938.

der Präfekt nicht darauf ein, sondern verwies auf die Möglichkeit, dem Kronprinzen sein Anliegen am Rande des Diners vorzubringen. Der Bischof erklärte sich einverstanden und lud im kleinen Kreis nach Bruneck ein[42]. In der Tat kam es nach Aufhebung der Tafel zu einem kurzen Vieraugengespräch[43].

5. Der Schatten des Nationalsozialismus

In den Jahren 1929–1933 war die Schraube gegen die deutsche Bevölkerung Südtirols eher gelockert worden. Dann jedoch bekamen die deutschsprachigen Gläubigen einen schärfer antideutscher Kurs zu spüren. Schikanen gegen Geistliche nahmen zu. Vermehrt wurden italienische Geistliche eingeschleust[44].

Am 26. Juni 1939 kam es zum Abkommen zwischen der italienischen und der deutschen Regierung und der Möglichkeit, eine Option für Deutschland vorzunehmen[45]. Jene Personen, die für Deutschland stimmten, sollten andernorts geschlossen angesiedelt werden, nach Hitlers Vorstellung in den neu zu erobernden Gebieten im Osten. 87% der Bevölkerung optierten für Deutschland, 75.000 Menschen wurden bereits während des Krieges umgesiedelt. Die wichtigsten die Kirche betreffenden Dokumente wurden von Josef Gelmi aufwendig ediert (jeweils mit anastatischem Nachdruck)[46].

Fürstbischof Geisler scheint zunächst noch geglaubt zu haben, eine neutrale Position einnehmen zu können. Ob er ermessen konnte, dass eine Option für Deutschland auch eine Option für den Nationalsozialismus darstellte, ist schwer zu sagen[47]. Jedenfalls sind bis 1945 keine Äußerungen aus seinem Mund überliefert, die auf eine Sympathie für diese Weltanschauung

42 Gelmi, Fürstbischof Johannes Geisler, Dok. 35–36 198 f. vom 9.5.1938.

43 Gelmi, Fürstbischof Johannes Geisler 43–52.

44 Heiss, Schutzmacht und Ohnmacht 96; 105–109; Horst Schreiber, Nationalsozialismus und Faschismus in Tirol und Südtirol. Opfer, Täter, Gegner (= Nationalsozialismus in den österreichischen Bundesländern 1, Innsbruck et al. 2008). Die Rolle der Kirche wird fast vollständig ausgeblendet.

45 Josef Gelmi, Kirche und Option, in: Die Option der Südtiroler, hrsg. von Rudolf Lill (= Südtiroler Kulturinstitut: Schriftenreihe des Südtiroler Kulturinstitutes 16, Bozen 1991) 161–176.

46 Gelmi, Fürstbischof Johannes Geisler.

47 Josef Gelmi, Warum hat Geisler 1940 für Deutschland optiert? in: der Schlern 63 (1989) 372–381.

schließen lassen. Am 27. Oktober 1939 erging eine Weisung an den Klerus, keine Propaganda für die Option oder für das Dableiben zu machen. Priester sollten sich auf die geistliche Betreuung der betroffenen Menschen konzentrieren[48]. Er persönlich war von Anfang an pessimistisch, glaubte nicht daran, dass die deutsche Volksgruppe in Südtirol verbleiben könne, sondern rechnete mit Umsiedlungen von Nicht-Optanten. Dies schien er auch dem vatikanischen Staatssekretariat mitgeteilt zu haben, wie aus einem Gespräch zwischen Außenminister Graf Ciano und dem Nuntius Francesco Borgoncini Duca im November 1939 hervorgeht. Ciano bemerkte: *Versichern Sie ruhig Seiner Eminenz* [= Kardinalstaatssekretär Luigi Maglione] *in meinem Namen, dass die Bevölkerung nicht umgesiedelt wird* (…) *Sie sind frei, weiterhin in Südtirol zu leben.*[49] Geisler wandte sich am 2. Dezember an den Papst selbst und schilderte ihm seine Gewissensnot[50].

Die Neutralität der Bistumsleitung wurde freilich immer mehr als Parteinahme zugunsten der Option gedeutet, zumal sich im Klerus eine Mehrheit für das Dableiben herauskristallisierte. Offenkundig um den Bischof unter Druck zu setzen, seine Haltung aufzugeben, wurde eine Befragung im Klerus durchgeführt, die ihm mit Datum vom 12. Dezember 1939 von Dompropst, Domdekan und Regens des Priesterseminars präsentiert wurde. Demnach wollten 211 von 233 Priestern in Brixen bleiben und nicht optieren[51]. Unter den Befürwortern des Dableibens tat sich vor allem Michael Gamper hervor, der unter hohem Risiko für seine Person werbend von Ort zu Ort zog.

In einem flammenden Appell wandten sich die genannten drei Würdenträger am 22. Januar noch einmal brieflich an ihren Oberhirten: „Der Diözesanklerus bittet aus ganzem Herzen, dass unsere Diözese samt ihren ganzen Einrichtungen erhalten bleibe und dass auch der gegenwärtige Fürstbischof Dr. Johannes Geisler die Diözese weiter leite.“[52] Es sollte also auch

48 Gelmi, Fürstbischof Johannes Geisler, Dok. 38 201 (auch bei Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert, Dok. 21 79).

49 Gelmi, Fürstbischof Johannes Geisler, Dok. 40 208 f. (Zitat 209, 24.11.1939). (Übers. d. Verf.)

50 Gelmi, Fürstbischof Johannes Geisler, Dok. 41 210 f.

51 Gelmi, Fürstbischof Johannes Geisler, Dok. 42 211 f. Der Bischof hatte die Befragung erlaubt.

52 Gelmi, Fürstbischof Johannes Geisler, Dok. 45 219–225 (Zitat: 219; Hervorhebung im Original).

der geringste Anschein vermieden werden, die ganze Aktion sei eine Fronde gegen den Bischof. Die Absender waren wohl realistischer als dieser, wenn sie darauf hinwiesen, dass die Option für Deutschland auch eine Option für den Nationalsozialismus impliziere: „Es hat sich immer klarer gezeigt, dass die Propaganda für die deutsche Staatsbürgerschaft in Wirklichkeit ein Werben um die Zugehörigkeit zum Nationalsozialismus ist."[53] Um die kirchenfeindliche Haltung jener Ideologie zu verdeutlichen, wird auf die Enzyklika „Mit Brennender Sorge" aus dem Jahr 1937 verwiesen, die in Südtirol bezeichnenderweise nicht veröffentlicht worden war. Geisler wird aufgerufen, sich für den Erhalt seines Bistums einzusetzen. Die Priester könnten vor Ort am besten gegen den Nationalismus und für die Versöhnung der Volksgruppen wirken. Man konnte sich auch darauf berufen, dass Erzbischof Endrici in Trient der Option sehr viel skeptischer gegenüberstand und die Sorgen seiner deutschsprachigen Gläubigen zu zerstreuen suchte, dass man umgesiedelt werde, wenn man nicht für Deutschland optiere[54]. Der Fürstbischof hatte sich entsprechend am 1. Dezember 1939 im Volksboten geäußert, gegen den Willen Pompanins und Geislers

Geisler saß damit zwischen den Stühlen. Die Mehrheit der Bevölkerung optierte für Deutschland, und auch sein Generalvikar tendierte in diese Richtung, während die Mehrheit seines Klerus nicht optieren wollte. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die Denkschrift, die der Fürstbischof am 11. März 1940 an Pius XII. übersandte[55]. Hier schildert er zunächst die Haltung seines Klerus in der Frage der Option. Die Dableiber wollten in Zukunft möglichst viel Deutsches bewahren, was zu großen Konflikten führen müsse, da die Regierung Südtirol „möglichst bald vollständig italienisch machen" wolle[56]. Er verweist auf 20 Jahre Unterdrückung alles Deutschen in Südtirol, sowohl in wirtschaftlicher als auch in kultureller Hinsicht. Deshalb glaubt er auch nicht an Zusagen, dass Nicht-Optanten bleiben dürfen. Die Provinz Bozen müsse „zu 100% italienisch und faschistisch werden"[57]. Daher bietet

53 Ebd. 221.

54 Diese Auffassung wiederholte er auch in seinem Fastenhirtenbrief „Vor der großen Entscheidung", Trient 1940.

55 Gelmi, Fürstbischof Johannes Geisler, Dok. 50 241–261.

56 Ebd. 243.

57 Ebd. 255.

er seinen Rücktritt an, denn ein Italiener, der Deutsch spreche, sei angesichts der zu erwartenden Entwicklungen eher am Platz als ein Deutscher, der Italienisch spreche wie er. Um das historische Erbe der deutschen Diözese Brixen zu wahren, plädiert er für eine Verlegung des Bistumssitzes nach Innsbruck. Es zeichnet sich bereits seine eigene Entscheidung für die Option ab: Die Auswanderer sehnten sich danach, dass ihr Klerus mit ihnen gehe[58].

Maglione reagierte auf diese Äußerungen, indem er eine neue, gründlichere Befragung des Klerus anordnete[59]. Ansonsten war die Haltung des Vatikans klar: Der Klerus sollte sich in der Frage der Option neutral verhalten und auf seine pastoralen Aufgaben beschränken. Persönlich sollte jeder Kleriker in der Frage der Option frei wählen dürfen.

Die zweite Befragung ging nicht wesentlich anders aus als die erste. Auch im deutschen Anteil von Trient sah es ähnlich aus. Am 4. Juni schrieb Geisler erneut an den Papst: Er wolle nun selbst optieren und nach Deutschland gehen. Da er als Optant nicht Bischof einer italienischen Diözese sein könne, bittet er den Papst um seine Entpflichtung[60]. In dessen Namen lehnte Maglione einen Rücktritt zu diesem Zeitpunkt ab[61].

Geisler wandte sich am 19. Juni noch einmal an seinen Klerus und erinnerte daran, dass der Heilige Stuhl jedem Priester die freie Wahl zugestehe. Wenn jemand optiere und sein Amt aufgebe, sei er vorerst dem Heiligen Stuhl unterstellt[62]. Er selbst machte am 25. Juni von dieser Freiheit Gebrauch und unterschrieb zusammen mit seinem Generalvikar den Antrag für eine Option. Ein erhaltenes Foto zeigt, dass er zuvor seinen Bischofsring abgestreift hatte. Die deutsche Presse berichtete überschwänglich von diesem Ereignis.

58 Ebd. 258 f.

59 Ebd., Dok. 52 266 vom 14.5.1940: Der Bischof befragt auf Weisung von Maglione den Klerus; Dok. 54 280–293 vom 3.6.1940: Geisler präsentiert Pius XII. die Ergebnisse der Befragung des Klerus und eine Dokumentation über die auswanderungswillige Bevölkerung.

60 Gelmi, Fürstbischof Johannes Geisler, Dok. 55 293 ff.

61 Ebd., Dok. 56 296 f. vom 13.6.1940.

62 Ebd., Dok. 58 298.

6. Fazit

Durch die politischen Umwälzungen infolge des Ersten Weltkriegs entstand für die Kirche im Gebiet des heutigen Südtirol eine äußerst komplizierte Situation. Die Rumpfdiözese Brixen bestand fast ausschließlich aus deutschen und ladinischen Gläubigen. In Brixen und in den deutschen Dekanaten im Bistum Trient wurden Seelsorge, Religionsunterricht und kirchennahes Pressewesen kulturell-gesellschaftliche Refugien für alle, die als Deutsche leben wollten. Nach den Worten von Hans Heiss wurde die Kirche zum „Schutzraum gegenüber den Zumutungen des Regimes" für Deutsche und Ladiner. „Muttersprachliche Schule, Kultur und Presse verdankten ihren Fortbestand dem Einsatz der Ortskirche und ihrer herausragenden Vertreter."[63] Es hat durchaus etwas Tragisches, dass die Einheit zwischen deutschsprachigem Kirchenvolk und Klerus über der Frage der Option zerbrach.

19 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Südtirol wurde die Diözese Brixen in den Grenzen der politischen Provinz Bozen neu gefasst. Seither leben alle deutschsprachigen und der Großteil der ladinischen Gläubigen in einem einzigen Bistum, aber auch ein gutes Viertel italienischsprachige Gläubige. Eine Lehre aus den konfliktreichen Jahren zwischen den Weltkriegen sollte darin bestehen, dass Christen in Südtirol unter dem Anspruch stehen, aus dem Nebeneinander ein echtes Miteinander werden zu lassen.

63 Heiss, Schutzmacht und Ohnmacht 93, 96.

Eine rasche und trotzdem verspätete Lösung: Die Revision der Staatsbürgerschaftsoptionen von 1939

STEFAN LECHNER
Freier Historiker, Verein Geschichte und Region/Storia e regione, Bozen

Das Pariser Abkommen vom 5. September 1946 kann wohl als eines der wichtigsten Ergebnisse respektive Dokumente der italienisch-österreichischen Diplomatie gelten. Dessen Bewertung fällt in der deutschsprachigen Forschung jedoch recht unterschiedlich aus. Während etwa Rolf Steininger darin die Magna Charta für die deutschsprachige Minderheit in Italien erblickt[1], sieht dies Michael Gehler kritischer: Nach ihm handelte es sich – wenn schon – um die Magna Charta für das Trentino, das der wahre Profiteur der Übereinkunft gewesen sei[2].

In den folgenden Ausführungen geht es zumindest partiell um eine Neubewertung des Gruber-De Gasperi-Abkommens, indem der Fokus auf einen Aspekt gelenkt wird, der in der einschlägigen Historiographie vielfach vernachlässigt wird. Die bisherigen Studien konzentrieren sich hauptsächlich auf den Teilaspekt des Minderheitenschutzes und der Autonomie. Sie lassen dabei ökonomische Inhalte und vor allem die Revision der Staatsbürgerschaftsoptionen von 1939 trotz herausragender Bedeutung oftmals unberücksichtigt. Ein Blick auf diese Thematik lohnt sich allemal und ist vor

1 Rolf Steininger, Los von Rom. Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 2, Innsbruck 1987) 177.

2 Verspielte Selbstbestimmung. Die Südtirolfrage 1945/46 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten. Eine Dokumentation, hrsg. von Michael Gehler (= Schlern-Schriften 302, Innsbruck 1996) 570; Michael Gehler, Im Spannungsfeld zwischen Region, Nation und Europa. Alcide De Gasperi, Südtirol, das Trentino und Österreich (1945–1954), in: Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento/Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient XXX (2004) 407–434, hier: 422.

allem für eine Einschätzung der Bedeutung des Pariser Abkommens in seiner Gesamtheit unerlässlich.
Der Artikel 3 a lautet:

> *In der Absicht, gutnachbarliche Beziehungen zwischen Österreich und Italien herzustellen, verpflichtet sich die italienische Regierung, in Beratung mit der österreichischen Regierung binnen einem Jahr nach Unterzeichnung dieses Vertrages:*
> *a) in einem Geist der Billigkeit und Weitherzigkeit die Frage der Staatsbürgerschaftsoptionen, die sich aus dem Hitler-Mussolini-Abkommen von 1939 ergeben, zu revidieren.*[3]

Während Österreich in der Frage der Ausgestaltung der Autonomie für Südtirol kein Mitspracherecht besaß, sollte die Regelung des Optantenproblems in italienisch-österreichischer Absprache erfolgen. Tatsächlich wurde das sogenannte Optantendekret bereits Anfang Februar 1948 und damit vertragskonform erlassen[4]. Wie es dazu kam und auch warum die Regelung ziemlich rasch, jedoch trotzdem später als möglich und wohl zu spät erfolgte, steht im Mittelpunkt dieser Ausführungen. Zunächst soll jedoch in wenigen Worten auf die historischen Ereignisse eingegangen werden, die eine Regelung der Staatsbürgerschaft der meisten Südtiroler nach 1945 notwendig machte.

Mitte 1939 vereinbarten das Deutsche Reich und das Königreich Italien die Umsiedlung der Südtiroler nach Deutschland, die auf freiwilliger Basis erfolgen sollte. Bis Jahresende hatte sich die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung zwischen der Beibehaltung der italienischen und der Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Im Land tobte eine heftige Auseinandersetzung zwischen Gegnern und Befürwortern der Umsiedlung, die auch über den 31. Dezember 1939 hinausging und tiefe Wunden in die Südtiroler Gesellschaft riss. Die Umsiedlung wurde vom Völkischen Kampfring Südtirols propagiert, der Organisation der Südtiroler Nationalsozialisten. Das Endergebnis von ca. 86 Prozent für die Option interpretierten sie als Plebiszit für Deutschland. Etwa ein Drittel der Optanten, das waren ca.

3 Zit. nach Steininger, Los von Rom 138.

4 Das Pariser Abkommen erlangte erst durch die Unterzeichnung des italienischen Friedensvertrags am 10. Februar 1947 Rechtswirksamkeit.

78.000 Personen, wanderte tatsächlich aus. In der Heimat blieben ca. 150.000 Optanten, von denen wiederum ein schwaches Drittel von Deutschland eingebürgert wurde[5].

In der nördlichsten Provinz Italiens herrschte somit nach Kriegsende eine für den Staat beunruhigende Situation, da ein großer Teil der Bevölkerung nicht im Besitz der italienischen Staatsbürgerschaft war. Die Regierung musste bestrebt sein, eine Normalisierung des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens in der Grenzprovinz herbeizuführen, zunächst lag ihr aber vor allem daran, die Brennergrenze für Italien zu sichern. Zu diesem Zweck instrumentalisierte Außenminister bzw. Ministerpräsident Alcide De Gasperi das Optantenproblem nachdrücklich, indem er die Staatsbürgerschaftsoption von 1939 einer eigenen und auch anfechtbaren, weil stark verkürzten Interpretation unterwarf. Nach De Gasperi bedeuteten die Optionen keineswegs eine Entscheidung für die Umsiedlung in das „Reich", sondern waren als ein freiwilliges Bekenntnis zum Nationalsozialismus zu werten[6]. Durch diese Auslegung der Optionen sollte die Mehrheit der Südtiroler und deren Ansinnen auf Selbstbestimmung desavouiert werden.

De Gasperi befürchtete, die Alliierten könnten die Zukunft Südtirols mittels einer Volksabstimmung entscheiden. In dieser Situation kam ihm die ungeklärte Staatsbürgerschaft der Optanten gelegen, denn es war klar, dass an einer etwaigen Volksabstimmung nur italienische Staatsbürger teilnehmen könnten. Um die deutsch- und ladinischsprachige stimmberechtigte Bevölkerung gegenüber der italienischen in die Minderheit zu drängen und dadurch eine eventuelle Zustimmung für die Beibehaltung der Brennergrenze zu erreichen, erachtete De Gasperi nicht nur die einst von Deutschland

5 Zur Südtiroler Option und Umsiedlung u.a. Karl Stuhlpfarrer, Umsiedlung Südtirol 1939–1940, 2 Bde. (Wien–München 1985); Leopold Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin (Wien–München–Zürich 1980); Die Option. 1939 stimmten 86 % der Südtiroler für das Aufgeben ihrer Heimat. Warum? Ein Lehrstück in Zeitgeschichte, hrsg. von Reinhold Messner (München–Zürich 1989); Heimatlos. Die Umsiedlung der Südtiroler, hrsg. von Helmut Alexander, Stefan Lechner, Adolf Leidlmair (Wien 1993); Federico Scarano, Tra Hitler e Mussolini. Le opzioni dei sudtirolesi nella politica estera fascista (Milano 2012).

6 Noch am Tag der Unterzeichnung des Pariser Abkommens erklärte De Gasperi in einer internen Besprechung der italienischen Delegation in Paris, „objektiv gesehen" müsse man zugegen, dass die Nazis und Faschisten großen Druck ausgeübt hätten, für Deutschland zu optieren. Protokoll der Besprechung der italienischen Delegation in Paris, Paris, 5. 9. 1946, in: I documenti diplomatici italiani, Decima serie: 1943–1948, Bd. IV, 13 luglio 1946–1º febbraio 1947, hrsg. von Ministero degli Affari Esteri. Commissione per la pubblicazione dei documenti diplomatici (Roma 1994) (künftig: DDI X/4) Dok. 261, 312.

eingebürgerten Optanten als deutsche Staatsbürger, sondern sogar jene, die einfach nur ihre Optionserklärung abgegeben hatten. In juristischer Hinsicht war dies mehr als fragwürdig.

Vor dem Hintergrund des Potsdamer Abkommens vom Sommer 1945, das die Vertreibung Millionen Deutscher aus Osteuropa sanktionierte, war die Klassifizierung der großen Mehrheit der Südtiroler als Nazis und deutsche Staatsbürger ein starker Trumpf, den De Gasperi gekonnt ausspielte. Die Optionsvereinbarungen von 1939 erachtete er als nach wie vor gültig und erklärte gegenüber den Alliierten, Italien hätte im Grunde alles Recht der Welt, die Südtiroler Nazi-Optanten auszuweisen[7].

Die Gleichung „Optanten sind Nazis" rechnete er den Alliierten immer wieder vor[8], doch ließen sich die amerikanische und britische Außenpolitik davon kaum beeindrucken[9]. Eine Ausweisung der Optanten lehnten die Alliierten strikt ab, was sie De Gasperi unmissverständlich wissen ließen. Eine Notwendigkeit verpackte De Gasperi nun in eine großzügige Geste Italiens, indem er erklärte, aus humanitären Gründen werde eine Fortsetzung der Umsiedlung unterlassen und hingegen eine Lösung des Staatsbürgerschaftsproblems angestrebt[10]. Gegen Jahresende 1945 legte die italienische Regierung dann einen ersten Gesetzentwurf zur Regelung der Staatsbürgerschaft der Optanten vor, der die einst von Deutschland eingebürgerten Optanten vom Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft und damit von einer eventuellen Volksabstimmung in Südtirol ausgeschlossen hätte, zumal eine solche zu diesem Zeitpunkt immer noch im Bereich des Möglichen war.

---

7 Mario Toscano, Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige (Bari 1968) 274. Als Österreich das Südtirolproblem 1959 erstmals vor die UNO brachte, wurde im italienischen Außenministerium u.a. von Mario Toscano die Ausweisung der ehemaligen Optanten für Deutschland als Gegenmaßnahme kurzzeitig angedacht, jedoch nie ernsthaft erwogen. Federico Scarano, La diplomazia italiana e il difficile rapporto con Bruno Kreisky sul problema sudtirolese, in: Bruno Kreisky und die Südtirolfrage/Bruno Kreisky e la questione dell'Alto Adige, hrsg. von Gustav Pfeifer, Maria Steiner (= Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs, Sonderband 4, Bozen 2016) 55–86, hier: 64.

8 Spitz kommentierte Viktoria Stadlmayer De Gasperis Argument gegen eine Rückgliederung Südtirols an Österreich, bei den Südtirolern handle es sich um glühende Nazis, als besonders „originell". Viktoria Stadlmayer, Kein Kleingeld im Länderschacher. Südtirol, Triest und Alcide Degasperi 1945/1946 (= Schlern-Schriften 320, Innsbruck 2002) 38.

9 Ebd. 40, 58.

10 Toscano, Storia diplomatica 274.

Die geplante Reoptionsregelung führte bei der Sammelpartei der Südtiroler, der Südtiroler Volkspartei (SVP), zu einer geradezu panikartigen Reaktion, denn in Bozen bestanden gegenüber einer einseitigen italienischen Lösung der Optantenfrage größte Bedenken. An die Alliierte Kontrollkommission in Rom hatte die Partei wenige Tage vor Genehmigung des Gesetzentwurfs appelliert, das Problem könne nur eine zwischenstaatliche Lösung finden, an der andere Regierungen und insbesondere jene Österreichs beteiligt werden müssten[11].

Die SVP selbst hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt strikt geweigert, mit Rom oder dem Präfekten von Bozen in der Options-Angelegenheit zu sprechen. Zum einen, weil man der Meinung war, der „Schandvertrag" von 1939 sei zu annullieren[12], vor allem aber, da man befürchtete, solche Gespräche könnten als Aufgabe der Forderung nach Ausübung des Selbstbestimmungsrechts ausgelegt werden. Da die SVP im geplanten Gesetz jedoch die unmittelbare Gefahr einer massiven Ausweisung sowie eines Rückkehrverbotes von Südtirolern erblickte, eilten Anfang 1946 Vertreter der Partei nach Rom, nicht wissend, dass die Alliierten den Gesetzentwurf bereits abgelehnt hatten[13]. De Gasperi kündigte daraufhin die Zurücknahme des Gesetzes und die Einsetzung einer gemischtsprachigen Kommission unter Einbeziehung der SVP zur Ausarbeitung eines neuen Optantengesetzes an. Damit konnte der Ministerpräsident gegenüber den Alliierten behaupten, auch die SVP erkenne die Gültigkeit des Optionsabkommens von 1939 und damit den Verlust der italienischen Staatsbürgerschaft durch die Optanten an[14].

Wohl oder übel stimmte die SVP – auch auf Drängen der Alliierten – der Mitarbeit an der Ausarbeitung eines Optantengesetzes zu, was in Südtirol – v. a. in Kirchenkreisen – stark kritisiert wurde[15]. Im Frühjahr und Frühsom-

11 Schreiben von SVP-Obmann Erich Amonn und SVP-Generalsekretär Josef Raffeiner (Bozen) an die Alliierte Kontrollkommission (Rom), Bozen, 12. 11. 1945, in: 1945–1947: Gescheiterte Selbstbestimmung. Die Südtirolfrage, das Gruber-De Gasperi-Abkommen und seine Aufnahme in den italienischen Friedensvertrag. Akten zur Südtirol-Politik 1945–1958 1, hrsg. von Michael Gehler (Innsbruck–Wien–Bozen 2011) Dok. 30, 110.

12 Schreiben von Erich Amonn (Bozen) an Alois Pompanin (Brixen), 25. 3. 1946, in: Ebd. Dok. 63, 189.

13 Stadlmayer, Kein Kleingeld im Länderschacher 60 f.

14 Ebd. 62.

15 Schreiben von Generalvikar Alois Pompanin (Brixen) an Otto von Guggenberg (Bozen), 11. 3. 1946, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 1, Dok. 59.

mer 1946 wurde in Bozen ein neuer Gesetzestext erarbeitet (Innocenti-Entwurf)[16], der nach dem Präfekten maximal 200 bis 300 Südtiroler Nazis die italienische Staatsbürgerschaft entziehen bzw. eine Wiederverleihung derselben verweigern würde[17]. Dies akzeptierte auch der liberale Flügel der SVP. Wie Parteiobmann Erich Amonn folgerichtig argumentierte, könne man nicht andauernd den nazi-faschistischen Schandvertrag von 1939 anprangern, ohne dass die *Hauptverantwortlichen, deren Tätigkeit es erst zu verdanken ist, daß der Schandvertrag Fleisch und Blut geworden ist, zur Verantwortung gezogen werden*[18]. Der Generalsekretär der SVP, Josef Raffeiner, vertrat die Ansicht, die Verantwortlichen der Option von 1939 seien zu opfern, um den vielen Tausenden Südtirolern jenseits des Brenners die Heimkehr zu ermöglichen[19].

In der Kommission zur Ausarbeitung eines Optantengesetzes wurde den Anliegen der SVP großes Verständnis entgegengebracht[20] und es konnte schließlich ein Kompromiss erzielt werden, dem die SVP-Leitung *trotz schwerster Bedenken*[21] und unter Vorbehalt zustimmte. Die SVP begrüßte einerseits wesentliche Verbesserungen der neuen Regelung gegenüber dem ersten Regierungsentwurf von Ende 1945: So wurde nunmehr *auch für die Abgewanderten das Recht auf den Rückerwerb der italienischen Staatsbürgerschaft und die Rückkehr in die Heimat anerkannt, und der im ersten Entwurf äußerst weit gezogene Kreis, der vom Wiedererwerb der Staatsbürgerschaft Ausgeschlossenen, we-*

16 Die Mitglieder der Kommission wurden von der Bozner Präfektur, dem Comitato di Liberazione Nazionale (CLN) der Provinz Bozen und der SVP nominiert. Leopold Steurer, Südtirol 1943–1946: Von der Operationszone Alpenvorland zum Pariser Vertrag, in: Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946, hrsg. von Hans Heiss, Gustav Pfeifer (= Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 10, Innsbruck–Wien–München 2000) 48–106, hier: 91, 105 (Anm. 104).

17 Schreiben von Erich Amonn (Bozen) an Alois Pompanin (Brixen), 25. 3. 1946, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 1, Dok. 63, 190.

18 Ebd. 190.

19 Josef Raffeiner, Tagebücher 1945–1948, hrsg. von Wolfgang Raffeiner (Bozen 1998), Eintrag vom 7. 3. 1946, 96.

20 Ebd., Eintrag vom 3. 5. 1946, 115. Beim italienischen Entgegenkommen in der Optantenfrage handelte es sich nach Reut-Nicolussi um ein „Lockmittel" zur Aufgabe des Selbstbestimmungsrechtes durch die Südtiroler. Schreiben von Eduard Reut-Nicolussi (Innsbruck) an Arbogast Plawenn (Bozen), 19. 2. 1946, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 1, Dok. 52.

21 Erich Amonn über den Stand der Optanten- und Autonomiefrage, 21. 3. 1947, in: Rolf Steininger: Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente (Innsbruck–Wien 1999), Dok. 34, 107.

sentlich eingeschränkt[22]. Andererseits war nun jedoch nicht mehr eine en bloc Behandlung vorgesehen, sondern ein individualisiertes Verfahren um Beibehaltung bzw. Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft, das wenig Zustimmung fand.

Ende August/Anfang September 1946 wurden die deutschsprachigen Mitglieder der Kommission zur Besprechung letzter Details nach Rom eingeladen und der Ministerrat genehmigte den Gesetzentwurf zur Optantenfrage just am 5. September 1946. Eine formelle Beschlussfassung konnte jedoch erst nach der Rückkehr von Ministerpräsident De Gasperi aus Paris erfolgen, der am selben Tag das Pariser Abkommen unterzeichnete. Diese Gleichzeitigkeit ist verblüffend und zugleich auch ein Zeugnis mangelnder Absprachen zwischen Bozen und Wien. Der österreichische Außenminister Karl Gruber hatte die SVP davor gewarnt, während der Pariser Friedenskonferenz mit den Italienern zu verhandeln. Und nun musste er aus dem Munde seines Verhandlungspartners, einem überaus gut gelaunten Alcide De Gasperi, erfahren, dass in Rom eine Vereinbarung zur Reoption unterzeichnet worden war, d.h. einem der Kernthemen in Paris. Gruber war außer sich![23] Die in Bozen erarbeitete Regelung war Gruber zumindest in groben Zügen bekannt gewesen, er glaubte aber, in österreichisch-italienischen Konsultationen vorteilhaftere Ergebnisse zeitigen zu können[24], weshalb er den Punkt 3 a im Text des Abkommens belassen wollte.

Weshalb war Rom bestrebt gewesen, die Reoption noch vor dem Pariser Verhandlungsabschluss zu regeln? Viktoria Stadlmayer, damals mit der Problematik befasste hohe Beamtin der Tiroler Landesregierung, die sich mit dem Pariser Abkommen auch wissenschaftlich auseinandersetzte[25], vermutet, die italienische Regierung habe das Optantengesetz unbedingt vor Abschluss des Pariser Abkommens unter Dach und Fach bringen wollen, um

22 [SVP], Memorandum von Unbekannt, 21. 11. 1946, in: Gehler: Akten zur Südtirol-Politik 1, Dok. 256, 536.

23 Tätigkeitsbericht der Südtiroler Delegation auf der Pariser Konferenz 1946, in: Geheimbericht der Südtiroler Delegation zur Pariser Konferenz 1946, hrsg. von Felix Ermacora (Wien–München 1987) 49–235, hier 60.

24 Edgeworth Murray Leslie, Bericht über die Beratung von SVP-Vertretern mit Gruber in Wien, 7. 9. 1947, in: 1947: Keine Einigung mit Trient – Sondierungen zwischen Bozen, Rom und Wien, hrsg. von Michael Gehler (Akten zur Südtirol-Politik 1945–1958 2) (Innsbruck–Wien–Bozen 2016), Dok. 280, 574.

25 Stadlmayer, Kein Kleingeld im Länderschacher.

Österreich ein Mitspracherecht in dieser Frage zu entziehen[26]. Dies erscheint durchaus plausibel.

Nach der Unterzeichnung des Pariser Abkommens ersuchte die SVP noch im September um die Suspendierung des Gesetzes, weil man sich nun eine noch bessere Lösung erhoffte, möglichst sogar eine pauschale Ungültigkeitserklärung der Optionen[27]. Diese Linie verfolgte u.a. der *Kronjurist* der SVP, Karl Tinzl, selbst Optant und in der NS-Zeit Präfekt der Provinz Bozen und damit vom Ausschluss vom Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft bedroht. Sein Bestreben, eine Annullierung der deutsch-italienischen Optionsvereinbarung durchzusetzen, mit dem Argument, es habe sich um ein Abkommen zwischen zwei verbrecherischen Regimen gehandelt, war im Rückblick betrachtete jedoch unrealistisch. Zumindest Teile der SVP-Führung machten bei Versammlungen Hoffnung auf eine Annullierung des Abkommens, wozu es *gute Gründe* gäbe, wie Friedl Volgger im Oktober 1946 in Meran meinte[28].

Bis zur Aufnahme der im Pariser Abkommen vorgesehenen bilateralen Gespräche zwischen Italien und Österreich sollten aber noch viele Monate vergehen. Dies hatte in erster Line mit Außenminister Gruber zu tun. Gruber bewertete das Abkommen trotz scharfer Kritik aus den eigenen Reihen als großen österreichischen Erfolg, wobei er der angepeilten Lösung der Optantenfrage besonderes Gewicht beimaß. Er verstieg sich sogar zur Aussage, dass er die Annahme des Abkommens auch dann empfohlen hätte, wenn lediglich das Optanten-Problem gelöst worden wäre[29]. Österreich empfand die Anwesenheit von Zehntausenden

26 Ebd. 229.

27 Innocenti an De Gasperi, Bozen, 5. 10. 1946, 2. Archivio generale della Presidenza del consiglio dei ministri (PCM), Ufficio per le zone di confine (UZC), Sez. III, b. 1. Die Landesstelle für Südtirol der Tiroler Landesregierung hielt die Formulierung der Ausschließungsgründe im Gesetzentwurf als zu „kautschukmäßig", was die Möglichkeit böte, viel mehr als die zugesagten 200 in Südtirol verbliebenen Optanten vom Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft auszuschließen. Stellungnahme der Landesstelle für Südtirol, 9. 10. 1946, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 1, Dok. 225, 479. Hinter der „Aufkündigung" der Vereinbarung von Seiten der SVP vermutet Steurer jedoch nicht nur die Tiroler Landesregierung, sondern auch die Hardliner der Volkspartei, die eine allzu strenge Entnazifizierung durch den Ausschluss von der italienischen Staatsbürgerschaft befürchtet hätten. Steurer, Südtirol 1943–1946 97.

28 Quästur Bozen (Antonino Pizzuto) an die Präfektur Bozen, Bozen, 5. 11. 1946. PCM, UZC, Sez. III, b. 1.

29 So Gruber im österreichischen Ministerrat am 1. Oktober 1946. Ermacora, Geheimbericht 243.

von Umsiedlern auf seinem Staatsgebiet als große Belastung. So hatte Gruber bereits Ende Jänner 1946 gegenüber dem Alliierten Rat geklagt, dass die Optanten, die sich in Österreich aufhielten, die angespannte Wohnungs- und Ernährungslage in einem außerordentlich hohen Maße strapazieren würden, da die meisten von ihnen vollkommen mittellos seien[30]. Obwohl er somit die Brisanz der Problematik und die Notwendigkeit einer Lösung allein schon aus österreichischer Perspektive erkannte, ließ er sich mit der Umsetzung überraschend viel Zeit. Die SVP hingegen drängte noch im Herbst 1946 auf die Aufnahme bilateraler Gespräche.

In Wien schien man aber keine Eile zu haben. Zunächst hielt Gruber es entgegen der SVP-Leitung und seiner noch in Paris vertretenen Position sogar für das Beste, wenn das bereits ausgearbeitete Optantengesetz möglichst bald in Kraft trete[31], ohne dieses allerdings im letzten Detail zu kennen[32]. D.h., er hätte es vorgezogen, in der Optionsangelegenheit überhaupt nicht mehr mit Italien verhandeln zu müssen und mit der Rückführung der Südtiroler möglichst bald zu beginnen. So wurde im Dezember 1946 zur Durchführung der Rücksiedlung der Südtiroler die Errichtung einer Außenstelle des österreichischen Bundeskanzleramtes in Innsbruck beschlossen[33]. Der designierte Leiter der Stelle, Erich Kneußl, meinte im Februar 1947, die *vordringlichste Frage […], vom Standpunkte der Südtiroler aus betrachtet überhaupt die vordringlichste, ist die Lösung der Optantenfrage*, die *sofort in Angriff genommen werden* müsse[34]. Trotz dieser eindringlichen Mahnung ließ der Beginn der vorgesehenen Konsultationen weiterhin auf sich warten.

Die SVP wurde zunehmend ungeduldiger und auf der Landesversammlung im Februar 1947 appellierte Parteiobmann Erich Amonn nachdrücklich an die österreichische und italienische Regierung, das Problem zu lösen, da *die Frage der Rückkehr der abgewanderten Südtiroler die Voraussetzung*

30 Außenminister Gruber an den Alliierten Rat, Wien, 24. 1. 1946, in: Das Degasperi-Gruber-Abkommen anhand italienischer und österreichischer diplomatischer Dokumente, hrsg. von Enrico Serra (Trient 1989) 61–64, hier: 63.

31 Raffeiner, Tagebücher, Eintrag vom 26. 9. 1946, 157; auch: Der italienische Handelsdelegierte in Wien, Roberto Gaja, an De Gasperi, Wien, 2. 10. 1946, in: DDI, X/4, Dok. 366.

32 Legationsrat Coppini an Außenminister Pietro Nenni, Wien, 18. 1. 1947, in: DDI X/4, Dok. 672, 773.

33 Information von Erich Kneußl zur Aufgabenstellung der Außenstelle, [Jänner/Februar 1947], in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 1, Dok. 298.

34 Erich Kneußl, Bericht über die Errichtung der von der Bundesregierung errichteten Außenstelle des Bundeskanzleramtes in Innsbruck, 14. 2. 1947, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 2, Dok. 1, 60.

für unser völkisches und politisches Leben, für die Durchführung einer Autonomie und kurz und gut in jeder Hinsicht die Voraussetzung für unsere zukünftige Existenz bildet[35].

Die erhoffte Rücksiedlung zehntausender Südtiroler wurde als überlebensnotwendig erachtet, zudem spitzte sich die Lage in Südtirol selbst immer weiter zu. So konnten u.a. keine Wahlen abgehalten werden und die Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst durch Optanten war praktisch unmöglich[36]. Damit wurde Außenminister Gruber bei einer Besprechung im Außenamt des Bundeskanzleramtes Anfang März 1947 offen konfrontiert[37]. Der SVP-Vertreter Karl Tinzl machte den Vorschlag, Gruber solle an Rom eine Note richten, mit der Anregung, mit den im Pariser Abkommen vorgeschlagenen Konsultationen zu beginnen. Einen Textvorschlag hatte er gleich mitgebracht[38].

Tinzl machte Gruber auch darauf aufmerksam, dass Rom selbst über die Situation in der Provinz Bozen besorgt und deshalb verhandlungsbereit sei[39]. Tatsächlich hatte Präfekt Innocenti gegenüber De Gasperi bereits Anfang Oktober 1946 auf die Notwenigkeit einer schnellstmöglichen Revision der Optionen hingewiesen, da das Problem das ökonomische, soziale und politische Leben in der Provinz auf Schritt und Tritt behindere[40].
Außenminister Gruber blieb aber hart und blockte das Anliegen der SVP mit zwei Argumenten ab: Erstens sei der italienische Friedensvertrag, in den das

35 Südtirol im Jahre 1947. Eine Zusammenstellung der „Südtiroler Monatsberichte" vom Jänner bis Dezember 1947, hrsg. von der Gesellschaft der Freunde Südtirols (Innsbruck 1948) 31, in: Unterlagensammlung der Tiroler Landesregierung Nr. 17. Erich Amonn/Otto von Guggenberg an Alcide De Gasperi, Bozen, 18. 2. 1947, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 2, Dok. 6, 66; Erich Kneußl an Leopold Figl, Innsbruck, 18. 2. 1947, in: Ebd., Dok. 8, 68.

36 Besprechung im Bundeskanzleramt, Außenamt, Wien, 5. 3. 1947, in: Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, Dok. 32, 101.

37 An der Besprechung nahm u.a. für den Gesamtverband der Südtiroler in Österreich Franz Schönfelder teil, ein Informant des italienischen Konsulats in Innsbruck. Auf eine entsprechende Anspielung Grubers meinte er, auf die Umsiedler dürfe kein Druck zur Rückkehr nach Südtirol ausgeübt werden. Außenministerium, Aktennotiz, Rom, o.J. PCM, UZC, Sez. III, b. 73, fasc. 564; Franz Schönfelder, Protokoll über die Besprechung betreffend Südtirol-Angelegenheiten am 5. 3. 1947, Innsbruck, 7. 3. 1947, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 2, Dok. 31, 108; Bericht des Bundeskanzleramtes, Außenamt, Außenstelle Innsbruck über die Vorsprache bei Außenminister Gruber am 5. 3. 1947, in: Ebd., Dok. 32, 111.

38 Entwurf der SVP-Führung für eine Note Karl Grubers an Alcide De Gasperi, 1. 3. 1947, in: Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, Dok. 31.

39 Besprechung im Bundeskanzleramt, Außenamt, Wien, 5. 3. 1947, in: Ebd., Dok. 32, 101.

40 Innocenti an De Gasperi, Bozen, 5. 10. 1946, S. 3. PCM, UZC, Sez. III, b. 1.

Pariser Abkommen Aufnahme gefunden hatte, noch nicht ratifiziert; zweitens, und dies war wohl der Hauptgrund für die Untätigkeit Wiens, seien die Arbeiten am österreichischen Staatsvertrag in vollem Gang[41]. Bereits seit Sommer 1946 hatte der Abschluss eines Staatsvertrages eindeutig Vorrang vor der Südtirolfrage gehabt[42]. Im Jänner 1947 hatten in London die Verhandlungen der Sonderbeauftragten und Außenminister-Stellvertreter zum österreichischen Staatsvertrag begonnen[43] und Gruber glaubte an einen schnellen Vertragsabschluss, weshalb er sich voll und ganz darauf konzentrieren wollte. Er weigerte sich strikt, die vorgeschlagene Note abzuschicken, versicherte aber, sich nach der Moskauer Außenministerkonferenz, die am 10. März 1947 begann und für Österreich erfolglos enden sollte, um die Angelegenheit zu kümmern. Gruber wollte die Verhandlungen persönlich führen und entnervt schrieb Raffeiner Mitte April 1947 über Gruber in sein Tagebuch: *Wenn er nur Zeit hätte!*[44]

Das Interesse Italiens an der Lösung der Optantenfrage war Anfang 1947 zweifellos größer als jenes Österreichs[45]. Vielleicht auch, wie Gruber meinte, weil Italien die Frage unbedingt noch vor Abschluss des österreichischen Staatsvertrags lösen wollte[46], mithin im Glauben, es mit einem vermeintlich (noch) schwachen Verhandlungspartner zu tun zu haben. In den Reihen der SVP war man jedenfalls mehr als enttäuscht über Gruber[47], in dessen Agenda Südtirol nicht an erster Stelle stand und der gute Beziehungen zum wichtigen Nachbarn Italien anstrebte bzw. nicht aufs Spiel setzen wollte. Ganz untätig war Gruber doch nicht gewesen. Auf seinen ausdrücklichen Wunsch hin[48] fand seit Jänner 1947 ein informeller Meinungsaustausch zwischen Maurilio Coppini, dem politischen Vertreter Italiens in Wien, und Ver-

41 Ebd.

42 Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Bd. 1 (Innsbruck–Wien–Bozen 2005) 243.

43 Ebd. 239.

44 Raffeiner, Tagebücher, Eintrag vom 19. 4. 1947, 224.

45 Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969, Bd. 1 1947–1959 (= Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 6, Bozen 1999) 106.

46 Bericht des Bundeskanzleramtes, Außenamt über eine Besprechung in Wien am 8. 4. 1947, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 2, Dok. 84, 189.

47 Raffeiner, Tagebücher, Eintrag vom 2. 4. 1947, 218.

48 Legationsrat Coppini an Außenminister Pietro Nenni, Wien, 18. 1. 1947, in: DDI X/4, Dok. 672, 773.

tretern des Außenamtes statt. Solche Vorgespräche erachtete Gruber als notwendig, da das Problem der Optionen doch „spezielle Schwierigkeiten" aufwerfen könnte. Dem setzte Coppini entgegen, mit den Südtirolern sei bereits eine Übereinkunft erzielt worden, womit er den Innocenti-Entwurf von 1946 meinte, den Gruber im Wesentlichen als akzeptabel bewertete[49].

Damit war im Grunde klar, dass der Innocenti-Entwurf als Ausgangspunkt für die vorgesehenen Konsultationen dienen sollte. Zur Überraschung Coppinis und der Mitarbeiter im italienischen Außenministerium nahmen die Vorgespräche aber einen unvorhergesehenen Verlauf. Josef Schöner vom Wiener Außenamt konfrontierte Coppini mit der Feststellung, Österreich erachte das „Hitler-Mussolini-Abkommen" von 1939 für ungültig und würde die Südtiroler Umsiedler als „displaced persons" betrachten. Dies ließ Coppini aufhorchen, denn nach den Alliierten sollten DPs in ihre Heimatländer zurückgebracht werden. Hinter der Kategorisierung Schöners vermutete Coppini den Versuch, die Rückführung der Südtiroler als Gruppe und ohne individuelle Prüfung durch Italien anzustreben[50]. Die individuelle Prüfung jedes einzelnen Optanten war aber ein Grundsatz, den Italien im Innocenti-Entwurf festgeschrieben hatte und von dem abzuweichen man nicht gewillt war.

Die Errichtung der Außenstelle des Bundeskanzleramtes in Innsbruck[51] sowie irredentistische Stimmungen und Stimmen in Tirol und Südtirol[52] versetzten Coppini weiter in Alarmstimmung. Er befürchtete, Österreich könnte nicht nur in der Optantenfrage das Heft des Handelns in die Hand nehmen, sondern überhaupt die Südtirolfrage in territorialer Hinsicht offen halten wollen[53]. Zudem wurde zeitgleich in der Presse kolportiert, Außenminister Gruber habe in London in einem Interview erklärt, Österreich würde auch nach dem Pariser Abkommen am Recht auf Selbstbestimmung der Süd-

49 Ebd. 772 f.

50 Coppini an Außenminister Nenni, Wien, 30. 1. 1947, in: Ebd., Dok. 723.

51 Silvio Innocenti vom UZC kritisierte gegenüber Johannes Schwarzenberg die Schaffung der Stelle, die die Beziehung zwischen beiden Staaten trüben und sich auf die Verhandlungen nachteilig auswirken werde. Schwarzenberg an Heinrich Winkler, 1. 4. 1947. Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert, Dokumente, Dok. 36, 111.

52 Schwarzenberg an Gruber, 14. 7. 1947, in: Ebd., Dok. 40, 125.

53 Coppini an den Generaldirektor für politische Angelegenheiten, Vittorio Zoppi, Wien, 27. 1. 1947. DDI X/4, Dok. 713.

tiroler festhalten[54]. Indem Gruber auf eine Ratifizierung des Pariser Abkommens durch den österreichischen Nationalrat verzichtete, erhielt dieses den Status einer „Zwischenlösung“[55]. Nach Innocenti waren auch die SVP und die Südtiroler Presse ostentativ darum bemüht, das Pariser Abkommen als Provisorium auszulegen[56].

Das italienische Außenministerium reagierte auf diese Entwicklung in zweifacher Hinsicht: Erstens sollte die Optantenfrage weiterhin als Druckmittel in der Südtirolfrage eingesetzt werden[57], und zweitens sollten die Südtiroler mit NS-Vergangenheit, die mit den Irredentisten gleichgesetzt wurden, stärker als bisher geplant vom Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen werden. Silvio Innocenti, der Ende 1946 aus Bozen nach Rom zurückgekehrt war und als Staatsrat und Vertrauensmann De Gasperis sämtliche Südtirol-Agenden koordinierte[58], hatte anlässlich der Ausarbeitung des Optantengesetzes von 1946 die Zahl der dadurch von der Staatsbürgerschaft Ausgeschlossenen auf 200 bis 300 geschätzt. Nun, im März 1947, sprach er plötzlich von 2.000 bis 3.000 Personen[59]. Zudem wurde ab nun strenger gegen illegal zurückgekehrte Umsiedler vorgegangen[60].

Am 31. März 1947 überreichte Österreich dem italienischen Vertreter in Wien ein erstes Memorandum zur Revision der Optionen, womit die offiziellen Konsultationen in dieser Frage ihren Anfang nahmen[61]. Am 28. Mai erfolgte

54 Coppini an Außenminister Nenni, Wien, 1. 2. 1947. Ebd., Dok. 735. Tatsächlich hatte Gruber gesagt, das Selbstbestimmungsrecht sei Sache der Südtiroler Bevölkerung, nicht der österreichischen Regierung. Amtsvermerk von Josef Schöner, 5. 2. 1947, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 1, Dok. 300.

55 Gehler, Österreichs Außenpolitik 246.

56 Innocenti an De Gasperi, Bozen, 5. 10. 1946, 2. PCM, UZC, Sez. III, b. 1.

57 Dies zeigte sich u.a. im Zusammenhang mit dem Autonomiestatut. Erst nachdem die SVP diesem im Jänner 1948 zugestimmt hatte, verabschiedete der Ministerrat das Optantendekret. Steurer, Südtirol 1943–1946 97.

58 Andrea Di Michele, L'Italia e il governo delle frontiere (1918–1955). Per una storia dell'Ufficio per le zone di confine, in: La difesa dell'italianità. L'Ufficio per le zone di confine a Bolzano, Trento e Trieste (1945–1954), hrsg. von Diego D'Amelio, Andrea Di Michele, Giorgio Mezzalira (Bologna 2015) 25–72, hier: 43.

59 Vermerk von Unbekannt über ein Gespräch eines SVP-Vertreters mit Innocenti und dem österreichischen Botschafter in Rom Johannes Schwarzenberg, 6. 3. 1947, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 2, Dok. 37, 116.

60 Bericht von Edgeworth Murray Leslie über einen Kontakt zwischen der SVP-Leitung und dem britischen Konsul in Bozen, 6. 3. 1947. Ebd., Dok. 38, 117.

61 Coppini an Außenminister Sforza, Wien, 31. 3. 1947, I documenti diplomatici italiani, hrsg. von Ministero degli Affari Esteri. Commissione per la pubblicazione dei documenti

die italienische Antwort, ebenfalls in Form eines Memorandums, dem ein Gesetzentwurf zur Revision der Optionen beigefügt war[62].

Zum Entsetzen der SVP stellte der von Italien präsentierte Vorschlag aber eine „reformatio in peius" des Innocenti-Entwurfs dar[63], worauf Österreich in seiner Antwort hinwies[64]. Die Verschlechterung bestand vor allem darin, dass die Ausschlussgründe von der Staatsbürgerschaft erweitert und die Fristen zu Ungunsten eines schnellen Verfahrens festgesetzt wurden. Hier zeigte sich der nunmehr härtere italienische Kurs, der auch darauf zurückzuführen war, dass Innocenti persönlich den neuen Vorschlag maßgeblich verfasst hatte[65] und Österreich durch die gescheiterten Staatsvertragsverhandlungen in eine schwächere Position zurückgefallen war. Andererseits hatte Italien durch die Unterzeichnung des Friedensvertrags im Februar 1947 seine volle Souveränität zurückerhalten. Somit sah sich Rom in der Lage, ein Jahr zuvor gewährte Zugeständnisse zurückzunehmen.

Die Tatsache, dass die in Durchführung des Pariser Abkommens erarbeitete Lösung schlechter ausfallen sollte als das zuvor zwischen Bozen und Rom vereinbarte Projekt, brachte die SVP in große Schwierigkeiten und Erklärungsnot, zumal dadurch der Wert des in Teilen der Bevölkerung ohnehin umstrittenen Pariser Abkommens in Frage gestellt wurde. Folglich lautete die Direktive der SVP für das künftige Vorgehen, das Optantengesetz dürfe keinesfalls schlechter ausfallen als der Entwurf von 1946[66].

In den Konsultationen mit Italien musste Wien in Absprache u.a. mit der SVP und dem Gesamtverband der Südtiroler in Österreich nun eine Kurs-

---

DIPLOMATICI (Decima serie: 1943–1948, Bd. V, 2 febbraio–30 maggio 1947) (Roma 1997) (künftig: DDI X/5), Dok. 289.

62 Coppini an Außenminister Sforza, Wien, 28. 5. 1947. Ebd., Dok. 459; Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung VIII, Wissenschaftliches Referat, Unterlagensammlung Nr. 8, Teil II.

63 RAFFEINER, Tagebücher, Eintrag vom 3. 6. 1947, 238.

64 Coppini an Außenminister Sforza, Wien, 24. 6. 1947, Anhang I (Memorandum vom 17. 6. 1947), I documenti diplomatici italiani, hrsg. von MINISTERO DEGLI AFFARI ESTERI. COMMISSIONE PER LA PUBBLICAZIONE DEI DOCUMENTI DIPLOMATICI (Decima serie: 1943–1948, Bd. VI, 31 maggio–14 dicembre 1947) (Roma 1997) (künftig: DDI X/6), Dok. 92, 119.

65 Aufzeichnung des Bundeskanzleramtes, Außenamt: Vertrauliche Information über die Südtiroler Frage nach dem Stand von Mitte Juli 1947, Wien, 15. 7. 1947, in: GEHLER, Akten zur Südtirol-Politik 2, Dok. 198, 412.

66 Edgeworth Murray Leslie, Bericht über die Beratung von SVP-Vertretern mit Gruber in Wien, 7. 9. 1947. Ebd., Dok. 280, 575.

korrektur vornehmen. Hatte man zuvor den Innocenti-Entwurf von 1946 als Ausgangspunkt für die Verhandlungen abgelehnt, so berief man sich ab sofort ausdrücklich darauf[67]. Der Geist des Pariser Abkommens erlaube keinen Rückschritt, im Gegenteil, die Lösung müsse günstiger ausfallen.

Die Konsultationen waren im Juni 1947 an einem toten Punkt angelangt, wie Coppini in Wien konstatierte[68]. Freimütig erklärte er gegenüber Gruber, dass dies an den vorgefassten Meinungen der beiden Verhandlungspartner liege. So glaube Italien, die österreichische Regierung würde die Rückkehr einer größtmöglichen Zahl von abgewanderten Südtirolern anstreben, um weiterhin eine nationalistische bzw. irredentistische Politik zu betreiben, Forderungen zu erheben und den „Alto Adige" geistig und wirtschaftlich von Italien abzutrennen. Auf der anderen Seite sei Österreich der Meinung, die italienische Regierung versuche die Rückkehr der Optanten zu unterbinden, um die Entnationalisierungspolitik fortzusetzen und Italiener anzusiedeln[69].

Diese Vorurteile galt es nach Coppini zu überwinden, wollte man in der Optantenfrage weiterkommen. Den Schwarzen Peter schob er aber eindeutig Österreich zu. Während nämlich Italien und insbesondere De Gasperi in Worten und Taten seinen guten Willens gezeigt habe, würden solche Gesten aus Österreich ausbleiben. So vermisste er etwa eine Erklärung Wiens, die nach Südtirol zurückkehrenden Umsiedler würden sich als loyale italienische Staatsbürger verhalten, im Gegenteil, hie und da würde sogar die Behauptung aufgestellt, das De Gasperi-Gruber-Abkommen sei nur eine Übergangslösung. Coppini schlug Außenminister Sforza mithin vor, gewisse österreichische Gegenvorschläge, die am 26. Juni überreicht wurden, anzunehmen, im Gegenzug aber eine offizielle Erklärung Wiens zu fordern, den Irredentismus der Südtiroler nicht zu unterstützen[70].

Diese Strategie fand in Rom Gehör und Silvio Innocenti machte gegenüber dem nunmehrigen SVP-Generalsekretär Otto von Guggenberg Andeu-

67 Gruber, Instruktionen an Legationsrat Kripp, Wien, 31. 7. 1947, in: Ebd., Dok. 228, 479.

68 Coppini an Außenminister Sforza, Wien, 24. 6. 1947. DDI X/6, Dok. 93, 130.

69 Ebd. 129.

70 Ebd. 130.

tungen, als Gegengeschäft zu einer Loyalitätserklärung bzw. Verzichtserklärung Österreichs auf Südtirol sei Rom zu Kompensationen bereit[71].

Im österreichischen Außenministerium signalisierte man bald die Bereitschaft, dem italienischen Wunsch nach einer Erklärung zur Loyalität der Rücksiedler gegenüber Italien nachzukommen[72]. In Wien musste man erkennen, dass es ein Fehler gewesen war, den einstigen relativ liberalen Innocenti-Entwurf nicht akzeptiert zu haben. Verweise auf die 1946 zwischen Rom und Bozen vereinbarten vorteilhafteren Lösungen entkräftete man in Rom mit der Behauptung, im eigentlichen Sinn habe es sich beim Projekt von 1946 um keinen Gesetzentwurf gehandelt, sondern um Wünsche zur Lösung des Problems, ausgearbeitet von einer fast ausschließlich deutschsprachigen Kommission[73]. Dies entsprach freilich nicht den Tatsachen.

Dabei herrschte in den meisten Punkten mehr oder weniger Übereinstimmung zwischen den italienischen und den österreichisch/südtirolerischen Vorstellungen. Es spießte sich im Wesentlichen an einem einzigen Punkt, nämlich am Art. 5, der die Gründe für den Ausschluss vom Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft für von Deutschland eingebürgerte Optanten formulierte, egal ob abgewandert oder nicht. Diese Gründe betrafen eine Verstrickung mit dem Nationalsozialismus, Kollaborationsverbrechen und antiitalienische Agitation, so dass das Optantengesetz als Säuberungsgesetz gelten kann[74]. Allerdings hegte man in der SVP den Verdacht, durch eine vage Formulierung könnten auch Nichtbelastete betroffen sein, mit dem Ziel, die Südtiroler Intelligenz auszuschalten.

Die Südtiroler Volkspartei wurde immer ungeduldiger ob der ausstehenden Lösung. Eine SVP-Delegation mit Parteiobmann Erich Amonn an der Spitze flehte deshalb Gruber Anfang September regelrecht an, zu mündlichen Verhandlungen überzugehen, da die Methode des Austauschs von Noten und der

71 Otto von Guggenberg, Gedächtnisprotokoll über die Romreise vom 29. 7. bis 3. 8. 1947, Nachtrag, Bozen, 6. 8. 1947, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 2, Dok. 225 A, 472.

72 Coppini an Außenminister Sforza, Wien, 18. 6. 1947. DDI X/6, Dok. 107, 149.

73 Risposta al promemoria del Governo austriaco in data 26 giugno 1947, Wien, 18. 8. 1947, in: DDI X/5, Anhang zum Dok. 436, 583. auch Eugen Buresch, Aktenvermerk über die Unterredung zwischen Innocenti und Legationsrat Josef Kripp am 12. 8. 1947, 12. 8. 1947, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 2, Dok. 253, 527.

74 Dazu Stefan Lechner, Una denazificazione posticipata. Le riopzioni del 1948 e il procedimento di esclusione dalla cittadinanza italiana, in: D'Amelio, Di Michele, Mezzalira, La difesa dell'italianità 209–229.

internen Beratungen zu langwierig sei. Den akuten Handlungsbedarf begründete diese u.a. damit, dass infolge fehlender Staatsbürgerschaft zahlreiche öffentliche Stellen, wie etwa Notariate oder tierärztliche Dienste, ausschließlich an Italiener vergeben würden[75]. Gruber hielt aber Eile und ein gutes Resultat für unvereinbar. Außerdem beschwichtigte er, nach seiner Einschätzung hegten die Italiener nicht die Absicht, auch Nichtbelastete auszuschließen und ersuchte darum, Rom einen *gewissen Vorschuss an Vertrauen* zu gewähren[76].

In der SVP war man enttäuscht über die lahme Haltung Grubers und die Aussprache mit dem Minister sowie hohen Beamten des Außenamtes hinterließ den Eindruck, Österreich sei zur endgültigen Klärung der Optantenfrage zu weiteren Zugeständnissen an Italien bereit[77].

Gleichzeitig wurde die SVP von Innocenti unter Druck gesetzt. Der Staatsrat erinnerte Parteisekretär von Guggenberg daran, dass Italien laut Pariser Abkommen lediglich zu Konsultationen mit Österreich verpflichtet sei. Sollte keine Einigung erzielt werden, so werde man sich gezwungen sehen, ein Dekret herauszugeben und „so die Frage praktisch zu beenden"[78].

Im September 1947 einigten sich Rom und Wien schließlich doch noch – wie von der SVP gefordert –, die Konsultationen in mündlicher Form fortzusetzen. Österreich ging in die Verhandlungen mit dem Ziel, einer möglichst großen Anzahl von Südtirolern den Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft und den Umsiedlern eine Rückkehr zu ermöglichen. Auf italienischer Seite ging es um viel mehr als nur um die Revision der Optionen. Nach Coppini sollte die österreichische Regierung zu zwei Zusicherungen gezwungen werden: Erstens, dass die Umsiedler als loyale italienische „Untertanen" zurückkehren müssten, und zweitens, dass Österreich jede Initiative zur Abtrennung Südtirols von Italien verurteile[79]. Davon wurden auch die Signatarmächte des italienischen Friedensvertrages Großbritannien und die

75 Aktennotiz des Bundeskanzleramtes, Außenamt über eine Besprechung zwischen Gruber, Amonn und Guggenberg am 4. 9. 1947, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 2, Dok. 277, 569.

76 Ebd.

77 Edgeworth Murray Leslie, Bericht über die Beratung von SVP-Vertretern mit Gruber in Wien, 7. 9. 1947. Ebd., Dok. 280, 573; Edgeworth Murray Leslie, Südtirol: Allgemeiner Lagebericht, 11. 9. 1947. Ebd., Dok. 284, 583.

78 Otto von Guggenberg, Gedächtnisprotokoll der Unterredung mit Innocenti, Rom, 29. 9. 1947. Ebd., Dok. 303, 616.

79 Coppini an Zoppi, Wien, 21. 9. 1947. DDI X/6, Dok. 503, 657.

USA in Kenntnis gesetzt, da Österreich den aus italienischer Sicht im Pariser Abkommen inkludierten Verzicht auf Südtirol offensichtlich nicht anerkannte[80]. So hatte Außenminister Gruber im Vorfeld offen erklärt, von einem Verzicht sei in den Verhandlungen in Paris niemals die Rede gewesen[81].

Vom 13. bis 22. November 1947 fanden in Rom die entscheidenden Konsultationen zwischen Italien und Österreich statt, die schließlich zum Optantendekret vom 5. Februar 1948 führten. Ursprünglich sollten die Gespräche bereits einige Tage vorher stattfinden, um Coppini eine Teilnahme zu ermöglichen, wurde aber eine Terminänderung vorgenommen. Dieser musste nämlich am 9. November dem ersten Fußballländerspiel der Nachkriegszeit zwischen Italien und Österreich in Wien beiwohnen[82]. Das Spiel gewann Österreich mit 5 zu 1. Ging Österreich auch aus den Verhandlungen in Rom als Sieger hervor? Nach Steininger sehr wohl, denn die österreichische Delegation habe durch ihre harte Haltung unerwartete Zugeständnisse erhalten[83]. Auf der anderen Seite gab Außenminister Gruber die von Italien gewünschte und für absolut notwendig erachtete Erklärung ab, wonach die Wiedereingebürgerten eine loyale Haltung gegenüber Italien einzunehmen hätten und die österreichische Regierung jede Tätigkeit und jedes Verhalten der Südtiroler missbillige, das auf eine Änderung jenes Zustandes gerichtet sei, auf den sich das Pariser Abkommen gründe. Das kam einem definitiven Verzicht auf Südtirol gleich.

Nach Josef Raffeiner, einem der besten Kenner der Reoptionsmaterie, fiel die nunmehrige Lösung bedeutend schlechter aus als die 1946 ausgearbeitete[84]. Tatsächlich wurden in der Folge ca. 650 Optanten in Südtirol von der italienischen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen[85] und nicht die 1946 in Aussicht gestellten 200 bis 300[86]. Mit den Abgewanderten waren es ca. 4.000 Abgewiesene. Diese Bewertung weist freilich einen Unsicherheitsfaktor auf, weil wir nicht wissen, wie der Innocenti-Entwurf umgesetzt worden wäre. Die damaligen Kri-

80 Außenminister Sforza an die Botschafter in London und Washington, Rom, 27. 10. 1947. Ebd., Dok. 659.

81 Coppini an Außenminister Sforza, Wien, 4. 10. 1947. Ebd., Dok. 558, 708.

82 Coppini an Zoppi, Wien, 18. 10. 1947. Ebd., Dok. 624.

83 Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 112.

84 Raffeiner, Tagebücher, Eintrag vom 25. 11. 1947, 274.

85 Lechner, Una denazificazione posticipata 227.

86 Stellungnahme der Landesstelle für Südtirol, 9. 10. 1946, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 1, Dok. 225, 479.

terien zu den Ausschlussgründen boten jedenfalls einen gewissen Interpretationsspielraum. Nach Viktoria Stadlmayer hatte die SVP mit der Zurückweisung des zuvor mitbeschlossenen Innocenti-Entwurfes eine „weise Entscheidung" getroffen, da ein sofortiges Inkrafttreten des Gesetzes nicht ausdrücklich vorgesehen gewesen wäre[87]. Dies heißt aber nicht, dass eine zeitnahe Umsetzung nicht trotzdem hätte erfolgen können. So ist letztlich wohl dem Resümee des politisch gemäßigten Raffeiner zuzustimmen, die SVP habe durch die Ablehnung des bereits beschlossenen Optantengesetzes von 1946 einen Fehler gemacht[88].

Auch der Hardliner Otto von Guggenberg war dieser Ansicht. Noch vor Abschluss der Verhandlungen meinte er, die SVP hätte den Entwurf von 1946 akzeptieren und nicht auf Grubers Versicherungen bauen sollen, er würde eine bessere Lösung erzielen. Ein ganzes Jahr sei verloren worden, ein Jahr, in dem Optanten aus der lokalen Administration entlassen und durch Italiener ersetzt worden seien[89].

In den römischen Verhandlungen machte Italien noch einige kleinere Zugeständnisse und sicherte faire Verfahren zu. Der Artikel zu den Ausschlussgründen wurde aber keineswegs aufgeweicht[90]. Das von Österreich und der SVP verfolgte Ziel, die Optionen von 1939 mit einem Federstrich für null und nichtig zu erklären, konnte nicht erreicht werden.

Ausschlaggebend für die Einschätzung, dass das Optantendekret in Durchführung des Pariser Abkommens die schlechtere Lösung war als der zwischen Bozen und Rom im Vorfeld vereinbarte Entwurf von 1946 ist der Faktor Zeit. Das Optantendekret vom Februar 1948 kam vor allem für die umgesiedelten Südtiroler zu spät, zumal der Rückkehrwunsch nach Südtirol im Laufe der Jahre stetig schwächer wurde. Bereits Anfang 1947 hatte ca. ein Drittel der Südtiroler in Österreich erklärt, dort bleiben zu wollen[91]. Deshalb regte die SVP

87 Stadlmayer, Kein Kleingeld im Länderschacher 230.

88 Diese Einschätzung teilt auch Leopold Steurer. Steurer, Südtirol 1943–1946, 97; auch Günther Pallaver, Leopold Steurer, Ich teile das Los meiner Erde/Condividerò la sorte della mia terra. August Pichler 1898–1963 (Bozen 1998) 110.

89 Edgeworth Murray Leslie, Bericht über die Beratung von SVP-Vertretern mit Gruber in Wien, 7. 9. 1947, in: Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 2, Dok. 280, 574.

90 Im Vergleich zum Entwurf von 1946 wurden nun auch zentrale Befehlshaber des Sicherungs- und Ordnungsdienstes (SOD) einbezogen.

91 Stefan Lechner, Helmut Alexander, Die Rücksiedlung, in: Heimatlos. Die Umsiedlung der Südtiroler, hrsg. von Helmut Alexander, Stefan Lechner, Adolf Leidlmair (Wien 1993) 181–271, hier 183; auch Raffeiner, Tagebücher, Eintrag vom 10. 8. 1948, 415.

in Wien an, Maßnahmen zu setzen, die die Südtiroler zu einer Rückoption bewegen könnten. So beschloss der Ministerrat im November 1948, die Gleichstellung der Südtiroler mit den österreichischen Staatsbürgern, die seit 1945 gewährt wurde, nur jenen weiterhin zuzugestehen, die ein Rückoptionsgesuch einreichen würden. Auch wurde nur jenen die Vergabe der österreichischen Staatsbürgerschaft in Aussicht gestellt, die im Rahmen der Rückoption um die Wiederverleihung der italienischen Staatsbürgerschaft ansuchen würden[92], ein Paradox. Wie zu erwarten setzte daraufhin eine Rückoptionswelle ein.

Italien fühlte sich durch dieses Vorgehen brüskiert, protestierte heftig und die Bearbeitung der Rückoptionsgesuche wurde vorläufig auf Eis gelegt. Erst nach zähen Verhandlungen zwischen Italien und Österreich konnte 1950 eine Einigung erzielt und die Rückoption fortgesetzt werden. Hier wurde offensichtlich, dass Italien an einer Rücksiedlung der Optanten kein Interesse zeigte, ganz im Gegenteil. Auf der anderen Seite versuchten die SVP und Österreich, eine möglichst große Zahl von Umsiedlern zur Rückkehr zu bewegen, auch durch die Ausübung von Druck. Doch wie gesagt: Für die Umsiedler kam das Optantendekret zu spät.

Die späte Lösung des Optantenproblems führte auch in Südtirol selbst zu fortgesetzten Schwierigkeiten. Öffentliche Stellen konnten weiterhin nicht besetzt werden, es kam zu Entlassungen und eine politische Normalisierung ließ auf sich warten. Die zum Teil rigorose Umsetzung des Optantendekrets rief im Land Spannungen hervor und drohte das politische Klima zu vergiften[93]. Die Regelung war aber doch noch rechtzeitig gekommen, allerdings im allerletzten Moment, um der großen Mehrheit der Südtiroler in Italien die Teilnahme an den ersten Parlamentswahlen der Nachkriegszeit im April 1948 zu ermöglichen.

92 Lechner, Alexander, Die Rücksiedlung 218 f.

93 Raffeiner, Tagebücher, Eintrag vom 18. 9. 1948, 417 f.

Der Sonderfall: Südtirol und die Grenzen der österreichischen Nachkriegsnation

PETER THALER
University of Southern Denmark

1. Die nationale Neudefinierung der österreichischen Republik

Auf den ersten Blick erscheint das republikanische Österreich von großer Kontinuität gezeichnet. Im Gegensatz zu den meisten seiner Nachbarn weist dieser Staat noch heute die Grenzen aus, die ihm in den Friedensabkommen nach dem 1. Weltkrieg zugeteilt wurden. Auch seine kulturelle Zusammensetzung änderte sich nur wenig, bis er in den letzten Jahrzehnten immer stärker in internationale Migrationsbewegungen eingebunden wurde. Wirtschaftlich stand die kleine Alpenrepublik nach Überwindung der Kriegsfolgen in den Nachkriegsjahrzehnten unvergleichlich besser dar als in der krisengeplagten Zwischenkriegszeit, aber dies entsprach ebenfalls einer westeuropäischen Gesamtentwicklung und nicht einer österreichischen Besonderheit. Von außen betrachtet, folgte die zweite österreichische Republik recht unproblematisch der Traditionslinie ihrer Vorgängerin.

Wenn man unter die Oberfläche blickt und das Selbstverständnis dieses Staates betrachtet, zeigen sich indes deutliche Bruchlinien. Der österreichische Staat hatte sich aus der zerfallenden Habsburgermonarchie als Republik Deutschösterreich gelöst und sich schon in seinem Gründungsdokument der ebenfalls neuentstandenen deutschen Republik zugeordnet. Hatte Artikel 1 des Gesetzes vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich festgelegt, dass Deutschösterreich eine demokratische Republik sei und alle öffentlichen Gewalten vom Volke eingesetzt würden,

bestimmte Artikel 2, dass Deutschösterreich ein Bestandteil der Deutschen Republik sei[1].

Obwohl dieses nationale Selbstverständnis aus der Rückschau der österreichischen Republik des 21. Jahrhunderts schwer nachvollziehbar wurde, entsprach es durchaus der historischen Ausgangslage. Alle bedeutsamen Bevölkerungsgruppen der Monarchie, die sprachliche Bindungen über die verschwindenden Reichsgrenzen hinweg hatten, wollten sich mit ihrer weiteren Sprachgemeinschaft vereinen. Ein eigener galizischer oder siebenbürgischer Staat wurde von den jeweils führenden Nationalitäten dieser Regionen kaum in Erwägung gezogen, obwohl der hohe Anteil anderssprachiger Bevölkerungsgruppen es in diesen Fällen einleuchtender erscheinen hätte lassen als im österreichischen. Das Verhalten der deutschsprachigen Österreicher war mehr Regelfall als Ausnahme.

Es erwies sich bald, dass die Siegermächte des Weltkrieges nicht an einer Ausweitung des deutschen Hoheitsbereichs interessiert waren, auch wenn dies dem Bevölkerungswunsch entsprechen sollte. Vor allem Frankreich lehnte dies ab und setzte sich damit auch gegen anfängliche Bedenken im britischen Außenministerium durch[2]. Im Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye wurde Österreichs politische Selbständigkeit festgeschrieben und der Oberaufsicht des Völkerbundes unterworfen, wodurch sie Ähnlichkeiten mit dem Status der damals geschaffenen Freien Stadt Danzig aufwies, sowie der Name des Staates als Republik Österreich bestimmt[3].

Trotz dieser internationalen Vorgaben blieb die junge Republik umstritten. Einzelne Bundesländer versuchten noch durch eigene Volksabstimmungen einen regionalen Anschluss an die Weimarer Republik zu erreichen. Dabei sprachen sich im Jahre 1921 bei einer Beteiligung von rund 90 % der Abstimmungsberechtigten 98,6 % der Abstimmenden in Tirol für die Aufnahme von Anschlussverhandlungen mit dem Deutschen Reich aus; in Salz-

1 Gesetz vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich, Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich 1918, Stück 1, Nummer 5.

2 Siehe dazu F.L. Carsten, Die Erste Österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen (Wien 1988) 15.

3 Siehe vor allem Major Peace Treaties of Modern History, 1648–1967, Bd. 3, hrsg. von Fred Israel (New York 1967) 1567.

burg waren es bei einer Abstimmungsbeteiligung von rund 80 % 99,3 %[4]. Im weit westlich gelegenen Vorarlberg wiederum hatten sich schon 1919 rund 80 % der Abstimmenden für Anschlussverhandlungen mit der Schweiz ausgesprochen, wobei die in diesem Bundesland etwas mehr ins Gewicht fallende Opposition vornehmlich aus deutschnationalen Kreisen kam[5]. Auf alliierten Druck hin wurden weitere Abstimmungen unterbunden.

Auch die politischen Parteien gaben die Hoffnung auf die zukünftige Vereinigung mit der deutschen Republik nicht auf und verankerten sie in ihren Parteiprogrammen. Etwas vieldeutiger formulierten noch die Christlichsozialen: *Insbesondere verlangt sie [die christlichsoziale Partei] auch die Gleichberechtigung des deutschen Volkes in der europäischen Völkerfamilie und die Ausgestaltung des Verhältnisses zum Deutschen Reich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes.*[6] Unmissverständlich waren dagegen die Sozialdemokraten: *Die Sozialdemokratie betrachtet den Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich als notwendigen Abschluß der nationalen Revolution von 1918. Sie erstrebt mit friedlichen Mitteln den Anschluss an die Deutsche Republik,* sowie als Vertreter des nationalliberalen Lagers die Großdeutschen: *Der unverrückbare Leitstern unserer Außenpolitik ist der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich* und der Landbund: *Der Zusammenschluß aller deutschen Stämme von Mitteleuropa zu einem einheitlichen Volksstaate ist sein [des Landbunds] unverrückbares Ziel.*[7]

Viele österreichische Vereine schlossen sich breiteren deutschen Dachverbänden an und demonstrative Großveranstaltungen vereinten Chormitglieder, katholische Aktivisten, Turner und Universitätslehrer aus dem

4 Die Zahlen für das Ergebnis der Volksabstimmungen stammen aus Lajos Kerekes, Von St. Germain nach Genf: Österreich und seine Nachbarn 1918–1922, übersetzt von Johanna Till (Wien 1979) 288, und Dirk Hänisch, Die österreichischen NSDAP-Wähler: Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils (Wien 1998) 33 f.

5 Zur Entwicklung in Vorarlberg siehe Werner Dreier, Vorarlberg und die Anschlußfrage, in: Tirol und der Anschluß, hrsg. von Thomas Albrich, Klaus Eisterer, Rolf Steininger (Innsbruck 1988) 183–220.

6 Das Programm der Christlichsozialen Partei, 1926, in: Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, hrsg. von Klaus Berchtold (München 1967) 374.

7 Siehe Das 'Linzer Programm' der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, 1926, in: Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, hrsg. von Klaus Berchtold (München 1967) 264; Das 'Salzburger Programm' der Großdeutschen Volkspartei, 1920, in: ebd. 446; und Politische Leitsätze des Landbundes für Österreich, 1923, in: ebd. 483.

deutschen Sprachraum[8]. Der Österreichisch-Deutsche Volksbund, dem sich führende Politiker aller großen Parteien zur Förderung des Anschlussgedankens angeschlossen hatten, umfasste 1930 über eine Million Mitglieder, wobei allerdings der korporative Beitritt von ganzen Organisationen berücksichtigt werden muss[9].

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland änderten sich auch die Rahmenbedingungen des deutsch-österreichischen Verhältnisses. Ein Zusammenschluss der beiden Staaten hätte nicht mehr zwei demokratische Gesellschaften miteinander verbunden, sondern die Eingliederung Österreichs in die nationalsozialistische Diktatur bedeutet. Sowohl Christlichsoziale wie Sozialdemokraten suspendierten daher ihre Anschlussforderungen. Vor allem die Sozialdemokraten machten dabei aber klar, dass dies keineswegs als dauerhafte Abwendung von Deutschland zu verstehen sei. Vielmehr wolle man Österreich dadurch als Zufluchtsstätte für die deutsche Freiheit, Demokratie, Kultur und Arbeiterbewegung bewahren, bis ganz Deutschland wieder frei würde[10]. Und noch nach dem deutschen Einmarsch im März 1938 erklärten führende Exilsozialdemokraten, dass der Widerstand nicht der Wiederherstellung des verschwundenen Österreichs gelten könne, sondern nur der gesamtdeutschen Revolution[11].

Der Gedanke an eine eigenständige österreichische Nation fand in den Kernbereichen der Bevölkerung wenig Widerhall. An den gesellschaftlichen Außenpolen wuchsen indes neue Vorstellungen heran. Die Anhänger des ehemaligen Kaiserhauses konnten dem Anschluss an Deutschland nichts abgewinnen, weil er die von ihnen erhoffte Rückkehr der Habsburger auf den Thron ausgeschlossen hätte. Obwohl sie ursprünglich kein besonderes Interesse an der Nationsfrage hatten – ihre Loyalität richtete sich ja an ganz anderen Anknüpfungspunkten aus –, erkannten die Legitimisten die Not-

8 Zu diesem Aktivismus siehe auch Erin R. Hochman, Ein Volk, ein Reich, eine Republik: Großdeutsch Nationalism and Democratic Politics in the Weimar and First Austrian Republics, in: German History 32 (2014) 29–52.

9 Siehe Peter Katzenstein, Disjoined Partners (Berkeley 1976) 147; Wolfgang Rosar, Deutsche Gemeinschaft: Seyss-Inquart und der Anschluß (Wien 1971) 46.

10 Oesterreichs staatliche Zukunft und die Sozialdemokratie, in: Arbeiter-Zeitung (13.5.1933) 1.

11 Fritz Klenner, Eine Renaissance Mitteleuropas: Die Nationswerdung Österreichs (Wien 1978) 190.

wendigkeit, ihre Argumentation auf eine breitere Grundlage zu stellen, und entwickelten die Lehre vom Österreichischen Menschen. Der Österreicher wurde als übernationaler Mittler zwischen den Völkern beschrieben, als sprachengewandt, anpassungsfähig, kunstsinnig und ganz von der Tradition des Kaiserreiches geprägt[12].

In den 1930er-Jahren schlossen sich kommunistische Stimmen dieser Neuorientierung an. Alfred Klahrs im Jahre 1937 in „Weg und Ziel" veröffentlichte Beitragsreihe zu diesem Fragenbereich kann als theoretische Gründungsurkunde der Österreichischen Nation gesehen werden und gipfelte in der Forderung: *Können wir, die kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeiterbewegung, die Entwicklung der österreichischen Nation öffentlich anerkennen und fördern? Wir können dies nicht nur, wir müssen es heute tun*.[13] Die Kurswende der Partei wurde allerdings nicht in Österreich, sondern von der Komintern-Zentrale in Moskau festgelegt, der jedes Mittel zur Verhinderung des durch einen möglichen Anschluss drohenden Machtzuwachses für ihren nationalsozialistischen Hauptwidersacher recht sein musste. Radomir Luža beschrieb die Hintergründe dieser Einflussnahme: „Der Promotor der neuen KP-Politik der österreichischen Unabhängigkeit, Georgi Dimitrov, Sekretär der Komintern, setzte das Thema offensichtlich nach Abschluss des Abkommens vom 12. Juli 1936 zwischen Hitler und Schuschnigg durch. Noch am 11. Juli hatte das Politbüro der KPÖ die alte These aufrechterhalten, wonach sich 'die Österreicher als Teil der deutschen Nation betrachten, mit der sie sich vereinigen würden'".[14]

Die Österreichische Nation galt den Monarchisten als einzige Hoffnung auf die Wiederkehr des habsburgischen Kaisertums, den Kommunisten als Beitrag zur außenpolitischen Sicherheit der Sowjetunion. Nachdem ein selbst aus Österreich stammender Diktator den Anschluss im Jahre 1938 dennoch vollzogen hatte – allerdings unter Umständen, die sich erheblich von der Vorstellung der demokratischen Großdeutschen des Jahres 1918 unterschieden – schien der Gedanke an ein eigenständiges österreichisches Staatswesen

12 Siehe dazu Oscar Schmitz, Der österreichische Mensch (Wien 1924).

13 Siehe dazu Rudolf [Alfred Klahr], Zur nationalen Frage in Österreich, in: Weg und Ziel, Blätter für Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung, 2:3 (1937) 126–133, und 2:4 (1937) 173–181, und Franz Marek, Die österreichische Nation in der wissenschaftlichen Erkenntnis, in: Die österreichische Nation, hrsg. von Albert Massiczek (Wien 1967) 156.

14 Radomir Luza, The Resistance in Austria, 1938–1945 (Minneapolis 1984) 23.

für immer abgeschlossen. Die zeitliche Verknüpfung der Anschlusswirklichkeit mit Krieg und Einparteienherrschaft schuf in den darauffolgenden Jahren erste Voraussetzungen für eine geistige Neuorientierung außerhalb der politischen Randgruppen. Den endgültigen Umbruch brachte aber das Jahr 1945, in dem die Alliierten in Österreich Einzug hielten.

Nach 1945

Aus der totalen Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg erwuchs die Wiederbegründung der österreichischen Republik, zugleich aber auch die Besetzung durch die vier Siegermächte. Jeder Hinweis auf Österreichs deutsche Bezugspunkte verknüpfte die österreichische mit der weitaus komplexeren deutschen Frage und erschwerte eine rasche und zufriedenstellende Abwicklung des Besatzungsregimes. Wenn Österreich seine volle Souveränität zurückgewinnen wollte, schien eine Abgrenzung von allem Deutschen daher eine patriotische Notwendigkeit[15].

Seitdem galt aber nicht bloß die Frage der politischen Unabhängigkeit als entschieden. Mit der Übernahme gesellschaftlicher Führungspositionen durch die Anhänger einer eigenständigen Österreichischen Nation kam ein darüber weit hinausgehender Erziehungsprozess in Gang. Nicht zuletzt dem Unterrichtswesen wurde dabei eine wichtige Aufgabe gesetzt. Das Parteiprogramm der Österreichischen Volkspartei, der führenden politischen Kraft der ersten Nachkriegsjahre, verlangte von den Schulen:

> *Zielbewußte Pflege des österreichischen Geistes und schärfste Betonung des eigenständigen österreichischen Kulturgutes...*
> *In den Schulen aller Stufen, einschließlich der Fachschulen, restlose Durchdringung des Unterrichtes mit österreichischem Gedankengut und Heranbildung der Jugend zu bedingungslosen Österreichern...*
> *Intensivste Arbeit am Aufbau der österreichischen Nation, die starkes, stolzes österreichisches Staats- und Kulturbewußtsein formen muß.*[16]

15 Siehe dazu etwa Erich Zöllner, Der Österreichbegriff: Formen und Wandlungen in der Geschichte (Wien 1988) 93.

16 Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, hrsg. von Klaus Berchtold (Wien 1967) 376 ff.

Das neue staatliche Selbstverständnis beruhte auf Abgrenzung von Deutschland. Österreich sei nie Teil Deutschlands oder einer deutschen Nation gewesen[17]. Manche Autoren führten die österreichische Eigenständigkeit bis zum Privilegium minus im Jahre 1156 zurück; andere wählten die Auflösung des Heiligen Römischen Reiches im Jahre 1806[18]. Die Österreicher wären anderer Abstammung als die Deutschen und sprächen eine eigene Sprache[19]. Die österreichische Identität sei durch Gegenreformation und Barock geformt und bilde einen katholischen Gegenpol zum protestantischen Deutschland[20]. Die Österreicher fühlten sich ihren östlichen und südöstlichen Nachbarn näher verbunden als den Deutschen[21]. Und nicht zuletzt: die Österreicher seien 1938 gegen ihren Willen vom Deutschen Reich annektiert worden; sie wären von der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen worden und hätten im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen das Regime Widerstand geleistet. Sie wären ein Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands gewesen[22].

Während dieses Österreichbild ursprünglich auf aktivistische Minderheiten vor allem des legitimistischen Umfelds beschränkt war, rückte es nunmehr ins Zentrum der öffentlichen Bewusstseinsbildung. Zuerst gelang dies innerhalb des katholisch-konservativen Lagers, dem dieser betonte Österreichpatriotismus zur politischen Legitimierung nach dem autoritären

17 Siehe etwa Wilhelm Böhm in: Österreichische Zeitgeschichte im Geschichtsunterricht, hrsg. vom Bundesministerium für Unterricht (Wien 1961) 151; Ernst Fischer, Der österreichische Volks-Charakter (London 1944).

18 Siehe Ernst Joseph Görlich, Handbuch des Österreichers (Wien 1949) für das Privilegium minus, und Felix Kreissler, Der Österreicher und seine Nation (Wien 1984), mit Fokus auf 1806.

19 Alfred Missong, 25 Thesen zur österreichischen Nation, in: Österreichische Monatshefte 11 (1948) 484–488, stellt ein Beispiel für die Abstammungstheorie dar; die Sprachtheorie kommt unter anderem in C. F. Hrauda, Die Sprache des Österreichers (Salzburg 1949) zum Ausdruck.

20 Siehe unter anderem Ludwig Reiter, Österreichische Staats- und Kulturgeschichte (Klagenfurt 1947) 122.

21 Siehe etwa Moritz Csáky, Wie deutsch ist Österreich – eine ewiggestrige Frage?, in: Die Presse (21./22. Dezember 1985) 11.

22 Diese Haltung prägte schon die Gründung der Zweite Republik und nahm einen wichtigen Platz in ihrer Unabhängigkeitserklärung ein. Siehe Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich 1945, Stück 1, Nr. 1. Auch das halbamtliche Rot-Weiss-Rot-Buch des Jahres 1946 nannte Österreich daher das erste und zugleich von der Welt im Stich gelassene Opfer der nationalsozialistischen Aggression. Siehe Rot-Weiss-Rot-Buch (Wien 1946) 5. Für wissenschaftliche Ausformungen siehe Karl Stadler, Österreich 1938–1945 (Wien 1966) und Felix Kreissler, Der Österreicher und seine Nation (Wien 1984).

Zwischenspiel der Jahre 1934–1938 verhalf. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten konnten die Konservativen zumindest auf einen nationalösterreichischen Ansatz in der Zwischenkriegszeit verweisen, wenngleich dieser nicht meinungsbestimmend gewesen war. Und da die in den ersten Nachkriegsjahren vor allem durch die sowjetische Besatzungspräsenz noch einflussreiche Kommunistische Partei weitgehend die konservative Nationalsymbolik übernahm, prägten ihre Kernpunkte den öffentlichen Diskurs. Die österreichischen Sozialdemokraten hielten sich anfänglich eher bedeckt. Vereinzelter innerparteilicher Widerstand gegen das neue Staatsverständnis wurde von der Parteiführung pragmatisch unterbunden[23].

Die gemeinschaftlichen Anstrengungen einer in großen Koalitionen mit hohem Staatseinfluss organisierten Konkordanzdemokratie begannen sich im öffentlichen Bewusstsein auszuwirken. Meinungsbefragungen zufolge war der Anteil der Österreicher, die sich als Deutsche bezeichnen, bis zum Jahre 1956 auf knapp unter die Hälfte gefallen und bis zu den siebziger Jahren auf weniger als ein Zehntel. Eine Zusammenstellung zahlenmäßig erfassbarer Befunde über die nationale Einstellung der Österreicher stellt sich wie folgt dar:

Tabelle 1

Übersicht über messbare Ausdrücke des österreichischen Nationsverständnisses

Jahr/Gebiet	Befragungsform	Aussage	%ja
1956 Österreich	Umfrage	Österreicher sind Deutsche	46
1964 Österreich	Umfrage	Österreicher sind keine Nation	15
1970 Österreich	Umfrage	Österreicher sind keine Nation	8
1994 Österreich	Umfrage	Österreicher sind keine Nation	8

Quellen: *Österreich – Von der Staatsidee zum Nationalbewußtsein*, hrsg. von Georg Wagner (Wien 1982) 124; *SWS Rundschau* 34, Nr. 2, 1994, 210[24].

23 Für unterschiedliche zeitgenössische Stimmen dazu siehe Julius Braunthal, The Tragedy of Austria (London 1948), und Karl Renner, Die ideologische Ausrichtung der Politik Österreichs, in: Wiener Zeitung (19.1.1947) 1 f.

24 Ein Ja im Jahre 1956 bezeichnete die Österreicher als einen Teil des deutschen Volkes; ein Ja in den letzten drei Umfragen drückte die Meinung aus, dass die Österreicher keine eigene Nation seien.

Diese Ergebnisse bestätigen die grundlegenden Veränderungen im österreichischen Selbstverständnis nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Identifikation mit einer eigenständigen österreichischen Nation etablierte sich in großen Teilen der Bevölkerung, wenngleich es weiterhin eine Minderheit von rund 5-10 % der Bevölkerung gab, die diese Vorstellung ablehnte. Allerdings lässt sich aus diesen Umfragen nicht ableiten, welche Vorstellungen sich mit diesem Nationsbild verbanden. Ein positives Verhältnis zum eigenen Staat, seiner landschaftlichen Schönheit und seiner wirtschaftlichen und politischen Stabilität ist aus vielen Untersuchungen ablesbar, die den Österreichern auch weitaus höheren Stolz auf ihr Land attestieren als etwa den Bewohnern der Bundesrepublik Deutschland[25]. Zugleich zeigten Umfrageergebnisse, dass sich die von der Nachkriegspolitik als so zentraler Gesichtspunkt der Nationsbildung gesehene Abgrenzung von allem Deutschen in der Bevölkerung nicht gleichermaßen durchgesetzt hatte. So gaben die Österreicher in Umfragen regelmäßig die Deutschen als die ihnen ähnlichsten Nachbarn an, deutlich vor Ungarn, Tschechen oder auch Schweizern[26]. In Beantwortung einer Umfrage im Jahre 1994, zu welchen Nachbarregionen sie sich stark oder sehr stark hingezogen fühlten, nannten 46 % der befragten Österreicher Bayern, noch vor den 41 %, die Südtirol, und den 30 %, die die Schweiz anführten. Nichtdeutschsprachigen Gebieten wie Ungarn oder Tschechien fühlten sich nur 13 beziehungsweise 5 % der Befragten gleichermaßen eng verbunden[27]. Auch eine eigenständige österreichische Nation schien in den Augen der Bevölkerung also erhebliche Schnittstellen mit dem übrigen deutschsprachigen Raum aufzuweisen.

25 Siehe etwa Identität und Nationalstolz der Österreicher, hrsg. von Max Haller (Wien 1996) 468.

26 Siehe etwa Nation und Nationalbewußtsein in Österreich, hrsg. von Albert Reiterer (Wien 1988) 121 f.

27 Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS), FB 297 (1994).

2. Die österreichische Nation und die deutschsprachigen Minderheiten in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie

Die Umorientierung des österreichischen Selbstverständnisses hatte nicht nur innenpolitische Konsequenzen. Sie wies auch potenzielle wie reelle Auswirkungen auf das Verhältnis Österreichs zu den deutschsprachigen Minderheiten in anderen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie auf. Viele dieser Bevölkerungsgruppen waren 1918 als Teil des neuen deutschösterreichischen Staates definiert wurden. Im Gesetz vom 22. November 1918 über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich hieß es:

> *§ 1.*
> *Die Republik Deutschösterreich übt die Gebietshoheit über das geschlossene Siedlungsgebiet der Deutschen innerhalb der bisher im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder aus.*
> *Die Republik umfaßt: Die Länder Österreich unter der Enns einschließlich des Kreises Deutsch-Südmähren und des deutschen Gebietes um Neubistritz, Österreich ob der Enns einschließlich des Kreises Deutsch-Südböhmen, Salzburg, Steiermark und Kärnten mit Ausschluß der geschlossenen jugoslawischen Siedlungsgebiete, die Grafschaft Tirol mit Ausschluß des geschlossenen italienischen Siedlungsgebietes, Vorarlberg, Deutschböhmen und Sudetenland, sowie die deutschen Siedlungsgebiete von Brünn, Iglau und Olmütz.*[28]

Zusätzlich wurden auch Ansprüche auf das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet in Westungarn erhoben. Nicht zuletzt durch den Einschluss der über drei Millionen deutschsprachigen Bewohner der böhmischen Länder war dadurch ein großer Teil der späteren deutschen Minderheiten in den Nachfolgestaaten als Teil der deutschösterreichischen Staatsbevölkerung bestimmt worden. Dieser Anspruch konnte allerdings außenpolitisch nicht durchgesetzt werden. Das österreichische Staatsgebiet erhielt durch den Friedensvertrag seinen noch heute gültigen, bedeutend engeren Rahmen.

28 Gesetz vom 22. November 1918 über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich, Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich 1918, Stück 9, Nr. 40.

Wenngleich staatsrechtlich ein Unterschied zwischen den Bewohnern des neuen Österreichs und den übrigen deutschsprachigen Bevölkerungen der Habsburgermonarchie entstanden war, erloschen damit nicht die engen Beziehungen. Die Erste Republik war bewusst als Vertretung der Deutschen der ehemaligen Monarchie gegründet worden. In der frühen Republik war man auch sehr darauf bedacht, deutschsprachigen Zuwanderern aus den Nachfolgestaaten den Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft möglichst einfach zu gestalten[29]. Auch danach betrachtete man sich als natürliche Schutzmacht für diese Minderheiten und wachte manchmal sogar recht eifersüchtig darüber, in dieser Rolle nicht vom Deutschen Reich überflügelt zu werden. Die nationalsozialistische Machtübernahme in Deutschland komplizierte danach das Verhältnis zwischen verschiedenen deutschsprachigen Bevölkerungen, bis sich Ende der 1930er Jahre eine Gleichschaltung auf nationalsozialistischer Grundlage durchsetzte. Im Jahre 1938 fanden sich sowohl Österreicher wie Sudetendeutsche in Hitlers Reich wieder, wie auch die deutschen Minderheiten im Südosteuropa zunehmend nazifiziert wurden. An der Ausdehnung der deutschen Macht- und Einflusssphäre nach Südosteuropa während des Zweiten Weltkrieges waren Österreicher wie Sudetendeutsche schon als Reichsangehörige beteiligt.

Mit der deutschen Niederlage und der Wiedererrichtung der österreichischen Republik änderte sich auch das Verhältnis Österreichs zu den ehemaligen Schicksalsgefährten. Als die deutschsprachigen Vertriebenen und Flüchtlinge aus dem europäischen Südosten und den böhmischen Ländern zu Hunderttausenden in Österreich ankamen, wollte man mit ihnen möglichst wenig zu tun haben[30]. Auch in der Flüchtlingsfrage zeichnete sich der nationale Gleichklang von Konservativen und Kommunisten ab. Als der konservative Bundeskanzler Leopold Figl die 1945 in Österreich zu erwartenden Sudetendeutschen nach Deutschland geschickt haben wollte, wusste der kommunistische Staatssekretär Franz Honner Rat: die Sowjets könnten

29 Siehe Stenographisches Protokoll der konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung der deutschen Abgeordneten, 181 f., in Protokolle über die Sitzungen der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich: 1918 und 1919 (Wien 1919) und Vom Rechtlosen zum Gleichberechtigten, Bd. 2, hrsg. von Edwin Machunze (Salzburg 1976) 13.

30 Die deutschsprachigen Vertriebenen und Flüchtlinge in Österreich kamen fast ausschließlich aus dem Bereich der ehemaligen Habsburgermonarchie.

diese Menschen ja zum Arbeitseinsatz nach Ostpreußen abschieben[31]. Den desolaten Kolonnen der ausgewiesenen deutschsprachigen Bevölkerung aus der südmährischen Metropole Brünn verweigerte man überhaupt den Grenzübertritt, bis internationaler Druck ein Umdenken erwirkte[32]. Und in Bezug auf die aus der kleinen deutschen Sprachinsel der Gottschee, nicht weit südlich der Grenze in Slowenien, ausgewiesenen Altösterreicher warnte Honner: *Auch ein Entgegenkommen gegenüber den Gottscheer Deutschen würde uns bei Jugoslawien in Misskredit bringen. Der Zustrom dieser Leute wäre mit allen Mitteln abzuhalten, indem wir sie als unerwünschte Ausländer betrachten und ihnen keinerlei Hilfe gewähren.*[33] Alfred Missong schließlich konnte als Vordenker der Regierungspartei ÖVP und Mitgestalter ihres Parteiprogramms im Rahmen seiner 25 Thesen über die österreichische Nation festlegen:

> *Das im Aufbau begriffene neue Europa hat die nationalstaatliche Formung seiner Gliedgebilde zum Fundament. Jeder europäische Staat ist bemüht, alle fremdnationalen Elemente (Minderheiten) nach Möglichkeit hundertprozentig auszuscheiden. Ferner geht die Tendenz dahin, jeder numerisch einigermaßen ins Gewicht fallenden Nation ihren eigenen, aber eben nur e i n e n und nicht mehrere Staaten als Aktionsfeld zu sichern. Es wird daher in Zukunft auch keine „Volksdeutschen" mehr geben, sondern diese werden, soweit sie nicht in Überseestaaten oder – als Volksösterreicher – in Österreich Aufnahme finden, dem zukünftigen deutschen Staat einverleibt werden.*[34]

Da ihre deutschen Besatzungszonen schon mit Flüchtlingen überlastet waren, legten die Besatzungsmächte dieser Weiterverschiebung allerdings enge Grenzen auf. Der österreichischen Regierung blieb deswegen nichts Anderes übrig, als die unerwünschten Zuwanderer zumindest einstweilig im Lande zu behalten. Vor allem kirchliche Kreise und das ab 1949 durch den Verband der Unabhängigen sowie dessen Nachfolger FPÖ wieder parteipolitisch vertretene nationalliberale Lager setzten sich auch bald für eine gesellschaftliche

31 Robert Knight, „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen" (Frankfurt 1988) 91, 95.

32 Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene (Bonn 1957) 108.

33 Knight, Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen 96.

34 Alfred Missong, 25 Thesen zur österreichischen Nation, in: Österreichische Monatshefte 11 (1948) 486.

Eingliederung der Flüchtlinge ein, wie auch die Großparteien das darin liegende Wählerpotential nicht auf Dauer ignorieren konnten[35]. Eine besondere Verantwortung für diese Bevölkerungen lehnte die Regierung aber weiterhin ab und verwies auf das Potsdamer Abkommen, das eine Repatriierung deutscher Minderheiten in verschiedenen osteuropäischen Ländern nach Deutschland vorgesehen habe[36]. Mit Österreich hätten diese Bevölkerungen jedenfalls nichts zu tun, weshalb deren Forderungen nach rechtlicher Besserstellung vom zuständigen Ministerialrat Alfons Just als Ausdruck von Undankbarkeit zurückgewiesen wurden:

> *Als in den Jahren 1945 und 1946 die Volksdeutschen aus drei Himmelsrichtungen über unsere Grenzen flüchteten, bekamen wir oft genug von ihnen zu hören, daß sie glücklich und zufrieden sein würden, wenn sie nur bei uns bleiben könnten, gleichviel unter welchen Umständen. Das hat sich geändert. Heute lesen wir in den volksdeutschen Zeitungen Vorwürfe, daß die Volksdeutschen noch keine Vertretung in unserer Regierung und unseren Ämtern haben, daß sie ihre ehemaligen Berufe nicht in Österreich weiter ausüben können, daß Österreich nicht ihre Pensionen und Renten bezahlt, usw. Das ist befremdlich. Es kann den Volksdeutschen nicht unbekannt sein, daß kein Land der Welt, Deutschland ausgenommen, den DPs und Flüchtlingen, die zu ihm gekommen sind, irgendeine Pension oder Rente bezahlt. Es kann ihnen nicht unbekannt sein, daß sie ihre Zeugnisse, Diplome, usw. in jedem Land nostrifizieren lassen müssen, und daß die Ausübung akademischer Berufe in keinem gestattet wird. Das alles wissen sie und dennoch machen sie Österreich aus seiner Handlungsweise einen Vorwurf.*[37]

Mit den Jahren zeigte sich, dass ein Teil dieser Flüchtlinge für immer in Österreich bleiben würde und sich auch nützlich in Gesellschaft und Wirtschaft integrieren ließ. Von insgesamt rund 481.000 volksdeutschen Flüchtlingen wurden rund 160.000 nach Deutschland überführt und rund 57.000 wanderten nach Übersee aus. Damit hielten sich 1958 noch etwa 264.000 Angehörige

35 Einen Einblick in die Haltungen der Parteien bietet die umfangreiche Sammlung von Edwin Machunze, Vom Rechtlosen zum Gleichberechtigten: Die Flüchtlings- und Vertriebenenfrage im Wiener Parlament, 4 Bände (Salzburg 1974–1978).

36 Sind eine Schande, in: Der Spiegel 2 (1951) 19 f.

37 Zitiert nach Brunhilde Scheuringer, Dreißig Jahre danach (Wien 1983) 255 f.

dieser Bevölkerungsgruppe in Österreich auf, wovon 228.000 inzwischen eingebürgert worden waren[38]. Dennoch wurden ihnen bei der Anerkennung von Berufsausbildungen sowie von sozialen Ansprüchen noch lange Hindernisse in den Weg gelegt. Eine kollektive Verantwortung für die deutschsprachigen Flüchtlinge aus der ehemaligen Habsburgermonarchie, wie sie die Bundesrepublik Deutschland in ihrem Bereich übernahm, stand in Österreich nicht auf der Tagesordnung.

3. Die Südtirolfrage in der österreichischen Nationsbildung

Die innere Logik dieser Entwicklung hätte auch Bedeutung für das Verhältnis Österreichs zu Südtirol gehabt. Wenn Österreich den deutschsprachigen Bevölkerungen der ehemaligen Habsburgermonarchie gegenüber keine Schutzmachtrolle mehr ausübte, musste dies nicht auch für Südtirol gelten? Diese Schlussfolgerung wollte so gut wie niemand in der österreichischen politischen Führung ziehen. Ganz im Gegenteil wurde die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler und deren Rückkehr nach Österreich schon 1945 zu einer wichtigen Zielsetzung der wiedererstandenen Republik. Als laut Moskauer Erklärung befreites Land machte man sich Hoffnungen, gegenüber dem vor kurzem noch faschistischen Italien eine realistische Chance auf Grenzrevision zu haben. Schon am 4. September 1945 forderte der neue Tiroler Landeshauptmann Karl Gruber die Wiedervereinigung Nord- und Südtirols, und Bundeskanzler Leopold Figl nannte Südtirols Rückkehr im Dezember 1945 ein Gebet jedes Österreichers[39].

Die Hoffnung auf die Rückgewinnung Südtirols erwies sich bald als trügerisch. Die westlichen Großmächte waren nicht bereit, für das in jeder Hinsicht unsichere Österreich das wichtige Italien vor den Kopf zu stoßen. Erreicht werden konnte das Pariser Abkommen des Jahres 1946, das neben der Zusicherung kultureller Minderheitenrechte und alltäglicher Erleichterungen eine regionale Autonomie in Aussicht stellte und zugleich Österreich

38 Ebd. 335.

39 Rolf Steininger, Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen (Innsbruck 1987) 27, 36.

zum Vertragspartner in der Südtirolfrage machte[40]. Die österreichischen Regierungen beriefen sich später auch regelmäßig auf das Pariser Abkommen, wenn Italien Südtirol als rein italienische Angelegenheit bezeichnete.

Auf welcher theoretischen Grundlage sollte Österreichs Engagement in Südtirol aber beruhen, und was bedeutete diese für das neue Selbstverständnis des österreichischen Staates? Ein möglicher Zugang war die Propagierung einer österreichischen Ethnonation und ihre Übertragung auf ausgewählte Bevölkerungen außerhalb des Landes. Schon in seiner Begründung zur Abschiebung deutschsprachiger Flüchtlinge aus ehemaligen Habsburgerländern hatte Alfred Missong eine Trennlinie zwischen „Volksdeutschen" und „Volksösterreichern" gezogen, wobei Letztere in Österreich verbleiben können sollten[41]. Auch von anderer Seite wurden solche Unterscheidungen vorgenommen und bezüglich einzelner Gruppen, wie den Flüchtlingen aus früher zu Niederösterreich gehörenden Gebieten der Tschechoslowakei, durch erleichterten Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft umgesetzt[42]. Auf breiterer Ebene war eine Differenzierung der deutschsprachigen Flüchtlinge aber weder durchführbar noch wirklich gewünscht[43].

In den 1950er Jahren zeigte sich ganz allgemein, dass eine ethnonationale Ausformung der gesellschaftlichen Akzeptanz des neuen österreichischen Nationalgedankens abträglich war. Während die früher so großdeutsch ausgerichtete Sozialdemokratie langsam auf den Gedanken einer österreichischen Vernunftsnation einschwenkte, blieben die großangelegten Konzeptionen eines barock-katholischen und seit Jahrhunderten durch Habsburgtreue vom übrigen deutschen Sprachraum getrennten Österreichs für sie unannehmbar. Selbst innerhalb der Österreichischen Volkspartei gewannen die Pragmatiker die Oberhand über die nationalen Aktivisten. Tragende Plattform der Selbständigkeit wurde die österreichische Staatsnation, die kulturelle und historische Bindungen zum übrigen deutschen Sprachraum

40 Zur Südtirolpolitik der frühen Nachkriegszeit und zum Pariser Abkommen siehe: Ebd.

41 Alfred Missong, 25 Thesen zur österreichischen Nation, in: Österreichische Monatshefte 11 (1948) 486.

42 Eduard Stanek, Verfolgt, verjagt, vertrieben: Flüchtlinge in Österreich von 1945–1984 (Wien 1985) 24.

43 Dies ist auch an der oben zitierten Aussage Staatssekretär Honners zu den Gottscheern abzulesen, die nach Missongs Terminologie als „Volksösterreicher" aufzufassen gewesen wären.

durchaus einräumen konnte, aber die Zukunft in einem politischen und identitätsmäßigen Eigenweg sah. Diese demokratische und seit dem Jahre 1955 auch wieder selbstbestimmte Staatsnation Österreich berief sich auf die Prägungskraft staatlicher Institutionen und Erfahrungen. Sprache habe bloß geringe Bedeutung für das Selbstverständnis einer Bevölkerung. Dazu verwies man auf die Vielsprachigkeit der Schweiz sowie die durch die gemeinsame Sprache und zum Teil auch Geschichte keineswegs verminderte Nationsverschiedenheit von Großbritannien und den USA.

Diese Vorstellungen passten problemlos zur Abgrenzung von den deutschsprachigen Flüchtlingen aus den Nachfolgestaaten. In Bezug auf Südtirol allerdings warfen sie Fragen auf. Was gingen die durch innerstaatliche Gemeinsamkeiten geformte Staatsnation Österreich die Bewohner eines Nachbarstaates an, die an diesen Institutionen und Erfahrungen ja keinen Anteil hatten? Aus heutiger Sicht mag es erscheinen, als ob die Südtiroler immer schon engere Bande zu den Bewohnern des heutigen Österreichs hatten als die deutschsprachigen Bevölkerungen in anderen Nachfolgestaaten. Zumindest für das ostösterreichische Kernland spiegelt dies aber nunmehrige Verhältnisse zurück in die Vergangenheit. Südmähren etwa lag historisch weit näher an Wien als die meisten österreichischen Bundesländer, nicht nur geographisch, sondern auch sprachlich und migrationsmäßig. Es mag dieses Faktum illustrieren, dass die beiden ersten Präsidenten Nachkriegsösterreichs, die Sozialdemokraten Karl Renner und Adolf Schärf, aus südmährischen Heimatorten nach Wien gezogen waren. Noch umfassender kam die Bedeutung des breiteren böhmischen Raumes in der österreichischen Verwaltungselite zum Vorschein. Von 304 Sektionschefs der österreichischen Zwischenkriegsministerien waren 123 in Wien und Niederösterreich geboren, 79 in den böhmischen Ländern, und nur 53 in den restlichen österreichischen Bundesländern; aus Salzburg oder Vorarlberg stammten jeweils nicht mehr als 3[44]. Die Verbindungen zwischen Wien und den böhmischen Ländern stellten die Verbindung zu Westösterreich im frühen 20. Jahrhundert noch deutlich in den Schatten.

Wodurch unterschieden sich also die Südtiroler, für die sich Österreich weiterhin zuständig betrachtete, von den Gottscheern oder Sudeten-

44 Siehe Gertrude Enderle-Burcel, Michaela Follner, Diener vieler Herren: Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945 (Wien 1997) 510.

deutschen, für die das nicht gelten sollte? Die Differenzierung wirkte eher pragmatisch als grundsätzlich. Eine Sonderstellung Südtirols ergab sich aus der Rolle des Bundeslandes Tirols. Zwar hatten auch Länder wie Kärnten, Niederösterreich und nicht zuletzt die Steiermark nach dem Ersten Weltkrieg deutschorientierte Bevölkerungsgruppen an Nachbarstaaten verloren, doch fielen diese Minderheiten 1945 kaum mehr ins Gewicht. Die Abtrennung der südlichen Landesteile bis Salurn war dagegen als prägendes Ereignis ins Tiroler Bewusstsein eingegangen. Schon in der Zwischenkriegszeit hatte man durch Überlegungen zur Eigenstaatlichkeit oder zum eigenständigen Anschluss an das Deutsche Reich zu erkennen gegeben, dass der Zusammenhalt des deutsch- und ladinischsprachigen Tirols für viele regionale Entscheidungsträger wichtiger war als die Verknüpfung mit Wien[45]. Auch in der Zweiten Republik stellte Tirol sich regelmäßig als eines der am stärksten regional geprägten Bundesländer dar. Während sich noch 1987 in einer Umfrage 55 % der Niederösterreicher und 46 % der Wiener vorrangig als Österreicher definierten, waren dies in Tirol nur 19 %. Nicht weniger als 58 % dagegen fühlten sich in erster Linie ihrem Bundesland verbunden[46]. Schon allein aus diesem Grund war es ratsam, die Tiroler Landespolitik nicht vor den Kopf zu stoßen.

Die Südtirolfrage unterschied sich auch dadurch von anderen zeitgenössischen Minderheitenfragen, dass Österreich nicht bloß als uneigennützige Schutzmacht auftrat. Gerade in der frühen Diskussion klang wiederholt durch, dass Österreich selbst durch den Verlust Südtirols Unrecht erlitten habe[47]. Die Ende der 1940er Jahre mit verkehrsmäßigen Argumenten ins Spiel gebrachte Forderung nach Anschluss des nördlichen Südtirols könnte ebenfalls als Bevorrangung österreichischer Interessen aufgefasst werden[48]. Der Identifizierung mit Südtirol half es auch, dass dessen Image sich nahtlos in das Selbstverständnis der die frühen Nachkriegsjahre prägenden Österrei-

45 Siehe dazu auch Tirol und der Anschluß, hrsg. von Thomas Albrich, Klaus Eisterer, Rolf Steininger (Innsbruck 1988).

46 Dr. Fessel und Co., Österreichbewußtsein (1987) 23.

47 Siehe dazu etwa Karl Renner in Stenographisches Protokoll der 1. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 19. Dezember 1945, S. 9. Abgerufen am 22. 5. 2014 unter http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/V/NRSITZ/NRSITZ_00001/imfname_112493.pdf

48 Zur Pustertallösung siehe Steininger, Los von Rom? 67–87.

chischen Volkspartei einfügen ließ. Mit ihrer Reputation als heimatliebend bodenständiger Bevölkerung mit tiefverwurzelter katholischer Religiosität passten die Südtiroler weit besser zur Symbolsprache des zeitgenössischen Österreichpatriotismus als etwa die Sudetendeutschen, bei denen die christlichsoziale Bewegung schon während der Monarchie von sowohl Deutschnationalen wie Sozialdemokraten überschattet war. Dadurch hatten die Vertreter Südtirols nicht nur enge persönliche Kontakte zu den konservativen Eliten Nachkriegsösterreichs, sondern appellierten auch besser an ihre Gefühlswelt. Sogar der Ruf besonderer Habsburgtreue haftete den Tirolern im Allgemeinen an, was vor allem den intellektuellen Vorkämpfern der nationalen Umorientierung entgegenkam[49].

Zuletzt darf man aber auch die realpolitischen Besonderheiten der einzelnen Minderheitenfragen nicht außer Betracht lassen. In Südtirol konnte man sich offen für eine deutschsprachige Bevölkerung einsetzen, ohne schmerzhafte Repressalien seitens der Besatzungsmächte befürchten zu müssen. Während Italien als zeitweiliger Verbündeter des nationalsozialistischen Deutschlands nun selbst mit Landeinbußen zu rechnen hatte, zählten die Tschechoslowakei und Jugoslawien zu den Gewinnern des Krieges. Ihre Ausweisungspolitik gegenüber unerwünschten Minderheiten war international abgesichert und wurde vor allem von der Sowjetunion als Instrument der Friedensstiftung dargestellt. Jeder Widerspruch dagegen forderte internationale Angriffe heraus und bedrohte die Kernziele der österreichischen Außenpolitik[50].

Diese pragmatischen Unterschiede kamen auch in den darauffolgenden Jahrzehnten zu Geltung. Während in den ehemaligen Minderheitengebieten anderer Nachfolgestaaten kaum mehr deutschsprachige Bevölkerungen vorhanden waren, entwickelte Südtirol sich zu einem internationalen Spannungsherd[51]. Die Konflikte einer historisch und kulturell verbundenen Bevölkerungsgruppe mit einer überlegenen Staatsmacht erregten auch die österreichische Öffentlichkeit. Damit wurde die Südtirolfrage zu einem aus-

49 Zum konservativen Österreichpatriotismus der frühen Nachkriegszeit siehe Albert Reiterer, Österreichbewußtsein im bürgerlichen Lager nach 1945, in: Zeitgeschichte 14 (1986/87) 379–397.

50 Siehe auch Brunhilde Scheuringer, Dreißig Jahre danach (Wien 1983) 342.

51 Zur Südtirolfrage in dieser zentralen Periode siehe vor allem Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror: 1947–1969, 3 Bände (Bozen 1999).

gesprochenen Bindeglied in der österreichischen Gesellschaft, die sogar die neu aufgeworfenen Gegensätze im nationalen Selbstverständnis überwinden half. Für die Österreichische Volkspartei war Südtirol schon durch ihre einseitige Dominanz in der Tiroler Landespolitik ein wesentliches Anliegen, das zugleich auch den Sonderanspruch der Partei auf österreichischen Patriotismus unterstreichen konnte. Die Sozialdemokraten wiederum stellten demokratische Minderheitenrechte in den Mittelpunkt[52]. Auch die Kommunistische Partei konnte sich in den nationalen Konsens einordnen, da die Sowjetunion an diesem Konflikt wenig Anteil nahm und der österreichischen Partei dadurch erheblichen Gestaltungsraum ließ[53].

Besonders grenzüberwindend wurde die Südtirolfrage aber dadurch, dass auch die verbliebene deutschnationale Opposition die Regierungspolitik mittrug. Grenz- und Minderheitenfragen hatten sogar unter sich weiterhin bewusst als Deutsche fühlenden Österreichern zu einer neuen Wertschätzung der österreichischen Eigenstaatlichkeit geführt. Diese Umorientierung drückte der Kärntner Landesarchivdirektor Wilhelm Neumann aus, der die Unabhängigkeit des österreichischen Staates als Voraussetzung dafür ansah, dass zumindest der Südosten des deutschen Siedlungsgebiets vor Einbußen bewahrt wurde[54]. Dabei dachte Neumann neben der Grenze zu Jugoslawien wohl auch an Südtirol. Immerhin kam es dort zu einer Zeit, als deutschsprachige Minderheiten in weiten Teilen Europas ihre Existenzgrundlage verloren, zu ernsthaften Überlegungen über eine Rückgliederung an Österreich und zuletzt immerhin einer Verbesserung der kulturellen Rahmenbedingungen. Damit trug die Südtirolfrage nicht nur zur Akzeptanz der österreichischen staatlichen Unabhängigkeit unter ihren vormals größten Skeptikern bei, sondern förderte auch den Zusammenhalt von gesellschaftlichen Gruppen mit unterschiedlichen Nationsauffassungen.

---

52 Siehe dazu etwa Hans Brachmann in Stenographisches Protokoll, 16. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 22. Mai 1946, S. 253. Abgerufen am 23. 5. 2014 unter http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/V/NRSITZ/NRSITZ_00016/imfname_141077.pdf

53 Zur Haltung der österreichischen Parteien und Öffentlichkeit siehe auch Werner Wolf, Südtirol in Österreich: Die Südtirolfrage in der österreichischen Diskussion von 1945 bis 1969 (Würzburg 1972).

54 Wilhelm Neumann, Bausteine zur Geschichte Kärntens (Klagenfurt 1994) 224.

4. Der Einfluss der österreichischen Nationsbildung auf die Südtiroler

Die nationale Umorientierung in Österreich hatte aber auch Bedeutung für die deutschsprachigen Südtiroler. Da sie sich nicht im direkten Wirkungsbereich österreichischer staatlicher Institutionen befanden, nahmen sie nicht unmittelbar am österreichischen Nationsbildungsprozess teil. Zugleich übten österreichische Medien und Universitäten jedoch bedeutsamen Einfluss auf Südtirol aus. Diese Zwischenstellung drückte sich auch im Selbstverständnis der Südtiroler aus, in dem verschiedene Aspekte mitteleuropäischer Identitätsbildung nebeneinander auftraten. Weitaus unproblematischer als in Österreich lebte in Südtirol die Eigen- und Fremdbezeichnung als Deutscher fort, die auch durch die sprachliche Gliederung des nationalen Konfliktverhältnisses vorgegeben war. Zugleich aber nahmen Teile der Südtiroler Öffentlichkeit durchaus die Beschreibung als österreichische Minderheit an, die dem neuen österreichischen Staatsverständnis besser entgegenkam[55].

Italienische Politiker wiederum haben den Begriff der österreichischen Minderheit regelmäßig abgelehnt[56]. Dazu trugen auch die unklaren Implikationen einer solchen Definition bei[57]. Solange die Minderheit sich anhand ihrer deutschen Sprache bestimmte, war auch der Rahmen der Autonomie auf diese Weise abgesteckt. Die deutschsprachigen Südtiroler genossen rechtlichen Schutz für ihre kulturelle Eigenart. Politische Grenzen wurden dadurch nicht berührt.

Bei einer Definition als österreichischer Minderheit stellte sich dagegen die Frage, worauf dieses Österreichersein der Südtiroler beruhe. Als regionale Identität wäre dies natürlich unbestritten, würde aber nicht aus dem deutschen Rahmen herausfallen und dadurch der nationalösterreichischen Selbstauffassung widersprechen. Die Vorstellung einer ethnokulturellen

55 So etwa der ehemalige Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder, der diesen Begriff häufig verwendete. Siehe Gerhard Mumelter, 150 Jahre Italien: Südtirol will nicht mitfeiern, in: Der Standard (9. 2. 2011) abgerufen am 23. 5. 2014 unter http://derstandard.at/1296696681529/150-Jahre-Italien-Suedtirol-will-nicht-mitfeiern

56 Siehe etwa Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969, Band. 2, 1960: Vor der UNO, hrsg. von Rolf Steininger (Innsbruck 2006) 552, 559, 560, 590.

57 Daneben gab es auch den Wunsch, das propagandistisch nützliche Image des Pangermanismus bewahren zu können. Siehe dazu ebd. 588.

österreichischen Nation wiederum hatte zwar vor allem in der Nachkriegszeit überzeugte Proponenten gefunden, sich aber auf Dauer nicht durchsetzen können. Die Zugehörigkeit zu einer österreichischen Willensnation ließe einerseits die Frage offen, ob dieser Wille sich gerade im Wunsch nach staatlicher Zugehörigkeit äußere; andererseits wiederum bedürfte eine bloße bewusstseinsmäßige Verbundenheit mit Österreich keiner kulturellen Sonderrechte für die deutsche Sprache. Somit verbliebe als Anknüpfungspunkt einer österreichischen Minderheit in Südtirol in erster Linie die österreichische Staatsnation, die ja auch dem amtlichen Selbstverständnis der österreichischen Nachkriegspolitik entspräche. Damit beinhaltet der Status einer österreichischen Minderheit aber eine weitaus politischere Komponente als seine Alternativen als deutsch(sprachig)e oder Südtiroler Minderheit.

5. Schlussfolgerungen

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die deutschsprachigen Bewohner der ehemaligen Habsburgermonarchie auf die Nachfolgestaaten verteilt. Von 12 Millionen Bürgern fanden sich nur wenig mehr als die Hälfte in der neuen österreichischen Republik wieder. Damit trennte sich die geschichtliche Entwicklung einer Bevölkerung, die sich zumindest im österreichischen Reichsteil als Teil eines einheitlichen deutschösterreichischen Staatsvolkes verstanden hatte.

Trotz dieser unterschiedlichen politischen Wege bewahrten die Österreicher in der Zwischenkriegszeit ein besonderes Verhältnis zu ihren ehemaligen Mitbürgern. Als einzige deutschsprachige Teilgruppe der Monarchie, die nunmehr einen eigenen Staat hatte, sahen sich die Bewohner der österreichischen Republik zu Solidarität mit ihren zu nationalen Minderheiten gewordenen Sprachgenossen aufgerufen. Da sich die österreichische Republik ausdrücklich als deutscher Staat definierte, stand das deutsche Selbstverständnis dieser Minderheiten einer Zusammenarbeit nicht im Wege.

Mit der nationalen Umorientierung Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg veränderte sich auch die Grundhaltung zu diesen Bevölkerungen. Als sogenannte Volksdeutsche fielen sie nach staatlicher Selbstauffassung nicht in den österreichischen Zuständigkeitsbereich. Dass man aufgrund der noch weitaus umfangreicheren Flüchtlingsströme ins Nachkriegsdeutsch-

land einen erheblichen Teil von ihnen im Lande behalten musste, wurde von staatlicher Seite lange als unverdiente Belastung empfunden.

In diesem Licht ist es bemerkenswert, wie unberührt die Südtirolfrage von dieser nationalen Neuausrichtung blieb. Über parteipolitische Grenzen hinweg war man sich über ein fortdauerndes Nahe- und Schutzverhältnis zu dieser Bevölkerungsgruppe einig. Aus theoretischer Warte war dies nicht selbstverständlich. Zwar hatten konservative Gruppierungen anfänglich den Begriff einer österreichischen Ethnonation ins Spiel gebracht, der man die Südtiroler zuordnen konnte, hatten sich damit in der Öffentlichkeit aber nicht durchgesetzt. Zudem hätte sich dieses Konzept auch auf die deutschsprachigen Bevölkerungen in Slowenien und Teilen Ungarns und der Tschechoslowakei erstrecken müssen, was allerdings kaum umgesetzt wurde.

Neben der besonderen Rolle des Bundeslandes Tirols als Fürsprecher Südtirols in Wien fallen auch praktische Unterschiede ins Auge. Die Südtirolfrage war im Kern keine Flüchtlingsfrage, sondern eine Grenzfrage. Zwar waren während des Zweiten Weltkriegs zehntausende Optanten nach Österreich gekommen. Diese waren allerdings schon besser im Lande verankert und zahlenmäßig darüber hinaus im Rückgang begriffen. Im Gegensatz zu den Vertriebenen aus Mähren oder Jugoslawien hätten die Südtiroler also ihr Land mit nach Österreich eingebracht. Dies gab ihnen einen grundlegend anderen Status.

Die Südtirolfrage hätte bei theoretischer Folgerichtigkeit eine Herausforderung für den österreichischen Nachkriegsnationalismus werden können. In der Praxis erwies sich dagegen die pragmatische Anpassungsfähigkeit nationaler Argumentationsweisen. Wie etwa das wiedererstandene Polen nach dem Ersten Weltkrieg sowohl sprachlich polnische Gebiete mit überwiegend deutscher Geschichte als auch staatsgeschichtlich polnische mit überwiegend ukrainischer Bevölkerung beanspruchte, verband auch die österreichische Nachkriegsrepublik ihr Selbstverständnis als nichtethnische Staatsnation mit moralischen Ansprüchen auf ein geschichtlich und kulturell nahestehendes Gebiet wie Südtirol. Dabei wurde Südtirol sowohl von betont österreichnationalen Parteien wie ÖVP und KPÖ als auch von der zumindest in den 1950er und 1960er Jahren noch uneingeschränkt deutschnational ausgerichteten FPÖ als nationale Frage beschrieben.

Neben der Wiederherstellung der Souveränität und dem damit verbundenen Abzug der Besatzungsmächte gab es nur wenige politische Grundfragen, die die parteiübergreifende Mobilisierungskraft der Südtirolthematik entfalteten. In dieser Frage konnte der identitätsmäßige Gegensatz in der österreichischen Gesellschaft überwunden werden. Dadurch entwickelte Südtirol sich zu einem einigenden Identitätssymbol für einen Kleinstaat, der gerade durch seine relative Machtlosigkeit auf internationales Entgegenkommen hoffen konnte.

Italien und die Südtirolfrage von De Gasperi bis Moro[1]

FEDERICO SCARANO
Università degli Studi della Campania Luigi Vanvitelli

1. Die Südtirolfrage am Ende des Zweiten Weltkrieges: das Gruber-De-Gasperi-Abkommen

Das Gruber-De Gasperi-Abkommen vom 5. September 1946 war vielleicht das am meisten behandelte und diskutierte Thema der äußerst komplexen Südtirol-Thematik, die viele Kontroversen nicht nur historischer, sondern auch politischer und juristischer Natur auslöste. Es wurde noch viel häufiger diskutiert als die umstrittene Südtiroler Option von 1939[2].

1 Dieser Aufsatz gründet zum Teil auf den folgenden Beiträgen des Autors, die in den Erläuterungen genannt werden: Federico Scarano, Aldo Moro e la soluzione della questione sudtirolese, in: Aldo Moro. Una vita, un Paese. Aldo Moro e l'Italia del Novecento, hrsg. von Renato Moro und Daniele Mezzana (Rom 2014) 511–532; Ders., Le origini della Commissione dei 19 e il suo significato, in: Dialogo vince violenza. La questione del Trentino Alto Adige/Südtirol nel contesto internazionale, hrsg. von Günther Pallaver und Giovanni Bernardini (Bologna 2015) 233–270; Ders., La diplomazia italiana e il difficile rapporto con Bruno Kreisky sul problema sudtirolese, in: Bruno Kreisky und die Südtirolfrage, hrsg. von Gustav Pfeifer und Maria Steiner (Bozen 2016) 55–86; Ders., Italia e mondo tedesco nell'epoca di Adenauer. Il problema sudtirolese e il ruolo di Antonio Segni (Napoli 2012); Ders., Antonio Segni und Deutschland in: Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart, hrsg. von Michael Gehler und Maddalena Guiotto (Köln–Wien 2012) 151–172; Ders., Il dibattito storiografico sulla recente storiografia in lingua tedesca relativa alla questione dell'Alto Adige – Sudtirolo, in: Forschung zu Ehren von Mariella Serra, hrsg. von Maria Corona Corrias (Napoli 2007).

2 Die dazugehörenden italienischen diplomatischen Dokumente wurden in den Documenti Diplomatici Italiani (im Folgenden DDI genannt) X Serie, Bde. II–VII (Roma 1992–2000) veröffentlicht; viele österreichische Dokumente befinden sich in: L'accordo Degasperi-Gruber nei documenti diplomatici italiani ed austriaci / Gruber-De Gasperi-Abkommen anhand italienischer und österreichischer Dokumente, hrsg. von Enrico Serra (Trento 1988); vor allem im bedeutenden Werk von Michael Gehler: Verspielte Selbstbestimmung. Die Südtirol-

Nach dem Ende des Faschismus und des Waffenstillstands erklärte Italien am 13. Oktober 1943 Deutschland den Krieg und erhielt von den Alliierten somit den Status eines „mitkriegführenden Landes" (*cobelligerante*). Die italienischen Streitkräfte haben nur wenig zum Kriegsgeschehen beigetragen. Vor allem angesichts der starken Partisanenbewegungen gegen die deutsche Besatzung (die Ausdruck der Widerstandsbewegung des „Comitato di Liberazione Nazionale" – Komitee der nationalen Befreiung, CLN – waren) und gegen den kollaborierenden Faschismus der Republik von Salò meinte die italienische Regierung, dass sich Italien auf diese Weise der durch das faschistische Regime auferlegten Kriegsverantwortlichkeiten entziehen könne. Man hoffte, alle präfaschistischen Kolonien und neben Südtirol alle Gebiete, die zum Großteil von Italienern bewohnt waren, behalten zu dürfen. Groß war die Enttäuschung und die Sorge hinsichtlich der Forderungen der Siegermächte: Titos Jugoslawien, das stark von der UdSSR unterstützt wurde, forderte ganz Julisch Venetien einschließlich Triests. Großbritannien ver-

frage 1945/46 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten. Eine Dokumentation (= Schlern-Schriften 302, Innsbruck 1996), hrsg. von Michael Gehler, in: Akten zur Südtirol-Politik 1945–1958 (im Folgenden ASP 1945–1958), 2 Bde., I 1945–1947, II 1947, hrsg. von Michael Gehler (Innsbruck–Wien–Bozen 2011–2016). Des Weiteren hat Giovanni Bernardini die 77 Dokumente aus den französischen, amerikanischen und britischen diplomatischen Dokumenten und einige unveröffentlichte britische Dokumente publiziert: L'Accordo De Gasperi-Gruber. Una storia internazionale, hrsg. von Giovanni Bernardini (Trento 2016); Rolf Steininger veröffentlichte weitere österreichische Dokumente in seinem fundamentalen Werk über das Gruber-De Gasperi-Abkommen: Rolf Steininger, Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 2, Innsbruck 1987); und auch in: Ders., Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit. Dokumente (Innsbruck–Wien 1997). Maßgebend für den Zeitraum von 1959–1969 ist die von ihm herausgegebene Dokumentensammlung Akten zur Südtirolpolitik 1959–1969 (im Folgenden ASP 1959–1969 genannt), 7 Bde. (Innsbruck 2007–2013). Zum Abkommen zwischen De Gasperi und Gruber, siehe Steininger, Los von Rom?, angelehnt an eine gründliche Untersuchung der amerikanischen und britischen Dokumente sowie: Pietro Pastorelli, La politica estera italiana del dopoguerra (Bologna 1987). Die Thesen dieser beiden Autoren wurden heftig kritisiert, siehe Viktoria Stadlmayer, Kein Kleingeld im Länderschacher. Südtirol, Triest und Alcide Degasperi 1945/1946 (= Schlern Schriften 320, Innsbruck 2002). Ebenso nützlich, wenn auch in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre veröffentlicht, ist: Mario Toscano, Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige (Roma–Bari 1967) 249–421; Das Werk gilt als Antwort auf: Karl Heinz Ritschel, Diplomatie um Südtirol. Politische Hintergründe eines europäischen Versagens (Stuttgart 1966) 190–254. Für eine Beschreibung der Lage in Südtirol in der unmittelbaren Nachkriegszeit: Domenico De Napoli, Altoatesini e Sudtirolesi. Una convivenza difficile (1945–1946) (= Collana di Saggi Storici 9, Roma 1996; Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946), hrsg. von Hans Heiss und Gustav Pfeifer (= Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 10, Innsbruck–Wien–München 2000); Dalla liberazione alla ricostruzione. Alto Adige/Südtirol (1945–1948), hrsg. von Giorgio Mezzalira, Fabrizio Miori, Giovanni Perez, Carlo Romeo (Bozen 2013).

langte die Abtretung der Kolonien und Frankreich geringe Anpassungen an der westlichen Grenze: im Besonderen La Brigue und Tende, zwei winzige Gemeinden mit nur 3.000 Einwohnern, die jedoch aus strategischer Sicht von großer Bedeutung waren. Im Mai 1945 besetzte Frankreich auch das Aostatal. Das französische Militär zeigte klar und deutlich seinen Willen, die Gemeinden zu annektieren, auch wenn Außenminister Bidault anderer Meinung war[3]. Mit Unterstützung der Alliierten forderte Griechenland die Inselgruppe des Dodekanes. Außerdem hätte Italien Reparationszahlungen leisten und eine starke Einschränkung der eigenen Streitkräfte akzeptieren müssen. Die hochrangigen Vertreter Italiens bei den Siegermächten versendeten äußerst beunruhigende Nachrichten. Bereits am 1. Juni 1945 teilte der italienische Außenminister Alcide De Gasperi dem politischen Vertreter Frankreichs in Italien, Maurice Couve du Murville, seinen Willen mit, alle sprachlichen Minderheiten mit einem gültigen Status auszustatten: nicht nur jene des Aostatals, sondern auch die österreichischen Minderheiten in Südtirol sowie die slawischen in Julisch-Venetien[4]. In der Unterhaltung brachte De Gasperi jedoch vor allem seine Besorgnis über das Schicksal von Triest zum Ausdruck, das damals von Titos Armee besetzt war, erst am 12. Juni 1945 von dieser geräumt wurde und dem italienischen Volk besonders wichtig erschien. Auf Druck der Amerikaner und Engländer zog die französische Regierung am 11. Juni 1945 ihre Truppen aus dem Aostatal zurück[5]. General Charles de Gaulle, französischer Ministerpräsident und Anführer der französischen Widerstandsbewegung gegen die nationalsozialistische Besatzung, teilte Giuseppe Saragat, dem politischen Vertreter Italiens in Frankreich, am 17. Juli mit, dass Frankreich keinerlei Interesse daran hege, das Aostatal zu annektieren, man jedoch La Brigue und Tende fordere[6]. Um sich den Siegermächten in einem guten Licht zu präsentieren, verkündete der Ministerrat der italienischen Regierung am 11. Juli 1945 die geplanten Maßnahmen, um den Interessen der nicht italienischsprachigen Bevölkerungsgruppen im eigenen Land entgegenzukommen. Dieser Ankündigung folgte eine Verpflichtung zur Autonomie für das Aostatal. Wie Außenminister De Gasperi dem amerikanischen

3 DDI, X Serie, II, Doc. 227, 318–321.

4 Bernardini, L'Accordo De Gasperi-Gruber Doc. 2.

5 DDI, X Serie, II, Doc. 254, 349.

6 Ebd. Doc. 346, 465.

Botschafter in Rom, Alexander Kirk, mitteilte, bezog sich diese Erklärung auch auf die deutschsprachigen und slawischen Minderheiten[7].

De Gasperi, Hauptakteur der italienischen Politik von 1945 bis 1953, war wahrscheinlich jener italienische Politiker, der die Südtirol-Problematik am besten kannte, und das seit seiner Zeit als Führer der katholischen Trentiner Volkspartei im österreichischen Reichsrat. Damals war er noch unter seinem eigentlichen Nachnamen Degasperi aufgetreten. Nach seinem Philosophiestudium an der Universität Wien war er zunächst Abgeordneter im Tiroler Landtag in Innsbruck und dann von 1911 bis 1918 Mitglied im Wiener Reichsrat gewesen, wo er immer wieder vor der pangermanistischen Propaganda im Trentino warnte. Gleichzeitig betonte er aber auch noch nach 1945, dass er 1919 gegen die Annexion des deutschsprachigen Südtirol durch Italien gewesen war[8].

Wie Paolo Pombeni feststellte, hatte die Außenpolitik für den Trentiner Politiker eine zentrale Bedeutung[9]. Österreich hoffte zunächst, dass De Gasperi aufgrund seiner Vergangenheit den österreichischen Wünschen offen gegenüberstehen würde. Eduard Reut-Nicolussi, Professor für internationales Recht an der Universität Innsbruck und Katholik, der wegen des Faschismus aus Südtirol fliehen musste, war ab 1919 der vehementeste Verfechter des Selbstbestimmungsrechts Südtirols[10]. Er hatte De Gasperi bereits vor dem Ers-

7 Ebd. Doc. 342 457.

8 Umberto Corsini, Alcide Degasperi e i tedeschi dell'Alto Adige, in: Clio 29/1 (1993) 97–143, hier 120–121; Toscano, Storia diplomatica 55 f.; DDI, X Serie, IV, Doc. 261 313. De Gasperi, der bekanntlich von den Faschisten verfolgt wurde, wurde von ihnen in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg beschuldigt, und später auch von den Sozial-Kommunisten nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung 1947, ein „austriacante" zu sein. Siehe das Werk des sozialistischen Publizisten Gino Valori, der den Anschuldigungen gegen De Gasperi in einen wissenschaftlichen und ordnungsgemäßen Rahmen betten wollte: Degasperi al parlamento austriaco 1911–1918 – I discorsi alla Camera – La polemica con Battisti – I colloqui con Benedetto XV (= Testimonianze del Tempo n. 3, Florenz 1953), hrsg. von Gino Valori. Im Anhang dieses Buches befinden sich die deutschsprachigen Originale der wichtigsten Texte. Siehe auch Paolo Pombeni, Il primo De Gasperi. La formazione di un leader politico (Bologna 2007) 285. Über De Gasperi im Habsburgerreich und zu seinen Ideen: Umberto Corsini, Il colloquio Degasperi–Sonnino (Trento 1975); Piero Craveri, De Gasperi (Bologna 2006) 15–58; Michael Völkl, Das Deutschenbild Alcide De Gasperis (1881–1954). Ein Beitrag zur Geschichte der italienischen Deutschenwahrnehmung (München 2004) 34–144.

9 Paolo Pombeni, La storia, le circostanze e le leggi della politica. Qualche considerazione sul saggio di Michael Gehler, in: Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento – Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 30 (2004) 459.

10 Zu Reut-Nicolussi existiert ein wichtiges Werk von Michael Gehler das neben einer Biografie, fast tausend Dokumente veröffentlicht, die zum Großteil aus dem privaten Archiv des Tiroler Patrioten stammen: Michael Gehler, Eduard Reut-Nicolussi und die Südtirolfra-

ten Weltkrieg kennengelernt und bestätigte 1921 dessen ablehnende Haltung gegenüber der Annexion Südtirols. Nach dem Ersten Weltkrieg versuchte De Gasperi vergebens, in den von Italien neu annektierten Provinzen und vor allem in den Gemeinden die Autonomie, die sie im Kaisertum Österreich genossen hatten, zu erhalten[11]. Noch viele Jahre später, im Jahr 1957, beschrieb Reut-Nicolussi De Gasperi als einen Politiker, der im Habsburgerreich mit großem Geschick und mit Hartnäckigkeit die Interessen des Trentino gegenüber den deutschen Tirolern vertrat – und das mit einer fast supranationalen Objektivität[12].

Am 8. August 1945 schrieb Reut-Nicolussi in der renommierten Berner Tageszeitung „Der Bund" einen offenen Brief an De Gasperi, den er in deutscher und italienischer Sprache verfasste und der den Titel „Appell zur Versöhnung" trug. In seinem Brief erinnerte Nicolussi an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als sie beide Abgeordnete im Parlament in Rom waren: De Gasperi als Abgeordneter für Trient und Reut für Bozen. Beide kämpften gegen den Faschismus und wurden dafür verfolgt. Basierend auf dem Grundsatz der Gerechtigkeit und der Demokratie und mit der größten Achtung der Rechte, die der italienischen Minderheit in Südtirol zuteilwerden konnte, kam Nicolussi, nachdem er am Anfang die Worte „Verbrüdert in der Gerechtigkeit" zitierte, die als Inschrift auf dem Dante-Denkmal in Trient zu finden sind und an die Unterdrückung durch die Faschisten erinnern, zu dem Schluss, dass De Gasperi mit der Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für Südtirol Italien den wohl größten Sieg bescheren und somit *diese schmerzende Wunde auf dem gequälten Körper unseres Kontinents für immer schließen würde*[13].

ge 1918–1958. Streiter für die Freiheit und die Einheit Tirols, Teil 1, Biographie und Darstellung; Teil 2, Dokumentenedition vorwiegend aus dem Nachlass (= Schlern Schriften 333/2, Innsbruck 2007).

11 Umberto Corsini, Problemi di un territorio di confine. Trentino e Alto Adige dalla sovranità austriaca all'Accordo De Gasperi-Gruber (Trento 1994) 397–402; Ders., Il colloquio 108 ff.; Craveri, De Gasperi 59–65.

12 Michael Gehler, Eduard Reut-Nicolussi I 46 f., II Doc. 901 1412. Viktoria Stadlmayr meint sogar, dass er – hätte es den Ersten Weltkrieg nicht gegeben – angesichts seiner politischen Position und seiner engen Verbindungen zur österreichischen christlichsozialen Partei vermutlich ein äußerst konservativer österreichischer Bildungsminister geworden wäre: Stadlmayr, Kein Kleingeld 249.

13 Text in Reut-Nicolussi, II, Doc. 525 840; auch in: Gehler, Verspielte Selbstbestimmung, Doc. 9 134–135; Michael Gehler, Im Spannungsfeld zwischen Region, Nation und Europa.

Der Sozialist und Bundeskanzler Karl Renner schrieb am 19. Dezember 1945 – einen Tag vor seiner Ernennung zum Bundespräsidenten – an De Gasperi, der zu diesem Zeitpunkt gerade neun Tage italienischer Ministerpräsident war. Renner erinnerte an die gemeinsame Zeit als Abgeordneter im österreichischen Parlament und gab der Hoffnung Ausdruck, dass dies trotz aller Konflikte zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beitragen werde[14].

De Gasperi ging auf den Appell Reut-Nicolussis nicht ein, schrieb aber am 17. Jänner an Renner und bezog sich ebenfalls auf seine Erinnerungen an die Zeit in Wien[15]. Gegenüber dem Diplomaten Maurilio Coppini betonte Renner, dass die österreichische Regierung fest entschlossen sei, mit Italien enge und freundschaftliche Beziehungen aufzubauen. Voraussetzung dafür sei jedoch die Lösung der Südtirolfrage[16].

Zu Kriegsende waren sowohl Südtirol als auch Tirol von US-Truppen besetzt worden, die von der italienischsprachigen Bevölkerung[17] als Befreier willkommen geheißen wurden. Nach ihnen erreichten Mitglieder der Fallschirmjäger-Division Folgore das Territorium, die harsche Unterdrückungsmaßnahmen durchführten, was von den Carabinieri in ihren Berichten kritisiert wurde. Die Folgore wurde nach wenigen Monaten wieder versetzt[18].
Die deutschen Truppen, die sich auf dem Rückzug befanden, waren für einige Massaker, die sich in den letzten Tagen des Krieges ereigneten und für den Tod von circa 40 Italienern[19] verantwortlich. Am 15. Mai 1945 wurden fünf Südtiroler in Gröden, die dem Nationalsozialismus[20] besonders wohlwollend gesinnt waren, von italienischen Partisanen aus der Provinz Belluno entführt und dann brutal ermordet. Vermutlich war es den amerikanischen Besatzungstruppen zu verdanken, dass es in Südtirol zu keiner blutigen Ab-

---

Alcide De Gasperi, Südtirol, das Trentino und Österreich (1945–1954), in: Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento – Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 30 (2004) 407–434.

14 DDI, X Serie, III, Doc. 26 32.

15 Ebd. Doc. 170 226

16 Ebd.

17 Hans Heiss, Gustav Pfeifer, Einleitung, in: Heiss, Pfeifer, Südtirol – Stunde Null? 10.

18 De Napoli, Altoatesini 41 f.

19 Toscano, Storia diplomatica 239.

20 Gerald Steinacker, Nichts vergessen nur verschwiegen. Das Massaker von Gröden 1945 und die OSS-Mission „Tacoma", in: Geschichte und Region / Storia e regione 6 (1997) 163–194.

rechnung mit Faschisten, Nazis oder schlichtweg mit persönlichen oder ideologischen Feinden kam, wie das in Norditalien zu Kriegsende mehrfach geschah[21].

Der Großteil der Italiener in Südtirol hoffte, dass die Südtiroler, die für Deutschland optiert hatten, ausgewiesen werden würden – auch die in der Provinz stationierten italienischen Soldaten teilten diese Ansicht. Die Mehrheit der christdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Provinzialpolitiker versuchte dies jedoch zu verhindern[22].

Am 8. Mai 1945 wurde in Bozen die Südtiroler Volkspartei (SVP) gegründet, angeführt von Erich Amonn, der bis nach den Wahlen von 1948 im Amt blieb, und von Josef Raffeiner, der bis 1947 das Amt des Generalsekretärs bekleidete. Beide hatten sich 1939 für Italien entschieden. Dies taten sie jedoch nur, um sich gegen den Nationalsozialismus aufzulehnen und nicht, um ihre politische Zugehörigkeit zum italienischen Staat zu manifestieren. Raffeiner wurde nach dem 8. September 1943 von den Nazis ins Lager Reichenau deportiert[23]. Auch Hans Egarter, Leiter der Südtiroler Widerstandsbewegung, dem „Andreas-Hofer-Bund", zählte zu den Gründern der SVP, obwohl er keine führende Rolle und schon bald eine kritische Haltung ihr gegenüber einnahm. Eine äußerst bedeutende Persönlichkeit in der Partei und der Politik Südtirols war Kanonikus Michael Gamper. Obwohl er nie Mitglied der SVP war, wurde er zur Schlüsselfigur im Widerstand Südtirols gegen die Zwangs-Italianisierung während der faschistischen Periode, er sprach sich auch gegen die Option aus. Während der Besetzung durch die Nazis musste er daher untertauchen und konnte erst im Oktober 1945 nach Bozen zurückkehren[24]. Er übernahm die Leitung des größten Südtiroler Verlags, der katholischen „Athesia", sowie der größten Zeitungen des Landes, den „Volksboten"

21 Zur „Abrechnung" in Italien nach der Befreiung, siehe Hans Woller, Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 38, München 1996), und in italienischer Fassung: Ders., I conti con il fascismo. L'epurazione in Italia 1943–1948 (Bologna 1997). Über die Provinz Bozen siehe Andrea Di Michele, L'Alto Adige e i problemi della „doppia" epurazione, in: Mezzalira, Miori, Perez, Romeo, Dalla liberazione alla ricostruzione.

22 De Napoli, Altoatesini 88.

23 Zu Raffeiner siehe Josef Raffeiner, Tagebücher 1945–1948, hrsg. von Wolfgang Raffeiner (Bozen 1998).

24 Zu Gamper siehe Rolf Steininger, Josef Gelmi, Eva Pfanzelter, Federico Scarano, Ein Leben für Südtirol: Kanonikus Michael Gamper und seine Zeit (Bozen 2017).

und die „Dolomiten“[25]. Einen Kompromiss mit Italien lehnte er ab und kritisierte immer wieder die gemäßigte Führung von Amonn und Raffeiner. Mit ihm trat der gesamte Südtiroler Klerus für die Selbstbestimmung ein und auch der Fürstbischof von Brixen, Johannes Geisler, forderte eine Volksabstimmung[26]. Geisler war allerdings auch im Vatikan schlecht angeschrieben, weil er sich 1940 für die Option ausgesprochen hatte – entgegen der Meinung von 80 Prozent des Südtiroler Klerus.

Die Südtiroler Volkspartei war eine Sammelpartei, die, wenngleich katholisch gesinnt, alle Südtiroler Bevölkerungsgruppen, darunter die Optanten und die ehemaligen Nationalsozialisten, vereinen wollte. Ein bedeutender Kopf war Friedl Volgger, einer der wichtigsten Partner Gampers in der Südtiroler Widerstandsbewegung gegen die Option; er wurde von den Nationalsozialisten nach Dachau deportiert[27]. Das Parteiprogramm der SVP bestand lediglich aus drei Punkten, darunter die Selbstbestimmung Südtirols. Das hieß eine Volksabstimmung und die Rückkehr zu Österreich.[28].
Auch die französischen Besatzungstruppen unterstützten den Anspruch auf Landeseinheit[29]. Großbritannien und die Vereinigten Staaten hatten schon während des Krieges die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs befürwortet, etwa der britische Außenminister Anthony Eden im März 1943[30]. Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt unterhielt Kontakte zum österreichischen Thronfolger Otto Habsburg, einem strikten Gegner des Nationalsozialismus und des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich. Im Sommer 1945 wurden in Südtirol häufig Habsburger-Fahnen ge-

25 Für eine kurze und präzise Zusammenfassung siehe Rudolf Lill, Südtirol in der Zeit des Nationalismus (Konstanz 2002) 237–238.

26 Siehe Josef Gelmi, Die Südtiroler Kirche und das Ende des Zweiten Weltkrieges in: Heiss, Pfeifer, Südtirol – Stunde Null? 141–151 und Ders., Fürstbischof Johannes Geisler (1882–1952). Eines der dramatischsten Kapitel der Südtiroler Geschichte (Brixen–Bressanone 2003).

27 Interessant sind auch die Memoiren, die seinen Einsatz für Südtirol vom Faschismus bis in die 1980er-Jahre beschreiben: Friedl Volgger, Mit Südtirol am Scheideweg, Erlebte Geschichte (Innsbruck 1984); in italienischer Fassung: Ders., Sudtirolo al bivio. Ricordi di vita vissuta (Bolzano 1985).

28 Ritschel, Diplomatie um Südtirol 204.

29 Siehe Klaus Eisterer, Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46 (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 9, Innsbruck 1991).

30 Zitierte Dokumente in Pastorelli, La politica estera 11.

hisst[31]. Roosevelt hatte Otto und seinen Bruder Felix bereits am 7. März 1940 getroffen, dreimal traf er sich mit Zita, der letzten Kaiserin von Österreich, unter anderem am 11. September 1943 und am 15. September 1944[32]. Vor allem Frankreich und das Vereinigte Königreich hatten erkannt, dass die Auflösung des Habsburgerreiches 1918 und die Schaffung der Nachfolgestaaten mit zahlreichen unterdrückten ethnischen und konfessionellen Minderheiten ein Fehler gewesen war.

Karl Gruber, 36 Jahre jung, von 1945 bis 1953 österreichischer Außenminister, beherrschte die englische Sprache auf ausgezeichnetem Niveau[33]. Er war kein Diplomat, sondern ein Elektrotechnik-Ingenieur. Zum Landeshauptmann von Tirol und dann zum Außenminister von Österreich wurde er hauptsächlich aufgrund der Tatsache, dass er zu Kriegsende an der Spitze der Tiroler Widerstandsbewegung[34] stand. Wie Deutschland waren auch Österreich und seine Hauptstadt Wien in vier Besatzungszonen geteilt. Das ganze Land verfügte zwar nur über eine einzige Regierung, auf diplomatischer Ebene war es aber im Nachteil.

Wie sowohl Pietro Pastorelli als auch Rolf Steininger gezeigt haben, wurde bereits am 14. September 1945 in London im Rahmen der dritten Sitzung des Außenministerrats der Siegermächte von den Alliierten eine erste Entscheidung zugunsten Italiens getroffen. Aufgrund der Beschlüsse der Konferenz von Potsdam hatte dieses Gremium den Auftrag, über die Probleme hinsichtlich des Friedensvertrages Überlegungen anzustellen[35]. Laut Steininger gaben alle ihr Einverständnis, Südtirol nicht an Österreich zurückzugeben, auch wenn der britische Außenminister Ernest Bevin kleine Änderungsvorschläge vorbrachte[36], die jenen von Frankreich ähnelten. Auch Frankreich forderte leichte Grenzanpassungen wie die zwei kleinen Gebiete

31 De Napoli, Altoatesini 156.

32 Tamara Griesser-Pečar, Zita. Die Wahrheit über Europas letzte Kaiserin (Bergisch Gladbach 1992), 259, 266–268; Erich Feigl, Zita Kaserin und Königin (Wien–München5 1991) 407 f. Nützliche Informationen zu den Beziehungen mit Roosevelt siehe auch in: Gordon Brook-Shepherd, Zita die letzte Kaiserin. Biographie (Augsburg 1996) 357–399.

33 ASP 1945–1958 I, Doc 55.

34 Zu Gruber siehe seine Memoiren: Karl Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich (Berlin 1953); Ders., Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen (Wien 1976); Gehler, Verspielte Selbstbestimmung, ad indicem.

35 Pastorelli, La politica estera 21–25; Steininger, Los von Rom 21 ff.

36 Ebd. 23.

La Brigue und Tende. Nach Steininger erschien Südtirol noch das geringste Problem unter all den anderen, die ebenfalls zur Diskussion standen. Der endgültige Vorschlag wurde in weniger als einer Minute ohne Gegenrede angenommen[37]. Die westlichen Alliierten fürchteten nach der Ernennung der Regierung Renner durch die Sowjets im April 1945, dass Österreich in den Einflussbereich Moskaus fallen würde. Gruber war aber der Auffassung, dass Österreich ein Teil des Westens sein sollte. Er war ein strikter Gegner der Sowjetunion und des Kommunismus[38]. Hauptziel seiner Außenpolitik war die Durchsetzung einer Volksabstimmung in Südtirol.

Die UdSSR stand der erneuten Angliederung Südtirols an Österreich ablehnend gegenüber. Nach der schweren Niederlage der österreichischen kommunistischen Partei bei den Wahlen am 25. November 1945 und aufgrund der westlich orientierten Haltung Außenminister Grubers[39], lehnte die UdSSR auch kleine Änderungen an der italienisch-österreichischen Grenze ab. Am 1. Mai 1945 bestätigte die Außenministerkonferenz den Verbleib Südtirols bei Italien. Am 24. Juni 1946, noch vor dem offiziellen Beginn der Friedenskonferenz und obwohl Großbritannien die Forderungen Österreichs unterstützte, wurden auch die Vorschläge in Bezug auf geringere Anpassungen abgelehnt.

Am 30. Mai 1946 hatten Gruber und De Gasperi ihre Änderungswünsche vorgestellt. Gruber schlug die Wiederangliederung des Pustertals, des Eisacktals und der Stadt Brixen an Österreich vor, um die direkte Kommunikation zwischen Nord- und Osttirol wiederherzustellen – immerhin ein Gebiet mit 80.000 Einwohnern[40]. Der sowjetische Delegierte Andrej Vyšinskij sah darin keine kleine und unwichtige Änderung. Auch die SVP lehnte eine Aufteilung Südtirols ab, weil das die deutschsprachige Bevölkerung in eine Minderheitensituation gebracht hätte. Gruber sah dies aber als ersten Schritt zur Wiederangliederung von ganz Südtirol an Österreich an[41].

37 Ebd; Rolf Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit (Innsbruck–Wien 1997) 220.

38 Gehler, Österreichs Außenpolitik I 90 f.

39 Gehler, Österreichs Außenpolitik 67–71.

40 DDI, Serie X, III 597.

41 Heiss, Pfeifer, Einleitung, in: Heiss, Pfeifer, Südtirol – Stunde Null? 16.

Italien und De Gasperi wiesen die Alliierten darauf hin, dass sich die Lage in der Provinz Bozen im Vergleich zu 1919 drastisch verändert habe; 1945 war ein Drittel der Bevölkerung italienischsprachig. Während des Faschismus wurden dort Industriegebiete und Kraftwerke errichtet, die 13 Prozent des Stromes an die Industrie in Norditalien lieferten. Zudem hatte Italien ab dem 8. September 1943 gegen Nazideutschland gekämpft, wohingegen Österreich bis zum Schluss Teil Deutschlands war, abgesehen von der kurzen Widerstandsphase zu Kriegsende. Wie De Gasperi schließlich betonte, ist *eines unserer Hauptargumente, dass die Fremdstämmigen es 1939, als Italien noch neutral war, bevorzugten, Deutsche zu werden*[42]. In seinen Mitteilungen an die Alliierten haben De Gasperi sowie auch die von ihm angewiesenen diplomatischen Vertreter Italiens die Nähe der Südtiroler zum Nationalsozialismus mehrmals hervorgehoben. Als Beweis wurde die Tatsache angeführt, dass die überwältigende Mehrheit der Südtiroler die Option für das nationalsozialistische Deutschland wählten und sich viele der SS angeschlossen haben. Südtiroler und Österreicher, für welche die Option für das nationalsozialistische Deutschland kein Bekenntnis zum Nationalsozialismus war, sondern eine Verurteilung des italienischen faschistischen Regimes, wiesen die Anschuldigungen zurück und machten darauf aufmerksam, dass die Mehrheit der Südtiroler nicht aus freien Stücken der SS beigetreten sei. Zudem gab es eine Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus, den „Andreas-Hofer-Bund“[43]. Zu Kriegsende und während der unmittelbaren Nachkriegszeit war Südtirol für viele Naziverbrecher, die sich 1945 der Strafverfolgung entzogen, ein Fluchtweg nach Lateinamerika; unter ihnen auch Adolf Eichmann und Josef Mengele, die auf Hilfe vor Ort vertrauen konnten[44]. Die

42 DDI, X Serie, II, Doc. 378, 509. (Übers. d. Verf.)

43 Laut eines Berichts der SVP vom September/Oktober 1945 betrug die Anzahl jener Südtiroler, die der SS beigetreten sind, weniger als 4.000, davon aber nur 1.000 freiwillig. Fast alle traten der SS in der zweiten Hälfte des Jahres 1939 bei und in den ersten Monaten des Jahres 1940: ASP 1945–1947, Doc. 31, 84 f. Die von Hans Egarter geleitete Südtiroler Widerstandsbewegung, der „Andreas-Hofer-Bund“, verlor 25 Männer, die von den Nazis getötet wurden, 166 wurden in Konzentrationslager deportiert und 277 Männer konnten flüchten und sich so dem Naziregime entziehen. Ein Teil kämpfte als Widerstandskämpfer. Trotz der begrenzten Anzahl der Personen hat laut Egarter kein anderes deutschsprachiges Gebiet so signifikant passiven oder aktiven Widerstand gegen das Hitlerregime geleistet. ASP 1945–1947, I Doc. 22, 87.

44 Gerald Steinacher, Nazi-Schlupfloch Südtirol (Innsbruck–Wien 2006); Ders., „Il Signor Mengele da Bolzano“. L’Alto Adige come via di fuga dei criminali nazisti 1945–1951 in:

Italiener beharrten auch auf der These, dass das neue demokratische Italien den Südtirolern all jene Rechte eingeräumt hätte, die sie während des Faschismus nicht hatten, neben anderem auch eine lokale Autonomie, wohingegen – wie auch De Gasperi anmerkte – in fast ganz Mittel- und Osteuropa germanische Bevölkerungsgruppen mit Gewalt aus Gebieten vertrieben wurden, in denen sie über Jahrhunderte gelebt hatten.

Die Südtiroler und Österreicher versuchten auf jegliche Art und Weise, die Alliierten von ihren Forderungen zu überzeugen, mit großen Veranstaltungen, unzähligen Denkschriften und Telegrammen wie jenes, das Gruber den Außenministern der vier Siegermächte Ende August 1945 schickte. Darin erklärte er, nicht an die Autonomie-Versprechungen Italiens für Südtirol zu glauben, denn diese wurden nach dem Ersten Weltkrieg bereits mehrmals geäußert, jedoch nie erfüllt[45]. Einige radikale Südtiroler verübten sogar Bombenanschläge. Ihr Ziel – so Leopold Steurer – war es, in Südtirol einen Bürgerkriegszustand zu erzeugen, der in völligem Widerspruch zur Politik der SVP stand[46]. Das erste Attentat wurde in der Nacht vom 20. auf 21. Februar 1946 um 00:45 Uhr verübt. Dabei wurde der Sockel des Andreas-Hofer-Denkmals in Meran mit Dynamit in die Luft gesprengt. Es handelte sich um eine Operation, die man heute als „false flag" bezeichnen würde, einem verübten Attentat, um die Italiener zu beschuldigen und Aufmerksamkeit auf die Südtirolfrage zu lenken.

Der Täter war Edmund Weber, ein Mitglied der österreichischen Volkspartei. Als Drahtzieher fungierte jedoch Ludwig Steiner[47], ein Mitglied der österreichischen Widerstandsbewegung und wichtiger späterer Diplomat, der von 1961 bis 1964 Staatssekretär im Außenministerium und viele Jahre Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei war. Die Südtiroler Volkspartei schickte De Gasperi ein Protesttelegramm. Gruber untersagte Gegenmaßnahmen[48], wie von den Briten empfohlen, die schon über den Vorfall informiert waren, der fälschlicherweise Italien zugeschrieben wurde.

Mezzalira, Miori, Perez, Romeo, Dalla liberazione alla ricostruzione 33–56.

45 ASP 1945–1958, I, Doc. 15 68.

46 Leopold Steurer, Südtirol 1943–1946. Von der Operationszone Alpenvorland zum Pariser Vertrag in: Heiss, Pfeifer, Südtirol – Stunde Null? 80.

47 Hans Karl Peterlini, Feuernacht. Südtirol Bombenjahre Hintergründe, Schicksale, Bewertungen 1961–2011 (Bozen 2011) 21.

48 Gehler, Verspielte Selbstbestimmung, Doc. 61, 227 f., 595.

Reut-Nicolussi schien über das Attentat erfreut und war angeblich auch Aktionen gegen lästige italienische Beamte nicht abgeneigt[49]. Zwischen April und August 1946 kam es zu weiteren Anschlägen: am Bahnhof von Trient und Bozen, zwei weitere auf Hochspannungsleitungen, einer beim „Denkmal des italienischen Arbeiters" in Atzwang (Campodazzo), wohingegen eine mit 12 Kilogramm Dynamit geladene Bombe vor der Präfektur von Bozen[50] nicht explodierte. Laut Hans-Karl Peterlini besteht eine Verbindung zwischen diesen Attentaten und den schlimmeren, die in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre bis 1967 verübt wurden.

Eine mehrere Monate dauernde Unterschriftenaktion, bei der 158.628 Unterschriften von Südtirolern gesammelt wurden, gilt als die wichtigste und spektakulärste Aktion zur Wiederangliederung Südtirols an Österreich[51]. Die gesammelten Unterschriften wurden von Reut-Nicolussi am 22. April 1946, am Ostermontag, Bundeskanzler Leopold Figl übergeben. 34.851 dieser Unterschriften stammten von Südtirolern, die sich nach der Option noch in Österreich befanden. Rund 123.777 Unterschriften wurden in Südtirol im Geheimen gesammelt und vom Briten Edgeworth Murray Leslie über den Brenner gebracht, der damals Informant des amerikanischen Geheimdienstes OSS war und als Freund Südtirols galt[52].

Am 1. Mai lehnte die Außenministerkonferenz die Wiederangliederung Südtirols an Österreich ab. Dies löste bei den Südtirolern, wie Raffeiner erinnert, große Bestürzung aus, sogar ein bewaffneter Aufstand wurde erwogen. Volgger schlug hingegen vor, dass die gesamte Südtiroler Bevölkerung, angeführt von Bischof Geisler, bis zur Salurner Klause marschieren und dort in den Hungerstreik treten solle[53]. Raffeiner meinte allerdings, man müsse sich nun auf die Rückkehr der Optanten und die Wiedererlangung ihrer italienischen Staatsbürgerschaft konzentrieren, was den deutschsprachigen Süd-

49 Ebd. 228.

50 Peterlini, Feuernacht 23; Steurer, Südtirol 1943–1946, 80. Die Präfektur von Bozen hatte sogar den Verdacht, dass es in Südtirol eine terroristische Bewegung gibt, auch wenn dies vom Informationsbüro des Armeegeneralstabs dementiert wurde, siehe De Napoli, Altoatesini 135 f. 1947 kam es zu drei Bombenanschlägen. Für Peterlini waren die Attentäter eine kleine militante Gruppe, die keine Unterstützung von der Bevölkerung bekam, die jedoch über sehr gute politische Kontakte verfügte. Siehe Peterlini, Feuernacht 24.

51 Gehler, Verspielte Selbstbestimmung, Doc. 96, 271.

52 Zu Leslie siehe ebd. 38–51.

53 Raffeiner, Tagebücher 114.

tirolern die Mehrheit im Land sichern sollte[54]. Michael Gamper schrieb hingegen im „Volksboten" und in den „Dolomiten", dass die Südtirolfrage noch nicht verloren sei und sich das Blatt auf der Friedenskonferenz noch wenden könne. Kompromisse lehnte er ab, nur die Rückkehr zu Österreich werde der Südtiroler Bevölkerung das Überleben sichern, die Fremdherrschaft bedeute ihren Tod[55].

Nachdem auch die kleinen Grenzanpassungen abgelehnt worden waren, war aus Sicht Grubers eine durch den Friedensvertrag garantierte Autonomie Südtirols der einzig gangbare Weg. Die Briten meinten, dies sollte durch ein direktes Abkommen zwischen Italien und Österreich abgesichert werden. Amonn und Raffeiner trafen am 4. Juli 1946 mit Silvio Innocenti, dem Präfekten Bozens, zusammen und erklärten ihm, dass sie bereit wären, mit den italienischen Behörden zusammenzuarbeiten und über das Autonomieprojekt zu sprechen. Ferner zeigten sie ihm auf, dass der dritte Punkt des Parteiprogramms nicht mehr gültig sei[56]. Der Präfekt Bozens schickte De Gasperi demnach eine von Amonn und Raffeiner unterzeichnete Erklärung, laut derer die SVP den dritten Punkt seines Programms für ungültig erklärt hätte. Die Partei bemühte sich, die Spannungen in Südtirol zu beruhigen und bat die Regierung, die großzügigste Lösung hinsichtlich der Wiedererlangung der italienischen Staatsbürgerschaft für die Südtiroler Optanten zu gewähren. Die SVP war für eine Zusammenarbeit mit den italienischen Behörden und mit Innocenti bereit, sie lehnte jedoch die Gründung einer autonomen Region Trentino-Südtirol ab. Innocenti meinte gegenüber De Gasperi allerdings, es sei nicht zu leugnen, dass die beiden Provinzen durch viele gemeinsame Interessen verbunden seien[57].

Bereits am 13. Juli wollte sich Gruber mit De Gasperi mithilfe des italienischen Geschäftsträgers in Wien, Roberto Gaja, treffen. Gruber wollte mit

54 Ebd. 115.

55 Steurer, Südtirol 1943–1946, 81.

56 Steininger, Los von Rom, Doc. 27 284 ff.; Raffeiner, Tagebücher 138.

57 DDI, X Serie, IV 59–60. Die Südtiroler haben daraufhin dieses Memorandum angefochten, das De Gasperi von Innocenti präsentiert. Sie behaupteten, dass es gefälscht war; dies scheint jedoch auch ein Bericht des britischen Konsuls in Bozen, K. R. Welbore Kerl, zu bestätigen. Amonn und Raffeiner informierten ihn am 8. Juli und fügten hinzu, dass eine internationale Garantie für die Einhaltung ihrer Rechte notwendig gewesen wäre. Steininger, Los von Rom 100–110, sowie Doc. 27, 284 f.

Italien eine Vereinbarung aushandeln, die den Weg für eine stabile freundschaftliche Beziehung und Zusammenarbeit[58] ebnen sollte. De Gasperi war damit einverstanden und ließ ihm ausrichten, dass er sich auf ein Treffen freue und für eine Zollunion zwischen Österreich und Italien[59] eintrete. Allerdings konnte er kurzfristig nicht nach Wien kommen, weshalb nun der Diplomat Carandini – Botschafter in Großbritannien – die Verhandlungen mit Gruber führte. Der von den Briten beeinflusste Carandini befürchtete, dass auf der am 29. Juli 1946 beginnenden Pariser Friedenskonferenz die Entscheidungen des Außenministerrats noch geändert werden könnten[60]. Großbritannien drängte auf ein direktes Abkommen zwischen Italien und Österreich, sodass sie von den deutschsprachigen Historikern als die wahren Förderer des Gruber-De Gasperi-Abkommens[61] gesehen werden. Nach den gut dokumentierten Verhandlungen, die auf Grundlage der „Documenti Diplomatici Italiani"[62] rekonstruiert werden können, wurde am 5. September 1946 um 17 Uhr in der italienischen Botschaft in Paris von den zwei Außenministern das sogenannte Gruber-De Gasperi-Abkommen unterzeichnet. Artikel 1 besagt:

Den deutschsprachigen Einwohnern der Provinz Bozen und der benachbarten zweisprachigen Ortschaften der Provinz Trient wird volle Gleichberechtigung mit den italienischsprachigen Einwohnern im Rahmen besonderer Maßnahmen zum Schutze des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteils zugesichert. [...][63]. In Artikel 2 heißt es: *Der Bevölkerung der oben erwähnten Gebiete wird die Ausübung einer autonomen regionalen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt gewährt werden. Der Rahmen für die Anwendung dieser Autonomiemaßnahmen wird in Beratung auch mit einheimischen deutschsprachigen Repräsentanten festgelegt werden.*[64]

Darüber hinaus verpflichtete sich die italienische Regierung durch das Abkommen, den deutschen Optanten die italienische Staatsbürgerschaft erneut

58 DDI, X Serie, IV, Doc. 2 9.

59 Toscano, Storia diplomatica 351.

60 DDI, X Serie, V, Doc. 101, 120–121; Toscano, Storia diplomatica 325 ff.

61 Steininger, Los von Rom 176; Steurer, Südtirol 1943–1946, 97.

62 DDI, X Serie, IV, ad indicem; Toscano, Storia diplomatica 329–421; Steininger, Los von Rom 110–149.

63 DDI, X Serie, IV, D. 258, 305. (Übers. d. Verf.)

64 DDI, X Serie, D. 258, 306. (Übers. d. Verf.)

zuzuerkennen. Artikel 10 des Friedensvertrages, der am 10. Februar 1947 unterzeichnet wurde, betrifft Österreich und Italien; dieser Artikel hält fest, dass sich Italien verpflichtet, ein Abkommen mit der österreichischen Regierung zu treffen, um den freien Personen- und Güterverkehr zwischen Nord- und Osttirol zu ermöglichen. Ferner erklärten die Siegermächte in diesem Artikel, die Bestimmungen des Gruber-De Gasperi-Abkommens zur Kenntnis zu nehmen, die dem Friedensvertrag mit Italien im Anhang unter Punkt IV[65] beigefügt sind.

Das Abkommen wurde durch einen Briefwechsel zwischen De Gasperi und Gruber vervollständigt. De Gasperi bekräftigte, dass die italienische Regierung bereit war, die Vorschläge der österreichischen Regierung hinsichtlich der besten Lösung für den freien Personen- und Güterverkehr gemäß Artikel 10 bestmöglich umzusetzen. Gruber hoffte, dass das Abkommen der Ausgangspunkt für eine erfolgreiche und freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Österreich und Italien sei. Er wünschte sich eine amikal gesinnte Nachbarschaft und internationale Zusammenarbeit. Gruber zeigte sich von De Gasperis Unvoreingenommenheit und Offenheit zutiefst beeindruckt, was sich positiv auf die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen auswirkte[66].

De Gasperi revidierte den Text des Abkommens mehrmals. Am 3. September äußerte er in Paris Carandini gegenüber seine Besorgnis und nahm einige Anpassungen am Text [67] vor. Der italienische Ministerpräsident musste auch die nationalistisch gesinnte öffentliche Meinung Italiens berücksichtigen, die nicht für ein Entgegenkommen war, sowie jene der italienischen Bevölkerung Bozens, die fürchtete, gegenüber der deutschsprachigen Bevölkerung benachteiligt zu werden. Für Italien implizierte das Abkommen den Verzicht Österreichs, seine Ansprüche auf Südtirol geltend zu machen. Dies war jedoch nicht explizit im Text festgehalten, was wiederum ein Erfolg für Gruber war, denn das wäre in Österreich und Südtirol kaum akzeptiert worden. Die Gründe De Gasperis und die Kritik wichtiger italienischer Politiker wurden im Rahmen eines Treffens deutlich, das der italienische Minister-

65 Ebd; Roman H. Rainero, Il Trattato di pace delle Nazioni Unite con l'Italia. Parigi, 10 febbraio 1947 (Bologna 1997) 353, 299 f.

66 DDI, X Serie, IV, Doc: 258, 306.

67 DDI, X Serie, IV, Doc. 251, 297.

präsident und vorläufige Außenminister mit der italienischen Delegation in Paris am Abend des 5. Septembers, nur kurz nach der Unterzeichnung des Abkommens, hatte[68]. Botschafter Eugenio Reale, auf Anordnung der kommunistischen Partei nach Warschau entsandt, hatte eine heftige Auseinandersetzung mit De Gasperi: Er glaubte nicht, dass das Abkommen den Selbstbestimmungsbestrebungen[69] und Unruhen der Südtiroler ein Ende setzen werde. Er war auch gegen die Wiedergewährung der italienischen Staatsbürgerschaft an die Optanten. Auch der nach Brasilien entsandte Botschafter Augusto Martini war trotz Ratifizierung des Abkommens gegen dessen Aufnahme in den Friedensvertrag und somit auch gegen dessen Koppelung an eine internationale Garantie. De Gasperi vertrat jedoch die Ansicht, dass das Abkommen einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Minderheitenfrage Italiens leiste und somit auch Vorbildwirkung habe[70]. Für eine Konfliktlösung sollten die Unruhen in Südtirol beendet werden, Österreich solle dem irredentistischen Postulat ein Ende setzen. De Gasperi war sich aber der Gefahr bewusst, dass der Konflikt in Zukunft wieder aufflammen könnte. Das Abkommen verurteilte die Politik des Faschismus und das „unnütze Streben der Politik nach der Zerstörung der Südtiroler Minderheit“[71]. Im Gegensatz zu Carandini sah De Gasperi im Abkommen zwar nicht die Voraussetzung, dass Südtirol bei Italien blieb, aber als notwendigen Schritt zur politischen Beruhigung, wobei ihm auch der moralische Aspekt wichtig war[72]. In Österreich wurde die Unterschrift Grubers als Scheitern angesehen, er wurde sogar mit dem Verräter Franz Raffl verglichen, der angeblich den Franzosen das Versteck des Tiroler Volkshelden Andreas Hofer verraten hatte. Am Innsbrucker Bahnhof wurde Gruber sogar Opfer eines Stockattentats.

Am 31. Januar 1948 wurde das erste Autonomiestatut für die Region Trentino-Südtirol (Trentino-Tiroler Etschland) von der Verfassungsgebenden Ver-

68 Ebd., Doc. 261, 311. Fast das ganze Dokument wurde zum ersten Mal von Giulio Andreotti bekannt gemacht, der angab, es von seinen Notizen erstellt zu haben, siehe Giulio Andreotti, De Gasperi visto da vicino (Milano 1986) 108–112. Er war damals in Paris und bestätigte, bei der Sitzung anwesend gewesen zu sein, auch wenn sein Name nicht auf der Teilnehmerliste der DDI stand.

69 DDI, X Serie, IV, Doc. 261, 311.

70 Ebd.

71 Ebd. 312.

72 Ebd.

sammlung gebilligt. De Gasperi hatte die von der SVP geforderte Bezeichnung Trentino-Südtirol nicht akzeptiert. Am 2. Februar 1948 wurde das Statut als Verfassungsgesetz verankert[73]. Am selben Tag folgte das Dekret zur Revision der Option[74].

2. Von der Zusammenarbeit zum Konflikt (1948–1961)

Die Beziehungen zwischen Österreich und Italien hatten sich nach dem Gruber-De Gasperi-Abkommen deutlich verbessert, auch die Wirtschaftsbeziehungen waren sehr eng. Beim Besuch Grubers in Rom im November 1948 – bei dem die Südtirol-Problematik ausgeklammert war –, wurde dies bestätigt[75]. De Gasperi kam, wie Leopold Steurer schrieb, den Wünschen Österreichs im Rahmen von Wirtschafts- und Handelsabkommen soweit als möglich entgegen[76]. Schwierigkeiten blieben aber hinsichtlich der Behandlung der Optanten bestehen, vor allem hinsichtlich der Frage, ob auch diejenigen Südtiroler die italienische Staatsbürgerschaft zurückbekommen sollten, die mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet hatten. Besonders kontrovers war der Fall des ehemaligen Präfekten unter nationalsozialistischer Besatzung, Karl Tinzl, der Kanonikus Gamper nahestand und als graue Eminenz der SVP galt[77]. Auch hinsichtlich der Umsetzung des Autonomiestatus tauchten Probleme auf und De Gasperi verwahrte sich gegen Einmischungen aus Österreich[78]. Gegenüber dem britischen Außenminister Ernest Bevin meinte er am 1. Februar 1950: *Abgesehen von der unvermeidlichen*

73 Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, in: Presidenza del Consiglio dei Ministri, Ufficio regioni, L'accordo De Gasperi-Gruber sull'Alto Adige. Dalle sue premesse storico-politiche all'attuazione nell'ordinamento italiano (Roma 1958) 123–142.

74 Ebd. 145–153.

75 Scarano, Italia e mondo tedesco 27 f.

76 Leopold Steurer, Il problema dell'Alto Adige/Südtirol nei rapporti italo-austriaci (1945–1955) in: La difesa dell'italianità. L'ufficio per le zone di confine a Bolzano, Trento e Trieste (1945-1954), hrsg. von Diego D'Amelio, Andrea Di Michele, Giorgio Mezzalira (Bologna 2015) 121.

77 Zu Tinzl siehe Annuska Trompedeller, Karl Tinzl (1888–1964). Eine politische Biografie (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 24, Innsbruck 2007).

78 Scarano, Italia e mondo tedesco 28.

Stabilisierungsphase und der unstillbaren Parteilichkeit einiger Separatisten […] war die Lage im Großen und Ganzen gut.[79] Die Südtiroler Volkspartei arbeitete mit der Democrazia Cristiana in der Regionalregierung zusammen und unterstützte die christdemokratischen Regierungen in Rom. Notfalls wäre die SVP auch bereit gewesen, den Sturz der Regierungskoalition in Rom zu verhindern. Nach den Wahlen 1953 kam den drei Abgeordneten und zwei Senatoren der SVP eine Schlüsselrolle zu, allerdings auch der italienischen nationalistischen Rechten um die Monarchisten und den Neo-Faschisten (MSI), die gegen die Südtiroler Autonomie waren.

Schließlich wurde die Optionsfrage in Sinne der Südtiroler gelöst. Am 20. Dezember 1952 erhielt Tinzl seine italienische Staatsbürgerschaft zurück, 1953 wurde er ins Abgeordnetenhaus gewählt. Das Erste Autonomiestatut wurde von den italienischen Behörden jedoch nicht gewissenhaft umgesetzt, vor allem nicht hinsichtlich des Einsatzes von Südtirolern in den Verwaltungsbehörden und des deutschen Sprachgebrauchs: Das Erbe des Faschismus war noch nicht ganz verschwunden. Mario Toscano, der Leiter der historischen Abteilung des Außenministeriums sowie wichtiger Berater der italienischen Regierung, nahm zwischen 1964 und 1968, seinem letzten Lebensjahr, eine bedeutende Rolle bei den Verhandlungen mit Österreich ein[80]. Er schrieb 1960 in einem Artikel in der Zeitschrift „Rivista di studi politici internazionali": *Die Umsetzung verlief von italienischer Seite mangelhaft und kurzsichtig. [...] Das alte lateinische Sprichwort qui cito dat bis dat (Zwei Mal gibt, wer schnell gibt) bestätigte sich nun mehr als je zuvor. Wertvolle Zeit ging verloren und der Konflikt verschlimmerte sich kontinuierlich, bis er fast unlösbar wurde*.[81] Die Meinung von Toscano wurde auch von anderen Italienern geteilt wie beispielsweise von einer weiteren Schlüsselfigur bei der endgültigen Übereinkunft mit Südtirol: dem christdemokratischen Abgeordneten von Bozen, Alcide Berloffa[82]. Bei den Wahlen

79 DDI, XI Serie, IV, Doc. 6, 7.

80 Zu Toscano siehe Luciano Monzali, Mario Toscano e la politica estera italiana nell'era atomica (Firenze 2011). Über seine Rolle in der Südtirolfrage: Ebd. 152–157, 162, 181–186, 204–216; außerdem in Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror III, ad indicem.

81 Monzali, Mario Toscano 153; vollständiger Text in: Alto Adige, Berlino e Corte dell'Aja, (anonymer Artikel) in: Rivista di studi politici internazionali 27/2 (1960), übernommen in Mario Toscano, Corsivi di politica estera 1949–1968 per la Rivista di studi politici internazionali (Giuffrè 1981) 72.

82 Zu Berloffa siehe Alcide Berloffa, Gli anni del Pacchetto (Bolzano–Bozen 2004).

im Jahr 1958 hatte Berloffa einen Sitz gewonnen, zum Nachteil seines Parteikollegen Angelo Facchin. Dieser gehörte der konservativen und nationalistischen Seite der christdemokratischen Partei[83] an. Im Allgemeinen stimmten auch die italienischen Linken dieser Kritik zu, auch wenn sie die SVP und die DC (Democrazia Cristiana) beschuldigten, ein Abkommen geschlossen zu haben, um sich die Region auf Kosten der Bevölkerung aufzuteilen[84].

Im Gegensatz zur Meinung Rolf Steiningers gab es jedoch keine geplante Italianisierung und Zuwanderung[85]. Es gab zwar eine Migrationsbewegung, die aber geringer war als jene, die nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allem in den 1960er-Jahren[86] von Süd- nach Norditalien zu verzeichnen war. Wenn man bedenkt, dass die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols zwischen 1918 und 1953 von 97 auf 66 Prozent zurückging, so ist die Beunruhigung der Südtiroler nachvollziehbar. Kanonikus Walter Gamper schrieb am 28. November 1953 in der Zeitung „Dolomiten" vom „Todesmarsch" der Südtiroler, die von der Migration der Italiener erdrückt würden[87]. Der am 15. April 1956 verstorbene Gamper beeinflusste mit seinem Prestige unbewusst die Attentäter der ersten Bombenanschläge, darunter sowohl die sieben Attentäter der kleinen Gruppe, die vom 20. September 1956 bis zum 17. Jänner 1957 von Hans Stieler angeführt wurde, als auch jene des BAS (Befreiungsausschuss Südtirol), dessen Kopf Sepp Kerschbaumer, ein strenggläubiger

83 Scarano, La Commissione 248–249, 262.

84 Zur Position der Linken Partei siehe das zeitgenössische Werk von Edio Vallini, La questione dell'Alto Adige (Firenze 1961).

85 Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror I 233 ff.

86 Zum dieser Frage siehe Giorgio Mezzalira, Una seconda italianizzazione forzata? L'immigrazione italiana in Alto Adige dal 1945 al 1955, in: D'Amelio, Di Michele, Mezzalira, La difesa dell'italianità 153–178; Leopold Steurer, Historische Hintergründe zur Feuernacht, in: Ein Tirol – zwei Welten. Das politische Erbe der Südtiroler Feuernacht vom 1961, hrsg. von Manuel Fasser (Innsbruck 2009) 168. Beide Autoren sind sich darüber einig, dass die Migration der Italiener 20.000–25.000 Personen betraf. Der Geburtenüberschuss der deutschsprachigen Bevölkerung hat die Migration der italienischsprachigen mehr als ausgeglichen, wie Steurer festhält. Die österreichische Regierung hat das Migrationsproblem Italiens dann der italienischen Regierung in Bezug auf die Nichterfüllung des Gruber-De Gasperi-Abkommens und der daraus resultierenden Diskussionen und Konflikte vorgeworfen. Am 24. Juni 1961 ging Italiens Außenminister Segni bei einem bilateralen Treffen mit Österreichs Außenminister Bruno Kreisky in Zürich entschlossen auf dessen Anschuldigungen ein. Laut Segni sei die deutschsprachige Bevölkerungsgruppe von 1951 bis 1961 um 14,49 % gewachsen und die italienischsprachige um 12,84 %. ASP 1959–1969 III, Doc. 175 425–436, Doc. 177 441–451.

87 Steininger, Südtirol zwischen Demokratie und Terror, I 156 ff.

Katholik, war. Bereits im Januar 1957 wurde Stielers Gruppe von den italienischen Streitkräften zerschlagen. Der BAS nahm eine weitaus wichtigere Rolle ein, da er beträchtliche Unterstützung und Beihilfen in Österreich erhielt und einige Hundert Mitglieder zählte.

Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 und der Wiederherstellung der vollen Souveränität setzte sich Österreich für die Forderungen Südtirols ein. In der SVP, deren Obmann von März 1954 bis Mai 1956 Karl Tinzl war, der dann von Toni Ebner abgelöst wurde, wurden immer mehr Stimmen laut, die das Selbstbestimmungsrecht begrüßten und sich zumindest Südtirol als autonome, von Trient abgespaltene Region wünschten. Am 4. Juli 1956 erklärte Kanzler Julius Raab im Strategieplan der Regierung, dass Italien nicht alle Vereinbarungen des Gruber-De Gasperi-Abkommens umgesetzt habe und sich die italienische Regierung demnach bemühen müsse, die Vereinbarungen des Abkommens einzuhalten, um das Überleben der Südtiroler Bevölkerungsgruppe zu gewährleisten[88]. Zu diesem Zeitpunkt erklärte die italienische Regierung mit Ministerpräsident Antonio Segni und Außenminister Antonio Martino ihre Bereitschaft zur Überprüfung der offenen Fragen. Am 10. Juli 1956 wurde die österreichische Regierung aufgefordert, ihren Standpunkt zu präzisieren, wobei die italienische Regierung betonte, sich immer an die Vereinbarungen des Gruber-De Gasperi-Abkommens gehalten zu haben und dass diese wenigen offenen Punkte lediglich Einzelheiten der Durchführung betreffen würden. Italien zeigte sich gewillt, die Vorschläge Österreichs mit dem Ziel einer besseren Umsetzung des Abkommens zu berücksichtigen[89].

Österreich reagierte am 8. Oktober, indem es behauptete, dass Italien hinsichtlich der Gleichstellung der deutschen und italienischen Sprache mehrmals gegen das Abkommen verstoßen habe. Zudem seien die Südtiroler beim Zugang zum öffentlichen Dienst nicht gleichberechtigt und Italien habe die italienische Einwanderung nach Südtirol gefördert. Wien protestierte gegen die Gründung der Region Trentino-Südtirol, da sie gegen den Artikel 2 des Abkommens verstoße. Die Existenz der Deutschsprachigen könne

88 Toscano, Storia diplomatica 474.

89 Außenministerium Südtirol. Dokumente, die von Außenminister Segni am 16. September 1960 dem italienischen Parlament vorgelegt wurden (Rom 1960) (Grünes Buch Italiens über Südtirol) in: Relazioni Internazionali 25/29 1271, Doc. 1.

nur durch die Gründung einer von Trient unabhängigen, autonomen Provinz Südtirol abgesichert werden[90]. Wie Mario Toscano schreibt, enthielt das Memorandum den Vorschlag zur Bildung einer gemischten Expertenkommission, welche die Proteste gegen die Umsetzung des Pariser Abkommens untersuchen und den zwei Regierungen konkrete Lösungsvorschläge liefern sollte[91].

Italien ging auf die österreichischen Forderungen nicht ein. In seiner Antwort vom 9. Februar 1957 betonte man die Bereitschaft, *in einem Klima der gegenseitigen Loyalität und des Vertrauens weitere Maßnahmen zugunsten der Südtiroler Bevölkerung* zu ergreifen. Italien war nur zu Gesprächen auf normaler diplomatischer Ebene bereit, die Bildung einer eigenen Kommission lehnte man ab[92]. Es war der Beginn eines scheinbar unlösbaren Streits zwischen den beiden Ländern.

Am 25. Mai kam die Parteiführung der SVP in die Hände eines jungen Politikers, der einen härteren politischen Kurs verfolgte: An die Stelle von Toni Ebner trat Silvius Magnago. Er hatte für Deutschland optiert und an der russischen Front sein linkes Bein verloren. Völlig verändert hatte sich auch die Führungsriege, die von 14 auf 15 Mitglieder wuchs, 13 davon waren neu gewählt. Einer der vier Vizepräsidenten war Hans Dietl. Auch er war an der russischen Front verwundet worden, ihm war ein Teil des rechten Beins amputiert worden. Er trat für das Selbstbestimmungsrecht Südtirols ein und unterhielt intensive Kontakte zu den Attentätern des BAS[93]. Laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach standen zwischen 12 und 17 Prozent, also eine nicht zu vernachlässigende Minderheit der Südtiroler Bevölkerung, einem Volksaufstand positiv gegenüber[94].

Dennoch negierten italienische Politiker offiziell das Problem, wie auch Innenminister Fernando Tambroni bei der Eröffnungsrede der Bozener Messe am 19. September 1959 in Anwesenheit des italienischen Staatspräsiden-

90 Ebd. Doc. 3, auch in: Presidenza del Consiglio dei Ministri, L'accordo De Gasperi-Gruber 157–166.

91 Toscano, Storia diplomatica 475.

92 Ebd. 477; Text in Bernardini, L'accordo De Gasperi-Gruber 167–190.

93 Zu Dietl siehe Hans Karl Peterlini, Hans Dietl, Biografie eines Südtiroler Vordenkers und Rebellen. Mit Auszügen aus seinen Tagebüchern (Bozen 2007).

94 Günther Pallaver, La pacificazione dopo il terrorismo sudtirolese, in: Bernardini, Pallaver, Dialogo vince violenza 280.

ten Giovanni Gronchi. Auch Außenminister Pella bestritt am 21. September 1959 vor der UNO die Vorwürfe des österreichischen Außenministers Bruno Kreisky[95].

Tatsächlich hielten sich christdemokratische Politiker wie Segni und Scelba an das von De Gasperi vorgegebene Schema, den deutschsprachigen Minderheiten zwar Konzessionen zu gewähren, Abspaltungstendenzen aber zu unterbinden. Man hegte Bewunderung für den Antikommunismus und den starken Glauben der Südtiroler, meinte aber, dass eine autonome Region nur der erste Schritt zur Loslösung von Italien wäre. Außerdem verwehrte man sich gegen Einmischungen aus Österreich.

Als Ministerpräsidenten versprachen Scelba, Segni und Fanfani, die Forderungen der Südtiroler zu prüfen, tatsächlich wurde aber nichts unternommen, um ihnen entgegenzukommen.

Im Februar 1958 begannen in Wien auf Wunsch Fanfanis schwierige Verhandlungen mit Österreich, wobei ab 1959 Bruno Kreisky die österreichische Außenpolitik führte. Sein Ziel war es, diese Frage vor die UNO zu bringen. Die Lösung der Südtirolfrage stand im Mittelpunkt seiner Politik und sollte das Österreichbewusstsein stärken[96]. Die vollständige Autonomie Südtirols hielt er für unabdingbar, wobei er nicht davor zurückscheute, mit Südtirol-Aktivisten wie Sepp Kerschbaumer, Joseph Fontana, Georg „Jörg" Klotz, die mittels Attentaten für die Selbstbestimmung Südtirols kämpften, in Kontakt zu treten. In seinen Memoiren schreibt Kreisky, dass er sie getroffen hätte, um sie von den Gewalttaten[97] abzubringen. Die heutige Geschichtsschreibung geht jedoch davon aus, dass er die Attentate tolerierte, um dadurch den Konflikt zu lösen[98].

---

95 Siehe Scarano, La diplomazia italiana 63.

96 Bruno Kreisky, Im Strom der Politik. Erfahrungen eines Europäers (Berlin 1991) 148; Peterlini, Feuernacht 65–68; Gehler, Österreichs Außenpolitik 310–311; Ders., Bruno Kreisky, Italien und die Deutsche Frage, in: Gehler, Guiotto, Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa 176–188; Elisabeth Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm (Göttingen 2009) 210–217.

97 Kreisky, Im Strom 158.

98 Peterlini, Feuernacht 66–69; Gehler, Bruno Kreisky; Ders., „Irgendwie dramatisieren". Südtirol als „Unruheherd" und das „Problem Österreich" – Kreiskys diplomatisch-politische Offensive im Jahr 1958, in: FF 44 (2008) 53; Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik 210–217, die auch die Meinungen anderer Historiker miteinander vergleicht. Sie glaubt an die These von Kreisky. Siehe auch Christoph Franceschini, Bruno Kreisky und die Attentäter – Mythos

Im September 1960 brachte Kreisky im Rahmen der XV. Generalversammlung das Südtirol-Problem vor die UNO. Italien wurde der Nichterfüllung des Gruber-De Gasperi-Abkommens bezichtigt und Rom aufgefordert, Südtirol den Status als autonome Region zuzuerkennen. Der italienische Vorschlag, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag damit zu befassen, wurde abgelehnt. Es kam zu einem heftigen Streit zwischen Kreisky und Franz Gschnitzer, dem Tiroler Staatssekretär im Außenamt auf der einen Seite und Außenminister Antonio Segni und dem ehemaligen Außenminister und Vorsitzenden der italienischen Delegation bei der UNO, Antonio Martini, auf der anderen Seite.

Am 31. Oktober forderte die UN-Generalversammlung die Streitparteien auf, Verhandlungen zur friedlichen Beilegung des Streits aufzunehmen[99].

3. Die Feuernacht als Höhepunkt der Anschläge, die Reaktion Italiens und die Neunzehnerkommission

Am Vorabend des Treffens zwischen den italienisch-österreichischen Experten in Zürich am 13. und 14. Juni und wenige Stunden nachdem Außenminister Segni im italienischen Fernsehen eine Erklärung abgab, in der er bekräftigte, dass er überzeugt war, dass man für diesen Konflikt, der sich zu verschlimmern drohte[100], eine zufriedenstellende Lösung finden könne, kam es zu 47 zugleich stattfindenden Bombenanschlägen in Südtirol, die als Feuernacht in die Geschichte eingingen. Sie fanden in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 statt, anlässlich des Herz-Jesu-Festes, eine der wichtigsten Feierlichkeiten Tirols, bei dem viele Bergfeuer entzündet werden. Der Straßenarbeiter Giovanni Postal kam durch die Explosion einer Bombe ums Leben[101]. Der BAS rund um Kerschbaumer lehnte Verhandlungen ab, ihr Ziel war ein

und Wirklichkeit, in: Pfeifer–Steiner, Bruno Kreisky 123–151, der die Dokumente aus dem Archiv des Politikers untersuchte.

99 Siehe Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 249 f.; Scarano, La diplomazia italiana e il difficile rapporto con Bruno Kreisky 69.

100 Für den Text des Interviews siehe Ritschel, Diplomatie um Südtirol 372–375.

101 Steininger, Südtirol zwischen, Diplomatie und Terror II 472; Ders., Die Feuernacht und was dann? Südtirol und die Bomben 1959–1969 (Bozen 2011); Peterlini, Feuernacht 342.

selbstbestimmtes Südtirol. Der BAS wurde von österreichischen Extremisten wie Aloys Oberhammer, Eduard Widmoser, Wolfgang Pfaundler und Fritz Molden mit Dynamit versorgt und finanziell unterstützt. Bei den Anschlägen wurden 2 Wasserkraftwerke, 37 Hochspannungsmasten und 8 Bahnoberleitungen vorsätzlich gesprengt. Der Schaden belief sich auf einige Milliarden Lire. Das eigentliche Ziel der Attentäter, nämlich die Energieversorgung der Bozner Industriezone lahmzulegen, wurde aber nicht erreicht. Vollkommen verfehlt wurde auch das Bestreben, die Bevölkerung für sich einzunehmen. Nach Günther Pallaver begrüßten viele Südtiroler die ersten unblutigen Attentate[102], die zunehmende Gewalt stieß aber auf Ablehnung, ebenso fürchtete man Einbußen im Tourismus. Auch die Kirche verurteilte unter der Leitung des Bischofs von Brixen, Joseph Gargitter, die Anschläge. Am 12. Juni verurteilte die SVP, allen voran ihr Chef Magnago, der gegen jegliche Gewalt war, die Angriffe offiziell. Allerdings waren einige hochrangige Parteimitglieder Komplizen der Attentäter, wie etwa Hans Dietl[103]. Empörte Mitglieder wandten sich in der Folge von der Partei ab. Der Präsident der Handelskammer Bozen, Walter von Walther, bezeichnete die SVP gegenüber dem britischen Konsul als Nazi-Partei[104] und Ebner zeigte sich enttäuscht, dass sich die Partei mit Verbrechern[105] eingelassen habe. Nur mit Mühe konnte die Abspaltung der katholischen Gruppe um die Abgeordneten Toni Ebner, Roland Riz, Otto von Guggenberg und Walter von Walther verhindert werden[106].

Nach der Feuernacht stellten sich die öffentliche Meinung sowie die internationale Presse hinter Italien, darunter auch die „Neue Zürcher Zeitung". Viktoria Stadlmayr meinte sogar, die Attentate hätten den ersten moralischen Sieg Italiens in der Südtirolfrage seit 1918 mit sich gebracht[107]. Am 10. August 1961 musste Aloys Oberhammer sowohl von seiner Funktion als Obmann der Tiroler Volkspartei wie auch als Landesrat der Tiroler Landesre-

102 Pallaver, La pacificazione dopo il terrorismo 272, 280.

103 Peterlini, Feuernacht 174–195; Ders., Hans Dietl. Biografie eines Südtiroler Vordenkers und Rebellen. Mit Auszügen aus seinen Tagebüchern (Bozen 2007) 216 f.

104 Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 591.

105 Scarano, Le origini della Commissione dei 19 248.

106 Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 584–597.

107 ASP 1959–1969, IV 7 und Doc. 15 73–77; Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 658.

gierung[108] zurücktreten. Er war einer der Hauptorganisatoren und -geldgeber für die Anschläge. Beim zweiten Mailänder Prozess 1966 wurde er deshalb zu 30 Jahren Haft verurteilt.

Mit der schweren Krise infolge der Feuernacht setzte sich in erster Linie Scelba auseinander, der dabei von Amintore Fanfani und Aldo Moro, dem Sekretär der DC, unterstützt wurde. Er rückte die Bekämpfung des Terrorismus in den Mittelpunkt seiner Politik. Zugleich entschied er sich, einen Ausschuss von Italienern und wichtigen Vertretern Südtirols einzurichten, der notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Autonomie der Provinz Bozen erarbeiten sollte. Er griff seinen alten Vorschlag auf, direkte Verhandlungen zwischen Rom und den Politikern Südtirols aufzunehmen. Diesen hatte Scelba bereits mehrmals vorgebracht, jedoch wurde er stets abgelehnt[109]. Am 24. Juni 1961 kam es in Zürich erneut zu einem erfolglosen Treffen der italienischen und österreichischen Delegationen. Dabei teilte Segni seine Bereitschaft mit, der Forderung Südtirols entgegenzukommen, ohne sich dabei jener Österreichs nach einer autonomen Region zu beugen. Kreisky führte die Verhandlungen auf österreichischer Seite kompromisslos[110]. Wie Steininger schreibt, tat Italien den Attentätern jedoch nicht den Gefallen, so zu handeln, wie sie es dachten: Es ließ die Verhandlungen nicht platzen[111].

In dieser Sackgasse, in der Italien einen moralischen Vorteil hatte, nahm Scelba, mit voller Unterstützung von Fanfani und Moro, direkte Verhandlungen mit den Südtirolern auf, um ihnen entgegen zu kommen und den Einfluss Österreichs zu verringern. Scelba schlug die Einrichtung einer Kommission – auch „Neunzehnerkommission" genannt – vor. Sie bestand aus elf Vertretern Italiens, sieben Vertretern Südtirols und einem Vertreter der Ladiner. Den Vorsitz übernahm der angesehene sozialdemokratische Jurist, Universitätsprofessor und Abgeordnete Paolo Rossi. Der Kommission gehörten die römischen Abgeordneten der SVP und Landeshauptmann Magnago, Walter von Walther, sowie politische Vertreter wie der Vorsitzende der

108 Scarano, Le origini della Commissione dei 19, 250; Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 563–566.

109 Scarano, Le origini della Commissione dei 19, 238–242.

110 ASP 1959–1969, III, Doc. 174–184, 420–462; Antonio Segni, Diario 1956–1964 (Bologna 2012) 216.

111 Steininger, Feuernacht 53.

Trienter Democrazia Cristiana, Flaminio Piccoli, an. Weitere Mitglieder waren der Südtirol-Experte im Ministerratspräsidium Alcide Berloffa, der sozialistische Trienter Abgeordnete Renato Ballardini und einige andere Fachleute. Die Kommission wurde am 13. September 1961 von Scelba einberufen und war für die Lösung der Südtirolfrage von fundamentaler Bedeutung. Mehr als zwei Jahre dauerten die Verhandlungen, 104 Maßnahmen für die Verbesserung der Autonomie Südtirols wurden erarbeitet, die unter dem Namen „Südtirol-Paket“[112] zusammengefasst wurden. Am 10. April 1964 wurde der Abschlussbericht vorgelegt. Nur der Vizepräsident, der konservative ligurische DC-Abgeordnete Roberto Lucifredi, lehnte die Ergebnisse als zu sehr an den Südtiroler Interessen orientiert ab[113]. Magnago meinte allerdings, dass einige Politiker aus Rom, unter ihnen auch Christdemokraten, die Kommission zum Scheitern bringen wollten. Es war Aldo Moro, damals Sekretär der DC, zu verdanken, dass die Arbeiten der Kommission nach einer kurzen Unterbrechung zwischen Juli und dem 18. Oktober 1962[114] wieder aufgenommen wurden.

Die endgültige Lösung des Konflikts gestaltete sich äußerst schwierig, da es immer wieder zu terroristischen Anschlägen kam, die darauf abzielten, jegliche politische Vereinbarung zu sabotieren. Nachdem im Sommer 1961 fast alle BAS-Attentäter der ersten Serie rund um Sepp Kerschbaumer verhaftet worden waren, wurden die neuen Gewalttaten nun von neonazistischen, auch österreichischen Terroristen verübt. Sie zielten ebenfalls auf italienische Ordnungskräfte ab und forderten bis 1969 rund zwanzig Todesopfer.

In den Augen der extremen Rechten Italiens war die Einsetzung der Kommission ein schwerer Fehler der italienischen Regierung gewesen. Anstatt die Chance zu nützen, die SVP nach den Anschlägen aus der Politik auszuschließen, habe die italienische Regierung unnötige Zugeständnisse gemacht. Die Südtiroler und österreichischen Verbrecher haben ihrerseits einige Jahre spä-

112 Zum Ausschuss und seinem Handeln siehe vor allem Mauro Marcantoni, Giorgio Postal, Il Pacchetto, dalla Commissione dei 19 alla seconda autonomia del Trentino-Alto Adige (Trento 2012), wo auch viele Sitzungsprotokolle veröffentlicht sind. Giorgio Postal, später Abgeordneter und Staatssekretär, war einer der wichtigsten Partner Piccolis. Siehe weiters Scarano, La commissione dei 19, 257–270; Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 552–561, III 74–101, 149–158.

113 Scarano, La commissione dei 19 266, 270.

114 ASP 1959–1969, IV 121, 357.

ter, nachdem die Strafe verbüßt war, behauptet, dass es ihren Taten und vor allem der Feuernacht zu verdanken gewesen sei, dass sich die italienische Regierung zu einem Entgegenkommen entschlossen habe. Auch Magnago und Volgger bekräftigten viele Jahre später, dass sich Italien ohne die Attentate nie zur Bildung der Neunzehnerkommission[115] entschlossen hätte. Michael Gehler und Rolf Steininger sind der gegenteiligen Auffassung, die Gegensätze seien dadurch noch verschärft worden, die Anschläge hätten den Dialog sabotiert, die Autonomie war nicht im Sinne der Terroristen[116]. Schon vor der Feuernacht hatte Mario Scelba Vertretern der SVP einen Dialog angeboten, um – unter Ausschluss Österreichs – über das Autonomiestatut zu sprechen. Die SVP wollte damals nicht darauf eingehen, es wurde eine völlige Selbstbestimmung angepeilt. Für die Österreicher Franz Gschnitzer und Viktoria Stadlmayer konnte diese Eigenständigkeit nur ohne Bomben erreicht werden und auch Rolf Steininger schreibt, dass jede Möglichkeit, die Autonomie zu erreichen, weggebombt wurde[117]. Rudolf Lill meint hingegen, dass die von der Gruppe Kerschbaumers verübten Anschläge einen positiven Beitrag geleistet hätten, im Gegensatz zu den späteren neonazistischen Anschlägen, die auch Menschenleben forderten. Lill rechnete die Autonomie Magnago und seiner SVP sowie der österreichischen Regierung, vor allem Kreisky, und den italienischen Politikern Scelba, Moro und Saragat an[118].

Tatsächlich war die italienische Regierung nach der Feuernacht im Vorteil. Die SVP musste nicht nur auf die Selbstbestimmung verzichten, sondern auch auf die autonome Region Südtirol, wohingegen sich Österreich nach 1961 nicht mehr an die UNO wandte. Scelbas Plan, Österreich von den Verhandlungen auszuschließen, war nicht möglich, wenn man zu einer Konfliktlösung gelangen wollte, wie Moro und Saragat richtigerweise feststellten[119]. Die Südtirolfrage verschärfte sich weiter, als die Südtiroler die italienischen Streitkräfte beschuldigten, die inhaftierten Attentäter der Feuernacht

115 Silvius Magnago, Das Vermächtnis, Bekentnisse einer politischen Legende, hrsg. von Hans Karl Peterlini (Bozen 2007) 67 f., 71, 75; Volgger, Mit Südtirol 233 f.

116 Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 559–562, 650–658; Ders., Die Feuernacht 48–68; Leopold Steurer, Südtiroler Publikationen; Michael Gehler, „... dass keine Menschenleben", 223, 230–234, 244–248.

117 Steininger, Die Feuernacht 53–57.

118 Lill, Südtirol 305.

119 Siehe Scarano, Aldo Moro 520.

grausam zu foltern. Am 4. August 1961 dementierte das italienische Innenministerium die Anschuldigungen mit Nachdruck und bezeugte in einer Pressemitteilung, dass „diese Anschuldigungen der Misshandlung Propaganda der kriminellen Attentäter seien, die darauf abzielen, die einstimmige Verurteilung der Anschläge durch den Westen unwirksam zu machen."[120]
Die Anschuldigungen wurden gravierender, als einige Monate später, am 22. November 1961 und am 7. Januar 1962, zwei der Attentäter starben, die sich zuvor über Foltermethoden beschwert hatten. Die Autopsien ergaben jedoch keinen direkten Zusammenhang zwischen den Todesfällen und einer eventuellen Folter. Es wurden auch keine Spuren von Misshandlungen gefunden. Dieses Ergebnis wurde auch vom Direktor des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Innsbruck, Franz Joseph Holzer[121] und von Prof. Wolfgang Laves, dem Direktor des Instituts für Rechtsmedizin der Universität München, bestätigt, die beide bei den Autopsien anwesend waren[122].

Der Generalstaatsanwalt von Trient war mit seiner Bewertung vorsichtig, denn „auch wenn es möglicherweise zu unkorrekten Handlungen vonseiten der Polizei kam, wollte und will man die angezeigten Handlungen in ihrer Genauigkeit und Schwere absichtlich übertrieben betonen"[123].

Im August 1963 kam es in Trient schließlich zum Prozess gegen 10 der 21 Carabinieri, die von den inhaftierten Attentätern der Folter beschuldigt wurden. 8 von ihnen wurden freigesprochen. Nur zwei wurden leichter Rechtsübertretungen schuldig gesprochen, aber amnestiert. Der Freispruch führte zu großer Entrüstung und zu Protesten in Österreich, Südtirol und bei der SVP[124]. Auch beim Prozess gegen die Südtiroler Attentäter , der mit

120 Scarano, La Commissione dei 19 253.

121 ASP 1959–1969, IV, Doc. 27 107 f.

122 Ebd., Doc. 28 113 f; Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 644 ff.

123 Gianni Flamini, Brennero Connection. Alle radici del terrorismo italiano (Roma 2003) 77.

124 Für eine angemessene Beschreibung dieses schrecklichen, von Folter geprägten Ereignisses siehe Scarano, Le origini della Commissione die 19; sowie Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror III 120–126; Ritschel, Diplomatie um Südtirol 205–208; Peterlini, Feuernacht. Dieses Werk beinhaltet auch viele Zeugenaussagen der Attentäter, die sich als „Freiheitskämpfer" definierten. Sie haben ihre Aussagen schriftlich festgehalten, um die Opfer, die sie gebracht haben, hervorzuheben und ihre Taten zu rechtfertigen. Viele machten kein Geheimnis daraus, dass die Selbstbestimmung Südtirols ihr Ziel war, vor allem die „Südtiroler Freiheit", der Partei der Tochter von Georg Klotz. Der Österreicher Helmut Golowitsch wurde zu zwei Jahren Haft verurteilt. Er sammelte die Briefe der Gefangenen und Berichte über angebliche Misshandlungen in seinem Werk: Für die Heimat kein Opfer

94 Angeklagten, davon 87 Südtiroler, 6 Österreicher und 1 Deutscher, vom 9. Dezember 1963 bis zum 16. Juli 1964 stattfand, wurden keine harten Strafen verhängt. Die Rechtsverletzung aus Artikel 241, der mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe geahndet werden konnte, wurde nicht geltend gemacht. Lediglich 22 Südtiroler mussten nach der Verurteilung ins Gefängnis, 46 wurden freigesprochen. Die Hauptangeklagten, darunter auch die österreichischen Drahtzieher, konnten sich der italienischen Justiz entziehen. Die ihnen von den österreichischen Behörden entgegengebrachte Toleranz wurde zu einem Streitpunkt zwischen Italien und Österreich. Zu einem Freispruch kam es auch für den ehemaligen Generalsekretär der SVP, Hans Stanek, der im Juli 1961 inhaftiert worden war. Die höchsten Strafen mit einem Strafausmaß von 20 bis 25 Jahren Haft wurden in Abwesenheit verhängt, unter den Verurteilten befand sich auch der Südtiroler Luis Amplatz. Kerschbaumer wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt und starb nur ein Jahr später im Gefängnis infolge eines Herzinfarkts. Rolf Steininger schreibt, dass die Mitte-Links-Regierung Italiens, angeführt von Moro, dem Gericht vermittelte, dass sie an milden Strafen interessiert sei, um die Spannungen nicht weiter zu verschärfen[125].

Am 12. September 1964, Innenminister war Paolo Emilio Taviani, ereigneten sich in Südtirol einige schwerwiegende Vorfälle. Im Pustertal kam es zu Anschlägen und einem Feuergefecht. Am 27. August wurden vier Carabinieri verletzt, am 3. September wurde einer getötet, weitere sechs wurden zwischen 9. und 10. September verletzt, zwei davon schwer. Bei der Verfolgung der Gewalttäter starben zwei Soldaten: einer bei einem Autounfall, ein anderer wurde irrtümlich von seinen Kameraden getötet[126]. In dieser extrem angespannten Lage marschierte am 12. September 1964, wie die Zeitung „Dolomiten" berichtete, eine Gruppe italienischer Soldaten in die kleine Ortschaft Tesselberg ein, wo die Terroristengruppe „Pusterer Buben" am 10. September überrascht wurde. Sie schafften es jedoch, während eines Feuergefechts zu

zu Schwer. Folter – Tod – Erniedrigung: Südtirol 1961–1969 (Nürnberg 2012) aufzuzeigen. In Italien behandelten das Thema Vittorio Lojacono, Alto Adige Südtirol, Dal pangermanesimo al terrorismo (Milano 1968) 174 ff. und vor allem Flamini, Brennero Connection 71, 77 f., 84 f., mit Auszügen aus den Prozessakten. Für eine wissenschaftliche Beurteilung siehe Leopold Steurer, Südtiroler Publikationen zu den Bombenjahren zwischen kritischer Analyse, Apologie und Verharmlosung, in Politika 11 367–396.

125 Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror III 169.

126 La Stampa (12.09.1964).

fliehen. Die Soldaten schossen in die Luft und setzten einige Scheunen in Brand. Eine Taubstumme wurde verletzt und die Bewohner aus ihren Häusern verjagt, sie mussten anschließend in einem eiskalten Bach, mit Waffen bedroht, einen halben Tag lang ausharren. Gegen 25 Personen wurden Ermittlungen eröffnet[127]. Die Carabinieri dementierten die ihrer Meinung nach übertriebene Berichterstattung in den „Dolomiten", und auch „La Stampa", die am 16. September einen Journalisten nach Tesselberg schickte, meinte, dass die Vorwürfe der Misshandlung durch die Carabinieri frei erfunden seien[128]. Tatsächlich scheinen die Berichte aber den Tatsachen zu entsprechen. Viele Jahre später, am 26. Juli 1991, gab der Carabinierigeneral Giancarlo Giudici, der 1964 als Oberstleutnant das Kommando über jene Truppen hatten, die im Ahrntal die Terroristen verfolgten, zu, dass sein direkter Vorgesetzter, Oberstleutnant Francesco Marasco, ihm befohlen habe, 15 Einwohner von Tesselberg an Ort und Stelle zu erschießen und die Ortschaft in Brand zu setzen. Nur aufgrund seiner Befehlsverweigerung wurde dieses Massaker verhindert[129]. Dass es diesen brutalen Plan gab, wurde auch vom kommunistischen Senator Lionello Bertoldi sowie von Senator Marco Boato – welcher der Democrazia Proletaria angehörte und später zu den Radikalen und dann den Grünen wechselte – bestätigt. Die beiden Senatoren legten am 14. und 15. April 1991 dem Untersuchungsausschuss zum Terrorismus zwei Berichte über Terroranschläge in Südtirol vor[130]. Die italienische Regierung, vertreten durch den Staatssekretär im Verteidigungsministerium Clemente Mastella, bestritt zwar illegale Operationen[131], offenbar hatte jedoch der italienische Geheimdienst einen Informanten, Christian Kerbler, in den Kreis von Luis Amplatz und Georg Klotz einschleusen können, der am 7. September 1964 im

127 Peterlini, Feuernacht 365–376.

128 La Stampa (17. September 1964).

129 Repubblica (27. Juli 1991), siehe http://ricerca.repubblica.it/repubblica/archivio/repubblica/1991/07/27/il-colonnello-ordino-fucila-15-uomini.html

130 Berichte über durchgeführte Ermittlungen über Terrorismus in Südtirol, die von den Senatoren Boato und Bertoldi im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Terrorismus in Italien und zur erfolglosen Aufklärung der Verantwortlichen der Anschläge eingereicht wurden (Rom 1992), siehe https://www.senato.it/service/PDF/PDFServer/BGT/909972.pdf

131 Ebd. 40 f.

staatlichen Auftrag Amplatz ermordete und Klotz verletzte. Er wurde verhaftet, wenig später verhalf man ihm aber zur Flucht[132].

4. Aldo Moro und die Lösung der Südtirolfrage

Aldo Moros Kompromissbereitschaft – er war von 1959 bis 1964 Parteivorsitzender der Democrazia Cristiana – war entscheidend. Von Dezember 1963 bis Juli 1968 bekleidete er das Amt des Ministerpräsidenten der ersten Mitte-Links Regierung unter Einschluss der Sozialisten, anschließend war er Außenminister. Mithilfe seines Bozener Parteikollegen und Freundes Alcide Berloffa stand er mit Silvius Magnago in Verbindung. Moro war entschlossen, das Problem zu lösen. Er hatte schon bei der Ausarbeitung der republikanischen Verfassung eine wichtige Rolle gespielt und Pietro Pastorelli meint, dass Moro den Konflikt nicht nur aus innenpolitischen und moralischen Gründen lösen wollte, sondern dass dies Teil seiner außenpolitischen Strategie zur Überwindung des Kalten Krieges war. Moro wollte einen Block von Staaten guten Willens gründen, der die neutralen Staaten Österreich und Jugoslawien, Italien und Ungarn oder auch Polen umfassen sollte[133].

Am 14. Dezember 1963, am Tag nach dem Amtsantritt der Regierung Moro, kam es in Paris zum ersten Treffen zwischen dem neuen italienischen Außenminister Giuseppe Saragat und seinem österreichischen Amtskollegen Bruno Kreisky. Wie Moro war auch Saragat von der Notwendigkeit einer Einigung überzeugt. Er pflegte ein freundschaftliches Verhältnis zur deutschsprachigen Welt, vor allem zu Österreich[134]. Der Vorsitzende der italienischen sozialdemokratischen Partei war, wie Kreisky, ein überzeugter Antikommunist. Moro und Saragat brachten dem österreichischen Außenminister großes Vertrauen entgegen und glaubten ihm, dass sich die Zentrale der Südtiroler Terroristen in München und nicht in Österreich befand[135]. Saragat erinnerte

132 Ebd. 34, 46–49,72 ff., 110; Peterlini, Feuernacht 320 f., 355–358.

133 Pietro Pastorelli, L'Italia e la Grande Distensione (1968–1975), in: La politica estera italiana negli anni della Grande Distensione (1968–1975), hrsg. von Pia G. Celozzi Baldelli (Roma 2009) 37; Scarano, Aldo Moro 515 f.

134 Ebd. 518.

135 Pier Luigi Ballini, Antonio Varsori, L'Italia e l'Europa 1947–1979 (Roma–Soveria Mannelli 2004) 174, 640 f.

sich an seine Jahre im Exil in Wien, wo auch seine Tochter zur Welt kam. Er war gegen die Neunzehnerkommission, die Österreich die Möglichkeit für weiterreichende Forderungen einräume[136]. Moro teilte diese Meinung nicht, er zielte auf einen möglichst breiten Konsens. An den Sitzungen zur Südtirol-Thematik konnten interessierte Minister teilnehmen, wie Giulio Andreotti (Verteidigungsminister, dann Minister für Industrie), Roberto Tremelloni (Finanz-, dann Verteidigungsminister), Paolo Emilio Taviani (Innenminister), Luigi Gui (Bildungsminister), Oronzo Reale (Justizminister) und Pietro Nenni (stellvertretender Ministerpräsident). Als Experten wohnten diesen Treffen für gewöhnlich auch die Diplomaten Roberto Gaja, Gianfranco Pompei und Mario Toscano bei. Die Widerstände gegen einen Kompromiss in der Südtirolfrage waren in Italien sehr stark. Man befürchtete Racheaktionen der SVP gegen die italienische Minderheit in Südtirol, was auch in der italienischen Bozener Tageszeitung „Alto Adige", welche die Regierung Moro der Schwäche beschuldigte, thematisiert wurde. Die extremen Rechten der MSI und die Unione Monarchica Italiana (UMI) beschuldigten den Ministerpräsidenten, Südtirol unter seinem Wert verkauft zu haben und bezeichneten dies als Verrat an den 700.000 gefallenen italienischen Soldaten des Ersten Weltkrieges. Moro erhielt sogar Drohbriefe. Auch wichtige christdemokratische Politiker wie Innenminister Taviani, Außenminister Amintore Fanfani (1965 bis 1968) und der ehemalige Innenminister Scelba hatten Bedenken und wollten Österreich von den Verhandlungen ausschließen. Auch Präsident Antonio Segni betonte am 23. Mai 1964 seine verfassungsrechtlichen Bedenken und seine Zweifel an der Strategie von Saragat und Moro[137]. Segni hatte sich diesbezüglich bereits 1961 wie Taviani und Attilio Piccioni geäußert, auch der Mitte-Links Regierung stand er negativ gegenüber. Am 25. Mai 1964 kam es in Genf zu einer weiteren Zusammenkunft der beiden Außenminister. Es wurde beschlossen, in jedem Land Expertenausschüsse einzusetzen, die sich zu gemeinsamen geheimen Sitzungen treffen und die Beschlüsse der Neunzehnerkommission überprüfen sollten. Von italienischer Seite sollten vor allem die Bedingungen kontrolliert werden, an die sich Wien bei einer Streitbeilegungserklärung[138] zu halten hatte. Davon

136 Scarano, Aldo Moro 518.

137 Ebd. 519.

138 Toscano, Storia diplomatica 649 ff.

erhoffte man sich den Abschluss einer endgültigen Übereinkunft, die den Außenministern vorgelegt werden sollte[139]. Bis Jahresende kam es zu fünf Treffen der Expertenausschüsse und zu weiteren zwei Außenministertreffen. Am 16. Dezember 1964, nach einem geheimen Treffen zwischen Saragat und Kreisky in Paris, war man scheinbar endlich zu einer Einigung gelangt: Österreich akzeptierte das Südtirol-Paket, welches von der Kommission vorgesehen wurde und das die von der SVP geforderten Anpassungen nicht berücksichtigte. Italien akzeptierte, wie von Österreich gefordert, einen internationalen Schiedsgerichtshof für die Begutachtung der Umsetzung des Maßnahmenpakets. Dieser musste fünf Mitglieder umfassen: je eine Person aus Österreich und Italien und zwei andere Personen aus einem anderen Land. Von Österreich und Italien wurde je eine dieser Personen ausgewählt. Der Vorsitzende wurde dann gemeinsam beschlossen.

Allerdings lehnten die Vertreter aus Nord- und Südtirol das Paket ab, da für sie die Maßnahmen nicht zufriedenstellend waren. Die Ablehnung der SVP verärgerte Kreisky zutiefst und hatte zur Folge, dass er sein Vertrauen in die Partei verlor. Daraufhin gründete er die sozialdemokratische Partei mit dem Namen „Soziale Fortschrittspartei Südtirol" unter der Leitung des Bozner Arztes Egmont Jenny, der jedoch keine bedeutenden Erfolge erzielte[140].

Als Saragat am 28. Dezember 1964 zum italienischen Präsidenten gewählt wurde, nahm Moro die Verhandlungen zur Lösung der Südtirolfrage in die Hand. Es fanden zahlreiche Treffen mit Magnago statt, aber auch mit dem Bundesparteiobmann der ÖVP, Josef Klaus, ab 2. April 1964 österreichischer Bundeskanzler. Am 7. Dezember 1965 empfing Saragat Klaus und Kreisky am Quirinal. Bei dieser Gelegenheit bekräftigte Moro seinen Willen, zu einer freundschaftlichen Vereinbarung gelangen zu wollen, die auf den gemeinsamen Werten der beiden Länder beruhte.

Es sollte noch weitere vier Jahre dauern, bis man zu einer Lösung fand. Diese Zeit war von Anschlägen und vom Widerstand Moros gegen die Forderungen der Linken, die mit der Sowjetunion sympathisierten[141] und vor einem deutschen Revanchismus warnten, geprägt. Tatsächlich kam auch aus Deutschland Unterstützung für die Terroristen, die Regierung in Bonn unter Ade-

139 Monzali, Mario Toscano 183.

140 Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror III 442–467.

141 Scarano, Aldo Moro 525 f.; Ders., Italia e mondo tedesco 69–75.

nauer hielt sich jedoch aus der Angelegenheit heraus[142]. Nach dem 25. Juni 1967, als beim Attentat auf der Porzescharte vier italienische Carabinieri ums Leben kamen, legte Außenminister Fanfani ein Veto gegen den Beitritt Österreichs zur EWG ein, den die Volkspartei unter Kanzler Klaus und Außenminister Lujo Tončić -Sorinj anstrebten. Die Beziehungen zwischen Italien und Österreich waren an ihrem Tiefpunkt angelangt.

Erst nach dem Ende der Anschläge, zwei Jahre später, akzeptierte Italien die von Magnago vorgebrachten Verbesserungsvorschläge für das „Maßnahmenpaket" mit rund 137 Richtlinien. Bei Streitfällen hinsichtlich der Durchführung des Pakets konnte man sich an den internationalen Gerichtshof wenden. Österreich sollte seine Klage bei der UNO zurückziehen und nach Umsetzung aller Punkte des Südtirol-Pakets eine Streitbeilegungserklärung abgeben[143]. Es war dies die Lösung, die Moro schon nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Saragat und Kreisky im Dezember 1965 angestrebt hatte: Mehr Konzessionen für Südtirol durch die Paketlösung, die durch eine internationale Garantie abgesichert wurden, nicht aber durch Verpflichtungen, die über das Gruber-De Gasperi-Abkommen hinausgingen. Am Ende stand das Autonomiestatut für Südtirol.

Am 22. und 23. November 1969 wurde das Abkommen von der SVP ratifiziert. Bis zuletzt gab es Widerstände radikaler Kräfte innerhalb der Partei. Die Befürworter des Abkommens, angeführt von Magnago, erhielten nur 52,8 Prozent der Stimmen, 44,6 Prozent stimmten dagegen und 2,1 Prozent enthielten sich. Am 30. November 1969 trafen sich die Außenminister Moro und Waldheim, nachdem letzte rechtliche Bedenken ausgeräumt waren, in Kopenhagen. Österreich bekräftigte seinen Kampf gegen den Terrorismus und Italien zog das Veto gegen den EWG-Beitritt Österreichs zurück. Moro sprach von einer neuen Ära der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern.
Am 15. Dezember 1969 nahm der Nationalrat in Wien das Abkommen mit den Stimmen der ÖVP an, die sozialistische und die freiheitliche Partei stimmten dagegen, weil sie die internationale Garantie als unzureichend ansahen.

Das Zweite Autonomiestatut für die Region Trentino-Südtirol wurde vom italienischen Parlament am 23. Januar 1971 in erster Lesung ratifiziert

142 Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror I 797–866; II 674–760; III 633–694.
143 Monzali, Mario Toscano 210.

und am 10. November 1971 als Verfassungsgesetz in Kraft gesetzt. Zur Besiegelung der Freundschaft zwischen den beiden Ländern besuchte vom 15. bis 17. November 1971 mit Bundespräsident Franz Jonas erstmals seit Gründung Italiens ein österreichisches Staatsoberhaupt die italienische Hauptstadt[144]. Widerstände gab es allerdings auch weiterhin, vor allem vom MSI, aber auch von Hans Dietl, was mit dessen Parteiausschluss endete[145].

Die turbulente Geschichte Südtirols nach 1919, die von Unterdrückung, Gewalt und Unverständnis geprägt war, scheint damit auf einem besseren Weg zu sein – einem Weg des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Italien, Österreich und Südtirol.

Am 11. Juni 1992 gab Österreich die Streitbeilegungserklärung vor den Vereinten Nationen ab. Rolf Steininger betont im Vorwort seines Buches „Südtirol im Zwanzigsten Jahrhundert" den Modellcharakter der Autonomie Südtirols für andere internationale Konflikte – eine Lösung, die dem Land auch großen materiellen Wohlstand gebracht habe[146].

144 Josef Berghold, Vicini lontani. I rapporti tra Italia e Austria nel secondo dopoguerra (Trento 2003) 115–119.

145 Scarano, Le origini della Commissione dei 19 269 f.; Peterlini, Hans Dietl 330–334.

146 Steininger, Südtirol im Zwanzigsten Jahrhundert 9 sowie Ders., Südtirol zwischen Diplomatie und Terror I 12.

Die Südtirolfrage und die „Große Koalition“ in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Rom und Wien (1966–1969)

GIULIA CACCAMO
Università degli Studi di Trieste

Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland bei der Lösung der Südtirolfrage zwischen Österreich und Italien stellt kein einfaches Thema dar. Es gab viele Beweggründe, die von Beginn an die Regierung in Bonn zu einer vorsichtigen „Enthaltung“ führten. In erster Linie konnte Kanzler Konrad Adenauer, der sich dieser Gründe wohl bewusst war, nur sehr schwer unparteiisch agieren, vor allem nach 1961, als viele aufgrund des schockierenden Baus der Berliner Mauer die Seiten hätten wechseln können, um das nationale Interesse durchzusetzen und hauptsächlich den breiten Konsens der Öffentlichkeit zu erreichen.

Die umsichtige Haltung Adenauers und seines Nachfolgers im Amt 1963, Ludwig Erhard, ist genau auf die Definition des deutschen nationalen Interesses zurückzuführen, nachdem *Atlantismus* und *Europäismus* zu Eckpfeilern der Auslandspolitik geworden sind. Jegliche Stellungnahme zugunsten Österreichs hätte die immer noch herrschende Skepsis gegenüber Deutschland weiter geschürt. Man fürchtete nämlich, dass sich Deutschland – vom *Pangermanismus* getrieben und unter dem Deckmäntelchen der Verteidigung der Rechte der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol – als „Wiederholungstäter“ hätte herausstellen können. Diese Skepsis war Anfang der 1960er-Jahre für die italienischen Diplomaten wohlbegründet, wobei – wie von einigen festgestellt – die anagrafische Komponente eine wichtige Rolle spielte: Die unbewusste Angst vor einem zweiten „Anschluss“[1] war

1 Federico Niglia, Fattore Bonn. La diplomazia italiana e la Germania di Adenauer 1945–1963 (Florenz 2010) 168.

unter den überwiegend in den 1930er-Jahren ausgebildeten Führungskräften des Außenministeriums verbreitet. Die Angstmacherei des italienischen Außenministeriums vor den „uralten Trieben" Deutschlands – wenngleich überzogen – kann zum Teil darauf zurückgeführt werden, dass die Bundesrepublik Deutschland viele Vereine unterschiedlicher Art zur Unterstützung der Causa Südtirol gegründet hatte. So sind das „Kulturwerk für Südtirol" oder „Stille Hilfe für Südtirol" nur einige Beispiele der zahlreichen deutschen Vereine, welche die Autonomie Südtirols förderten. Zu diesem Zeitpunkt fiel es der Bundesrepublik Deutschland offensichtlich immer schwerer, sich kohärent an die mehrmals vom Auswärtigen Amt vorgegebene besonnene Linie zu halten. Aufgrund seiner geografischen Nähe und seiner historisch verwurzelten Tradition war das Land Bayern nur widerwillig bereit, wegen Solidaritätsbekundung mit den „Deutschen" in Südtirol seine Freundschaft mit Italien aufzugeben, für das die Mehrheit der deutschen und insbesondere der bayerischen Öffentlichkeit große Affinitäten hegte.

Sehr aktiv waren darüber hinaus auch die Vereine der deutschen Vertriebenen, welche ihre osteuropäische Heimat verlassen mussten. Diese Vereine hätten ein nicht ungefährliches Zusammenspiel zwischen der gesamtdeutschen Solidarität und dem Pangermanismus der Rechtsradikalen fördern können. Die Vorstellung, dass die Bundesrepublik Deutschland in gewisser Weise noch in Verbindung mit der Nazivergangenheit stehe, wurde aus naheliegenden Gründen durch die sowjetische Propaganda verstärkt. So hielt es Moskau für unerlässlich, die BRD zugunsten seiner eigenen Sicherheit zu schwächen: Die Isolation der deutschen Regierung durch die Verbreitung des Schreckgespenstes eines nationalfaschistischen Revisionismus würde den politischen und militärischen Integrationsprozess verhindern. Ähnliche Aspekte findet man auch in der politischen Einstellung der italienischen kommunistischen Partei (PCI), die unterschiedslos die Hauptvertreter der Südtiroler Autonomie als Nazisympathisanten stigmatisierte und der Bundesrepublik Deutschland vorhielt, mit dem Bombenterrorismus zu kooperieren.

Die etwas unangebrachten Äußerungen mancher CDU-Spitzenpolitiker, die oft auch Minister waren, verraten die unbestrittenen Ansprüche von Adenauers *Realpolitik*: Die CDU sollte – im Konsens mit den rechten Parteien – zu einem großen politischen Sammelbecken werden, um der Bildung

rechtsextremer Gruppierungen vorzubeugen[2]. Für Italien war die deutsche politische Vorgehensweise wenig verständlich, denn andererseits sympathisierte der deutsche Kanzler nur ungern mit der Regierung in Wien. Mehrmals äußerte sich Adenauer in privaten Gesprächen negativ über Österreich, das allzu oft Deutschland die alleinige Verantwortung einer zum großen Teil gemeinsamen Vergangenheit aufbürde[3].

So standen die Beziehungen zwischen Wien und Bonn vor allem zur Zeit des sozialistischen Außenministers Bruno Kreisky während seiner siebenjährigen Tätigkeit am Ballhausplatz (Juli 1959–April 1966) auf der Kippe. Umstritten ist Kreiskys Verhältnis zur terroristischen Bewegung in Südtirol, in der er anfangs ein Druckmittel zur Überwindung der Pattsituation bei den entscheidenden Momenten der Verhandlungen sah[4]. Kreisky tendierte aber gleichzeitig dazu, der Regierung in Bonn die Verantwortung aufzubürden und die an Wien gerichteten Vorwürfe wegen mangelhafter Kontrolle der Finanzierung terroristischer Gruppen auf Deutschland abzuwälzen. Bei einem vertraulichen Gespräch im Oktober 1965 mit Roberto Gaja, damals Generaldirektor der Abteilung für politische Angelegenheiten im italienischen Außenamt, zeichnete Kreisky angesichts der Regierungskrise und Neuwahlen ein sehr detailliertes Bild vom Südtiroler Terrorismus[5]. Nach Meinung des österreichischen Ministers würde sich Südtirol als perfekte Bühne für ein politisch begrenztes Experiment anbieten, für das die deutschen Flüchtlinge, allen

2 Federico Scarano, La Germania di Adenauer e la questione dell'Alto Adige, in: Rivista di Diritto Pubblico e Scienze Politiche 3 (2000) 349–394. Der Autor nennt das Beispiel von Bundesverkehrsminister Hans-Christoph Seebohm, der gleichzeitig Sprecher eines sudetendeutschen Vertriebenenvereins war. Dieser hatte im September 1960 – zur gleichen Zeit wandte sich Österreich an die UNO – seine vollste Unterstützung in der Causa Südtirol zum Ausdruck gebracht und dadurch heftige Proteste der italienischen Botschaft in Bonn ausgelöst.

3 Michael Gehler, Bruno Kreisky, Italien und die Deutsche Frage, in: Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa, hrsg. von Michael Gehler, Maddalena Guiotto (Wien–Köln–Weimar 2012) 199.

4 Auf ein paar Masten mehr oder weniger soll es nicht ankommen, hatte Kreisky bei verschiedenen Gelegenheiten formuliert, so Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969, Bd. III (Bozen 1999) 253. Auch Gehler zufolge hielt es der Minister ab Herbst 1958 für nützlich, die Situation in Südtirol zu „dramatisieren", um auf internationaler Ebene etwas zu erreichen. Siehe Gehler, Bruno Kreisky 178. Im Grunde sind sich beide Autoren darin einig, dass der Irredentismus als Sprengstoff instrumentalisiert wurde, um die Italiener zum Handeln zu zwingen und sich anschließend wieder davon zu distanzieren, wenn rechtsextreme Elemente ins Spiel kommen.

5 Archivio Centrale dello Stato (ACS), Bestand Aldo Moro, Karton 104, Akte 637, resoconto incontro Fiumicino Gaja-Kreisky, 5. Oktober 1965.

voran die Sudeten, interessant wäre. Die bereitgestellten Finanzmittel seien erheblich, die Kontrollen durch die deutschen Behörden nachlässig. Diese Situation könnte sich nach Kreisky noch verschlimmern, denn in Südtirol verlasse man sich zunehmend auf die Hilfe Deutschlands. Kreisky vermied es allerdings, Italiens wunden Punkt – die gesamtdeutschen Implikationen des Südtiroler Irredentismus – anzusprechen. Kreisky betonte daher in seinem Gespräch, er habe mit der deutschen Regierung über die Südtirolfrage nicht gesprochen, da es sich nicht um ein deutsches Thema, sondern um ein Problem zwischen Italien und Österreich handle[6].

Von deutscher Seite gab es hierzu widersprechende Wortmeldungen: Eine Lösung liege im Interesse der deutschen Regierung, da diese Frage sich wie *ein schleichendes Gift* in die Beziehungen zwischen Österreich und Italien, aber auch zwischen Italien und Deutschland und Deutschland und Österreich einpräge[7]. Für die deutsche Regierung war eine Beteiligung an der Lösung der Südtirol-Problematik auch im Hinblick auf das innerdeutsche Verhältnis wichtig. In der DDR wies die Presse auf die Gefahr neofaschistischer Bestrebungen und eines Revanchismus hin, der sich in der Bundesrepublik verbreitete, was auch von nichtkommunistischen Zeitungen in Italien aufgegriffen wurde[8].

Besorgniserregend war auch der Verdacht einer geplanten Unterwanderung durch rechtsradikale Gruppierungen in Österreich und der BRD mit dem Ziel, Terroraktivitäten zu fördern und Deutschland in diese Aktionen miteinzubeziehen und damit zu destabilisieren. Aus Untersuchungen der deutschen Behörden geht hervor, dass Norbert Burger, der seit 1961 in Südtirol als rechtsradikaler Terrorist aktiv war, durch seine engen Kontakte mit den Studentenvereinen und mit rechtsradikalen Gruppen aus Österreich und Deutschland einige aus Westdeutschland stammende Kollaborateure rekrutiert hatte. Vieles deutet darauf hin, dass Burger auch Kontakte nach Ost-

6 Ebd.

7 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAA), B130, Band 2442A, hier: Carstens, Staatssekretär im Auswärtigen Amt in Löns, deutscher Botschafter in Wien, 15. Jänner 1965. Berichtet wird von dem Gespräch zwischen Kreisky und Bobletter (Staatssekretär im österreichischen Außenministerium) anlässlich der Sitzung des Ministerkomitees des Europarates.

8 Ebd.

europa geknüpft hatte und mit Geheimagenten in Verbindung stand[9]. Das deutsche Auswärtige Amt agierte daher äußerst zurückhaltend. Als im März 1966 die österreichische Botschaft um eine Einreise- und Aufenthaltsgenehmigung für Georg Klotz in Deutschland ansuchte, wurde diese abgelehnt. Man habe fassungslos und mit Entsetzen auf die österreichische Anfrage reagiert, hieß es, vor allem angesichts der wiederholten Versuche Österreichs, die Schuld an den in Südtirol verübten Terroranschlägen Deutschland und insbesondere Bayern anzulasten. Würde sich die deutsche Regierung bereit erklären – so das Auswärtige Amt – Klotz, der übrigens italienischer Staatsbürger war, einreisen zu lassen und ihm Asyl zu gewähren, so würde diese Entscheidung die Anschuldigungen einer Mitbeteiligung Deutschlands an den Terroranschlägen in Südtirol bestätigen[10]. So gefährdete insbesondere das Attentat auf der Steinalm (Malga Sasso) im September die guten Beziehungen zu Rom. Staatspräsident Giuseppe Saragat sprach von einer *beschämenden Herausforderung des demokratischen Italien durch den Neonazismus* und die Presse mutmaßte über eine deutsche Mitverantwortung. Gaja stellte gegenüber dem deutschen Botschafter Herwarth klar, dass diese Ereignisse die Freundschaft zwischen Italien und Deutschland schwer belasteten[11].

Aber auch innenpolitisch kam es in allen drei Staaten zu Veränderungen. In Wien brachten die Nationalratswahlen vom 6. März 1966 der ÖVP die absolute Mandatsmehrheit, was die Bildung einer Einparteienregierung unter Kanzler Klaus ermöglichte. Im Februar wurde Bruno Kreisky nach einer Kampfabstimmung zum Parteivorsitzenden gewählt. Der neue Außenminister Lujo Tončić-Sorinj war nun für die Südtirol-Problematik zuständig. Nach anfänglichen Fortschritten in den Verhandlungen zwischen Kreisky und Saragat war der Dialog ins Stocken geraten, nachdem sich Tirol geweigert hatte, die Lösungsvorschläge der von der italienischen Regierung zu diesem Zweck eingesetzten Neunzehnerkommission zu akzeptieren; gleichzeitig verlangten die verstärkten Terroraktivitäten mehr Härte seitens der italienischen Regierung. Erschwert wurde die Situation für den neuen Minister in Wien durch den Beschluss seines Vorgängers, als „Libero“ im Spiel zwischen Wien

9 Ebd.

10 PAA, B130, Band 2442A, Anmerkung I Abteilung Auswärtiges Amt, 4. März 1966 (vertraulich).

11 Ebd.

und Bozen aufzutreten. Er forderte für sich und den linken Flügel innerhalb der SVP unter Egmont Jenny eine aktive Rolle ein, was aber häufig im Widerspruch zur Untätigkeit der Wiener Regierung stand.

Auch in Bonn kam es mit dem Rücktritt von Kanzler Erhard im Dezember 1966 zu einer radikalen Kehrtwende in der deutschen Innenpolitik. Mit der Aussicht auf eine finanzielle Sanierung und die Umsetzung wichtiger Reformen entstand die Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg – Kurt Kiesinger von der CDU – wurde Kanzler, sechs Ministerien wurden der SPD übertragen und Willy Brandt wurde Vizekanzler und Außenminister.

1967 begann in der Bundesrepublik eine Erneuerungsphase, deren Höhepunkte der Wahlerfolg der SPD bei den Wahlen 1969 war sowie die nachfolgende Koalitionsregierung von Sozialisten und Liberalen, mit der die CDU – das erste Mal in ihrer Geschichte – in Opposition gehen musste.

Der außenpolitische Kurs unter der Führung des ehemaligen Bürgermeisters von Berlin änderte sich jedoch nicht sofort. In Italien wurde ein ähnliches innenpolitisches Experiment seit 1963 mühsam vorangetrieben, allerdings verbunden mit einer starken politischen Instabilität. Aldo Moro erhielt im Februar 1966 den Auftrag zur Bildung seines dritten Kabinetts. Die drei außenpolitischen Prioritäten Italiens waren Europa, das atlantische Verhältnis und die Entspannung, die allerdings nicht immer kontinuierlich verfolgt wurden[12].

Die innenpolitischen Entwicklungen in Rom und Bonn beeinflussten auch die Außenpolitik der beiden Staaten. Aus der Überzeugung heraus, dass eine Wiedervereinigung nur durch Entspannung im europäischen Rahmen möglich wäre, leitete die von Deutschland in den Vordergrund gestellte Brückenfunktion zwischen Ost und West in Europa eine neue Ostpolitik ein[13]. Solide Bündnisse im Rahmen der NATO und des gemeinschaftlichen Europas wurden wichtiger denn je. In der Debatte um den Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag sahen sich Italien und Deutschland, beides Länder ohne eigene Nuklearwaffen, mit denselben Unsicherheiten und Ängsten bezüglich

12 Federico Imperato, Aldo Moro e la pace nella sicurezza. La politica estera del centro-sinistra 1963–68 (Bari 2011) 158 f.

13 Christian Hacke, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder (Berlin 2003) 134.

der eigenen Zukunft konfrontiert[14]. Außerdem erschwerte die Maßlosigkeit Charles De Gaulles in Bezug auf Europa – sowohl beim Thema Verteidigung als auch bei der politischen und wirtschaftlichen Integration – den Fortbestand der Achse Paris – Bonn, die bereits unter den politischen Veränderungen unter Kanzler Erhard gelitten hatte[15].

Bonn war sich über Befürchtungen in Italien hinsichtlich einer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Ausgrenzung im Falle einer engeren französisch-deutschen Zusammenarbeit bewusst – umso wichtiger war eine europäische Eingliederung des Landes[16]. Die Bedeutung der Südtirolfrage für die bilateralen Beziehungen mit Rom wurde auch in Bonn erkannt. Der herzliche Empfang Brandts bei seinen Treffen mit Moro, Amintore Fanfani und Präsident Saragat anlässlich der Konferenz der Sozialistischen Internationalen in Rom im Jänner 1967 zeigte den Willen der italienischen Regierung, eine neue Phase der Zusammenarbeit mit Bonn einzuläuten. Auch in Bonn galt Ministerpräsident Moro als zuverlässiger Gesprächspartner, als *Meister in der Kunst der Einigung* und effektiver Garant politischer Stabilität[17].

Die österreichisch-italienischen Beziehungen erreichten hingegen im Sommer 1967 ihren tiefsten Punkt seit 1946. Der Prozess in Linz gegen 15 Angeklagte, die beschuldigt worden waren, an den Terrorakten in Südtirol beteiligt gewesen zu sein, endete im Mai mit einem kollektiven Freispruch. Das Attentat an der Porzescharte am 25. Juni hatte vier Carabinieri das Leben gekostet. Vier Tage später widersetzte sich Italien beim Treffen des Ministerrats der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" der Aufnahme von Verhandlungen mit Österreich zum Abschluss eines Assoziierungsabkommens. Rom stellte zwar einen direkten politischen Zusammenhang in Abrede, doch war der politische Druck, den Italien auf Österreich ausübte, offensichtlich. Die ÖVP-Regierung in Wien war aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen auf dieses Abkommen angewiesen, um die Vor-

14 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPBD), 1967, Dok. 140, https://doi.org/10.1524/9783486718201, Gespräch zwischen Kiesinger und Moro 24. April 1967.

15 Ebd.

16 AAPBD, 1967, Dok.243, https://doi.org/10.1524/9783486718201, Gespräch Brandt Bock 5. Juli 1967.

17 PAA, Bestand B24, Band 601, Bericht zum Besuch von Außenminister Brandt in Rom, 7. Februar 1967.

teile eines gemeinsamen Marktes nutzen zu können, auch wenn die Sowjets darin eine Unvereinbarkeit mit dem Neutralitätsstatus sahen. Noch größere Probleme ergaben sich aus dem Artikel 4 des Staatsvertrags, dem Anschlussverbot, das direkte oder indirekte wirtschaftliche Bündnisse ausdrücklich untersagte. Im Falle eines Bestehens auf dieser Interpretation durch die Sowjetunion wäre ein Abkommen in dieser Form daher nicht möglich gewesen[18]. In der öffentlichen Meinung regten sich Zeichen des Unmuts, da die beiden grundlegenden Probleme der österreichischen Außenpolitik – das Südtirol-Problem und das Assoziierungsabkommen mit dem europäischen Binnenmarkt – unlösbar miteinander verflochten waren. Die zaghaften Versuche einer Ostpolitik – oder Donauraumpolitik – unter Bundeskanzler Klaus waren erfolglos und innenpolitisch umstritten[19]. Die SPÖ sah darin keine Vorteile und warnte vor einer wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Ländern Osteuropas. Auch bei den Deutschen löste dieser verhaltene Annäherungsversuch an den Ostblock keine Begeisterung aus. Zwar betonte die österreichische Regierung – unter Berücksichtigung der eigenen Neutralität – stets ihr Verständnis und ihre Sympathie für die deutsche Wiedervereinigung, Deutschland meinte aber, dass das Wiederaufleben der traditionellen Beziehungen des alten Österreich mit Osteuropa hierbei nicht hilfreich wären. Letztlich warf man Österreich eine kraftlose Politik vor, basierend auf dem Irrglauben, dass sich nichts verändert habe, während die osteuropäischen Gesellschaften eine strukturelle Veränderung im Bereich politischer und sozialer Beziehungen erfahren hatten. Außerdem herrschte in den meisten dieser Staaten eine negative Geschichtsauffassung gegenüber Österreich vor. Ein österreichisches Missionsbewusstsein und der Anspruch, eine Brücke zwischen den Blöcken zu schaffen, wurde von den osteuropäischen Diplomaten und Politikern bestenfalls mit Ironie betrachtetet. Eine Mittlerfunktion Österreichs als Dreh- und Angelpunkt für den Handel zwischen Ost und West

18 PAA, Bestand B26, Band 357, Bericht zum Besuch von Kanzler Klaus in der UdSSR, 21. März 1967.

19 PAA, Bestand B26, Band 357, Bericht von der deutschen Botschaft in Wien (Löns): Die österreichische Regierung und die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten, 14. November.1967 und Bericht derselben Botschaft vom 9. Juli 1967, in dem ausführlich die Kritik der österreichischen Presse dargelegt wird.

stellte sich als illusorisch heraus: Keiner der mächtigen Industriestaaten des Westens schien davon Gebrauch zu machen[20].

Die österreichische Außenpolitik befand sich in einer Pattsituation. Die deutschen Exporte nach Österreich waren 1967 verglichen mit dem Vorjahr um 15 Prozent gestiegen und machten gut 42 Prozent der gesamten von Österreich importierten Güter aus. Die Bundesrepublik exportierte nach Österreich wertmäßig mehr Güter als Österreich von den anderen Ländern der EWG, der EFTA und des RGW zusammen importierte. Die Tatsache, dass Österreich für die BRD einen interessanten Markt darstellte, bildete mit der Assoziierung eines gemeinsamen Marktes einen Interessensschwerpunkt deutscher Wachstumspolitik. Das italienische Veto drohte noch viel mehr als das sowjetische auf unbestimmte Zeit die Möglichkeit eines Assoziierungsabkommens zu zerschlagen, aber deutsche Vermittlungsversuche hätten vonseiten Italiens als unrechtmäßige Einmischung in die heikle Südtirol-Problematik wahrgenommen werden können. Botschafter von Herwarth wies von Rom aus auf die Notwendigkeit hin, höchste Vorsicht walten zu lassen, und zitierte den in „La Stampa" erschienenen Artikel von Vittorio Gorresio als Beispiel für die italienische Stimmung in Bezug auf die deutsche Haltung. Darin wurde Brandt dazu aufgefordert, die dem österreichischen Vizekanzler und Handelsminister Bock bei seinem Besuch in Bonn versprochene Unterstützung nochmals zu überdenken[21]. Der Journalist verwies auf den Fall Spaniens, dessen Antrag auf Beitritt zum gemeinsamen Markt wegen mangelnder Demokratie abgelehnt wurde, während es in Österreich an jeglicher Art von Prävention und Schutz vor dem Nazismus fehle. Deswegen, so fuhr Gorresio fort, sei jede Bemühung zwecklos, Italien von seiner Position abzubringen, solange Österreich nicht die erforderlichen Voraussetzungen mitbringe, die dessen Assoziierung in die EWG ermöglichten[22].

---

20 PAA, Bestand B26, Band 357, Bericht der deutschen Botschaft in Wien: Die österreichische Ostpolitik, 13. November 1967.

21 Gorresio nimmt Bezug auf das Gespräch zwischen Brandt und Bock in AAPBD, 1967, Dok. 243. Brandt bestätigte im Laufe des Treffens, dass die italienische und die russische Haltung Deutschland in eine schwierige Lage brächte und unterstützte die Einnahme einer zurückhaltenden Position, auch im Interesse Österreichs. Er bemühe sich jedoch um bilaterale Gespräche mit Italien, um es von seiner unnachgiebigen Haltung abzubringen.

22 PAA, Bestand B24, Band 603, Bericht von von Herwarth, 5. Juli 1967.

Die deutsche Regierung kam nach anfänglicher Ratlosigkeit und Lähmung zur realistischen Erkenntnis, dass Italien bei der Südtirol- und EWG-Frage *am längeren Hebel sitzt*, weswegen strengere Maßnahmen gegen den Terrorismus ergriffen werden sollten[23]. Am 17. Juli goss jedoch der „Spiegel" mit der Veröffentlichung eines Interviews mit Norbert Burger unter dem Titel „Attentate sind notwendiger denn je" weiter Öl ins Feuer. In dem Artikel theoretisiert Burger, von den Fragen des Interviewers gedrängt, die Notwendigkeit, Südtirol mithilfe von Bomben zu einem permanenten Krisenherd zu machen, um Europas Aufmerksamkeit zu gewinnen. Die unvermeidbaren italienischen Proteste brachten die österreichischen Behörden dazu, das Magazin zu beschlagnahmen und einen Haftbefehl gegen Burger zu erlassen. Da es sich um eine deutsche Zeitschrift handelte, waren die Folgen naheliegend. Dem Geschäftsträger der Botschaft in Bonn kam die Aufgabe zu, die italienische Besorgnis darüber zu übermitteln, dass ein in der Bundesrepublik herausgegebenes Printmedium ein solches Interview veröffentlicht hatte. Schütz, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, schrieb einen Brief an Rudolf Augstein, den Gründer und Herausgeber der Wochenschrift. Obwohl er die guten Absichten des Redakteurs nicht infrage stellte, kritisierte er, dass Burger die Möglichkeit gegeben wurde, zur Fortsetzung des Terrorismus aufzurufen. Die Presse habe volles Recht die Leser zu informieren, schrieb Schütz, aber man dürfe nicht so weit gehen, dass man einem bekannten Unruhestifter die Möglichkeit gebe, das friedliche Zusammenleben in Südtirol zu sabotieren[24]. Nach dem zweiten Attentat an der Porzescharte Ende Juli entschied Außenminister Fanfani, Befürworter einer harten Gangart, auf eine offizielle Beteiligung Italiens an der Messe in Wien zu verzichten. Die von der Wiener Regierung ergriffenen Maßnahmen, darunter der Einsatz des Bundesheeres, brachten nicht die gewünschte Wirkung. In Rom wurde dieser Eingriff als für diese Zwecke ungeeignet erachtet, weil die verschiedenen Patrouillen in Abhängigkeit von den großteils Tiroler Polizeikräften agierten, welche dazu geneigt waren, sich mit den Bergführern und Bewohnern der Grenzregionen zu verbrüdern. Zudem kursierten Gerüchte, dass die österreichische Strenge

23 PAA, Bestand B24, Band 603, Bericht von der deutschen Botschaft in Wien: Die österreichische Reaktion auf die italienische Unterdrückung der terroristischen Handlungen, 12. Juli 1967.

24 PAA, Bestand B24, Band 603, Schreiben von Schütz an Augstein, ohne Datum.

nur vorübergehend wäre, um Italien in Bezug auf die österreichischen europäischen Aspirationen positiver zu stimmen. Anschließend sollten die Kontrollen offenbar wieder gelockert werden[25]. Es folgten weitere Anschläge und eine Ausdehnung des Aktionsradius der Terroristen bis an die Adriaküste wurde befürchtet.

Im Oktober stattete Helmut Lemke, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und Bundesratspräsident, Rom einen offiziellen Besuch ab, wo er Fanfani und die Präsidenten der Abgeordnetenkammer sowie des Senats traf. In seinem Bericht an Brandt skizzierte er Italiens Österreichpolitik: Es bestehe keine prinzipielle Ablehnung einer österreichischen EWG-Assoziierung, auch wenn die Streitfrage um Südtirol nicht gelöst werden könne, aber man erwarte, dass die österreichische Regierung den Terrorismus nicht nur mit Worten bekämpfe. Lemke beurteilte die italienischen Vorschläge positiv: Die Inhalte des Pakets seien *äußerst entgegenkommend* hinsichtlich der Rechte der Minderheiten, die Österreicher verfügten über alle notwendigen Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus und, dritter Punkt, der dem Präsidenten von Schleswig-Holstein sehr am Herzen zu liegen schien, „angesehene und Deutschland sehr wohlgesinnte italienische Politiker" wünschten, dass die deutsche Regierung Österreich in diese Richtung lenken sollte. Auch wenn er sich der objektiven Schwierigkeiten des Drucks auf Wien bewusst war, forderte er Brandt dazu auf, *nachzudenken über das, was Saragat wiederholt für Deutschland aufs Spiel gesetzt hat*[26]. In seiner Antwort auf diesen Aufruf räumte Brandt zwar ein, dass Wien lange Zeit milde mit dem Terrorismus umgegangen war, er wolle aber angesichts der neuen und strengeren österreichischen Politik – die auch von Italien anerkannt werde – *im Augenblick nicht auf die österreichische Regierung einwirken*[27]. Brandt wollte jegliche Einmischung vermeiden und auch nicht vermitteln, wenn dies die rigorose Äquidistanz der BRD zu Wien und Rom bedingen würde.

Die Erwartungen des österreichischen Kanzlers waren nicht einfach zu deuten, wie die Berichte der deutschen Botschaft in Wien bestätigen.

25 ACS, Bestand Aldo Moro, Karton 111, Akte 689, Vermerk für den Ratsvorsitz, 5. Oktober 1967 (geheim).

26 PAA, Bestand B24, Band 603, in Bericht zum Italien-Besuch von Lemke an Brandt, 12. Oktober 1967.

27 PAA, Bestand B24, Band 603, Antwort von Brandt an Lemke, ohne Datum.

Wahrscheinlich erhoffte sich Klaus den Druck von Bonn auf die Regierung in Rom, um deren Standpunkte bezüglich des EWG-Assoziierungsabkommens zu entschärfen. Es ist aber unklar, wie er zwischen Moskau und Bonn lavieren wollte. Obwohl er bei einem Interview mit einem deutschen Radiosender den Wunsch nach einem Treffen mit Kiesinger und dem italienischen Präsidenten äußerte, bestand die Gefahr, dass ein offizieller Besuch in Deutschland die Sowjets verstimmen würde. Schon die theoretische Möglichkeit eines Besuchs des deutschen Kanzlers in Wien hätte das Ansehen von Klaus verbessert und damit einen Ausweg aus der Handlungsunfähigkeit gezeigt[28]. Eine Regierungsumbildung kostete Außenminister Tončić-Sorinj am 16. Jänner sein Amt, die deutsche Botschaft in Wien zeigte sich zufrieden mit diesem Schritt. Einem *praktisch nicht vorhandenen* Außenminister, der unter anderem als *oberflächlich und ungenau* galt[29], folgte der gewissenhaftere Kurt Waldheim, bisher Generalsekretär des österreichischen Außenministeriums. Die deutsche Botschaft bezweifelte allerdings, dass damit die beiden grundlegenden Probleme der österreichischen Außenpolitik – der Streit um Südtirol und die Integration in die EWG – gelöst werden könnten. Als positives Zeichen interpretierte man jedoch, dass die Zuständigkeit für die EWG-Verhandlungen vom Handels- in das Außenministerium übertragen wurde.

Aus Südtirol ließ Silvius Magnago diskret verlauten, dass er Bonns Nichteinmischung schätzte. Eine andere Entscheidung wäre sowohl in Bezug auf die Beziehungen mit Rom als auch mit Wien kontraproduktiv. Angesichts der bevorstehenden Reise des deutschen Kanzlers nach Rom wies der Südtiroler Landeshauptmann jedoch gleichzeitig darauf hin, dass eine Aufforderung Kiesingers als Europäer den noch fehlenden Schritt auf dem Weg zu einer vollständigen Einigung zu gehen, nützlich sein könnte. Darüber hinaus hielt er es für angebracht, die Italiener darauf hinzuweisen, dass eine Lösung

28 PAA, Bestand B26, Band 357, von der Botschaft in Wien, 20. Dezember 1967. Jedoch wird darauf hingewiesen, dass Stellen im Protokoll vorgeben, dass er zuerst den deutschen Kanzler besuchte.

29 PAA, Bestand B130, Band 2442A, von der Botschaft in Wien, 22. Jänner 1968. Die Gründe für den Wechsel der Führungsspitze des Ballhauses sind verschiedene und wahrscheinlich nicht ausschließlich den spärlichen Resultaten der Außenpolitik zuzuschreiben, sondern der wenigen Sympathie, die Tončić sowohl in Wien als auch in Tirol innerhalb der ÖVP genoss. Siehe dazu Steininger, Südtirol 776.

der Streitfrage sowohl der NPD als auch der extremen Rechten in Deutschland den Boden entziehen würde[30].

Lahrs Beobachtungen bei dem Gespräch fassen die Position des Auswärtigen Amtes gut zusammen: Die österreichische Regierung und die SVP müssten von den begünstigenden Umständen der Anwesenheit *zweier moderater und guter Europäer*, Saragat und Moro, profitieren und das Thema abschließen[31]. Zudem wies er darauf hin, dass die Wechselbeziehung des Südtirol-Streits mit dem EWG-Assoziationsabkommen, abgesehen vom Problem des Terrorismus, im Grunde genommen politisch sei. Es wäre in der Tat für eine italienische Regierung schwierig, dafür die Zustimmung im Parlament zu erhalten, ohne zuvor die Südtirolfrage gelöst zu haben. Das Abkommen zwischen Österreich und der EWG sei von grundlegender Bedeutung: Da die Grenzfrage ein Tabu ist, müsste Südtirol seine Priorität darauf ausrichten, die Grenze durch eine ausgeprägte Durchlässigkeit quasi verschwinden zu lassen. Ein wichtiger Schritt dazu wäre die Einbeziehung Österreichs in den gemeinsamen Markt und in die noch im gleichen Jahr abgeschlossene Zollunion. Diese zweifelsohne sehr weitblickende Vision hinsichtlich des engen Zusammenhanges zwischen den beiden Problemen wird durch eine weitere Tatsache unterstrichen, die aus den diplomatischen Quellen hervorgeht: Der Regierung in Bonn lag die Aufnahme Österreichs in die EWG mehr am Herzen als die Südtirol-Problematik, die nur dann Bedeutung erhielt, wenn sie die Integration Österreichs in den gemeinsamen Markt behinderte. Dennoch blieb die Äquidistanz zu Rom und Wien weiterhin eine Prämisse der deutschen Außenpolitik.

Das wird auch aus der Politik des Auswärtigen Amtes deutlich. So ließ die Bundesrepublik Südtirol beträchtliche Unterstützungen zur Finanzierung der Kulturarbeit zukommen. Von Italien wurde dies misstrauisch betrachtet und selbst den Beamten des Bonner Außenministeriums war der Bestimmungszweck oftmals unklar. Die großen Vertriebenenvereine sammelten aktiv Geld zur Unterstützung der Südtiroler Bevölkerung, allerdings mussten

30 Ebd.

31 PAA, Bestand B26, Band 401, Gespräch in Bozen zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts Lahr, dem Präsidenten der Handelskammer Bozen von Walther und Silvius Magnago, 4. Jänner 1968.

sie ab 1966 dafür vorab die Genehmigung einholen[32]. Die Regierung in Bonn geriet durch diese Förderungen in Verlegenheit. Besonders das „Kulturwerk für Südtirol", die bedeutendste deutsche Organisation zur Finanzierung kultureller Aktivitäten in Südtirol, wurde in der italienischen Presse als einer der heimlichen Sponsoren des Terrorismus genannt. Solche Beschuldigungen, für die keine Beweise vorlagen, wurden üblicherweise vom Außenministerium, das die vollkommene Rechtmäßigkeit der Aktivitäten der Vereine bestätigte, zurückgewiesen. Andererseits waren die wichtigsten Funktionen des Vereins von deutschen Politikern besetzt – begonnen bei ihrem Präsidenten, dem Abgeordneten (und Vizepräsidenten) der liberalen Partei Josef Ertl, bis hin zu den beiden Vizepräsidenten Horst Herold und Georg Wimmer, wobei Ersterer Leiter der Nürnberger Kriminalpolizei war und Letzterer Rat des Landes Baden-Württemberg. Dies widersprach der sonst in Bonn geübten Äquidistanz hinsichtlich Südtirols. Im Falle des „Kulturwerks" bestand nachweislich kein Zusammenhang mit der Finanzierung des Terrorismus und auch die Südtiroler Volkspartei erhielt von dieser Seite kein Geld – dennoch handelte es sich um einen politisch motivierten pekuniären Zuschuss durch die deutsche Regierung, was in anderen Fällen sogar noch deutlicher wurde. So erhielt die SVP Mittel aus der „Europäischen Stiftung für Friedensfragen" – eine Einrichtung, die ausschließlich durch die deutsche Bundesregierung finanziert wurde. Außerdem bekam Südtirol heimlich Finanzhilfen zur Förderung kultureller Aktivitäten und nicht näher präzisierter kirchlicher Einrichtungen[33] – nicht über das Außenministerium, sondern über das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen.

Ab 1968 befürchtete das Auswärtige Amt eine Gefährdung der guten Beziehungen zwischen Bonn und Rom – nicht nur wegen eines möglichen Bekanntwerdens der verwobenen Zusammenhänge bei der finanziellen Unterstützung Südtirols, sondern vor allem wegen der Verwicklung des Bundesmi-

32 PAA, Bestand B24, Band 604. Im August 1966 wurde das Gesetz vom 5. November 1934 für gegenstandslos erklärt, welches die Mittelbeschaffung zugunsten Südtirols ohne vorherige Genehmigung verbot.

33 PAA, Bestand B130, Band 9756A, von Minister Wehner (Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen) an Brandt, 25. März 1968, (geheim). Die kirchlichen Einrichtungen hatten in diesem Fall eine reine Vermittlungsfunktion. Das Ministerium machte im Rahmen eines geheimen Ausgabenbereiches Spenden zu ihren Gunsten und leitete die Hilfen auf informellem Wege weiter.

nisteriums *für gesamtdeutsche Fragen*, das sich in diesem Fall mit Angelegenheiten beschäftigte, die es streng genommen nicht betrafen. Wie die erste Abteilung des Auswärtigen Amtes anmerkte, stellte Südtirol einen Sonderfall hinsichtlich der Maßnahmen zugunsten der deutschen Kultur und Sprache dar. Deutschland hätte diese Aufgaben Österreich überlassen müssen, das sich ja auch nicht an der Förderung der Verbreitung der deutschen Sprache in Nordschleswig beteiligte[34]. Die Bundesrepublik verfolgte diesen außenpolitischen Kurs seit Jahren und sie wollte ihre Glaubwürdigkeit vor ihrem engsten Verbündeten Italien keiner Belastung aussetzen. Deshalb schlug der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Wehner, mit Unterstützung Brandts vor, diese Strategie zu überdenken. Die möglichen Lösungen reichten von der Streichung jeglicher Hilfen, die von Italien nicht klar nachzuvollziehen waren, bis hin zu einer strengeren Kontrolle der Empfänger, um das Risiko von Enthüllungen auszuschließen. Man befürchtete vor allem, dass die DDR Kenntnis von den geheimen Geldern haben und damit an die Öffentlichkeit treten könnte, um einen Keil zwischen Deutschland und Italien zu treiben[35]. Dies hätte auch zu einem Abbruch der Verhandlungen zwischen Rom und Wien geführt. Die Schuld daran wäre bei Deutschland und seinen unbedachten „Bemühungen" hinsichtlich Südtirols verblieben.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen übergab 1969 die für Südtirol reservierten Finanzmittel – eineinhalb Millionen Mark – an das Auswärtige Amt. Diesem fehlten allerdings die Kontakte zu den Mittelspersonen innerhalb der BRD, auch war man über die Struktur und geheimen Tätigkeiten der geförderten Organisationen nicht im Bilde. Aus politischer Sicht war aber ausschlaggebend, dass man bemüht war, sich dadurch eines Problems zu entledigen, das für die BRD keine Priorität hatte, da es ausschließlich die Beziehungen zwischen Österreich und Italien betraf. In der deutschen Politik ließ sich also eine Art Zweigleisigkeit erkennen. Auf der einen Seite standen der Einsatz für die Vertriebenen und die zahlreichen damit verbundenen Organisationen und politischen Gruppierungen. Demzufolge bedurfte die deutschsprachige Minderheit in Italien auf allen Ebenen des Schutzes

34 PAA, Bestand B130, Band 9756A, Abteilung IV Auswärtiges Amt, Finanzmittel für kulturelle und kirchliche Initiativen in Südtirol, 12. Jänner 1969 (geheim).

35 PAA, Bestand B130, Band 2442A, von Herwarth an Brandt, 12. Dezember 1968 (geheim). Der Botschafter schreibt, den Ministerialdirigenten Schauff „nachdrücklich gewarnt zu haben", damit keine weiteren Finanzhilfen nach Südtirol geleitet würden.

und der Unterstützung der Bundesrepublik, die es als ihre Pflicht sah, die deutsche Sprache und Kultur allerorts zu verteidigen – auch wenn es sich um „Österreicher" handelte. Allerdings war der Übergang zwischen diesem Einsatz und dem kulturellen Erbe des Pangermanismus häufig fließend.

Die Verbundenheit mit Südtirol war in Bayern besonders stark, was anhand des Bildes vom Südtirol-Terrorismus deutlich wird – von einem *Drachen mit dem Kopf in Deutschland und dem Schwanz in Österreich* –, das zeitweise zum Leitmotiv der italienischen Linken und antideutschen Zeitungen wurde und im Hintergrund auch auf die Beziehungen zwischen Rom und Bonn wirkte[36].

Ganz anderer Natur war die Zugangsweise des Auswärtigen Amtes und Brandts. Die Politik Deutschlands befand sich in einer entscheidenden Phase. Die Entspannungspolitik, der Europagedanke, die Unruhen aufgrund der Protestbewegungen von 1968 und des Vietnamkrieges sowie die Verteidigung waren Themen, die der Außenpolitik eine kohärente Richtung abverlangten. Große Aufmerksamkeit erforderte vor allem die Beseitigung des sich noch in den Köpfen der Italiener haltenden kollektiven Bildes der *unheimlichen Deutschen*[37].

Die Zahl von Staatsbürgern der BRD, die direkt an terroristischen Aktionen beteiligt waren, war gering, es bestand aber der Verdacht, dass sie logistisch und finanziell von Organisationen mit Sitz in München unterstützt wurden. In der entscheidenden Phase der Krise zwischen Wien und Rom schien ein unausgesprochenes Appeasement zwischen Italien und der Bundesrepublik zu herrschen. Die italienischen Behörden wussten um den Fluss von Geldern aus der BRD nach Südtirol, vermieden es jedoch, näher darauf einzugehen.

---

36 ACS, Bestand Aldo Moro, Karton 67, Akte 656, Schreiben von Luciolli an Fanfani, 16. September 1966. Dieses wirkungsvolle Bild wurde vom italienischen Botschafter in Bonn genutzt, der es für irreführend hielt und als Begünstigung jener politischen Strömungen, welche die integrationshemmenden Faktoren in der westlichen Welt bestärken wollen, verstand.

37 PAA, Bestand 24, Band 601, vom deutschen Konsul (auslaufend) in Mailand ans A.A. (ohne Datum, wahrscheinlich Dezember 1967). Nach fünfeinhalb Jahren Aufenthalt in Mailand machte der Konsul vor seiner Rückkehr in die Heimat eine Reihe interessanter Feststellungen zur Wahrnehmung der Italiener, insbesondere der jüngeren Generation, in Bezug auf Deutschland. Er gab an, dass ihm im Zuge seiner Ortswechsel auf der italienischen Halbinsel deutlich geworden sei, dass in Italien eine falsche Vorstellung von der Bundesrepublik herrsche und drängte darauf, den jüngeren Generationen das alltägliche deutsche Leben näher zu bringen und somit das noch stark vorherrschende negative Bild der „unheimlichen Deutschen" zu überwinden.

Auf der anderen Seite entstand das Verlangen nach Ordnung und Klarheit, welches Bonn zur Übertragung der Südtirol-Kompetenzen vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen an das Auswärtige Amt veranlasste. Doch auch Wien wollte sich von seiner subalternen Rolle in Bezug auf Deutschland befreien[38] und betrachtete Südtirol als sein eigenes nationales Problem. Österreich war allerdings Geisel der wechselseitigen Vetos zwischen Rom und Bozen, von der BRD war hier keine Unterstützung zu erwarten. Bonn hätte versuchen können, der starren italienischen Haltung innerhalb der EWG entgegenzuwirken, um Verhandlungen über eine Assoziierung Österreichs zu ermöglichen. Doch sowohl Brandt als auch Kiesinger verfolgten diesbezüglich einen behutsamen Kurs, erklärten zwar, den österreichischen Antrag zu befürworten, doch hielt Brandt das italienische Junktim zwischen Südtirol-Terrorismus und EWG-Assoziierungsverhandlungen für legitim. Als sich allerdings im Herbst 1969 eine Überwindung der Krise abzeichnete – am 23. November hatte die außerordentliche Landesversammlung der SVP den Weg für das Paket freigegeben und am Ende des Monats zog Italien das Veto zu den EWG-Verhandlungen zurück –, unterstrich die deutsche Botschaft in Rom die Bedeutung dieses Erfolgs für die italienisch-deutschen Beziehungen. Mit der Beilegung des Streits um Südtirol wurde *eines der bedeutendsten noch existierenden politischen Probleme bilateraler Art zwischen Italien und Deutschland* gelöst[39]. Die deutsche Botschaft in Wien betonte als Fazit aus der komplexen Dreiecksbeziehung mit Österreich und Italien die Bedeutung der deutschen Position. Die deutsche Politik einer rigorosen Neutralität habe eine Beeinträchtigung der Beziehungen zu Rom in Bezug auf *gewisse emotionale Stellungnahmen, insbesondere in Süddeutschland*, verhindert[40].

---

38 Carlo Masala, Italia und Germania, Die deutsch-italienischen Beziehungen, 1963–1969, in: Kölner Arbeiten zur Internationalen Politik, Bd. VII, hrsg. von Werner Link, Carlo Masala und Ralf Roloff (Vierow bei Greifswald 1997) 64. Der Autor beschränkt sich darauf, davon zu berichten, dass die österreichische Regierung den Antrag auf Vermittlung durch den deutschen Kanzler abgelehnt habe und lässt offen, ob dieser Antrag je gestellt wurde. Die Dokumente des Auswärtigen Amts weisen lediglich auf ein zaghaftes an die deutsche Regierung gerichtetes Ersuchen Österreichs hin, Italien in der EWG milder zu stimmen. Auch Magnago schloss einen möglichen von Wien bei Bonn gestellten Antrag auf Vermittlung aus (siehe S. 12).

39 PAA, Bestand 26, Band 440, deutsche Botschaft in Rom an das Auswärtige Amt, 17. Dezember 1969.

40 PAA, Bestand 26, Band 440, Löns (deutscher Botschafter in Wien) an das Auswärtige Amt,17. Dezember 1969.

Der andere Patriotismus: Sozialistische Beiträge zur Nationalitätenfrage in Tirol und Südtirol 1890–1992. Ein Überblick

JOACHIM GATTERER
Freie Universität Bozen

„Als ich in den späten 1980er Jahren begann, mich in der autonomen Linken zu engagieren, gehörte die Unterstützung nationaler Freiheitsforderungen zum guten Ton", erinnerte sich der Schriftsteller und Aktivist Gabriel Kuhn (* 1972) vor einigen Jahren in einem Onlinebeitrag. „Freiheit für El Salvador, Freiheit für die Westsahara, Freiheit für Irland, Kurdistan, das Baskenland und für Palästina sowieso. Nur die ‚Freiheit für Südtirol'-Parolen, die Bauernhöfe auf dem Weg von Innsbruck über den Brenner zur Südtiroler Verwandtschaft zierten, passten so gar nicht ins linke Bild. Dafür gab es einige gute Gründe (in Südtirol bemühte sich ja noch nicht einmal jemand, dem nationalistischen Befreiungskampf einen sozialistischen Anstrich zu verleihen) und einige weniger gute (schließlich waren trotz aller Rhetorik auch andere Befreiungsbewegungen nicht vor reaktionären Tendenzen gefeit). (…) Das Resultat war, dass die Linke die Südtirolfrage ignorierte oder bestenfalls bagatellisierte. Eigene Positionen gab es nicht, und war man gezwungen, solche zu formulieren, stotterte man sich meist durch eine Darlegung, an deren Ende stand, dass es in Südtirol ohnehin nur Nazis gäbe – was offenbar den eigenen Mangel an Perspektiven entschuldigen sollte"[1].

Kuhns Behauptung, die sich im Wesentlichen auf seine persönlichen Erfahrungen in den 1980er-Jahren stützt, wirft zwei Fragen auf: 1) Gibt es tatsächlich keine sozialistischen Positionen zur Südtirolfrage, und 2) Wie kommt es, dass eine sozialistische Nationalitätenpolitik – sofern sie doch existiert – im kulturellen Gedächtnis Tirols und Südtirols nur in sehr geringem Ausmaß

1 Gabriel Kuhn, Zwischen Führer und Duce, in: www.kritisch-lesen.de/rezension/zwischen-fuhrer-und-duce, erschienen am 06.04.2012.

präsent ist, derart, dass sie selbst jenen weitgehend unbekannt ist, die sich wie Kuhn der sozialistischen Arbeiterbewegung verbunden fühlen?

Der folgende Beitrag versucht, für beide Fragen Antworten zu finden, indem er die theoretischen Positionen zur Nationalitätenfrage wie auch die konkreten Initiativen aus dem Umfeld sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien in ihren Grundzügen nachzeichnet und – dies scheint für das volle Verständnis des Problems maßgeblich – ihre Anbindung an die größer angelegten Nationsbildungsprozesse Italiens, Österreichs und Deutschlands aufzeigt. Hierbei werden drei historische Phasen unterschieden (die letzten Jahrzehnte der Habsburgermonarchie 1890–1918, Zwischenkriegszeit und Zweiter Weltkrieg 1918–1945 und die Zeit des Kalten Krieges 1945–1992), in denen sich die Nationalitätenfrage im Tiroler Raum unter unterschiedlichen nationalstaatlichen und europäischen (politischen wie ökonomischen) Rahmenbedingungen stellte, was wiederum Möglichkeiten und Horizonte konkreter Nationalitätenpolitik in und um Tirol, Südtirol und das Trentino maßgeblich determinierte.

Als forschungsleitende These wird für die beiden oben genannten Fragen angenommen, dass sozialistische Standpunkte zu den verschiedentlich gearteten Nationalitätenfragen in Tirol – im Gegensatz zum Postulat Gabriel Kuhns – durchaus existieren, dass sie aufgrund des limitierten Einflusses der sozialistischen Arbeiterbewegung auf die politischen Entscheidungen in und um den Tiroler Raum jedoch nur in begrenztem Maße elaboriert und nur eingeschränkt kommuniziert werden konnten, wenngleich speziell in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Politiker des sozialistischen Parteienspektrums konkrete Maßnahmen zur Befriedung nationaler Spannungen in der Region setzten, die im öffentlichen Geschichtsdiskurs bisweilen unberücksichtigt blieben.

1. 1890–1918: Die gescheiterten Autonomiebestrebungen des Trentino innerhalb der Habsburgermonarchie

Eine wesentliche Schwierigkeit in der Auseinandersetzung mit sozialistischen Positionen zur Nationalitätenfrage besteht darin, dass soziale und nationale Frage in Anlehnung an Parteidifferenzen des späten 20. Jahrhunderts ex post häufig als absolute Gegensätze gesehen werden. Sozialisten und Nationalisten bzw. Nationalliberale des 19. Jahrhunderts kannten die Pervertierung ihrer jeweiligen Idee zu Totalitarismen nationalsozialistischer bzw. stalinistischer Prägung, die daraus resultierende industrielle Massenvernichtung und das Phänomen des antifaschistischen Widerstands jedoch noch nicht; vielmehr wiesen Sozialismus und Nationalliberalismus als von der Französischen Revolution inspirierte Fortschrittsideologien gegen Konservatismus, politischen Katholizismus und Monarchismus ursprünglich durchaus Parallelen auf. Diese zeigen sich auch im Tiroler Maßstab etwa im Umstand, dass die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ab Mitte des 19. Jahrhunderts im Schlepptau bürgerlicher Arbeiterbildungsvereine entstanden war[2]; sie äußern sich darin, dass die verschiedenen sozialistischen Strömungen Österreichs 1888/89 maßgeblich von Victor Adler, einem ehemaligen Parteigänger der Deutschnationalen, zur SDAP geeint wurden[3], wobei auch in Tirol noch vor 1914 Übertritte vom Deutschnationalismus zur Sozialdemokratie bekannt sind (z.B. Franz Gruener)[4], und sie manifestieren sich nicht zuletzt darin, dass im zentralen politischen Kampf der altösterreichischen Sozialdemokratie – jenem um Erlangung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts – eine Interessensgemeinschaft zwischen Sozialdemokratie und

2 Über die ersten Arbeiterbildungsvereine in Tirol informiert Gerhard Oberkofler, Die Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum Ende des 2. Weltkrieges (Wien 1986) 17–31.

3 Über Victor Adler informiert ausführlich Lucian O. Meysels, Victor Adler. Die Biographie (Wien 1997).

4 Franz Gruener (1879–1953), Rechtsanwalt, stand ursprünglich der deutschnationalen Bewegung nahe und betätigte sich 1904 anlässlich der Fatti di Innsbruck in den Reihen der deutschnationalen Studentenschaft als Redner. 1907 trat er in die SDAP ein und wurde in den 1920er-Jahren sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Tirol. Hannes Schlosser, Franz Maria Gruener (1879–1953), in: Sozialdemokratie in Tirol. Die Anfänge, hrsg. von Rainer Hofmann, Horst Schreiber (Krailing 2003) 149–166.

dem Nationalliberalismus bestand, die auf einer latenten Kontinuität zu den parlamentarischen Erfahrungen der bürgerlichen Revolution des Jahres 1848 aufbauen konnte[5].

Der proletarische Internationalismus, wie ihn Karl Marx und Friedrich Engels 1848 im Kommunistischen Manifest propagiert hatten, war zum Zeitpunkt der sozialdemokratischen Parteigründung in Tirol 1890 auch innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung zwar präsent, aber faktisch bereits in die Defensive geraten. Marx und Engels hatten die Nationalitätenfrage Mitte des Jahrhunderts im Vergleich zur Sozialen Frage noch als sekundär bewertet, dahingehend, dass sie sich mit Lösung der Klassengegensätze von selbst verflüchtigen würde[6]. Spätestens nach der nationalen Einigung Italiens 1861 und Deutschlands 1871 bei gleichzeitigem Scheitern des ersten sozialrevolutionären Experiments, der Pariser Kommune, musste die sozialistische Arbeiterbewegung dem weitaus beständigeren Integrationspotential des Nationalismus notgedrungen Rechnung tragen, was mit Gründung nationaler bzw. staatsbezogener Arbeiterparteien u.a. in Deutschland (SPD), Österreich (SDAP) und Italien (PSI) im Verlauf der 1870er bis 1890er-Jahre geschah[7].

Um die Jahrhundertwende standen die österreichischen (und mit ihnen die Tiroler und Trentiner) Sozialdemokraten hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der Nationalitätenfrage vor einer besonderen Herausforderung[8], da ihr Bezugspunkt (noch) kein National- sondern ein Vielvölkerstaat war, was sich u.a. im deutsch-italienisch geprägten Kronland Tirol manifes-

---

5 Zum Wahlrechtskampf der SDAP informiert ausführlich Peter Schöffer, Der Wahlrechtskampf der österreichischen Sozialdemokratie 1888/89–1897 (Stuttgart 1986); Vgl. Hans Heiss, Thomas Götz, Am Rand der Revolution. Tirol 1848/49 (Wien–Bozen 1998) 109–124.

6 *Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung. In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.* Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 4 (Berlin 1972) 479.

7 Vgl. Hans Mommsen, Nationalitätenfrage und Arbeiterbewegung in Mittel- und Osteuropa, in: Arbeiterbewegung und Nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze, hrsg. von Hans. Mommsen (Göttingen 1979) 81–101, hier: 83–86.

8 Vgl. Pieter M. Judson, Habsburg. Geschichte eines Imperiums 1740–1918 (München 2017) 472–480.

tierte. Die Sozialdemokratie war von diesem Umstand insofern herausgefordert, als mit der nationalen Ungleichheit innerhalb der Monarchie auch eine soziale Ungleichheit einherging, zumal eine deutsch-österreichische Minderheitsbevölkerung durch privilegierten Zugang zum Staatsapparat eine gespaltene Mehrheit aus Tschechen, Polen, Italienern und anderen Nationalitäten dominieren konnte[9]. 1899 legte die SDAP mit dem Brünner Nationalitätenprogramm[10] für dieses Problem einen Lösungsvorschlag vor, der die Nationalitätenfrage mit der angestrebten Demokratisierung Österreich-Ungarns verband. Durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts sollten soziale Privilegien abgebaut und die politische Partizipation gleichmäßig auf die breite Bevölkerung ausgedehnt werden[11]; die verbleibenden nationalen Unterschiede würden anschließend durch die Schaffung „national abgegrenzte[r] Selbstverwaltungskörper" entschärft. Allerdings wollte man den Vielvölkerstaat als „Nationalitätenbundestaat" erhalten, was vordergründig als internationalistische Geste gelesen werden konnte, tatsächlich aber vor allem dem reformistischen Grundgedanken der SDAP, ihrem Wunsch nach einem Ausgleich mit dem Habsburgerstaat, entsprach[12].

9 Vgl. Lenka Bobikova, Die Arbeiterbewegung und die Nationalitätenkämpfe vor 1914 – eine Darstellung der Entwicklung, in: Arbeiterbewegung und Nationale Frage in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie, hrsg. von Helmut Konrad (Wien–Zürich 1993) 35–64, hier: 36.

10 Die Forderungen des Brünner Programms lauteten: „1. Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat. 2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird. 3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt. 4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt. 5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen. 6. Der Parteitag als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Österreich spricht die Überzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist; (…)" Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (Wien 1907), online einsehbar unter www.marxists.org/deutsch/archiv/bauer/1907/nationalitaet/31-programm.html (letzter Zugriff: 28.08.2017).

11 Vgl. Karl Ucakar, Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik (Wien 1985).

12 Vgl. Helmut Konrad, Die Arbeiterbewegung und die österreichische Nation, in: Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewusstsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, hrsg. von Herbert Steiner, Wolfgang Neugebauer (Wien–München–Zürich 1983) 367–379, hier: 372.

In Tirol kam das Brünner Nationalitätenprogramm vor allem den italienischen Sozialisten des Trentino entgegen. Sie hatten bereits vor 1899 die national-liberalen Forderungen aus dem Jahr 1848 aufgegriffen[13], die eine Aufwertung (durch Autonomie oder Sezession) des wirtschaftlich und politisch benachteiligten Trentino gegenüber den privilegierten Deutschtiroler Gebieten verlangte[14]. Vor allem Cesare Battisti, der noch während seiner Universitätsstudien in Österreich und Italien zur Integrationsfigur des Trentiner Sozialismus avanciert war, verfocht die nationalen Interessen der Italiener Österreichs mit Vehemenz. Anfangs vertrat er autonomistische Positionen, die in der Forderung nach Errichtung einer italienischen Universität in Österreich einen Kristallisationspunkt fanden[15]. Nach dem Scheitern dieses Unterfangens infolge der Schließung der kurzfristig eingerichteten italienischen Rechtsfakultät an der Universität Innsbruck im Jahr 1904 (*Fatti di Innsbruck*)[16] wandte sich Battisti – parallel zur nationalen Verselbständigung der Sozialdemokratie in Böhmen und anderen Gebieten der Monarchie[17] – zusehends irredentistischen Positionen zu. 1914, nach seiner Wahl in den österreichischen Reichsrat nun auch sozialistischer Landtagsabgeordneter in Innsbruck, hatte

13 Zu den Autonomiebestrebungen des Trentino von 1848/49 siehe Heiss, Götz, Revolution 125–129. Über die Autonomiepolitik der Trentiner Sozialisten um 1900 informiert ausführlich Vincenzo Calì, Patrioti senza Patria. I democratici trentini fra otto e novecento (Trento 2003) 145–161.

14 Hierzu Cesare Battisti 1897 exemplarisch: *Wir sind davon überzeugt, dass der Landtag mit Sitz in Innsbruck, bestehend aus 25 Abgeordneten des Trentino und 42 Abgeordneten der deutschen Länder, nicht in der Lage ist, im Sinne des gemeinsamen wechselseitigen Vorteils für beide Landesteile, Trentino und Tirol, sich dessen bewusst zu werden, dass zwischen unserem Land und Tirol enorme Unterschiede bestehen, die deshalb nicht mit denselben Normen geregelt werden können. Es genügt, einen Blick auf die Kultur, die Sprache und auf die Sitten, auf die Produkte, das Klima, die Böden und den Handel zu werfen.* Cesare Battisti zitiert nach Vincenzo Calì, Patrioti senza Patria 150. (Übers. d. Verf.)

15 Zu Battistis Positionen in der Autonomiefrage siehe Cesare Battisti, Una campagna autonomistica. Il partito socialista e l'autonomia del Trentino (1895–1901). Note storiche e riassunti di discorsi (Trento 1901).

16 Über die nationalistischen Ausschreitungen rund um die Eröffnung der italienischen Rechtsfakultät informiert ausführlich Universität und Nationalismus. Innsbruck 1904 und der Sturm auf die italienische Rechtsfakultät, hrsg. von Michael Gehler, Günther Pallaver (Trient 2013).

17 Über das nationale Auseinanderdriften der SDAP im Vorfeld des Ersten Weltkriegs informiert ausführlich Raimund Löw, Der Zerfall der „Kleinen Internationale". Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreich (1889–1914) (Wien 1984).

sich Battisti von der Idee eines supranationalen Tirol bereits entfremdet[18]. So erklärte er auf der ersten Landtagssitzung, als *sozialistischer Vertreter der Stadt Trient (…) den Grundsätzen meiner Partei und der Gleichheit der Nationen zu Ehren diesen Landtag nicht als legitime Vertretung der italienischen Bevölkerung der Provinz* anzuerkennen. *Wir denken, dass ein Gerechtigkeitsempfinden dazu führen müsste, dass ein italienischer Landtag auf der einen und ein deutscher Landtag auf der anderen Seite existierten*[19].

Rückblickend lassen sich zwei Ursachen feststellen, die für das Scheitern der sozialistischen Autonomiebestrebungen des Trentino bzw. des Brünner Nationalitätenprogramms im regionalen und gesamtstaatlichen Rahmen maßgeblich waren:

1) Trotz der befriedenden Intention, die dem Brünner Nationalitätenprogramm innewohnte, stellte seine offene Formulierung in letzter Konsequenz keine Überwindung der nationalen Differenzen innerhalb Österreichs dar, wie dies z.B. das Konzept einer sprachgruppenübergreifenden „Willensnation" nach Schweizer oder us-amerikanischem Vorbild hätte darstellen können[20]. Vielmehr kam die Idee des Nationalitätenbundestaates indirekt einer Anerkennung (nicht einer Überwindung) der nationalen Gegensätze innerhalb der Monarchie gleich, denen durch Konzessionen lediglich ihre Schärfe genommen werden sollte. Allein über die Relativierung ethnonationaler Gegensätze konnte die Sozialdemokratie die Maximalforderung nationalistischer Sezessionisten aller Lager im Kern jedoch nicht widerlegen. Vielmehr trug sie dadurch indirekt zum Auseinanderdriften der Monarchie bei.

---

18 Auch Benito Mussolini, der als Sozialist 1909 kurzzeitig im Trentino aktiv gewesen war, bewertete die sozialistische Autonomiekampagne der Trentiner 1911 bereits resignierend: *Die autonomistische Losung: Eigene Regierung in Trient im Namen des Volkes und für das Volk, die von den Sozialisten im Rahmen ihrer Kampagne propagiert wurde, ist mittlerweile überholt, und die Wahrscheinlichkeit eines autonomen Trentino ist eher gesunken als gestiegen. Von oben wird sie nicht kommen, und von unten gibt es niemanden, der sich für sie einsetzt. Von oben kamen nichts als Versprechungen und Täuschungsmanöver, eines gravierender als das andere. Angefangen beim formalen Versprechen von Kaiser Leopold im Jahr 1790 bis hin zu jenen der Minister von 1871; 1893–1894 war eine einzige Anhäufung von Schmeichelei und Verrat. Im Volk des Trentino selbst kam es nie zum Ausbruch einer Revolte.* Benito Mussolini, Il Trentino. Veduto da un socialista (Firenze 1911) 78. (Übers. d. Verf.)

19 Cesare Battisti zitiert nach Österreichische Nationalbibliothek, Historische Rechts- und Gesetzestexte Online (ALEX), Stenographische Berichte Tirol, 1914, Stenographische Berichte des Landtages für die gefürstete Grafschaft Tirol, 5, online abrufbar unter http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spt&datum=1914&page=119&size=45 (letzter Zugriff: 28.08.2017, Übers. d. Verf.)

20 Vgl. Mommsen, Nationalitätenfrage und Arbeiterbewegung in Mittel- und Osteuropa 83.

Dass die österreichische Sozialdemokratie nicht imstande war, das ethno-linguistische Nationskonzept zu überwinden, hängt indes damit zusammen, dass ethnonationale Identitätsvorstellungen um 1900 bereits tief in die oberflächlich supranationale Arbeiterbewegung eingedrungen waren[21]. Als Gegenstück zur ideologischen Entwicklung Battistis verdeutlicht dies auf deutschtiroler Seite der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Simon Abram, der Battistis Forderung nach einem eigenen Landtag für das Trentino den Leitlinien des Brünner Nationalitätenprogramms entsprechend billigte, allerdings mit den Worten *daß es nicht zuletzt, ja vielleicht in erster Linie im Interesse des deutschen Landesteiles und der Deutschen Österreichs überhaupt gelegen ist, wenn die Deutschen dieses Staates bei einer Neuordnung der Dinge ihre Angelegenheiten selbst bestellen*[22].

2) Die österreichische Sozialdemokratie befand sich zu keinem Zeitpunkt in der Lage, das Brünner Nationalitätenprogramm rechtlich umzusetzen. Die monarchische Staatsverfassung und das bis 1907 geltende Kurienwahlrecht hielten sie de facto von der Macht fern. Spätestens mit Ausbruch des Weltkriegs 1914 wurde ihr reformistischer Vorschlag zur Lösung des österreichischen Nationalitätenproblems von einer in Europa längst schwelenden Kriegspolitik endgültig überrollt[23]. Cesare Battistis Bruch mit der Sozialdemokratie, sein Werben für den italienischen Kriegseintritt gegen Österreich, die anschließende Gefangennahme als Angehöriger eines Alpini-Corps und seine Verurteilung zum Tod durch ein österreichisches Militärgericht im Jahr 1916[24] wurde durch Karl Kraus' literarische Verarbeitung über Tirol hinaus zum Sinnbild für das Scheitern des Brünner Nationalitätenprogramms und des österreichischen Vielvölkerstaates insgesamt[25]. Kaiser Karls

21 Vgl. Helmut Konrad, Wurzeln deutschnationalen Denkens in der österreichischen Arbeiterbewegung, in: Sozialdemokratie und „Anschluß". Historische Wurzeln, Anschluß 1918 und 1938, Nachwirkungen. Eine Tagung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien, 1. März 1978, hrsg. von Ders. (Wien 1978) 19–30.

22 Simon Abram, zitiert nach Gerhard Oberkofler, Arbeiterbewegung in Tirol. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte vom Vormärz bis 1917 (Innsbruck 1976) 91.

23 Bobikova, Arbeiterbewegung und die Nationalitätenkämpfe vor 1914 38–41.

24 Hans Hautmann, Militärprozesse gegen Abgeordnete des österreichischen Parlaments im Ersten Weltkrieg, in: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft 2:21 (2014) 1–11.

25 *Sie* [die Ansichtskarte, die den toten Battisti zeigt] *wurde von amtswegen hergestellt, am Tatort wurde sie verbreitet, im Hinterland zeigten sie „Vertraute" Intimen, und heute ist sie als ein Gruppenbild des k. k. Menschentums in den Schaufenstern aller feindlichen Städte ausgestellt, ein Denkmal des Galgenhumors unserer Henker, umgewertet zum Skalp der österreichischen Kultur. Es*

Erlaß eines „Völkermanifests" am 17. Oktober 1918, als die Monarchie längst in Trümmern lag, zollte der sozialdemokratischen Idee eines österreichischen Nationalitätenbundesstaates einen letzten Tribut[26], hatte politisch aber keine Bedeutung mehr.

2. 1918–1945: Teilung Tirols und die Anschlussbestrebungen an Deutschland

Das Brünner Nationalitätenprogramm war vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs keineswegs die einzige Antwort auf die nationale Frage, die aus den Reihen der sozialistischen Arbeiterbewegung kam. Die Bolschewiki hatten auf Basis ihrer Erfahrungen im multiethnischen Zarenreich ihrerseits Konzepte entwickelt, die das Brünner Nationalitätenprogramm konterkarierten[27]. Im Gegensatz zur österreichischen Sozialdemokratie hatte sich Lenin vor 1914 in mehreren Schriften für die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts bis hin zur möglichen Abspaltung unterdrückter Nationen ausgesprochen[28] und im Gegensatz zur österreichischen Sozialdemokratie waren die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution 1917 auch in der Lage, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen umzusetzen, was mit Dekret vom 2. bzw. 15. November 1917 geschah[29]. Parallel zum Abschluss der Friedensverträge von Brest-Li-

war vielleicht seit Erschaffung der Welt zum erstenmal der Fall, daß der Teufel Pfui Teufel! rief. Karl Kraus, Die letzten Tage der Menschheit. Tragödie in fünf Akten mit Vorspiel und Epilog (Frankfurt 1986) [Erstveröffentlichung 1915–1922] 507 f.

26 *Österreich soll, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaate werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet.* Wiener Zeitung, Extra-Ausgabe (17.10.1918), o. S.

27 Vgl. John Schwarzmantel, Marxist Theories on Nation Building and the Collapse of Communism, in: Arbeiterbewegung und nationale Identität, hrsg. von Winfried R. Garscha, Christine Schindler (Wien 1994) 35–54, hier: 46 ff.

28 *Der siegreiche Sozialismus muß die volle Demokratie verwirklichen, folglich nicht nur vollständige Gleichberechtigung der Nationen realisieren, sondern auch das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen durchführen, das heißt das Recht auf freie politische Abtrennung anerkennen.* Wladimir I. Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in: Wladimir I. Lenin, Werke. Bd. 22 (Berlin 1960) 144–159, hier: 144.

29 *In der Epoche des Zarismus wurden die Völker systematisch gegeneinander gehetzt. Die Ergebnisse einer solchen Politik sind bekannt: Gemetzel und Pogrome einerseits und Knechtschaft der Völker andererseits. Solch eine schädliche Politik der Hetze wird und darf nicht mehr wiederkehren. An ihre Stelle muß die Politik eines freiwilligen und ehrlichen Bundes der Völker Rußlands treten. (…) 1. Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands. 2. Recht der Völker Rußlands auf freie Selbst-*

towsk führte dies zur Unabhängigkeit Finnlands, Polens, der Baltischen Staaten und der Ukraine, wobei die außenpolitische Schwäche Sowjetrusslands zu diesem Zeitpunkt gleichfalls eine Rolle spielte[30].

Es scheint ein Paradoxon zu sein, dass es gerade den Bolschewiki gelang, trotz Gewährung des Selbstbestimmungsrechts 1922 einen neuen Vielvölkerstaat, die Sowjetunion, aus der Taufe zu heben, während die Sozialdemokratie in Österreich-Ungarn mit ihrem offen propagierten Konzept des multiethnischen Nationalitätenbundesstaates scheiterte[31]. Ein wesentlicher Grund für den Erfolg der Bolschewiki bestand in diesem Zusammenhang jedoch weniger im Wortlaut der politischen Forderung, als vielmehr in ihrem ausgeprägten Gespür für die Macht. Anders als die österreichischen Sozialdemokraten praktizierten die Sowjets ihre Nationalitätenpolitik nicht als Konzession an nationalistische Konkurrenzparteien, sondern sie setzten sich mit Propagierung des Selbstbestimmungsrechts selbst an die Spitze der Nationalbewegungen und konnten diese damit weitgehend absorbieren. In der Praxis führte die kommunistische Nationalitätenpolitik nach der innen- und außenpolitischen Festigung der Sowjetunion allerdings zu unterschiedlichen Ergebnissen. Vor allem in den ersten Jahren wurden zum Teil weitreichende Zugeständnisse an nationale und kulturelle Minderheiten gemacht, die unter stalinistischer Herrschaft jedoch bald in eine gewaltsame Repressions- und Umsiedlungspolitik umschlugen[32].

---

bestimmung, bis hin zu einer Loslösung und Bildung eines selbständigen Staates. 3. Aufhebung aller und jeglicher nationaler und nationalreligiöser Privilegien und Einschränkungen. 4. Freie Entfaltung nationaler Minderheiten und ethnographischer Gruppen, die das Gebiet Rußlands bewohnen. Die daraus resultierenden konkreten Dekrete werden unmittelbar nach der Bildung einer Kommission für Angelegenheiten der Nationalitäten ausgearbeitet. Zitiert aus einer deutschen Übersetzung der „Deklaration der Rechte der Völker Russlands" vom 2. bzw. 15. November 1917, unterzeichnet von Lenin und Stalin, als Übersetzung sowie im russischen Original einsehbar im Online-Portal der Bayerischen Staatsbibliothek „100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte", www.1000dokumente.de/pdf/dok_0002_vol_de.pdf (letzter Zugriff: 28.08.2017).

30 Marina Cattaruzza, Il problema nazionale per la socialdemocrazia e per il movimento comunista internazionale: 1889–1953, in: La nazione in rosso. Socialismo, Comunismo e „Questione nazionale": 1889–1953, hrsg. von Dies. (Soveria Mannelli 2005) 9–32, hier: 22.

31 Vgl. Helmut Konrad, Between „little international" and Great Power Politics: Austro-Marxism and Stalinism on the National Question, in: Nationalism and empire. The Habsburg Empire and the Soviet Union, hrsg. von Richard Rudolph (New York 1992) 269–294.

32 Vgl. Cattaruzza, Il problema nazionale 22 ff.

Für Tirol bzw. Südtirol erlangte das kommunistische Selbstbestimmungsrecht der Nationen Bedeutung, weil es über die internationalen Leitlinien der Komintern auch Eingang in die Resolutionen der kommunistischen Partei Italiens fand. Auf ihrem 4. Kongress im April 1931 (der aufgrund des italienischen Parteienverbots im Exil in Köln stattfand) gab die Parteiführung bekannt, sich für die Interessen der ethnischen Minderheiten sowie der in Afrika vom italienischen Staat unterdrückten Gesellschaften einzusetzen und deren Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung bis zur Loslösung vom italienischen Staat mitzutragen[33]. Diese Leitlinie findet sich anschließend in einer 1932 erschienenen, deutschsprachigen Flugschrift für Südtirol, in der die Bevölkerung dazu aufgerufen wird, sich dem antifaschistischen Kampf der Kommunisten anzuschließen, um dadurch das Selbstbestimmungsrecht bzw. die Loslösung von Italien zu erreichen[34].

Die kommunistische Aufforderung zur Beteiligung am antifaschistischen Widerstand erzielte in Südtirol Anfang der 1930er-Jahre jedoch keine Breitenwirkung. Zum einen fand die illegal verbreitete Schrift mit Sicherheit nur eine sehr begrenzte Anzahl an Leserinnen und Lesern, zum anderen dürfte die bäuerliche Bevölkerung Südtirols für den revolutionären Kampf der italienischen Kommunisten wenig empfänglich gewesen sein. Darüber hinaus grenzte sich der Verfasser, Silvio Flor junior, auf Basis der damals geltenden Sozialfaschismusthese der Komintern radikal von der Südtiroler So-

33 *Die Kommunistische Partei fordert das Selbstbestimmungsrecht bis zur Loslösung vom italienischen Staat für die slowenischen, kroatischen und deutschen nationalen Minderheiten sowie für die Bevölkerungen der Kolonien Libyen und Eritrea. (…) Die italienischen Kommunisten müssen konsequent gegen den italienischen Imperialismus ankämpfen und auf diese Weise das Vertrauen der unterdrückten Minderheiten gewinnen.* Il IV Congresso del Partito comunista d'Italia, hrsg. vom Bureau d'Editions (Aprile 1931). Tesi e risoluzioni (Paris 1931) 15, 82. (Übers. d. Verf.)

34 *Die Kommunistische Partei Italiens kämpft für die wirtschaftliche und politische Befreiung des italienischen Volkes; für Brot, Arbeit und Freiheit; für die Uebergabe des Bodens an die Bauern; für das Recht der vom italienischen Imperialismus unterdrückten slowenischen, kroatischen und deutschen nationalen Minderheiten und der Kolonialvölker sich vom italienischen Staate zu trennen; für die Befreiung Süditaliens, Siziliens und Sardiniens von der Unterdrückung durch den italienischen Staat; für die Verteidigung Sowjetrusslands, gegen den imperialistischen Krieg und für den Frieden; für den Aufstand des italienischen Volkes, unter Leitung der Arbeiterklasse, gegen den Faschismus; für den Sturz des Faschismus und Kapitalismus auf revolutionärem Wege; für eine Arbeiter- und Bauernregierung, für ein Räteitalien, für die Diktatur des Proletariats.* Junius [Pseudonym Silvio Flor jun.], Um Südtirols Befreiung!, Verlag der Kommunistischen Partei Italiens [ohne Ort 1932], 23 Seiten, hier 2. Als vollständige Textedition ist die Flugschrift nachlesbar in: Für Brot, Arbeit und Freiheit. Dokumente zur Zeitgeschichte Südtirols, hrsg. von Gerhard Oberkofler, Günther Pallaver (Bozen 1985).

zialdemokratie ab – dem vermutlich einzigen politischen Milieu, in dem für seine Schrift am ehesten eine positive Resonanz zu erwarten gewesen wäre[35].

Die Südtiroler Sozialdemokratie war Anfang der 1930er-Jahre in organisierter Form indes nicht mehr existent. Unmittelbar nach der Teilung Tirols hatten sich ihre führenden Exponenten zur Südtirolfrage noch zu Wort gemeldet. Auch sie hatten vor dem Hintergrund des 14-Punkte-Programms von US-Präsident Wilson noch 1920 das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol gefordert[36]. Damit lagen sie auf einer Linie mit der Internationalen Sozialistenkonferenz von Amsterdam des Jahres 1919, die sich in Bezug auf Österreich und Deutschland einschließlich Südtirols ebenso für die Schaffung eines, dem Willen der breiten Bevölkerung entsprechenden, großdeutschen Einheitsstaates ausgesprochen hatte[37]. Ebenso hatten die Tiroler Sozialdemokraten 1919 im Tiroler Landtag gegen das katholisch-konservative Modell eines Tiroler Freistaats, für die Union Tirols mit Österreich, gegen die Abtretung Südtirols an Italien und für den gesamtösterreichischen Anschluss an Deutschland argumentiert[38]. Noch 1921 warben sie anlässlich der parteiüber-

35 Vgl. Leopold Steurer, I Flor. Approccio biografico tra scienza e utopie concrete, in: Se non c'è Amore che Storia è? Nuovi materiali di lavoro per Fabrizio Rasera, hrsg. von Quinto Antonelli, Diego Leoni (Rovereto 2008) 195–218, hier: 206.

36 *Die Sozialdemokratische Partei in Südtirol fordert auf Grund des Nationalitätenprogramms das Selbstbestimmungsrecht für alle von einer fremdsprachigen Nation unterjochten Völker. Wir sind überzeugt, daß zwischen dem deutschen und italienischen Volke sofort ein im beiderseitigen Interesse gelegenes gutes Verhältnis eintreten wird, sobald sich das Proletariat gegenseitig die Bruderhand drückt. Dann ist auch die sogenannte strategische Brennergrenze überflüssig und das geeinte Italien hat gar keine Ursache, das fremdsprachige Südtirol gewaltsam zu unterjochen. Sollte uns durch den Widerstand der bürgerlichen und militaristischen Kreise das Selbstbestimmungsrecht derzeit verweigert werden, so fordern wir unbedingt die Trennung des früheren Südtirol in zwei Teile, die Provinz Südtirol und die Provinz Trentino.* Der Tiroler (Bozen, 11.8.1920) 2 f.

37 *Die Konferenz fordert für Deutschösterreich das Recht, sich an Deutschland anzuschließen! Ferner fordert sie für alle deutschen Teile des früheren Oesterreich das Recht, sich über die Frage, zu welchem Staate sie gehören wollen, auszuweisen. Peroni (Italien) legt die nachdrückliche Verwahrung gegen eine Angliederung Tirols an Italien ein. Die italienischen Sozialisten könnten eine Gewaltpolitik nicht billigen.* Volks-Zeitung (Innsbruck, 30.4.1919) 1.

38 *Der Erklärung, Tirol zu einer selbständigen Republik auszurufen, wenn dadurch das deutsche Südtirol uns erhalten bleiben kann, können wir nicht beitreten: 1. weil es dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes der Völker widerspricht, von diesem nur nach einer bestimmten Richtung Gebrauch machen zu müssen. Nicht Ländern, sondern Völkern muß das Selbstbestimmungsrecht zustehen. Ferners weil von der Entente nach keiner Richtung eine bindende Zusicherung vorliegt, daß Deutsch-Südtirol einem selbständigen Tirol angegliedert und den wirtschaftlichen Bestand Tirols sichern will. 2. Weil wir die felsenfeste Ueberzeugung haben, daß ein selbständiges Tirol nie ein wirtschaftlich lebensfähiges Staatsgebilde sein könnte und die breiten Schichten der Arbeiter, Beamten und Kleinbauern im Rahmen eines solchen Staates sich nie zu einer menschenwürdigen Existenz emporzuarbeiten in der Lage wären. 3. Weil wir uns vom deutschen Volke und von Deutschösterreich, mit dem wir durch die*

greifenden Anschlussabstimmung in Tirol für die Aufhebung des alliierten Anschlussverbots und das Zusammengehen Tirols mit der Weimarer Republik[39], wofür eine Abstimmungsmehrheit von 98 Prozent erreicht wurde, die jedoch keine rechtlichen Folgen zeitigte[40].

Als zwei Jahre zuvor die Forderung des Selbstbestimmungsrechts für Südtirol mit Unterzeichnung der Friedensverträge durch die österreichische Delegation um Karl Renner (der u.a. der Tiroler Sozialdemokrat Franz Gruener angehört hatte) praktisch nicht mehr umsetzbar gewesen war, hatten Südtirols Sozialdemokraten parallel zum bürgerlichen Deutschen Verband als zweite Option ein ausführliches Autonomieprogramm entworfen[41]. Trotz Unterstützung durch die italienischen Sozialisten, die das Anliegen der Südtiroler Genossen 1920 im Rahmen der Annexionsdebatte im italienischen Parlament vorbrachten[42], blieb auch diese Forderung unerfüllt.

Rückblickend stellt sich hinsichtlich der sozialdemokratischen Selbstbestimmungs- und Autonomieinitiativen der Jahre 1919/20 lediglich die Frage, ob die vorgebrachten Forderungen eine realistische Chance auf Anwendung gehabt hätten, wenn die italienischen Sozialisten nach ihrem Wahlerfolg des Jahres 1919 die Möglichkeit des Eintritts in eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien genutzt hätten. Dadurch, dass sie als Oppositionelle (erst 1945 sollten sie in Rom kurzzeitig Mitregierende sein) weder in die

Geschichte, durch die Gemeinsamkeit der Sprache und Kultur und durch das Wirtschaftsleben unlösbar verknüpft sind, nicht trennen lassen können, ohne der geistigen und materiellen Verkümmerung zu verfallen. Volks-Zeitung (Innsbruck, 6.5.1919) 1 f.

39 *Wir sind von der einzelnen Aktion an sich nicht begeistert, aber da die Abstimmung stattfindet, müssen wir an ihr teilnehmen, denn wenn ihr auch nicht die Wirkung entspringt, die eine [österreichweite] Bundesabstimmung auslösen muß, so hat auch sie eine große Bedeutung; sie ist der Notschrei eines Bergvolkes, das durch den Friedensvertrag, der unser Land seiner besten deutschen Gebiete beraubt und auf ein einziges Tal reduziert hat, in seiner wirtschaftlichen Existenz auf das schwerste getroffen ist.* Volks-Zeitung (Innsbruck, 19.4.1921) 1.

40 Zur Anschlussabstimmung in Tirol siehe Hermann J. Kuprian, Tirol und die Anschlußfrage 1918 bis 1921, in: Tirol und der Anschluss. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938, hrsg. von Thomas Albrich, Klaus Eisterer, Rolf Steininger (Innsbruck 1988) 43–74.

41 Das vollständige Autonomieprogramm, in dem u.a. die Trennung von Staat und Kirche sowie diverse Arbeitsschutzbestimmungen und die Befreiung der Südtiroler vom italienischen Militärdienst gefordert werden, ist abgedruckt in der Zeitung Volksrecht (Bozen, 13.8.1920) 1 f., online einsehbar im digitalen Zeitungsbestand der Südtiroler Landesbibliothek Tessmann.

42 Siehe hierzu den Bericht in der Zeitung Der Tiroler (Bozen, 11.8.1920) 2 f., online einsehbar im digitalen Zeitungsbestand der Südtiroler Landesbibliothek Tessmann.

Friedensverhandlungen von Saint-Germain, noch in die administrative Angliederung Südtirols an Italien eingebunden waren, war die Erfolgsaussicht ihrer Selbstbestimmungs- und Autonomieforderung für Südtirol von Anfang an ziemlich gering gewesen[43].

Der Siegeszug des Faschismus in Italien (1922), Deutschland (1933) und Österreich (1934) bei gleichzeitigem Abdrängen der sozialistischen Arbeiterbewegung in die Illegalität verhinderte schließlich in den zwei Jahrzehnten zwischen den Weltkriegen auf längere Sicht auch im Tiroler Raum die Umsetzung einer sozialistischen Nationalitätenpolitik. Immerhin wurde die Südtirolfrage im trilateralen Diskurs zwischen Österreich, Italien und Deutschland gerade von Sozialdemokraten und Kommunisten bis in die frühen 1930er-Jahre präsent gehalten, zumal sich das Thema dazu eignete, als publizistische Speerspitze gegen die Regime Mussolini und Dollfuss wie auch gegen den aufstrebenden Nationalsozialismus eingesetzt zu werden[44]. Sowohl Sozialdemokraten als auch Kommunisten in Österreich und Deutschland wiesen wiederholt auf die Unterdrückung der Südtiroler durch den italienischen Faschismus hin und warfen Austrofaschisten und Nationalsozialisten ob ihrer Allianzen mit Mussolini und der stillschweigenden Toleranz von dessen Italianisierungspolitik nationalen Verrat vor[45]. Die faschistische Seite konterte, indem sie der Linken ihrerseits unter Anspielung auf die Unterzeichnung des Versailler Vertrags durch Karl Renner nationalen

43 Einen ebenso analytischen wie kritischen Zeitzeugenbericht zur Politik der italienischen Sozialisten der Jahre 1919–1922 gibt Angelo Tasca, Glauben, gehorchen, kämpfen. Aufstieg des Faschismus (Wien-Frankfurt-Zürich 1969) 93–108.

44 Einen Überblick über weitestgehend deklaratorische Wortmeldungen von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Südtirolfrage, die in ausführliche Darstellungen der politischen Entwicklungen in Österreich, Italien und Deutschland eingearbeitet wurden, gibt Heinz-Rudolf Othmerding, Sozialistische Minderheitenpolitik am Beispiel Südtirol von den Anfängen des Konflikts bis heute (Hamburg 1984) 395–599.

45 Exemplarisch eine programmatische Stellungnahme der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) aus dem Jahr 1930: *Hitler und die deutschen Nationalsozialisten schweigen über die Nöte der deutschen Bauernbevölkerung Südtirols, die unter dem Joch des italienischen Faschismus stöhnt, Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen, auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern ausliefern. Mit dieser schändlichen Tat haben Hitler und seine Partei die nationalen Interessen der werktätigen Massen Deutschlands in gleicher Weise an die Versailler Siegermächte verkauft, wie es die deutsche Sozialdemokratie seit zwölf Jahren unausgesetzt getan hat. Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder eines Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirtschaftlichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.* Die Rote Fahne (Berlin, 24.8.1930) 1 f.

Verrat an Südtirol vorwarf – ungeachtet dessen, dass Österreich als Kriegsverlierer 1919 in dieser Angelegenheit wehrlos mit dem Rücken zur Wand gestanden hatte[46].

Den stichhaltigen Argumenten gegen Mussolinis Entnationalisierungspolitik, die allerdings von mittellosen Sozialdemokraten und Kommunisten kamen, entzogen die innenpolitischen Erfolge des Hitlerregimes (Saarabstimmung 1935, Einmarsch ins entmilitarisierte Rheinland 1936) alsbald weiteres Terrain. Im Gegensatz zu Frankreich und Spanien, wo das sozialistische Lager, zur „Volksfront" geeint, in dieser Zeit die Regierungsgewalt übernehmen und sich bis 1939 aktiv gegen den europäischen Faschismus betätigen konnte, bestand für Sozialdemokraten und Kommunisten in Tirol und Südtirol – sofern sie als Internationalisten nicht in den Spanischen Bürgerkrieg zogen[47] – spätestens nach dem gescheiterten Februaraufstand in Österreich 1934 keine realistische Aussicht darauf, Regierungspolitik in näherer Zukunft aktiv mitzugestalten[48].

Mit dem „Anschluss" Österreichs im März 1938 verbuchte Hitler schließlich den finalen Erfolg, der einer längst illegalen und zersplitterten Linken in und um Tirol vorerst gänzlich den Wind aus den Segeln nahm, hatte das NS-Regime doch eine zentrale Forderung sozialistischer Nationalitätenpolitik – Österreichs Zusammenschluss mit Deutschland (wie ihn u.a. die Tiroler Sozialdemokraten 1921 gefordert hatten) – realisieren können. Dass der nationalsozialistische „Anschluss" allerdings nicht auf eine Befriedung Europas hinauslief, sondern die absehbare Vorstufe eines neuen Weltkriegs

46 Die Nationalsozialisten in Österreich plakatierten 1932 in Wien antisozialistische Plakate mit folgendem Wortlaut: *Seit Jahren wird der Nationalsozialismus von der Partei der organisierten Landes- und Arbeiterverräter mit einer wahren Hochflut von Lügen und Verleumdungen überschüttet. Es ist eine der schändlichsten Lügen, wenn die Sozialdemokratie dem Nationalsozialismus Verrat an Südtirol vorwirft. Wer hat den Dolchstoß von 1918 geführt, durch den das Volk dem Gegner bedingungslos ausgeliefert und auf Jahrzehnte versklavt wurde? (…) Wer hat die Schandverträge unterzeichnet, die uns Südsteiermark, Südtirol, Deutschböhmen gekostet und uns zu Tributsklaven der Hochfinanz gemacht haben? (…) Wollen sich die sozialdem. Führer heute als Verteidiger „deutschen Volkstums" aufspielen? (…) Die Sozialdemokratie hat nicht nur Südtirol, sondern ganz Deutschland verraten!* Wien, Österreichische Nationalbibliothek (ÖNB), Bildarchiv und Grafiksammlung, Signatur PLA16316977; 1932/25 (4853).

47 Vgl. Joachim Gatterer, Friedrich Stepanek, Internationalismus und Region: Über die schwierige Einordnung antifaschistischer Spanienkämpfer in regionale Erinnerungsdiskurse am Beispiel Tirol und Südtirol, in: Geschichte und Region/Storia e regione 1/25 (2016) 143–158, hier: 145–152.

48 Vgl. Oberkofler, Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum Ende des 2. Weltkrieges 250–261.

darstellte, wurde in diesem Zusammenhang auch von hochrangigen österreichischen Sozialdemokraten ignoriert[49]. So bemerkte Karl Renner am 3. April 1938 im Vorfeld der nationalsozialistischen Volksabstimmung über den „Anschluss" öffentlich:

> *Nun ist diese zwanzigjährige Irrfahrt des österreichischen Volkes beendigt, es kehrt geschlossen zum Ausgangspunkt, zu seiner feierlichen Willenserklärung vom 12. November [1918] zurück. (…) Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutsch-Österreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St.-Germain werde ich mit Ja stimmen.*[50]

Das rasche Überschwappen nationalsozialistischer Sympathien nach Südtirol hatten wiederum die italienischen Kommunisten mit zunehmender Sorge beobachtet. Noch 1935 erinnerten sie die Südtiroler an den faschistischen Charakter erlebter Entnationalisierungspolitik und bekräftigten, dass sie sich im Gegensatz zum Regime Mussolinis für die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Südtiroler einsetzen würden[51]. Spätestens der „Anschluss" Österreichs bewirkte jedoch auch in den Reihen der KPI das Aufkommen nationalistischer Positionen. Vom Selbstbestimmungsrecht für die Südtiroler war nach 1938 in der illegalen KP-Presse nichts mehr zu lesen; vielmehr wurde Italiens immer intensivere Bindung an Hitlerdeutschland (Achse Berlin-Rom)[52] als nationaler Verrat gedeutet, indem man u.a. den denkbaren Fall

---

49 Vgl. Karl R. Stadler, Sozialdemokratie und „Anschluß", in: Sozialdemokratie und „Anschluß". Historische Wurzeln, Anschluß 1918 und 1938, Nachwirkungen. Eine Tagung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien, 1. März 1978, hrsg. von Helmut Konrad (Wien 1978) 15–18.

50 Neue Wiener Zeitung (3.4.1938) 3.

51 Die kommunistische Zeitung l'Unità berichtete 1935 hierzu: *Seit einiger Zeit ist die Bevölkerung Südtirols in Aufregung und der Südtiroler Hitlerismus hat als Antwort auf die nationale Unterdrückungspolitik des italienischen Faschismus sowie auf den Kuhhandel zwischen den österreichischen Klerikalfaschisten und Mussolini um die Unabhängigkeit Österreichs eine relative Entwicklung erfahren. (…) Die Bauern und die arbeitende Bevölkerung Südtirols lägen aber falsch, würden sie den hitlerischen Propagandisten folgen und ihnen die Verteidigung der nationalen Freiheit anvertrauen. (…) Nur das Proletariat und die italienischen Kommunisten haben es nie unterlassen, sich für das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Völker, und somit der Südtiroler, bis zu ihrer Trennung vom italienischen Staat einzusetzen.* l'Unità (edizione clandestina), (27.11.1935), o. S. (Übers. d. Verf.)

52 Zur Entwicklung der Südtirolfrage im Spannungsfeld der faschistischen und nationalsozialistischen Außenpolitik informiert ausführlich Leopold Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919–1939 (Wien–München–Zürich 1980).

der Brennergrenze heraufbeschwor, was einer indirekten Aufgabe der Selbstbestimmungsforderung für Südtirol gleichkam[53].

Bei Ausbruch des Weltkriegs und Abschluss des deutsch-italienischen Umsiedlungsabkommens für Südtirol 1939 (sogenannte „Option") war die sozialdemokratische und kommunistische Nationalitätenpolitik an einem Tiefpunkt angelangt. Dass von kommunistischer Seite gegenwärtig keine propagandistischen Äußerungen gegen die Umsiedlung bekannt sind, dürfte wesentlich mit der radikalen Kursänderung der Komintern zusammenhängen. Nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts[54] und Beginn des deutschen Angriffskriegs gegen Polen hatte George Dimitroff als Leiter der Komintern im September 1939 alle kommunistischen Parteien wissen lassen, dass sich aufgrund des Krieges *die Lage wesentlich verändert* habe. *Die Teilung der kapitalistischen Staaten in faschistische und demokratische hat jetzt die frühere Bedeutung verloren. Dementsprechend muss die Taktik geändert werden.*[55]

Dennoch lässt sich die These vertreten, dass das Umsiedlungsabkommen für Südtirol im sozialistischen Lager durchwegs auf Ablehnung stieß. Zum einen sind einige Biographien einst aktiver Sozialdemokraten und Kommunisten aus Südtirol bekannt, die sich wie wenige andere Südtiroler gegen das Auswandern und für das Beibehalten der italienischen Staatsbürgerschaft entschieden haben (sogenannte „Dableiber")[56]. Zum anderen kennt

53 Infolge der Ereignisse des März 1938 berichtete die kommunistische Zeitung l'Unità: *Hitler hat versichert, dass die Brennergrenze für ihn heilig sei wie jene Frankreichs. Aber alle wissen, dass das Hitlerregime keines seiner Versprechen und Verheißungen gehalten hat (genauso wie Mussolini) und dass Hitler und seine Günstlinge das Elsass und Lothringen für sich beanspruchen. Und ist es weiters nicht etwa wahr, dass vor wenigen Wochen in München Plakate angeschlagen wurden, mit denen man Südtirol beanspruchte? Machen wir uns also nicht vor, die Brennergrenze sei zugesichert!* l'Unità (edizione clandestina), Anno XV, N. 4, o. S. (Übers. d. Verf.)

54 Vgl. Gaetano Quagliarello, Il PCI, il PCF e le conseguenze del patto Molotov-Ribbentrop, in: La nazione in rosso. Socialismo, Comunismo e „Questione nazionale": 1889–1953, hrsg. von Marina Cattaruzza (Soveria Mannelli 2005) 241–296, hier: 257–268. Über die politischen Hintergründe des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts informiert Gerhard Wettig, Zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs: Welche Rolle spielte Stalin?, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2014) 171–189.

55 George Dimitroff. Tagebücher 1933–1943, hrsg. von Bernhard H. Bayerlein (Berlin 2000) 275.

56 Gegen die Abwanderung ins Deutsche Reich entschieden sich z.B. der Kommunist Silvio Flor junior und die Sozialdemokraten Anton Gruber und Lorenz Unterkircher. Siehe Kurzbiographien in Joachim Gatterer, Die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung in Tirol und Südtirol 1890–1991. Vorarbeiten und Quellensammlung für eine Dokumentation ihrer Geschichte (Innsbruck 2017) 658 f. und 662 f.

die Forschung mittlerweile eine Tarnschrift gegen das deutsch-italienische Umsiedlungsabkommen, die vom links-intellektuellen Schriftsteller Heinrich Mann verfasst und 2011 von Leopold Steurer wiederentdeckt wurde[57].

3. 1945–1992: Die Südtirolfrage in der Zeit des Kalten Krieges

Sozialistische Differenzen rund um die Einheitsregion Trentino-Südtirol

Sieben Jahre nach Abschluss des deutsch-italienischen Umsiedlungsabkommens für Südtirol hatte sich die politische Rahmensituation um Tirol und Südtirol mit dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition erneut einschneidend verändert. Im Gegensatz zur Regelung der europäischen Nationalitätenfragen in den Jahren 1919/20 war nunmehr Sowjetrussland bzw. die Sowjetunion nicht mehr von diesem Entscheidungsprozess ausgeschlossen, sondern neben den USA und Großbritannien in die Regelung der europäischen Grenzfragen involviert. Wie sich bald herausstellte, sollte die Südtirolfrage für Stalin allerdings keine Priorität haben, da sie die sowjetische Einflusssphäre (im Gegensatz zur italienisch-jugoslawischen Grenzfrage)[58] geographisch nicht tangierte und de facto ein innerwestliches Problem darstellte[59].

Nachdem Südtirol 1945 von den Alliierten militärisch besetzt und auf den internationalen Friedensverhandlungen von Paris 1946 erneut Italien zugeschlagen worden war, übten die italienischen Übergangsregierungen der Jahre 1945–1948 den unmittelbarsten Einfluss auf die Lösung der Südtirol-

57 Heinrich Manns Tarnschrift ist abgedruckt in Leopold Steurer, Anno Neun aus der Sicht von außen. Andreas Hofer und die Südtiroler Umsiedlung im Spiegel der internationalen Presse 1939, in: Deutsche! Hitler verkauft Euch! Das Erbe von Option und Weltkrieg in Südtirol, hrsg. von Günther Pallaver, Leopold Steurer (Bozen 2011) 111–158, hier 125–128.

58 Elena Aga-Rossi, Il PCI tra identità comunista e interesse nazionale, in: La nazione in rosso. Socialismo, Comunismo e „Questione nazionale": 1889–1953, hrsg. von Marina Cattaruzza (Soveria Mannelli 2005) 297–320, hier: 314–320. Ausführlich informiert Patrick Karlsen, Frontiera rossa. Il Pci, il confine orientale e il contesto internazionale 1941–1955 (Gorizia 2010).

59 Vgl. Michael Gehler, Verspielte Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten (Innsbruck 1996) 557–570; Wolfgang Mueller u.a.: Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Einführung zu den Dokumenten, in: Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven, hrsg. von Ders. u.a. (Wien 2005) 19–55, hier: 35–43.

frage aus. Als Mitglieder des Nationalen Befreiungskomitees („Comitato di Liberazione Nazionale", CLN) waren nun auch italienische Sozialisten und Kommunisten in Ministerposten vertreten, an den Arbeiten der Verfassungsgebenden Versammlung (*Costituente*) beteiligt und damit in die Verabschiedung der ersten Autonomieregelung für Südtirol auf Basis des Gruber-De Gasperi-Abkommens involviert[60].

Die sozialistischen und kommunistischen Positionen zur Tiroler Nationalitätenfrage hatten sich durch die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und insbesondere die deutsche Besatzung Norditaliens in den Jahren 1943–1945 jedoch erheblich gewandelt. Hatte eine Gruppe prominenter sozialistischer Exil-Italiener in den USA in einem „Italienischen Manifest" vom Sommer 1944 noch vermutet, *Sie* [die Italiener] *werden freiwillig – dessen sind wir sicher – die Kontrolle über einige kompakte deutsche oder slawische Gruppen im äußersten Norden und Nordosten der Halbinsel abgeben*[61], so stellte sich bereits im Herbst 1945 heraus, dass diese Position weder von der Mehrheit der sozialistischen Partei, noch von der KPI-Führung vertreten wurde. KPI-Generalsekretär Palmiro Togliatti, der in Moskau zuvor hochrangiger Kominternfunktionär gewesen war, rechtfertigte die Beibehaltung der Brennergrenze für Italien unter Berufung auf ihre militärstrategische Bedeutung[62], stellte der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol allerdings weitreichende Autonomierechte in Aussicht[63]. Für die Ausgestaltung dieser Autonomie legten die Kommunis-

60 Hans Woller, Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert (München 2010) 213 ff.

61 Aus dem „Italienischen Manifest" von Arturo Toscanini, Randolfo Pacciardi, Lionello Venturi und Gaetano Salvemini, welches im Sommer 1944 in der amerikanischen Zeitschrift Life publiziert wurde, zitiert nach Claus Gatterer, Der Freund stand links. Italienische Beiträge zur Diskussion um Südtirol, in: FORVM 101:IX (1962) 193 ff., hier: 193.

62 Zur militärstrategischen Bedeutung der Brennergrenze publizierte Friedrich Engels bereits 1859 ausführliche Überlegungen: *Ein taktischer Vorteil kommt den Deutschen außerdem noch zugut: Auf der ganzen deutschen Grenzlinie ist bei allen wichtigen Passen [Pässen] – das Stilfser Joch ausgenommen – die Wasserscheide auf deutschem Gebiet. (…) Solange die Schweiz neutral bleibt, ist also Tirol, und sobald die Neutralität der Schweiz aufhört, ist Graubünden und Tirol (das Inntal und Rheintal) der geradeste Weg für ein deutsches Heer, das gegen Italien operiert. Auf dieser Linie drangen die Hohenstaufen nach Italien; auf keiner andern kann ein militärisch wie ein Staat agierendes Deutschland mit raschen Schlägen entscheidend in Italien wirken.* Friedrich Engels, Po und Rhein, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 13 (Berlin 1971) 236.

63 *Es gibt aber diesseits des Brenners Deutsche. Das stimmt, und wir werden ihnen alle möglichen Autonomien und nationalen Freiheiten geben; aber die Tatsache, dass der Brenner unsere Grenze bleibt, hat beinahe die Bedeutung eines Grundprinzips – gerade heute, wo ganz Europa aufgrund der deutschen Verbrechen noch zittert und blutet und das Problem Deutschland noch lange nicht als gelöst betrachtet werden kann.* Palmiro Togliatti, Il problema delle frontiere, in: l'Unità (edizione set-

ten in der Verfassungsgebenden Versammlung ab 1946 entsprechende Vorschläge vor, die sich in ihrer Substanz mit der 1948 in Kraft getretenen ersten Autonomieregelung für Südtirol weitgehend decken[64].

Den wesentlichen Kritikpunkt der deutschsprachigen und ladinischen Südtiroler am Ersten Autonomiestatut stellte die Konstituierung der Einheitsregion Trentino-Südtirol dar, zumal in dieser autonomen Verwaltungseinheit durch Einbeziehung des Trentino gezielt eine italienische Bevölkerungsmehrheit (und damit eine Hegemonie nationaler Parteien unter DC-Führung) geschaffen wurde, was die Autonomieregelung für Südtirol drastisch entkräftete. Diese Einheitsregion galt sowohl in Italiens bürgerlich-nationalistischen Parteien als auch unter den italienischen Sozialisten und Kommunisten bereits als Maximalzugeständnis an die NS-kompromittierten Südtiroler[65] und wurde nur vom Trentiner Sozialisten Gigino Battisti (dem Sohn Cesare Battistis) als unzureichend empfunden[66]. Südtirols Sozialdemokraten und Kommunisten hatten 1946 hingegen unisono mit den Tiroler

tentrionale), (14.9.1945) 1, abgedruckt in: Akten und Dokumente des PCI zur Südtirolpolitik ab 1930, hrsg. von Silvio Flor [gebundene Dokumentensammlung ohne Datum], einsehbar in der Südtiroler Landesbibliothek Tessmann, Magazinbestand, Signatur IV 85.809. (Übers. d. Verf.)

64 Die KPI veröffentlichte einen im Rahmen der Arbeiten der Costituente vorgebrachten Gesetzesentwurf ihres Genossen Ruggero Grieco, in dem u.a. folgende Passagen enthalten sind: *Das Staatsgebiet ist in autonome Regionen, Regionen und Gemeinden unterteilt. Autonome Regionen sind Sizilien, Sardinien, das Aostatal, Trentino-Südtirol. (…) Den autonomen Regionen sind im Rahmen der territorialen Einheit des Staates und gemäß den Verfassungsgesetzen juristische Sonderbedingungen eingeräumt (Statute der autonomen Regionen). (…) Die Regionen bestehen aus autarken Einheiten und sind mit eigenen Rechten gemäß den in der Verfassung festgeschriebenen Prinzipien ausgestattet. Ferner werden den Regionen all jene staatlichen Dienstleistungen übertragen, die gemäß dem Gesetz zur Reorganisation der staatlichen Dienstleistungen sinnvollerweise dezentralisiert werden können. Zur Erfüllung der eigenen Verwaltungsaufgaben und jener, die sich in der Kompetenz des Staates befinden, und die dieser der Region zur Durchführung anvertraut, wird die Region in technisch-administrative Zuständigkeitsgebiete (Provinzen) eingeteilt.* Ruggero Grieco, I Comunisti e la creazione dell'Ente Regione [ohne Ort 1946/47], abgedruckt in Joachim Gatterer, Die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung in Tirol und Südtirol 1890–1991. Vorarbeiten und Quellensammlung für eine Dokumentation ihrer Geschichte (Innsbruck 2017) 578–583.

65 Vgl. die oben zitierte Argumentation Palmiro Togliattis sowie Claudio Nolet, La questione internazionale dell'Alto Adige Südtirol, in: I socialisti e la questione sudtirolese, hrsg. von Circolo Culturale „G. Salvemini" (Bolzano 1978) 4–18, hier: 16.

66 *Die Trientiner Sozialisten lehnen den Vorschlag einer einzigen Autonomie für die ganze, die beiden Provinzen Bozen und Trient umfassende Region ab. Die Resolution verficht den Gedanken, daß die „tridentinische Regionalautonomie das Resultat eines Konsortiums zweier Autonomien sein soll: jener für Trient und jener für Südtirol". Die Sozialisten befürchten, daß in einer gemeinsamen Verwaltung, in welcher die Mehrheit italienisch wäre, sich zum Schaden des deutschsprachigen Teils die gleiche wirtschaftliche und politische Unterdrückung wiederholen könnte, die auf dem Trentino lastete,*

Vertretern von SPÖ und KPÖ[67] wie bereits 1919/20 das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol gefordert[68]. Das Scheitern der proösterreichischen Initiativen[69] bzw. die Durchsetzung der italienischen Position trug neben den drastischen Auswirkungen der politisch motivierten Umsiedlungen (die sozialistische Arbeiterschaft Südtirols war nach 1945 mehrheitlich italienisch- und nicht mehr deutschsprachig) zur Verfestigung der nationalen Gegensätze innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung in Südtirol bei. Das Resultat zeigte sich 1946 u.a. im Austritt von Silvio Flor jun. aus der KPI und in der Wiedergründung einer unabhängigen, jedoch kurzlebigen Sozialdemokratischen Partei Südtirols (SDPS)[70].

Sozialdemokraten und Kommunisten als Promotoren des Zweiten Autonomiestatuts

Der Beginn des Kalten Krieges 1947/48 legte ein Nachjustieren der Autonomieregelung für Südtirol bis hin zu einer möglichen Grenzberichtigung zugunsten Österreichs vorerst auf Eis, da sowohl die USA als auch die Sowjetunion und alle europäischen Staaten an der Aufrechterhaltung eines innereuropäi-

als dieses ein Teil Österreichs war. Gigino Battisti zitiert nach Claus Gatterer, Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien (Wien–Frankfurt–Zürich 1968) 964.

67 Die Tiroler KPÖ-Zeitung berichtete am 3. Mai 1946 über den „Generalstreik für die Rückkehr Südtirols" wie folgt: *Die Bekanntgabe des Beschlusses der Pariser Konferenz über Südtirol hat in ganz Tirol, besonders in Innsbruck, eine tiefe Bewegung ausgelöst. Heute früh, am 2. Mai, traten die Tiroler Arbeiter, Angestellten und Beamten aus Protest gegen den Beschluß in den Generalstreik. Bis 12 Uhr mittags standen der Verkehr und alle Betriebe still. Durch Plakate und Flugblätter wurde zu einer Protest- und Sympathiekundgebung vor dem Landhaus in Innsbruck aufgerufen (…) Allerdings werden Losungen wie „Gebt uns Waffen", „Auf zum Brenner" und „Degasperi gehört nach Mauthausen", nicht den von uns allen gewünschten Eindruck einer demokratischen Forderung hervorrufen, sondern könnten im Gegenteil nur den entgegengesetzten Eindruck erwecken.* Tiroler Neue Zeitung (Innsbruck, 3.5.1946) 1.

68 Die Sozialdemokratische Partei Südtirols (SDPS) erklärte in ihrem Programm vom 5. Mai 1946: *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß die Grundlage jeder sozialistischen Bewegung sein, ihr Ziel, ihre Seele. Die S.D.P.S. fordert daher für Südtirol das Selbstbestimmungsrecht, damit der Wille der bodenständigen Bevölkerung vor aller Welt festgestellt wird. (…) Südtirol soll kulturelle und wirtschaftliche Brücke sein zwischen Nord und Süd.* Bozen, Südtiroler Landesarchiv, Archiv der Sozialen Fortschrittspartei (SFP), Faszikel zur Sozialdemokratischen Partei Südtirols 1946.

69 Für die Entwicklung eines Österreichbewusstseins in Abgrenzung zu Deutschland lieferte der österreichische Kommunist Alfred Klahr 1937 bedeutende theoretische Überlegungen. Siehe Alfred Klahr, Zur österreichischen Nation (Wien 1994).

70 Klara Rieder, Silvio Flor. Autonomie und Klassenkampf. Die Biografie eines Südtiroler Kommunisten (Bozen 2007) 130–135.

schen Gleichgewichts unter Einhaltung der Beschlüsse der Pariser Friedenskonferenz interessiert waren. Die Rückerlangung der vollen Staatssouveränität Österreichs im Jahr 1955 eröffnete jedoch immerhin die Möglichkeit, die Südtirolfrage auf Grundlage des Gruber-De Gasperi-Abkommens nochmals auf zwischenstaatlicher Ebene zu behandeln. Die gemeinsame Integration in die westliche Wertegemeinschaft – nicht nur des NATO-Mitglieds Italien, sondern auch des neutralen Österreich – hatte hierfür eine weitere wichtige Voraussetzung geschaffen[71].

In diesem Kontext wurde die Südtirolfrage in den späten 1950er-Jahren von der konservativ-deutschnationalen Wehrmachtsgeneration der Südtiroler, nicht von sozialistischen Parteien, neu aufgerollt. Silvius Magnago hatte innerhalb der SVP die ältere, bürgerliche Honoratiorenriege abgelöst und 1957 auf einer öffentlichkeitswirksamen Protestkundgebung abermals die Realisierung der Autonomie für Südtirol unter völkisch-naturrechtlichen Gesichtspunkten gefordert („Los von Trient")[72]. Unter dem Eindruck sozialer und ökonomischer Marginalisierung hatte sich mit dem Befreiungsausschuss Südtirol (BAS) aus diesem Umfeld zeitgleich eine außerparlamentarische Gruppe gebildet, die mit Sprengstoffanschlägen die Maximalforderung der Rückgliederung Südtirols an Österreich erzwingen wollte[73]. Im Verlauf der 1960er-Jahre wurden die Attentate dieser ersten katholisch-deutschnational gesinnten Südtiroler um Sepp Kerschbaumer und Georg Klotz zunehmend von neonazistischen Kreisen aus der Bundesrepublik Deutschland und Österreich fortgesetzt und für eigene Zwecke – die Destabilisierung der 1945 getroffenen Grenzregelungen in Europa – missbraucht[74].

---

71 Vgl. Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts (München 1998) 318 f.; Günther Pallaver, South Tyrol. Ethnic Winner in the Cold War, in: Ethnicity, Nationalism and the European Cold War, hrsg. von Robert Knight (London-New York 2012) 145–169, hier: 155 f.

72 Vgl. Michael Gehler, Tirol im 20. Jahrhundert. Vom Kronland zur Europaregion (Innsbruck–Wien 2008) 282–288.

73 Über den Südtirolterrorismus informieren ausführlich Christoph Franceschini, Die Welle der Sprengstoffanschläge in Südtirol, in: Handbuch zur neueren Geschichte Tirols. Band 2, Zeitgeschichte. 1. Teil, Politische Geschichte, hrsg. von Anton Pelinka, Andreas Maislinger (Innsbruck 1993) 468–507. Hans Karl Peterlini, Südtiroler Bombenjahre. Von Blut und Tränen zum Happyend? (Bozen 2005).

74 Claus Gatterer, Südtirol und der Rechtsextremismus, in: Claus Gatterer. Aufsätze und Reden, hrsg. von Michael-Gaismair-Gesellschaft (Bozen 1991) 285–309, hier: 298–303.

Die Parteien des sozialistischen Spektrums in Italien, Österreich und Südtirol reagierten mit unterschiedlichen Initiativen auf den politischen Druck, der Ende der 1950er-Jahre von Seiten der SVP und des BAS erzeugt worden war. Auf österreichischer Seite griff die Sozialdemokratie die Forderung der SVP in Person des damaligen Außenministers Bruno Kreisky auf höchster Ebene auf. Ab 1959 setzte Kreisky entscheidende diplomatische Schritte, die auf eine Erreichung der Südtirolautonomie über Verhandlungen mit Italien abzielten. Auch im Sinne einer Aufwertung Österreichs in der internationalen Staatengemeinschaft erreichte Kreisky 1960 die Verabschiedung einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die Italien und Österreich nach 1946 abermals zu bilateralen Gesprächen über die Südtirolfrage aufforderte[75]. Kreisky selbst brachte die angestoßenen Verhandlungen 1964 schließlich zu einem ersten Ergebnis. Das Abkommen mit seinem italienischen Amtskollegen, dem Sozialdemokraten Giuseppe Saragat (PSDI), sah eine Verlagerung von Kompetenzen der Einheitsregion Trentino-Südtirol auf die getrennten Provinzen Trient und Bozen vor sowie die Einrichtung einer internationalen Schiedskommission für etwaige weitere Streitfragen[76].

Anders als von Kreisky beabsichtigt, sollte sein Abkommen mit Saragat indes nur ein Zwischenergebnis bleiben, da die Kompetenzübertragungen von Rom und Trient nach Bozen sowie die internationale Absicherung der neuen Autonomieregelung von der Südtiroler Volkspartei als zu gering befunden wurden. Dabei schreckten Tiroler und Südtiroler Politiker auch vor einer Desavouierung des aufstrebenden Sozialdemokraten Kreisky nicht zurück. Diese erfolgte schließlich mit der Ablehnung des Kreisky-Saragat-Abkommens durch die Nord- und Südtiroler Landesvertretungen von ÖVP und

75 Die UN-Resolution Nr. 1497 (XV) vom 31. Oktober 1960 ist abgedruckt in Rolf Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente (Innsbruck–Wien 1999) 293 f.

76 Bruno Kreisky hielt zum Ergebnis seiner Verhandlungen mit Saragat 1965 in einem Bericht fest: *Das bisherige Ergebnis kann dahin zusammengefaßt werden, daß a) hinsichtlich der Form, in der die aktuelle Auseinandersetzung zwischen Österreich und Italien über die Anwendung des Pariser Abkommens beendigt werden soll (…) eine Annäherung erzielt wurde; b) hinsichtlich der Verwirklichung der Beschlüsse der „Neunzehner-Kommission" die Zahl der Sachgebiete, über die Meinungsverschiedenheiten bestanden, von ursprünglich 110 auf 16 reduziert werden konnte (…) Da auch nach der Pariser Begegnung noch wesentliche Punkte offen geblieben sind, auf die die Betroffenen nicht verzichten zu können glauben, konnten die Verhandlungen nicht abgeschlossen werden.* Bruno Kreisky zitiert nach Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente 370. Siehe auch Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969. Bd. 3: 1962–1969 (Bozen 1999) 234–238.

SVP, worauf Kreisky seine Zusammenarbeit mit der Südtiroler Volkspartei einstellte und parallel zum Ausscheiden der SPÖ aus der österreichischen Bundesregierung 1966 die Gründung der Sozialen Fortschrittspartei Südtirols (SFP) unterstützte[77]. Die bis 1978 im Südtiroler Landtag vertretene SFP vertrat Kreiskys Lösungsvorschlag fortan im politischen Diskurs Südtirols[78], übte als Oppositionspartei mit geringem Wählerzuspruch aber faktisch keinen Einfluss auf die Autonomieverhandlungen aus.

Auch die italienischen Linksparteien hatten das erneute Aufflammen der Südtirolfrage in den späten 1950er-Jahren als Steilvorlage genutzt. Da sich sowohl PSI als auch KPI in Trient, Rom und Bozen in Opposition befanden, gab ihnen die Forderung der SVP nach mehr Autonomie für Südtirol die Möglichkeit, die Politik der regierenden Christdemokraten (DC) als verfehlt zu kritisieren. Vor allem die KPI, die aufgrund der Logik des Kalten Krieges auf absehbare Zeit von der Staatsregierung ausgeschlossen war, forcierte in ganz Italien früh ihre Regionalpolitik, mit dem Ziel, auf diesem Weg gewissermaßen über die Hintertür zur Macht zu gelangen[79]. Diese Strategie sah für Südtirol zweierlei Aktivitäten vor: Auf parlamentarischer Ebene wurde der SVP eine Zusammenarbeit angeboten, die Senator Mauro Scoccimarro bereits 1956 in Bozen ausführlich darlegte. Dabei war die KPI zwar nicht bereit, von der Brennergrenze und der Einheitsregion Trentino-Südtirol abzurücken, erkannte allerdings eine reale Benachteiligung der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung an, die durch eine Neujustierung der Autonomie für Südtirol aufgehoben werden müsse[80]. Im Bereich der Parteiorganisation

77 Steininger, Diplomatie und Terror Bd. 3, 238–248 u. 442–467; Gatterer, „rote milben im gefieder". Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol (Innsbruck–Wien–Bozen 2009) 47–51.

78 *Die Soziale Fortschrittspartei Südtirols vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß nur eine echte Landesautonomie, d.h. eine tatsächliche Selbstverwaltung der Südtiroler, die Südtirolfrage lösen kann. Da es sich um ein internationales Problem zwischen Österreich und Italien handelt, ist es auch selbstverständlich, daß jede neue Abmachung international fixiert und garantiert sein muß, so wie es z.B. die Außenminister Saragat und Kreisky im Dezember 1964 vorgesehen hatten.* Der Fortschritt (Bozen, 30.3.1967), 1.

79 Vgl. Aldo Agosti, Storia del Partito comunista italiano 1921–1991 (Roma–Bari 1999) 54–62, 68–74.

80 *Der Autonomie muss das Prinzip zu Grunde liegen, dass hier die Bedingungen für ein dauerhaftes und friedliches Zusammenleben einer italienisch-deutschen Gemeinschaft, in welcher die freie Entfaltung beider Volksgruppen gesichert ist, geschaffen werden. Daher muss die deutsche Volksgruppe angezogen und zur Gänze in unser ziviles und politisches Leben und dessen Organisation, in die öffentlichen und privaten Institutionen, in die öffentliche Verwaltung einbezogen und mit öffentlichen*

bemühten sich die Kommunisten, diese internationalistische Gleichstellung deutsch- und italienischsprachiger Südtiroler praktisch umzusetzen, indem sie trotz ihrer fast ausschließlich italienischsprachigen Anhängerschaft konsequent als zweisprachige Partei auftraten und erhebliche Anstrengungen unternahmen, deutschsprachige Südtiroler zu rekrutieren. Bereits 1952 wurden mit logistischer Unterstützung der KPÖ in mehreren Südtiroler Dorfgemeinden unabhängige Bürgerlisten ins Leben gerufen, die einige Gemeinderatsmandate erreichen, aber sich langfristig nicht halten konnten[81]. 1973 gelang es, den langjährigen Sekretär der deutschsprachigen KPI-Landessektion, Josef Stecher, als ersten deutschsprachigen Südtiroler für eine gesamtstaatliche (italienische) Partei in den Südtiroler Landtag zu wählen, wobei die Stimmen für Stecher überwiegend aus der italienischen Arbeiterschaft gekommen waren[82].

Für die italienischen Sozialisten erweiterten sich die Möglichkeiten einer aktiven Südtirolpolitik wiederum Anfang der 1960er-Jahre, als sich in Rom die Bildung einer ersten Mitte-Links-Regierung (*centro-sinistra*) abzeichnete[83]. In dieser Phase konnte der PSI mit dem Trentiner Sozialisten Renato Ballardini u.a. einen Vertreter in die parlamentarische Sonderkommission für Südtirol entsenden (sogenannte „Neunzehner-Kommission"), die im September 1961 im Anschluss an Kreiskys diplomatische Initiative bei den Vereinten Nationen und eine Serie von Sprengstoffanschlägen des BAS (so-

Ämtern jedweden Grades und Ranges betraut werden. Entweder dient die Autonomie diesem Zwecke oder sie ist völlig sinnlos. Heute sind wir von einem solchen Ziel noch weit weg, ja es scheint sogar, dass wir uns davon entfernen. Mauro Scoccimarro, Die kommunistische Politik in Südtirol. Rede gehalten am 22. Jänner 1956 in Bozen (Bozen ohne Jahr), 48 Seiten, hier 40.

81 Ruggero Grieco bemerkte im Vorfeld der kommunistischen Wahlkampagne 1952, dass die politischen Initiativen *von deutschen Elementen initiiert werden* müssten, *vereinzelt dürfen auch Italiener dabei sein, weil es im Alto Adige auch Italiener gibt, aber die Mehrheit der Initiatoren von Kampagnen etc. müssen Deutsche sein.* Ruggero Grieco zitiert nach Joachim Gatterer, „Männer des Friedens in die Gemeinden!" Wie Kommunisten aus Italien und Österreich 1952 damit begannen, in Südtirol eine „demokratische Massenbewegung" aufzubauen, in: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft 3/20 (2013) 10–16, hier: 12.

82 Joachim Gatterer, „Alles geben, nichts erwarten!" Die Kommunistische Partei Italiens in der Provinz. Ein Beitrag zur transregionalen Zeitgeschichtsschreibung in Südtirol, in: Regionale Zivilgesellschaft in Bewegung. Festschrift für Hans Heiss, hrsg. von Hannes Obermair, Stephanie Risse, Carlo Romeo (Wien-Bozen 2012) 299–322, hier: 312–316.

83 Carlo Romeo, L'avvio del centrosinistra in Italia e la questione altoatesina, in: Bruno Kreisky und die Südtirolfrage. Akten des Internationalen Kolloquiums aus Anlass seines 25-jährigen Todestages. Bozen, 12. Juni 2015, hrsg. von Gustav Pfeifer, Maria Steiner (Bozen 2016) 87–95.

genannte „Feuernacht“) eingerichtet worden war, um Reformvorschläge für die Regionalautonomie Trentino-Südtirols zu erarbeiten[84]. Ebenso wie das Kreisky-Saragat-Abkommen brachten die Arbeiten der Neunzehner-Kommission wichtige Detailergebnisse, die Ende der 1960er-Jahre von christdemokratischen Alleinregierungen in Italien und Österreich schließlich zu einem umfassenden Maßnahmenkatalog (sogenanntes „Paket“) ausverhandelt wurden. Diese Neuregelung wurde vom italienischen Parlament mit Zustimmung der italienischen Linksparteien verabschiedet und trat 1972 als Zweites (erweitertes) Autonomiestatut für Südtirol in Kraft. Lediglich die SPÖ hatte dem Verhandlungsabschluss durch die ÖVP-Alleinregierung zuvor im Österreichischen Nationalrat ihre Zustimmung verweigert[85].

Die Haltung der Linken zum Südtirolterrorismus

Die offizielle Haltung der Linksparteien zum Südtirolterrorismus (der bis in die 1980er-Jahre andauerte, mit seiner Maximalforderung nach Sezession allerdings scheiterte) war in Österreich, Italien und Südtirol weitgehend, aber nicht vollends ablehnend. Die italienischen Sozialdemokraten und Kommunisten verurteilten die blutigen Anschläge als Ausdruck eines übersteigerten, chauvinistischen Nationalismus – und naturgemäß auch deshalb, weil speziell die ersten Anschläge auf Wohnbauten für italienische Arbeitsmigranten wesentlich gegen ihre Parteibasis gerichtet waren[86]. Vor allem KPI und KPÖ

---

84 Renato Ballardini bewertete die Neunzehner-Kommission 1964 wie folgt: *Ich glaube, daß die Neunzehner-Kommission gezeigt hat, wie italienische und Südtiroler Politiker mit Verständnis für ihre gegenseitigen Probleme miteinander diskutieren können. Die Resultate der Arbeiten der Kommission sind in ihren Einzelheiten zu spezialisiert und können daher nur ungenügend beurteilt werden. Der große Wert dieser Kommission besteht vor allem in ihrer symbolischen Bedeutung. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß ein Instrument geschaffen werden konnte, das es ermöglicht, das Gespräch zwischen der politischen Welt Italiens und der Südtiroler Bevölkerung wieder in Gang zu bringen. Man muß dieses Gespräch fortsetzen, weil es den richtigen Weg zur Lösung des Südtirolproblems darstellt. Den Weg zur Wiedererlangung des gegenseitigen Vertrauens, der der einzige ist, auf dem man eine endgültige Lösung für Südtirol finden kann.* Renato Ballardini, Die italienischen Sozialisten für Autonomie, in: Die Zukunft [Monatszeitschrift der SPÖ], März 1964, o. S. Siehe auch Gatterer, Im Kampf 1256–1261. Zu Renato Ballardini siehe auch dessen Memoiren. Renato Ballardini, I guizzi di un pesciolino … rosso. Ricordi di vita e di politica (Trento 2007).

85 Michael Gehler, Von New York nach Kopenhagen. Der Weg zum historischen Kompromiß, in: Südtirol im 20. Jahrhundert, Bd. 4, hrsg. von Gottfried Solderer (Bozen 2002) 12–40, hier: 38 ff.

86 Der PSI-Abgeordnete Renato Ballardini bemerkte hierzu 1964: *Ein falscher Weg, der unrichtigste von allen, ist der des Quälens und des Terrorismus. Diese Methoden schaffen internationale*

betrachteten die Anschläge mit Blick auf die Stabilitätsinteressen der Sowjetunion zudem in einem überregionalen Kontext. Beide Parteien unterstrichen im Anschluss an die Feuernacht 1961 die Unverrückbarkeit der Brennergrenze, die maßgeblich von bundesdeutschen Rechtsextremisten (zu denen Südtiroler BAS-Mitglieder effektiv Kontakte unterhalten hatten)[87] in Frage gestellt würde, während die Mehrheit der Südtiroler Bevölkerung mit den Anschlägen nichts zu tun habe[88]. Gleichzeitig antworteten die Kommunisten auf die Anschläge mit Abhaltung einer italienisch-österreichischen Gewerkschaftsversammlung in Bozen, die als Zeichen der Völkerfreundschaft organisiert wurde.

Innerhalb der Südtiroler Sozialdemokratie war die Ablehnung des Südtirolterrorismus weniger eindeutig. Die Führungsriege der Sozialen Fortschrittspartei sprach sich offiziell klar gegen die Sprengstoffanschläge und für die diplomatische Lösung der Südtirolfrage im Sinne Kreiskys aus[89], und war in diesem Zusammenhang auch bereit, Allianzen mit den italienischen Sozia-

---

Schwierigkeiten, zerstören das Vertrauen und ruinieren sowohl materielle Güter wie auch die Moral der Bevölkerung. Die Anwendung von Gewalt entfesselt Repressalien, schafft eine Spirale des Unheils und stärkt die Extremisten auf beiden Seiten. Ballardini, Die italienischen Sozialisten für Autonomie, o. S.

87 Gatterer, Südtirol und der Rechtsextremismus 301 ff.

88 Die deutschsprachige Lokalzeitschrift der KPI titelte im Anschluss an die Feuernacht: *Naziverschwörung in Südtirol vom Grossteil der Südtiroler verurteilt!* und veröffentlichte eine Resolution des Zentralkomitees der KPÖ: *Wir Kommunisten sind stets für die Erfüllung der berechtigten Forderung der Südtiroler eingetreten. Die Kommunisten bekämpfen die Benachteiligung der Südtiroler bei der Wohnungszuweisung und bei der Arbeitsvermittlung, bei der Anstellung in den Staatsdienst und bei der Förderung der Landwirtschaft, im Schulwesen und beim Studium. (…) Die Auffindung eines grossen Lagers mit Sprengstoffen westdeutscher Fabrikation hat den neuerlichen Beweis dafür geliefert, dass die Drahtzieher und Ausbilder, die Hintermänner und Führer, die Sprengstofflieferanten und Befehlshaber des Bombenterrors ihren Sitz in Westdeutschland haben. Von dort aus werden auch die Fäden der extremistischen Südtirolpolitiker in Österreich und in Südtirol gezogen. Die westdeutschen Militaristen verfolgen mit der Schürung des Südtirolkonflikts das Ziel, den Brandherd nicht löschen zu lassen, ihn stets neu anzufachen, jede friedliche Lösung zu verhindern, durch die ununterbrochene Aufpeitschung nationalistischer Leidenschaften einen immer stärkeren Druck auf die österreichische Regierung auszuüben um sie schliesslich bis zur Aufstellung der Forderung nach einer Revision der Grenzen durch Lostrennung Südtirols von Italien unter der Losung der „Selbstbestimmung" zu treiben. (…) Damit würde Österreich den erwünschten Präzedenzfall für die revanchistischen Forderungen der Bonner Militaristen liefern, die mit der heuchlerischen Losung der „Selbstbestimmung" ihre weitgehenden imperialistischen Annexionsforderungen gegen die DDR, die CSSR, Polen und die Sowjetunion erheben.* Südtiroler Panorama (Bozen), 20. Juli 1961, 1 u. 4, einsehbar in: Rom, Fondazione Istituto Gramsci (FIG), Fondo PCI (APCI), Regioni e Province, Signatur 0479, 2632–1235.

89 *Im Interesse einer demokratischen friedlichen Lösung der Südtirolfrage wird die SFP weiterhin an ihrem Konzept einer echten, international verankerten Landesautonomie festhalten. Nur eine solche Lösung entspricht tatsächlich den Erfordernissen der Südtiroler Bevölkerung und den Prinzipien des demokratischen Sozialismus.* Der Fortschritt (Bozen, 30.3.1967) 1.

listen einzugehen. Anlässlich der Wahlen zum italienischen Parlament empfahl sie 1972 in Ermangelung eigener Erfolgsaussichten die Wahl des Trentiner Sozialisten Ballardini[90], der sich in der Neunzehner-Kommission konstruktiv für die Lösung der Südtirolfrage eingesetzt hatte (siehe oben). Diese Wahlempfehlung für einen italienischen Kandidaten wurde jedoch nicht von der gesamten SFP mitgetragen und führte zur Parallelgründung der Sozialdemokratischen Partei Südtirols (SPS). Sie verstand sich als ethnisch geschlossene Partei der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler, wofür vor allem ihr Spitzenvertreter, der ehemalige SVP-Kammerabgeordnete Hans Dietl Bürgschaft leistete[91]. Der aus kleinbäuerlichem Milieu stammende Dietl hatte auch in den Reihen der Volkspartei zu den nationalen Hardlinern gezählt, im römischen Parlament gegen die Annahme des Zweiten Autonomiestatuts gestimmt und zuvor Kontakte zum Befreiungsausschuss Südtirol unterhalten, dessen politische Linie in der SPS-Parteizeitung offen gewürdigt wurde[92].

Inoffiziell reichten die Sympathien für die Gründer des Befreiungsausschusses allerdings auch in die Reihen der KPI und der SPÖ hinein. Der Trentiner Rechtsanwalt und KPI-Regionalratsabgeordnete (später Abgeordneter der „Neuen Linken/Nuova sinistra") Sandro Canestrini verteidigte die wegen Mordes angeklagte BAS-Gruppe um Sepp Kerschbaumer 1963 vor einem Mailänder Schwurgericht, um solcherart zu einer Offenlegung der Motive und einer sozialen Befriedung des Südtirolkonflikts beizutragen[93].

---

90 Die Wahlempfehlung ist abgedruckt in der Parteizeitung der SFP, Der Fortschritt (Bozen), (4.5.1972) 1 f.

91 Gatterer, „rote milben im gefieder" 47–51.

92 *Das in Sigmundskron in einer demokratischen Massenkundgebung geforderte ‚Los von Trient' wurde mit Hohn und Spott überschüttet. Erst als einige beherzte Männer zu außerparlamentarischen Mitteln griffen, begann man sich etwas zu besinnen. In langwierigen Verhandlungen knauserte man um jedes Zugeständnis damit wir wieder mürbe werden. Den Schlußpunkt soll das sogenannte „Paket" bilden: es ist aber für uns nur ein Fortschritt, kein Schlußpunkt.* Silvio Flor, Nach 55 Jahren Sozialdemokraten im Landtag als zweite politische Kraft, in: Südtiroler Nachrichten (Bozen, 12.1973) 3.

93 *Als wir die Verteidigung übernommen haben, haben wir unsere Mandanten nicht im unklaren gelassen, sondern zu ihnen gesagt: Wir sind bereit, alle ideellen, moralischen und politischen Beweggründe eures Protestes gegen die Art und Weise hervorzuheben, wie die Mächtigen dieser Erde euch nicht nur anno 1809, sondern auch 1945 behandelt haben; wir sind als Italiener und Demokraten dazu bereit, alle Mängel und Unterlassungen zum Schaden eurer Heimat anzuprangern. Wir wollen aus dem Mailänder Prozeß ein Mittel machen, im Rahmen berechtigter Forderungen eine Besserung herbeizuführen, und das nicht nur in Bozen, sondern auch in Rom. Wir haben aber sogleich hinzugefügt, daß wir uns als Verteidiger niemals dazu hergeben werden, mit den Druckmitteln und den vom Rassenhaß diktierten Spekulationen gemeinsame Sache zu machen, die hinter euren Rücken gewisse*

Auch Bruno Kreisky hatte Mitglieder des BAS in Wien persönlich zum Gespräch empfangen, erklärte aber später in seinen Memoiren, den Männern von terroristischen Aktivitäten ausdrücklich abgeraten zu haben[94]. Dass sich der italienische Verleger und revolutionäre Untergrundaktivist Giangiacomo Feltrinelli für die Anschläge des Befreiungsausschusses interessierte, während seines Aufenthalts in Meran 1964 jedoch nicht mit den BAS-Kreisen in Verbindung treten konnte, soll an dieser Stelle nochmals unterstreichen, wie groß die ideologische Distanz des Südtirolterrorismus zur Geisteswelt der kommunistischen, nicht-chauvinistischen Befreiungsbewegungen der 1960er-Jahre und 70er-Jahre (Cuba, Algerien, Vietnam u.a.) letzten Endes war[95]. Die Verwicklungen osteuropäischer Geheimdienste in den Südtirolterrorismus stellten wiederum den Versuch dar, die Situation in Südtirol für eine propagandistische Kompromittierung des Westens auszunutzen, hatten letztlich aber keine entscheidenden Auswirkungen auf den Lösungsverlauf des Südtirolkonflikts[96].

Kritik der Neuen Linken am Zweiten Autonomiestatut

Die Umsetzung der ersten Maßnahmen des Zweiten Autonomiestatuts führte parallel zum Verschwinden der Südtiroler Sozialdemokratie um die Parteien SFP und SPS in den späten 1970er-Jahren auch dazu, dass der deutschnational-rechtsextreme Südtirolterrorismus allmählich abebbte[97]. Der so-

wohlbekannte extremistische Kreise westdeutscher Prägung im Schilde führen. Sandro Canestrini, Plädoyer. Allgemeiner Teil, in: Der Mailänder Prozeß. Plädoyers der Verteidigung (Wien–Frankfurt–Zürich 1969) 384 f.

94 *In Südtirol gab es Tendenzen, den Forderungen nach dem Selbstbestimmungsrecht durch Terrorakte größeren Nachdruck zu verleihen. Ich habe die maßgebenden Vertreter dieser Richtung – integre, ehrliche, knorrige Typen – zu mir nach Hause eingeladen und sie dringend vor solchen Aktionen gewarnt. Aus dem Umstand, daß ich sie freundschaftlich empfing, wurden sehr bösartige, entgegengesetzte Schlüsse gezogen.* Bruno Kreisky, Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil (Wien 1988) 158. Vgl. Christoph Franceschini, Bruno Kreisky und die Attentäter – Mythos und Wirklichkeit, in: Bruno Kreisky und die Südtirolfrage. Akten des Internationalen Kolloquiums aus Anlass seines 25-jährigen Todestages. Bozen, 12. Juni 2015, hrsg. von Gustav Pfeifer, Maria Steiner (Bozen 2016) 123–152.

95 Zu Feltrinellis Interesse am Südtirolkonflikt siehe Gerald Steinacher, Giangiacomo Feltrinelli, ein Flugblatt und Südtirols Bombenjahre, in: Skolast. Zeitschrift der Südtiroler HochschülerInnenschaft 2 (2003) 74–78.

96 Vgl. Thomas Rieger, „Wir setzen uns rein und mischen da richtig mit": Die DDR-Staatssicherheit und der Südtirolkonflikt, in: Zeitgeschichte 3 (2013) 166–180, hier: 177.

97 Günther Pallaver, Die Befriedung des Südtirolterrorismus. Verhandlungen, Konkordanzdemokratie, Machtteilung, in: Politika11. Jahrbuch für Politik, hrsg. von Ders. (Bozen

ziale Aufschwung, den die deutschsprachige und ladinische Bevölkerung im Zuge des Ausbaus der lokalen Selbstverwaltung nunmehr erlebte, schuf jedoch eine neue nationale Schieflage, da der positive Entwicklungstrend teilweise auf Kosten der italienischsprachigen Bevölkerung erfolgte. Mit Beginn der Arbeitsplatzvergabe in der öffentlichen Verwaltung nach dem 1976 eingeführten „ethnischen Proporz" reduzierten sich Berufschancen, öffentliche Finanzressourcen und damit Zukunftsperspektiven gerade für die italienischsprachige Bevölkerung Südtirols, die in der Öffentlichen Verwaltung bis dahin vorwiegend beschäftigt gewesen war[98]. Als jene Parteien, die den ethnischen Proporz in den 1960er-Jahren ausverhandelt und mit Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatuts im Parlament verfassungsrechtlich verankert hatten, verloren sowohl Christdemokraten als auch die italienischen Linksparteien über die 1980er-Jahre bei Landtags- und Kommunalwahlen in Südtirol drastisch an Zustimmung[99]. Das parallel zur Umsetzung des Zweiten Autonomiestatuts ansteigende Unbehagen der Italiener Südtirols (sogenannter „Disagio") konnten vor allem die italienischen Neofaschisten (Movimento Sociale Italiano, MSI) auffangen. Deren seit 1948 praktizierte Totalverweigerung gegenüber der Südtirolautonomie verschärfte die politische Lage in der Region, wobei der MSI nach Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatuts bis weit in die 1990er-Jahre hinein stur auf einer Totalrevision dieser Regelung beharrte[100].

Demgegenüber formulierte die aus der 68er-Bewegung hervorgegangene Neue Linke/Nuova sinistra bereits Ende der 1970er-Jahre konstruktive

2011) 427–453, hier: 445–451.

98 Giovanni Poggeschi, Der ethnische Proporz, in: Die Verfassung der Südtiroler Autonomie. Die Sonderrechtsordnung der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol, hrsg. von Joseph Marko (Baden-Baden 2005) 322–331.

99 1978 hielten Kommunisten, Sozialisten, deutsche und italienische Sozialdemokraten und die Neue Linke im Südtiroler Landtag gemeinsam sieben Mandate, die Democrazia Cristiana vier Mandate und der MSI ein Mandat. 1993 kam der Partito Democratico della Sinistra als einzig verbliebene italienische Linkspartei auf ein Mandat, die DC-Nachfolgepartei Partito Popolare auf zwei Mandate und der MSI auf vier Mandate. Südtirol Handbuch hrsg. von der Autonomen Provinz Bozen (Bozen 2007) 80, 84.

100 Günther Pallaver, Südtirols politische Parteien 1945–2005, in: Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert. I. Politik und Institutionen, hrsg. von Giuseppe Ferrandi, Günther Pallaver. (Trient 2006) 589–628, hier: 615 f. Zum Unbehagen (Disagio) der Italiener Südtirols seien folgende zwei Publikationen exemplarisch genannt: Hartmann Gallmetzer, Meine Heimat Südtirol – mein Vaterland Italien. Ein Gespräch mit Romano Viola (Bozen 1999); Lucio Giudiceandrea, Spaesati. Italiani in Südtirol (Bozen 2007).

Kritik an der bisherigen Autonomiepolitik und dabei auch an den entsprechenden Positionen von Sozialdemokraten und Kommunisten[101]. Ihr Spitzenexponent Alexander Langer lehnte den ethnischen Proporz ab; im Gegensatz zum MSI ging Langer die Autonomieregelung für Südtirol allerdings nicht weit genug. Seine Vorschläge verstanden sich als Ausbau des Zweiten Autonomiestatuts hin zu einer territorialen Selbstverwaltung für Südtirol, die nicht mehr von getrennten Sprachgruppenmilieus, sondern von einer homogenen „interethnischen" Regionalkultur und entsprechend einheitlichen (nicht sprachlich getrennten) Institutionen getragen werden sollte[102].

1981 erlebte der von Langer angestoßene Kampf gegen den ethnischen Proporz einen ersten Höhepunkt, als im Zuge der staatlichen Volkszählung

---

101 *1. Die Südtiroler Autonomie wurde nicht von „unten" her, von links, auf fortschrittlichem oder demokratischem Wege erkämpft. Ihre Herkunft (bürgerlicher Autonomismus, konservative bis reaktionäre SVP-Hegemonie im Kampf um nationale Rechte, Geheimverhandlungen, Attentate, zwischenstaatliche Ebene, innerstaatliche bürg. Kräfte, usw.) kann sie daher nicht verleugnen. Die „Linke", die „Arbeiterbewegung" hatte im Grunde kein Modell, keine eigene Vorstellung über Autonomie und Regelung der Minderheitenfrage. So blieb sie subaltern. 2. Somit wurde die spezifische Form der Südtiroler Autonomie (II. Fassung: Paket) sehr wesentlich vom Interessensausgleich der beteiligten bürgerlichen Kräfte geprägt: wobei die Südtiroler durch recht kleinkarierte Krämerbourgeois vertreten waren, deren Autonomievorstellungen ihrerseits eher einer Wäscheliste als einem globalen Konzept glichen, weil sie zuviele lokale Interessen vermitteln mußten. (…) 10. Die Arbeiterbewegung und „die Linke" hat gegenüber Minderheitenfragen und im besonderen der Südtiroler Autonomieproblematik insgesamt (und zurecht) ein schlechtes Gewissen gezeigt – und auch viele und schwere Lücken in Bezug auf Information und Erarbeitung von Positionen. (…) So kam es zur „linken" (PCI, PSI) Paket-Absegnung im Parlament: aus Überzeugung, daß man historisch nichts besseres im Auge hatte; aus Verlegenheit („kleineres Übel" gegenüber der schwelenden Südtiroler-Problematik); aus Einsicht in die politischen Zwänge. Mehr und mehr wurde aber diese, recht problematische, Zustimmung emphatisiert und als autonomistische Visitenkarte herumgereicht: auch eine Art „linker Opferpolitik", indem man sich durch Vorleistungen beim Klassenfeind genehm machen wollte – und vergaß, daß dieser dadurch immer mehr Appetit bekommt und die Vorleistungen nicht einmal honoriert.* Alexander Langer, Autonomie, Proporz, Arbeiterbewegung, unveröffentlichtes Typoskript vom 3. Mai 1979, einsehbar in der Südtiroler Landesbibliothek Tessmann, Signatur III Z 1.213.

102 *Proporzgesellschaft ist immer mehr im Kommen (der Proporz ist die eigentlich „regulative Idee" der SVP-Autonomiepolitik); klassen- und gesellschaftsspaltende Tendenzen werden offenkundig; ethnozentrische Prozesse überlagern soziale und politische Dynamiken (…) eine Optionsvolkszählung ist als allgemeines Bereinigungsmoment und Entmischungsakt angepeilt (und wird passieren, wenn man sich nicht wehrt); der deutsche ebenso wie der italienische Nationalismus erscheint immer mehr auch sozial „gerechtfertigt": auf der einen Seite heißt's „stark bleiben, damit wir weiterhin mehr Stellen, Wohnungen, Haushaltsmittel usw. kriegen"; auf der anderen heißt's „qui i tedeschi diventano sempre più forti, bisogna unirsi anche noi per fargliela vedere o almeno per difenderci". (…) Von links her darf die Spaltung und gegenseitige Nicht-Einmischung nicht respektiert werden. Natürlich muß die gegebene Autonomie als das Terrain anerkannt werden, auf dem man sich bewegt – aber wesentlicher ist, daß innerhalb der Arbeiterbewegung pro-autonomistische Positionen zugleich mit einer linken Paketkritik heranwachsen. In anderen Worten: ja zu einer breiten (auch noch breiteren Autonomie), nein zur Paket- und Proporzgesellschaft, insoweit sie arbeiterfeindlich und klassenspaltend ist.* Langer, Autonomie, Proporz, Arbeiterbewegung.

in Südtirol erstmals die Verpflichtung bestand, sich einer der drei gesetzlich anerkannten Sprachgruppen (deutsch, italienisch, ladinisch) zugehörig zu erklären, wofür Langer den Begriff der „ethnischen Käfige" prägte, in welche die Südtiroler gesperrt würden. Mit dem Slogan „Option 81" setzte er die gesellschaftsspaltenden Auswirkungen der ethnischen Volkszählung zusätzlich überspitzt mit den Folgen der nationalsozialistisch-faschistischen Umsiedlung der Südtiroler des Jahres 1939 gleich[103].

Ungeachtet des öffentlichkeitswirksamen Protests gegen den ethnischen Proporz gelang es der oppositionellen Neuen Linken wie auch der an sie anknüpfenden grün-alternativen Bewegung bis dato nicht, eine Abschaffung der Proporzregelung zu erreichen. Die stichhaltige Kritik machte jedoch erstmals auf evidente Defizite des in der deutschsprachigen Öffentlichkeit Südtirols bis dahin weitgehend positiv rezipierten Zweiten Autonomiestatuts aufmerksam. Dieses hatte zwar zur Befriedung des Konflikts zwischen den ethnonationalen Subgesellschaften der Provinz geführt, diese allerdings „nicht zu einer Gesellschaft integriert", wie Anton Pelinka anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Streitbeilegung zwischen Österreich und Italien feststellte. „Sie [die Autonomie] hat nicht aus zwei Gesellschaften eine einzige gemacht".[104]

Alexander Langers Vision eines interethnischen Südtirol markierte in dieser Hinsicht – trotz ihres vordergründigen Scheiterns – den ersten Schritt hin zu einem nicht-ethnischen Regionalpatriotismus, der sich dem Geist einer Willensnation annäherte, dessen Anhängerschaft jedoch langfristig überschaubar blieb. Im Verlauf der 1980er- und 1990er-Jahre stimulierte das alternative Südtirolbewusstsein aber immerhin den punktuellen Abbau von sozialen Barrieren zwischen den Sprachgruppen (z.B. durch Schüleraustauschprogramme) und schließlich auch eine juridische Aufweichung und Flexibilisierung des ethnischen Proporzes[105].

---

103 Die der Neuen Linken nahestehende Wochenzeitung Tandem berichtete am 28. Oktober 1981 über Protestkundgebungen gegen die „Option 81" und die „ethnischen Käfige" in Strassburg, Rom und Bozen. Tandem (Bozen), (28.10.1981) 2.

104 Anton Pelinka, Politik und Medien zwischen Modernität und Tradition, in: 1992: Ende eines Streits. Zehn Jahre Streitbeilegung im Südtirolkonflikt zwischen Italien und Österreich, hrsg. von Siglinde Clementi, Jens Woelk (Baden-Baden 2003) 205–209, hier: 209.

105 Vgl. Poggeschi, Der ethnische Proporz 322–331; Gatterer, „rote milben im gefieder" 170–174; Hermann Atz, Die Grünen Südtirols. Profil und Wählerbasis (Innsbruck–Wien–Bozen 2007) 43–46.

Fazit

Die eingangs zitierte These, wonach die politische Linke über keine eigenen Konzepte zur Lösung der Tiroler Nationalitätenfrage verfüge, lässt sich auf Basis der dargestellten Quellen nicht aufrechterhalten. Vielmehr wurde ersichtlich, dass sich die Tiroler Nationalitätenfrage im Verlauf des späten 19. und gesamten 20. Jahrhunderts unter dem Einfluss des europäischen Nationsbildungsprozesses stetig veränderte, worauf die Exponenten der sozialistischen Arbeiterbewegung stets aufs Neue zu reagieren hatten. Tiroler Nationalitätenfrage bedeutete in diesem Sinne bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor allem die Beschäftigung mit den Autonomiebestrebungen des Trentino (unter Einfluss des italienischen Risorgimento im Kontext der zerfallenden Habsburgermonarchie). In der Zwischenkriegszeit stellte sich die Nationalitätenfrage als Frage nach der Rückgliederung Südtirols an Nordtirol in Verbindung mit einem österreichischen Zusammenschluss mit Deutschland (vor dem Hintergrund des Siegeszugs des europäischen Faschismus). Nach Ende des Zweiten Weltkriegs meinte Nationalitätenfrage in Tirol erneut in erster Linie die Südtirolfrage; nun allerdings parallel zur Entwicklung eines eigenen Österreichbewusstseins in Nordtirol (vor dem Hintergrund des Kalten Krieges).

Die politische Linke formulierte in allen drei Phasen Antworten auf die jeweiligen Nationalitätenfragen. Es fällt jedoch auf, dass die theoretischen Grundlagen (proletarischer Internationalismus, Autonomie gegenüber einem übergeordneten Staat, nationale Selbstbestimmung bis zur Sezession) nicht in Tirol entwickelt, sondern von außen (teils auch von bürgerlichen Tiroler Parteien) in die regionale Arbeiterbewegung hineingetragen wurden. Nur in wenigen Fällen (z.B. im Rahmen der Arbeiten am sozialdemokratischen Autonomieentwurf für Südtirol 1920) wurden sie zu konkreten und ausführlichen Lösungsvorschlägen elaboriert, die über punktuelle Forderungen (nach einer italienischen Universität, nach einer nicht näher ausgearbeiteten Selbstbestimmungsentscheidung) hinausreichten. Erst mit Alexander Langers Konzept der Interethnizität kann von einer linken Alternativlösung für das Nationalitätenproblem gesprochen werden, die auf Basis der konkreten politischen Realität in der Region entwickelt wurde, ohne sich explizit

auf importierte theoretische Konzepte zu berufen, wodurch sie erste Ansätze eines alternativen Südtirolpatriotismus hervorbringen konnte.

Der Erfolg jedweder Nationalitätenpolitik ist weiters – auch das wurde in den Ausführungen evident – letztlich an den Zugang zur politischen Macht gekoppelt. Die sozialistische Arbeiterbewegung Tirols wurde diesbezüglich von zwei entscheidenden Hemmnissen stark eingeschränkt: Zum einen befand sie sich in der Region gegenüber ihren Konkurrenzparteien unterschiedlicher ideologischer Ausprägung durchwegs in einer klar unterlegenen Position, die über längere Zeiträume sogar bis hin zur Illegalität reichte. Zum anderen wurde eine tirolspezifische Nationalitätenpolitik häufig außerhalb der Region – in staatlichen Regierungsgremien in Wien, Rom, Berlin, auf internationalen Friedenskonferenzen und vor den Vereinten Nationen – betrieben, d.h. in einem Kontext, in welchem Exponenten der regionalen Arbeiterbewegung durchwegs keinen, bestenfalls einen indirekten Einfluss geltend machen konnten.

Aus diesen Hemmnissen ergab sich folglich, dass sozialistische Nationalitätenpolitik in Tirol und Südtirol über weite Strecken, bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein, fast ausschließlich im Stadium der Theoriebildung steckenblieb. Die Praxis beschränkte sich auf die innere Organisation der eigenen Parteien bzw. politischen Bewegungen, in denen phasenweise (etwa in der altösterreichischen Sozialdemokratie, in der KPI nach 1945, in der Neuen Linken) stärker als in bürgerlichen Parteien die Realisierung kosmopolitischer und internationalistischer Ideen versucht wurde. Nationale Gegensätze blieben jedoch auch in diesen Parteien latent bestehen; ebenso gelang es den jeweiligen Parteien nicht, als konsequent antinationalistische oder a-nationale Parteien mehrheitsfähig zu werden. Im Falle der altösterreichischen Sozialdemokratie lieferte das Schicksal Cesare Battistis darüber hinaus ein symbolträchtiges, breit rezipiertes (negatives) Exempel für das Scheitern des Tiroler Internationalismus, während wichtige (positive) Beiträge zur Befriedung des Südtirolterrorismus (etwa durch Bruno Kreiskys diplomatische Verhandlungen oder Sandro Canestrinis Engagement als Strafverteidiger der Südtiroler Sprengstoffattentäter) in diesem Zusammenhang nur bescheidene und verspätete Würdigungen erfahren haben. So bot die Südtiroler Landesverwaltung beispielsweise 2015 anlässlich des ersten Symposiums zu Bruno Kreiskys Südtirolengagement (40 Jahre nach dem Scheitern des Kreisky-Sara-

gat-Abkommens) im Vergleich zu landesüblichen Festivitäten einen verhältnismäßig unauffälligen Rahmen[106].

Neben der Theorielastigkeit und dem teilweisen Scheitern sozialistischer Nationalitätenpolitik in der Praxis ist es letztlich auch das erwähnte auffallend geringe Ausmaß an Würdigung der Erfolge, das zum raschen Verblassen sozialistischer Nationalitätenpolitik im kollektiven Regionalgedächtnis Tirols und Südtirols beigetragen hat. Der sozialistischen Arbeiterbewegung ist es in Summe über den gesamten Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts weder in Tirol, noch in Südtirol und im Trentino gelungen, die Themenführerschaft in der Nationalitätenpolitik zu übernehmen. Das Hinterherhinken ergab sich zum einen aufgrund der Tatsache, dass sich die sozialistischen Forderungen nach Selbstbestimmung, Autonomie und Zusammenschluss mit Deutschland (für das Trentino mit Italien) zwar nicht hinsichtlich ihres ideologischen Fundaments, aber doch hinsichtlich ihrer Zielsetzung weitgehend mit den wesentlich breiter kommunizierten Forderungen nationalistischer wie konservativer Konkurrenzparteien deckten, wobei es durchwegs konservative Politiker (Abtretung des Trentino an Italien, Gruber-De Gasperi-Abkommen, Zweites Autonomiestatut für Südtirol) oder die Nationalsozialisten (Zusammenschluss Österreichs mit Deutschland) waren, die diese Konzepte in die Tat umsetzten. Zum anderen wurde die Themenführerschaft von den Tiroler Eliten auch bewusst (und letztlich erfolgreich) gegen die sozialistische Arbeiterbewegung verteidigt, als sich mit Bruno Kreiskys diplomatischen Erfolgen in der Südtirolpolitik erstmals ein möglicher Wechsel der Themenführerschaft zugunsten der Sozialdemokratie abzeichnete, der letzten Endes nicht erfolgte. So blieb praktizierte Nationalitätenpolitik in Tirol und Südtirol – zwar nicht faktisch, aber jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung weitestgehend gänzlich – faschistisch, nationalsozialistisch und national-konservativ konnotiert[107].

106 Zum Symposium über Bruno Kreiskys Engagement in der Südtirolfrage siehe Bruno Kreisky und die Südtirolfrage: Akten des Internationalen Kolloquiums aus Anlass seines 25-jährigen Todestages, hrsg. von Gustav Pfeifer, Maria Steiner (Bozen 2016).

107 Vgl. hierzu die Tagungsbeiträge zum zehnjährigen Jubiläum der Streitbeilegung zwischen Italien und Österreich. 1992: Ende eines Streits. Zehn Jahre Streitbeilegung im Südtirolkonflikt zwischen Italien und Österreich, hrsg. von Siglinde Clementi und Jens Woelk (Baden-Baden 2003).

Was wusste Bruno Kreisky? Der österreichische Außenminister und der Konflikt in Südtirol

THOMAS RIEGLER
Freier Historiker und Journalist, Wien

Man stelle sich vor: Ein amtierender Außenminister empfängt mehrmals Angehörige einer Untergrundbewegung. Diese steht kurz davor, Sprengstoffanschläge im benachbarten Ausland zu begehen. Ihre Abgesandten trifft Kreisky keineswegs im Verborgenen, sondern in seinem Amtssitz und bei sich zuhause. Dabei vermittelt er angeblich, dass es gut wäre, wenn es „einmal bumst". All das hat Bruno Kreisky während des Südtirolkonflikts in den frühen 1960er Jahren getan – ausgerechnet jener Kreisky, der 1970 zum langjährigen österreichischen Bundeskanzler aufrückt. Noch heute wird er vor allem wegen seiner Friedens- und Neutralitätspolitik gewürdigt. Vergleichsweise weniger präsent sind dagegen Kreiskys Verbindungen zum „Befreiungsausschuss Südtirol" (BAS). Der vorliegende Beitrag geht dieser Materie auf Basis von vorhandener Sekundärliteratur[1] sowie von Primärquellen aus der Stiftung Bruno Kreisky Archiv (StBKA) und aus dem Österreichischen Staatsarchiv/Archiv der Republik (OeStA/AdR) nach.

1 Josef Fontana, Hans Mayr, Sepp Kerschbaumer. Eine Biographie (Bozen 2000); Birgit Mosser-Schuöcker, Gerhard Jelinek, Herz Jesu Feuernacht. Südtirol 1961: Die Anschläge – die Folterungen–die Prozesse – die Rolle Österreichs (Innsbruck 2011); Hans Karl Peterlini, Südtiroler Bombenjahre. Von Blut und Tränen zum Happyend (Bozen 2005); Ders., Feuernacht. Südtirols Bombenjahre: Hintergründe, Schicksale, Bewertungen (Bozen 2016); Bruno Kreisky und die Südtirolfrage, hrsg. von Gustav Pfeifer, Maria Steiner, Bozen 2016; Im Schatten der Geheimdienste. Südtirol 1918 bis zur Gegenwart, hrsg. von Gerald Steinacher (Innsbruck 2003); Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969. Darstellung in drei Bänden (Bozen 1999); Akten zur Südtirolpolitik 1959–1969. Eine Aktenedition in sieben Bänden, hrsg. von Ders. (Innsbruck 2005–2013).

1. Kreisky – der „Minister für das Äußerste“

Bruno Kreisky (1911–1990) hat als sozialdemokratischer Politiker, Außenminister (1959–1966) und als Bundeskanzler (1970–1983) die österreichische Nachkriegsgeschichte in einem Ausmaß geprägt, dass von der Ära des „Sonnenkönigs“ die Rede ist. 1971, 1975 und 1979 erreichte er mit der „Sozialdemokratischen Partei Österreichs“ (SPÖ) jeweils Mehrheiten. Innenpolitisch führte Kreisky umfangreiche gesellschaftspolitische Reformen durch, etablierte einen Wohlfahrtsstaat und schärfte das Profil Österreichs als internationale Begegnungsstätte.

Im Juni 1959 wurde mit Kreisky nicht nur zum ersten Mal ein Sozialdemokrat Außenminister, sondern stand als solcher erstmals einem von Bundeskanzleramt unabhängigen Ministerium vor[2]. Die Situation in Südtirol war eine der ersten großen Herausforderungen, die er sich stellen musste. Am 1. August 1959, nur zwei Wochen nach seiner Amtsübernahme als Außenminister in der „großen Koalition“ von Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP), traf Kreisky im Innsbrucker Landhaus Politiker aus Nord- und Südtirol[3]. Kreisky erklärte Südtirol infolge zum Thema Nr. 1 der österreichischen Außenpolitik. Schon bald trug er den Beinamen „Minister für das Äußerste“ – „intern nannte man ihn in Anspielung auf Andreas Hofer ‚Andreas‘, was er nicht ungern hörte“, so der Zeithistoriker Rolf Steininger[4]. Kreiskys Zugang in der Südtirolfrage war betont realpolitisch-pragmatisch: Es handle sich nicht um ein Grenzproblem zwischen Italien und Österreich, sondern um eine „demokratie- und gesellschaftspolitisch noch unzureichend gelöste Frage der Schaffung einer gleichberechtigten Mitbestimmung aller Bürger ohne Unterschied der sprachlichen Zugehörigkeit bei allen politischen Entscheidungsprozessen“, so der Historiker Leopold Steurer. Kreiskys Ziel war daher keine Grenz-Revision, sondern Selbstbestimmung für die deutschsprachige Südtiroler Bevölkerung im Rahmen einer echten Landesautonomie[5].

---

2 Maria Steiner, Einführung, in: Pfeifer–Steiner, Kreisky und die Südtirolfrage 169–190, hier 185.

3 Peterlini, Feuernacht 66.

4 Rolf Steininger, Bruno Kreisky und die Südtirolfrage, in: Dolomiten 22./23.1.2011.

5 Leopold Steurer, Historische Hintergründe zur Feuernacht. Über Ursachen, Verlauf und Konsequenzen der Südtirol-Attentate der 1960er Jahre, in: Ein Tirol – zwei Welten. Das politische Erbe der Südtiroler Feuernacht von 1961, hrsg. von Manuel Fasser (Innsbruck 2009) 163–186, hier 175.

In Südtirol war zu diesem Zeitpunkt bereits die Entscheidung getroffen worden, zum Mittel der Gewalt zu greifen. Die Wurzeln dieses Konflikts rund um nationale Selbstbestimmung und Minderheitenrechte reichen bis zur Friedensordnung nach Ende des 1.Weltkriegs zurück. Das deutschsprachige Gebiet zwischen Brenner und Salurner Klause wurde 1919 Italien zuerkannt. Unter dem faschistischen Regime wurde Südtirol dann einer strengen Politik der „Italienisierung" unterworfen – durch Förderung von Zuwanderung, „Entnationalisierung" der deutschsprachigen Bevölkerung sowie „Umsiedlung" von Südtirolern (Option) nach einem entsprechenden Abkommen mit Nazi-Deutschland (1939). Nach Ende des 2. Weltkriegs einigten sich Österreich und Italien 1946 auf eine Autonomie für Südtirol, deren Umsetzung jedoch verschleppt wurde. Hatten dagegen schon Ende der 1940er Jahre vereinzelte Bombenanschläge stattgefunden, führte die weiter fortschreitende „Italienisierung" Ende der 1950er Jahre zu einer allmählichen Radikalisierung des Protests. Der 1958 gegründete BAS machte zunächst mit zivilem Ungehorsam auf sich aufmerksam, etwa durch Hissen der Südtiroler Fahne auf Kirchtürmen, Hungerstreik oder durch Flugblattaktionen. Aus Unzufriedenheit mit der als zurückhaltend empfundenen Vorgangsweise der Südtiroler Volkspartei (SVP) und weiteren Rückschritten seitens der italienischen Politik kam die BAS-Führung Ende 1958/Anfang 1959 zur Ansicht, dass nur eine härtere Gangart Erfolg verspräche[6].

Das ehemalige BAS-Mitglied Josef Fontana beschrieb diesen Umdenkprozess so: *Wollte man in der Südtirolpolitik eine Wende herbeiführen, musste man schärfere Mittel einsetzen. Kurz gesagt: Dynamit. […] Spricht man in diesem Zusammenhang von Gewalt, dann muss man festhalten, dass nur Gewalt gegen Sachen in Frage kam. Menschen sollten nicht zu Schaden kommen.*[7] Ab Anfang 1961 beging der BAS erste „demonstrative" Bombenanschläge. In der Feuernacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 wurden alleine 37 Strommasten gesprengt. Daraufhin wurden 24.000 Soldaten und 10.000 Carabinieri (Militärpolizisten) nach Südtirol verlegt. Es kam zu Massenverhaftungen und Folterungen von BAS-Leuten. Die Gewalt schaukelte sich so weiter hoch: Zwischen 1961 und 1967 starben 15 Militärs, Polizisten und Zöllner. Weiters kamen zwei Zivilisten sowie vier

6 Hans Karl Peterlini, Südtiroler Bombenjahre. Von Blut und Tränen zum Happyend (Bozen 2005) 345.

7 Fontana, Mayr, Kerschbaumer 101.

Attentäter ums Leben. 57 Personen wurden verletzt. Wie das Nachrichtenmagazin *profil* zusammenfasste, handelte es sich um die größte internationale Auseinandersetzung in Westeuropa seit dem Ende des 2. Weltkriegs[8].

Kreisky war von Beginn an bestens über den BAS und dessen Absichten im Bilde. Ein regelrechtes Netzwerk – darunter der aus Tirol stammende Chef des Wiener staatspolizeilichen Büros Oswald Peterlunger – hielt den Außenminister auf dem Laufenden[9]. In Kreiskys Nachlass findet sich ein staatspolizeiliches Dossier zum BAS, das von viel Insiderwissen zeugt. Entwicklung und Aufbau der Organisation werden „minutiös" wiedergegeben, so die Einschätzung des Südtiroler Journalisten und Historikers, Christoph Franceschini: „Das Ganze liest sich wie eine Chronik des BAS. An vielen Stellen wird klar, dass die Informationen direkt aus der illegalen Bewegung selbst kommen müssen." Wer die Berichte zusammenstellte, darüber lasse sich nur mutmaßen. Franceschini vermutet zwei Nordtiroler Polizeibeamte als Verfasser – den Polizeiinspektor Franz Spörr und den Staatspolizisten Ludwig Reiter. Beide hatten nicht nur mit dem BAS sympathisiert, sondern waren auch in Aktionen eingeweiht[10].

Wichtigster Informationsbeschaffer für Kreisky aber war der Nordtiroler SPÖ-Landesrat Rupert Zechtl (1915–2015), der selbst von einem befreundeten Polizeibeamten Tipps erhielt[11]. In einem Schreiben vom 8. September 1959 – wenige Wochen nach Kreiskys Amtsantritt – hieß es:

> *Lieber Freund! Möchte Dich über eine in Südtirol bestehende Untergrundbewegung, die sich „BAS" (Befreiungsausschuss für Südtirol) nennt, informieren. Der Befreiungsausschuss für Südtirol besteht aus einer Anzahl von Südtirolern, die sich durch gegenseitige Eidesleistung verpflichtet haben, für die Freiheit Südtirols bis zur letzten Konsequenz einzutreten.*[12]

8 Horst Christoph, Feuernächte und Folterknechte, profil 20 (2011) 34–41, hier 34.

9 Herbert Lackner, Als die Masten fielen, profil 8 (1999) 42 ff., hier 43.

10 Christoph Franceschini, Bruno Kreisky und die Attentäter – Mythos und Wirklichkeit, in: Pfeifer–Steiner, Kreisky 123–151, hier 140–145.

11 Ebd. 145.

12 Robert Zechtl an Bruno Kreisky, 8.9.1959. Stiftung Bruno Kreisky Archiv (künftig: StBKA), Südtirol VII. 9, Box 3. (Rechtschreibfehler im Original durchwegs korrigiert).

Zechtl wies darauf hin, dass der BAS auch bewusst gewalttätige Aktionen einplane, um Aufmerksamkeit zu wecken:

> *Aus der Erkenntnis, dass die zwischenstaatlichen Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen und die Südtiroler Politiker nicht in der Lage sind, sich durchzusetzen, beschloss der BAS eben durch Sabotageakte die Weltöffentlichkeit auf sich zu lenken. […] Die Zahl der Anschläge beläuft sich bisher auf ca. 12, bei denen keine Menschenleben zu beklagen waren. Ferner wurden verschiedene Flugzettelaktionen durchgeführt, in denen die Italiener aufgefordert wurden, Südtirol zu verlassen und die Unterwanderung einzustellen. Der für die Anschläge notwendige Sprengstoff wurde nicht gestohlen, sondern mit eigenen Mitteln auf verschiedenen Baustellen italienischer Firmen angekauft. Weiters besitzt der BAS einige Maschinengewehre, Maschinenpistolen, Handgranaten und Pistolen sowie Molotow-Cocktails. Bei diesen Waffen handelt es sich durchwegs um solche der ehemaligen deutschen Wehrmacht.*[13]

Dafür, dass sich Kreisky Südtirol auf die Fahnen schrieb, gab es zunächst innenpolitisch motivierte Gründe, wie er später in seinen Memoiren festhielt. Der *neuerwachende österreichische Patriotismus* habe der Südtirolfrage ein *beträchtliches Interesse* entgegengebracht, weshalb er als Außenminister zu verhindern versuchte, *dass man aus meiner sozialistischen Haltung und meiner kosmopolitischen Neigung, die manchmal mit meiner jüdischen Abstammung in Verbindung gebracht wurde, die Schlussfolgerung zog, ich würde mich mit dem Südtirol-Problem nicht intensiv genug beschäftigten*[14]. Mit dem Aufgreifen des Themas konnten Kreisky und die SPÖ einen eigentlich konservativ-nationalen *cause célèbre* besetzen und gewannen so abseits der traditionellen Anhängerschaft an Glaubwürdigkeit. Der Einsatz für Südtirol verband sich mit einem damals im Aufwind befindlichen Österreich-Bewusstsein und wirkte als Kristallisationspunkt der Identitätsbildung der jungen Nachkriegsdemokratie[15].

Ein weiteres Motiv für Kreiskys Anteilnahme könnte mit dem Andenken an den von ihm sehr verehrten Großonkel Joseph Neuwirth in Ver-

13 Ebd.

14 Bruno Kreisky, Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil (Wien 1988) 148 f.

15 Hans Heiss, Bruno Kreisky und Südtirol – Facetten einer komplexen Beziehung, in: Pfeifer–Steiner, Kreisky 9–23, hier 15.

bindung stehen. Dieser hatte sich als Abgeordneter im Reichsrat für die von Unwetterkatastrophen heimgesuchte Bevölkerung in Südtirol eingesetzt[16]. Aus der Biografie wird weiters deutlich: Kreisky zeichnete zeitlebens eine besondere Affinität für Heimatlose und Vertriebene sowie für deren politische Anliegen aus. Und so begegnete er auch dem BAS mit Sympathie und Verständnis. Kreiskys persönliche Erfahrung von Widerstand, Gefangenschaft und Exil spielte dabei eine zentrale Rolle. Als er später Ende der 1970er Jahre als einer der ersten westlichen Politiker für die „Palästinischen Befreiungsorganisation"(PLO) Partei ergriff, sagte er bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit PLO-Chef Jassir Arafat und Willi Brandt:

> *Wer einmal so wie ich im Ausland war zusammen mit Zehntausenden Österreichern und für ein Land gesprochen hat, das es aber nicht mehr auf der Landkarte gegeben hat, dessen Menschen aber existiert haben, ein solcher Flüchtling wie ich es einmal war, der hat ein besonderes Verständnis für Bewegungen ähnlicher Art. Und ich fühle mich auch meiner eigenen Vergangenheit verantwortlich, und das ist mit ein Grund, warum ich in dieser Frage vielleicht ein bisschen mehr tue als üblich.*[17]

Nach den Februarkämpfen 1934 und dem Abdrängen der Sozialdemokratie in den Untergrund war der damalige Jugendfunktionär Kreisky an der Gründung der „Revolutionären Sozialistischen Jugend" beteiligt gewesen: Diese unternahm illegale Aktionen gegen das autoritäre Regime des Ständestaats, indem etwa sozialistische Symbole an Schornsteinen befestigt oder Flugzettel gestreut wurden[18]. Ende Jänner 1935 wurde Kreisky von der Polizei verhaftet und verbüßte wegen „Hochverrats" eine viermonatige Arrest- und eine einjährige Haftstrafe. Er verlor nicht nur seine Studienberechtigung in Österreich, die Erfahrung der Isolation und der „Freiheitsberaubung" waren für ihn „das ärgste, was ich bis dahin durchgemacht hatte"[19]. Zwei Tage nach dem „Anschluss" Österreichs an Nazideutschland, am 15. März 1938,

16 Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. Die Biografie (St. Pölten 2010) 130.

17 Pressekonferenz Bundeskanzler Dr. Bruno Kreiskys, Willy Brandts und Jassir Arafats vom 12.7.1979. StBKA, VII.4. Nahost, Box 8.

18 Auch schon eine Vergangenheit. Gefängnistagebuch und Korrespondenzen von Bruno Kreisky, hrsg. von Ulrike Felber (Wien 2009) 58.

19 Ebd. 64.

wurde Kreisky erneut verhaftet und nach einigen Monaten Untersuchungshaft vor die Wahl gestellt, entweder eingesperrt zu bleiben oder das Land zu verlassen[20]. Kreisky emigrierte in der Folge nach Schweden und kehrte im Mai 1946 nach Österreich zurück. Diese Erfahrungen sollten aber nicht nur Kreiskys Eintreten für Südtirol beeinflussen, sondern auch seine spätere Distanzierung von dem zunehmend brutalen Terrorismus. Wie Elisabeth Röhrlich in ihrer Monographie über die Außenpolitik Kreiskys anmerkt, hatte sich dieser „anfangs offensichtlich in der Rolle des Südtirolfreundes" gefallen. 1963/64 sollte sich dies aber ändern. Seine Abneigung gegen jegliche Form des Terrors erklärte Kreisky damals mit dem Hinweis auf den Austrofaschismus: *Ich selbst habe dies hier in Österreich erlebt, 1934. Ich kenne das Leid, das über Familien gebracht wurde, und die Verfolgungen, denen Leute ausgesetzt waren. […] Deshalb habe ich vor dem Terror gewarnt*.[21]

2. „Gut, wenn es in Südtirol einmal bumst"

Wenige Monate nachdem ihn Zechtl über den BAS informiert hatte, kam es zu einem ersten persönlichen Treffen mit führenden Aktivisten. Am 27. Jänner 1960 – „von 09.20 bis 10.45 Uhr" hatten Wolfgang Pfaundler (1924-2015) vom Nordtiroler BAS und Georg („Jörg") Klotz (1919-1976) vom Südtiroler BAS einen Termin in Kreiskys Amtsräumlichkeiten – offiziell unter dem Titel: „Vorsprache für Unterstützung des Schützenwesens und Erbittung von Geld für den Ankauf Schützendekorationen"[22]. Die Staatspolizei vermerkte lapidar: *Im Verlaufe der Unterhaltung soll auch die Lage in Südtirol zur Sprache gekommen sein die von Klotz dargelegt wurde*.[23] Was genau besprochen worden war, wurde zwei Jahre später zum Gegenstand einer Kontroverse. Klotz, der sich ab März 1962 in österreichischer Untersuchungshaft befand, wandte sich brieflich an Kreisky. Er bekundete, *dankbar* zu sein, falls der Außenminister „Erhebungen anstellen und gegebenenfalls intervenieren würde". Offenbar um Kreisky unter Druck zu setzen, nahm Klotz Bezug auf das zwei Jahre zurückliegende Tref-

20 Ebd. 158.

21 Elisabeth Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm (Wien 2009) 214 ff.

22 Peterlini, Feuernacht 67.

23 Mappe BAS Informationen – Vertraulich, 1961. StBKA, Südtirol VII. 9, Box 3

fen: *Wie Ihnen erinnerlich sein dürfte erzielten wir in der ca. 2stündigen Aussprache volle Übereinkunft in den schwebenden und zukünftigen Fragen des Landes Südtirol. Diese Ihre und meine übereinstimmende Auffassung hat sich meinerseits nicht geändert*[24]. Kreisky wies diese Darstellung, er habe sich als hohes Regierungsmitglied im Einverständnis mit Attentätern befunden, zurück. In einer Aktennotiz für Justizminister Christian Broda (SPÖ) hielt er fest:

> *Ich habe Klotz und Pfaundler ausdrücklich aufmerksam gemacht, dass nur friedliche Mittel zielführend sein können und dass alle anderen Aktionen mit einer Niederlage enden müssen. Ich möchte Dir dies ausführlich zur Kenntnis bringen, da ich mich des Gefühls nicht erwehren kann, dass es sich bei Klotz um einen Menschen handelt, der mit der Wahrheit leichtfertig umgeht und sich, vielleicht auf Rat seiner Freunde, nun in dunklen Andeutungen in der bekannten Richtung ergeht.*[25]

2002 schilderte Eva Klotz in der Biografie ihres Vaters den umstrittenen Gesprächsverlauf so:

> *Jörg spricht ganz offen. Kreisky ist nicht weniger deutlich: „Zurückschlagen ist die einzige Möglichkeit, um sich Luft zu machen … es ist gut, wenn es in Südtirol einmal bumst, denn nur so wird die Welt auf dieses Problem aufmerksam!" Jörg möchte aber mehr. Er ist zum Kampf entschlossen und darauf vorbereitet, aber er braucht eine Absicherung für sich und andere. „Was ist, wenn wir Südtirol verlassen müssen? Werden wir in Österreich Schutz und Unterstützung finden? Werden wir von Österreich aus agieren und unseren Kampf fortsetzen können?" […] Im Gegensatz zu anderen Politikern macht Kreisky keine klaren Zusagen. Aber Jörg kann Übereinstimmung in den Fragen feststellen, die Südtirol und dessen Zukunft betreffen. Es ist ein freundschaftliches Gespräch. Der Außenminister führt seine Besucher anschließend persönlich durch das alte Palais am Wiener Ballhausplatz und zum Dollfuß-Denkmal. Zum Abschied gibt er Jörg ein Kistchen bester Zigarren*

24 Klotz an Kreisky. StBKA, Südtirol VII. 9, Box 3.

25 Kreisky an Broda. StBKA, Südtirol VII. 9, Box 3.

mit. Der raucht sie später daheim in Walten an hohen Feiertagen oder zu besonderen Anlässen.[26]

Zehn Monate nach der Vorsprache von Klotz und Pfaundler, am 27. November 1960, empfing Kreisky die Führung des Südtiroler BAS erneut. Diesmal war neben Karl Titscher und Jörg Pircher auch der Frangartner Kaufmann Sepp Kerschbaumer (1913–1964) gekommen, der Gründer des BAS. Er war davor schon zweimal nach Wien gefahren. Einmal hatte Kerschbaumer kurzfristig der Mut verlassen, beim Außenminister von Österreich vorzusprechen. Ein zweiter Versuch am 14. November 1960 scheiterte an einem Portier, der Kerschbaumer und drei Begleiter nicht vorbeiließ. Für den 27. November 1960 aber schlug Kreisky vor, die Südtiroler sollten um 16 Uhr in seine Privatwohnung in der Armbrustergasse Nr. 15 kommen – und so geschah es. SPÖ-Landesrat Zechtl, der den Termin organisiert hatte, nahm ebenso teil. Am Abend bat Kreisky seine Gäste zum Heurigen „Poldi Kurz". Zu der Runde stießen dann einige der wichtigsten Verbindungsleute des BAS in Österreich – der Völkerrechtsexperte und spätere ÖVP-Nationalrat, Felix Ermacora (1923–1995), der Legationsrat im Außenministerium Josef Dengler, der damalige „Express"-Chefredakteur und spätere ORF-Generaldirektor Gerd Bacher (1925–2015), sowie der Verleger Fritz Molden (1924–2014), zu dessen Portfolio eben dem „Express" noch „Die Presse", „Die Wochen –Presse" und „Abend-Presse" gehörten[27].

Über den Inhalt der mehrstündigen Unterhaltung in der Armbrustergasse gingen die Meinungen später wieder scharf auseinander. In seinen Memoiren stellte Kreisky die Sache so dar, dass *er die Südtiroler vor dem Abgleiten in den Terrorismus bewahren wollte:*

In Südtirol gab es Tendenzen, den Forderungen nach dem Selbstbestimmungsrecht durch Terrorakte größeren Nachdruck zu verleihen. Ich habe die maßgebenden Vertreter dieser Richtung – integre, ehrliche, knorrige Typen – zu mir nach Hause eingeladen und sie dringend vor solchen Aktionen gewarnt. Aus

26 Eva Klotz, Georg Klotz. Freiheitskämpfer für die Einheit Tirols (Wien 2002) 78.

27 Christoph Franceschini, Die Welle der Sprengstoffanschläge in Südtirol, in: Handbuch zur neueren Geschichte Tirols. 1. Teil: Politische Geschichte, hrsg. von Anton Pelinka und Andreas Maislinger (Innsbruck 1993) 477.

> *dem Umstand, dass ich sie freundschaftlich empfing, wurden sehr bösartige, entgegen gesetzte Schlüsse gezogen. Damals, im Gespräch mit diesen Südtirolern, habe ich gelernt, dass aus der Weigerung, zu akzeptablen Lösungen zu kommen, Stimmungen entstehen können, die dem Terrorismus förderlich sind.*[28]

Mit den „bösartigen Schlüssen" spielte Kreisky auf eine Auseinandersetzung an, in die er 1964 verwickelt wurde. Bevor er sich von Wien aus für Aktionen in Südtirol absetzte, ließ der BAS-Mann Luis Amplatz (1926–1964) sein Testament notariell beglaubigen. In einer eidesstattlichen Erklärung nahm er Bezug auf das Treffen zwischen Kreisky und den BAS-Leuten vier Jahre zuvor (er selbst hatte aus Krankheitsgründen daran nicht teilnehmen können): *Die drei Männer haben ihren Standpunkt dargelegt und mit offenen Karten gespielt. Sie haben auch gesagt, dass es demnächst in Südtirol „schnöllen" wird. Kreisky hat aufmerksam zugehört und war mit, was die Männer gesagt haben, auch einverstanden.* Der Außenminister habe sogar ausdrücklich festgehalten: *Es ist gut, wenn es in Südtirol einmal bumst, denn nur so wird die Welt auf dieses Problem aufmerksam*.[29]

Nach Südtirol zurückgekehrt, geriet Amplatz kurze Zeit nach Abfassung seines Testaments in eine Falle der italienischen Geheimdienste. Er wurde in der Nacht vom 7. September 1964 von einem in den BAS eingeschleusten Spitzel erschossen. Als das Testament daraufhin öffentlich wurde, stellte Kreisky fest, dass er dem BAS-Mann niemals begegnet sei:

> *Ich habe immer und überall in Gesprächen mit Südtirolern und anderen Personen die terroristische Aktivität verurteilt und dabei auch auf ihre Gefährlichkeit und Nutzlosigkeit für die Sache Südtirols hingewiesen, insbesondere habe ich die großen persönlichen Gefahren dargelegt und das Unglück, das die Angehörigen der Beteiligten an solchen Aktionen zwangsläufig treffen muss, vor Augen geführt.*[30]

Im Rahmen einer ORF-Diskussion zur Südtirolproblematik unterstrich Kreisky 1965 nochmals: *Ich habe mit Südtiroler Terroristen nie gesprochen. Als ich mit*

28 Kreisky, Strom 158.

29 Mosser, Schuöcker, Jelinek, Feuernacht 170.

30 Amplatz 2, Austria Presse Agentur, 13.1.1965

Südtirolern sprach, wusste ich nicht, dass dies Leute seien, die einmal Terroristen werden würden. Ich habe mich nie geweigert, mit anständigen Leuten zu sprechen.[31] Eduard Widmoser, Obmann des „Berg-Isel-Bundes" und mit dem Nordtiroler BAS verbunden, äußerte später die Vermutung, dass die Kreisky betreffende Passage in dem Amplatz-Testament in Wirklichkeit von g*ewissen Kreisen in der ÖVP in Wien* diktiert worden sei, um so die SPÖ in die Nähe von *Terroristen* zu rücken[32]. Der Wiener Staatspolizeichef Peterlunger kam schon 1963 zu einem anderen Schluss. In einem Aktenvermerk hielt er fest, dass laut Angaben von Klotz die Ehefrau des Rechtsextremisten Norbert Burger *sehr viel Einfluss* auf Amplatz gehabt und diesem das Testament *herausgelockt* habe[33].

Darstellungen Dritter zu dem Treffen in der Armbrustergasse relativeren die angebliche Intrige etwas: Dem BAS-Mann Sepp Innerhofer zufolge sagte Kreisky zu Kerschbaumer: *Wenn ihr was macht's, dann gefälligst was Ordentliches.*[34] Auch Josef Fontana bestätigte, dass über Anschläge gesprochen worden sei. Kreisky soll gemeint haben: *Ich sag euch nicht, tut's etwas, und ich sage euch nicht, tut's nix, ihr wisst selbst, was zu tun ist. Manche, aber, die euch heute ermuntern, werden morgen über euch herfallen.* Aus diesen Ausführungen hätten Kerschbaumer, Pircher und Titscher den Schluss gezogen, *dass es die Anschläge brauche, wenn man einen Durchbruch erzielen wolle.* Die Südtiroler nahmen zur Kenntnis, dass ihr Aktionsplan in Kreiskys Konzept passte und seien *begeistert* aus Wien zurückgekehrt[35]. Das bestätigte der Augen- und Ohrenzeuge, Zechtl, Anfang der 1990er Jahre. Ihm zufolge war Kreisky positiv bewegt: *Er war überrascht von der Seriosität der Leute. Die haben alle einen guten Eindruck gemacht. Vor allem Sepp Kerschbaumer. Auch Kreisky hat in diesem Gespräch eine für ihn neue Welt kennengelernt.* Über anstehende terroristische Aktivitäten sei *nicht gesprochen worden*: *Das hat man wohlweislich vermieden. Glauben Sie wirklich, dass eine Besprechung mit dem österreichischen Außenminister solche Dinge behandelt, die damals brennend aktuell gewesen sind?* Kreisky habe gewusst, mit wem er sich da unterhalte, aber nicht viel mehr: *Er wusste natürlich, dass sie in diesem Kreis sind, mehr aber nicht. Zudem gab es auch unter den Südtirolern ein*

31 Südtirol-Diskussion 1, Austria Presse Agentur, 24.1.1965.

32 Mosser, Schuöcker, Jelinek, Feuernacht 172.

33 Aktenvermerk, 14.1.1963. StBKA, Südtirol VII. 9, Box 2.

34 Peterlini, Bombenjahre 73.

35 Fontana, Mayr, Kerschbaumer 116.

stilles Einverständnis, nicht über Details zu reden. Es sei von Anfang an ein *politisch-menschliches Gespräch* gewesen,

> *denn Kreisky hat sich von jedem den Lebenslauf schildern lassen. Besonders beeindruckt war er von der Schilderung Sepp Kerschbaumers. Kreisky hat dann seinen politischen Standpunkt in der Südtirolfrage erläutert und er hat ehrlich und aufrichtig gesagt, dass in dieser Situation eine Grenzänderung in Europa nicht möglich sein wird.*[36]

Kreiskys Verbindung zur Führungsriege der BAS-Attentäter blieb über die Jahre brisant. Schon am 23. Juli 1961 hieß es in einem Artikel in der „Neuen Züricher Zeitung":

> *Den Bemühungen eines in der Südtirolfrage gemäßigt denkenden Kreises der Volkspartei,* […], *stellt sich eine Konstellation entgegen, in der der sozialistische Außenminister Kreisky Seite an Seite mit den radikalen Nationalisten Oberhammer* [Landesrat Alois Oberhammer, ÖVP] *und Gschnitzer* [Staatssekretär Franz Gschnitzer, ÖVP] *steht. Der Kampf der Meinungen ist noch nicht entschieden.* Kreisky habe mit gemeinsam mit anderen SPÖ-Regierungsmitgliedern *in den verschiedenen Phasen des Aufbaus einer Partisanenorganisation teils durch direkte Teilnahme, teils durch aktive Vorschubleistung, teils durch mitwissende Duldung eine helfende Rolle gespielt.*[37]

Der Autor des Artikels, der Österreichkorrespondent Christian Kind, erinnerte sich 2010, dass ihm der Text durch den Chefredakteur des Bundespressedienst, Hans Kronhuber, „praktisch diktiert" worden sei: *Das war eine parteiliche Sache, auch wenn die Anschuldigungen nicht unbegründet waren.* Kreisky entgegnete den Anschuldigungen im Rahmen einer Pressekonferenz am 26. Juli 1961:

> *Ich kann nur immer wieder erklären, dass ich mich seit zwei Jahren bemühe, eine Radikalisierung der Südtirolfrage zu verhindern. Ich habe vor der nun-*

36 „Kreisky wusste nichts", in: profil 47 (1991), 76.

37 Mosser-Schuöcker, Jelinek, Feuernacht 139.

> *mehr eingetretenen Entwicklung gewarnt und die Südtiroler darauf aufmerksam gemacht, dass nur die Anwendung friedlicher Mittel auf eine erfolgreiche Lösung des Problems bietet.*[38]

Viele Jahrzehnte später, im Jahr 1999, meldete sich Molden in dieser Sache zu Wort. Im Interview mit der *Presse* bekundete er: *Am besten informiert war der Außenminister, der Kreisky.* […] *Immer wieder hat Kreisky, der ja weite Wanderungen mit seinen politischen Gedanken gemacht hat, zu uns gesagt: Schaut's Euch doch mal Algerien an, Zypern, Israel. Ohne Kampf gibt's keine Freiheit!* Kreisky und der mit ihm befreundete Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (1913–1989) seien überzeugt gewesen: *Das war damals richtig. Beide waren natürlich traurig über jeden Toten. Aber noch höre ich Kreisky sagen: ‚Die Zyprioten haben auch Tote gehabt, und die Algerier.* Als ihm BAS-Angehörige Anfang 1961 quasi als Trophäe einen Splitter der von ihnen gesprengten Duce-Monumentalfigur in Waidbruck überbrachten, sagte Kreisky laut Molden: *Auf a paar Masten mehr oder weniger solls mir net ankommen*.[39] Zechtl, damals als einziger Teilnehmer des Treffens in der Armbrustergasse noch am Leben, nahm Stellung und revidierte seine früheren Aussagen ein wenig: *Kreisky hat alles gewusst, aber er hat sich nicht eingemengt. Er hat nicht gesagt: Das dürft ihr nicht tun.* Hinsichtlich der Behauptungen Moldens rund um Kreiskys Redseligkeit meldete Zechtl aber Zweifel an: *Er war doch nicht so unvorsichtig, mit solchen Zitaten um sich zu werfen.* Der Historiker Franceschini pflichtete bei und sprach von einer *Räuberpistole*: *Es ist falsch, Kreisky als Oberpaten des Terrors hinzustellen. Wie auch große Teile der österreichischen Staatspolizei war er ein stiller Mitwisser*[40]. Zu einem ähnlichen Schluss gelangte Rolf Steininger in seiner Studie „Südtirol zwischen Diplomatie und Terror":

> *Kreisky hatte die Geister sicherlich nicht gerufen und wollte vor allen Dingen mit jenen, die dann zum Terror und Morden übergingen, in der Tat nichts zu tun haben. 1959/60 war klar, dass Attentate durchgeführt werden sollten, die den österreichischen Forderungen vor der UNO und gegenüber Italien*

38 Ebd. 140

39 Terroristen gegen Italien – mit Bruno Kreiskys Einverständnis. Fritz Moldens Rolle im Südtiroler Widerstandskampf der „Bumser", in: Die Presse, 8.1.1999.

40 Herbert Lackner, Als die Masten fielen, in: profil 8 (1999) 42 ff.

> *Nachdruck verleihen sollten und auch von Politkern als „nützlich" erachtet wurden.*[41]

Der Journalist Hans Karl Peterlini dagegen beruft sich auf einen weiteren Zeitzeugen aus den Reihen der ÖVP, den damaligen Staatssekretär im Außenministerium, Ludwig Steiner (1922–2015). Dieser hatte 2009 bekundet, Kreisky habe die erste Phase der Bombenanschläge in Südtirol nicht nur gewünscht, sondern regelrecht „bestellt". Für Peterlini war Kreisky offenbar der Annahme, *es bedürfe des Druckaufbaus, um Italiens rigide Haltung zu schwächen und auf der internationalen Bühne die österreichische Position zu stärken*[42]. Michael Gehler wiederum vermutet, dass Kreisky zur Erkenntnis gelangt sei,

> *dass die Aktionen minierbar und steuerbar bleiben. Er mahnte und warnte zwar, sprach sich offenbar nicht gegen jede einzelne Detonation aus. Obwohl ein Menschenleben verachtender Terrorismus keinesfalls in Kreiskys Absicht lag, dürften die Gesprächsteilnehmer den Eindruck gewonnen haben, dass der Außenminister bereit war, Bedenken gegen die eine oder andere Sprengung am geeigneten Platz zurückzustellen.*[43]

3. „Hinterland" Österreich

An dieser Stelle wird es notwendig, den engen Fokus auf Kreisky zu erweitern. Der Einsatz des Außenministers war nur ein Aspekt einer generellen Unterstützung für den BAS in Österreich. Diese erstreckte sich auf mehrere Gebiete: Politische, finanzielle, materielle Hilfe, aber auch Schutz vor Auslieferung sowie stillschweigende Duldung. Österreich war das strategische „Hinterland" des BAS. Ohne diesen „Schutzhafen" wäre die mehrjährige Ter-

41 Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969, Bd. 3: 1962–1969 (Bozen 1999) 254.

42 Hans Karl Peterlini, Das Unbehagen in der Geschichte. 50 Jahre Feuernacht – eine Auseinandersetzung, http://www.hanskarlpeterlini.com/Das%20Unbehagen%20in%20der%20Geschichte.pdf, letzter Zugriff 16.12.2016.

43 Michael Gehler, „… dass keine Menschenleben geopfert werden sollten – das war der Plan." Die Bozner „Feuernacht" und die Südtirol-Attentate der 1960er Jahre, in: Von Sarajewo zum 11. September. Einzelattentate und Massenterrorismus, hrsg. von Michael Gehler, Rene Ortner (Innsbruck 2007) 205–256, hier 235.

rorkampagne in dieser Form nicht möglich gewesen. Allerdings war Kreisky in diesem Zusammenhang nur ein wichtiger Akteur unter vielen.

Zunächst einmal verfügte der BAS in Nordtirol über eine eigene Zelle. Diese wurde bis zum Frühjahr 1959 von dem gut vernetzten ehemaligen Widerstandskämpfer und Journalisten Wolfgang Pfaundler aufgebaut. Vertreten waren neben Bacher, Molden und Widmoser der Innsbrucker Kaufmann Kurt Welser (1929–1965), das Künstlerehepaar Klaudius und Herlinde Molling, der Reiseschriftsteller Heinrich Klier sowie der Innsbrucker Universitätsassistent Helmut Heuberger. Im Umfeld befanden sich Ermacora, der Legationsrat im Außenministerium, Josef Dengler, sowie Winfried Platzgummer, Mitarbeiter von Staatssekretär Gschnitzer. Ebenso in Verbindung zum Nordtiroler BAS stand von Beginn an der bereits erwähnte Innsbrucker Universitätsassistent und spätere Gründer der Nationaldemokratischen Partei (NDP), Norbert Burger (1929–1992). Dieser rekrutierte innerhalb deutschnationaler Burschenschaften eine eigene Gruppe gewaltbereiter Aktivisten[44].

Die Kontakte dieser Zelle reichten weiter zu wichtigen Entscheidungsträgern. In Nordtirol stand der BAS – wie es Peterlini ausdrückt – „unter der Schirmherrschaft der Tiroler Landesregierung“[45]. Landeshauptmann Wallnöfer wusste zwar nicht über alle Einzelheiten Bescheid, war aber in die Sache des BAS eingeweiht[46]. Offene Sympathie für den BAS zeigten weiters Landeshauptmannstellvertreter Hans Gamper sowie Otto Gamper, der Innsbrucker Vizebürgermeister und FPÖ-Obmann[47]. Seitens der SPÖ war der bereits erwähnte Landesrat Zechtl in den Aufbau des Nordtiroler BAS eingebunden und stellte die Verbindung nach Wien her, genauso wie Molden auf der gegenüberliegenden Seite des politischen Spektrums[48]. Der wichtigste Ansprechpartner für den BAS in Nordtirol war aber der Tiroler ÖVP-Obmann und Landesrat, Aloys Oberhammer (1900–1983), den Josef Fontana gar als „Übervater des ganzen Unternehmens“ nördlich der Brennergrenze be-

44 Rolf Steininger, Südtirol zwischen Terror und Diplomatie 1947-1969. Band 2: 1960–1962 (Bozen 1999) 500.

45 Peterlini, Feuernacht 75.

46 Peterlini, Südtiroler Bombenjahre 152 f.

47 Ebd. 153.

48 Ebd. 73.

zeichnet[49]. Oberhammer wusste vom Aufbau des BAS, stellte finanzielle Mittel zur Verfügung und kannte die Attentatspläne. Seine Rolle wurde seitens der Sicherheitsbehörden nicht unkritisch gesehen. In einem streng vertraulichen Bericht der Polizeidirektion Wien von Anfang Jänner 1961 heißt es: *Es gibt in Österreich offizielle Stellen, die es gar nicht angenehm empfingen, dass Oberhammer nun auch als Feldherr in Erscheinung treten will. Man befürchtet, dass die österreichische Rechtsopposition empfindlich geschwächt würde, falls in Südtirol zu „cypern" begänne [eine Anspielung auf den antikolonialen Aufstand auf Zypern Ende der 1950er Jahre].* Der Bericht verwies auf die prekäre Position Oberhammers innerhalb der Tiroler ÖVP als Motiv für dessen BAS-Engagement:

> *Oberhammers gesteigerte Aktivität für Südtirol bringen politische Beobachter mit seinem Bestreben in Zusammenhang, seinen politischen Tod aufzuhalten. Oberhammer besitzt in Tirol nur noch unter den aufgeputschten Südtirol-Heimholern Beachtung. In weiten Kreisen der Bevölkerung ist er entweder gar nicht oder als „Narr" verrufen.* […] *In Tirol hat es noch kein bürgerlicher Politiker zuwegegebracht, sein mäßiges Prestige so schnell und so gründlich zu verspielen, wie der durch ein unglaublich bockiges Temperament und eine seltene politische Engstirnigkeit gezeichnete Aloys Oberhammer.*[50]

Dieser versuche sich *mit allen Mitteln zum „neuen Andreas Hofer" zu machen, wie seine eigenen Parteikollegen dies auszurücken pflegen*. Über einen Innsbrucker Rechtsanwalt, der Gründungsmitglied der Kameradschaft IV, dem Heimkehrerverband der ehemaligen Waffen SS in Tirol, sei, unterhalte Oberhammer *Verbindungen nach Bundesdeutschland, von wo bedeutende Spenden zur Finanzierung der Ausrüstung der Oberhammer'schen Befreiungsarmee eingehen*[51]. Die laut Herlinde Molling wohl „wichtigste politische Bezugsperson" des BAS wurde aber relativ rasch ein Opfer einer Kontroverse, in die sich Oberhammer selbst verstrickt hatte. Anfang Juli 1961 gab er der „Associated Press" ein Interview mit scharfen Äußerungen gegenüber Italien. Obwohl nicht autorisiert, wurde es in der „Neuen Züricher Zeitung" veröffentlicht. Am Ende blieb Oberham-

49 Fontana, Mayr, Kerschbaumer 104.

50 A.V. Betr..: Artikel im „Spiegel" No. 52 (Dez. 1960), 11.1.1961. Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (künftig: ÖSTA/AdR), BMI, 24.451–2B/61.

51 Ebd.

mer nur übrig, seine Mandate als Obmann der Tiroler Volkspartei und als Landesregierungsmitglied am 10. August 1961 niederzulegen[52]. Oberhammer griff aber weiter in die operative Leitung des BAS ein, wie aus einem Dokument von 1964 hervorgeht. Darin werden die Aussagen eines in Italien festgenommen BAS-Anführers an den damaligen Innenminister Franz Olah (SPÖ) berichtet. Demnach war Oberhammer nicht nur eine der „Hauptfinanzierungsquellen" des BAS, sondern gab auch die „Richtlinien und Ratschläge" auf dem Organisationssektor, „vor allem hinsichtlich der operativen Eingriffe in Bezug auf Zeitpunkt, Häufigkeit und Tragweite der Terrortätigkeit, er entschied das Datum 4. 8. als Beginn des Terrorplanes 1963"[53].

Die Beziehung des BAS zum politischen Establishment in Südtirol waren dagegen komplex: Während sich in Nordtirol vor allem bürgerliche Intellektuelle für den BAS engagierten, setzte sich die ungleich größere Organisation in Südtirol überwiegend aus dem bäuerlichen Milieu zusammen. Von daher misstrauten die BAS-Leute der bürgerlich-urbanen SVP, wie die österreichische Staatspolizei 1961 vermerkte: *Man ist der Meinung, dass der maßgebende Teil im Wesentlichen das sogenannte nimmersatte Bürgertum vertritt und dieses wiederum nachdem es die italienischen Geschäftsmethoden kennengelernt hat, gar kein Interesse an einem Anschluss an Österreich hat.*[54] Die Kontakte zwischen SVP und BAS beschränkten sich nicht nur aufgrund von Auffassungsunterschieden auf ein Minimum. Die Politiker Hans Dietl und Franz Widmann wurden informiert, ansonsten achtete man darauf, die SVP nicht zu kompromittieren, weil dies den italienischen Behörden vielleicht den Vorwand geliefert hätte, die Partei aufzulösen[55].

Neben den politischen Kontakten war Österreich als Quelle der für den Untergrundkampf notwendigen Mittel unerlässlich: Die Aufrüstung des BAS vollzog sich über mehrere Jahre – praktisch unter den Augen der österreichischen Staatsmacht. Sepp Kerschbaumer sei sich bewusst gewesen, *dass der BAS nur dann eine Aktion großen Stils über die Bühne bringen könne, wenn er Hilfe aus Österreich bekam. Auf sich alleine gestellt, würde man das Ziel, das man sich*

52 Herlinde Molling, So planten wir die Feuernacht. Protokolle, Skizzen und Strategiepapiere aus dem BAS-Archiv (Bozen 2011) 325 f.

53 Mosser, Schuöcker, Jelinek, Feuernacht 201 ff.

54 BAS Informationen Juli 1961. StBKA Südtirol VII. 9, Box 3.

55 Peterlini, Südtiroler Bombenjahre 158 ff.

gesetzt hatte, nie erreichen. Es fehlte an Geld, und es fehlte vor allem an Material. Man brauchte Sprengstoff, Zündschnüre, Sprengkapseln und Zeitzünder[56]. In all diesen Bereichen schafften die Nachschublinien nach Österreich Abhilfe. So wurde ein Großteil des Sprengmaterials bei unbescholtenen Personen, die hauptberuflich mit gewerblichen Sprengstoff handelten, legal besorgt[57]. Außerdem wurde aus Bauhütten an der Autobahn-Baustelle in Tirol gestohlen[58]. Was die kritische Frage des Transports über die Grenze anging, so wälzte Pfaundler anfänglich Pläne, *den Sprengstoff mit Sportflugzeugen nach Südtirol zu bringen und dort abzuwerfen*. Doch dies, so protokollierte die Staatspolizei mit, habe sich als *schwer realisierbar erwiesen*[59]. So lag es an Kurieren, den Sprengstoff im Auto unter der Motorhaube und im Kofferraum versteckt über die Grenze zu fahren. Hier taten sich vor allem Kurt Welser, das Ehepaar Molling und einige Frauen von österreichischen BAS-Mitgliedern hervor. Im Sommer 1959 trafen die ersten Lieferungen ein – bis zum Sommer 1961 wurden insgesamt drei bis vier Tonnen Sprengstoff (hauptsächlich Donarit I und II), Hunderte von Sprengkapseln und Zeitzündern sowie mehrere Dutzend Gewehre über den Brenner, den Reschen sowie über Osttirol nach Südtirol geschmuggelt[60]. Aber was wäre das beste Material in den Händen von ungeschulten Untergrundkämpfern? Auch in diesem Punkt wurde von Österreich aus Abhilfe geschaffen. „Politische Schulungskurse" fanden anfangs in den Räumen des Sitzes des *Berg-Isel-Bundes* in der Innsbrucker Herrengasse Nr. 3 statt. Die Vorträge hielt Widmoser persönlich. Anfang März 1960 hatte Welser einige der Kursteilnehmer aus Südtirol bei sich zuhause in Natters zu Gast. Dabei kam er auf das Thema Sprengungen zu sprechen:

> *Da ich während des Krieges in den Jahren 1943 auf 1944 gemeinsam mit meinem Bruder und einem Nachbarn in der Umgebung des Elternhauses einen Luftschutzbunker baute und wir dabei eine Höhle in den dort befindlichen Felsen sprengen mussten und insgesamt ca. 200 Sprengungen durchgeführt wurden, ich durch meine damalige Jugend an dieser Arbeit Gefallen fand und*

56 Fontana, Mayr, Kerschbaumer 103.

57 Franceschini, „Molden hat sehr viel Geld hineingesteckt", in: profil 47 (1991) 72–76, hier 74.

58 Peterlini, Bombenjahre 82.

59 Mappe BAS Informationen – Vertraulich, 1961. StBKA, Südtirol VII. 9, Box 3.

60 Franceschini, Sprengstoffanschläge 473.

> *mich dafür interessierte, war es mir möglich, bei dem Gespräch bezüglich Sprengungen mein seinerzeit gesammeltes Wissen dabei theoretisch weiterzugeben.*[61]

Ein Großteil der Ausbildung wurde dann auch auf dem Gelände von Welsers abgelegenen Hof südwestlich von Innsbruck abgehalten. Die Detonationen fielen wegen des in der Gegend gleichzeitig stattfindenden Autobahnausbaus nicht weiter auf[62]. Wie Welser später im Verhör angab, verliefen die ersten Versuche an einem Winkeleisen zur allgemeinen Zufriedenheit:

> *Dieser Versuch fand aus dem Grunde statt, sollten die rechtlichen und politischen Wege seitens Südtirols und der österreichischen Regierung erschöpft sein, damit ist die UNO und eventuelle der internationale Gerichtshof gemeint, um dann Leute in Südtirol zu haben, die ihr Wissen in Sprengungen an weitere Südtiroler vermitteln können.*[63]

Als weiterer Ausbildungsfachmann stand der damalige Forstreferent beim Waldverband Tirol, Helmut Riedl, zur Verfügung. Dieser schulte Burgers Anhang im Zillertal in der Handhabung von Sprengstoff. Selbst sagte er dazu aus:

> *Im Spätherbst 1959 ist an mich eine Person herangetreten, deren Namen ich nennen kann [es handelte sich um Norbert Burger], und ersuchte mich, ihr mitzuteilen, ob ich Sprengstoffsachverständige wüsste, die geeignet wären, Südtiroler Burschen im Sprengwesen einer Kurzausbildung zu unterziehen. Ich selbst war nicht in der Lage, geeignete Personen namhaft zu machen, weshalb ich mich bereit erklärte, zumal ich über die entsprechende Ausbildung verfüge* […], *die Ausbildung von Südtiroler Burschen zu übernehmen.*[64]

Riedl hatte eine außergewöhnliche Vorgeschichte: Nach dem Verbot der NSDAP in Österreich war er nach Deutschland geflüchtet, wo er innerhalb der österreichischen Legion eine SS-Ausbildung erhielt. Seinen akademischen Abschluss machte er an der Forsthochschule bei Dresden. Während

61 Niederschrift, 29.9.1960. ÖSTA, AdR, BMI, 24.451 – 2B/61, Bl. 140 f.

62 Peterlini, Bombenjahre, 82 f.

63 Niederschrift, 29.9.1960. ÖSTA, AdR, BMI, 24.451 – 2B/61, Bl. 140 f.

64 Information, 13.5.1960. ÖSTA, AdR, BMI, 24.451 – 2B/61, Bl. 10–14.

des 2. Weltkriegs versah Riedl den Dienst laut eigener Angabe *bei der Abwehr*[65] *– mit dem letzten Dienstgrad Oberleutnant*[66]. Vor Gericht 1965 bekundete Riedl, warum man mit Bomben des „Weltgewissens" auf Südtirol aufmerksam machen wollte: *Es sollte die Forderung der Südtiroler nach Autonomie akustisch untermauern. Ein Volk muss bis zum äußersten entschlossen sein, wenn es etwas erreichen will. Auf Zypern oder in Algerien ist es genauso gewesen.* Den Bezugsschein für den Sprengstoff hatte Riedl von einem ihm persönlich bekannten Hauptmann einer Bundesheer-Pioniereinheit in Schwaz bekommen. *Für mich war es eine Pflicht, den Südtirolern zu helfen*, so Riedl[67].

Mehrmals fanden Sprengkurse auch im Ausland und zwar in der benachbarten BRD statt. Laut den staatspolizeilichen Ermittlungsakten hielten sich am 27. und 28. Dezember 1959 12 BAS-Leute in Mittenwald auf. Als Ausbildner fungierte ein gewisser „Hauptmann Hugo" der Bundeswehr, den die Staatspolizei nicht identifizieren konnte:

> *Die Ausbildung fand nicht in der Jägerkaserne Mittenwald, sondern in einem in der Nähe gelegenen Forsthaus statt. Die Ausbildner sind zu diesem Zweck in Zivil in das Forsthaus gekommen. Durch diese letzte Ausbildung hat sich die Zahl der im Umgang mit Sprengstoff kundigen Personen auf 46 erhöht.*[68]

Weiters organisierte der bayrische Opel-Generalvertreter Josef Kuttendrein, der den BAS auch finanziell förderte, für vier Aktivsten einen Sprengkurs in Kreuth am Tegernsee[69]. Wie weit die Verwicklung in die Aufrüstung und Ausbildung der BAS-Leute in Österreich schließlich reichte, darüber gibt ein Bericht der Wiener Polizeidirektion vom 11. Jänner 1961 Auskunft:

> *Vor geraumer Zeit sind Funktionäre des Berg-Isel-Bundes an den Bundesminister Graf [Verteidigungsminister Ferdinand Graf, ÖVP] mit dem Ersuchen*

65 Im Jahr 1938 wurde der deutsche militärische Geheimdienst zur *Amtsgruppe Auslandsnachrichten und Abwehr* des neu geschaffenen Oberkommandos der Wehrmacht ernannt. Kurz nach Kriegsbeginn 1939 erfolgte die Erhebung der Amtsgruppe zum *Amt Ausland/Abwehr*.

66 Information, 13.5.1960. ÖSTA, AdR, BMI, 24.451 – 2B/61, Bl. 10–14.

67 Terroristenprozess: Burger beruft sich auf Tell, Andreas Hofer, Stauffenberg, in: Arbeiter-Zeitung, 12.5.1965.

68 Mappe BAS Informationen – Vertraulich. 1961. StBKA, Südtirol VII. 9, Box 3.

69 Peterlini, Südtiroler Bombenjahre 154.

> *herangetreten, er möge veranlassen, dass bestimmte Mitglieder des BAS von Pionieren des Bundesheeres im Gebrauch von Sprengstoff, Hohlhaftladungen, Handgaranten etc. ausgebildet werden, denn es sei nun schon das zweite ‚Unglück' in Südtirol passiert, als die ‚Bauernburschen' übten. Graf lehnte aber ab. Seither findet die Ausbildung teilweise im südbayrischen Raum durch bundesdeutsche Staatsangehörige und im Mittelgebirgsraum um Innsbruck statt.*[70]

Die Finanzierung des Unternehmens war die strittigste Frage, denn die Mittel flossen anfangs zögerlich. Ende 1959 beschwerte sich Kerschbaumer bei den Nordtiroler Verbündeten, *dass entgegen anderslautender Versprechungen bislang nur 10.000 Schilling zur Verfügung gestellt worden seien. Pfaundler erklärte darauf, dass auf Grund seiner und Dr. Oberhammers Bemühungen gegenwärtig ein Betrag von ca. 1,000.000 zur Verfügung stünde.* An dieser Unterredung nahm auch Molden teil. Der Verleger sorgte für mediale Unterstützung und war einer der wichtigsten Finanziers. Molden sagte zu Kerschbaumer,

> *dass er an der Sache Südtirols großen Anteil nehme und dass ein Teil des zur Verfügung gestellten Geldes von ihm stamme. Er erklärte Kerschbaumer, dass er die Absicht habe, als Journalist für die Sache Südtirols entsprechend einzutreten. Dazu sei es jedoch erforderlich, dass er über die Verhältnisse ziemlich genau informiert werde. Auf die Frage Kerschbaumers, ob man den Familien von Südtirolern helfen werde, wenn sich die Männer in Haft befinden, erklärte Molden dass dies sicherlich der Fall sein werde. […] Pfaundler hat Kerschbaumer bei diesem Besuch einen Betrag von 100.000 Lire übergeben.*[71]

Ein anderes Mal, am 27. Jänner 1960, statten Klotz und Pfaundler nach der erwähnten Vorsprache mit Kreisky auch Molden einen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit zeigte Pfaundler eine Maschinenpistole vor:

> *Er erklärte, dass er derartige Waffen bereits in der Umgebung von Wien lagernd habe. Sie seien für die Südtiroler angekauft worden. Weiters sei es*

70 A.V. Betr..: Artikel im „Spiegel" No. 52 (Dez. 1960), 11.1.1961, in: ÖSTA, AdR, BMI, 24.451 – 2B/61.

71 Mappe BAS Informationen – Vertraulich. 1961. StBKA, Südtirol VII. 9, Box 3.

> *Pfaundler gelungen, eine größere Menge Zeitzünder in Griechenland zu kaufen. Fritz Molden versicherte Klotz dazu, dass er mit allem einverstanden sei und dass er zur Finanzierung der Südtirolangelegenheit bereits 1,000.000 Schilling zur Verfügung gestellt habe.*[72]

Von Molden abgesehen hatte der BAS laut Peterlini immer einen direkten Zugang zur Nordtiroler Landesregierung: *Es gab auch Beschlüsse, das ist allerdings nicht beweisbar, aber verbürgt von Insidern, dass die Landesregierung Zahlungen an den BAS am Rechnungshof vorbei beschlossen hat.*[73] Unterstützung kam weiters von der bayrischen CSU und dem rechten FDP-Flügel um Josef Ertl, der als Agrarminister der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und Helmut Schmidt angehörte[74]. Ungeachtet dessen soll der Südtirolterrorismus laut dem Beteiligten Heinrich Klier *der billigste Freiheitskampf aller Zeiten* gewesen sein[75].

Eine bis heute umstrittene Frage betrifft mögliche verdeckte Unterstützung für den BAS durch östliche Geheimdienste. Nach Anschlägen Anfang 1960 in Meran und in Trient hieß es in einer streng vertraulichen Information vom 17. März 1960:

> *Der ital. Militär-ND [Nachrichtendienst] führt die Anschläge zum Teil auf die Tätigkeit von Ost-Agenten zurück. Bei den in Erfahrung gebrachten besonders verdächtigen beiden Personen handelt es sich um zwei in Österreich wohnhafte Flüchtlinge bulgar. bezw. rumän. Staatsangehörigkeit. Nach den hier vorliegenden Unterlagen gilt der eine tatsächlich als Agent östl. ND, während über den anderen keine Aufzeichnungen vorliegen.*[76]

Der Journalist Herbert Lucht teilte Kreisky 1963 brieflich mit:

> *Interessant mag vielleicht noch sein, dass Mittelsmänner der sowjetischen Botschaft in Wien 1960 bereits, vor der ersten „Terrorwelle" also, an die „Bumser" herangetreten sein und ihnen finanzielle und auch materielle Unterstützung unter der Bedingung zugesagt haben sollen, dass sie ihre „Aktio-*

72 Ebd.

73 Mosser, Schuöcker, Jelinek, Feuernacht 58.

74 Klaus Wiegrefe, Bozener Bumser, in: Der Spiegel 13 (2008) 42.

75 Peterlini, Südtiroler Bombenjahre 82

76 Information, 17.3.1960, in: ÖSTA, AdR, BMI, 24.451 – 2B/61.

nen" auch auf die in Südtirol befindlichen NATO-Basen ausdehnten. Sie hätten diese Forderung abgelehnt und seither die Feindschaft der Kommunisten gegen sich, die im „Südtiroler Freiheitskampf" als dem einzigen „nicht ihre schmutzigen Finger hätten".[77]

Laut Eva Klotz hat es von *sogar von den Russen* Hilfsangebote für ihren Vater gegeben. 1967/68 sei ein gewisser „Robert" vom tschechoslowakischen Geheimdienst gekommen, *der meinen Vater überzeugen wollte, man müsse zuerst eine Bank ausrauben, in Südtirol, um zu Geld zu kommen, dann müsse man einige italienische Kasernen stürmen*[78]. Aber in der Sitzung des Ministerrats vom 6. September 1966 winkte Innenminister Franz Hetzenauer (ÖVP) ab, als er gefragt wurde, ob es Anhaltspunkte gebe, *dass Agenten aus Ostdeutschland hinter diesen Gruppen stehen?* Seine Antwort lautete: *Das Innenministerium hat keine Anhaltspunkte*[79]. Erst für die 1980er Jahre sind die Machenschaften zweier Informeller Mitarbeiter (IM) des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Südtirol belegt[80].

Im Vergleich zur dürren Aktenlage in Sachen eines möglichen Mitmischens von Ostgeheimdiensten, gibt es im Falle der US-amerikanischen Central Intelligence Agency (CIA) einiges mehr an harten Fakten. Der Geheimdienst war an den Vorgängen in Südtirol zweifellos interessiert – betraf der Konflikt doch eine Region zwischen den NATO-Schlüsselstaaten Italien und BRD in unmittelbarer Umgebung der Außengrenze zum kommunistischen Block. Darüber hinaus befand sich in der Nähe von Brixen, auf der Hochfläche von Natz-Schabs ab 1966 unter dem Code-Namen „Site Rigel" ein NATO-Sondermunitionsdepot, in dem auch Atomwaffen gelagert wurden[81]. So überrascht es nicht, dass sich zu Weihnachten 1959 der ehemalige Agent des „Office for Strategic Services" (OSS), Fred Mayer, in Innsbruck aufhielt.

---

77 Herbert Lucht an Bruno Kreisky, 12.9.1963. StBKA, Südtirol VII. 9, Box 3.

78 Michaela Koller, Auftrag: „Konflikte verschärfen", Deutschlandfunk, 4.8.2007, http://www.deutschlandfunk.de/auftrag-konflikte-verschaerfen.724.de.html?dram:article_id=98848

79 Verhandlungsschrift Nr. 13 b über die Sitzung des Ministerrates am 6. 9. 1966. ÖSTA/AdR, BKA, Ministerratsprotokolle 2. Republik, Klaus II.

80 Vgl. Thomas Riegler, „Wir setzen uns rein und mischen da richtig mit": Die DDR-Staatssicherheit und der Südtirolkonflikt, in: zeitgeschichte 3 (2013) 166–180.

81 Teseo La Marca, „Von den Atomwaffen hat niemand etwas gewusst", in: salto.bz, 6.8.2016, https://www.salto.bz/de/article/05082016/keiner-hat-von-den-atomwaffen-gewusst, letzter Zugriff: 14.12.2016.

Er war mit seinen früheren Kontaktleuten beim österreichischen Widerstand zusammengetroffen, darunter mit Pfaundler. Mayer habe sich über die „Verhältnisse in Südtirol" erkundigt, mutmaßte die Staatspolizei:

> *Es ist anzunehmen, dass der amerikanische Nachrichtendienst auf diese Weise sich ein Bild über die Verhältnisse in Südtirol verschaffen will. Da Pfaundler sehr gut informiert ist und sonst als minderwertiger Charakter bezeichnet werden kann, kann angenommen werden, dass es Mayer sicher gelungen wird, von Pfaundler entsprechende Informationen zu erhalten. Mayer kündigt auch an, dass er künftiglich öfters nach Innsbruck kommen werde, um seine alten Freunde zu besuchen.*[82]

Zu Pfaundler existiert im online abrufbaren Dokumentenbestand, den die CIA im Zuge des *Nazi War Crimes Declassification Acts* freigegeben hat, ein schmales *name file*. Daraus wird ersichtlich, dass er bis Ende 1950 ein Agent gewesen sein muss – die CIA ließ ihn aber fallen, nachdem man dahinter gekommen war, dass er gleichzeitig eine wichtige Quelle des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Otto von Bolschwing war[83]. Dieser hatte unter dem Decknamen USAGE ab 1947 zunächst für die *Organisation Gehlen* (ORG), Vorläufer des Bundesnachrichtendiensts (BND), und ab 1950 für die CIA in Wien mehrere Informanten-Netzwerke aufgebaut. Pfaundler gehörte zum „CC net", dem Führungsstab Bolschwings und war mit diesem direkt in Kontakt. Bemerkenswerterweise zählte zum „Socialist Party net" auch Zechtl. Leiter dieses Netzes war der Staatspolizist Oskar Modelhart[84]. Deshalb ist laut Franceschini nicht sicher, ob sich Zechtl bewusst war, dass seine Informationen an ausländische Nachrichtendienste gingen: *Tatsache ist, dass die CIA noch 1968 Rupert Zechtl in ihrer Personenkartei als ehemaligen Agenten des deutschen Bundesnachrichtendienstes (‚BND former Agent') führte.*[85]

---

82 Mappe BAS Informationen – Vertraulich, 1961. StBKA, Südtirol VII. 9, Box 3.

83 Agent Status Report, 27.11.1950, https://www.cia.gov/library/readingroom/docs/PFAUNDLER%2C%20WOLFGANG%20VON_0013.pdf, letzter Zugriff: 14.11.2016.

84 Usage Status as of 15.6.1951, http://www.foia.cia.gov/sites/default/files/document_conversions/1705143/BOLSCHWING%2C%20OTTO%20%28VON%29%20%20%20VOL.%201_0173.pdf, letzter Zugriff: 14.11.2016.

85 Franceschini, Bruno Kreisky und die Attentäter – Mythos und Wirklichkeit, in: Pfeifer, Steiner, Kreisky 123–151, hier 136 f.

In einem weiteren CIA-Dokument vom 17. Juli 1961 ist die Rede davon, dass Pfaundler Kopien eines Guerilla-Manuals an BAS-Mitglieder verteilt hatte. Dabei soll es sich um ein Handbuch gehandelt haben, dass eigentlich für Agenten in Ostdeutschland produziert worden war[86]. Einige weitere *Field Information Reports* zeigen, dass die CIA über viele Kontakte und Vorhaben der „South Tyrolean extremist circles detailliert Bescheid wusste. So auch über die Finanzierung des BAS durch Molden – in einem Kommentar der CIA-Station in Wien von Ende 1960 wird festgehalten, dass letzterer laut einer Quelle bei einer Besprechung mit BAS-Leuten seine Investition auf rund 400.000 Schilling beziffert habe. Dies dürfe den österreichischen Behörden nicht bekannt werden, weil ihm sonst daraus Probleme erwachsen könnten. Abschließend erlaubten sich die Verfasser eine kleine „Spitze" gegen Molden: *In view of [Name freiglassen] somewhat precarious financial situation, we wonder if this was all his money in any case*.[87] Molden hatte wie Pfaundler während des Zweiten Weltkrieges mit dem OSS-Bürochef in Bern, Allen Dulles, zusammengearbeitet. Während eines USA-Aufenthalts Ende der 1940er Jahre stellte ihm dieser seine Tochter Joan vor. Im Frühling 1948 wurde geheiratet, aber es war eine Verbindung, die sich vor allem für Brautvater und Schwiegersohn auszahlte. So sei Molden, der zurück in Österreich zum Sekretär von Außenminister Karl Gruber aufstieg, für Dulles eine wichtige nachrichtendienstliche Verbindung gewesen. 1954 ließ sich Joan Dulles scheiden[88], aber der Draht zwischen ihrem Vater, der 1953 zum Direktor der CIA aufgestiegen war und Molden blieb bestehen. Gerüchte, wonach Dulles und die CIA bei der Etablierung des „Presseimperiums" eine Rolle spielten, wollten trotz Dementis nie verstummen. Und es ist gut möglich, dass Molden – so wie Franceschini vermutet – als Informations-Relais in Sachen Südtirol geradezu prädestiniert war. Und zwar nicht nur zu den Stellen in Wien, sondern auch zur CIA[89]. So fasst ein Memorandum des Geheimdiensts

86 Field Information Report, 17.7.1961, https://www.cia.gov/library/readingroom/docs/PFAUNDLER%2C%20WOLFGANG%20VON_0026.pdf, letzter Zugriff: 14.11.2016.

87 Field Information Report, 23. November 1960, https://www.cia.gov/library/readingroom/docs/PFAUNDLER%2C%20WOLFGANG%20VON_0024.pdf, letzter Zugriff: 14.11.2016.

88 David Talbot, The Devil's Chessboard. Allen Dulles, the CIA, and the Rise of America's Secret Government (London 2016) 137 f.

89 Christoph Franceschini, Zwischen Rom, Wien und Langley. Die Geschichte der Südtirol-Attentate in den 60er Jahren und die Rolle der italienischen und amerikanischen Nachrichtendienste rund um den „Befreiungsausschuss Südtirol", in: Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen

vom 5. März 1960 Einschätzungen aus dem Gespräch mit zwei Quellen zusammen, wie sehr sich die Lage in Südtirol zugespitzt habe. Die Situation ähnle bereits anderen Brennpunkten antikolonialer Aufstände wie Zypern. Anschließend folgt ein mehr oder weniger präziser Ablauf der Feuernacht und dass mehr als ein Jahr vor dem eigentlichen Anschlag:

> *[Name geschwärzt] is particulary concerned lest the radicals in South Tyrol might start guerilla warfare and lest former Nazi elements of Southern Germany and particulary Bavaria might support such an operation with men and money. He strongly feels that in order to avoid a "little Cyprus" in the heart of Europe, the Italian government should make some reasonable concessions now thus avoiding a very nasty situation later on, and he would consider it wise if the American government could exert its influence with the Italians in this respect. From another [Bezeichnung und Name geschwärzt] I have been told that guerrilla forces in the South Tyrol were already being organized for the particular purpose of sabotaging the very important Italian power dams and electric transmission lines located in South Tyrol and supplying a considerable part of the electric power used by the City of Milano and other industrial centers in the Po Valley.*[90]

Wahrscheinlich ist, das besagte Quellen Molden bzw. Pfaundler gewesen sind, die beide oft auf das Vorgehen der zypriotischen Guerillas referierten. Molden hatte 1958 an einer Journalistenreise nach Zypern teilgenommen und dort miterlebt, *wie sowohl die zypriotischen Freiheitskämpfer, aber noch viel brutaler die britische Armee, ihren Kolonial- oder Befreiungskrieg führten*[91]. Die später schwankende Haltung Moldens und seinen Ausstieg beim BAS bevor es ernst wurde, führt Franceschini dann auch auf den Konnex zur CIA und das Unbehagen der USA vor einem unkontrollierbaren Krisenherd zurück[92].

Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart, hrsg. von Michael Gehler, Maddalena Guiotto (Wien 2011) 431–452, hier 449–452.

90 Dokument vom 5.3.1960, http://www.foia.cia.gov/docs/DOC_0000482329/DOC_0000482329.pdf, letzter Zugriff: 15.6.2011.

91 Fritz Molden, Vielgeprüftes Österreich. Meine politischen Erinnerungen (Wien 2007) 146 f.

92 Franceschini, Rom 452.

4. Bombenpolitik

Damit zurück zum angeblichen „Einverständnis" Kreiskys mit dem BAS. Dieses muss vor allem im Zusammenhang mit der jeweiligen Entwicklungsstufe des Südtirolkonflikts betrachtet werden: 1959/1960, als die Treffen zwischen dem Außenminister und der BAS-Spitze stattfanden, hatte die Aktivsten mit ihren Plänen noch nicht Ernst gemacht. Aber die Vorbereitungen zu einem baldigen Losschlagen waren voll im Gang[93]. Laut österreichischen Polizeivermerken standen 250 BAS-Leute bereit – andere Schätzungen gehen von 150 Mitgliedern in Südtirol aus[94]. Kreisky wiederum hatte am 21. September 1959 einen ersten diplomatischen Erfolg verzeichnet: Der Leitungsausschuss der UNO-Generalversammlung nahm die Südtirolfrage als „Beschwerdefall" auf die Tagesordnung der Debatte im Oktober 1960. Das bedeutete einen wichtigen Schritt zur Internationalisierung der Angelegenheit. Um die große Bühne bei der UNO zu nutzen und den österreichischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, kam es darauf an, eine entsprechende Kulisse aufzubauen. Und genau dafür dürften die Anschläge einkalkuliert worden sein. Erfolgversprechende Vorbilder dafür gab es zum damaligen Zeitpunkt genug: Der Südtirolkonflikt fiel in die Zeit der Entkolonialisierung. An mehreren Fronten war es Befreiungsbewegungen gelungen, überlegene Kräfte zu besiegen. Und zwar indem sie auf asymmetrische Kriegsführung (Guerilla, Terrorismus) setzten und damit die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich lenkten. Bereits in den 1940er Jahren hatten jüdische Gruppen so einen erfolgreichen Kampf gegen die britische Mandatsverwaltung in Palästina geführt. 1954 entzündete sich der Algerienkrieg, der sich bis 1962 hinziehen sollte und in einem Sieg der „Nationalen Befreiungsfront" (FLN) endete. Die größte Wirkung auf den BAS übte aber das Beispiel Zypern aus: Zwischen 1955 und 1959 erkämpfte die „Nationale Organisation zyprischer Kämpfer" (EOKA) unter General Georgios Grivas das Ende der britischen Herrschaft. Wie Rupert Zechtl schon 1959 an Kreisky berichtete, hatte sich der BAS sogar direkt an Grivas gewandt:

93 Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969, Band 3: 1962–1969 (Bozen 1999) 254.

94 Peterlini, Bombenjahre 118.

> *Dieser soll die Auskunft gegeben haben, für eine Untergrundbewegung sollen nur junge Leute angeworben werden, weil nur von diesen die nötige Härte und Rücksichtslosigkeit zu erwarten sei, zumal diese ja weniger Bindungen und daher auch weniger Hemmungen haben.*[95]

Anfang 1961, als die erste Anschlagswelle des BAS gerade begonnen hatte, spielte Kreisky in einem Interview auf Zypern und Algerien sowie deren Vorbildwirkung an:

> *Diese jungen Leute kommen zu dem, wie ich glaube, vollkommen falschen Schluss, dass man mit ähnlichen Methoden in Zypern eine Lösung herbeigeführt und dass man auch in Algerien durch gewaltsame Methoden doch immerhin eine gewisse Bereitschaft Frankreichs erzwungen hat, im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts das Problem zu lösen.*[96]

Allerdings war es in Südtirol, wie Peterlini angemerkt hat, lange „zu ruhig": *Die Strategiediskussionen der Politiker und Diplomaten, wie die Ruhe zur Unruhe aufgeputscht werden könnte, drehten sich bei weitem nicht nur um gewaltsame Aktionen, aber sie schlossen auch solche mit ein.*[97] Freilich wurde nicht nur auf der Ebene der Entscheidungsträger so gedacht. Kurt Welser sagte zu einem BAS-Sprengstofflieferanten, dass *das Problem Südtirol werde vor die UNO kommen und die italienische Regierung werde den Forderungen Österreichs mit der Begründung entgegentreten, dass die italienisch-südtirolerische Bevölkerung ohnehin zufrieden wäre, was eindeutig aus ihrem ruhigen Verhalten zu erkennen sei. Aus diesem Grunde wäre es an der Zeit, die Südtiroler zu unterstützen und sie in die Lage zu bringen, Störaktionen durchzuführen*[98]. Einigen der Nordtiroler BAS-Leute konnte es nicht schnell genug gehen. Zechtl meldete Ende 1959 an Kreisky, *dass Oberhammer durch seine Mittelsmänner zur BAS versucht hat, vor Deiner UNO-Rede in Südtirol Sprengstoffanschläge durchzuführen*[99]. Auch Molden hatte schon am 7. April 1959 beim Mittagessen mit dem Generalsekretär im Außen-

95 Robert Zechtl an Bruno Kreisky, 8.9.1959. StBKA, Südtirol VII. 9, Box 3.

96 Ein Algerien am Brenner?, in: Der Spiegel, 8 (1961), 64–73.

97 Hans Karl Peterlini, Innenansichten eines Aufstands, in: Molling, Feuernacht 9.

98 Information, 24.10.1960. ÖSTA, AdR, BMI, 24.451 – 2B/61.

99 Robert Zechtl an Bruno Kreisky, 9.12.1959. StBKA, Südtirol VII. 9, Box 3.

amts, Martin Fuchs, über „radikale Südtirolpläne“ schwadroniert: Es sollten Zusammenstöße mit der Polizei provoziert werden, die dann das Signal zu Sprengstoffanschlägen bilden sollten, „wahrscheinlich gegen Kraftwerke, die schon ausgesucht seien“. Die Aktion sollte im Herbst 1960 zeitlich mit Kreiskys Auftritt vor Generalversammlung der UNO zusammenfallen. Fuchs antwortete, dass er

> *das alles nicht gehört habe, gebe aber zu, dass auf Verhandlungsweg und vor internationalen Behörden wahrscheinlich nicht einmal Autonomie zu erreichen wäre. Trotzdem müsse man aus taktischen und optischen Gründen die Verhandlungen bis zum Herbst auslaufen lassen. Die Frage sei die, wie viele Menschenleben müsse man opfern, um etwas zu erreichen, was auf anderen Weg unter keinen Umständen zu erreichen wäre?*[100]

Kleinere Sprengstoffanschläge, so wie es sie in Südtirol seit den 1940er Jahren immer wieder sporadisch gegeben hatte, erschienen als zu wenig spektakulär. Klotz und Pfaundler schwebte die Bildung von kleinen Kampfeinheiten vor, die einen regelrechten Guerillakrieg führen sollten[101]. Der Südtiroler BAS konnte bis auf wenige Ausnahmen mit diesen Planspielen wenig anfangen: Der überzeugte Katholik Kerschbaumer lehnte die Steigerung auf ein Gewaltniveau, das Menschenleben gefährden konnte, ab. Außerdem wollte er keine Überreaktion provozieren und plädierte für eine Taktik der „Nadelstiche“, die er auch erfolgreich durchsetzen konnte[102]. Nun rückte die Frage, wann genau der BAS auf diese Weise losschlagen sollte, in den Mittelpunkt der Diskussionen. Am 25. Juli 1960 fand eine Sitzung des BAS-Führungsgremiums statt. Was gesagt wurde, lässt sich anhand der staatspolizeilichen Berichte gut nachvollziehen:

> *Die Südtiroler wurden aufgefordert, sich auf ein Losschlagen im September vorzubereiten. Pfaundler führte dazu aus, dass sicherlich anlässlich der UNO-Debatte viele internationale Journalisten nach Südtirol kommen wer-*

100 Mosser, Schuöcker, Jelinek, Feuernacht 41.

101 Peterlini, Bombenjahre 90 f.

102 Fontana, Mayr, Kerschbaumer 117.

> *den. Wenn zu diesem Zeitpunkt die Lage so ruhig ist wie bisher, wird man bei diesen Leuten kaum den erforderlichen Eindruck hinterlassen können.*[103]

Pfaundler informierte die Runde weiters über die unerfreuliche Tatsache, *dass die Innsbrucker Polizei über alle Vorgänge beim BAS informiert sei und dieses Wissen nach Wien berichte. Molden wie auch Pfaundler erklärten, dass sie sich aus der Organisation zurückziehen werden und jede finanzielle Unterstützung einstellen müssten, wenn dies nicht anders werde.* Zum wiederholten Male drückten die Exponenten des Nordtiroler BAS ihre Vorbehalte gegenüber SPÖ-Politikern aus:

> *Man müsse bedenken, dass das Innen- wie auch das Außenministerium von Sozialisten geleitet sei, die für eine radikale Lösung des Südtirolproblems nicht zu gewinnen seien. Sie machen in der Südtirolsache lediglich mit, weil Südtirol in der Außenpolitik eben Mode sei und sie auch auf diesem Gebiete der ÖVP den Rang ablaufen wollen. Dr. Kreisky wolle sich darüber hinaus in der Südtirolsache lediglich in den Vordergrund spielen.*[104]

Dieser Nachsatz unterstreicht, dass das Südtirol-Engagement in Österreich Teil eines übergeordneten Machtkampfs zwischen SPÖ und ÖVP war bzw. von diesem wesentlich mitbestimmt wurde: Die Nordtiroler BAS-Mitglieder, so Steininger, waren überzeugte Parteigänger der ÖVP, „denen es zwar um Südtirol ging, die aber damit auch einen innenpolitischen Kampf zwischen den beiden großen Parteien in Österreich verbanden. Kreisky gönnten sie auf gar keinen Falle einen Erfolg in der Südtirolfrage, und so versuchten sie beinahe alles, um Kontakte des Südtiroler BAS mit der SPÖ zu unterbinden“[105]. Am 13. November 1960 fand eine Nachfolgebesprechung in Innsbruck statt. Molden, der stets auf Aktion gedrängt hatte, ruderte plötzlich zurück:

> *Es wurde beschlossen, die beabsichtigten Aktionen bis zum Frühjahr zu verschieben, um alles besser zu organisieren und die Bewegung besser aufzubauen. Dies vor allem mit Rücksicht auf die UNO-Vollversammlung. Dr. Molden erklärte, man würde sich dzt. durch solche Aktionen vor der ganzen Welt in*

103 Mappe BAS Informationen – Vertraulich. 1961. StBKA, Südtirol VII. 9, Box 3.

104 Ebd.

105 Steininger, Südtirol zwischen Terror und Diplomatie 1947-1969. Band 2: 1960–1962 507.

> *ein nicht mehr gutzumachendes Unrecht setzen; er könne daher einen sofortigen Aktionsbeginn nicht verantworten.*[106]

Auch bei der nachfolgenden Sitzung am 8. Dezember 1960 plädierten Bacher und Molden dafür, noch zuzuwarten, fanden nun aber keinen Rückhalt mehr, worauf sie ihre Funktionen zurücklegten. In seinen Erinnerungen betonte Molden:

> *Wir konnten uns nicht durchsetzen, und wie sich in den folgenden Jahren und Jahrzehnten herausstellte, war die Entscheidung, loszuschlagen richtig und hat schließlich – wie ich heute überzeugt bin – nicht nur den Südtirolern ein großes Maß an zusätzlicher Freiheit und Selbstbestimmung gebracht, sondern auch Italien einen Krisenherd erspart, der langfristig wohl nicht zu vermeiden gewesen wäre.*[107]

Wenige Tage nach dem Treffen, am 21. Dezember 1960, erschien ein für Molden kompromittierender Artikel im „Spiegel". Unter dem Titel „Freikorps Fleischmarkt" wurde er als wesentlicher Drahtzieher hinter dem BAS geoutet, der „annähernd sechs Millionen Schilling" in das Projekt investiert habe[108]. Bei der diesbezüglichen Einvernahme dementierte Molden freilich alles:

> *Ich bin von Beruf Journalist und Zeitungsherausgeber und als solcher – wie schon erwähnt – an der politischen Entwicklung für ein freies Südtirol sehr interessiert. Es ist jedoch niemals meine Aufgabe gewesen, noch verfüge ich in diesem Zusammenhang über irgendwelche Vorkenntnisse, mich mit dem Transport oder der Anwendung von Sprengstoffen in Südtirol zu beschäftigen oder etwa solche Transporte zu finanzieren. Als Kulturmensch lehne ich im Übrigen Gewalttaten ab.*[109]

Der Auftakt für die „Nadelstiche" erfolgte bereits am 10. Dezember 1960 – Luis Amplatz legte eine Sprengladung an einem Volkswohnhaus in Bozen,

106 Mappe BAS Informationen – Vertraulich, 1961. StBKA, Südtirol VII. 9, Box 3.

107 Molden, Österreich 150.

108 Inge Cyrus, Freikorps Fleischmarkt, in: Der Spiegel 52 (1960) 40 ff.

109 Niederschrift, 24.2.1961. ÖSTA, AdR, BMI, 24.451 – 2B/61, Bl. 18–35.

die geringen Schaden an der Außenmauer anrichtete[110]. Davor hatte Kreisky einen wichtigen Erfolg ganz ohne diese „Begleitmusik" verbucht: Die UNO-Generalversammlung verabschiedete am 31. Oktober 1960 die erste Südtirolresolution, in der Österreich und Italien „dringend" zu direkten Verhandlungen aufgefordert wurden. Freilich war es nur der Start für einen schwierigen Prozess, von dem zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar war, wie er sich entwickeln würde. Schon beim Auftakt in Mailand Ende Jänner 1961 ging man ergebnislos auseinander. In diese Situation platzte der erste aufsehenerregende Anschlag des BAS in Waidbruck in der Nacht vom 29. auf den 30. Jänner 1961. Weitere „Nadelstiche" folgten – vier Explosionen zerstörten im Frühjahr 1961 die unbewohnte Villa eines faschistischen Senators sowie Rohbauten für italienische Zuwanderer in Bozen, Meran und Sarnthein. Bei einer nächsten Runde in Klagenfurt ließ Italiens Außenminister Antonio Segni zum ersten Mal Verhandlungsbereitschaft durchblicken. Er deutete an, dass man in Rom eine inneritalienische Lösung mit den Südtirolern bevorzugen würde[111].

Auch wenn eine direkte Kontrolle über die Untergrundbewegung nicht gegeben war, so nutzte die österreichische Seite die BAS-Aktionen im diplomatischen Schlagabtausch für ihren Vorteil. Neben der Erzeugung medialer Aufmerksamkeit für das Südtirolproblem, ging es darum, Italien dazu zu bringen, substanziell zu verhandeln. Nicht umsonst verfügte der BAS mit Ermacora über einen wichtigen Unterstützer und Informanten innerhalb der österreichischen Delegation, der über den Fortgang telefonisch berichtet haben soll[112]. Die Feuernacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 fand genau 24 Stunden vor dem Beginn einer viertägigen Vorbereitungsrunde vor dem nächsten Außenministertreffen in Zürich statt. Den Regeln der Diplomatie folgend, distanzierte sich Kreisky umgehend: *Er verurteilt diese Anschläge schärfstens und ersucht mich, bei Waldbrunner und Gorbach zu erwirken, dass der Ministerrat morgen sich sehr entschieden von dieser neuen Terrorwelle distanziert.*[113] Und so

110 Christoph Franceschini, „Die Ständer sind geladen", in: profil 48 (1991) 68–71, hier 68.

111 Peterlini, Innenansichten 10 f.

112 Mosser, Schuöcker, Jelinek, Feuernacht 74.

113 12.6.1961: Tagebucheintrag Martin Fuchs (Wien), in: Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969. Band 3: 1961. Das Krisenjahr. Erster Halbband Jänner-Juni, hrsg. von Rolf Steininger (Innsbruck 2007) 363.

geschah es: Man hielt fest, *dass die Bundesregierung Anschläge und Gewaltakte, wo und von welcher Seite immer sie verübt werden mögen, als Mittel des politischen Kampfes schärfstens verurteilt*[114]. Im Rahmen der Gespräche blieb Kreisky aber bei einem selbstbewussten Kurs. Italien brach das Treffen am 24. Juni 1961 ab, nachdem Österreich auf einer Landesautonomie für Südtirol beharrte. Wie Generalsekretär Fuchs seinem Tagebuch anvertraute, hatten es die BAS-Sympathisanten im Verhandlungsteam – Ermacora, Staatssekretär Gschnitzer und Legationsrat Dengler – bewusst auf ein Scheitern angelegt, um den Fall erneut vor die UNO zu bringen:

> *Waldheim erzählte, dass Gschnitzer und Ermacora (sowie Dengler) alles getan hätten, um die Verhandlungen zu erschweren. […] Es wird immer deutlicher sichtbar, dass die Nordtiroler und die Südtiroler Radikalen alles tun, um das Scheitern der zweiseitigen Verhandlungen zu beschleunigen und um wieder auf die internationale Ebene zu kommen (am liebsten vor der Generalversammlung!).*[115]

Am 28. November 1961 verabschiedete die UNO-Generalversammlung eine zweite Resolution, die sich damit begnügte, Österreich und Italien zu weiteren Anstrengungen aufzufordern. Denn das internationale Echo auf die BAS-Anschläge, die entgegen Kerschbaumers Absichten bereits ein Todesopfer gefordert hatten, war beschränkt geblieben, wie Fuchs am 24. September 1961 seinem Tagebuch anvertraute:

> *Kreisky meint auch, die Südtiroler Anschläge hätten in USA wie bei der UNO keinerlei Eindruck gemacht. Dort sei man stärkerem Tobak gewohnt (Algerien). Es sei auch nicht richtig, dass die Anschläge Österreichs Prestige so sehr geschädigt hätten. So oder so bestehe für Südtirol in UNO-Kreisen im Hinblick auf die ernste Weltlage kaum ein Interesse. Man wäre jedenfalls froh, die Sache loszuwerden, werde aber nicht gegen Österreich einseitig Stellung nehmen.*[116]

---

114 Bundeskanzleramt, Sprengstoffanschläge in Südtirol, 14.6.1961. StBKA, Südtirol VII. 9, Box 3.

115 Tagebucheintrag Martin Fuchs vom 19. 6. 1961, in: Steininger, Krisenjahr 376.

116 24.9.1961: Tagebucheintrag Martin Fuchs (Wien), in: Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969. Band 3: 1961. Das Krisenjahr. Zweiter Halbband Juli-Dezember, hrsg. von Rolf Steininger (Innsbruck 2007) 677.

Italien hatte zu einer Doppelstrategie gegriffen: Zunächst setzte als Reaktion auf den Terrorismus eine massive Repressionswelle ein. Die relative Unerfahrenheit der BAS-Aktivisten trat nun zutage. Bereits vor einer weiteren „kleinen Feuernacht" vom 12. auf den 13. Juli 1961 setzte eine Verhaftungswelle ein, die binnen kürzester Zeit zur Zerschlagung des Südtiroler BAS führte. Bis 20. Juli 1961 befanden sich 70 Personen in Haft, darunter Kerschbaumer. Der Fahndungserfolg hing damit zusammen, dass in den Verhören zu Foltermethoden gegriffen wurde, die von den Erfahrungen der französischen Kolonialmacht in Algerien beeinflusst gewesen sein sollen[117]. Innenminister Mario Scelba machte aber auch Zugeständnisse: Am 1. September 1961, trat zum ersten Mal die paritätisch besetzte Neunzehnerkommission zusammen, die die Südtirolfrage unter allen Gesichtspunkten prüfte. Schleppend und immer hart am Scheitern, wurden bis 1964 Lösungsvorschläge für die Regierung ausgearbeitet, die den Grundstock für das spätere Autonomie-„Paket" bildeten[118]. Das bot den Vorteil, die Frage inneritalienisch zu lösen. Kreisky erkannte dieses „Doppelspiel", *nämlich Österreich auszuschalten und direkte Verhandlungen als Niederlage Österreichs darzustellen*[119]. Erst auf Druck, die UNO ein drittes Mal anzurufen, kam es am 31. Juli 1962 zu einem weiteren Außenministertreffen in Venedig, das aber ergebnislos zu Ende ging[120]. Als Kreisky im Rahmen einer Rede vor der UNO Ende September 1963 Südtirol aufs Tappet brachte und Verhandlungen im Sinne der Resolutionen von 1961 und 1962 forderte, stellte sein italienischer Amtskollege Attilio Piccioni eine Gegenforderung: Die Attentate müssten aufhören[121].

117 Christoph Franceschini, Helmut Lechthaler, Bombenjahre. Die Geschichte der Südtirol-Attentate, DVD, RAI Sender Bozen 2005.

118 Mosser-Schuöcker, Jelinek, Feuernacht 215.

119 Steininger, Bruno Kreisky und die Südtirolfrage, in: Dolomiten, 22./23.1. 2011.

120 Peterlini, Feuernacht 233 f.

121 Ebd. 282.

5. Außer Kontrolle

Zu diesem Zeitpunkt war aber längst eine Gewaltspirale in Gang geraten. Zwar waren von ehemals rund 200 BAS-Leuten nur mehr Dutzend aktiver Attentäter übriggeblieben. Aber die Folter, der Freispruch von dafür verantwortlichen Carabinieri (1963) und die allgemeine Repression in Südtirol hatten den BAS radikalisiert. Dieser bestand zum besagten Zeitpunkt aus einem Sammelsurium unterschiedlicher Kleingruppen: Im Osten Südtirols schlugen die „Pusterer Buam" zu sowie jene BAS-Zellen, die noch nicht aufgeflogen waren. Luis Amplatz konzentrierte sich auf Bozen, Jörg Klotz war im Passeiertal aktiv[122]. Zu den personell ausgedünnten BAS-Aktivisten stießen immer mehr neonazistische und pangermanistische Elemente, die vor allem den Direktiven Burgers folgten. Dieser war bereits 1961 beim Vorbereitungstreffen für die Feuernacht dabei gewesen und organisierte später von der BRD aus illegale Aktionen in Südtirol und in italienischen Städten, die bewusste zivile Opfer in Kauf nahmen[123]. Zwischen 1964 und 1967 kamen zu den sporadischen Mastensprengungen und Feuergefechten gezielte Angriffe mit Minenfallen hinzu. Der BAS-Terror wurde auch bewusst überregional ausgedehnt: Es gab Anschläge gegen die Bahnhöfe von Trient und Verona (1962), Kofferbombenattentate gegen Fernzüge (1964) sowie Anschläge mit Molotowcocktails in Rom, Rimini, Monza, Verona, Rovereto und Trient (1961), die von Anhängern Burgers begangen wurden[124]. Das rief eine entsprechende Gegenreaktion hervor und in dem so entfesselten Schattenkrieg geriet der BAS ins Hintertreffen. Verfügten die italienischen Nachrichtendienste anfänglich nur über wenig Wissen über den BAS, änderte sich das Bild in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre grundlegend, so Franceschini: „1969/70 war der BAS von Spitzeln und Zuträgern der italienischen Nachrichtendienste nur so durchsetzt".[125] Darüber hinaus verübten italienische Neofaschisten mit Geheimdienstverbindungen Vergeltungsschläge: 1961 wurden die Andreas Hofer-Denkmäler in Mantua und auf dem Berg Isel gesprengt. Kurz nach 6

122 Peterlini, Bombenjahre 219.

123 Christoph, Feuernächte und Folterknechte, profil 20 (2011) 34–41, 37.

124 Peterlini, Bombenjahre 378 ff.

125 Christoph Franceschini, Spielwiese der Geheimdienste. Südtirol in den 60er Jahren, in: Im Schatten der Geheimdienste. Südtirol 1918 bis zur Gegenwart, hrsg. von Gerald Steinacher (Innsbruck 2003) 187–228, hier 224.

Uhr am 23. September 1963 wurde das Löwendenkmal zwischen Traunkirchen und Ebensee gesprengt. Stunden später fiel ein am Dach einer Gondel der Feuerkogel-Seilbahn deponiertes Sprengstoffpaket beim Anfahren herunter. Gefahr ging keine davon aus, weil die Bombe defekt war. Eine dritte Ladung war an einem Solebehälter in der Saline Ebensee angebracht – diese ging beim Entschärfen hoch. Rayonsinspekor Kurt Gruber war sofort tot. Zwei weitere Gendarmen wurden schwer verletzt[126]. Die Attentate erfolgten nicht ohne Kalkül: Wie ein pensionierter italienischer Geheimdienstmann im Rahmen der TV-Dokumentation „Bombenjahre" (2005) angab, herrschte bei den Diensten die Meinung, dass der Südtirolterror *in Österreich* enden würde[127]. Noch 1967 erhielt man *inoffizielle Informationen, dass mit Attentaten und Sprengstoffanschlägen auch in Österreich, sozusagen Gegenmaßnahmen, zu rechnen sei*, wie sich der damalige Außenminister Lujo Toncic-Sorinj (ÖVP) erinnerte[128]. Aufgrund neuer Forschungen wird zudem deutlich, dass einige Anschläge, die man dem BAS zuschrieb, manipuliert worden waren. Damit wurde Druck auf Österreich ausgeübt, schärfer gegen den Terrorismus vorzugehen[129].

Dass die Gewalt spätestens ab 1963 auf österreichisches Territorium übergegriffen hatte, machte den BAS in seinem „Hinterland" zur belastenden Hypothek. Und so steigerte sich das Vorgehen der Behörden von Jahr zu Jahr. Ursprünglich, so Franceschini, genoss der BAS vor allem in Nordtirol „fast ‚Narrenfreiheit'"[130]. Schon im Frühjahr 1961 hatte man genügend Indizien und Beweise beisammen, „die zu einer sofortigen Inhaftierung mehre-

126 Thomas Riegler, „Werwölfe", Geheimbündler und Südtirol-„Bumser": Die Anfänge des Rechtsterrorismus in Österreich, in: Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies 2 (2016) 81–118, hier 110.

127 Franceschini, Lechthaler, Bombenjahre.

128 Lujo Toncic-Sorinj, Erfüllte Träume. Kroatien – Österreich – Europa (Wien 1982) 345.

129 Zu den Vorfällen, die trotz widersprüchlicher Beweislage hastig dem BAS als Attentate angelastet wurden, zählen unter anderen: Der Mord an dem Carabiniere Vittorio Tiralongo (1964), die Schüsse auf die „Manuela Bar" am Reschenpass (1965), die Explosion in einer Schutzhütte am Pfitscherjoch (1966), die Detonation in einer Kaserne auf der Steinalm (1965) sowie die Minenfalle auf der Porzescharte (1966). Vgl. dazu: Hubert Speckner, „Zwischen Porze und Roßkarspitz…" Der „Vorfall" vom 25. Juni 1967 in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten (Wien 2013) sowie Ders., Von der „Feuernacht" zur „Porzescharte"… Das Südtirolproblem der 1960er Jahre in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten (Wien 2016).

130 Franceschini, Sprengstoffanschläge 496 f.

re Österreicher hätten führen können“[131]. Aber erst im August 1961 wurde Burger zum ersten Mal in Untersuchungshaft genommen. Vier Monate später wurden Welser und zwei weitere Verantwortliche für den Sprengstoffschmuggel zu einer mehrmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt. Zuvor hatte die Tiroler Landesregierung noch versucht, sich für die Angeklagten einzusetzen. Am 17. November 1961 hatte die Bundesregierung ein diesbezügliches Fernschreiben erhalten. Darin wurde ersucht: *1. von jeder Gerichtsverhandlung wegen Unterstützung der Südtiroler Freiheitskämpfer während der Zeit der UN-Generalversammlung Abstand zu nehmen. 2. dem einzubringenden Antrag der Verteidigung auf Enthaftung des Kurt Welser stattzugeben,* […].[132] Das Ansinnen wurde im Ministerrat diskutiert. Bundeskanzler Alfons Gorbach (ÖVP) meinte: *Ich bin der Auffassung, dass die Regierung aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit das nicht anrühren darf.* Justizminister Broda bekundete, *sehr froh* zu sein, *dass der Herr Bundeskanzler die gleiche Auffassung hat*[133]. Broda machte im April 1962 hochrangigen Mitgliedern der Tiroler Landesregierung klar, dass die Justiz weiter gegen die Aktivisten vorgehen würde:

> *Jede Hinnahme der neu aufgeflammten terroristischen Aktivität in Südtirol und ihrer Vorbereitungshandlungen in Österreich würde einer Billigung gleichkommen und unabsehbare Folgen haben, die niemand in Österreich und Tirol staatspolitisch verantworten kann. […] Ich teilte den Herren mit, dass die staatsanwaltschaftlichen Behörden angewiesen worden sind, mit aller Energie vorzugehen und ein neuerliches Umsichgreifen dieser Aktivität zu verhindern.*[134]

Die Justiz, so Broda, werde *ihre Pflicht* erfüllen, *weil jedes andere Verhalten von den Kreisen, die terroristische Aktivität entfalten, nur als Zeichen der Schwäche und Ermunterung zu neuer Aktivität aufgefasst werden wird*[135]. Die Bilanz blieb freilich gemischt: Drei große Südtirolprozesse zwischen 1965 und 1967 fanden vor

131 Christoph Franceschini, Geheimsache Kerbler, in: profil 50 (1991) 62–65, hier 65.

132 Verhandlungsschrift Nr. 25 über die Sitzung des Ministerrates am 21.11.1961. ÖSTA/AdR, BKA, Ministerratsprotokolle 2. Republik, Gorbach I.

133 Vertraulich, Verschluss – zu der Verhandlungsschrift Nr. 25, Seite 3. ÖSTA/AdR, BKA, Ministerratsprotokolle 2. Republik, Gorbach I.

134 Amtsvermerk Dr. Broda, 5.4.1962. StBKA, VII.9 Südtirol, Box 4.

135 Ebd.

Schwurgerichten statt, wo die Geschworenen Freisprüche fällten. „Juridisch eine Farce, patriotisch ein Fest", so das Fazit von Peterlini[136].

Mehrmalige Aufforderungen Italiens nach Auslieferung von bestimmten BAS-Attentätern wie den „Pusterern" wurden von der österreichischen Justiz abgeschmettert[137]. Ursprünglich hatte das Innenministerium am 8. September 1961 die Sicherheitsdirektionen und Bundespolizeibehörden angewiesen, dass *eine formlose Rückschiebung* von Südtirolern, die in Österreich um Asyl ansuchten, *zu unterbleiben* hatte. Diese hatten eine Niederschrift zu unterfertigen, wonach sie sich während des Aufenthalts in Österreich *jeder gegen Italien gerichteten politischen Tätigkeit, insbesondere Maßnahmen und Planungen zur Förderung illegaler Aktionen in Südtirol zu enthalten* hätten[138]. Allerdings fruchteten die Versuche, die Exilanten mit diesen Auflagen ruhigzustellen, wenig. Vor allem Klotz und Amplatz organisierten weiter Widerstandsaktionen und überquerten dazu die Staatsgrenze. Ende Mai 1964 wurde schließlich über beide ein Aufenthaltsverbot für das gesamte Bundesgebiet verhängt. Klotz und Amplatz durften Wien nicht verlassen. Doch am 22. August 1964 verschwanden die beiden in einem Leihwagen nach Westen. Beim Versuch, erneut in Italien „einzusickern", gerieten sie in eine Falle. Wie bereits erwähnt, wurde Amplatz ermordet, der schwer verletzte Klotz schaffte es, über die Grenze zu fliehen. Nach der Entlassung aus dem Krankenhaus Wörgl wurde er in Schubhaft genommen – vor der Überstellung nach Wien kam es zu ernsten Kompetenzstreitigkeiten. Sicherheitsorgane vor Ort lehnten die Herausgabe von Klotz ab, *da sie vom Bezirkshauptmann und dem Sicherheitsdirektor strikten Auftrag haben, jede Entfernung […] unter allen Umständen zu verhindern. Es muss damit gerechnet werden, dass die diensthabenden Exekutivorgane von ihrer Waffe Gebrauch machen*[139]. Erst nach Rücksprache mit höheren Dienststellen wurde Klotz ausgeliefert. Zurück in Wien wurde der Südtiroler strengen Auflagen unterworfen und hatte alle Handlungen unterlassen, *die geeignet sind, die öffentlichen Interessen der Republik Österreich zu schädigen*. Zurückgezogen wohnte Klotz in einer ärmlichen Kammer in einem Altbau

136 Mosser, Schuöcker, Jelinek, Feuernacht 146

137 Speckner, „Feuernacht" 331.

138 Als Faksimile abgedruckt in Speckner, „Feuernacht" 116.

139 Dienstzettel, 1.10.1964. ÖSTA/AdR, BMI II/C 106.380/76, Georg Klotz, Akte 1961-1964 Bd. I.

in der Wiener Innenstadt (Riemergasse Nr. 10) – den Schützenhut und einen Säbel über dem Bett befestigt[140].

1965 wandte sich der Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer an Kreisky. Klotz sei *bedenklich krank*: *Wenn er in einem Krankenhaus in Wien oder auch nur in einem außerhalb des Landes Tirol sterben sollte, wird man einen Helden geschaffen haben, der in der Fremde geblieben ist.* Um dies zu verhindern, schlug Wallnöfer vor, Klotz in Tirol eine *ordentliche Existenzgrundlage* zu schaffen[141]. Kreisky hielt das für eine *menschlich gute Lösung*, wenngleich er anmerkte *Ich bitte Sie aber schon, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, dass Sie Herrn Klotz die Situation klarmachen und von ihm die Zusage verlangen, dass er in Zukunft an keinerlei Gewaltaktionen oder Plänen teilnimmt oder dazu aufmuntert.*[142] Klotz machte eine entsprechende Zusage, nahm aber die angebotene Wohnung und Arbeitsmöglichkeit nicht an. Erneut kam es nach mehreren Interviews und Aufrufen von ihm über einen „Freiheitssender" zur Konfrontation mit den Behörden. Ein Emissär warnte Landeshauptmann Wallnöfer, dass die *Verhandlungsbereitschaft Italiens* beeinträchtigt werde, wenn man die *neue Welle der Aktivität der Terroristen* nicht unterbinde. Dem *verantwortungslosen Verhalten der Extremisten* müsse *energisch* entgegengetreten werden[143]. Klotz wurde erneut in Schubhaft genommen – doch der Versuch, ihn in Deutschland unterzubringen, scheiterte[144]. Man wurde das Problem Klotz nicht los. 1969 wurde ihm der Aufenthalt in Tirol wieder erlaubt. Dort lebte er zurückgezogen in einer einfachen Holzhütte im Gemeindegebiet von Telfs bis zu seinem Tod 1976 im Alter von 57 Jahren. Nach Südtirol, wo die Ehefrau und die sechs Kinder verblieben waren, hatte er nicht mehr zurückkehren können[145]. Noch am 19. Juni 1974 hatte sich Klotz brieflich an den nunmehrigen Bundeskanzler Kreisky gewandt und versprochen, dass er sich im Falle einer Begnadigung

140 Klotz, Klotz 253.

141 Wallnöfer an Kreisky. ÖSTA/AdR, BMI, II/C 106.380/76, Georg Klotz, Akte 1965-1968, Bd. II.

142 Kreisky an Wallnöfer, 2.4.1965. ÖSTA/AdR, BMI, II/C 106.380/76, Georg Klotz, Akte 1965-1968, Bd. II.

143 Maßnahmen gegen Georg Klotz und den illegalen Tiroler Freiheitssender, 27.1.1966. ÖSTA/AdR, BMI, II/C 106.380/76, Georg Klotz, Akte 1965-1968, Bd. II.

144 Georg Klotz, Mündlicher Bericht an den Ministerrat, 8.3.1966. ÖSTA/AdR, BMI, II/C 106.380/76, Georg Klotz, Akte 1965-1968, Bd. II.

145 Klotz, Klotz 326–339.

als loyaler Staatsbürger gegenüber Italien verhalten und mich weder aktiv noch passiv irgendwie illegal betätigen werde[146]. Kreisky sagte zu, sich für dieses Anliegen einzusetzen[147]. Doch entsprechende Vorstöße in Italien fruchteten nichts: Zu schwer wog die Haftstrafe von über 50 Jahren, zu der Klotz in Abwesenheit verurteilt worden war. Aus Rom hieß es, der italienische Staatspräsident könne ohne Einvernehmen mit dem Generalstaatsanwalt und dem Justizminister keinen Gnadenakt erlassen[148].

Kreisky sollte sich auch für den rechtsextremen BAS-Bombenleger Peter Kienesberger (1942–2015) einsetzen. Gegen diesen war wegen Anschlägen in Italien 1962/63 Ende der 1970er Jahre Anklage vor einem Kölner Gericht erhoben worden. Nach siebenmonatiger Verhandlung wurden Kienesberger und zwei weitere Beschuldigte im Jahr 1980 verurteilt, gleichzeitig ordnete man aber Haftverschonung an[149]. Allerdings stand eine Auslieferung an Italien aufgrund eines Abwesenheitsurteils im Raum. Bei einer informellen Zusammenkunft der europäischen Justizminister in Montreux 1981 stellte Broda klar, dass ein solcher Schritt aus österreichischer Sicht dazu angetan sei, *die erreichte Befriedung aufs Spiel zu setzen*[150]. Es wurde ein *Aide-Memoire* übergeben, dass mit dem Ansuchen schloss:

> *Die österreichische Regierung wäre dankbar, wenn aus humanitären Erwägungen und im Interesse der gutnachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Österreich geprüft werden könnte, ob unter diesen Umständen auf die Auslieferung des Peter Kienesberger aus der BRD nach Italien verzichtet werden könnte.*[151]

So kam es auch – allerdings geriet Kienesberger an seinem Wohnort Nürnberg ins Fadenkreuz der italienischen Nachrichtendienste, die in ihm den Drahtzieher einer neuerlichen Serie von Bombenanschlägen in Südtirol zwi-

146 Klotz an Kreisky, 19.6.1974. StBKA, VII.9 Südtirol, Box 1.

147 Kreisky an österreichischen Botschafter in Rom, 28.6.1974. StBKA, VII.9 Südtirol, Box 1.

148 Österreichische Botschaft Rom an Außenamt Wien, 4.7.1974. StBKA, VII.9 Südtirol, Box 1.

149 Riegler, „Wir setzen uns rein und mischen da richtig mit" 172.

150 Information, 14.9.1981. StBKA, VII.9 Südtirol, Box 10.

151 Aide-Memoire, 4.9.1981. StBKA, VII.9 Südtirol, Box 10.

schen 1986 und 1988 vermuteten. Ein Schussattentat wurde geplant, aber nie ausgeführt[152].

Ein Faktor, der lange eine effektive Bekämpfung des BAS-Terrorismus verhinderte, war die Durchlässigkeit der Grenze vom „Hinterland" in den „Aktionsraum". Erst im Herbst 1961 wurde eine *verstärkte Überwachung der ital.-österreichischen Grenze* mit 167 Gendarmeriebeamten und zehn Fahrzeugen angeordnet, die jedoch innerhalb weniger Wochen stillschweigend eingestellt wurde[153]. 1963 wurde die „Konzentrierte Abteilung" mit 40 Beamten und zehn Fahrzeugen kurzfristig neuaufgestellt[154]. Dasselbe geschah 1966, diesmal mit mehr Aufwand, sodass Innenminister Franz Hetzenauer (ÖVP) Anfang September 1966 im Ministerrat bilanzieren konnte:

> *Terroraktionen in Südtirol und im weiteren italienischen Staatsgebiet haben das Innenministerium veranlasst, Überwachungen zu veranlassen, dass auf österreichischer Seite keine Vorbereitungshandlungen mehr getroffen werden. Das ist erfolgt, Bahnüberwachung, Grenzüberwachung. […] Wir haben es also nicht versäumt, uns um die Verfolgung zu kümmern. Der Ministerrat darf überzeugt sein, dass wir alles daransetzen werden.*[155]

Doch am 25. Juni 1967 ereignete sich auf der Porzescharte nahe der Osttiroler Grenze ein besonders schwerer Anschlag mit vier Toten. Obwohl die Hintergründe bis heute umstritten sind, war für Italien die Täterschaft des BAS erwiesen. Man legte ein Veto gegen weitere Verhandlungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit der österreichischen Bundesregierung ein, *bis sie imstande wird, festzustellen, dass das österreichische Hoheitsgebiet nicht für die Organisation von Terrorakten auf italienischem Hoheitsgebiet und als Zufluchtsstätte für die Terroristen gebraucht werde*. Das war ein harter Schlag, denn ein EWG-Assoziierungsabkommen wurde von der seit 1966 im Amt befindlichen ÖVP-Alleinregierung von Bundeskanzler Josef Klaus als *lebensnotwendig* für die österreichische Wirtschaft erachtet[156]. Infolgedessen wurde am 11. Juli

152 Spion aus Leidenschaft, in: Der Spiegel, 7 (1994), 36–40, hier 40.

153 Speckner, „Feuernacht" 115 f.

154 Ebd. 179.

155 Verhandlungsschrift Nr. 13 b über die Sitzung des Ministerrates am 6.9.1966. ÖSTA/AdR, BKA, Ministerratsprotokolle 2. Republik, Klaus II.

156 Speckner, „Feuernacht" 395.

1967 beschlossen, drei Bundesheerbataillone zur Unterstützung von Gendarmerie und Zollwache zu entsenden. Natürlich war es unmöglich, die Grenze hermetisch abzuriegeln, aber illegale Übertritte wurden so erschwert[157]. Noch wirksamer war die Maßnahme auf der symbolischen Ebene – die Soldaten hatten Schießbefehl, was die „Pusterer" beispielsweise als Wendepunkt aufgefassten: *Es hatte einfach keinen Sinn mehr, wir hätten gegen die eigenen Leute kämpfen müssen.*[158] Unter dem Druck des EWG-Vetos liefen die Interessen der österreichischen Regierung und der verbliebenen BAS-Attentäter endgültig konträr.

Dabei hätte Kreisky schon 1964/1965 beinahe eine Lösung zustande gebracht: Ein Regierungswechsel in Italien zu einer Mitte-Links-Regierung hatte ab Dezember 1963 Handlungsspielraum eröffnet. Bei einem Treffen mit seinem Amtskollegen Giuseppe Saragat am 25. Mai 1964 in Genf wurde vereinbart, die nach Abschluss der Neunzehnerkommission noch offenen Punkte einer österreichisch-italienischen Expertengruppe vorzulegen[159]. Diese Kooperation mündete schließlich in einen ersten Autonomie-Entwurf, der jedoch in einer in Innsbruck zusammengetretenen großen Runde von Nord- und Südtiroler Politikern am 8. Jänner 1965 abgelehnt wurde. Mehrere Gründe waren maßgebend: Die Nordtiroler vermissten eine Absicherung, die Südtiroler waren inhaltlich unzufrieden[160]. Darüber hinaus war das Bestreben der ÖVP ersichtlich, die Initiative von der Bundesregierung auf Länder-Ebene zurückzuholen. Und schließlich gönnte man Kreisky den Triumph aus parteipolitischen Motiven ganz einfach nicht[161]. Dieser fühlte sich hintergangen. „Die Südtirolfrage, mit der er sieben Jahre lang fast täglich zu tun gehabt hatte, interessierte ihn nicht mehr, die Südtiroler hielt er schlicht und einfach

157 Erwin A. Schmidl, Duschen aus der Dose, in: Die Presse, 26.10.2007. Der ranghöchste Militär, Generaltruppeninspektor Erwin Fussenegger, sah den Einsatz kritisch und vertraute seinem Tagebuch an: *Das Ganze ist mehr ein Wunschbild, um den Italienern zu zeigen, dass wir die Tätigkeit der Terroristen unterbinden wollen, als eine wirkliche Maßnahme. Die einzig wirksame Maßnahme wäre, diese 30 Terroristen einzusperren. Warum das nicht gemacht wird, weiß ich nicht. Ich habe den Eindruck, dass es in Österreich Leute gibt, denen die Terroristentätigkeit angenehm ist.* Speckner, „Feuernacht" 485.

158 Peterlini, Feuernacht 402.

159 Ebd. 352.

160 Rolf Steininger, Österreichs Südtirolpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Pfeifer, Steiner, Kreisky 25–54, hier 45.

161 Heiss, Kreisky 21.

für ‚verrückt', wie er intern meinte", so Steininger[162]. Kreisky ging sogar auf Fundamental-Opposition zum Südtirol-Kurs der Regierung Klaus. Dieser hatte in seiner Regierungserklärung die Südtirolfrage als zweitwichtigstes Anliegen der österreichischen Außenpolitik bezeichnet[163]. Die entscheidenden Verhandlungen fanden nun inneritalienisch zwischen SVP-Obmann Silvius Magnago (1914–2010) und Premierminister Aldo Moro statt – ganz ohne Störfeuer durch Attentate. Am 23. November 1969 erfolgte der Durchbruch. Sieben Tage darauf einigten sich Österreich und Italien auf den „Operationskalender" als Fahrplan zur Umsetzung der Bestimmungen[164]. Am 8. Dezember 1969 zog die Regierung in Rom das EWG-Veto zurück. Das Autonomiestatut wurde am schließlich am 10. November 1971 beschlossen und trat am 20. Jänner 1972 in Kraft. Es sollte bis 1992 dauern, ehe Österreich und Italien der UNO eine Streitbeilegungserklärung präsentierten[165].

6. Schluss

Um abschließend zur Eingangsfrage zurückzukehren: Was wusste Kreisky? Der Außenminister zählte vor dem Losschlagen des BAS zu den wohl bestinformierten Verantwortungsträgern in Österreich. Kreisky kannte zwar nicht alle Details, hatte aber über die Staatspolizei Zugang zu den Interna der Organisation und diverse Mittelsmänner hielten ihn auf den Laufenden. Er traf sich mehrmals persönlich mit der BAS-Führungsriege. Die entscheidende Zusammenkunft mit Kerschbaumer im November 1960 fand sogar zu einem Zeitpunkt statt, wo man noch hätte Einhalt gebieten können, wenn Kreisky die Anschläge dezidiert nicht gewünscht hätte. Aber dazu kam es nicht und kurze Zeit später erfolgte das erste BAS-Attentat. Gleichzeitig ist es wichtig, festzuhalten, dass Kreisky nicht alleinverantwortlich war. Österreich war in operationeller, logistischer und politischer Hinsicht das „Hinterland" für den BAS, um Terroranschläge in einem Nachbarland zu begehen. Ohne diese substanzielle Starthilfe hätte es den BAS in dieser Form vielleicht nie gegeben.

---

162 Steininger, Bruno Kreisky und die Südtirolfrage, in: Dolomiten, 22./23.1.2011.

163 Gehler, Menschenleben 238.

164 Mosser, Schuöcker, Jelinek, Feuernacht 208 ff.

165 Schmidl, Duschen aus der Dose, in: Die Presse, 26.10.2007.

Das stillschweigende Einvernehmen zwischen Kreisky und den Südtiroler Untergrundkämpfern dürfte noch bis nach der Feuernacht angehalten haben – solange jedenfalls, wie sich die Attentate instrumentalisieren ließen. Dieses Fenster" schloss sich aber rasch, nachdem Italien mit der Einsetzung der *Neunzehnerkommission* eine Lösung im Inneren in Gang setzte. Die unerwartet schnelle Zerschlagung des Südtiroler BAS, dessen Fragmentierung in radikale Splitter und die Repression schufen ein Klima, in dem sich die Gewalt hochschaukelte. Insbesondere die Orientierung an antikolonialen Aufständen wie in Zypern erwies sich in dieser Situation als Schimäre. Im Kalten Krieg war bei den westlichen Mächten kein Interesse an einem Unruheherd nahe der Blockgrenze gegeben. Ein Volksaufstand sollte sich in Südtirol zu keinem Zeitpunkt entzünden – die Sache des BAS blieb die einer Minderheit. Spätestens ab 1963 schlug der Konflikt auf Österreich selbst zurück: Es kam zu Vergeltungsanschlägen italienischer Neofaschisten, während Italien mit dem Hinweis auf die ungenügende Vorgangsweise gegen die Südtirol-Attentäter stets den Finger in die Wunde legen konnte. Auch wenn Kreisky und andere Akteure dafür persönlich nicht verantwortlich sind, hatten sie eine Dynamik mit in Gang gesetzt, die sich zunehmend als unkontrollierbar erwies und auf sie zurückfiel. Dass Kreisky der „krönende" Abschluss seiner mehrjährigen intensiven Bemühungen verwehrt blieb, war insofern eine bittere, aber folgerichtige Schlusspointe.

Giulio Andreotti, die Südtirolfrage und Österreich (1972–1992)

LUCIANO MONZALI
Università degli Studi di Bari Aldo Moro

Nach dem Zweiten Weltkrieg spielte Giulio Andreotti eine ausschlaggebende Rolle bei den schwierigen und heftigen Auseinandersetzungen zwischen Italien und Österreich. Der römische Politiker, erst Präsident der FUCI (Katholischer Studentenverband) und später Journalist, war an der Gründung der Democrazia Cristiana (DC) beteiligt und wurde zum engen Mitarbeiter von Alcide De Gasperi, dem Führer seiner Partei, der ihn 1947 zum Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten ernannte. Diesen Posten hatte er bis Anfang 1954 inne[1].

De Gasperi vertraute Andreotti das „Ufficio per le zone di confine" (Amt für die Grenzgebiete) an, ein Organ des Ministerratspräsidiums, der das österreichisch-italienische Gruber-De Gasperi- Abkommen umsetzen sowie damit verbundene Problematiken und Fragen hinsichtlich Südtirols behandeln sollte[2]. Zwischen 1947 und 1954 hatte der junge römische Abgeordnete also direk-

1 Zur Biografie und zur politischen Persönlichkeit von Giulio Andreotti siehe Massimo Franco, Andreotti. La vita di un uomo politico, la storia di un'epoca (Milano 2010); Alexander Stille, Andreotti (Milano 1995); Ruggero Orfei, Andreotti (Milano 1975); Raffaele Monti, Andreotti (Roma 1977); Giulio Andreotti. L'uomo, il cattolico, lo statista, hrsg. von Mario Barone, Ennio Di Nolfo (Soveria Mannelli 2010); Antonio Varsori, L'Italia e la fine della guerra fredda. La politica estera dei governi Andreotti (1989–1992) (Bologna 2013); Luciano Monzali, Giulio Andreotti e le relazioni italo-austriache (1972–1992) (Merano 2016). Zudem hat der aus Rom stammende Politiker eine Art Memoiren verfasst: Giulio Andreotti, De (prima) Re Pubblica. Ricordi (Milano 1996).

2 Zum Amt für die Grenzgebiete siehe La difesa dell'italianità. L'Ufficio per le zone di confine a Bolzano, Trento e Trieste, hrsg. von Diego D'Amelio, Andrea Di Michele, Giorgio Mezzalira (Bologna 2015); Paolo Gheda, Federico Robbe, Andreotti e l'Italia di confine. Lotta politica e nazionalizzazione delle masse (1947–1954) (Milano 2015); Anna Millo, La difficile intesa. Roma e Trieste nella questione giuliana 1945–1954 (Trieste 2011) 33 ff.

ten Anteil an der Entwicklung der Beziehungen zwischen Rom und Wien[3] und verfolgte die schwierige Umsetzung des Gruber-De Gasperi-Abkommens, den Erlass des „Optantendekrets" sowie die Verabschiedung des Autonomiestatutes der Region Trentino-Südtirol[4]. Von dem Trentiner Staatsmann De Gasperi lernte Andreotti politischen Realismus, bestehend in dem Wissen darum, dass es für einen militärisch schwachen und innenpolitisch fragilen Staat wie Italien lebenswichtig war, gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu pflegen sowie stabile und international anerkannte politische Grenzen zu besitzen.

In den Jahren nach dem Tod De Gasperis 1954 war Andreotti weiterhin aktiv in der Politik tätig und entwickelte sich zu einem sogenannten „cavallo di razza" der DC, das heißt zu einem der christdemokratischen Vollblutpolitiker mit besonderem Talent, dessen kontinuierliche Präsenz in der Regierung als notwendig galt. Von 1959 bis 1966 war Andreotti Verteidigungsminister[5] und erlebte persönlich die turbulente Zeit mit, in welcher der internationale Streit mit Österreich über die Südtirolfrage ausbrach und Tiroler Terroristengruppen Bombenanschläge verübten[6]. Die Wirkung, die diese dramatischen

3 Siehe dazu I Documenti Diplomatici Italiani (DDI) (Roma 1952–), serie X, vol. 6, documenti (doc.) 690, 762; DDI, X, 7, doc. 531.

4 Über die österreichisch-italienischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg: Michael Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, 2 Bd. (Innsbruck–Wien–Bolzano 2005); Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969, 3 Bde. (Bolzano 1999); Mario Toscano, Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige (Roma-Bari 1967); Pietro Pastorelli, La questione del confine italo-austriaco alla conferenza della pace (1945–1946), in: La politica estera italiana del dopoguerra, hrsg. von Ders. (Bologna 1987) 11 ff. Antony Evelyn Alcock, The History of the South Tyrol Question (London–Geneva 1970); Federico Scarano, Italia e mondo tedesco nell'epoca di Adenauer. Il problema sudtirolese e la politica di Antonio Segni (Napoli 2012); Maddalena Guiotto, Drei Protagonisten des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg: Alcide De Gasperi und seine Beziehungen zu Leopold Figl und Konrad Adenauer, in: Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/1949 bis zur Gegenwart, hrsg. von Michael Gehler, Maddalena Guiotto (Wien–Köln–Weimar 2012) 131–150. Besonders aufschlussreich über die Beziehungen zwischen Rom und Wien sind die Bände der X. und XI. Reihe der Italienischen Diplomatischen Dokumente. Siehe dazu auch die österreichische Dokumentensammlung hrsg. von Michael Gehler, Akten zur Südtirol-Politik 1945–1958 (Innsbruck–Wien–Bozen 2011) 1. und 2. Band. Sehr hilfreich ist in dieser Hinsicht auch folgende Dokumentensammlung: L'Accordo De Gasperi-Gruber. Una storia internazionale, hrsg. von Giovanni Bernardini (Trento 2016).

5 Zu seiner Amtszeit als Verteidigungsminister siehe Ennio Di Nolfo, Giulio Andreotti e la politica estera italiana: alcuni aspetti, in: Giulio Andreotti. L'uomo, il cattolico, lo statista, hrsg. von Mario Barone, Ennio Di Nolfo (Soveria Mannelli 2010) 207 ff.

6 Über den Südtirol-Streit in den 1960er-Jahren sind folgende Werke ausschlaggebend: Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969; Toscano, Storia diplomati-

Ereignisse – aufgrund derer die italienische Führungsschicht über Jahre hinweg in einen offenen Konflikt mit Österreich und Westdeutschland trat, wobei Österreich die Tiroler Irredentisten stillschweigend duldete und Westdeutschland mit dem Kampf der deutschsprachigen Südtiroler sympathisierte – auf Politiker wie Andreotti hatten, indem sie die Vorstellung verfestigten, der deutsche Nationalismus sei gefährlich und destabilisierend für Italien und Europa, ist keinesfalls zu unterschätzen.

Als Verteidigungsminister war Andreotti eine der Hauptfiguren im Kampf gegen den Tiroler Terrorismus und nahm persönlich an den schwierigen Verhandlungen mit der Südtiroler Volkspartei (SVP) und Österreich teil. Aus den Akten können wir entnehmen, dass sich bei Andreotti zu jener Zeit ein Sinneswandel hinsichtlich der Südtirolfrage vollzog. Als Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten erwies er sich zuerst als starker Verfechter einer zentralistischen Vorstellung des Staates und legte Einstellungen an den Tag, die typisch für einen konservativen italienischen Nationalismus waren. In den 1960er-Jahren befürwortete er jedoch die von Aldo Moro verfolgte Strategie des Dialogs und des Kompromisses mit Österreich und der SVP, deren Ziel es war, eine starke Autonomie für die Provinz Bozen zu gewährleisten. Im Ministerrat sprach er sich für Friedensverhandlungen aus, welche die SVP zu einer Kompromisslösung bewegen und viele ihrer Forderungen erfüllen sollten[7].

Bei einem Treffen in Kopenhagen am 30. November 1969 trafen die beiden Außenminister Aldo Moro und Kurt Waldheim Vereinbarungen darüber, wie sie den 1960 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen begonnenen Streit beizulegen gedachten[8]. Die beiden Außenminister be-

ca della questione dell'Alto Adige; Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik; Luciano Monzali, Mario Toscano e la politica estera italiana nell'era atomica (Firenze 2011) 146 ff.; Federico Scarano, Le origini della Commissione dei 19 e il suo significato, in: Dialogo vince violenza. La questione del Trentino Alto Adige/Südtirol nel contesto internazionale, hrsg. von Giovanni Bernardini, Günther Pallaver (Bologna 2015) 233–270. Interessant ist die Dokumentensammlung: Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969, 7 Bde. (Innsbruck–Wien–Bolzano 2005–2013), hrsg. von Rolf Steininger.

7 Archivio Centrale dello Stato, Roma, Carte Aldo Moro, serie III, sottoserie 3, b. 65, Ministero Degli Affari Esteri, Direzione Generale degli Affari Politici, Anmerkung: Versammlung vom 22. November 1965 um 10:30 Uhr beim Ministerpräsidenten, Beilage Gaja an Pompei, 7. Dezember 1965.

8 Siehe dazu Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969, 7, Außenministerkonferenz in Kopenhagen, 30. November 1969, doc. 229.

schlossen einen „Operationskalender" mit einer Reihe von Maßnahmen, zu deren Umsetzung sich die zwei Regierungen verpflichteten, um die Spannungen im bilateralen Verhältnis abzubauen. Die italienische Regierung erklärte ihre Absicht, ein Paket zugunsten Südtirols (bestehend aus Änderungen der Klauseln des Regionalstatus, Sondergesetzen und Verwaltungsverordnungen) zu verabschieden. Ein besonders wichtiger Teil der Kopenhagener Einigung waren die Dokumente, welche die Beilegung des Streites betrafen: die Mitteilung der Streitbeilegung an die Vereinten Nationen, die Übereinkunft, eventuelle Kontroversen hinsichtlich der Auslegung und Umsetzung der bilateralen Verträge zwischen den beiden Staaten vor dem Haager Internationalen Gerichtshof zu verhandeln, und die sogenannte *quietanza*, das heißt die eigentliche Streitbeilegungserklärung Österreichs.

Nach italienischem Verständnis war der „Operationskalender" kein internationales Abkommen, *sondern eine zeitliche Abfolge von unilateralen Handlungen, welche die italienische und die österreichische Regierung, jede für ihren Teil, zu vollziehen beabsichtigten, um zur Beilegung des Streites über die Umsetzung des Pariser Abkommens zu gelangen*: Der von Moro und Waldheim vereinbarte „Operationskalender" war demnach kein neuer, ergänzender oder zusätzlicher Vertrag zum Gruber-De-Gasperi-Abkommen, das nach Ansicht der italienischen Regierung mit dem Erlass des Autonomiestatus für die Region Trentino-Südtirol von 1948 bereits in vollem Umfang erfüllt worden war und als „einziger rechtsgültiger Text" zwischen Österreich und Italien galt. Zu betonen ist, dass das zwischen der Südtiroler Volkspartei und der römischen Regierung vereinbarte Maßnahmenpaket aus italienischer Sicht rein innenpolitischen und unabhängigen Charakter hatte und folglich für Letztere keine neuen internationalen Verpflichtungen darstellte. Ebenso wenig akzeptabel wäre es für Italien gewesen, wenn Österreich einzelne Maßnahmen des Pakets infrage gestellt hätte[9]. Anders jedoch war die österreichische Auslegung der Kopenhagener Einigung: Aus Wiener Sicht war Italien dem Gruber-De Gasperi-Abkommen nicht vollständig nachgekommen, daher kam die Kopenhagener Einigung der Erfüllung des Vertrags vom September 1946 gleich

9 Roberto Gaja, In margine ai più recenti sviluppi in Alto Adige, in: Rivista di studi politici internazionali LIV:4 (1988) 587 ff., insbesondere 591; Istituto Luigi Sturzo (hiernach ILS), Archivio Giulio Andreotti (hiernach AA), serie Austria, b. 791, Ministero degli Affari Esteri, Intese di Copenaghen, febbraio 1984. (Übers. d. Verf.)

und war somit ein neuer internationaler Vertrag. Auch das Maßnahmenpaket wurde als internationale Verpflichtung oder zumindest als eine juristische Verbindlichkeit Italiens gegenüber Österreich verstanden, das Anspruch auf das Mitbestimmungsrecht in Südtirol erhob[10].

In Dezember präsentierte der italienische Regierungschef Mariano Rumor im italienischen Parlament den in Kopenhagen festgeschriebenen „Operationskalender" sowie das Südtirol-Paket und erhielt dafür eine große parlamentarische Mehrheit. Auch das österreichische Parlament stimmte dem Moro-Waldheim-Abkommen zu. Mit der sogenannten „Kopenhagener Einigung" nahm die dramatischste Phase des Konflikts zwischen den beiden Staaten ein Ende, und es begann eine allmähliche Entspannung der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Von den frühen 1970er-Jahren an profilierte sich Giulio Andreotti als wichtiger politischer Leader. Im Sommer 1970 wurde der römische Politiker erstmals mit der Regierungsbildung beauftragt. Doch die Erfüllung dieser Aufgabe misslang. Zwei Jahre später, also 1972, wurde Andreotti zum Regierungschef ernannt und Staatspräsident Giovanni Leone vertraute ihm die Regierungsbildung an, mit dem Auftrag, das Land in vorgezogene Parlamentswahlen zu führen. Die Wahlen vom Mai 1972, die für die Regierungsmitglieder enttäuschend ausfielen und aus denen die rechtsradikale Partei Movimento Sociale Italiano (MSI) gestärkt hervorging, bewegten die DC dazu, sich zur Mitte hin zu orientieren und unter Beteiligung der „Liberalen Partei" eine von Andreotti geleitete Regierung zu bilden. Der scheidende Minister Moro wehrte sich gegen diese zentristische Strategie und lehnte ein Mandat als Minister in der neuen Regierung ab. Im Juni 1972 wurde der aus der Emilia-Romagna stammende Giuseppe Medici von der DC neuer Außenminister[11].

10 Für einen Vergleich zwischen der italienischen und der österreichischen Auslegung der Moro-Waldheim-Einigung siehe Marco Di Ruzza, L'Austria e l'Alto Adige. La „Funzione di Tutela" austriaca verso il Sudtirolo nei rapporti diplomatici Roma-Vienna, (Soveria Mannelli 2009) 27 ff.; Marco Di Ruzza, Francesco Sordini, Lorenzo Trapassi, Il diritto delle minoranza nella nuova Europa. I principi del Trattato di Lisbona ed i loro riflessi sul modello dell'autonomia altoatesina (Soveria Mannelli 2010) 16 ff.

11 Siehe dazu Guido Formigoni, Storia d'Italia nella Guerra Fredda (1943–1978) (Bologna 2016) 422–428. Zwischen 1972 und 1973 arbeitete Andrea Cagiati als diplomatischer Hauptberater im außenpolitischen Bereich eng mit Andreotti zusammen. Nach Ende von Andreottis Mandat wurde Cagiati zum Botschafter in Wien ernannt. Dieses Amt bekleidete er von 1973 bis 1980. Über Cagiati siehe seine Memoiren und Schriften: Andrea Cagiati, I sentieri

Das Moro-Waldheim-Abkommen aus dem Jahr 1969 ebnete den Weg für bessere italienisch–österreichische Beziehungen. Markiert wurde dieser neue Kurs vom Besuch des österreichischen Bundespräsidenten Jonas vom 15. bis 18. November 1971 in Rom. Gemeinsames Ziel dieses Staatsbesuches war es, die Zusammenarbeit zwischen den Ländern zu erweitern und zu verstärken, vor allem auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene[12]. Bei dieser Gelegenheit wurde eine gemischte italienisch-österreichische Kommission eingesetzt, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit anzukurbeln und das lange zurückliegende bilaterale Abkommen von 1952 zu erneuern. Auch in den 1970er-Jahren setzte sich Andreotti für die Verbesserung der italienisch-österreichischen Beziehungen ein und garantierte die allmähliche Umsetzung sowie Anwendung der 1969 mit der SVP und Österreich geschlossenen Vereinbarungen, die eine von beiden Seiten akzeptierte friedliche Lösung des Südtirol-Konflikts vorsahen.

Die Umsetzung des „Operationskalenders" und des Maßnahmenpakets fand schrittweise statt. In Kopenhagen hatten sich beide Regierungen dazu verpflichtet, die in den 18 Punkten enthaltenen Bestimmungen innerhalb von fünf Jahren umzusetzen. Dazu zählte auch die Durchführung des mit der SVP vereinbarten Pakets: die Genehmigung der 137 Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend die Provinz Bozen und die Region Trentino-Südtirol. Hinsichtlich der wichtigsten Maßnahme von allen, die Verabschiedung eines neuen Statutes für die Region Trentino-Südtirol und eine Stärkung der Provinz Bozen, die viele regionale Zuständigkeiten übernehmen sollte, löste Italien seine Versprechen rechtzeitig ein. Das neue Statut wurde 1971 nach den erforderlichen Parlamentswahlen verabschiedet und trat 1972 in Kraft. Neben dem Statut setzte die italienische Regierung auch 14 der im Paket enthaltenen 15 Maßnahmen um, die mit einfachem Gesetz zu verwirklichen waren. Die Frist von fünf Jahren erwies sich aber als zu kurz, um das gesamte Südtirol-Paket zu realisieren. Damit die Provinz Bozen die Zuständigkeiten in den Sachbereichen, die ihr das Statut zuerkannte, auch übernehmen konnte, mussten Durchführungsbestimmungen von spe-

della vita. Ricordi di un diplomatico (Roma 1990); Ders., Scritti di politica estera 1944–1991, 3 Bde. (Firenze 1991–1993).

12 Siehe dazu die Überlegungen des italienischen Botschafters Aillaud in Wien: ILS, AA, Austria, b. 792, Aillaud an das Außenministerium, 21. Oktober 1971.

zifischen Kommissionen erarbeitet werden (Sechserkommission und Zwölferkommission), die im Einverständnis mit der SVP aufgrund der Komplexität des Themas die geplante Durchführungsfrist für das Paket von 1974 weit überschritten. Wie Roberto Gaja später anmerkte:

> *Es wurde doch sehr bald klar, dass die Diskussionen innerhalb der Kommission (Sechserkommission), die die Durchführungsmodalitäten betreffend die „Maßnahmen" zu überprüfen hatte, sich in die Länge gezogen hätten. Hätte die Kommission länger gebraucht, so durfte Rom die Maßnahmen, welche sowohl von der Rossi-Kommission als auch im „Maßnahmenpaket" angeführt worden waren, eigenständig durchführen: Man einigte sich zwar darüber, wenn die Arbeit der Kommission zu viel Zeit in Anspruch nahm, dass die Regierung in Rom selbständig die von der Kommission Rossi vorgeschlagenen und im „Paket" enthaltenen Punkte ausführen könne. Nach langem Überlegen schien es jedoch sinnvoller, die Fristen für die Fertigstellung der Maßnahmen im „Paket" aufzuschieben, damit man noch die ausdrückliche Zustimmung der Südtiroler Vertreter bei der Formulierung jeder einzelnen Maßnahme einholen konnte.*[13]

Man hielt also die Fristen des „Operationskalenders" schlichtweg nicht ein. Die Verabschiedung des neuen Regelwerkes stellte jedenfalls einen wichtigen Schritt hin zu einer Entspannung der italienisch-österreichischen Beziehungen dar. Die langsame Umsetzung des Pakets und die unvollständige förmliche Beilegung der italienisch-österreichischen Streitigkeiten auf der Basis des „Operationskalenders" blieben freilich noch ungelöste Probleme, welche die Beziehungen zwischen Wien und Rom verkomplizierten. Im Laufe der 1970er-Jahre ist trotzdem eine Normalisierung der Lage in Südtirol festzustellen, die zu einer schrittweisen Entspannung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen führte, obwohl in den darauffolgenden zehn Jahren wieder nationale Spannungen aufflammten. Dieser langsame Friedensprozess innerhalb der Südtiroler Gesellschaft lässt sich anhand verschiedener Faktoren erklären. Zunächst einmal hatten die Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung und die Parteichefs der SVP nicht mehr das Gefühl, Italien wolle sie mit einer Entnationalisierung bedrohen. Ein weiteres Element, das

13 Gaja, In margine ai più recenti sviluppi in Alto Adige 587 ff. (Übers. d. Verf.)

zur politischen und nationalen Entspannung in der Provinz beitrug, war die bedeutende wirtschaftliche und industrielle Entwicklung Südtirols in den 1970er- und 1980er-Jahren, welche dieses Land in eine der reichsten Regionen Italiens und Europas verwandelte.

Dennoch blieben Misstrauen und Skepsis gegenüber Italien bestehen. Die Regierung in Wien griff nicht ein. Wie ein Damoklesschwert, das über Italien schwebte, weigerte sich der österreichische Nationalrat, das Abkommen von 1971 zwischen den beiden Ländern zu ratifizieren, das eine Änderung des Artikels 27a der europäischen Konvention bezüglich der friedlichen Streitbeilegung enthielt. Somit kam Wien jahrelang nicht der Verpflichtung nach, die in Punkt 9 des in Kopenhagen festgeschriebenen „Operationskalenders" verankert war. Während Italien dieses Abkommen bereits im Jahr 1973 ratifizierte, tat Österreich dies erst 15 Jahre später, im Jahr 1988.

Da Italien keinen Einspruch mehr gegen die Unterzeichnung von Abkommen zwischen den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft und Österreich erhob, stand auch Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen nichts mehr im Wege. Die Gespräche verliefen allerdings schleppend und nicht reibungslos[14]. Die Bundesrepublik Deutschland befürwortete die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Österreich[15] und auch Italien äußerte sich positiv[16]. Verhaltener agierten hingegen andere EWG-Länder, wie zum Beispiel Frankreich, das die Sowjetunion nicht beunruhigen wollte. Die Vereinigten Staaten ihrerseits unterstützen das Vorhaben, Österreich wirtschaftlich in der EWG zu verankern. Gleichzeitig aber verteidigten sie die sowjetische Stellung, wonach der Staatsvertrag vom 1955 eine *full Austrian membership in the EC* de facto verbot[17]. Aufgrund der Opposition der Sowjetunion gegen jegliche Mitgliedschaft oder

14 Hinweise darauf finden sich in: Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, Bd. 1; Ders., Vom Marshall-Plan bis zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart (Innsbruck–Wien–Bozen 2006).

15 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (München 1994 ff.) 1969, Band Nr. 3, doc. 356.

16 Zum Verhalten Italiens in Zuge der Verhandlungen über die vorläufige Teilvereinbarung Österreichs mit der europäischen Kommission siehe ILS, AA, Europa, b. 420, Bombassei an das Außenministerium, 30. November 1970.

17 Foreign Relations of the United States, 1969–1976, XXIX (Washington 2007) doc. 68, Memorandum from the President's Assistant for National Security Affairs (Kissinger) to President Nixon, 17. Mai 1972.

Assoziierung Österreichs mit der EWG akzeptierte Wien die Idee, mit der EWG nur über den Abschluss eines Freihandelsabkommens zu beraten. 1972 besuchte Kreisky verschiedene EWG-Länder, um die Unterzeichnung dieses Abkommens zu beschleunigen. Im Rahmen dieser Reisen besuchte er am 7. und 8. April 1972 auch Rom.

Andreotti bekräftigte gegenüber Kreisky Italiens volle Unterstützung für einen raschen Abschluss des Vertrages zwischen Österreich und der EWG, welcher den gegenseitigen Interessen Rechnung tragen und auch den Wunsch Österreichs, der EWG beizutreten, bestätigen würde. Auch dank der Unterstützung Italiens unterzeichnete Österreich am 22. Juli 1972 mit der Europäischen Gemeinschaft zwei Abkommen: Das erste betraf die Produkte der EWG und das zweite die Produkte der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Durch die Vereinbarung über die EWG–Produkte wurde eine Freihandelszone für Industrieerzeugnisse geschaffen, wobei die vorgesehene Zollverringerung in fünf Etappen zu erfolgen hatte. In der zweiten Vereinbarung galten in Bezug auf die Produkte der EGKS die gleichen Vorschriften wie für die Produkte der EWG – sowohl hinsichtlich der Tarife als auch hinsichtlich des Ablaufs des Abkommens und der einschlägigen Schutzklauseln.

Die Verträge zwischen Österreich und der EWG, die den gleichen Stellenwert wie die von den anderen EFTA und nicht EWG-Mitgliedsstaaten unterzeichneten Verträge hatten, traten am 1. Jänner 1973 in Kraft. Vom Freihandelsabkommen mit der EWG wurde zunächst der Landwirtschaftsbereich ausgeschlossen. In den nachfolgenden Jahren sollten dann branchenspezifische Übereinkommen zwischen Österreich und der EWG für Rindfleisch, Wein und Käse abgeschlossen werden.

Im Sommer 1973 wurde dem Experiment einer von Andreotti geleiteten zentristischen Regierung ein Ende gesetzt. Die DC fand sich intern wieder zusammen und Moro schloss mit Fanfani den sogenannten „Pakt von Palazzo Giustiniani" ab, womit die Rückkehr zu einer Mitte-Links-Regierung besiegelt und Fanfani zum Parteisekretär ernannt wurde[18]. Letztendlich wurde Andreottis Regierung durch eine neue Mitte-Links-Regierung unter der Führung von Mariano Rumor abgelöst. Andreotti rückte jedoch schon bald

18 Piero Craveri, La Repubblica dal 1958 al 1992 (Torino 1995) 522; Formigoni, Storia d'Italia nella Guerra Fredda, 429 ff.

wieder ins politische Rampenlicht. Von 1973 an positionierte sich der römische Politiker neu, indem er von der traditionell starren kommunistenfeindlichen Haltung des rechten Flügels der DC Abstand nahm und sich dafür aussprach, Formen der Zusammenarbeit mit dem Partito Comunista Italiano (PCI) zu finden. Er wurde zum Mitstreiter Moros bei der politischen Öffnung zu den Kommunisten.

Gleich nach den Parlamentswahlen im Juni 1976, bei denen der PCI Stimmen dazugewann, während die DC ihr Niveau halten konnte, zog es Aldo Moro, der die gesamte christdemokratische Partei in seine politischen Pläne miteinbeziehen wollte, vor, die Regierung einem Vertreter des rechten Parteiflügels wie Andreotti anzuvertrauen. Diese Regierung entstand im Zeichen der nationalen Solidarität, das heißt als Mitte-Links-Koalition, die auch auf die Stimmen der PCI zählen konnte[19]. In der Zeit zwischen Juli 1976 und August 1979, als Andreotti an der Spitze dieser auf nationaler Solidarität basierenden Regierungen stand, zeigten weder er noch die italienische Außenpolitik Interesse an den problematischen Beziehungen zu Österreich[20].

In den 1970er-Jahren intensivierten sich die politischen Beziehungen zwischen Italien und Österreich jedoch nicht in der Weise, wie von manchen gewünscht[21]. Eine Rolle spielte einerseits die lang anhaltende innenpolitische italienische Krise, aufgrund derer Italiens Mitwirkung auf der internationalen Szene an Intensität und Brandbreite verlor. Andererseits wurde die österreichische Außenpolitik durch die Persönlichkeit von Bundeskanzler Kreisky stark geprägt, der nach der 1974 erfolgten Wahl von Außenminister Kirch-

19 Giulio Andreotti, Diari 1976–1979. Gli anni della solidarietà (Milano 1981) 19. Siehe dazu auch Ders., Volti del mio tempo. Personaggi della storia, della politica, della Chiesa (Cinisello Balsamo 2000) 66–71. Zur Entstehung von Andreottis Regierung im Jahr 1976 siehe Craveri, La Repubblica dal 1958 al 1992 638 ff.; Francesco Barbagallo, Enrico Berlinguer (Roma 2006) 269 ff.; Formigoni, Storia d'Italia nella Guerra Fredda 483 ff.; Massimo Pini, Craxi. Una vita, un'era politica (Milano 2006) 110 ff. Arnaldo Forlani war Außenminister bei den sogenannten „Regierungen der nationalen Solidarität". Zu seiner Tätigkeit siehe Arnaldo Forlani, Potere discreto. Cinquant'anni con la Democrazia cristiana (Venezia 2009).

20 In jenen Jahren war Umberto La Rocca der engste Mitarbeiter Andreottis in der Außenpolitik. Andreotti ernannte ihn zum diplomatischen Berater im Ministerrat.

21 Zu den italienisch-österreichischen Beziehung in den 1970er-Jahren siehe: Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, Bd. 1; Luigi Vittorio Ferraris, Manuale della politica estera italiana 1947–1993 (Roma 1996); Günther Pallaver, L'erba del vicino. Italien-Österreich. Nachbarn in Europa, in: Österreich und die europäische Integration 1945–1993, hrsg. von Michael Gehler, Rolf Steininger (Wien 1993) 226–266; Monzali, Giulio Andreotti e le relazioni italo-austriache 25 ff.

schläger zum Bundespräsidenten die österreichische Außenpolitik auf internationaler Ebene dominierte.
Seine Außenminister, Erich Bielka (1974–1976) und dann Willibald Pahr (1976–1983) handelten als Technokraten, die mit der Aufgabe betraut worden waren, die alltäglichen Angelegenheiten zu verwalten und die internationalen Strategien des Kanzlers umzusetzen[22]. Kreisky zeigte kein besonderes Interesse an einer Verstärkung der politischen Zusammenarbeit mit Italien. Er setzte sich lieber dafür ein, Österreich in einen der Hauptakteure im Rahmen der multilateralen Diplomatie und der Entspannungspolitik zu verwandeln, wobei Österreich einen besonderen und noch nie da gewesenen Aktivismus in der Nahostpolitik an den Tag legte[23].

Die guten Beziehungen zwischen Rom und der SVP wurden trotz der Verzögerungen bei der Durchführung und Umsetzung einiger im Paket enthaltenen Maßnahmen aufrechterhalten – teilweise waren diese bedingt durch die politische und soziale Krise der 1970er-Jahre in Italien sowie die Schwierigkeit, das italienische rechtliche und administrative System an die neue im Pakt vorgesehene Verfassungsstruktur anzupassen. Die Spitzenpolitiker Aldo Moro, Mariano Rumor, Giulio Andreotti und Emilio Colombo waren überzeugte Verfechter der Zusammenarbeit mit der SVP, die sie als Bollwerk gegen die extremistischen Tendenzen der ehemaligen Südtiroler Terroristengruppen ansahen. In jenen Jahren machten die italienischen Regierungen nicht zufällig wichtige Zugeständnisse an die deutschsprachigen Südtiroler. Maßgeblich dafür war das von Moro gewünschte und von Andreotti akzeptierte Dekret des Staatspräsidenten Nr. 752 vom 26. Juli 1976, das den Artikel 89 des Autonomiestatutes der Region Trentino-Südtirol zur Anwendung brachte. Dieser Artikel schrieb vor, dass die Stellen der öffentlichen Verwaltung aufgrund der in der amtlichen Volkszählung festgestellten zahlenmäßigen Stärke an die Mitglieder der drei ethnischen Gemeinschaften

22 Für ein Porträt beider Außenminister siehe: Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, Bd. 1 378 ff.

23 Zur österreichischen Außenpolitik unter Bundeskanzler Kreisky siehe Wolfgang Mueller, A Good Example of Peaceful Coexistence? The Soviet Union, Austria, and Neutrality, 1955–1991 (Wien 2011); Maximilian Graf, Österreich und die DDR 1945–1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung (Wien 2016); Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky. Die Biographie (St. Pölten–Salzburg 2010) 235 ff.; Detlef Kleinert, Willibald Pahr: Außenminister unter Kreisky. Analysen zum Zeitgeschehen (Wien 2010).

(Deutsche, Italiener und Ladiner) vergeben werden mussten. Die Durchsetzung der Zweisprachigkeit und des sogenannten ethnischen Proporzes, der in der Tat zu einer Verminderung der italienischen Präsenz im öffentlichen Dienst der Provinz führte, war ein klares Zeichen dafür, dass die römische Regierung das Leben und die Zukunft der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol nicht beeinträchtigen würde. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Abgeordneten der SVP der Regierung Andreotti im Juli 1976 ihr Vertrauen ausdrückten[24].

Anlässlich des Besuches von Außenminister Willibald Pahr in Rom im Mai 1977 zog das Generalsekretariat des italienischen Außenministeriums Bilanz über den Status der österreichisch-italienischen Beziehungen und legte besonderes Augenmerk auf die Situation in Südtirol und auf den Durchführungsprozess des Pakets[25]. Laut italienischer Diplomaten wusste die Regierung in Wien sehr wohl, dass die SVP überwiegend für die Verzögerungen verantwortlich war, da sie durch das Hinausschieben der Arbeiten der gemischten Kommission möglichst viele Forderungen durchsetzen wollte, vor allem hinsichtlich einer extensiven Auslegung der im Paket enthaltenen Maßnahmen:

> *Von Seiten Italiens sei darauf hingewiesen, dass eine Verlängerung der ursprünglich festgelegten Frist vom 20. Januar 1974 bei der gemischten Kommission angesucht wurde, in der einvernehmlichen Überzeugung, dass die Arbeit über zu enge Fristen hinaus fortzusetzen war. Unsere Regierung hat mehrmals die Kommission dazu aufgefordert. Dies stieß oft auf viel gravierendere Schwierigkeiten als gedacht, vor allem infolge der äußerst extensiven Auslegungen der Statutenvorschriften, die die lokalen Vertreter im Zuge der Arbeiten einzuführen versucht habe.*[26]

In einem anonymen Vermerk, der sich in dem für das Gespräch mit Pahr vom Außenministerium vorbereiteten Akt befindet und der vermutlich Alcide Berloffa, einem ehemaligen christlich-demokratischen Parlamentarier

24 Andreotti, Diari 1976–1979. Gli anni della solidarietà 29.

25 ILS, AA, Austria, b. 792, Ministero degli Affari Esteri, „Pacchetto", ohne Datum (aber Mai 1977).

26 Ebd. (Übers. d. Verf.)

und Vertrauten Andreottis zum Thema Südtirol, zugeordnet werden kann[27], wurde der Fortschritt der Arbeiten innerhalb der gemischten Kommission zur Umsetzung des Pakets unter die Lupe genommen. Laut Berloffa wusste die österreichische Regierung sehr wohl, dass die Italiener bei der Durchführung des Pakets für die Verzögerungen keine Verantwortung trugen, sondern diese vielmehr dadurch bedingt waren, dass sich die SVP möglichst große Zugeständnisse sichern wollte,

> *sowohl hinsichtlich des Inhalts der Dekrete und der detaillierten Aufteilung der jeweiligen Zuständigkeiten zwischen Staat und autonomen Gebietskörperschaften, wodurch sich in Zukunft Konflikte vermindern ließen, als auch hinsichtlich der Bereicherung, die so ein autonomistisches System darstellen kann, und schließlich weil diese Zufriedenheit dazu beitragen kann, die sich im Jahr 1969 beim SVP-Kongress herauskristallisierten krassen Gegensätze innerhalb der Partei zu überwinden, als das „Paket" von einer schwachen Mehrheit bewilligt wurde (also 52% gegen 48%). Indem die SVP den Landeshauptmann-Stellvertreter Benedikter (der bestimmt strikteste und hartnäckigste Gegner des Pakets) als einen der Vertreter der Kommission gewählt hat, konnte die Partei eine Übereinstimmung in Hinblick auf eine breitere Auslegung der Statutsvorschriften erzielen und somit die einst beherrschende Einheit innerhalb der Partei wieder salonfähig machen. Dies ist in Wien sehr wohl bekannt und die Wiener Regierung findet keine Argumente, um die SVP zu einer anderen Strategie zu überreden, die offensichtlich die politische Verantwortung in Zusammenhang mit den bilateralen Beziehungen, mit den parteiinternen Beziehungen sowie auch für die Beziehungen mit der italienischsprachigen Volksgruppe in Südtirol allein auf die Regierung in Rom abwälzt*[28].

Es sei darauf hinzuweisen, so Berloffa, dass die bisher von der Regierung verabschiedeten Maßnahmen und die Durchführungsvorschriften sowie auch die Arbeitsmethoden der Kommission im Einvernehmen mit den lokalen Ver-

27 Zu Alcide Berloffa und seiner Rolle bei den politischen Ereignissen im Südtirol siehe Alcide Berloffa, Gli anni del Pacchetto. Ricordi raccolti da Giuseppe Ferrandi (Bolzano 2004).

28 ILS, AA, Austria, b. 792, Alcide Berloffa, Anmerkung vom 15. April 1977, als Anhang für das italienische Außenministerium, Unterlagen zur Vorbereitung auf den Besuch des österreichischen Außenministers Willibald Pahr (Rom, 5.–6. Mai 1977). (Übers. d. Verf.)

tretern vereinbart worden waren: Versammlungen und Vertagungen waren immer mit den Südtiroler Delegierten abgesprochen oder auf ihren Vorschlag hin beschlossen worden. Die SVP habe regelmäßig die angeblichen Verzögerungen Italiens bei der Verabschiedung etlicher Vorschriften des Pakets bemängelt. Tatsächlich handelte sich aber oft um einen Vorwand, um eine extensive Auslegung des Pakets bei der gemischten Kommission einzufordern[29].

In den 1970er-Jahren intensivierten sich allmählich die Beziehungen zwischen Italien und Österreich vor allem auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene. Auch dank des Abkommens mit der EWG verstärkte sich zusehends der Wirtschaftsaustausch zwischen Österreich und Italien[30]. Bemerkenswert war auf kultureller Ebene der Einsatz einiger italienischer und österreichischer Intellektueller, die ein besseres Kennenlernen beider Völker fördern wollten. So setzten sich Historiker wie Franco Valsecchi, Angelo Ara und Adam Wandruzska, Politiker wie Bruno Kessler, Schriftsteller und Herausgeber wie Claudio Magris und Roberto Calasso dafür ein, beide Kulturen in Italien und Österreich zu verbreiten und die Geschichte der Beziehungen zwischen Italienern und Österreichern neu auszulegen – und zwar nicht mehr als eine Geschichte zweier Antagonisten, sondern als eine Geschichte der Zusammenarbeit und Gemeinsamkeiten.

Was die italienisch-österreichischen politischen Beziehungen betrifft, intensivierten sich die Kontakte zwischen Rom und Wien erst im Laufe der 1980er-Jahre, als zum einen in Italien erneut eine Mitte-Links-Regierung an die Macht kam, welche die PCI ausschloss, und zum anderen sich die politische Laufbahn Bruno Kreiskys langsam ihrem Ende zuneigte.

Im August 1983 schien die Bildung einer neuen Regierung unter Bettino Craxi, dem dynamischen Chef der Sozialisten, auch für das italienisch-österreichische Verhältnis neue Perspektiven zu eröffnen. Seit einigen Jahren schon war Craxi außenpolitisch engagiert und hatte zahlreiche internationale Verbindungen geknüpft, vor allem mit den deutschen Sozialdemokraten und den österreichischen Sozialisten. Giulio Andreotti, der nach dem Ende der

29 Ebd. Siehe dazu auch Fausto Bacchetti, Attraverso mezzo secolo. Memorie di un testimone dalla politica italiana alla diplomazia internazionale (Bologna 1988).

30 Einige Informationen und Angaben finden sich in: Fritz Breuss, Italien und Österreich angesichts der Herausforderung des Binnenmarktes, in: Österreich-Italien. Was Nachbarn voneinander wissen sollten, hrsg. von Michael Morass, Günther Pallaver (Wien 1992) 181–222.

Phase der nationalen Solidarität einige Jahre lang keinen Ministerposten bekleidet hatte, übernahm unter der Regierung Craxi das Amt des Außenministers, das er auch noch unter den nachfolgenden Kabinetten Fanfani, Goria und De Mita bis Juli 1989 innehatte. In diesen Jahren drückte Andreotti der italienischen Außenpolitik seinen Stempel auf[31], obwohl er gemeinsam mit Ministerpräsident Craxi die Erarbeitung politischer und strategischer Entscheidungen absprechen und internationale Krisen bewältigen musste. Als Außenminister wurde Andreotti von Diplomaten, die vor allem seine Ernsthaftigkeit und sein Engagement sowie seinen analytischen Geist lobten, sehr geschätzt.

Die Beziehung zwischen Wien und Rom verstärkten sich weiterhin mit häufigen Besuchen und Treffen zwischen den Vertretern beider Regierungen. Der österreichische Botschafter in Rom, Friedrich Frölichsthal, der als profunder Kenner Italiens galt, setzte sich intensiv für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten ein. Ein wichtiges Zeichen setzten in diesem Zusammenhang Craxi und Andreotti im Februar 1984 bei ihrem Besuch in Wien. Seit mehr als einem Jahrhundert hatte kein italienischer Ministerpräsident mehr die österreichische Hauptstadt besucht. Diese Initiative stellte eine starke Geste im Rahmen der bilateralen Beziehungen dar. Eine Reise, um „das Eis zu brechen": So definierten manche Presseorgane den Besuch Craxis und Andreottis in Wien[32].

---

31 Andreotti umgab sich als Außenminister mit Beratern und Mitarbeitern, die eine gewichtige Rolle in der italienischen Außenpolitik spielten. Umberto La Rocca war als diplomatischer Berater des Ministers bis 1985 tätig. Nach La Roccas Pensionierung stieg Luigi Guidobono Cavalchini zum Experten im außenpolitischen Bereich an der Seite Andreottis auf. Cavalchini war Chef des Kabinetts Andreottis für das Außenministerium. Francesco Malfatti di Montretto hingegen blieb einige Jahre lang bis zu seiner Pensionierung als Generalsekretär im Außenministerium. Dieser zeichnete sich als eine unkonventionelle Persönlichkeit in der italienischen Diplomatie aus. Er war ein Adeliger aus Trient und ein sozialistischer antifaschistischer Kämpfer, der seine Karriere als Politiker nach dem Zweiten Weltkrieg begann. Er war diplomatischer Berater Saragats im Quirinal, dann Botschafter in Paris und Generalsekretär im Außenministerium Ende der 1970er-Jahre. Als Malfattis Nachfolger wählte Andreotti Renato Ruggiero zum Generalsekretär. Er war lange in Brüssel tätig und verfügte durch seine fundierten europapolitischen Kenntnisse und aufgrund seines breiten internationalen Netzwerkes über großes Prestige. Generalsekretär Ruggiero, der mit Craxi verbunden war, geriet bald in Konflikt mit Andreotti. Nach den Wahlen im Jahr 1987 verließ Ruggiero die Diplomatie und wurde zum Außenhandelsminister im Kabinett Goria. An seiner Stelle ernannte Andreotti Bruno Bottai zum Generalsekretär. Dieser war bereits Leiter der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten sowie ein Vertrauter von Außenminister Colombo, der dieses Amt bis 1993 innehatte, gewesen.

32 Giorgio Battistini, Craxi ha offerto soldati italiani alle truppe Onu per il Libano, in: La Repubblica (17. Februar 1984). Für eine Beschreibung des Besuchs von Craxi und Andreotti

Eine Bilanz über die Umsetzung des Südtirol-Pakets zog die italienische Diplomatie im Zuge der Vorbereitungen auf das Treffen in Wien zwischen Andreotti und dem österreichischen Außenminister Leopold Gratz, das für den 11. Mai 1985 anlässlich des 30. Jubiläums des österreichischen Staatsvertrages angesetzt worden war. Laut der italienischen Diplomatie seien die österreichisch-italienischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg stark von der Südtirolfrage beeinflusst worden und dies trotz des entscheidenden Waldheim-Moro-Abkommens von 1969. Deswegen hatten sich die Beziehungen bis dahin wegen *der internen Unstimmigkeiten rund um die Umsetzung des Pakets*[33] nicht vollkommen entfalten können. Es sei aber im gemeinsamen Interesse aller gewesen, diese Beziehungen auszubauen, um sowohl eine gute Nachbarschaftspolitik zu gewährleisten als auch den laufenden Veränderungen der europäischen Politik gerecht zu werden. Denn Italien hätte zusammen mit Deutschland eine Vermittlerrolle zwischen Österreich, den europäischen und den westlichen Institutionen spielen können[34]. Zu diesem Zweck war es notwendig, das Paket schnell umzusetzen. Seit dem Inkrafttreten des Statuts für die Region Trentino-Südtirol am 20. Jänner 1972 waren 47 Vorschriften verabschiedet worden, darunter jene über den Schutz der deutschsprachigen Bevölkerung im Schulsystem und über den Proporz im öffentlichen Dienst. Für die vollständige Durchführung des Pakets fehlten aber noch einige Bestimmungen. Die wichtigsten betrafen die Anwendung der deutschen Sprache in den öffentlichen Ämtern und bei Gerichtsverfahren, bei Telekommunikation und Verkehrswesen sowie Vorschriften bezüglich der finanziellen Beziehungen zwischen Staat und Provinz[35]. Weiters bestand keine Einigkeit über die Forderung der SVP, wonach die Angeklagten im Rahmen eines Gerichtsverfahrens verpflichtet sein sollten, die bei der Volkszählung erklärte Sprache zu verwenden. Was Verkehrswesen und Telekommunikation anbe-

in Wien siehe Monzali, Giulio Andreotti e le relazioni italo-austriache 1972–1992 44 ff. Von Spannungen in den italienisch-österreichischen Beziehungen finden sich hier mehrere Beweise: ILS, AA, Austria, b. 791, Berloffa an Andreotti, 13. Februar 1984, mit zwei unpublizierten Anlagen.

33 ILS, AA, Austria, b. 791, Ministero degli Affari Esteri, Italia ed Austria nel contesto bilaterale ed internazionale, ohne Datum (aber Mai 1985).

34 Ebd.

35 ILS, AA, Austria, b. 791, Ministero degli Affari Esteri, Fortschrittszustand bei der Durchführung des Pakets, Ohne Datum (aber Mai 1985).

langte, hatte der Anspruch der SVP, diesen Bereich unter die Zuständigkeit der Provinz Bozen fallen zu lassen, zu Verzögerungen bei den Arbeiten der gemischten Kommission geführt.

Der italienische Botschafter in Wien, Girolamo Nisio, blieb trotzdem misstrauisch gegenüber dem österreichischen *Establishment*. Nisio kritisierte nämlich die Tatsache, dass Wien die Ratifizierung des österreichisch-italienischen Abkommens von 1971 über die Änderung des Artikels 27 Ziffer a) der europäischen Konvention für die friedliche Streitbeilegung weiter hinauszögerte. Außerdem hielt er es für unpassend, dass in der Öffentlichkeit ständig zur Einhaltung des Selbstbestimmungsprinzips der Südtiroler Bevölkerung aufgerufen wurde. Insofern schuf der Besuch von Craxi und Andreotti im Februar 1984 ein neues Klima für das österreichisch-italienische Verhältnis, wobei es offensichtlich wurde, dass Österreich viel daran gelegen war, die Beziehungen mit Italien *auch im Zuge der erwünschten Annäherung an die europäische Gemeinschaft* zu verbessern. Die Österreicher sehnten sich zwar nach einer raschen Lösung der Südtirolfrage durch die Umsetzung des Pakets; sie zeigten aber Verständnis dafür, dass Italien aus rechtlicher Sicht Schwierigkeiten hatte. Die Südtirolfrage blieb also ein sehr umstrittenes Thema in Österreich und die Regierung in Wien konnte nicht ignorieren, dass Tirol starkes Interesse daran hatte, die kulturelle und geistige Beziehung zwischen beiden Teilen Tirols zu intensivieren – *und dies nicht ohne politische Hintergedanken*.

> *Die sich daraus ergebende Aktion – so Nisio – erfolgt auf der Grundlage der im Pariser Abkommen festgeschriebenen Einhaltung der Südtiroler Autonomie und deren Ausdehnung durch die im „Paket" enthaltenen Bestimmungen. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Autonomie weiterhin als optimale Lösung erachtet wird: Für manch einen könnte die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts (welches für die Südtiroler und für Österreich selbst im Namen der Südtiroler unverzichtbar ist) in nicht absehbarer und jedoch annehmbarer Zukunft die beste Lösung sein; für manch anderen hingegen könnte eine Auflösung der nationalen Grenzen zugunsten einer umfangreicheren Europäische Union die beste Variante darstellen. Dass solche Tendenzen in Österreich ziemlich verbreitet und von den offiziellen Kreisen vertreten werden, zeigte sich anhand der vagen Antworten seitens der Regierung und der ÖVP hinsichtlich des bekannten Steiner-Falls kurz vor dem offiziellen Besuch*

> *des Ministerpräsidenten und des Ministers in Österreich sowie auch in aller Deutlichkeit und Offenheit im Rahmen der berühmten Veranstaltung in Innsbruck, die anlässlich des Tiroler Gedenkjahres stattfand. Wenn der politische Konflikt in Zusammenhang mit dem Selbstbestimmungsprinzip offen gelassen wird, wie es die Österreicher angeblich zu tun gedenken, könnte dies – wenn auch nicht in naher Zukunft – besonders gefährlich sein, weil gewisse Erwartungen bei der Südtiroler Bevölkerung entstehen könnten, die – wenn unerfüllt, was bestimmt der Fall sein wird – erneut zu Spannungen zwischen dieser ethnischen Minderheit und dem italienischen Staat führen könnten.*[36]

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zeigten die Italiener trotz der Zweifel des Botschafters Nisio eine noch größere Bereitschaft, die Kontroverse mit Österreich in der Südtirolfrage so schnell wie möglich zu bereinigen[37]. Die italienische Führung, nunmehr der wohlwollenden Absichten Wiens sicher, war sogar für eine Annährung Österreichs an die EWG und seinen eventuellen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft[38]. Im Hinblick auf eine Entspannung und Förderung der zwischenstaatlichen Verhältnisse zwischen Rom und Wien wurde beschlossen, Botschafter Nisio durch Alessandro Quaroni zu ersetzen. Mit einer Österreicherin verheiratet, war dieser bereits in den 1960er-Jahren Konsul in Innsbruck gewesen. Er galt als profunder Kenner der Sprache sowie Kultur des Landes und war auch als Stellvertreter des Generalsekretärs Ruggiero tätig gewesen. Dieser schlug ihm im Einvernehmen mit Andreotti die Stelle in Wien vor, um eben die Beziehungen mit Österreich zu verbessern und zu festigen. Quaroni gelang es bravourös, ein auf Vertrauen und Zusammenarbeit basierendes Verhältnis mit den österreichischen Politikern und Diplomaten, insbesondere mit Minister Alois Mock und seinem

36 ILS, AA, Austria, b. 791, Ambasciata italiana a Vienna, Anmerkung. Südtirol-Frage, ohne Datum (aber Mai 1985, Übers. d. Verf.). Für eine genauere Rekonstruktion der Ereignisse bei der Innsbrucker Veranstaltung siehe Monzali, Giulio Andreotti e le relazioni italo–austriache 1972–1992 46 ff.

37 Siehe dazu ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 17, Andreotti an Magnago, 10. November 1986; ebd., Andreotti an Craxi, 10. November 1986.

38 Für eine Analyse der Südtirolfrage siehe Michael Gehler, Vollendung der Bilateralisierung als diplomatisch–juristisches Kunststück: Die Streitbeilegungserklärung zwischen Italien und Österreich 1992, in: Ende eines Streits. Zehn Jahre Streitbeilegung im Südtirolkonflikt zwischen Italien und Österreich 1992, hrsg. von Siglinde Clementi, Jens Woelk (Baden-Baden 2003) 18–81, insbesondere 28 ff.

Berater Ludwig Steiner[39], herzustellen. Außerdem spielte er eine wichtige Rolle bei der Schaffung einer positiven Stimmung zwischen beiden Ländern, indem er zwischen den beiden Regierungen bei der Schlichtung des Südtirol-Streites vermittelte.

Doch für die italienischen Politiker blieb der EG-Beitritt Österreichs an die Lösung der Südtirolfrage gekoppelt. Und diese Position unterstrich Andreotti auch am 12. Dezember 1987 bei einem Treffen mit Österreichs Außenminister Mock in Klagenfurt. Zum einen bestätigte der italienische Politiker, sein Land sei an der Annährung Österreichs an die Europäische Gemeinschaft interessiert und befürworte sie, gab aber ebenso zu verstehen, dass Italien größten Wert auf die Lösung des Südtirol-Konflikts lege[40].

Ministerpräsident Giovanni Goria traf den SVP-Chef Magnago am 1. Dezember 1987 und bekräftigte seine Absicht, das Paket bis zum Jahresende vervollständigen zu wollen. Er stieß aber dabei auf den Wiederstand des Südtiroler Politikers, der meinte, die verfügbare Zeit wäre zu knapp, um die noch offenen Fragen zu klären[41]. Laut der SVP seien Angelegenheiten wie die Anwendung der deutschen Sprache in den Gerichten, in den Polizeiämtern und in den öffentlichen Einrichtungen, die Anwendung des ethnischen Proporzes bei der italienischen Eisenbahn in Südtirol, die Einschreibung nichtdeutschsprachiger Schüler in deutschsprachigen Schulen und weitere kleinere Sachverhalte offene Punkte gewesen, die es zu lösen galt. Aufgrund des Widerstands der SVP und der Instabilität der italienischen Regierungen konnte das Paket bis 1987 nicht abgeschlossen werden. In den Jahren 1988 und 1989 war aber ein Ende der Südtirol-Streitigkeit doch in Sicht. Die Parteien, welche die vom Kanzler Franz Vranitzky geleitete österreichische Regierung anführten – die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) –, waren zur Einsicht gelangt, dass die Einigung mit Rom forciert werden müsse. Ein klares Signal für diese neue Einstellung Wiens setzte man im Sommer 1988 mit der parlamentarischen Genehmigung, den österreichisch-italienischen Vertrag von 1971 bezüglich der Gerichtsbarkeit

39 Zu Ludwig Steiner, dem aus Tirol stammenden Politiker und Diplomaten siehe Ludwig Steiner, Diplomatie-Politik. Ein Leben für die Einheit Tirols. Ein Leben für Österreich. 1972–2007 (Bozen–Innsbruck–Wien 2008).

40 Andreotti: Gorbaciov riabilita anche Dio, in: Il Tempo (13. Dezember 1987); Andreotti rassicura Mock „Per l'Alto Adige prossima la conclusione", in: l'Unità (13. Dezember 1987).

41 ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Fontana Giusti an Bottai, 11. Dezember 1987.

des Haager Gerichtshofes zu ratifizieren, wie im Punkt 9 des „Operationskalenders" festgehalten[42]. Die einzige österreichische Partei, die einer raschen Beilegung des italienisch-österreichischen Streits feindlich gegenüberstand, war Jörg Haiders Freiheitliche Partei Österreichs, die sich inzwischen auf ultranationalistischen Positionen bewegte und die SPÖ-ÖVP-Regierung bezichtigte, Italien gegenüber zu nachgiebig zu sein und dadurch die Südtiroler zu verraten[43].

Der Nachfolger Gorias, Ciriaco De Mita, führte diese Politik fort und forcierte die Verabschiedung von Maßnahmen sowie staatlichen und parlamentarischen Verordnungen, die zum Südtirol-Paket gehörten, und erfüllte so die Umsetzung des Autonomiestatutes der Region Trentino-Südtirol, indem die beiden letzten Vorschriften – die eine über die Anwendung der deutschen und ladinischen Sprache in den öffentlichen Ämtern und in den Gerichtsverfahren, die andere über die Universitätsassistenz in der Provinz Bozen – verabschiedet wurden. Die einzigen wichtigen Maßnahmen des Pakets, die das Parlament noch zu beschließen hatte, waren die Maßnahme 111 (Änderung der Wahlkreise für den Senat in Trentino-Südtirol), die Maßnahme 137 (Bildung einer ständigen Kommission für die Provinz Bozen) und eine neue Finanzregelung für die Provinzen Trient und Bozen. Weitere nebensächliche Maßnahmen, welche die SVP gefordert und die Regierung in Rom versprochen hatte, auch wenn nicht im Paket enthalten, umfassten: die Überwindung der Probleme und der Ungleichheiten, welche bei der Durchführung des deutsch-italienischen Abkommens vom 27. Jänner 1976 zur Reglementierung der Pensionen der ehemaligen Optanten entstanden waren und die Einführung des Proporzes in der Provinz Bozen für das Eisenbahnpersonal[44]. Eine Beilegung des italienisch-österreichischen Streites bis zum

42 ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Quaroni an das Außenministerium, 6. und 18. Mai, 8. und 21. Juni 1988.

43 ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Quaroni an das Außenministerium, 14. Mai 1988. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass – dem italienischen Geheimdienst zufolge – Haiders Partei versucht hatte, in Südtirol tätig zu werden. Dabei knüpfte sie Kontakte in Südtirol und unterstützte finanziell sowie politisch die Union für Südtirol, die Ende der 1980er-Jahre als SVP-Gegenpartei und Ausdruck der radikalsten Gruppen des deutsch-südtirolerischen Nationalismus ins Leben gerufen wurde: ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, SISMI an das Kabinett des Verteidigungsministeriums, 12. März 1992.

44 ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Durchführung des Pakets, ohne Datum. (aber November 1989).

Jahresende erschien nun wahrscheinlich. Das einzige und letzte Hindernis auf diesem Weg war die SVP. Ein Teil der Südtiroler Volkspartei äußerte sich besorgt über die Zeit nach der Verwirklichung des Pakets, da befürchtet wurde, Italien könne einige seiner Zugeständnisse rückgängig machen und Österreich habe nach der Streitbeilegungserklärung eine geringere Schutzmacht über Südtirol. Daher waren viele gegen das Vorhaben Wiens, die Lösung des Konflikts mit Rom zu beschleunigen, und forderten, den Schutz der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols international zu verankern. Die SVP war de facto gespalten: auf der einen Seite Landeshauptmann Silvius Magnago und seine Anhänger, die den Wünschen Wiens nachkommen und das Paket zum Abschluss bringen wollten; auf der anderen der Flügel, der von Alfons Benedikter, Mitglied des Bozener Provinzialausschusses, angeführt wurde und Kritik an der angeblichen Fügsamkeit des alten Obmanns der SVP übte. Die Situation innerhalb der Partei wurde noch kritischer, als Magnago beschloss, sich aus der Führung der SVP und dem Bozener Provinzialausschuss zurückzuziehen, um einer neuen Generation von Politikern Platz zu machen. Im September 1988 berichtete Bruno Bottai, der Generalsekretär des Außenministeriums, an Andreotti, dass Magnago gegenüber dem Minister geäußert habe, er befinde sich durch Benedikters Kritik in großer Bedrängnis, sei aber trotzdem bereit, auf dem Kongress der SVP Ende des Jahres die Annahme des Pakets zu fordern[45]. Doch aufgrund der Verzögerungen durch den italienischen Gesetzgeber und der innenpolitischen Spannungen der SVP (Magnago erhielt mit seiner Linie die Mehrheit, Benedikter trat aus der SVP aus und gründete eine neue radikale Südtiroler Partei, die „Liste für Südtirol") zögerte sich die Billigung des Pakets noch weiter hinaus.

Im Laufe der Jahre 1988 und 1989 wurde der EWG-Beitritt für die Regierung in Wien notwendiger denn je. Der EWG-Markt entwickelte sich zusehends lebendiger und dynamischer. Der sich in Mittel- und Osteuropa vollziehende Wandel deutete darauf hin, dass Österreich seine politische Neutralität überwinden und der EWG beitreten musste, um die sich ergebenden Chancen nützen zu können. Am 7. Jänner 1989 traf sich Andreotti erneut mit Mock, diesmal in Paris am Rande der Internationalen Konferenz über das Verbot von Chemiewaffen. Die beiden Minister sprachen über die Südtirol-

45 ILS, AA, Trentino–Alto Adige, b. 21, Bruno Bottai, Anmerkung für den Minister, 22. September 1988.

frage und kommentierten das Anwachsen des Movimento Sociale Italiano (MSI), der rechtextremen nationalistischen Partei, bei den Regionalwahlen in Südtirol. Mock war der Ansicht, man müsse Magnagos hohes Ansehen nutzen und den Südtirol-Konflikt so bald als möglich lösen. Andreotti gab der Überzeugung Ausdruck, dass auch *die Begeisterungswelle für den MSI abebben werde*, sobald die letzten Probleme hinsichtlich des Pakets gelöst seien.
Hinsichtlich der EWG drückte Mock seine Dankbarkeit im Namen Österreichs für die Unterstützung Italiens aus und schilderte dabei die internen Schwierigkeiten, die in Österreich im Zusammenhang mit einem EWG-Beitritt bestanden[46]. Ein weiteres Hindernis stellte der Transitverkehr über den Brenner dar, der für die Betroffenen auch eine emotionale Angelegenheit war. Laut Mock lag die Lösung darin, dem Schienenverkehr den Vorzug zu geben und rasch einen Tunnel unter dem Brennerpass zu bauen. Nur so könne man vermeiden, dass sich in Österreich die gleiche Situation wie in der Schweiz hinsichtlich des innengemeinschaftlichen Verkehrs entwickeln würde. Andreotti war der Überzeugung, die EWG würde die Landwirtschaft weiterhin unterstützen. Auch in Italien hegten die Wirtschaftsträger ursprünglich Zweifel an den Vorteilen eines EWG-Beitritts. Erst später wurden sie dann zu starken Befürwortern[47]. Bei der Eröffnung der Verhandlungen über eine Reduzierung der konventionellen Waffen in Wien führte Andreotti Gespräche mit Vranitzky, Mock sowie dem österreichischen Bundespräsidenten und bekräftigte bei dieser Gelegenheit, dass von Seiten Italiens dem EWG-Beitritt Österreichs nichts im Wege stehe und die Neutralität des Landes kein Hindernis sei: Für Italien sei Österreichs Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft eine „logische Tatsache"[48].

Am 17. Juli 1989 stellte die österreichische Regierung formell das Ansuchen für die Aufnahme in die EWG, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)[49].

46 ILS, AA, Austria, b. 790, Außenministerium an die italienische Botschaft in Wien, 9. Jänner 1989.

47 Ebd.

48 Paolo Lepri, Andreotti: „Sì" all'Austria, in: Il Giornale d'Italia (8. März 1989).

49 Die drei Briefe, die Mock an Dumas, den französischen Außenminister und Präsidenten des EWG-Rates, sandte, sind vom 14. Juli datiert. Der Wortlaut des Beitrittsansuchens findet sich in: Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, Bd. 2 587 f. Zu den von Österreich ergriffenen Maßnahmen, um der EG beizutreten siehe auch Ders., Vom Mar-

Die französische Präsidentschaft der EWG nahm den österreichischen Antrag offiziell zur Kenntnis, erinnerte jedoch an das Problem der Neutralität des österreichischen Staates und betonte die Position der Europäischen Gemeinschaft, die in erster Linie die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes bis 1992 anstrebte und neue Beitritte erst nach dem Abschluss dieses Prozesses zu erwägen gedachte[50].

Der Beitrittsantrag Österreichs erfolgte mit Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland und Italiens, stieß jedoch anfangs auf nicht wenige Hindernisse und Schwierigkeiten. Es war ein Akt, der sich in einem heiklen politischen Moment vollzog, da sich die über Jahrzehnte hinweg konsolidierten Gleichgewichte veränderten. Viele europäische Regierungen befürchteten Schritte, welche die Übergangsphase in Osteuropa schwieriger und komplexer gestalten könnten. Nicht zufällig wies der belgische Außenminister von Anfang an auf ein Vereinbarkeitsproblem mit einem EWG-Beitritt Österreichs aufgrund seiner Neutralität hin. In zahlreichen europäischen Regierungskanzleien herrschte der Wille vor, nichts zu unternehmen, was die Sowjetunion als feindliche Geste interpretieren könnte, da für diese der neutrale Status Österreichs jahrzehntelang ein wichtiges Element ihrer Europapolitik dargestellt hatte. Ende Juli 1989, genau in dem Monat, in dem das Beitrittsansuchen Österreichs eingereicht wurde, bildete Giulio Andreotti eine neue Regierung, die sechste unter seiner Führung, die bis April 1991 bestehen und auf die ein weiteres Kabinett Andreottis folgen sollte, das bis zum 28. Juni 1992 im Amt blieb.

Andreotti führte somit die letzten Regierungen der sogenannten Ersten Republik an und musste machtlos zusehen, wie die DC und ihre Verbündeten politisch an Macht verloren. Die Regierungen Andreottis waren der letzte Schauplatz der Fünferpartei beziehungsweise der Koalition zwischen DC, Sozialisten, Liberalen, Sozialdemokraten und Republikanern, die überwiegend an der Führung des Landes in den 1980er-Jahren beteiligt gewesen waren. Unter Ministerpräsident Andreotti wurde der aus Venetien stammende Sozialist Gianni de Michelis zum Außenminister ernannt. Andreotti spiel-

shall-Plan bis zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart.

50 Siehe dazu ILS, AA, Austria, b. 792, Ministero degli Affari Esteri, CEE-Austria, ohne Datum (aber Juni 1990).

te jedoch weiterhin eine zentrale Rolle in der Außenpolitik Italiens[51]. Sein Einfluss wurde durch Bottai als Generalsekretär des Außenministeriums aufrechterhalten, obwohl De Michelis sehr bald seine Absicht offenbarte, politisches Ansehen zu gewinnen und eine entscheidende Rolle in der italienischen Außenpolitik zu spielen, was oft mit der Rolle des Ministerpräsidenten konkurrierte[52].

Das entscheidende internationale Problem, mit dem sich die Regierung Andreotti gleich in den ersten Monaten ihrer Existenz konfrontiert sah, war das Wiederaufflammen der Deutschland-Frage. Nachdem die Berliner Mauer gefallen war und die Bürger der DDR sich frei bewegen und ausreisen konnten, verschärfte sich die Krise der im Einflussbereich der Sowjetunion stehenden kommunistischen Regime Europas. Ohne die europäischen Partner vorher darüber zu informieren, präsentierte der deutsche Kanzler Helmut Kohl im November ein Zehn-Punkte-Programm, das die rasche Wiedervereinigung der BRD und der DDR vorsah. Wie auch die meisten europäischen Partner (Großbritannien, Frankreich und Holland) war Andreotti gegen eine zu schnelle deutsche Wiedervereinigung, da er fürchtete, dass auf diese Weise das politische Gleichgewicht Europas destabilisiert, der Entspannungsprozess zwischen den zwei Machtblöcken infrage gestellt und die Reformbestrebungen Gorbatschows beeinträchtigt werden könnten. Ein Grund zur Sorge war für Andreotti auch das sich in Deutschland durchgesetzte Selbstbestimmungsprinzip, da dies Auswirkungen auf Gebiete wie den Balkan ha-

51 Zu der italienischen Außenpolitik in den Jahren 1989–1992 siehe Varsori, L'Italia e la fine della guerra fredda; Stefano Lusa, Italia–Slovenia 1990/1994 (Pirano 2001); Italia e Slovenia fra passato, presente e futuro, hrsg. von Massimo Bucarelli, Luciano Monzali (Roma 2009); Luciano Monzali, Gli italiani di Dalmazia e le relazioni italo-jugoslave nel Novecento (Venezia 2015); Sergio Romano, Guida alla politica estera italiana da Badoglio a Berlusconi (Milano 2002); Ferraris, Manuale della politica estera italiana 1947–1993; Luca Riccardi, L'ultima politica estera. L'Italia e il Medio Oriente alla fine della Prima Repubblica (Soveria Mannelli 2014); Ders., Bruno Bottai e la politica estera repubblicana negli anni Settanta e Ottanta, in Atti del Convegno „Ricordo dell'ambasciatore Bruno Bottai", Roma, Palazzo Firenze, 26 novembre 2105 (Roma 2016) 7–44.

52 Zu De Michelis und seiner Rolle bei der italienischen Außenpolitik jener Jahre siehe Gianni De Michelis, La lunga ombra di Yalta. La specificità della politica italiana (Venezia 2003); Ders., Così cercammo di impedire la guerra, in: Limes 1 (1994) 229 ff.; Gianni De Michelis, Francesco Kostner, La lezione della storia. Sul futuro dell'Italia e le prospettive dell'Europa (Venezia 2013) 34 ff.; Riccardi, L'ultima politica estera. Zu den engsten Mitarbeitern De Michelis im Außenministerium zählen sein Kabinettchef Silvio Fagiolo und der zukünftige Botschafter in Wien, Alessandro Grafini.

ben und die separatistischen Spannungen in Jugoslawien schüren könnte[53]. Die Versuche, den deutschen Wiedervereinigungsprozess zu verlangsamen, erwiesen sich freilich als vergebens, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten die Kohl'sche Politik unterstützten und die Idee der Wiedervereinigung bei der Mehrheit der DDR-Bevölkerung auf große Zustimmungstieß. Als die italienische Regierung, wenn auch mit einer gewissen Verspätung, einsah, dass der deutsche Wiedervereinigungsprozess unaufhaltsam war, handelte sie pragmatisch und beschloss, die politische Strategie Frankreichs nachhaltig mitzutragen, welche darauf abzielte, die Unterstützung der Kohl'schen Wiedervereinigungspläne an den Prozess einer weiter gefassten europäischen Integration zu knüpfen beziehungsweise zur Bedingung zu machen[54]. Wenn Italien einerseits von den internationalen Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung ausgeschlossen wurde, konnte es sich jedoch andererseits eine bedeutende Rolle in den zwischenstaatlichen Verhandlungen sichern, die zur Lancierung des Projekts einer europäischen Währungs- und politischen Union führte, was dann im Februar 1992 den in Maastricht unterzeichneten Vertrag über die Europäische Union nach sich zog[55].

Im Sommer und Herbst 1989 erklärte Andreotti öffentlich, dass Italien die Aufnahme Österreichs in die Europäische Gemeinschaft befürworte. Er

53 Dazu siehe die klare Analyse der deutschen Diplomatie bzgl. Andreottis Stellungnahme über die deutsche Lage: Die Einheit (hiernach DE). Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier Prozess (Göttingen 2015), Vorlage des Referatsleiters 203, Kuhna, für Staatssekretär Sudhoff, 18. Dezember 1989, doc. 32. Auf die Einstellung der römischen Regierung gegenüber der deutschen Wiedervereinigung finden sich interessante Hinweise im Tagebuch des Botschafters: Ludovico Ortona, La svolta di Francesco Cossiga. Diario del Settennato (1985–1992) (Torino 2016), insbesondere 251 ff. Im Tagebuch wird auf die gegensätzlichen Meinungen hinsichtlich der Stellungnahme Italiens zur Wiedervereinigung Deutschlands hingewiesen, und zwar auf die Auseinandersetzung zwischen Andreotti, der gegenüber der Bonner Politik skeptisch und misstrauisch war, und dem italienischen Präsidenten der Republik Cossiga, der hingegen die Politik von Helmut Kohl unterstützte. Zur historischen Literatur siehe Varsori, L'Italia e la fine della guerra fredda. La politica estera dei governi Andreotti (1989–1992); Leopoldo Nuti, Italy, German Unification and the End of the Cold War, in: Europe and the End of the Cold War: A Reappraisal, hrsg. von Frédéric Bozo, Marie-Pierre Rey, N. Piers Ludlow, Leopoldo Nuti (London 2008) 191–203.

54 Siehe dazu DE, Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Ministerpräsidenten Andreotti und Außenminister de Michelis in Rom, 21. Februar 1990, doc. 56.

55 Zu den Verhandlungen, die dann die Unterzeichnung des Maastricht-Vertrags herbeiführten, bleibt die beste Analyse nach wie vor jene von Kenneth Dyson, Kevin Featherstone, The Road to Maastricht. Negotiating Economic and Monetary Union (Oxford New York 1999). Siehe dazu auch Jown W. Young, Britain and European Unity 1945–1999 (Houndsmill 2000) 150 ff.; Varsori, L'Italia e la fine della guerra fredda. La politica estera dei governi Andreotti (1989–1992).

betonte allerdings, Österreich müsse dazu bereit sein, mit den europäischen Partnern die Lösung einiger Fragen abzustimmen, wie etwa die des Fernverkehrs auf den Autobahnen. Außerdem unterstrich er, dass die Zeit reif sei für eine rasche Verabschiedung des Südtirol-Pakets, die seine Regierung in Angriff nehmen wolle[56].

Trotz des Drängens der Bonner Regierung zögerte die Europäische Gemeinschaft die Verhandlungen über die Aufnahme Österreichs hinaus, da sie in Sorge war, damit Moskau zu irritieren. Am 28. Juli 1989 beauftragte der Europäische Rat die Kommission, das Dossier mit dem österreichischen Beitrittsersuchen zu studieren und dazu Stellung zu nehmen[57]. Es sollten allerdings zwei Jahre vergehen, bis die Kommission am 1. August 1991 ihr weitgehend positives Gutachten über den EWG-Beitritt Österreichs vorlegte. Die Verzögerung ist dadurch zu erklären, dass einige europäische Staaten, vor allem Frankreich und Spanien, die Aufnahme Österreichs hinauszögern wollten, um abzuwarten, bis sich die Lage auf dem europäischen Kontinent geklärt und stabilisiert habe und der Prozess der institutionellen Umstrukturierung innerhalb der EWG abgeschlossen sei.

Der Sinneswandel der Sowjetunion war der Schlüsselfaktor, der neue Perspektiven für einen österreichischen EWG-Beitritt eröffnete. Während sich Moskau im August 1989 zwar in einem an Wien gerichteten Schreiben gegen einen Beitritt Österreichs aussprach, zeigte sich Gorbatschow kompromissbereit, sodass einer Annährung Österreichs an Brüssel nichts mehr im Wege zu stehen schien[58].

Am 1. August 1991 legte die europäische Kommission ihre Stellungnahme über den Beitrittsantrag Österreichs vor. Diese war überwiegend positiv, wobei aber auch auf einige Probleme hingewiesen wurde, die es zu lösen galt[59]. Die Kommission unterstrich die guten Beziehungen zwischen Österreich und der Europäischen Gemeinschaft sowie den hohen Integrationsgrad Österreichs mit der EG. Die österreichische Wirtschaftslage zeichnete sich

56 ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Ministero degli Affari Esteri, Pressemitteilung vom 6. Juli 1989.

57 Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, Bd. 2 619.

58 Martin Eichtinger, Helmut Wohnout, Alois Mock: ein Politiker schreibt Geschichte (Wien–Graz–Klagenfurt 2008) 246 ff.

59 Siehe dazu ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Ministero degli Affari Esteri, CEE-Austria, 13. November 1991; Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, Bd. 2 754 ff.

sehr positiv ab. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner lag deutlich über dem europäischen Durchschnitt. Kleine und leicht lösbare Probleme betrafen die österreichischen staatlichen Beihilfen an die Eisen- und Stahlindustrie und an die Automobilindustrie sowie die nicht ganz leichte Anpassung Österreichs an die EWG-Landwirtschaftspolitik. Schwierig war die Bewältigung von Problemen – so die Kommission – wie Transitverkehr und Neutralität. Laut der Kommission müsse Österreich im Falle eines Beitritts auf seine restriktive Politik hinsichtlich des internationalen Straßenverkehrs verzichten und das *acquis communautaire* umsetzen. Beim Einreichen des Beitrittsantrags an die Europäische Gemeinschaft hatte die Regierung in Wien deutlich zu verstehen gegeben, seinen Status als neutrale Macht aufrechterhalten zu wollen; dies wies aber Kompatibilitätsprobleme mit dem bestehenden gemeinschaftlichen System auf, vor allem dann, wenn die EG beschlossen hätte, infolge der bei der bilateralen Konferenz gefassten Beschlüsse über die politische Union eine eigene Auslands- und Sicherheitspolitik zu definieren. Es sollten Beitrittsverhandlungen vermieden werden, solange es keinen europäischen Binnenmarkt gab und solange die Ergebnisse der zwischenstaatlichen Beratungen bezüglich der monetären und politischen Union nicht ratifiziert waren.

Obwohl die österreichische Regierung einen Zusammenhang zwischen der Aufnahme in die EG und der Südtirolfrage bestritt[60], war die Tatsache, dass Österreich weiterhin Grenzstreitigkeiten mit dem Mitgliedsstaat Italien unterhielt, ein Handicap in Bezug auf das Verhältnis zwischen Österreich und der Europäischen Gemeinschaft. Rom und Wien sahen den Südtirol-Streit zwar als ein Relikt der Vergangenheit an, der Beilegung stand jedoch die diffizile politische Lage in Süd- und Nordtirol im Wege, wo für nationalistisch eingestellte Kreise eine Streitbeilegungserklärung vor der UNO gleichbedeutend war mit einem österreichischen Verzicht auf das Prinzip der Einheit Tirols. Vertreter der Tiroler Volkspartei forderten, Italien solle ein theoretisches Recht der Tiroler auf Selbstbestimmung anerkennen und schlugen vor, eine Europaregion Tirol zu schaffen, um die geistige und politische Tiroler Einheit wiederherzustellen. In Südtirol herrschte eine schwierige Situation, insbesondere aufgrund der politischen Übergangsphase innerhalb

60 Siehe dazu z. B. die Erklärungen Peter Jankowitschs, dem Staatssekretär für die europäische Integration: ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Quaroni an den Außenminister, 22. Oktober 1991.

der SVP, da im April 1991 der Parteivorsitz von Silvius Magnago auf Roland Riz überging. Magnago war ein überzeugter Anhänger des Abkommens von 1969 und befürwortete die Verabschiedung des Pakets, zumal ihm bewusst war, wie wichtig dieser Schritt im Hinblick auf den österreichischen EG-Beitritt war. Riz, ein hochkarätiger Jurist, der eine bedeutende Rolle bei der Umsetzung vieler Maßnahmen des Südtirol-Pakets gespielt hatte, teilte die Position Magnagos, genoss aber weniger Ansehen innerhalb der Partei und stand unter dem Druck des unnachgiebigen Flügels, der eine internationale Verankerung des Pakets als Garantie für die Respektierung der Autonomie der Provinz Bozen durch Italien verlangte[61].

Vom 19. bis 21. November 1991 besuchte Bundeskanzler Vranitzky Rom mit dem Ziel, Druck auf diplomatischer Ebene auszuüben, um den Beitritt Österreichs zu beschleunigen. In diesen Wochen liefen die letzten Verhandlungen zur Gestaltung einer neuen Europäischen Union, die am 7. Februar 1992 mit der Unterzeichnung des Maastricht-Vertrags verankert werden sollte.

Das Treffen zwischen Vranitzky und Andreotti, das im November 1991 in Rom stattfand, markierte den Beginn einer entschiedenen Forcierung der Verhandlungen, welche die Schlichtung des italienisch-österreichischen Südtirol-Streites anstrebten. Eine weitere wichtige Etappe auf diesem Weg stellte der Meraner Kongress der SVP am 23. November 1991 dar. Dort stimmte eine Mehrheit der Partei für eine von Riz eingereichte und von Magnago unterstützte Resolution, in der die Bereitschaft zu einer Verabschiedung des Pakets erklärt wurde, allerdings nur unter der Bedingung einer internationalen Verankerung.

Die Wiener Regierung wollte die Frage so schnell wie möglich zum Abschluss bringen, um ein Hindernis für den EG-Beitritt auszuräumen: Eine eventuelle internationale Absicherung des Pakets wurde zwar positiv eingeschätzt, doch war man sich auch bewusst, dass im Falle eines politischen Konflikts zwischen den beiden Staaten die juristischen Mittel für einen internationalen Schutz zahnlos waren. Anfang Dezember trafen sich Vranitzky und Mock in Wien mit Riz und Magnago und bekräftigten gegenüber den Führern der SVP, dass die Kontroverse zeitnah beigelegt werden müsse. Riz zeigte sich unschlüssig, obwohl ihm nicht nur die Wiener Regierung, son-

61 Siehe dazu die Erklärung von Riz an die Wiener Zeitung „Die Presse“, enthalten in: ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Quaroni an den Außenminister, 11. November 1991.

dern auch Magnago nahelegte, das Paket zu verwirklichen und die Südtirolfrage schnellstmöglich einem Ende zuzuführen[62].

Im Jänner fanden zwischen Rom, Bozen und Wien intensive Verhandlungen statt, um eine politische Lösung zu finden und das Paket sowie die Frage einer internationalen Verankerung abzuschließen. In dieser Hinsicht besonders engagiert waren Alcide Berloffa, Andreottis Vertrauensmann in der Südtirolfrage, und Ludwig Steiner[63]. Der österreichische Außenminister war sehr daran interessiert, die Südtirol-Kontroverse beizulegen und die Beziehungen mit Rom zu verbessern.

In einem an Andreotti und De Michelis gerichteten Vermerk vom 22. Jänner 1992 prüfte Bottai, der Generalsekretär der Farnesina, die Aussichten, die Südtirolfrage bis zum Ende der Legislaturperiode abzuschließen (für April waren italienische Parlamentswahlen angesetzt)[64]. Nach Ansicht Bottais waren noch zwei Hindernisse zu bewältigen: eine allgemein gültige Durchführungsbestimmung, um einigen Forderungen der SVP nachzukommen, das heißt gewisse Kompetenzen wiederherzustellen, die der Provinz erklärtermaßen durch gewöhnliche Gesetze oder Entscheidungen des Verfassungsgerichts entzogen worden waren, und die Forderung des Senators und Vorsitzenden der SVP Riz, in der Streitbeilegung eine internationale Verankerung des Pakets festzuschreiben, wie das der Parteikongress als Bedingung beschlossen hatte. Über diesen letzten Punkt stand er sowohl innerhalb seiner Partei als auch gegenüber Wien unter großem Druck.

Während ein Kompromiss hinsichtlich des ersten Punktes leicht zu erzielen war, gestaltete sich der zweite Punkt äußerst problematisch. In langen Diskussionen mit italienischen Beamten hatte Riz gefordert, dass dem an Österreich zu übermittelnden Text das Protokoll der Parlamentssitzung angefügt werden sollte, in welcher der italienische Ministerpräsident die Erfüllung des Pakets ankündigte. Außerdem sollte auch eine Kopie des Auto-

62 Am 5. Dezember 1991 teilte Alcide Berloffa Andreotti mit, dass „Riz aufgefordert wurde, – insbesondere und ausdrücklich von Magnago – seiner Verpflichtung nachzukommen und die ‚Streitbeilegung' nicht weiter aufzuschieben": ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Alcide Berloffa, Anmerkung für den Ministerpräsidenten, 5. Dezember 1991.

63 Siehe dazu das von Steiner abgelegte Zeugnis: Steiner, Diplomatie–Politik. Ein Leben für die Einheit Tirols 204–243.

64 ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Bruno Bottai, Anmerkung für den Ministerpräsidenten, 22. Jänner 1992.

nomiestatus der Region Trentino-Südtirol von 1972 angeschlossen werden, mit einer Erklärung, durch welche die italienische Umsetzung des Pakets an die Einhaltung des Gruber-De-Gasperi-Abkommens geknüpft werden sollte:

> *Riz […] – so Bottai – erklärte sich bereit, den Südtirol-Streitfall beizulegen nur unter der Voraussetzung, dass der vorgeschlagene Wortlaut in dem an Österreich zu übermittelnden Text der benannten Akte angenommen werde. Ansonsten sehe er sich gezwungen, von seinem Amt zurückzutreten. Nichts hätte die SVP umgestimmt, weder die Entscheidung Italiens, den Streitfall als abgeschlossen zu erklären, infolgedessen dann die „Quietanza" innerhalb von 50 Tagen seitens Österreich ausgestellt worden wäre, noch das Abkommen mit Wien. Riz führt seine Forderungen auf das Bedenken seiner Partei (das jedoch teilweise auch ein persönliches Bedenken war) zurück, dass die Autonomie der Provinz Bozen infolge der angekündigten Reformen, von denen auch die Regionen betroffen waren, ausgehöhlt werden konnte und dass die Provinz Bozen die auf dem Gruber-De Gasperi-Abkommen basierende differenzierte Autonomie verlieren hätte können*[65].

Den Forderungen von Riz nachzukommen, hätte bedeutet, die traditionelle Argumentation Italiens zu verleugnen, wonach mit der Einrichtung des Autonomiestatuts für die Region Trentino-Südtirol im Jahr 1948 das Abkommen von 1946 in vollem Umfang umgesetzt worden sei und die übrigen Bestimmungen des Pakets davon unabhängige, unilaterale Zugeständnisse des italienischen Staates darstellten. Angesichts der unbeirrbaren Positionen von Riz und der SVP, ohne deren Zustimmung die Regierung in Wien die Südtirolfrage nicht beilegen konnten, hatten die italienischen Beamten des Außenministeriums und der *Affari Regionali* (Regionale Angelegenheiten) zusammen mit Riz die Formulierung der Texte geprüft und ausgehandelt, die der Südtiroler Politiker dem an Österreich zu richtenden Schreiben beigefügt wissen wollte. Zu diesem Zeitpunkt musste Italien laut Bottai eine grundlegende Entscheidung treffen. Es gab drei Alternativen:

65 Ebd. (Übers. d. Verf.)

a) Den Forderungen von Riz nachkommen und zu einer raschen Beendigung der Südtirol-Frage gelangen, was die von uns stets verteidigte rechtliche These unterminieren und voraussichtlich negative Reaktionen im Parlament sowie in der Presse auslösen würde. Diese Gefahr könnte insofern vermindert werden, als Österreich nicht auf das Schreiben reagiert und kommentiert oder dieses Schreiben lediglich zur Kenntnis nimmt (In diesem Zusammenhang könnten sofort diplomatische Maßnahmen in die Wege geleitet werden). Dabei muss man sich allerdings vor Auge führen, dass Österreich – egal, was Italien tut oder schreibt – sich an das internationale Gericht wenden und sich dabei auf einen angeblichen Verstoß seitens Italiens gegen das Statut oder die Paketmaßnahmen beziehen kann. In solchem Fall könnte der internationale Gerichtshof bei einem von uns erhobenen Einwand der Unzulässigkeit jedoch beschließen, der Einspruch sei zulässig.
b) Den Forderungen von Riz nicht nachkommen und das „Paket" formell abschließen. Dabei würde man Österreich auffordern, die „Quietanza liberatoria" ohne das Einverständnis der Südtiroler auszustellen. Somit stünde die österreichische Regierung vor einem Dilemma: Soll Österreich eine grundsätzlich fällige Entscheidung treffen, die aber politisch gesehen sehr schwierig ist und von der freiheitlichen Opposition angefochten wird? Oder soll der österreichische Staat sich lieber mit Italien auf einen Streit einlassen, was allerdings negative Auswirkungen auf den erhofften Beitritt zur EWG haben würde? Wie dem auch sei, bliebe der Fall auf innenpolitischer Ebene offen. Aus diesem Grund erlaube ich es mir, von dieser Entscheidung abzuraten.
c) Zeit gewinnen und jegliche Entscheidung über den endgültigen Abschluss des „Pakets" auf die nächste Regierungs- bzw. Parlamentsbildung aufschieben. Diese Entscheidung birgt jedoch das Risiko, die Situation auf lokaler Ebene zu verschärfen. Die Südtiroler würden somit viel mehr Forderungen stellen, während das zukünftige Parlament in Italien und die sich in Österreich herauskristallisierenden Parteiverhältnisse (mit einem starken Anwachsen der Freiheitlichen Partei) eine einstimmige Lösung des Streitfalls nicht begünstigen würden.[66]

66 Ebd. (Übers. d. Verf.)

Trotz seiner vorgeschlagenen Alternativlösungen riet Bottai der Regierung ganz offensichtlich, die Forderung von Riz zu erfüllen und den Südtirol-Streit so bald als möglich zu beenden. Andreotti war einverstanden. In den Tagen danach beauftragten Andreotti und De Michelis Alessandro Quaroni, den italienischen Botschafter in Wien, ein Gespräch mit Mock zu führen, um ihm die italienische Bereitschaft zu signalisieren, Riz gegenüber Konzessionen zu machen und die internationale Verankerung des Pakets zuzusichern. Am Morgen des 28. Jänner traf sich Quaroni mit Mock und unterbreitete ihm den Kompromisstext für die zu übermittelnden Parlamentsakten, die zur Erfüllung des Pakets dienten. Dabei forderte er

> *Österreich soll sich offiziell einsetzen und keine (und ich betone es) Argumente anführen, welche die These einer ‚internationalen Verankerung' – wie vom SVP-Vorsitzenden Riz befürwortet, untermauern würden. Insbesondere – so berichtete Quaroni dem Außenministerium – konnte ich Folgendes feststellen: Um die Streitbeilegung, die die italienische Regierung mit Entschlossenheit und Offenheit anstrebte, nicht zu beeinträchtigen, war es notwendig, dass die österreichische Regierung bei ihrer Kenntnisnahme über die italienische Übermittlung der Parlamentsakten und des Wortlauts des Statuts oder auch bei zukünftigen Pressemitteilungen nicht (und ich sage nicht) die Tatsache unterstreicht, dass der Text von jener rechtlichen These abweicht, die wir stets befürwortet haben (und die wir im Zuge der Verhandlungen über den Operationskalender auch zu schützen beschlossen haben). Österreich musste sich notwendigerweise dazu verpflichten […] damit keine Reaktionen beim Parlament und bei der italienischen Öffentlichkeit ausgelöst werden, die unsere Regierung davon abbringen würden, dem Südtirol-Streitfall dieser Tage noch einen Riegel vorzuschieben.*[67]

In den darauffolgenden Stunden fanden intensive Kontakte zwischen der Wiener Regierung, der SVP und der von Botschafter Emil Staffelmayr geleiteten österreichischen Botschaft in Rom statt. Nach einer Konsultation mit Riz gab Mock am Nachmittag des 28. Jänner 1992 Quaroni eine Antwort. Der

67 ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Quaroni an den Außenminister, ohne Datum (aber 28. Jänner 1992), (Übers. d. Verf.). Zu dem Gespräch vom 28. Jänner zwischen Quaroni und Mock siehe auch die österreichische Version in: Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, Bd. 2 737 ff.

italienische Botschafter telefonierte mit der Regierung in Rom und berichtete, dass Österreich *den für den Sen. Ritz [Riz] akzeptablen Text* angenommen habe. Er forderte allerdings, im zweiten Absatz die Formulierungen *für eine bessere Intelligenz* bis zu *wie oben angeführt* sowie das Wort *auch* drei Zeilen weiter unten zu löschen[68]. Sobald Italien die Parlamentsakten und den Text des Autonomiestatutes übermittelt habe, werde sich Österreich auf eine einfache, kommentarlose Kenntnisnahme beschränken:

> *[…] Sowohl Minister Mock als auch die anderen Regierungsmitglieder verpflichten sich, gegenüber der Presse so „wenige Aussagen wie möglich" abzugeben. Außerdem muss Minister Mock aus Ehrlichkeit – sofern er über die befolgte Vorgehensweise befragt wird – hinzufügend im Rahmen der Debatte im Parlament erklären, dass – nachdem es versucht wurde, zu einer friedlichen Einigung zu gelangen – eine Klage auch gegen die einzelnen Maßnahmen des Pakets vor dem Haager Gerichtshof trotzdem erhoben werden kann.*[69]

Im Anschluss an ein Treffen mit Riz beschloss Andreotti das Südtirol-Paket zu Ende zu bringen. Am Morgen des 30. Jänner 1992 verabschiedete der italienische Ministerrat vier Südtirol betreffende Durchführungsbestimmungen, welche die Forderungen der SVP erfüllten, und am Nachmittag erklärte Andreotti im Rahmen seiner Abschlussrede zur Regierungstätigkeit im Parlament, dass die italienische Regierung die Verpflichtungen des Südtirol-Pakets eingelöst habe und kündigte weitere diplomatische Schritte zur Beilegung der internationalen Kontroverse mit Österreich an[70]. In einer wichtigen Passage seiner Rede erklärte Andreotti, dass alle die im Interesse der Südtiroler getroffenen Maßnahmen künftig lediglich infolge eines Dialoges zwischen der italienischen Zentralregierung und der Südtiroler Bevölkerung, und zwar nur mit der Zustimmung Letzterer, abgeändert werden könnten[71].

---

68 ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Presidenza del Consiglio dei Ministri, Segretariato Generale, Anmerkung, 28. Jänner 1992, 18 Uhr. (Übers. d. Verf.)

69 Ebd. (Übers. d. Verf.)

70 Siehe dazu Michele Sartori, Alto Adige, chiuso il pacchetto autonomia. Replica da Bolzano: „Solo un passo in più", in: l'Unità (31. Jänner 1992).

71 ILS, AA, serie Discorsi, sottoserie III, busta 972, Giulio Andreotti, Parlamentsrede über die Regierungstätigkeit, 30. Jänner 1992.

Durch die Entscheidung der italienischen Regierung, bei der Andreotti eine maßgebliche Rolle spielte, den Forderungen Riz' nach einer internationalen Verankerung des Südtirol-Pakets entgegenzukommen, war der Weg für die Beilegung des Streites mit Österreich geebnet. In den Wochen danach fand jedoch eine Protestkampagne der Südtiroler Schützenvereine gegen die Verabschiedung des Pakets statt[72]. Dieser Umstand und der ausdrückliche Wille, den Gegnern der Streitbeilegung, das heißt dem MSI und der Union für Südtirol, vor den Wahlen am 7. April keine propagandistischen Argumente zu liefern, brachten Andreotti, die Wiener Regierung und Riz dazu, den formellen Abschluss der Südtirol-Frage auf die Zeit nach den Wahlen zu verschieben[73].

Die italienischen Parlamentswahlen des 5. und 6. April führten zu einer Verschärfung der Krise des politischen Systems der *Prima Repubblica*: Die Lega Nord verzeichnete einen starken Zugewinn und die Stimmen der DC sanken unter die politisch traumatische Grenze von 30 Prozent. Dies wurde von den meisten Parteien und von der Öffentlichkeit als eine Art Delegitimierung jener Maßnahmen der Regierungen gesehen, die sich an dem Modell der Fünfparteienkoalition orientierten[74]. Die Regierung Andreotti blieb bis Ende Juni 1992 im Amt, anschließend wurde sie von einem Kabinett unter Giuliano Amato abgelöst.

Auf Anregung von Botschafter Quaroni und Minister De Michelis wurden die italienisch-österreichischen Verhandlungen wiederaufgenommen: Letzterer kontaktierte den Bundeskanzler und sozialdemokratischen Parteikollegen Franz Vranitzky. Sowohl De Michelis als auch Vranitzky waren der Auffassung, dass die friedliche Lösung des Südtirol-Konflikts ein positives Modell für die Bereinigung von Streitigkeiten zwischen europäischen Staaten darstellen könne. Andreotti teilte diese Auffassung und nutzte die letzten

72 Siehe dazu z. B. Giuseppe Marzano, Pacchetto, disco rosso degli Schützen, in: Il Giorno (12. Februar 1992).

73 Um den SVP-Forderungen nachzukommen, wurde das Legislativdekret vom 16. März 1992 Nr. 266 als letzte Durchführungsakte erlassen, welche die grundlegenden Vorschriften enthielt, wonach die Beziehung zwischen staatlichen Rechtsakten und Regional- und Landesgesetzen in Trentino-Südtirol sowie über die staatliche Weisungs- und Koordinierungsbefugnis reglementiert wurden. Siehe dazu Riccardo Monaco, Chiusura della vertenza sull'Alto Adige, in: Rivista di studi politici internazionali (1992) 531–542.

74 Zu den italienischen politischen Ereignissen der 1990er-Jahre siehe Simona Colarizi, Marco Gervasoni, La tela di Penelope. Storia della seconda Repubblica, 1989–2011 (Roma–Bari 2012).

Regierungswochen dazu, die Beilegung der Südtirol-Frage zu beschleunigen. Aufgrund einiger Feststellungen des Rechnungshofes über das Dekret vom 16. März betreffend die Durchführungsbestimmungen des Sonderstatutes der Region Trentino-Südtirol über die Verhältnisse zwischen Rechts- und Staatsakten und den vorangegangenen Regional- und Landesgesetzen sowie über die staatliche Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis, entschied Andreotti durch den Ministerrat der Forderung des Rechnungshofes nachzukommen, Teile der Akte, die zur Einsicht nicht zugelassen wurden, mit Vorbehalt aufzeichnen und *im nationalen Amtsblatt*[75] veröffentlichen zu lassen.

Am 22. April wurden die Texte der letzten Maßnahmen zur Umsetzung des Pakets in der italienischen „Gazzetta Ufficiale" veröffentlicht, und noch am selben Tag übergab Bottai, der Generalsekretär der Farnesina, dem österreichischen Botschafter in Rom, Emil Staffelmayr, eine diplomatische Note des italienischen Außenministeriums, in der Wien von der Ratifizierung des Pakets unterrichtet wurde[76]. Die Note enthielt den von Riz und der österreichischen Regierung abgesprochenen Text, wobei direkt auf die Koppelung des Pakets an das Gruber-De-Gasperi-Abkommen eingegangen wurde.
Wie im Punkt 13 des Abkommens von 1969 vorgesehen, begann mit der Übergabe besagter Note von italienischer Seite offiziell eine Frist von 50 Tagen zu laufen, innerhalb derer Österreich die Streitbeilegungserklärung abzugeben hatte. Noch am Abend des 22. April zitierte der österreichische Außenminister Mock Botschafter Quaroni zu sich und händigte ihm als Antwort auf die italienische Note seinerseits eine Verbalnote aus[77]. Diese bestand aus Dankesworten und aus der Kenntnisnahme der italienischen Mitteilung, die ungekürzt Eingang in das Wiener Dokument fand, sowie aus der Erklärung, dass sich die österreichische Regierung eine weitere Stellungnahme ausbedinge, sobald geprüft worden sei, inwieweit die Liste der Maßnahmen in der

75 ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Presidenza del Consiglio dei Ministri, Segretariato Generale, Berichtsentwurf für den Ministerrat, 17. April 1992.

76 Eine Abschrift der italienischen Verbalnote befindet sich in: ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21. Eine deutsche Version der italienischen Verbalnote findet sich in: Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, Bd. 2 743.

77 Der Wortlaut der österreichischen Verbalnote vom 22. April findet sich in: ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21; für den deutschen Text der Verbalnote siehe: Gehler, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, Bd. 2 743–744.

italienischen Note dem Kopenhagener Abkommen entspreche[78]. Mock dankte Andreotti und dem italienischen Staatspräsidenten Francesco Cossiga für die Zielstrebigkeit, mit der sie die Autonomie der Provinz Bozen vorantrieben.

Die österreichische Regierung hatte den Text der italienischen Note bereits diskutiert und die Aussichten auf eine Beilegung des Streites in naher Zukunft positiv eingeschätzt: Vor allem Bundeskanzler Vranitzky hatte den Vorbildcharakter des juristischen Status der Provinz Bozen für ganz Europa betont und sich lobend über die Bemühungen beider Seiten geäußert, den Konflikt zu lösen, während die Vertreter der ÖVP zwar optimistisch waren, aber auf die anstehende Entscheidung der SVP verwiesen.
In diesem Zusammenhang hatte Mock auch auf die künftige Verhandlung über den italienisch-österreichischen Freundschaftsvertrag hingewiesen, wie im Punkt 18 des „Operationskalenders" vorgesehen. Die Beamten am Ballhausplatz seien gerade dabei, diesbezüglich einen Text anzufertigen. Er gab dann seiner Hoffnung Ausdruck, dass Italien die Abschaffung der alten schwarzen Listen, die den wegen Terrorismus Verurteilten den Zutritt nach Italien verwehrte[79], in Betracht ziehen würde.

An den Tagen danach wuchs die Unruhe im Vorstand der SVP, die für Ende Mai eine außerordentliche Landesversammlung der Partei einberief, um über den Abschluss des Pakets abzustimmen. Die Zugeständnisse der italienischen Regierung waren für Riz und Magnago nicht ausreichend, sie fürchteten, dass die *Justiziabilität* durch den Haager Gerichtshof nicht garantiert sei und verlangten zusätzliche juristische und politische Zusicherun-

78 Quaroni merkte an, „dass die Österreicher sich an die informellen Vereinbarungen, die Ende Januar getroffen wurden, inhaltlich und nur teilweise förmlich gehalten hatten." Somit wurde aus der vereinbarten einfachen Kenntnisnahme der Verbalnote durch die Österreicher in weiterer Folge ein Austausch von mehreren Verbalnoten: „Die Verbalnote kommt inhaltlich der Verpflichtung nach, unsere Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen. In der Form weist diese Verbalnote (mit unserem aufgezeichneten Text) allerdings auf einen typischen Austausch von Verbalnoten hin, wie Minister Mock kurz vor unserem Treffen in seinen Aussagen im österreichischen Fernseher anmerkte, um zu unterstreichen, dass dieser Austausch von Verbalnoten vom Inhalt her den Forderungen der SVP nachkommen soll." ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Quaroni an das Außenministerium, 23. April 1992. (Übers. d. Verf.)

79 Ebd.

gen[80]. Riz verließ Rom am 6. Mai, um mit Mock und der Wiener Regierung, die eine baldige Schlichtung des Streites mit Italien befürwortete, zu sprechen.

An jenem Tag traf sich der SVP-Vorsitzende in Begleitung von Ludwig Steiner, dem Hauptberater Mocks für Südtirol, auch mit dem italienischen Botschafter Quaroni. Riz schilderte die dramatische Lage innerhalb seiner Partei, da er große Schwierigkeiten mit den Gegnern der österreichischen Streitbeilegungserklärung habe. Er halte einen positiven Ausgang der außerordentlichen Landesversammlung Ende des Monats für unsicher, es sei denn, er könne den Beweis erbringen, dass Italien garantiere, ohne Zustimmung der deutschsprachigen Südtiroler in Zukunft keine Änderungen am Autonomiestatus vorzunehmen: Zu diesem Zweck müsse, nach Ansicht von Riz, der in Kopenhagen vereinbarte Wortlaut der Streitbeilegungserklärung unbedingt „aktualisiert" werden, um den Forderungen der SVP entgegenzukommen[81]. Auf der einen Seite übten in jenen Wochen die Wiener Regierung, die Österreichische Volkspartei und die Sozialdemokraten, starken Druck auf die SVP-Führung aus, um sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Südtirol-Konflikt endgültig beizulegen[82]. Dabei legten sie das Augenmerk auf die Zugeständnisse, die Italien schon gemacht hatte. In diesem Zusammenhang spielte der Tiroler Ludwig Steiner, der als Vermittler zwischen der Österreichischen Volkspartei und der SVP fungierte, eine entscheidende Rolle.

Auf der anderen Seite erklärte sich Italien angesichts des Risikos, Wien könnte ohne das Placet der SVP die Beendigung der Kontroverse blockieren, einverstanden, den 1969 abgestimmten Wortlaut der Streitbeilegungserklärung neu zu formulieren. Am 29. Mai, also einen Tag vor dem Meraner Kongress der SVP, beschlossen Italien und Österreich einvernehmlich, den Wortlaut der in Kopenhagen ausgehandelten österreichischen Streitbeilegungserklärung abzuändern: Der Text enthielt nun auch Hinweise auf die italienische Note vom 22. April sowie auf Andreottis Erklärungen vom 30. Jänner 1992 bezüglich der Maßnahmen des Pakets und der Autonomiestatuten von 1972.

Am 30. Mai fand in Meran die außerordentliche Landesversammlung der SVP statt, die mit einer Mehrheit von 82,86 Prozent für den Abschluss

80 ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Quaroni an das Außenministerium, 6. Mai 1992: ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Quaroni an das Außenministerium, 7. Mai 1992.

81 ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Quaroni an das Außenministerium, 7. Mai 1992.

82 Siehe dazu Eichtinger, Wohnout, Alois Mock: ein Politiker schreibt Geschichte 302.

des Pakets stimmte. Anfang Juni billigten die Regierung und das Parlament des Bundeslandes Tirol das Paket und erkannten seine Umsetzung an. In der Zwischenzeit wurden vom 25. bis 27. Mai innerhalb eines Unterausschusses des Nationalrats Gespräche über die Umsetzung des Pakets geführt[83]. Am 5. Juni gelangte die Diskussion des Pakets in den Wiener Nationalrat, der nach fünfeinhalb Stunden Debatte, die vom ö Fernsehen direkt übertragen wurde, für die österreichische Streitbeilegungserklärung an Italien stimmte[84].

Die Einzigen, die sich der Schlichtung der Südtirol-Frage widersetzten, waren die Abgeordneten der FPÖ Haiders sowie die politischen Paten und Förderer der radikalen nationalistischen Gruppe Union für Südtirol von Alfons Benedikter und Eva Klotz.

Am 10. Juni trat das bilaterale italienisch-österreichische Abkommen in Kraft, das sich auf das Verhältnis zwischen den beiden Ländern den Artikel 27, Buchstabe a) der 1957 verabschiedeten europäischen Konvention zur friedlichen Regelung von internationalen Streitfragen bezog[85]. Am 11. Juni übergab das österreichische Außenministerium Botschafter Quaroni eine Verbalnote mit der österreichischen Streitbeilegungserklärung[86]. Ebenfalls am 11. Juni nahm die Farnesina mit einer eigenen Note Kenntnis von dem Empfang der Wiener Erklärung[87]. Noch am gleichen Tag teilten beide Seiten den Generalsekretären der UNO und des Europarats die Beilegung des Streites um die Umsetzung des Gruber-De Gasperi-Abkommens mit.

Die Südtirol-Frage war damit abgeschlossen[88]. Eine Kontroverse, welche die Beziehungen zwischen der EG und Österreich über viele Jahre hinweg behindert hatte, war überwunden, und die Annäherung Österreichs

83 ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Quaroni an das Außenministerium, 1. Juni 1992.

84 ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Quaroni an das Außenministerium, 6. Juni 1992; Ettore Petta, Sì al pacchetto Alto Adige dal Parlamento di Vienna, in: Il Corriere della Sera (6. Juni.1992).

85 Di Ruzza, L'Austria e l'Alto Adige 31.

86 Der Wortlaut der Verbalnote des österreichischen Außenministeriums an den italienischen Botschafter in Wien vom 11. Juni 1992 findet sich in: Monaco, Chiusura della vertenza sull'Alto Adige, 539 ff.

87 Ebd., 541–542.

88 Zur Reaktion der italienischen Presse auf die Beilegung des Südtirol-Streites siehe Roma e Vienna hanno messo fine alla storica disputa sull'Alto Adige, in: Il Sole 24 Ore (12. Juni 1992); L'Austria chiude la vertenza altoatesina con l'Italia, in: La Repubblica (12.6.1992).

an die Europäische Gemeinschaft, die mit dem Maastricht-Vertrag zur Europäischen Union geworden war, hatte sich weiter vereinfacht[89].

Giulio Andreotti gebührt das Verdienst, einer der umsichtigsten und konsequentesten Akteure der Versöhnungs- und Kompromisslinie mit dem österreichischen Nachbarn gewesen zu sein, welche die italienische Führung nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer klaren und strategischen politischen Vision verfolgte. Andreotti hatte De Gasperis Lektion verinnerlicht, und zwar nicht so sehr in der Art Politik zu begreifen und zu betreiben, sondern vielmehr, indem er einige Entscheidungen des Trentiner Staatsmannes auf internationaler Ebene teilte: die Förderung des europäischen Integrationsprozesses, den Glauben an eine friedliche Koexistenz mit den Nachbarstaaten und die Überzeugung, dass regionale und lokale Autonomien ein friedenstiftendes und die europäischen Völker einendes Instrument seien.

89 Am 11. Juni gab der noch für wenige Tage Ministerpräsident gewesene Andreotti einen öffentlichen Kommentar über die Beilegung des Streits zwischen Italien und Österreich: „Ich freue mich sehr über die Südtiroler-Streitbeilegung, da ich all die damit zusammenhängenden Ereignisse – fröhliche sowie traurige – hautnah erlebt habe, angefangen von den in der Nachkriegszeit bevorstehenden Risiken einer Auflösung. Die weitreichende Autonomie, die die Provinz Bozen seit dem Abschluss des Gruber-De-Gasperi-Abkommens vom 1946 und deren Ergänzungen genießt, soll als europäisches Beispiel dafür dienen, wie ein aufbauendes Zusammenleben zwischen Völkern unterschiedlicher ethnischer Abstammung erreicht werden kann. Die UN wird bestimmt unsere gemeinsam mit Österreich präsentierte Mitteilung mit vollster Zufriedenheit entgegennehmen. Das ist eine weitere entscheidende Etappe, auf die unser Parlament und die Regierung stolz sein müssen. Ich verhehle nicht, dass ich es sehr bedauert hätte, hätten wir die Lösung nicht gefunden, denn die Zeit für eine Lösung dieses Problems war nun reif.“, in: ILS, AA, Trentino-Alto Adige, b. 21, Presidenza del Consiglio die Ministri, Ufficio Stampa, Pressemitteilung, 11. Juni 1992. Siehe dazu auch Giulio Andreotti, Autonomia tutelata, in: Il Popolo (12.6.1992).

Die Euregio Tirol-Südtirol-Trentino – Eine Skizze jüngerer Entwicklungspfade

HANS HEISS
Freier Historiker, Universität Innsbruck

1. Zum Standort der Euregio

Die Euregio liegt im Herzen der Alpen, an deren breitester Stelle sie ein Scharnier der Verbindung zwischen Süddeutschland und Oberitalien, zwischen München und Verona bildet. Die zu ihr gehörigen Länder Tirol, Südtirol und Trentino umfassen eine Fläche von rund 26.245 qkm, die, großteils gebirgig, ausgedehnte Talfurchen, vor allem aber Bergzüge mit markanter landschaftlicher und naturräumlicher Qualität umfasst. Die Gesamtzahl der Einwohner in den drei Ländern erreicht mit ca. 1,809 Mio. annähernd jene der bayerischen Hauptstadt München und weist damit eine für den Alpenraum typische dünne Besiedlung auf, mit schwächer besiedelten Gebirgsräumen, hoch verdichteten und stark urbanisierten Haupttälern.

Die „Europaregion Tirol Südtirol Trentino. Euregio Tirolo Alto Adige Trentino", wie heute ihr voller Name lautet, ist ein Gradmesser für die Beziehungen zwischen den drei Ländern bzw. Provinzen, für deren Entwicklung und Ausweitung auf historischer Grundlage, belebt durch aktuelle Chancen und Herausforderungen. Denn was sollte selbstverständlicher sein als die enge Verbindung dreier Länder, der zwei Autonomen Provinzen Bozen-Südtirol und Trentino mit dem Bundesland Tirol, die bis 1918 gemeinsam das historische Kronland Tirol im Kontext der Habsburgermonarchie gebildet hatten? Wie sollten sich nicht enge Verflechtungen zwischen drei Territorien ergeben, die über den geschichtlichen Kontext hinaus auch ähnliche geografische Voraussetzungen als Gebirgsregionen und Verkehrsräume aufweisen?

Was läge näher als die Kooperation zwischen drei Ländern, die zudem in wirtschaftlicher Hinsicht in vergleichbarer Gewichtung von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen, vorab des Tourismus, einen Spitzenrang innerhalb der EU-Regionen behaupten?

Trotz solcher Gunstfaktoren mündeten die Entstehung, der Ausbau und die Verflechtung der Euregio jedoch keineswegs in jene win-win-Situation, die sich eigentlich erwarten ließe. Ihr Beispiel verdeutlicht zwar die Spielräume einer Grenzen überschreitenden Zusammenarbeit und beweist sich damit als ein Testfeld europäischer Kooperation. Der Blick auf die Euregio belegt, welche Potenziale aus Zusammenarbeit erwachsen und welche Gemeinsamkeit der Interessen grundsätzlich vorhanden wäre. Der Erfolg stellt sich zwar ein, wiewohl nicht mit der Geschwindigkeit und Nachhaltigkeit, die eigentlich zunächst erhofft worden war.

Der mühsame Alltag der Kooperation und die ebenso notwendige wie oft stockende Kommunikation beeindrucken in einem regionalen Raum, der historisch, wirtschaftlich und kulturell über viele Gemeinsamkeiten verfügt. Aber der unterschiedliche staatliche, regionale und rechtliche Rahmen erweist sich – ebenso wie die voneinander abgegrenzten Kommunikationsräume – oft genug als schwer überwindbar. Auch die kulturelle Ausrichtung, die Lebensstile und Interessenfelder sind trotz scheinbarer Ähnlichkeiten weit disparater als sich auf den ersten Blick annehmen ließe. Die politische Kultur, der Kontext der Nationalstaaten und ihrer Institutionen entfalten neben dem regionalen Partikularismus einen Eigensinn, der die Kooperationsbemühungen mitunter flankiert, sie oft aber auch kaum sichtbar unterläuft.

So gelten zwar in den letzten Jahren der Festigung der Euregio erhebliche Anstrengungen, ihre konkrete Ausgestaltung lässt aber weiter viele Wünsche offen. Nachdem sie lange Zeit ohne rechtliche Grundlage geblieben war und eine vielfach nur deklaratorische Basis der Zusammenarbeit bildete, hat sie in Gestalt des EVTZ (Europäischer Verbund Territorialer Zusammenarbeit) seit 2011 eine zwar schmale, aber tragfähige Rechtsform gewonnen, wenn auch die institutionelle Bezeichnung abschreckend wirkt. Da bereits der Name Euregio wenig euphorisierend ist, nimmt sich das Kürzel EVTZ noch weniger motivierend aus.

Trotz solcher Einschränkungen bildet die Europaregion zudem einen wichtigen Indikator der bilateralen Beziehungen zwischen Italien und Ös-

terreich, die auch über diesen Kanal Ausdruck gewinnen. Sie erscheint als ein Sensor des seit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 offiziell intensiven und optimalen Verhältnisses beider Länder, das aber atmosphärisch keineswegs reibungsfrei verläuft.

Die Euregio ist aber auch Ausdruck der wachsenden, Grenzen überschreitenden Kooperation zwischen EU-Staaten. Die Kooperation über Grenzen hinweg stärkt die Integration der Union und festigt die Bedeutung scheinbar peripherer, oft entlegener Regionen fern der Zentren. Sie macht deutlich, dass die Rolle der Nationalstaaten zwar auch im Kontext der EU weiterhin stark bleibt, dass sich aber ohne Ausbau der regionalen Dimension die EU bürgerfern und wenig partizipatorisch entwickelt. Dabei ist die Rolle der Regionen zwar zu stärken, der Blick auf sie zeigt aber auch die Risiken einer Überschätzung regionaler Akteure. Deren Dynamik, Handlungsstärke und Motivation stehen oft genug auch Lokalismus und Eigensinn mit tribalistischen Züge gegenüber[1].

So erwachsen im Rahmen der Euregio zwar große Erfolgschancen, sie zeigen aber auch jene Risse und Problemzonen, die sich innerhalb der EU manifestieren. Und der Blick auf die Euregio belegt auch keine natürliche Solidarität von Regionen, sondern ein gerüttelt Maß an Rivalität regionaler Akteure.

2. „Dem Land Tirol die Treue?“ – Unsichtbare Grenzen innerhalb der Europaregion

Dass die Kooperation in der Europa-Region zwar nach außen hin als eng und vertrauensvoll gilt, im Lebensalltag aber auch von Unwuchten und Missverständnissen, ja sogar von Gleichgültigkeit und Ablehnung begleitet ist, belegt schlaglichtartig eine kleine Episode von Februar 2017, entnommen dem Bereich des Sports.

So wurde die Siegerin der Kombination bei den Alpinen Schiweltmeisterschaften in St. Moritz, die Tirolerin Stephanie Venier, anlässlich ihrer Siegesfeier bei einem peinlichen Ausrutscher ertappt. Denn beim Absingen

1 Anregend: Massimiliano Livi, Neotribalismus als Metapher und Modell. Konzeptionelle Überlegungen zur Analyse emotionaler und ästhetischer Vergemeinschaftung in posttraditionalen Gesellschaften, in: Archiv für Sozialgeschichte 57 (2017) 365–383.

des von dem Tiroler Florian Pedarnig komponierten Marsches „Dem Land Tirol die Treue", der längst den Status eines Gassenhauers erlangt hat und in den letzten Jahren als patriotische Hymne gerne zum Besten gegeben wird, leistete sich Siegerin Venier einen argen Fauxpas. Sie fügte der Liedzeile „Ein harter Kampf hat Dich entzwei geschlagen, von Dir gerissen wurde Südtirol", frohgemut den blasphemischen Passus „Gott sei Dank" hinzu, wie auf youtube augenblicklich nachzuhören[2]. Dem landespatriotisch wenig erbaulichen Übermut der Siegerin folgte *stante pede* der landesübliche *Shitstorm* im Netz.

Der kleine, vom sportlichen Triumph befeuerte Übergriff der Siegerin war kein individueller Ausrutscher: Die blasphemische Lied-Variante während der Feierstunde ist ein im Bundesland Tirol mitunter nicht ungern abgesungener Zusatz. Er ist nicht nur Provokation, sondern signalisiert auch untergründige Friktionen zwischen den Ländern nördlich und südlich des Brenners. Denn im Bundesland Tirol ist die Erleichterung darüber, dass man in Folge der Landesteilung von den „reichen Brüdern" im Süden getrennt sei, oft genug spürbar. Aber auch aus umgekehrter Richtung, von Südtirol Richtung Norden, ist die Optik auf das Bundesland Tirol verengt: Es gilt als Einkaufparadies, ist beliebt als Standort der Universitätsklinik und der von jungen Südtirolern viel besuchten Universität Innsbruck, aber seine Politik, Gesellschaft und Lebensverhältnisse sind den meisten Menschen südlich des Brenners im Grunde gleichgültig. Erst recht gilt dies für das Trentino, die *Provincia di Trento* südlich der Salurner Klause: Sie ist den meisten Südtirolern und Tirolern kaum bekannt, bis auf die Bewohner des Südtiroler Unterlands, die manche Verbindungen pflegen. Auch die in Italien hoch quotierte Universität Trient wird von jungen Südtirolern gerne frequentiert, mit solchen Kontaktpunkten ist aber auch die Nord-Süd-Beziehung auf Alltagsebene beinahe ausgeschöpft. Aus umgekehrter Richtung, aus dem Trentino, richtet sich manch bewundernder Blick nach Norden, da etwa die Stabilität des politischen Systems in Tirol und Südtirol, die Effizienz und Leistungskraft mancher Institutionen und die wirtschaftlichen Erfolge mit Anerkennung und ein wenig Neid bedacht werden. Zudem ist das Streben nach verstärkten und stabilen Verbindungen mit Tirol und Südtirol auch aus dem Grund ausge-

2 Hierzu Vorfall und Kommentar: Südtirol weg – Gott sei Dank?, in: https://salto.bz/de/article/14022017/suedtirol-weg-gott-sei-dank

prägt, da auf diese Weise die Eigenständigkeit des Trentino im italienischen Kontext nachdrücklich betont werden kann.

Trotz des betont engen Verhältnisses zwischen den Ländern und eines intensiven Reiseverkehrs[3] beiderseits des Brenners gilt: Die Differenzen zwischen Tirol und Südtirol haben sich unbeschadet aller Beteuerungen enger Zusammengehörigkeit und Kooperation längst tief eingegraben. Die in Jahrzehnten unterschiedlich gewachsenen Verhältnisse in Politik, Gesellschaft und Kultur, Traditionen und Lebensformen, werden zwar offiziell nie als Problemzonen angesprochen, sind aber bei näherer Betrachtung keinesfalls zu leugnen. Die Abtretung Südtirols und des Trentino an Italien 1918 wurde beiderseits der Staatsgrenze zwar Jahrzehnte lang als schmerzlicher Verlust empfunden, inzwischen aber äußert sich der Trennungsschmerz nur mehr bei einer Minderheit auf beiden Seiten. Dagegen bestimmen in überwiegendem Maß nicht nur Pragmatismus, aber auch Gleichgültigkeit, wenn nicht Zufriedenheit mit der Situation der Trennung das Feld. So genügt der Blick in das Südtiroler „Sprachbarometer" von 2014, das auch die territoriale, ethnische und nationale Zugehörigkeit nach Südtiroler Sprachgruppen erhebt: Nur 9,2% der Deutschsprachigen begreifen sich als „Tiroler/in", während 80,7% ihre Zugehörigkeit zu Südtirol unterstreichen; bei Italienisch oder Ladinisch Sprechenden schrumpft der Tirol-Wert auf 0,8 bzw. 2,6% ein[4].

Umso erstaunlicher daher, dass bis jetzt noch keine wissenschaftliche Untersuchung vorliegt, die das Auseinanderstreben und die Entfremdung der Landesteile sozialwissenschaftlich und kulturhistorisch fundiert in den Blick nimmt[5].

Während etwa das Verhältnis Deutschland–Österreich oder die Beziehung Deutschland–Italien immer wieder beachtliche Aufmerksamkeit erfahren[6], sind die wechselseitigen Vorstellungen, Stereotypen und Zerrbilder

3 Vgl. Christian Traweger, Günther Pallaver, Kommunikation, Kooperation, Integration in der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino. Die Meinung der Bevölkerung (Innsbruck 2014) 46–49.

4 Südtiroler Sprachbarometer. Sprachgebrauch und Sprachidentität in Südtirol, hrsg. von der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol Landesinstitut für Statistik (= ASTAT Schriftenreihe 211, Bozen 2015) 170.

5 Analytisch anregendes Stimmungsbild bei: Hans Karl Peterlini, Tirol – Notizen einer Reise durch die Landeseinheit (Innsbruck-Wien 2008).

6 Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur

zwischen Tirol und Südtirol sorgsam vermiedene Tabu-Themen. Die gegenseitige Ignoranz und Unkenntnis der wechselseitigen Verhältnisse sind zwar im Alltag faktisch längst anerkannt, werden aber offiziell nicht angesprochen. Dies gilt auch für die Perzeption Tirols und Südtirols aus der Sicht des Trentino bzw. aus umgekehrter Richtung. Auch hier bildet die historische Verbindung vielfach eine ideologische Klammer, aus der neue Formen der Kooperation nur mühsam erwachsen.

Der Vorfall um Siegerin Venier macht deutlich: Hinter den Beteuerungen der Zusammengehörigkeit innerhalb der Euregio liegen Formen von Misstrauen und Ablehnung, die sie seit langem begleiten. Trotz aller Bemühungen, interregionale Verbindungen neu zu stärken und institutionell auszugestalten, trotz mancher Erfolge, ist der Aufbau der Euregio keine lineare Erfolgsgeschichte. Sie ist im Gegenteil auch ein Beispiel dafür, wie sich alte regionale Beziehungsfelder rückbilden und in Schrumpfprozesse verfallen, die eine Wiederaufnahme der Kooperation mühevoll gestalten.

Der vorliegende Beitrag skizziert die Genese, die Bedeutung und Entwicklungsperspektiven der Euregio Tirol, Südtirol und Trentino im Verlauf der letzten 25 Jahre. In dieser Frist ist die Kooperation zwischen den Ländern neu angelaufen und wurde auf eine zunehmend stabile Basis gestellt, im Bemühen um grenzüberschreitende, postnationale und notwendige Dimension verstärkter Zusammenarbeit. Die Besonderheit der zentralalpinen Euregio liegt im Vorliegen historisch grundierter Topoi, die aus langer geschichtlicher Zusammengehörigkeit ableitbar sind. Diese Vorstellung geschichtlich gewachsener „geistig-kultureller Landeseinheit" wird seit 1945 durch steten Austausch und wichtige Verbindungen vor allem zwischen Tirol und Südtirol unterbaut. Diese wichtigen Kanäle werden konterkariert durch jeweilige Eigenentwicklungen und -interessen, die aber in jüngster Zeit vermehrt durch eine planvollere Sicht auf gemeinsame Problem- und Chancenlagen harmonisiert werden.

Der Rückblick auf die letzten Jahrzehnte zeigt zwar aussichtsreiche Entwicklungsansätze, macht aber auch deutlich, wie sehr die Rede vom „Europa der Regionen" oft genug nur appellativen Charakter trägt und sogar in illusorische Überhöhung mündet. Wer den Weg hin zu einer stärker

Gegenwart, hrsg. von Michael Gehler und Maddalena Guiotto (= Arbeitskreis Europäische Integration, historische Forschungen, Veröffentlichungen 8, Wien-Köln-Weimar 2012).

ausgeprägten regionalen Vertiefung der Europäischen Union mit Sympathie begrüßt, gewinnt im Blick auf die zentralalpine Euregio ein tieferes Sensorium für die Aussichten, aber auch die hemmenden Barrieren und Aporien, die einer solchen Perspektive entgegen stehen. Die Vision eines Kontinents, der dank der Zugkraft von vierzig bis sechzig sprachlich, kulturell und wirtschaftlich dynamischer Großregionen von der Größenordnung Bayerns, Kataloniens oder des Burgund neu aufleben könnte, eines „Europa der Regionen", wie sie etwa Ulrike Guérot oder Robert Menasse mit Nachdruck verfechten[7], verweist zwar zu Recht auf die kraftvolle Binnendynamik regionaler Einheiten, überschätzt aber ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit und überbewertet ihre Gestaltungskraft gemeinsamer Agenden nach außen. Das Beispiel der Europaregion führt eindrücklich vor, wie zögernd sich die Akteure von Regionen auf Abstimmungsprozesse, ja gar auf einen gemeinsamen Schulterschluss einlassen.

3. Der Startzeitpunkt nach 1990

Die Euregio, zunächst als Europaregion Tirol lanciert, rückte um 1995 konkret auf die politische Agenda Tirols, Südtirols und des Trentino, in einer historischen Phase tiefgreifenden Wandels, der europaweit die regionale Ebene redefinierte, aber auch die transnationale und EU-Entwicklung grundlegend veränderte. Für Südtirol und das Trentino zeichnete sich wenige Jahre nach dem Systembruch von 1989 in Miniatur ein Ende des maßstäblich kleinen, aber mitunter empfindlich spürbaren „Kalten Kriegs" ab, der die Beziehungen zwischen den Republiken Österreich und Italien seit 1960 stark belastet hatte.

1960 hatte der österreichische Außenminister Bruno Kreisky die Südtirolfrage erstmals vor dem Plenum der Vereinten Nationen in New York aufgeworfen und damit eine Internationalisierung der zwischen Italien und Österreich strittigen Agenda erzielt[8]. Die Situation Südtirols, das 1919 infolge der

7 Vgl. Ulrike Guérot, Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie (Bonn 2016) 147–171; Robert Menasse, Der europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas oder warum die geschenkte Demokratie einer erkämpften weichen muss (Wien 2012).

8 Vgl. Bruno Kreisky und die Südtirolfrage, hrsg. von Gustav Pfeifer, Maria Steiner (= Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs, Sonderband 4, Bozen 2016).

Friedensverträge von St. Germain von Österreich an Italien abgetreten worden war, hatte sich nach der Assimilationspolitik des faschistischen Regimes (1922–1943), der Teilauswanderung deutscher und ladinischer Bevölkerungsteile infolge der Südtirol-Option 1939 ins „Großdeutsche Reich" sowie nach der NS-Besetzung 1943-45 auch nach dem Zweiten Weltkrieg problematisch, oft auch krisenhaft gestaltet[9]. Eine Rückkehr zur neu gegründeten Republik Österreich wurde 1945/46 von den Alliierten ausgeschlossen, dafür aber im Pariser Abkommen vom 5. September 1946 eine Autonomie in Aussicht gestellt[10]. Für deren Umsetzung trat Österreich – vor allem seit dem Staatsvertrag 1955 – zunehmend engagiert ein und sorgte mit dem Bundesland Tirol für die Befassung der UN-Generalversammlung mit der ungelösten Minderheitenfrage, gegen den Widerstand der römischen Regierung: Denn diese bewertete die Situation des „Alto Adige" und die politische Zuständigkeit für die Frage als rein inneritalienisches Problem, für dessen Behandlung Österreich nicht legitimiert sei.

Mit dem sogenannten „Paket", einem Bündel von Zuständigkeiten der Selbstverwaltung, das eine große Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei 1969 nach heftiger Debatte annahm, und mit dem Zweiten Autonomiestatut 1972 wurde ein Durchbruch erzielt, der Selbstverwaltung und Rechte der deutschen und ladinischen Sprachminderheit spürbar erweiterte. Bemerkenswert: In dieser Phase ab 1972 lancierte der Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (1963-1987) auch die sogenannte „Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer", in deren großräumigen Kontext auch die Beziehung zwischen Tirol und Südtirol neu verortet wurde[11].

Nach einer erfolgreichen Implementierungsphase der Autonomie von 1972 wurde der vor den UN anhängige Streit zwischen Italien und Österreich nach über 30 Jahren 1992 beendet. Die seit 1960 als Streitpunkt zwischen Italien und Österreich anhängige Südtirolfrage wurde im Juni 1992 vor der UNO

9 Monumental-sperriger Überblick: Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969 (= Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 7–9, Bozen 1999); anregend: Michael Gehler, Tirol im 20. Jahrhundert. Vom Kronland zur Europaregion (Innsbruck 2008).

10 Vgl. 70 Jahre Pariser Vertrag, hrsg. von Walter Obwexer, Eva Pfanzelter (Wien 2017).

11 Vgl. Andrej Werth, Raum – Region – Tirol. Die (De-)Konstruktion politischer Räume am Beispiel der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino (= Marie Jahoda sozialwissenschaftliche Studien 4, Frankfurt a. Main 2011) 196–200.

offiziell beigelegt[12], buchstäblich im letzten Moment und zu einem für Italien problematischen Zeitpunkt, da seit dem Frühjahr 1992 das Parteiensystem unter dem Anprall der Korrruptionsaffäre *Mani pulite* implodiert war[13]. Die Regierung Andreotti, die den Abschluss betrieb, stand im Frühjahr 1992 unmittelbar vor dem Abgang und stellte entscheidende Weichen in der Südtirolfrage. Sie tat dies buchstäblich bereits auf gepackten Koffern, da sie im April 1992 zurücktrat. Jede andere Regierung – so die hohe Wahrscheinlichkeit – hätte einen Abschluss verzögert.

Der Streitbeilegungserklärung zwischen Italien und Österreich in der Südtirolfrage im Juni 1992 und dem EU-Beitritt Österreichs zu Jahresbeginn 1995 folgte eine neue Gunstphase bilateraler Beziehungen. Zum selben Zeitpunkt wertete auf EU-Ebene der Vertrag von Maastricht die Rolle der Regionen neu auf[14], sodass die Positionen Südtirols, Tirols, aber auch des Trentino im bilateralen Verhältnis Österreich-Italien und im europäischen Kontext gestärkt erschienen, zumal das interregionale Verhältnis, von Altlasten befreit, auf neue Grundlagen gestellt wurde. Dies galt auch für die Beziehungen beider Länder zum Trentino, das aus Südtiroler Sicht bis dahin primär als Bedrohung der eigenen Autonomie und „Wachhund Roms" wahrgenommen worden war, zeitweilig gewiss nicht zu Unrecht.

Unter den neuen Bedingungen der Entspannung zwischen Italien und Österreich wie unter dem Eindruck des EG-Beitritts der Republik war die interregionale Zusammenarbeit eine wichtige Option, die neben den spezifisch bilateralen bzw. regionalen Bedingungen auch durch die Fortschritte der europäischen Einigung gefördert wurde: Das Maastricht-Abkommen von 1992 stärkte die regionale Subsidiarität, etwa durch den 1993 errichteten „Ausschuss der Regionen" (AdR) und regte Regionen zum Auf- und Ausbau ihrer Kooperation an. Die realen Kompetenzen von Organen wie des AdR blieben zwar schwach ausgebildet, aber zumindest formell galten die Regionen als Akteure der Zukunft.

---

12 Vgl. 1992: Ende eines Streits. Zehn Jahre Streitbeilegung im Südtirolkonflikt zwischen Italien und Österreich, hrsg. von Siglinde Clementi, Jens Woelk (Baden-Baden 2003).

13 Vgl. Andrea Di Michele, Storia dell'Italia repubblicana 1948-2008 (Milano 2008) 339–351.

14 Michael Gehler, Europa. Ideen*Institutionen*Vereinigung*Zusammenhalt (Reinbek ^{3}2018) 373–376.

Trotz stark gebesserter Voraussetzungen verlief der Weg hin zu intensivierten Beziehungen aber keineswegs einfach: So hatte Italien das sogenannte „Madrider Abkommen" von 1980 zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erst spät ratifiziert und den neuen Parcours einer intensivierten Beziehung zwischen den Ländern nur widerstrebend frei gegeben. Denn das „Europäische Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften", wie das Madrider Abkommen offiziell hieß, wurde von Italien erst mit Gesetz am 19. 11. 1984 ratifiziert, aber auch Österreich hatte sich hierzu erst 1983 entschlossen. Das Abkommen stellte die bisher misstrauisch beäugte Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften über Grenzen hinweg nicht nur frei, sondern stufte sie als „positiv und wünschenswert" (J. Woelk) ein[15]. Obwohl hoheitliche Bereiche von der Möglichkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit ausdrücklich ausgenommen wurden, eröffneten sich nun neue Spielräume. Diese wurden vor allem zwischen Innsbruck und Bozen ab 1993 entschieden angepeilt und dabei auch eine Zusammenarbeit mit Trient ins Auge gefasst, um die staatliche Seite über von Rom befürchtete allfällige „irredentistische Absichten" und eine Rückkehr zu „Groß-Tirol" zu beruhigen. Konkrete Schritte hin zu einer Umsetzung der Europa-Region Tirol erfolgten etwa durch die Eröffnung eines Verbindungsbüros in Brüssel am 19. Oktober 1995 durch die drei Landeshauptleute, eine Initiative, gegen die sich aus Rom augenblicklich heftiges Sperrfeuer erhob[16]. Der italienische Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro verurteilte die Europa-Region im November 1995 als revisionistisches Projekt, während die Polizei in einer Durchsuchung im Büro des Landeshauptmanns in Bozen allfälligen Verdachtsmomenten nachging. Solche Alarmsignale verflogen allerdings schnell, da das römische Parlament in einem eigenen Gesetz solche Initiativen ausdrücklich zuließ, sodass die Europa-Region grundsätzlich auf keine juristischen Bedenken mehr traf. Unter der italienischsprachigen Bevölkerung Südtirols blieb die Skepsis hoch gegenüber einem vorerst vagen Projekt[17], dessen Zielrichtung eher ungewiss schien, zumal das

15 Jens Woelk, Ein Jahrzehnt regionale Kooperation in der EU. Die „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino" als Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit, in: 70 Jahre Pariser Vertrag, hrsg. von Walter Obwexer, Eva Pfanzelter (Wien 2017) 201–232, hier 203.

16 Vgl. Gehler, Tirol im 20. Jahrhundert 412.

17 Vgl. Rainer Nick, Günther Pallaver, Jenseits von Grenzen. Tirol-Südtirol-Trentino. Die Europaregion aus der Sicht der Bevölkerung (Innsbruck 1998).

Trentino etwa in den Vorstellungen von Landeshauptmann Weingartner eine untergeordnete Rolle spielte[18].

Trotz des Abbaus institutioneller und rechtlicher Hürden kam die konkrete Ausgestaltung der Europa-Region Tirol vorerst nur schleppend voran, da sich die Annäherung der Landesteile in der Phase ab 1995 einerseits gleichsam selbstlaufend durch den EU-Beitritt Österreichs vollzog, während die Eigeninteressen der Länder in diesen Zeitraum neuerdings starkes Gewicht erhielten.

Trotz gemächlicher Gangart wurden die neuen Chancen nun verstärkt in Anspruch genommen. Neben den genannten Gunstfaktoren mit absehbaren Reibungselementen, die den Prozess der Zusammenarbeit aber nur wenig belasteten, wirkte nach 1990 der Auftritt neuer ethnoregionaler Bewegungen als Push-Faktor, der einer Europa-Region förderlich erschien: Nach dem Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs regten sich in Südtirol neue politische Kräfte, die für die Sezession von Italien und einen Freistaat plädierten[19]. Der ab 1990/91 einsetzende Zerfall Jugoslawiens mit dem vorzeitigen Ausstieg des Österreich und Italien benachbarten Slowenien machte großen Eindruck, sodass im Herbst 1991 politische Aktionen wie die Brennergespräche, lanciert von einem Initiativkomitee Junges Tirol (Slogan: „Tiroler Einheit jetzt!“) mediales Aufsehen erregten. Im Frühjahr 1991 hatten sich bereits die Landtage von Tirol, Südtirol und dem Trentino erstmalig gemeinsam getroffen, wobei die Einbeziehung des Trentino ein großes Novum darstellte[20], noch mehr als die Präsenz des Bundeslands Vorarlberg, das bei diesem Vierer-Landtag gleichfalls eingebunden war, allerdings nicht mit langer Dauer.

Ab 1991 war evident, dass in einer neuen Phase regionaler, bilateraler und europäischer Politik von erhöhter Dynamik auch die vormaligen Teile des Kronlands Tirol nach einem neuen Verhältnis zueinander suchten und erweiterte Manövrierräume erkundeten. Es erschien als echte Neuigkeit, dass unter der Ägide von Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder (1989–2014), seiner Tiroler Kollegen Alois Partl (1987–1993) und Wendelin Weingartner (1993–2002) sich die Beziehung zum Trentino weit spannungsfreier

18 Vgl. Werth, Raum – Region – Tirol 207.

19 Vgl. ebd. 378–382.

20 Vgl. Werth, Raum – Region – Tirol 201.

gestaltete als unter den Vorgängern. Zudem bewies auch das Trentino unter Führung des vom stark autonomistischen und tirolfreundlichen PATT (Partito Autonomista Tirolese Trentino) gestellten *Presidente* Carlo Andreotti Interesse an einem Kontext neu dynamisierten italienischen Föderalismus. Eine wichtige Promotorenfunktion gewann ein entsprechender Vorschlag von Hubert Frasnelli, eines Spitzenvertreters des sozialen Flügels der Südtiroler Volkspartei, der sogenannten „Arbeitnehmer“[21].

Bereits ab 1994 kam so das Konzept einer Euregio in Umlauf, wobei der versöhnlich wirkende Passe-Partout-Begriff aber zwei grundlegend kontrastierende Konzepte verbarg. Zum einen die Perspektive verstärkter Kooperation im Zuge einer neuen Phase des Föderalismus und grenzüberschreitender Tätigkeit, zum anderen wurde die ethnoregionale Vision eines engen Zusammengehens von Tirol und Südtirol, unter bewusster Distanzierung vom Trentino, neu aktiviert, als allfällig erstes Stadium einer erhofften Sezession[22]. Neue Südtiroler Polit-Formationen wie die 1992 gegründeten „Freiheitlichen“ und die bereits seit 1989 aktive Union für Südtirol erblickten in einer allfälligen Europa-Region nur einen Brückenkopf für weitreichendere Pläne.

4. Der EU-Beitritt Österreichs 1995 und seine Folgen

Der EU-Beitritt Österreichs ab 1. Jänner 1995 eröffnete neue Spielräume, da nun die Grenze zwischen Österreich und Italien, zumal am neuralgischen Punkt des Brenner, an Bedeutung verlor[23]: Freizügigkeit, Waren- und Wirtschaftsverkehr waren stark erleichtert, die EU und Brüssel / Strassburg rückten auch für Österreich zu neuen Bezugspunkten auf, sodass es zunächst ganz pragmatisch galt, die Fülle an Chancen zu erkunden.

Noch drei Jahrzehnte zuvor, ab 1961, war die Brennergrenze hoch militarisiert und abweisend gewesen, eine Art Eiserner Vorhang in Westeuro-

21 Vgl. ebd. 202.

22 Bruno Luverà, Oltre il confine. Euregio e conflitto etnico: tra regionalismo europeo e nuovi nazionalismi in Trentino Alto Adige (Bologna 1996).

23 Vgl. Gehler, Tirol im 20. Jahrhundert 408 ff.

pa[24]. Bis um 1980 signalisierten an der österreichisch-italienischen Grenze fallweise scharfe Kontrollen nationalstaatliche Härte.

Anfang April 1998 erwies sich die Umsetzung des Schengen-Abkommens mit der Beseitigung der Grenzkontrollen als symbolstarker Moment, bei dem die Landeshauptleute Weingartner und Durnwalder mit dem eigenhändigen Heben der Grenzbalken am Brenner die voranschreitende Annäherung der Länder nördlich und südlich des Passes öffentlichkeitswirksam bekundeten. Nach dem EG-Beitritt der Republik Österreich, die dieses Ziel seit ca. 1967 kontinuierlich angestrebt hatte, bis es nach dem Mauerfall dann Realität wurde, war der demilitarisierte und kontrollfreie Brenner (wie auch die Grenzübergänge Winnebach und Reschen) eine enorme Errungenschaft.

Nun, in der neuen Phase ab 1995, eröffnete die aufkeimende Euregio aber nicht nur neue Pfade der Kooperation unter erleichterten Bedingungen, sondern auch Chancen der Prävention sezessionistischer und separatistischer Bestrebungen. Neue Parteien in Südtirol wie die 1992 im Gefolge der FPÖ gegründeten „Freiheitlichen" oder die bereits 1989 entstandene Union für Südtirol unter charismatischen Leitfiguren wie Pius Leitner oder Eva Klotz mobilisierten bereits um 1990 gegen die nahende Streitbeilegung und führten die Utopien eines Freistaats oder einer Rückgliederung Südtirols an Österreich in die politische Debatte ein. Das von der offiziellen Landespolitik lancierte Projekt einer Europaregion Tirol erschien im neuen politischen Kontext auch als Abwehrstrategie gegen solche, von Parteien wie den „Freiheitlichen" oder der Union für Südtirol, aber auch dem Südtiroler Schützenbund getragenen Tendenzen der Sezession und als Alternativmodell regionaler Zusammenarbeit wohl geeignet.

Zudem diente die Europaregion der regierenden Landespolitik in Bozen als nützliche Sollbruchstelle gegenüber der Regierung in Rom, die derartige grenzüberschreitende Kooperationen nicht nur missbilligte, sondern ihnen auch aktiv entgegentrat. So war – wie bereits erwähnt – die Eröffnung eines gemeinsamen Sitzes der drei Länder/Provinzen im Herbst 1995 von

24 Vgl. Michael Gehler, Der Brenner. Vom Ort negativer Erfahrung zum historischen Gedächtnisort oder zur Entstehung und Überwindung einer Grenze in der Mitte Europas 1918-1998, in: Grenzen in Europa (= Historische Europa-Studien 2), hrsg. von Ders., Andreas Pudlat (Hildesheim–Zürich–New York 2009) 145–182, hier 164 ff.

höchster Stelle kritisiert worden, da sowohl Ministerpräsident Carlo Azeglio Ciampi wie Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro im November 1995 ein kurzfristig wirkendes, bald aber aufgehobenes Verbot bzw. ihre Missbilligung gegen das Verbindungsbüro in Brüssel aussprachen[25].
Zudem orteten die sich neu formierenden rechten und postfaschistischen Parteien in Italien (und Südtirol!), zumal Alleanza Nazionale, in der Europaregion eine Gefahr für die „Einheit des Staates" und wollten Auslandsaktivitäten ausschließlich der Zuständigkeit der römischen Regierung unterstellt wissen. Der Durchgriff der Regierung kam der SVP-Mehrheit in Bozen, zumal Landeshauptmann Durnwalder, nicht ungelegen, da er sich wohl dazu eignete, um das traditionelle Feindbild Rom ebenso zu kultivieren wie die eigene Verteidigung der Autonomie gegenüber der Rechts-Opposition unter Beweis zu stellen. Da nach dem Aufsehen erregenden Zugriff die Führung des Brüsseler Büros kurzerhand den Handelskammern unterstellt wurde, ließ auch die Intervention des Staates ab, zumal eine gesetzliche Neuregelung den Weg frei gab.

Aber nicht nur für den stets profilierungsfrohen Durnwalder, sondern auch für die Tiroler ÖVP und Landeshauptmann Wendelin Weingartner bot die Bildung der Europaregion willkommene Reibungsflächen mit der SPÖ-geführten Bundesregierung in Wien, als Exempel eines kampfstarken und doch „europäischen" Föderalismus nördlich und südlich des Brenners.

Das auf den EU-Beitritt Österreichs 1995 und die Öffnung der Grenze durch das Schengen-Abkommen 1998 folgende Jahrzehnt machte deutlich, dass sich die Europaregion für die Landesregierungen vorab als Feld der Symbolpolitik eignete, wobei die Spitzenvertreter der Länder relativ problemlos abwechselnd an die Zusammengehörigkeit Tirols und Südtirols appellierten. Dabei wurde die bewährte Flagge „geistig-kultureller Landeseinheit" zwischen Tirol und Südtirol gehisst, unter allfälliger, wiewohl nicht kontinuierlicher Einbeziehung von Trient.

Die Europa-Region zwischen 1998 und 2009 war vor allem ein Feld der Identitätspolitik, in dem über bewährte Kooperationskanäle hinaus kaum wirklich neue Impulse gesetzt wurden. Selbstverständelich verbanden Innsbruck und Bozen zahlreiche bewährte Kooperationskanäle, aber wirkliches Neuland wurde nicht beschritten. Dem für ein verstärktes Zusammen-

25 Vgl. Werth, Raum – Region – Tirol 214.

wirken vorab von Tirol und Südtirol engagierten Landeshauptmann Weingartner (1993–2002) stand der primär auf Autonomie und Selbstentfaltung Südtirols bedachte Luis Durnwalder (1989–2014) gegenüber, der zudem zu Tirol begrenzte Affinität hatte. Er hatte das Studium in Wien 1961–1965 absolviert, was seine Bindung an Tirol ebenso abschwächte wie sein explosiver Gestaltungsdrang. Da Durnwalder vor allem im Zeitraum 1996–2008 stark auf Südtirols Eigenständigkeit bedacht war, galt ihm und seiner Regierung die Verbindung nach Norden, erst recht nicht nach Süden, nicht wirklich als Herzensanliegen. Entfesselung der Wirtschaft, offene Rahmenbedingungen für den Primär- und Tertiärsektor, Ausbau von Infrastrukturen und gebaute Symbolpolitik waren die Markenkerne der Ära Durnwalder; die Europaregion lag hingegen im hinteren Feld.

Als Element innerer Kohäsion und äußerer Abgrenzung war die ERT auf diese Weise eine dankbare Arena mit geringem Risiko für die Landespolitik in Innsbruck, Bozen und Trient. Obwohl vielen Vertretern politischer Parteien wie auch wichtiger Verbände die Verbundenheit gewiss ein echtes Anliegen war, um Elemente der Zusammengehörigkeit zu pflegen, war aber auch der instrumentelle Charakter grenzüberschreitender Kooperation unübersehbar. Über die Diskurs- und Diskussionsfigur „Europaregion" ließen sich regionalpolitische Themen ebenso ins Bild setzen wie Beziehungen gegenüber dem jeweiligen Nationalstaat markieren. Zudem erwies sich das grundsätzlich regionale Thema auch als europapolitisches Tonikum, um die Landespolitik mit einen europäischen Nimbus zu umgeben.

Bestehende Fundamente der Gemeinsamkeit und Differenzen vor der Euregio-Annäherung unterhalb der Ebene offizieller Euregio-Politik, der glaubwürdigen Bekundungen wie der unvermeidlichen Rhetorik traten die jeweiligen Interessen in vielen Bereichen aber auch verstärkt auseinander, wie sich um das Jahr 2000 deutlich zeigte.

Gewiss bestanden zwischen Tirol und Südtirol seit 1945 stets wichtige, auch wachsende Verbindungen, die sich über die Jahrzehnte der Landesteilung hinweg kontinuierlich erhalten hatten. Neben persönlichen oder verwandtschaftlichen Beziehungen und wirtschaftlichen Verflechtungen hatte das bereits das sogenannte *Accordino* von 1949, das bereits im Pariser Abkom-

men vorgezeichnet war, den erleichterten Austausch bestimmter Warengruppen in einer frühen Phase der Nachkriegspolitik ermöglicht[26].

Auf seiner Grundlage wurden die vor Gründung der EWG und dem Beitritt Österreichs zur EG 1995 spürbaren Zollbarrieren und prohibitiven Schranken des Grenzverkehrs in manchen Bereichen erleichtert. Die Kommunikation zwischen Nord und Süd lebte durch die Stärkung des Individualverkehrs nach 1950 auf und gewann durch die Eröffnung der Brennerautobahn, die 1964 von Innsbruck bis zum Brenner führte und bis 1974 auf der Strecke Brenner Verona komplettiert wurde, erhöhte Dynamik[27]. Auch die infolge der Anschläge 1961 kurz eingeführte Visapflicht für Österreicher war nicht von langer Dauer. So hatte die Entwicklung von Wirtschaft und Verkehrskommunikation die Beziehungen zweifellos gefördert.

Zur Verflechtung trugen auch zentrale Förderlinien bei, etwa im Bildungsbereich, wo die Leopold-Franzens-Universität dank konstant rund 4.000 Studierender aus Südtirol offiziell als „Landesuniversität" der Autonomen Provinz Bozen galt[28]. An der *Alma Mater Oenipontana* sorgten großzügige Gleichstellungsregelungen für erleichterten Zugang zur Inskription an den Fakultäten, zumal im Fach Medizin. Südtiroler Studierende der Medizin konnten stets auf eine im Vergleich zu anderen Ausländern erhöhte Zugangsquote bauen. Ein weiterer Anreiz für Studierende war ein stattliches Angebot an Heimplätzen und Studienförderungen.

Auch im sensiblen Bereich medizinischer Behandlung stand die Universitätsklinik Innsbruck Patienten aus Südtirol offen, die hier mit ärztlicher Einweisung auf Kosten des Südtiroler Gesundheitssystems auf vordbildhaftem Niveau behandelt wurden. Damit stellte das Bundesland Tirol in den Bereichen Bildung und Gesundheit eine attraktive Angebotsschiene bereit und setzte wichtige Stränge der Verbindung. Die zwei Schneisen von Hochschulbildung und medizinischer Betreuung wurden gern genutzt, wobei die finanzielle Last überwiegend der Bund und das Land Tirol trugen, während Südtirols Beitrag nur die unmittelbare medizinische Versorgung abgalt. Bildung

26 Vgl. Woelk, Ein Jahrzehnt regionale Kooperation 206 f.

27 Vgl. Magdalena Pernold, Traumstraße oder Transithölle. Eine Diskursgeschichte der Brennerautobahn in Tirol 1950–1980 (= transcript histoire 92, Bielefeld 2016).

28 Südtiroler Studierende an österreichischen und italienischen Universitäten 2002/03, in: ASTAT-Information 18 (2004) 4.

und Betreuung deckten zwei sensible Felder ab, die trotz ihrer Vorteile aber stets auch die Rückständigkeit Südtirols markierten. Die Subsidiarität Tirols in diesen Bereichen war gewiss erfreulich und unverzichtbar, sie rückte aber auch ins Bewusstsein, dass es der Provinz Bozen bis 1997 an einer eigenen Universität ebenso mangelte wie an einer in allen Bereichen exzellenten medizinischen Versorgung, trotz beachtlicher Aufholprozesse der Krankenhäuser in Südtirol. Die Kanäle der Verbindung und das großzügige Angebot des Nordens waren daher stets auch Signalmarken eines Mangels, der untergründig am Südtiroler Selbstbewusstsein nagte.

Jenseits der beiden Ebenen verliefen die Kontakte zwischen dem Bundesland und der Autonomen Provinz durchwegs schütter: Aus der Sicht vieler Südtiroler waren Tirol und seine Hauptstadt Innsbruck vorab ein günstiges Einkaufsparadies und ein Ort vergünstigten Treibstoffbezugs, aber kein Aktionsraum landespolitischer Gemeinsamkeit und wechselseitiger Zugehörigkeit. Auffallend war seit den Jahren ab 1970, als die Südtirolfrage den Lösungsweg der Autonomie einschlug, eine wachsende Entfremdung zwischen den Landesteilen und ihren Gesellschaften. Während Tirol seinen Föderalismus ausbaute und sich wirtschaftlich in der Ära von Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (1963–1987) beachtlich entwickelte[29], gelang Südtirols sozialer und gesellschaftlicher Situation erst ab Anfang 1970 ein kräftiger Sprung nach vorne. Nun wurden endlich die enormen, oft erschreckenden Entwicklungsrückstände überwunden, die die nördlichste Provinz Italiens zum „Armenhaus der Alpen" degradiert hatten.

Der Nebeneffekt des wirtschaftlichen Aufholprozesses war aber auch eine wachsende Entfremdung von Nordtirol, gegen das der Süden zunehmend selbstbewusst auftrat. Der neue Wohlstand in Südtirol weckte die Vorstellung, dass man sich mit der Entwicklung der Autonomie nicht nur von Italien, sondern auch gegenüber Tirol freispielen könne, um nicht mehr auf die Sorge des „Mutterlands" angewiesen zu sein, sondern selbstbewusst die eigenen Verhältnisse zu gestalten.

Die Euregio-Annäherung ab 1995 machte die Differenzen deutlich, die bis in die späte Ära von Landeshauptmann Durnwalder um 2008/09 spürbar blieben. Denn bis dahin galt zwar weiterhin die offizielle Devise „geistig-kul-

29 Vgl. Gehler, Tirol im 20. Jahrhundert 319–335.

tureller Landeseinheit", während in der Praxis die Gründung der Freien Universität Bozen (1997) oder die „Heimholung" des Manns aus dem Eis 1998 aus Innsbrucker Gewahrsam, wo er seit Auffindung an der Universitätsklinik verwahrt worden war[30], die Bildung einer „Europa-Region" eigentlich konterkarierte.

Das Euregio-Konzept bewies sich ebenso öffentlichkeitswirksam wie zwiespältig auf der EXPO 2000 in Hannover, wo sich die drei Länder mit eigenem Stand unter die Nationen der Welt einreihten, zwar ein wenig abseits vom großen Besucherstrom, dafür neben den Hallen von Makedonien und der Palästinenser-Organisation. Der starke Besuch des Expo-Standes der Euregio verdankte sich vor allem der Dynamik des Südtiroler Geschäftsführers Manfred Schweigkofler, der – ein wenig schlitzohrig – der Provinz Bozen-Südtirol mithilfe von Speck und Musikauftritten stark besuchte Präsentationsflächen sicherte, zuweilen zum Missmut der Tiroler und ihres Organisationsleiters Benedikt Erhard, die ihr Land medial unterbelichtet wähnten[31].

5. Wende und Aufwertung ab 2008/09

Erst um 2008/09, mit der Wahl des bis heute amtierenden Landeshauptmann Günther Platter, zeichnete sich eine Wende hin zu einer deutlich konkreteren Politik der Europaregion Tirol ab. Dafür gab es mehrere Gründe und treibende Motivlagen: Das Jahr 2009 markierte einen entschiedenen Wendepunkt auf der Ebene der ERT, da zu diesem Zeitpunkt politische Konstellationen, Symbolpolitik und neue rechtliche Grundlagen einen Neuaufbruch ermöglichten.

- Zunächst veranlasste der zunehmend zentralistische Kurs der ab Mai 2008 bis Ende 2011 amtierenden Berlusconi-Regierung[32], der die Südtiroler Autonomieerfolge in Rom im glücklicheren Zeitraum 1996–2001 und 2006 bis 2008 beendete, eine Annäherung der Landesteile. Die Angrif-

30 Vgl. Eduard Egarter Vigl, Ötzis Leibarzt (Bozen 2017) 33–36.

31 Vgl. Werth, Raum – Region – Tirol.

32 Vgl. das anschauliche Interview mit dem in Rom 1991–2018 tätigen Parlamentarier Karl Zeller, in: Gemeinsam für die Autonomie. 17 Jahre Autonomie Fraktion im Senat, Eberhard Daum, Francesca Deluca, Giancarlo Riccio, (Autoren), hrsg. von Autonomie-Fraktion im Senat (Bozen 2018) 89–103, hier 100.

fe der Mitte-Rechts-Regierung Berlusconi (2008–2011) in Italien auf die Autonomien hatten überdies zur Folge, dass sich das Gewicht der Sezessionsbewegten in Südtirol verstärkte und sich in Kundgebungen deutlich Gehör verschaffte. Gegen die neue Welle des „Deutschpatriotismus" waren südlich des Brenners tragfähigere Konzepte der Euregio gefragt, die über lose, symbolische Formen hinausführten. Die bereits spürbar zentralistische Ausrichtung des letzten Berlusconi-Kabinetts wurde nach Amtsantritt von Premier Mario Monti im Herbst 2011 deutlich verschärft, sodass der Tiroler Flankenschutz durchaus willkommen war.

- Das Gedenken an die Tiroler „Erhebung" von 1809 beflügelte eine Reihe gemeinsamer Initiativen der Länder, wobei der Verlauf des „Gedenkjahres" die Übereinstimmung, aber auch Differenzen zwischen Tirol, Südtirol und Trentino wieder einmal nachdrücklich verdeutlichten[33].
- Verbindend wirkte aber auch das globale Krisengefühl, das mit der Finanz- und Sozialkrise ab Herbst 2008 vor allem westliche Gesellschaften erfasste. Die wachsende Unsicherheit über die wirtschaftliche Zukunft war der Reflexion über gemeinsame Strategien im Rahmen der Euregio durchaus förderlich. Auch das Großprojekt des Brennerbasistunnels (BBT), dessen offizieller Baubeginn 2008 erfolgte, war trotz all seiner verkehrspolitischen und finanziellen Fragwürdigkeit durchaus beflügelnd[34].

So kam eine durch die Europäische Union neu ermöglichte Form der Zusammenarbeit von Regionen, ab 2006 durch Gemeinschaftsrecht ermöglicht und bald darauf durch die Staaten Österreich und Italien rezipiert, durchaus gelegen. Dabei handelte es sich um den sogenannten „Europäischen Verbund territorialer Zusammenarbeit" (EVTZ)[35], der es Gebietskörperschaften erlaubte, in bestimmten Bereichen relativ intensiv zu kooperieren und erhebliche Mittel zu veranlagen. Die Gründung eines EVTZ – so das sperrige, EU-typische Kürzel bar jeder mitreißenden Ausstrahlung – wurde denn auch beim sogenannten „Dreierlandtag" der Landtage von Tirol, Südtirol und des Trentino

33 Hans Heiss, Im Jahr des Heiles. Zum Ausklang des Tirol-Jubiläums 1809-2009, in: Politika 10. Jahrbuch für Politik, hrsg. von Günther Pallaver (Bozen 2010) 245–275.

34 Vgl. die differenzierte Bewertung im Band Tunnelblick, der Brennerbasistunnel. Fakten – Argumente – Meinungen, hrsg. von Jutta Kustatscher (Innsbruck–Wien–Bozen 2008).

35 Vgl. Werth, Raum – Region – Tirol.

in Mezzocorona 2009 in Angriff genommen und im Juni 2011 konkret gegründet[36]. Damit verfügen die drei Länder über eine Institution, die in bestimmten Bereichen effizient handeln kann und aus der Sicht der drei Landesregierungen den Vorzug gouvernementaler Steuerung aufweist.

Das 12-köpfige EVTZ-Leitungsgremium besteht aus den drei Landeshauptleuten, sechs Vertretern der Mehrheit und drei der Opposition. Damit ist zwar territorial und politisch eine klare Repräsentanz von Ländern und Mehrheiten gewährleistet, während die Rolle von Minderheiten und bürgerschaftlicher Basis außerhalb des EVTZ-Radius liegt. Dennoch bedeutet dieser Rahmen, dass in wichtigen Bereichen zumindest auf Regierungsebene regelmäßig Abstimmungen getroffen werden und eine planvolle und vielfach zielführende Steuerung von Bildung, Forschung und anderen Themen in Angriff genommen wird.

6. Grenzen des Euregio-Einvernehmens

Während also der EVTZ einen ersten ausbaufähigen Rahmen bot, wuchsen aber auch neue Barrieren. So traf die Euregio-Annäherung vor allem in den Bereichen Verkehr und Wirtschaftspolitik an harte Grenzen. In diesen Feldern zeigten sich die unterschiedlichen nationalen und regionalen Interessen in aller Klarheit und waren vielfach stärker als die Zugkraft und die *soft skills* der weiterhin oft aufgerufenen „geistig-kulturellen Landeseinheit". In der Verkehrspolitik traf das in Italien, vor allem auf Seite der Frächterschaft und ihrer politischen Repräsentanten, klar markierte Interesse an einem freien, von Einschränkungen unbehinderten Warenverkehr in Österreich auf Widerstand, der sich in vielen Formen äußerte[37]. Nördlich des Benners galt zwar gleichfalls das Prinzip des freien Warenverkehrs, zumal seit dem Beitritt Österreichs zur EG, aber die starke Belastung wurde dort intensiver wahrgenommen und durch dynamische Bürgerinitiativen aufgegriffen, wie etwa das Transitforum Tirol mit seinem Obmann Fritz Gurgiser. An der Frage freien oder ökologisch verträglichen Transits traten die Gegensätze bereits um das Jahr 2000 rasch hervor.

36 Vgl. Woelk, Ein Jahrzehnt regionale Kooperation 212–216.

37 Vgl. Gehler, Tirol im 20. Jahrhundert 444 ff.

Die wechselseitige Abgrenzung brach immer wieder auf und ließ wenig Spielraum für Illusionen. Die Interessen zwischen Nord und Süd traten allzu oft auseinander und gingen in so unterschiedliche Richtung, dass auch Konflikte fallweise unvermeidbar waren.

- **Verkehrspolitik**: In der sensiblen Frage der Verkehrsbelastung entlang der Brennerachse wurden die nördlich des Brenners durchgesetzten, maßvollen Auflagen gegen den Straßen-Güterverkehr im Süden keineswegs von vergleichbaren Maßnahmen flankiert[38]. Die im Norden angestrebten LKW-Kontingentierungen, die Mauterhöhung und das Nachtfahrverbot blieben von der Staatsgrenze abwärts bis Verona fernab jeder Realisierung. Auch wenn die Tiroler Verkehrspolitik aufgrund der österreichischen Neutralität und „Blockfreiheit" sich bis 1995 der Freizügigkeitspflicht der EU entzog, wurden wichtige Maßnahmen den Anpassungs- und Homologierungspflichten der EU vertraglich entzogen. In Südtirol hingegen setzte man weiterhin auf das Prinzip der freien Fahrt, die auf der Brennerautobahn A 22 nur durch das Überholverbot für LKW's (ab 1997) und Tempo 110 km/h gedämpft wurde, das Tempolimit war aber – da polizeilich kaum kontrolliert – ein Papiertiger.
- Auch die **wirtschaftliche Kooperation** zeigte nur begrenzte Ansätze[39], da der gegenseitige Wettbewerb der Länder die Zusammenarbeit bei weitem überwog. Keine Rede war davon, dass sich der Tourismus in Tirol und Südtirol zu einer gemeinsamen Marke verband, die Tirol-Werbung und die Südtirol-Marketing-Gesellschaft SMG (ab 2015: IDM) blieben scharfe Konkurrenten beim Kampf um Gäste. Stattdessen übte Österreichs Senkung der Unternehmenssteuern durch die Regierung Schüssel erheblichen Sog auf die Ansiedlung italienischer Unternehmen im Norden. Dies kam letztlich aber auch Südtiroler Unternehmen zugute, die sich um das Jahr 2000 zur Niederlassung vor allem in Osttirol mit gutem Arbeitskräfteangebot und günstigem, behördlich wenig reglementiertem Gewerbebauland bereitfanden. Das Brixner Phototechnik-Unternehmen Durst verlegte als einer der wichtigsten Vorreiter sein

38 Vgl. Werth, Raum – Region – Tirol 225 ff.

39 Vgl. ebd. 220 ff.

Forschungszentrum 1999 nach Lienz, auch andere Unternehmen wie der Süßwaren-Produzent Loacker (Ritten) oder der Aufstiegsanlagen-Hersteller Leitner (Sterzing) zogen später mit Sitzen in Gries am Brenner und Telfs nach.

- Die Grenzen der Euregio-Rhetorik bewiesen sich ab 2000 immer wieder in einem Schlüsselbereich von Wirtschaft und Landesidentität – **in der Landwirtschaft**. So bemühten sich Tirols Bauern immer wieder, die nördlich des Brenners und östlich von Winnebach stark sinkenden Milchpreise durch Absatz in Südtirol aufzufangen. Wenn aber Tiroler Bauern versuchten, ihre Milchkontingente in das preislich weit begünstigtere Südtirol mit dessen höheren Erlösen zu liefern, so endeten die Versuche meist allzu schnell. Nur der Milchhof Sterzing war dazu bereit, Wipptaler Bauern als Lieferanten zu akzeptieren, während die große Milkon (Hauptsitz Bozen) einen weit gehenden Importstopp verhängte.

7. Perspektiven des Ausbaus, Bewährungsproben und künftige Chancen

Weit ernsthafter, aber auch Erfolg versprechender war der Einsatz, der von Südtirol aus, abgestimmt mit dem Bundesland Tirol, der Republik Österreich anlässlich der Anfang 2000 verhängten „Sanktionen" zuging[40]. Bekanntlich stellte die EU nach dem Regierungsantritt des schwarz-blauen Kabinetts von Bundeskanzler Schüssel im Februar 2000 Österreich gewissermaßen unter politische Quarantäne.

Hier war es nun der Einsatz von Südtirols EU-Parlamentarier Michl Ebner, gemeinsam mit Landeshauptmann Durnwalder und römischen Abgeordneten, die innerhalb der nationalen und europäischen Volksparteien die Stimmung deutlich zugunsten Österreichs drehten. Der öffentliche Dank von Kanzler Schüssel an die Freunde „Luis", „Michl" und „Siggi" blieb nicht aus, zumal deren Einsatz ein Exempel dafür war, dass sich über die regionale Ebene bei zielbewusstem Manövrieren erheblicher Einfluss bis nach Brüssel entfalten ließ.

40 Vgl. Gehler, Tirol im 20. Jahrhundert 441 f.

Dennoch blieb die Ebene informeller Zusammenarbeit in der ERT, zumal im Rahmen der alle zwei Jahre stattfindenden „Dreierlandtage" von beschränkter Wirkung. Die von der italienischen Rechten und Zentralisten in Wien und Rom befürchtete „ethnoregionale Schlagseite" eines *pantirolismo* blieb auf diesen weitgehend „zahnlosen" Gremien aus[41], wenn etwa auf den Dreierlandtagen in Meran (2005), Innsbruck (2007) oder Mezzocorona (2009) gemeinsame Entschließungen im Eiltempo dutzendweise verabschiedet wurden. Die Beschlüsse waren zwar oft gehaltvoll und von guten Absichten begleitet, ihre Umsetzung ließ aber zu wünschen übrig, sodass solchen „Elefantenhochzeiten" vor allem atmosphärische und kommunikative Wirkung zukam.

Die Entwicklung der Europa-Region erweist so immer wieder die gewohnten Schwankungen zwischen Symbolpolitik, tagesaktueller Instrumentalisierung und wirkungsvollen Auftritten als Plattform der Bilateralisierung zwischen Österreich und Italien.

Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Wechsel der Landesspitzen, wo in Tirol die Kontinuität von Landeshauptmann Günther Platter (seit 2008) anhält, während in Südtirol der neue Landeschef Arno Kompatscher (ab 2014) die euregionale Ebene im Vergleich zu seinem Vorgänger mit größerer Entschiedenheit und strategischen Perspektiven bespielt. Die Trientiner Präsenz blieb konstant engagiert, da das Interesse an euregionaler Verankerung Gegenhalt gegen Zentralisierungstendenzen in Italien bot.

Dass die Euregio eine gewichtige Stimme auf europäischer und bilateraler Ebene spielen konnte, zeigte sich anlässlich der ab Herbst 2015 einsetzenden Flüchtlingskrise, die die Beziehungen zwischen Italien und Österreich in spürbarem Maß belastete[42].

Da aus Italien zunehmend starke Flüchtlingsbewegungen über den Brenner ausgriffen und im Winter 2015/16 die Aufnahmekapazitäten der Republik und des Bundeslands Tirol stark in Anspruch nahmen, wurde ab Mitte Februar 2016 von Seite der Wiener Regierung die Schließung des Brennergrenze ins Auge gefasst[43]. Ein solcher Schritt aber hätte nicht nur die durch

41 Vgl. Werth, Raum – Region – Tirol 239–243.

42 Aus zahllosen Zeitungsberichten hier nur: Ulrich Ladurner, Endet hier Europa?, in: Die Zeit (6.4.2016) 3.

43 Andrea Nicastro, Austria, una barriera al Brennero, in: Corriere della Sera (12.4.2016) 8.

Schengen ermöglichte Grenzöffnung in Frage gestellt, sondern auch die Trennung von Tirol und Südtirol (samt Trentino) neu akzentuiert.

Der politische Widerstand der Landeshauptleute von Trient und Bozen gegen die Brenner-Schließung wurde auf römischer Ebene erfolgreich vorgetragen und Innenminister Angelino Alfano reagierte mit verschärfter Polizeikontrolle, die eine Grenzschließung obsolet machte[44]. Die Mittler- und Überzeugungsleistung von Kompatscher–Rossi gegenüber Wien, Rom und Innsbruck erwies sich als wirkungsvoller Hebel und erfuhr europaweit Aufmerksamkeit[45].

Das hier knapp vorgetragene Beispiel erweist schlaglichtartig die Potenziale der Europaregion Tirol, die im Mehrebenen-System von Regionen, Staaten und auf europäischer Ebene eine wichtige Form der *Governance* einleiten könnte.

Hierzu bedarf es aber neben institutioneller Grundlagen wie der allseits wachsenden EVTZ vor allem konstanter Abstimmung zwischen den Regionen, Kenntnis und entschiedener Nutzung rechtlicher Möglichkeiten und bester, ständig gepflegter Kontakte und Verhandlungsplattformen. Vonnöten ist vor allem aber ein Zielbewusstsein, das fallweise zwar durchaus vorhanden ist, aber immer wieder abhanden zu kommen droht.

Die Verankerung der Euregio unter Bürgerinnen und Bürgern ist konstant prekär, sodass der g*overnance* von oben keine annähernd spürbare *bottom-up* Bewegung entspricht. Chancen und Probleme der Euregio entsprechen in vieler Hinsicht denen Europas, sodass sie über die unmittelbaren Vorteile hinaus für die Länder als Lernfeld unverzichtbar bleibt.

---

44 Kompatscher macht Druck auf Rom, in: Dolomiten (20.4.2016) 15.

45 Luigi Ruggera, „Al Brennero non costruiremo alcun muro", in: Corriere dell'Alto Adige (14.5.2016) 3.

Quellenverzeichnis

Archive

Archivio Centrale dello Stato (Rom)
Archivio dell'Università Cattolica del Sacro Cuore (Mailand)
Archiv der Sozialen Fortschrittspartei, Südtiroler Landesarchiv (Bozen)
Archivio generale della Presidenza del consiglio dei ministri (Rom)
Archivio Sonnino di Montespertoli (Montespertoli)
Archivio Storico-diplomatico del Ministero degli Affari Esteri e della Cooperazione Internazionale (Rom)
Biblioteca E. Ragionieri (Sesto Fiorentino)
Bruno Kreisky Archiv (Wien)
Fondazione Istituto Gramsci (Rom)
Österreichische Nationalbibliothek (Wien)
Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik (Wien)
Parlamentsarchiv (Wien)
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin)
Historical Archives of the European Parliament (Luxemburg)
Istituto Luigi Sturzo (Rom)
Karl von Vogelsang Institut (Wien)
National Archives and Record Administration (Washington, D.C.)
Archiv der Bundespolizeidirektion Wien, Schober-Archiv (Wien)
Ufficio storico dello Stato maggiore dell'esercito (Rom)

Gedruckte Quellen

Atti parlamentari, Camera dei Deputati
Atti parlamentari, Senato della Repubblica
Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich (ADÖ)
Documents Diplomatiques Français (DDF)
Documents on German Foreign Policy 1918–1945
Foreign Relations of the United States (FRUS)
I documenti diplomatici italiani (DDI)
Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich
Stenographische Protokolle der Ersten Republik
Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates
Stenographische Protokolle, Österreichisches Parlament
Stenographische Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates

Literaturverzeichnis

Elena Aga-Rossi, Viktor Zaslavsky, *Togliatti e Stalin. Il PCI e la politica estera staliniana negli archivi di Mosca* (Bologna 2007).

Aldo Agosti, *Palmiro Togliatti. A Biography* (New York 2003).

Aldo Agosti, *Storia del Partito comunista italiano 1921–1991* (Roma–Bari 1999).

Adriano Alberti, *L'importanza dell'azione militare italiana. Le cause militari di Caporetto*, hrsg. von Andrea Ungari (Roma 2004)

Luigi Albertini, *Epistolario 1911–1926*, 4 Bde., hrsg. von Ottavio Barié (Milano 1968).

Luigi Albertini, *Le origini della guerra del 1914*, 3 Bde. (Milano 1942–1943).

Luigi Albertini, *Venti anni di vita politica*, 5 Bde. (Bologna 1950–1953).

René Albrecht-Carrié, *Italy at the Paris Peace Conference* (New York 1938).

Thomas Albrich, Klaus Eisterer, Rolf Steininger (Hgg.), *Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938* (Innsbruck 1988).

Antony Evelyn Alcock, *The history of the South Tyrol question* (London 1970).

Helmut Alexander (Hg.), *Sigismund Waitz. Seelsorger, Theologe und Kirchenfürst* (Innsbruck et al. 2010).

Helmut Alexander, Stefan Lechner, Adolf Leidlmair (Hgg.), *Heimatlos. Die Umsiedlung der Südtiroler* (Wien 1993).

Baron Aloisi, *Journal (25 Juillet 1932–14 Juin 1936)* (Paris 1957).

Thomas Albrich, Klaus Eisterer, Rolf Steininger (Hgg.), *Tirol und der Anschluß* (Innsbruck 1988).

Paolo Altari, *Nitti, D'Annunzio e la questione adriatica (1919–1920)* (Milano 1959).

Giovanni Amendola, *Carteggio*, 5 vol., hrsg. von Elio D'Auria (Roma–Bari, dann Manduria, 1986–2006) III.

Giulio Andreotti, *De Gasperi visto da vicino* (Milano 1986).

Giulio Andreotti, *Diari 1976–1979. Gli anni della solidarietà* (Milano 1981).

Giulio Andreotti, *Volti del mio tempo. Personaggi della storia, della politica, della Chiesa* (Cinisello Balsamo 2000).

Filippo Anfuso, *Roma Berlino Salò* (Milano 1950).

Quinto Antonelli, *Ricordare la Grande Guerra. Riflessioni all'alba del centenario*, in: Studi trentini. Storia 93/1 (2014).

Quinto Antonelli, Diego Leoni (Hgg.), *Se non c'è Amore che Storia è? Nuovi materiali di lavoro per Fabrizio Rasera* (Rovereto 2008).

Angelo Ara (Hg.), *Fra Austria e Italia. Dalle Cinque Giornate alla questione alto-atesina* (Udine 1987).

Angelo Ara, *Fra nazione e impero. Trieste, gli Asburgo, la Mitteleuropa* (Milano 2009).

Angelo Ara, *L'Alto Adige come problema della politica interna ed estera fascista*, in: Clio 3 (1973).
Angelo Ara, *Ricerche sugli austro-italiani e l'ultima Austria* (Roma 1974).
Angelo Ara, Claudio Magris, *Triest. Eine literarische Hauptstadt in Mitteleuropa* (München 1987).
John Ashley et al. (Hg.), *The Major International Treaties of the Twentieth Century. A History and Guide with Texts* (London 2001).
Autonome Provinz Bozen (Hg.), *Südtirol Handbuch* (Bozen 2007).
Autonomie Provinz Bozen – Südtirol Landesinstitut für Statistik (Hgg.), *Südtiroler Sprachbarometer. Sprachgebrauch und Sprachidentität in Südtirol* (= ASTAT Schriftenreihe 211, Bozen 2015)
Hermann Atz, *Die Grünen Südtirols. Profil und Wählerbasis* (Innsbruck–Wien–Bozen 2007).
Fausto Bacchetti, *Attraverso mezzo secolo. Memorie di un testimone dalla politica italiana alla diplomazia internazionale* (Bologna 1988).
Pietro Badoglio, *Rivelazione su Fiume* (Roma 1946).
Renato Ballardini, *I guizzi di un pesciolino … rosso. Ricordi di vita e di politica* (Trento 2007).
Pier Luigi Ballini (Hg.), *La politica estera dei Toscani. Ministri degli Esteri nel Novecento* (Firenze 2012).
Pier Luigi Ballini (hrgs.), *Sidney Sonnino e il suo tempo* (Firenze 2000).
Pier Luigi Ballini, Antonio Varsori, *L'Italia e l'Europa 1947–1979* (Roma–Soveria Mannelli 2004).
Jacopo Banchi, *Dal socialismo al corporativismo di Stato*, in: Gioventù Italica 4 (1934).
Francesco Barbagallo, *Enrico Berlinguer* (Roma 2006).
Gino Barbieri, *Crisi economica*, in: Vita e Pensiero 4 (1934).
Ottavio Barié, Luigi Albertini, *Il "Corriere della Sera" e la "politica delle nazionalità" (1917–1919)*, in: Storia e Politica, 8/1 (1969).
Mario Barone, Ennio Di Nolfo (Hgg.) *Giulio Andreotti. L'uomo, il cattolico, lo statista* (Soveria Mannelli 2010).
Carlo Battisti (Hg.), *L'Alto Adige nel passato e nel presente* (Istituto di studi per l'Alto Adige, Firenze 1963).
Carlo Battisti, *L'Italia e l'Alto Adige. Dall'Accordo italo-austriaco del 1946 alla nota austriaca del 1956; esperienze d'un decennio* (Firenze 1956).
Cesare Battisti, *Una campagna autonomistica. Il partito socialista e l'autonomia del Trentino (1895–1901). Note storiche e riassunti di discorsi* (Trento 1901).
Otto Bauer, *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie* (Wien 1907).
Otto Bauer, *Die Österreichische Revolution*, in: *Werkausgabe*, Bd. 2 (Wien 1976).

Bernhard H. Bayerlein (Hg.), *George Dimitroff. Tagebücher 1933–1943* (Berlin 2000).

Ruth Beckermann (Hg.), *Die Mazzesinsel. Juden in der Wiener Leopoldstadt 1918–1938* (Wien 1992).

Reiner Bendel et al. (Hg.), *Kirche und Gruppenbildungsprozesse deutscher Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa* (Berlin 2015).

Mario Bendiscioli, *La vita interiore di Ignazio Seipel Cancelliere d'Austria* (Brescia 1935).

Francesco Benvenuti (Hg.), *Da Gramsci a Berlinguer. La via italiana al socialismo attraverso i congressi del Partito comunista italiano,* Bd. 3, *1956–1964* (Roma 1985).

Sergio Benvenuti, *La diocesi di Bressanone e la „questione nazionale" dell'Alto Adige nella politica del governo fascista*, in: Studi trentini di scienze storiche 56 (1977).

Klaus Berchtold (Hg.), *Österreichische Parteiprogramme 1868–1966* (München 1967).

Josef Berghold, *Italien-Austria. Von der Erbfeindschaft zur europäischen Öffnung* (Wien 1997).

Josef Berghold, *Vicini lontani. I rapporti tra Italia e Austria nel secondo dopoguerra* (Trento 2003).

Alcide Berloffa, *Gli anni del Pacchetto* (Bolzano–Bozen 2004).

Giovanni Bernardini (Hg.), *L'Accordo De Gasperi-Gruber. Una storia internazionale* (Trento 2016).

Giovanni Bernardini, Günther Pallaver (Hgg.), *Dialogo vince violenza. La questione del Trentino Alto Adige/Südtirol nel contesto internazionale* (Bologna 2015).

Giovanni Bernardini, Günther Pallaver (Hgg.), *Dialogue against violence. The question of Trentino-South Tyrol in the international context* (= Annali dell'Istituto Storico Italo-Germanico in Trento Contributi 32, Bologna, Berlin 2017).

Gianfranco Betta, *Il movimento cattolico trentino fra '800 e '900. Organizzazione e ideologia*, in: Materiali di lavoro 9–10 (1980).

Giuseppe Bettiol, *La riforma della costituzione austriaca in un recente studio di Ignazio Seipel*, in: Vita e Pensiero 4 (1930).

Dieter A. Binder, Heinrich Schuschnigg, *„Sofort vernichten". Die vertraulichen Briefe Kurt und Vera von Schuschniggs 1938–1945* (Wien 1997).

Günter Bischof, Anton Pelinka, Michael Gehler, *Austria in the European Union* (New Brunswick 2002).

Maria Bocci, *Oltre lo Stato liberale. Ipotesi su politica e società nel dibattito cattolico tra fascismo e democrazia* (Roma 1999).

Maria Bocci (Hg.), *Storia dell'Università Cattolica del Sacro Cuore*, Bd. VI, *Agostino Gemelli e il suo tempo*, (Milano 2009).
Lucia Bonfreschi, Giovanni Orsina, Antonio Varsori (Hgg.), *European Parties and the European Integration Process, 1945–1992* (Bruxelles 2015).
Francesco Bonini, *La politica d'influenza dell'Italia nell'area danubiana e la questione delle «terre liberate e redente»*, in: *Camera dei deputati, Commissione parlamentare d'inchiesta sulle terre liberate e redente (luglio 1920–giugno 1922).* Bd. I, *Saggi e strumenti di analis*i (Roma 1991)
Włodzimierz Borodziej, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert* (München 2010).
John W. Boyer, *Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power 1897–1918* (Chicago IL 1995).
John W. Boyer, *Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf. Eine Biografie* (Wien–Köln–Weimar 2010)
John W. Boyer, *Political Radicalism in late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897* (Chicago IL 1981).
Frédéric Bozo, Marie-Pierre Rey, N. Piers Ludlow, Leopoldo Nuti (Hgg.), *Europe and the End of the Cold War: A Reappraisal* (London 2008).
Julius Braunthal, *The Tragedy of Austria* (London 1948).
Julius Braunthal, *La tragedia dell'Austria* (Firenze 1955).
Paolo Brera, *E l'Austria bussa alla porta*, in: Rinascita 25 (1. Juli 1989).
Elisabetta Brighi, *Foreign Policy, Domestic Politics and International Relations. The Case of Italy* (New York 2013).
Emil Brix, Thomas Fröschl, Josef Leidenfrost (Hgg.), *Geschichte zwischen Freiheit und Ordnung. Gerald Stourzh zum 60. Geburtstag* (Graz 1991).
Alessandro Brogi, *Il Trattato di Rapallo del 1920 e la politica danubiano-balcanica di Carlo Sforza*, in: Storia delle relazioni internazionali 1 (1989).
Gordon Brook-Shepherd, *Zita die letzte Kaiserin. Biographie* (Augsburg 1996).
Angelo Brucculeri, *Corporativismo fascista*, in: Gioventù Italica 1 (1934).
Angelo Brucculeri, *Dal corporativismo dei cristiano-sociali al corporativismo integrale fascista*, in: La Civiltà Cattolica I (1934).
Angelo Brucculeri, *La corporazione*, in: L'Assistente Ecclesiastico 3 (1934).
Angelo Brucculeri, *Pio XI e l'ordinamento corporativo*, in: Gioventù Italica 7 (1934).
Erwin Brunner, *Die deutschsprachige Presse in Südtirol von 1918–1945* (Dissertation, Wien 1979).
Giordano Bruno Guerri, *Giuseppe Bottai. Fascista* (Milano 1996).
Giordano Bruno Guerri (Hg.), *Giuseppe Bottai. Diario 1935–1944* (Milano 1982).
Massimo Bucarelli, *Mussolini e la Jugoslavia (1922–1939)* (Gorgonzola 2006)
Massimo Bucarelli, *Mussolini, la questione adriatica e il fallimento dell'interventismo democratico*, in: Nuova Rivista Storica 95/1 (2011).

Massimo Bucarelli, Luciano Monzali (Hgg.), *Italia e Slovenia fra passato, presente e futuro* (Roma 2009).

Bundesministerium für Unterricht (Hg.), *Österreichische Zeitgeschichte im Geschichtsunterricht* (Wien 1961).

Bundesministerium für Vertriebene (Hg.), *Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei* (Bonn 1957).

Bureau D'Editions (Hg.), *Il IV Congresso del Partito comunista d'Italia (Aprile 1931). Tesi e risoluzioni* (Paris 1931).

Paul Buton, *Le Parti, la guerre et la revolution 1939–1940*, in: Communisme 32–34 (1993) 41–67.

Francesco Caccamo, *Il Montenegro negli anni della prima guerra mondiale* (Roma 2008).

Francesco Caccamo, *Il sostegno italiano all'indipendentismo croato*, in: Nuova Storia Contemporanea 7/6 (2004).

Francesco Caccamo, *L'Italia e la "Nuova Europa". Il confronto sull'Europa orientale alla conferenza di pace di Parigi (1919–1920)* (Milano 2000).

Giulia Caccamo, *L'occupazione italiana della Carinzia*, in: Italia contemporanea 60 (2009).

Andrea Cagiati, *I sentieri della vita. Ricordi di un diplomatico* (Roma 1990).

Andrea Cagiati, *Scritti di politica estera 1944–1991*, 3 Bde. (Firenze 1991–1993).

Renato Cajoli, *Alto Adige addio!*, Edizioni del Borghese (Milano 1967).

Renato Cajoli, *The Alto Adige question* (Bologna 1960).

Vincenzo Calì, *Patrioti senza Patria. I democratici trentini fra otto e novecento* (Trento 2003).

Alfredo Canavero, Angelo Moioli (Hgg.), *De Gasperi e il Trentino tra la fine dell'800 e il primo dopoguerra* (Trento 1985).

Alfredo Canavero, Paolo Pombeni, Giovanni Battista Re, Giorgio Vecchio, *Alcide De Gasperi. Dal Trentino all'esilio in patria (1881–1943)*, vol. I (Soveria Mannelli 2009).

Sandro Canestrini, *Plädoyer. Allgemeiner Teil*, in: *Der Mailänder Prozeß. Plädoyers der Verteidigung* (Wien–Frankfurt–Zürich 1969).

Ester Capuzzo, *Alla periferia dell'Impero: terre italiane degli Asburgo tra storia e storiografia (XVIII–XX secolo)* (ESI, Napoli 2009).

Ester Capuzzo, *Dal nesso asburgico alla sovranità italiana. Legislazione e amministrazione a Trento e Trieste (1918–1928)* (Milano 1992).

Ester Capuzzo, *Salata tra guerra e dopoguerra in Francesco Salata e le Nuove Provincie* (Trieste 2011).

Ester Capuzzo, *Un commis d'Etat tra guerra e dopoguerra. Francesco Salata nelle carte di Agostino d'Adamo*, in: Clio 2 (1995).

Giampiero Carocci, *La politica estera dell'Italia fascista (1925–1928)* (Bari 1969).

Vittorio Carrara et al., *A proposito di studi trentini e di "grandi narrazioni"*, in: Studi trentini. Storia 90/2 (2011).
F.L. Carsten, *Die Erste Österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen* (Wien 1988).
Marina Cattaruzza, *L'Italia e il confine orientale 1866–2006* (Bologna 2007).
Marina Cattaruzza, *L'Italia e la questione adriatica. Dibattiti parlamentari e panorama internazionale (1918–1926)* (Bologna 2014).
Marina Cattaruzza (Hg.), *La nazione in rosso. Socialismo, Comunismo e „Questione nazionale" 1889–1953* (Soveria Mannelli 2005).
Alfredo M. Cavagna, *Il Vangelo dell'Assistente*, in: L'Assistente Ecclesiastico 10 (1934).
Pia G. Celozzi Baldelli (Hg.), *La politica estera italiana negli anni della Grande Distensione (1968–1975)* (Roma 2009).
Giovanni Cerchia (Hg.) *La famiglia Amendola. Una scelta di vita per l'Italia* (Torino 2011).
Horst Christoph, *Feuernächte und Folterknechte*, in: profil 20 (2011).
Galeazzo Ciano, *Diario 1937-1943*, hrsg. von Renzo De Felice (Milano 1990).
Siglinde Clementi, Jens Woelk (Hg.),*1992: Ende eines Streits. Zehn Jahre Streitbeilegung im Südtirolkonflikt zwischen Italien und Österreich* (Baden-Baden 2003).
Pietro Coffano, *Recensioni*, in: Studium 12 (1936).
Simona Colarizi, Marco Gervasoni, *La tela di Penelope. Storia della seconda Repubblica, 1989–2011* (Roma–Bari 2012).
Enzo Collotti (in Zusammenarbeit mit Nicola Labanca und Teodoro Sala), *Fascismo e politica di potenza. Politica estera 1922–1939* (Firenze 2000).
Enzo Collotti, *Il fascismo e la questione austriaca*, in: Il movimento di liberazione in Italia 81 (1965).
Enrico Conci, *Ricordi di un deputato trentino al tramonto dell'Impero (1896–1918)*, hrsg. von. Mirko Saltori (Trient 2013).
Eckart Conze, Gustavo Corni, Paolo Pombeni (Hgg.), *Alcide De Gasperi: un percorso europeo,* (= Annalen des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 65, Bologna 2005).
Mark Cornwall, *The Undermining of Austria-Hungary. The Battle for Hearts and Minds* (London–New York 2000).
Maria Corona Corrias (Hg.), *Forschung zu Ehren von Mariella Serra* (Napoli 2007).
Umberto Corsini, *Alcide Degasperi e i tedeschi dell'Alto Adige*, in: Clio 29/1 (1993).
Umberto Corsini, *Il colloquio Degasperi–Sonnino. I cattolici trentini e la questione nazionale* (Trento 1975).
Umberto Corsini, Rudolf Lill, *Alto Adige 1918–1946* (Bolzano 1988).

Umberto Corsini, Rudolf Lill, *Südtirol 1918–1946* (Bozen 1988).
Umberto Corsini (Hg.), *Problemi di un territorio di confine. Trentino e Alto Adige dalla sovranità austriaca all'accordo Degasperi–Gruber* (Trento 1994).
Stéphane Courtois, Marc Lazar, *Histoire du Parti Comuniste Français* (Paris 1995).
Alberto Cova, Claudio Besana (Hg.), *Amintore Fanfani. Formazione culturale, identità e responsabilità politica* (Milano 2014).
Piero Craveri, *De Gasperi* (Bologna 2006).
Piero Craveri, *La Repubblica dal 1958 al 1992* (Torino 1995).
Silvio Crespi, *Alla difesa d'Italia in guerra e a Versailles (Diario 1917–1919)* (Milano 1938).
Pasquale Cuomo, *Il miraggio danubiano. Austria e Italia politica ed economia 1918–1936* (Milano 2012).
Federico Curato, *Le relazioni italo-austriache alla conferenza della pace*, in: Storia e Politica 12/3 (1973).
Federico Curato, *La conferenza della pace 1919–1920*, vol. II (Milano 1942).
Nicoletta Dacrema (Hg.), *Felix Austria Italia infelix? Tre secoli di relazioni culturali italo-austriache* (Roma 2004).
Jorge Dagnino, *Faith and Fascism. Catholic Intellectuals in Italy 1925–1943* (London 2017).
Diego D'Amelio, Andrea Di Michele, Giorgio Mezzalira (Hgg.), *La difesa dell'italianità. L'Ufficio per le zone di confine a Bolzano, Trento e Trieste 1945–1954* (Bologna 2015).
Fulvio D'Amoja, *Declino e prima crisi dell'Europa di Versailles. Studio sulla diplomazia italiana ed europea (1931–1933)* (Milano 1967).
Eberhard Daum, Francesca Deluca, Giancarlo Riccio (Hgg.), *Gemeinsam für die Autonomie. 17 Jahre Autonomie Fraktion im Senat,*. (Bozen 2018).
Enrico Decleva, *Arnoldo Mondadori* (Milano 1988).
Renzo De Felice, *Mussolini il duce I. Gli anni del consenso (1929-1936)* (Torino 2007).
Alcide De Gasperi, *I tempi e gli uomini che prepararono la "Rerum Novarum"*, Vorwort von Giulio Andreotti, (Milano 1984).
Alcide De Gasperi, *I cattolici trentini sotto l'Austria. Antologia degli scritti dal 1902 al 1915 con i discorsi al Parlamento austriaco*, vol. I (Rom 1964).
Alcide De Gasperi, *I tempi e gli uomini che prepararono la "Rerum Novarum"* (Milano 1984).
Alcide De Gasperi, *Scritti di politica internazionale 1933–1938*, 2 Bde. (Città del Vaticano 1981).

Alcide De Gasperi, *Scritti e discorsi politici*: *Alcide De Gasperi nel Trentino asburgico*, 2 Bde., hrsg. von Elena Tonezzer, Mariapia Bigaran, Maddalena Guiotto (Bologna 2006–2007).

Alcide De Gasperi, *Scritti e discorsi politici*: *Alcide De Gasperi dal Partito popolare italiano all'esilio interno 1919–1942*, 3 Bde., hrsg. von Mariapia Bigaran–Maurizio Cau (Bologna 2007)

Giorgio Delle Donne (Hg.), *Ricerca e didattica della storia locale in Alto Adige*, in: Società di Studi Trentini di Scienze Storiche (Trento 1996).

Gianni De Michelis, *La lunga ombra di Yalta. La specificità della politica italiana* (Venezia 2003).

Gianni De Michelis, *Così cercammo di impedire la guerra*, in: Limes 1 (1994).

Gianni De Michelis, Francesco Kostner, *La lezione della storia. Sul futuro dell'Italia e le prospettive dell'Europa* (Venezia 2013).

Giuseppe De Mori, *Tempo di dittature (da Hitler a Dollfuss)*, in: Gioventù Italica 8 (1934).

Domenico De Napoli, *Altoatesini e Sudtirolesi. Una convivenza difficile (1945–1946)* (= Collana di Saggi Storici 9, Roma 1996).

Gabriele De Rosa (Hg.), *I tempi della Rerum Novarum* (Soveria Mannelli 2003).

Iosephus Di Meglio, *De novissimo Austriae regimine* (Città del Vaticano 1936).

Andrea Di Michele, *Storia dell'Italia repubblicana 1948–2008* (Milano 2008).

Carlo Di Nola, *Italia e Austria dall'armistizio di Villa Giusti (Novembre 1918) all'Anschluss (Marzo 1938)* (Milano et al. 1960).

Ennio Di Nolfo, *I rapporti austro-italiani dall'avvento del fascismo all'Anschluss*, in: Storia e politica 1-2 (1974).

Loreto Di Nucci, *Lo Stato-partito del fascismo. Genesi, evoluzione e crisi 1919–1943* (Bologna 2009).

Michael Dippelreiter–Christian Prosl (Hgg.), *Österreich 1934 – das Spiel mit dem Feuer. Versuch einer differenzierten Betrachtung. Ergebnisse des 19. Wiener Kulturkongresses vom 4./5. November 2014* (Klagenfurt–Celovec 2015).

Marco Di Ruzza, *L'Austria e l'Alto Adige. La "Funzione di Tutela" austriaca verso il Sudtirolo nei rapporti diplomatici Roma-Vienna* (Soveria Mannelli 2009).

Marco Di Ruzza, Francesco Sordini, Lorenzo Trapassi, *Il diritto delle minoranza nella nuova Europa. I principi del Trattato di Lisbona ed i loro riflessi sul modello dell'autonomia altoatesina* (Soveria Mannelli 2010).

Nikolas Dörr, *Die rote Gefahr. Der italienische Eurokommunismus als sicherheitspolitische Herausforderung für die USA und Westdeutschland 1969–1979* (Köln 2017).

Nikolas Dörr, *Emanzipation und Transformation. Rückblick auf den Eurokommunismus*, in: Osteuropa 63 nr. 5/6 (2013).

Lucile Dreidemy, *Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen* (Wien 2014).

Kenneth Dyson, Kevin Featherstone, *The Road to Maastricht. Negotiating Economic and Monetary Union* (Oxford New York 1999).

Eduard Egarter Vigl, *Ötzis Leibarzt* (Bozen 2017).

Alexander von Egen, *Die Südtirol-Frage vor den Vereinten Nationen* (Bruxelles 1997).

Martin Eichtinger, Helmut Wohnout, *Alois Mock: ein Politiker schreibt Geschichte* (Wien–Graz–Klagenfurt 2008)

Klaus Eisterer, *Französische Besatzungspolitik. Tirol und Voralberg 1945/46* (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 9, Innsbruck 1991).

Gertrude Enderle-Burcel (Hg.), *Protokolle des Ministerrats der Ersten Republik, Abteilung IX: Kabinett Schuschnigg* (Wien 1988–2013), Bd. 2.

Gertrude Enderle-Burcel, Michaela Follner, *Diener vieler Herren: Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945* (Wien 1997).

Gertrude Enderle-Burcel, Hanns Haas, Peter Mähner (Hgg.), *Der Österreichische Staatsrat. Die Protokolle des Vollzugsausschusses, des Österreichischen Staatsrates und der geschäftsführenden Staatsratsdirektion 21. Okt. 1918 bis 14. März 1919,* Bd. 1 (Wien 2008).

Celestino Endrici (1866-1940), *Vescovo di Trento* (Trient 1992).

Friedrich Engel-Janosi, Österreich und der Vatikan 1846–1918, Bd. 2, *Die Pontifikate Pius' X und Benedikts XV. (1903–1918)* (Graz et al. 1960).

Roger Engelmann et al. (Hg.), *Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen* (Göttingen 2008).

Felix Ermacora (Hg.), *Geheimbericht der Südtiroler Delegation zur Pariser Konferenz 1946* (Wien–München 1987).

Jörg Ernesti, *Benedikt XV. Papst zwischen den Fronten* (Freiburg i. Br. et al. 2016).

Anna Esposito, Diego Quaglioni (Hgg.) *Processi contro gli ebrei di Trento (1475–1478),* Bd. I: *I processi del 1475*, (Padua 1990).

Erich Eyck, *Storia della repubblica di Weimar 1918–1933* (Torino 1966).

Manuel Fasser (Hg.), *Ein Tirol – zwei Welten. Das politische Erbe der Südtiroler Feuernacht vom 1961* (Innsbruck 2009).

Erich Feigl, *Zita Kaserin und Königin* (Wien–München 1991).

Ulrike Felber (Hg.), *Auch schon eine Vergangenheit. Gefängnistagebuch und Korrespondenzen von Bruno Kreisky* (Wien 2009).

Josef Feldner, *Österreich in die EU. Der falsche Weg nach Europa* (Graz 1994).

Giampaolo Ferraioli, *Politica e diplomazia in Italia tra XIX e XX secolo. Vita di Antonino di San Giuliano 1852–1914* (Soveria Mannelli 2007).

Giuseppe Ferrandi, Gustav Pallaver (Hgg.), *Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert*, Bd. 1 (= Pubblicazioni del Museo Storico in Trento, Trient 2007).

Luigi Vittorio Ferraris, *Manuale della politica estera italiana 1947–1993* (Roma 1996).
Paolo Ferrari, *In cammino verso Occidente. Berlinguer, il PCI e la comunità europea negli anni '70* (Bologna 2007).
Ernst Fischer, *Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955* (Wien–München –Zürich 1973).
Ernst Fischer, *Der österreichische Volks-Charakter* (London 1944).
Gianni Flamini, *Brennero Connection. Alle radici del terrorismo italiano* (Roma 2003).
Silvio Flor (Hg.), *Akten und Dokumente des PCI zur Südtirolpolitik ab 1930* [gebundene Dokumentensammlung ohne Datum].
Josef Fontana, Hans Mayr, *Sepp Kerschbaumer. Eine Biographie* (Bozen 2000).
Guido Formigoni, *Storia d'Italia nella Guerra Fredda (1943–1978)* (Bologna 2016).
Arnaldo Forlani, *Potere discreto. Cinquant'anni con la Democrazia cristiana* (Venezia 2009).
Andreas Fraydenegg-Monzello, *Volksstaat und Ständeordnung. Die Wirtschaftspolitik der steirischen Heimwehr 1927–1933* (Wien 2015).
Christoph Franceschini, *Geheimsache Kerbler,* in: profil 50 (1991).
Christoph Franceschini, *„Molden hat sehr viel Geld hineingesteckt"*, in: profil 47 (1991).
Giuseppe Franco, *Economia senza etica? Il contributo di Wilhelm Röpke all'etica dell'economia e al pensiero sociale cristiano* (Soveria Mannelli 2016).
Massimo Franco, *Andreotti. La vita di un uomo politico, la storia di un'epoca* (Milano 2010).
Claudia Fräss-Ehrfeld, *Geschichte Kärntens 1918–1920. Abwehrkampf – Volksabstimmung – Identitätssuche* (Klagenfurt 2000).
Fratelli Bocca Editori (Hg.), *Il diritto dell'Italia su Trieste e l'Istria* (Torino 1915).
Alessandro Frigerio, *Budapest 1956. La macchina del fango. La stampa del PCI e la rivoluzione ungherese. Un caso esemplare di disinformazione* (Torino 2016).
Felice Froio, *Il PCI nell'anno dell'Ungheria* (Roma 1980).
Friedrich Funder, *Das weiß-blau-goldne Band. „Norica": Fünfzig Jahre Wiener katholischen deutschen Farbstudententums* (Innsbruck et al. 1933).
Friedrich Funder, *Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik* (Wien 1952).
Silvio Furlani, Adam Wandruszka, *Austria e Italia. Storia a due voci* (Bologna 1974).
Silvio Furlani, Adam Wandruszka, *Österreich und Italien. Ein bilaterales Geschichtsbuch* (Wien–München 1973).
Alessio Gagliardi, *Il corporativismo fascista* (Roma–Bari 2010).

Roberto Gaja, *In margine ai più recenti sviluppi in Alto Adige*, in: Rivista di studi politici internazionali, in: LIV 4 (1988).
Severino Galante, *Il Partito comunista italiano e l'integrazione europea. Il decennio del rifiuto 1947–1957* (Padova 1988).
Marco Galeazzi, *Togliatti e Tito. Tra identità nazionale e internazionalismo* (Roma 2005).
Bortolo Galletto, *Vita di Dollfuss* (Roma 1935).
Hartmann Gallmetzer, *Meine Heimat Südtirol – mein Vaterland Italien. Ein Gespräch mit Romano Viola* (Bozen 1999).
Maria Garbari, Andrea Leonardi (Hgg.), *L'età contemporanea 1803–1918* (=Storia del Trentino, vol. V), (Bologna 2003).
Winfried R. Garscha, Christine Schindler (Hgg.), *Arbeiterbewegung und nationale Identität* (Wien 1994).
Philipp Gassert, Tim Geiger, Hermann Wentker (Hgg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive* (München 2011).
Claus Gatterer, *Aufsätze und Reden*, hrsg. von Michael-Gaismair-Gesellschaft (Bozen 1991).
Claus Gatterer, *Der Freund stand links. Italienische Beiträge zur Diskussion um Südtirol*, in: FORVM 101:IX (1962).
Claus Gatterer, *Erbfeindschaft Italien-Österreich* (Wien et al. 1972).
Claus Gatterer, *Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien* (Wien et al. 1968).
Joachim Gatterer, *Die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung in Tirol und Südtirol 1890–1991. Vorarbeiten und Quellensammlung für eine Dokumentation ihrer Geschichte* (Innsbruck 2017).
Joachim Gatterer, *„Männer des Friedens in die Gemeinden!" Wie Kommunisten aus Italien und Österreich 1952 damit begannen, in Südtirol eine „demokratische Massenbewegung" aufzubauen*, in: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft 3:20 (2013).
Joachim Gatterer, *„Rote milben im gefieder". Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol* (Innsbruck–Wien–Bozen 2009).
Joachim Gatterer, Friedrich Stepanek, *Internationalismus und Region: Über die schwierige Einordnung antifaschistischer Spanienkämpfer in regionale Erinnerungsdiskurse am Beispiel Tirol und Südtirol*, in: Geschichte und Region/Storia e regione 1:25 (2016)
Richard S. Geehr, *Karl Lueger: Mayor of Fin de Siècle Vienna* (Detroit MI 1990).
Michael Gehler (Hg.), *1945–1947: Gescheiterte Selbstbestimmung. Die Südtirolfrage, das Gruber-De Gasperi-Abkommen und seine Aufnahme in den italienischen*

Friedensvertrag. Akten zur Südtirol-Politik 1945–1958, Bd. 1 (Innsbruck et al. 2011).

Michael Gehler (Hg.), *1947: Keine Einigung mit Trient – Sondierungen zwischen Bozen, Rom und Wien. Akten zur Südtirol-Politik 1945–1958*, Bd. 2 (Innsbruck et al. 2016).

Michael Gehler, *Eduard Reut-Nicolussi und die Südtirolfrage 1918–1958. Streiter für die Freiheit und die Einheit Tirols*, Teil 1, *Biographie und Darstellung*; Teil 2, *Dokumentenedition vorwiegend aus dem Nachlass* (= Schlern Schriften 333/2, Innsbruck 2007).

Michael Gehler, *Ideen – Institutionen – Vereinigung – Zusammenhalt* (Reinbek 2018).

Michael Gehler, *Im Spannungsfeld zwischen Region, Nation und Europa. Alcide De Gasperi, Südtirol, das Trentino und Österreich (1945–1954)*, in: Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento/Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient XXX (2004).

Michael Gehler, *Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts*, 2 Bde. (Innsbruck–Wien–Bozen 2005).

Michael Gehler, *Österreichs Weg in die Europäische Union* (Innsbruck 2009).

Michael Gehler, *Tirol im 20. Jahrhundert. Vom Kronland zur Europaregion* (Innsbruck–Wien 2008).

Michael Gehler (Hg.), *Verspielte Selbstbestimmung. Die Südtirolfrage 1945/46 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten. Eine Dokumentation* (=Schlern-Schriften 302, Innsbruck 1996).

Michael Gehler (Hg.), *Vom Marshall-Plan bis zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart* (Innsbruck et al. 2006).

Michael Gehler, *Zur Kulturkommission des SS-„Ahnenerbes" in Südtirol 1940–43 und Geschichte des „Tolomei-Archivs"* 1943–45. *Entgegnungen zu Franz Huters „Feststellungen"*, in: Geschichte und Gegenwart 11/3 (1992).

Michael Gehler, Maddalena Guiotto (Hgg.), *Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart* (Wien–Köln–Weimar 2012).

Michael Gehler, Rene Ortner (Hgg.), *Von Sarajewo zum 11. September. Einzelattentate und Massenterrorismus*, (Innsbruck 2007)

Michael Gehler, Günther Pallaver (Hgg.), *Universität und Nationalismus. Innsbruck 1904 und der Sturm auf die italienische Rechtsfakultät* (Trient 2013).

Michael Gehler, Andreas Pudlat (Hgg.), *Grenzen in Europa* (= Historische Europa-Studien 2., Hildesheim et al. 2009).

Michael Gehler, Rolf Steininger (Hgg.), *Österreich und die europäische Integration 1945–1993* (Wien et al. 1993).

Josef Gelmi, *Fürstbischof Johannes Geisler (1882–1952). Eines der dramatischsten Kapitel der Südtiroler Geschichte* (Brixen 2003).

Josef Gelmi, *Warum hat Geisler 1940 für Deutschland optiert?* in: der Schlern 63 (1989).

Josef Gelmi, *Geschichte der Kirche in Tirol. Nord-, Ost- und Südtirol* (Innsbruck et al. 2001).

Josef Gelmi, *Fürstbischof Johannes Geisler (1882–1952). Eines der dramatischesten Kapitel der Südtiroler Geschichte* (Brixen-Bressanone 2003).

Agostino Gemelli, *Capitalismo e corporativismo. A proposito della istituzione delle corporazioni di categoria*, in: Rivista Internazionale di Scienze Sociali e Discipline Ausiliarie 6 (1933).

Paolo Gheda, Federico Robbe, *Andreotti e l'Italia di confine. Lotta politica e nazionalizzazione delle masse (1947–1954)* (Milano 2015).

Faustino Gianani, *Monsignor Ignazio Seipel*, in: L'Assistente Ecclesiastico 12 (1937).

Andrea Giardina (Hgg.), *Storia mondiale dell'Italia* (Bari 2017).

Callisto Giavazzi, *Il Convegno di Studi sindacali e corporativi di Ferrara*, in: Studium 2 (1933).

Callisto Giavazzi, *Alcuni problemi di economia e diritto corporativo*, in: Studium 4 (1933).

Giovanni Giolitti, *Al governo, in Parlamento, nel carteggio*, vol III, *Il carteggio*, T. II (1906-1928), hrsg. von Aldo Alessandro Mola und Aldo Giovanni Ricci (Foggia 2010).

Alessandro Gionfrida, *Missioni e addetti militari italiani in Polonia (1919–1923). Le fonti archivistiche dell'Ufficio Storico* (Roma 1996).

Giancarlo Giordano, *Il Patto a Quattro nella politica estera di Mussolini* (Roma 1976).

Giancarlo Giordano, *Storia diplomatica del Patto a Quattro* (Milano 2000).

Lucio Giudiceandrea, *Spaesati. Italiani in Südtirol* (Bozen 2007).

Giovanni Giuriati, *Con D'Annunzio e Millo in difesa dell'Adriatico* (Firenze 1934).

Walter Goldinger, Dieter A. Binder, *Geschichte der Republik Österreich 1918–1938* (Wien–München 1992)

Walter Goldinger (Hg.), *Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932–1934* (Wien 1980).

Silvio Golzio, *Il concetto di ordine morale nella vita economica contemporanea*, in: Studium 1 (1933).

Guido Gonella, *Verso la 2° Guerra mondiale. Cronache politiche. «Acta diurna» 1933-1940*, hrsg. von Francesco Malgeri (Roma–Bari 1979).

Ernst Joseph Görlich, *Handbuch des Österreichers* (Wien 1949).
José Gotovitch, Pascal Delwit, Jean-Michel De Waele, *L'Europe des communistes* (Bruxelles 1992).
Andreas Gottsmann, *Die Gleichschaltung der Jugendorganisationen im autoritären Regime der Jahre 1934–1938*, in: Römische Historische Mitteilungen 62 (2020).
Maximilian Graf, *Frühstart des „Eurokommunismus"? Das Experiment der KPÖ und die Konferenzen westeuropäischer KPs im Kontext der europäischen Reformkommunismen der Sechzigerjahre*, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2017).
Maximilian Graf, *Österreich und die Deutsche Frage 1945–1990* (Wien 2016).
Maximilian Graf, *The Rise and Fall of "Austro-Eurocommunism". On the "Crisis" within the KPÖ and the Significance of East German Influence in the 1960s*, in: Journal of European Integration History 20 (2014).
Maximilian Graf, Sarah Knoll (Hgg.), *Franz Marek. Beruf und Berufung Kommunist. Lebenserinnerungen und Schlüsseltexte* (Wien 2017).
Casimira Grandi (Hg.), *Tirolo – Alto Adige – Trentino 1918-1920* (Trento 1996).
Dino Grandi, *La politica estera dell'Italia dal 1929 al 1932* (Roma 1985).
Dino Grandi, *Il mio paese: ricordi autobiografici* (Bologna 1985).
Tamara Griesser-Pečar, *Zita. Die Wahrheit über Europas letzte Kaiserin* (Bergisch Gladbach 1992).
Renato Grispo, *Il Patto a Quattro – la questione austriaca – il fronte di Stresa,* in: *La politica estera italiana dal 1914 al 1943* (Torino 1963).
Roman Gröger, *Der Ständestaat: Odo Neustädter-Stürmer – Leben und Ideologie* (Horn 2017).
Alfons Gruber, *Südtirol unter dem Faschismus* (= Schriftenreihe des Südtiroler Kulturinstituts 1, Bozen 1978).
Karl Gruber, *Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich* (Berlin 1953).
Karl Gruber, *Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen* (Wien 1976).
Luciano Gruppi (Hg.), *Togliatti. Opere, IV* (Roma 1986).
Franz Gschnitzer, *Der Geist Tolomeis. Vierzig Jahre italienische Politik in Südtirol* (Innsbruck 1960).
Roberto Gualtieri (Hg.), *Il PCI nell'Italia repubblicana* (Roma 2001).
Roberto Gualtieri, Carlo Spagnolo, Ermanno Taviani (Hgg.), *Togliatti nel suo tempo* (Roma 2007).
Roberto Gualtieri, *Togliatti e la politica estera italiana. Dalla Resistenza al trattato di pace 1943–1947* (Roma 1995).

Ulrike Guérot, *Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie* (Bonn 2016)

Maddalena Guiotto, *Alcide De Gasperi e la Grande guerra: i profughi austro-italiani*, in: Quaderni degasperiani per la storia dell'Italia contemporanea 6 (2016).

Maddalena Guiotto, Helmut Wohnout (Hgg.), *Italien und Österreich im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit* (Wien 2018).

Hans Haas, *Le relazioni italo-austriache dall'armistizio di Villa Giusti al trattato di Saint Germain*, in: Storia e Politica, 12/3 (1973).

Christian Hacke, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder* (Berlin 2003).

Edgard Haider, *Wien 1918. Agonie der Kaiserstadt* (Wien et al. 2017).

Max Haller (Hg.), *Identität und Nationalstolz der Österreicher* (Wien 1996).

Dirk Hänisch, *Die österreichischen NSDAP-Wähler: Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils* (Wien 1998).

Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert* (Wien 1994).

Hans Hautmann, *Militärprozesse gegen Abgeordnete des österreichischen Parlaments im Ersten Weltkrieg*, in: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft 2:21 (2014).

Geoffrey A. Haywood, *Failure of a Dream. Sidney Sonnino and the Rise and Fall of Liberal Italy (1847–1922)* (Firenze 1999).

Walter Heinrich, *Die Staats- und Wirtschaftsauffassung des Faschismus* (Berlin ^{3}1932).

Hans Heiss, *Identität und Wissenschaft an der Grenze: Landes- und Regionalgeschichte in Tirol und Südtirol*, in: "Blätter für deutsche Landesgeschichte" 147 (2011).

Hans Heiss, *Regionale Zeitgeschichten. Zur Differenzierung der zeithistorischen Forschung Tirols und Südtirols seit 1986*, in: Geschichte und Region/Storia e regione 5 (1996) 1–2.

Hans Heiss, Thomas Götz, *Am Rand der Revolution. Tirol 1848/49* (Wien–Bozen 1998).

Hans Heiss, Gustav Pfeifer (Hgg.), *Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946* (=Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 10, Innsbruck et al. 2000).

Michael Hemza, *Von Deutsch-Westungarn zum Burgenland* (Diplomarbeit, Wien 2018).

Dietrich von Hildebrand, *Die Stellung des Menschen zu Beruf und Arbeit im Sinne der Enzyklika „Rerum Novarum"*, in: *Il XL anniversario della enciclica 'Rerum novarum'. Scritti commemorativi pubblicati a cura della Università Cattolica del*

Sacro Cuore, con il contributo della Unione Cattolica per le scienze sociali (Milano 1931).
Dietrich von Hildebrand, *Dollfuss "miles Christi"*, in: Vita e Pensiero 9 (1934).
Dietrich von Hildebrand, *La professione primaria*, in: Studium 6–7 (1934).
Dietrich von Hildebrand, *Lo spirito del nazionalsocialismo*, in: Studium 11 (1935).
Alexander Höbel (Hg.), *Il PCI e il 1956. Scritti e documenti dal XX Congresso del Pcus ai fatti d'Ungheria* (Napoli 2006).
Lothar Höbelt, *Die Erste Republik Österreich (1918–1938). Das Provisorium* (Wien 2018).
Lothar Höbelt, *Die Heimwehren 1927–1929: Die Steiermark und der Bund*, in: Zeitschrift des historischen Vereins für Steiermark 104 (2013).
Lothar Höbelt, *Die Heimwehren und die österreichische Politik 1927–1936: vom politischen „Kettenhund" zum „Austro-Faschismus"?* (Graz 2016).
Lothar Höbelt, Johannes Klawoda, Jiri Malir (Hgg.), *Die Tagebücher des Grafen Egbert Belcredi 1850–1894* (Wien 2016).
Lothar Höbelt, *„Stehen oder fallen?" Österreichische Politik im Ersten Weltkrieg* (Wien 2015).
Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts* (München 1998).
Eric Hobsbawm et al. (Hgg.), *Storia del Marxismo*, 5 Bde. (Torino 1978–1982).
Erin R. Hochman, *Ein Volk, ein Reich, eine Republik: Großdeutsch Nationalism and Democratic Politics in the Weimar and First Austrian Republics*, in: German History 32 (2014).
Rainer Hofmann, Horst Schreiber (Hgg.), *Sozialdemokratie in Tirol. Die Anfänge* (Krailing 2003).
Anton Hopfgartner, *Kurt Schuschnigg. Ein Mann gegen Hitler* (Graz 1989).
Robert Hornsby, *Protest, Reform and Repression in Khrushchev's Soviet Union* (Cambridge 2013).
C. F. Hrauda, *Die Sprache des Österreichers* (Salzburg 1949).
Karel Hruza (Hg.), *Österreichische Historiker 1900–1945*, Bd. 2 (Wien 2012).
Rainer Hubert, *Schober. „Arbeitermörder" und „Hort der Republik"* (Wien 1990).
Peter Huemer, *Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich* (Wien 1975).
Waldemar Hummer, *Österreichs Integration in Europa 1948-1989. Von der OEEC zur EG* (Wien 1990).
Franz Huter (Hg.), *Südtirol. Eine Frage des europäischen Gewissens, Verlag für Geschichte und Politik* (Wien 1965).
Walter Iber, *Sotto il fascino del politico sacerdote. Il partito cristiano-sociale nella prima Repubblica austriaca*, in: Römische Historische Mitteilungen 52 (2010).

Federico Imperato, *Aldo Moro e la pace nella sicurezza. La politica estera del centro-sinistra 1963-68* (Bari 2011).

Fred Israel (Hg.), *Major Peace Treaties of Modern History, 1648–1967*, Bd. 3 (New York 1967).

Hans Jablonka, *Waitz – Bischof unter Kaiser und Hitler* (Wien 1971).

Gotthard Jaspar, *Le direttive politico-religiose del "Centro" germanico* (1871-1928) in: Rivista Internazionale di Scienze Sociali e Discipline Ausiliarie 8 (1928).

Gotthard Jaspar, *Le direttive politico-religiose del "Centro" germanico* (1871-1928) in: Rivista Internazionale di Scienze Sociali e Discipline Ausiliarie 8 (1928).

Gotthard Jaspar, *Le direttive politico-religiose del "Centro" germanico* (1871-1928) in: Rivista Internazionale di Scienze Sociali e Discipline Ausiliarie 11-12 (1928).

Gotthard Jaspar, *Un maestro del corporativismo cristiano: René de la Tour du Pin*, in: Rivista Internazionale di Scienze Sociali e Discipline Ausiliarie 1 (1928).

Ludwig Jedlicka, *Austria e Italia dal 1922 al 1938*, in: Storia e politica 1–2 (1974).

Ludwig Jedlicka, *Ende und Anfang Österreich 1918/19. Wien und die Bundesländer* (Salzburg 1969).

Pieter M. Judson, *Habsburg. Geschichte eines Imperiums 1740–1918* (München 2017).

Patrick Karlsen, *Frontiera rossa. Il Pci, il confine orientale e il contesto internazionale 1941–1955* (Gorizia 2010).

Stefan Karner (Hg.), *Die umkämpfte Republik. Österreich 1918–1938* (Innsbruck et al. 2017).

Stefan Karner et al. (Hgg.), *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968* (Köln et al. 2008).

Peter Katzenstein, *Disjoined Partners* (Berkeley 1976).

Lajos Kerekes, *Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr* (Wien 1966).

Lajos Kerekes, *Von St. Germain nach Genf: Österreich und seine Nachbarn 1918–1922*, übersetzt von Johanna Till (Wien 1979)

Ian Kershaw, *Hitler 1889–1936* (Bompiani 1998).

D. Kip, *In memoria di Egilberto Dollfuss*, in: Gioventù Italica 9 (1935).

Alfred Klahr, *Zur österreichischen Nation* (Wien 1994).

Detlef Kleinert, Wilibald Pahr, *Willibald Pahr: Außenminister unter Kreisky. Analysen zum Zeitgeschehen* (Wien 2010).

Fritz Klenner, *Eine Renaissance Mitteleuropas: Die Nationswerdung Österreichs* (Wien 1978).

Rupert Klieber, *Die moralische und politische Schützenhilfe des Hl. Stuhles für den ‚Staatsumbau' Österreich 1933/34 im Lichte vatikanischer Quellenbestände*, in. Römische Historische Mitteilungen 54 (2012).

Eva Klotz, *Georg Klotz. Freiheitskämpfer für die Einheit Tirols* (Wien 2002).

Robert Knight, *„Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen"* (Frankfurt 1988).

Robert Knight (Hg.), *Ethnicity, Nationalism and the European Cold War* (London–New York 2012).

Reinhold Knoll, *Zur Tradition der christlichsozialen Partei. Ihre Früh- und Entwicklungsgeschichte bis zu den Reichsratswahlen 1907* (Wien et al. 1973).

Franz König, *La situazione spirituale della gioventù in Austria*, in: Studium 6 (1936).

Helmut Konrad (Hg.), *Arbeiterbewegung und Nationale Frage in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie* (Wien–Zürich 1993).

Helmut Konrad (Hg.), *Sozialdemokratie und „Anschluß". Historische Wurzeln, Anschluß 1918 und 1938, Nachwirkungen. Eine Tagung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien, 1. März 1978* (Wien 1978).

Elisabeth Kovács, *Papst Benedikt XV. und die Restaurationsbemühungen des Kaisers und Königs Karl von Österreich*, in: Archivum Historiae Pontificiae 27 (1989)

KPÖ (Hg.), *Der Weg Österreichs zum Sozialismus. Programmatische Leitsätze, beschlossen von einer Konferenz der Kommunistischen Partei Österreichs am 19. und 20. Februar 1958* (Wien 1958).

Hans-Christof Kraus, *Versailles und die Folgen. Außenpolitik zwischen Revisionismus und Verständigung 1919–1933* (Berlin 2013).

Karl Kraus, *Die letzten Tage der Menschheit. Tragödie in fünf Akten mit Vorspiel und Epilog* (Frankfurt 1986).

Bruno Kreisky, *Aspekte des demokratischen Sozialismus* (München 1974).

Bruno Kreisky, *Die Zeit in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik*, hrsg. von Manuel Lucbert (Wien et al.1978).

Bruno Kreisky, *Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil*, hrsg. von Oliver Rathkolb, Johannes Kunz, Margit Schmidt (Wien 1996).

Bruno Kreisky, *Im Strom der Politik. Erfahrungen eines Europäers* (Berlin 1988).

Bruno Kreisky, *Reden*, Bd. II. (Wien 1981).

Bruno Kreisky, *Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten* (Berlin 1986).

Felix Kreissler, *Der Österreicher und seine Nation* (Wien 1984).

Robert Kriechbaumer, *Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983* (Wien–Köln–Weimar 2006).

Jutta Kustatscher (Hg.), *Tunnelblick, der Brennerbasistunnel. Fakten – Argumente – Meinungen* (Innsbruck et al. 2008).

Miroslav Kunstat, Jaroslav Sebek, Hildegard Schmoller (Hgg.), *Krise, Krieg und Neuanfang. Österreich und die Tschechoslowakei in den Jahren 1933–1948* (Berlin 2017).

Erika Kustatscher, *„Berufstand" oder „Stand"? Ein politischer Schlüsselbegriff im Österreich der Zwischenkriegszeit* (Wien 2016).

Herbert Lackner, *Als die Masten fielen*, profil 8 (1999).

Gottfried Ladner, *Seipel als Überwinder der Staatskrise vom Sommer 1922. Zur Geschichte der Entstehung der Genfer Protokolle* (Wien 1964).

Arianne Landuyt (Hg.), *Idee d'Europa e integrazione europea* (Bologna 2004).

Alexander Langer, *Rezension al libro di Mario Toscano*, in: der Schlern 43(1969) 4.

Luca Lecis, *Dal "total control" all'indipendenza. L'Austria nel contesto della guerra fredda* (Perugia 2016).

Francesco Lefebvre d'Ovidio, *La questione austro-tedesca e la crisi della politica estera italiana (luglio 1934-luglio 1936)*, in: Storia delle relazioni internazionali 2 (2003).

Francesco Lefebvre d'Ovidio, *L'intesa italo-francese del 1935 nella politica estera di Mussolini* (Roma 1984).

Francesco Lefebvre d'Ovidio, *L'Italia e il sistema internazionale. Dalla formazione del governo Mussolini alla grande depressione (1922-1929)* (Roma 2016).

Melvyn P. Leffler, Odd Arne Westad (Hgg.), *The Cambridge History of The Cold War*, Bd. III. *Endings* (Cambridge 2010).

Wladimir I. Lenin, *Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen*, in: Wladimir I. Lenin, *Werke*. Bd. 22 (Berlin 1960).

Andrea Leonardi, *Prime esperienze associative dei lavoratori cattolici trentini tra Ottocento e Novecento*, in: Studi trentini di scienze storiche I/58 (1979)

Andrea Leonardi, *Wirtschaftskrise und genossenschaftliche Organisation im südlichen Tirol gegen Ende des 19. Jahrhunderts*, in: Geschichte und Region/Storia e regione 2 (1993).

Guido Levi and Daniela Preda (Hgg.), *Euroscepticisms. Resistance and Opposition to the European Community/European Union* (Bologna 2017).

Rudolf Lill (Hg.), *Die Option der Südtiroler* (=Südtiroler Kulturinstitut: Schriftenreihe des Südtiroler Kulturinstitutes 16, Bozen 1991).

Rudolf Lill, *Südtirol in der Zeit des Nationalismus* (Konstanz 2002).

Irmtraut Lindeck-Pozza, *I rapporti austro-italiani dal trattato di St. Germain all'avvento al potere del fascismo*, in: Storia e Politica 13/1-2 (1974).

Werner Link, Carlo Masala und Ralf Roloff (Hgg.), *Kölner Arbeiten zur Internationalen Politik*, Bd. VII, (Vierow bei Greifswald 1997).

Massimiliano Livi, *Neotribalismus als Metapher und Modell. Konzeptionelle Überlegungen zur Analyse emotionaler und ästhetischer Vergemeinschaftung in posttraditionalen Gesellschaften*, in: Archiv für Sozialgeschichte 57 (2017).

Vittorio Lojacono, *Alto Adige Südtirol. Dal pangermanesimo al terrorismo* (Milano 1968).

Erminio Lora (Hg.), *Enchiridion dei Concordati. Due secoli di storia dei rapporti Chiesa-Stato* (Bologna 2003).

Alfred D. Low, *The Anschluss Movement 1918-1919 and the Paris Peace Conference* (Philadelphia 1974).

Raimund Löw, *Der Zerfall der „Kleinen Internationale". Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreich (1889–1914)* (Wien 1984).

Salvatore Lupo, *Il fascismo. La politica in un regime totalitario* (Roma 2000).

Stefano Lusa, *Italia–Slovenia 1990/1994* (Pirano 2001).

Bruno Luverà, *Oltre il confine. Euregio e conflitto etnico: tra regionalismo europeo e nuovi nazionalismi in Trentino Alto Adige* (Bologna 1996).

Radomir Luza, *The Resistance in Austria, 1938–1945* (Minneapolis 1984).

Sebastian Maass, *Dritter Weg und wahrer Staat. Othmar Spann – Ideengeber der Konservativen Revolution* (Kiel 2010).

Emanuele Macaluso, *Comunisti e riformisti. Togliatti e la via italiana al socialismo* (Roma 2013).

Edwin Machunze, *Vom Rechtlosen zum Gleichberechtigten: Die Flüchtlings- und Vertriebenenfrage im Wiener Parlament*, 4 Bände (Salzburg 1974–1978).

Wolfgang Maderthaner, Michaela Maier (Hgg.), *„Der Führer bin ich selbst". Engelbert Dollfuß-Benito Mussolini Briefwechsel* (Wien 2004).

Mauro Maggiorani, *L'Europa degli altri. Comunisti italiani e integrazione europea (1957–1969)* (Roma 1998).

Claudio Magris, *Der habsburgische Mythos in der österreichischen Literatur* (Salzburg 1966).

Claudio Magris, *Donau. Biographie eines Flusses* (München 1988).

Olindo Malagodi, *Conversazioni della guerra 1914–1919*, 2 voll., hrsg. von Brunello Vigezzi (Milano–Napoli 1960).

Stefan Malfèr, *Studenti italiani a Vienna, Graz e Innsbruck. 1848–1918*, in: Il Politico 3 (1985)

Stefan Malfèr, *Wien und Rom nach dem ersten Weltkrieg. Österreichisch-italienische Beziehungen 1919–1923* (Wien 1978).

Francesco Malgeri, *Chiesa, cattolici e democrazia. Da Sturzo a De Gasperi* (Brescia 1990).

Hans-Christian Maner, Sorin Radu (Hgg.), *Parliamentarism and Political Structures in East-Central and Southeastern Europe during the Interwar Period* (= Studia Universitatis Cibiniensis, Series Historica 9, Sibiu 2012).

Paul Mantoux, *Les délibérations du Conseil des Quatre (24 mars – 28 juin 1919). Notes de l'officier interprète Paul Mantoux*, 2 Bde (Paris 1955).

Franz Marek, *Socialismo sovietico e rivoluzione mondiale in Stalin*, in: Annali, Istituto Giangiacomo Feltrinelli, Storia del marxismo contemporaneo (Milano 1973).

Michel Margairaz, Danielle Tartakowsky, *Le Front populaire* (Paris 2009).

Joseph Marko (Hg.), *Die Verfassung der Südtiroler Autonomie. Die Sonderrechtsordnung der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol* (Baden-Baden 2005).

Giorgio Marsico, *Il problema dell'Anschluss austro-tedesco 1918–1922* (Milano 1979).

Karl Marx, Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: Karl Marx, Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 4 (Berlin 1972).

Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 13 (Berlin 1971).

Giorgio Marsico, *Il problema dell'Anschluss austro-tedesco 1918–1922* (Milano 1983).

Michele Marzana, *La controstoria neoborbonica: il racconto di un altro Risorgimento*, in: Novecento.org, 6 (luglio 2016).

Albert Massiczek (Hg.), *Die österreichische Nation* (Wien 1967).

Hans Maurer, *Il Cancelliere Dollfuss, Übersetzung aus dem Deutschen herausgegeben von Fra' Benedetto Apuzzo* (Milano 1935).

Hans Maurer, *Kanzler Dollfuß* (Wien 1934).

Brigitte Mazohl-Wallnig, Marco Meriggi (Hrgs.), *Österreichisches Italien – italienisches Österreich? Interkulturelle Gemeinsamkeiten und nationale Differenzen vom 18. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkrieges* (Wien 1999).

Finbarr McLoughlin, *Der Republikanische Schutzbund und gewalttätige Auseinandersetzungen in Österreich 1923 bis 1934* (Wien 1990).

Josef Meisel, *Die Mauer im Kopf. Erinnerungen eines ausgeschlossenen Kommunisten 1945–1970* (Wien 1986).

Guido Melis, *La macchina imperfetta. Immagine e realtà dello Stato fascista* (Bologna 2018).

Robert Menasse, *Der europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas oder warum die geschenkte Demokratie einer erkämpften weichen muss* (Wien 2012).

Maria Mesner, Robert Kriechbaumer, Michaela Maier, Helmut Wohnout (Hgg.), *Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Österreich-Ungarn* (Wien et al. 2014).

Johannes Messner, *Die soziale Frage der Gegenwart, Zweite und Dritte unveränderte Auflage* (Wien 1934), in: Rivista Internazionale di Scienze Sociali 2 (1935).

Johannes Messner, *Dollfuss* (Innsbruck–Wien–München 1935).

Reinhold Messner (Hg.), *Die Option. 1939 stimmten 86 % der Südtiroler für das Aufgeben ihrer Heimat. Warum? Ein Lehrstück in Zeitgeschichte* (München–Zürich 1989).

Jean Meyer, *Historia de los cristianos en América Latina. Siglos XIX y XX* (Barcelona 1999).

Lucian O. Meysels, *Victor Adler. Die Biographie* (Wien 1997).

Giorgio Mezzalira, Fabrizio Miori, Giovanni Perez, Carlo Romeo (Hg.), *Dalla liberazione alla ricostruzione. Alto Adige/Südtirol (1945–1948)* (Bozen 2013).

Luca Micheletta, *Italia e Gran Bretagna nel primo dopoguerra*, 2 Bde. (Roma 1999).

Luca Micheletta, *La dichiarazione dell'uguaglianza di diritti alla Germania dell'11 dicembre 1932*, in: Storia Contemporanea 5 (1995).

Luca Micheletta, Andrea Ungari (Hgg.), *The Libyan War (1911–1912)* (Newcastle upon Tyne 2013).

Anna Millo, *La difficile intesa. Roma e Trieste nella questione giuliana 1945–1954* (Trieste 2011).

Pierre Milza, *Mussolini* (Roma 2000).

Alfred Missong, *25 Thesen zur österreichischen Nation*, in: Österreichische Monatshefte 11 (1948).

Alessandro A. Mola (Hg.), *Mussolini a pieni voti? Da Facta al duce. Inediti sulla crisi del 1922* (Torino 2012).

Fritz Molden, *Vielgeprüftes Österreich. Meine politischen Erinnerungen* (Wien 2007).

Herlinde Molling, *So planten wir die Feuernacht. Protokolle, Skizzen und Strategiepapiere aus dem BAS-Archiv* (Bozen 2011).

Hans. Mommsen (Hg.), *Arbeiterbewegung und Nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze* (Göttingen 1979).

Domenico Mondrone, *Trionfi di fede nel congresso cattolico di Vienna*, in: La Civiltà Cattolica IV (1933).

Indro Montanelli, Mario Cervi, *Storia d'Italia. Vol. XVIII, L'Italia dei due Governi 1955–1965* (Milano 2011).

Renato Monteleone, *La politica dei fuoriusciti irredenti nella Guerra Mondiale* (Udine 1972).

Raffaele Monti, *Andreotti* (Roma 1977).

Alberto Monticone, *L'Italia e la neutralità italiana, 1914–1915* (Bologna 1971).

Luciano Monzali, *"Cancellare secolari fraintendimenti". Appunti e documenti sulle relazioni fra l'Italia liberale e la Prima Repubblica Austriaca*, in: RHM 60 (2018).

Luciano Monzali, *Giulio Andreotti e le relazioni italo-austriache 1972–1992* (Meran 2015).

Luciano Monzali, *Gli Italiani di Dalmazia e le relazioni italo-jugoslave nel Novecento* (Venezia 2005).

Luciano Monzali, *Italiani di Dalmazia. Dal Risorgimento alla Grande Guerra* (Firenze 2004).
Luciano Monzali, *La politica estera italiana nel primo dopoguerra 1918–1922. Sfide e problemi*, in: Italia contemporanea 256–257 (2009).
Luciano Monzali (Hg.), *Luigi Albertini, I giorni di un liberale. Diari 1907–1925* (Bologna 2000).
Luciano Monzali, *Mario Toscano e la politica estera italiana nell'era atomica*, Le Lettere (Firenze 2011).
Luciano Monzali, *Sidney Sonnino e la politica estera italiana dal 1878 al 1914*, in: Clio 35/3 (1999).
Michael Morass, Günther Pallaver (Hgg.), *Österreich-Italien. Was Nachbarn voneinander wissen sollten* (Wien 1992).
Renato Moro, *La formazione della classe dirigente cattolica (1929-1937)* (Bologna 1979).
Renato Moro, Daniele Mezzana (Hgg.), *Aldo Moro. Una vita, un Paese. Aldo Moro e l'Italia del Novecento* (Rom 2014).
Rodolfo Mosca, *L'Austria e la politica estera italiana dal trattato di St. Germain all'avvento del fascismo al potere (1919–1922)*, in: Storia e Politica 13/1-2 (1974).
Ruggero Moscati, *De Gasperi nel Parlamento austriaco*, in: La nuova Antologia 111 (1976).
Bernhard Moser, *Die Katholisch Akademische Studentenverbindung Norica in Wien 1883–1938. Versuch einer Strukturanalyse, Dissertation Universität Wien* (Wien 1983).
Birgit Mosser-Schuöcker, *Gerhard Jelinek, Herz Jesu Feuernacht. Südtirol 1961: Die Anschläge – die Folterungen–die Prozesse – die Rolle Österreichs* (Innsbruck 2011).
Yannik Mück, *Österreich zwischen Mussolini und Hitler – der Weg zum Juliabkommen 1936* (Bonn 2015).
Wolfgang Mueller, *A Good Example of Peaceful Coexistence? The Soviet Union, Austria, and Neutrality, 1955–1991* (Wien 2011).
Wolfgang Mueller, *Die Teilung Österreichs als politische Option für KPÖ und UdSSR 1948*, in: Zeitgeschichte 1 (2005).
Wolfgang Mueller (Hg.), *Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven* (Wien 2005).
Wolfgang Mueller, *The USSR and the Fate of Austrian Communism 1944-1956*, in Qualestoria 1 (2017).
Wolfgang Mueller, Michael Portmann (Hgg.), *Osteuropa vom Weltkrieg zur Wende* (Wien 2007).
Manfred Mugrauer (Hg.), *Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei*, (Wien 2009).

Franz Muhri, *Kein Ende der Geschichte* (Wien 1995).
William Mulligan, Dominik Geppert, Andreas Rose, *The Wars before the War* (Cambridge 2015).
Benito Mussolini, *Il Trentino. Veduto da un socialista* (Firenze 1911).
Benito Mussolini, *Scritti e discorsi*, vol. II, *La Rivoluzione Fascista (23 marzo 1919–28 ottobre 1922)* (Palermo 1934).
Otto Naderer, *„Ausrückender Stand 16.728!" Der Republikanische Schutzbund und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg* (Salzburg 2003).
Jürgen Nautz (Hg.), *Unterhändler des Vertrauens. Aus den nachgelassenen Schriften von Sektionschef Dr. Richard Schüller* (Wien 1990).
Rudolf Neck, *Il trattato di Saint-Germain*, in: Storia e Politica 12/3 (1973).
Paolo Nello, *Dino Grandi* (Bologna 2003).
Paolo Nello, *Un fedele disubbidiente. Dino Grandi da palazzo Chigi al 25 luglio* (Bologna 1993).
Pietro Nenni, *I conti con la storia. Diari 1967–1971* (Milano 1983).
Wilhelm Neumann, *Bausteine zur Geschichte Kärntens* (Klagenfurt 1994).
Rainer Nick, Günther Pallaver, *Jenseits von Grenzen. Tirol-Südtirol-Trentino. Die Europaregion aus der Sicht der Bevölkerung* (Innsbruck 1998).
Federico Niglia, *Fattore Bonn. La diplomazia italiana e la Germania di Adenauer 1945-1963* (Firenze 2010).
Francesco Saverio Nitti, *L'Europa senza pace* (Firenze 1921).
Claudio Nolet, *La questione internazionale dell'Alto Adige Südtirol*, in: *I socialisti e la questione sudtirolese*, hrsg. von Circolo Culturale „G. Salvemini" (Bolzano 1978).
Nordicus, *Note di politica internazionale*, in: Vita e Pensiero 3 (1935).
Josef Nössing, Helmut Stampfer (Hgg.), *Kunst und Kirche in Tirol* (= FS Karl Wolfsgruber, Bozen 1987).
Angelo Novelli, *Anschluss*, in: La Scuola Cattolica, 15. Juni 1938.
Alexander Novotny, Othmar Pickl (Hgg.), *Festschrift Hermann Wiesflecker zum sechzigsten Geburtstag* (Graz 1973).
Leopoldo Nuti (Hg.), *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985* (London 2009).
Gerhard Oberkofler, *Arbeiterbewegung in Tirol. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte vom Vormärz bis 1917* (Innsbruck 1976).
Gerhard Oberkofler, *Die Tiroler Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zum Ende des 2. Weltkrieges* (Wien 1986).
Gerhard Oberkofler, Günther Pallaver (Hgg.), *Für Brot, Arbeit und Freiheit. Dokumente zur Zeitgeschichte Südtirols* (Bozen 1985).
Hannes Obermair, Stephanie Risse, Carlo Romeo (Hgg.), *Regionale Zivilgesellschaft in Bewegung. Festschrift für Hans Heiss*von (Wien–Bozen 2012).

Walter Obwexer, Eva Pfanzelter (Hgg.), *70 Jahre Pariser Vertrag* (Wien 2017).
Bino Olivi, *L'Europa difficile. Storia politica dell'integrazione europea 1948–2000* (Bologna 2000).
Ruggero Orfei, *Andreotti* (Milano 1975).
Lorenzo Ornaghi, *Stato e corporazione. Storia di una dottrina nella crisi del sistema politico contemporaneo*, (Milano 1984).
Giovanni Orsina, Andrea Ungari, *L'Italia neutrale 1914–1915* (Roma 2016).
Ludovico Ortona, *La svolta di Francesco Cossiga. Diario del Settennato (1985–1992)* (Torino 2016).
Heinz-Rudolf Othmerding, *Sozialistische Minderheitenpolitik am Beispiel Südtirol von den Anfängen des Konflikts bis heute* (Hamburg 1984).
Günther Pallaver, *Tracce celate di una vita. Le vicende delle carte Tolomei sequestrate nel 1943, scomparse dal 1945 e non ancora ritrovate*, in Ettore Tolomei (1865–1952). *Un nazionalista di confine. Die Grenzen des Nationalismus*, numero monografico di "Archivio trentino", quarta serie 47(1998) 1.
Günther Pallaver (Hg.), *Politika11. Jahrbuch für Politik* (Bozen 2011).
Günther Pallaver, Leopold Steurer (Hgg.), *Deutsche! Hitler verkauft euch! Das Erbe von Option und Weltkrieg in Südtirol* (Bozen 2011).
Günther Pallaver, Leopold Steurer, *Ich teile das Los meiner Erde/Condividerò la sorte della mia terra. August Pichler 1898–1963* (Bozen 1998).
Günther Pallaver, Christian Traweger, *Kommunikation, Kooperation, Integration in der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino. Die Meinung der Bevölkerung* (Innsbruck 2014).
Franz von Papen, *Memorie* (Bologna 1952).
Daniele Pasquinucci, Luca Verzichelli (Hgg.), *Contro l'Europa? I diversi scetticismi verso l'integrazione europea* (Bologna 2016).
Ettore Passerin d'Entrèves, Konrad Repgen (Hgg.), *Il cattolicesimo politico e sociale in Italia e Germania dal 1870 al 1914* (= Annalen des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 1, Bologna 1977).
Ludwig von Pastor, *Tagebücher, Briefe, Erinnerungen* (Heidelberg 1950).
Pietro Pastorelli, *Dalla prima alla seconda guerra mondiale. Momenti e problemi della politica estera italiana 1914–1943* (Milano 1997).
Pietro Pastorelli, *L'Albania nella politica estera italiana 1914–1920* (Bari 1970).
Pietro Pastorelli, *La politica estera italiana del dopoguerra* (Bologna 1987).
Anton Pelinka (Hg.), *Eu-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich* (Wien 1994).
Anton Pelinka, Günter Bischof, Alexander Lassner (Hgg.), *The Dollfuss/Schuschnigg Era in Austria. A Reassessment* (= Contemporary Austrian Studies 11, Somerset 2003).

Anton Pelinka, Andreas Maislinger (Hgg.), *Handbuch zur neueren Geschichte Tirols*. Band 2, *Zeitgeschichte. 1. Teil, Politische Geschichte* (Innsbruck 1993).

Francesco Perfetti, Andrea Ungari, Daniele Caviglia, Daniele De Luca (Hgg.), *Aldo Moro nell'Italia contemporanea* (Firenze 2011).

Magdalena Pernold, *Traumstraße oder Transithölle. Eine Diskursgeschichte der Brennerautobahn in Tirol 1950–1980* (=transcript histoire 92, Bielefeld 2016).

Hans Karl Peterlini, *Feuernacht. Südtirol Bombenjahre Hintergründe, Schicksale, Bewertungen 1961–2011* (Bozen 2011).

Hans Karl Peterlini, *Hans Dietl, Biografie eines Südtiroler Vordenkers und Rebellen. Mit Auszügen aus seinen Tagebüchern* (Bozen 2007).

Hans Karl Peterlini (Hg.), *Silvius Magnago, Das Vermächtnis, Bekentnisse einer politischen Legende* (Bozen 2007).

Hans Karl Peterlini, *Südtiroler Bombenjahre. Von Blut und Tränen zum Happyend?* (Bozen 2005).

Hans Karl Peterlini, *Tirol – Notizen einer Reise durch die Landeseinheit* (Innsbruck–Wien 2008).

Jens Petersen, *Die Außenpolitik des faschistischen Italien als historiographisches Problem*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 22:4 (1974).

Jens Petersen, *Vorspiel zu „Stahlpakt" und Kriegsallianz. Das deutsch-italienische Kulturabkommen vom 23. November 1938*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36:1 (1988).

Giorgio Petracchi, *1915. L'Italia entra in guerra* (Pisa 2015).

Wolfgang Petritsch, *Bruno Kreisky. Die Biografie* (Sankt Pölten–Salzburg 2010).

Paolo Petta, *Il sistema federale austriaco* (Milano 1980).

Eva Pfanzelter, *Option und Gedächtnis. Erinnerungsorte der Südtiroler Umsiedlung 1939* (Bozen 2014).

Wolfgang Pfaundler (Hg.), *Südtirol. Versprechen und Wirklichkeit*, Wilhelm Frick Verlag & Co. (Wien 1958).

Gustav Pfeifer, Maria Steiner (Hgg.), *Bruno Kreisky und die Südtirolfrage. Akten des Internationalen Kolloquiums aus Anlass seines 25-jährigen Todestages. Bozen, 12. Juni 2015* (Bozen 2016).

Massimo Pini, *Craxi. Una vita, un'era politica* (Milano 2006)

Paolo Pombeni, *Il primo De Gasperi. La formazione di un leader politico* (Bologna 2007).

Paolo Pombeni, *La storia, le circostanze e le leggi della politica. Qualche considerazione sul saggio di Michael Gehler*, in: Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento – Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 30 (2004).

Daniel Pommier Vincelli, *La missione Segre (1918–1920). L'Austria e la nuova Europa centro-orientale* (Roma 2010).

Silvio Pons, *L'impossibile egemonia. L'Urss, il Pci e le origini della guerra fredda 1943–1948* (Roma 1999).

Silvio Pons, *The Global Revolution. A History of International Communism 1917–1991* (Oxford 2014).

Silvio Pons, *Stalin, Togliatti, and the Origins of the Cold War in Europe*, in: Journal of Cold War Studies 3:2 (2001).

Presidenza del Consiglio dei Ministri, *Ufficio regioni, L'accordo De Gasperi-Gruber sull'Alto Adige. Dalle sue premesse storico-politiche all'attuazione nell'ordinamento italiano* (Roma 1958).

Giuliano Procacci et al. (eds.), *The Cominform. Minutes of the Three Conferences 1947/1948/1949* (Milano 1994).

Paolo Prodi, Adam Wandruszka (Hgg.), *Il luogo di cura nel tramonto della monarchia d'Asburgo. Arco alla fine dell'Ottocento* (=Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 43, Bologna 1996).

Raoul Pupo (Hg.), *La vittoria senza pace. Le occupazioni militari italiane alla fine della Grande Guerra* (Roma-Bari 2014).

Josef Raffeiner, *Tagebücher 1945–1948*, hrsg. von Wolfgang Raffeiner (Bozen 1998).

Ernesto Ragionieri, *La terza internazionale e il partito comunista italiano* (Roma 1978).

Roman H. Rainero, *Il Trattato di pace delle Nazioni Unite con l'Italia. Parigi, 10 febbraio 1947* (Bologna 1997).

Svetozar Rajak, *Yugoslavia and the Soviet Union in the Early Cold War. Reconciliation, comradeship, confrontation 1953–1957* (London–New York 2011).

Manfried Rauchensteiner, *Unter Beobachtung. Österreich seit 1918* (Wien–Köln–Weimar 2017).

Ludwig Reiter, *Österreichische Staats- und Kulturgeschichte* (Klagenfurt 1947).

Albert Reiterer (Hg.), *Nation und Nationalbewußtsein in Österreich* (Wien 1988).

Albert Reiterer, *Österreichbewußtsein im bürgerlichen Lager nach 1945*, in: Zeitgeschichte 14 (1986/87)

Karl Renner, *Österreich von der ersten zur zweiten Republik* (Wien 1953).

Friedrich Rennhofer, *Ignaz Seipel, Mensch und Staatsmann. Eine biographische Dokumentation* (Wien 1978).

William A. Renzi, *In the Shadow of the Sword. Italy's Neutrality and Entrance into the Great War 1914-1915* (New York 1987).

Moro Rhemabi, *Monsignor Dott. Ignazio Seipel*, in: Gioventù Italica 7 (1932) 100.

Anthony Rhodes, *Il Vaticano e le dittature 1922–1945* (Milano 1975).

Luca Riccardi, *Alleati, non amici. Le relazioni politiche tra l'Italia e l'Intesa durante la prima guerra mondiale* (Brescia 1992).

Luca Riccardi, *Bruno Bottai e la politica estera repubblicana negli anni Settanta e Ottanta*, in Atti del Convegno "Ricordo dell'ambasciatore Bruno Bottai", Roma, Palazzo Firenze, 26 novembre 2015 (Roma 2016).

Luca Riccardi, *Francesco Salata tra storia, politica e diplomazia* (Udine 2001).

Luca Riccardi, *Le trattative italo-jugoslave per il Trattato di Rapallo nel diario di Francesco Salata (20 settembre–5 novembre 1920)*, in: Storia Contemporanea 1 (1996).

Luca Riccardi, *L'ultima politica estera. L'Italia e il Medio Oriente alla fine della Prima Repubblica* (Soveria Mannelli 2014).

Klara Rieder, *Silvio Flor. Autonomie und Klassenkampf. Die Biografie eines Südtiroler Kommunisten* (Bozen 2007).

Franz Hieronymus Riedl, Christoph Pan, Marian Cescutti, Robert Gismann (Hgg.), *Tirol im 20. Jahrhundert. Festschrift für Viktoria Stadlmayer zur Vollendung des 70. Lebensjahres in Würdigung ihres Wirkens für das ganze Tirol* (Bozen 1989).

Thomas Riegler, *Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973 bis 1985* (Göttingen 2011).

Thomas Riegler, *„Wir setzen uns rein und mischen da richtig mit": Die DDR-Staatssicherheit und der Südtirolkonflikt*, in: Zeitgeschichte 3 (2013).

Maria Luisa Righi, *Quel terribile 1956. I verbali della Direzione comunista tra il XX Congresso del Pcus e l'VIII Congresso del Pci* (Roma 1996).

Robert Rill, Ulrich E. Zillermann (Hgg.), *Konservativismus in Österreich. Strömungen – Ideen – Personen u. Vereinigungen von den Anfängen bis heute* (Graz–Stuttgart 1999).

Karl Heinz Ritschel, *Diplomatie um Südtirol: politische Hintergründe eines europäischen Versagens* (Stuttgart 1966).

Karl Heinz Ritschel, *Südtirol. Ein europäisches Unrecht* (Graz 1959).

Karl Heinz Ritschel, *Südtirol: Warten auf Europa*, Bergisel-Bund, Innsbruck, [ca. 1958].

Luigi Rogasi (Hg.), *Giorgio La Pira: lettere agli zii. Corrispondenza inedita* (Firenze 2008).

Elisabeth Röhrlich, *Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm* (Göttingen 2009).

Sergio Romano, *Guida alla politica estera italiana da Badoglio a Berlusconi* (Milano 2002).

Carlo Romeo, *Il confine sotto attacco. La "Notte dei Fuochi" nella storiografia e pubblicistica italiana*, in: Storia e regione / Geschichte un Region, 20 (2011) 1.

Wilhelm Röpke, *L'enciclica "Quadragesimo anno" nella odierna discussione*, in: Humanitas 11 (1946).

Enrico Rosa, *Vita Ecclesiae*, in: Studium 1 (1934).

Enrico Rosa, *Vita Ecclesiae*, in: Studium 2 (1934).
Enrico Rosa, *Vita Ecclesiae*, in: Studium 4 (1934).
Enrico Rosa, *Vita Ecclesiae*, in: Studium 5 (1934).
Enrico Rosa, *Vita Ecclesiae*, in: Studium 8–9 (1934).
Wolfgang Rosar, *Deutsche Gemeinschaft: Seyss-Inquart und der Anschluß* (Wien 1971).
Rossana Rossanda, *La ragazza del secolo scorso* (Torino 2007).
Rudolf [Alfred Klahr], *Zur nationalen Frage in Österreich*, in: Weg und Ziel, Blätter für Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung, 2:3 (1937).
Richard Rudolph (Hg.), *Nationalism and empire. The Habsburg Empire and the Soviet Union* (New York 1992).
Helmut Rumpler, *Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918* (Wien 1966).
Helmut Rumpler (Hg.), *Kärntens Volksabstimmung 1920. Wissenschaftliche Kontroversen und historisch-politische Diskussionen anläßlich des internationalen Symposiums Klagenfurt 1980* (Klagenfurt 1981).
Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. VII: Verfassung und Parlamentarismus* (Wien 2000).
Gian Enrico Rusconi, *L'azzardo del 1915. Come l'Italia decide la sua guerra* (Bologna 2009).
Dennison I. Rusinov, *L'Italia e l'eredità austriaca 1919–1946* (Venezia 2010).
Karlo Ruzicic-Kessler, *Der Kommunismus und die Frage von Triest im frühen Kalten Krieg*, in: Römische Historische Mitteilungen 58 (2016).
Karlo Ruzicic-Kessler, *Die Kommunistische Partei Italiens und das Jahr 1956*, in: Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien (2017).
Francesco Salata, *Guglielmo Oberdan. Secondo gli atti del processo. Carteggi diplomatici e altri documenti inediti* (Bologna 1924).
Francesco Salata, *Il Patto Mussolini. Storia di un piano politico e di un negoziato diplomatico* (Milano 1933).
Francesco Salata, *L'Italia e la Triplice secondo nuovi documenti austro-germanici*, in: Le Nuove Provincie 1–3 (1923).
Francesco Salata, *Oberdan* (Verona 1932).
Francesco Salata, *Per le Nuove Provincie e per l'Italia. Discorsi e scritti con note e documenti* (Roma 1922).
Gaetano Salvemini, *Carteggio*, 8 voll., hrsg. von Sergio Bucchi, Enzo Tagliacozzo und Michele Affinto (Roma–Manduria 1984–2007).
Fritz Sandmann, *«L'Osservatore Romano» e il nazionalsocialismo* (1929–1939) (Roma 1976).
Gianpasquale Santomassimo, *La terza via fascista. Il mito del corporativismo* (Roma 2006).

Federico Scarano, *Andreotti e la Guerra Fredda: alcune osservazioni storiografiche*, in: *Si vis pacem, para bellum,* hrsg. von Marcello Rotili, Giuseppe Pignatelli Spinazzola (Napoli 2017) 157–162.

Federico Scarano, *Italia e mondo tedesco nell'epoca di Adenauer. Il problema sudtirolese e il ruolo di Antonio Segni* (Napoli 2012).

Federico Scarano, *La Germania di Adenauer e la questione dell'Alto Adige*, in: Rivista di Diritto Pubblico e Scienze Politiche 3 (2000).

Federico Scarano, *Le relazioni con la Repubblica federale di Germania e la questione tedesca*, in: *Giulio Andreotti e l'Europa*, hrsg. von Francesco Lefevbre D'Ovidio, Luca Micheletta (Roma 2017), 27–46.

Federico Scarano, *Mussolini e la repubblica di Weimar Le relazioni diplomatiche tra Italia e Germania dal 1927 al 1933* (Napoli 1996).

Federico Scarano, *Tra Hitler e Mussolini. Le opzioni dei sudtirolesi nella politica estera fascista* (Milano 2012).

Hans-Henning Scharsach, *Europa ohne Sachertorte? Österreich und die EG* (Graz 1989).

Brunhilde Scheuringer, *Dreißig Jahre danach* (Wien 1983).

Oscar Schmitz, *Der österreichische Mensch* (Wien 1924).

Martin Schneller, *Zwischen Romantik und Faschismus. Der Beitrag Othmar Spanns zum Konservativismus der Weimarer Republik* (= Kieler Historische Studien 12, Stuttgart 1970).

Richard Schober, *Die Tiroler Frage auf der Friedenskonferenz von Saint Germain* (Innsbruck 1982).

Richard Schober, *Tiroler Anschlußfrage und Südtirolproblem im Lichte der deutschen Diplomatie*, in: Innsbrucker historische Studien 1 (1978).

Richard Schober, *Tirol zwischen den beiden Weltkriegen. Politik, Parteien und Gesellschaft* (= Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 18, Innsbruck 2009).

Peter Schöffer, *Der Wahlrechtskampf der österreichischen Sozialdemokratie 1888/89–1897* (Stuttgart 1986).

Ralph Schor, *L'opinion française et les étrangers en France 1919–1939* (Paris 1985).

Carl E. Schorske, *Fin-de-siècle Vienna. Politics and Culture* (New York 1980).

Carl E. Schorske, *Vienna. Fin-de-siècle. Politica e Cultura* (Mailand 1981).

Horst Schreiber, *Nationalsozialismus und Faschismus in Tirol und Südtirol. Opfer, Täter, Gegner* (= Nationalsozialismus in den österreichischen Bundesländern 1, Innsbruck et al. 2008).

Kurt von Schuschnigg, *Autriche ma patrie* (Paris 1938).

Mauro Scoccimarro, *Die kommunistische Politik in Südtirol. Rede gehalten am 22. Jänner 1956 in Bozen* (Bozen ohne Jahr).

Antonio Scottà (Hg.), *La conciliazione ufficiosa. Diario del Barone Carlo Monti «Incaricato d'affari» del governo italiano presso la Santa Sede (1914–1922)*, 2 Bände (Roma 1997).

Antonio Scottà (Hg.), *La conferenza di pace di Parigi fra ieri e domani (1919–1920)* (Soveria Mannelli 2003).

Roberto Segre, *La missione militare italiana per l'armistizio (dicembre 1918 gennaio 1920)* (Bologna 1928).

Umberto Segre, *La questione dell'Alto Adige* (Roma 2006).

Ignaz Seipel, *Critica della democrazia*, in: Vita e Pensiero 11 (1929).

Ignaz Seipel, *Mensch, Christ, Priester in seinem Tagebuch, Bearbeitung und Einführung von Rudolf Blüml* (Wien 1933).

Cosimo Semeraro (Hg.), *La sollecitudine ecclesiale di Pio XI. Alla luce delle nuove fonti archivistiche* (= Atti del convegno internazionale di studio Città del Vaticano 26–28 febbraio 2009) (Città del Vaticano 2010).

Enrico Serra (Hg.), *Das Degasperi-Gruber-Abkommen anhand italienischer und österreichischer diplomatischer Dokumente* (Trient 1989).

Gottfried Solderer (Hg.), *Das 20. Jahrhundert in Südtirol*, Bd. 2: *Faschistenbeil und Hakenkreuz* (Bozen 1999).

Gottfried Solderer (Hg.), *Südtirol im 20. Jahrhundert*, Bd. 4: *Von New York nach Kopenhagen. Der Weg zum historischen Kompromiß* (Bozen 2002).

Sidney Sonnino, *Diario*, Bd. 3, hrsg. von Benjamin F. Brown–Pietro Pastorelli (Bari 1972).

Carlo Spagnolo, *Sul Memoriale di Yalta. Togliatti e la crisi del movimento comunista internazionale 1956–1964* (Roma 2007).

Othmar Spann, *Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft* (Jena 1931).

Hubert Speckner, *Von der „Feuernacht" zur „Porzescharte"… Das Südtirolproblem der 1960er Jahre in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten* (Wien 2016).

Leopold Spira, *Ein gescheiterter Versuch. Der Austro-Eurokommunismus* (Wien–München 1979).

Karl Stadler, Österreich 1938–1945 (Wien 1966).

Viktoria Stadlmayer, *Kein Kleingeld im Länderschacher. Südtirol, Triest und Alcide Degasperi 1945/1946* (= Schlern-Schriften 320, Innsbruck 2002).

Eduard Stanek, *Verfolgt, verjagt, vertrieben: Flüchtlinge in Österreich von 1945–1984* (Wien 1985).

Ernst Rüdiger Starhemberg, *Memorie (L'Austria dal 1918 al 1940)* (Roma 1980).

Gerald Steinacher, *Giangiacomo Feltrinelli, ein Flugblatt und Südtirols Bombenjahre*, in: Skolast. Zeitschrift der Südtiroler HochschülerInnenschaft 2 (2003).

Gerald Steinacher (Hg.), *Im Schatten der Geheimdienste. Südtirol 1918 bis zur Gegenwart* (Innsbruck 2003).

Gerald Steinacher, *Nazi-Schlupfloch Südtirol* (Innsbruck–Wien 2006).
Gerald Steinacher, *Nichts vergessen nur verschwiegen. Das Massaker von Gröden 1945 und die OSS-Mission „Tacoma"*, in: Geschichte und Region / Storia e regione 6 (1997).
Herbert Steiner, Wolfgang Neugebauer (Hgg.), *Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewusstsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner* (Wien–München–Zürich 1983).
Ludwig Steiner, *Diplomatie-Politik. Ein Leben für die Einheit Tirols. Ein Leben für Österreich. 1972–2007* (Bozen–Innsbruck–Wien 2008).
Rolf Steininger, *Akten zur Südtirolpolitik 1959–1969*, 7 Bde. (Innsbruck 2007–2013).
Rolf Steininger, *Die Feuernacht und was dann? Südtirol und die Bomben 1959–1969* (Bozen 2011).
Rolf Steininger, *Die Option. Zu Viktoria Stadlmayers „Auseinandersetzung mit neuerer Literatur über die Geschichte der Südtiroler Umsiedlung"*, in: Innsbrucker Historische Studien 14/15 (1994).
Rolf Steininger (Hg.), *Ein Leben für Südtirol. Kanonikus Michael Gamper und seine Zeit* (Bozen 2017).
Rolf Steininger, *Los von Rom. Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 2, Innsbruck 1987).
Rolf Steininger, *Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente* (Innsbruck et al. 1999).
Rolf Steininger, *Südtirol im 20. Jahrhundert: von Leben und Überleben einer Minderheit* (Innsbruck–Wien 1997).
Rolf Steininger, *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror: 1947–1969*, 3 Bände (Bozen 1999).
Rolf Steininger, Josef Gelmi, Eva Pfanzelter, Federico Scarano, *Ein Leben für Südtirol: Kanonikus Michael Gamper und seine Zeit* (Bozen 2017).
Jürgen Steinmair, *Der Priesterpolitiker Ignaz Seipel und der Heilige Stuhl. Ein Konflikt der Loyalitäten?* (Diss. Wien 2012).
Leopold Steurer, *Südtiroler Publikationen zu den Bombenjahren zwischen kritischer Analyse, Apologie und Verharmlosung*, in Politika 11.
Leopold Steurer, *Südtirol zwischen Rom und Berlin. 1919–1939* (Wien et al. 1980).
Alexander Stille, *Andreotti* (Milano 1995).
Karl Stuhlpfarrer, *Umsiedlung Südtirol 1939–1940*, 2 Bde. (Wien–München 1985).
Luigi Sturzo, *Chiesa e Stato. Studio sociologico-storico*, vol. I (Bologna 1959).
Luigi Sturzo, *Church and State* (New York 1939).
Luigi Sturzo, *Miscellanea londinese*, vol. II (Bologna 1967).

Luigi Sturzo, *Miscellanea londinese*, vol. III (Bologna 1970).
Arnold Suppan, *Jugoslawien und Österreich 1918–1939. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld* (Wien–München 1996).
Fulvio Suvich, *Memorie 1932–1936*, hrsg. von Gianfranco Bianchi (Milano 1984).
David Talbot, *The Devil's Chessboard. Allen Dulles, the CIA, and the Rise of America's Secret Government* (London 2016).
Emmerich Tálos, *Das Austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938* (Wien 2013).
Emmerich Tálos, *Das austrofaschistische Österreich. 1933–1938* (=Politik und Zeitgeschichte 10, Wien 2017).
Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hgg.), *Austrofaschismus. Politik, Ökonomie, Kultur 1933–1938*, (Wien 2005).
Angelo Tamborra, *L'idea di nazionalità e la guerra 1914–1918*, in: Atti del XLI Congresso di storia del Risorgimento italiano (Roma 1963).
Lujo Toncic-Sorinj, *Erfüllte Träume. Kroatien – Österreich – Europa* (Wien 1982).
Angelo Tasca, *Glauben, gehorchen, kämpfen. Aufstieg des Faschismus* (Wien–Frankfurt–Zürich 1969).
Arnold Tauscher (Hg.), *L'eredità politica di Dollfuss* (Brescia 1935).
Petra Terhoeven, *Eheringe für den Krieg. Die Geschichte eines faschistischen Gedächtnisorts*, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 54 (2006).
Palmiro Togliatti, *Probleme der Entwicklung der sozialistischen Demokratie*, in: Weg und Ziel 14, Sondernummer Juli (1956).
Ettore Tolomei, *Memorie di vita* (Milano 1948).
Francesco Torchiani, *Mario Bendiscioli e la cultura cattolica tra le due guerre* (Brescia 2016).
Mario Toscano, *Corsivi di politica estera 1949–1968 per la Rivista di studi politici internazionali* (Giuffrè 1981).
Mario Toscano, *Rivelazioni e nuovi documenti sul negoziato di Londra per l'ingresso dell'Italia nella prima guerra mondiale*, in: Nuova Antologia 100/1976-1977-1978-1979 (1965).
Mario Toscano, *Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige* (Bari 1967).
Luciano Tosi, *La propaganda all'estero nella prima guerra mondiale* (Pordenone 1977).
Barbara Tóth, *Der Handschlag. Die Affäre Frischenschlager-Reder* (Dissertation, Wien 2010).
Barbara Tóth, *Der Handschlag. Die Affäre Frischenschlager – Reder* (Innsbruck et al. 2017).
Nicola Tranfaglia, *La prima guerra mondiale e il fascismo* (Torino 1995).
Stefano Trinchese, *Il Cavaliere tedesco. La Germania antimoderna di Franz von Papen* (Roma 2000).

Annuska Trompedeller, *Karl Tinzl (1888–1964). Eine politische Biografie* (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 24, Innsbruck 2007).
Karl Ucakar, *Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik* (Wien 1985).
Leo Valiani, *La dissoluzione dell'Austria-Ungheria* (Milano 1966).
Edio Vallini, *La questione dell'Alto Adige* (Firenze 1961).
Gino Valori (Hg.), *Degasperi al parlamento austriaco 1911–1918 – I discorsi alla Camera – La polemica con Battisti – I colloqui con Benedetto XV* (= Testimonianze del Tempo n. 3, Florenz 1953).
Paolo Valvo, *Dio salvi l'Austria! 1938: il Vaticano e l'Anschluss* (Milano 2010).
Piersandro Vanzan, *Josef Mayr-Nusser. Obiettore di coscienza e martire*, in: La Civiltà Cattolica 159 (2008).
Antonio Varsori, *L'Italia e la fine della guerra fredda. La politica estera dei governi Andreotti (1989–1992)* (Bologna 2013).
Antonio Varsori, *Radioso maggio. Come l'Italia entrò in guerra* (Bologna 2015).
Antonio Varsori, Benedetto Zaccaria (Hgg.), *Italy in the International System from Détente to the End of the Cold War. The Underrated Ally* (London 2018).
Brunello Vigezzi, *L'Italia di fronte alla prima guerra mondiale*, Bd. I, *L'Italia neutrale* (Milano–Napoli 1966).
Maria Villgrater, *Katakombenschule. Faschismus und Schule in Südtirol* (Bozen 1984).
Roberto Vivarelli, *Il dopoguerra in Italia e l'avvento del fascismo* (Napoli 1967).
Francesco Vito, *Il lavoro fatto economico*, in: Studium 10 (1936).
Francesco Vito, *I problemi morali del lavoro*, in: Gioventù Italica 2 (1935).
Francesco Vito, *Le premesse dell'economia corporativa internazionale*, in: Rivista Internazionale di Scienze Sociali 4 (1934).
Christine Vlcek, *Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation* (Wien 1971).
Friedl Volgger, *Mit Südtirol am Scheideweg, Erlebte Geschichte* (Innsbruck 1984).
Friedl Volgger, *Sudtirolo al bivio. Ricordi di vita vissuta* (Bolzano 1985).
Michael Völkl, *Das Deutschenbild Alcide De Gasperis (1881–1954). Ein Beitrag zur Geschichte der italienischen Deutschenwahrnehmung* (München 2004).
Bruno Wagner, *Der Waffenstillstand von Villa Giusti* (Diss. Wien 1970).
Georg Wagner (Hg.), *Österreich – Von der Staatsidee zum Nationalbewußtsein*, (Wien, 1982).
Adam Wandruszka, Ludwig Jedlicka (Hgg.), *Innsbruck – Venedig. Österreichisch-italienische Historikertreffen 1971 und 1972* (Wien 1975).
Janek Wasserman, *Black Vienna. The Radical Right in the Red City 1918–1938* (Ithaca 2014).

Klaus WEIß, *Das Südtirol-Problem in der Ersten Republik. Dargestellt an Österreichs Innen- und Außenpolitk im Jahre 1928* (Wien–München 1989).

Florian Wenninger, Lucile Dreidemy (Hgg.), *Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes* (Wien 2013).

Andrej Werth, *Raum – Region – Tirol. Die (De-)Konstruktion politischer Räume am Beispiel der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino* (=Marie Jahoda sozialwissenschaftliche Studien 4, Frankfurt a. Main 2011).

Gerhard Wettig, *Zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs: Welche Rolle spielte Stalin?*, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2014).

Eduard Widmoser, Helmut Reinalter (Hgg.), *Alpenregion und Österreich. Geschichtliche Spezialitäten* (Innsbruck 1976).

Klaus Wiegrefe, *Bozener Bumser,* in: Der Spiegel 13 (2008).

Vanda Wilcox, *Italy in the Era of the Great War* (Leiden 2018).

Walter Wiltschegg, *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung ?* (Wien 1985).

Walter Wiltschegg, *Zum ‚Korneuburger Gelöbnis' der Heimwehren*, in: Geschichte und Gegenwart 5 (1986).

Helmut Wohnout, *Regierungsdiktatur oder Ständeparlament? Gesetzgebung im autoritären Österreich* (= Studien zu Politik und Verwaltung 43, Wien et al. 1993)

Werner Wolf, *Südtirol in Österreich: Die Südtirolfrage in der österreichischen Diskussion von 1945 bis 1969* (Würzburg 1972).

Herwig Wolfram (Hg.), *Österreichische Geschichte*, Bd. VIII, (Wien 1997).

Hans Woller, *Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948* (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 38, München 1996)

Wu Ming 1, *Cent'anni a Nordest. Viaggio tra i fantasmi della guera granda* (Milano 2015).

Hakan Yavuz, Isa Blumi (Hgg.), *War and Nationalism. The Balkan Wars, 1912–1913, and Their Sociopolitical Implications* (Salt Lake City 2013).

Jown W. Young, *Britain and European Unity 1945–1999* (Houndsmill 2000).

Antonino Zarcone, *Il generale Roberto Segre. "Come una granata spezzata nel tempo"* (Roma 2014).

Ulrich E. Zellenberg (Hg.), *Konservative Profile. Ideen und Praxis in der Politik zwischen FM Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock* (Graz 2003).

Erich Zöllner, *Der Österreichbegriff: Formen und Wandlungen in der Geschichte* (Wien 1988).

Maurizio Zuccari, *Il dito sulla piaga. Togliatti e il Pci nella rottura fra Stalin e Tito 1944–1957* (Milano 2008).

Periodika

Arbeiter-Zeitung
Azione Fucina
Corriere dell'Alto Adige
Critica Marxista
Die Presse
Die Rote Fahne
Die Zeit
Die Zukunft
Der Fortschritt (Bozen)
Dolomiten
El Matí
Il Corriere della Sera
Il Domani d'Italia
Il Giornale d'Italia
Il Tempo
Il Popolo
Il Sole 24 Ore
Il Trentino
La voce cattolica
La Squilla
La Repubblica
La quindicina internazionale
L'Aube
L'Illustrazione Vaticana
L'Osservatore Romano
L'Unità
Nuova Antologia
Rinascita
Rivista Tridentina
Südtiroler Nachrichten
Volks-Zeitung
The Catholic Herald
Tiroler Neue Zeitung
Weg und Ziel
Wiener Tagebuch

Personenverzeichnis

Adenauer, Konrad 399, 401–403
Adler, Victor 421
Albertini, Luigi 27–28, 30, 33–34, 38
Alfano, Angelino 562
Alicata, Mario 183
Amendola, Giorgio 191, 236–237
Amonn, Erich 326, 329, 336, 371–372, 376, 378
Amplatz, Luis 394, 396, 464–465, 485, 489, 492
Andreotti, Carlo 550
Andreotti; Giulio 223, 228, 241, 397, 499-504, 507-517, 519–523, 526–527, 530–535, 537, 547
Andreucci, Franco 199–200
Andropow, Juri 228
Anfuso, Filippo 127
Apold, Anton 93
Apuzzo, Benedetto 156
Ara, Angelo 276, 512
Arafat, Jassir 460
Auriti, Giacinto 90, 99–100
Bacher, Gerd 463, 469, 485
Baechlé, Josef von 46
Ballardini, Renato 391, 443, 446
Banchi, Jacopo 143
Barbacovi, Francesco Virgilio 42
Barbieri, Gino 140
Barontini, Ilio 176
Barzilai, Salvatore 33
Battisti, Carlo 4–6
Battisti, Cesare 424–426, 438, 456
Battisti, Gigino 438
Bauer, Leo 210
Bauer, Otto 86, 260
Beck, Jana VII
Beck, Max Vladimir von 58, 66
Bendiscioli, Mario 133, 144, 149, 152, 156–159, 170
Benedikter, Alfons 511, 519, 536
Benedikt XV. 302, 305
Beneš, Edvard 92
Berlinguer, Enrico 174, 191, 193, 196, 198, 205, 212–214, 216, 224–225, 228, 237, 248
Berloffa, Alcide 384, 391, 396, 510–511, 527
Berlusconi, Silvio 556–557
Bertoldi, Lionello 395
Bevin, Aneurin 373, 383
Bielka, Erich 509
Bissolati, Leonida 27
Boato, Marco 395
Bock, Fritz 409
Bolschwing, Otto von 478
Borgese, Giuseppe Antonio 38, 40
Borgoncini Duca, Francesco 317
Borsieri, Pietro 42
Bottai, Bruno 519, 522, 527–528, 530, 533
Bottai, Giuseppe 93, 103–104
Brandt, Willy 209, 213, 220, 232, 237, 406, 409, 411, 417, 460, 476
Bratina, Diodato 246–247
Brera, Paolo 238–239
Breschnew, Leonid 184
Brucculeri, Angelo 138–139, 142, 151
Brunetti, Mario 245
Burger, Norbert 404, 410, 465, 469, 473, 491
Calasso, Roberto 512
Canestrini, Sandro 446, 452
Canullo, Leo 187
Carandini, Niccolò 379–381
Cavagna, Alfredo 134
Chigi, Pellegrino 131
Chruschtschow, Nikita 176, 179, 182–184
Ciampi, Carlo Azeglio 552
Ciano, Galeazzo 123, 126, 128–130, 317

Coffano, Pietro 153
Colombo, Emilio 509
Commer, Ernst 46
Conci, Enrico 61, 70
Coppini, Maurilio 331–332, 335, 337–338, 370
Corsini, Umberto 11–12
Cossiga, Francesco 224–225, 534
Cossutta, Armando 191–197
Costamagna, Carlo 93, 101
Couve du Murville, Maurice 367
Craxi, Bettino 205, 219–224, 226–233, 512–513, 515
Credaro, Luigi 263
Dal Pozzo, Ferdinando 42
De Felice, Renzo 276
De Gasperi, Alcide VIII, 4, 12, 41–72, 74–82, 137, 148–149, 152, 162–163, 308, 321, 323-325, 327, 330, 335, 365, 367–370, 374–376, 378–382, 385, 387–388, 399, 437, 440, 453, 499–500, 502, 528, 533, 536
De Gaulle, Charles 367
Delors, Jacques 238, 240
De Martino, Francesco 219
De Martino, Giacomo 22, 23
De Michelis, Gianni 521, 522, 527, 530, 532
De Mita, Ciriaco 232, 513, 518
De Mori, Giuseppe 156
Dengler, Josef 463, 469, 487
Dietl, Hans 221, 386, 389, 400, 446, 471
Di Meglio, Giuseppe 153
Dimitroff, Georgi 435
Di Nolfo, Ennio 276
Di Vittorio, Giuseppe 180
Dollfuß, Engelbert 73–79, 90, 100–101, 113–118, 121, 124, 133–137, 139–140, 144, 146–150, 152–161, 163–164, 168–170, 172, 277, 279–281, 286, 288-291, 294, 462
Domes, Franz 86
Dörr, Nikolas 214
Dumas, Roland 240
Duret, Jean 183
Durnwalder, Luis 549, 551–553, 555, 560
Ebner, Michl 241, 560
Ebner, Toni 385–386, 389
Egarter, Hans 371
Eichmann, Adolf 375
Elena von Petrović-Njegoš, italienische Königin, 314
Ellenbogen, Wilhelm 97
Emanuel, Guglielmo 28
Ender, Otto 279
Endrici, Celestino 69, 71, 307–308, 311–312, 318
Erhard, Ludwig 401, 406–407, 556
Ermacora, Felix 463, 469, 486–487
Ertl, Josef 414, 476
Evangelisti, Fabio 247
Facta, Luigi 108
Facchin, Angelo 384
Fanfani, Amintore 138, 140, 224, 227, 387, 390, 397, 399, 407, 410–411, 507, 513
Fassino, Piero 245
Fellner, Fritz 11
Feltrinelli, Giangiacomo 447
Ferrari, Josef 313
Figl, Leopold 50, 351, 354, 377
Fischer, Ernst 190–194, 196
Flor, Silvio 429, 439
Fontana, Joseph 387, 457–465, 469
Forlani, Arnaldo 224
Franceschini, Christoph 458, 467, 478–480, 489–490
Frangioni, Otello 176
Franko, Francisco 169, 292
Franz Joseph I., österr. Kaiser 58, 302
Funder, Friedrich 48, 82
Furlani, Silvio 11, 276
Gaja, Roberto 378, 397, 403, 405, 505
Galletto, Bortolo 158
Galluzzi, Carlo 187, 190, 211

Gamper, Michael 310–312, 317, 371, 378, 382, 384, 469
Gasser, Edoardo 70
Gatterer, Claus 276
Gautsch, Paul von 58, 61, 64
Gehler, Michael 204, 207, 221, 275, 321, 392, 468
Geisler, Johannes 313–319, 372, 377
Gelmi, Josef 301, 316
Gemelli, Agostino 138, 140–141
Gentile, Giovanni 93, 310
Gessmann, Albert 54
Gföllner, Johannes Maria 165
Giolitti, Giovanni 107
Giudici, Giancarlo 395
Goethe, Johann Wolfgang von 41
Gömbös, Gyula 100, 281
Gonella, Guido 71, 136, 149, 155, 160–163
Gonzáles, Felipe 232
Goria, Giovanni 513, 517–518
Gorresio, Vittorio 409
Gramsci, Antonio 175–176, 194–201
Grandi, Dino 90, 109
Gratz, Leopold 514
Gronchi, Giovanni 387
Gruber, Karl VIII, 4, 12, 321, 327–333, 335–339, 354, 365, 373-374, 376, 378–382, 385, 388, 399, 437, 440, 453, 479, 500, 502, 528, 533, 536
Gruber, Kurt 490
Gruener, Franz 421, 431
Gschnitzer, Franz 6, 388, 392, 466, 469, 487
Guérot, Ulrike 545
Guggenberg, Otto von 63, 335, 337, 339, 389
Gui, Luigi 397
Guiotto, Maddalena 275
Gurgiser, Fritz 558
Guyot, Raymond 188
Haas, Hanns 276
Habsburg, Otto von 372
Haider, Jörg 238, 244–245, 518, 536
Hassell, Ulrich von 121–122, 284
Haupt, Georges 196
Heinrich, Walter 92–95, 96, 100, 103, 436, 469, 476
Heiss, Hans 300, 320
Hemala, Franz 50, 77
Herold, Horst 414
Hetzenauer, Franz 477, 495
Hirn, Josef 46
Hitler, Adolf 80, 110–111, 124, 134, 145, 156, 278, 284, 291–293, 322, 332, 345, 433, 436
Hobsbawm, Eric 196, 200
Holzer, Franz Joseph 393
Honner, Franz 351–352
Hudal, Alois 153, 158
Huter, Franz 6
Ingrao, Pietro 191, 200
Innitzer, Theodor 82, 121, 147, 165
Innocenti, Silvio 326, 330, 332–339, 378
Jedlicka, Ludwig 11, 276
Jenny, Egmont 221, 398, 406
Jonas, Franz 400, 504
Karl I 65, 70, 304
Kautsky, Karl 195
Kerbler, Christian 396
Kerschbaumer, Sepp 385, 387, 389, 391, 394, 440, 446, 463, 465, 471, 475, 483, 488, 497
Kessler, Bruno 512
Kienböck, Viktor 103
Kienesberger, Peter 494
Klahr, Alfred 345
Klaus, Josef 398–399, 405, 408, 412, 495, 497
Klier, Heinrich 469, 476
Klotz, Eva 462, 477, 536, 551
Klotz, Georg 387, 396, 405, 440, 461, 462, 463, 465, 475–476, 483, 489, 492–494
Kohl, Helmut 233, 522–523
Kompatscher, Arno 561–562

Kramer, Hans 276
Kreisky, Bruno 203–233, 237, 387–388, 390, 392, 396, 398–399, 403–405, 441–442, 444, 447, 452, 455–456, 458–469, 475–476, 481–482, 484, 486–489, 493–494, 496–498, 507–509, 545
Kronhuber, Hans 466
Kuhn, Gabriel 419–420
Kunschak, Leopold 54–55, 77
Labriola, Arturo 199
La Fontaine, Pietro 135
Langer, Alexander 449–450
Laube, Heinz 226
Laval, Pierre 120
Laves, Wolfgang 393
Leitner, Pius 551, 560
Leo XIII. 42, 55, 136, 151
Leonardi, Leonardo 176
Leone, Giovanni 503
Lenin, Wladimir I. 195, 427
Leslie, Edgeworth Murray 377
Libertini, Lucio 183
Lill, Rudolf 12, 392
Lombardo Radice, Lucio 192–200
Longo, Luigi 176, 189, 248
Longo, Pietro 226
Lucht, Herbert 476
Lucifredi, Roberto 391
Lueger, Karl 45–57, 78
Luža, Radomir 345
Maffei, Andrea 41
Maglione, Luigi 317, 319
Magnago, Silvius 386, 389, 391–392, 396, 398–399, 412, 440, 497, 517, 519–520, 526–527, 534
Magris, Claudio 14, 512
Malfatti, Valeriano 70
Mallet, Serge 183
Mao Zhe Dong 195
Mann, Heinrich 436
Marasco, Francesco 395
Marek, Franz 171–176, 178-179, 181–196, 198–201
Marie José von Belgien 315
Maritain, Jacques 150
Martini, Antonio 42, 388
Martini, Augusto 381
Martino, Gaetano 385
Marx, Karl 91, 94, 195, 422
Mastella, Clemente 395
Mastromattei, Giuseppe 315
Mayer, Fred 105, 477–478
Mayr-Nusser, Josef 313
Medici, Giuseppe 503
Memelauer, Michael 165
Menasse, Robert 545
Mengele, Josef 375
Messner, Johannes 142
Metternich, Klemens Wenzel von 13–14
Miehlser, Herbert 276
Miklas, Wilhelm 147, 150–151, 155
Missong, Alfred 352, 355
Mitterrand, François 209, 213, 232
Mock, Alois 240, 516–517, 519–520, 526, 530–531, 533–535
Modelhart, Oskar 478
Molden, Fritz 389, 463, 467, 469, 475–476, 479–480, 482, 484–485
Molling, Herlinde 469–470, 472
Molotov, Vjačeslav M. 173
Mondadori, Arnoldo 112
Mondrone, Domenico 136
Monti, Carlo 302, 305
Monti, Mario 557
Montini, Giovanni Battista 143
Moreno, Gabriel García 158, 160
Moro, Aldo VII, 203, 219, 390–394, 396–399, 406–407, 413, 497, 501–504, 507–509, 514
Muhri, Franz 185–186, 190, 192, 196–197
Murri, Romolo 50
Mussolini, Benito 86, 88–91, 94–95, 97–100, 104, 107–110, 112–114, 116, 118–125, 128–131, 143, 159, 161, 270–274, 277–282, 284–287,

289–292, 310, 313–314, 322, 332, 432–434
Mutschlechner, Josef 311–312
Natta, Alessandro 191
Nell-Breuning, Oswald 96
Nenni, Pietro 206–207, 397
Neugebauer, Wolfgang 276
Neumann, Wilhelm 359
Nisio, Girolamo 515–516
Nitti, Francesco Saverio 36, 106, 261–262, 269–270
Novelli, Angelo 168
Oberhammer, Aloys 389–390, 466, 469–471, 482
Olah, Franz 207, 471
Orlando, Vittorio Emanuele 27, 32–33, 36, 262, 305
Pacelli, Eugenio 146–148, 162, 305
Pahr, Willibald 509–510
Pajetta, Giancarlo 176
Pajetta, Giuliano 186
Pallaver, Günther 389
Palme, Olof 213, 231
Pandolfi, Filippo Maria 242
Papandreou, Andreas 232
Papen, Franz von 120, 126
Parini, Piero 116
Partl, Alois 549
Pastor, Ludwig von 71, 307
Pastorelli, Pietro 276, 373, 396
Pattai, Robert 46–48
Pecchioli, Ugo 187, 188
Pecori Giraldi, Guglielmo 262
Pelinka, Anton 450
Pella, Giuseppe 387
Pelliccia, Dino 187, 191, 193
Pertini, Alessandro 224, 226, 228
Peterlini, Hans-Karl 377, 468–469, 482
Petersen, Jens 276
Petruccioli, Claudio 246
Pfaundler, Wolfgang 5, 389, 461–463, 469, 472, 475–476, 478–480, 483–484
Pflieger, Michael 165
Piccoli, Flaminio 391
Piccioni, Attilio 397, 489
Pichon, René 37
Pietri, Nicole 242
Pius XI. 96, 134–136, 139, 142, 146–148, 151, 155, 162, 312, 318
Pizzardo, Giuseppe 314
Platter, Günther 556, 561
Platzgummer, Winfried 469
Pompanin, Alois 314, 318
Pompei, Gianfranco 397
Porrazzini, Giacomo 243
Postal, Giovanni 389
Prati, Gioacchino 42
Preziosi, Gabriele 100, 118, 124–126
Puaux, Gabriel 130
Quaroni, Alessandro 516, 530, 532–533, 535–536
Raab, Julius 99, 385, 456
Radice, Lucio Lombardo 192, 195, 197, 200
Raffeiner, Josef 329, 331, 338-339, 371–372, 377–378
Raffl, Johannes 308–310, 381
Ragionieri, Ernesto 189, 194, 196, 198
Reagan, Ronald 229, 233
Reale, Eugenio 381
Reale, Oronzo 397
Reder, Walter 212–213, 228–229
Renner, Karl 84, 261, 269, 270, 356, 370, 374, 431–432, 434
Reut-Nicolussi, Eduard 368–369, 377
Ribbentrop, Joachim von 173
Riedl, Helmut 473–474
Riehl, Hans 93
Righetti, Igino 143
Ritschel, Karl Heinz 5, 7–9
Riz, Roland 389, 526–535
Rizzo, Lodovico 59
Roosevelt, Franklin D. 372–373
Rosa, Enrico 133–134, 144–145, 151, 155

Rosmini, Antonio 42
Rossanda, Rossana 200
Rossetti, Giorgio 243
Rossi, Paolo 391, 505, 562
Rubner, Hans 241
Rudolf, Karl 165
Ruffini, Attilio 220
Ruggiero, Renato 516
Rumor, Mariano 503, 507, 509
Salata, Francesco 105–110, 112–121, 123–131
Salcher, Herbert 222–223
San Giuliano, Antonino di 21–22
Saragat, Giuseppe 203–209, 233, 367, 392–413, 441–452, 496
Scalfaro, Oscar Luigi 548, 552
Scalia, Umberto 187
Scapinelli, Raffaele 302
Scelba, Mario 4, 387, 391–392, 397, 488
Schärf, Adolf 288, 356
Scharf, Erwin 196–197, 207
Scheicher, Josef 51
Schiller, Friedrich von 41
Schindler, Franz Martin 48–49
Schmidt, Helmut 213, 220, 232, 476
Schmitz, Richard 75
Schober, Johannes 97, 279
Schönerer, Georg von 48, 51
Schneider, Ernst 52
Schuschnigg, Kurt 76–77, 80, 104, 115–116, 118-121, 124–129, 153, 160, 164, 169, 172, 281-286, 291–292, 294–295, 345
Scialoja, Vittorio 262
Segni, Antonio 385, 387–388, 390, 397, 496
Segre, Roberto 259, 264, 267–268
Seipel, Ignaz 72–75, 86–89, 95–96, 135, 140–141, 144, 148, 152, 154, 158, 164, 272–273
Serri, Rino 246
Sforza, Carlo 107, 335
Sibilia, Enrico 121
Sinowatz, Fred 228
Soldini, Paolo 239
Sonnino, Sidney 20, 23, 25–26, 28–30, 32, 34–35, 38-39, 262, 267
Spadolini, Giovanni 224, 226
Spini, Valdo 247
Spirito, Ugo 93
Spörr, Franz 458
Stadlmayer, Viktoria 9–10, 327, 339, 392
Stalin, Iosif V. 174, 177–178, 194–195, 436
Stanek, Hans 394
Starhemberg, Ernst Rüdiger 76, 89, 99–102, 104, 113, 118, 291
Starhemberg, Fanny 99
Steidle, Richard 88, 97–100
Steiner, Ludwig 468, 516, 535
Steininger, Rolf 321, 338, 373–374, 390, 392, 394, 400, 467, 484
Steurer, Leopold 376, 382, 436, 456
Stieler, Hans 385
Strada, Vittorio 196
Strobl, Alfred 220
Stuhlpfarrer, Karl 276
Stürgkh, Karl 64–65
Sturzo, Luigi 137, 149–150, 154
Suslov, Michail 191
Suvich, Fulvio 111–112, 114–116, 118, 122–125
Tálos, Emmerich 276
Tardieu, André 36–37
Tauscher, Arnold 157
Tauscher, Maurer 157
Taviani, Paolo Emilio 394, 397
Thatcher, Margaret 233
Tinzl, Karl 328, 330, 382–33, 385
Titscher, Karl 463, 465
Tittoni, Tommaso 36–39, 262
Togliatti, Palmiro 174, 177–184, 199, 437
Tolomei, Ettore 6, 8, 308
Tolstoi, Lev 91
Tončić-Sorinj, Lujo 7–8, 405, 412, 490
Toscano, Mario 8–9, 383, 386, 397

Tremaglia, Mirko 247
Tremelloni, Roberto 397
Valiani, Leo 11
Valsecchi, Franco 11, 512
Vito, Francesco 138–139, 143
Vivanti, Corrado 196
Vogelsang, Karl von 48–49, 51, 75
Volgger, Friedl 328, 372, 377, 392
Vranitzky, Franz 235, 517, 520 526, 532, 534
Waitz, Sigismund 165, 304–305, 307, 309
Waldheim, Kurt 399, 412, 487, 501–504, 514
Wallnöfer, Eduard 467, 469, 493, 546, 555
Walther, Walter von 389, 391
Wandruszka, Adam 11, 276
Weber, Edmund 376
Weingartner, Wendelin 549, 551–553
Weiskirchner, Richard 54
Welser, Kurt 469, 472–473, 482, 491
Widmann, Franz 471
Widmoser, Eduard 389, 465, 469, 472
Wilson, Thomas Woodrow 27, 35, 70, 213, 430
Wimmer, Georg 414
Winter, Ernst Karl 77
Zechtl, Rupert 458–459, 461, 463, 465, 467, 469, 478, 481–482
Zita von Bourbon-Parma, 373